

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 24

**Chronik von November
bis Dezember 2023**



**Chronik von
November bis
Dezember 2023**

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-5
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von November bis Dezember 2023	6-447
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	448-449

Danksagung und Widmung

Ich glaube, ich würde die Freiheit in allen Zeiten geliebt haben; in der Zeit aber, in der wir leben, fühle ich mich geneigt, sie anzubeten.

Charles Alexis de Tocqueville (1805-1859), französischer Schriftsteller und Politiker)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Marcel Barz, Christina Baum, Timo Beil, Sucharit Bhakdi, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Helge Buttke, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Gunter Frank, Larissa Fußer, Hans-Hermann Gockel, Samia Guemei, Heinrich Habig, Manfred Haferburg, Eberhard Hamer, Björn Höcke, S. Hofer, Stefan Homburg, Oliver Kirchner, Leonard Klauke, Einar Koch, Steffen Kotré, Maximilian Krah, Uwe G. Kranz, Michael Kumpmann, Kai Laufen, Herbert Ludwig, Ralf Ludwig, Wim Lukowsky, Stefan Magnet, Max Mannhart, David Martin, Phil Mehrens, Karel Meissner, James Patrick, Daniell Pföhringer, Sven Reuth, Thomas Röper, Max Roland, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Sylvie-Sophie Schindler, Paul Schreyer, Pauline Schwarz, Andreas Sönnichsen, David Sorensen, Beatrix von Storch, Alice Weidel, Gerhard Wisnewski, Jerome Wnuk und Ernst Wolff.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Politik ist die Kunst, Brände zu löschen, die man selbst gelegt hat.

Spottvers der 68er Bewegung

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Niemals gab es eine Partei oder Sekte, in der die Unwissenden nicht zugleich die Radikalsten waren.

Alexander Pope (1688-1744, englischer Dichter)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen unser Land endgültig vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren, denn die Rückgewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung wird es nicht umsonst geben!

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfassbaren Zustand.

Nach über 100 Jahren der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden. Die Haager Landkriegsordnung ist nach wie vor ein anerkannter Teil des humanitären Völkerrechts. Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Zu diesem Zweck muß sofort die Zwangsbetreuung durch die westlichen alliierten Siegermächte eingestellt werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Den Schwerpunkt dieser Chronik bildet die deutsche Geschichte der zwangsbetreuten Deutschen.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von November bis Dezember 2023

01.11.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. November 2023:

>>Leipzig: Antifa-Krieg um Israel und Gaza

Von *Sven Reuth*

In der Pleißestadt eskalierte der schon seit langem bestehende Zwist zwischen antiimperialistischen und antideutschen Antifa-Gruppen und führte zu einem Anschlag auf ein Antifa-Migranten-Haus. ...

Für die linksextremistische Antifa stellt sich derzeit das gleiche Problem wie für die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Wollte man das Mantra von der unbeschränkten Solidarität mit Israel mit Leben erfüllen, müßte man konsequenterweise für einen Stopp jeder islamischen Zuwanderung nach Deutschland eintreten. Die Aufrechterhaltung der offenen Grenzen und einer komplett unregulierten Massen-Invasion nach Deutschland ist andererseits aber auch das höchste politische Ziel der Linken, die dann aber auch konsequenterweise mit dem in Millionenzahl zugewanderten Antisemitismus leben muß.

Schweinefett gegen migrantische Antiimps

In der Antifa-Hochburg Leipzig eskalieren diese offensichtlichen Widersprüche derzeit - und zwar auf eine denkbar handfeste Art und Weise. Am 24. Oktober 2023 gab es dort einen Anschlag auf den Antifa-Migrantentreffpunkt "Die ganze Bäckerei" im Stadtteil Lindenau. Diese ist nach eigenen Angaben ein "aktiver, linker Migrantenraum", der eine "vielfältige Gruppe von Menschen und organisierte Gruppen/Kollektive" beherbergt.

Nach Angaben des Antifa-Migrantenhauses wurden bei dem Attentat "zwei Fenster im Gemeinschaftsraum" eingeworfen und sodann "Gläser mit unbekanntem Substanzen" in den Innenraum geworfen. Dabei handelte es sich nach Angaben der Polizei höchstwahrscheinlich um Schweinefett.

Kurz nach dem Anschlag erschien ein Bekennerschreiben auf der linksextremistischen Plattform Indymedia, in dem sich - wie die kommunistische Tageszeitung junge Welt es formulierte - eine "in Leipzig eng mit dem rechten Flügel der Linkspartei verwobene" und dem "sogenannten antideutschen Spektrum zuzurechnende Gruppe" zu dem Anschlag bekannte. In dem Schreiben hieß es, man habe Gruppen, die in dem Gebäude Veranstaltungen durchführten, "warnen" und ihnen ihre "antisemitische Hetze erschweren" wollen.

Antideutsche und Antiimperialisten

Damit eskaliert nun ein Zwist, der die große und starke Antifa-Szene der Messestadt schon seit langem beschäftigt. Dieser Konflikt ist schon seit langem bekannt und hat in Leipzig sogar zu einem besonders tiefen Riß zwischen den beiden Flügeln der Antifa gesorgt. Deshalb ist es auch Humbug, wenn der linke Journalist Peter Nowak auf dem Netzportal Heise Telepolis sofort den Verdacht auf vermeintliche rechte Täter lenken will, die angeblich ein Fake-Bekennerschreiben lanciert hätten, ohne für diese These auch nur den Hauch eines Beleges präsentieren zu können.

In der sächsischen Messestadt gibt es nämlich schon seit Jahren einen Streit zwischen sogenannten antiimperialistischen und sogenannten antideutschen Antifa-Gruppen, der schon in den vergangenen Jahren teilweise kurz davor war, in Tötlichkeiten zu enden. Bei den ideologischen Unterschieden zwischen den beiden Gruppen geht es nicht nur um Nuancen. Die Antiimperialisten sind eher an den orthodoxen Leitsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtet. Sie teilen Lenins Auffassung, daß der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist und sehen in den Palästinensern das Opfer der aus ihrer Sicht kolonialistisch agieren-

den Imperialmacht Israel.

Linke Kapitalismusfreunde

Die sich nach dem Epochenbruch 1989/90 formierenden Antideutschen beziehen sich hingegen auf das historische Stufenmodell von Karl Marx, nach dem der Kommunismus erst auf den voll entwickelten Kapitalismus und die voll entwickelte bürgerliche Gesellschaft folgen kann. Daher lehnen sie aus ihrer Sicht "regressive", also antikapitalistische Befreiungsbewegungen ab, sprechen vom "Islamfaschismus" und gebärden sich als radikale Prätorianergarde Israels und der westlichen Zivilisation.

Diese beiden Positionen sind im Grunde genommen natürlich völlig unvereinbar. Das wurde auch im Juni 2018 deutlich, als der antideutsche Theoretiker Thomas Maul, der sowohl Autor des antideutschen Zentralorgans Bahamas wie auch des konservativen und proisraelischen Blogs Achse des Guten von Henryk M. Broder ist, im Leipziger Antifa-Zentrum Conne Island auftrat und einen Vortrag unter dem Titel "Zur Kritik des islamischen Antisemitismus und seiner Bagatellisierung" hielt. Die Empörung in Teilen der linksextremistischen Szene Leipzigs war riesengroß. Maul hatte zuvor auf seinem Facebook-Profil eine proisraelische Bundestagsrede des AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland zustimmend kommentiert und festgestellt:

"Immer wieder erscheint die AfD objektiv als EINZIGE Stimme der Restvernunft im Deutschen Bundestag ..."

Lob für Gauland und von Storch

Daraufhin gab es Gewaltaufrufe und Beleidigungen gegen Maul und die Veranstalter. Die Interventionistische Linke sammelte sich unter dem Schlachtruf "Gaulandversteh raus aus dem Conne Island!"

Die Veranstaltung mit Thomas Maul fand dann trotz aller Anfeindungen im Conne Island statt, was man durchaus bemerkenswert finden darf. Maul nahm in seinem dortigen Vortrag weiter kein Blatt vor den Mund, lobte zwei Reden der AfD-Politikerin Beatrix von Storch und äußerte, die AfD sei "die einzige israelolidarische, antisemitismuskritische und - zumindest, was das muslimische Patriarchat betrifft - patriarchatskritische Partei" in Deutschland.

Die Fronten zwischen den verfeindeten Antifa-Szenen waren in Leipzig also schon vor über fünf Jahren denkbar tief. Sie dürften sich nun im Zuge des neuen Nahost-Krieges noch weiter verhärten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. November 2023: >>**Pistorius: Bürger auf Kriegsgefahr einstellen**

Von *Karel Meissner*

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) fordert nach Jahrzehnten des Friedens eine Kehrtwende: Kriegspolitik und Aufrüstung sollen wieder Akzeptanz finden. Manche mögen's heiß. Sie nicht? ...

Laut Mainstream-Umfragen ist Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit 59prozentiger Zustimmung der beliebteste Politiker Deutschlands. Ein Sicherheitsexperte der Universität Bonn, Dr. Joachim Weber, erklärt die angebliche Popularität so:

"Der Mann redet Klartext, meint, was er sagt, und vor allem tut er auch sehr häufig, was er sagt."

Sollte das zutreffen, müßten alle Alarmanlagen aufheulen: Denn Pistorius mag es heiß. Europa ist ihm seit 30 Jahren allzu kriegsentswöhnt. Ein großes Problem, weil "es eine Kriegsgefahr in Europa gibt durch einen Aggressor. Darauf sind wir mental nicht eingestellt."

- vertraute Pistorius dem Deutschlandfunk an. Wer jetzt noch den dekadenten Pazifisten spielt, hat die Propaganda der letzten Monate wohl überhört:

"Wir müssen in der Lage sein, Krieg, einen Abwehrkrieg, einen Verteidigungskrieg führen zu können, damit wir es am Ende nicht müssen."

Abwehr- und Verteidigungskrieg? Daß die Nato und westlichen Regierung durch Einmischung in den Rußland-Ukraine-Konflikt Europa überhaupt erst in Kriegsgefahr gebracht haben, spielt natürlich keine Rolle. Nein, wir verteidigen uns lediglich. Aber, so bilanziert der Verteidigungsminister, man könne sich nicht auf eine Gefahr einstellen, wenn man sie nicht wahr- und annehme. Daher sei jetzt Zeit zur mentalen Umprogrammierung:

"Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, daß die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen."

- fordert Pistorius in der GEZ-Sendung Berlin direkt. Der beliebteste Politiker Deutschlands möchte das Sondervermögen zur Neustrukturierung der Bundeswehr verschleudern: Ein 30jähriges "Versäumnis" soll nachgeholt werden - und das möglichst ohne Widerstandes. Deshalb die Umprogrammierung der Bürger. Die Propaganda-Medien werden den Aufruf begeistert umsetzen.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. November 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Die längst überfällige Wiederherstellung der völkerrechtlichen Souveränität Deutschlands durch die alliierten Siegermächte**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden seit über 100 Jahren jahrein und jahraus konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert, um die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands vollständig zu zerstören.

Die zerstörerische Destabilisierungspolitik der westalliierten Betreuer

Aufgrund der unsinnigen Destabilisierungspolitik der betreuten bzw. fremdbestimmten deutschen Politiker und Parteien ähnelt die BRD gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben.

Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der selbstmörderischen Energiewende und der unkontrollierten Massenmigration an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker unterschlagen jedoch wissentlich, daß die bevormundeten Deutschen bei entscheidenden Fragen seit Jahrzehnten nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte gegenüber den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen.

Bedingungslose Kapitulation, Verhaftung der "Dönitz-Regierung" und Berliner Deklaration

Aufgrund der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 9. Mai 1945 wurden völkerrechtlich lediglich die militärischen Kampfhandlungen eingestellt. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" am 23. Mai 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat gemäß Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").

Die Siegermächte machten damals von ihrem Recht der Annektierung keinen Gebrauch, so

daß keine völkerrechtliche Auflösung des Deutschen Reiches erfolgte. Gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - durch die Siegermächte nachweislich **völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.**

Die Besatzungsmächte übten deshalb völkerrechtlich keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen zweifelsfrei gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und eindeutig völkerrechtswidrig waren.

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz anzuwenden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>... Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...<<

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt im besetzten feindlichen Gebiet z.B. folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >> ... Artikel 43

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. ...<<

Konferenz von Potsdam

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen wurde Ostdeutschland (Ostpreußen, Danzig, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien) vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer Verwaltung bzw. sowjetischer Verwaltung (Nord-Ostpreußen) unterstellt.

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Das Potsdamer Protokoll wurde von den jeweiligen Konferenzteilnehmern außerdem nie ratifiziert, deshalb war es nie ein völkerrechtlich verbindliches Dokument. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des Potsdamer Protokolls waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden.

Völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates (Kontrollratsgesetz Nr. 46).

Die Besatzungsmächte erließen damals eine völkerrechtswidrige Anordnung, denn aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß die von ihnen durchgeführte Liquidierung Preußens eindeutig völkerrechtswidrig war. Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 war demnach null und nichtig und der preußische Staat besteht gemäß Völkerrecht weiterhin.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Das Grundgesetz der BRD wurde damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der BRD wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) der drei Westmächte in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte außerdem vor der offiziellen Bekanntmachung den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die eigentliche Verfassung der BRD blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Das Besatzungsstatut der westlichen Alliierten trat am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkte die Souveränitätsrechte der BRD bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wurde schließlich durch die Pariser Verträge (1955) teilweise aufgehoben.

Gründung der BRD

Es war vermutlich kein Zufall, daß die BRD am 23. Mai 1949 gegründet wurde, denn am 23. Mai 1945 hatte man die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Bei der am 23. Mai 1949 gegründeten BRD handelte es sich um keinen völkerrechtlich unabhängigen, souveränen Staat, der eigenmächtig politische und ökonomische Entscheidungen fällen durfte, sondern es handelte sich lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte.

Die BRD war nie ein souveräner Staat, denn die Geschäftsfähigkeit dieses Vasallengebildes wurde durch das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte drastisch eingeschränkt. Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den verbindlichen Vorgaben der westalliierten Siegermächte.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Der "Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der im Auftrag der SED handelte, gründete am 7. Oktober 1949 die DDR.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der BRD, scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung der vereinbarten Spaltungspolitik, die man bereits seit Juli 1945 während der Konferenz in Potsdam eingeleitet hatte.

Beendigung des Kriegszustands

Während alle Verbündeten des NS-Regimes völkerrechtliche Friedensverträge mit den alliierten Siegermächten schlossen, blieb Deutschland ohne Friedensvertrag. Japan schloß z.B. am 8. September 1951 mit 47 Ländern einen Friedensvertrag.

Deutschland vereinbarte bis zum heutigen Tag nur einen Waffenstillstand. Die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beendeten zwar offiziell den Kriegszustand mit Deutschland (Großbritannien: 9. Juli 1951, Frankreich: 13. Juli 1951, USA: 19. Oktober 1951 und Sowjetunion: 25. Januar 1955), ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermächte aufzuheben, aber ein Friedensvertrag wurde nie geschlossen.

Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 war aus folgenden Gründen null und nichtig:

1. Durch die von den Alliierten angeordnete Löschung des Artikels 23 GG (alte Fassung) verlor das Deutsche Grundgesetz bereits am 18. Juli 1990 den räumlichen Geltungsbereich und damit nachweislich die Rechtssicherheit, so daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag am 12. September 1990 nicht rechtswirksam geschlossen werden konnte.

Die ursprüngliche Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wurde, lautete wie folgt (x859/...):

>>... **Artikel 23**

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. ...<<

2. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag war ferner völkerrechtswidrig, weil die Besatzungskonstrukte BRD und DDR überhaupt nicht am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, sondern das Deutsche Reich.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte z.B. am 31. Juli 1973 im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung des Grundlagenvertrages mit der DDR den Fortbestand des Deutschen Reiches (x101/254): >>... III.

... 1. Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. ...

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309, 336, 363), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

3. In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig. Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete östlich der Oder und Neiße) blieb deshalb unverändert

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser völkerrechtswidrig festgesetzten Grenzen außerdem auch indirekt die Billigung von gewaltsamen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete (Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937) war demnach eindeutig völkerrechtswidrig.

4. Aufgrund des Artikels 53 des "Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 war der Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 völkerrechtswidrig und damit ungültig, weil er zweifelsfrei gegen allgemeine Regeln des Völkerrechts verstieß.

Im "Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 hieß es z.B. im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036/...): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine

Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands vom 3. Oktober 1990

Die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands war aus folgenden Gründen völkerrechtlich ungültig:

1. Am 17. Juli 1990 ordneten die Alliierten während der Pariser Konferenz die völkerrechtswidrige Streichung der Präambel und des Artikels 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig.

2. Laut Verfassungsgesetz der DDR wurden die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erst mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 durch das Ländereinführungsgesetz gebildet, deshalb war eine rechtskräftige Übernahme der noch nicht gebildeten neuen Länder der DDR am 3. Oktober 1990 unmöglich.

3. Die angebliche Wiedervereinigung fand bekanntlich am 3. Oktober 1990 statt, so daß die neuen Länder der DDR wegen fehlender Existenz des Artikels 23 des Grundgesetzes und wegen fehlender Existenz der neuen Länder der DDR nicht am 3. Oktober 1990 der BRD beitreten konnten.

Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung

Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen werden seit über 100 Jahren jahrein und jahraus konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert.

Obleich die Deutschen bereits nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, um die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands vollständig zu zerstören, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand.

Nach Jahrzehnten der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Pflichten der Betreuer

Die Deutschen stehen seit Mai 1945 bis zum heutigen Tag völkerrechtlich unter Vormundschaft der Besatzungsmächte, d.h. sie sind geschäftsunfähig und besitzen gegenüber den westalliierten Betreuern bei entscheidenden Fragen nach wie vor keine souveränen Freiheits- und

Selbstbestimmungsrechte. Die Deutschen können aufgrund der fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der westlichen Alliierten bzw. durch die gegenwärtige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft nicht frei und selbstbestimmt handeln, sondern die zwangsbetreuten Deutschen sind weiterhin vollkommen wehr- und willenlos.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die westalliierten Siegermächte zwangsläufig auch für die zerstörerische Destabilisierungspolitik der fremdbestimmten deutschen Politiker verantwortlich.

Die Besatzungsmächte sind deshalb aufgrund ihrer schuldhaften Pflichtverletzung gemäß Völkerrecht verpflichtet, den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Keine stabile und bezahlbare Energie

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der fremdbestimmten deutschen Politiker, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Unternehmen der Industrie und des Mittelstandes.

Infolge der zwangsläufigen Abwanderungs- und Pleitewelle werden Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Not und Elend schon sehr bald ein unfaßbares Chaos in der BRD verursachen.

Die heimtückisch eingeleitete Energiewende und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland werden den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offensichtlich von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Obgleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung fast nichts, um den Anschlag aufzuklären.

Haager Landkriegsordnung gilt nach wie vor

Während eines flächendeckenden Stromausfalls droht zum Beispiel in den Abklingbecken von mindestens 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2023 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in Mitteleuropa und später weltweit verteilt.

Die BRD wird bei den Vereinten Nationen immer noch als Feindstaat geführt. Aufgrund der Feindstaatenklausel der Artikel 53 und 107 der UN Charta können die alliierten Siegermächte - ohne Beschluß des UN-Sicherheitsrats - jederzeit in Deutschland militärisch intervenieren, um die Einheimischen oder die Bevölkerung der deutschen Nachbarstaaten zu schützen.

Die alliierten Siegermächte sind wegen des fehlenden Friedensvertrages völkerrechtlich weiterhin verpflichtet, die besatzungsrechtliche Verwaltung der deutschen Besatzungsgebiete gemäß Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 zu gewährleisten, denn Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Vorübergehende Reaktivierung der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945

Infolge der Nichtigkeit des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 behielten die Alliierten gemäß Hager Landkriegsordnung das Recht, jederzeit die Regierungsgewalt ganz oder teilweise wieder in den ehemaligen Besatzungszonen aufzunehmen.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen muß die Handlungsunfähigkeit der Deutschen so schnell wie möglich beendet werden, deshalb ist es unbedingt erforderlich, zunächst die ge-

genwärtig fehlenden Organe des Deutschen Reiches wieder herzustellen.

Da die Zeit drängt, müssen die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches unverzüglich die erforderlichen völkerrechtlichen Verhandlungen mit den maßgeblichen alliierten Siegermächten einleiten.

Um während der Wiederherstellung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verwaltung zu gewährleisten, müssen die alliierten Siegermächte vorübergehend die "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 reaktivieren.

Schlußbemerkungen

Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung sind nach wie vor anerkannte Teile des humanitären Völkerrechts. Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Letzten Endes haben es nur die alliierten Siegermächte in der Hand, ob das Volk der Deutschen nach über 100 Jahren der Versklavung endlich wieder in Frieden, Einigkeit, Recht und Freiheit leben darf. Die völkerrechtliche Souveränität Deutschlands kann nur realisiert werden, wenn sich die alliierten Besatzungsmächte aktiv dafür einsetzen, die gegenwärtig nicht vorhandene Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches zu reaktivieren.

Die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Rußland (Fortsetzerstaat der Sowjetunion) sind gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Wahrscheinlich wird sich derzeit lediglich Rußland für eine vorübergehende Reaktivierung der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 im ehemaligen sowjetischen Besatzungsgebiet in Mitteldeutschland und in Ostdeutschland einsetzen, während die westlichen Alliierten die bisherige Handlungsunfähigkeit der Westdeutschen vermutlich unbedingt beibehalten wollen.

Der russische Präsident Wladimir Putin wird sicherlich erst dann seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einlösen, wenn die Deutschen endlich ihren zwangsbetreuten Todesschlaf beenden, ihr persönliches Schicksal selbst in die eigene Hand nehmen und gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes Widerstand leisten, um wieder frei und selbstbestimmt leben zu können.

Die jahrzehntelange Ausplünderung und politische Entmündigung der Deutschen sowie die wahnsinnige Energiewende und die unkontrollierte Massenmigration waren zweifelsfrei Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die verantwortlichen Siegermächte und NWO-Globalisten juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

GOTT MIT UNS ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27342" berichtet am 1. November 2023 (x1.343/...): >>**Israel - Enthüllung eines Mysteriums - Dokumentarfilm von David Sorensen**

Um eine Schau aus höherer Warte auf den Nahostkonflikt zu ermöglichen, veröffentlicht Kla.TV den neuesten Film von David Sorensen. Die erschütternden Geheimnisse, die dieser Dokumentarfilm mit viel Original-Bildmaterial und Zeugenaussagen enthüllt, werfen ein hel-

les Licht auf jene kriminellen Organisationen, die sich - laut Sorensen - schon immer hinter dem Staat Israel und der Hamas versteckt haben. Dieser Film zeigt schonungslos das schreckliche Gesicht der satanischen Eliten, die eine Eine-Welt-Regierung errichten wollen und vor keiner Gewalt zurückschrecken. Ein klarstellender Augenöffner in wirren Zeiten, den niemand verpassen sollte!

Wichtiger Hinweis:

Kla.TV möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß mit der Erwähnung der in dieser Sendung genannten Personen, Hintergründe und Verflechtungen nicht angestrebt wird, den Zuschauer zu einem antisemitischen Urteil zu verleiten. Selbst wenn die in dieser Sendung genannten Personen und Interessengruppen unter der Flagge der Israelischen Regierung agieren und sich als Juden ausgeben, sollte jeder Zuschauer im Bewußtsein behalten, daß Gewalt, egal von welcher Seite sie verübt wird, ganz grundsätzlich nicht zu rassistischen Urteilen verleiten darf. Denn oft läßt sich nach einer genaueren Untersuchung folgendes feststellen:

Personen, die durch investigativen Journalismus ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, lenken von ihren Gewalttaten ab, indem sie dann ihre Religionsgruppe oder Nation als Sündenbock oder Schutzschild ins Feld führen. So wird bewußt Haß und Folgegewalt unrechtmäßig auf die Religionsgemeinschaft oder Nation gelenkt. Daß man es in vielen Fällen gar nicht mit echten Juden bzw. echten Anhängern sonstiger Religionen zu tun hat, sondern mit einer luziferischen Ideologie, wird ausführlich in den Sendungen "Wider Rassismus und Verschwörung" (siehe: www.kla.tv/23509) und "Das Geheimnis der Obelisken" (siehe: www.kla.tv/14340) dargelegt. Diese Dokumentation belegt ebenfalls genau diesen Zusammenhang.

Wie es auch in der Bibel in Offenbarung 2, 9 steht: "... die sagen, sie seien Juden, und es nicht sind, sondern eine Synagoge des Satans."

David Sorensen: Ich bin David Sorensen von StopWorldControl.com. In diesem Video präsentiere ich Ihnen Wahrheiten und Realitäten, die extrem schwer zu begreifen sind. Informationen, die uns bis ins Mark schockieren werden, weil sie alles, was wir glauben, in Frage stellen, unsere Welt auf den Kopf stellen und etwas so Böses offenbaren, daß es fast unverständlich ist. Und doch ist es die Wahrheit. Wenn wir wollen, daß diese Welt ein besserer Ort wird, dann können wir es uns nicht leisten, offensichtliche Realitäten zu leugnen. Wir müssen den Mut und die Aufrichtigkeit haben, uns der Wahrheit zu stellen.

Ich lade Sie ein, diesen Mut und diese Aufrichtigkeit zu haben, wenn Sie sich dieses Video ansehen. Es wird schwierig sein, es wird sehr herausfordernd sein, aber es wird auch etwas extrem Schändliches in dieser Welt aufdecken, dessen sich jeder Mensch bewußt sein muß. Mehrere ehemalige Mitglieder der israelischen Verteidigungsstreitkräfte haben sich zu Wort gemeldet, weil sie äußerst besorgt darüber sind, was in Israel vor sich geht. Sie bezeugen, daß das israelische Militär die modernste High-Tech-Armee der Welt ist.

Sie enthüllen auch, daß die Grenzen zwischen Israel und Gaza die am stärksten gesicherten Grenzen der Welt sind. Hightech-Sensoren alarmieren die israelischen Verteidigungskräfte, sobald sich auch nur ein kleines Tier den Grenzen nähert. Dennoch gelang es Hunderten von Hamas-Kämpfern nicht nur, sich den Grenzen zu nähern, sondern sie sprengten auch die Zäune. Sie drangen in israelisches Gebiet ein und begannen, Häuser zu zerstören, Dörfer niederzubrennen und israelische Bürger zu töten, ohne daß das israelische Militär auch nur den Anschein einer Verteidigung hatte.

Es stellte sich heraus, daß die Regierung kurz vor diesem Angriff den Abzug aller militärischen Präsenz aus diesem Gebiet angeordnet hatte. Die Hamas erhielt buchstäblich einen Freifahrtschein, um einzudringen und ihre Operationen zu starten. In den nächsten Videos werden Sie hören, wie ehemalige Mitglieder der israelischen Verteidigungsstreitkräfte erklären, daß etwas sehr, sehr, sehr Besorgniserregendes in Israel vor sich geht.

Ehemalige Infanterie-Operationsfeldwebel: Ich diente als Infanterie-Operationsfeldwebel

während der Operation Protective Edge (2014) in Gaza. Ich war in der logistischen Unterstützung während des Gaza-Krieges 2014. Hören Sie gut zu: Es gibt keine Möglichkeit, daß sich jemand der Grenze nähert, ohne daß wir davon wissen!!! Die Beobachter sitzen in den Bunkern und können ihre Augen nicht bewegen. Sie schauen ständig auf den Bildschirm. Eine Taube oder ein Storch, der sich der Grenze nähert, alarmiert sofort alle Kräfte in diesem Sektor!!! Es ist unmöglich, daß sie nicht gesehen haben, daß 400 Männer mit Traktoren gekommen sind!

Efrat Fenigson: 7. Oktober 2023. Hier ist Efrat Fenigson und ich bin hier, um über den aktuellen Stand des Krieges zwischen Israel und Hamas zu berichten, der heute Morgen begonnen hat. Offenbar wurden die israelischen Verteidigungskräfte, die eigentlich für den Gazastreifen vorgesehen waren, aus Sicherheitsgründen in das Westjordanland verlegt, so daß der Gazastreifen von Militärs unbesetzt blieb. Es heißt, daß etwa 60 % bis 80 % dieses Gebiets ohne die IDF-Kräfte, die dort sein sollten, belassen wurden.

Vor einem Jahr fand im Gazastreifen eine Militäroperation statt, um sich auf solche Ereignisse vorzubereiten, und es werden laufend Schulungen für diese Art von Szenarien durchgeführt. Für mich wirft dies jedenfalls ernste Fragen zum israelischen Geheimdienst auf. Was war geschehen? Vor zwei Jahren wurden erfolgreich unterirdische Grenzen mit Sensoren errichtet, die genau bei solchen terroristischen Übergriffen Alarm schlagen. Israel hat eine der fortschrittlichsten und modernsten Armeen.

Wie kommt es, daß es keine Reaktion auf die Durchbrechung der Grenze und des Zauns gab? Das kann ich nicht verstehen. Ich persönlich habe vor 25 Jahren in den IDF in den Geheimdienstkräften gedient. Meiner Meinung nach gibt es keine Möglichkeit, daß Israel nicht wußte, was auf es zukommt. Eine Katze, die sich am Zaun entlang bewegt, löst alle Kräfte aus. Und das? Was ist mit der stärksten Armee der Welt passiert? Wie kommt es, daß die Grenzübergänge weit offen waren? Irgend etwas stimmt hier ganz und gar nicht. Etwas ist sehr seltsam. Diese Kette von Ereignissen ist sehr ungewöhnlich und nicht typisch für das israelische Verteidigungssystem.

Die derzeitige Regierung ist meiner Meinung nach hochgradig korrupt, während die vorherige Regierung nicht besser war. Es geht mir nicht darum, eine populäre Meinung zu haben. Mir geht es darum, böse Kräfte zu entlarven, wo und wer auch immer sie sind. Daher scheint mir dieser Überraschungsangriff eine geplante Operation an allen Fronten zu sein. Wenn ich eine Verschwörungstheoretikerin wäre, würde ich sagen, daß dies wie das Werk des tiefen Staates aussieht. Ich habe das Gefühl, daß die Menschen in Israel und Palästina wieder einmal an die höheren Mächte verkauft worden sind. Gleichzeitig ist dies immer noch sehr, sehr schwer zu begreifen.

Anonyme Sprachnachricht von einem christlichen Palästinenser, der die meiste Zeit seines Lebens in Jerusalem gelebt hat: Wie kommt es, daß die stärkste Armee, der stärkste Geheimdienst, der ausgeklügeltste Geheimdienst der Welt, in Israel, es ein paar hundert Hamas-Kämpfern ermöglicht, nach Israel einzudringen und all dies zu bewerkstelligen, während die Hamas-Kämpfer in diesem Gebiet weder der israelischen Armee noch irgendeiner Verteidigung oder Schutz oder sonst etwas begegnet sind?

Als ob die israelische Regierung vorhätte, den Hamas-Kämpfern das gesamte Gebiet auf dem Silbertablett zu servieren. Das ist nicht logisch. Israel verfügt über den ausgefeiltesten Geheimdienst, hat eine starke Armee, die stärkste im Nahen Osten, und erlaubt so etwas. Es steckt also mehr dahinter. Israel hat seine eigenen Leute geopfert, hat die Zivilisten an den Grenzen von Gaza geopfert, hat den Schutz weggenommen, hat die Armee weggenommen und hat der Hamas erlaubt, das zu tun, was sie getan hat.

David Sorensen: Das folgende Filmmaterial wurde von der Hamas veröffentlicht. Hier sehen wir, wie sie Sprengsätze an den Zäunen anbringen, die extrem stark mit Hightech gesichert

sind, aber kein Zeichen einer israelischen Reaktion zu sehen ist. Sie sprengen die Zäune an mehreren Stellen in die Luft. Hier sehen Sie aus der Vogelperspektive, wie sie die Infrastruktur durchbrechen und zerstören. Wir können sogar sehen, wie sie mit ihren Fahrzeugen voller bewaffneter Soldaten buchstäblich in israelisches Gebiet eindringen, ohne daß die israelischen Verteidigungskräfte auch nur einen Versuch unternehmen, sie in irgendeiner Weise aufzuhalten.

Sie haben buchstäblich einen Freipaß für die Einreise nach Israel erhalten. Sie dürfen sogar auf den Straßen Israels fahren. Dies ist ein weiteres von der Hamas veröffentlichtes Video, das zeigt, wie sie in der Lage sind, die Sicherheitszäune zu sprengen und ungehindert nach Israel einzudringen. Wir müssen verstehen, daß es sich hier nicht um eine große Armee handelt, die in Israel einmarschiert. Es handelt sich im Grunde nur um eine kleine Anzahl von Terroristen. Das unglaubliche, mächtige Militär Israels hätte sie im Handumdrehen aufhalten können, aber sie taten es nicht. Was ist hier also wirklich los?

Warum gab es keine Reaktion der israelischen Verteidigungskräfte, als bewaffnete Soldaten der Hamas in israelisches Gebiet eindringen, sogar die Zäune sprengten und tief in Israel eindringen und anfangen, Dörfer niederzubrennen und Menschen zu töten und zu entführen? Warum wurde das israelische Militär unmittelbar vor diesem Angriff aus dem gesamten Gebiet abgezogen? Warum wurden die Mainstream-Nachrichtenmedien angewiesen, der Öffentlichkeit gegenüber nicht ehrlich zu sein, und warum haben sie 12 Stunden gewartet, um Israel zu informieren? Hier geht eindeutig etwas sehr, sehr Ruchloses vor sich, eine kriminelle Operation auf Regierungsebene der schlimmsten Art.

Die Frage ist, was ist ihre Agenda? Was ist das Ziel? Ich glaube, daß dieser Brief, der von der israelischen Regierungskoalition an Premierminister Netanjahu geschickt wurde, die Antwort gibt. Daraus geht hervor, daß sie einen sofortigen Einmarsch in den Gazastreifen und die vollständige Übernahme der Kontrolle über das gesamte Gebiet fordern, das in den vergangenen Jahrzehnten dem palästinensischen Volk gehörte.

Und tatsächlich sehen wir, daß Israel sofort reagiert und etwas tut, was es schon seit Jahrzehnten tun wollte. Ein kompletter Angriff auf Gaza, wo zweieinhalb Millionen unschuldige Palästinenser leben. Familien wie du und ich, Mamas, Papas, Kinder, Großväter, Großmütter, einfach wunderbare Menschen. Sie werden bombardiert, sie werden massenhaft ermordet. Das ist Völkermord der schlimmsten Art. Und diese Invasion der Hamas ist der perfekte Vorwand, um dies zu erreichen.

Was jeder Mensch auf der Welt wissen sollte, ist, daß mehr als die Hälfte der 2,3 Millionen Menschen in Gaza Kinder unter 15 Jahren sind. Das bedeutet, daß Israel jetzt mehr als 1 Million junger Kinder bombardiert.

Die Zerstörung, die über zweieinhalb Millionen Familien, Mamas, Papas, Kinder, Großväter, Großmütter, Onkel, Nichten entfesselt wird. Ich benutze diese Worte, um meinen Punkt deutlich zu machen. Es sind Menschen. Das sind Menschen, die dort in Gaza leben. Und jetzt löscht Israel sie aus. Unter dem Vorwand eines Hamas-Angriffs zerstören sie Tausende und Abertausende von Familien. Darüber hinaus hat Israel die Versorgung dieser 2,5 Millionen Menschen mit Wasser, Strom, Gas und Lebensmitteln eingestellt. Hier sehen wir völlige Dunkelheit im gesamten Gaza-Gebiet. Hunderttausende von Familien haben kein Trinkwasser, keinen Strom, kein Gas und keine Lebensmittel.

Was wirklich beunruhigend ist, ist die Tatsache, daß Netanjahu weniger als zwei Wochen vor dem Angriff Israels auf den Gazastreifen mit dem Ziel, ihn endgültig zu vernichten, während der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Karte zeigte. Diese Karte trägt die Bezeichnung "Neuer Naher Osten". Wenn man sich Israel ansieht, dann sind die palästinensischen Gebiete vollständig entfernt worden. Auf der Karte des Neuen Nahen Ostens, die Netanjahu weniger als zwei Wochen vor dem Angriff auf Gaza gezeigt hat, gibt es keine Anzei-

chen mehr für eine palästinensische Präsenz.

Bei jeder Operation unter falscher Flagge ist es immer das gleiche Prinzip. Jemand will ein schreckliches Verbrechen begehen, möchte aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Also müssen sie eine andere Instanz benutzen, um die Schuld auf sie abzuwälzen. In diesem Fall ist das ganz klar. Sie benutzen die Hamas. Die Hamas ist hier angeblich der böse Akteur. Alles, was Israel tut, ist angeblich, sich zu verteidigen.

Also haben sie jetzt das Recht, etwas zu tun, was sie schon seit Jahrzehnten tun wollten. Den gesamten Gazastreifen vollständig auszulöschen und das palästinensische Volk auf grausame Weise zu ermorden. Die nächste Frage, die sich stellt, ist, warum sollte die Hamas mit Israel kooperieren? Im nächsten Clip finden wir wahrscheinlich die Antwort. US-Senator Ron Paul erklärte in der US-Regierung, daß die Hamas in Wirklichkeit eine Organisation ist, die von Israel gegründet wurde, von Israel finanziert wird und für Israel arbeitet.

Ron Paul: Wenn Sie sich die Geschichte der Hamas ansehen, werden Sie feststellen, daß die Hamas von Israel ermutigt und wirklich gegründet wurde, weil man die Hamas als Gegenspieler zu Jassir Arafat haben wollte.

David Sorensen: Was Senator Ron Paul sagte, wird von einem Mann namens Ronald Bernard bestätigt. Er arbeitete auf hoher Ebene bei den sogenannten Finanzeliten, den reichsten und mächtigsten dieser Welt, die hinter den Kulissen das Welttheater kontrollieren. Er erklärt, wie terroristische Organisationen im Wesentlichen von denselben Quellen finanziert werden, die auch die Organisationen finanzieren, die diese Terroristen angeblich bekämpfen.

Ronald Bernard: Was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, daß sie an den Geldströmen beteiligt sind. Das sind Ihre Kunden. Sie haben auch mit Regierungen zu tun, mit multinationalen Unternehmen, mit Geheimdiensten und dem, was man heute Terrororganisationen nennt. Sie bekommen alle Gruppen, die mit dem großen Geld zu tun haben, als Kunden. Und dann sieht man die Verbindungen. Sie könnten also, wie Sie gerade erwähnten, in Bezug auf das Wissen abgeschottet sein. Aber weil ich in der Mitte stehe, sehe ich, wie sie miteinander in Beziehung stehen. Man sieht, daß das Geld von diesem Ort kommt und dann zu jenem Ort geht usw. Man gewinnt immer mehr Informationen und damit einen Überblick darüber, was wirklich vor sich geht.

Interviewerin: Müssen Sie dann all diesen Gruppen dienen und sie zufriedenstellen, einschließlich terroristischer Organisationen? Sie haben versucht, alle zufriedenzustellen?

Ronald Bernard: Ja.

Interviewerin: Mein Gott!

Ronald Bernard: Das war mein Job.

Interviewerin: Alle Eisen im Feuer halten.

Ronald Bernard: Ja, in der Tat. Eines der Dinge, die ich herausgefunden habe - ich wußte das vorher nicht, aber jetzt weiß ich es - ist über Geheimdienste. Man denkt, sie seien dazu da, einem Volk, einem Land usw. zu dienen und es zu schützen. Aber in Wirklichkeit entpuppen sie sich als kriminelle Organisationen, um genau zu sein. Das System ist sehr komplex. Es geht darum, Kriege zu finanzieren, Kriege anzuzetteln, also im Grunde genommen eine Menge Elend in der Welt zu schaffen, viele Konflikte. Und dann denke ich mir: Wenn die Leute nur wüßten, wie die Welt wirklich ist. Die Geheimdienste schrecken vor nichts zurück. Vor nichts. Aber sie haben auch ihre Geldströme, denn wenn sie mit Drogen oder Waffen oder auch mit Menschen handeln, muß das ganze Geld ja irgendwohin fließen. Alles muß finanziert werden.

Interviewerin: Sie sagen das, aber können Sie bestätigen, daß alle das tun?

Ronald Bernard: Alle tun es.

David Sorensen: Das vollständige Interview mit Ronald Bernard können Sie auf der Website stopworldcontrol.com/Bernard sehen. Er erklärt viel mehr darüber, was wirklich in unserer

Welt vor sich geht, hinter den Kulissen des Puppentheaters, das der Öffentlichkeit vorgespielt wird. Denn es ist in der Tat ein Puppentheater.

Efrat Fenigson: Dieser Überraschungsangriff scheint eine geplante Operation an allen Fronten zu sein.

Ehemaliger Infanterie-Operationsfeldwebel: Es ist unmöglich, daß sie 400 Männer, die mit Traktoren gekommen sind, nicht gesehen haben.

Anonyme Sprachnachricht von einem christlichen Palästinenser, der die meiste Zeit seines Lebens in Jerusalem gelebt hat:

Israel hat seine eigenen Leute geopfert, hat die Zivilisten an den Grenzen des Gazastreifens geopfert.

David Sorensen: Seit dem Beginn der Invasion des Landes Palästina vor mehr als 80 Jahren wurden mehrere hunderttausend Menschen von den israelischen Streitkräften ermordet. Und wie Sie auf dieser Karte sehen können, haben sie nach und nach all ihr Land, ihre Bauernhöfe, ihre Weinberge, ihre Häuser, all ihre Besitztümer gestohlen. Und schließlich haben sie diese Menschen im Gazastreifen eingesperrt, der das größte Freiluftgefängnis der Welt ist, mit der höchsten Selbstmordrate der Welt, weil das Leben dort so unerträglich ist.

Es gibt etwas sehr Wichtiges, das wir alle in Bezug auf die Hamas erkennen müssen. Die Hamas wurde gegründet, damit Israel das Opfer spielen kann. Israel ist der eigentliche Aggressor, der in eine friedliche Region eingedrungen ist, Hunderttausende von Menschen ermordet hat, ihr ganzes Land, ihre Häuser, ihre Höfe, ihre Weinberge, all ihren Besitz gestohlen hat und sie in Freiluftgefängnisse und in Gebiete gesperrt hat, wo diese Menschen jeden Tag ihres Lebens terrorisiert werden. Trotzdem sieht die Mehrheit der Menschheit auf Israel, als ob sie die Opfer wären. Das ist der Erfolg der Hamas. Und so funktionieren psychologische Operationen, die von Geheimdiensten durchgeführt werden, um die Menschheit zu manipulieren.

Hier sehen Sie Aufnahmen der palästinensischen Bevölkerung vor der Invasion der Zionisten. Das sind keine Terroristen, das sind keine gefährlichen Menschen, das sind einfach glückliche Familien, genau wie Sie und ich. Ein ehemaliger Soldat der israelischen Verteidigungsstreitkräfte erklärt, wie sie diese Millionen von Menschen buchstäblich täglich terrorisiert haben.

Dena Taktur: Was belastet am meisten Ihr Gewissen, von dem, was Sie in Ihrer Zeit als Soldat getan haben?

Ori Givati, ehemaliger israelischer Soldat: Für mich ist es die Art und Weise, wie wir die Palästinenser routinemäßig kontrollieren. Ein Palästinenser kann morgens aufwachen und nicht wissen, ob er pünktlich zur Arbeit kommt, er kann schlafen gehen und nicht wissen, ob Soldaten in sein Haus eindringen werden. Wir kontrollieren im Grunde die einfachsten und grundlegendsten Elemente des Lebens.

Dena Taktur: Es ist darauf ausgelegt, die palästinensische Bevölkerung zu zermürben und ihr zu zeigen, wer das Sagen hat, und sie täglich zu demütigen.

Ori Givati, ehemaliger israelischer Soldat: Genau. Wie können wir 2,5 Millionen Palästinensern im Westjordanland das Gefühl geben, daß sie ihren Kopf nicht heben können? Wir werden ihnen zu verstehen geben, daß wir ihr Leben kontrollieren. Die gesperrten Straßen und Siedlungen usw. gibt es überall in den besetzten Gebieten. Militärische Aktivitäten, Hausdurchsuchungen, Patrouillen, digitale Überwachung - all das gibt es hier und überall im Westjordanland. Der Unterschied in Hebron ist nur, daß wir in einem kurzen Spaziergang Beispiele von all dem sehen können.

Dena Taktur: Wir haben das alles gesehen.

David Sorensen: Die Vereinten Nationen geben an, daß 251 Israelis ihr Leben verloren haben, verglichen mit 5.590 Palästinensern, die zwischen 2008 und 2020 getötet wurden. Ein Mitglied des Europäischen Parlaments aus Irland sagt jedoch, daß die Zahlen viel höher sind.

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments: Mehr als 150.000 palästinensische Zivilisten wur-

den seit 2008 im Gazastreifen und im Westjordanland getötet oder verletzt. 33.000 davon waren Kinder.

David Sorensen: Doch was steckt wirklich hinter der Invasion in das Land Palästina und dem Landraub an Millionen von Menschen, die ermordet und gefoltert werden? Was ist die tiefere Agenda hinter all dem? Wir finden die Antwort, wenn wir uns die Personen ansehen, die hinter der Gründung des Staates Israel stehen. Es ist die Familie der Rothschilds. Auf ihrer eigenen offiziellen Website prahlen sie damit, daß sie es waren, die den Wiederaufbau Israels finanziert haben. Sie sind diejenigen, die Israel möglich gemacht haben. Wer sind also die Rothschilds? Und warum haben sie Milliarden von Dollar ausgegeben, um in den Aufbau eines neuen politischen und militärischen Staates Israel zu investieren?

Die Rothschilds gehören zu den reichsten Menschen der Welt. Ihr Vermögen wird auf mehrere Billionen Dollar geschätzt. Das sind mehrere tausend Milliarden Dollar. Das macht sie im Grunde zu den mächtigsten Leuten im gesamten Finanz- und Bankensystem dieser Welt. Sie operieren zum Beispiel von der City of London aus. Nicht zu verwechseln mit London City. London City ist die Stadt, die wir alle kennen. London City ist die Stadt, in der die Menschen leben und die von Touristen besucht wird.

Die City of London ist jedoch ein kleines Gebiet von einer Quadratmeile im Herzen von London. Die City of London ist das Finanzzentrum der ganzen Welt. Und es gibt etwas sehr Bedeutsames an der City of London. Dieses kleine Gebiet von einer Quadratmeile ist ein souveräner Staat. Sie unterliegt weder den Gesetzen Englands noch denen des Vereinigten Königreichs oder der königlichen Familie. Im Gegenteil, die City of London herrscht über sie. Die City of London ist die Fortsetzung dessen, was wir alle als das Britische Empire kennen.

Das Britische Empire hat versucht, die Weltherrschaft zu erlangen. Noch immer gehört ihnen ein großer Teil der Welt, wie Australien, Kanada, Neuseeland, mehrere afrikanische Länder und viele mehr. Die City of London ist der Hauptsitz aller großen Banken der Welt und auch der Hauptsitz der Freimaurerei. Das Wappen der City of London zeigt zwei Drachen. Und dann der Helm eines Ritters mit einem Drachenflügel. Das lateinische Glaubensbekenntnis bedeutet ins Deutsche übersetzt: Herr führe uns.

Sie zeigen also Drachen und sagen "Herr führe uns". Der Drache steht in der Mythologie, aber auch in der Spiritualität, zum Beispiel in der Heiligen Schrift, für die Personifizierung des Bösen, das die gesamte Menschheit verführen und beherrschen will. Der alte Drache ist das Symbol des Satans oder des Teufels. Es ist bezeichnend, daß die City of London von 14 Statuen eines Drachens umgeben ist. Der Drache ist also das Symbol Nummer eins in der City of London.

Dies bringt uns zu einem weiteren Element der Rothschilds. Sie sind bekannt für ihr Engagement in einer Religion, die Luziferianismus oder Satanismus genannt wird. Baronin Philippine de Rothschild trug oft Schmuck, auf dem das Symbol des Satanismus abgebildet war. Eine gehörnte Ziege. Sie hatte sogar Schmuckstücke, die den Kopf des Satans zeigten. Auf diesem Bild sehen wir Baron Jacob Rothschild vor einem berühmten Gemälde mit dem Titel "Satan ruft seine Armeen aus der Hölle herbei". Er posiert neben einer ihrer Lieblingskünstlerinnen, Marina Abramovic. Diese Dame organisiert sehr seltsame Partys für die Elite.

Hier sehen Sie einige Bilder von diesen Partys, die als "Spirit Cooking" bezeichnet werden. Sie zelebrieren im Grunde die Praxis der Menschenopfer und des Kannibalismus. Im nächsten Video sehen Sie ein "Spirit Cooking Dinner", das von Marina Abramovic organisiert wurde, eine der Lieblingskünstlerinnen der Rothschilds, die den Staat Israel gegründet haben. Ich muß Sie warnen. Was Sie gleich sehen werden, ist äußerst grausam, erschütternd und verstörend.

Am 2. Dezember 1972 organisierte Marie-Hélène de Rothschild einen surrealistischen Ball auf dem Chateau de Ferrières in Frankreich, einem ihrer Schlösser. Hier sind einige Bilder

von ihrer Party. Auch hier wird das Menschenopfer gefeiert, das den Kern des Satanismus bildet. Hier können Sie weitere Kunstwerke von Abramovic, einer guten Freundin der Rothschilds, sehen. Sie zelebriert die gesamte Symbolik des Satanismus. Die Schlange, die Hörner des Teufels, sogar Kindesmißbrauch. 2017 wählten die Rothschilds einen Künstler aus Tausenden von Künstlern unserer Welt aus, um ihr Segelboot während des Lasco Projekts zu schmücken.

Unter allen Künstlern, die es auf unserer Welt gibt, wählten sie einen bestimmten Mann aus, Cleo Peterson. Hier können Sie einige seiner Werke sehen. Sie zeigen immer dunkle Wesen, die weiße Figuren quälen. Immer quält die Dunkelheit das Licht. Das Böse herrscht über das Gute. Er zeigt Szenen von gewalttätiger Vergewaltigung, gewalttätigem Mord, gewalttätiger Versklavung und gewalttätiger Unterdrückung. Es ist höchst bezeichnend, daß die Rothschilds diesen Künstler ausgewählt haben, um ihr Segelboot zu schmücken.

Zu Beginn dieses Videos habe ich Sie gewarnt, daß diese Informationen äußerst verstörend sein würden. Ich bin sicher, daß die meisten Menschen nicht wissen, daß Israel von offenkundigen Satanisten gegründet wurde. Aber das bringt uns zurück zu der ursprünglichen Frage. Warum sind sie in Palästina eingefallen? Warum errichteten sie den Staat Israel? Jeder, der informiert ist, weiß, daß es in der Weltgeschichte immer eine Agenda für die Weltherrschaft gegeben hat. Das ist keine Verschwörungstheorie.

Es handelt sich um eine der grundlegendsten Realitäten der menschlichen Geschichte. Es hat ein Weltreich nach dem anderen gegeben. Aus irgendeinem seltsamen Grund gibt es in unserer Zeit viele Menschen, die die Realität einer Agenda für die Weltherrschaft abtun. Das ist verblüffend. Es ist fast wahnsinnig zu glauben, daß es in unserer Zeit keine Agenda für die Weltherrschaft mehr geben würde. Denn das war schon immer der rote Faden in der Geschichte der Menschheit.

Die Frage ist nur, wer sind die Leute, die heute nach der Weltherrschaft streben? Nun, da ist zum Beispiel das Weltwirtschaftsforum, das auf seiner eigenen Website sehr deutlich macht, daß es eine globale Führung anstrebt. Sie wollen die ganze Welt kontrollieren. Sie streben auch die Steuerung des Internets und der Unternehmen an. Sie wollen jeden Aspekt der menschlichen Gesellschaft kontrollieren. Hier haben Sie es also. Es ist offenkundig. Nun, die Rothschilds sind eine der Familien, die hinter dem Weltwirtschaftsforum stehen. Dabei handelt es sich im Grunde um eine öffentliche Einrichtung, die von der City of London und von diesen hochrangigen Finanzeliten unterstützt wird.

In den letzten Jahrzehnten hat es äußerst beunruhigende Enthüllungen darüber gegeben, was innerhalb dieser Finanzeliten vor sich geht. Das Hauptthema, das von zahllosen Insidern aufgedeckt wurde, und ich meine überlebende Opfer oder Augenzeugen oder ehemalige Mitarbeiter und sogar ehemalige Direktoren des FBI und der CIA und ehemalige Polizeibeamte und Detektive und Kommandanten des Militärs und ehemalige Agenten und Offiziere von Geheimdiensten. All diese Menschen haben dieselbe entsetzliche Realität aufgedeckt. Sie haben unserer Welt vor Augen geführt, daß es ein organisiertes System des Kindesmißbrauchs und des Kinderhandels gibt und sogar Kinderfolter und rituelle Kinderopfer, die innerhalb dieser Finanzeliten stattfinden.

Da ist zum Beispiel der Whistleblower Ronald Bernard. Er operierte auf höchster Ebene in diesen Finanzkreisen. Und er bewegte Billionen von Dollar. Er deckte auf, daß es auf der allerhöchsten Ebene dieser Finanzeliten tatsächlich diese Religion namens Luziferianismus gibt. Und er schloß sich für eine Weile ihren satanischen Massen an, weil es eine Menge Spaß machte. Sex, Drogen und Rock'n'Roll, könnte man sagen.

Aber dann wurde er eingeladen, an dem Ritual der Kinderopfer teilzunehmen. Und es wurde ihm versprochen, daß er unvorstellbare finanzielle Möglichkeiten erhalten würde, wenn er daran teilnehmen würde. Er würde reicher werden als in seinen kühnsten Träumen. Hier ist

ein kurzer Ausschnitt aus dem Zeugnis von Ronald Bernard.

Ronald Bernard: Aber dann wurde ich irgendwann eingeladen - und deshalb erzähle ich Ihnen das alles -, an Opfern teilzunehmen. Im Ausland. Das war die Bruchstelle: Kinder.

Interviewerin: Sie wurden gebeten, das zu tun?

Ronald Bernard: Ja. Und das konnte ich nicht tun.

Interviewerin: Brauchen Sie einen Moment?

Ronald Bernard: Nein. Und dann begann ich langsam zusammenzubrechen. Ich habe als Kind selbst viel durchgemacht, und das hat mich wirklich tief berührt. Alles hat sich verändert. Aber das ist die Welt, in der ich mich befand.

David Sorensen: Was Ronald Bernard unserer Welt offenbart hat, wird von unglaublich vielen anderen Whistleblowern bestätigt. Ich stehe persönlich mit mehreren Personen in Kontakt, die aus diesen Eliten ausgestiegen sind. Und sie alle sagen das Gleiche. Und das bringt uns zurück zu Israel. Das bringt uns zurück zu dem, was im Nahen Osten wirklich vor sich geht. All diese Menschen, die aus diesen Finanzeliten ausgestiegen sind, bezeugen, daß ihr ultimatives Ziel die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung ist. Eine globale Regierung.

Und sie wollen, daß der Hauptsitz in Jerusalem ist. Und das hat einen uralten spirituellen Grund. Ich werde jetzt nicht näher darauf eingehen, aber wir müssen verstehen, daß alles einen Hintergrund hat. Aber sie wollen, daß Jerusalem ihr Hauptquartier wird. Für viele Christen wird das ein großer Schock sein. Und ich verstehe das vollkommen, aber ich bitte Sie, mir zuzuhören. Alles, was ich hier präsentiere, sind handfeste Beweise. Es kann von jedem recherchiert werden und alle Fakten sind für jede Person verfügbar, die den Mut hat, sich mit diesen Fakten auseinanderzusetzen.

Warum ist sich also niemand dessen bewußt? Warum unterstützt die gesamte christliche Gemeinschaft weltweit, die aus etwa 2 Milliarden Menschen besteht, den Staat Israel blindlings? Lassen Sie uns ein wenig in die Geschichte zurückgehen. Viele Jahrhunderte lang war Palästina eine sehr friedliche Region, in der Muslime, Juden und Christen in Harmonie miteinander lebten. Es gab keinen Hass, es gab keinen Krieg. Dies ist etwas Unnatürliches, das von höheren Mächten geschaffen wird, in der Politik und in der Finanzwelt.

Aber diese Menschen hatten überhaupt kein Problem miteinander. Erst als die Rothschilds begannen, in die Errichtung dieses Staates zu investieren, wurde der Haß zwischen den verschiedenen Volksgruppen künstlich geschürt. Nachdem sie jahrhundertlang glücklich in Frieden und Harmonie gelebt hatten, kam es plötzlich zu einer Invasion von Kräften, die man Zionisten oder Zionismus nennt. Der Zionismus ist in der Tat die Philosophie oder die Bewegung von Menschen, die ein neues Israel als Zentrum einer einzigen Weltregierung errichten wollen.

Um ihr Ziel zu erreichen, mußten sie jedoch eine sehr wichtige Sache tun. Sie brauchten die Unterstützung der weltweiten christlichen Gemeinschaft, sie brauchten die Kirchen auf ihrer Seite. So arbeiteten die Rothschilds im 19. Jahrhundert, noch vor der Gründung Israels, eng mit verschiedenen Personen des Christentums zusammen. Sie stellten einen Mann namens Cyrus Scofield ein. Er war ein verurteilter Strafverteidiger, ein Experte für Betrug und Fälschung. Er wurde gebeten, eine neue Bibel zu erstellen, die Scofield-Studienbibel. Dies war die erste Bibel in der Geschichte, die Hunderte von Fußnoten enthielt.

In diesen Fußnoten wurde eine neue Doktrin in die amerikanische evangelikale Kirche eingeführt, die besagt, daß ein neues politisches, militärisches Israel kommen würde und daß dies der Ort sein würde, an dem der Messias kommen würde, um die Welt zu regieren. Und sie sagten, das wäre die Erfüllung der Verheißung, die Gott Abraham gegeben hatte. Und das wäre auch die Erfüllung der Verheißung, daß Christus auf die Erde zurückkehren würde. Diese Bibel wurde dann durch das Moody Bible Institute in ganz Amerika verbreitet und wurde zur Grundlage für die heutige evangelikale Theologie.

Niemand war sich bewußt, daß diese Bibel direkt von Satanisten finanziert wurde und daß sie dem Ziel diene, das Christentum auf ihre Seite zu bringen, um ein neues Israel zu errichten, das der Hauptsitz ihrer Eine-Welt-Regierung werden würde. Und wieder weiß ich, daß all dies für viele Menschen, die noch nie davon gehört haben, unerhört klingt, aber Sie können das recherchieren und ich ermutige Sie hiermit, Ihre Sorgfaltspflicht zu erfüllen.

Ich habe das jahrzehntelang studiert und weiß, wovon ich spreche, aber es ist manchmal sehr schwierig, wenn man mit Leuten spricht, die nicht informiert sind, die einfach eine bestimmte Denkweise angenommen haben, die das blindlings geglaubt haben und die es allen anderen weiter erzählen, ohne jemals ihre eigenen Nachforschungen anzustellen. Aber all dies ist eine historische Tatsache. Die Scofield-Studienbibel wurde von der Oxford University Press herausgegeben, die sich im Besitz der Rothschilds befand.

Und diese ganze Theologie wurde zuerst von John Darby niedergeschrieben, dessen Familie das gruseligste Spukschloß der Welt besaß, Leap Castle, wo 150 Leichen in den Kellern gefunden wurden und wo satanische Messen abgehalten wurden. John Darby verwendete in seinen religiösen Schriften alle möglichen okkulten Begriffe. Er war in vielen Geheimgesellschaften und okkulten Gruppen aktiv. Und er bildete Cyrus Scofield aus.

Aber John Darby war ein Angestellter der Rothschilds. Er arbeitete für die East India Company. In der Scofield-Studienbibel stand wörtlich, daß jeder, der dieses neue Israel unterstützte, von Gott gesegnet werden würde. Und jeder, der es nicht unterstützte, würde von Gott verflucht werden. Also wurden Angst und Einschüchterung eingesetzt, um die Christen zu zwingen, sich auf ihre Seite zu stellen. Und sie hatten Erfolg. In unserer Zeit glaubt die große Mehrheit der Christenheit fest daran, daß dieser neue politische und militärische Staat Israel tatsächlich die Erfüllung der Verheißung Gottes an Abraham ist.

Aber sie haben nicht die geringste Ahnung, was hier wirklich vor sich geht. Die ganze gewalttätige Invasion in das Land Palästina, in dem Muslime, Christen und Juden seit Tausenden von Jahren friedlich zusammengelebt haben, beruht auf einem Mißverständnis der Verheißung, die Gott Abraham im Alten Testament gegeben hat. Gott sagte Abraham, daß er Land erhalten würde, daß ein großes Volk aus ihm hervorgehen würde. Aber einer der Experten der jüdischen Religion, der spätere Apostel Paulus, schrieb an die Juden seiner Zeit, die Hebräer genannt wurden, daß Abraham im Grunde genommen kein Stück Land verheißen bekommen hatte und nicht nach einem Stück Wüste suchte.

Er suchte nach einem himmlischen Land, das von Gottes Hand erbaut worden war. Etwas viel Schöneres, viel Tiefgründigeres, viel Herrlicheres. Dies wurde durch Jesus Christus bestätigt, der der Messias war und der kam, um alle Verheißungen Gottes an Abraham und seine Nachkommen zu erfüllen. Aber er überraschte alle, indem er sagte: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt". Er sagte: "Mein Reich ist nicht mit dem menschlichen Auge sichtbar".

"Mein Reich", sagte er, "arbeitet nicht mit Waffen, es führt keinen Krieg". Er sagte: "Mein Reich befindet sich nicht an einem geographischen Ort auf der Erde". Er sagte: "Mein Reich ist ein himmlisches Reich. Und ihr könnt es nur durch den Geist Gottes sehen. Ihr könnt es nur betreten, wenn ihr durch den Geist von oben geboren seid". Und er sagte: "Mein Reich ist mitten unter euch. Es ist in eurem Inneren". Gott ist also nicht an einer politischen Militäarnation interessiert, die Krieg führt und Menschen tötet. Jesus Christus wird der Fürst des Friedens genannt.

Er ist derjenige, der allen Haß und alle Gewalt zwischen den Menschen beseitigt und die Menschen zu Brüdern macht. Deshalb heißt es im Neuen Testament, daß es in Christus weder Juden noch Heiden gibt. Es gibt keine Feindschaft oder Trennung mehr. Es gibt einen neuen Menschen, eine neue Schöpfung in Christus. Diejenigen, die Christus annehmen, sind diejenigen, die in dieses Reich Gottes eintreten können. Es hat nichts mit Politik zu tun. Es hat nichts mit militärischer Kriegsführung zu tun. Es hat nichts mit dem Haß zwischen einer Volksgrup-

pe und einer anderen Volksgruppe zu tun.

Das ist in der Tat das genaue Gegenteil davon. Aber man hat uns allen etwas ganz anderes erzählt. Die Rothschilds haben uns durch die C. I. Scofield-Studienbibel, die sich in der ganzen Welt verbreitet hat und die von der gesamten Christenheit fraglos akzeptiert wurde, gesagt, daß es um eine politische Militärnation geht. Das ist das Gegenteil von dem, was Christus gesagt hat. Er sagte sogar zu der samaritanischen Frau am Brunnen, für die, die die Bibel kennen: "Die Zeit ist vorbei, in der die Menschen Gott in der Stadt Jerusalem anbeteten."

Er sagte, daß jetzt die wahren Anbeten Gott im Geist anbeten werden, weil Gott Geist ist. Und das ist die Anbetung, nach der er sich sehnt. Und dann erklärte es der Apostel Paulus den Galatern. Er sagte: "Jungs, versteht das. Ihr seid keine Kinder aus dem irdischen Jerusalem. Ihr seid keine Kinder von etwas Weltlichem. Ihr seid Kinder, die aus dem himmlischen Jerusalem hervorgegangen sind. Das himmlische Jerusalem ist eure Mutter". "Es ist ein himmlisches Königreich", sagte Jesus Christus.

Im alten Bund gab es ein physisches Israel, ein physisches Jerusalem, einen steinernen Tempel. Aber 70 n. Chr. wurde das alles zerstört. Das wurde vom allmächtigen Gott gerichtet. Und im Neuen Testament heißt es, daß wir jetzt der Tempel des lebendigen Gottes sind. Er wohnt in uns. Wir sind seine Wohnstätte. Und sein Geist baut uns als Wohnungen, in denen Gott wohnen kann. Und durch uns bringt er Heilung und Befreiung in die Welt. Wir haben also zwei völlig gegensätzliche Denkweisen. Zur Zeit Jesu wollten die Juden ein politisches und militärisches Königtum.

Deshalb schlossen sich die Apostel Christus an. Deshalb folgte Judas, der Christus verriet, ihm nach. Er erwartete von Christus, daß er Israel auf militärisch-politische Weise wiederherstellen würde. Und als Jesus das nicht tat und als klar war, daß er von den Juden getötet werden würde, verriet ihn Judas. Er dachte, daß dieser Kerl kein politisches, militärisches Israel wiederherstellen würde. "Er ist in keiner Weise so, wie ich es mir vorgestellt habe. Er wird nicht unser Weltführer sein, der von Israel aus Frieden über die ganze Menschheit bringen wird."

Also verriet Judas ihn und das führte dazu, daß Christus ermordet wurde. Auch die Apostel verließen Christus. Sie waren desillusioniert. Aber als der Geist Gottes an Pfingsten kam, begannen alle Christen plötzlich zu verstehen, angefangen bei den Aposteln, was Christus ihnen erklärt hatte. Hier geht es nicht um ein politisches, militärisches Land. Es geht um ein himmlisches Land. Es geht um die Herrschaft des Allerhöchsten Gottes in euren Herzen, wo ihr innerlich verwandelt werdet, wo der Himmel in euren Herzen wohnt und ihr völlig andere Menschen werdet.

Nicht durch eine Religion. Nicht durch etwas Politisches oder Soziales oder Militärisches oder was auch immer, sondern indem man ein Kind wird. Christus sagte: "Wenn ihr wie ein kleines Kind werdet, könnt ihr in das Himmelreich kommen." Die Verheißungen, die Gott Abraham und seinen Nachkommen gegeben hatte, wurden also in Christus erfüllt. Gott sprach nie von einem Stück Wüste, das seine endgültige Erfüllung sein würde. Er hatte etwas viel Schöneres im Sinn, etwas viel Herrlicheres. Er hatte ein himmlisches Königreich, ein himmlisches Volk, Menschen überall auf der Welt, die Gott lieben.

Und hier stoßen wir auf ein unglaubliches Mißverständnis darüber, was es bedeutet, ein Jude oder ein Israelit oder ein Nachkomme Abrahams zu sein. Wer war Abraham? Was ist ein echter Jude? Hören Sie gut zu. Auch wenn Sie kein Christ sind. Auch wenn Sie in keiner Weise religiös sind. Dies ist äußerst interessant und faszinierend. Und es erklärt den Kern dessen, was in Israel vor sich geht und die Agenda für die Weltherrschaft. Das geht uns alle an, unabhängig von unserem Hintergrund und Glauben.

Bleiben Sie also bitte bis zum Ende dran, denn es wird noch viel mehr enthüllt werden. Abraham war jemand, der dem Schöpfer des Lebens treu war. Er machte nicht mit bei der Dämo-

nenanbetung und den Menschenopfern und all der Zauberei und Magie seines Umfelds. Er blieb dem Schöpfer allen Lebens treu. Deshalb offenbarte sich Gott dem Abraham und sagte: "Abraham, du wirst der Vater aller Menschen der ganzen Geschichte sein die so sind wie du, sie werden in deinen Fußstapfen wandeln. Auf eine Weise, daß auch sie mich lieben werden, trotz des bösen Umfelds in ihrer Kultur. Sie werden mir treu sein, trotz Perversion und Bosheit in ihrem Land."

Er sagte: "Aus dir wird ein großes Volk hervorgehen. Und sie werden aus jedem Stamm, jeder Sprache und jeder Nation kommen. Und dies wird Israel genannt werden". Israel bedeutet "Fürst Gottes". Oder mit anderen Worten: "Königliches Kind des Schöpfers von Himmel und Erde." Israel war also nie als politische Nation gedacht. Das war es nur für eine kurze Zeit, um zu zeigen, daß das nicht funktioniert. Denn das Volk Israel, das nach Abraham kam, verließ den Schöpfer. Sie wandten sich wieder der Dunkelheit zu und sie kehrten zur Dämonenanbetung und zu Menschenopfern zurück.

Das kann man in der ganzen Heiligen Schrift nachlesen. Und Gott sandte immer wieder seine Propheten, um sie zu ihm zurückzurufen. Aber sie lehnten sie stets ab und ermordeten sie sogar. Also zeigte Gott, daß eine politische Nation nicht seine Idee ist. "Das ist nicht das, wovon ich spreche. Ich spreche nicht von physischer Saat. Ich spreche von geistlicher Saat. Ich spreche von Menschen, die in ihrem Herzen beschnitten sind. Die mit mir inmitten der Finsternis gehen. Die mir inmitten von Bosheit treu sind. Die im Glauben wandeln, auch wenn ihre Augen nichts sehen und ihr Verstand nichts begreift. Sie vertrauen mir weiter."

Das ist es, was es bedeutet, der Same Abrahams zu sein. Wir sind wie er. Wir wandeln wie er. Wir leben wie er. Wir wandeln in seinen Fußstapfen. Und das ist der Grund, warum der Prophet Jesaja und der Apostel Paulus klar gesagt haben, daß nur ein sehr kleiner Teil des alten Israel wirklich Israel war. Nur diejenigen, die Gott wirklich treu waren. Die große Mehrheit des alten Israel kehrte Gott den Rücken zu und waren genauso böse und satanisch wie die anderen Völker.

Sie praktizierten Menschenopfer und Dämonenanbetung und alle Arten von Magie und Zauberei. Abraham ist also der Vater des Glaubens. Sein Same ist nicht genetisch, sein Same ist geistlich. Deshalb sagte Christus: "Die Menschen, die auf den Schöpfer hören, die auf Gott hören und tun, was er sagt, die sind die Kinder Gottes. Sie sind meine Brüder und Schwestern." Und deshalb sagte der Apostel Johannes: "Es ist unmöglich, ein Kind Gottes durch Genetik oder Abstammung oder durch den Willen eines Menschen zu werden.

Man wird ein Kind Gottes, indem man Christus annimmt, den er gesandt hat. Indem man glaubt, was Gott sagt." Nun, zur Zeit Christi gab es Juden, die Christus annahmen und es gab Juden, die ihn ablehnten. Die Juden, die Christus ablehnten, waren diejenigen, die ein militärisches politisches Königreich wollten. Sie wollten die Römer besiegen und eine Militärnation errichten, die über die ganze Welt herrschen sollte. Sie legten die Heilige Schrift auf eine sehr irdische Weise aus.

Deshalb sagte Christus, daß man Gott nur durch den Geist Gottes anbeten und verstehen kann. Und deshalb sagte auch der Apostel Paulus: "Wir haben den Geist Christi. Wir haben die Denkweise des Geistes, der die Geheimnisse Gottes offenbart." Das Geheimnis Gottes bestand darin, daß die Verheißungen, die er gegeben hatte, in Christus erfüllt wurden. Und deshalb heißt es auch, daß alle Verheißungen Gottes in Christus Ja und Amen sind. Nicht in einer politischen Militärnation.

Das ist also in aller Kürze, was die Bibel wirklich sagt. Das ist auch der Kern, das Herz des christlichen Glaubens. Gott wohnt im Herzen des Menschen. Er wohnt nicht in einem von Menschen erbauten Tempel. Er wohnt im Herzen des Menschen, das vom Geist Gottes erbaut ist. Unser Leben, unser Geist, unsere Gedanken, unsere Handlungen, unser ganzes Dasein wird zu einer Wohnung für den Schöpfer, um seine Liebe auszudrücken und dem Rest der

Menschheit seine Liebe zu zeigen.

Und in Gott gibt es keinen Rassismus, er schaut nicht die Person an. Die Denkweise, daß Jude zu sein bedeutet, daß man eine Art genetische Verbindung zu Abraham hat, das macht einen zu einem Rassisten, denn Menschen, die so denken, sagen, daß die Juden besser sind als der Rest der Menschheit. Sie haben das Recht, alle anderen abzuschlachten, zu ermorden, zu foltern, einzusperren und auszurauben, denn sie sind das auserwählte Volk.

Und genau so haben die Pharisäer gedacht. In der Heiligen Schrift können wir lesen, daß sie über andere Völker als Hunde sprachen. Sie sagten, diese Menschen seien Tiere. Und jetzt mit dem Angriff der Hamas auf Israel, die in Wirklichkeit nicht die Hamas ist. Sie wissen, daß die Hamas von denselben Leuten finanziert wird, die auch Israel finanzieren, aber der israelische Verteidigungsminister sagte wörtlich, diese Palästinenser seien menschliche Tiere. Das ist also die rassistische Mentalität dieser Leute, die denken, daß man als Jude besser ist als andere Menschen.

Yoav Gallant, Israels Verteidigungsminister: Wir verhängen eine vollständige Belagerung über die Menschen in Gaza. Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser und keinen Treibstoff geben. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.

David Sorensen: Es besteht ein großer Kontrast zwischen dem, was Christus und die Heilige Schrift sagen, und dem, was in das Christentum eingeführt wurde. Im Grunde geht die Lehre des Zionismus auf die Zeit der alten Israeliten zurück, die ein politisches, militärisches Israel wollten, das über die Welt herrschen sollte. Das ist im Grunde die wörtliche Auslegung.

Und sie sind diejenigen, die Christus ermordet haben. Sie sind diejenigen, die alle Christen getötet haben. Sie sind diejenigen, die die Apostel abgeschlachtet haben, weil sie das Himmelreich nicht im Herzen der Menschen haben wollten. Sie wollten eine politische, militärische Erfüllung der Verheißungen Gottes. Also lehnten sie Christus ab. Sie lehnten ab, was die Apostel predigten. Sie lehnten alles ab, was die Heilige Schrift wirklich sagte.

Hier sind wir also beim Kern des Problems angelangt. Und ich hoffe, daß Sie noch bei mir sind. Ich habe mich sehr beeilt, dies so übersichtlich wie möglich zu erklären, aber ich lade alle Christen, die sich dieses Video ansehen, ein, die Heilige Schrift aufrichtig zu studieren. Lesen Sie den Brief des Paulus an die Galater. Lesen Sie, was Christus im Evangelium über das Reich Gottes gesagt hat. Er hat nie über eine politische Militärherrschaft gesprochen. Das hat er vehement abgelehnt. Und Judas hat ihn dafür verraten.

Die christliche Kirche ist stark unterwandert worden. Anstatt dem treu zu sein, was Jesus Christus gesagt hat, dem sie vorgeben zu glauben, zu folgen und anzubeten, sind sie in Wirklichkeit von allem, was Christus gesagt hat, völlig abgewichen. Und sie kehrten zu dem zurück, was die Pharisäer sagten: "Wir brauchen ein militärisch-politisches Israel."

Wenn wir uns den heutigen Staat Israel ansehen, wird klar, daß er nichts mit dem Israel gemein hat, von dem Gott in der Heiligen Schrift spricht. In der Heiligen Schrift sagt Gott, daß Israel, der Fürst Gottes, die königlichen Kinder Gottes, seine Familie sind, sein Volk, diejenigen, die ihn lieben, die ihn anbeten, die ihm treu sind. Es sind seine Kinder, seine Geliebten, sein Augapfel, das Volk, das wirklich zu Gott gehört.

Wenn man sich den gegenwärtigen Zustand Israels anschaut, ist es einer der atheistischsten Staaten der ganzen Welt. Die große Mehrheit Israels lehnt die Existenz Gottes vehement ab. Sie sagen, daß es keinen Gott gibt. Viele von ihnen sind Freimaurer. Israel ist in seiner kurzen Existenz zu einer der Hauptstädte der sexuellen Perversion weltweit geworden, mit der größten Pride-Parade im Nahen Osten. Es ist ein sicherer Hafen für Pädophile. Menschen, die von der Justiz wegen Kindesmißbrauchs gesucht werden, können nach Israel fliehen und werden dort nicht strafrechtlich verfolgt.

Dies ist also ein sehr starker Beweis dafür, daß Israel nichts mit dem wahren Israel zu tun hat,

von dem Gott sprach, das buchstäblich das genaue Gegenteil davon ist. Gott sagt: "Liebt eure Feinde, wir sind alle Brüder." Er ruft die Menschen dazu auf, in Frieden miteinander zu leben. Israel ist das genaue Gegenteil davon. Es tötet Millionen von Menschen, es ermordet sie, es foltert Kinder im Gefängnis. Das ist unbegreiflich.

Es gibt keine Verbindung zwischen diesem politischen, militärischen, gewalttätigen Staat, der von Satanisten finanziert wurde und der eine Hauptstadt der sexuellen Perversion und eine der atheistischsten Nationen der Welt ist, und dem, was Gott über Israel sagt. Es ist buchstäblich das genaue Gegenteil. Lassen Sie mich Ihnen etwas zeigen. Dies ist eine echte Ein-Dollar-Note. Woher wissen Sie, daß er echt ist? Weil es hier so steht, richtig? Ein Dollar. Sie können also sicher sein, daß dies ein echter Ein-Dollar-Schein ist. Das ist genau das, was in Israel vor sich geht.

Nur weil jemand eine Identität annimmt oder einen bestimmten Namen verwendet, heißt das nicht, daß er echt ist. Dies ist eine authentische Ein-Dollar-Note. Auf ihr steht nicht nur "ein Dollar", sondern sie weist alle Merkmale auf. Wenn wir uns Israel ansehen, müssen wir auf die Merkmale achten und dürfen uns nicht nur von dem Namen Israel täuschen lassen. Jeder kann sagen: "Ich bin ein Israelit, ich bin ein Jude" oder was auch immer.

Wir müssen uns ansehen, was die Kennzeichen des wahren Israels gemäß der Thora, gemäß dem Alten Testament und den Schriften sind. Und dann müssen wir schauen, ob wir diese Merkmale sehen können. So können wir feststellen, ob etwas echt ist. Man kann nicht einfach herumgehen und sagen: "Seht her, das ist echt, weil es da so steht." Die Verwendung des Davidsterns und des Namens Israel macht dich nicht zu Israel. Das ist etwas, das wir wirklich verstehen müssen.

Und eine weitere wichtige Erkenntnis, die ich mit Ihnen teilen möchte, ist, daß dies der Menschheit als ein ewiger Konflikt zwischen zwei Volksgruppen, zwischen Israelis und Palästinensern, präsentiert wird. Aber das ist nicht das, was wirklich vor sich geht. Wie wir gesehen haben, sind die Entitäten, die sowohl hinter Israel als auch hinter der Hamas stehen, diejenigen, die diesen Konflikt verursacht haben. Sie sind diejenigen, die diesen Krieg initiiert haben. Im Grunde genommen ist dies ein Krieg zwischen dem tiefen Staat und der gesamten Menschheit.

Und sowohl das israelische als auch das palästinensische Volk sind die Opfer dieses Krieges. Wir werden alle von einer sehr mächtigen und sehr gerissenen Gruppe von Menschen getäuscht, die hinter den Kulissen agieren und die Fäden ziehen. Dies ist also das Mysterium Israel, das enthüllt wurde. Es hat nichts mit dem zu tun, was die alten Schriften darüber sagen, was Israel ist. Es ist das diametrale Gegenteil davon.

Sie wurde von unverhohlenen Satanisten gegründet und finanziert, die die Weltherrschaft anstreben und die Unterstützung von Milliarden von Christen auf der ganzen Welt haben wollen, damit sie ihre Ziele durchsetzen können. Ich verstehe, daß es extrem schockierend ist, wenn Sie dies zum ersten Mal hören. Aber all diese Informationen können recherchiert werden. Sie können mehr und mehr Beweise dafür finden, wenn Sie Ihre Nachforschungen anstellen. Ich möchte Sie einladen, am Aufbau einer besseren Welt mitzuwirken, in der wir keine Organisationen unterstützen, die Kriege verursachen und Hunderttausende oder sogar Millionen von Menschen ermorden.

Wir sind nicht hier, um diese Welt zu einem Ort des Grauens, des Terrors, der Angst und der Zerstörung zu machen. Wir sind hier, um Liebe, Gerechtigkeit und Güte unter die ganze Menschheit zu bringen. Das ist unser Ziel. Deshalb wurde dieser Film gedreht. Um eine extrem ruchlose Agenda zu entlarven. Ihr Plan ist es, einen Weltkrieg anzuzetteln, damit sie diesen als Vorwand für die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung nutzen können, die dann angeblich Frieden bringen würde.

Wir haben die Wahl, in diese Falle zu tappen oder unsere Augen zu öffnen und den Mut zu

haben, für das Richtige einzutreten und ihre Agenda zu verhindern. Ich lade Sie ein, auf die Website stopworldcontrol.com zu gehen und sich für unseren Newsletter anzumelden. Sie werden viel über die offizielle Agenda zur Weltherrschaft erfahren und was Sie tun können, um diesen Plan zu verhindern.

Die Zukunft ist hell und schön, wenn wir uns erheben und das tun, was nötig ist, um diese Welt zu einem Ort des Guten zu machen, zu einem Ort der Hoffnung, zu einem Ort des Glücks.<<

02.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. November 2023 (x1.345/...): >>Dieses Baerbock-Interview ist eine Schande für Deutschland

Annalena Baerbock soll im ZDF Rede und Antwort zur deutschen Nahostpolitik stehen. Heraus kommt ein schockierendes Interview, das erneut beweist: Baerbock ist für ihren Job als Außenministerin denkbar ungeeignet.

Max Roland

Es ist ein Auftritt, der fassungslos macht. Selbst einer, der nichts mehr von Annalena Baerbock erwartet, schlägt bei diesem Interview die Hände über dem Kopf zusammen. Die Außenministerin soll bei "Was nun?" im ZDF am Mittwochabend Rede und Antwort stehen - zu Israel, Palästina und der deutschen Nahostpolitik. Doch das macht sie nicht. Statt dessen leistet Baerbock sich eine rund zwanzigminütige Aneinanderreihung von Phrasen, Chaos-Sätzen und Aussagen, die in ihrer hohlen Naivität und absoluten Falschheit betroffen machen - das ist die deutsche Außenministerin?

Eigentlich müßte man von der obersten Diplomatin der Bundesrepublik in so einer Lage deutliche und vor allem richtige Sätze erwarten können. Nicht aber von Baerbock. Statt dessen reiht sie hanebüchenen Unsinn an hohle Phrase an schockierende Unklarheit. "Wir müssen Israels Sicherheit über den Tag hinaus gewährleisten". Ein Nicht-Satz. "Empathie zeigt, daß es überall Opfer gibt." Eine Nullaussage, völlig ohne Bedeutung.

Wenn Baerbock dann doch etwas aussagt, ist es noch schlimmer: "Natürlich sind meine Gedanken bei den Geiseln und erst recht bei den Menschen, die in Gaza leben, den zwei Millionen Palästinensern", formuliert sie. Ein Satz, der sagt: Fremde Staatsbürger, viele von ihnen Terror-Unterstützer, sind der deutschen Außenministerin wichtiger als deutsche Geiseln. Meint sie das wirklich so, oder merkt sie nicht, was sie sagt? Man ist sich nicht sicher, was schlimmer wäre. Schon zu diesem Zeitpunkt wirkt das Interview wie ein einziger Unfall - man will weggucken, aber man kann nicht. Baerbocks Sätze fesseln in ihrer Naivität, Falschheit und schockierenden Einfältigkeit.

Baerbock schwurbelt und schwimmt

Die deutsche Enthaltung bei der UN, bei der die Bundesregierung eine geradezu lächerlich antiisraelische Resolution nicht ablehnte, verteidigt Baerbock - zumindest versucht sie es. Auch hier kommt sie mit komischen Nicht-Sätzen ins Schwimmen. Die Außenministerin, die gegenüber Rußland von "Krieg" sprach und Chinas Machthaber Xi ganz undiplomatisch "Diktator" nannte, behauptet jetzt, man könne aus diplomatischem Kalkül bei einer UN-Resolution nicht mit "Nein" stimmen.

"Es wird aber alles miteinander zu betrachten sein", schwurbelt die Außenministerin. "Es braucht in dieser so furchtbaren Situation, ich glaube, das ist das wichtige, daß wir sehen: Es gibt keine hundertprozentigen Wahrheiten", sagt sie. Man müsse auch auf gleiche Weise "das Leid der Palästinenser" sehen, meint sie, die "furchtbare Situation" sei "komplex". Zu einer klaren, nicht relativierten Aussage für Israel kann und will Baerbock sich nicht durchringen. Ein Armutszeugnis für eine Außenministerin, die im gleichen Interview die "deutsche Staatsräson" betont.

Baerbock unterstreicht: Für das Auswärtige Amt ist sie ungeeignet

Deutschlands Aufgabe sei es, Gesprächskanäle offenzuhalten - die Außenministerin attestiert Deutschland eine Rolle, die es schlicht nicht hat. Sie behauptet, Deutschland sei "Vermittler" und "Brückenbauer" in der Region - als könne eine junge Außenministerin ohne diplomatische Erfahrung den Nahostkonflikt lösen. Baerbock hat in dieser Situation eigentlich nur eine Rolle - eine Rolle an der Seite Israels.

Anstatt diese wahrzunehmen, scheint sie einer totalen Hybris verfallen zu sein. So scheint sie beispielsweise zu glauben, einen Beitrag dazu geleistet zu haben, daß die Terrorgruppe Hisbollah nicht total in den Krieg gegen Israel eingestiegen sei. Tatsächlich war es der amerikanische Flugzeugträger "USS Gerald Ford" und die klare Warnung des US-Präsidenten an alle Akteure der Region, sich aus dem Krieg herauszuhalten, die das verhinderten. Eine Trägerkampfgruppe schafft klare Fakten - Baerbock schafft nur leere, ver stolperte Sätze.

Das Amt des Außenministers ist ein Amt, bei dem richtige Worte und klare Sprache so wichtig sind wie in kaum einem anderen Ministeramt. Am Mittwochabend jedoch tritt im ZDF eine Außenministerin auf, die weder richtig sprechen, noch etwas Richtiges sagen kann. Damit beweist sie - mal wieder, muß man sagen - wie fehl sie am Platze der Außenministerin ist. "Es gibt nicht die eine Sichtweise", sagt Baerbock. Aber wenn es um 1400 brutal ermordete Opfer eines antisemitischen Terrorangriffs geht, gibt es für eine deutsche Außenministerin eben nur eine Sichtweise - und zwei Optionen. Entweder, man tritt deutlich an die Seite Israels - oder man tritt zurück.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. November 2023 (x1.344/...): >> **Nordstaaten ziehen migrationspolitische Reißleine - Vorbild für Deutschland!**

Die Nordstaaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden haben eine verstärkte Zusammenarbeit nicht nur bei der Unterbindung illegaler Migration beschlossen, sondern auch bei der Rückführung nicht bleibberechtigter Migranten.

Dazu AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:

"Im Gegensatz zu Deutschland ziehen immer mehr europäische Staaten die migrationspolitische Reißleine. Selbst das von Sozialdemokraten geführte Dänemark verfolgt eine Strategie, die nicht nur darauf abzielt, jegliche Migration zu unterbinden, sondern auch darauf, im Land befindliche Asylbewerber schnellstmöglich in deren Heimatländer abzuschieben. Zukünftig wollen die Nordstaaten den Grenzschutz in die eigene Hand nehmen und Abschiebeflüge gemeinsam organisieren, um effizientere Abschiebungen zu ermöglichen.

Dieses Vorgehen muß auch für Deutschland Vorbild sein. Statt ergebnislos durch Nigeria und Marokko zu tingeln, wie das gerade Bundesinnenministerin Faeser und Kanzler Scholz tun, müssen gemeinsame und tragfähige europäische Lösungen geschaffen werden.

Der Aktionismus der Ampelregierung ist nicht mehr als Alibipolitik, der Wille, die Interessen unserer eigenen Bürger in den Vordergrund zu stellen, ist nach wie vor nicht vorhanden. Eine echte Migrationswende, deren oberste Prämisse wirklichen Grenzschutz und das Vorantreiben von Rückführungen vorsieht, ist nur mit der AfD möglich. Wir sind bereit, uns dieser Verantwortung zu stellen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. November 2023: >>**Wahnsinn: Ethikpreis für Fauci!**

Von *Karel Meissner*

Nach dem Nobelpreis für mRNA-Grundlagenforschung jetzt ein Ethikpreis für Anthony Fauci! ...

So geht Corona-Aufarbeitung nach Mainstream-Art: Man verhaftet, verklagt und verknackt weiterhin Kritiker der Zwangsmaßnahmen und überschüttet die schlimmsten Täter mit Preisen. Sie erinnern sich: Anfang Oktober wurden die Forscher Katalin Karikó und der Amerikaner Drew Weissman für ihre mRNA-Grundlagenforschung mit dem Medizin-Nobelpreis be-

lohnt.

Die Begründung der Jury: Beide Mad Scientists hätten zum "beispiellosen Tempo der Impfstoffentwicklung während einer der größten Bedrohungen für die menschliche Gesundheit in moderner Zeit" beigetragen. Zahlreiche Spritzenopfer, sofern noch lebendig, dürften diese Laudatio als blanken Hohn empfunden haben.

Aber der Zynismus ist noch steigerungsfähig. Ausgerechnet Dr. Anthony Fauci erhält jetzt den Ethik-Preis 2024 des Inamori International Center for Ethics and Excellence! Richtig gelesen: Amerikas Dr. Frankenstein, ehemals Leiter des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), der sich selbst als "das Stinktief beim Picknick" innerhalb der US-Administration der Trump-Ära bezeichnet hat. Eric W. Kaler, Präsident der Case Western Reserve University, "begründet" die Preisvergabe so:

"Als Wissenschaftler, Forschungsleiter und Berater für öffentliche Gesundheit haben seine Beiträge zu wissenschaftlichen Erkenntnissen das Leben wirklich verbessert. Seine Führung durch eine der schwierigsten Zeiten der Geschichte - die COVID-19-Pandemie - dient uns allen als Vorbild."

In Wahrheit zerstörten Faucis "vorbildliche" Maßnahmen das Leben zahlloser Menschen - und zwar weltweit. Im November 2019, kurz nach Ausbruch des Covid-Virus, erstellte der US-Virologe mit weiteren "Experten" einen Panik-Plan: Die Bevölkerungen müsse in Angst versetzt werden, um einen Paradigmenwechsel in der Impfstoffentwicklung durchzusetzen.

Tatsächlich gehörte Fauci zu den stärksten Anpeitschern der mRNA-Massenspritzung: Bei ihm liefen alle Fäden zusammen, er orchestrierte - gemeinsam mit der WHO und Bill Gates - die globalen Impfkampagnen. Seine Netzwerke, die von den führenden wissenschaftlichen Instituten bis in die Chefetagen der großen Medien und sogar in die Geheimdienste reichen, bestimmten, was über Corona als angebliche Fakten in die Welt gesetzt wurde. Hierzulande fand er in Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und dem Hofvirologen Christian Drosten willige Vollstrecker.

Aber es kommt noch schlimmer: Der vom deutschen Mainstream bejubelte Fauci ist aktiver Unterstützer der hochgefährlichen Gain of Chain-Forschung, finanzierte entsprechende Viren-Experimente in China. Erklärt sich daraus Faucis hartnäckiges Leugnen der Herkunft des Corona-Virus aus dem Labor des Institute of Virology in Wuhan? Weil er sie mit zu verantworten hat? Weil er nicht Bekämpfer, sondern Verursacher der Pandemie ist? Robert Kennedy lieferte in "Das wahre Gesicht des Dr. Fauci" zahlreiche Indizien für diesen Verdacht.

Außerdem enthüllte Kennedy, wie "Amerikas Frankenstein" seine Karriere während der AIDS-Krise in den 1980er Jahren begann: Indem er sich mit Pharmaunternehmen zusammensetzte, um sichere und wirksame patentfreie therapeutische Behandlungen für die Immunschwächekrankheit zu sabotieren. Fauci verstieß wiederholt gegen Gesetze, um Big Pharma zu erlauben, verarmte Kinder als Versuchskaninchen in tödlichen Experimenten mit giftigen AIDS- und Krebs-Chemotherapien einzusetzen. ...

Vorschlag an das Inamori International Center for Ethics and Excellence: Vergebt den Ethikpreis 2025 doch gleich post mortem an Stalin, Hitler oder Pol Pot.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 2. November 2023 (x1.335/...): >>**Die Landesmedienanstalten als Wahrheitsministerien**

Der neue Medienstaatsvertrag ist vor knapp drei Jahren in Kraft getreten. Er macht die Landesmedienanstalten quasi zu Zensurbehörden, die meinen, die "Wahrheit" vertreten zu dürfen. Im Sommer hat die Medienanstalt Berlin-Brandenburg unter ihrer Direktorin Eva Flecken dem Internet-Portal Apolut die Verbreitung von fünf Beiträgen untersagt. Der Vorwurf: Journalistische Standards seien nicht eingehalten worden. Eine Recherche zum aktuellen Fall und der allgemeinen Praxis der Landesmedienanstalten.

HELGE BUTTKEREIT

"Eine Zensur findet nicht statt." So heißt es eindeutig in Artikel 5 des Grundgesetzes. Weiterhin steht dort: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet."

In der Realität ist es nicht so eindeutig. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) sieht das mit dem Grundrecht wie folgt: "Das verfassungsrechtliche Zensurverbot umfaßt allein die Vorzensur, d.h. das Eingreifen von Maßnahmen vor der Veröffentlichung eines Beitrages. Die nachträgliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit fällt hingegen unter den Schrankvorbehalt des Art. 5 Abs. 2 GG." Vorzensur dürfe nicht sein, Nachzensur schon, so kann man diese Sätze der Medienanstalt übersetzen. Sie verweist auf allgemeine Gesetze, die die Grundrechte in gewisse Schranken weisen können. Allgemeine Gesetze wohlgemerkt. Gesetze für alle. Das wird im weiteren Verlauf noch eine Rolle spielen.

Die Aussage zur Nachzensur steht in der Begründung der MABB für ihr Vorgehen gegen das Internet-Portal Apolut. Nachdem bereits im August 2022 fünf Beiträge angemahnt wurden, Apolut dies in einer Stellungnahme zurückwies, mußten diese nun im Sommer nach einem Bescheid der Medienanstalt gelöscht werden. Dazu wurden insgesamt 4.000 Euro fällig. Der Bescheid ist mittlerweile öffentlich, Multipolar liegen weitere Dokumente vor.

Der Medienstaatsvertrag und die Medienanstalten

Bevor es um das konkrete Verfahren geht, zunächst zur Frage, warum die Medienanstalt de facto als Zensurbehörde handeln darf. Warum sie gegenüber einem Internetangebot vorgeblich die "Wahrheit" vertritt. Sie handelt auf Basis des Medienstaatsvertrags, der im dem November 2020 in Kraft trat und seitdem zweimal geändert wurde. Darin haben sich die Bundesländer auf neue Regelungen unter anderem für sogenannte Telemedien geeinigt.

Tenor: Wer im Netz Journalismus betreibt, muß sich an die journalistische Sorgfaltspflicht halten. Die wiederum richtet sich insbesondere nach dem Kodex des deutschen Presserats. Ziel der neuen Vorschriften ist es, Fake News und Desinformation zu verhindern oder besser gesagt das, was die Medienanstalten dafür halten. Es geht gegen oppositionelle Medien.

Die insgesamt 14 Landesmedienanstalten - Hamburg und Schleswig-Holstein sowie Berlin und Brandenburg teilen sich jeweils eine, alle anderen sind für je ein Bundesland tätig - sind de jure staatsfern und halten dies auch hoch. Schaut man sich aber die Gremien an, die noch dazu von den Landesparlamenten gewählt werden, dann bleibt nicht mehr viel von der Staatsferne übrig.

Zum Beispiel der Medienrat der MABB: Der Vorsitzende Martin Gorholt war vorher Chef der Staatskanzlei in Brandenburg, seine Stellvertreterin Karin Schubert einst Justizsenatorin in Berlin. Auch viele der anderen insgesamt neun Mitglieder fallen eher durch Staatsnähe als -ferne auf, so daß Medienanwalt Markus Kompa in einem Fachartikel zum Thema schreiben kann: "Faktisch handelt es sich daher um staatliche Exekutive."

Ausweg Presserat

Die Medienanstalten prüfen also nun die verschiedenen Online-Angebote - zuständig ist jeweils die Anstalt, in deren Bundesland das Medium seinen Sitz hat - oder reagieren auf Hinweise von verschiedenen Seiten. Zuständig sind sie allerdings laut Medienstaatsvertrag nur dann, wenn das Medium sich keiner Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle angeschlossen hat. Hierfür kommt derzeit allein der Deutsche Presserat in Frage.

Wer beim Presserat - ein Selbstregulierungsverband von Verlegern und Journalistengewerkschaften - eine Selbstverpflichtungserklärung unterzeichnet und jährlich eine bestimmte Summe je nach Reichweite des Mediums zahlt, der ist vor den Medienanstalten sicher. Er verpflichtet sich, den Pressekodex einzuhalten und Maßnahmen nach der Beschwerdeordnung des Gremiums zu ergreifen.

Mehr als die Arbeit mit der Beschwerde und der Veröffentlichung einer Rüge droht da nicht. So haben sich auch Kritiker des Presserats wie das Medienmagazin Übermedien dem Pressekodex unterworfen, nachdem sie einige Monate vor der Selbstverpflichtung moniert hatten, daß der Presserat mit seiner Zahnlosigkeit um Onlinemedien werbe.

Insgesamt haben laut Presserats-Sprecherin Sonja Volkmann-Schluck seit Ende 2020 etwa 120 Medien diesen Ausweg gewählt. Etwa 20 bis 30 weiteren sei die Anerkennung versagt worden, weil sie entweder nicht unabhängig seien oder kein journalistisch-redaktionelles Angebot darstellten, heißt es auf Multipolar-Anfrage. Nur solch journalistisch-redaktionelle Angebote, die regelmäßig Nachrichten oder politische Informationen veröffentlichen, müssen sich laut Medienstaatsvertrag an die Sorgfaltspflicht halten.

Einer der wenigen bisher abgeschlossenen Fälle läßt allerdings andere Schlüsse zu. Hier wurde ein einzelner Blogger belangt, in der Datenbank der "Kommission für Zulassung und Aufsicht" (ZAK) steht sein Name abgekürzt und der Zusatz "Privatperson". Um den Fall wird es später noch gehen.

Das Zensurverfahren

Finden die Medienwächter bei einem Medium wie KenFM oder seinem Nachfolger Apolut etwas beanstandenswert, schicken sie ein Hinweisschreiben. Anfang 2021 machten Informationen über die ersten Briefe dieser Art die Runde, sie gingen damals neben KenFM - Multipolar thematisierte damals die Vorwürfe ausführlich - unter anderem an den AfD-nahen Deutschland Kurier oder die lokale Internetzeitung Report K aus Köln.

Während letztgenannte das Hinweisschreiben innerhalb weniger Stunden entkräften konnte, weil die Medienanstalt schlecht recherchiert hatte, blieb KenFM im Fokus der MABB. Erst als das Portal die Arbeit einstellte und mit neuer Stoßrichtung und neuem Namen als Apolut weitermachte, wurde das Verfahren im Oktober 2021 eingestellt. Nicht einmal ein Jahr später bekam dann Apolut ein Hinweisschreiben.

Zuvor hatten die Medienanstalten das Verfahren an einem Blogger durchexerziert. Nach dem Hinweisschreiben folgte, wie Anwalt Kompa aus den Akten erfuhr, die Entscheidung der ZAK per Akklamation. Die ZAK besteht übrigens aus den 14 Direktoren der Landesmedienanstalten. Kompa faßt zusammen: "Zunächst wurde der Fall von einer Prüfkommision aus sieben Landesmedienanstalten einstimmig vorgeschlagen, dann erhielten sämtliche Direktoren im Umlauf jeweils eine Beschlußvorlage und stimmten ohne Beratung oder eigene Begründung per E-Mail ab.

Lediglich eine Anstalt widersprach und begründete dies mit der fehlenden Erkennbarkeit als journalistisch-redaktionelles Medium und der Einordnung des Beitrags als Werturteil." In der Folge untersagte die zuständige Medienanstalt die Veröffentlichung eines Absatzes, da dort ein falscher Eindruck erweckt und damit gegen die journalistische Sorgfaltspflicht verstoßen worden sei.

Wem diese Maßnahmen nebst Medienstaatsvertrag und seinen neuen Regelungen komisch vorkommen - schließlich dürfen Zeitungen schreiben was sie wollen -, der liegt richtig. Denn zur Wahrheit, die die Landesmedienanstalt zu vertreten glaubt, sind Journalisten ansonsten durch die Landespressegesetze zwar verpflichtet. Das aber seien Sonntagsreden, sagt Markus Kompa. Sanktioniert wird die Presse nicht.

Der Presserat wiederum ist ein zahnloser Tiger, der Falschmeldungen oft genug nicht verfolgt, so diese dem herrschenden Narrativ entsprechen. Ausgerechnet der Blogger, der als erstes in die Datenbank der Aufsichtsfälle der ZAK geriet, hat vor einigen Jahren ausführlich eine Falschberichterstattung des Sterns moniert. Der Presserat wies die Beschwerde ab, statt dessen wurde der Blogger vom Stern verklagt.

800 Euro pro Artikel

Das Portal Apolut ist im Oktober 2021 in die Fußstapfen von KenFM getreten. Ende August

2022 auch als Adressat eines Hinweisschreibens der Landesmedienanstalten. Nach rechtlicher Anhörung und der Zurückweisung der Argumente durch die Landesmedienanstalt kam dann Mitte dieses Jahres der Bescheid: Insgesamt fünf Artikel seien zu ändern oder zu löschen und pro Artikel 800 Euro Bearbeitungsgebühr zu zahlen.

Man habe schließlich immer wieder prüfen und recherchieren müssen, heißt es im Schreiben der MABB. Gegen das dann auch nicht einfach Widerspruch eingelegt werden konnte, sondern Apolut hätte klagen müssen. Das gelang nicht, weil der Anwalt nach Multipolar-Informationen die Frist verstreichen ließ. So wurde der Zensurakt rechtskräftig.

Was nun störte die Landesmedienanstalt in den fünf Artikeln? Drei Mal ging es um Corona und zwei Mal um die Ukraine. In einem Fall gar nur um eine Jahreszahl. Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer hatten in einem Artikel zum ukrainischen Präsidenten behauptet, dessen Beliebtheit sei von Anfang 2021 an stark gesunken. Richtig wäre 2020 gewesen. Die MABB verwies auf die Sorgfaltspflicht und die besondere Bedeutung von Umfragen, ignorierte aber, daß der Artikel an vielen anderen Orten im Internet weiterhin mit genau dem Wortlaut steht, der Apolut verboten wurde.

Im zweiten Ukraine-Artikel behauptet der Autor, Selenskyj habe jegliche Opposition verbieten lassen. Die MABB findet dafür einige gegenteilige Quellen - unter anderem bei Wikipedia. Mit seiner Aussage ist der Apolut-Autor allerdings nicht allein. Ein Stern-Reporter schrieb drei Monate zuvor: "Der ukrainische Präsident hat alle Oppositionsparteien verboten und alle TV-Sender zusammen legen lassen." Bis heute steht dies auf stern.de. Davon einmal ganz abgesehen ist auch dieser Artikel, den die Medienanstalt bei Apolut anmahnte, auf anderen deutschen Websites weiterhin zu lesen, und ob es wirklich noch Opposition in der Ukraine gibt, ist ein anderes Thema.

Ausführlich hat sich der Autor zweier weiterer angemahnter Texte, der Biologe Markus Fiedler, mit dem Vorgehen der MABB beschäftigt. Fiedler wirft deren Direktorin Eva Flecken Ahnungslosigkeit in Sachfragen vor, wenn sie ihn beispielsweise darauf hinweist, bei den mRNA-Impfungen handele es sich nicht um Gentherapie. "Ich muß nicht erst recherchieren, was Genmanipulationen sind, so wie von der MABB gefordert, das habe ich vor Jahrzehnten im Biostudium gelernt. Und daß ich mich explizit als Biologe äußere, ist in den Artikeln auch entsprechend erwähnt", schreibt Fiedler.

Die Medienanstalt wolle ihm und den Kollegen "den Weg der Wahrheitsfindung und den Inhalt von Artikeln vorschreiben". Fiedler schreibt, daß die MABB die freie Meinungsäußerung unterdrücke. "Die angeblich staatsferne MABB, die sich hier wie ein orwellisches Wahrheitsministerium geriert, handelt eindeutig verfassungswidrig. Ziel dieses Handelns ist die Zensur regierungskritischer Publikationen."

Verfassungswidrig?

Was sagen die Experten? Der Medienrechtler Wolfgang Lent zweifelt daran, daß der betreffende Paragraph 19 des Medienstaatsvertrags verfassungsgemäß ist. Die Regelungen des Medienstaatsvertrags träfen ausschließlich Online-Medien, was Indiz für eine Sonderrechtsregelung sein kann. Zudem sei gar nicht genau definiert, wer unter das Gesetz falle. Außerdem würde die Kontrollfunktion gegenüber dem Staat ausgehebelt, wenn die Journalisten bei ihrer Recherche Rücksicht auf Staatsbelange nehmen müßten.

Lent: "Eine Behördenaufsicht über die Einhaltung von Sorgfaltspflichten führt gerade in diesen Fällen zu inakzeptablen Rahmenbedingungen der online-journalistischen Arbeit." Außerdem gebe es einen faktischen Beitrittsdruck zum Presserat, was ebenfalls verfassungsrechtlich problematisch sei. Insgesamt sei der Medienstaatsvertrag nicht mit der Pressefreiheit vereinbar. Auch Markus Kompa hält Staatsvertrag und Vorgehen der Landesmedienanstalten für höchst bedenklich und wünscht sich einen Fall, in dem er klagen kann.

Die Medienanstalten geben derzeit kaum Anlaß dafür. Der Fall KenFM, dann das Nachfolge-

portal Apolut - ansonsten finden sich nur zwei Einzelblogger in der Datenbank der ZAK. Alles nicht so dramatisch? Oder warten die neuen Zensurbehörden ab? Genaue Angaben, wie viele Hinweisschreiben verschickt wurden, gab die Gemeinsame Geschäftsstelle der Landesmedienanstalten in Berlin erst nach mehrfachem Nachfragen von Multipolar heraus. Es waren seit November 2020 bis Mitte September 2023 insgesamt 45.

Mehr als die Hälfte davon verschickte die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen. Drei Landesmedienanstalten (Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bremen) verschickten gar keine Hinweisschreiben. Namen der adressierten Onlinemedien würden aus Datenschutzgründen nicht genannt. Derzeit werde der betreffende § 19 des Medienstaatsvertrags evaluiert.

"Im Bereich Desinformation gilt es beispielsweise zu klären, wo mit Blick auf die Meinungsfreiheit die Grenzen liegen. Aus unserer Sicht weist ein abgestufter Ansatz, der ein inhaltsneutrales Vorgehen gegen Desinformation ermöglicht, in die richtige Richtung, denn er setzt beim Ersteller von Inhalten und manipulativen Verbreitungstechniken an", schreibt eine Sprecherin auf Anfrage. Eine nebulöse Behördenantwort.

Der Presserat sieht die Entwicklung positiv. Er rühmt den Medienstaatsvertrag auf Multipolar-Nachfrage als "Meilenstein in der Regulierung von Telemedien". Der Presserat hat eine neue Einnahmequelle und scheinbar nicht viel Arbeit. Eine eigene Statistik der reinen Online-Fälle führe man nicht, heißt es vom Presserat. Eine Durchsicht der Beschwerdefälle ergab, daß in den vergangenen Jahren zumindest keine Oppositionsmedien gerügt wurden.

Über den Autor: Helge Buttke, Jahrgang 1976, hat sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik mit einer Arbeit zu "Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813" abgeschlossen. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. November 2023 (x1.345/...):
>>Zentralrat der Muslime will Islamisten "eine Stimme geben"

Dem Zentralrat der Muslime wird seit Wochen vorgeworfen, sich nicht deutlich genug gegen Antisemitismus und Hamas-Sympathisanten zu positionieren. Ein Interview von Verbandchef Aiman Mazyek bestätigt die Anschuldigung. Dort fordert er, man müsse Islamisten und Judenhassern in Deutschland "eine Stimme geben".

Max Roland

Ausweichen - das war die Strategie des Verbandchefs des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek im ZDF-Interview am Mittwochmorgen. Er warf Israel im Kampf gegen die Hamas "eine Eskalation" vor und verbreitete die fraglichen Opferzahlen der Hamas-Propaganda. Vom Problem des unter Muslimen überproportional verbreiteten Antisemitismus, der sich auch auf den Demos von Arabern und Muslimen zeigt, lenkte er ab - es gehe nicht um Judenhaß, sondern um das Leid der Palästinenser, so der Zentralrats-Chef.

Als die gesprächsführende Journalistin des Morgenmagazins ihn nach seiner Meinung zum Verbot des islamischen Zentrums Hamburg fragte, einem Proxy des iranischen Mullah-Regimes in Deutschlands, gab er keine direkte Antwort. Statt dessen erklärte er, man müsse die Menschen "mitnehmen". Im Zusammenhang mit dem islamistischen Hamburger Verein erklärte er: "Ich muß die Menschen mitnehmen, ich muß ihnen eine Stimme geben". Auch die Stimme der Anhänger des islamistischen Verdachtsfalls müsse in Deutschland "gehört werden", erklärte Mazyek.

In der Vergangenheit wurde dem Zentralrat oft vorgeworfen, daß eine klare Abgrenzung zum Islamismus fehle - auch das ein Vorwurf, den Mazyek mit diesem Satz bestätigt. Einen Einflußagenten des iranischen Regimes "mitnehmen" zu wollen und Islamisten und Judenhassern "eine Stimme" zu geben, ist sogar mehr als das - es ist ein Satz, der einen demokratischen Konsens aufkündigt. Von dem Verein Saidoun, dessen Mitglieder den tausendfachen Mord an

Israelis auf den Straßen Berlins mit Baklava feierten, erklärte er, er kenne ihn angeblich nicht.<<

Tansania: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. November 2023: >>**Tansania: Steinmeier im Schuldult-Rausch**

Von *Sven Reuth*

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rutscht auch bei seinem Besuch in Afrika - was absehbar war - nur auf den Knien herum. ...

"Ich verneige mich vor den Opfern der deutschen Kolonialherrschaft", sagte der Bundespräsident am Mittwoch bei einem Besuch in der tansanischen Stadt Songea laut vorab verbreitetem Redetext. Weiter äußerte er: "Als deutscher Bundespräsident möchte ich um Verzeihung bitten für das, was Deutsche hier Ihren Vorfahren angetan haben."

"Beschämt" über "die grausame Härte"

Steinmeier bezieht sich hier selektiv auf das Agieren deutscher Kolonialtruppen während des von 1905 bis 1907 währenden Maji-Maji-Aufstands, um seiner eigenen Nation einen neuen schweren Schuld-Mühlenstein um den Hals zu legen. Es interessiert ihn nicht, daß alle Kolonialmächte damals mit Härte auf Aufstände reagierten. Noch weniger interessiert ihn eine ehrliche und faire Gesamtbilanz der deutschen Kolonialherrschaft in Ostafrika, die den Menschen dort auch unzählige Vorteile brachte.

Doch Steinmeier ist ausschließlich "beschämt" über die Taten der Kolonialherren in der damaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika, sagte der Bundespräsident. Diese hätten die Kolonie angeblich "mit grausamer Härte regiert". An die Hinterbliebenen der Opfer gerichtet sagte er:

"Ich möchte Ihnen versichern, daß wir Deutsche mit Ihnen nach Antworten suchen werden auf die offenen Fragen, die Ihnen keine Ruhe lassen."

Aufgeblasene deutsche Schuld

Steinmeier gefällt sich also darin, als höchster Repräsentant des deutschen Staates immer wieder nach neuen Formeln zu suchen, um die angeblich historisch einmalige Verwerflichkeit und Bösartigkeit des eigenen Volkes zu betonen und diese Botschaft auf der internationalen Ebene zu verbreiten. Der Bundespräsident ist in seinem Element, wenn er sich mit tiefer Grabrednerstimme für das von ihm repräsentierte Volk entschuldigen kann, weil es so schlecht und so böse ist.

Da spielt es keine Rolle, daß die Deutschen bei einer Gesamtbetrachtung der Geschichte der Neuzeit nur eine sehr untergeordnete und kleine Rolle im Gesamtkomplex des Kolonialismus spielen.

Die staatlichen Repräsentanten der Engländer, Portugiesen, Spanier, Franzosen und Italiener verspüren dagegen weit weniger Neigung, sich ständig als wimmernde Nationalmasochisten zu präsentieren und sind teilweise sogar noch stolz auf ihre Welteroberer. Und auch ein demokratischer US-Präsident wie Joe Biden käme nie auf die Idee, das den Indianern geraubte Land, auf dem seine Nation gegründet wurde, zurückzugeben.

Denkverbote und Sprechgebote

Nur Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier platzt fast vor Schuldstolz und scheint es für seine vordringlichste Aufgabe zu halten, die Missetaten des eigenen Volkes in alle Welt zu posaunen. Dabei erzählen Ostafrika-Touristen auch heute immer wieder, daß viele Menschen dort lieber die deutsche Kolonialherrschaft zurück hätten, denn die wäre zwar streng, aber gerecht gewesen - im Gegensatz zu den heutigen korrupten Politikern.

Die ersten Reparationsforderungen aus Ostafrika werden sicherlich nicht lange auf sich warten lassen, der Bundespräsident bettelt ja schon geradezu darum. Und Historiker wie der notorische Jürgen Zimmerer können die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika, obwohl diese an vielen Stellen segensreich gewirkt hat und die autochthone Bevölkerung in Ostafrika beispielsweise vom Horror und Terror der arabischen Sklavenhändler befreit hat, weiterhin als

Vorbild und Vorläufer des Holocaust einstufen.

Nur eines darf man nicht, nämlich die Vermutung äußern, daß das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser kolonialistische Züge trägt. So viele Denkverbote, so viele Sprechgebote, wer soll da bloß noch durchblicken? Doch irgendwann werden wohl auch in Deutschland andere Zeiten anbrechen, denn kein Volk läßt sich auf die Dauer nur und ausschließlich beschimpfen und entlohnt dies dann auch noch fürstlich.<<

03.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. November 2023 (x1.348/...): >>**Skull & Bones und das kommunistische Experiment in China für ein weltweites Herrschaftssystem**

Von *Herbert Ludwig*

Westliche Geheimgesellschaften hatten nicht nur in Rußland ein kommunistisches Regime als ein soziales Experiment installiert. Der US-Geheimbund Skull & Bones (Schädel & Knochen) war offenbar auch bei der Installierung des kommunistischen Regimes in China unter Mao Tse-tung führend beteiligt. Ein Artikel von kla.tv, den wir nachfolgend übernehmen, deckt erstaunliche Zusammenhänge auf. Alles deutet darauf hin, daß das Experiment des kommunistischen Regimes in China als erfolgreiches Herrschaftssystem der totalen Überwachung und Kontrolle auf die ganze Welt übertragen werden und als Grundlage für eine Welt diktatur dienen sollte. (hl)

China - dieses Herrschaftssystem droht uns allen

Von *kla.tv*

Noch vor wenigen Jahrzehnten war China ein völlig verarmter und technologisch rückständiger Agrarstaat. Innerhalb von nur ca. 30 Jahren ist es jetzt im Begriff, wirtschaftlich, technologisch und auch militärisch zu einer weltweiten Führungsmacht aufzusteigen. Um diesen kometenhaften Aufstieg der Volksrepublik China richtig einordnen zu können, ist es wichtig, deren Entstehung und Entwicklung näher zu betrachten.

Was nämlich in den offiziellen Geschichtsbüchern und auch den Mainstream-Medien über die Geschichte der Volksrepublik China nicht zu lesen ist, wäre, daß sie laut namhaften investigativen Journalisten untrennbar mit drei Namen verbunden ist: Rothschild, Rockefeller und den Skull & Bones.

Folgen Sie uns nun auf eine abenteuerliche Reise durch die Geschichte Chinas, bei der deutlich wird, daß China als Instrument der neuen Weltordnung gezielt aufgebaut wurde und einen Vorschatten des geplanten Weltherrschaftssystems darstellt.

I. Blick auf die Strippenzieher im Hintergrund:

Skull & Bones ist eine sehr mächtige okkulte US-amerikanische Geheimorganisation, die auf Veranlassung von Lord Rothschild gegründet (auf dem Gelände der Yale-Universität, hl) und von Rockefeller und anderen Wall-Street-Bankern finanziert wurde. Laut Alexandra Robbins, einer US-amerikanischen Journalistin, gelang es Skull & Bones nahezu alle wichtigen wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen sowie Finanz-, Medien- und Regierungsinstitutionen der USA zu unterwandern. Skull & Bones bildet auch den inneren Kreis des Council on Foreign Relations (CFR), der ebenfalls von Rothschild initiiert und von Rockefeller finanziert wurde. Der CFR ist die einflußreichste US-Denkfabrik des vergangenen Jahrhunderts, der z.B. allein neun Präsidenten der Vereinigten Staaten stellte - darunter auch den aktuellen US-Präsident Joe Biden.

Robbins kam in ihren Recherchen zu folgendem Ergebnis: Das Ziel von Skull & Bones, und damit folglich auch der Rockefellers und Rothschilds, ist der Aufbau einer neuen Weltordnung, in der die Freiheiten des Einzelnen beschnitten und die gesamte Macht in den Händen einer kleinen Elite vereint ist.

II. Die Entstehung der Volksrepublik China unter Mao Tse-tung

Mit dem Ziel, eine neue Weltordnung zu errichten, gründete Skull & Bones zu Beginn des 20. Jahrhunderts in China eine Reihe von Schulen und Krankenhäusern, aus der die heutige Yale-China Association hervorgegangen ist und die als "Yale-in-China" bekannt wurde. Finanziert wurden sie von Rothschild und später von der Rockefeller-Stiftung.

Dieses vermeintlich wohltätige Werk verfolgte im Hintergrund jedoch völlig andere Ziele. Jonathan Spence, Professor für chinesische Geschichte, war der Erste, der die engen Verbindungen zwischen Mao und Yale entdeckte. Im Jahr 1972 schließlich berichtete die Zeitung Yale Daily News hierzu folgendes: "Yale hat vielen jungen Männern bei ihrem politischen Aufstieg zur Macht geholfen.

In der Klasse von 1919 half Yale-in-China, zusätzlich zu den 1000 männlichen Führern ..., einem jungen Mann mit dem Namen Mao Tse-tung." und "Ohne Yales Unterstützung wäre Mao Tse-tung nie von der Unbekanntheit zur Macht aufgestiegen!". Der investigative Journalist Alexander Schnarf kam deshalb bei seinen Recherchen zu dem Schluß, daß Yale-in-China offenbar insgeheim auf das Entstehen des kommunistischen Staates hinarbeitete.

Bezeichnend für ihren Einfluß und ihr subtiles Vorgehen ist u.a. auch das Eingreifen von Skull & Bones im chinesischen Bürgerkrieg (1927 bis 1949), in dem die nationalistische Kuomintang und die Kommunistische Partei Chinas unter Mao Tse-tung um die politische Führung Chinas kämpften.

Der Konflikt endete mit dem Sieg der Kommunisten über die Kuomintang. Dieser Sieg wurde laut dem Wissenschaftler und Historiker Prof. Dr. Antony C. Sutton vor allem dadurch errungen, daß der US-General und Freimaurer George C. Marshall die nationalistischen Streitkräfte, die sie anfänglich unterstützten, still und heimlich entwaffnete, indem er 1946 die Munitionslieferungen an sie einstellte. Der Vorgesetzte von Marshall war Kriegsminister Henry L. Stimson - ein Mitglied von Skull & Bones!

Die nachfolgenden fast 30 Jahre Regierungszeit von Mao Tse-tung über China entwickelten sich dann zu einer Schreckensherrschaft ohnegleichen. Mit politischen Kampagnen wie dem "Großen Sprung nach vorn" und der "Kulturrevolution" erzwang Mao mit Gewalt eine Umgestaltung von Chinas Wirtschaft und Gesellschaft.

Die "Kulturrevolution" hatte das Ziel, die alten Sitten, Denkweisen, Gewohnheiten, - ja die chinesische Kultur zu zerstören und richtete sich vor allem gegen die älteren und gebildeteren Schichten Chinas, was 2 bis 5 Millionen Menschen das Leben kostete. Durch den "Großen Sprung nach vorn" sollte der Rückstand zu den westlichen Industrieländern aufgeholt und die Übergangsperiode zum Kommunismus verkürzt werden. Trotz der dadurch ausgelösten großen Hungersnot setzte Mao seine Ziele mit eiserner Faust durch.

Laut Alexander Schnarf waren die dabei angewandten Unterdrückungsmethoden in ihrer Brutalität geradezu beispiellos. Kritiker wurden unnachgiebig verfolgt und Tausende systematisch gefoltert und ermordet. Sogar Kinder seien getötet, zerkleinert und als Düngemittel verwendet worden. Der niederländische Historiker Frank Dikötter geht allein während der Großen Chinesischen Hungersnot (1959 bis 1961) von mindestens 45 Millionen Toten aus.

Insgesamt kostete das totalitäre und unmenschliche Vorgehen Maos laut Schätzungen von Wissenschaftlern bis zu 80 Millionen Menschen das Leben. Die Politik Maos war simpel: Wer sich nicht an die Regeln hielt, der wurde ermordet. Dies führte zu einer Gesellschaft, in der jeder Kritiker wortwörtlich mundtot gemacht wurde. Was übrig blieb, war nur noch eine verängstigte und hörige Masse.

Erschreckend ist dazu die völlige andere Sichtweise David Rockefellers. Diese totale Kontrolle und Unterdrückung des Volkes nannte er ein "soziales Experiment"! Rockefeller wörtlich: "Das soziale Experiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Geschichte der Menschheit."

Kennt man die Ziele, die die Rockefeller-Stiftung in China verfolgte, so bekommt diese Aus-

sage ein enormes Gewicht. Laut den investigativen Journalisten Alexander Schnarf und Tilman Knechtel betrachtete die Stiftung China als riesiges Labor, in dem erforscht wurde, wie sich eine Gesellschaft am besten kontrollieren und verwalten läßt, um dies dann weltweit wiederholen zu können!

Daß Rockefeller die Verbrechen Maos lobte, läßt darauf schließen, daß Mao offensichtlich seine Erwartungen erfüllt hatte und dieses "soziale Experiment" zur vollsten Zufriedenheit Rockefellers abgeschlossen hatte. Wie wir beim nächsten Punkt sehen, war dies jedoch nur der erste Schachzug von Rockefeller, Rothschild und Co.

III. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht

Nach Mao bestimmte Deng Xiaoping bis 1997 faktisch die Geschicke Chinas. Er ging in die Geschichte als der große Reformier ein, der die Öffnung Chinas und seinen Aufstieg zur Wirtschafts- und Weltmacht einleitete. Doch auch dies geschah nicht einfach so und war kein Wirtschaftswunder. Startschuß für diese Entwicklung war das von Henry Kissinger 1972 orchestrierte Treffen von US-Präsident Nixon mit Mao Tse-tung.

Unter dem Vorwand, daß China als Gegengewicht zur UdSSR aufgebaut werden müsse, floß ab da Geld und westliche Technologie nach China, was dessen Aufstieg einläutete. Nun muß man wissen, daß Nixon und Kissinger Mitglied des CFR waren bzw. sind und daß Kissinger zudem eng mit den Rothschilds und Rockefellers verbunden ist (www.kla.tv/26113).

Dementsprechend machten diese all ihren Einfluß geltend, um einerseits Chinas Aufstieg zu fördern und gleichzeitig ihre Vormachtstellung in China zu festigen. Rothschild übernahm 1982 die Kontrolle über die Zentralbank von China und damit über dessen Geldpolitik. Rockefellers Chase Manhattan Bank wurde offizieller Vertreter der Bank of China in den USA und öffnete die Schleusen für den Zustrom von Geld nach China. Dieses Geld floß in großem Ausmaß in die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, wodurch das westliche Know-how nach China abwanderte.

Die Konzerne, die sich auf diese Weise in China engagierten, sind ebenso zum Großteil eng mit dem CFR verbunden. Es sind die sogenannten "Fortune-500-Unternehmen", wie z.B. Ford, General Motors, IBM und Microsoft. Von diesen ließen sich 157 in China nieder, 53 sogar mit ihrem Hauptsitz. Zu dieser Entwicklung schrieb der renommierte Wissenschaftler Prof. Dr. Antony C. Sutton vom Hoover Institut an der Stanford Universität bereits 1986 Folgendes: "Um das Jahr 2000 herum wird das kommunistische China eine Supermacht sein, die mit amerikanischer Technologie und Fachwissen aufgebaut wurde!" - Aufgebaut durch Rothschild, Rockefeller und Skull & Bones!

IV. China - ein verlässliches Werkzeug der Globalisten

Da sowohl Rothschild als auch Rockefeller tief in die Freimaurerei verstrickt sind, ist es wenig verwunderlich, daß dies auch in China seine Spuren hinterlassen hat. Durch Enthüllungen wie z.B. des italienischen Hochgradfreimaurers Gioele Magaldi ist bekannt, daß Deng Xiaoping in die Freimaurerei eingeweiht und Mitglied der Ur-Loge "THREE EYES" wurde.

Diese war von David Rockefeller, Henry Kissinger und dem US-Sicherheitsberater und eiskalt kalkulierenden Drahtzieher Zbigniew Brzezinski (www.kla.tv/10603) gegründet worden und war lange Zeit die mächtigste und weltweit tonangebende Ur-Loge. Deng Xiaoping wiederum weihte andere Spitzenfunktionäre der kommunistischen Partei Chinas in die Freimaurerei ein. Dies hatte zur Folge, daß laut Gioele Magaldi seit 1980 sämtliche Parteivorsitzende, - so auch der aktuelle Staatspräsident von China Xi Jinping - Mitglieder der Ur-Logen sind, in denen die Hochgrad-Freimaurer organisiert sind. Auch sie verfolgen die Errichtung einer "Eine-Welt-Regierung", womit Rothschild und Rockefeller sicherstellten, daß China ein verlässliches Werkzeug ihrer globalistischen Pläne blieb.

V. China - eine Speerspitze der Globalisierung

China ist aber nicht nur irgendein Werkzeug, sondern entwickelte sich mehr und mehr zur

Speerspitze der Rothschilds, Rockefellers und Skull & Bones, die offensichtlich eine neue Weltordnung der totalen Kontrolle und Überwachung anstreben. Hierzu einige Beispiele:

- Mit seiner harten Lockdown Politik während der Corona-Krise war China ganz wesentlich daran beteiligt, die Weltwirtschaft zum Einbruch zu bringen, um so für einige wenige Superreiche gigantische Profite zu generieren.

- Zusammen mit Rußland ist China der große Unterstützer, um ein neues weltweites Finanz- und Währungssystem unter Kontrolle des IWF zu errichten.

- China ist sowohl bei der Bargeldabschaffung als auch bei der Einführung der digitalen Zentralbankwährung CBDC weltweit führend. Es steht damit an der Spitze dieses weltweiten Projekts, welches die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ koordiniert und finanziert.

- China ist mit seinem Sozialkreditsystem Pionier und Vorbild für den von Klaus Schwab und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) angestrebten Great Reset. Dieses System ist ein Massenüberwachungssystem mit Hilfe künstlicher Intelligenz und damit die Perfektionierung des von Mao errichteten Zwangsherrschaftssystems.

Das Verhalten und die Vertrauenswürdigkeit jedes Einzelnen, aber auch von Unternehmen und Organisationen, wird dabei ständig überwacht und bewertet. Indem Wohlverhalten im Sinne der Regierenden belohnt und jedes Fehlverhalten wiederum bestraft wird, erzwingt es ein hundertprozentiges Funktionieren jedes Einzelnen im Sinne der Herrschenden. Inzwischen wurde in Bologna (Italien) bereits das erste Sozialkreditsystem Europas eingeführt und auch die EU-Kommission bereitet bereits die Einführung dieses Kontroll- und Erziehungssystems vor.

Somit deutet alles darauf hin, daß Rockefeller, Rothschild und Co nach ihrem erfolgreichen "Sozialexperiment" in China dieses nun auf die ganze Welt übertragen wollen, um so die Grundlage für eine Welt-diktatur zu legen. Beim Sommer-Davos 2023 des World Economic Forum deutete Chinas Premierminister Li Qiang auch an, wie dies geschehen soll. Er betonte, daß "Sicherheit" als wichtigstes Thema in der Hierarchie der Prioritäten eingestuft werden müsse!

Kurz zuvor machte Klaus Schwab, der Vater des Great Resets, folgenden aufschlußreichen Ausspruch, als er vor Li Qiang die "Errungenschaften" der kommunistischen Partei Chinas lobte: "Wir sind begierig darauf, von Ihrer Vision über China und die Welt zu lernen."

Ist es Zufall, daß die Menschen durch politisch und medial systematisch geschürte Angst verführt werden, immer tiefergehende Eingriffe des Staates zu akzeptieren? Ist es nicht die Angst vor Corona, Terrorismus, der drohenden Umwelt- und Klimakatastrophe usw., durch die Schritt für Schritt die Errungenschaften unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft aufgegeben und gegen eine scheinbare Sicherheit eingetauscht werden? Soll uns jetzt das geplante CO -Sozialkreditsystem der EU auf diese Weise untergeschoben werden?

Die Pläne dieser kleinen Elite, die im Hintergrund heimtückisch die Geschicke der Welt lenkt und jetzt ihr Sozialkreditsystem weltweit aufrichten will, müssen gestoppt werden! Helfen Sie mit und verbreiten Sie diese Sendung.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. November 2023 (x1.346/...): >>**Regierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe**

Trotz teurer und knapper Energie und Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und Energie vernichtende Energiewende im Namen der Weltklimarettung weiter getrieben.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Inzwischen sollte es jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, sie wird mit jedem Schritt teurer. Ohne zunehmende Subventionen geht es nicht. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht

in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn die staatlichen Subventionen nicht mehr gezahlt werden können.

Energiewende-Gesetze verstoßen gegen die Physik

Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter. Gesetze dazu werden von den rot-grünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind nicht durchsetzbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Kosten

Auch das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten wird weitgehend fossile Energie, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Kohle für die Metallherstellung, gebraucht.

Nach frühesten 10 Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird mehr Energie durch das Heizungsgesetz verbraucht. Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostensparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung nicht möglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist keine Rede.

Erhöhte Autobahn-Maut verteuert Lebensmittel

Die Verdopplung der Autobahn-Maut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO₂-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO₂ im nächsten Jahr führt zu einer empfindlichen Verteuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Verteuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit LKW führen. Werden wir das auch Deutschland erleben?

CO₂-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten

Ganz schlimme Wirkung hat die CO₂-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen soll dadurch fossile Energie unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für unser Industrieland würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser schwankende Strom, der weder planbar noch regelbar ist (Fakepower), ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie. Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von grünem Wasserstoff sind nicht tragbar.

Die CO₂-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO₂ erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %).

Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO₂-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muß. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

"Experten" glauben, mit einer Abscheidung von CO₂ und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus fossil gefeuerten Kraftwerken wieder billiger werden, denn dann würden keine CO₂-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee

fordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Wirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO2-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

Steigende Stromverluste durch die Energiewende

Die immer teurer werdende Energiewende wird weiter getrieben mit immer mehr Energieverlusten. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz nicht zu überlasten, muß der überschüssige Strom kostenpflichtig entsorgt werden (negative Börsenpreise).

In diesem Jahr war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits an mehr als 190 Stunden der Fall. Die Entsorgungskosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der nicht brauchbare Überschußstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten

Der größte Teil unserer Energiekosten sind staatliche Abgaben, und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, Deutschland wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig.

Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen nach Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimarettung notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.<<

[Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. November 2023 \(x1.345/...\):](#)

>>Scholz will Zuwanderung in Höhe von sieben Millionen Menschen

Während Deutschland in einer Rezession steckt, immer mehr Migranten und Asylsuchende das Land erreichen und die innere Sicherheitslage mehr und mehr zu kippen scheint, behauptet Regierungssprecher Steffen Hebestreit, Scholz würde "bis zu sieben Millionen" Zuwanderungen in den nächsten Jahren fordern.

"Deutschland braucht 400.000 Zuwanderer pro Jahr", heißt es auch aus Regierungskreisen häufig, wenn es um die Frage geht, wie man den Folgen des demografischen Wandels und unbesetzten Stellen aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität Herr werden soll. Grade angesichts der mit Flüchtlingen völlig überlasteten Kommunen und Städte eine grade zu absurd hohe Zahl - die von niemand anderem, als unserem Kanzler, nun noch übertroffen wird.

Regierungssprecher Steffen Hebestreit teilte auf der Bundespressekonferenz am 1. November auf eine Anfrage zur benötigten Zuwanderung mit, daß es "keine ganz festgelegte Zahl" gäbe, der Bundeskanzler aber davon ausgehen würde, daß "man bis zu den frühen 2030er Jahren bis zu sieben Millionen weitere Arbeitskräfte in Deutschland braucht."

Es ist anzunehmen, daß sich Hebestreit mit dieser Aussage auf die schon letztes Jahr errechneten Verluste des Arbeitsmarktes bezieht. Eine Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte damals gezeigt, daß Deutschland bis 2035 rund sieben Millionen Arbeiter aufgrund des demografischen Wandels und Pensionierung der "Boomer-Generation", der geburtenstarken Jahrgänge, verlieren könnte.

Vorsitzende des Sachverständigenrats fordert sogar noch mehr Zuwanderung

Sieben Millionen Zuwanderer oder sogar noch mehr? Diese Frage warf der Journalist in der Bundespressekonferenz auf, als er nachhakte, ob sich die Annahmen der Regierung mit den Einschätzungen der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirt-

schaftlichen Entwicklung, Monika Schnitzer, decken würden. Schnitzer fordert, daß jährlich bis zu eineinhalb Millionen Menschen in Deutschland aufgenommen werden sollen, um der starken Abwanderung und dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Hebestreit teilte daraufhin mit, daß die Angaben von Monika Schnitzer zwar höher seien, als die des Bundeskanzlers, "die Dimension" damit aber "ganz gut umrissen" sei.

Zur Einordnung: letztes Jahr wanderten 2,7 Millionen Menschen ein, über eine Million verließen Deutschland. Insgesamt blieb ein - auch durch den Krieg in der Ukraine bedingtes - Plus von eineinhalb Millionen Menschen, das erklärte Ziel von Monika Schnitzer. Deutschland steckt dennoch in einer Rezession, gleichzeitig sind die Behörden völlig überfordert und die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Die Dimensionen scheinen also ganz und gar nicht zu stimmen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. November 2023: >>**Das Hitler-Gespens - Wie Höcke verleumdet wird**

Von Jürgen Elsässer

Wenn viele Teenager nach der Schule nichts wissen - eines wissen sie: AfD ist wie NSDAP, und Höcke ist wie Hitler. Nun startet aktuell auch die Bild-Zeitung eine Plakatkampagne, in der der AfD-Spitzenpolitiker mit Hitlerbärtchen dargestellt wird. Doch die üblichen Hetz-Kampagnen greifen nicht mehr, sondern gehen nach hinten los. ...

Gibt man die Namen der beiden bei Google ein, erhält man 250.000 Treffer. "Demonstranten dürfen Björn Höcke als "Nazi" bezeichnen", meldete etwa die ARD-Hessenschau im Juli 2023 - ohne hinzuzufügen, daß man nach derzeitiger Rechtsprechung selbstverständlich auch Merkel und Scholz als "Nazi" bezeichnen darf, da es sich dabei um eine Meinung und nicht um eine Tatsachenbehauptung handelt.

Damit ja niemand vergißt, wer der Teufel ist, wurde die parlamentarische Immunität des früheren Flügel-Chefs im August zum siebten Mal aufgehoben - vermutlich ist er damit deutscher Rekordhalter zumindest seit 1945. Da die vorherigen sechs Verfahren nicht zum Erfolg geführt haben, soll ihm jetzt erneut der Prozeß gemacht werden. Er habe eine Rede nämlich zuerst mit "Alles für Thüringen" und danach mit "Alles für Deutschland" beendet, und Letzteres sei eine verbotene Parole der SA, "quasi das rhetorische Pendant zum erhobenen rechten Arm" (Süddeutsche Zeitung).

Preisfrage: Wer weiß überhaupt, daß der Spruch unter Strafe steht? Hätte Höcke es wissen müssen? Spiegel-Redakteur Stefan Kuzmany wußte es offensichtlich nicht. Am 8. September 2023 überschrieb er eine Kolumne zu Olaf Scholz's neuem "Deutschlandpakt" mit eben diesen drei Worten. Kurz darauf korrigierte man den Fauxpas, er tauchte aber noch tagelang in den Google-Suchergebnissen auf. ...

Noch perfider ging das ZDF im September 2019 vor. Der Sender legte Zitate aus Mein Kampf und von Höcke nebeneinander und forderte AfD-Bundestagsabgeordnete dazu auf, den richtigen Urheber zu nennen. Das war natürlich schwierig, denn die Sätze enthielten weder Judenhaß noch Rassenwahn oder Diktaturfanatismus, sondern sprachen nur pauschal etwa davon, "keine halben Sachen" zu machen oder lobten die "deutsche Unbedingtheit".

Ätsch, kommentierte das Zweite hinterher höhnisch, nicht mal die eigenen Parteifreunde können ihren Thüringer Chef von Hitler unterscheiden. Und der Volksverpetzer sekundierte mit Pseudowissenschaft: "50 Reden analysiert: So viel Hitler steckt in Faschist Höcke". Das Portal ist vom Staat als "gemeinnützig" anerkannt, was laut Wikipedia "ein Verhalten von Personen oder Körperschaften, das dem Gemeinwohl dient", auszeichnet.

Links linkt besser

Während Hubert Aiwanger wegen eines angeblichen Vergehens, das er 1988 im Alter von 16 Jahren begangen haben soll, gnadenlos von den Medien gehetzt wurde, kamen Linke und Grüne mit ihren vermeintlichen Jugendsünden immer locker durch. Wobei sie in der Regel bei

ihren extremistischen Worten und Taten schon erheblich älter waren.

Nehmen wir Joschka Fischer, Jahrgang 1948. Er wurde erster grüner Minister (in Hessen 1986) und war von 1998 bis 2005 Vizekanzler unter Gerhard Schröder. 1981 war, so ein Polizeiinformant, in seinem Auto die Waffe transportiert worden, mit der die Revolutionären Zellen den hessischen Minister Heinz-Herbert Karry töteten. Fischer redete sich damit heraus, er habe seinen Pkw dem Terroristen Hans-Joachim Klein "zur Reparatur" überlassen - und kam damit durch.

In den Planungsstab im Außenministerium holte er Joscha Schmierer (Jahrgang 1942). Der war in den 1970er Jahren Vorsitzender des Kommunistischen Bunds Westdeutschland und überbrachte seinem Idol Pol Pot höchstpersönlich eine Spende in Höhe von angeblich 100.000 D-Mark.

Oder Jürgen Trittin, Bundesumweltminister unter Schröder, Jahrgang 1954. 1978 verantwortete er ein Flugblatt des Göttinger Astatas, das "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback bekundete.

Aus diesem Holz sind die selbst ernannten Antifaschisten, die heute jedem Mißliebigen das Hitler-Bärtchen ankleben. Nur wenige haben die Stärke, darauf mit den Worten zu entgegnen, die der damalige Tagesspiegel- und heutige Welt-Kolumnist Harald Martenstein 2015 fand: "Der Nazivorwurf ist eine Art Ritterschlag für interessante Texte geworden."

Die üblichen Hetz-Kampagnen greifen nicht mehr, sondern gehen nach hinten los. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. November 2023 (x1.344/...): >>Neue Armuts-Studie: Wir müssen zuerst an die eigenen Bedürftigen denken!

Soll das etwa das beste Deutschland aller Zeiten sein, von dem der amtierende Bundespräsident so weltfremd sprach? Nein, die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) sind im Gegenteil beschämend. Demnach leben immer noch 17 Prozent der Deutschen in Einkommensarmut.

Schlimmer noch: Rund ein Sechstel der Menschen, die dauerhaft unter der Armutsgrenze leben, können sich noch nicht einmal die notwendige Kleidung kaufen. Mehr als vier Prozent der dauerhaft Armen sehen sich nicht in der Lage, angemessen zu heizen. Sogar das nötige Schuhwerk ist für viele Menschen zu teuer.

Diese Studie zeigt uns einmal mehr: Wir müssen endlich zuerst an unsere eigenen Bedürftigen denken, anstatt das Steuergeld in alle Welt zu verteilen. Es ist nicht hinnehmbar, daß wir Entwicklungshilfe für wirtschaftliche Großmächte wie China zahlen.

Es ist nicht hinnehmbar, daß rund 300.000 ausreisepflichtige Ausländer nicht abgeschoben werden. Und es ist ebenso nicht hinnehmbar, daß Deutschland im Jahr 2021 mit einem Betrag von 21,4 Milliarden Euro der größte EU-Nettozahler war. Die AfD wird deshalb eine Politik verfolgen, die sich an der Inschrift auf dem Reichstagsgebäude orientiert: "Dem deutschen Volke". Dort hat das Geld zuerst anzukommen, dort hat Hilfe die oberste Priorität - dieser Grundsatz ist für uns nicht verhandelbar!<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. November 2023: >>Putin: USA stehen hinter dem Gaza-Krieg

Bei einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates hat Präsident Putin die USA beschuldigt, die Schuld an den Konflikten in der Ukraine, in Israel und an der anti-semitischen Randalen in Machatschkala zu tragen. "Putin verstehen" - jetzt seine Reden im Original lesen.

Übersetzung von *Thomas Röper*

Ich habe bereits berichtet, daß die anti-semitische Randalen am Flughafen von Machatschkala in Dagestan, Rußland, offensichtlich über einen Telegram-Kanal gesteuert wurde, der von Kräften in Kiew gegründet und finanziert wurde. Da die ukrainischen Geheimdienste eng mit den US-Geheimdiensten zusammenarbeiten und das Regime in Kiew vollständig von den

USA abhängig ist, kann eine Mitschuld der US-Regierung als sicher gelten.

Westen will Rußland destabilisieren

Aufgrund der Ereignisse in Machatschkala, deren Ziele die Destabilisierung der Lage in Rußland und eine internationale Diskreditierung Rußlands waren, hat der russische Präsident Putin eine Sondersitzung des russischen Sicherheitsrates einberufen. Seine einleitenden Worte, in denen er die USA beschuldigt hat, die Schuld an den Konflikten in der Ukraine und in Palästina zu tragen, wurden vom Kreml veröffentlicht und ich habe sie übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Liebe Kollegen!

Ich wollte heute mit Ihnen ein breites Spektrum von Themen besprechen.

Der Verteidigungsminister ist von einer Dienstreise aus dem Ausland zurückgekehrt und er wird über deren Ergebnisse sprechen und über die Fortschritte bei der Militäroperation berichten.

Natürlich werden wir auch über die Lage im Nahen Osten und über die Gewährleistung von Recht und Ordnung in Rußland selbst sprechen. Wir werden über den Schutz der Rechte unserer Bürger und der öffentlichen Sicherheit, den inneren Frieden und die Harmonie zwischen den Völkern unseres Landes sprechen, auch angesichts der äußeren Bedrohungen.

"Ausgefeilte Techniken der psychologischen Aggression"

Wie Sie wissen, habe ich kürzlich bei einem Treffen mit führenden Vertretern der religiösen Vereinigungen über die Versuche gesprochen, die dramatische Lage im Nahen Osten und andere regionale Konflikte gegen unser Land - gegen Rußland - zu benutzen, um unsere multi-ethnische und multi-konfessionelle Gesellschaft zu destabilisieren und zu spalten. Dazu setzen sie, wie wir sehen, eine Vielzahl von Mitteln ein: Lügen, Provokationen und ausgefeilte Techniken der psychologischen und informationellen Aggression.

Ich wiederhole: Diejenigen, die hinter dem Konflikt im Nahen Osten und anderen regionalen Krisen stehen, werden deren zerstörerische Folgen nutzen, um Haß zu säen und die Menschen in der ganzen Welt gegeneinander zu treiben. Das ist das wahre, eigennützige Ziel dieser geopolitischen Puppenspieler.

Wir erinnern uns, wie die aktuelle Runde der Nahostkrise begann: mit einem Terrorangriff gegen Zivilisten Israels und anderer Länder auf dem Gebiet dieses Staates. Wir sehen auch, daß leider der Grundsatz der kollektiven Verantwortung dazu benutzt wurde, Rache zu üben, anstatt die Verbrecher und Terroristen zu bestrafen.

Die schrecklichen Ereignisse, die sich derzeit im Gazastreifen abspielen, wo Hunderttausende von unschuldigen Menschen, die einfach nirgendwo hinlaufen und sich nicht vor dem Bombardement verstecken können, wahllos abgeschlachtet werden, sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Wenn man blutige Kinder sieht, wenn man tote Kinder sieht, wenn man sieht, wie Frauen und alte Menschen leiden, wenn man sieht, wie Ärzte sterben, dann ballt man natürlich die Fäuste und hat Tränen in den Augen. Anders kann man es nicht sagen.

"Wer organisiert das tödliche Chaos?"

Aber wir sollten uns nicht, dazu haben wir kein Recht und wir können es uns nicht leisten, von Emotionen leiten lassen. Wir müssen uns klar machen, wer in Wirklichkeit hinter der Tragödie der Völker des Nahen Ostens und anderer Regionen der Welt steckt, wer das tödliche Chaos organisiert, wer davon profitiert. Meiner Meinung nach ist das heute bereits für alle offensichtlich und klar geworden, denn die Auftraggeber handeln offen und schamlos.

Die derzeit herrschenden Eliten der USA und ihrer Satelliten sind die Hauptnutznießer der globalen Instabilität. Sie ziehen daraus ihre blutigen Gewinne. Ihre Strategie ist ebenfalls offensichtlich. Die USA als weltweite Supermacht - jeder sieht es, jeder versteht es, sogar anhand der Trends in der Weltwirtschaft - werden schwächer, verlieren ihre Position. Die amerikanische Welt mit einem Hegemon wird zerstört, verschwindet langsam aber sicher in der

Vergangenheit.

Aber die USA wollen sich damit nicht abfinden, im Gegenteil, sie wollen ihre Vorherrschaft, ihre globale Diktatur bewahren, verlängern, und unter den Bedingungen des allgemeinen Chaos ist es bequemer, das zu tun, denn mit Hilfe dieses Chaos erwarten sie, ihre Konkurrenten, wie sie es ausdrücken, ihre geopolitischen Gegner, zu denen auch unser Land gehört, zu einzudämmen, zu destabilisieren. Tatsächlich sind das die neuen Zentren der weltweiten Entwicklung, souveräne, unabhängige Länder, die sich nicht erniedrigen und die Rolle von Lakaïen spielen wollen.

"Rußland gestaltet eine gerechtere Welt"

Rußland beteiligt sich heute nicht nur aktiv an der Gestaltung einer neuen, gerechteren, multipolaren Welt mit gleichen Rechten und Chancen für alle Länder und Zivilisationen. Wir sind nicht nur einer der Anführer dieses objektiven historischen Prozesses, sondern ich sage mehr und jeder weiß es, Rußland kämpft auf dem Schlachtfeld für unsere Zukunft, für die Prinzipien einer gerechten Weltordnung, für die Freiheit der Länder und Völker. Wir kämpfen konsequent und unsere Soldaten und Offiziere, unsere Helden, kämpfen und verlieren ihre Kameraden.

Ich wiederhole nochmal: Die herrschenden Eliten der USA und ihrer Satelliten stecken hinter der Tragödie der Palästinenser, dem Massaker im gesamten Nahen Osten, dem Konflikt in der Ukraine und vielen anderen Konflikten in der Welt - in Afghanistan, Irak, Syrien und so weiter. Das ist bereits für jeden offensichtlich. Sie sind es, die überall ihre Militärbasen errichten, die gelegentlich und grundlos militärische Gewalt anwenden, die Waffen in Konfliktgebiete schicken. Sie sind es auch, die finanzielle Mittel unter anderem in die Ukraine und in den Nahen Osten lenken und den Haß in der Ukraine und im Nahen Osten schüren.

In früheren Reden Putins spielte die Geschichte oft eine große Rolle (so bei den Reden zum 9. Mai oder zum 1. September), er kritisierte umfangreich die spalterische Nationalitätenpolitik der Kommunisten und betonte die jahrhundertelange Zusammengehörigkeit von Rußland und der Ukraine (so in seiner Rede vor einem Jahr, am 21. Februar 2022).

Legendär sind seine großen Friedensreden im Bundestag (2001) und bei der Münchner Sicherheitskonferenz (2007) mit umfangreichen Angeboten zur Kooperation. Alle diese Reden finden Sie im Original in den beiden COMPACT-Editionen "Wladimir Putin: Reden an die Deutschen" (2001 bis 2014) und "Putin verstehen: Seine großen Reden aus der Kriegszeit im Original" (2016 bis 2022).

Ohne Ergebnisse auf dem Schlachtfeld zu erzielen, wollen sie uns, was Rußland betrifft, von innen heraus spalten, um uns zu schwächen und Unsicherheit zu stiften. Ihnen gefällt es nicht, daß Rußland an der Lösung weltweiter und regionaler Probleme, einschließlich der Lösung des Nahostkonflikts, beteiligt ist. Ihnen gefällt es überhaupt nicht, wenn irgend jemand nicht auf ihren Befehl handelt oder spricht. Sie glauben nur an ihre eigene Ausschließlichkeit, daran, daß sie alles dürfen.

"Schlüssel liegt in der Schaffung eines palästinensischen Staates"

Sie brauchen keinen dauerhaften Frieden im Heiligen Land, sie brauchen ein ständiges Chaos im Nahen Osten, deshalb diskreditieren sie auf jede erdenkliche Art und Weise jene Länder, die auf einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen bestehen, auf ein Ende des Blutvergießens, die bereit sind, einen wirklichen Beitrag zur Beilegung der Krise zu leisten, statt sie zu parasitieren. Sogar die UNO, die klar zum Ausdruck gebrachte Position der Weltgemeinschaft, ist Angriffen, echten Schikanen und Versuchen ausgesetzt, sie zu diskreditieren.

Ich möchte betonen, daß wir die Situation im Nahen Osten im Gegensatz zum Westen nie aus Eigennutz, Intrigen und doppeltem Boden betrachtet haben. Wir haben unseren Standpunkt offen dargelegt und werden ihn auch weiterhin offen darlegen, und er ändert sich nicht von Jahr zu Jahr. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt in der Schaffung eines souveränen,

unabhängigen palästinensischen Staates, eines vollwertigen palästinensischen Staates. Wir haben das sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Führung offen, ehrlich und wiederholt gesagt.

"Die Spinne identifizieren"

Ich wiederhole: Je stärker Rußland ist, je geeinter unsere Gesellschaft ist, desto wirksamer werden wir in der Lage sein, sowohl unsere eigenen nationalen Interessen als auch die Interessen der Völker zu verteidigen, die der neokolonialen Politik des Westens zum Opfer gefallen sind.

Ich betone noch einmal: Man muß wissen und zu verstehen, wo die Wurzel des Bösen ist, wo diese Spinne ist, die versucht, den ganzen Planeten, die ganze Welt in ihr Netz zu verstricken und unsere strategische Niederlage auf dem Schlachtfeld zu erreichen, indem sie die Menschen benutzt, die in der heutigen Ukraine jahrzehntlang von ihr getäuscht wurden. Indem wir genau diesen Feind im Rahmen der Militäroperation bekämpfen, stärken wir, das möchte ich noch einmal betonen, die Position all derer, die für ihre Unabhängigkeit und Souveränität kämpfen.

Die Ereignisse in Machatschkala wurden, auch über soziale Netzwerke, nicht zuletzt vom Territorium der Ukraine aus von Agenten westlicher Geheimdienste angezettelt. Ich möchte in diesem Zusammenhang fragen: Kann man etwa Palästina helfen, indem man versucht, die Tat und ihre Familien anzugreifen? Die Tat sind übrigens die Titularnation in Dagestan. Die einzige Möglichkeit, Palästina zu helfen, besteht darin, diejenigen zu bekämpfen, die hinter dieser Tragödie stehen. Wir, Rußland, bekämpfen sie in der Militäroperation, bekämpfen sie für uns und für diejenigen, die nach echter, wahrer Freiheit streben.

"Die verfassungsmäßige Ordnung schützen"

Übrigens bin ich immer wieder erstaunt über das Kiewer Regime und seine transatlantischen Herren. Wir wissen, daß Bandera und andere Handlanger Hitlers bereits auf einen Ehrensokkel gestellt wurden, wir wissen und sehen, wie die ukrainische Führung den Nazis des Zweiten Weltkriegs Beifall zollt, die an den Opfern des Holocaust schuldig sind, die persönlich an diesen Verbrechen beteiligt waren und heute unter der Anleitung ihrer westlichen Gönner versuchen, Pogrome in Rußland anzuzetteln.

Übrigens bin ich mir nicht sicher, ob das alle in den führenden Kreisen der USA wissen. Es wäre keine schlechte Idee für diejenigen, die sich so sehr um die Bürger Israels sorgen, zu untersuchen, was ihre Geheimdienste in der Ukraine tun, wenn sie versuchen, Pogrome in Rußland anzuzetteln. Sie sind einfach nur Abschaum. Anders kann man es nicht ausdrücken.

Aber diejenigen, die wirklich für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten, die gegen das Böse und die Unterdrückung, gegen den Rassismus und den Neonazismus kämpfen, die der Westen fördert, kämpfen jetzt an der Front bei Donezk, Awdeewka und am Dnjepr. Ich wiederhole: Das sind unsere Soldaten und Offiziere. Die Wahl eines echten Mannes, eines echten Kriegers, ist es, zu den Waffen zu greifen und sich mit seinen Brüdern einzureihen. Dort zu sein, wo das Schicksal Rußlands, ja der ganzen Welt, einschließlich der Zukunft des palästinensischen Volkes, entschieden wird.

Ich möchte die Gouverneure aller Regionen, die Leiter der Strafverfolgungsbehörden und der Geheimdienste auf die Notwendigkeit entschlossener, rechtzeitiger und klarer Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung Rußlands, der Rechte und Freiheiten unserer Bürger sowie der inter-ethnischen und inter-religiösen Einheit aufmerksam machen.

Ende der Übersetzung<<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. November 2023: >>Hype um letzte Beatles-Single: Ihre dunkle Seite

Von *Daniell Pföhringer*

Es herrscht globale Hysterie rund um die letzte und mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz ge-

nerierte Beatles-Single "Now and then". Der Hype überdeckt vieles, was Sie über die Pop-Titanen nie erfahren sollten. ...

Am 29. November 2011 trauerte die Welt um George Harrison. Der vormalige Leadgitarrist der Beatles erlag im Alter von 58 Jahren einer Krebserkrankung, an der er bereits seit geraumer Zeit gelitten hatte. Genau 40 Jahre zuvor war Harrison in die USA gezogen, genauer gesagt nach Beverly Hills.

Nur wenige Tage nach Harrisons Tod las man in der Los Angeles Times etwas Merkwürdiges: In der Sterbeurkunde war angegeben, daß der Musiker im Coldwater Canyon Nr. 1971 seinen letzten Atemzug getan haben soll. Nur: Diese Adresse gibt es in Beverly Hills gar nicht. Nach Auskunft des Bestattungsamtes soll es sich um ein Versehen gehandelt haben. In den Unterlagen wurde daraufhin der Todesort geändert in: Laurel Canyon Boulevard Nr. 3738.

George Harrisons Sterbeurkunde wurde gefälscht.

An dieser Adresse wohnte Harrison mit seiner zweiten Frau Olivia tatsächlich - nur hatten sie das Haus schon vor Jahren verkauft. Daraufhin erklärte Gavin De Becker - ein mit dem Musiker befreundeter Autor, der eine Sicherheitsfirma gegründet hatte, die unter anderem die CIA beriet -, daß der Ex-Beatle bei ihm im Haus verstorben sei. Doch das entpuppte sich schnell als Lüge. Auf Drängen einer kalifornischen Anwältin leitete die Polizei daraufhin eine Untersuchung ein, die ergab, daß Harrison in der Heather Road Nr. 9536 verstorben sei - auf dem Anwesen seines früheren Bandkollegen Paul McCartney.

Die Söhne des Laurel Canyon

Aufschlußreich: Weitere Infos zu den Geheimdienst- und Okkultismus-Verstrickungen der Beatles und anderer Rockgrößen finden Sie in diesem Enthüllungswerk.

Das Verwirrspiel paßt zu den zahlreichen seltsamen Begebenheiten rund um den Laurel Canyon, wo nicht nur Harrison und McCartney, sondern auch John Lennon und Ringo Starr zeitweise gelebt haben. Der in einer Schlucht in den Santa Monica Mountains gelegene Stadtteil von L. A. war einst ein bedeutendes Zentrum der US-Musikszene, aber auch ein Ort des Schreckens. Schließlich wohnte auch Sektenführer Charles Manson in dem Tal. Und das La-Bianca-Anwesen am Cielo Drive, wo drei seiner Jünger die hochschwängere Schauspielerin Sharon Tate und vier weitere Menschen brutal abschlachten, lag nur einen Katzensprung davon entfernt.

Mitte der 1960er Jahre - der Vietnamkrieg hatte gerade begonnen - versammelten sich im Laurel Canyon zahlreiche Sänger, Musiker und Songwriter. Innerhalb weniger Monate wurde dort - und nicht etwa in San Francisco - die Hippie-Bewegung geboren, mitsamt neuer Musikstile, die den Soundtrack der kommenden turbulenten Jahre bilden sollten. Was kaum einer weiß, aber 1994 von dem US-Investigativjournalisten David McGowan in seinem Buch Weird Scenes Inside the Canyon enthüllt wurde: Die maßgeblichen Akteure kamen allesamt aus Militär- oder Geheimdienstfamilien.

Da wäre zum Beispiel Frank Zappa: Der Rockmusiker ("Bobby Brown Goes Down") lebte mit seiner Gefolgschaft in einem Blockhaus im Herzen des Laurel Canyon. Sein Vater Francis arbeitete beim Edgewood Arsenal in Maryland. Dort führte das US-Militär zwischen 1948 und 1975 Versuche an Soldaten durch, um chemische Kampfmittel zu testen. Eine Abteilung beschäftigte sich auch mit psychochemischer Kriegführung, auch "Drogenwaffen" genannt. Vieles spricht dafür, daß jener Teilbereich zu MK-Ultra gehörte.

Unter diesem Decknamen führte die CIA von 1953 bis in die 1970er Jahre (womöglich auch länger) an 44 Universitäten, zwölf Krankenhäusern, drei Gefängnissen und 15 nicht näher benannten Einrichtungen Forschungen zur "Vorhersage, Steuerung und Kontrolle des menschlichen Verhaltens" durch, wie es der Geheimdienst formulierte. Experimentiert wurde unter anderem mit LSD. Damit kannte sich auch Sohn Frank gut aus - und das nicht nur, weil er quasi im Edgewood Arsenal aufgewachsen war.

Der Vater von Jim Morrison hatte das Kommando beim Tonkin-Zwischenfall.

Nicht viel mit Flower Power hat auch die Herkunft von John Philipps zu tun. Der Singer-Songwriter der Hippie-Kultband The Mamas and The Papas komponierte mit "California Dreaming" nicht nur den größten Hit der eigenen Band, sondern schrieb auch "San Francisco" für Scott McKenzie, die inoffizielle Hymne der Blumenkinder. Im Laurel Canyon hing er nicht nur mit Frank Zappa und seiner Blockhütten-Kommune herum, sondern auch mit Manson und seiner sogenannten Family.

"Vor dieser Zeit war auch Philipps ein Kind des Militär- und Geheimdienstkomplexes", schreibt Investigativjournalist Nikolas Pravda in seinem Enthüllungswerk Der Musik-Code: "Als Sohn des US-Marine-Corps-Captains Claude Andrew Philipps und einer Mutter, die sich als Hellseherin mit telekinetischen Kräften bezeichnete, besuchte John eine Reihe von Eliteschulen für Militärs in der Region Washington D.C. und schaffte es sogar, an der renommierten US Naval Academy in Annapolis aufgenommen zu werden."

Ähnlich sieht es bei David Crosby aus. Das Gründungsmitglied der Musikgruppen The Byrds ("Mr. Tambourine Man") und Crosby, Stills & Nash ("Turn, Turn, Turn") ist Sohn von Major Floyd Delafield Crosby, der ebenfalls Annapolis-Absolvent und ein Kamerad von Philipps' Vater war.

Berühmtester Bewohner der Waldsiedlung war jedoch zweifelsohne Jim Morrison. Der charismatische und rätselhafte Sänger der alles überragenden Band The Doors ("Light My Fire") wohnte eine Zeit lang in einem Haus am Rothdell Trail hinter dem Laurel Canyon Country Store und soll ein begeisterter Anhänger des britischen Okkultisten Aleister Crowley gewesen sein. Mit The Doors schrieb er Geschichte - doch das kann man auch von seinem Vater sagen: Navy-Admiral George Stephen Morrison hatte nämlich das Kommando über jene Schiffe, die im August 1964 in den fingierten Tonkin-Zwischenfall verwickelt waren, mit dem sich die USA in den Vietnamkrieg bugsiierten.

Die Tavistock-Gehirnwäsche

In diesem Umfeld bewegten sich auch die Beatles - und einiges spricht dafür, daß der Aufstieg der vier Jungs aus Liverpool kein Zufall war, sondern strategisch geplant war. Eine wesentliche Rolle hierbei spielte das sogenannte Tavistock Institute of Human Relations, das seinen Ursprung im 1913 gegründeten britischen War Propaganda Bureau hat. Aus dem ging 1920 die sogenannte Tavistock-Klinik hervor, deren Zweck ursprünglich darin bestand, im Ersten Weltkrieg traumatisierte Soldaten zu behandeln.

Doch schon bald machten die Ärzte und Psychologen eine folgenreiche Entdeckung: Ihre Patienten waren leicht zu manipulieren. Die daraus abgeleitete Erkenntnis: Durch Schocks kann man Menschen willenlos und steuerbar machen. Daß die britischen Traumaforscher daraus quasi Anleitungen zur subtilen Umgestaltung der Gesellschaft entwickelten, gab Tavistock-Psychiater George Brock Chisholm in seinem 1946 erschienenen Buch The Psychiatry of Enduring Peace and Social Progress selber zu, indem er schrieb: "Ausgelöscht werden sollten das Konzept von richtig und falsch ebenso wie die Lebenserfahrung und Weisheit älterer Menschen, aber auch die Familie, der Patriotismus, die monotheistische Religion sollten aus Leben und Gedanken verschwinden."

Bereits acht Jahre zuvor hatte Chisholm vorgeschlagen: "Um eine Weltregierung zu erreichen, ist es notwendig, den Individualismus, die Treue zur Familientradition, den nationalen Patriotismus und die religiösen Dogmen aus den Köpfen der Menschen zu entfernen." Kein Wunder, daß die üblichen Verdächtigen wie Rockefeller und Macy gleich zur Stelle waren, um das Tavistock-Institut zu unterstützen. Chisholm selbst kletterte auf der Karriereleiter der Globalisten schnell nach oben. Ab 1946 bereitete er die Gründung der Weltgesundheitsorganisation WHO vor, von 1948 bis 1953 war er deren erster Generaldirektor.<<

04.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. November 2023 (x1.345/...): >>**Schleichende Einführung des digitalen Euro: Wie die EZB die Bürger entmachten will**

Seit gut 2 Jahren arbeitet die EZB an der Einführung des digitalen Euro. Die Testphase wurde inzwischen abgeschlossen. Nun geht es mit immer größeren Schritten auf die Einführung zu. Die EZB gibt es nicht zu, aber hinter dem digitalen Euro steckt die langfristige Abschaffung des Bargelds durch die Hintertür. Die Bürger drohen von der Zentralbank entmachtet zu werden.

Jonas Aston

Seit über 20 Jahren wird in weiten Teilen Europas mit dem Euro bezahlt. Die Europäische Zentralbank (EZB) werkelt aktuell an der größten Neuerung des Euros seit seiner Gründung. Der Euro soll digital werden. Im Sommer 2021 hat die EZB entsprechende Pläne vorgestellt. Eine nun rund zwei Jahre lang andauernde Untersuchung zum digitalen Euro sei abgeschlossen worden.

Nun geht das Projekt in die heiße Phase. In den kommenden zwei Jahren wollen die EZB-Notenbanker entscheiden, wie der digitale Euro genau funktionieren soll. Eingeführt werden, könnte das Geld Bundesbanker Burkhard Balz zufolge, im Jahr 2027. Doch an dem Projekt wird viel Kritik geäußert. Tatsächlich steht zu befürchten, daß mit Einführung des digitalen Euros die Bürger zugunsten der Europäischen Zentralbank massiv entmachtet werden.

Der digitale Euro ist bequem

Zunächst ist der digitale Euro klar von üblichen digitalen Überweisungen zu unterscheiden. Wer an der Supermarktkasse bequem per Kreditkarte bezahlt, übergibt im engeren Sinne kein Geld, sondern überträgt lediglich die Forderung nach Geld gegenüber einer Geschäftsbank auf das Konto des Supermarktes. Mit dem digitalen Euro würde man diese Zwischeninstanz der Geschäftsbank ausschalten. Das Geld würde nicht bei einer Geschäftsbank, sondern auf einer Wallet landen.

Dies bringt tatsächlich einige Vorteile mit sich. Transaktionskosten werden so ausgeschlossen. Die Abhängigkeit von Zahlungsdienstleistungsunternehmen wie Paypal oder Klarna würde man reduzieren und damit teilweise auch Probleme mit dem Datenschutz aus der Welt schaffen.

Im Ausland (zumindest dort, wo der Euro als Zahlungsmittel akzeptiert wird) hätte man ebenfalls weniger Zahlungsprobleme. Nicht immer kann man gebührenfrei Geld abheben. Mit einem "digitalen Portemonnaie" benötigt man den Umweg über die Geschäftsbank jedoch nicht mehr. Außerdem kann man Zahlungen so ohne Internetverbindung tätigen.

Der digitale Euro als die "Totale Ausfallversicherung"

Dennoch hat der digitale Euro einen entscheidenden Haken. Bundesbank-Vorstandsmitglied Burkard Balz erklärte, daß die Bürger in das digitale Geld "flüchten" könnten, weil dieses ihnen eine "totale Ausfallversicherung" biete. Anders als Geschäftsbanken kann die Zentralbank nicht pleite gehen. Während also Guthaben bei einer Insolvenz der Hausbank bedroht sind, scheidet dies beim digitalen Euro kategorisch aus.

Was sich zunächst ebenfalls gut anhört, bedeutet tatsächlich eine massive Gefährdung der Finanzstabilität. Die Bürger könnten massenhaft ihre Konten kündigen und ihr Geld statt dessen in den digitalen Euro umsichten. Anders als Geschäftsbanken sind die Zentralbanken nicht dazu angehalten, marktwirtschaftlich und effizient zu handeln. Krisen führen nicht in die Pleite, sondern in die Ausgabe von mehr Geld. Der Ausfallsicherheit stehen damit erhöhte Inflationsrisiken entgegen.

Die EZB fürchtet den Aufstieg des Bitcoins

Das Projekt des digitalen Euro ist auch eine Reaktion auf die große Aufmerksamkeit, die in den vergangenen Jahren Kryptowährungen wie der Bitcoin erhalten haben. Aktuell ist der Bit-

coin fast ausschließlich ein Spekulationsobjekt. Investoren hoffen jedoch darauf, daß sich dies ändert und der Bitcoin sich als Zahlungsmittel durchsetzt. In El Salvador wurde der Bitcoin 2021 - aufgrund der fallenden Kurse allerdings mit mäßigem Erfolg - als gültige Währung eingeführt.

Mit dem digitalen Euro will die EZB auf den Zug der digitalen Währungen aufspringen. Der Bitcoin ist jedoch eine nichtstaatliche Währung und steht außerhalb der Kontrolle von Zentralbanken. Überzeugte Bitcoin-Anhänger wird die EZB mit ihren Plänen daher nicht überzeugen können, da diese gerade an die Nichtstaatlichkeit des Geldes glauben.

Der Aufstieg könnte durch den digitalen Euro indirekt dennoch verhindert werden. Da die EZB nicht pleite gehen kann, gibt es für die Bürger einen großen Anreiz Geld als digitalen Euro zu halten. Die Etablierung des Bitcoins als Zahlungsmittel (die ohnehin noch sehr weit weg erscheint) ist damit weiter erschwert und die EZB kann ihr faktisches Monopol auf das Geld stärken.

Die Abschaffung des Bargelds durch die Hintertür

Das Bargeld wird durch den digitalen Euro ebenfalls bedroht. Auf einer Konferenz in Brüssel im November 2022 betonte EZB-Präsidentin Christine Lagarde, daß der digitale Euro unbedingt den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels erhalten müsse, so wie Bargeld. Dabei deutete sie an, daß die Annahmepflicht des digitalen Euro sogar weiter gehen müsse wie beim Bargeld. Wäre die Annahme von Bargeld auf dem Prinzip der Vertragsfreiheit beruht, wäre dann die Annahme des digitalen Euro verpflichtend.

Christian Lindner beteuerte in einem Tweet aus 2022: "Es ist keine Rede davon, das Bargeld abzuschaffen. Im Gegenteil, wir arbeiten daran, daß der geplante digitale Euro in Sachen Privatheit dieselben Eigenschaften hat wie der gedruckte und geprägte Euro. CL". De facto wird das Bargeld durch den digitalen Euro jedoch wesentlich irrelevanter. EZB-Direktoriumsmitglied Fabio Panetta erklärte 2022 offen, daß der digitale Euro mit dem Bargeld in Konkurrenz treten soll. So könne man in manchen Teilen Nordeuropas schon heute nicht mehr mit Bargeld zahlen. Mittels des digitalen Euro könne man wieder ein universelles, in der gesamten Eurozone akzeptiertes Zahlungsmittel schaffen.

Der gläserne Bürger droht Realität zu werden

Mit dem Relevanzverlust des Bargelds droht der gläserne Bürger Realität zu werden. Die EZB beteuert zwar strengste Datenschutzvorschriften einzuhalten, im Zweifel droht jedoch die totale Transparenz des Bürgers. Jegliche Zahlungsvorgänge können nachvollzogen werden. Zudem ist es (technisch) möglich, jeden Bürger aus dem Zahlungsverkehr auszuschließen. Wenn die Flucht in das Bargeld ausfällt, wäre es zudem wesentlich einfacher, Negativzinsen auf die Guthaben der Bürger zu verhängen.

Die EZB gibt es zwar nicht unumwunden zu, aber das klare Ziel ist die Ausweitung der staatlichen Macht. Der digitale Euro soll das Bargeld mittelfristig ersetzen. Der Bürger droht so gläsern zu werden und wirtschaftlichen Krisen, vor allem der Inflation, sich immer weniger entziehen zu können.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. November 2023: >>80.000 Euro Geldregen für Afghanen-Familie: RTL löscht Sendung

Es war eine RTL-Reportage, die es in sich hatte: Ein Kamerateam besuchte eine vierköpfige Migranten-Familie aus Afghanistan in ihrem neuen Zuhause in Baden-Württemberg. 3.200 Euro (netto) haben diese Kulturbereicherer vom Hindukusch monatlich zur Verfügung - finanziert von den deutschen Steuerzahlern. Im Netz löste das heftige Debatten aus - offenbar zu heftige! In vorsorglicher Wokeness löschte der Kölner TV-Sender den Beitrag aus der Mediathek.

Die vierköpfige afghanische Familie hatte das TV-Team in einer Vier-Zimmerwohnung auf 120 Quadratmetern in Schwäbisch Gmünd (Baden-Württemberg) empfangen. Das Familien-

oberhaupt, der Vater, war Deutschübersetzer in Afghanistan. Er berichtete, seine Familie sei mit der Situation "sehr zufrieden".

Das ist nachvollziehbar: In den vergangenen zwei Jahren haben deutsche Steuerzahler die Migrantenfamilie mit insgesamt 80.000 Euro alimentiert. Dazu kommen noch Kindergartenplätze, Tickets für den öffentlichen Nahverkehr, diverse Gesundheitsleistungen und Deutschkurse - wohlgemerkt, der Mann hat fünf Jahre als Übersetzer gearbeitet! Ob die Familie gedenke, bald eine Arbeit zu suchen? "Nein, weil ich erst noch versuche besser Deutsch zu lernen", so der Afghane.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. November 2023 (x1.344/...): >>**Sexuelle Belästigung auf Trauerfeier: Bürgermeister schließt Asylheim!**

Erschreckende Szenen im oberbayerischen Gachenbach: Dort kam es sogar bei einer Trauerfeier für den örtlichen Chef der Feuerwehr zu sexuellen Belästigungen durch Asylbewerber. Laut Bürgermeister begrabschten die Migrantinnen Frauen, "wollten sie küssen und alles Mögliche". Trotz der Schreie der Frauen folgten sie ihnen bis in den Gottesdienst und störten die Messe. Auch Diebstähle und Einbrüche, bei denen Asylbewerber als Täter vermutet werden, belasten den Alltag in Gachenbach. Es ist eine Situation, die symptomatisch ist für die Entwicklung in ganz Deutschland.

Inzwischen ist die Stimmung so dramatisch und angespannt, daß der Bürgermeister den Vertrag mit einer Asylunterkunft nicht verlängert hat. Da der private Träger einer zweiten Unterkunft ebenfalls eine Vertragsverlängerung ablehnte, werden nun beide Unterkünfte "weggerissen". Offenbar haben die Menschen vor Ort die Nase voll von sogenannten "Einzelfällen" - wir auch. Wir werden dafür sorgen, daß zukünftig noch viel mehr überflüssige Unterkünfte abgerissen werden können. Denn wir werden illegale Ausländer ohne Asylrecht abschieben und unsere Gesetze und Regeln konsequent durchsetzen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. November 2023: >>**Verloren im Niemandsland: Zur Lage der Nation**

Gedanken zur Lage der Nation: Ist Deutschland schon abgeschafft? Die politischen Eliten verhalten sich jedenfalls so. ...

_ von *André Kruschke*

"Dieses Land gehört per se niemandem." Schon gar nicht gehöre Deutschland den Einheimischen, die ihr Land "zu Recht" nicht mehr wiedererkennen würden. Derartige den Nationalstaat verunglimpfende und bewußt auf dessen Abschaffung zielende Diffamierungen stammen nicht etwa von pubertierenden, wohlstandsverwöhnten Minderjährigen, die die ideologiedurchtränkten und realitätsfremden Ansichten woker Mainstream-Medien unreflektiert wiederkäuen.

Nein, diese Aussagen stammen von Naika Foroutan, ihres Zeichens Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort Abteilungsleiterin am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung sowie preisgekrönte Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

Die Bundesrepublik soll nach Ansicht einer derart prominenten Wissenschaftlerin also nicht mehr den Einheimischen gehören - Personen, die von Ferda Ataman, der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes, gerne auch als "Kartoffeln", "Ureinheimische" oder "Germanennachfahren" bezeichnet werden. Nach diesem Verständnis sollen also Biodeutsche ihr Land, das sie und ihre Vorfahren mit Mühe und Stolz aufgebaut haben sowie ihre Kultur und Traditionen, an denen sie hängen und mit denen sie sich identifizieren, aufgeben und freiwillig und bedingungslos neu zugewanderten Menschen mit einer gänzlich anderen Kultur überlassen.

Landnehmer und Zahlmeister

Es sind Aussagen wie jene von Frau Foroutan und Frau Ataman, die einen fassungslos zurücklassen. Und noch besorgniserregender ist der Umstand, wie führende Politiker und tonangebende Medien darauf reagieren: mit weitgehendem Schweigen und, so man darf vermuten, heimlicher Billigung. ...

Mit dem seit 2015 in rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht praktizierten Ansatz, Realität durch Fakten zu schaffen, konnte in den letzten Jahren die wohl wichtigste Fragestellung aus rein ideologischen Gründen erfolgreich unterdrückt werden: was eine freiheitliche Gesellschaft im Inneren zusammenhält und wie viel Zuwanderung ein demokratisch verfaßter Nationalstaat eigentlich verkraften kann.

So basiert die Bundesrepublik Deutschland - wie jeder andere Nationalstaat - auf einer Überzeugung ihrer Werte und setzt die fortwährende Zustimmung zu ihrem Wesen als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat voraus. Ungeschriebene Grundlage ist damit die Einigkeit ihrer Bürger, auf der sich dieser gründet. ...

Volksaustausch und Bürgerkrieg

Die von Globalisten angestrebte Enthomogenisierung tradierter Gemeinwesen stellt damit einen direkten Angriff auf das friedliche Zusammenleben dar. Zuwanderung von außen, egal aus welchem Grund sie erfolgt, bedingt insofern einen permanenten, anstrengenden Integrationsakt, weshalb Nationalstaaten seit Jahrzehnten strenge Voraussetzungen an die Zulässigkeit von Migration stellen.

Dieses zwischen Staat und Bevölkerung bestehende Verständnis wurde jedoch spätestens 2015 einseitig von der Regierung aufgekündigt. Hintergrund ist eine offen universalistische Politik, die keine Nationen, Ethnien und Grenzen mehr kennt und die den Nationalstaat als verstaubtes Relikt einer vergangenen Zeit ansieht. ...

Wohl keine andere Regierung hat sich derart weit von ihrem Volk gelöst wie die derzeit amtierende, die auch nur geringste Wünsche nach geordneten Zuständen in einer weitgehend homogenen Bevölkerung als reaktionär und rassistisch brandmarkt. Die maßlosen Privilegien der regierenden elitären Politikerkaste führten zusammen mit der vorbehaltlosen Unterstützung durch die Massenmedien zu einer Entwurzelung erschreckenden Ausmaßes, die die kulturelle Verbundenheit dieser Personengruppe zur eigenen Nation praktisch aufgelöst hat. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der November-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Asyl-Bombe. Wie wir uns retten können".<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27278" berichtet am 4. November 2023 (x1.343/...): >>>Bauern kurz vor Enteignung: "Nitrogen 2000" - Brisante Doku aus Holland

Von *James Patrick*

KLA.TV präsentiert heute die öffentliche Premiere des BigPicture Dokumentarfilms "Nitrogen 2000". Er berichtet über den Kampf der niederländischen Landwirte gegen die Zwangsenteignung durch den Staat und läßt dabei die verschiedenen Parteien zu Wort kommen. Was steckt hinter diesen drastischen politischen Maßnahmen? Werden die Landwirte diesem Eingriff widerstehen können?

Nitrogen 2000

Die Sowjetunion in den 1920er Jahren

Ein streitlustiger Stalin spricht auf einer geschlossenen Parteisitzung im Oktober 1925. Er erklärt den Bauern Rußlands den Krieg. Die Kulaken sind traditionelle Feinde der Zentralgewalt. Er holt zum Schlag aus: "Die Kulaken sind die Hochburg der Konterrevolution. Erhebt euch zu den Waffen gegen die Kulaken. Vernichtet die Klasse der Kulaken!"

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission: Vor etwas mehr als 50 Jahren veröffentlichte der "Club of Rome" den Bericht "Die Grenzen des Wachstums". Und er

kam zu einer drastischen Schlußfolgerung. Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum muß gestoppt werden, sonst wird unser Planet nicht überleben.

Die Niederlande 2022: Niederländische Viehbauern besitzen 70 % von Holland - Die Regierung versucht, 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe zwangsaufzukaufen.

Die Niederlande sind eines von vielen Ländern, das Maßnahmen ergriffen hat, um die Stickstoffbelastung zu verringern. Und eine Reihe von Betrieben muß möglicherweise geschlossen werden.

Tjeerd de Groot, Mitglied des niederländischen Parlaments: Um die Natur wiederherzustellen, müssen wir die Zahl der Tiere in den Niederlanden reduzieren.

BBC: Niederländische Landwirte wütend über Emissionssenkungen

"Sky News Australia": Das Land ist im Grunde der zweitgrößte Lebensmittelexporteur der Welt, und man sagt ihm, daß es seine Produktion in einer Zeit weltweiter Nahrungsmittelknappheit einschränken muß, um den Klimavorgaben zu entsprechen. Das erscheint mir völliger Irrsinn.

"Al Jazeera-Moderatorin": Teil des niederländischen Plans ist der Kauf von Landwirtschaftsbetrieben, die als Umweltverschmutzer gelten.

Jan van der Wind, Landwirt: Der Minister spricht von äußerst attraktiven Abfindungspaketen. Das ist eine lächerliche Aussage.

Andy Palmen: Greenpeace-Direktor Niederlande: Die Regierung sollte die Landwirte zwingen, aufzuhören. Das muß jetzt geschehen, und es wird schmerzhaft sein. Den Landwirten muß gesagt werden: "Ihr müßt aufhören, und wir werden euch die Lizenz entziehen. Wir werden euch entschädigen, aber ihr müßt aufhören."

Bauernproteste in den zentralen Niederlanden

Moderatorin: Sie haben viele Fragen zu ihrer Zukunft. Deshalb wollen sie von der Regierung einige Antworten. Was wird mit uns geschehen? Umweltgruppen haben mehr Kürzungen gefordert, mehr Rinder müssen verschwinden.

Jos Ubels, Vizepräsident von "Farmers Defence Force" (=niederländische Interessenvertretung für Landwirte): Sie benutzen das Narrativ des Stickstoffs, um uns loszuwerden, aber in Wirklichkeit leisten wir einen sehr wichtigen Beitrag. Wir ernähren die Niederlande, wir ernähren einen großen Teil von Europa. Die Bevölkerung wächst, der Verbrauch steigt, aber die Produktion soll gedrosselt werden? Das ist völlig unlogisch ...

Sietske Bergsma, Politische Kommentatorin (Wikipedia NL: Sietske Bergsma ist eine niederländische Publizistin. Sie ist bekannt für ihre Meinungskolumnen in ThePostOnline. Sie produziert auch Videokolumnen und Interviews): Sie nehmen uns die Sicherheit, und natürlich haben sie all diese Ideen, woher wir in Zukunft unsere Lebensmittel bekommen könnten, aber das ist alles andere als beruhigend.

"Al Jazeera-Moderatorin": Wie wäre es, wenn die Menschen einfach dazu angehalten würden, weniger Fleisch oder Milchprodukte zu essen?

Bill Gates und große Namen Hollywoods drängen darauf, Insekten zu essen, um den Klimawandel zu verhindern. Insekten sind reich an Proteinen und könnten den hohen Verzehr von Rind-, Hühner- und Schweinefleisch ersetzen. Kritiker von Fleischkonsum sagen, daß die Aufzucht dieser Tiere zur Umweltverschmutzung beiträgt.

"Al Jazeera-Moderatorin": Und da die Welt versucht, die Schadstoffe zu reduzieren, um den Planeten zu retten, könnte dies die Nahrungsmittelquellen der Menschen beeinträchtigen.

Rypke Zeilmaker, Umwelt- und freier Journalist (Rypke Zeilmaker (geb. 1975) ist freier Natur- und Wissenschaftsjournalist und Fotograf der menschlichen Natur): Die Absicht klingt so großartig. Alle wollen den Planeten, die Erde retten. Großartig, großartig, großartig. Das ist wie "Gott loben": Gott zu loben ist immer toll. Aber wenn man sich die Folgen ansieht, bedeutet das nur, daß man alles so viel teurer macht, daß man die Mittelschicht zerstört, die Un-

terschicht noch ärmer macht und es bleibt nur eine kleine Elite und ihre Netzwerke.

Prof. Ralph Schöllhammer (Assistenzprofessor für Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Webster Universität in Wien): "The Bolt Report" - Umstrittener Buy-out-Plan von der EU genehmigt.

Es gab ein Mitglied der Bank of England, das in einem Interview offen gesagt hat: "Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß wir in Zukunft ärmer sein werden". Nun, das ist leicht gesagt. Aber wenn wir uns die Geschichte der Revolutionen ansehen, sowohl der alten als auch der neueren, fängt es so an. Die Menschen akzeptieren nicht für immer, daß sie einfach immer ärmer und ärmer werden und daß es ihren Kindern schlechter gehen wird als ihnen selbst. Irgendwann wendet sich diese Wut gegen das politische System.

Greenpeace meint, daß die Entschädigung der Landwirte auf freiwilliger Basis nicht zu einer ausreichenden Verringerung des Stickstoffs führen wird.

Minister und Vertreter großer Naturschutzorganisationen wie Greenpeace, Vogelschutz und Naturmonumente werden über die Stickstoffpläne sprechen.

NGO Leiter: Das Problem wird immer schlimmer, also muß man einfach etwas tun.

Moderator: Wütende Landwirte protestieren in verschiedenen Orten des Landes.

Moderatorin: Auch die Landwirte werden heute aktiv. Im Moment wird die Brücke bei Rhenen blockiert ...

Tjeerd de Groot, Mitglied des niederländischen Parlaments: Der niederländische Dung besteht aus Ammoniak, einer Form von Stickstoff, die schlecht für die Umwelt, schlecht für die Natur ist.

Prof. Han Lindeboom, Umweltwissenschaftler: Sie haben erklärt, daß Stickstoff das Hauptproblem ist. Nein. Ich bin Experte für Stickstoff, und ich wage zu behaupten, daß dies nicht stimmt.

Stickstoff 2000 - Der Kampf der niederländischen Landwirte

"GBN Live-Moderatorin": Wir erleben gerade eine neue technologische Revolution, nicht wahr? Und zwar unter dem Deckmantel des Klimawandels. Man sagt ihnen also: "Ändert dies und jenes, macht es umweltfreundlicher, ihr zerstört das Land." Aber in Wirklichkeit ist es nur noch mehr Kapitalismus. Und es nimmt vielen Menschen auf der Welt ihre nationale Identität, in diesem Fall vor allem den Bauern.

Eine "Big Picture-Dokumentation", Regie: James Patrick

Jos Block, Landwirt: Jeder, der an Holland denkt, denkt an Windmühlen, Holzschuhe, Milch, Käse ...

Jos Ubels, Vizepräsident von "Farmers Defence Force" (= nld. Interessenvertretung für Landwirte): Unser Land ist von der Landwirtschaft geprägt. Wir sind berühmt dafür, auf Holzschuhen zu laufen. Und wir sind auch sehr berühmt für unsere Käse- und Milchproduktion.

Sietske Bergsma, Politische Kommentatorin (Wikipedia NL: Sietske Bergsma ist eine niederländische Publizistin. Sie ist bekannt für ihre Meinungskolumnen in ThePostOnline. Sie produziert auch Videokolumnen und Interviews): Wir haben etwa, ich glaube, 60.000 Landwirte in den Niederlanden. Jeder, selbst wer in der Stadt wohnt, wie Amsterdam oder Rotterdam, sieht nach einer fünfminütigen Autofahrt Kühe, man sieht Ackerland. Ich meine, es ist so tief in unserer Gesellschaft, unserer Lebensweise verwurzelt, daß Landwirte ein Teil unserer Kultur sind. Jeder hat jemanden in seiner Familie, der einmal Bauer war.

Landwirt Jos Block: Das ist mein Vater. Mein Vater hat den Hof von seinem Vater gekauft. Sein Vater begann also ganz am Anfang des letzten Jahrhunderts. Nach 30 oder 40 Jahren habe ich den Hof von meinem Vater gekauft. Und jetzt bin ich der Bauer auf diesem Hof.

Prof. Han Lindeboom, Umweltwissenschaftler: Die Regierung hat den Standpunkt, daß wir ein großes Problem mit der Natur haben. Und daß wir aufgrund der EU-Vorschriften die Natur retten müssen. Und jetzt wollen sie das Problem lösen, indem sie einfach eine große An-

zahl von Bauernhöfen abschaffen.

Landwirt Jos Ubels: Der wichtigste Anstoß für unsere Bewegung war, daß Tjeerd de Groot, einer der Führer der D66, auf die Idee kam, in den Medien laut zu verkünden, daß der beste Plan für die Niederlande sei, die Hälfte der Tiere abzuschaffen. Er wollte also die Hälfte des Viehbestands in den Niederlanden beseitigen.

Tjeerd de Groot, Mitglied des Niederländischen Parlaments: Wir sind die zweitgrößte Partei in den Niederlanden. Und wir haben wirklich mit anderen konservativeren Parteien über ein neues Kapitel in der niederländischen Agrarpolitik verhandelt.

Jos Ubels: Sie haben 2019 öffentlich gesagt, daß sie die Hälfte der Bauern, die Hälfte der Tiere und die Hälfte der Landwirte loswerden wollen. Als diese Ungerechtigkeit den niederländischen Landwirten übergestülpt werden sollte, sind viele Menschen aufgestanden.

Sommer 2019

Moderatorin: Tausende von niederländischen Landwirten demonstrieren mit ihren Traktoren gegen die Regierung.

Landwirt Jos Ubels: In der Öffentlichkeit wird darüber gesprochen, die Hälfte der Bauernhöfe in den Niederlanden abzuschaffen, weil das gut für die Natur wäre. Aber das ist totaler Schwachsinn.

Wybren van Haga, Mitglied des Niederländischen Parlaments: Es ist absoluter Schwachsinn; ein Schwindel. Es ist ... Es ist falsch, eine falsche Ideologie.

Tjeerd de Groot: Um die Natur wiederherzustellen, soll der Stickstoff bis 2030 um 50 % reduziert werden. Und das ist enorm. Für die Landwirte ist das natürlich enorm.

Landwirt Jos Block: Von 28.000 Tierhaltungsbetrieben wollen Sie 11.000 Höfe schließen und weitere 8.000-10.000 sollen ihre Produktion zurückfahren.

Nur 7.000 Bauernhöfe bleiben unbehelligt

Sietske Bergsma: Die Auswirkungen dieser Stickstoffpolitik sind verheerend. Ich meine, das kann man gar nicht anders sehen, glaube ich.

Ein gesunder, bäuerlicher Menschenverstand fehlt in der Politik dieses Landes! - Mit Rutte und Kaag an der Spitze ist den Kühen die Schlinge um den Hals gelegt. Laßt die Bauern in Ruhe! Dieses Kabinett geht über Leichen!

Sietske Bergsma: Es wurde so schnell vorgelegt, daß die Landwirte diesen verrückten, unmöglichen Forderungen sofort nachkommen mußten, wirklich. Und diese Forderungen haben dazu geführt, daß sie ihre Höfe aufgeben mußten.

Landwirt Jos Block: Warum müssen sie gehen - meine Kühe? Warum muß mein Hof geschlossen werden?

Tjeerd de Groot: Unsere Absicht ist es, zu erklären, warum dies für sie und die Natur so wichtig ist, aber nicht, die Ziele der Politik zu ändern. Das ist nicht der Fall. Das wird nicht passieren.

Ist Stickstoff wirklich schlecht für die Natur? 68 % der Luft, die wir atmen, besteht aus Stickstoff. Die Naturschutzorganisation "The Nature Conservancy": Was ist Stickstoffverschmutzung?

Wenn der größte Teil der Luft, die wir atmen, aus Stickstoff besteht, wie kann Stickstoff dann Umweltverschmutzung sein?

Sietske Bergsma: Er ist nicht wie eine giftige Chemikalie, die wir ausrotten sollten.

Prof. Han Lindeboom: Stickstoff ist eine völlig natürliche Verbindung in der Natur. Ohne Stickstoff würde es uns nicht geben.

Sietske Bergsma: Stickstoff ist auch notwendig, damit Dinge wachsen können.

Planet Natural: Kenne deinen Dünger.

Das sind die drei Makronährstoffe, die für das Pflanzenwachstum wichtig sind. Stickstoff, Phosphor und Kalium. Stickstoff steht an erster Stelle, weil er dafür verantwortlich ist, daß die

Pflanzen grün bleiben, weshalb Düngemittel für Rasen einen hohen N-Faktor haben.

Warum rufen die niederländische und die EU-Regierung eine Stickstoffverschmutzung aus?

Simon Upton (ehemaliger neuseeländischer Politiker und parlamentarischer Umweltbeauftragter): Das Stickstoffmanagement ist in vielen Ländern ein fester Bestandteil der Umweltpolitik.

Anna Engleryd (leitende schwedische Politikberaterin im Umweltschutz; UN-Vorsitzende): Politische Vereinbarungen seit 1990 haben die Stickoxid-Emissionen aus dem europäischen Teil unserer Region erheblich reduziert.

Simon Upton (ehemaliger neuseeländischer Politiker und parlamentarischer Umweltbeauftragter): Lokale Hotspots der Stickstoffverschmutzung werden eine Obergrenze benötigen. Sie werden sogar eine Senkung unter das derzeitige Niveau verlangen.

Was ist das Problem mit Stickstoff?

Niederländische Frau: Welchen Schaden kann Stickstoff verursachen?

Schaden? Kuhmist ist reich an Stickstoff und läßt Pflanzen wachsen

Niederländische Frau: Stickstoff reichert den Boden an. Das führt dazu, daß Pflanzen, die wenig Stickstoff brauchen, von Pflanzen verdrängt werden, die wegen des Stickstoffs sehr schnell wachsen. Denken Sie zum Beispiel an die Orchidee, die von der Brennessel überwuchert wird.

Jos Block, Landwirt: Der Stickstoff ist nur das Problem für ein paar Pflanzen.

Prof. Han Lindeboom: Und es gibt bestimmte Pflanzen, die das nicht mögen, und die verschwinden. Andere Pflanzen mögen es, und sie erscheinen. Im Grunde verändert man also die Natur.

Weil einige Pflanzen hier besonders gut wachsen, überwuchern sie die empfindlicheren, seltenen Pflanzen. Die Natur leidet unter anderem unter der Niederschlagsmenge an Stickstoff.

Interviewer: Wann ist etwas Natur?

Mann: Wenn sie sich weitgehend selbständig entwickeln kann.

Interviewer: Genau.

Die niederländische Regierung will kleine Pflanzen anbauen ... auf Kosten ihrer Bauern.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission: Anstatt diese Debatten in die Länge zu ziehen, möchte ich mich heute auf einen Punkt konzentrieren. Und das ist die klare Botschaft, daß ein Wachstumsmodell, das auf fossilen Brennstoffen basiert, einfach überholt ist.

Prof. Ralph Schöllhammer: Wir werden von inkompetenten Menschen regiert. Aber wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß uns frühere Generationen so reich gemacht haben, daß wir es uns leisten konnten, dumm zu sein. Aber allmählich sind wir nicht mehr so reich, daß wir es uns leisten können, so dumm zu sein.

Hilde Anna de Vries: Betrachtet man die Niederlande, so ist die Viehzucht tatsächlich die größte Quelle. Sie ist für etwa 65 % aller Emissionen verantwortlich, die auf unsere Naturschutzgebiete niederschlagen.

Wybren van Haga, Mitglied des niederländischen Parlaments: Vor ein paar hundert Jahren haben wir alle Bäume abgeholzt, und was übrig blieb, waren Sanddünen. In Holland sind wir ein dicht besiedeltes Land, und wir haben keine Natur. Wir haben einen großen Garten.

Die Stickstoffpolitik konzentriert sich auf "Natur 2000-Gebiete"

Tjeerd de Groot, Mitglied des niederländischen Parlaments: In Europa haben wir spezielle Schutzgebiete, die wir "Natur 2000" nennen. Sie wurden nach den besonderen Arten oder Lebensräumen ausgewählt, die dort vorkommen.

Sprecherin der EU: Natur 2000 ist das größte Netzwerk von Schutzgebieten in der Welt.

Natur 2000 deckt 18 % der EU-Landfläche ab. Rund um Holland gibt es 162 "Natur-2000-Gebiete".

Im Rahmen des Stickstoffkonzepts sind alle geschützten Naturgebiete Natur-2000-Gebiete, in denen Organismen leben, die nicht zu viel Stickstoff mögen. Das gilt für 118 der 160 Natur-2000-Gebiete in Holland.

Wybren van Haga: Man muß vielleicht 25 Jahre zurückgehen, als ein paar dumme Beamte zur Europäischen Union gingen und sagten: "Nun, wir haben Natur, aber unsere Natur nennen wir Sanddünen. Und wenn man Stickstoffoxid auf Sanddünen ablagert, hat man am Ende einen Wald. Das finde ich nicht schlecht. Aber wir haben der EU versprochen, daß es Sanddünen bleiben, also werden wir das auch so beibehalten."

Jos Block, Landwirt: Wir hatten eine Menge Probleme mit den Stickstoffvorschriften, weil unser Hof in der Nähe von und in "Natur 2000" liegt, und das ist wirklich ein Problem für uns. Dies ist mein Land, ich bin der Eigentümer, aber es ist auch Naturland, "Natur 2000". Die Regierung sagt, daß wir in diesem Gebiet 95 % des Stickstoffs, der aus den Ställen kommt, reduzieren müssen.

Prof. Han Lindeboom: Die Regierung schikaniert die Landwirte viel zu sehr. Das ist absolut nicht notwendig, um die Natur zu retten.

Tausende von Kulak-Familien sind aus ihren Häusern vertrieben worden. Ihr Land, ihr Getreide, ihre Arbeitsgeräte und ihr Vieh werden geplündert.

Wie lange reglementiert die Regierung schon die Bauern?

Jos Ubels, Vizepräsident von "Farmers Defence Force": Nach dem Krieg haben sie begonnen, die Landwirtschaft aufzubauen, sie haben angefangen, die Landwirtschaft zu drängen, mehr zu produzieren. Zuerst war das eine gute Sache, weil sie Geld gaben, um mehr und besser zu produzieren, aber jetzt benutzen sie das Geld, um uns zu kontrollieren. Ich kann mir zum Beispiel nicht aussuchen, was ich anbauen möchte. Ich muß meine Pflanzen nach den Plänen der Regierung anbauen. Und die haben keine Ahnung, was sie da tun.

Am 15. Mai eines jeden Jahres müssen die niederländischen Landwirte angeben, wieviel Vieh sie haben, wie viele Felder sie haben, was sie auf den Feldern anbauen, wann sie ernten, wie sie ernten. Sie müssen angeben, welche Art von Kühen sie haben, sie müssen angeben, wie viele Kühe sie in naher Zukunft haben wollen, wie viele Kälber geboren wurden, wie viele davon männlich sind, wie viele weiblich. Ja, so verrückt ist es. Es nimmt kein Ende. Sie wollen alles wissen.

Interviewer: Sie müssen also die Gülle testen.

Erik Luiten, Landwirt und Pressesprecher von "Agractie": Sie müssen also die Gülle testen, ja.

Interviewer: Jedes Mal?

Erik Luiten: Jedes Mal, jedes Mal. Jedes Mal müssen wir die Gülle testen, um festzustellen, wie viel Phosphat und wie viel Ammoniak sie enthält.

Interviewer: Das ist doch verrückt. Sie können also keine Gülle auf den Hof Ihres Nachbarn bringen?

Erik Luiten: Nein.

Interviewer: Ohne einen Labortest?

Erik Luiten: Das ist korrekt, das ist richtig.

Interviewer: Und seit wann machen Sie das schon?

Erik Luiten: Also, das sind jetzt wahrscheinlich 20 Jahre. Es ist so kompliziert. Es ist für mich als Landwirt nicht mehr möglich, das zu melden. Wir müssen das an eine Verwaltung weiterleiten, die das für uns macht (Prüfung). Und na ja, das kostet irgendwo zwischen 5.000 und 10.000 Euro im Jahr. Wir kriegen nichts dafür zurück. Es hat keinen Sinn, es bedeutet nur mehr Kosten und weniger Einkommen für mich als Landwirt.

Auf der Suche nach Schwarzware wird jedes Haus durchwühlt. Den Plünderern entgeht nichts. Jedes einzelne Korn wird aufgesammelt und abtransportiert.

Landwirt Jos Ubels: Und das ist es, was sie als Narrativ für ihr Tun gebrauchen. Aber unser

Stickstoffministerium - ja, wir haben wirklich einen Stickstoffminister in den Niederlanden. Es ist witzig, aber wir haben einen.

Prof. Han Lindeboom: Ja, wir haben jetzt seit kurzem ein Stickstoffministerium.

Wybren van Haga: Sie lachen. Das ist das erste Mal in der Geschichte, daß wir tatsächlich eine Stickstoffministerin haben. Aber sie hat keine Ahnung von Stickstoff.

Christianne van der Wal-Zeggelink - Ministerin für Natur und Stickstoffpolitik

Wybren van Haga: Sie hat keine Ausbildung in Sachen Stickstoff, sie ist keine Chemikerin. Sie hat nur die Mission, daß wir eine 50 %ige Stickstoffreduzierung haben sollten. Warum? Das weiß sie nicht. Ich habe sie im Parlament gefragt, und sie hat keinen blassen Schimmer. Das ist an sich schon lustig, wenn da nicht die Tatsache wäre, daß das Leben von Menschen davon abhängt. Das Leben der Landwirte hängt davon ab.

Rabobank - Die Landwirtschaftsbank

Wybren van Haga: Die Rolle der Rabobank ist wirklich seltsam, denn die Rabobank war die Bank der Bauern. Früher unterstützte und finanzierte sie die Bauern.

Landwirt Erik Luiten: Diese Bank hat sich dafür entschuldigt, daß sie den Landwirten Geld geliehen hat. Eine Landwirtschaftsbank, die von Landwirten gegründet wurde, um Landwirten Geld zu leihen, hat sich also dafür entschuldigt, daß sie Landwirten Geld geliehen hat. Das ist doch lächerlich.

Wybren van Haga: Aber viele Landwirte bekommen jetzt Briefe von der Rabobank, in denen es heißt: "Tut mir leid, wenn die Regierung diese Pläne umsetzt, dann ist Ihr Land absolut nichts mehr wert." Es ist eine beängstigende Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Banken und anderen Unternehmen. Wer steckt dahinter?

Rypke Zeilmaker, Umweltjournalist (Rypke Zeilmaker (geb. 1975) ist freier Natur- und Wissenschaftsjournalist und Fotograf der menschlichen Natur): Ich bin Rypke Zeilmaker, ich bin ein Wissenschaftsjournalist, der 10 oder 15 Jahre lang über dieses Regierungsprogramm des Aufkaufs von Ackerland im Namen des Naturschutzes recherchiert hat. Und so habe ich herausgefunden, welche Interessen hinter diesem ganzen Plan stecken.

Früher war ich ein echter Grüner, ein Naturschützer, aber ich wurde mehr zu einem Unterstützer der Fischer und der Landwirte, weil ich sah, welche Interessen jetzt auch hinter dem so genannten Naturschutz stehen. Ich habe die Rolle der Nichtregierungsorganisationen studiert, besonders hier in Holland. Wer sind diese NGOs? Wenn man genauer hinsieht, sieht man: Wer ist ihr größter Geldgeber? Die Regierung. Es handelt sich also nicht um NGOs im Sinne von "Nichtregierungsorganisationen", sondern um eine Erweiterung der Regierung.

NGO-Lobbyarbeit für die Abschaffung von Landwirten - und dann werden sie zu Verwaltern des Landes

Jos Block, Landwirt: Ich mache das Gleiche wie die Naturschutzorganisationen in Holland. Warum müssen meine Kühe weg? Warum muß mein Betrieb geschlossen werden? Danach kommen einige andere Kühe zurück in dieses Gebiet. Nicht von einem Landwirt, sondern von einer Naturorganisation, und sie müssen das Gras fressen. Wo liegt also der Unterschied? Ich finde es sehr sonderbar, daß ein Landwirt das nicht darf und eine Naturorganisation das Gleiche tun kann wie ich - und es dann kein Stickstoffproblem gibt.

Rypke Zeilmaker, Freier Journalist: Aber was tun diese NGOs für diese Menschen? Sie machen ständig ein politisches Thema aus etwas, das nur im Interesse der 1 % ist. Sie benutzen die NGOs, sie pumpen sie mit Geld voll, um eine Politik zu fördern, die 99 % der Bevölkerung gar nicht interessiert. Alle Subventionen für NGOs müssen eingestellt werden.

Die Regierung hat einen 25-Milliarden-Euro-Fonds eingerichtet, um Ackerland zu kaufen ... alles finanziert durch Steuergelder!

Rypke Zeilmaker, Freier Journalist: Die Regierung hat angekündigt, daß sie weitere 150.000 Hektar Ackerland umwandeln will. Sie werden 25 Milliarden Euro an Steuergeldern verwen-

den, um unter der Flagge von Stickstoff wieder Ackerland aufzukaufen.

Wybren van Haga: Ja, wir haben einen Stickstofffonds, der 25 Milliarden umfaßt, und wir haben einen Naturfonds, der 35 Milliarden Euro umfaßt.

Interviewer: Wie soll das ausgegeben werden?

Tjeerd de Groot, Mitglied des niederländischen Parlaments:

Nun, es wird für den Aufkauf von Landwirten verwendet, die aufhören wollen, und für technische Unterstützung, um Innovationen zur Reduktion der Ammoniak-Emissionen zu ermöglichen. Aber auch für eine bessere Pflege und ein besseres Management unserer Naturgebiete.

Wybren van Haga: Und jetzt verschwenden wir plötzlich Milliarden und Abermilliarden für einen Albtraum.

Tjeerd de Groot: Wegen der großen Menge Tiere auf sehr kleiner Fläche haben wir dieses Ammoniakproblem. Die Idee ist, daß unsere Natur mit Hilfe von Vorschriften, europäischen Vorschriften, wiederhergestellt werden muß.

Prof. Han Lindeboom, Umweltwissenschaftler: Der wahre Grund ist, daß es EU-Vorschriften gibt, an die wir uns halten müssen. Ob wir sie richtig interpretiert haben, steht auf einem anderen Blatt. Es gibt jedoch Vorschriften.

Han Lindeboom: Wenn wir uns nicht daran halten, bekommen wir Geldstrafen von der EU und große Probleme.

Wybren van Haga: Weil wir der EU dieses heilige Versprechen gegeben haben, sind wir jetzt in einer Situation, in der wir unsere Landwirte in die Knie zwingen müssen.

Tjeerd de Groot: Die Regierung muß tun, was die Regierung manchmal tun muß, und das ist schmerzhaft. Aber es gibt auch 25 Milliarden Euro für kleine Länder wie die Niederlande, um Landwirten ein besseres Leben zu ermöglichen und der Natur zu helfen.

Fabrikarbeiter, 25.000 an der Zahl, werden als Vollstrecker rekrutiert. Sie erhalten eine Pistole und einen Crashkurs in der Zwangskollektivierung der Betriebe. Stalins Sprachrohr, Lasar Kaganowitsch, ermutigt diese so genannten 25.000er auf eine 100 %ige Kollektivierung abzu zielen.

Sietske Bergsma: Sie hatten ein Gesetz, das besagte, daß 49 % der Stickstoffemissionen von den Landwirten reduziert werden sollten. Aber unser Parlament hat darüber noch gar nicht entschieden. Sie haben jedoch diese Zahl sogar auf 75 % erhöht. Dieses Gesetz ist nicht einmal demokratisch.

Wybren van Haga: Bei den letzten Wahlen hat niemand dafür gestimmt.

Sietske Bergsma: Seit ein paar Jahren ist klar, daß die Regierung die Stickstoffemissionen reduzieren will und vor allem möchte, daß sich die Landwirte beteiligen und nicht die Industrie.

Prof. Han Lindeboom: Bei Bauarbeiten wird auch Stickstoff produziert.

Landwirt Jos Block: Dort sehen Sie zwei Schornsteine. Diese beiden Schornsteine sind von der Ziegelsteinfabrik. Wir brauchen das Ziegelwerk, weil wir ein paar Häuser bauen wollen. Wenn man den Stickstoff reduzieren muß, und man sagt, wir müssen den Stickstoff stark reduzieren, muß man schauen, wo man den Stickstoff reduzieren kann. Wenn Sie ein neues Haus bauen, brauchen Sie Ziegelsteine.

Landwirt Jos Ubels: Der Zweck der Maßnahmen, der Gesetze, die man uns jetzt aufzudrängen versucht, besteht darin, daß sie das Narrativ "Emissionen zu reduzieren" benutzen, aber in Wirklichkeit will man unsere Böden und unser Land.

25 % der Erde wird als Weideland für Vieh genutzt

PBS: Gefahr und Verheißung - Herausforderung Klimawandel

Viele Menschen essen gerne Rindfleisch, aber es hat unter fast allen Lebensmitteln, die wir essen, auch die größten Auswirkungen auf die Umwelt. Ich weiß nicht, ob Sie jemals eine

Kuh aus der Nähe gesehen haben, aber sie ist riesig. Man braucht also eine Menge Kuhfutter, um so viel Kuh zu produzieren ...

Die meisten Kühe fressen Gras, nicht Getreide

... und eine Menge Land, um all das Kuhfutter herzustellen. Mehr als ein Viertel des gesamten Erdbodens wird für die Fütterung dieser Kühe verwendet.

CNN-Interview mit Bill Gates: Bill Gates: Niemand weiß so richtig, wie man (es) loswird.

Interviewer: ... Wie man die Kühe vom Furzen abhält?

Bill Gates: Genau!

TRT World: Kuhfurze und Klimawandel

Kühe rülpsen und furzen. Sehr viel. Und das wirkt sich auf den Klimawandel aus.

Bill Gates: Das, was wir erreichen müssen, sind 0 (%). Wenn es sich um eine 50 %ige Reduzierung handeln würde, dann könnte man sagen: Okay, laßt die Kühe in Ruhe. Wir versuchen zu verhindern, daß die Temperatur weiter ansteigt. Man muß auf Null runter. Andernfalls wird die Temperatur weiter ansteigen.

Geht es bei all dieser Anti-Kuh Propaganda darum das Land zu kontrollieren?

Mark Moss: Bill Gates kauft heimlich Agrarland

Bill Gates hat heimlich das gesamte Agrarland in Amerika aufgekauft und ist jetzt der größte Agrarlandbesitzer in den Vereinigten Staaten.

Investition in landwirtschaftliche Flächen

Gewinn aus Verpachtung

Philanthropie oder Monopol?

CNBC: Warum Bill Gates US-Agrarland aufkauft

Im Jahr 2020 machte Bill Gates Schlagzeilen, weil er der größte private Agrarlandbesitzer in den USA wurde.

Wybren van Haga: Die Landwirte sind im Visier. Und warum werden die Landwirte ins Visier genommen? Weil sie Land haben.

Erik Luiten, Landwirt und Pressesprecher von "Agractie":

Sie müssen Häuser bauen. Sie müssen Fabriken bauen. Sie müssen Autobahnen bauen. Und dafür brauchen sie das Land der Bauern. Und sie wollen es so billig wie möglich haben.

Wybren van Haga: Wir brauchen eine Million Häuser. Um dieses Problem zu lösen, braucht der Staat Land. Und was ist einfacher, als unsere Bauern zu vertreiben?

Geht es hier wirklich um Stickstoff?

Wenn ja, gibt es "Lösungen"?

Cargill-Landwirtschaft: Einfangen von Kuh-Rülpsern

Der Lebensmittelriese Cargill plant den Verkauf von tragbaren Geräten, die die Methanemissionen von Rindern verringern sollen.

"Hanskamp-Sprecher": Kühe produzieren Stickstoffemissionen. Aber wie können wir diese reduzieren? Es geht dabei unter anderem um Ammoniak-Emissionen. Viele Unternehmen arbeiten am Boden mit Luftwäschern usw. Es gibt eine Möglichkeit, daß die Kuh spontan uriniert, wenn man den Nerv hier reibt - ein natürlicher Nervenreflex, der die Kuh veranlasst, sofort zu urinieren. Wir haben ein einzigartiges Produkt entwickelt: "Die Kuh-Toilette von Hankamp".

Prof. Han Lindeboom: Wir haben ein Problem. Und wir müssen es lösen.

Landwirt Jos Block: Es gibt eine Vielzahl von Lösungen zur Stickstoffreduzierung.

Prof. Han Lindeboom: Wenn wir zum Beispiel das Futter für Kühe und Hühner ändern und auch für Schweine - aber das ist eine etwas andere Geschichte, dann können wir die Ammoniakmenge leicht um 30, vielleicht sogar 40 Prozent senken. Was wir also brauchen, ist innovative Landwirtschaft. Und ich will nicht gleich sagen, daß wir das nicht können, denn das können wir.

Wybren van Haga: Einige der Landwirte haben sogar gesagt: "Okay, wenn Stickstoff das Problem ist, wenn die Natur das Problem ist, dann werde ich mein Vieh loswerden. Aber mein Land kriegt ihr nicht!" Und der Staat hat gesagt: "Nein, nein, nein, nein, nein. Das ist nicht der Punkt. Wir wollen euer Land."

Landwirt Jos Ubels: Landwirte sind ihnen im Weg. Und sie wollen uns loswerden. Aber das werden wir nicht zulassen.

Sietske Bergsma: Sie leiden wirklich. Sie haben wirklich das Gefühl, daß sie absolut keine andere Möglichkeit mehr haben.

Wybren van Haga: Ich glaube, sechs Landwirte haben sich wegen dieser neuen Politik tatsächlich erhängt.

Sietske Bergsma: Ich hoffe, daß sich mehr niederländische Zivilisten, auch aus den Städten, an ihren Aktionen und Protesten beteiligen, damit sie es nicht allein tun müssen.

Landwirt Jos Ubels: Jeden Tag kann man in der Zeitung lesen, daß einige Medien - vor allem die Regierungsmedien - versuchen zu sagen, daß wir die Unterstützung der Bevölkerung verlieren. Wenn man ins Zentrum von Amsterdam geht und die Leute sieht, die nur Regierungspropaganda lesen, dann haben sie nichts mit Landwirten zu tun, weil sie ihre Lebensmittel im Laden kaufen und das war's. Sie haben keine Bindung zu den Bauernhöfen.

Stolz darauf, Landwirt zu sein

Landwirt Jos Ubels: Aber wenn man den Rest der Niederländer fragt, die in ländlichen Gebieten leben, unterstützen sie die Landwirte sehr. Das sieht man daran, daß alle Fahnen auf dem Kopf stehen, es ist ein Notruf. Wir stellen die niederländische Flagge auf den Kopf. Und wenn Sie durch die Niederlande fahren, können Sie das überall sehen.

Sietske Bergsma: Sie wollten ihre Verzweiflung zeigen. Es ist ein Symbol der Not. Und sie haben sie an Laternenpfählen aufgehängt. Sie haben sie vor ihre Türen gestellt. Ich glaube, es geht darum, daß die Menschen sich gegenseitig zeigen, daß sie zusammenhalten müssen, um gegen diese Tyrannei zu kämpfen.

Interviewer: Welche Bedeutung hat die umgedrehte Flagge?

Tjeerd de Groot, Mitglied des niederländischen Parlaments:

Es ist eine Flagge, die anzeigt, daß wir uns in einer Notsituation befinden. Sie stammt aus dem Schiffs- und Bootsbereich. Sie stammt aus dem maritimen Sektor. Das trifft es besser.

Interviewer: Oh, das sollten Schiffe in Seenot machen?

Tjeerd de Groot: Ja, das ist die traditionelle Form, mitzuteilen, daß es einen Notfall gibt.

Interviewer: Glauben Sie, daß es sich um einen Notfall handelt?

Tjeerd de Groot: Ja, das ist durchaus eine Notlage.

Interviewer: Aber ich nehme an, Sie haben unterschiedliche Meinungen dazu?

Tjeerd de Groot: Wir haben unterschiedliche Meinungen.

Jos Ubels, Vizepräsident von "Farmers Defence Force" (=ndl. Interessenvertretung für Landwirte): Sie benutzen einen Vorwand, um ihre Agenda und ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen.

Sietske Bergsma, Politische Kommentatorin: Unter dem Deckmantel von Demokratie und Liberalismus nehmen sie uns unsere Rechte. Und die meisten Menschen finden das in Ordnung, weil sie sich in gewisser Weise verantwortlich fühlen, weil es so fortschrittlich ist, sich um das Klima zu kümmern. Sie sind also bereit, ihr eigenes Wohlbefinden zu opfern.

Wybren van Haga: Selbst gebildete Menschen haben oft nicht den gesunden Menschenverstand, sich zu überlegen, ob das, was dieser Regierungsbeamte, jener Minister sagt, wahr ist. Nun, sehr oft ist es nicht wahr ...

Sietske Bergsma: Unser Klimaminister hat in einer Fernsehsendung gesagt: "Stickstoff ist wie eine giftige Decke, die die Natur bedeckt und es den Pflanzen unmöglich macht, zu wachsen." Das ist keine wissenschaftliche Erklärung für Stickstoff.

Wybren van Haga: Das ist alles erfunden, um eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen. Und wenn die Menschen erst einmal verängstigt sind, kann man mit ihnen machen, was man will.

Sietske Bergsma: Viele Menschen, die Masse, würde ich sagen, lassen sich gerne sagen, was sie tun sollen, um sich sicher zu fühlen. Dafür haben wir einen sehr, sehr hohen Preis gezahlt, weil wir alle unsere Freiheiten aufgegeben haben, um uns sicher zu fühlen. Offensichtlich ist diese Sicherheit auch sehr unecht, denn man kann nicht sicher sein, ohne frei zu sein. Es geht nicht um die Rettung des Planeten, sondern um die Kontrolle durch die Regierung, denn das ist es, was tatsächlich geschieht.

Wybren van Haga: Unsere Grundwerte wurden alle auf der Tatsache aufgebaut, daß der Einzelne sein Leben selbst bestimmt und für seine Kinder, seine Frau und sein Haus verantwortlich ist. Man bestimmt sein eigenes Leben, ob man stirbt oder lebt, das bestimmt man selbst. Und der Übergang, den wir vollziehen, ist der von der Freiheit des Individuums zu einer kollektivistischen oder marxistischen oder kommunistischen oder sozialistischen Art von Struktur. Wir schlafen und befinden uns dabei in diesem Übergang; wir befinden uns in dieser stillen Revolution und ich empfinde das als sehr beängstigend.

NOS: Niederländische Rundfunkstiftung Stickstoff 2030 Plan

Der Stickstoff-Plan 2030: weniger Stickstoff

Der Stickstoffplan besagt, daß es im Jahr 2030 viel weniger Stickstoff in den Niederlanden geben muß. Zu viel Stickstoff ist nicht gut für die Natur.

Teo Wams - Direktor von "Naturmonumenten": Die Vorgabe ist, daß die Stickstoffemissionen reduziert werden müssen, und zwar erheblich. Vielleicht müssen einige Landwirte ihren Betrieb aufgeben, aber viel mehr Landwirte werden einfach ihren Betrieb umstellen müssen, um ihn naturfreundlicher zu gestalten.

Sietske Bergsma: Viele Landwirte, aber auch einfach die niederländischen Bürger, erkennen, daß diese Stickstoffkrise oder die Klimakrise im Allgemeinen auf betrügerischen Modellen beruht.

Die Stickstoffpolitik basiert auf Computermodellen

Niederländische Frau: Stickstoff kommt in verschiedenen Verbindungen vor, und Ammoniak ist eine davon. Es gibt viel Ammoniak, das von der Landwirtschaft und dem Tiermist freigesetzt wird, das sich in der Luft verteilt und dann in die Natur zurückfällt.

Die Natur leidet unter anderem unter der Ausscheidung von Stickstoff.

Leidet? Die Modelle gehen davon aus, daß der Stickstoff von einem Hof zum anderen wandert

Wybren van Haga: Die Leute, die wirklich etwas darüber wissen, die Professoren auf diesem Gebiet, haben gesagt, wir sollten dieses Modell verwerfen. Das Modell sollte so schnell wie möglich von der Bildfläche verschwunden sein.

Prof. Han Lindeboom, Umweltwissenschaftler: Also, das ist mein Büro. Ich habe viel an der Nordsee gearbeitet. Ich habe in der Antarktis gearbeitet. Und hier sehen Sie mich mit dem König und der Königin, damals noch Prinz und Prinzessin. Und hier sehen Sie mich mit der ehemaligen Königin, wo ich eine Ehrenmedaille für Kunst und Wissenschaft erhalte.

Interviewer: Und was ist Ihr Fachgebiet?

Prof. Han Lindeboom: Ich bin ein Meeresökologe. Ich bin Meeresökologe, studiere also das System als Ganzes. Und mein Hauptthema ist der Mensch und das Meer. Als ich in den Ruhestand ging, wurde ich Mitglied einer niederländischen politischen Partei. Und dort habe ich angefangen, mich mit dem Stickstoff zu beschäftigen. Und ich sagte: "Also, die Daten stimmen nicht, und wir sollten etwas tun." Außerdem denke ich, daß man den Schaden, den Stickstoff der Natur zufügt, überbewertet. Es gibt ein Problem, aber es ist nicht so schlimm, wie sie die ganze Zeit behaupten.

Die Idee dieser Leute ist: Es gibt überall ein Problem, also müssen wir es auch überall lösen.

Und es gibt diesen religiösen Glauben, dass, wenn man diese Stickstoffverbindungen an einer bestimmten Stelle freisetzt, sie sich auf das ganze Land ausbreiten. Aber das ist nicht wahr. Und so hat man eine andere Sichtweise. Und dann gibt es da ein Modell. Sie haben also ein Modell gebaut, das ziemlich wackelig ist. Sie sagen, daß das Stickstoffmodell nicht geeignet ist, um die Dinge zu berechnen, mit denen man rechnen möchte. Man kann es verwenden, um zu analysieren, wo die Probleme liegen könnten, und als wissenschaftliches Instrument, um die Prozesse besser zu verstehen.

Aber es ist absolut nicht in der Lage, die Daten zu berechnen, auf die sie Ihre Messungen gegenüber den Landwirten stützen. Das ist Blödsinn. Außer mir haben noch ein paar andere Leute hierüber ihr Statement geschrieben, daß dieses Modell für die Berechnungen, die sie anstellen, nicht geeignet ist. Und daß die Daten selbst an einigen Stellen eine Streuung von 95 % aufweisen. Und dann benutzt man diese Daten, um einem Landwirt zu sagen, daß er verschwinden muß. Und das ist etwas, von dem ich denke, daß dies nicht der richtige Weg ist, um es anzugehen.

Umweltmodelle sind notorisch fehlerhaft

Prof. Han Lindeboom: Wenn das Ergebnis eines Modells mit dem übereinstimmt, was ich draußen auf dem Feld sehe, dann ist das Zufall, denn im nächsten Jahr wird es ganz anders sein.

Interviewer: Warum verwenden wir das Modell dann überhaupt, Sir?

Prof. Han Lindeboom: Weil es uns das Wissen über die verschiedenen Wege gibt, auf denen sich das System entwickeln kann. Es kann uns also im Grunde zeigen, wie die Prozesse funktionieren. Diese Modelle sind ziemlich gut geeignet, um Theorien zu testen. Wenn man Mist reinsteckt, kommt auch Mist raus. Das ist etwas, das wir gesagt haben. Es gibt bereits große Fragezeichen. Und das Hauptproblem ist, daß die Regierung den Daten aus dem Modell Glauben schenkt und diese Daten für ihre Politik nutzt, einschließlich der Abschaffung von Landwirten.

Sietske Bergsma: Wir diskutieren gerade darüber, daß wir uns von unseren Landwirten verabschieden. Ich denke, das ist eine sehr, sehr traurige und besorgniserregende Zeit.

Wybren van Haga: Ich meine, das sind hart arbeitende Menschen. Sie zahlen Steuern. Sie haben ihr Land seit manchmal 10, 15 Generationen bearbeitet. Und jetzt scheint sich alles geändert zu haben: "Die Bauern sind schlecht. Sie produzieren Abfälle. Sie zerstören unsere Natur. Sie behandeln ihre Tiere schlecht." Und plötzlich müssen sie verschwinden. Vor 20 Jahren hätte man sich das nicht träumen lassen, daß das passieren würde. Wir waren stolz auf unsere Bauern. Die niederländischen Landwirte waren die besten der Welt, und sie sind es immer noch.

Landwirt Jos Block: Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß z.B. Journalisten alle Seiten der Geschichte betrachten. Nicht alle niederländischen Journalisten erzählen die richtige Geschichte oder die ganze Geschichte. Sie picken sich die Rosinen heraus. Und weil sie sich nur einen Teil der Geschichte herauspicken, bekommen die Menschen in den Niederlanden ein falsches Bild von dem, was vor sich geht.

Sietske Bergsma: Es ist absolut irrsinnig, daß wir das Wissen unserer niederländischen Landwirte tatsächlich opfern wollen. Sie gehören zu den besten der ganzen Welt.

Erik Luiten, Landwirt und Pressesprecher von "Agractie": Wenn Regierungen Landwirte von ihren Feldern wegkaufen, von dort, wo sie leben, werden sie nie wieder zurückkommen. Und deshalb machen sie einen großen Fehler. Und ich denke, daß die Politiker in 10 Jahren oder so sagen werden: Was ist 2022 passiert? Warum sind alle Bauern verschwunden? Und die Natur hat sich nicht verändert.

Landwirt Jos Ubels: Wir schaffen das ab. Wenn wir unsere berühmten Qualitätskühe nur noch auf Bildern haben, brechen wir das Rückgrat unseres Landes. Und irgendwann werden alle

hungern und bankrott gehen.

Tjeerd de Groot: Wir wollen auch die Wirtschaft verändern, so daß die Bauern mit weniger Tieren ein besseres Einkommen erzielen können. Fleisch ist viel zu billig.

Interviewer: Die Politik würde die Preise für Fleisch und Milch anheben?

Tjeerd de Groot: Wahrscheinlich.

The Economist: Werden Sie bald Insekten essen?

Bis 2050 wird es 10 Milliarden Menschen zu ernähren geben. Werden die Landwirtschaft und der Insektenverzehr also zur Lösung einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts beitragen?

Vanity Fair: Nicole Kidman ißt Käfer

Nicole Kidman: Ich bin hier, um mein verborgenes Talent zu enthüllen: Ich esse Kleinstlebewesen, Maiswürmer. Sie sind noch am Leben. Da haben wir's. Ein paar Mehlwürmer. Ich sage euch, ich würde "Survivor" gewinnen. ("Survivor ist die amerikanische Version der internationalen Fernsehserie Survivor, die ihrerseits von der schwedischen Fernsehserie Expedition Robinson abstammt, die von Charlie Parsons geschaffen wurde und 1997 erstmals ausgestrahlt wurde". (Wikipedia))

Rypke Zeilmaker, freier (Umwelt-)Journalist: Es geht nicht um den Schutz der Natur. Nur wer in diesem Prozeß das meiste Geld erworben hat, wird die Macht haben. Es geht um die Kontrolle der Ressourcen in den Händen von wenigen. Schauen Sie sich die Macht der NGOs an. Wen unterstützen sie wirklich? Wer pumpt Geld in sie hinein? Es sind immer die Regierung und Milliardäre, die das tun.

Politikerin: Eine Wunschliste der NGOs schien die Grundlage des Stickstoffplans zu sein. Die Ministerin schrieb dazu heute, sie habe sich umgeschaut, um die bestmöglichen Standorte für die Natur-2000-Gebiete zu finden. In einer WhatsApp-Nachricht wurde enthüllt, daß die Ministerin eine vertrauliche Anfrage von LNV, einer NGO, hatte.

Freier Journalist Rypke Zeilmaker: Das ist also die Beziehung zwischen der Regierung und den NGOs. Bis zu einem gewissen Grad kann man die öffentliche Meinung kaufen, diese NGOs kaufen. Das ist es, was wirklich in Holland, aber auch in den USA passiert.

Bloomberg: EU billigt holländischen Plan, Landwirte aufzukaufen, um Emissionen zu senken
Michael Heaver, ehemaliger britischer Politiker:

Wir haben jetzt gesehen, daß Brüssel diese Pläne der holländischen Regierung genehmigt hat, die Viehzuchtbetriebe aufzukaufen, um die Stickstoffemissionen zu senken. Aber hören Sie sich das an: Teil der Vereinbarung ist, daß die Landwirte nirgendwo in der EU mehr Landwirtschaft betreiben dürfen.

Sietske Bergsma: Es beginnt damit, daß man sich zu Wort meldet, sich organisiert und vielleicht sogar Menschen in anderen Ländern erreicht. Denn es ist kein niederländisches Problem, sondern ein globales Problem.

SkyNews-Sprecher: Kanada geht jetzt offenbar den gleichen Weg. Die kanadische Regierung unter Justin Trudeau will den Landwirten jetzt wieder drastische Beschränkungen wegen des Klimawandels auferlegen, und zwar wieder unter dem Vorwand des Stickstoffs, um die Lebensmittelproduktion einzuschränken. Das scheint mir einfach völliger Wahnsinn zu sein.

RTC News-Sprecher: Es steht nicht weniger als die Zukunft der irischen Landwirtschaft auf dem Spiel. Der Schritt zur Senkung der Emissionen um 51 %.

Viele Politiker reden von Kohlenstoff-Emissionszielen und davon, daß es keine Zwangsschlachtungen geben wird, aber das sehen wir nicht. Wir sehen, daß sie die Tiere durch die Hintertür schlachten und sei es durch die Nitratverordnung.

Kevin O'Leary, kanadischer Geschäftsmann, Investor, Journalist und Fernsehstar: Ich weiß nicht, wie wir politisiert wurden, wenn es um zwei der wichtigsten Dinge geht, die man für den Wohlstand braucht. Man braucht Lebensmittel und Energie. Niemand bestreitet das, und

doch werden sie zu sehr parteiischen Themen.

GB News: Wir befinden uns im Griff einer gemeinsamen Psychose, die sich vor allem darin ausdrückt, daß wir uns gegen alles wenden wollen, was zivilisiertes Leben möglich macht.

John Kerry: Die Landwirtschaft trägt zu etwa 33 % aller Emissionen der Welt bei. Wir können kein Netto-Null erreichen. Wir schaffen das nicht, wenn die Landwirtschaft nicht als Teil der Lösung im Vordergrund steht.

Global News-Moderatorin: Heute Abend gibt es eine eindringliche Warnung vor einem Treibhausgas namens Stickstoffoxid.

Stickstoffoxid beschleunigt den Klimawandel

Es hat in der Atmosphäre eine hundertmal stärkere Erwärmungswirkung als Kohlendioxid. Es stammt aus dem Stickstoff in landwirtschaftlichen Düngemitteln, die auf der ganzen Welt zur Steigerung der Ernteerträge eingesetzt werden.

"Al Jazeera- Moderatorin": Stickstoffverschmutzung: Emissionen sind in den letzten 40 Jahren um 30 % gestiegen. Stickstoffemissionen müssen um 50 % gesenkt werden, um Klimaschäden zu vermeiden

UN-Experten kamen zu dem Schluß, daß die Welt die Stickstoffemissionen um die Hälfte reduzieren muß, um katastrophale Folgen zu vermeiden.

Freier Journalist Rypke Zeilmaker: Es geht nur um Angst. Es geht darum, den Menschen Angst vor der Zukunft zu machen, damit sie einer Politik zustimmen, der sie nüchtern niemals zustimmen würden.

GBNews.UK: Proteste niederländischer Landwirte - Kampagne gegen Regierungsvorschläge geht weiter

Prof. Ralph Schöllhammer: In der westlichen Welt befinden wir uns zunehmend im Krieg mit allem, was das moderne Leben möglich macht. Es sind die Bauern in den Niederlanden. Es sind die Kühe in Irland. Es ist der Bergbau in Großbritannien. Es ist die Atomkraft in Deutschland. Dies ist Teil eines größeren Bildes. Wir stehen sozusagen unter dem Deckmantel der Klimabewegung, der grünen Bewegung. So ziemlich alles, was das moderne Leben möglich macht, wird angegriffen. Aber anstatt zu versuchen, als einheitliche Front zurückzuschlagen, sind wir in diese kleineren Kampfgruppen aufgesplittert, die sich nie zusammenschließen, um das breitere ideologische Thema anzugehen, das meiner Meinung nach im ganzen Westen großen Anklang finden würde, wenn wir einen Weg finden könnten, es auf genau diese Art und Weise zu gestalten.

Landwirt Jos Ubels: Wir werden unsere Landwirte in jeder Hinsicht schützen, und zwar auf jeder Ebene. Auf europäischer Ebene, auf weltweiter Ebene. Ich werde die Landwirtschaft schützen. Ich werde unser freies Leben schützen, denn ich möchte meinen Kindern das gleiche freie Leben ermöglichen, das ich hatte.

Und wenn wir zulassen, daß dies mit unseren niederländischen Landwirten geschieht, wird das Nächste mit der Zivilbevölkerung passieren. Sie werden ihnen ihre Häuser wegnehmen. Sie werden darüber entscheiden, wo man wohnen kann, wie man wohnen kann und wie man sein Leben leben soll. Und das ist sehr gefährlich.

Und so ein Land will ich nicht, und so eine Welt will ich nicht. Deshalb kämpfe ich für diese Sache.

Das ist erst der Anfang: Soziale Kontrolle - im Namen der Umwelt

Für die verbliebenen Bauern ist alles besser als das, was sie erlebt haben. Viele melden sich freiwillig zu den Kollektiven und geben Vieh und Gerätschaften, Haus und Land an den Staat ab. Stalin selbst ersinnt den Plan, die Gründungskosten der Kollektive mit den weltlichen Gütern der neuen Mitglieder zu subventionieren. ...

von James Patrick

"Stickstoff 2000 - Kampf der niederländischen Landwirte" - Eine "Big Picture-

Dokumentation" [<<https://bigpicture.watch/product/fund-nitrogen-2000/](https://bigpicture.watch/product/fund-nitrogen-2000/)

05.11.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. November 2023:

>>Alois Irlmaier: Das Leben eines Begnadeten

Von *Sven Reuth*

Alois Irlmaier gilt als Deutschlands bekanntester Seher. Stephan Berndt zeigt in seiner packenden Biographie des Wünschelrutengängers aus Freilassing auf, warum dies so ist. ...

Wo führt das alles hin? Wie geht es weiter mit Rußland? Wie geht es mit der Euro-Krise weiter? Die aktuelle politische Großwetterlage ist von einer Unsicherheit gekennzeichnet, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg so wohl nicht mehr gab. Viele hätten sich beispielsweise nicht vorstellen können, daß Europa noch einmal von einem großen Krieg erschüttert wird oder die deutsche Energieversorgung nicht mehr gesichert ist.

Gut belegte Sehergabe

Hat wirklich niemand diese Ära der Gefahr und der Unsicherheit hervorgesehen? Wie ein rätselhafter Findling ragen die Prophezeiungen des oberbayerischen Sehers Alois Irlmaier in unsere Gegenwart, der unter anderem auch einen neuen Krieg, den Deutschland und Rußland gegeneinander führen, vorhergesehen hat.

Wer nun gleich abwinkt, der begeht einen schweren Fehler. Irlmaiers Sehergabe ist durch unzählige Zeugenaussagen gut belegt und wurde am Ende sogar von einem ordentlichen Gericht bestätigt. Wer tiefer in dieses hochspannende Thema einsteigen möchte, dem sei die als Standardwerk geltende Irlmaier-Biographie des Prophezeiungsforschers Stephan Berndt empfohlen, die nun in einer erweiterten Neuauflage erschienen ist.

Berndt hatte sich dabei Großes vorgenommen. Nicht umsonst gilt Irlmaier als der größte deutsche Seher des 20. Jahrhunderts. Am Ende seines Lebens sagte er einen Dritten Weltkrieg voraus, eine Vision, die sich mit anderen europäischen Prophezeiungen deckt.

Vom Wünschelrutengänger zum Seher

Berndt zeichnet im ersten Teil seines Buches den Lebensweg des 1894 im oberbayerischen Landkreis Traunstein geborene Alois Irlmaier nach, der seine Sehergabe erst nach und nach entdeckt. Während des Ersten Weltkriegs wird er im Herbst 1916 an der galizischen Front tagelang verschüttet, was eine starke sensitive Gabe bei ihm freisetzt. Er kann nun Wasseradern mit der Hand aufspüren. In Bayern und Österreich werden zahlreiche Brunnen auf der Basis seiner Prognosen gegraben.

Im Jahr 1928 verstärken sich seine Fähigkeiten abermals. Während eines Aufenthalts bei einem Kunden im Salzburger Land starrt er wie gebannt auf ein in dessen Stube angebrachtes Marienbild. Plötzlich sieht er, wie die Mutter Gottes aus dem Rahmen heraustritt und ihn anlächelt. Erst fürchtet er, verrückt geworden zu sein, doch statt dessen ist er nun auch noch hellichtig. Die Erscheinungen, denen er gewahr wird, spielen sich wie ein Kinofilm vor seinen Augen ab. Er sieht "Männlein und Landschaften", die Toten offenbaren sich ihm als "Schleiergestalten" - so berichtet es sein Verleger und "Entdecker", der Traunsteiner Druckereibesitzer Conrad Adlmaier.

"Vertrauen großer Bevölkerungskreise"

Schon während des Zweiten Weltkriegs wird er von besorgten Menschen aus seiner Heimatregion geradezu bestürmt, ihnen etwas über das Schicksal ihrer Liebsten zu verraten. Dieser Ansturm setzt sich nach dem Krieg fort. Berndt bemerkt dazu in seinem Buch:

"Das offensichtlichste und unbestreitbarste Indiz für die Qualität Irlmaiers seherischer Fähigkeiten - in jedem Fall aber für das Vertrauen großer Bevölkerungskreise - war die Warteschlange der Ratsuchenden vor seinem Grundstück.

Von Sommer 1945 bis mindestens März/April 1950 (allerdings mit Unterbrechungen), teilweise bis 1952 fand sich dort meist am Wochenende, aber auch unter der Woche eine Warte-

schlange ein. Schon im März 1946, als noch keine Zeitung über Irlmaier berichtete, waren es am Wochenende um die 100 Personen."

War diese Popularität des Hellsehers und Wünschelrutengängers im Volk der Grund dafür, daß man schließlich gegen Irlmaier vorging? Ausgerechnet nach dem Ende des Dritten Reiches bekam er Ärger mit der Obrigkeit. Er wird wegen Betrugs vor den Kadi gezerrt, doch das Amtsgericht Laufen spricht ihn 1947 frei. In der Begründung des Urteils heißt es:

"Die Vernehmung der Zeugen hat so verblüffende Zeugnisse über die Sehergabe des Angeklagten erbracht, daß dieser nicht als Gaukler bezeichnet werden kann."

Der Prozeß von Laufen

So wird in Dutzenden von Aussagen bestätigt, daß Irlmaier bei den völlig überraschenden alliierten Bomberangriffen auf Rosenheim und Freilassing den genauen Zeitpunkt und Ort der Einschläge prognostiziert hatte. Auch der Richter stellte den zuvor von einem katholischen Geistlichen als "Scharlatan" verunglimpften Wünschelrutengänger auf die Probe. Auf die Frage, was seine Frau in diesem Moment mache, antwortete der Beklagte korrekt, daß diese gerade mit einem Justizangestellten an einem Tisch sitze und ein rotes Kleid an habe. Der Ruf des Hellsehers ist so phänomenal, daß "nicht wenige Politiker" seinen Rat suchen, wie der Münchner Merkur 1949 berichtet.

Berndt führt dazu weiter aus:

"Der 1947er Gaukler-Prozeß war bemerkenswerter nicht der einzige Fall, in dem Irlmaiers seherische Fähigkeiten vor Gericht zum Gegenstand wurden. Zweieinhalb Jahre später, Ende Januar 1950, war Alois Irlmaier in einem Giftmordprozeß in Traunstein ein Hauptzeuge der Anklage. Mehrere Zeugen sagten aus, Irlmaier habe eine ganze Reihe von Details mit erheblicher Bedeutung für den Mordprozeß korrekt vorausgesagt."

Die weltpolitischen Prophezeiungen

Aber Irlmaier wäre nie Deutschlands bekanntester Seher geworden, wenn er nur Bombeneinschläge oder kriminalistische Details korrekt vorhergesagt hätte. Den Ausgangspunkt seiner Bekanntheit bildete der Komplex seiner "konkreten weltpolitischen Voraussagen", wie Berndt es nennt. Der Irlmaier-Biograph führt diese in einer ganzen Anzahl von Kapiteln wie "Der Papst und die neuen Monarchen", "Bayern im Jahr 2030?", "Chaos in Italien - Massaker im Vatikan" oder "Die neue Wüste in Mitteleuropa" detailliert aus. Wer dieses faszinierende Buch aus der Hand legt, hat nach der Lektüre jedenfalls den Eindruck gewonnen, daß es in unserer Welt viel mehr Phänomene als diejenigen gibt, die bislang von den Naturwissenschaftlern beschrieben wurden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. November 2023: >>**Bürgergeld: 62 % der Familien sind Migranten**

Von Daniell Pföhringer

Seit Anfang des Jahres gibt es Bürgergeld statt Hartz IV. Aktuelle Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigen nun: Inzwischen kassieren weitaus mehr Migranten-Familien als Deutsche mit Kindern die Stütze vom Staat.

Bürgergeld: 62 % der Familien sind Migranten

Seit Anfang des Jahres gibt es Bürgergeld statt Hartz IV. Aktuelle Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigen nun: Inzwischen kassieren mehr Migranten-Familien als Deutsche mit Kindern die Stütze vom Staat.

Demnach gab es zur Jahresmitte 2023 insgesamt 576.747 Bürgergeldempfänger mit Familie. Nur noch bei rund 38 % der Empfänger (221.918) handelt es sich um deutsche Staatsbürger (inkl. eingebürgerte Migranten). Knapp 62 % aller Bürgergeldempfänger mit Kindern (354.826) sind Ausländer.

Von den Leistungsempfängern mit Kindern kommen nur 54.666 aus einem EU-Mitgliedsstaat, bei 85.804 Stütze-Beziehern mit Familie handelt es sich um Ukrainer - doch das Gros mit

117.293 machen Asylanten aus, vor allem aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27375" berichtet am 5. November 2023 (x1.343/...): >>Dr. Habig und der Corona-Impfzwang: Ab wann wird Widerstand zur Pflicht?

... "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht." Diese Worte ... werden meist Bertolt Brecht zugeschrieben, doch sie stammen laut der Website verbraucherschutz.de nicht von ihm selbst. Papst Leo XIII. soll sie vor gut 120 Jahren gesagt haben. Brecht habe das Zitat verkürzt, vollständig heiße es: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht, Gehorsam aber zu Verbrechen."

Ähnlich lautet es in Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes zum Schutz der demokratischen Grundordnung und der persönlichen Grundrechte bzw. Menschenrechte: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." In Zeiten staatlicher Willkür standen und stehen Menschen vor der Entscheidung: Gehorche ich dem Gesetzesbuchstaben oder meinem Gewissen, meiner Intuition? So auch der Arzt Dr. Habig.

report24.news skizziert ihn so: "Er trotzte dem Corona-Impfzwang und half jenen Menschen, die ohne Impfbescheinigung ihre Existenz zu verlieren drohten: Für unzählige Menschen in Deutschland gilt Dr. Heinrich Habig als Held - für die Justiz ist er ein Verbrecher." Praktisch sah Dr. Habigs Hilfe so aus, daß er angesichts dramatischer Impfn Nebenwirkungen Bescheinigungen für die umstrittene Covid-Impfung ausstellte, ohne die Impfung verabreicht zu haben. Bilden Sie sich anhand seines eigenhändig verfaßten Schlußwortes vor der Urteilsverkündung Ihre eigene Meinung über die Entscheidungsfindung und seine Taten, die ihm nun zur Last gelegt werden.

Schlußwort vor der Urteilsverkündung von Dr. Habig

Hohes Gericht, geehrte Vertreter/Vertreterinnen der Staatsanwaltschaft, geehrte Rechtsanwälte, geehrte Schöffinnen, geehrte Schöffen, liebes Publikum, liebe Freunde, geliebte Jeanne - meine Frau! Lieber Wilfried (Wilfried Schmitz - sein Anwalt), danke für dein außerordentliches Plädoyer. Ich habe noch nie einen Anwalt erlebt wie dich, der sich so engagiert hat, so viel Arbeit investiert hat und sich mit so viel fachfremder medizinischer Materie intensiv zugunsten seines Mandanten beschäftigt hat. Ich danke dir. Mit deiner gelebten christlichen Einstellung hat Gott dich an genau die richtige Stelle gebracht.

Bei meiner Festnahme und beim Anlegen der Handschellen sagte mir der Kommissar: "Es tut mir leid. Sie haben alles richtig gemacht und Sie gehören nicht ins Gefängnis!" Als ich schließlich in meiner Haftzelle auf der Quarantänestation der Untersuchungshaft gelandet war, auf acht Quadratmeter, empfand ich das wie eine Vollbremsung meines bisherigen Lebens.

Seit mehr als 20 Jahren war ich täglich zusammen mit meiner geliebten Frau und wurde jetzt jäh getrennt von ihr. Täglich habe ich mit ihr zusammen in drei verschiedenen Praxen gearbeitet. Ich konnte plötzlich keinen Patienten mehr behandeln oder beraten. Ich hatte im Laufe meines Arbeitslebens eine gewisse Arbeitssucht entwickelt und ich hatte ein ausgeprägtes Helfersyndrom. Meinem Helfersyndrom konnte ich in der Haft weiter nachgehen.

Aber täglich war ich 23 Stunden allein auf acht Quadratmetern. Ich mußte mich also mit mir selbst beschäftigen. Später, als ich Arbeit bekam, hatte ich wieder reichlich Gelegenheit, anderen Mitgefangenen zu helfen entweder als Arzt. ...

"Ab dem sechsten Lebensjahr stand mein Berufswunsch fest"

So oft ich konnte, habe ich meinen Onkel in seiner Arztpraxis besucht und durfte in seinem Arztzimmer mit dabei sein, wenn er Patienten untersuchte und behandelte. Wo immer es möglich war, setzte er naturheilkundliche bzw. biologische Therapien und Heilmittel ein, mit großem Erfolg. Er war sehr beliebt und hatte über 3.000 Patienten. Oft hat er mich auch auf

Hausbesuche mitgenommen.

Später, während meines Studiums, absolvierte ich bei ihm in einer Landarztpraxis eine Famulatur (Erklärung: Praktikum). Meine Faszination für diesen Beruf und für die speziellen Therapien meines Onkels sowie der sanfte, gutmütige Umgang meines Onkels mit seinen Patienten wurde noch mehr verstärkt durch diese Famulatur. Als Geburtshelfer hat er alle Kinder seiner Kinder zu Hause zur Welt gebracht, die ich später wieder in meiner Praxis behandeln durfte. Lieber Onkel, es ist alles gut weitergegangen und du hast viele Urenkel. ...

"Ich sollte meine Ergebnisse fälschen"

Ich schaffte mein Physikum und suchte mir sofort einen Professor, der mir eine Doktorarbeit verschaffen konnte. Der Professor, den ich fand, war Leiter des Hygieneinstituts und gab mir eine Arbeit im Labor, ergo eine praktische Arbeit mit verschiedenen Bakterien, die ich gegen verschiedene Cephalosporine (das sind spezielle Antibiotika) testen sollte. Ich sollte bei all diesen Antibiotika die minimale Hemmkonzentration feststellen, also die Konzentration, die einen Keim vollständig am Wachstum hemmt. Die Kulturen, die ich fertigte, kamen bei einer bestimmten Temperatur für 24 Stunden in den Brutschrank.

Am nächsten Tag holte ich die Kulturen aus dem Brutschrank, zählte die Bakterienkolonien und trug sie in Diagramme ein und fertigte Grafiken danach an. Nach vier Monaten gab ich meine Arbeit sauber gedruckt beim Professor ab. Am nächsten Tag bestellte er mich ein und sagte mir, daß ihm die Ergebnisse bei den Klebsiellen (Erklärung: stäbchenförmige Bakterien) nicht gefallen. Mit diesen Werten könne er nicht nach Tokio zur Firma Takeda fliegen. Ich sollte also meine Ergebnisse fälschen bzw. Korrekturen durchführen, bis der Firma das Ergebnis gefallen könnte.

Es handelte sich um verschiedene Antibiotika, die keinerlei Wirkung bei Klebsiellen zeigten, die immerhin gefährliche Pneumonien bei Kindern auslösen können. Ich sagte dem Professor, daß ich mich an diesem Betrug nicht beteiligen wollte, und zog meine Arbeit zurück. Meine Kommilitonen erzählten mir Ähnliches, erfüllten aber die Wünsche der Professoren ohne schlechtes Gewissen. ...

"Sie können doch nicht die ganze Menschheit retten"

Das alles war anstrengend und sehr zeitintensiv. Und damit habe ich auch mein Praxisteam sehr in Anspruch genommen. Eines Tages, am frühen Freitagabend, schrie mich meine völlig überarbeitete Sprechstundenhilfe an: "Sie können doch nicht die ganze Menschheit retten." Ich war sehr überrascht und sagte spontan. "Aber man kann es doch wenigstens versuchen."

In der Corona-Zeit haben wir genau dieses Therapiekonzept erfolgreich weiter durchgeführt. Die meisten Patienten, die an Corona erkrankt waren, konnten so innerhalb einer Woche wieder vollumfänglich gesunden, ohne Nachwirkungen. Ein einziger Patient von mir mußte für eine Woche ins Krankenhaus.

Zwei weitere hatten hohes Fieber und benötigten intensive Therapie mit Ozon, Sauerstoff und (einer) Hochdosis Vitamin C-Infusionen. Die Therapie dauerte 10 bis 12 Tage, bis alle Symptome beseitigt waren. In meiner Praxis ist während der Corona-Zeit nicht ein einziger Patient daran gestorben. Wir haben täglich den Patienten die Angst vor Corona genommen und ihnen hilfreiche Konzepte an die Hand gegeben, wie sie ihr Immunsystem trainieren und fit halten können.

Ich versicherte meinen Patienten immer wieder, daß wir gemeinsam in Liebe und mit Gottes Hilfe durch diese Krise kommen werden. Meine Patienten wählten den Weg in meine Praxis, um naturheilkundlich behandelt zu werden. Während meiner ganzen Zeit als Arzt, in Klinik und selbständig in eigener Praxis, kam es nie zu einem ärztlichen Kunstfehler. Ich wurde nie verklagt von Patienten oder ärztlichen Standesorganisationen.

Ich habe immer meine ärztliche Schweigepflicht eingehalten und mich an den Hippokratischen Eid und das Genfer Gelöbnis des Weltärztebundes gehalten. Das Selbstbestimmungs-

recht des Patienten, wie im Genfer Gelöbnis gefordert, war mir immer heilig. Ich habe nie etwas gegen den Willen eines Patienten unternommen.

"Wir wurden von Gott dahin gestellt, wo wir gebraucht werden"

Hier in der Untersuchungshaft hatte ich Gelegenheit viel zu lesen, auch Bücher von engagierten mutigen Ärzten und Zahnärzten, die über ihre Erfahrungen während der Coronapandemie erzählten. Auch Briefe von mir unbekanntem Kollegen erreichten mich hier und bekundeten ihre Solidarität.

Wir Ärzte haben einen tollen Beruf und geben täglich unser Herzblut für unsere Patienten und bekommen es tausendfach zurück. Wir wurden von Gott dahin gestellt, wo wir gebraucht werden. Es kamen viele neue Patienten zu mir, während der Corona-Zeit, die naturheilkundliche Beratung und Aufklärung wünschten und die sich mit der Wirkung und möglichen Nebenwirkungen der bevorstehenden Impfung beschäftigten.

Ich hatte keine medizinischen Informationen aus den wissenschaftlichen medizinischen Fachzeitschriften, die ich Woche für Woche in meiner Post hatte, so intensiv ich auch danach suchte. Meine Empirie im Umgang mit der jährlichen Grippewelle, grippalen Infekten und Influenza, war das Einzige womit ich den Patienten dienen konnte.

Etwas war vollkommen neu - die Angst und Panik und die Verzweiflung - als ob die Welt untergehen sollte. Wichtig war mir zunächst, mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bringen, die Angst zu reduzieren und über sinnvolle Prophylaxe zu sprechen, wie in den vergangenen Jahren bei jeder bevorstehenden Grippewelle.

Zu der bevorstehenden Impfung gab es keine offiziellen Angaben zur Wirkung, bzw. Nebenwirkung. In den Jahren zuvor wurde gerade von älteren Patienten der Wunsch nach einer Gripeschutzimpfung an mich gerichtet. Die Wirkung war schon immer zweifelhaft. Aber die Nebenwirkungen waren bekannt und deshalb ließen sich im Laufe der Jahre immer weniger Patienten impfen. Ich empfahl den Menschen sich anders zu ernähren, gemäßigte sportliche Übungen an frischer Luft durchzuführen und einige sinnvolle und in der Praxis bewährte biologische Therapiekonzepte zu befolgen.

Einige Patienten wollten immer wieder Ozon-Eigenblut-Infusionen und hochdosierte Vitamin-C-Infusionen, sowie intramuskuläre Vitamin-D-Injektionen. Einige ließen sich durch ihre Arbeitskollegen und Medien immer wieder von der panischen Angst anstecken. Für diese Patienten hatte ich eine wunderbare Infusion mit Cholicitrat und Vitamin-B-Komplexen, sowie eine orale biologische Begleitmedikation.

Die Maskenpflicht und flächendeckende PCR-Tests als Schnelltests, sowie labormedizinische PCR-Tests für Flugreisende waren jetzt das vornehmliche Thema in der Öffentlichkeit und damit in der Praxis.

Ein 17-jähriger junger Mann kam notfallmäßig in meine Praxis, mit stärksten Kopfschmerzen und Sehstörungen sowie Sprachstörungen. Mit dem Pulsoximeter stellten wir eine stark reduzierte Sauerstoffsättigung von 92 Prozent fest. Er hatte eine Hyperkapnie mit konsekutiver zerebraler Hypoxie, was die Kopfschmerzen, Sehstörungen und Sprachstörungen erklärte. Dieser Zustand war lebensgefährlich und wurde durch permanentes Tragen einer FFP-2-Maske während einer fünfstündigen Mathearbeit erzeugt.

Mit Sauerstoffinsufflation und einer Ozon-Infusion brauchten wir fast zwei Stunden, um die Sprach- sowie Sehstörungen aufzuheben. Die Kopfschmerzen nahmen zwar an Heftigkeit ab, verschwanden allerdings erst ganz um 23:00 Uhr in der Nacht, also zehn Stunden später. Die normale Sauerstoffsättigung liegt übrigens bei 99 Prozent. Unter 90 Prozent besteht akute Lebensgefahr. Irreversible zerebrale Schädigungen sind bei Werten um 92 Prozent möglich. In der Industrie ist im Übrigen vorgeschrieben, nach 70 Minuten FFP2-Maskenbenutzung mindestens eine Stunde freies Atmen, also ohne Maske an frischer Luft.

"Panik nahm stetig zu"

Die Impfungen standen unmittelbar bevor und die Panik nahm stetig zu. In Recklinghausen eröffnete das erste Impfzentrum 400 Meter von meiner Praxis entfernt.

Einige meiner langjährigen Patienten fragten mich, ob sie sich impfen lassen sollten und ob ich sie dann wegen etwaiger auftretender Nebenwirkungen biologisch behandeln könnte. Obwohl ich überhaupt nicht wußte, was an Komplikationen und Nebenwirkungen auf mich zukommen könnte, bejahte ich und sagte aber, daß ich therapeutischen Erfolg nicht garantieren könne, weil es keine Informationen darüber gab.

Auch telefonisch kontaktierte Kollegen konnten mir nicht weiterhelfen. Es gab nur noch Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, die mir aber kein Patient anmerken sollte. Deshalb entschloß ich mich zu diesem Zeitpunkt, es als meine Hauptaufgabe anzusehen und als meine heilige Verpflichtung, meine Patienten in dieser Krise nicht allein zu lassen.

Jetzt kamen noch die Freiberufler und Selbstständigen mit ihren drohenden Geschäftseinbußen und Existenzängsten. Auch das hörte ich mir an und redete beruhigend auf sie ein.

Jeden Abend und jeden Morgen sprach ich mit Gott und bat um Hilfe, weil er mich in meiner Tätigkeit als Arzt nie im Stich gelassen hat und in der Vergangenheit immer für wundersame Heilungen in meiner Praxis gesorgt hatte.

"Ich erinnerte die Patienten an die Macht der Gebete"

Ich erinnerte die Patienten immer an die Macht der Gebete. In der Praxis mehrten sich in den kommenden Wochen anfallsartige Angst und Panikattacken bei vielen Patienten, vor allem bei Müttern mit mehreren Kindern. Es kamen Patienten zu mir, die in Kassenarztpraxen arbeiteten und selber impften und berichteten, von eigentümlichen Häufungen von bestimmten Erkrankungen (wie) Myokarditis (Erklärung: Herzmuskelentzündung), Endokarditis (Erklärung: Herzinneuhautentzündung), Perikarditis (Erklärung: Herzbeutelentzündung) nach Impfungen, von jungen sportlichen Männern nach mRNA- Impfungen. Zufall? Ausnahme? Panik? Psyche? Die Arbeitgeber dieser Patienten wurden auch etwas skeptisch und sahen gewisse Zusammenhänge, trauten sich aber nicht, das auszusprechen.

Zu diesem Zeitpunkt kam ein schwerkranker Patient zu mir in die Praxis, der zweimal bereits in Marburg geimpft war. Die letzte Impfung hatte er vor 14 Tagen. Er hatte hohes Fieber, bekam kaum Luft und kam schleppend die Treppe zu mir in die Praxis hoch. 39,8 Grad Fieber, schneller Puls und Sauerstoffsättigung von 93 Prozent und Schmerzen bei der Atmung. Laborparameter Corona-AK von 35.000, radiologisch eine atypische kleinflächige Pneumonie, (Erklärung: Lungenentzündung) Cephalgien, (Erklärung: Kopfschmerzen) Herzstolpern, Sehstörungen und extreme Müdigkeit und Erschöpfung.

Die erste echte Corona-Erkrankung nach zweifacher Impfung. Ein Impfdurchbruch mit schweren Komplikationen. Er kam täglich zur Behandlung. Nach zwölf Tagen war er wieder gesund und wir konnten eine Krankenhausbehandlung vermeiden. Leider mußten wir wegen der schweren Pneumonie noch zusätzlich eine speziell ausgetestete Antibiose durchführen und deshalb anschließend eine Symbioselenkung mit Mutaflor und effektiven Mikroorganismen einleiten. Ich war glücklich, jemanden vor (einer) Krankenhausbehandlung mit konsekutiver Beatmung bewahrt zu haben.

"Jetzt darf ich nicht mehr zu meinem Baby"

Eine sehr junge Mutter kam plötzlich unangemeldet in meine Praxis, weinte und konnte kaum sprechen, so aufgeregt war sie. Nachdem sie sich gefaßt hatte, erzählte sie mir, daß sie vor 48 Stunden im Krankenhaus ihr Baby gesund zur Welt gebracht hatte und heute nur für eine Stunde in ihrer Wohnung war, um etwas für das Baby zu holen. "Und jetzt", schluchzte sie, "darf ich nicht mehr zurück ins Krankenhaus zu meinem Baby, weil ich nicht geimpft bin." Eine Polizistin, alleinerziehend mit einem Kind, stand kurz vor ihrer Entlassung bei der Polizei, weil sich ihr Kollege, mit dem sie Streife fuhr, beim Chef über ihren Impfstatus beschwert hatte.

Solche Geschichten häuften sich in meiner Praxis. Viele standen kurz davor, ihre Arbeit zu verlieren. Eine Mutter kam zu mir und sagte weinend "Ich will nicht, daß mein Sohn stirbt." Ich fragte, wieso? Mein Sohn hat gestern seinen besten Freund verloren. Er war erst 18 Jahre und immer topfit und starb plötzlich eine Stunde nach einer BioNTech-Impfung. Mein Sohn hat Heulkrämpfe, kann nicht schlafen und ist traumatisiert, weil er so etwas Schreckliches in seinem Leben noch nie erlebt hat. Schwangere Frauen fragten mich, ob ich garantieren könne, daß ihrem Baby nichts passiert, wenn sie sich impfen lassen würden.

"Konnte keinen Schlaf mehr finden"

Ich arbeitete inzwischen in meiner Praxis von morgens 7 bis 24 Uhr und konnte wegen dieser ganzen Eindrücke aus meiner Praxis auch keinen Schlaf mehr finden. Eine über 80-jährige Frau, die einen Heimplatz in einem Altenheim hatte, kam mit ihrer Betreuerin zweimal die Woche für eine spezielle Injektion in die Praxis, weil sie in einer Lungenklinik eine Operation hinter sich gebracht hatte.

Die Betreuerin erzählte mir, daß seit dem Impfprogramm im Altenheim jeden Tag drei bis vier Zimmer frei würden und die betreute alte Frau jetzt keine Impfung mehr haben wollte, weil sie noch nicht sterben wollte. Ich hörte von Patienten, daß sie nach der Impfung Vater, Mutter, Tanten und Geschwister durch plötzlichen Schlaganfall, Herzinfarkt oder Hirnvenen-Thrombose verloren hätten.

Eine mir unbekannt Frau in meiner Praxis, schrie und weinte "die wollen uns alle umbringen". Ich nahm sie sofort mit ins Arztzimmer und beruhigte sie, weil sie die eh schon aufgebrauchte Stimmung durch ihr Geschrei weiter aufheizte. Ich versuchte immer wieder Ruhe zu vermitteln, was nicht einfach war, weil ich auf viele Fragen keine Antwort mehr hatte.

Ein kleines Virus machte die Menschheit völlig verrückt. Viren waren nötig im Rahmen der Evolution, daß wir als Menschen uns überhaupt entwickeln konnten. Bakterien, Viren und Parasiten haben alle eine Aufgabe und sind nicht überflüssig oder böse. Wir haben täglich Kontakt mit Millionen von Viren, die unser Immunsystem trainieren. Millionen Bakterien besiedeln unsere Haut und erzeugen einen PH-Wert, der uns schützt.

In unserem Darm leben ... unterschiedlichste Bakterien, die nicht nur unsere Verdauung möglich machen und die Resorption von Mineralien, Vitaminen, Spurenelementen, sondern auch unser darmassoziiertes Immunsystem repräsentieren, ohne daß unser Leben überhaupt nicht möglich wäre.

"Ich wurde als Arzt daran gehindert, einem Menschen zu helfen"

Jetzt also sollte ein Virus alles verändern. Cholera und Pest haben etwas bewirkt, waren also nötig. Die Spanische Grippe hat weltweit trotz verordneter Mundnasenschutzbedeckung 50 Millionen Tote gefordert - haben wir was gelernt? Die Frage kann sich jeder selbst beantworten. Natürlich gab es auch viele Patienten, die zur Impfung fest entschlossen, mit allen Konsequenzen waren.

Vor meinen Augen ist hier in der Untersuchungshaft, während der Freistunde, ein 52-jähriger Gefangener aus Mazedonien an einem plötzlichen Schlaganfall verstorben, nach der dritten Impfung. Mit mehreren Mitgefangenen haben wir den Patienten in die Position zur Reanimation gebracht und wollten gerade damit beginnen, als wir von einer Krankenschwester und JVA Beamten auf unsere Zellen geschickt wurden.

Ich wurde als Arzt daran gehindert, einem Menschen zu helfen. Ein schlimmes Gefühl, nicht helfen zu dürfen. Der Patient ist vor unseren Augen im Freistunden-Hof ohne adäquate Hilfe gestorben.

Meine Tätigkeit als Arzt, in den letzten beiden Jahrzehnten, war nur möglich durch die ständige Mithilfe meiner geliebten Frau Fatima. Die nicht nur täglich mit mir zusammen in der Praxis gearbeitet hat, sondern mir viele Tätigkeiten abgenommen und viele Patienten ermutigt und getröstet hat, wenn Kummer und Schmerz besonders groß waren. Sie hat mich ermutigt

durch zu halten, wenn ich manchmal in der Vergangenheit verzweifelt aufgeben wollte. Sie hat mich begleitet und unterstützt, bei den vielen Seminaren in unserer Praxis, sowie bei meiner Referententätigkeit im In- und Ausland. Ohne sie wäre das alles nicht möglich gewesen. Gott hat mir einen Engel an meine Seite gestellt, der jetzt immer noch für mich kämpft. Danke mein Schatz für dieses Leben an deiner Seite.

Noch ein paar Zeilen aus unserer Berufsordnung. § 2 Allgemeine ärztliche Berufspflichten.

1. Der Arzt übt seinen Beruf nach seinem Gewissen, den Geboten der ärztlichen Ethik und der Menschlichkeit aus. Er darf keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann.

2. Der Arzt hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm bei seiner Berufsausübung entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Er hat dabei sein ärztliches Handeln am Wohl des Patienten auszurichten. Insbesondere darf er nicht das Interesse Dritter über das Wohl des Patienten stellen.

"Jeder von uns hat eine Aufgabe und seine Lebensberechtigung"

Vielleicht zum Abschluß noch das Wort eines Wissenschaftlers, weil Wissenschaft uns ja die letzten Jahre begleitet hat. Werner Heisenberg, Quantenphysiker: "Der erste Schluck aus dem Becher der Wissenschaft führt zum Atheismus. Aber auf dem Grund des Bechers wartet Gott."

Jeder Mensch, jedes Lebewesen auf diesem Planeten verdient Respekt, weil wir alle Gottes Wunder sind. Jeder von uns hat eine Aufgabe und seine Lebensberechtigung. Wir haben kein Recht, andere Lebewesen zu töten oder zu vernichten. Wir sind füreinander da und müssen uns gegenseitig helfen. Die göttliche Botschaft ist Liebe. Allumfassende Liebe für die gesamte belebte und unbelebte Welt. Wann fangen wir damit an, diese wunderbare Welt liebevoll zu umarmen? Shakespeare hat einmal gesagt: "Wer die Liebe leugnet, schändet die Seele, die wir Gott schulden".

Wenn man mich deshalb kriminalisiert, weil ich Menschen geholfen habe, dann ist das eben der Preis, den man für die Verteidigung der Menschlichkeit zahlen muß. Mich erreichen hier Briefe und Postkarten aus ganz Europa mit Ermunterungen und Solidaritätsbekundungen. Ich bin glücklich darüber und stolz, daß es solche Menschen wie euch gibt.

Mir schreiben Bekannte, Patienten, Freunde, Unbekannte, Geimpfte und Ungeimpfte. Ein Mann schrieb mir: "Weil ich von meinem Arbeitgeber genötigt wurde, habe ich mich Ende 2021 zweimal spritzen lassen. Ich danke Gott, daß ich bisher keine bleibenden Schäden spüre. Meine Frau hat widerstanden und ist ungeimpft. Leider gibt es sehr viele gesundheitliche Defizite in meiner Umgebung, die es früher nicht gab. Ich bin jetzt entschieden und entschlossen, nie wieder eine mRNA-Injektion zu nehmen. Wir haben hier im Ort eine kleine Antivaxx-Gruppe gegründet" (Zitat Ende).

Eine Frau schrieb mir: "Bei fast jedem Genbehandelten im Umkreis gab es Probleme, von leichten bis zum Tod. Mein Neffe ist am 11.06.22 beim Moritzburger Schloßtriathlon verstorben - zweimal gespritzt. Der junge 19-Jährige war Sportler durch und durch und dann eine akute Myokarditis, (Erklärung: Herzmuskelentzündung) laut Obduktion. Der Junge war ein Sonnenschein. Er hat vertraut in das, was ihm vorgelogen wurde. Wie viele solcher Schicksale gibt es weltweit? Die Menschen müssen aufwachen" (Zitat Ende).

Wir pfuschen in Gottes Werk. Das ist menschliche Hybris. Wir vergehen uns an der Schöpfung, weil wir die Demut vor der Schöpfung verloren haben. Die Fülle dessen, was wir im Leben erleben, auf das zu reduzieren, was die Wissenschaft beschreiben kann, hieße, die unglaubliche göttliche Lebendigkeit eines Menschen auf ein paar Formeln zu reduzieren.

Benjamin Franklin, einer der Gründungsväter der USA, hat einmal gesagt: "Wer bereit ist, wesentliche Freiheitsrechte für kurzzeitige Sicherheit aufzugeben, hat weder Freiheit noch

Sicherheit verdient und wird am Ende beides verlieren."

Vor einigen Jahren wurde ich noch ein drittes Mal vor dem sicheren Tod bei 220 km pro Stunde auf der Autobahn nachts um 1 Uhr durch göttliche Fügung gerettet, als ich durch Verjüngung der Überholspur auf die Rasenfläche neben der Mittelleitplanke gezwungen wurde, für einige hundert Meter, ohne Schäden am Auto. Ich glaube, Gott hat mich noch für etwas Wichtiges gebraucht.

Keine Macht der Welt kann mich daran hindern, die Gebote Gottes einzuhalten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Das ist das Schlußwort von Dr. Heinrich Habig in dem Prozeß gegen ihn, in dem Prozeß gegen die Menschlichkeit, in dem Prozeß gegen Gott.<<

06.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. November 2023 (x1.346/...): >>Der Wahnsinn mit dem Bürgergeld

3,9 Millionen erwerbsfähige Arbeitslose, die Bürgergeld beziehen, könnten arbeiten, wollen aber nicht. Weitere mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge könnten arbeiten, dürfen aber nicht oder wollen nicht.

von Prof. Eberhard Hamer

Das Klagen unserer Wirtschaft über das Fehlen ihrer Fachkräfte ist unbestreitbar richtig.

Andererseits steigt in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten immer noch ständig an, hatten wir im August mit fast 41 Millionen Erwerbstätigen die höchste Beschäftigung unserer Geschichte.

Irgendwas stimmt zwischen dem Facharbeitermangel und dem Beschäftigungsboom also nicht. Und auch, daß wir wegen des Mangels an qualifizierten Facharbeitern unbegrenzt unqualifizierte Analphabeten der Welt ins Land holen müßten, stimmt mit der Begründung des Facharbeitermangels jedenfalls nicht überein.

Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen sieht vielmehr zwei von der Politik selbst geschaffene Gründe für den Widerspruch zwischen Arbeitskräftemangel und dem ständig gestiegenen Arbeitskräfteangebot:

die immer üppigere Arbeitersersatzversorgung und den Trend von Leistungsarbeit zu unproduktiver Beschäftigung.

Bürgergeld statt Arbeit

3,9 Millionen erwerbsfähige Arbeitslose, die Bürgergeld beziehen, könnten arbeiten, wollen aber nicht, weil sie sich mit der Sozialunterstützung gut versorgt fühlen. Weitere mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge könnten arbeiten, dürfen aber nicht oder wollen nicht (wie 80 % der Ukrainer), weil sie sich ebenfalls im Sozialsystem wohlfühlen.

Da die Bundesregierung das Arbeitersersatzgeld (Bürgergeld) nun auch noch erhöht hat, werden hunderttausende Niedrigverdiener sich nun überlegen, ob sie nicht den gleichen Lebensstandard ohne Arbeit der bisherigen mühevollen Arbeit vorziehen wollen. Die Klugen unter ihnen werden aus dem Arbeitsmarkt in die Sozialversorgung wechseln (evtl. mit Nebentätigkeit).

Daß sich die Schere zwischen Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft und dem Angebot eigentlich reichlich vorhandener Arbeitskräfte immer mehr öffnet, liegt grundsätzlich daran, daß es nur ein Recht auf Arbeit, nicht aber eine Pflicht zu Arbeit bei uns gibt. Das war in der DDR ganz anders. Dort gab es keine Arbeitslosigkeit, weil es auch eine Pflicht zu Arbeit gab und diejenigen, die morgens keine Lust auf Arbeit hatten von anderen Mitarbeitern des Betriebes aus dem Bett zur Arbeit geholt wurden. Die DDR hatte deshalb formell keine Arbeitslosigkeit.

"Bürgergeld für alle" als Anspruch auf Rundumversorgung

In der Bundesrepublik gibt es aber nicht nur ein Recht auf Arbeit, also eine Bringschuld des Staates an denjenigen, der so nett ist, Arbeit anzunehmen, sondern per Entscheidung des Bundessozialgerichts auch ein Recht auf Hartz IV-Sozialversorgung als "Menschenrecht für alle

in diesem Lande", die nicht arbeiten wollen oder können. Die Bundesregierung hat dies zum "Bürgergeld für alle" als Anspruch auf Rundumversorgung auch ohne Arbeit geschaffen.

Nicht nur 70 Prozent aller Immigranten meiden deshalb jeden Arbeitsplatz und leben lieber von der üppigsten Sozialversorgung in der Welt; - auch Millionen Deutsche haben sich an diese Sozialversorgung statt Arbeit mit "Bürgergeld für alle" gewöhnt.

Kein Wunder, wenn deshalb dem Mittelstand nicht nur die Fachkräfte fehlen, weil sie von Staat und Konzernen abgeworben werden und Lehrlinge die anstrengende praktische Arbeit im Handwerk meiden; - auch für einfache Tätigkeiten, für welche selbst ungebildete Immigranten in Frage kämen, finden die Betriebe keine Mitarbeiter mehr, weil die Hilfsarbeiterlöhne gegenüber der Sozialversorgung zu unattraktiv sind.

Per Saldo haben wir mehr als sechs Millionen Erwerbsfähige, die arbeiten könnten, sich aber lieber von uns sozial versorgen lassen. Die nur 2,5 Millionen offenen Arbeitsplätze könnten also - wenn die Sozialversorgung gekürzt würde - theoretisch schnell besetzt werden.

Unser Arbeitskräftemangel ist also quantitativ künstlich produziert, weil Sozialpolitiker und Sozialfunktionäre die vorhandenen Arbeitskräfte mit immer attraktiveren Sozialersatzleistungen in die Sozialbetreuung locken.

Statt produktiver Arbeit unproduktive Beschäftigung

In unserer Gesellschaft sinkt der Anteil derer, die in Mittelstand und Industrie produktiv Sozialprodukt erwirtschaften und steigt der Anteil derer, die aus der Leistung ersterer von öffentlichen Umverteilungs- und Transferleistungen leben.

"Stellt man die beiden für den Markt leistenden Gruppen der Unternehmer und ihrer direkt für den Markt arbeitenden Mitarbeiter bzw. Arbeitnehmer mit etwa 34 Prozent den von Steuern und Sozialabgaben Lebenden (37,7 Prozent) und den Angehörigen (28,4 Prozent) gegenüber, so erwirtschaften auf dem Arbeitsmarkt ein Drittel produktiver Marktleister das Einkommen für zwei Drittel weiterer Bevölkerungskreise, die zwar ebenfalls zum Teil fleißig tätig (z.B. öffentlicher Dienst), aber eben aus den Abgaben der Marktleister der ersteren Gruppe bezahlt werden.

Unter den ca. 45,7 Mio. von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Erwerbstätigen in Deutschland haben wir nur ca. sechs Mio. Selbständige und ca. 35 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, also insgesamt 41 Mio. - die Hälfte der Bevölkerung.

Gesellschaftliche und politische Fehlsteuerungen

Statistisch müßte eigentlich diese Beschäftigungsquote mehr als ausreichen, um jeden Fachkräftebedarf bei uns zu decken. Daß unsere Leistungsberufe dennoch nicht genügend Mitarbeiter haben, liegt an gesellschaftlichen und politischen Fehlsteuerungen schon unserer Jugend.

Beispiel: Marie L. kommt aus einem aufgestiegenen Arbeiter-Elternhaus und sollte es im Leben besser haben. Sie hat also nicht nur wie ihr Vater bei gleicher Intelligenz die Grundschule besucht und dann einen praktischen Beruf erlernt, sondern schaffte mit Mühe die Gesamtschule. Auch danach hat sie keinen praktischen Beruf gesucht, sondern wollte mit öffentlicher Unterstützung (BAFÖG) "ein paar Jahre studieren", hat sich wegen ihrer Intelligenzdefizite für "Sozialwissenschaft" entschieden. Dort bekam sie einen Abschluß und ist nun öffentliche Angestellte für Flüchtlingsbetreuung - wird also praktischer produktiver Tätigkeit lebenslang nicht mehr zur Verfügung stehen.

Unsere Sozialproduktberechnung zählt jede bezahlte Beschäftigung als produktiv (die der Hausfrauen dagegen unsinnigerweise überhaupt nicht). Die Mittelstandsökonomie bestreitet diese statistische Berechnung, weil sie zwischen produktiver Arbeit und unproduktiver Beschäftigung unterscheidet.

Die produktive Arbeit unserer mittelständischen Unternehmer und Mitarbeiter wird nach Erfolg bezahlt und nur nach Erfolg. Wenn sie erfolglos arbeiten, geht der Arbeitsplatz zugrunde.

Die Mehrzahl unserer statistisch auch als Arbeit gerechneten "Beschäftigungen" dagegen wird nach "Arbeitszeit" ohne Erfolgskontrolle und oft sogar ohne Erfolg bezahlt.

Gesellschaft, die nicht mehr produzieren will

173 Lehrstühle und mindestens ebenso viele Institute der "Genderforschung" (Ideologie) und über 200 Umweltlehrstühle und -institutionen bilden Scheinakademiker aus, die zwar statistisch nachher beschäftigt sind, aber nie produktiv zum Sozialprodukt beitragen, sondern dies sogar mindern.

Somit hat sich die Produktivität unseres Arbeitsmarktes von mit Leistungslohn bezahlter Arbeit hin zu nur nach Zeitverbrauch berechneter - oft unproduktiver - Beschäftigung immer stärker zugunsten letzterer gewandelt. Wir sind inzwischen eine Gesellschaft, die sich beruflich zwar zum Teil noch beschäftigt, nicht aber mehr produzieren will. Deshalb haben wir auch doppelt so viele Studenten wie Lehrlinge (2,9 zu 1,3 Mio.) und bereits eine Mehrheit von gering-, un- oder sogar kontraproduktiven Beschäftigungsverhältnissen.

Mit "Gender-Akademikern" kann man keine Heizungen bauen, keine Energiewende durchführen, keine Autos produzieren, keine Exporterlöse erzielen.

Inzwischen ist die "Sozialindustrie" zwar nicht produktiv, aber unser größter Gewerbesektor. So wird auch deutlich, weshalb die Sozialindustrie für ungehemmte Zuwanderung ist: Massenimmigration ist auch ein Massenbeschäftigungsprogramm für unproduktive Sozialbetreuer (17 zu 1). Je mehr Immigration, desto mehr Positionen für Sozialfunktionäre und Sozialarbeiter.

Wir sind inzwischen nicht nur statistisch von einem Land mit früher dominierendem Gewerbe (über 50 Prozent) zu einem Land mit heute dominierender Dienstleistung (fast 70 Prozent) geworden, sondern auch zu einem Land, in dem nicht mehr unsere gewerbliche Wirtschaft des Mittelstandes, sondern die unproduktiven Beschäftigungen der Bürokratie, der Gender-, Umwelt-, Sexual- oder Sozialverwaltung dominieren.

Daß Sozialfunktionäre für "Ökologie statt Ökonomie" kämpfen und die staatliche Aufgabe vor allem in Flüchtlingsbetreuung, Gender- und Queer-Förderung und anderen kontraproduktiven Tätigkeiten sehen, ist beschäftigungsbedingt und daß unsere Regierung zusätzlich durch willkürliche Energiepreissteigerung, Verbote und Klimavorschriften deindustrialisieren will, ist aus ihrem ideologischem Verständnis zu erklären.

Wenn aufgrund dieser Politik aber bewußt gewerbliche Wirtschaft und Industrie reduziert werden und wenn unser Bildungssystem schon die jungen Menschen statt für produktive Leistungsberufe zu Schwafel-Beschäftigungen erzieht, können wir uns weder über den Absturz unserer Produktivität noch über Facharbeitermangel beklagen. Beides sind nur Folgen unseres gesellschaftlichen Mainstreams und unserer politischen Klima- und Umverteilungspolitik.

Fazit:

Wir sind am Arbeitskräftemangel unserer produktiven Berufe mehrfach selbst schuld:

Wir belasten unsere produktiven Unternehmer und Mitarbeiter mit den höchsten Steuern und Sozialabgaben der Welt.

Und wir finanzieren damit immer mehr minder-, un- oder sogar kontraproduktive Beschäftigung (auch nur Selbstbeschäftigung).

Wir bilden sogar die Mehrheit unserer Studenten für unproduktive oder geringproduktive Beschäftigung aus statt für produktive Leistungsberufe.

Hätten wir in unserer Regierung auch nur einen einzigen gelernten Ökonomen, würden wir nicht so blind in den wirtschaftlichen Absturz steuern,

daß nämlich eine immer unproduktiver werdende Wirtschaft trotz aller gesellschaftlicher ideologischer Höhenflüge im internationalen Wettbewerb zurückfällt, den derzeitigen Lebensstandard nicht mehr halten kann - auch nicht mehr will -

und daß wir dennoch Hilfs-, Beitrags- und Kriegszahlungen an die ganze Welt auf Dauer lei-

sten und wachsende Millionen arbeitsloser Zuwanderer auf Dauer ohne Arbeit lebenslang sozial versorgen, ist ökonomischer Wahnsinn, ideologisch motiviert.

Die Zeiten, in denen man von Nichtarbeit besser als von Arbeit und von unproduktiver Beschäftigung besser als von produktiver Arbeit leben kann, werden bald vorbei sein.

Und weil eine immer größere Mehrheit der Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus Eigenleistung, sondern aus Umverteilungs-, Sozial- und fremden Transferleistungen des Staates erwartet, wird der Staat schon bald die von ihm versprochenen Leistungen nicht mehr finanzieren, nicht mehr erfüllen können, sondern die Menschen wieder auf produktive Arbeit verweisen müssen.

Für die Mehrzahl unserer Menschen wird dies eine Schock-Erfahrung werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2023: >>**AUF1-Chef Stefan Magnet: "Nahost-Krieg Startschuß für nächste Globalismus-Phase"**

Auf den ersten Blick erkennt man ihn nicht sofort - aber es gibt ihn, den Zusammenhang zwischen dem Nahost-Konflikt, der Corona-Hysterie und der aktuellen Wirtschaftskrise. Die Verbindung ist mit zwei Worten beschrieben: "Great Reset"! Stefan Magnet, Chefredakteur des alternativen österreichischen TV-Senders AUF1, geht dem hochbrisanten Thema nach.

"Die Zeit des Friedens ist jetzt vorbei!", bekennt Transhumanismus-Papst Yuval Noah Harari ganz offen. Für ihn ist der neu aufgeflammete Nahost-Konflikt das Startsignal für den nächsten Schritt auf dem Weg zum "Great Reset", des von einer mächtigen Geld-Elite geplanten globalen Neustarts. Was aber hat die größte Enteignungsidee aller Zeiten mit Krieg, Seuchen und Wirtschaftskrise zu tun?

AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet beleuchtet in seiner neuen Sendung die Hintergründe und beklemmenden Zusammenhänge der militärischen Eskalation im Gazastreifen in Bezug auf Europa und die Welt. Er zeigt verschiedene Meinungen, hinterfragt die Rolle des Westens und verweist auf die lachenden Dritten. Ein Interview mit dem Nahost-Kenner Christoph Hörstel und ein Blick auf die geopolitischen Hintergründe, Stichwort "Neue Seidenstraße", runden diese hochaktuelle Sendung ab.

Gefährliche globale Propaganda

Die Propaganda beider Konfliktparteien - der palästinensischen Terror-Organisation Hamas auf der einen und Israel auf der anderen Seite - läuft global auf Hochtouren. "Spätestens jetzt muß sich die Welt allmählich die Frage stellen, welche Auswirkungen diese kriegerische Auseinandersetzung für uns alle haben kann", sagt AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet. Er verweist auf die Flut an Fake News und zeigt auf, wie stark gefiltert die medialen Informationen für die Öffentlichkeit sind. Maulkörbe für Journalisten, Message Control in den Redaktionen und einseitige Parteinahme bei den Meinungsmachern.

Der AUF1-Frontmann zeichnet in seiner Sendung nach, wie gezielt mit Kriegslügen strategische Ziele erreicht werden sollen und weshalb es brandgefährlich sein kann, sich in diesem Krieg blind auf eine Seite zu schlagen. "In diesem Krieg spielen viele Interessen eine Rolle. Aber das sind lauter Interessen, die nicht unsere sind", analysiert Magnet. "Es sind religiöse, messianische Interessen von Gotteskriegern und Endzeit-Sekten. Es sind wirtschaftliche und geopolitische Interessen. Es sind 'Great-Reset-Pläne' und 'One-World-Phantasien'. Aber all das sind nicht unsere Pläne!"

Der AUF1-Chefredakteur erläutert die brisanten Zusammenhänge zwischen den geopolitischen Entwicklungen im gesamten Nahen Osten, wirtschaftlichen Interessen verschiedener Mächte und den Auswirkungen auf die "One-World-Bestrebungen" der Globalisten.

"Europa muß aufstehen!"

Hunderte Muslime beten vor dem Brandenburger Tor, gleichzeitig verkündet die deutsche Regierung "bedingungslose Solidarität mit Israel": Magnet warnt vor gefährlichen Entwicklungen im Westen am Beispiel Deutschlands. Er fordert: Europa müsse als Player, als Faktor,

wieder eine eigene Haltung finden und diese dann auch vertreten.

"Es ist höchste Zeit zu sagen: Nicht in unserem Namen! Kein Krieg, kein 'Great Reset', keine Enteignung!", postuliert der AUF1-Chef und stellt die entscheidende Frage: "Wann werden die Europäer endlich aufstehen? Gegen Fremdherrschaft und für ihre Freiheit?"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. November 2023 (x1.344/...): >>**Rekord-Zahl an Gruppenvergewaltigungen - Täter benennen und aus dem Verkehr ziehen!**

Es ist eine Verbrechen-Kategorie, die in der breiten Öffentlichkeit erst seit 2015 mit den Übergriffen auf Frauen an Silvester in Köln wahrgenommen wird. Und schon dadurch werden sämtliche Relativierungsversuche obsolet, daß bei Gruppenvergewaltigungen die Herkunft der Täter kaum eine Rolle spielen würde.

Denn genau das ist der Fall: Unter den fünf am häufigsten vertretenen Nationalitäten in den Vergewaltigermobs, die hierzulande über Frauen und Mädchen hergefallen sind, waren laut Statistik in jedem Jahr syrische, afghanische und türkische Staatsangehörige. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage aus der AfD-Fraktion im Bundestag hervor. Mittlerweile kommt es im Schnitt zwei Mal täglich zu solch abscheulichen Taten, fast 800 waren es im vergangenen Jahr - ein Rekordwert. Und 20 Prozent der Opfer sind Mädchen unter 18 Jahren gewesen!

Während die Täter allzu oft mit lächerlichen Strafen davonkommen und Sozialwissenschaftler den hohen Anteil ausländischer Straftäter mit ihrer niedrigen sozialen Stellung, nicht aber mit ihrem kulturellen Hintergrund erklären, werden nicht nur die Opfer ein zweites Mal gedemütigt. Es wird auch eine immense Gefahr für die Sicherheit auf unseren Straßen einfach ignoriert.

Die Täter müssen ganz klar benannt und - wenn möglich - sofort abgeschoben werden. Und sollten sie, der Ampelregierung sei Dank, bereits einen deutschen Paß ergattert haben, dann müssen sie eben hinter Schloß und Riegel. Vor allem aber muß endlich die Notbremse gezogen werden: Grenzen dicht für junge, nicht integrierbare Männer, die hier genau die Verhältnisse schaffen wollen, vor denen sie angeblich aus ihrem Land geflohen sind.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2023: >>**Asyl-Irrsinn: Bis zu 200.000 Euro kostet die Abschiebung nur eines einzigen Sozialmigranten!**

Wetten, daß außer Spesen wieder nix gewesen! Beim großen Migrations-Palaver (6. November) von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit den 16 Länderchefs und der Unions-Spitze dürfte so sicher wie das Amen in der Kirche erneut die Ankündigung einer "großen Abschiebungsoffensive" herauskommen. Die würde - wenn sie denn überhaupt käme - für die deutschen Steuerzahler teuer werden: Die Rückverbringung nur eines einzelnen Sozialmigranten in sein Herkunftsland kostete den deutschen Staat in der Vergangenheit bis zu 200.000 Euro!

Während sich die Lage in den überforderten Kommunen von Tag zu Tag weiter zuspitzt, während die Bundespolizei immer neue Rekordzahlen an illegalen Grenzübertritten meldet, wurden im ersten Halbjahr 2023 nach Angaben der Bundesregierung gerade einmal 7.861 Ausländer aus Deutschland abgeschoben. Eine geradezu lächerliche Zahl angesichts von rund 300.000 sofort ausreisepflichtigen Ausländern hierzulande!

Von Abschiebungen betroffen waren vor allem Illegale mit georgischer Staatsangehörigkeit (705), gefolgt von Nordmazedoniern (665) und Afghanen (659), wie aus der Antwort (20/8046) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag hervorgeht. Zu den Kosten machte das Bundesinnenministerium dieses Mal keine Angaben.

Diese ergeben sich aber aus früheren detaillierten Aufstellungen - nachzulesen u.a. hier.

Demnach wurden sechsstellige Beträge für die Rückführung nur einzelner (!) Personen gezahlt - fast schon der Gegenwert eines soliden kleinen Eigenheims!

- Den (bisherigen) Rekord markierte im vergangenen Jahr die Abschiebung eines Schwarzafrikaners. Für die Abschiebung dieses einzelnen ausreisepflichtigen Sozialmigranten nach Simbabwe gab der Bund (Steuerzahler) im vergangenen Jahr fast 200.000 Euro aus! (Quelle: https://www.focus.de/politik/deutschland/bund-gibt-200-000-euro-fuer-die-abschiebung-eines-menschen-aus_id_65301226.html).

Weitere Beispiele gefällig? Allesamt sind in der Bundestagsdrucksache 20/3130 nachzulesen:

- Die Rückreise eines einzelnen abgelehnten Asylbewerbers aus Sri Lanka in Begleitung von vier Bundespolizisten kostete 152.325 Euro!

- Die Rückverbringung eines Kenianers in Begleitung von sechs Beamten summierte sich auf 123.975 Euro!

- Die Heimreise von zwei Brasilianern in Begleitung von sieben Polizeikräften wurde den deutschen Steuerzahlern mit 143.100 Euro in Rechnung gestellt!

- Bei der Abschiebung von zwei Somaliern in Begleitung von sechs Polizisten entstanden Kosten in Höhe von 130.438 Euro!

Auf den Kosten blieben in fast allen Fällen die deutschen Steuerzahler sitzen. Nur vereinzelt erfolgte eine Erstattung durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex.

FAZIT: Man kann den Migrations-Irrsinn hierzulande inzwischen nur noch mit Zynismus ertragen: Ausgesprochen "preiswert" war so gesehen im Mai 2022 ein Charterflug in die Türkei mit drei ausreisepflichtigen Ausländern und 17 (!) Polizeibeamten. Kosten: 64.995 Euro!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27378" berichtet am 6. November 2023 (x1.343/...): >>US-Bestseller-Film des Jahres 2023: "Sound of Freedom" auf dem Prüfstand

Ab dem 8. November soll der amerikanische Bestseller-Film "Sound of Freedom" auch in deutsche Kinos kommen. Eine ausführliche Recherche über Schauspieler, Produzenten und Geldgeber des Films läßt leider die Vermutung aufkommen, daß es primär nicht um die Rettung schutzloser Kinder aus den Klauen des Menschenhandels geht. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß eine eher vorgetäuschte Aufklärung wahre Greuel Täter verschleiern, dubiose Hilfsorganisationen Spendengelder veruntreuen und Opfer einmal mehr im Stich gelassen werden.

Ab dem 8. November soll der viel diskutierte amerikanische Bestseller "Sound of Freedom", zu Deutsch "Klang der Freiheit", auch in deutschen Kinos gezeigt werden. In den USA hat der Film inzwischen ca. 181 Millionen Dollar eingespielt und ist dort einer der zehn erfolgreichsten Filme des Jahres. Laut Angaben der Angel Studios soll der Film in fast 20 Ländern in Mittel- und Südamerika, dem Vereinigten Königreich und Irland, Australien und Südafrika gezeigt werden.

"Sound of Freedom", eine "True Story", greift angeblich wahre Begebenheiten aus dem Leben von Tim Ballard auf. Ballard, ein ehemaliger Agent, gibt seinen Job bei Homeland Security Investigations (Ermittlungszweig des US-Heimatschutzministeriums) auf, weil er zwar regelmäßig Täter, die in Kinderpornographie verwickelt sind, verhaftet, aber keine Kinder vor Drogenkartellen und Menschenhändlern retten kann. So die Darstellung seines Filmcharakters.

Bald danach soll Ballard ein hoch engagierter Menschenrechtsaktivist geworden sein, der 2013 die Anti-Menschenhandelsgruppe Operation Underground Railroad (O.U.R.) gründete, um mit Hochdruck für die Aufdeckung und Bekämpfung dieser Verbrechen zu arbeiten. Im Film wird schwerpunktmäßig der Kinderhandel in Lateinamerika, insbesondere Mexiko, beleuchtet und wie diese Kinder im Sexhandel landen. Auf ausdrücklichen Wunsch von Tim Ballard verkörpert Jim Caviezel, der hauptsächlich durch seine Rolle in Mel Gibsons Film "Die Passion Christi" als Jesus Christus bekannt wurde, die Filmbiographie Ballards.

In diesem Zusammenhang atmen viele Aufklärer auf und freuen sich, daß der passionierte

Top-Schauspieler seine Starpower nutzt, um die Welt auf den grausamen Kinderhandel aufmerksam zu machen. Auch Kla.TV wurde mehrfach auf den Film aufmerksam gemacht mit der Bitte, diesen zu bewerben. Unserer journalistischen Pflicht nachkommend, berichten wir über diesen Film, jedoch nicht, um den Film zu bewerben, sondern ihn auf den Prüfstand zu stellen. Bei einem Film dieser Größenordnung und Einnahmequellen gibt es immer einen Geldfluß. Diesem sind wir gefolgt, um festzustellen, ob der Film tatsächlich hält, was er verspricht, oder ob er auf Nebengleise führt.

In einer Kla.TV-Sendung ("Rammstein-Frontsänger Till Lindemann und Top-Model Heidi Klum vor dem VOLKSGERICHT"), in der die Autorin Lois Sasek einige Prominente unter die Lupe nimmt, stellt sie bereits trefflich fest:

(Ausschnitt aus der Sendung kla.tv/26810 - Minute: 0:52:29 - 0:53:55) "Mitfinanziert wurde der Film (Sound of Freedom) allerdings von einem der reichsten Männer der Welt, Carlos Slim Helú, der auch des Menschenhandels bezichtigt wird. Er ist außerdem Spender der Clinton Foundation. Man sieht ihn sehr oft gemeinsam mit Bill Gates abgelichtet. Das Carlos Slim Helú Institute of Health (Institut für Gesundheitswesen) arbeitet auch mit der Gates Foundation zusammen. Carlos Slim Helú steht in naher geschäftlicher Verbindung mit den Rothschilds und finanziert die Bill & Melinda Gates Stiftung.

Fabian Marta, ein weiterer Unterstützer des Films gegen den Kinderhandel "Sound of Freedom", wurde verhaftet und wegen Beihilfe zur Entführung von Kindern angeklagt, wie aus einer Gerichtsakte aus Missouri hervorgeht. Tim Ballard, der vermeintliche Retter der Kinder aus dem Kinderhandel, trägt eine Freimaurer-Krawatte, sieht dem Sexualstraftäter "Timothy Ray Ballard" verblüffend ähnlich. Tim Ballard arbeitet mit Henry Kissinger zusammen und scheint Mitglied des Geheimbundes der Tempelritter zu sein, wie auch Jim Caviezel. Der Schauspieler Jim Caviezel macht offen die Zeichen der Sekte und trifft sich mit dem Papst."

Mutmaßliche und zum Teil tatsächlich angeklagte Menschenhändler, Kindesentführer sowie Sexualstraftäter drehen einen Film über Kindesentführung und Sexhandel. ... Kann man da noch an Zufälle glauben?

Ebenso ist kein unwesentliches Detail, daß die oben genannte, von Ballard ins Leben gerufene Operation Underground Railroad, kurz O.U.R., unter dem Verdacht steht, Millionen von Spendengeldern veruntreut zu haben. Anne Gallagher, eine Expertin für internationales Recht im Bereich Menschenhandel, warf O.U.R. zudem vor, daß die Organisation "... alarmierenden Mangel an Verständnis dafür habe, wie ausgeklügelte kriminelle Menschenhandelsnetzwerke angegangen und zerschlagen werden müssen ..." und bezeichnete die Arbeit der Organisation als "arrogant, unethisch und illegal".

Tatsächlich mußte Ballard im Sommer 2023 die Organisation nach einer internen Untersuchung und Vorwürfen sexuellen Fehlverhaltens, die von mehreren Mitarbeitern gegen ihn erhoben worden waren, verlassen. Dies, nachdem er 2022 noch ein Gehalt und eine Vergütung in Höhe von mehr als einer halben Million Dollar erhielt.

Zurück zum Film: Der bekannte Journalist und Gründer der Webseite StopWorldControl.com David Sorensen kritisiert die Enthüllungsmöglichkeiten des Filmes über den internationalen Kinderhandel wie folgt: "Sound of Freedom zeigt, wie dies (meint Kinderhandel etc.) tief in den Dschungeln Südamerikas geschieht, zum Beispiel durch das mexikanische Kartell. Das ist zwar wahr, aber es ist keineswegs die ganze Geschichte.

Wenn die Welt glaubt, daß dies nur von Kriminellen im Dschungel geschieht, dann wird sie nie verstehen, daß es in Wirklichkeit in den hohen und erhabenen Wolkenkratzern von New York, in den offiziellen Regierungsgebäuden von Washington DC, in den historischen architektonischen Meisterwerken von London, in den schönen Schlössern Europas, in den glänzenden Konferenzzentren von Davos und so weiter geschieht."

Weiter erklärt Sorensen, und das ist von außerordentlicher Wichtigkeit: "Was mich jedoch

traurig stimmt, ist, daß der Film in keiner Weise enthüllt - oder auch nur andeutet - wer die wahren Schuldigen im internationalen Kinderhandel sind. Im Grunde lenkt er die Aufmerksamkeit von denjenigen ab, die wirklich für die Entführung, den Mißbrauch, die Folter und die Ermordung von Kindern weltweit verantwortlich sind."

David Sorensen sieht klar, daß der Film die wahren Greuertaten sowie die Täter dahinter niemals preisgeben wird.

Und weitaus folgenschwerer ist, "Sound of Freedom" scheint nicht nur die wahren Täter zu verschleiern, es besteht sogar der dringende Verdacht, daß der Film einem "Kinder-Identifikations-Programm" in die Hände spielt, das 1997 von den Freimaurern ins Leben gerufen wurde. Lois Sasek erklärte, in der bereits genannten Kla.TV-Sendung auf den Reese-Report (investigative Plattform) verweisend, daß es geplant sei, sämtliche Daten der Kinder weltweit zu erfassen. Dies sei eine Vorstufe vom Chip unter der Haut.

(Ausschnitt aus der Sendung kla.tv/26810 - Minute: 0:54:17 - 0:55:42) "Laut dem Reese-Report sind an dem Programm dubiose Organisationen beteiligt wie z.B. die "Clinton Global Initiative" oder die "Podesta Group", die berüchtigten pädophilen Kunstsammler des WikiLeaks-Podesta-E-Mail-Skandals ... Der Reese-Report enthüllt auch, daß die Angel Studios, die den Film "Sound of Freedom" produzierten, auf dieselben Gruppen als Hilfeorganisationen verweisen, die im Verdacht stehen, in die kriminelle Seite des Kinderhandels verwickelt zu sein wie die Clintons und Podestas.

Nachdem diese Kinder-Datenbank ins Leben gerufen wurde, nahm der Menschenhandel zu. Innerhalb von neun Jahren stieg der Umsatz der Menschenhandelsindustrie von etwa 30 Milliarden Dollar auf 150 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Whistleblowerin aus der Regierung, Tara Lee Rodas, sagte aus, daß die US-Regierung unter dem Vorwand von Kinderschutzprogrammen in Kinderhandel verwickelt sei. Sollen das also wirklich unsere Messiasse sein? Jim Caviezel spielte ja auch den Messias, den sie übel hergerichtet haben ... Jesus mit einem Auge und mit der Baphomet-Handstellung am Kreuz hängend ... Alles nur Zufälle?"

So lange Caviezel mit zuvor genannten Produzenten und Finanziers des Films zusammenarbeitet, können Zweifel an seiner Aufrichtigkeit nicht ausgeräumt werden, selbst wenn er gleichzeitig Interviews mit Aufklärungssendern wie rumble.tv über z.B. Adrenochrom ("Verjüngungs-Cocktail" elitärer Kreise aus Blut von gefolterten Kindern) gibt.

Auffallend ist: Filmproduzenten, Prominente und Schauspieler, die tatsächlich den Mut hatten, grausame Geheimnisse von Greuertätern aufzudecken, mußten dafür mit ihrem Leben bezahlen. Weiter berichtet Lois Sasek in ihrer Sendung (kla.tv/26810) darüber, wie erstklassige Filmproduzenten auf merkwürdige Weise plötzlich ums Leben kamen, nachdem sie Namen und Geheimnisse "elitärer" Kreise preisgegeben hatten, die abscheuliche Taten an Kindern begehen.

Fazit: Es ist gut und wichtig, daß "Sound of Freedom" das gewichtige Thema "Kinderhandel und -Mißbrauch" aufgreift. Aber dennoch empfiehlt es sich, einen genaueren Blick auf dieses Filmwerk zu werfen und die geschilderten Hintergründe sowie die vorgestellten Informationen über die Macher des Filmes sorgfältig zu bewegen. Denn es besteht auch die Gefahr, daß die Zuschauer des Filmes geneigt sein könnten sich zurückzulehnen, im Glauben, daß durch den Film und genannte Organisationen bereits etwas für die armen Kinder getan wird.

Daß dies jedoch keineswegs der Fall ist, zeigt die jüngste Kla.TV Dokumentation "Blutsekte II, 111 Opfer, 50 Zeugen und 50 Täter" von Lois Sasek auf (www.kla.tv/27211). Sehen Sie auch Blutsekte I mit den Stimmen von vielen anderen Opfern und Zeugen. Denn diese aufwendig recherchierten Dokumentationen mit Hunderten von Quellenbelegen, zeigen die wahren Hintergründe des Kinderhandels auf. Die Opfer und Zeugen selber weisen auf die weit verbandelten Täter-Ringe und Strukturen hin. ...

Wenn in diesem Kinofilm also wahre Dinge und Mißstände aufgezeigt werden, ohne ihnen

dabei auf den Grund zu gehen, wer die Verursacher und Täter dieser pädokriminellen Verbrechen sind, kommt es einem Infokrieg gleich, in dem zwar eine gewisse Aufklärung vorgetäuscht wird, aber der Zuschauer im gleichen Zuge von dem abgelenkt wird, was buchstäblich vor seiner Nase passiert.

Lassen Sie sich nicht täuschen, verfolgen Sie die Spur des Geldes und fragen Sie ihr Herz. Oder, um mit den Worten von David Sorensen abzuschließen: "Möge die Welt wirklich aufwachen. Möge das Böse wirklich aufgedeckt werden. Mögen diesen Monstern Gerechtigkeit widerfahren, im Namen des Allerhöchsten, des Schöpfers allen Lebens. Möge die Wahrheit in unserer Welt leuchten. Mögen die Menschen aus ihrem Schlummer erwachen. Mögen die Kinder überall auf der Welt wirklich befreit werden. Und mögen sich die Sprecher der ECHTEN Wahrheit in unserer Welt erheben ..." <<

07.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. November 2023 (x1.348/...): >>>Die Westminster-Erklärung: Flammender Appell gegen die Abschaffung der Meinungsfreiheit

Von *Herbert Ludwig*

Seit dem 18. Oktober 2023 steht im Netz ein flammender Appell zur Verteidigung der Meinungsfreiheit als Grundlage einer freien Gesellschaft, der als "Westminster-Erklärung" von 137 Journalisten, Künstlern, Autoren, Aktivisten, Technologen und Wissenschaftlern aller politischen Richtungen unterzeichnet ist.

In weltweit höchster Not geht es darum, den endgültigen Sturz in den Totalitarismus abzuwenden. Sie beschreiben eindringlich die breiten Techniken der Unterdrückung und wie die Zensur im Namen des "Schutzes der Demokratie" das System der Repräsentation in ein System der ideologischen Kontrolle von oben nach unten verwandelt. "Der Angriff auf die Meinungs- und Redefreiheit ... ist eine Krise der Menschheit selbst."

Unter den Unterzeichnern befinden sich die Frauenrechtlerin und Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali, der widerrechtlich inhaftierte Wikileaks-Gründer Julian Assange, der britische Historiker Niall Ferguson, der Psychologe Jordan B. Peterson, der im russischen Exil lebende Whistleblower Edward Snowden, der frühere griechische Minister Yanis Varoufakis, Filmregisseur Oliver Stone, der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, der US-Wissenschaftler Robert W. Malone, die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, der Journalist Dirk Pohlmann. (hl)

Die Westminster-Erklärung

"Wir schreiben als Journalisten, Künstler, Autoren, Aktivisten, Technologen und Wissenschaftler, um vor der zunehmenden internationalen Zensur zu warnen, die jahrhundertalte demokratische Normen zu untergraben droht.

Wir kommen von links, rechts und aus der Mitte und sind uns einig in unserem Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten und zum Recht auf freie Meinungsäußerung, und wir sind alle zutiefst besorgt über die Versuche, geschützte Meinungsäußerungen als "Fehlinformation", "Desinformation" und mit anderen schlecht definierten Begriffen zu bezeichnen.

Dieser Mißbrauch dieser Begriffe hat zur Zensur von Bürgern, Journalisten und Dissidenten in Ländern auf der ganzen Welt geführt.

Ein solcher Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt eine ernsthafte Diskussion über Angelegenheiten von dringendem öffentlichem Interesse und untergräbt die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie.

Weltweit arbeiten staatliche Akteure, Social-Media-Unternehmen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen verstärkt daran, die Bürger zu überwachen und ihnen ihre Stimme zu nehmen. Diese groß angelegten und koordinierten Bemühungen werden manchmal als "industrieller Zensurkomplex" bezeichnet.

Dieser Komplex wird oft durch direkte Regierungsmaßnahmen betrieben. In Indien und der

Türkei haben die Behörden die Befugnisse erlangt, politische Inhalte aus den sozialen Medien zu entfernen. Der Gesetzgeber in Deutschland und der Oberste Gerichtshof in Brasilien kriminalisieren politische Äußerungen. In anderen Ländern drohen Maßnahmen wie das irische "Hate Speech-Gesetz", das schottische "Hate Crime-Gesetz", das britische "Online Safety-Gesetz" und das australische "Mißinformations-Gesetz" die Meinungsfreiheit stark einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Der industrielle Zensurkomplex arbeitet jedoch mit subtileren Methoden. Dazu gehören die Filterung der Sichtbarkeit, die Kennzeichnung und die Manipulation von Suchmaschinenergebnissen. Durch Deplatforming und Tagging haben die Zensoren der sozialen Medien bereits legitime Meinungen zu Themen von nationaler und geopolitischer Bedeutung zum Schweigen gebracht. Sie taten dies mit voller Unterstützung der "Desinformationsexperten" und "Faktenprüfer" in den Mainstream-Medien, die die journalistischen Werte der Debatte und intellektuellen Auseinandersetzung aufgegeben haben.

Wie die Twitter-Affäre (Twitter Files) gezeigt hat, üben Technologieunternehmen in Absprache mit Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen häufig eine zensorische "Inhaltsmoderation" aus. Bald wird die EU-Gesetzgebung zu digitalen Diensten diese Beziehung formalisieren, indem Plattformdaten an "überprüfte Forscher" aus dem NGO- und Wissenschaftsbereich weitergegeben werden.

Einige Politiker und Nichtregierungsorganisationen zielen sogar auf Ende zu Ende verschlüsselte Messaging-Apps wie WhatsApp, Signal und Telegram ab. Wenn die Ende zu Ende Verschlüsselung aufgehoben wird, haben wir keine Möglichkeit mehr, vertrauliche Gespräche in der digitalen Sphäre zu führen.

Obwohl ausländische Desinformation zwischen Staaten ein echtes Problem ist, werden Behörden, die diese Bedrohungen bekämpfen sollen, wie die Cybersecurity and Infrastructure Security Agency in den Vereinigten Staaten, zunehmend gegen die Öffentlichkeit gerichtet. Unter dem Deckmantel der Schadensvermeidung und des Wahrheitsschutzes wird die Meinungsäußerung als erlaubte Handlung und nicht als unveräußerliches Recht behandelt.

Wir erkennen an, daß Worte manchmal Anstoß erregen können, aber wir lehnen die Vorstellung ab, daß verletzte Gefühle und Unbehagen, selbst wenn sie akut sind, einen Grund für Zensur darstellen. Ein offener Diskurs ist der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft und unerlässlich, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, schwache Gruppen zu stärken und die Gefahr von Tyrannei zu verringern.

Der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur für Ansichten, denen wir zustimmen, sondern wir müssen auch die Ansichten schützen, die wir entschieden ablehnen. Nur in der Öffentlichkeit können diese Meinungen gehört und angemessen angefochten werden.

Darüber hinaus haben sich unpopuläre Meinungen und Ideen immer wieder als Allgemeinwissen durchgesetzt. Wenn wir bestimmte politische oder wissenschaftliche Positionen als "Fehlinformation" oder "Desinformation" abtun, laufen unsere Gesellschaften Gefahr, in falschen Paradigmen stecken zu bleiben, die der Menschheit hart erarbeitetes Wissen vorenthalten und die Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen, zunichte machen. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist unsere beste Verteidigung gegen Desinformation.

Der Angriff auf die Redefreiheit ist nicht nur eine Frage verzerrter Regeln und Vorschriften - es ist eine Krise der Menschheit selbst. Jede Kampagne für Gleichheit und Gerechtigkeit in der Geschichte hat sich auf ein offenes Forum für abweichende Meinungen gestützt. In zahllosen Beispielen, darunter die Abschaffung der Sklaverei und die Bürgerrechtsbewegung, hing der gesellschaftliche Fortschritt von der Meinungsfreiheit ab.

Wir wollen nicht, daß unsere Kinder in einer Welt aufwachsen, in der sie Angst haben müssen, ihre Meinung zu sagen. Wir wollen, daß sie in einer Welt aufwachsen, in der ihre Ideen

offen geäußert, erforscht und diskutiert werden können - eine Welt, die den Gründern unserer Demokratien vorschwebte, als sie das Recht auf freie Meinungsäußerung in unseren Gesetzen und Verfassungen verankerten.

Der erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Recht auf Meinungs-, Presse- und Gewissensfreiheit gesetzlich verankert werden kann. Man muß nicht in allen Fragen mit den USA übereinstimmen, um anzuerkennen, daß dies eine wichtige "erste Freiheit" ist, aus der sich alle anderen Freiheiten ableiten. Nur durch die Meinungsfreiheit können wir Verletzungen unserer Rechte anprangern und für neue Freiheiten kämpfen.

Es gibt auch einen klaren und soliden internationalen Schutz der Meinungsfreiheit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)(11) wurde 1948 als Reaktion auf die Greueltaten des Zweiten Weltkriegs verfaßt. Artikel 19 der AEMR besagt: "Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Während es für Regierungen notwendig sein kann, einige Aspekte der sozialen Medien zu regulieren, wie z.B. Altersbeschränkungen, sollten diese Regulierungen niemals das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung verletzen.

Wie in Artikel 19 klargestellt wird, ist die logische Folge des Rechts auf freie Meinungsäußerung das Recht auf Information. In einer Demokratie hat niemand ein Monopol auf das, was als wahr angesehen wird. Vielmehr muß die Wahrheit durch Dialog und Debatte gefunden werden - und wir können die Wahrheit nicht finden, ohne die Möglichkeit des Irrtums zuzulassen.

Die Zensur im Namen des "Schutzes der Demokratie" verkehrt das System der Repräsentation, das von unten nach oben verlaufen sollte, in ein System der ideologischen Kontrolle von oben nach unten. Diese Zensur ist letztlich kontraproduktiv: Sie sät Mißtrauen, fördert die Radikalisierung und delegitimiert den demokratischen Prozeß.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit waren in der Geschichte der Menschheit stets Vorbote für Angriffe auf alle anderen Freiheitsrechte. Regime, die die Meinungsfreiheit untergraben, haben unweigerlich auch andere demokratische Grundstrukturen geschwächt und beschädigt. Ebenso untergraben die Eliten, die heute auf Zensur drängen, die Demokratie. Was sich jedoch geändert hat, sind das Ausmaß und die technischen Mittel, mit denen Zensur durchgesetzt werden kann.

Wir glauben, daß die Meinungsfreiheit wesentlich ist, um unsere Sicherheit vor staatlichem Machtmißbrauch zu gewährleisten - einem Machtmißbrauch, der in der Vergangenheit eine weitaus größere Bedrohung darstellte als die Äußerungen von Einzelpersonen oder sogar organisierten Gruppen. Im Interesse des Wohlergehens und der Entwicklung der Menschheit rufen wir zu folgenden drei Maßnahmen auf.

- Wir fordern die Regierungen und internationalen Organisationen auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht zu werden und Artikel 19 der AEMR einzuhalten.
- Wir fordern die Technologieunternehmen auf, sich zum Schutz der digitalen Öffentlichkeit im Sinne von Artikel 19 der AEMR zu verpflichten und von politisch motivierter Zensur, der Zensur abweichender Stimmen und der Zensur politischer Meinungen Abstand zu nehmen.
- Schließlich rufen wir die breite Öffentlichkeit auf, sich uns im Kampf für die Wahrung der demokratischen Rechte der Menschen anzuschließen. Es genügt nicht, die Gesetzgebung zu ändern. Wir müssen auch von Grund auf eine Atmosphäre der Meinungsfreiheit schaffen, indem wir das Klima der Intoleranz zurückweisen, das zur Selbstzensur ermutigt und vielen unnötige persönliche Probleme bereitet. Anstelle von Angst und Dogmatismus müssen wir Fragen und Debatten zulassen.

Wir verteidigen das Recht, Fragen zu stellen. Hitzige Debatten, auch wenn sie Unruhe stiften, sind besser als gar keine.

Zensur beraubt uns des Reichtums des Lebens selbst. Meinungsfreiheit ist die Grundlage für ein sinnvolles Leben und eine blühende Menschheit - durch Kunst, Poesie, Drama, Geschichten, Philosophie, Gesang und vieles mehr.

Diese Erklärung ist das Ergebnis eines ersten Treffens von Verfechtern der Meinungsfreiheit aus der ganzen Welt, das Ende Juni 2023 in Westminster, London, stattfand. Als Unterzeichner dieser Erklärung haben wir grundlegende politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten. Aber nur wenn wir uns zusammentun, können wir die eindringenden Kräfte der Zensur besiegen, damit wir weiterhin offen debattieren und uns gegenseitig herausfordern können. Im Geiste der Meinungsverschiedenheiten und der Debatte unterzeichnen wir die Westminster-Erklärung."

Übersetzung: Micha Narberhaus, The Protopia Lab

Anmerkung: Aus jeder Zeile des eindringlichen Freiheits-Appells spricht die dringende Notwendigkeit, die Medien vollkommen unabhängig von den Wirtschafts- und Finanzkräften einerseits und den politischen Kräften andererseits zu machen. Sie müssen Teil eines freien, selbstverwalteten Kultur- und Geisteslebens sein, das dem auf das reine Rechtsleben reduzierten Staat und einem selbständigen, von einem Rechtsrahmen eingefassten Wirtschaftsleben gegenüber steht. Dies hat Rudolf Steiner bereits 1919 mit seiner Forderung nach einer "Dreigliederung des Sozialen Organismus" geltend gemacht, wenn solche Entwicklungen verhindert werden sollen. (hl) ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. November 2023 (x1.345/...):
>>**EU-Arzneimittelbehörde bestätigt: Biontech unterschlug Hinweis auf DNA-Stücke im Impfstoff**

Biontech hat beim Zulassungsverfahren offenbar wichtige Informationen unterschlagen. Das geht aus neuen Recherchen amerikanischer Medien hervor. Es geht um nachgewiesene DNA-Reste im Impfstoff, die dort nicht sein sollten - und erst von Biontech bestätigt wurden, als die Europäische Arzneimittelbehörde aktiv danach fragte.

Larissa Fußler

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat bestätigt, daß Biontech beim Zulassungsantrag für den eigenen Corona-Impfstoff nicht erwähnte, daß das Vakzin die DNA-Sequenz "SV40" enthalte. Das berichtet die amerikanische Epoch Times. Demnach habe Biontech die Sequenz für einen "nicht-funktionellen Teil" der DNA gehalten, also für einen Abschnitt, der keine biologischen Prozesse im Körper auslöst. Dies habe das Unternehmen inzwischen auf Nachfrage der EMA erklärt.

Laut der Arzneimittelbehörde sei die SV40-Sequenz ein üblicher Bestandteil von DNA-Molekülen (sogenannte Plasmide), die in der Herstellung von biologisch aktiven Substanzen verwendet werden. Ihre Präsenz sei aber unbedenklich, da die DNA-Abschnitte während des Herstellungsprozesses zerstückelt und entfernt würden, so die Behörde. Doch an dieser Einordnung gibt es begründete Zweifel von verschiedenen Mikrobiologen - dazu später mehr.

Daß der Biontech-Impfstoff DNA-Reste, darunter die SV40-Sequenz, enthält, ist in den vergangenen Monaten weltweit von verschiedenen Mikrobiologen nachgewiesen worden (Apollo News berichtete). Erst im Oktober hatte auch die kanadische Gesundheitsbehörde gegenüber Epoch Times bestätigt, daß der Biontech-Impfstoff die SV40-Sequenz enthalte. Man erwarte von Herstellern bereits beim Zulassungsantrag die Identifikation jeder biologisch funktionellen DNA-Sequenz im Impfstoff, so die Behörde. Dies habe Pfizer (der amerikanische Kooperationspartner von Biontech) jedoch nicht geleistet.

DNA aus einem Affenvirus

Bei der SV40-Sequenz handelt es sich um einen Abschnitt aus der DNA des Simian-Virus 40,

einem Erreger, der erstmals in Affen entdeckt wurde und daher auch als Affenvirus 40 bekannt ist. In den 1960er Jahren löste das Virus einen Skandal aus, weil es als bisher unbemerkte Verunreinigung in Impfstoffen gegen Kinderlähmung und Adenoviren ausgemacht worden war. Allein in den USA wurden damals über 98 Millionen Amerikaner mit dem kontaminierten Impfstoff geimpft. Dies löste große Besorgnis aus, weil das Virus nachweislich krebserregend ist und beispielsweise bei Injektion in neugeborene Hamster Tumore auslöste. Nachträgliche Untersuchungen der Geimpften konnten jedoch kein erhöhtes Krebsrisiko durch den kontaminierten Impfstoff feststellen.

Auch in Bezug auf den Biontech-Impfstoff warnen verschiedene amerikanische Wissenschaftler davor, daß die SV40-Sequenz potentiell krebserregend sei. Der amerikanische Mikrobiologe und Pharmazie-Professor Dr. Phillip Buckhaults, der als einer der ersten die DNA-Reste in Corona-Impfstoffen nachwies (Apollo News berichtete), erklärte gegenüber Epoch Times, daß von der SV40-Sequenz, wie bei allen DNA-Molekülen, die in den Zellkern gelangen, ein "geringes Risiko" ausgehe, daß es Krebs auslöse.

Man müsse, so Buckhaults weiter, sich in Bezug auf den Biontech-Impfstoff im Klaren sein, daß dort nur ein kleiner Abschnitt der Virus-DNA enthalten sei - jedoch nicht der nachweislich krebserregende Teil des Erregers. Somit sei das Krebsrisiko des DNA-Abschnitts wesentlich geringer als das des ganzen Virus.

DNA-Fragmente laut Wissenschaftlern potentiell krebserregend

An anderer Stelle hatte Buckhaults, der sich auf die genetischen Ursachen von Krebserkrankungen spezialisiert hat, erläutert, daß das Krebsrisiko von kurzen DNA-Sequenzen im Corona-Impfstoff dadurch begründet sei, daß die genetische Information bei den mRNA-Impfstoffen durch den Einschluß in sogenannte Nanopartikel direkt in die Zelle und den Zellkern gelangen könne.

Dies ist bei dem Impfstoff beabsichtigt, um mRNA, die schließlich zur Produktion des gewünschten Spike-Proteins führt, in den Bereich der Zelle zu bringen, an dem die für diesen Prozeß entscheidende Protein-Produktion stattfindet. Durch diesen Prozeß könnten laut Buckhaults aber auch ungewollt kleine DNA-Abschnitte in die Zelle gelangen und sich so potentiell in die dort vorhandene körpereigene DNA des Geimpften integrieren.

Teilt sich die Zelle, wird die DNA dann mitsamt der nun integrierten, körperfremden DNA weitergegeben. Abhängig von der Stelle der DNA, an der sich die körperfremde DNA integriere, könne diese Veränderung der genetischen Information fatale Folgen haben. Beispielsweise könne sie Gene aktivieren, die Krebs verursachen oder Gene blockieren, deren Aufgabe es ist, eine Krebsbildung zu verhindern. Dies würde, so Buckhaults, zwar nur selten passieren, es sei jedoch durchaus möglich.

Zweifel an der Unbedenklichkeitserklärung der EMA

Ähnliches gilt laut Buckhaults also auch für die nachweislich im Impfstoff enthaltene SV40-Sequenz. Daß dieses theoretische Krebsrisiko jedoch auch praktisch zu Krebs führe, sei laut dem Wissenschaftler bisher nicht erwiesen. Ob die DNA-Sequenz allerdings tatsächlich so unbedenklich ist, wie von der EMA behauptet, kann nichtsdestotrotz bezweifelt werden.

Dieser Meinung ist auch der kanadische Mikrobiologie-Professor Dr. Patrick Provost. Gegenüber Epoch Times erläuterte er, daß die DNA-Reste - anders als von der EMA beteuert - nicht durch Zerkleinerung unschädlich gemacht werden. So seien durch die Untersuchungen von Dr. Buckhaults DNA-Abschnitte im Corona-Impfstoff nachgewiesen worden, die bis zu 100 Basenpaare (Bestandteile der DNA) lang waren. Die diskutierte SV40-Sequenz sei wiederum nur 72 Basenpaare lang, könnte also vollständig und dementsprechend funktionsfähig in den Impfstoffen enthalten sein.

Es brauche nur eine falsche Integration dieses DNA-Abschnitts an der falschen Stelle in einer einzigen Zelle, um einen krebserregenden Prozeß und gegebenenfalls den Tod einer Person

auszulösen, erklärt der Wissenschaftler. Ob es sich nun nur um potentielle oder tatsächliche Risiken handelt - in jedem Fall ist es erschreckend, daß Biontech erst auf Nachfrage die Existenz von DNA-Partikeln in ihren Impfstoffen mitteilt, obwohl das Unternehmen von Anfang an dazu verpflichtet gewesen wäre.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. November 2023 (x1.344/...): >>**An jedem Tag werden in Deutschland mindestens 2 Frauen oder Mädchen Opfer von Massenvergewaltigungen**

An jedem Tag werden in Deutschland mindestens 2 Frauen oder Mädchen Opfer von Massenvergewaltigungen - 2022 waren es insgesamt 789 solcher Fälle.

Die Hälfte der Täter stammt aus Syrien, Afghanistan, Irak und einigen weiteren Ländern, die andere Hälfte hat die deutsche Staatsbürgerschaft inne. An dieser Stelle wird die Verwässerung der polizeilichen Kriminalstatistik offensichtlich: Denn wer die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, wird in der Statistik nicht etwa als Migrant, sondern als Deutscher geführt. Gleichzeitig kann ein solcher Straftäter nicht abgeschoben werden - der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft ist nicht vorgesehen.

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel teilte dazu heute mit:

"Statt das Einbürgerungsrecht noch weiter aufzuweichen, ist eine Verschärfung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Deutschland geboten. Der Automatismus, Straftäter deshalb nicht abzuschieben, weil sie eben auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist aufzuheben. Statt dessen ist eine Senkung der Hürden zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft auf den Weg zu bringen. Besonders hinsichtlich immer weiter ansteigender Sexualstraftaten muß der Schutz der Bürger endlich oberste Priorität haben."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. November 2023 (x1.344/...): >>**Wertvoller als Gold: Zwei Drittel der Bürgergeld-Empfänger ohne deutschen Paß!**

Wer sich ab und zu fragt, wo die ganzen "Fachkräfte" geblieben sind, die seit acht Jahren nach Deutschland kommen: Viele genießen ihre Freizeit. Und wer sich dann fragt, warum er aber wieder aufgestanden und zur Arbeit gegangen ist: Um genau das zu bezahlen.

Fast zwei Drittel der Bürgergeld-Bezieher mit Kindern haben keine deutsche Staatsangehörigkeit - aber dafür eine große Familie. Und mit Wohn- und Kindergeld sowie der monatlichen Geldspritze vom Jobcenter lohnt es sich deutlich mehr, zu Hause zu bleiben, als einer geregelten Beschäftigung nachzugehen. Die Ampelregierung leistet auch weiterhin ganze Arbeit, wenn es darum geht, rechtschaffenden Bürgern den letzten Euro aus der Tasche zu ziehen und umzuverteilen.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind eindeutig: Von den 550.000 Bürgergeld-Empfängern mit Familie kommen fast 120.000 aus Nicht-EU-Ländern wie Syrien, Afghanistan, der Türkei, Irak, Iran, Georgien, Somalia oder Rußland. Knapp 86.000 sind Ukrainer, weitere knapp 55.000 kommen aus der EU. Es ist der blanke Hohn für jeden, der in diesem Land noch Steuern zahlt und versucht, Kraft seiner Hände Arbeit über die Runden zu kommen.

Kein Wunder, denn die Initiatoren des Neubürgergeldes haben zumeist selbst nie wirklich arbeiten müssen - weil sie direkt aus dem Hörsaal (mit Abschluß oder ohne) bei den etablierten Parteien untergekommen und nun in der Regierung gelandet sind. Zeit für die blaue Wende: Stoppen wir die Alimentierung von Neubürgern - indem wir sämtliche Geldleistungen für Migranten in Sachleistungen umwandeln. Damit sich arbeiten gehen für jeden wieder lohnt!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27386" berichtet am 7. November 2023 (x1.343/...): >>**"Klimakatastrophe" durch künstliche Wettermanipulationen**
Künstliche Eingriffe in die Wetterkonstellationen haben nach Experten-Aussagen schwerwie-

gende Auswirkungen auf Umwelt und Menschheit. Soll die weltweite Klimaerwärmungs-Panikmache von den fatalen Folgen experimenteller Wettermanipulationen ablenken?

Das englische Magazin Daily Mail berichtete am 1.7.2023 von Plänen des Weißen Hauses, das Sonnenlicht zur Verhinderung einer Klimaerwärmung künstlich abzuschirmen. Eine solche menschengemachte Maßnahme wird als Solar Radiation Modification (SRM) bezeichnet. Der US-Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy interviewte zu diesem Thema kürzlich Dane Wigington, den Gründer von [geoengineering watch.org](http://geoengineeringwatch.org).

Laut Wigington finden solche gezielten Wettermanipulationen, Geoengineering genannt, schon seit ca. 70 Jahren weltweit statt. Diese künstlichen Eingriffe haben seiner Ansicht nach zunehmend schwerwiegende Auswirkungen auf die weltweiten Wettermuster und damit generell auf die Landwirtschaft sowie auf die biologische Vielfalt und die menschliche Gesundheit. Dient die weltweite Panikmache vor einer Klimaerwärmung eher dazu, die Menschheit von den spürbaren fatalen Folgen solcher experimentellen Wettermanipulationen abzulenken?<<

08.11.2023

BRD: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 8. November 2023 (x1.347/...):

>>"Diesen Stein will keiner ins Rollen bringen"

Neue Dokumente bestätigen: Pfizer nutzte zwei unterschiedliche Verfahren, um die Corona-Präparate herzustellen. Eines war sauber und teuer und kam im Zulassungsverfahren zur Anwendung. Das andere war billig, führte zu verunreinigten Injektionen und einer massiv erhöhten Zahl schwerer Nebenwirkungen. Der so erzeugte Stoff wurde an die übrige Weltbevölkerung verimpft. Der Mediziner Florian Schilling erklärt, warum aus diesem Grund "jede rechtsgültige Einverständniserklärung von Geimpften hinfällig" ist. (mit Korrektur und Ergänzung 9.11.)

PAUL SCHREYER

Multipolar: Worüber wir heute sprechen, ist in seiner Tragweite kaum faßbar. Aus internen Pfizer-Dokumenten geht hervor, daß im Rahmen der Zulassungsstudie für die Corona-Präparate andere Stoffe getestet wurden, als man später an die Bevölkerung verabreichte. Sie, Herr Schilling, wiesen kürzlich in einem ausführlichen Beitrag darauf hin.

Die israelischen Forscher Joshua Guetzkow und Retsef Levi haben den Sachverhalt zuerst öffentlich bekannt gemacht, die beiden haben die Pfizer-Dokumente, die seit längerer Zeit Stück für Stück in langwierigen Verfahren freigelegt werden, gesichtet und in einem Brief, der im British Medical Journal im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, den Skandal geschildert. Bislang ohne nennenswerten Widerhall in der Öffentlichkeit. Niemand berichtet. Sie selbst haben ebenfalls erst kürzlich davon erfahren.

Zum Sachverhalt: Den Dokumenten zufolge gab es zwei grundsätzlich verschiedenartige Herstellungsverfahren. Pfizer nennt die beiden Verfahren intern "Process 1" und "Process 2". "Process 1" ist das Verfahren, mit dem die Präparate hergestellt wurden, die den 22.000 Probanden im Zulassungsverfahren gespritzt wurden.

Auf den Daten dieser Personen basieren die Aussagen zur Wirksamkeit und zu den Nebenwirkungen der Injektionen. Für den weltweiten Verkauf aber wurde dann - das ist neu - ein ganz anderes Herstellungsverfahren, "Process 2", genutzt. Entscheidend dabei: Die Stoffe, die mit "Process 2" hergestellt und weltweit vermarktet wurden, haben ein dramatisch anderes Wirksamkeits- und Sicherheitsprofil, als die "Process 1-Präparate" aus dem Zulassungsverfahren. Können Sie zunächst in einfachen Worten schildern, worin sich die beiden Herstellungsverfahren unterscheiden?

Schilling: Das in den Zulassungsstudien verwendete Verfahren ist ein steriles Verfahren. Das ist rein in vitro. Das heißt, die RNA wird hier maschinell vervielfältigt mittels PCR. Der Vorteil ist, daß es keine Kontaminationen geben kann. Wir erhalten ein hochreines Produkt, das

im wesentlichen erstmal aus RNA besteht. Das andere Verfahren, das für die Bevölkerung zum Einsatz kam, basiert darauf, daß die RNA nicht steril maschinell kopiert wird, sondern von Bakterien.

Multipolar: Daß die Corona-Präparate mit Hilfe von Bakterien erzeugt wurden, haben zu Beginn der Impfkampagne, im Februar 2021, auch die Medien berichtet. In der ARD kam damals ein Sprecher der Pharmaindustrie zu Wort, der zum Herstellungsprozeß erklärte, daß die von Bakterien vervielfältigte RNA zunächst umgeben sei von "DNA und vielen anderen Enzymen und weiteren Faktoren" und man sie deshalb "erstmal super reinigen" müsse von diesen unerwünschten bakteriellen Stoffen.

Der Spiegel erklärte das Verfahren damals auch und beruhigte aber: "Das staatliche Paul-Ehrlich-Institut prüft Stichproben und überwacht die Produktionsstätten." Die Information, die damals an die Öffentlichkeit ging, war also: Das ist ein neuartiges Verfahren. Da muß man das Präparat erst einmal sehr genau reinigen, was aber überhaupt kein Problem ist. Das Paul-Ehrlich-Institut überprüft alles. Doch zurück zum Verfahren: Die RNA wird mit Hilfe von Bakterien kopiert, was passiert da genau?

Schilling: Diese Bakterien werden mit dem gewünschten Genom versehen. Das wird implantiert in das Genom dieser Bakterien. Die Teilung der Bakterien kann man ja gezielt anregen, das ist dieser Bioreaktor, von dem gesprochen wird. Bei jeder Teilung wird jetzt das Zielgenom mitkopiert, mitvervielfältigt. Am Schluß werden die Bakterien getötet, lysiert, und das gewünschte Genom durch einen Reinigungsprozeß entnommen.

Der Nachteil des Verfahrens liegt auf der Hand: Wir haben nicht von vornherein steriles Material, sondern müssen dieses massiv mit bakteriellen Komponenten kontaminierte Material auf einen sterilen Status bringen. Das ist extrem aufwendig, vor allem in der Größenordnung, von der wir hier sprechen, in dieser Skalierung, in der die Produktion erfolgt ist. Ganz offensichtlich gibt es hier erhebliche Qualitätsdefizite.

Multipolar: Es liegen Dokumente von der EMA vor, der Europäischen Arzneiaufsicht, die für die Zulassung der Präparate Ende 2020 zuständig war, aus denen hervorgeht, daß die EMA von Anfang an darüber Bescheid wußte, daß es in dieser Hinsicht große Probleme gibt. Stichwort: RNA-Integrität in den Impfstoffen. Was steht in diesen Dokumenten? Was hat die EMA damals bemängelt? Und was ist dann Ende 2020 kurz vor der Zulassung passiert?

Schilling: Es wurde hier nach Auslieferung der ersten Chargen, die an die Bevölkerung gehen sollten, festgestellt, daß das Material in diesen Impfstoffen, die Pfizer da geliefert hat, in der Qualität nicht dem entsprach, was aus Stichproben der Zulassungsstudien bekannt war. RNA-Integrität ist schlicht und ergreifend der Zustand dieses RNA-Strangs, der hier in den Nanopartikeln verpackt ist. Exakt das, was es laut Bauplan sein sollte. Es fehlt also nichts und es ist auch nichts drin, was nicht drin sein sollte. Hier wurde festgestellt, daß extrem viele RNA-Fragmente vorhanden sind. Das heißt, dieser genetische Code liegt nicht laut Plan vor, sondern Teilstücke davon, Bruchstücke.

Das Problem dabei ist, daß erstens nicht genau das Protein daraus entsteht, was laut Plan entstehen soll, also in diesem Fall das Spike. Wenn diese Bruchstücke abgelesen werden, entstehen unkontrolliert kleine Proteine, sogenannte Peptide, die man vorher nicht untersucht hat und die auch nicht gewollt sind. Was diese Peptide im Körper machen, ist unbekannt.

Wir haben also zwei Effekte: Erstens wird das eigentlich gewünschte Endprodukt von den Zellen aus solchen Fragmenten nicht mehr hergestellt. Zweitens besteht ein hohes Risiko, daß Proteine produziert werden, die nicht gewollt sind, mit völlig unbekannter Wirkung im Organismus. Das hat die EMA festgestellt und bei Pfizer moniert.

Multipolar: In welcher Größenordnung waren denn die Verunreinigungen, die die EMA damals festgestellt hat?

Schilling: Massiv. Die Vorgabe war, daß hier Abweichungen von der Ziel-RNA im Bereich

von wenigen parts per million (ppm) stattfinden dürfen. Das heißt, eine Häufigkeit von fehlerhaftem Genom im Bereich von etwa eins zu 300.000 bis eins zu einer Million. Das war die Bandbreite, die die EMA im Vorfeld als akzeptabel erklärt hatte. Es stellte sich allerdings heraus, daß die Integrität dramatisch niedriger war. Wir reden hier vom Prozentbereich. Tatsächlich waren nur etwa 55 Prozent der RNA in diesen ersten Chargen intakt. 45 Prozent waren Müll, von dem keiner weiß, was daraus entsteht.

Multipolar: Wie hat die EMA reagiert?

Schilling: Die EMA hat sich mit Pfizer zusammengesetzt, um das zu besprechen. Der Herstellungsprozeß war schon sehr weit fortgeschritten und die ersten Chargen hätten theoretisch komplett vernichtet und der Produktionsprozeß gestoppt werden müssen, bis diese Qualitätsmängel erkannt und behoben sind. Das wäre natürlich von der Impfkampagne her eine Katastrophe gewesen, da man diese auf unbestimmte Zeit hätte verzögern müssen. Und man hätte, wenn das ehrlich kommuniziert worden wäre, auf ganz spezifische Risiken dieser Technologie hinweisen müssen, die im ersten Anlauf dann auch voll zugeschlagen haben.

Deswegen hat sich die EMA damals mit Pfizer darauf verständigt, daß man die Qualitätsstandards lockert. In die Verträge wurde hineingeschrieben, daß es völlig ausreichend ist, wenn 55 Prozent der RNA intakt sind. Also, das, was vorher nicht konform war, wurde jetzt konform gemacht durch eine nachträgliche Anpassung der Lieferverträge.

Multipolar: Soviel zur Professionalität und Unabhängigkeit der EMA.

Schilling: Ja, das ist in sich bereits ein erheblicher Skandal. Was erschwerend hinzukommt, ist, daß keine Untersuchung, keine Forschung nachgeschaltet wurde, welchen Effekt diese RNA-Fragmente denn nun haben. Wenn man sich schon dazu entschließt, dieses Material in die Bevölkerung zu bringen, hätte man sich zumindest die Mühe machen können zu untersuchen, mit welchen Folgen zu rechnen ist.

Führt das zu stärkeren Entzündungsreaktionen? Was für Peptide entstehen hier? Welche Risiken sind damit verbunden? Zumindest einmal groß angelegte Tierversuche hätte ich mir hier schon gewünscht. Es ist aber überhaupt nichts passiert. Man hat hier still und heimlich die Qualitätsstandards gelockert. Die Risiken, die daraus entstehen können - und es war allen Beteiligten klar, daß hier Risiken entstehen können -, hat man ignoriert und nicht weiter ausgeleuchtet.

Multipolar: Es liegen Erkenntnisse von Aufsichtsbehörden vor, ich glaube, in Australien, daß stärker verunreinigte Chargen erheblich nebenwirkungsreicher gewesen sind. Was ist dazu bekannt?

Schilling: Es gibt hier mittlerweile eine Datenbank. Die ist von einer Initiative aus den USA kreiert worden und nennt sich: How bad is my batch? (Wie schlecht ist meine Charge?). Die haben das amerikanische Meldesystem durchforstet, das VAERS. Hier ist es so, daß bei jeder Verdachtsmeldung auf eine Impfnebenwirkung und eine Impfkomplikation, die Chargennummer die verimpft worden ist, in der Meldung mit angegeben werden muß. Wir nehmen das VAERS jetzt mal so, wie es ist. Es hat massive Schwächen, aber das ignorieren wir jetzt einmal.

Das VAERS zeigt, ob sich die Nebenwirkungshäufigkeit gleichmäßig auf alle Chargen verteilt. Hätten die Impfstoffe einen homogenen Qualitätsstandard in der Produktion, müßten die Nebenwirkungen etwa gleich häufig bei jeder Charge auftreten. Die würden ein bißchen streuen, im Endeffekt würde sich aber ein statistisches Mittel finden. Das war nicht der Fall. Was bei dieser Analyse zutage trat, war, daß ein Großteil der Impfkomplikationen von einer geringen Anzahl der Chargen ausgelöst wird.

Wir haben hier die Situation, daß über die Hälfte aller gemeldeten Nebenwirkungen von weniger als 5 Prozent der Chargen verursacht werden. Es gibt hier richtig gefährliche Produktionslinien, bei denen teilweise auch Hunderte Todesfälle für eine einzige Charge gemeldet

wurden. Und es gibt gleichzeitig Chargen, wo so gut wie keine Meldungen vorhanden sind beziehungsweise in einem Schweregrad, der nicht per se hochbedenklich ist.

Jetzt ist natürlich die Frage, wie so etwas sein kann. Angesichts dessen, was wir jetzt erfahren haben, sind es erhebliche Qualitätsdefizite im Herstellungsprozeß. Einmal, daß hier zu viele RNA-Fragmente drin sind, also nicht intakte RNA, und zweitens die Kontamination mit bakteriellen Komponenten inklusive bakterieller DNA. Und das schwankt dann natürlich enorm und erklärt diese massiven Abweichungen in der Nebenwirkungshäufigkeit.

Multipolar: Noch einmal zusammengefaßt: Pfizer hat zwei Herstellungsprozesse. Der zweite Prozeß ist komplett neu entwickelt worden, ist mit sehr vielen Unsicherheiten und Risiken behaftet und das Ergebnis ist nahezu der gesamten Weltbevölkerung verabreicht worden. Das Zulassungsverfahren basiert jedoch auf einem vollkommen anderen Herstellungsprozeß, wo diese Risiken prinzipiell nicht auftreten können. Wie hat Pfizer denn die Wirksamkeit und Sicherheit von diesen verunreinigten, mit "Process 2" hergestellten Injektionen überprüft?

Schilling: Pfizer hat den Zulassungsbehörden versichert, daß zeitversetzt eine interne Qualitätskontrolle dieser bakteriell hergestellten Chargen erfolgen wird. Das sollte so aussehen, daß von jeder Charge, die produziert wird, 250 Personen, die mit dieser Charge geimpft werden, mit einer Referenzgruppe von 250 Impfungen aus der Zulassungsstudie, die das sterile Material erhalten haben, verglichen werden sollen.

Es sollte geschaut werden, ob die Effektivität - wie Antikörperbildung - und Nebenwirkungshäufigkeit und -schwere auf einem vergleichbaren Niveau sind. Das hat Pfizer nur ein einziges Mal durchgeführt. Es gibt nur Daten von exakt einmal 250 Personen. Das war's. Anstatt das auf die anderen Chargen auszudehnen, anstatt daraus einen kontinuierlichen Prozeß zu machen. Das ist Problem Nummer eins.

Problem Nummer zwei: Diese bakteriell hergestellten Chargen wurden nicht an die gleiche Kohorte, von der Zusammensetzung her, verabreicht wie in der Studie. In der Studie haben wir eine gewisse Altersspreizung. Da haben wir auch einen gewissen Anteil an Vorerkrankten, eine sinnvolle Geschlechterverteilung. Die Kohorten sind nicht wahllos zusammengesetzt, sondern es wird versucht, einen gewissen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden. Und das ist bei Verabreichung des bakteriell hergestellten Impfstoffes an diese 250 Personen nicht der Fall gewesen.

Hier hat man bei den Geimpften ausschließlich sehr junge Menschen unter 22 Jahren betrachtet. Was per se bedeutet, daß alles, was hier gemessen wird, sich nicht auf ältere Menschen übertragen läßt, insbesondere nicht auf die Hauptrisikogruppe. Weder die Immunität, die entsteht, noch die Nebenwirkungsrisiken. Und selbst diese 250 hat man nicht mit einer statistisch sinnvollen Referenzkohorte aus den Studien abgeglichen. Es ist auf mehrfacher Ebene ein völlig unzureichender Stichprobenvergleich, der hier durchgeführt worden ist.

Multipolar: Trotz dieses unzureichenden Stichprobenvergleichs, wie Sie sagen, führten diese Injektionen mit den "Process 2-Impfstoffen" nach Pfizers eigenen Angaben zu 40 Prozent mehr schweren Nebenwirkungen. Pfizer kommentiert in den internen Dokumenten, dieses katastrophale Ergebnis wäre "as expected", also "wie erwartet". Das heißt, Pfizer war die Minderwertigkeit und auch die Schädlichkeit des Verfahrens bewußt. Wie verläßlich sind denn diese Zahlen von Pfizer überhaupt?

Schilling: Die sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Und damit meine ich nicht, daß die unrealistisch schlecht sind, eher im Gegenteil. Pfizer selbst registriert ja eine massive Zunahme, insbesondere schwerer Komplikationen. Wir haben es hier aber jetzt mit einer sehr jungen, sehr gesunden Impfkohorte zu tun: nicht vorerkrankt, unter 22 Jahren. Wenn man das jetzt auf etwas anfälligeren Bevölkerungsteile übertragen will, ergeben sich höchstwahrscheinlich völlig andere Zahlen. Man kann das machen, indem man bestimmte Nebenwirkungen, die sich in der Impfkampagne eingestellt haben, mit der Häufigkeit exakt dieser Nebenwirkungen

vergleicht, die in den Zulassungsstudien gemessen wurde.

Es gab eine Kohortenstudie, in der man vaginale Blutungen ins Auge genommen hat als Nebenwirkung dieser RNA-Impfung. Also eine außerplanmäßige Regelblutung. Das hat man für Frauen in verschiedenen Altersgruppen durchgeführt. Man hat geschaut, wie häufig tritt dieses Phänomen bei den geimpften Frauen auf und hat festgestellt, daß dies 13,1 Prozent betrifft. Dann hat man geguckt, wie häufig dieses Phänomen in den Zulassungsstudien, also mit dem sterilen, mittels PCR hergestellten Impfstoff beobachtet worden ist.

Dort lag die Häufigkeit bei 0,7 Prozent. Das heißt, dieses spezifische Symptom, diese spezifische Nebenwirkung, vaginale Blutungen, ist in der Praxis mit dem bakteriell hergestellten Impfstoff 1.800 Prozent häufiger aufgetreten als in den Zulassungsstudien mit dem sterilen Material.

Wenn man diese Größenordnung überträgt, dann reden wir hier nicht von einer Steigerung von 40 Prozent, wie es Pfizer in dieser internen Untersuchung angibt, sondern eben von 1.800 Prozent - eine völlig andere Größenordnung. Ich bin hier Berufspessimist, aber das muß man auch in Richtung von schwereren Impfkomplicationen denken, als von vaginalen Blutungen. Ich möchte vaginale Blutungen nicht kleinreden, aber wenn man an Dinge denkt wie Gehirnblutungen, Herzinfarkte, Autoimmunerkrankungen, bekommt das noch ein ganz anderes Gewicht.

Multipolar: Hat Pfizer denn nach Beginn der weltweiten Massenverabreichung überhaupt weitere Studien durchgeführt zur Wirksamkeit und Sicherheit dieser "Process 2-Injektionen"? Oder hat Pfizer nur seine Zulassungsstudien mit dem anderen Herstellungsverfahren weitergeführt?

Schilling: Genau so ist es gelaufen. Pfizer hat sich hier, anstatt auf die internen Qualitätskontrollen, im Prinzip auf die Meldesysteme berufen.

Multipolar: Es wurde keine eigene Studie durchgeführt?

Schilling: Nein. Pfizer hat relativ früh argumentiert, daß die Erfahrungswerte aus der Praxis ja sehr positiv seien. Die Meldesysteme würden hier keine relevanten Warnsignale produzieren. Insofern wäre es nicht zielführend, permanent diesen hohen doppelten Aufwand zu betreiben und parallel interne Kohortenuntersuchungen durchzuführen, um einen Qualitätsabgleich zu machen.

Multipolar: Das ist in sich ja schon unlogisch, da Pfizer selbst 40 Prozent mehr schwere Nebenwirkungen gemessen hatte.

Schilling: Exakt. An der Stelle hätten die Aufsichtsbehörden eigentlich einschalten und spätestens jetzt die Handbremse ziehen müssen - und für den Fall, daß Pfizer hier die Qualitätsuntersuchungen verweigert, entweder die Zulassung ruhen lassen müssen oder sofort mit der Durchführung eigener Kohortenstudien beginnen müssen, um dieses Problem im Auge zu behalten. Die Aufsichtsbehörden sind dieser Argumentation aber leider gefolgt. Sie haben die Argumentation übernommen, daß die Erfahrungswerte aus der Praxis ja recht gut seien und hier keine Warnsignale auftreten und man den Herstellern insofern diesen unnötigen Aufwand nicht weiter aufbürden möchte.

Multipolar: Was ist Ihr persönliches Fazit aus all dem?

Schilling: Ein Punkt ist, daß damit jede Einverständniserklärung von Geimpften aus meiner Sicht hinfällig ist. Selbst ein Impfling, der sich hier nach bestem Wissen und Gewissen informiert hat, der vielleicht sogar die Zulassungsstudien gelesen hat, um hier einen Eindruck zu bekommen, welche Risiken er eingeht und mit welchem Nutzen er rechnen kann, hat sich hier ja auf andere Daten berufen. Übrigens auch die Medien. Alles, was in den Medien erzählt worden ist zum Thema Wirksamkeit und Sicherheit, basiert ja auf dem sterilen Herstellungsverfahren mittels PCR.

Das heißt, jeder "informed consent", wie man im Englischen sagt, jede rechtsgültige Einver-

ständniserklärung ist damit eigentlich hinfällig. Die hat damit nicht stattgefunden. Womit sich aus meiner Sicht eine erhebliche juristische Frage stellt: Wer ist denn jetzt eigentlich für die Schäden verantwortlich? Bis jetzt konnte man das ja auf die Impflinge abwälzen, da ich ja mit der Einverständniserklärung die Risiken akzeptiere. Offiziell mache ich das freiwillig. Das ist jetzt so aus meiner Sicht nicht der Fall. Das ist ein wichtiger Punkt.

Der zweite wichtige Punkt: die Erstellung der Nebenwirkungsprofile dieser Impfungen. Sagen wir mal, wir bemühen uns hier nach Kräften, einen optimalen Beipackzettel zu erstellen. Dann durchforsten wir natürlich die Meldesysteme unter anderem gezielt nach den Problemen, die in den Zulassungsstudien aufgetreten sind. Die Zulassungsstudien geben uns ja Input, in welche Richtung hier gedacht und auf was besonders geachtet werden muß. Das ist damit natürlich auch hinfällig, weil die bakteriell hergestellten Impfstoffe völlig andere Nebenwirkungen in völlig anderer Häufigkeit produzieren als die in den Zulassungsstudien.

Selbst wenn hier Fachinformationen an die Impfähzte herausgegeben werden, die einigermaßen umfänglich sind, entsprechen sie nicht dem, womit der Arzt, der hier die Impfung durchführt, zu rechnen hat. Das schlägt dann auch auf die Meldetätigkeit zurück. Wenn der Arzt nicht weiß, was im Bereich des Möglichen ist, und es treten im Nachhinein Probleme auf, ist es für den Arzt schwieriger, diese zuzuordnen und eine sinnvolle Meldung abzugeben. Das trägt damit natürlich auch zu dieser enormen Dunkelziffer in den Sicherheitssystemen bei. Ob das jetzt bei uns beim Paul-Ehrlich-Institut ist oder in den USA beim VAERS.

Dann haben wir die Situation, daß die ganzen Effektivitätswerte, die hier kolportiert worden sind, natürlich auch hinfällig sind. Die Antikörperbildung in dieser internen Pfizer-Kohortenstudie bei den unter 22-Jährigen war ziemlich mau. Man hat das bei exakt 4 Probanden untersucht. 4 Probanden! Wir reden hier von einer weltweiten Impfkampagne nach Umstellung des Produktionsverfahrens und die Antikörperbildung wurde bei 4 Probanden untersucht. Und davon hat einer keine Antikörper gebildet.

Multipolar: Das sind 25 Prozent.

Schilling: Ja. Jetzt verwenden wir aber diese Effektivitätswerte in epidemiologischen Studien und auch natürlich in diesen ganzen Modellierungen. Es gab vor einiger Zeit eine Publikation, die von der WHO übernommen worden ist, wo behauptet wurde, daß so und so viele Millionen Menschen weltweit durch die Impfung gerettet wurden. Das sind alles Modelle, die auf den Effektivitätswerten der Zulassungsstudien beruhen und nicht auf den Echtweltdaten dieses bakteriellen Impfstoffes. Das letzte ist jetzt, daß man sich nach wie vor auf diese Zulassungsstudien beruft. Wir haben inzwischen die Situation, daß in schöner Regelmäßigkeit die Impfstoffe upgedatet werden.

Wir gehen ja auch dazu über, nicht mehr von einer Boosterimpfung zu sprechen, sondern von einer Auffrischungsimpfung analog zur Grippeimpfung. Diese upgedateten Impfstoffe werden im Regelfall nur noch an Mäusen getestet. Warum lassen die Zulassungsbehörden das zu? Weil sie sagen, daß wir ganz am Anfang ja umfangreiche Zulassungsstudien hatten, wo ja alles gut aussah. Und aus den Meldesystemen kommen keine Sicherheitssignale. Also begnügen wir uns mit ein paar Mäuseversuchen und winken die upgedateten Impfstoffe dann durch. Das Verfahren wird also potenziert. Die Sicherheitslücken werden immer größer. Die Unbekannten werden immer größer. Im Prinzip weiß aktuell gar keiner mehr, was die im Umlauf befindlichen upgedateten Impfstoffe eigentlich so genau machen.

Multipolar: Abschließend noch eine Frage zur Aufarbeitung dieses Skandals. Der ganze Fall wurde von eher fachfremden Wissenschaftlern an die Öffentlichkeit gebracht. Die beiden eingangs erwähnten israelischen Forscher, Joshua Guetzkow und Retsef Levi, sind ja keine Virologen oder Immunologen, sondern ein Kriminologe und ein Mathematiker. Die versuchen nun, mit ihren beschränkten Mitteln die weltweite Aufarbeitung voranzutreiben. Die ganzen Fachleute aber, die in den Fachgesellschaften und Aufsichtsbehörden arbeiten, scheinen über-

haupt nichts zu machen. Wie schätzen Sie das ein?

Schilling: Ich muß es deutlich formulieren. Das ist eine Art Omertà, mit der wir es hier zu tun haben.

Multipolar: Also ein mafiöses Schweigekartell.

Schilling: Grundsätzlich ist es so, daß die Zulassungsbehörden wie EMA oder FDA einen Großteil ihrer finanziellen Mittel von der Pharmaindustrie erhalten. Insbesondere Personen, die hier an kritischen Positionen sitzen, die Entscheidungsträger, wechseln in schöner Regelmäßigkeit nach ihrer Tätigkeit in der Behörde zu hochdotierten Posten in der Pharmaindustrie. Das ist dieser bekannte Drehtüreffekt. Von daher gibt es hier enorme finanzielle Abhängigkeiten und finanzielle Anreize. Mit einem Wort: das ist ein äußerst korruptes System. Das ist ein Punkt, der hier eine Rolle spielt.

Der zweite Punkt ist, daß sich jetzt im Nachhinein keiner exponieren möchte. Wenn hier ein einziger Baustein dieses Kartenhäuschens offiziell fällt, dann fällt letztlich das ganze Kartenhaus. Und dafür möchte niemand verantwortlich sein. Diesen Stein will keiner ins Rollen bringen. Dann ergeben sich aus diesem ganzen Schlamassel natürlich vollkommen unklare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.

Wer haftet denn jetzt letztlich für entstandene Impfschäden? Sind es die Hersteller, die hier mindere Qualität geliefert haben? Sind es die Zulassungsbehörden, die diese mindere Qualität durchgewunken haben? Sind es die Ärzte, die sich um diese Qualitätsfragen im einzelnen nicht gekümmert haben? Wir wissen es nicht. Und wenn hier unklare Milliardenforderungen im Raum stehen, ist natürlich die Bereitschaft zu schreien "hier, wir waren es" ziemlich gering.

Man muß auch sehen, daß in der Forschung selbst, dank der Drittmittelforschung, keine großartige unabhängige Kompetenz gegeben ist. Man müßte hier epidemiologisch in die Vollen gehen. Man müßte retrospektive und prospektive Kohortenstudien durchführen und diese Dinge mit einer vernünftigen Anzahl von Probanden betrachten. Nur, wer bezahlt das? Drittmittelforschung bedeutet, daß 80 Prozent aufwärts der Forschungsmittel aus der Industrie kommen. Diese wird sich jedoch nicht daran beteiligen, die eigenen Leichen im Keller zum Vorschein zu bringen. Und selbst wenn wir jetzt ein Institut hätten, das diese Dinge untersucht, müßte man das publiziert bekommen.

Ein Großteil der einschlägigen Fachjournale weigert sich, solche kritischen Beiträge zu publizieren. Die scheitern noch nicht einmal im Peer-Review-Verfahren - also daß gesagt wird, es gibt hier bestimmte Qualitätsdefizite -, sondern die werden überhaupt nicht zum Peer Review angenommen. Es gibt einige wenige, die sich hier hervortun.

Ich möchte ausdrücklich das BMJ (British Medical Journal) erwähnen, die hier wirklich ganz, ganz tapfer die Fahne hochhalten. Aber ansonsten ist das in der Runde ein komplettes Armutszeugnis. Kurz gesagt: Die meisten, die die Forschung machen könnten, wollen nicht. Von den paar, die wollen, können die meisten nicht. Und diejenigen, die wollen und können und die etwas herausfinden, bekommen es wahrscheinlich nicht publiziert.

Multipolar: Was Sie beschreiben, ist die Kapitulation unabhängiger, kritischer Wissenschaft.

Schilling: Was ich bedenklich finde, ist, daß sich diese Herstellungsplattform jetzt fest etabliert. Die Perspektive ist ja, daß immer mehr Infektionskrankheiten auf Basis von RNA-Impfstoffen angegangen werden sollen.

Und ich kann jetzt schon prognostizieren, wie das laufen wird: Man wird die Zulassungsstudien wieder mit einem PCR-basierten Impfstoff machen und dann sagen: Die Plasmidherstellung hat sich bei Corona in der Praxis ja so wunderbar bewährt, daß machen wir wieder so. Also eine Aufarbeitung, daß das nicht funktioniert hat - woher soll die kommen? Und da die nicht kommen wird, wird man dieses Schema wahrscheinlich weiter durchziehen.

Zum Interviewpartner: Florian Schilling, Jahrgang 1981, 2001-2004 Studium der Medizin

(Vorklinik) an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2004-2006 Ausbildung zum Heilpraktiker am Zentrum für Naturheilkunde München, 2006-2017 in eigener Praxis tätig mit dem Schwerpunkt Onkologie und Neuroinflammation, 2018-2019 Projektmanager am Bumrungrad Hospital Bangkok, Schwerpunkt Integrative Onkologie und Neurodegenerative Erkrankungen, seit 2020 Wissenschaftlicher Leiter der Firma Mitocare, München. Schilling ist Autor mehrerer Bücher zu Corona, Long Covid und Post-Vakzin-Syndrom.

Korrektur und Ergänzung 9.11.: Ein Leser wies die Redaktion darauf hin, daß grundlegende Informationen, die in diesem Interview zur Sprache kommen, bereits 2021 von der Zellbiologin Vanessa Schmidt-Krüger öffentlich gemacht wurden. Daher haben wir die Formulierung im Einleitungsabsatz "neue Dokumente zeigen" geändert in "neue Dokumente bestätigen". Die entsprechenden Aussagen Schmidt-Krügers fielen in einem Videointerview des Corona-Ausschusses vom 5. Februar 2021 (hier ab der Zeitmarke 3 Stunden 45 Minuten) und wurden schriftlich zusammengefaßt in einem am 6. Juni 2021 bei RT veröffentlichten Artikel. Darin heißt es unter anderem:

"Der Mangel bei der mRNA beruhe auf einer Änderung im Herstellungsprozeß. In der Entwicklungsphase habe man nur sehr kleine Mengen benötigt und dafür teure Techniken eingesetzt, so daß man mit hochreinen Endprodukten gearbeitet habe. Die jetzige Massenproduktion erfordere kostengünstige Verfahren. Hierbei setze man beispielsweise Bakterien ein. Über Einführung und Vervielfältigung modifizierter DNA in Bakterien und deren anschließende Extraktion und Linearisierung gewinne man schließlich die benötigte mRNA. Daraus ergäben sich Gefahren und Risiken, speziell der Verunreinigungen. ...

Beim neuen Prozeß habe man Chargen mit womöglich nur 55 Prozent an guter RNA gefunden. Unvollständige RNA führe zu einer entsprechend unvollständigen Biosynthese mit verkürzten Proteinen. Im schlimmsten Fall würde so wenig Protein gebildet, daß die durch die Impfung zu induzierende Immunantwort ausbleibe. Diese Fragen müßten noch geklärt werden. ... Das Problem unvollständiger Proteine sei ... nicht deren Schadenspotential, sondern deren Wirkungslosigkeit für die Impfung.

Deutlich problematischer seien die festgestellten Verunreinigungen mit DNA. Diese liege zudem in linearer Form vor. Befinde sich eine menschliche Zelle im Prozeß der Zellteilung, dann könne eine solche DNA in das körpereigene Genom integriert werden. Das sei das Risiko. 'Dann können wirklich Gene an- und ausgeschaltet, hoch und runter reguliert werden, dann kann Krebs entstehen, dann ist wirklich die Tür offen.' Wo genau sich eine solche DNA in das Genom integriere, könne nicht kontrolliert werden."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. November 2023: >>So werden wir nach Strich und Faden verarscht: Zweitfrauen dürfen weiter nach Deutschland kommen!

Mit einer trickreichen Formulierung haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die 16 Ministerpräsidenten bei ihrem jüngsten sogenannten Migrationsgipfel den irreführenden Eindruck erweckt, der Familiennachzug werde eingeschränkt. Tatsächlich läuft alles weiter wie bisher! Parallel dazu will die Anti-Deutschland-Ampel Duldungen, also den Hauptgrund dafür, daß nicht abgeschoben wird, erleichtern.

Das sich langsam dem Ende zuneigende Jahr 2023 dürfte ein Rekordjahr werden - und zwar beim sogenannten Familiennachzug: Allein im ersten Halbjahr wurden dafür nach Angaben des Auswärtigen Amtes 77.000 Visa erteilt. Im Vorjahr 2022 waren es insgesamt 117.000 Zuschlüsse gewesen. Diese Zahl dürfte bis Ende 2023 noch einmal deutlich übertroffen werden. Immer mehr Ausländer in Deutschland holen ihre Familienangehörigen nach.

Hunderttausende Migranten kommen also noch einmal über den Familiennachzug nach Deutschland. Ein Ende ist nicht in Sicht. Der jüngste Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz bedeutet alles andere als eine Kehrtwende - auch wenn durch eine geschickte Formulie-

rung der gegenteilige Eindruck erweckt wird.

- Im endgültigen Beschluß heißt es nämlich jetzt: "Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wird nicht ausgeweitet." Im Klartext: Es läuft beim Familiennachzug alles weiter wie bisher! Die Unions-Ministerpräsidenten konnten sich nicht durchsetzen. Sie wurden vom Kanzler und den "Grünen" ausgebremst. So sieht es jedenfalls CDU/CSU-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU), der auf die nicht erfolgte "notwendige Einschränkung des Familiennachzugs" verweist.

Ampel fördert Vielweiberei

Zuletzt sorgten zwei Fälle für Wirbel, in denen das Ministerium von Annalena Baerbock ("Grüne") Zweitfrauen und deren Kinder von afghanischen Migranten nach Deutschland geholt hatte. Im ersten Fall handelte es sich um einen Afghanen mit zwei Ehefrauen, der bislang mit seiner "Erstfrau" und drei Kindern in Deutschland lebte. Die Zweitfrau wohnt nun in einer separaten Wohnung mit weiteren sieben Kindern ebenfalls in Deutschland - auf Kosten der Steuerzahler! Im zweiten Fall ging es ebenfalls um einen Afghanen, der sich jetzt mit zwei Ehefrauen und neun Kindern in der sozialen Hängematte ausruht. Der Deutschland-Kurier berichtete.

- Aufgrund des Aufenthaltsgesetzes könnte es für Zweitfrauen in Betracht kommen, "zu gemeinsamen Kindern als deren Elternteil nachzuziehen", bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Mahmut Özdemir (SPD). Und das, obwohl Bigamie in Deutschland verboten ist! Wie viele dieser sogenannten Vielehen nach islamischer Altväter Sitte hierzulande existieren, ist offiziell nicht bekannt. In die arabisierten Parallel-Gesellschaften, etwa im Berliner Brennpunkt-Stadtbezirk Neukölln, haben die Behörden kaum Einblick.

Regierung macht Abschiebungen noch schwieriger

Daß die von den "Grünen" dominierte Ampel-Regierung das eigene Volk nach Strich und Faden verarscht, macht ein weiteres Beispiel deutlich: Während Kanzler Scholz vollmundig den Abschiebe-Turbo anwirft ("Wir müssen schneller und im großen Stil abschieben"), läuft ein vom Kabinett bereits beschlossener Gesetzentwurf auf das glatte Gegenteil hinaus:

- Die Bundesregierung will per Gesetz regeln, daß Asyl-Bewerber schneller arbeiten dürfen. Das hört sich zunächst einmal gut und wünschenswert an.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Parallel dazu soll die Schwelle für eine Duldung, also der Hauptgrund für Nicht-Abschiebungen, deutlich gesenkt werden. Schon wer für 12 Monate eine Halbtagsstelle nachweisen kann, soll nicht mehr abgeschoben werden können - selbst dann nicht, wenn ein Asyl- oder Schutzgrund nicht oder nicht mehr besteht. Bisher war eine Vollzeitstelle (35 Stunden) und eine Anstellung von 18 Monaten nötig, um eine Duldung wegen einer Beschäftigung zu erhalten.

FÜR WIE DUMM HALTEN DIE UNS EIGENTLICH?<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. November 2023 (x1.344/...): >>Über 600.000 Menschen in Deutschland ohne eigene Wohnung: Der Ampelregierung endlich kündigen!

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland hat sich mehr als verdoppelt! Über 600.000 Menschen hatten oder haben laut Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in diesem Jahr kein eigenes Dach über dem Kopf. Es ist eine Bankrotterklärung nicht nur für das Bundes-Bauministerium, daß es einfach nicht auf die Reihe bekommt, für ausreichend Wohnraum zu sorgen. Denn an der Flaute beim Wohnungsbau, an der generellen Explosion der Nebenkosten und vor allem an der Migrationskrise haben die gesamte Ampelregierung und auch die Union mitgestrickt.

Während rund 30 Prozent der Wohnungslosen Deutsche sind, denen die Kosten einfach über den Kopf gewachsen sind und die nun zum Teil bei Bekannten oder Verwandten unterkom-

men mußten, sind die Mehrheit Migranten, viele auch mit Kindern. Von der Politik der Bundesregierung nach Deutschland gelockt oder sogar mit dem Flugzeug geholt, sitzen sie nun in Gemeinschaftsunterkünften oder auf der Straße.

Es ist in jeder Hinsicht eine Tragödie, die endlich ein Ende haben muß. Wir von der AfD setzen uns deshalb nicht nur für ein Ende der Einladungspolitik und für konsequente Abschiebungen ein, sondern auch für ein Ende der desaströsen Energiepolitik und der bürokratischen Hürden beim Wohnungsbau. Wenn die Folge der unerfüllbaren und spinnerten Ökostandards ein solcher Investitionsstau ist, dann gehören diese Standards abgeschafft - genauso wie das Heizungsgesetz, welches die Wohnungslosigkeit in den nächsten Jahren weiter verschlimmern wird.<<

Ruanda: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. November 2023 (x1.346/...): >>Ruandas Grüne gegen Aufnahme von Migranten aus Europa

Der Vorsitzende der grünen Partei von Ruanda, Frank Habineza, stellt sich gegen die Pläne, abgeschobene Migranten aus dem Vereinigten Königreich aufzunehmen. Generell habe seine Partei nichts gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, "aber die Menschen aus Großbritannien haben nie darum gebeten, nach Ruanda zu kommen", sagte Habineza der Wochenzeitung "Die Zeit". "Das sind nicht unsere Flüchtlinge, sondern die der Briten."

Die britische Regierung hatte im Jahr 2022 einen Plan bekannt gegeben, der in Europa bislang einzigartig wäre: Potentiell jeder, der irregulär über den Ärmelkanal einreist, kann nach Ruanda abgeschoben werden. Inzwischen wird auch in Deutschland über eine solche Auslagerung von Asylverfahren debattiert. Ruanda erhält Geld von der britischen Regierung und hat sich im Gegenzug bereit erklärt, den Migranten ein Asylverfahren zu bieten.

In der "Zeit" erklärte der Oppositionspolitiker Habineza seine Argumente dagegen: Ruanda sei immer noch ein Entwicklungsland mit hoher Arbeitslosigkeit, viel ärmer als das Vereinigte Königreich. In Großbritannien gebe es viel mehr Platz, warum schicke es die Leute in eines der am dichtesten besiedelten Länder Afrikas? In Ruanda mangle es an Lebensmitteln, "und selbst bei mir zu Hause bekommen wir nur einmal die Woche Wasser". Habineza ist Gründer der "Demokratischen Grünen Partei von Ruanda". 2018 erlangte die Partei zwei Mandate. Im kommenden Jahr tritt Habineza zur Präsidentschaftswahl an.<<

09.11.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. November 2023 (x1.344/...): >>Der Migrationsansturm geht weiter - und die Ampel kapituliert

Immer wenn die Ampelregierung von Grenzkontrollen spricht, fällt irgendwo ein Schleuser lachend aus seinem Lkw. Denn trotz vollmundiger Beschwörungen der Scholztruppe von "historischen Momenten" bleibt der Ansturm ungebrochen - auf unser Land, auf unsere Gesellschaft und auf unsere Sozialkassen. Allein im Oktober wurden in Deutschland 32.000 Erstanträge auf Asyl gestellt - ein absoluter Rekordwert, den es seit acht Jahren nicht mehr gab. Eine ganze Stadt wandert pro Monat ein, seitdem Merkel 2015 die Einwanderungs-Anarchie ausgerufen hat. Und weder die Ampelregierung noch die Union wollen etwas daran ändern.

270.000 Migranten sind seit Januar dieses Jahres in Deutschland eingetrudelt, ein Drittel davon stammt aus Syrien. Knapp 17 Prozent sind Türken (die fast ausnahmslos keinen Asylanspruch haben), fast ebenso viele stammen aus Afghanistan. Weitere Asylbewerber stammen aus dem Irak, dem Iran, Georgien, der Russischen Föderation, Somalia und Eritrea. Die Prüfung all der Anträge wird Jahre dauern - und selbst wenn sie abgelehnt werden, wird nicht abgeschoben. Gegen europäisches Recht verstößt das ganze obendrein - denn fast alle Antragsteller sind über sichere Drittstaaten nach Deutschland eingereist - sind also überhaupt nicht mehr "schutzsuchend".

Die Ampelregierung hat keinen Überblick mehr darüber, wer kommt und wer hier ist. Sie hat

längst kapituliert und verteilt nur noch die letzten Reste unseres Steuergeldes, um die Folgen der Migrationskrise zu kaschieren. Lange wird das nicht mehr gutgehen. Deshalb wird es Zeit, daß die AfD das Ruder übernimmt. Wir legen die Geldkanäle trocken, sichern die Grenzen sichert und setzen jeden vor die Tür, der in Deutschland nichts zu suchen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. November 2023: >>100 Jahre Hitlerputsch: Wer gab das Geld?

Von *Jürgen Elsässer*

Vor 100 Jahren führte Adolf Hitler seinen Marsch auf die Feldherrnhalle durch. Der Putsch scheiterte, doch schon damals hatte der "NSDAP-Führer" mächtige Hintermänner. ...

Die Megadebatte zwischen kommunistischen und westlichen Historikern um die Rolle des Großkapitals quält sich seit Jahrzehnten hin, weil sie in einer Antinomie gefangen ist: Jede Seite hat gegen die andere recht, aber keine Seite liegt absolut richtig. Selbstverständlich waren wichtige Großkonzerne am Aufstieg Hitlers interessiert und beteiligt - die vor allem aus der DDR vorgelegten Beweise sind stichhaltig.

Andererseits können diese Gelder nicht den Ausschlag gegeben haben, denn sie füllen die Finanzierungslücke nicht, die zwischen den schwachen Eigenmitteln der NSDAP und ihren riesigen Ausgaben klaffte, und sie klärt nicht, inwiefern diese Industriefraktionen von Finanzkreisen beeinflußt oder gesteuert wurden.

Der beschwiegene Elefant im Raum

In dieser Leerstelle steht der Elefant, über den beide Seiten nicht zu sprechen wagen: das internationale Finanzkapital und die Wall Street. Immerhin schimmert die Erkenntnis bei den kommunistischen Autoren ab und zu durch (so in einem Aufsatz der Roten Fahne aus dem Jahr 1932 oder auch in den Vorstößen von Kurt Gossweiler zur Rolle der Banken), findet aber keine Berücksichtigung in der Theoriebildung des roten Antifaschismus.

Total zensiert wird jede Berücksichtigung dieses Themas in den amtlichen Ausarbeitungen der amerikanischen Siegermacht: Die US-Militärverwaltung OMGUS bezichtigte in ihren Studien für das Nürnberger Tribunal ausschließlich deutsche Kapitalkreise der Unterstützung des Nationalsozialismus. Und der eben erwähnte Historiker Henry Ashby Turner bezeichnete gar "die Finanzhilfen ausländischer Unternehmer ... als bloße Gerüchte", so die Zusammenfassung auf Wikipedia.

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen wie den westlichen Historikern fehlt.

Ihre Bücher Wall Street und der Aufstieg Hitlers (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009) beziehungsweise Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen? (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in

Mein Kampf vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern. Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern.

"Ein fabelhafter Demagoge"

Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte.

Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922:

"Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks Aufstieg und Fall des Dritten Reiches von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford.

Vor 100 Jahren führte Adolf Hitler seinen Marsch auf die Feldherrnhalle durch. Der Putsch scheiterte, doch schon damals hatte der "NSDAP-Führer" mächtige Hintermänner. Die bei Amazon schon inkriminierte und hochbrisante Ausgabe "Wer finanzierte Hitler? - Das dunkle Geheimnis der Wall Street" gibt natürlich weiterhin es in unserem Online-Shop. Jetzt erst recht! Trotzen Sie dem Zensur-Amoklauf von Amazon, bestellen Sie Geschichtsausgabe "Wer finanzierte Hitler? - Das dunkle Geheimnis der Wall Street" direkt bei uns und erfahren Sie, was der US-Versandriese - und die hinter ihm stehenden Kreise - Ihnen unbedingt vorenthalten möchten.

1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Der Hitlerputsch am 9. November 1923

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. Walter Görlitz schreibt in Geldgeber der Macht (Düsseldorf/Wien, 1976):

"Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen ist die Tatsache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken."

Doch der sogenannte Bierputsch scheiterte im Kugelhagel der bayerischen Polizei, Hitler konnte mit der Hilfe von Hanfstaengl zunächst entkommen, wurde aber dann doch eingesperrt und verurteilt. Die Nazi-Partei wurde verboten.

An ihrer Stelle kandidierte bei den Reichstagswahlen im Folgejahr die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) unter dem charismatischen Erich Ludendorff und kam aus dem Stand auf 6,5 Prozent. Doch der Weltkriegsgeneral sperrte sich gegen ausländische Steuerung, mit ihm kamen die Angelsachsen nicht ins Geschäft.

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg:

"Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill:

"Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschiütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten und resümiert:

"Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Die Wall Street und das deutsche Elend

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein.

Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen. Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.<<

10.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. November 2023 (x1.345/...): >>Energiewende bringt die nächste Strom-Teuerung: Netzentgelte für Stromkunden steigen 2024 drastisch

Als Folge der Energiewende werden die Stromkosten 2024 noch weiter steigen, das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Union hervor. Kostentreiber sind dabei vor allem die "Redispatch-Kosten" - also die Kosten der Regulie-

rung, die dank wetterabhängigen Energieerzeugern anfallen.

Im nächsten Jahr werden die privaten Haushalte in Deutschland fast elf Prozent mehr für die Netzentgelte beim Strom bezahlen müssen. Laut einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Unions-Bundestagsfraktion werden die Netzentgelte für normale Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden im Jahr 2024 voraussichtlich um 10,6 Prozent oder 1,03 Cent pro Kilowattstunde steigen - so die Rheinische Post, welche die Antwort veröffentlicht hatte.

Netzentgelte sind die Kosten der Netzdurchleitung und machen etwas mehr als ein Viertel des gesamten Strompreises für den Endverbraucher aus. In der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es: "In der ausgewerteten Stichprobe zahlt ein Haushaltskunde mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch im Jahr 2023 ein durchschnittliches Netzentgelt in Höhe von 341 Euro netto, im Jahr 2024 in Höhe von 377 Euro netto".

"Redispatch-Kosten" als Kostentreiber

Der Grund für die Teuerung: Nebenerscheinungen der Energiewende. Denn die sogenannten "Redispatch-Kosten" sind auf Rekordniveau und lassen das Netzentgelt in die Höhe schießen. Unter Redispatch versteht man Eingriffe in die Erzeugungsleistung von Kraftwerken, um Leitungsabschnitte vor einer Überlastung zu schützen.

Also netzbedingte Abriegelungen von Kraftwerken, damit das Netz nicht überlastet bzw. unterlastet wird. Die Übertragungsnetzbetreiber greifen also bei Netzengpässen regulierend ein, losgelöst von den Regeln des Stromhandels. Sie weisen Kraftwerksbetreiber dort, wo zu viel Strom anfällt, zur Reduzierung ihrer Erzeugung an und dort, wo Strom fehlt, zur Mehrererzeugung. Diese Eingriffe müssen sie entschädigen.

Und das kommt nun immer häufiger vor: Denn das schrittweise Aussteigen aus der Kernenergie und die vermehrte Nutzung von Strom aus erneuerbaren und fluktuierenden Energien wie Solar-/ und Windkraft wirken sich auf die Lastflüsse im Netz aus und führen dazu, daß Netzbetreiber viel häufiger als bisher Redispatch-Maßnahmen vornehmen müssen. Und das wird für den Kunden teuer, den allein er trägt die Redispatch-Kosten.

Laut dem Ministerium würden im nächsten Jahr 27 Prozent der gesamten Netzentgelte bei den Übertragungsnetzbetreibern auf die sogenannten Redispatch-Kosten entfallen. Es handele sich um einen neuen Rekordwert von drei Milliarden Euro. Im letzten Jahr betrug die Ausgaben für die Wiederausgabe noch 2,2 Milliarden Euro.

Ampel will der Industrie unter die Arme greifen, kürzt aber Stabilisierungsfonds

Nicht nur private Haushalte, sondern auch gewerbliche Kunden und die Industrie werden durch den weiteren Anstieg der Entgelte belastet. Schon dieses Jahr ächzten viele Unternehmen unter den hohen Energiepreisen und der wackeligen Versorgungslage.

Die Ampel-Regierung will daher nun mit einer weiteren finanziellen Aufwendung die Industrie zumindest ein wenig entlasten. Um die Kostendynamik zu verringern, gewährt der Staat den Übertragungsnetzbetreibern einen finanziellen Zuschuß. Laut der Antwort wird der Wirtschaftsstabilisierungsfonds aber mit 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2024 um etwa 300 Millionen Euro geringer sein als im Jahr 2023. Keine gute Nachricht für die Industrie.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. November 2023: >>Genosse Heil braucht Milliarden-Nachschlag: "Bürgergeld" wird zum Faß ohne Boden!

Das sogenannte Bürgergeld wird für die Steuerzahler immer teurer! Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) benötigt für das laufende Jahr einen Nachschlag in Höhe von 2,1 Milliarden Euro. Das geht aus einem Schreiben an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hervor. Schon mehr als ein Drittel aller Leistungsempfänger sind Ausländer - Ukrainer nicht mitgerechnet!

Damit summieren sich die Kosten für das "Bürgergeld" alleine in diesem Jahr auf voraussichtlich 25,9 Milliarden Euro. Grund für die Nachforderung ist nach Regierungsangaben die

"deutlich eingetrübte wirtschaftliche Lage". Hinzu komme der "weiterhin hohe Bestand an Geflüchteten aus der Ukraine". Zum Vergleich: 2022 betrug die Stütze-Kosten (vormals Hartz IV) noch 22,2 Milliarden Euro.

Das "Bürgergeld" erfreut sich offenbar derart großer Beliebtheit, daß Bezieher gar nicht genug davon bekommen können: Die "Netto-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft" hätten sich "im Vergleich zur Erwartung vom Herbst 2022 dynamischer entwickelt", heißt es in dem Schreiben an den Haushaltsausschuß. Experten befürchten für das kommende Jahr einen weiteren Kostenanstieg auf dann 27 Milliarden Euro.

Mehr als jeder dritte "Bürgergeld-Empfänger" ist Ausländer

Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegen: Hunderttausende Menschen könnten in Deutschland arbeiten, bekommen aber Stütze vom Staat (Steuerzahler. Im April 2023 zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,9 Millionen "erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte" - also Stütze-Empfänger, die arbeiten könnten, aber "Bürgergeld" erhalten. Darunter waren 2,1 Millionen Deutsche und gut 1,8 Millionen Ausländer. Davon wiederum waren knapp 500.000 ukrainische "Kriegsflüchtlinge", die seit 2022 in Deutschland sind.

Laut BA erhielten im April 5,3 Prozent der Deutschen "Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch 2" (z.B. "Bürgergeld"). Unter Ausländern lag der Anteil bei 21,3 Prozent. Der Anteil "erwerbsfähiger Leistungsberechtigter" - also Menschen, die arbeiten könnten, aber "Bürgergeld" erhalten - lag im April unter Deutschen bei 4,6 Prozent, unter Ausländern bei 17,6 Prozent. Bedeutet: Fast jeder fünfte Ausländer könnte arbeiten, erhält aber Stütze.

- Rechnet man die Ukrainer raus, sind noch immer 34 Prozent aller arbeitsfähigen "Bürgergeld-Empfänger" in Deutschland Ausländer. Das ist mehr als jeder Dritte! Die Zahlen belegen auch: Unter Ausländern sind die Beschäftigungsquoten viel niedriger als unter Deutschen, die "Bürgergeld-Quoten" entsprechend höher.

Die Beschäftigungsquote (ohne geringfügig Beschäftigte) lag im Mai unter Deutschen bei 64,5 Prozent, unter Ausländern bei 48,3 Prozent. Besonders niedrig war die Quote unter Afghanen (31,8 Prozent), Syrern (31,7 Prozent) und Irakern (33,8 Prozent).

Der Anteil "erwerbsfähiger Leistungsberechtigter" - also Menschen, die arbeiten können, aber Bürgergeld erhalten - lag im April unter Deutschen bei 4,6 Prozent, unter Ausländern bei 17,6 Prozent. Sprich: Fast jeder fünfte Ausländer könnte arbeiten, erhält aber Stütze.

René Springer (AfD): "Fatale Sogwirkung"

Wie aus einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht, ist vor allem die Zahl der Familien ohne deutsche Staatsangehörigkeit im "Bürgergeld-Bezug" stark angestiegen. Bei den sogenannten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, in denen ein arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter haushaltsführend war, standen demnach im Juni dieses Jahres 354.826 ausländische Bezieher mit Kindern 221.918 deutschen Beziehern mit Kindern gegenüber.

Für den arbeits- und sozialpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, hat die Masseneinwanderung in die deutschen Sozialsysteme damit "ein erschreckendes Ausmaß" erreicht. Er warnt: "Sozialleistungen wie das 'Bürgergeld' erzeugen ganz offensichtlich eine fatale Sogwirkung auf kinderreiche ausländische Familien!"<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. November 2023 (x1.344/...): >>**Frankreich schafft Behandlungskosten für Migranten ab - wir müssen nachziehen!**

In Deutschland gibt es die ärztliche Rundumversorgung, in Frankreich bald nicht einmal mehr eine Packung Kopfschmerztabletten: Unser Nachbarland schafft die kostenlose Krankenversicherung für illegale Migranten ab. Da kann man nur sagen: "Bravo, la France!" Denn die Übernahme von Behandlungskosten durch geschöpfte Beitrags- und Steuerzahler, die selbst um jede Erstattung kämpfen müssen, ist nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung. Es ist vor allem ein Anreiz für Migranten aus ärmeren Ländern, sich

auf den Weg nach Europa zu machen.

Überall um uns herum werden Leistungen für Asylbewerber zurückgefahren, werden Hürden für die Aufnahme von Migranten höher gesetzt, Grenzen dichtgemacht. Nur nicht in Deutschland, wo die Ampelregierung auch weiterhin die steuerzahlende Bevölkerung genüßlich ausnimmt und das Geld an Neubürger weiterreicht. Und so werden auch die Folgen der - vernünftigen - Abschottung unserer Nachbarn gravierend für unser Land werden. Denn wenn Frankreich, Dänemark, Polen und viele weitere Länder die Honigtöpfe schließen, wandern die Kostgänger wohin? Natürlich zu uns. Deshalb wird es höchste Zeit, zu handeln und nicht auf die Sonntagsreden von Ampel und Union zu vertrauen. Wir brauchen die Migrationsumkehr - und die gibt es nur mit der AfD!<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. November 2023: >>Ukraine-Kriegsanalyse: Kiew droht die Niederlage

Von *Sven Reuth*

Die im Vorfeld von zahlreichen hochgesteckten Erwartungen begleitete Sommeroffensive der Ukraine ist im Spätherbst 2023 gescheitert. Der Verlust des Krieges ist für Kiew nun sehr wahrscheinlich geworden. ...

Wer daran noch gezweifelt hatte, der wurde durch ein Interview des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armee, General Walerij Saluschnyj, das am 1. November in der britischen Zeitung *The Economist* erschien, höchstselbst belehrt. In diesem räumte Saluschnyj ein, daß der Krieg eine "Pattsituation" erreicht habe.

"Russische Föderation im Vorteil"

In einem begleitenden Essay erklärte der Oberbefehlshaber weiter, daß ein langer Krieg "in der Regel in den meisten Fällen für eine der Konfliktparteien von Vorteil ist. In unserem speziellen Fall ist es die Russische Föderation, da sie dadurch die Möglichkeit erhält, ihre militärische Macht wiederherzustellen und auszubauen."

An dieser Feststellung kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. An Menschen sowie mit Blick auf die Masse des Materials war Rußland der Ukraine immer überlegen. Bei der Qualität des Materials wiederum war die Ukraine Rußland teilweise überlegen. Insgesamt spricht bei dieser Ausgangslage vieles dafür, daß Rußland einen an den Ersten Weltkrieg erinnernden jahrelangen und durch erbitterte Artillerie-Schlachten sowie durch Kampf- und Aufklärungsdrohnen (die es im Ersten Weltkrieg freilich noch nicht gab) gekennzeichneten Zermürbungskrieg gewinnen wird.

Wichtige Hilfe aus Nordkorea

Das gilt um so mehr, als die Russische Föderation ihre Umstellung auf eine Kriegswirtschaft erfolgreich abgeschlossen hat und im kommenden Jahr nochmals deutlich mehr militärisches Material ausstoßen wird als im laufenden Jahr. Darüber hinaus erhalten die Russen Lieferungen aus den beinahe unerschöpflichen Depots der Nordkoreaner, die sich seit geschlagenen 70 Jahren auf genau den durch die Waffengattung der Artillerie geprägten Krieg vorbereiten, der derzeit in der Ukraine zur Realität geworden ist.

Die Hoffnung der Ukraine ruhte hingegen auf dem Einsatz militärtechnisch überlegener Waffen aus dem Westen. Das galt insbesondere für die noch vor einem halben Jahr von zahlreichen Experten als vermeintliche "Game-Changer" gepriesenen Leopard-Kampfpanzer aus deutscher Produktion, mit denen insbesondere die Südfront in der Nähe der Halbinsel Krim aufgerissen werden sollte.

Doch der Krieg machte auch diesmal wieder das, was er schon seit Jahrtausenden macht: Er änderte flugs seine Gestalt wie ein Chamäleon seine Farbe. Der massive Einsatz von Aufklärungsdrohnen sorgt beispielsweise für ein für beide Seiten permanent zu überschaubares gläsernes Schlachtfeld, auf dem sich kaum Überraschungsmomente erzielen lassen. Große Kampfpanzer sind auf einem solchen Schlachtfeld nicht mehr annähernd so effektiv und nütz-

lich, wie sie es wohl noch vor 30 oder 40 Jahren gewesen wären. Dies führte dazu, daß zahlreiche Leopard-Panzer von der russischen Armee abgeschossen werden konnten.

Überalterung größtes ukrainisches Problem

Ein weiterer Faktor, der für Rußland spricht, ist die zunehmende Überalterung der ukrainischen Armee. Laut Time Magazine liegt das Durchschnittsalter der ukrainischen Soldaten bei 43 Jahren. Zu Beginn des Krieges im Februar 2022 lag das Durchschnittsalter noch zwischen 30 und 35 Jahren. Viele, die jetzt vom ukrainischen Militär zum Dienst an der Front eingezogen werden, leiden laut Insidern schon häufig an mehr oder weniger schweren gesundheitlichen Problemen.

Auch dieser Faktor kommt natürlich alles andere als überraschend. Sowohl Rußland als auch die Ukraine sind Länder mit einer relativ alten Bevölkerung. Doch Rußland hat insgesamt viel mehr Einwohner als die Ukraine (etwa 144 Millionen zu 44 Millionen Einwohnern) und außerdem eine geringfügig bessere, d.h. jüngere Altersstruktur. Schon jetzt scheint sich Wladimir Putins Voraussage zu bewahrheiten, daß der Westen bereit ist, bis zum "letzten Ukrainer" zu kämpfen.

Verblendete westliche Analysten

Es bleibt rätselhaft, wie einige westliche Militäranalysten alle diese gravierenden Faktoren, die von Anfang an für Rußland sprachen, übersehen konnten. Der krassste Fall ist sicherlich der deutsche Militärökonom Marcus Keupp von der ETH Zürich, der noch vor einem halben Jahr behauptete, daß Rußland den Krieg im Oktober 2023 verloren haben werde. Offensichtlich ließ sich Keupp von seinem eigenen Wunschdenken leiten, statt das tapfere "Erkenne die Lage" zu befolgen und eine wertneutrale Analyse vorzunehmen.

Der Fehlschlag von Keupp mahnt generell dazu, sich mit allzu großer Apodiktik in den Aussagen über den Fortgang des Krieges zurückzuhalten. Auch eine ukrainische Niederlage ist natürlich noch nicht "sicher". Allerdings gerät die Ukraine zunehmend in eine Situation, in der sie wie das Deutsche Reich 1944/45 zunehmend auf den rechtzeitigen Einsatz von "Wunderwaffen" hoffen muß.

So machte der seriöse österreichische Militäranalyst Markus Reisner vor kurzem darauf aufmerksam, daß der Google-Vorstandschef Eric Schmidt vor kurzem den schon erwähnten General Walerij Saluschnyj getroffen habe, um mit ihm über die Entwicklung einer militärischen KI zu beraten, die schnell große Datenmengen mit Blick auf ein Schlachtfeld analysieren können soll. Auch ist noch offen, wie sich die noch ausstehenden Lieferungen westlicher Kampffjets an die Ukraine auswirken könnten.

Selenski abseits der Realität

Auch dann bleibt aus der Sicht Kiews immer noch das kaum ausgleichbare Defizit der fehlenden "Manpower". Außerdem soll sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski zunehmend in einer von der Realität abgekoppelten Scheinwelt bewegen und irrationale Entscheidungen wie die vor kurzem erfolgte Entlassung des Spezialeinheiten-Chefs Wiktor Chorenko treffen. Sollte Donald Trump - wofür derzeit fast alles spricht - die US-Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr gewinnen, dürfte wohl der letzte Dominostein zu Gunsten Rußlands fallen.<<

Tansania: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. November 2023: >>**Präsident Magufuli: Ermordung eines Querdenkers**

Tansania stemmte sich unter John Magufuli gegen alle Covid-Maßnahmen. Das machte den Präsidenten zur Zielscheibe einer westlichen Kampagne. Es endete mit seinem Tod. ...

_ von *Gerhard Wisnewski*

Wer erinnert sich nicht an den tansanischen Präsidenten John Magufuli? In der Corona-Zeit war er eine Legende. Am 3. Mai 2020 hielt er eine Rede und hat damit die gesamte WHO-Mafia bloßgestellt: "Wir nahmen Proben von Schafen, wir nahmen Proben von Ziegen, wir

nahmen Proben von Papayafrüchten, wir haben sogar Proben von Motoröl und anderen Dingen genommen.

Und wir gaben diese Proben einem Labor, ohne es einzuweihen. Wir haben die Proben sogar getauft: Die Motorölprobe nannten wir Jabil Hamza, 30 Jahre alt, männlich. Die Probe wurde negativ getestet. Als wir die Probe aus Durian (die Stinkfrucht) nahmen, nannten wir sie Sarah Samuel, 45 Jahre alt, weiblich. Das Resultat war uneindeutig.

Als wir die Probe einer Papaya nahmen, haben wir sie Elisabeth Ane genannt, 26 Jahre alt, weiblich. Das Resultat war positiv. Sie hatte Corona. Das heißt, daß die Flüssigkeit einer Papaya coronapositiv ist." Kurz darauf schloß Magufuli das nationale Testlabor und feuerte dessen Leiterin. Ab dem 29. April 2020 meldete Tansania keine Corona-Fälle mehr.

Wie geht es Magufuli heute? Schlecht. Er ist tot. Gestorben am 17. März 2021 im keineswegs hohen Alter von 61 Jahren: der erste Präsident in der Geschichte Tansanias, der im Amt das Zeitliche segnete. Die Informationen darüber flossen nur spärlich. Gerüchte machten sich breit, er sei an Corona gestorben - aus der Sicht der Globalisten eine nette Ironie des Schicksals. Doch die offizielle Todesursache lautete schließlich auf "Herzversagen" nach Vorhofflimmern. Richtig behandelt ist Vorhofflimmern für sich genommen in der Regel aber nicht gefährlich.

Millionen Menschen werden damit alt. Die Hauptgefahr - Blutgerinnsel im Herzen, die Schlaganfälle verursachen können - wird routinemäßig mit Gerinnungshemmern behandelt. Werden sie regelmäßig eingenommen, droht im Normalfall keine Gefahr.

Ein schwarzer Hoffnungsträger

Magufuli war so etwas wie ein afrikanischer Donald Trump:

"Seit seinem Amtsantritt vor zwei Jahren hat Magufuli den Status quo in Tansania in seinen Grundfesten erschüttert", schrieb die afrikanische Nachrichtenplattform African Arguments im November 2017. "Er hat der Regierung ein neues Credo der Sparsamkeit verpaßt. ... Er leitete Gelder für die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag in den Kampf gegen die Cholera um. Noch unangenehmer war, daß er der Korruption in Tansania den Kampf angesagt hatte.

...

Anfangs war Magufuli sehr beliebt, auch im Ausland. Zu Beginn seiner Präsidentschaft war er ein richtiger globaler Musterknabe und wurde "sogar von der westlichen Presse in den höchsten Tönen gelobt, seine Reformen wurden gepriesen und er wurde als "Vorbild" für andere afrikanische Nationen bezeichnet". Bis - ja, bis er sich gegen die Corona-Impfung sträubte: "All das änderte sich, als er sich darüber ausließ, daß Covid ein Hoax ist", schrieb Off Guardian, eine von Aussteigern des britischen Guardian gegründete Website im März 2021.

Präsident Magufuli sagte, daß das Gesundheitsministerium Covid-19-Impfstoffe erst dann akzeptieren wird, wenn Tansanias Experten sie geprüft und zertifiziert haben." Sollten damit auch Langzeitstudien gemeint gewesen sein, hätte dieser Prozeß fünf bis zehn Jahre dauern können. "Magufuli bekräftigte, daß er nicht zulassen werde, daß Tansanier als Versuchskaninchen in Covid-19-Impfstoffversuchen ... benutzt werden."

Die Schrift an der Wand

Seinen Artikel vom 12. März 2021, fünf Tage vor Magufulis Tod, nannte der OffGuardian prophetisch: "Tansania - der zweite Covid-Coup?". Dort stand geschrieben: "Das Verschwinden macht ihn möglicherweise zum zweiten "Covid-Leugner", der seine Macht verliert ... Vergangenen Sommer weigerte sich Pierre Nkurunziza, der Präsident von Burundi, bei Covid mitzuspielen und warf die WHO-Delegation aus dem Land, ... bevor er plötzlich an einem "Herzinfarkt" oder "Covid-19-Verdacht" starb.

Sein Nachfolger machte sofort jede einzelne seiner Covid-Maßnahmen rückgängig, einschließlich des Rauswurfs der WHO aus dem Land." Daß auch Magufuli sein Leben lassen würde, war demnach zu befürchten. ... "Innerhalb von zwei Wochen, nachdem der Guardian

einen von Gates gesponserten Artikel veröffentlicht hat, der dazu aufrief, etwas gegen Präsident Magufuli zu unternehmen, ist derselbe Präsident verschwunden, angeblich aufgrund von Covid. Lustig, wie das funktioniert." Schon da rechnete der OffGuardian mit dem Tod des Präsidenten ...<<

11.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. November 2023 (x1.345/...): >>AfD-Verbot: Die peinliche Kampagne des Marco Wanderwitz

Der CDU-Politiker Marco Wanderwitz will die AfD verbieten - und findet damit nicht mal bei den Grünen Gehör. Seine Begründungen sind windig, das Vorhaben scheint aussichtslos. Er zeigt, wie stumpf die Idee des "Kampfs gegen Rechts" mittlerweile ist.

Leonard Klaucke

Seit Monaten kämpft der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz für ein Verbot der AfD: Im Juli schrieb er in einem fraktionsinternen Brief, daß er inzwischen alle Voraussetzungen für ein Parteiverbot erfüllt sehe. Er erhoffe sich von einem Parteiverbot eine "Atempause für die Demokratie".

Aktuell sammelt er Unterstützer für einen Verbotsantrag, welchen er im Bundestag einbringen möchte. Der Bundestag soll beim Bundesverfassungsgericht beantragen, die AfD für verfassungswidrig zu erklären, sie aufzulösen und das Parteivermögen für gemeinnützige Zwecke einzuziehen und beruft sich dabei auf Artikel 21 des Grundgesetzes.

Da für einen solchen Antrag im Bundestag die "Fraktionsstärke", mindestens fünf Prozent der Mitglieder, benötigt wird, bräuchte Wanderwitz mindestens 37 Unterstützer. Was sich auf den ersten Blick nach einem leichten Unterfangen anhört, könnte sich in der Realität als schwierig erweisen: Auch wenn sich alle Parteien von der Linken bis zur Union entschlossen gegen die AfD stellen, scheinen die meisten mittlerweile verstanden zu haben, daß das mit dem Parteiverbot wohl doch nicht die beste Idee ist.

Erst zwei erfolgreiche Parteiverbotsverfahren in der BRD

"Parteiverbote haben noch nie dazu geführt, daß man ein politisches Problem löst", sagte CDU-Chef Friedrich Merz bereits im Sommer dieses Jahres und selbst von Grünen und SPD hört man mittlerweile ähnliche Töne. Man müsse die AfD "inhaltlich stellen" hieß es kürzlich von der Grünen Bundesgeschäftsführerin Emily Büning und auch der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hält ein Verbot nur für eine Option unter vielen, die mit hohen Hürden rechtlicher Natur versehen sei.

Bis Jahresende möchte Wanderwitz die erforderliche Anzahl von Unterstützern gesammelt haben. Doch selbst wenn der Antrag im Bundestag durchgeht, sind vor allem die verfassungsrechtlich hohen Hürden der Grund, warum ein Parteiverbot als äußerst unwahrscheinlich gilt. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es nur drei Parteiverbotsverfahren, von denen zwei erfolgreich waren.

Im Jahr 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht die Sozialistische Reichspartei (SRP) und im Jahr 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Das Verbotsverfahren gegen die NPD, welches 2001 eröffnet, 2003 eingestellt und 2017 erneut entschieden wurde, war nicht erfolgreich.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. November 2023: >>"Es wird nur noch gehetzt" - Interview mit Kleine-Hartlage

Von Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer sprach mit Manfred Kleine-Hartlage über sein neues Buch und den Mißbrauch der deutschen Sprache zu ideologischen Zwecken. Manfred Kleine-Hartlage stellt in "BRD-Sprech" dar, wie Worte als Waffe der Umerziehung mißbraucht werden.

Elsässer: Wir sprechen heute über ein ganz aktuelles Buch: "BRD SPRECH - Worte als Waffe der Umerziehung". Mit mir im Studio ist der Autor Manfred Kleine-Hartlage, vielen von Ih-

nen sicherlich bekannt aus seiner Kolumne im COMPACT-Magazin. Du hast vor etwa sechs oder sieben Jahren ein ähnliches Buch veröffentlicht, "Die Sprache der BRD". Das war ein richtiger Bestseller. Warum veröffentlichst du jetzt also dieses neue Buch, "BRD SPRECH", anstatt einfach das alte Buch neu aufzulegen?

Kleine-Hartlage: Es wurde bereits einmal überarbeitet, zuerst im Jahr 2015 veröffentlicht und dann 2019 erneut aufgelegt. Es ist einfach so, daß ich diesmal eine andere Konzeption verfolgt habe. ...

Elsässer: In dem Buch versammelt sind 50 Schlüsselbegriffe der Propaganda, von "Demokratie" über "Verfassungsschutz", "Black Lives Matter", "Wissenschaftsleugner", "Gleichschaltung", "Sensitivity Reading" (englisch: Gegenlesen bei sensiblen Themen), "Zeitenwende", "Friedensschwurbler", "Faktenchecker" und so weiter. Von diesen 50 Begriffen, was würdest du sagen, sind die fünf wichtigsten?

Eine Revolution von oben

Kleine-Hartlage: Sagen wir mal, die fünf charakteristischsten sind zum einen die Verfassungsschutz-relevante Delegitimierung des Staates, die in die Kategorie "Haltet den Dieb" fällt, sowie zum Beispiel auch die "Radikalisierung", die vielleicht noch treffender ist.

Wir haben es ja mit einer politischen Klasse zu tun, die den Nationalstaat abschaffen will, den Rechtsstaat in Frage stellt, ein seit Jahrtausenden hier ansässiges Volk zur Minderheit im eigenen Land machen will und das Grundgesetz komplett umdeutet. Das, was noch vor 20 Jahren ständige Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts war, ist völlig auf den Kopf gestellt worden. Sie betreibt also eine Revolution von "oben" und bezichtigt dann andere der "Radikalisierung", die einfach nur bei dem Standpunkt geblieben sind, den sie schon immer eingenommen haben.

Das ist die Methode "Haltet den Dieb". Ein anderer Begriff wäre "Angriffskrieg", typisch für die Methode, jetzt nicht mehr subtil, sondern richtig mit dem Holzhammer dafür zu sorgen, daß das Publikum gefälligst etwas Bestimmtes zu denken hat, bei "Angriffskrieg" oder auch beim "Scheinreferendum", was Putin abgehalten haben soll, in Nachrichtenkontexten, nicht im Kommentar.

Früher hätte es das nicht gegeben, daß man eine Volkskammerwahl in einer Nachrichtensendung eine Scheinwahl nennt, obwohl das auf jeden Fall viel gerechtfertigter gewesen wäre. Nein, es wird so gemacht, damit der Zuschauer oder Leser, je nachdem, wer der Adressat ist, gar nicht erst auf die Idee kommt, sich womöglich selber ein Urteil zu bilden. ...

Ganz wichtig und zentral, deswegen habe ich es auch nochmal weit über das hinaus ausgebaut, was ich im COMPACT geschrieben habe und auch zuvor in der "Sprache der BRD" veröffentlicht habe, ist der Begriff "Verschwörungstheoretiker", da sich an ihm ein ganzes Weltbild aufhängen läßt.

In diesem Weltbild wird Kritik an den herrschenden Kreisen, Klassen oder politischen Eliten einfach nicht mehr vorgesehen und von vornherein als illegitim angesehen. Schließlich und endlich, bei Black Lives Matter, gibt es diese subtile Unterstellung, daß alle Weißen der Meinung sind, das Leben von Schwarzen würde nicht zählen, und das ist eine von diesen sehr perfiden Unterstellungen.

Dann kommt der Begriff "Friedensschwurbler": Dieses Zusammenwirken, dieses Oxymoron, erinnert an das, was wir bei Joseph Goebbels in Form von "Humanitätsduselei" hatten - ein Mittel zur zynischen Rechtfertigung von Inhumanität und Brutalität, indem man all jene, die sich dem entgegenstellen, intellektueller oder charakterlicher Defizite bezichtigt. Ich denke, daß sind fünf sehr charakteristische Worte, die auch anzeigen, in welche Richtung diese Sprache geht und in welche Richtung auch der Staat geht, dessen Öffentlichkeit sich dieser Sprache bedient.

"Leute sollen nicht wissen, wohin die Reise geht"

Elsässer: Weil du gerade jetzt schon Black Lives Matter angesprochen hast; es gibt ja noch mehr englische Begriffe zum Beispiel "Whataboutism" (Was ist mit ...?), "Sensitivity Reading" oder man könnte auch "Gender" nennen. Das sind ja allesamt Begriffe, die aus einer fremden Sprache kommen und die, ich würde mal sagen, die Masse des Volkes gar nicht versteht. Zum Beispiel "Gender": Wer kann das in einem Satz zusammenfassen? Nicht einmal ich kann das und ich habe studiert. Welche Funktion also hat eine Propaganda, die Wörter zur Umerziehung verwendet, die das Volk nicht versteht?

Kleine-Hartlage: Daß sie es auch gar nicht verstehen soll: Es soll einfach nach etwas klingen wie "Diversity" (englisch: Vielfalt), das war jetzt nicht hier, weil es schon in "Sprache der BRD" war. Oder zum Beispiel "Gender-Mainstreaming", was man gut mit "Verzwitterung" übersetzen kann. Aber wenn man das tun würde, würden die Leute ja wissen, wohin die Reise gehen soll. Also, damit sie es nicht wissen, sich aber trotzdem modern und weltläufig anhört, werden diese englischen Begriffe verwendet, die dann, wenn man genauer hinguckt, dann auch ein besonders subtilen Doppelsinn entfalten und man auch merkt, wie das Publikum genau damit manipuliert werden soll.

Im September 2015 schloß Ungarn mit der Errichtung eines Zauns die Grenze zu Serbien, um die Völkerwanderung nach Europa zu stoppen. Angela Merkel riß das Tor wieder weit auf. Auf sprachlicher Ebene wurden aus "Asylanten" erst "Flüchtlinge" und dann "Flüchtende".

Elsässer: Ich habe mich selber aufgrund meiner Lebenserfahrung, die ja nicht anders ist als deine, mit der Änderung der Propaganda beschäftigt. Was ja sehr auffällig war, während des Kalten Krieges, in unserer Jugend sozusagen, war die Propaganda eigentlich der Linie folgend, der Antikommunismus. Als dann der Feind im Osten kapitulierte, ist die Propaganda gedreht worden und seither wird Zug um Zug mit antifaschistischer Propaganda hantiert.

Der Bruch in der Propaganda

Kleine-Hartlage: Wobei es dabei einen kleinen Unterschied gibt: Der Antikommunismus war immer in den Antitotalitarismus eingebettet, nur den Realsozialismus gab es in den Jahren zwischen 1949 und 1989 tatsächlich. Der Faschismus war eine Sache der Geschichte, trotzdem war immer der Kontext, gegen jedes totalitäre System und jede totalitäre Ideologie zu sein. Das war der Basiskonsens, auf den sich die Parteien, das Establishment der Bundesrepublik, geeinigt hatten.

Antifaschismus ist jedoch etwas völlig anderes; es stellt keine Akzentverschiebung innerhalb eines ansonsten integren gedanklichen Ansatzes dar, sondern vielmehr die Umkehrung des Ansatzes. Antitotalitarismus bedeutet, daß man dagegen ist, daß der Staat ein Wahrheitsmonopol dekretiert und Andersdenkende praktisch aus der Gesellschaft ausschließt. Antifaschismus hingegen bedeutet, daß er genau das tut; er maßt sich ein Wahrheitsmonopol an, verweigert Andersdenkenden ihre Grundrechte, soweit es noch irgendwie mit dem Wortlaut der Verfassung übereinstimmt, meistens aber nicht mehr, und Menschen aus der Gesellschaft ausgrenzt.

Es ist im Grunde eine Art ideologische Apartheid, die damit verbunden ist und die überhaupt nichts mit einem liberalen und antitotalitären Gemeinwesen zu tun hat. Antifaschismus heißt, daß die Legitimität einer politischen Position nicht daran gemessen wird, daß derjenige, der sie vertritt, sie gewaltlos und friedlich im Rahmen der Gesetze vertritt, sondern daran, welchen Inhalt sie hat.

Wenn sie einen antifaschistischen Inhalt hat, also einen linken Inhalt, darf man im Grunde alles machen. Dann darf man die Verfassung biegen, dann darf man gegen Andersdenkende mit Gewalt vorgehen, dann darf man auch ganze Bankenkonsortien damit beauftragen, Andersdenkenden kein Konto mehr zu geben und so weiter. Da ist alles erlaubt, während diejenigen, die dagegen sind, noch so friedlich sein können, dürfen dann so gut wie gar nichts. Das ist die Linie, auf der sich das bewegt, und das ist mit Antifaschismus gemeint. Es ist das Ge-

genteil dessen, wofür das Grundgesetz steht.

Das Henne-Ei-Problem

Elsässer: Du konstatierst ja auch anhand des Sprachgebrauches eine totalitäre Verhärtung des Systems. Meine Frage ist, ähnlich wie Henne und Ei, ob diese Worte, die uns in die Köpfe getrommelt werden, der Motor für die totalitäre Veränderung sind. Oder umgekehrt: Wird zuerst die totalitäre Veränderung über institutionelle Mittel wie Zwangsimpfung und ähnliche Lockdown-Maßnahmen vorangetrieben, und erst danach folgt die Sprache?

Kleine-Hartlage: Es ist tatsächlich wie Henne und Ei; diese beiden Faktoren verstärken sich gegenseitig. Das Festlegen einer bestimmten Sprache und das Unterdrücken bestimmter anderer Ausdrücke dient dazu, die Akzeptanz staatlicher Machtübergriffe oder der Machtübergriffe der politischen Klasse zu verstärken. Dadurch sollen die Menschen davon abgehalten werden, Widerspruch zu erheben und so wird die nächste Machtergreifung vorbereitet. Dies wiederum ermöglicht den nächsten totalitären Übergriff. Es handelt sich also um ein Wechselspiel, bei dem sich zwei Faktoren gegenseitig verstärken.

Elsässer: Ich habe den Eindruck, daß die herrschende Propaganda, dieses "BRD-Sprech", in gewisser Hinsicht aufgrund ihrer Überdrehung bereits teilweise gescheitert ist; zum Beispiel der Propagandabegriff "Fachkräfte", der ja die Masseneinwanderung, Überflutung und Ummolkung befördert und begleitet hatte. Mittlerweile lacht ja jeder, der den Begriff hört.

Kleine-Hartlage: Deswegen müssen auch immer neue Begriffe gefunden werden, welche auch immer schriller werden, weil das Establishment immer verzweifelter wird; es glaubt ihnen ja ihre bisherigen Lügen keiner. Dennoch gibt es leider immer noch zu viele, die es glauben, aber sie haben ein extremes Glaubwürdigkeitsproblem. Deswegen wird der deformierende Aspekt immer größer; es wird immer mehr gegen Andersdenkende geschossen. Vorher hatten wir auch jene, die sehr stark eine "Tantensprache" verwendeten, in der es hieß: "Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen", begleitet von einer fürsorglichen Betütelung. Das ist jetzt vollkommen verschwunden.

Es wird nur noch richtig gehetzt und mit dem Holzhammer argumentiert. Es gab immer die Tendenz, möglichst diejenigen, die noch dem Establishment glauben, davon abzuhalten, sich mit den Thesen der Andersdenkenden auseinanderzusetzen. Das war immer der Sinn der Sache, aber jetzt müssen die Methoden immer primitiver und vulgärer werden, um das zu erreichen. Das Establishment befindet sich auf dem absteigenden Ast und sieht seine Anhänger davonziehen. Deshalb ist ein Teufelskreis in Gang gekommen, der zu einer immer weiteren Radikalisierung führt.

Ich glaube jedoch, daß wir langsam an einen Kulminationspunkt kommen, an dem es nicht mehr gesteigert werden kann, ohne in ein direktes totalitäres System überzugehen. Aber dafür ist das Establishment, was den Rückhalt in der Bevölkerung angeht, meiner Meinung nach zu schwach.

Das postfeministische Deutsch

Elsässer: Mir ist aufgefallen, daß die einzelnen Begriffe vielleicht nicht das ausschlaggebende Moment bei der Gehirnwäsche sind, sondern die Änderung der Grammatik, also die "Genderisierung" der Grammatik, dieses postfeministische Deutsch. Ich habe mich selbst schon dabei erwischt und mir dann auf die Zunge gebissen, weil ich nicht "Demonstranten" gesagt habe, sondern "Demonstrierende", da man das ständig hört und es in die eigene Grammatik einsickert.

Kleine-Hartlage: Wobei ich glaube, daß man das auch ganz leicht wieder ändern kann. Man muß sich immer noch derart anstrengen, um eine solche Sprache zu sprechen, wenn man sie denn sprechen will. Denn so spricht niemand, der sich einfach nur verständigen will. Noch immer ist Sprache ein Mittel der Verständigung und nicht ein Mittel der Gleichschaltung oder Selbstgleichschaltung, auch wenn einige Leute das gerne so hätten.

Elsässer: Welche Rolle kann so ein Buch spielen, um die Leute sozusagen gegen die Propaganda zu "immunisieren"? Soll man jeden Abend darin lesen?

Kleine-Hartlage: Auf jeden Fall. Es handelt sich um eine Art der Sensibilisierung. Nachdem man sich mit vielen solcher Stichworte auseinandergesetzt hat, hört man die Propaganda des Kartells mit anderen Ohren und sieht sie mit anderen Augen. Man wird, und das ist jedenfalls die Absicht des Buches, dafür sensibilisiert, wie viel Lüge nicht erst in den expliziten Sätzen steckt, sondern bereits in den Worten, aus denen diese Sätze gebildet werden. Diese Worte sind bereits in sich verlogen, weil sie bestimmte Dinge voraussetzen oder implizieren, die einfach falsch sind, und deren Falschheit kann man sich bewußt machen, indem man sich das Wort genauer ansieht und es in Bezug zur sichtbaren und erkennbaren Wirklichkeit setzt.

Man sollte sich auch trauen, seine eigenen Augen zum Sehen und sein eigenes Gehirn zum Denken zu benutzen und sich nicht einreden lassen, daß der Regen von unten nach oben fällt, nur weil Ideologen eine hochkomplexe Argumentationskette aufgebaut haben, die besagt, daß der Regen von unten nach oben fällt. Jeder kann aus dem Fenster schauen und sehen, daß der Regen von oben nach unten fällt, genauso wie jeder sehen kann, daß es Männer und Frauen gibt, daß es Deutsche und Nichtdeutsche gibt, und so weiter. Alles Dinge, die uns ausgedreht werden sollen. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27396" berichtet am 11. November 2023 (x1.343/...): >>Staatsfeind Nr. 1 - Krake im Staatsgewand

Von *Ivo Sasek*

"Die 19. AZK fokussiert das Problem des Staatsbankrotts, oder des Rechtsbankrotts. Denn noch immer läßt die Justiz z.B. die Impf-Mörderin Pfizer ungestraft, obgleich diese gerade wieder einen neuen 100-Milliarden-Vertrag mit der EU abgeschlossen hat - für 5,4 Milliarden neue Impfdosen. Und in diesem Vertrag steht ausdrücklich, daß Wirksamkeit, Nebenwirkungen und Langzeitfolgen unbekannt sind. Also ein neues Völkerexperiment! Alle Referate zeigen, warum uns nichts und niemand von einer gründlichen Aufarbeitung dieses noch immer laufenden Covid-Weltbetruges abhalten darf - noch nicht einmal schlimmste Weltkrisen. Diese könnten ja gezielt zu unserer Ablenkung inszeniert sein ..."

Ivo Sasek

- Geb. 10.07.1956, in Zürich

- Verheiratet, 11 Kinder, 17 Enkel

Ausbildung

- Eidg. Dipl. Fahrzeugmechaniker und Gastronom

- 4 Jahre Bibelschulausbildung

- Seit 42 Jahren internationaler Bibellehrer im Vollzeitdienst mit ca. 2000 aufgezeichneten Lehrvorträgen in aller Welt

- 9 Familienoratorien

Einige Gründungen von Sasek seit 1983

- "Obadia" (Christliche Rehabilitationsarbeit für Drogensüchtige, psychisch Kranke und Alkoholabhängige)

- OCG (Organische Christus-Generation) (Glaubensbewegung mit Betonung auf organischer Praxis)

- AZK (Anti-Zensur-Koalition)

- S&G Handexpress

- Kla.TV (Zahlreiche Dokumentarfilme zum aktuellen Weltgeschehen in mehreren Sprachen)

- Elaion Verlag, Gemeindelehredienst (Autor von über 20 theologischen Fachbüchern, mehreren Broschüren und Traktaten)

- Panorama Film (Regisseur, Drehbuchautor und Produzent von 9 Spielfilmen, davon 3 Monumental-Kinofilmen)

- Sasek.TV (zahlreiche Lieder- und Musikproduktionen, Musicals, 9 Familien-Oratorien = Musikaufführungen mit der Familie)

- I-VO (Interlineare Vollanalyse) (Übersetzungsarbeit aus dem griechischen Urtext des Neuen Testaments)

Ivo Sasek spricht heute zum Thema Staatsfeind Nr. 1 - Krake im Staatsgewand.

Hallo, ihr Lieben überall. Danke, daß ihr da seid! Einfach wunderbar, euch in unserer Mitte zu wissen. Wir sagen es nicht nur mit Liedern, wir sagen es auch mit Worten: Wir lieben euch! Alles, was wir heute machen, ist aus Liebe geschehen zu euch. Die Liebe wird zum Ausdruck gebracht, nicht allein in Worten, sondern in Taten.

Ich bedanke mich wieder bei der ganzen Crew. Es sind allein Hunderte von Technikern dabei. Es sind Künstler. Man kann nur aufzählen. Aber wir sparen uns heute die Zeit und gehen direkt ran an die Substanz. Geht mit uns mit. Es ist ein ganz besonderer, ein ganz spezieller Tag. Ich freue mich auf jeden Moment dieses Tages. Heute wird es spannend werden. Ich versichere es euch.

Aber allem voran muß ich gleich einmal an unser aller Wachsamkeit appellieren. Nichts scheint mir nämlich zur Zeit wichtiger zu sein, als daß wir uns von all den neu aufgebrochenen Problemen in der Welt nicht von einer gründlichen Aufarbeitung des eben hinter uns liegenden Covid-Weltbetruges ablenken lassen. Das ist heute das zentrale Thema. Damit haben uns die eingeschlichenen (ich nenne sie mal hochkriminellen) Möchtegern-Weltherrscher nämlich eine Steilvorlage ohnegleichen geliefert, um sie bis auf den Grund auffliegen zu lassen. Versteht ihr?

Darum scheint mir, als ginge es bei manch aktuellen Weltereignissen um nichts anderes, als um ein riesengroßes Ablenkungsmanöver, daß wir von einer konsequenten (meint das) weltweiten Strafverfolgung dieser Covid-Volksmörderbande wieder absehen sollten. Ich sage, lassen wir uns daher bitte durch nichts und niemanden von der Pflicht ablenken, diesen Covid-Völkermord in einem Weltgerichtsprozeß bis auf den Grund aufzuarbeiten; und wenn es denn sein muß, in einem völlig unabhängigen.

Wir lassen uns noch nicht einmal ablenken von neu aufkommenden Kriegen wie gerade jetzt wieder. Auch nicht von Bakterienangriffen, von Biowaffenattacken. Ja, noch nicht einmal, möchte ich sagen, von Naturkatastrophen oder allenfalls plötzlich erscheinenden Aliens oder gar fantastischen Neuentdeckungen, Autarkieverlockungen und alles Mögliche. Wir kehren immer und immer wieder zu dieser dringend notwendigen Aufarbeitung zurück.

Seht ihr, mit dieser 19. AZK fokussieren wir darum explizit das Problem des Staatsbankrottes - oder man kann ja von Rechtsbankrott sprechen. Zuerst verschaffe ich euch jetzt einen umfangreichen Überblick. Und über diesen gelangen wir dann zusammen in eine Standortbestimmung, ob solche Themen überhaupt aktuelle Relevanz haben.

Und dann umkreisen wir zusammen die Frage, was nun zu tun ist, wenn sich kriminelle Seilschaften in unsere Staatssysteme einschleichen konnten. Insbesondere, wenn unsere Schutzeinrichtungen bis hin zur Justiz von einem geheimen Filz unterwandert sind. Wie ist überhaupt vorzugehen, fragen wir uns, wenn dringende Aufarbeitungen über Parlamente, über Medien, Judikative und so weiter, gar nicht mehr möglich sind.

Und unsere fachkompetenten Referenten heute steigen zur Beantwortung genau solcher und ähnlich gestellter Fragen in den Ring. Und wir danken ihnen vorweg herzlich, daß sie diese Herausforderung für uns alle - ja ich sag mal, für die ganze Welt - angehen werden nach ihren besten Kräften. Geben wir ihnen bitte jetzt schon einen Applaus, einen kräftigen Applaus.

Aber hört gut zu. Wir streben auch mit dieser 19. AZK keinesfalls etwa einen Staatsstreich an. Wir sind auch in keinem Ansatz Feinde der Demokratie. Wir wollen nur und einzig rechtzeitig fachkompetent wissen, was unser geltendes Recht und Verfassung in solchen Fällen gebieten. Das gibt es nämlich. Wie soll ein gleichsam verwaistes Volk eingeschlichene Banditen

und Terroristen wieder aus seinem Staatssystem, ich möchte mal sagen, "auskärchern" (Anmerkung: Kärcher = Marke von professionellen Reinigungsgeräten)? Wie geht das?

Aber ich beginne jetzt zuerst mit der erwähnten Standortbestimmung und richte unsere Aufmerksamkeit jetzt einmal zuerst auf einen Vergleich. Hört gut zu: So nämlich, wie Satanisten mit Vorliebe als Juden auftreten, sich als Juden tarnen, um die Juden als ihren Schutzschild zu mißbrauchen, so geben sich Geheimbundmitglieder mit Vorliebe als Staat aus, um sich das Staatswesen als Schutzschild vorzuhalten. Versucht man daher irgendwelche Satanisten aufzudecken, werden die sogleich laut von Antisemitismus und Rassismus schreien.

Wer dagegen versucht, jene Geheimbundmächte offen zu legen - und zwar die, die in diktatorischer Manier unsere Demokratien unterwandert haben - der wird von ihnen umgehend als Demokratiefeind verschrien. Versteht ihr? Und greift man jetzt die Maulwürfe der Freimaurer-Mafia im Staat an, werden diese sogleich was laut schreien? Staatsstreich! Der will den Staat stürzen. Versteht ihr das?

Aber niemand will hier einen Staat stürzen; zuallerletzt in der 19. AZK. Sondern einzig den Staat vor Verbrechen retten. Das ist unsere Pflicht. Mängel im Staat sollen doch nicht in der Gesinnung angegangen werden, den Staat aufzulösen, sondern vielmehr seine Mängel einfach zu ergänzen, zu vervollständigen. Dasselbe mit der Demokratie: Mängel in der Demokratie sollen nicht bloß kritisiert, verklagt oder gar bedauert werden. Mängel in der Demokratie sollen vielmehr ergänzt, aufgearbeitet werden, damit die Demokratie zur vollen Größe, zur Vollreife gelangt. So geht das.

Niemand will hier der vielen Mängel wegen, könnte man sagen, die Demokratie abschaffen. Man schafft ja auch nicht die Kinder ab, nur weil sie Mängel haben, oder? Solche fördert man bis zu ihrer vollen Mündigkeit und Größe, um ihre großartigen Fähigkeiten freizusetzen. So macht man das. Aber seht ihr, längst werden doch nahezu alle heilsamen Entwicklungen in dieser Welt bereits wirklich im Keim erstickt. So ist es.

Es gibt hier unten eben tatsächlich global agierende Kreise und Widersacher, denen buchstäblich jede Form unserer Mündigkeit und Autarkie von Grund auf ein Dorn im Auge ist. Und diese Kreise sind ganz reale Feinde der Menschheit, obwohl sie getarnt als Menschenfreunde daherkommen.

Ich vergleiche diese Sorte Mensch immer wieder mit einem geschickt getarnten Kraken, der aus seinem Versteck heraus seine Beute reißt. Und sein Zielobjekt ist nichts Minderes als die ganze Menschheit. Und weil dieser Krake die Weltherrschaft für sich alleine erstrebt, hat er seine Tentakel längst um nahezu alle Nationen geschlungen. Und nein, mit dem Kraken sind nicht irgendwelche Rassen, so etwa die Juden oder irgendwelche Nationalstaaten wie etwa die USA, Rußland, China, Frankreich usw. gemeint. Gerade diese befinden sich allesamt auch im Würgegriff des Kraken.

Der Krake ist ein weltweit miteinander vernetzter Geheimbund, der unsere Nationalstaaten seit Jahrhunderten schon gezielt unterwandert und aus dem Verborgenen heraus manipuliert. Er beherrscht uns über seine gleichgeschalteten Medien. Das muß man verstanden haben. Es handelt sich um einen Klub Geld- und Machtbesessener Superreicher.

Sprich, der Krake konstituiert sich aus einem weltweit agierenden Netzwerk von Satanisten der Hochgradfreimaurerei, wie wir es in vielen Filmen schon bewiesen haben. Und dieser Geheimzirkel hat nachweislich so ziemlich jede gewichtige Schaltstelle der Gesellschaft unterwandert. So etwa unsere Wirtschaft, Justiz, Politik, Wissenschaft, Medizin, Medien, Religion; da kann man noch viel aufzählen.

Und seht ihr, die wirklich großen Geschehnisse der Gegenwart, aber auch der nahen und fernen Vergangenheit, gehen daher auf das Konto dieses Kraken zurück. Und zwar von der französischen, russischen oder amerikanischen Revolution bis zu den zwei Weltkriegen. Von der zeitgleichen Gründung von Zentralbanken und des Kommunismus bis zur Gründung der

UNO, des Internationalen Gerichtshofes, der WHO, Israels sogar, Gründung der NATO, der NASA, der EU usw.

Die Aufrüstung Chinas zur führenden Weltmacht geht ebenso auf das Konto dieses Weltherrschaftskraken wie etwa die Anschläge von 9/11. Und ich sage euch, jeden Satz, den ich hier spreche, findet ihr nachher im Sendungstext unten mit Links bewiesen, mit Beweismaterialien. Das sind keine Theorien, das sind Beweise, versteht ihr? Vom arabischen Frühling über einige heuchlerische Farbrevolutionen bis hin zu den gegenwärtigen Kriegen in der Ukraine und Israels ist alles eine Zeugung dieses einen Kraken. Ganz besonders das in Israel jetzt wieder.

Jetzt die gute Nachricht. Der Krake ist nicht allmächtig! Weil er besteht aus einer überschaubaren Anzahl (ich nenne sie mal) Machtgeiler, Superreicher und deren Vasallen. Und diese Weltherrschaftssekte bezieht ihre Macht einzig aus der Täuschung der Völker, aus nichts anderem. Und unsere Leichtgläubigkeit und unser Gehorsam gegenüber ihren Lügen sind ihre einzige Macht. Das müssen wir erkennen und glauben.

Die Unterwürfigkeit aller Welt unter einer Fake-Covid-Plandemie hat doch am allerdeutlichsten gezeigt, wie dieser Krake funktioniert. erinnert ihr euch? Mit seiner WHO, also nur gerade einem seiner Fangarme, hat er die ganze Welt beherrscht und will sie noch ganz und völlig beherrschen. Ich frage, wer oder was aber ist eigentlich die WHO? Sie wird doch von niemand anderem als von einem kleinen Haufen Superreicher, ich nenne sie mal freimaurerische Sesselfurzer, regiert, die ihrer eigenen Big Pharma, einem besonders dicken Fang-Schlingarm des Kraken, die Aufträge zuspielt.

Und wer ist Big Pharma vom führenden Kern her? Ich sage, wiederum nur eine überschaubare Horde gewissenloser Egomane, die die Welt ständig mit unzähligen Täuschungen verblenden. Ein einzig großes Gefängnis würde darum genügen, denke ich, um sämtliche Genozidtreiber von Big Pharma und WHO dingfest zu machen. Und der ganze weltweite Spuk wäre auf der Stelle vorbei.

Und seht ihr, das Gleiche gilt aber auch für jenen Fangarm des Kraken, der alle Länder mit seinen Kriegswaffen beliefert. Oh, hätten wir doch nur auf der Stelle das richtige getan, als die Mutter der Rothschilds verraten hat, wie man Kriege verhindert. erinnert ihr euch? Ihre Söhne haben schon während der Revolution 1830 das Zentralhirn dieses Kraken gebildet. Gutle Schnapper hat damals ihre besorgten Nachbarn in Frankfurt mit folgenden Worten beruhigt. Sie sagte: "Es gibt keinen Krieg, meine Söhne werden kein Geld dafür geben!" Irrtum, denkste.

Und an dieser Stelle komme mir einfach wirklich kein einziger mit der Judenfrage. Denn auch das ständige Antisemitismusgeschrei ist wie gesagt ein gezieltes und vor allem gewolltes Produkt dieses Kraken. Ein wahrer Jude begeht doch keine Verbrechen. Wirklich nicht. Die Rothschilds allerdings schon. Weil diese finanzieren nicht nur seit Jahrhunderten fast jeden Krieg. Sie finanzierten jeweils auch noch gleich beide Kriegsparteien zugleich. Und sobald man sie aber dieser Kriegsverbrechen wegen zur Rechenschaft ziehen will, schreien sie sofort von was? - Von Antisemitismus. Von Volksverhetzung. Und mißbrauchen so all die arglosen Juden als ihren Schutzschild. So läuft das.

Doch beim Kraken geht es null und nicht um eine Rasse. Das will ich immer und immer wieder betonen. Sondern einzig um eine kriminelle Vereinigung. Und diese schürt und finanziert gerade auch jetzt wieder den Ukraine- und allem voran jetzt wieder den Israel-Palästina-Krieg. Wir haben es gerade wieder bewiesen mit Kla.TV.

Und darum geht auch dieser vor 145 Jahren verfaßte Brief des bekennenden Satanisten und 33 Grad Freimaurers wieder um die Welt. Ich rede gerade von Albert Pike, der 1891 dem Kopf der Illuminaten, also Giuseppe Mazzini, diesem Revoluzzer, luziferischen Revoluzzer, geschrieben hat. Dieser Brief geht jetzt um die Welt. Und in diesem Brief hat der Satanskirchen-

gründer Pike Verordnungen getroffen, drei präzise gelenkte Weltkriege angesagt, die sie hochheben wollen aus der Traufe.

Die Ziele der ersten beiden Weltkriege wurden bereits exakt erreicht. Durch den Ersten müsse die Macht des Zaren in Rußland zerschlagen werden, um dieses Land in eine Festung des atheistischen Kommunismus zu verwandeln. Der Zweite Weltkrieg müsse aus den Unterschieden zwischen Faschisten und Zionisten hervorgehen, um den Nazismus zu zerstören (also die Nazis), und den politischen Zionismus zu stärken. Und hört zu (100-jähriger Brief!): Das Ziel des Zweiten Weltkrieges sei die Gründung eines Staates Israel.

Und dann sagt dieser Satanist einen Dritten Weltkrieg an. Ein Dritter Weltkrieg müsse sich zwischen den politischen Zionisten und Palästinensern beziehungsweise den Führern der islamischen Welt entzünden. Kommt euch das irgendwo bekannt vor?

Und zu einer derart allumfänglichen und nihilistischen Zerstörung von allem Gehabten führen - insbesondere der Religionen - daß endlich, schreibt er, eine weltweite Regierung unter der Herrschaft der reinen Lehre Luzifers, sprich Satans, entstehen könne. Du findest den ganzen Brief unter eingeblendetem Link: <https://unwiderlegbarefakt.wixsite.com/wahrheitsiegt/-post/ein-brief-von-albert-pike-aus-dem-jahr-1871-enth%C3%BCllt-den-plan-der-illuminaten-f%C3%BCr-den-3-weltkrieg>

Er lag über Jahrzehnte weg im Museum, schon vor Jahrzehnten. Also nie soll jemand sagen, das sei gefaked.

Doch jetzt zur weltweiten Standortbestimmung. Ich sage, spätestens seit Corona ist offenbar geworden, daß die Justiz nicht mehr gleichsam den Brand stiftet, sondern konsequent nur noch den verfolgt, der den Brand angezeigt hat.

Dazu ein Vergleich, ein Gleichnis. Es haben doch allerlei Koryphäen aus der medizinischen Wissenschaft diesen (ich nenne ihn einmal) Corona-Brand, angezeigt, nicht wahr? Ob dies nun aber Professoren oder Ärzte, Rechtsanwälte oder unabhängige Richter usw. getan haben. ... Viele dieser freien Aufklärer wurden darob auf der Stelle in Gerichtsprozesse verwickelt. Etliche von ihnen hat man auf der Stelle verhaftet, man hat sie eingesperrt, gebüßt oder gar mit Berufsverboten belegt. Ja, man hat ihren Ruf ruiniert, kurz gesagt.

Auf der anderen Seite wurden aber weltweit tausende Strafanzeigen gegen die wirklich großen Covid-Verbrecher und deren Vasallen aus mindestens 100 Ländern eingereicht. Mindestens 3.000 waren es schon kurz nach Covid-Start. Und diese ohne jede Dunkelziffer. Also in Wirklichkeit waren es weit mehr, meint das. Aber alles vergeblich, weil bislang keine Justiz diese wahren Urheber gebührend verfolgt und bestraft hat. Das ist die Tragödie, von der wir heute reden. Aus der Überfülle weltweit eingereichter Strafanzeigen, hier jetzt nur ein paar kleine Streiflichter.

Seht, allein in Deutschland kamen uns in Kürze 160 Strafanzeigen von Impfgeschädigten zu Ohren, die sie gegen Impfstoffhersteller eingereicht haben. So etwa wegen fahrlässiger Tötung oder wegen der statistisch nachgewiesenen Übersterblichkeit und zwar von 8 % seit Covid-Impfbeginn.

- <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/corona-impfstoffe-klagen-100.html>

Es wurde auch Strafanzeige gegen führende Politiker Deutschlands erhoben, wegen Hochverrat im Zusammenhang mit den geplanten Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO und des WHO-Pandemievertrages

- <https://www.mwgfed.org/2023/07/strafanzeige-gegen-die-bundesregierung-wegen-hochverrats-am-deutschen-volk>

Hinten eingeblendet seht ihr eine Quelle mit 750 Gerichtsverfahren zu Freiheit beschränkenden Corona-Maßnahmen allein in Deutschland

- <https://www.etl-rechtsanwaelte.de/aktuelles/erste-gerichtsentscheidungen-zum-coronavirus>

In Österreich ergingen Strafanzeigen gegen das nationale Impfgremium wegen Gefährdung

der körperlichen Sicherheit. Auch gegen Bundeskanzler, Vizekanzler, Gesundheitsminister, wegen Verdacht auf Nötigung und Amtsmissbrauch.

- https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220224_OTSO124/strafanzeige-gegen-bm-mueckstein-und-nationales-impfgremium

- <https://www.diepresse.com/5928264/strafanzeige-gegen-kurz-und-co-wegen-corona-verordnungen>)

In der Schweiz wissen wir um Strafanzeigen gegen Bundespräsident Alain Berset wegen Amtsmissbrauch. Strafanzeigen auch gegen Swissmedic, die Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Arzneimittel und Medizinprodukte. Warum? Weil diese die verderblichen Corona-Experimente zugelassen haben. Strafanzeigen aber auch gegen SRF wegen Unterdrückung kritischer Beiträge zu Corona und zur Impfung.

- <https://transition-news.org/wegen-amtsmissbrauch-strafanzeige-gegen-alain-bercet>

- <https://www.srf.ch/news/schweiz/folgen-der-covid-impfung-darum-geht-es-bei-der-strafanzeige-gegen-swissmedic>

- <https://weltwoche.ch/daily/strafanzeige-gegen-fuehrungspersonal-der-srg-und-der-serafe-verein-wirft-ueber-50-personen-organisierte-kriminalitaet-vor-es-geht-um-die-berichterstattung-rund-um-covid-19>

In den USA wurden Klagen gegen BBC, Washington Post, Associated Press, Reuters, sowie Facebook, Google, Twitter, Microsoft eingereicht, weil diese die korrekte Berichterstattung von freien Medien zu Covid-19 unterdrückt haben.

- https://childrenshealthdefense.org/legal_justice/litigation-efforts/#battery-lawsui

Also Unsummen von immer noch unbearbeiteten und abgewiesenen Strafanzeigen, Verfassungsbeschwerden und Verfassungsklagen. Das ist aber alles erst an der Oberfläche gekratzt.

Ex-Pfizer-Vizepräsident Dr. Michael Yeadon und die Rechtsanwältin Hannah Rose haben diverse Anträge auf Anklageverfahren gegen ganz große Corona-Verbrecher eingereicht, und zwar wegen zahlreichen Verstößen gegen den Nürnberger Codex und wegen verschiedenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Sinne der Römischen Statuten (Artikel 6, 7, 8, 15, 21 und 53). Die Artikel findet ihr hier eingebildet.

Und um gerade einige Namen zu nennen, die verklagt wurden, zum Beispiel: Bill Gates, Dr. Anthony Fauci, Klaus Schwab, gegen den Generaldirektor der WHO Tedros Ghebreyesus, gegen Dr. Rhadiv Shah - den Präsidenten der Rockefeller Stiftung, auch gegen Albert Bourla - den CEO von Pfizer; gegen Stephane Bancel - CEO von Moderna; Pascal Soriot - CEO von AstraZeneca und natürlich gegen Alex Gorsky - CEO von Johnson & Johnson.

- <https://archive.is/3hYgA#selection-211.0-215.249>

- <https://correctiv.org/faktencheck/2022/01/13/nein-bill-gates-und-boris-johnson-werden-nicht-vor-dem-internationalen-straferichtshof-angeklagt>

Aber so ist der Punkt. All dies und unzählig mehr wurde von der Justiz bislang weitestgehend einfach ignoriert, verschleppt oder bereits mit Nicht-Anhandnahme-Verfügungen versehen. Das ist das Problem. Mir zumindest ist kein einziger Fall mit Signalwirkung, sprich mit Präjudiz, zu deutsch Präzedenzwirkung, bekannt, so daß die wirklich großen Corona-Brandstifter, gebührend zur Rechenschaft gezogen, bestraft, geschweige denn zu Schadenersatzzahlungen gegen ihre Opfer verpflichtet worden wären. Seht ihr, statt dessen räkeln diese Mörder ganz gelassen auf ihren Milliarden-Profiten, die sie aus ihren Corona-Verbrechen generieren konnten.

Ich spreche nun über nachgewiesene, hört zu, nachgewiesene, bewiesene, angezeigte, aber von der Justiz leider nicht gebührend an die Hand genommenen Schwerstverbrechen gegen die Menschheit. Das ist unser Thema. Aber um den wahren Umfang dieser Problematik überhaupt uns bewußt werden zu können, ich sage, müssen wir zuerst nochmals in ein paar geschehene Details hinein zoomen, als Erinnerung. Und dann versuche ich euch den wahren Umfang

solch unaufgearbeiteter Schwerstverbrechen gegen die Menschheit dann nur noch mit breiten Pinselstrichen, also das meint Stichworten, vor Augen zu malen. Sonst wären wir nächste Woche noch dran.

Der 1. Zoom: Mit dem ersten Zoom erinnern wir uns, wie bei Covid-Beginn ein- und dieselben Macht- und Verantwortungsträger, die uns den Maskenzwang auferlegt haben, nur wenige Tage zuvor noch vor laufenden Kameras bezeugt haben, daß Schutzmasken überhaupt nichts bringen.

Beginnen wir einmal bei Christian Drosten. Das ist der Hauptinitiant ... der weltweiten Maskenpflicht.

Interview-Ausschnitt: "Damit hält man das nicht auf. Damit hält man das nicht auf. Können wir noch mal separat drüber reden, aber die technischen Daten dazu sind nicht gut für das Aufhalten mit der Maske."

Okay, alles klar? Keine Verschwörungstheorie! Für alle, die das immer behaupten. Da habt ihr es aufgenommen mit der Kamera.

Auch der Gesundheitsminister Jens Spahn hat am 19. Januar 2020 bezeugt - was sagt er und beteuert: (aus der Sendung "Die richtigen Fragen") Moderator: "Wir tragen ja alle Mundschutz, sehen wir jetzt in diesen Tagen. Sollen wir das auch tun? Sollen wir uns auch alle mit Mundschutz bewegen?" Jens Spahn: "Nein, das ist nicht notwendig, nach der Einschätzung der Experten. Zumal der Virus wohl auch in den unteren Atemwegen eben sich festsetzt und dadurch gar nicht so leicht einfach nur durch Atmen sozusagen übertragbar ist."

Ja, super, oder? Da habt ihr die Beweise. Die WHO hat sogar vor dem Tragen der Maske gewarnt, weil diese bei unsachgemäßem Gebrauch gefährlich werden könnten. Auch die WHO-Whistleblowerin Dr. Astrid Stückelberger hat wiederholt bezeugt, daß es fest dokumentiert sei, daß die Masken die Menschen in der Tat schädigen.

Auch der Vizepräsident des Robert-Koch-Instituts Lars Schaade hat deshalb das Tragen von Schutzmasken im Alltag abgelehnt.

Auch die Deutsche Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat unmittelbar vor dem Maskenzwang noch ganz grundsätzlich vor jeder privaten Anwendung von FFP2-Masken gewarnt. Der Fachexperte Prof. Braungart hat zusammenfassend dieses bezeugt, er sagt: "Was wir da über Mund und Nase ziehen ist eigentlich Sondermüll."

Aber seht ihr, nur wenige Tage nach all diesen Bezeugungen der Gefährlichkeit haben ein und dieselben Machtträger - aller Logik zum Trotz-plötzlich doch die absolute Maskenpflicht heraufbeschworen und durchgesetzt. Und wißt ihr, genau damit sind sie als Vasallen von irgendwelchen unergründlichen, ihnen aber klar übergeordneten Drahtziehern und Zwangsherren aufgefliegen. Ist uns das bewußt? Es legten daraufhin Tausende, wenn nicht Zehntausende, fachkundige und unabhängige Personen Protest ein.

Doch keiner dieser hochwertigen Zeugen konnte irgendeine Justiz in die Gänge bringen. Und als reichte dieser erste kriminelle Akt gegen die Volksgesundheit nicht aus, wurden parallel zur Maskenzwangsverordnung verschiedenste Schädlichkeitswarnhinweise auf den Maskenverpackungen sogar noch entfernt. Also vor der Zwangsverordnung lautete zum Beispiel eine FFP2-Maskenwarnung - ich zitiere: "Nicht geeignet bei Viren und Enzymen." Ihr seht hinten immer eingeblendet.

Trotzdem hat man uns in aller Welt genau diese Masken aufgezwungen. Die Justiz hat dazu geschwiegen. Die zuvor vorhandenen Schädlichkeitswarnungen wurden sogar aus den Registern der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit EKAS entfernt. Kraß, oder? All dies völlig bewußt bei fortgesetztem Maskenzwang. Und all solches war und ist eben nichts Geringeres als ein wirklich entsetzlich großer Weltbetrug. Ein juristisch völlig unaufgearbeiteter Gesundheitskandal ohnegleichen.

- <https://wegleitung.ekas.ch/uebersicht-wegleitung/arbeitsorganisation/arbeitskleidung-psa->

persoenliche-schutzausruestungen/atemschutz/

Dabei warnte die Unfallversicherung SUVA noch bis dato vor der FFP2-Maske. Ich zitiere mal: "Keinesfalls länger als drei Stunden mit Filtermasken ohne Gebläse-Unterstützung arbeiten." Heute noch.

- <https://www.suva.ch/de-ch/praevention/lebenswichtige-regeln-und-bestimmungen/gut-geschuetzt-mit-persoenlicher-schutzausruestung/atemschutzmasken-bei-der-arbeit/utilisation-correcte-des-masques-de-protection-respiratoire#state=%5Banchor-910F69B8-723A-491E-ABDD-174B8CC9D3D5%5D>

Doch sämtlichen Warnungen zum Trotz wurden weltweit unsägliche Schädigungen in der Menschheit verursacht. Hier werfen wir nur gerade ein Detailzoom hinein in ein paar Schicksale, die aber für Millionen gleicher Schicksale stehen: Kurz nach Maskenzwangsverordnung wurden in aller Welt massive Anstiege von Sprachstörungen bei Kindern vermeldet, zum Beispiel.

Ebenso stiegen die Patientenüberweisungen fast über Nacht um 364 % an. Zahlreiche dieser Studien haben nachgewiesen, daß dieser explosionsartige Aufstieg direkt mit dem Tragen der Masken zusammenhing.

Haufenweise brachen nun bei Kindern Verhaltensstörungen auf. Solche, die sogar Autismus ähnelten. Die Auswirkungen dieser völlig unnötigen Maskenfolter zeigte sich aber auch im dramatischen Anstieg weltweit versuchter Selbstmorde oder überhaupt gelungener Selbstmorde. Allen voran bei Kindern und Jugendlichen. Hier zur Detail-Erinnerung nur wieder gerade drei Zahlen. In den USA zeigte sich kurz nach Beginn des Maskenzwangs 30 % Anstieg an Suizidversuchen bei Kindern. In Zürich ein 50 %iger Anstieg von Suizidversuchen. In England war ein 75 %iger Anstieg der Psychose-Verdachtsmeldungen bei Kindern. Das ist nur das, was man gerade so an der Oberfläche entdeckt. Versteht ihr?

Und hier könnte man auch stundenlang Schädigungen in aller Welt aufzeigen, die von den Zwangsabgabe-Medien natürlich wie immer mutwillig unterdrückt und wieder jedes bessere Wissen einfach zensiert wurden. Wißt ihr was? Wer auch immer fahrlässige Schädigungen an ganzen Völkern verdeckt, sie löscht, zensiert, ich sage, er ist ein Komplize von hochkriminellen Genozid-Treibern, Völkermörder. Das ist eine unverjährbare Sünde.

Aber seht ihr: Selbst Millionen schreiender Kinder konnten keine Justiz erweichen. Noch nicht einmal die kurz darauffolgenden Schreie von Millionen Impfgeschädigter vermochten das. Die Justiz ist immer nur dann sofort in die Gänge gekommen, wenn sie die aufschreienden Opfer dieser Impfmörder jagen konnten. Oder wenn harmloseste Ärzte, Rechtsanwälte usw. stellvertretend für diese Opfer geschrien haben.

Dann sind sie in die Gänge gekommen. Ich erinnere an Dutzende Inhaftierungen und Gerichtsverfahren, allein im deutschsprachigen Raum, auch gegen renommierte Professoren, sogar Richter, und gegen verschiedene Initianten von Corona-Demos. Aber auch Restaurantbesitzer, Pflegepersonen, Psychologen, Politiker, politisch Unkorrekte, Journalisten, auch Gottesdienstbesucher und, und, und ... wurden mit Gerichtsverfahren, sofortigen Strafanzeigen überzogen.

Nicht zählbar sind natürlich die Anzeigen dann der Ordnungswidrigkeiten. Hört mal schon, bis Juli 2021 gab es 484.941 Bußgeldverfahren allein in Deutschland. Verstöße gegen Kontaktbeschränkungen oder Masken waren die häufigsten Ursachen für Bußgelder. 39 Millionen Euro wurden so in Kürze allein in einem Drittel der deutschen Bundesländer eingestrichen.

- <https://www.rnd.de/politik/hier-wurden-die-meisten-bussgelder-wegen-verstoessen-gegen-die-corona-massnahmen-verhaengt-ZR2FRHEFVJFRBHMJOPERUSFZ4E.html>

In Österreich gab es schon im ersten Monat über 1.300 Corona-Strafanzeigen gegen die Opfer. In Slowenien bis Mai 2022 mehr als 62.000 Ordnungswidrigkeitsverfahren, und zwar mit Geldstrafen mit insgesamt 5,7 Millionen Euro.

- <https://www.oe24.at/coronavirus/aktion-scharf-schon-jetzt-ueber-1300-corona-straftanzeigen/422586119>

- <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/corona-straftaten-in-slowenien-wegen-verfassungswidrigkeit-erstattet-18875768.html>

Und auch das waren wieder nur auf die Schnelle ein paar Streiflichter ohne jede Dunkelziffer. Ich sage, was erst, wenn man diese dann noch hochrechnet? Oh mein Gott, oh mein Gott.

Eine Rechtsanwaltsseite hat geschrieben: "Seit der ersten Welle der Corona-Pandemie sind in Deutschland im Frühjahr 2020 nahezu unendlich viele gerichtliche Entscheidungen veröffentlicht worden."

- <https://www.etl-rechtsanwaelte.de/aktuelles/erste-gerichtsentscheidungen-zum-coronavirus>
Jetzt werden sie noch in der Öffentlichkeit diskriminiert. Und alle diese Dinge galten nicht etwa den Tätern, ich betone es immer wieder, sondern ausschließlich den Opfern. Und tausend ungestrafte Details mehr gäbe es allein zum Maskenzwang zu beleuchten.

Erinnert man sich aber auf den gleich darauffolgenden PCR-Betrug, muß man sich schon wieder aufs Neue fragen: War es Wahnsinn oder war es nur Schwachsinn unserer Machträger? Haben die bloß in Unkenntnis gehandelt oder gar in bitterem Kalkül? Christian Drostens jedenfalls wieder, ihr habt ihn vorher gesehen, twittert jedenfalls am 13. April 2020. Hört, er schreibt klar: "Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv, mal negativ. Da spielt der Zufall mit." Juhu, oder? Und aufgrund genau dieses Juhu-Zufall-Tests wurden unmittelbar darauf zahllose Menschen in Einzelhaft, sprich Quarantäne, geschickt. Versteht ihr?

Ganze Familien, Gruppen, Vereine, jeder Restaurant-, Bar- oder Clubbesitzer mußte registriert werden. Dann erinnern wir uns an die Flutwelle von Arbeitsplatzverlusten, die allerdings nicht wegen Corona, sondern einzig wegen der Corona-Politik, der Corona-Verordnungen einsetzen. Und zwar nur gerade zwei Tage, nachdem Regierende uns versprochen haben, daß kein einziger Arbeitsplatz verloren gehen würde.

Wir haben das alles verfilmt, ihr Lieben. Dies flankiert von Medienhetzen gegen alle, die verängstigt waren, die Angst hatten vor diesem Arbeitsplatzverlust. Medienhetzen gegen sie. Alle Corona-Verordnungen waren indes völlig unnötig, aber höchst kriminell. Doch kein angezeigter Nachweis konnte die Justiz auch nur schon im Ansatz bewegen. Das ist heute unser roter Faden, ihr Lieben. Beobachtet ihn. Und in dieser Lügenmanier und Volksbetrügerei ging es dann Schlag auf Schlag weiter.

Ich erinnere weiter. Es folgten die weltweiten Zertifikatsverbrechen, die Zwangsquarantäne-Verbrechen. Wir haben alles belegt, hieb- und stichfest. Die Lockdown-Verbrechen, die endlosen Fallzahlenverbrechen, die übelsten Statistikfälschungen sind dann gekommen. Diagnose- und Sterbezahlsverbrechen, Fälschungen. Nicht zu vergessen, die zahllosen Verbrechen gegen die Impfkritiker und Spritzenverweigerer durch Politik, Presse und genötigte Arbeitgeber und, und, und. Ich könnte den ganzen Tag aufzählen.

Und jetzt müßt ihr gut die Ohren spitzen. Jetzt haut es euch wirklich vom Sockel, wenn ihr zuhört. Und aktuell sieht es gerade so aus: Während gerade immer mehr Wirtschaftsmagazine hinausschreien, daß unsere Rentensysteme vor dem Zusammenbruch stehen, konnte die ungestrafte Impf-Mörderin Pfizer schon wieder einen neuen 100-Milliarden-Vertrag mit der EU abschließen. 100 Milliarden! Und zwar gleich für über 5,4 Milliarden neue Impfdosen. Oh, oh, oh, würde man das Geld mal in die Rentenkasse stecken.

Und in diesem Vertrag - jetzt wird's ganz hart - und in diesem Vertrag steht ausdrücklich, daß Wirksamkeit, Nebenwirkungen und Langzeitfolgen unbekannt sind. 100 Milliarden! Und wieder schaut die Justiz schweigend zu, wenn nicht nur Pfizer, sondern auch alle Gesundheitsminister wie Spahn, Lauterbach, Anschöber, Mückstein, Rauch usw. einmal mehr vollste Vorkenntnis über diese wahnsinnigen Völkerexperimente haben. Jetzt gehen sie nämlich weiter, oder? Haben einmal mehr alle Verantwortlichen der Mitgliedstaaten diese kriminellen

Vorkenntnisse.

- <https://tkp.at/2023/10/26/ungeschwaerzter-vertrag-eu-pfizer-wirksamkeit-nebenwirkung-und-langzeitfolgen-unbekannt/>

Die wissen das jetzt alle, versteht ihr? Und wiederum: Schon stapeln sich in unseren Supermarktgestellen wieder diese ganzen Maskenberge. Darum ist es hochaktuell, was wir hier auch im Rückblick betrachten.

Und seht ihr, wenn wir schon mal dabei sind, den Zusammenbruch unserer Rentensysteme im Lichte der neuen 100 Milliarden Betrugerei von Pfizer zu betrachten, werfen wir doch gleich noch einen Blick, einen vergleichenden Blick auf die Früchte unserer Asylpolitiker. Hört mal, in Deutschland bekommt der Durchschnittsrentner, der 40 Jahre hart dafür gearbeitet hat, 800 Euro im Monat. In Österreich 1.200 Euro, in der Schweiz 1.500 Franken pro Monat.

Das gegenwärtige Durchschnittseinkommen, Durchschnitt, jedes eingeschleppten Asylanten in der Schweiz, der eine Ehefrau und zwei Kinder mitbringt, beträgt gerade 6.532 Franken plus das bekannte Rundum-Sorglospaket inklusive Steuerfreiheit. Ohne jede Leistung des Asylanten und ich sage auch ohne jede Leistung der Justiz. Ihr Lieben, bedenkt, in was für einer Zeit wir hier leben.

Aber die Justiz hat ja auch zu hochrangigen Zeugen geschwiegen, die schon vor Jahrzehnten bald glaubhaft dargelegt haben, wie übelste Spekulanten hinter unserem Rücken größte Teile unserer Pensionsgelder einfach verspielt haben, verpokert, verwettet.

- Quelle: Schweizerzeit, 13. Oktober 2023, S. 24

- <https://gloria.tv/post/bWJAMtbNyqQP4yW1SxuQrVTzr>

- <https://www.moviepilot.de/movies/dallas-in-switzerland>

Den Detailbericht findest du verlinkt im Sendungstext. Ich sage es wieder, jeden Satz, den ich spreche, können wir belegen, als belegt, als bewiesen.

Seht ihr, schon mit diesen 20 Minuten Detailbetrachtung haben wir nur erst das äußerste Spitzchen dieses gigantischen Betrugsbergs angekratzt. Von den zahllosen Schwerstverbrechen im Zusammenhang mit der mRNA-Spritze selber, die infolge von zwei ihrer drei Chargen Millionen von Menschen schwerst geschädigt und hunderttausende ermordet haben, ist noch keine Silbe gefallen. Und immer ging es nur um die gesteigerten Krisenprofite und Machterweiterungen des Kraken im Staatsgewand.

Er ist der Staatsfeind Nummer eins, ihr Lieben. Darum kann ich an weitere, ebenso nachgewiesene, ich betone immer, bewiesene und angezeigte, auch angezeigte Schwerstverbrecher gegen die Menschheit nur noch in Stichworten erinnern. Und über all dem muß du wissen, bei allem hat die Justiz immer nur den Kraken im Staatsgewand gedeckt, verteidigt.

Jetzt die Beispiele. Die Justiz hat schon 1912 beim erschienenen Fachbuch "Impffriedhof" geschwiegen.

- <https://webdrive.elaion.ch/public/3c1b51e4a4e>

Trotz den 36.000 detailliert beschriebenen Impfschäden mit Bildbeweisen. Da kommt dir das Kotzen, wenn du das siehst. Die Justiz hat schon zu jedem solchen Betrug vor Covid geschwiegen. Ich erinnere, SARS, Vogelgrippe, Schweinegrippe, Blauzungen, Ebola, AIDS, Zika, Affenpocken

- www.kla.tv/17877
- www.kla.tv/4456
- www.kla.tv/17053
- www.kla.tv/4543
- www.kla.tv/7748
- www.kla.tv/18264
- www.kla.tv/22754

Überall haben dieselben Betrugereien stattgefunden. Sie hat bei millionenfach belegten Schä-

den durch Sechsfachimpfungen bei Babys geschwiegen. Trotz Autismus, trotz Kindstod, trotz Autoimmunerkrankungen.

- www.kla.tv/14793
- www.kla.tv/25809

Und nicht nur bei Babys. Ebenso hat sie geschwiegen bei gefakten Studien von BioNTech-Pfizer

- www.kla.tv/26382
- www.kla.tv/20028
- www.kla.tv/24435
- www.kla.tv/21653
- www.kla.tv/17628

oder beim Organhandel mit Erwachsenen und mit Vorliebe mit abgetriebenen Embryos.

- www.kla.tv/3592
- www.kla.tv/23007

Da hast du den Schlüssel, warum so auf Abtreibung plädiert wird. Sie hat bei den Ölknappheitslügen geschwiegen.

- www.kla.tv/5885
- www.kla.tv/26994
- www.kla.tv/24178
- www.kla.tv/25705

Ebenso bei allen Terroranschlägen unter falscher Flagge, die nachgewiesen wurden, wie etwa bei 9/11.

- www.kla.tv/13599
- www.kla.tv/3855
- <https://nuoflix.de/unter-falscher-flagge>

Die Justiz hat bei dem gesamten Betrug des Arabischen Frühlings geschwiegen. Zu den teils gefakten Farbrevolutionen, dem Putsch in der Ukraine.

- www.kla.tv/10715
- www.kla.tv/10431
- www.kla.tv/4221

Ebenso bei dem weltweiten Raubzug aufgrund der nachgewiesenen CO2-Lüge.

- www.kla.tv/7296
- www.kla.tv/27276

Alles bewiesen, daß das Quatsch ist.

Die Justiz schweigt auch hartnäckig zur Kuhfurz-Lüge des menschengemachten Klimawandels. In Holland nehmen sie euch die Kühe weg deswegen. So verdummt ist das Volk schon. Ebenso hat sie zu all den Volks-Schreckungen, Abzocken von CO2-Steuern geschwiegen.

- www.kla.tv/17959
- www.kla.tv/13061

Die Justiz hat immer nur den Kraken gedeckt. Immer. Sowohl bei den zwanghaften Frühseualisierungen und der ungeschützten Pornographie im Internet, als auch bei der zwanghaften Umerziehung durch die Gender-Ideologie.

- www.kla.tv/7445
- www.kla.tv/26670
- www.kla.tv/14333
- www.kla.tv/24524

Sie schweigt zum tödlichen Geoengineering, Chemtrails

- www.kla.tv/23225
- www.kla.tv/23476

und allen offengelegten Einsätzen von Erdbeben und Wetterwaffen. Haiti und Türkei lassen hier grüßen.

- www.kla.tv/19334
- www.kla.tv/4471
- www.kla.tv/25301
- www.kla.tv/11782

Aber auch zu der zersetzenden Gentechnik und Hybridsamen-Verordnungen.

- www.kla.tv/18056
- www.kla.tv/23292
- www.kla.tv/10751
- www.kla.tv/13061

Sie schweigt zum weltweit bezeugten Kinderraub mit ritueller Gewalt und Kinderopfern. Ja, zum mörderischen Satanismus insgesamt.

- www.kla.tv/9195
- www.kla.tv/25367
- www.kla.tv/24000
- www.kla.tv/26810
- www.kla.tv/26823

Sie schweigt zu verfassungswidrigen Politik-Pharma-Medien-Filzen. Wie sie etwa in der WHO, im WEF und so weiter gang und gäbe sind.

- www.kla.tv/21620
- www.kla.tv/17312
- www.kla.tv/23456
- www.kla.tv/25365
- www.kla.tv/26713

Zu denen wären natürlich auch noch alle wirklich aufgeflogenen Betrügereien (zu nennen). Die NASA-Lügen, die Mondlandungslügen

- www.kla.tv/8628
- www.kla.tv/14595
- www.kla.tv/27238

alle bewußt manipulierten Finanzkrisen.

- www.kla.tv/14016
- www.kla.tv/15445

Habt ihr hinten die Daten alle.

Sie schweigt gegen die hybride Kriegsführung mit Asylanten

- www.kla.tv/15969

zur Destabilisierung Europas, zur gezielten Zerstörung aller nationalen Identitäten.

- www.kla.tv/6603
- www.kla.tv/7393
- www.kla.tv/7397
- www.kla.tv/6526

Sie schweigt zu tausenden Studien, die die Schäden durch Mobilfunk, WLAN, 5G an Menschen, an Bäumen, Tieren, Bienen bewiesen haben.

- www.kla.tv/15518
- www.kla.tv/14243
- www.kla.tv/14425
- www.kla.tv/10545
- www.kla.tv/Dr.BarrieTrower
- www.kla.tv/4774

Die Justiz schweigt einfach zu allen Aktionen des Kraken, auch zu seinen Kriegslügen und Kriegsverbrechen. Ihr könnt hinten (meint auf Leinwand) eine ganze Liste sehen:

- 1979 Afghanistan (CIA)
- 1980 El Salvador (CIA)
- 1986 Haiti (CIA)
- 1987 Libanon
- 1990 2. Golfkrieg
- 1991 1. Irakkrieg
- 1992 Somalia
- 1995 Bosnien
- 1999 Kosovo
- 2001 Afghanistan
- 2003 2. Irakkrieg
- 2011 Libyen
- 2013 Syrien
- 2014 Ukraine
- www.kla.tv/14852
- www.kla.tv/9869
- www.kla.tv/10276
- www.kla.tv/2389
- www.kla.tv/10195
- www.kla.tv/12846

All das waren Lügenkriege, die nachgewiesen wurden, daß dieselben Verbrecher immer wieder an der Arbeit waren. Könnt ihr es euch in Ruhe anschauen, zu Hause. Sie läßt sogar verbrecherische Biowaffenentwicklungen gewähren, die aufgefliegen sind.

- www.kla.tv/26554
- www.kla.tv/26739

Verfolgt immer nur die Opfer des Kraken, nie aber den Kraken im Staatsgewand, den Feind Nummer 1. Trotz seinem totalitären Überwachungswahn, wie Wikileaks bewiesen hat.

- www.kla.tv/23468
- www.kla.tv/17862

Nein, man verfolgt den, der es aufgedeckt hat, der den Brand angezeigt hat. Justiz schweigt auch zum Patente-Raub, ob nun bezüglich freier Energie oder hochwertiger Heilmethoden.

- www.kla.tv/11354
- www.kla.tv/14192
- www.kla.tv/21825

Ja, sie deckt sogar die vielseitig nachgewiesene Bevölkerungsreduktion

- www.kla.tv/5872
- www.kla.tv/26028
- www.kla.tv/27094
- www.kla.tv/14626

und so fort und so weiter und so fort.

Man kann nur aufzählen und seht ihr, jetzt müssen wir einen höheren Gang einlegen miteinander. Okay? Wenn wir all das sehen, da brichst du zusammen. Stimmt das? Da sind wir doch einfach machtlos. Da liegen wir am Boden. Ohnmächtig und sagen, wie soll das gehen? Und seht ihr, genau angesichts all solcher Übermächte braucht es einfach eine übermenschliche Kraft, um das zu bezwingen. Es braucht eine, ich nenne es, göttliche Vollmacht. Und darum sage ich es einmal mehr, wie es ist und ich schäme mich dafür nicht. Ich bin stolz darauf, das sagen zu dürfen und beweisen zu können.

Ich sage: Ohne Gott geht es nicht! Sage ich. Und jetzt bitte ich alle, die mit diesem Begriff nichts anfangen können, weil sie von der Kirche vernebelt sind: Hängt bitte jetzt nicht ab! Denn jetzt garantiere ich es dir, jetzt wird es erst richtig interessant. Jetzt macht richtig auf und hört zu, was ich euch zu sagen habe. Es gibt nämlich einen unerläßlichen Faktor, um zu funktioneller göttlicher Kraft im eigenen Leben zu kommen und für uns alle. Und wißt ihr, was dieser Faktor ist, wie der heißt? Ist für alle, die jetzt gerade am Boden liegen.

Der Faktor, um zu göttlicher Kraft zu gelangen, heißt Schwachheit. Schwachheit, das ist das größte Geheimnis unter diesem Himmel. Je schwächer heißt das und elender du dich fühlst, desto leichter kannst du mit anderen Worten zur wirksamen Kraft Gottes durchdringen, von der ich dir jetzt gleich ein paar wirklich krasse Beispiele berichten werde aus dem eigenen Leben, aus unserem Leben. Ich rede hier aus der Praxis, versteht ihr? Es sind keine Theorien jetzt. Du wirst es sehen in meiner Erzählung.

Aber, das muß ich vorausschicken, es verhält sich beim Empfang der Kräfte Gottes wie bei einem Streichholz. Das ist ein Gleichnis. Es sei, daß der Kopf des Streichholzes durch und durch trocken ist, das weiß jedes Kind, sonst entzündet es sich nicht. Und so muß auch du, bildlich gesprochen, völlig ausgetrocknet sein in der Eigenkraft, um die Kraft Gottes in dir zu entzünden. Das ist das Gleichnis, so funktioniert es gesetzmäßig. So lange du aber noch in feuchter Eigenkraft, nenne ich es mal, lebst, geht einfach gar nichts. Du wirst nie die Kraft Gottes kennenlernen.

Wir müssen endlich wieder wissen, wer unser Gott wirklich ist. Und ich sage es, wie es ist. Er ist ein Gott des Kampfes, ein Gott der Überwindung alles Bösen, insbesondere übler Weltmächte, ein Gott des Krieges, aber nicht mit konventionellen Waffen. Das muß du gut verstehen jetzt, in dieser Rede. Seine Kräfte ereignen sich über unser schöpferisches, synergisches Aussprechen, über unseren Mund, über deinen und über meinen Mund. Was wir sprechen, säen wir, wenn wir glaubend in Gottes Kraft sprechen. Du säst gleichsam, was werden soll. Du rufst dann im Vertrauen, wie ein Bauer ... das Ganze aus - legst es hin, läßt es ruhen, wie der Bauer das Saatkorn in der Erde und ruht. Dann ruht du nur noch im Glauben. Wir machen heute solche Übungen noch zusammen.

Jetzt muß ich dir zuerst mal die Theorie erklären. Und ich sage, bitte, trete auch du den Kampf ums aktive Loslassen an, wenn du bislang passiv warst. Das ist meine Bitte an euch. Und wenn du verkrampft bist, dann lerne du göttlich aussprechen und göttlich zu ruhen, nachdem du die gewünschte Veränderung ausgesprochen hast. Machen wir heute, wie versprochen, am Schluß eine Übung zusammen.

Seht ihr, wir müssen Gott wieder neu kennenlernen. Wir müssen Ihm vertrauen lernen. Gott hat nichts mit der Kirche zu tun. Das wirst du noch genug lernen bei mir. Denn Er läßt seine Kräfte nicht an uns vorbei wirken, sondern mit Vorliebe durch uns hindurch. Also durch diejenigen, die in sich selber komplett ohnmächtig sind. Je ohnmächtiger, desto besser. Bist du ohnmächtig? Darfst es gerne laut und von ganzem Herzen zugeben. Das ist unsere Chance, nicht unser Untergang. Das ist das Geheimnis schlechthin. Ohnmächtig müssen wir sein. Und dann zeige ich euch, wie man mit Gott in Berührung kommt.

Also wenn du dich ohnmächtig fühlst, dann heb jetzt mit mir zusammen den Stab des Glaubens, den Stab deiner Macht hoch. Und hör mir zu, wie das genau funktioniert. Und jetzt rede ich wirklich nur noch aus jahrzehntelanger Erfahrung und einer völlig wasserdichten Praxis. Und wenn du mir am Schluß nicht glaubst, kannst du mir einen Brief schreiben. Wenn ich dir nicht beweise, daß es so ist, was ich jetzt sage, im Weiteren.

Bleib unbedingt dran bis zum Schluß. Jeder hat natürlich die Freiheit, zu tun, was er will. Du kannst jetzt auch abhängen. Oder was er für richtig hält. Die Menschen dürfen auch ihre eigenen Götter zimmern, wenn sie das wollen. Aber sie werden euch nichts helfen, in diesen Tagen besonders nicht. Ich garantiere es. ...

Und damit bin ich durch, ich hoffe, ich habe euch nicht zu lange geredet. Danke fürs Zuhören, danke.<<

12.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. November 2023

(x1.346/...): >>Weimar 1923: 100 Jahre nach der Hyperinflation

Im November 1923 kostete eine Straßenbahnfahrt in Dresden 10 Milliarden Mark. Die Inflation in der Weimarer Republik hatte damit ihren Höhepunkt erreicht. Wer seinen Lohn morgens erhielt, konnte schon abends nichts mehr damit anfangen. Wiederholung ausgeschlossen?

von *Peter Boehringer*

Alle Zeitzeugen von November 1923, heute vor genau 100 Jahren, sind inzwischen verstorben. Die Angst vor Inflation ist jedoch in gewisser Weise in unser Erbgut eingegangen. Was geschah 1920 bis 1923 und warum geschah es? Ist eine Wiederholung ausgeschlossen?

Ursachen der Inflation

"Inflation" gemäß Definition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie ist überproportionale Geldmengenausweitung im Vergleich zum Wachstum von Waren und Dienstleistungen. Nicht zu verwechseln mit "Teuerung", welche in aller Regel auf diese Inflation folgt. Kreditgeld finanzierte den ersten Weltkrieg ab 1914 in bislang ungekanntem Ausmaß.

Die Niederlage des Kaiserreiches nach vier Jahren ruinöser Kriegshandlungen führte zu einem Kriegsschuldenstand von 160 Milliarden Mark - oder in heutiger Kaufkraft etwa 12 Billionen Euro. Damals wie heute entsprach das dem deutschen Nationaleinkommen von drei Jahren.

20 Mark entsprachen bis zur Aufhebung der Golddeckung der Reichsmark 7,16 Gramm Gold. Die noch bis Herbst 1914 bestehende fixe Golddeckung hätte die genannten Kriegsausgaben nicht ansatzweise zugelassen. Sie hätte bei allen kriegführenden Nationen den Frieden gewahrt oder den Krieg nach wenigen Monaten im Bankrott enden lassen.

Einer Werbekampagne aus dem gleichen Jahr, Goldmünzen gegen Banknoten einzutauschen, erlagen viele patriotische Bürger mit dem Spruch "Gold gab ich zur Wehr - Eisen nahm ich zur Ehr".

Im Jahr 1914 gelang es der Reichsregierung somit, eine Milliarde Mark in Goldmünzen einzuziehen, mithin 356 Tonnen Gold. Die Kriegsausgaben bzw. -schulden von 160 Milliarden Mark nach vier Jahren Krieg entsprachen allerdings rechnerisch gut 57.000 Tonnen Gold und damit praktisch den gesamten bis 1918 geförderten weltweiten Goldvorräten!

Zudem standen dann ab 1919/21 auch noch die Reparationen an die Siegermächte aus dem berüchtigten Versailler Vertrag an - mit am Ende etwa 132 Milliarden Goldmark nochmals fast dieselbe Summe wie die Kriegsausgaben. Die Verhandlungen um sogar noch viel höhere Reparationen zogen sich. Je nach Stand der Verhandlungen um die Reparationsforderungen schwankte der Kurs der Mark gegenüber dem Dollar beträchtlich, um letztlich nur noch eine Richtung in den Abgrund zu kennen, als klar wurde, daß der Großteil der Zahlungen nur über die Druckerpresse beglichen werden konnte und wurde.

Was für eine Diskrepanz zur Vorkriegszeit, beschrieben hier in den berühmten Worten Stefan Zweigs:

"Wenn ich versuche, für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, in der ich aufgewachsen bin, eine handliche Formel zu finden, so hoffe ich am prägnantesten zu sein, wenn ich sage: es war das goldene Zeitalter der Sicherheit. Alles in unserer fast tausendjährigen österreichischen Monarchie schien auf Dauer gegründet und der Staat selbst der oberste Garant dieser Beständigkeit. Die Rechte, die er seinen Bürgern gewährte, waren verbrieft vom Parlament, der frei gewählten Vertretung des Volkes, und jede Pflicht genau begrenzt.

Unsere Währung, die österreichische Krone, lief in blanken Goldstücken um und verbürgte damit ihre Unwandelbarkeit. Jeder wußte, wieviel er besaß oder wieviel ihm zukam, was erlaubt und was verboten war, Alles hatte seine Norm, sein bestimmtes Maß und Gewicht."

Dies war recht genau die Situation im Kaiserreich unmittelbar vor dem Krieg. Schon kurz nach der Niederlage brach die Inflation offen aus. 1919/20 noch langsam - doch schon ab 1921 galoppierend und unerbittlich bis zum Höhepunkt im November 1923, vor ganz genau 100 Jahren.

Währungs- und Sittenverfall

Der Dollarkurs stieg in den ersten sechs Monaten des Jahres 1923 von 7.260 auf 74.750. Anfang Juli lag er bei 160.000 Mark, einen Monat später bei 1,1 Millionen, im September bei 9,7 Millionen. Am Ersten Oktober lag der Kurs des Dollar bei 242 Millionen Mark, am 19. Oktober bei zwölf Milliarden, am letzten Tag des Monats bei 72,5 Milliarden. Am 1. November waren es 130 Milliarden, zehn Tage später 630 Milliarden und nochmals zehn Tage drauf, am 20. November 1923 dann 4,2 Billionen Mark.

Es war für die allermeisten Menschen das erste Mal in ihrem Leben, daß sie den Begriff "Bil-liarde" oder gar "Trillion" hörten. Das waren Summen, die sich die meisten gar nicht mehr vorstellen konnten, mit denen sie aber jetzt umgehen mußten. Die Schwindsucht der Währung löste erheblichen Streß bei breiten Bevölkerungsschichten aus. Eine Epidemie der Angst um das nackte Überleben griff um sich. In den Großstädten und hier insbesondere in Berlin hun-gerte das Volk und griff zum Mittel gewalttätiger Beschaffungskriminalität. Die Ungewißheit über das Morgen, die Haltlosigkeit von Ersparnissen, Renten und Pensionen entwurzelte auf breiter Front die Massen.

Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit stiegen rasant, Verwahrlosung und Schmutz griffen um sich. Bettler bevorzugten Sachwerte dem Gelde und Prostitution aller Geschlechter bis in ju-gendliche Altersgruppen griff um sich. Zigtausende Frauen allein in Berlin gingen aus Not dem Geschäft käuflicher Liebe nach.

Nicht minder schlimm stand es um das andere Geschlecht. Stefan Zweig beobachtete das bun-te Treiben auf der Berliner Flaniermeile: "Den Kurfürstendamm entlang promenierten ge-schminkte Jungen mit künstlichen Taillen. Nicht nur Professionelle: jeder Gymnasiast wollte (mußte) sich etwas verdienen, und in den verdunkelten Bars sah man Staatssekretäre und hohe Finanzleute ohne Scham betrunkene Matrosen zärtlich hofieren." Zweigs Beobachtung zeigt auch, daß es nicht nur Angebot gab, sondern auch eine große Nachfrage.

Die sogenannten Puppenjungs, Stricher im Alter zwischen neun(!) und 13 Jahren, oder die mit Abstand größte Gruppe unter Berlins männlichen Prostituierten, die Strich-Jungen, von denen sich bis zu 25.000 in den Foyers der Hotels, den schwulen Bars und Lokalen und im Tiergar-ten herumtrieben.

Herkömmliche Vorstellungen von Moral und Sitte, von Ordnung und Recht wurden massen-haft mißachtet.

Gewinner und Glücksritter

Wer es verstand, als "Wucherer" seine Waren unter das Volk zu bekommen, der machte auch in schlimmer Zeit seinen Schnitt. "Raffkes" zogen durch die Stadt und brachten die Menschen um wertige Habseligkeiten. "Schieber" verbanden Logistik auf zwielfichtigen Wegen mit er-heblichem Eigennutz, vorbei an Staat und Gesellschaft, schafften Waren in alle Winkel - ins-besondere über die Grenzen.

Wer Zugriff auf Devisen hatte, der lebte gut im siechenden Reich der Hyperinflation. In Berlin war Devisenhaltern ein Leben in purem Luxus möglich. Praktische Gewinner waren aber auch Fahrrad- und Ersatzteihändler, da sich die Bevölkerung oft weder ein Auto noch die Fortbe-wegung im öffentlichen Nahverkehr weiter leisten konnte. Wer 1920 verschuldet war, konnte sich im Zuge der Geldentwertung immerhin über seine Entschuldung freuen. Wer in der seit 1914 nicht mehr gedeckten Papier-Mark sich zu verschulden wußte und in Devisen und Sachwerte investierte, der brachte es mitunter wie Hugo Stinnes zu einem Imperium.

Verlierer und Versager

Ganz schlecht erging es allen, die auf öffentliche Zahlungen angewiesen waren: "Sozialrentner", die als ehemalige Arbeitnehmer Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung hatten. Und auch Beamte gehörten zu den Verlierern, denn auch für sie galt, daß die "Teuerungszulagen" für ihre Gehälter nicht mehr mit der Entwicklung mithalten konnten. Was diese Preisentwicklung für Rentner bereits 1922 bedeutete, hatte die Berliner Zeitung so beschrieben: "Der Fall eines 66 Jahre alten Invalidenrentners, der auf 720 Mark Altersrente kam.

Um das Geld abzuholen, mußte er mit der Tram zur Post fahren, aber allein für die Hin- und Rückfahrt mußte er 6.000 Mark bezahlen. Damit der Mann überhaupt überleben konnte, arbeitete er als Portiersaushilfe." Für die Benutzung einer Personenwaage mußte man mitten in der Inflation tatsächlich nur lausige 20 Pfennig bezahlen, diese zwei Groschen Hartgeld wiederum kosteten wegen ihres Metallwerts allerdings 200 Mark.

Schwer betroffen von der Krise waren auch Vermieter, die auf die Mieteinnahmen zum Lebensunterhalt hingearbeitet hatten. Sie mußten ihre Immobilien oft zu mageren Preisen verkaufen: einfach, um überleben zu können. Die Mieten wurden vom Staat festgesetzt; und da es dessen bevorzugtes Ziel war, den Menschen ihre Wohnungen zu erhalten und nicht, die Vermieter zu unterstützen, kam es zu deren faktischer Enteignung. Mittelständische Selbstständige wie Handwerker und Einzelhändler litten ebenfalls unter dem Kaufkraftverlust der Mark.

Und weil der Staat alle Leistungen für die Grundversorgung der Bürger mit planwirtschaftlichen Preisbindungen belegte, konnten ihre Erlöse bei Weitem nicht mit den Preissteigerungen für die Herstellung und den Einkauf neuer Waren mithalten. Wenn sich bei Einzelhändlern aus diesem Grund zuerst die Lager und dann die Verkaufsregale leerten, konnte das ihren Ruin bedeuten, denn sie hatten schlicht wenig oder nichts mehr zu verkaufen oder verkauften aus Selbstschutz nicht unter Einstand.

Die ganze Entwicklung ließ viele Selbstständige an den ehernen einstigen Wertvorstellungen des solide wirtschaftenden Kaufmannes zweifeln. Kunden waren nun Bittsteller und nicht länger König. Die Kundschaft in Warenhäusern wie dem KaDeWe waren 1923 fast ausschließlich nur noch kaufkraftstarke Devisenbesitzer.

Bereits im Jahr 1920 konnten Sparguthaben als weitgehend enteignet gelten, Bankkonten und Bargeld waren fast wertlos geworden. Dabei war das längst nicht allen zu dieser Zeit bewußt. Als es ihnen klar wurde, fühlten sie sich allerdings betrogen - nicht nur um ihr Geld, sondern auch um ihre Würde, ihr Ansehen und ihre Lebensleistung.

Kein Wunder, daß Postkarten mit dem ehemaligen Kaiser reißenden Absatz fanden, während die demokratischen Politiker oft nur noch auf Verachtung trafen. Anfängliche Freude über die hohen Gehalts-Zahlungen mündeten im Realisieren der Illusion und in niederschmetternden Gefühlen über die tatsächliche eigene finanzielle Situation. Ein finanzieller Crashkurs in mehrfacher Hinsicht.

Viele Menschen hatten faktisch schon alles oder fast alles verloren, als sie begriffen, daß sie keine realen Millionäre waren, nur weil sie Millionen von Mark in den Händen hielten. Als es jetzt bald nicht mehr um Millionen oder zig Millionen, sondern um Milliarden, Hunderte von Milliarden und Billionen ging, erkannten sie ihre wahre Situation, waren aber völlig machtlos, sich dagegen zu wehren. Das Land wurde von einer allgemeinen Unsicherheit erfaßt, die Menschen waren nervös und ängstlich, sahen keine Zukunftsperspektiven mehr und ergaben sich in ihr Schicksal. Für viele ging es längst nur noch um das tägliche Überleben.

Die Stadt Berlin war angesichts der finanziellen Katastrophe außerstande, irgend etwas gegen die Wohnungsmisere zu tun. Die Zahl der amtlich registrierten Wohnungssuchenden betrug Ende 1921 rund 151.000 und lag schließlich im März 1923 bei 224.000. Diese Zahlen gaben aber nicht einmal annähernd die wahre Heerschar an Wohnungssuchenden wieder, denn viele Betroffene hatten keine Hoffnung auf eine Wohnung oder konnten sie sich ohnedies gar nicht

leisten und meldeten sich daher gar nicht erst bei den Ämtern.

Die Behörden versuchten es mit der Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum: So konnte es nicht ausbleiben, daß es immer wieder zu Bestechungsversuchen der Beamten und Angestellten der zuständigen Verwaltung kam, die auch längst nicht in jedem Fall erfolglos waren. Gute Chancen auf eine Wohnung hatte man sonst nur im Falle einer Heirat.

Daher bildete sich eine "Bräute-Börse" heraus: Angeblich angehende Ehemänner mieteten sich eine schwangere "Braut", die sie gegen ein Entgelt auf das Wohnungsamt begleitete. Gefürchtet waren die Beschlagnahmungen von Wohnraum in den Fällen, wenn die Behörden der Ansicht waren, daß jemand eine zu große Wohnung hatte. Eine Prüfung, die die dunkelrote Regierung von Berlin auch heute, 100 Jahre später, schon wieder angekündigt hat... 1923 mußten Wohnungsmieter in solchen Fällen wildfremde Untermieter akzeptieren.

Führer: "Für die Ärmsten der Armen schufen solche Maßnahmen aber keine Abhilfe, denn sie konnten sich die Miete gar nicht leisten. Durch das staatliche Wohnungsmanagement gab es keine einzige neue Wohnung - und das war es, was dringend benötigt wurde. Im letzten Quartal 1922 konnte nur für fünf Prozent der Wohnungssuchenden eine neue Bleibe gefunden werden, und im Erfolgsfall bedeutete das noch lange nicht, daß diese auch adäquat war.

Aber selbst zehnköpfige Familien waren froh, wenn sie in zwei Zimmern untergebracht wurden. Reichsmietengesetz und Reichsmieterschutzgesetz bestimmten Höchstmieten. Kaum ein Eigentümer investierte mehr in den Erhalt des Wohnraums, selbst dringend notwendige Instandhaltungsarbeiten unterblieben. In den Arbeitervierteln nahmen mit Pappe oder Holz vernagelte, zu Bruch gegangene Fenster in bewohnten Häusern zu.

Überall bröckelte der Putz ab, Nässe drang in die Wohnungen, Ungeziefer breitete sich aus. Die Rattenplage wurde durch wilde Tierzucht auf dem Balkon oder im Keller von Kaninchen, Hühnern und selbst Ziegen zur Unterstützung der Lebensmittelversorgung angefacht."

Daß sich Armut, Wohnungsnot, allgemeine Depression und ständig steigende Preise bei sinkenden Reallöhnen auf die Gesundheit vieler Menschen auswirken mußten, liegt auf der Hand. Betroffen davon war einerseits der Mittelstand, andererseits mehr und mehr die ohnehin schon arme Arbeiterschaft.

Das enge Zusammenleben, der Schmutz, das Ungeziefer, zunehmender Alkoholmißbrauch und Konsum harter Drogen wie Heroin und Kokain begünstigten die rasche Ausbreitung vieler Krankheiten. Dazu waren viele Menschen, vor allem die ganz Kleinen und die Alten, ohnehin aufgrund mangelhafter Ernährung körperlich geschwächt, was sie noch anfälliger machte.

Die extreme Teuerung machte vielen Menschen eine ausreichende Ernährung und Versorgung mit Vitaminen unmöglich. Es fehlte insbesondere an Fetten, Fleisch, Eiern, Hülsenfrüchten, Zucker und Milch. Die wenigen verfügbaren Lebensmittel waren zudem oft minderwertig, Dosenfleisch wurde mit Ratten- und Katzenfleisch gestreckt.

"Anfang 1923 litten in Berlin 40.000 Säuglinge, 190.000 Kleinkinder bis sechs Jahre und 500.000 Schulkinder wegen der zunehmenden Teuerung an Unterernährung, Rachitis, schlaffen Muskeln, schwachen Knochen, Blutarmut, Tuberkulose, Drüsenerkrankungen, einem allgemeinen Stillstand ihrer Entwicklung und als Folge unzureichender Bekleidung an Erkrankungen der Atemwegsorgane. Hinzu kamen Störungen des Magen-Darmtrakts und Magengeschwüre sowie Wurmkrankheiten. Kinder bis sechs Jahre waren zu 90 Prozent unterernährt."

Gefahren heute: Die Vergangenheit wiederholt sich nicht - aber sie reimt sich.

Ausufernde Kosten insbesondere für Energie und nachlaufend für Corona treffen Deutschland und seine Bürger hart. Die dümmste Energiepolitik der Welt kostet uns künftig jedes Jahr hunderte Milliarden Euro. Die Deindustrialisierung Deutschlands sowie die Finanzierung fremder Kriege und die unkontrollierte Aufnahme heimatloser Menschen fremder Kulturen birgt nicht nur eine Vielzahl an Konfliktpotential, sondern sie legt auf der Angebotsseite die

Lunte für massiv weiter steigende Preise. Speziell günstige Energieverfügbarkeit ist höchst korreliert mit allgemeinem Wohlstand.

Und wenn erst die diversen politischen Fehlentscheidungen seit 30 Jahren an den Punkt führen, an dem diese "Versailles II und III" schlicht über Steuern und letztlich auch über "konventionelle" Neuverschuldung nicht mehr bezahlt werden können, dann wird derselbe Effekt wie 1919 bis 1923 auch dasselbe Deutschland gut 100 Jahre danach an den Punkt führen, an dem der Staat seinen Verpflichtungen nur noch mit praktisch sicherheitsfreiem Geld aus der Druckerpresse nachkommen kann.

Diese ist heute zwar digital und damit viel effizienter - aber die Mechanismen, die das üble Spiel gegen die Menschen begrenzen, gelten auch heute noch. Entgegen allen hartnäckigen keynesianischen Mythen ist Gelddrucken endlich und niemand kann sich reich drucken.

Zwar kann das Ganze durchaus weltweit ablaufen: Doch schon nationale Inflationskrisen lassen sich nur schwer einhegen. Eine internationale Inflationskrise, wie sie nach weltweiten jahrzehntelangen Aufschuldungsorgien wahrscheinlich ist, ist jedoch erst recht schwer zu meistern. Die Wechselkurse verschiedener Papierwährungen untereinander sind kaum zu prognostizieren. Gegen Gold und Sachwerte jedoch ist die Tendenz klar ...

<https://www.pboehringer.de>

Dieser Bericht ist entstanden mit Auszügen aus diesen sehr lesenswerten Werken "Die Welt von gestern" von Stefan Zweig ... "Hunger & Ekstase" von Armin Fuhrer ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. November 2023 (x1.345/...):

>>**Die Pfizer-Deals**

Die Impfung sei nebenwirkungsfrei, erklärte Gesundheitsminister Karl Lauterbach immer wieder. In den ersten Pfizer-Verträgen mit der EU steht jedoch etwas ganz anderes. Während die EU das Dokument nur in zensierter Form veröffentlichte, liegt Apollo News das Original gänzlich vor.

Von *Wim Lukowsky*

Fast 65 Millionen Menschen ließen sich in Deutschland während der Corona-Pandemie gegen Covid-19 impfen. Nicht wenige wurden zur Impfung gedrängt, genötigt oder sogar gezwungen. Für Mitarbeiter des Gesundheitswesens und der Bundeswehr galt eine Impfpflicht, bei deren Mißachtung ein Verlust der Stelle, im schlimmsten Fall aber auch Gerichtsverfahren, Geldstrafen und Haft drohten.

Von Ethikrat bis Gesundheitsministerium wurde postuliert, daß nur mit der Impfung ein Ende der Pandemie erreicht werden könne. Impfkritikern wurde öffentlich mit nicht weniger als dem Tod gedroht, wenn sie sich den "kleinen Piks" nicht geben. "Wahrscheinlich wird am Ende dieses Winters so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben sein", sagte der damals amtierende Gesundheitsminister Jens Spahn im November 2021. Karl Lauterbach bezeichnete die Impfung mehrmals öffentlich als "nebenwirkungsfrei" - und gab erst im Frühjahr 2023 zu, daß es sich bei dieser Einordnung um eine "Übertreibung" gehandelt habe.

Und auch die Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen, unterstützen den allgemeinen Impfdruck im Winter 2021/22 maßgeblich. Die bekannte ÖRR-YouTuberin Mai Thi Nguyen-Kim behauptete in ihrem Format maiLab beispielsweise im November 2021: "Die Impfung ist sicher", außerdem sei es ein Fakt, daß die die Impfung schütze - eine Impfpflicht wäre daher laut der YouTuberin "ok" und anhand der Krisensituation geboten. Ihr Video wurde über drei Millionen Mal aufgerufen und in zahlreichen Zeitungen zitiert.

Im Nachhinein wirken diese Erlebnisse fast wie ein Fiebertraum. Nicht wenige würde ihn allzu gerne vergessen, mit dieser dunklen Zeit abschließen, wir haben ja jetzt andere Probleme. Und es ist etwas dran, an dieser Argumentation. Doch es gibt Geschehnisse und Entscheidungen von Politikern, die bis heute nur wenig oder überhaupt nicht aufgearbeitet wurden, ob-

wohl sie skandalös sind und früher noch ein Rücktrittsgrund für die angeblichen Volksvertreter gewesen wären. Diese dürfen nicht im wohl allgemein gewünschten "Blick nach vorne" untergehen.

Die geleakten Pfizer-Verträge

Einer dieser untergegangenen Skandale sind die Verträge zwischen den Impfstoffherstellern Pfizer/Biontech und der Europäischen Union. Bereits im Frühjahr 2021 war das erste Impfstoff-Lieferabkommen aus dem Winter 2020 von der EU-Kommission in bearbeiteter Form veröffentlicht worden - nicht wenige Bereiche waren in diese Version jedoch geschwärzt.

Wenig später gelang es dem italienischen Nachrichtensender RAI, eine vollständige Version des Dokuments zu publizieren. Diese Veröffentlichung offenbart brisante Textpassagen, in denen Pfizer beispielsweise die Verträglichkeit des Impfstoffs als keineswegs gesichert deklariert und sich vorsorglich jeder Verantwortung für mögliche Impfschäden entzieht.

Der US-Pharmakonzern hält auf den Seiten 48 und 49 vertraglich fest, die "Teilnehmerstaaten müssen anerkennen, daß Langzeiteffekte und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit unbekannt sind und auch unbekannte Nebenwirkungen auftreten" können. Außerdem werde der Impfstoff unter Zeitdruck entwickelt und deswegen auch "nach der Aushändigung an die Teilnehmerstaaten" weiterhin untersucht und optimiert. Beide Aussagen stehen fundamental im Widerspruch zur Behauptung verschiedener Politiker, Ärzte und Medien, die Impfung sei sicher, nebenwirkungsfrei und schütze vor Ansteckung.

Obwohl den Kommissions-Mitgliedern diese entscheidenden Details vorlagen, wurde der Vertrag kurz vor Beginn der Impfkampagne im Winter 2020 geschlossen und garantierte der EU kostspielige Lieferungen von Abermillionen Dosen - der Impfstoff war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht einmal zugelassen. Die EU-Kommission verließ sich ganz und gar auf die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA), welche den Impfstoff einige Wochen später schließlich zur Verabreichung freigab.

Beteiligte Regierungen nahmen also wissentlich in Kauf, daß ein kaum erforschter Impfstoff unter Millionen von gesunden Bürgern, darunter Kinder und Jugendliche, verabreicht wurde. Alle Beteiligten mußten sich im Klaren sein: Normalerweise dauern die Entwicklungs- und Zulassungsphasen von Impfstoffen fünf bis zehn Jahre - im Fall der Covid-Vakzine fiel dieser Zeitraum jedoch wesentlich geringer aus. Die damit einhergehenden Sicherheitsrisiken waren die Verantwortlichen offenbar bereit einzugehen.

Pfizer-Studie wies "Unregelmäßigkeiten" auf

Gemeinsam mit Biontech wurden die vertraglich festgehaltenen Studien zur Wirksamkeit des eigenen Impfstoffs Ende 2020 veröffentlicht. Bereits im Monat zuvor meldeten Insider Unregelmäßigkeiten bei der Erhebung der verwendeten Daten. Biontech selbst gab an, der eigene Stoff (BNT162b2) sei zu 95,6 Prozent effektiv. Diese Angaben resultierten aus der großangelegten Phase-III-Studie.

Wenige Wochen nach Aufnahme der Forschungen meldete sich aber die Whistleblowerin Brook Jackson öffentlich zu Wort. Sie arbeitete im September 2020 für ein an der Studie beteiligtes Subunternehmen. Nachdem ihr "Unregelmäßigkeiten" aufgefallen waren, wurde ihr gekündigt, wie das Medizinjournal BMJ berichtet. Sie bemängelte vor allem die Vernachlässigung der eingegangenen Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen. Pfizer wurde später über die fragwürdigen Vorgänge aufgeklärt, äußerte BMJ gegenüber aber keine Bedenken. Man konnte "keine Fehler identifizieren, die die Gültigkeit der Studie in Frage stellen würden".

Pfizer hielt im EU-Vertrag fest, daß die Entwicklung des Impfstoffs "aus mehreren Gründen herausfordernd" sei. Unter anderem nennt der Pharmakonzern auf Seite 54 die "hohe Fehler-Rate während der klinischen Tests" als Grund für erschwerte Entwicklungsvorgänge.

Zudem hielt Pfizer vertraglich fest, daß ein Entschädigungsprogramm für durch die Impfung

entstandene Schäden etabliert werden müsse. Im Falle einer Schädigung durch das Vakzin sollten weder das Unternehmen noch die EU haften - vielmehr offenbart der Vertrag, daß die einzelnen Staaten betroffene Personen entschädigen müssen.

Auf Seite 25 des Vertrags hält Pfizer sogar fest, welche Nebenwirkungen oder Beeinträchtigungen unter dieses Programm fallen: Neben dem Tod, Verletzungen und Krankheit könnten auch auf die Impfung zurückzuführende "mentale und emotionale Schäden" sowie "Behinderungen" Grund für Entschädigungen sein. Auch diese Passage wurde von der EU in geschwärtzter Form veröffentlicht.

Im Falle einer Klage würde der betreffende EU-Staat dementsprechend auch die Verfahrenskosten tragen. Der Staat bezahlt dem angeklagten Unternehmen also auch teure Fachanwälte. Dabei besagt der Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit (Art. 103 Abs. 1, GG), daß dem Kläger Möglichkeiten geboten werden müssen, seine Belange fachlich und kompetent zu verhandeln, denn in diesem Fall fehlt Impfgeschädigten die Kompetenz, medizinische Hintergründe mit juristischem Vorgehen zu verbinden.

Wird die Verteidigung durch staatliche Mittel finanziert, die letztlich zum erfolgreichen Abwenden der Klage führen, so muß untersucht werden, ob die bereitgestellten Mittel das Gebot der prozessualen Waffengleichheit verletzt habe, wie Henrieke Stahl kürzlich Tichys Einblick mitteilte. Der Staat könnte die Verteidigung aus rein finanziellen Gründen übertreffen und so die Rechte des Klägers verletzen.

Milliarden Dosen an EU

Bis Mai 2021 hatte die Europäische Union laut Statista bereits eineinhalb Milliarden Dosen des Biontech-Impfstoffs von Pfizer bestellt. Das entspricht einem Äquivalent von knapp sieben Dosen pro Person. Eine Rechnung, die bis heute nicht aufgehen kann. Dementsprechend erschienen immer wieder Meldungen, die von der millionenfachen Entsorgung abgelaufener Impfdosen (auch anderer Hersteller) berichteten.

Pfizer ließ sich gut bezahlen: Laut Vertrag zahlte die EU-Kommission 700 Millionen Euro als Vorauszahlung, wie unter dem Punkt "Payment Arrangements" (zu deutsch: Zahlungsmodalitäten) vermerkt ist. Einen zweistelligen Milliarden-Betrag muß die EU insgesamt an das US-Unternehmen überwiesen haben. Steuergelder für ein noch nicht ausgereiftes und womöglich gesundheitsgefährdendes Mittel.

Heutzutage werden vermehrt Studien veröffentlicht, die beispielsweise ein erhöhtes Risiko für Thrombose oder Herzmuskelentzündungen infolge der Impfung in verschiedenen Altersklassen und geschlechterspezifisch nachweisen. Auch andere Krankheiten treten als Folge der Impfung wahrscheinlicher auf (Apollo News berichtete beispielsweise hier und hier). Pfizer war schlau genug, sich gegen mögliche Impfnebenwirkungen und -schäden rechtlich abzusiichern. Wir wissen, daß wir nichts wissen, so lautete die Botschaft im ersten Impfvertrag. Wie aktuellere Verträge aussehen, ist aufgrund der Geheimhaltungsklausel unbekannt.

Ähnliche Verträge in Südafrika

Auch der im April 2021 zwischen Pfizer und der südafrikanischen Gesundheitsbehörde geschlossene Vertrag beinhaltete Passagen, die die unbekannte Wirksamkeit, mögliche unbekannte Nebenwirkungen und einen Entschädigungsfonds manifestierten (Apollo News berichtete). Die südafrikanische Regierung mußte den Vertrag im Sommer dieses Jahres offiziell veröffentlichen, nachdem die Health Justice Initiative erfolgreich Klage eingereicht hatte.

Auch in diesem Vertrag lassen sich die brisanten Absprachen zwischen dem Pharmaunternehmen und der südafrikanischen Regierung verfolgen. Pfizer schöpfte aus den geschlossenen Verträgen einen Milliarden-Gewinn. 2021 verdoppelte sich der Umsatz des Unternehmens auf 81 Milliarden Dollar. Ein Jahr später durchbrach der Pharma-Riese sogar den dreistelligen Milliarden-Umsatz. 2022 brachte Pfizer ungefähr 100 Milliarden Dollar ein. Das deutsche Partnerunternehmen Biontech erwirtschaftete 2021 allein 19 Milliarden Euro.

Die Verträge machen deutlich: Kunden wie die Europäische Union oder Südafrika waren sich der potentiellen Gefährlichkeit unerforschter Impfstoffe vermutlich bewußt oder informierten sich nicht ausreichend. Drei Jahre später ist eine Aufarbeitung dieser bewußten Risikoinkaufnahme durch europäische Politiker immer noch nicht erfolgt. Der Widerspruch zwischen dem offensichtlichen Unwissen über die Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffes, die von den Verträgen offenbart wird, und der absoluten Überzeugung, mit der Politiker eben diese Sicherheit und Wirksamkeit gegenüber ihren Bürgern bewarben, wurde bis heute so gut wie gar nicht problematisiert.

Die Risikobereitschaft hatte brutale Konsequenzen

Man muß festhalten: Hätten die Politiker die Unsicherheiten des Impfstoffes öffentlich gemacht und hätten sie die Impfung nur angeboten, nicht verpflichtend gemacht, wäre prinzipiell nichts daran auszusetzen, in einer Pandemiesituation einen Impfstoff schnell zu entwickeln und bei erfolgsversprechenden Studienergebnissen zumindest Risikogruppen und besonders Impfwilligen anzubieten. Doch so war es nicht.

Statt dessen legen die veröffentlichten Verträge den dringenden Verdacht nahe, daß sich die Verantwortlichen durchaus über die höchst fragliche Wirksamkeit und Sicherheit des Impfstoffes im Klaren gewesen sein müssen, als sie großspurig Kinder, Jugendliche und kerngesunde Erwachsene zur Impfung drängten.

Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie bewußt das Risiko eingegangen sind, daß eine unklare Zahl an Personen durch die Impfung krank werden oder sogar sterben könnte. Und daß diese Zahl deutlich höher liegen könnte, als es bei anderen, normal erforschten Impfstoffen, üblich ist. Die zahlreichen Fälle von bleibenden Impfschäden, die Todesfälle - vor allem unter jungen Sportlern -, die durch den Impfwang im Gesundheitssektor und in der Bundeswehr zerstörten Existenzen zeigen heute, daß dieses eingegangene Risiko nicht theoretisch geblieben ist. Es hatte fatale Konsequenzen.<<

Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. November 2023 (x1.345/...): >>Unterwerfung

Von einer anfänglich klaren Haltung an der Seite Israels ist Frankreichs Präsident Macron mittlerweile abgerückt: Nun attackiert er Jerusalem wie ein Palästina-Aktivist. Der französische Präsident weiß: Er hat unzählige Terrorunterstützer im eigenen Land. Daher unterwirft er sich dem Druck der Vororte.

Max Roland

"Wir teilen die Trauer Israels", sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach den Terrorangriffen auf Israel. Auch zwölf Franzosen waren bei den Hamas-Attacken gestorben - so viele wie seit dem Bataclan-Massaker nicht mehr. Zunächst zeigte sich das Staatsoberhaupt auch deswegen solidarisch mit dem angegriffenen Land. Macron sprach sich für Solidarität "ohne ein Ja aber" aus.

Ganz anders sieht das knapp einen Monat später aus. Plötzlich kritisiert der Präsident Israels Krieg gegen die Hamas. "Es werden Zivilisten, Babys, Frauen und alte Menschen bombardiert und getötet. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, Zivilisten anzugreifen. Wir fordern Israel dazu auf, damit aufzuhören", sagte Macron.

Während die allermeisten westlichen Staaten mehr oder weniger deutlich an der Seite Israels stehen, zeigt sich Macrons Frankreich zuletzt von einer anderen Seite: Statt klare Solidarität mit Jerusalem zu demonstrieren, veranstaltet man in Paris Spendentreffen für die Hamas-Hochburg Gaza. Der französische Präsident weigert sich zeitgleich, an einer Demo gegen Judenhaß in Paris teilzunehmen. Eine Haltung, die man so vielleicht nur in der arabischen Welt findet - und ein Totalausfall für ein europäisches Staatsoberhaupt.

Der Nahostkonflikt wird für Frankreich ein Drahtseilakt

Aber wer glaubt, Macron handle aus plötzlichem Judenhaß, der irrt. Statt dessen ist er Opfer

der Zwänge im eigenen Land. Der französische Präsident weiß: Er hat Hunderttausend von Terrorsympathisanten im eigenen Land. Er fürchtet eine Explosion des ausländischen Hasses in den Vororten, er fürchtet brennende Banlieues. Im Land gilt die höchste Terrorwarnstufe, tausende Soldaten wurden für den Einsatz im Innern mobilisiert.

In den letzten fünf Wochen kam es bereits zu terroristischen Vorfällen und Anschlägen. Frankreich brodelt. Fünf Prozent der Menschen im Land sind Muslime, von denen die allermeisten klar gegen Israel sind. Die jüdische Gemeinschaft in Frankreich erlebt eine Welle des Hasses. Ohnehin steigt der Antisemitismus dort seit Jahren an - jetzt entlädt er sich wie vielerorts mit voller Wucht.

Mit rund 500.000 Menschen hat Frankreich die größte jüdische Community nach Israel und den USA - noch. Zeitgleich leben 100.000 Palästinenser in Frankreich. Der Élysée-Palast fürchtet daher, daß der Krieg in Israel und im Gazastreifen auch in Frankreich zu weiteren Anschlägen und Gewalt führt. Eine Sorge, die die Bevölkerung teilt: In einer Umfrage des Senders BFM TV sagten 85 Prozent der befragten Franzosen, sie fürchteten sich vor diesem Szenario.

Die Muslime im eigenen Land zwingen den Präsidenten zu einem Drahtseilakt. Mit den plötzlichen Angriffen auf Israel will Macron auch Terror im eigenen Land verhindern. Dadurch unterwirft er seine Politik dem Diktat der Vororte - Frankreich kapituliert vor der islamischen Wut.

Le Pen und die neue Rolle an der Seite der Juden

Im Gegensatz dazu ist Marine Le Pen mit aller Deutlichkeit in die Öffentlichkeit getreten. Daß die Anführerin der rechten Partei "Rassemblement National" (RN) ihre Teilnahme an einer Demonstration gegen Antisemitismus ohne Umschweife zusagt, während der Präsident dieser Demo fernbleibt, sagt viel über die verschobenen Koordinaten in der französischen Politik aus. Marine Le Pen zeigt sich dieser Tage demonstrativ als eine Politikerin, die an der Seite Israels und der Juden steht. Eine Position, die ihr viele aufgrund der antisemitischen, neonazistischen Vergangenheit ihrer Partei und ihres Vaters Jean-Marie Le Pen nicht so wirklich abkaufen wollen.

Doch die Botschaft des Rassemblement National ist deutlich: RN-Präsident Jordan Bardella sagte, er glaube, daß seine Partei heute für viele Franzosen jüdischen Glaubens ein Schutzschild gegen Islamismus sei. Einen wahren Kern hat diese Aussage: Die migrationspolitische Lage in Frankreich führt immer wieder zu vielen antisemitischen Übergriffen, von denen viele auch international Beachtung erlangen. Viele Juden verlassen Frankreich inzwischen aufgrund des immer stärker werdenden Hasses gegen sie.

Le Pen zeigt im Nahostkonflikt eine Deutlichkeit, die Macron abhandengekommen ist: Sie bezeichnete den Angriff der Hamas als "Pogrom" und sagte, Israel müsse es erlaubt sein, die Hamas auszumerzen. Parteimitglieder des RN beteiligten sich an einer Demonstration zur Unterstützung Israels, die der jüdische Verband Crif organisiert hatte.

Macron kritisiert Le Pen: Die Partei trete nur dann für jüdische Bürgerinnen und Bürger ein, wenn sie von Islamisten bedroht würden. Bei rechtsextremen Überfällen allerdings schweige sie. Fakt ist jedoch: Le Pen ist bei den Demos gegen Judenhaß, denen Macron fernbleibt. Immer mehr französische Juden registrieren, daß die rechte Politikerin nun die klare Haltung bezieht, die sie von ihrem Staatspräsidenten erwarten würden. Sie sagt den Islamisten den Kampf an, während Macron sich wegduckt.<<

USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. November 2023 (x1.346/...): >>>US-Studie: Importiertes LNG klimaschädlicher als Kohle

Einer neuen US-Studie zufolge ist importiertes Flüssiggas (LNG) klimaschädlicher als das Verfeuern von Kohle. "Die absoluten Treibhausgasemissionen von LNG sind im schlimmsten Fall um 274 Prozent höher als die von Kohle", heißt es in der noch nicht veröffentlichten Ana-

lyse des Methan-Forschers Robert Howarth von der Cornell University, über welche die "Neue Osnabrücker Zeitung" berichtet. Als Ursache macht Howarth Methan-Leckagen bei den verschiedenen Etappen vom Fracking über die Reinigung, Verflüssigung und schließlich den Transport über die Weltmeere aus.

Methan ist ein besonders aggressives Treibhausgas, selbst bei Nutzung der modernsten Schiffe und kürzesten Routen seien die Emissionen - wenn man den gesamten Weg vom Frackingloch bis zur Verfeuerung zur Strom- oder Wärmeerzeugung betrachtet - "um mindestens 24 Prozent höher", als wenn Steinkohle verwendet würde, so die Ergebnisse der Berechnungen des Professors für Umweltbiologie.

Howarths Studie ist noch nicht gegengeprüft, die US-Zeitschrift "The New Yorker" sieht in den Zahlen des Wissenschaftlers aber schon jetzt den Nachweis ("Smoking Gun") für eine fehlgeleitete Klimapolitik von US-Präsident Joe Biden. Denn in den USA werden, auch wegen der hohen Nachfrage aus Deutschland, die LNG-Exportkapazitäten deutlich ausgeweitet, was den Klimaschutzziele der US-Regierung zuwiderläuft.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht durch die Forschungsergebnisse den Handlungsdruck auf Bundesregierung und EU gestiegen. In Brüssel wird in wenigen Tagen über schärfere Regeln für Methan-Emissionen aus der Öl- und Gaswirtschaft abgestimmt. "Mit der Ausweitung der LNG-Importe nach Deutschland macht sich die Bundesregierung mitverantwortlich für wachsende Methan-Emissionen weltweit", sagte Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz bei der DUH, der NOZ.

"Gerade deshalb muß sie sich in den nächsten Tagen besonders für eine ambitionierte Ausgestaltung der Methan-Verordnung einsetzen. Entscheidend ist, daß auch Methan-Emissionen aus der Lieferkette berücksichtigt und die Gasnetzbetreiber in Europa zu strengen Kontrollen verpflichtet werden."<<

13.11.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13 November 2023: >>E-Auto, nein danke! Viele Deutsche wollen auch keine Billig-Stromer kaufen

Selbst E-Autos zu einem Neupreis von rund 20.000 Euro sind für viele Deutsche kein Kaufanreiz! Das ergab eine Analyse der "Automobilwoche" auf Basis einer Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Civey. Befragt wurden Fahrer von Verbrennerfahrzeugen, ob sie sich bei Preisen unter 25.000 Euro für ein vollelektrisches Fahrzeug begeistern könnten.

Dreiviertel antworteten mit "Nein", fast zwei Drittel der Befragten schlossen einen Umstieg sogar "kategorisch aus", schreibt die Fachzeitschrift. Lediglich für elf Prozent kommt ein Wechsel unter diesen Umständen in Frage, weitere elf Prozent waren unentschlossen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. November 2023 (x1.344/...): >>Freispruch nach mutmaßlicher Vergewaltigung - Sex-Täter gar nicht erst ins Land lassen!

Und wieder kommt ein mutmaßlicher Vergewaltiger mit Migrationshintergrund unbehelligt davon: Der 26-jährige Pfleger Milad R. soll sich in einem Hamburger Altersheim an einer 88-jährigen demenzkranken Bewohnerin vergangen haben. Eine Mitarbeiterin der Einrichtung kam ins Zimmer der Seniorin und fand diese nackt auf dem Bett liegend vor, während der Mann sich eilig die Hose hochzog. Den Richter konnte er nun davon überzeugen, daß es sich um einvernehmlichen Sex gehandelt habe - mit einer Frau, die nicht mehr in der Lage ist, ganze Sätze zu sprechen. Er wurde freigesprochen.

Erst in der vergangenen Woche wurde ein Afghane festgenommen, der sich in Chemnitz an einer abgelegenen Bushaltestelle an einer 38-Jährigen verging, die Polizei sprach von Vergewaltigung. Er wurde festgenommen, kam aber nach Aufnahme der Personalien wieder auf freien Fuß. Tief sitzt auch noch der Schock nach dem Skandal-Urteil Anfang des Jahres gegen einen Afghanen, der ein elfjähriges Mädchen in Neustrelitz vergewaltigt hat - und lediglich zu

einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. All diese sogenannten "Einzelfälle" finden sich auch auf unserer Internetseite www.einzelfallticker.de. Dort kann man die tatsächlichen Folgen der Migrationskrise konkret ablesen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. November 2023 (x1.344/...): >>Immer mehr Deutsche werden Opfer von Migrantengewalt - Abschieben wird die Täter nur die AfD!

Seit Jahren predigen Politik und Medien das Bild von der angeblichen Ausländerfeindlichkeit in Deutschland - vor allem, um die Massenmigration möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen. Und um Kritiker mundtot zu machen. Dabei ist es genau umgekehrt: Laut einer aktuellen Auswertung der Kriminalzahlen durch das BKA werden immer mehr Deutsche Opfer von gewalttätigen Nicht-Deutschen.

Fast 48.000 waren es im vergangenen Jahr, die sich mit Messerangriffen, Prügelattacken, Raubüberfällen oder Tötungsversuchen durch Täter nicht-deutscher Staatsangehörigkeit konfrontiert sahen, 1100 Bürger - zumeist Frauen - wurden Opfer sexueller Gewalt. Dabei fließen Täter mit doppelter Staatsangehörigkeit nicht einmal in die Statistik mit ein. Und ohnehin dürfte die Dunkelziffer noch höher liegen, da nicht jede Straftat angezeigt wird.

Selten zuvor wurde die von den Verantwortlichen praktizierte Täter-Opfer-Umkehr so offensichtlich - und mittlerweile wird auch von führenden Gewerkschaftlern der Polizei ausdrücklich gefordert, Straftäter, die keinen deutschen Paß haben, sofort abzuschicken. Daß mittlerweile auch die CDU in dieses Horn stößt, ist hingegen mehr als heuchlerisch - war sie es doch, die 2015 die grenzenlose und bis heute anhaltende Migration-Anarchie eingeführt hat. Weder diese noch eine der Ampelparteien kann und will an der bedrohlichen Sicherheitslage etwas ändern. Das kann nur die AfD!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27441" berichtet am 13. November 2023 (x1.343/...): >>**Medizin-Nobelpreis für Menschheitsverbrechen - Ein Schlag ins Gesicht der Geschädigten**

Anfang Dezember 2023 sollen zwei Wissenschaftler für ihre Entdeckungen zur mRNA-Technologie den Medizin-Nobelpreis erhalten. Ist diese Nobelpreis-Verleihung nicht wie ein Schlag ins Gesicht all der Menschen und Angehörigen, die durch die staatlich aufgedrängten mRNA-Impfungen dauerhaft geschädigt oder sogar verstorben sind? Bemerkenswerterweise warnte einer der zukünftigen Medizin-Nobelpreisträger bereits 2018 vor möglichen schweren Nebenwirkungen der mRNA-Impfstoffe.

Am 10. Dezember, dem Todestag von Alfred Nobel, wird jedes Jahr traditionell der Nobelpreis verliehen. Der Preis gilt als höchste Auszeichnung und geht an ausgewählte Wissenschaftler und Persönlichkeiten in den Bereichen Physik, Chemie, Medizin, Literatur und Friedensbemühungen. Die Tagesschau berichtete am 2. Oktober 2023 über die in diesem Jahr geplante Verleihung des Medizin-Nobelpreises an zwei Wissenschaftler:

"Sie legten den Grundstein für die Entwicklung der Corona-Impfstoffe: Die Forscher Karikó und Weissman erhalten dafür den Medizin-Nobelpreis. Ihre Entdeckungen zur mRNA-Technologie könnten auch bei anderen Krankheiten helfen. Sie haben es geschafft, künstliche mRNA so zu verändern, daß sie vom menschlichen Immunsystem nicht zerstört wird und so für medizinische Zwecke nutzbar gemacht werden kann ... Die Arbeit des Immunologen Weissman und der Biochemikerin Karikó hätten weltweit Millionen Leben gerettet, betonte das Nobelkomitee."

Katalin Karikó war von 2013 bis 2022 Senior-Vizepräsidentin bei BioNTech.

Der deutsche Gesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach postete bei Twitter: "Eine bessere Wahl für (den) Nobelpreis Medizin könnte es nicht geben. Mit Katalin Karikó und Drew Weissman werden die beiden Menschen geehrt, die jahrelang gegen den Trend mRNA Forschung gemacht haben. Ohne sie wären Millionen Menschen mehr an COVID gestorben."

Über Impfgeschädigte und Todesfälle durch die Impfungen verliert Lauterbach kein Wort. Statt dessen wiederholt er im Verbund mit den Medien die höchst fragwürdige Aussage, daß Millionen Menschenleben durch die COVID-Impfungen gerettet worden seien. Prof. Dr. Bergholz legte im Interview mit Kla.TV dar, daß diese Aussage aus mehreren Gründen grundlegend falsch und daher irreführend ist.

Ist diese Nobelpreis-Verleihung nicht wie ein Schlag ins Gesicht all der Menschen und Angehörigen, die durch die staatlich aufgedrängten mRNA-Impfungen dauerhaft geschädigt oder sogar verstorben sind?

Bemerkenswerterweise warnte der zukünftige Medizin-Nobelpreisträger Drew Weissman bereits 2018 in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung vor möglichen schweren Nebenwirkungen der mRNA-Impfstoffe.

Das beweist einmal mehr, daß die Nebenwirkungen der mRNA-Technologie schon Jahre vor ihrem Einsatz bekannt waren und die Öffentlichkeit massiv getäuscht wurde. Auch andere Nebenwirkungen wurden in der einschlägigen, jedem zugänglichen wissenschaftlichen Literatur frühzeitig beweiskräftig und unzweifelhaft dargelegt. Auf dieser Grundlage konnte Kla.TV schon im August 2020 vor diesen Nebenwirkungen, die sich leider alle bestätigt haben, warnen.

Thrombosen, Schlaganfälle, Herzinfarkte, überall im Körper auftretende Entzündungen, auch der Nerven und Blutgefäße einschließlich des Herzens, sind bekannte Nebenwirkungen der mRNA-Impfungen. Hinzu kommen Autoimmunerkrankungen, Reduzierung der Immunabwehr und die Fehlleitung des Immunsystems, so daß die Infektion verschlimmert wird oder sich Geimpfte häufiger anstecken.

In umfangreichen Datenbanken werden diese Impfschäden dokumentiert. Und es kommen immer noch weitere Erkenntnisse über Langzeitfolgen hinzu, wie die erschreckende Zunahme von Fehlgeburten, deutliche Hinweise auf Unfruchtbarkeit und der mögliche Einbau der Gensequenz in unsere DNA durch Plasmidverunreinigungen, resultierend aus dem Herstellungsprozeß der künstlich erzeugten mRNA.

Die Nutzung des künstlich hergestellten Bausteines in der gespritzten mRNA, für dessen Entdeckung und Einsatz dieser Nobelpreis vergeben wird, erschwert nicht nur den Abbau der künstlichen mRNA in unserem Körper. Dieses sogenannte "Pseudouracil" ist auch verdächtig, Krebs auszulösen und vorhandene Krebsherde im Wachstum zu beschleunigen. Auch hier muß festgestellt werden, daß diese Gefahren bereits vor dem Einsatz der mRNA-Impfungen bekannt waren. Ist das möglicherweise der Grund für die jetzt auftretenden Fälle von sogenanntem Turbokrebs?

Auch Dr. David Martin macht auf den Umstand aufmerksam und sagt, alle, die so tun, als hätten sie es nicht gewußt, sagen damit, daß sie die wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu dem Thema nicht gelesen hätten. Er bezeichnet die Genspritzen als einen der größten Völkermorde der Geschichte.

Fazit: Obwohl diese Zusammenhänge über die mRNA-Technologie schon vor dem Einsatz der Impfungen bekannt waren, wird die Bevölkerung mit der Vergabe des Medizin-Nobelpreises weiter getäuscht, daß die mRNA-Impfstoffe ein Erfolg seien. Dabei wird davon abgelenkt, wie hochgefährlich die mRNA-Technologie ist, und Millionen von geschädigten Menschen werden ignoriert!

Somit reiht sich auch der diesjährige Nobelpreis in eine Reihe fragwürdiger Verleihungen ein.<<

[Das schweizerische Wochenmagazin "Die Weltwoche" berichtet am 13. November 2023 \(x1.342/...\): >>>Die AfD veranstaltet ein Corona-Symposium - und keiner berichtet darüber. Wenn ARD und ZDF nicht liefern, warum sollten deutsche Zuschauer überhaupt zahlen?](#)

Sylvie-Sophie Schindler

Fake News sind das eine. Das andere sind Dead News. Keine Ahnung, ob der Begriff überhaupt existiert, aber er trifft das, wofür Leitmedien ein beachtliches Faible haben: Sie töten und beerdigen eine Nachricht, ohne sie überhaupt verbreitet zu haben.

Wo da immerhin noch entlang von Aussagen geprüft werden kann, tappt man dort freilich völlig im Dunkeln. Denn: Wie soll man wissen können, was einem verwehrt wird, zu wissen? Ein nächstes mediales Schweigen liegt nun über dem zweiten Corona-Symposium der AfD-Fraktion, das am vergangenen Wochenende in den Räumen des Deutschen Bundestages abgehalten wurde - das erste, ebenfalls breit beschwiegen, fand bereits im Juli 2020 statt. Zu Wort kamen dieses Mal unter anderem die Corona-kritischen Experten Gunter Frank, Andreas Sönnichsen, Stefan Homburg und Tom Lausen. Und auch Sucharit Bhakdi, der insbesondere bei regierungstreuen Journalisten sofort Diffamierungs-Reflexe losstritt.

Die Pandemie-Maßnahmen hatten enorme Konsequenzen für die Bevölkerung, die meisten Maßnahmen waren überzogen, Grundrechtseinschränkungen wurden fragwürdig begründet, irriige Zahlen in Umlauf gebracht, die mRNA-Stoffe hielten nicht, was sie versprochen, und führten zu beachtlichen Nebenwirkungen - es muß also dringend aufgearbeitet werden. Daß nur die AfD dazu willens ist, stellt allen anderen Parteien ein Armutszeugnis aus. Daß das auch noch ignoriert wird, schlägt der Bevölkerung ins Gesicht.

Gerade die Leitmedien hätten dringend Nachholbedarf, ihre Informationsdefizite über Corona auszugleichen. Denn freilich kam nun vieles zur Sprache, worüber sie bis heute nicht berichten wollen, etwa, daß die Kliniken während Covid eine auffallend niedrige Bettenauslastung hatten. Ihr Problem ist natürlich, daß sie selbst involviert waren und Regierungspolitik während der Pandemie nicht kontrolliert, sondern als deren Sprecher mitgetragen haben.

Daß sich allerdings auch die öffentlich-rechtlichen Sender wegducken, ist nicht nur skandalös, sondern auch rechtlich relevant. Jeder Bürger, der GEZ-Gebühren zahlt, hat das Recht auf eine, so steht es im Medienstaatsvertrag, unabhängige und umfassende Berichterstattung, in der die "Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit" beachtet werden sollen.

Erneut muß gefragt werden: Wenn ARD und ZDF nicht liefern, warum sollten die Zuschauer zahlen?<<

14.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. November 2023 (x1.348/...): >>>Geimpft, geschädigt, geleugnet: Die Barbarisierung der Gesellschaft

Von *Herbert Ludwig*

Die "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) haben eine Serie von Interviews mit Impfpfern unter dem Titel "geimpft, geschädigt, geleugnet" gestartet. Darin kommen auch deren Therapeuten, Ärzte und Wissenschaftler zu Wort, die das ganze Ausmaß der Verbrechen mit deutlich machen, das so vielen Menschen angetan wurde. Wir veröffentlichen nachfolgend einen Beitrag der MWGFD, der die erste Geschichte zusammenfaßt und auf das erschütternde Interview hinleitet, das offenbart, wie weit die Barbarisierung unserer Gesellschaft fortgeschritten ist. (hl)

Vom MWGFD-Presseteam; erschienen am 07. November 2023

Das Interview mit Katharina Koenig ist der erste Beitrag der Interviewserie "geimpft, geschädigt, geleugnet", in der der Verein MWGFD mutmaßlich Impfgeschädigte, deren Therapeuten und Ärzte, sowie Wissenschaftler zu Wort kommen läßt. Ziel dieser Serie ist, die für impfgeschädigte Menschen so wichtige Öffentlichkeit herzustellen, exemplarisch aufzuzeigen, welche therapeutischen Wege beschritten werden können, und nicht zuletzt einen Beitrag zu der so notwendigen Aufarbeitung zu leisten, um dadurch einen Bewußtwerdungsprozeß über das Verbrechen, das so vielen Menschen angetan wurde, anzustoßen.

Es macht traurig, wütend, betroffen und fassungslos, das Interview, das unser Mitarbeiter Jo-

hannes Clasen mit Katharina Koenig geführt hat, anzusehen. Denn das Schicksal dieser Frau macht sprachlos. Katharina Koenig wurde und wird sowohl als Ungeimpfte, als auch als Geimpfte mehrfach diskriminiert, und, wie sie selber sagt, ihrer Würde beraubt. Als Schmerzpatientin wurde ihr als Ungeimpfte, die auf Schmerztherapie angewiesen war, der Zutritt in ein Krankenhaus verweigert. Dies hat Wunden in ihrer Seele hinterlassen:

"Allein mit der Tatsache: Du kommst hier nicht rein, weil du nicht geimpft bist, ist schon eine Verletzung der Würde."

Von diesem Krankenhaus zur Impfung genötigt, erleidet sie nach dem zweiten Stich unmittelbar schwerste Nebenwirkungen, und wird nach mehreren Not-Operationen von den Ärzten aufgegeben. Doch damit nicht genug. Es wird ihr zudem wiederholt notwendige Hilfe verweigert. Sätze wie

"Ich weiß, daß Sie ein Impfschaden sind, aber ich werde Ihnen nicht helfen."

bekommt sie, so oder ähnlich formuliert, nicht nur einmal zu hören. Doch nicht nur die Ärzte kommen ihrer Pflicht nicht nach. Auch Krankenhäuser verweigern Hilfe:

"Krankenhäuser haben sich geweigert mich aufzunehmen, um mir einen Port zu legen. Sie haben gesagt, das ist ein Impfschaden, wir helfen ihr nicht. ... Ein Notarzt hat mich nicht einmal mitgenommen, obwohl ich aus dem Darm und aus dem Mund geblutet habe."

Doch damit nicht genug: Auch ihre Krankenkasse lehnt es ab, sie als Impfgeschädigte anzuerkennen, da die Impfung ja, folgt man den Aussagen von Gesundheitsminister Lauterbach, nebenwirkungsfrei ist, und weigert sich zudem, ihr die Medikamente, die ihr Überleben sichern, zu bezahlen. Katharina Koenig beklagt:

"Meine Krankenkasse sagt zeitgleich, daß es Dich (Anmerkung: als Impfgeschädigte) ja gar nicht gibt und gleichzeitig, daß ich mich in einem akut lebensbedrohlichen Zustand befinde."

Doch Katharina Koenig, die in ihrem früheren Leben dem Kampfsport frönte, ist auch als Kranke eine Kämpferin. Sie beschließt, sich mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit zu wenden, um Hilfe zu bekommen: Therapeutische Hilfe, Ärzte, die sich ihrer annehmen, und finanzielle Hilfe, um die Finanzierung des Medikaments, das ihre lebensgefährlichen Blutungen stoppen kann, sicherzustellen. Und nicht nur das: Gemeinsam mit ihrem Anwalt hat sie mehrere Klagen angestrengt, um sich und anderen Geschädigten Gehör zu verschaffen und Gerechtigkeit und Entschädigung zu erfahren. Denn:

"Ich will, daß sie bestraft werden. Alle. Jeder einzelne. Das sind Lügner und Straftäter und Verbrecher und ich möchte ein Teil davon sein, daß sie bestraft werden."

Wie David gegen Goliath klagt sie nicht nur gegen ihre Krankenkasse, gegen Behörden, gegen Gesundheitsminister Lauterbach. Sie scheut sich auch nicht, es mit dem Riesen BioNtech aufzunehmen, um finanzielle Entschädigung, die die für sie lebensnotwendige, kostenintensive Therapie sichern würde, zu erhalten.

"Ich will die Klage. Ich will die Klage gegen BioNtech. Das darf nicht passieren, daß ich die Therapie abrechnen muß."

Katharina Koenig ist seit der zweiten Impfung mit einer Spritze von BioNtech/Pfizer schwer krank und sie weiß, daß sie ohne die teuren, für sie überlebensnotwendigen, Medikamente wahrscheinlich nur eine begrenzte Lebenserwartung hat, ihre Symptomatik sich auf jeden Fall ohne diese Medikation akut verschlechtern würde. Doch ihr ungebrochener Kampfgeist und ihre Wut halten sie am Leben:

"Vielleicht ist das der Grund, was mich am Leben hält: dieser Kampf."

Ihr Ziel ist es, all diejenigen, die ihr in den vergangenen Jahren und Monaten Schlimmstes angetan und ihre Gesundheit und letztlich ihr Leben zerstört haben, öffentlich zu brandmarken und zur Rechenschaft zu ziehen.

"Ich muß die bekämpfen, weil ich hab denen nichts getan, die haben mir was getan und ich laß mir das nicht gefallen."

Und sie ruft alle anderen Geschädigten auf, aufzustehen, sich zu wehren und es ihr gleich zu tun:

"Zeigt euch! Macht mal laut!"

In der biblischen Geschichte hat David gegen Goliath gewonnen. Katharina Koenig, deren Schicksal exemplarisch für das Schicksal vieler geschädigter Menschen steht, hat den ungebrochenen Willen, diesen Kampf, so wie einst David, zu gewinnen, und setzt dabei auf die Solidarität mit anderen Betroffenen:

"Ich kann keinen Impfgeschädigten verstehen, daß er schweigt. Ich kämpfe dafür, daß andere auch aufstehen!"

Wir hoffen, daß wir durch die Veröffentlichung ihrer Geschichte unseren Beitrag dafür leisten können und bitten alle um breite Verteilung im Freundes- und Bekanntenkreis, in den sozialen Netzwerken, an lokale und überregionale Politiker und Medienschaffende.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. November 2023 (x1.346/...): >>>8 Milliarden für Ukraine?

Das Bundesfinanzministerium gibt für das Haushaltsjahr 2024 mehr Geld als geplant frei, um die Ukraine weiterhin mit Rüstungsgütern zu versorgen. Wie aus einer Aufstellung aus dem Haus von Finanzminister Christian Lindner (FDP) hervorgeht, sind zusätzlich vier Milliarden Euro an Barmitteln eingeplant, berichte der "Spiegel"; zwei weitere Milliarden sollen als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen ausgegeben werden. Bisher waren vier Milliarden Euro als Barmittel für 2024 vorgesehen und weitere vier Milliarden Euro als Verpflichtungsermächtigungen, die erst später zu Buche schlagen.

Das Verteidigungsressort machte jedoch laut "Spiegel-Bericht" intern eine Lücke von rund 5,2 Milliarden Euro bei der Waffenhilfe für die Ukraine geltend. Die dürfte nun geschlossen sein - vorausgesetzt, der Haushaltsausschuß des Bundestags nimmt bei seiner Bereinigungssitzung am Donnerstag den Vorschlag des Finanzressorts an und der Bundestag stimmt dem Haushalt im Dezember zu. In dem Schreiben betont das Haus von Minister Christian Lindner (FDP) allerdings, daß das Geld nicht nur der Ukraine im Kampf gegen die russischen Invasoren zugutekommen soll.

Bestimmt ist es demnach "für die weitere Unterstützung der Ukraine sowie zur Sicherstellung insbesondere der Wiederbeschaffung von Bundeswehr-Material, das an die Ukraine abgegeben wurde". Die Ukraine-Hilfe wird nicht aus dem regulären Etat des Verteidigungsministeriums bezahlt, sondern aus einem Sondertopf ohne klare Ressort-Zuordnung: dem sogenannten Einzelplan 60. Woher die zusätzlichen Barmittel in Höhe von vier Milliarden Euro stammen, geht aus dem Papier des Finanzressorts nicht hervor.

Dem Vernehmen nach könnte die Summe aus der nicht ausgeschöpften sogenannten Flüchtlingsrücklage und dem konjunkturbedingt größeren Spielraum für Neuverschuldung abgezackt werden; im Gespräch sind auch EU-Mittel. Die zwei Extra-Milliarden, die als Verpflichtungsermächtigung ausgegeben werden, schlagen erst später zu Buche.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. November 2023 (x1.345/...): >>>Mehrere deutsche Großkonzerne kündigen Schlag auf Schlag massiven Stellenabbau an

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland spiegelt sich in einem alarmierenden Trend wider - mehrere bedeutende Unternehmen planen einen erheblichen Stellenabbau. Die Entwicklung erstreckt sich über diverse Branchen, betroffen sind unter anderem Bayer, Telekom, Volkswagen und Fielmann.

Henry Albrecht

Immer mehr deutsche Unternehmen bauen Stellen ab. Das geschieht Branchen übergreifend. Von der Automobilindustrie und Metallindustrie, bis zu Telekommunikationskonzerne, Spielzeugherstellern und Softwareunternehmen. Überregulierungen, hohe Energiekosten und Steu-

ern sorgen dafür, daß Deutschland als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden ist. Die Zukunft des deutschen Arbeitsmarkts scheint ungewiß.

Es sind bekannte deutsche Großkonzerne, die ihren Stellenabbau ankündigten oder bereits vollzogen haben. Allein im Zeitraum von August bis Oktober kündigten die hier aufgeführten Unternehmen an, hauptsächlich aufgrund von Sparmaßnahmen, ihre Belegschaft zu verkleinern:

Jüngst kündigte der Chemiekonzern Bayer eine drastische Veränderung der Unternehmensstruktur an. Der Traditionskonzern plant eine drastische Umstrukturierung, mit dem Ziel, Hierarchieebenen zu reduzieren und somit auch Stellen abzubauen. Dies wird voraussichtlich vor allem Führungspositionen am Hauptsitz des DAX-Unternehmens in Leverkusen betreffen. Bisher äußerte sich der neue Bayer CEO Bill Anderson noch nicht konkret darüber, wie viele Arbeitsplätze betroffen sein werden. (Apollo News berichtete).

Doch Bayer ist nicht der einzige Chemiekonzern, der plant, Stellen zu streichen. Der Spezialchemiekonzern Lanxess plant, durch ein umfassendes Sparprogramm jährlich 150 Millionen Euro einzusparen. Dies wird voraussichtlich mit einem Stellenabbau einhergehen, insbesondere in der Verwaltung. Die Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung dieser Maßnahmen laufen derzeit mit den Arbeitnehmervertretern.

Telekommunikationssektor: Deutsche Telekom kündigt erneuten Stellenabbau an

Die Deutsche Telekom sieht sich erneut mit einem Stellenabbau konfrontiert. Während die genaue Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze noch unklar ist, werden laut Berichten etwa 2.000 Stellen gestrichen. Insbesondere die Zentrale in Bonn soll davon betroffen sein. Der interne IT-Dienstleister "Telekom IT" bestätigte den Wegfall von 1.300 der 5.400 in Deutschland angesiedelten Stellen für das kommende Jahr. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen teilweise in Auffanggesellschaften untergebracht werden, während andere in den Vorruhestand oder in Altersteilzeit gehen sollen.

Automobilbranche: Zulieferer Continental und Hersteller Volkswagen kündigten im November Streichungen an.

Die Autozuliefersparte von Continental steckt in einer ernsten Krise, die das Unternehmen zu einem massiven Stellenabbau veranlasst. Medienberichten zufolge sollen rund 5.500 Mitarbeiter entlassen werden, wobei Hunderte davon in Deutschland betroffen sein könnten. Diese Maßnahme ist Teil der Bemühungen von Continental, die angeschlagene Sparte durch drastische Kosteneinsparungen wieder auf Kurs zu bringen. Der Wolfsburger Autobauer Volkswagen plant, bis 2026 in der Verwaltung 20 Prozent der Kosten zu senken. Dies wurde vom VW-Markenchef Thomas Schäfer in einem internen Podcast angekündigt. Die Verwaltung von Volkswagen beschäftigt derzeit mehr als 40.000 Menschen. Eine rechnerische Einsparung von 20 Prozent würde etwa 8.000 Bürostellen betreffen.

Auch Einzelhandel und Spielzeugindustrie betroffen:

Die Optikerkette Fielmann plant ebenfalls einen signifikanten Stellenabbau. Dieser soll in zwei Phasen geschehen. Bis Juni 2024, soll eine kleine Anzahl an Stellen abgeschafft werden, in einer zweiten größeren europaweiten Welle soll die Belegschaft bis 2025 weiter reduziert werden. Derzeit beschäftigt Fielmann insgesamt 22.600 Mitarbeiter. Laut einer Sprecherin der Fielmann Gruppe, sollen da, wo es geht, Mitarbeiter durch Computer ersetzt werden. Der Stellenabbau soll sich vorwiegend auf kundenferne Zentralbereiche konzentrieren, während in den Niederlassungen alles wie gewohnt bleiben soll.

Der renommierte Spielwarenhersteller HABA plant, rund 40 Prozent seiner Stellen in Deutschland zu streichen. Die Zahl der Beschäftigten soll von derzeit 1.677 auf 1.000 reduziert werden. Gleichzeitig kündigte der Mutterkonzern von Playmobil, die Horst Brandstätter Group, einen weltweiten Stellenabbau an. Etwa 700 Arbeitsplätze werden gestrichen, wovon 370 auf Deutschland entfallen. Diese Maßnahmen sind eine Reaktion auf zwei umsatzschwa-

che Jahre in der Spielzeugindustrie.

Insgesamt deutet all das auf eine schwierige Phase für den deutschen Arbeitsmarkt hin. Der großflächige Stellenabbau könnte langfristige Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und die Wirtschaft insgesamt haben.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. November 2023: >>**Sozialmi-**
granten: Sie kassieren "Bürgergeld" und überweisen Milliarden ins Ausland

In der Chaos-Ampel droht der nächste Streit: Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) will unterbinden, daß Asylbewerber Geld aus Sozialleistungen in ihre Heimatländer überweisen. Die Zahlungen könnten eine Finanzquelle für Schleuser sein und ein Pullfaktor, der noch mehr Migranten nach Deutschland lockt.

Das Finanzministerium hat bei der Bundesbank die diesbezügliche Datenlage angefragt. Die Notenbank führt eine Statistik zu "Heimatüberweisungen von Gastarbeitern". Dort werden Personen erfaßt, die sich für mehr als ein Jahr in Deutschland aufhalten und hier ihren wirtschaftlichen Mittelpunkt haben. Demnach betragen die Überweisungen allein aus diesem Personenkreis im vergangenen Jahr 7,1 Milliarden Euro. Diese Summe sei allerdings nur geschätzt, schränkt die Bundesbank ein. Außerhalb der EU ist demnach die Türkei mit 848 Millionen Euro das Zielland mit den meisten Überweisungen.<<

Die ARD-Nachrichtensendung "Tagesschau" berichtet am 14. November 2023: >>**"AUF1"**
darf nicht über Astra senden "Großangriff aufs Medienkartell" gescheitert

Der umstrittene österreichische Internetkanal "AUF1" darf nicht per Satellit senden. Laut Medienaufsicht verletzt die Kooperation mit dem Stuttgarter Unternehmen "schwarz rot gold tv" den Medienstaatsvertrag

Von *Kai Laufen*, SWR

"Es ist ein Mordkomplott gegen das deutsche Volk", behauptet der AfD-Politiker Björn Höcke in einem Gespräch mit dem österreichischen Internetkanal "AUF1". Gemeint ist die Migrations- und Familienpolitik der Bundesregierung. Als "großes AUF1-Interview" bewirbt der Sender das Gespräch. Kritische Nachfragen gibt es keine.

Rund eine Stunde verbreitet der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag seine Positionen - ohne daß diese hinterfragt werden. Der Bundesverfassungsschutzchef Thomas Haldenwang bezeichnete Höcke als Rechtsextremisten, aber das scheint sein Gegenüber nicht zu stören: Die Stichworte für das vermeintliche "Große Interview" liefert der Deutschland-Korrespondent von "AUF1", der zuvor jahrelang für das ebenfalls vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeschätzte Wochenmagazin "Compact" gearbeitet hat.

Der österreichische Sender AUF1 verbreitet Falschmeldungen und Verschwörungsmymen vor allem zum Thema Corona. mehr

Zielgruppe: Von Querdenkern bis Reichsbürger

Beiträge wie die Höcke-Rede strahlt "AUF1" europaweit via Satellit aus. In dem Programmangebot von Astra heißt der Kanal aber nicht "AUF1" sondern "SRGT". Auf seiner Webseite erklärt "AUF1", man habe "Sendezeit ... bei 'SRGT' gekauft" und sieht sich mit diesem Coup auf der Gewinnerstraße: "Satellitenfernsehen ist mit einem Anteil von knapp 50 Prozent der gefragteste TV-Empfangsweg in Deutschland". Stefan Magnet, Gründer von "AUF1", soll laut österreichischen Medien und dem Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand (DÖW) seit Langem in dortigen rechtsextremen Netzwerken tätig gewesen sein. Zum Sendestart auf Astra hatte Magnet verkündet, dies sei ein "Großangriff aufs Medienkartell".

Und genau darum scheint es dem österreichischen Anbieter zu gehen: Der angeblich "Alternative, unabhängige Fernseh-Kanal 1" - wie "AUF1" ausgeschrieben heißt - wird zwar in Österreich und fast ausschließlich von Österreichern betrieben. Aber sein Publikum sucht dieses Medienprojekt verstärkt in Deutschland. Dieses hat sich der Sender vor allem bei Telegram aufgebaut. Allein dort hat "AUF1" insgesamt mehr als 250.000 Abonnenten.

Man wollte "die Gutgesinnten" verbinden, heißt es auf der Webseite. Anlaß für die Gründung der Internetplattform sei die Corona-Pandemie gewesen, in der sich gezeigt habe, "wie schnell Andersdenkende von den Mächtigen stigmatisiert, ausgegrenzt und regelrecht bekämpft" würden.

Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg teilte dem SWR auf Anfrage mit, "daß 'AUF1' als ein 'alternatives Medium' auch von Personen rezipiert wird, die dem hier bearbeiteten Phänomenbereich 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates' zugeordnet werden." Gemeint sind damit von Teilnehmern der "Querdenker-Bewegung" bis hin zu sogenannten Reichsbürgern. Vertreter von "AUF1" - also selbsternannte Journalisten - seien im Protestgeschehen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen in Baden-Württemberg präsent gewesen, berichtet der Verfassungsschutz.

Mittlerweile spielt Corona nur noch eine geringe Rolle im "AUF1-Programm". Statt dessen wird längst ein breites Spektrum an einschlägigen Verschwörungsideologien bedient und AfD-Politikern wie Alice Weidel und Höcke eine Bühne geboten - sowohl im Internet als auch europaweit im Satellitenfernsehen. Letzteres jedoch erst einmal bis heute. Denn zumindest diesen Verbreitungsweg hat die Landesmedienanstalt in Baden-Württemberg - die LfK - aufgrund der Beurteilung der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) mit sofortiger Wirkung verboten.

Grund seien nicht die verbreiteten Inhalte, sondern Verstöße gegen deutsche Gesetze, die die Medienfreiheit schützen sollen. Demnach habe die schwarz rot gold tv GmbH, die die Lizenz für den Satellitenkanal "SRGT" besitzt, ein Geschäft mit der Media in res Medien GmbH abgeschlossen: Sechs Stunden tägliche Sendezeit für "AUF1" auf dem "SRGT-Kanal" gegen eine öffentlich nicht bekannte Summe.

Doch dieses Geschäft verstößt laut der ZAK gegen den Medienstaatsvertrag. Es handle sich um eine verbotene "Themenplazierung" durch Dritte, denn "SRGT" habe keine redaktionelle Kontrolle über die von "AUF1" ausgestrahlten Inhalte.

"Die redaktionelle Unabhängigkeit eines Rundfunkveranstalters ist eine Kernvoraussetzung unserer Medienordnung. Daß 'schwarz rot gold TV' im vorliegenden Fall umfangreich Sendezeit gegen Entgelt an Dritte überläßt, erachtet die ZAK als einen Verstoß gegen das Verbot der programmlichen Einflußnahme nach dem Medienstaatsvertrag. Diese Praxis des Veranstalters wird beanstandet und untersagt", erklärte Wolfgang Kreißig, Vorsitzender der ZAK und der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) dem SWR. "Der Verstoß muß nun vom Veranstalter unverzüglich beendet werden."

Als Geschäftsführer der "SRGT" widerspricht Wilfried Geissler auf Nachfrage dieser Darstellung: "Meinerseits halte ich mich an die Auflagen der LfK, insbesondere der Programmhoheit." "AUF1" hat dem SWR gegenüber angekündigt, juristische Schritte gegen die Entscheidung zu prüfen.

In einer E-Mail gibt sich Chefredakteur Stefan Magnet kämpferisch: "Wir werden immer Wege und Mittel finden, unser 'AUF1-Programm' in die Breite zu bringen." Und er versäumt nicht die Gelegenheit, ein weiteres Mal staatliche Institutionen in Frage zu stellen: "Wir lassen uns bestimmt nicht aufhalten, auch nicht von Behörden-Willkür."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. November 2023 (x1.344/...): >>**Scholz will 20 Billigwohngebiete in Großstädten schaffen. Wir schieben Illegale ab und bauen ihnen keine Häuser!**

Wenn der Ankündigungs-Kanzler die Zukunft in buntesten Farben malt, dann weiß man schon: Daraus wird nichts. Der "Doppelwumms" für die Wirtschaft ist verpufft, die "Zeitenwende" für die Bundeswehr brachte das ausrüstungstechnische Ausbluten und von "sozialer Gerechtigkeit" hat die Kanzlerpartei SPD mittlerweile soviel Ahnung wie eine Schildkröte vom Hürdenlauf.

Daß Scholz nun 20 neue Wohngebiete in den größten Städten ankündigt, um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen, paßt in dieses Konzept. Denn wenn man weiß, daß zwei Drittel aller Wohnungslosen Migranten sind, dann kann man sich vorstellen, wem Olaf Scholz da ein behagliches Heim bauen will. Und wer dafür finanziell aufkommen soll.

Wenn man nach Frankreich blickt, sieht man, was aus solchen staatlich errichteten Wohngebieten wird: Die Banlieues in Paris oder Marseille sind von Arbeiterquartieren zum Schmelztiegel von Gewalt und Kriminalität verkommen. Im Sommer herrschte in den Großstädten tagelang Ausnahmezustand, weil sich in den arabisch und nordafrikanisch geprägten Ghettos Migrantengewalt gegen Polizei und Stadtbewohner formierte. Will man das auch in Deutschland haben? Es gibt schon genug deutsche Stadtviertel, in denen kaum noch Einheimische leben und welche auch die Polizei nur noch mit genug Verstärkung im Rücken betritt.

Statt vor der anhaltenden Massenmigration einzuknicken und diese sogar noch mit dem hart erarbeiteten Geld der Steuerzahler zu goutieren, müssen illegal Eingereiste endlich abgeschoben werden. Knapp 300.000 sind es, die sich zurzeit unberechtigt in Deutschland aufhalten. Würde man sie in ihre Herkunftsländer schicken, wäre die Lage auf dem Wohnungsmarkt schon wesentlich entspannter - und der Kanzler müßte keine Luftschlösser bauen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. November 2023: >>"Die Welt": COMPACT als "rechte Geschichtsfabrik"

Von *Sven Reuth*

Springers Flaggschiff beschäftigt sich mit unserer Reihe COMPACT-Geschichte und verspricht einen "Blick hinter die Kulissen des neurechten Medienimperiums". ...

Unsere Reihe COMPACT-Geschichte macht all denjenigen große Sorge, die sicherstellen wollen, daß die Deutschen bis in alle Ewigkeit unter der Fuchtel einer linken Geschichtspolitik leben müssen, die die gesamte deutsche Geschichte zu einem einzigen Verbrecheralbum verfälscht. Unser Format stellt sicher, daß Lesern in ganz Deutschland ein anderer und differenzierterer Blick auf die deutsche Geschichte vermittelt wird. Das stört natürlich all diejenigen, die sich einzig und allein dem deutschen Schuldskult verpflichtet fühlen.

Lob vom Gegner

In der Tageszeitung Die Welt wurde nun ein langer Artikel von Tim Tolsdorff unter dem Titel "In der Geschichtsfabrik der Neuen Rechten" veröffentlicht, in dem der Autor sich intensiv mit unserer Reihe COMPACT-Geschichte befaßt. Tolsdorff will unsere Geschichtsausgaben natürlich in einem möglichst schlechten Licht erscheinen lassen, dennoch sieht er sich mehrfach genötigt, der Hefreihe Respekt zu zollen. So führt der Welt-Journalist beispielsweise aus:

"Professionell layoutet, könnten die COMPACT-Hefte als Wiedergänger etablierter Titel wie Geo Epoche oder Spiegel Geschichte durchgehen."

Außerdem erwähnt der Autor, daß COMPACT-Geschichte "in jedem gut sortierten Zeitschriftenladen zu erstehen" ist. Weiter stellt er fest: "Lassen hier ein paar Verirrte die deutsche Opfergemeinschaft der Fünfzigerjahre aufleben? Leider nein: Wir schreiben den Herbst 2023, und selbst rechtsextremes Gedankengut ist für viele Deutsche wieder salonfähig. Wenn morgen Bundestagswahl wäre, würde die AfD zweitstärkste Kraft.

In Thüringen bewegt sich die Partei mit "Flügel-Führer" Björn Höcke bei deutlich über 30 Prozent der Stimmen. Und im ARD-Sommerinterview erzählte die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, wie die Flüchtlingsgeschichte ihrer Familie es ihr verunmögliche, den 8. Mai 1945 auch als Tag der Befreiung zu begreifen."

Deutsche Kolonien: Wahrheit und Mythen über die deutsche Kolonialherrschaft

Tolsdorff räumt also ein, daß der Zeitgeist sich schon wieder ein Stück weit gedreht hat und sich immer mehr Deutsche von einer rein antideutschen Geschichtsschreibung geistig emanzipieren. Das scheint dem Autor aber nicht so recht zu schmecken, denn er wirft COMPACT

die "Verdrehung historischer Fakten" vor, die es in dieser Hefreihe nun gerade nicht gibt. Besonders intensiv beschäftigt sich der Welt-Autor mit COMPACT-Geschichte "Deutsche Kolonien". Hier stellt Tolsdorff fest:

"Ansprechend illustriert werden 'Deutsche Kolonial-Legenden' vorgestellt, darunter die umstrittenen Militärführer Lothar von Trotha und Paul von Lettow-Vorbeck. Zu Letzterem heißt es da: 'Als Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika erwarb er sich bei den Askaris - den schwarzen Soldaten - einen legendären Ruf.' Die Botschaft: Wenn selbst die Afrikaner den General wertschätzten, kann es so schlimm nicht gewesen sein."

Doch dann kommt natürlich die große Keule: Lettow-Vorbeck hätte "mit größter Brutalität" gegenüber den Einheimischen agiert.

Gegen die Sklavenjagd der Araber

Außerdem wären "sich anerkannte Historiker wie auch die Bundesregierung einig, daß die deutschen Truppen einen Völkermord an den Herero verübten." COMPACT verwende angeblich "veraltete Quellen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und akademische Randmeinungen." Angesichts dieser Feststellung fragt man sich, was eigentlich so schlimm an der Verwendung älterer historischer Arbeiten sein soll?

Vor einigen Jahrzehnten lastete nämlich noch nicht in dem Maß wie heute ein massiver linker Gesinnungsdruck auf den deutschen Hochschulen, die sich mehr und mehr zu reinen Produktionsstätten linker Ideologie entwickelt haben. Heute ist es selbst für einen bürgerlich-konservativen Historiker kaum mehr möglich, im politisch gleichgeschalteten akademischen Betrieb zu überleben und zu publizieren.

Und was ist so schlimm daran, wenn COMPACT den historischen Fakt in Erinnerung ruft, daß die Deutschen in Ostafrika den fürchterlichen arabischen Sklavenhandel beendeten, der der wahre Alpdruck war, der jahrhundertlang auf dieser Region lastete? Heute weiß praktisch niemand mehr, daß die Araber weit mehr Schwarzafrikaner versklavten als die europäischen Mächte, weil diese Erkenntnis dem linken Zeitgeist, bei dem Deutsche und Europäer grundsätzlich immer die Bösen sind, entgegensteht. Es ist mehr als angebracht, daß COMPACT-Geschichte "Deutsche Kolonien" dieses falsche und einseitige Geschichtsbild aufbricht und der Wahrheit Raum verschafft.

Niall Fergusons Erkenntnis

Wichtig ist auch, daß COMPACT daran erinnert, daß beispielsweise Togo eine regelrechte Musterkolonie war, in die sich die einheimischen Völker friedlich integrierten und in der die Deutschen bahnbrechende Neuerungen wie eine funktionierende Eisenbahnlinie schufen, die allen dort lebenden Menschen zugute kam. Und in Namibia, dem Schauplatz eines angeblichen deutschen Völkermords, sind die Deutschen nach wie vor so beliebt, daß Präsident Hage Gottfried Geingob noch im Dezember 2022 eine Einladung an alle Deutschen aussprach, in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika zu überwintern, falls sie die hohen Energiekosten nicht mehr stemmen können.

Eine rührende Geste echter Volkerfreundschaft, die zeigt, daß die deutschen Kolonien eben tatsächlich sehr viel besser als ihr heutiger Ruf in Deutschland waren und die Deutschen gerade bei vielen Einheimischen nach wie vor einen guten Ruf genießen. COMPACT-Geschichte "Deutsche Kolonien" leistet in diesem Punkt also immens wichtige Aufklärungsarbeit! Und selbst der weltbekannte britische Harvard-Historiker Niall Ferguson weist in seinen Arbeiten immer wieder darauf hin, daß der europäische Kolonialismus den Afrikanern beispielsweise einen immensen medizinischen Fortschritt gebracht hat. Davon will Tim Tolsdorff aber wohl leider nichts wissen.

Im politisch hyperkorrekten heutigen Deutschland hätte Ferguson sicherlich nicht die akademische Karriere machen können, wie er sie tatsächlich in Großbritannien und den USA gemacht hat. Deswegen sagt es auch nicht besonders viel aus, daß sich Tolsdorff dann im weite-

ren Verlauf seines Artikels darüber echauffiert, daß der Historiker Hans-Jürgen Wünschel, der mehrere Beiträge für COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner: Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" beisteuerte, an den Hochschulen Koblenz-Landau in Rheinland-Pfalz und Tschenstochau in Polen lehrte. Das ist Tolsdorff offenbar nicht fein genug.

Relativierung des Holocaust?

Außerdem bemängelt Tolsdorff, daß in dieser COMPACT-Geschichtsausgabe angeblich zu viele Autoren aus dem angloamerikanischen Raum zitiert werden. Dazu führt Tolsdorff aus: "Ausgiebig zitiert man die Forschungsergebnisse angeblicher Experten aus dem Lager der damaligen Siegermächte. Besonders wirkungsvoll ist diese Methode, wenn sich die Zitierten mit der Nennung hoher Opferzahlen auf deutscher Seite hervortun. Spitzenreiter ist hier der kanadische Publizist James Bacque, der 1989 das Buch 'Der geplante Tod' publizierte. 'Er geht davon aus, daß 800.000 bis eine Million Menschen dem US-Lagerterror zum Opfer fielen', schreibt Bernhardt. Diese Schätzung wird im Heft mehrfach wiederholt - ein klassisches Muster, um den Holocaust zu relativieren."

An dieser Stelle geht die Phantasie offenbar vollständig mit Tolsdorff durch. Oder ist es etwa auch eine Relativierung des Holocaust, die historisch korrekten und extrem hohen Opferzahlen zu zitieren, die kommunistische Systeme im 20. Jahrhundert zu verantworten hatten?

Tatsächlich leistete Bacque eine enorm wichtige wissenschaftliche Pionierarbeit, weil er in seinen Arbeiten belegte, daß die offizielle und vom US-Militär verbreitete absurd niedrige Zahl von 5.000 bis 10.000 toten deutschen Soldaten in den Rheinwiesenenlagern einfach nicht stimmen kann. In COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner" wird absolut detailliert aufgearbeitet, wieso man es hier mit einem Nachkriegsverbrechen von historischer Größenordnung zu tun hat.

"Verschiebt die Grenzen des Sagbaren"

Das schmeckt den Hohepriestern der offiziell verbreiteten bundesdeutschen Geschichtspolitik natürlich überhaupt nicht. Schon die Veröffentlichung der Ergebnisse der von 1957 bis 1974 tätigen Maschke-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen wurde unter Willy Brandt 1969 unterdrückt, da sie "der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich" sei. Ein solches Vorgehen ist natürlich wiederum der Verbreitung der historischen Wahrheit nicht förderlich.

COMPACT-Geschichte verschiebe "die Grenzen des Sagbaren", bedauert Tolsdorff weiter. Das zeigt überdeutlich, daß der Welt-Autor sich offenbar einen völlig statischen Blick auf die deutsche Geschichte wünscht - geprägt von den üblichen Floskeln über die überwältigende Schuld des ewigen Tätervolks. Wissenschaft - und auch Geschichtswissenschaft - ist aber immer auch die Infragestellung der herrschenden Dogmen. COMPACT wird sich dieser Aufgabe auch weiterhin widmen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27448" berichtet am 14. November 2023 (x1.343/...): >>WLAN: Big Brother is watching you!

WLAN: Der Spion im eigenen Wohnzimmer! Ist es mit WLAN-Technologie möglich, Gegenstände oder gar Personen in einem Raum von außen her graphisch sichtbar zu machen? Ja, ist es! Aber nicht nur das! Die Besitzer eines WLAN-Routers laufen Gefahr, sich und vermutlich auch andere unwissentlich in eine Totalüberwachung hinein zu begeben.

Dank Ihrem WLAN kann man Sie jetzt überall in Ihren eignen vier Wänden zuhause "sehen".

Wie ist das möglich? Und wollen Sie das?

WLAN-Router und alle Ihre intelligenten Geräte, einschließlich Ihres intelligenten Zählers, erzeugen ein dichtes EMF-Strahlungsnetz in Ihrem Zuhause. Ein Scanner außerhalb Ihrer Wohnung kann aufgrund dieses Strahlungsnetzes alle Ihre Gegenstände, Personen im Haus usw. trotz dazwischenstehenden Wänden erkennen.

Ein Team der Carnegie Mellon University und der University of Waterloo "baute das Gerät mit einer handelsüblichen Drohne und leicht erhältlicher Hardware im Wert von 20 US Dollar". Technokraten erfinden ohne Gewissen, Ethik oder Moral.

Wie funktioniert es?

Bei WLAN handelt es sich um elektromagnetische Wellen im Bereich von 2,4 und 5 GHz. Es ist dasselbe wie das Licht, das Sie sehen, nur daß es aufgrund seiner viel größeren Wellenlänge Wände durchdringen kann. Wie Licht und Echoortung werden diese Wellen von verschiedenen Oberflächen reflektiert und können bei richtiger Rekonstruktion zur Erstellung eines Bildes verwendet werden.

Die Entwicklung dieser Technologie reicht mindestens bis Juli 2005 zurück. Anfangs konnten nur grobe Formen von Objekten erkannt werden. Die Anwendungen waren für militärische und polizeiliche Zwecke bestimmt. Sie sollten ein "verbessertes Situationsbewußtsein" ermöglichen.

Im Jahr 2008 entwickelten Forscher an der University of California, Santa Barbara, einen ersten Ansatz für die Bildgebung über WLAN. Seither gab es eine explosionsartige Entwicklung von Methoden zur passiven WiFi-Bildgebung.

Im Februar 2019 veröffentlichte ein Team der Michigan State University einen Artikel in der Zeitschrift IEEE Access, in dem sie beschrieben, wie sie Signale bei 5,5 GHz nutzen konnten, um ein 2D-Bild zu erstellen.

Ein ehemaliger DARPA-Mitarbeiter, Dr. Ray Liu, brachte 2019 sein erstes kommerzielles Produkt auf den Markt: WiFi Detection Domain. Natürlich mit dem menschenfreundlichen Ziel, "die Welt sicherer, gesünder und intelligenter zu machen". Das Unternehmen behauptet, daß die Technologie so präzise sei, daß sie allein mit Hilfe von Standard-WLAN-Signalen Ihre Atmung erkennen könne.

Es ist bezeichnend, wie die Anwendung dieser Technologie sich offiziell vom militärischen und polizeilichen Einsatz hin zur Sicherheit der Menschen in ihren eigenen vier Wänden verlagern soll. Wer sind jedoch die wahren Nutznießer? Sind es nicht viel mehr Strafverfolgungsbehörden, Militär, Geheimdienste? Bietet doch diese Technologie eine umfassende und äußerst heimliche Möglichkeit, jeden Raum Ihrer Wohnung und Ihres Arbeitsplatzes im Auge zu behalten.

Soll die Vision "Big Brother is watching you" von George Orwell in seinem Roman von 1984 Tatsache werden? Eine lückenlose Überwachung und Kontrolle? Wer will das?

Wir leben bereits mit digitaler Massenüberwachung. Soll es möglich sein, mit Hilfe der Technologien zu Ihrer "Sicherheit" - durch Ihr Handy, WLAN, Überwachungskameras - ganz genau zu wissen, wo Sie sich befinden, was Sie gerade tun und nächstens, was Sie denken? Sie sagen: "Ist okay, ich habe nichts zu verbergen". Sie geben also freiwillig für ein bißchen Bequemlichkeit, wie kabellose Verbindung, bargeldloses Zahlen, für Ihren Internetkonsum usw. sogar Ihre intimste Privatsphäre her?

Haben wir nicht kürzlich in der Coronapandemie erlebt, wie leicht jemand überwacht werden kann, wenn seine publizierte Meinung nicht der allgemein geltenden und propagandierten entspricht?

Unter dem Strich wird deutlich, daß als Basis zur Totalüberwachung, selbst in den eigenen vier Wänden, erneut eine Technologie - WLAN - dient, die von uns freiwillig installiert und genutzt wird. Das gleiche Prinzip wie beim bargeldlosen Zahlungsverkehr. Sind wir uns bewußt, daß der Zugriff auf unser Konto jederzeit gesperrt werden kann?

In einem anderen Bild ausgedrückt: Sie sitzen entspannt und sehr bequem in Ihrem autonom fahrenden Fahrzeug. Das brauchen Sie nicht mehr selbst zu steuern. Sie kommunizieren ihm lediglich Ihre Zieladresse. Doch eines Tages erreichen Sie nicht das Ziel, wohin Sie wollten, weil Sie es nicht mehr selbst steuern konnten. Die kriminellen Weltherrschaftseliten haben Ihr

Fahrzeug längst gesteuert, dahin, wo Sie bestimmt lieber nicht hinwollten.<<

15.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. November 2023 (x1.346/...): >>Deutsche Privathaushalte zahlen EU-weite Spitzenpreise für Strom

Die deutschen Strompreise für Privathaushalte zählen zu den höchsten im EU-Vergleich. Besonders hohe Kosten fallen für kleine und mittlere Haushalte mit einem Jahresverbrauch unter 5.000 Kilowattstunden an. Das geht aus einer Datenabfrage des Statistischen Bundesamtes hervor, die die Linksfraktion in Auftrag gegeben hat und über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochausgaben) berichtet.

Demnach war der Verbraucherstrompreis für Ein-Personen-Haushalte im ersten Halbjahr 2023 nur in Liechtenstein und Belgien höher. Konkret zahlten deutsche Haushalte mit einem Jahresverbrauch von weniger als 2.500 Kilowattstunden, in der Regel Ein-Personen-Haushalte oder zu zweit lebende Rentner, einen kWh-Preis von 45,36 Cent. In Liechtenstein fielen 46,35 Cent/kWh an, in Spanien dagegen weniger als die Hälfte. Von Deutschlands Nachbarn weist in dieser Kategorie lediglich Belgien mit 45,59 Cent/kWh höhere Preise auf, während sie in Polen (19,92), Frankreich (27,35) und auch Österreich (29,88 Cent) deutlich unter dem deutschen Preis lagen.

Der Durchschnitt aller 27 EU-Länder lag bei 31,88 Cent pro Kilowattstunde. Auch bei einem jährlichen Stromverbrauch zwischen 2.500 und 5.000 Kilowattstunden, was für durchschnittliche Familien zutrifft, rangierten die deutschen Strompreise mit 41,25 Cent pro kWh EU-weit weit vorn: Nur in den Niederlanden, Liechtenstein, Belgien und Rumänien war der Strom für Privatverbraucher teurer.

Der EU-Schnitt lag in der ersten Jahreshälfte bei 28,9 Cent/kWh. "Privathaushalte in Deutschland zahlen die dritthöchsten Strompreise in Europa, Stromkonzerne wie RWE melden satte Gewinne", sagte Linksfraktionschef Dietmar Bartsch dem RND. "Das ist die beschämende Bilanz der Ampel, insbesondere von Wirtschaftsminister Habeck."

Wenn der Strom vor allem bei kleinem und mittlerem Verbrauch sehr teuer sei, treffe das besonders Rentner und Familien hart, monierte Bartsch. "Die Zahlen zeigen, daß die Strompreisbremse der Bundesregierung weitgehend wirkungslos blieb. Fast alle europäischen Länder haben es besser gemacht." Dringend notwendig sei nach der angekündigten Stromsteuersenkung für Unternehmen nun auch "preiswerte Energie für Otto Normalverbraucher", forderte Bartsch. "Wir brauchen endlich ein kostengünstiges Grundkontingent pro Haushalt und pro Person."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. November 2023 (x1.345/...): >>Wie Faeser und die UEFA die Fußball-EM in Deutschland zum wokesten Turnier aller Zeiten machen wollen

Nancy Faeser und Hubertus Heil haben eine Menschenrechtserklärung für die Fußball-EM 2024 in Deutschland unterzeichnet. Man läßt keinen Zweifel daran: Statt Fußball-Fest können Fans durchgehende Indoktrinations-Versuche erwarten.

Max Roland

Der Geist der Armbinde lebt weiter: Nancy Faeser 2022 mit "OneLove-Symbol" zum "Zeichen setzen" in Katar. In diesem Stil gestaltet sie auch die EM in Deutschland.

Der DFB und die UEFA haben am Dienstag zusammen mit der Bundesregierung die Menschenrechtserklärung zur Fußball-Europameisterschaft im kommenden Sommer vorgestellt. Die Politik ist nah dran an den Organisatoren des Turniers in Deutschland - in Form von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Arbeitsminister Hubertus Heil. Insbesondere die "Sportministerin" Faeser ist mit ihrem Haus vorneweg, wenn es darum geht, zahlreiche "gute" politische Ziele im Windschatten der EM zu fördern.

Von einem politischen Geist sind zweifellos alle Verantwortlichen beseelt. Während man in

Katar noch alle ökologisch-sozialen Vorsätze zuhause gelassen hatte, bemüht sich der europäische Fußballverband jetzt um ein politisches korrektes Turnier nach allen Maßstäben. "Mit der UEFA EURO 2024 wollen wir neue Maßstäbe bei der Nachhaltigkeit von Sportgroßveranstaltungen setzen", heißt es.

In zahlreichen Veröffentlichungen bekennen DFB und UEFA sich immer und immer wieder zu ihren hehren Zielen und noblen Vorsätzen. Bei der EM gehe es um "Vertretung von Minderheiten, Förderung der Geschlechtergleichstellung und Vorbeugung von Diskriminierung und Rassismus".

Missionarischer Eifer: Mit der EM retten wir die ganze Welt

In einem 15-seitigen Papier benennen die beiden Verbände Ziele wie Minderheiten- und Klimaschutz, Kampf gegen Rassismus und Nachhaltigkeit. Mit der EM wird auch die Entwicklung von Standards und Empfehlungen für nachhaltige und wertebezogene Sport-Großveranstaltungen gefördert, erklärt die UEFA stolz.

"Mit der Erstellung einer sog. UEFA-EURO-2024-Menschenrechts-Policy wollen wir ein Zeichen zur Achtung der international anerkannten Menschenrechte bei der Turnierorganisation und -ausrichtung setzen und damit ein gemeinsames Commitment für künftige Sportgroßveranstaltungen abgeben", schreiben UEFA und DFB. "Die UEFA EURO 2024 soll ökologisch, sozial und menschenrechtlich verantwortungsvoll gestaltet werden, insbesondere im Bereich der Liefer- und Wertschöpfungsketten", heißt es dazu in einem Papier des DFB.

Mit der Weltmeisterschaft in Katar hinter sich, will man jetzt ein glorreiches Gegenbeispiel liefern. Deutschland und die UEFA sind eifrig. So soll es zum Beispiel eine Menschenrechts-Beschwerdestelle geben, bei der man Menschenrechtsverletzungen während und um die EM melden können soll. Die soll wahrlich global werden: "Es müssen zum Beispiel Personen in der Lieferkette, die für die EM jetzt schon Merchandising-Produkte in China, in Bangladesch oder sonst wo produzieren, von dem Beschwerdemechanismus erfahren", erklärt eine Menschenrechts-Beraterin der EM 2024. Das klingt weltfremd - und wirkt kaum wirklich umsetzbar.

Propagandawert von Sportveranstaltungen: Mit dem Turnier im eigenen Land will Faeser die deutsche Gesellschaft beeinflussen

Aber nicht nur weltweit will Deutschland mit dem Turnier einen "echten Unterschied" machen: Auch hier bei uns soll die EM ein Instrument für allerlei angeblich gute Vorsätze werden. Der DFB als "weltweit größter Sport-Fachverband" übe "einen erheblichen Einfluß auf den gesamten Fußball und die Gesellschaft aus". Diese "Chance" wolle man nutzen. Nachhaltigkeit werde die "zentrale Rolle im Turnier spielen", erklärt man.

Und auch Gesellschaftspolitik soll gemacht werden - am Rande der Europameisterschaft führt die UEFA auch den Kulturkampf. So plant man im Rahmen zahlreicher vom Bundesinnenministerium unterstützter Programme unter anderem, gezielt "migrantisch geprägte" Sportvereine zu fördern. Geförderte Projekte sollen "die Strahlkraft der Europameisterschaft zu nutzen und auf das Engagement der Sportvereine von Migrantinnen und Migranten aufmerksam zu machen." Mit kleinen Filmchen will man "die positive Botschaft vermitteln, daß Fußball Minderheiten zusammenbringt." Passend dazu will sich der DFB während der EM insbesondere um muslimisch-migrantische und "queere" Fußballfans kümmern.

Daß es hier um vieles - nur nicht den Sport - zu gehen scheint, dürfte der ohnehin dürftigen Fußballbegeisterung im Land kaum zuträglich sein. Die Deutschen haben politisierte Fußballturniere satt - und in Katar sorgte Deutschland mit seinen Weltverbesserungs-Allüren nur für weltweit höhnisches Gelächter. Doch Sportministerin Faeser hat ihre Lektion nicht gelernt - und droht, aus einem Fußballfest eine Agitprop-Veranstaltung nach allen Regeln der Zeit zu machen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. November 2023:

>>WHO: Heißer Kandidat für nächste Pandemie

Von Karel Meissner

Englisches Mainstream-Blatt proudly presents: Das Nipah-Virus. Megatödlich. Diesmal garantiert kein Flop ...

Zugegeben, Corona hat's nicht wirklich gebracht. Selbst Propaganda-Konsumenten zweifelten zuletzt am "zweiten Ebola" (Frank-Ulrich Montgomery). Aber diesmal, liebe Untertanen, diesmal wird's wirklich schlimm. Das müßt Ihr uns einfach glauben! Ladies and Gentlemen, einen großen Applaus für das Nipah-Virus!

- Voller Stolz präsentierte die britische Daily Mail den neuen Super-Killer. Ein Mikro-Monster der Extraklasse. Sterblichkeitsrate zwischen 40 bis 75 Prozent. 1998 in Malaysia entdeckt, soll es aktuell in Indien wüten. 100 Tote bei 300 Infizierten. Sie müssen zugeben: Da wären Lockdown-Diktatur und Spritzpflicht doch angemessen, oder? Zumal unfehlbare WHO-Experten, wie report24 berichtet, diesen Nipah-Virus als heißesten Kandidaten für die nächste Pandemie hypen.

Manch "Experte" ist bereits aktiv geworden: So hat man zur Verringerung der Infektionsgefahr einfach eine Millionen Schweine getötet. Okay, Tiere abmurksen kann nie schaden, aber bitte liebe Leser, glauben Sie deshalb nicht, das Nipah eine Neuauflage der Schweinegrippe sei, auf die Hofwirrologe Drosten schon einmal reingefallen ist.

Als natürliche Wirte des neuen Horror-Virus gelten Fledermäuse (ja, wieder mal, aber den Experten fiel nichts Neues ein), Affen und Menschen. Auch in Hunden und Schweinen fühle der Mikro-Killer sich wohl. Verbreitungsweg: per Aerosol-Tröpfchen. Von Mund zu Mund also. Yeah! Hersteller medizinischer Masken können wieder die Produktion ankurbeln.

Wer jetzt in Panik geraten ist, sollte dennoch nicht zum Strick greifen. Denn, so verrät die Daily Mail ihren Lesern: Der rettende Impfstoff ist schon da! Seit März 2022. Und der ist wirklich klasse. Beruht er doch auf den gleichen Prinzipien wie die Covid-Impfbrühe von AstraZeneca. Bei einem Experiment mit zwölf repräsentativen Affen überlebten alle sechs gespritzten Exemplare. Bei der anderen Gruppe starben angeblich zwei. Obwohl bereits perfekt, wird der Impfstoff dennoch optimiert. Bill Gates hat bereits eine Milliarde in dessen Entwicklung investiert.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. November 2023 (x1.344/...): >>Verfassungsrichter strafen Chaos-Ampel ab. Neuwahlen jetzt!

Daß die Ampelregierung unser Steuergeld verschwendet, mag kaum noch jemanden überraschen. Daß sie damit aber bereits seit ihrem Amtsantritt Ende 2021 gegen das Grundgesetz verstößt, ist jetzt von höchstrichterlicher Stelle bestätigt worden - und das ist ein ausreichender Grund für den Rücktritt dieser Chaos-Truppe, einschließlich Neuwahlen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute geurteilt, daß die Umwidmung von Kreditemächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro, die an der Schuldenbremse vorbei vom Bundestag vor zwei Jahren für die Corona-Bekämpfung bewilligt worden waren, rechtswidrig war. Am Ende wurde das Geld nämlich gar nicht gebraucht - es ist aber nicht etwa gespart, sondern trotzdem abgerufen und für sinnlose Klimaprojekte verpulvert worden. Haushaltsdisziplin sieht anders aus, fand man nun auch in Karlsruhe.

Die Einladung von Verfassungsrichtern durch die Bundesregierung erst vergangene Woche zum intimen Abendessen mit "Gedankenaustausch" hat also offenbar nicht den gewünschten Erfolg für das rot-grün-gelbe Abrißkommando gebracht. Allerdings muß dieses Urteil jetzt auch klare Konsequenzen haben. Wenn sich Scholz, Habeck, Lindner und Co. schon nicht um die fatalen Folgen ihrer zerstörerischen Politik in allen Bereichen scheren und weiterhin stoisch ignorieren, daß mittlerweile zwei Drittel der Bürger das Ende der Ampel fordern, sollte der Kanzler des Vergessens spätestens jetzt aufhorchen und endlich die Vertrauensfrage im

Bundestag stellen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. November 2023 (x1.346/...): >>>**Beatrix von Storch kassiert zwei Ordnungsrufe und ein Ordnungsgeld**

Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch hat in der Bundestagssitzung am Mittwoch in der Debatte zum sogenannten Selbstbestimmungsgesetz zwei Ordnungsrufe und am Ende auch noch ein Ordnungsgeld kassiert. Ärger bekam von Storch zunächst, weil sie Tessa Ganserer von den Grünen mit bürgerlichem Namen benannte. Nach Ansicht der die Sitzung leitenden Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) verstieß von Storch damit "gegen die Würde dieses Hauses".

Ganserer hatte 2018 als erstes Mitglied des Bundestags eine Transidentität publik gemacht und tritt unter einem neuen Vornamen auf. Als von Storch am Mittwoch im weiteren Sitzungsverlauf das Wort für eine "persönlichen Erklärung" erteilt bekam, wiederholte sie Ganserers bürgerlichen Namen und bekam den zweiten Ordnungsruf. Von Storch ging daraufhin online und kritisierte unter anderem auf Facebook die Ordnungsrufe mit den Worten: "Nach meiner Rede rastete die Linke Pau aus und warf Ordnungsrufe".

Die Antwort kam keine 30 Minuten später im Bundestagsplenum, jetzt verhängte Pau gegen von Storch ein Ordnungsgeld wegen ihrer Beiträge "in den sozialen Medien", weil diese eine "despektierliche Kritik an der Sitzungsleitung" enthielten und dies unzulässig sei. Der Bundestag hatte den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag am Mittwochabend in erster Lesung beraten.

Dieser sieht vor, daß Geschlechtseinträge und Vornamen künftig deutlich einfacher geändert werden können. Zur Begründung führt die Bundesregierung an, daß sich das "medizinische und gesellschaftliche Verständnis von Geschlechtsidentität" in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt habe. Aus den Reihen von AfD und Union kam hieran in der Debatte am Mittwoch teils heftige Kritik.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27453" berichtet am 15. November 2023 (x1.343/...): >>>**97 % Einigkeit unter Wissenschaftlern zum menschengemachten Klimawandel - Fakt oder Fake?**

Ist der Klimawandel vom Menschen verursacht? Angeblich sind sich 97 % der Wissenschaftler darüber einig, daß es so ist! Doch: Wie glaubwürdig ist diese Zahl? Und: Ist es tatsächlich wahr, daß es kaum Wissenschaftler gibt, die in ihren Studien zu gänzlich anderen Ergebnissen gekommen sind? Diese Dokumentation prüft John Cooks 97 %-Behauptungen eingehend und zeigt überdies zahlreiche Gegenstimmen auf, die das Potential haben, den Mythos vom menschengemachten Klimawandel zu Fall zu bringen ...

"Klimaskeptiker widerlegt: Menschengemachter Klimawandel ist jetzt wissenschaftliches Faktum" - titelt die Zeitschrift Geo.de. Und: "Der Mensch ist die Ursache des Klimawandels", liest man auf der Internetseite der Süddeutschen Zeitung. Die Mainstream-Medien verkünden fast wie im Chor die Aussage, daß die Menschheit den Klimawandel verursache, worüber sich 97 % der Wissenschaftler einig seien. Wer daran zweifelt, wird als Wissenschaftsleugner verunglimpft. Doch woher kommt diese Zahl, und stimmt sie überhaupt? Wer sich die Studie, die die Basis für diese Aussage bildet, näher ansieht, kommt zu einem ganz anderen Schluß.

1. Die Analyse der wissenschaftlichen Arbeiten zum menschengemachten Klimawandel - von John Cook et al. - unter der Lupe

Es handelt sich um die Arbeit "Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature" (Quantifizierung des Konsenses über die anthropogene globale Erwärmung in der wissenschaftlichen Literatur) von dem Kognitionspsychologen John Cook aus dem Jahr 2013, eine sogenannte Metaanalyse (statistische Auswertung einer großen Sammlung von Einzelstudien).

Cook und seine Mitarbeiter haben darin 11.944 Studien zum Thema Klima und Umwelt aus den Jahren 1991 bis 2011 daraufhin untersucht, ob die Autoren dem Menschen die Schuld am Klimawandel geben, oder nicht. Und als Ergebnis hat Cook präsentiert, daß sich 97 % der Studien und Arbeiten einig wären, daß der Mensch an allem schuld sei. Die Wahrheit aber ist: Es sind ganze 0,54 Prozent der Arbeiten der Meinung, daß der Mensch auch nur zu mindestens 50 Prozent am Klimawandel schuld ist!

Wie kann nun John Cook im Ergebnis zu einem Anteil von etwa 97 % Zustimmung kommen? Schließlich hat er selbst doch in der Zusammenfassung seiner Analyse, dem sogenannten "Abstract", geschrieben, daß von allen untersuchten Studien 66,4 % gar keine Stellungnahme zur These des menschengemachten Klimawandels enthielten!

Bei genauer Analyse seiner Studie stellt man fest: Schon die Einteilung, die Cook vorgenommen hatte, war manipulativ! Anhand der Frage, ob darin Stellungnahmen zur These des menschengemachten Klimawandels abgegeben wurden, sortierten Cook und seine Mitarbeiter die knapp 12.000 Arbeiten in sieben Kategorien ein.

Kategorie 1 lautete, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich. Kategorie 2 machte zwar den Menschen verantwortlich, legte sich aber nicht darauf fest, wie stark der Mensch das Klima beeinflusst.

Kategorie 3 machte den Menschen wenigstens ein bißchen verantwortlich.

Kategorie 4 äußerte sich nicht zum menschlichen Einfluß auf das Klima.

Kategorie 5 sprach sich eher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 6 sprach sich etwas deutlicher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 7 sprach sich gegen den menschlichen Einfluß aus und sagte, der menschliche Einfluß liege bei weniger als 50 Prozent.

Man sieht also, daß es eigentlich nur drei Kategorien geben dürfte: Kategorie A: Der Mensch ist zu über 50 Prozent verantwortlich, Kategorie B: Keine Angabe über den menschlichen Einfluß, Kategorie C: Der Mensch ist zu weniger als 50 Prozent verantwortlich.

Wenn sich aus einer Arbeit nicht ableiten läßt, ob der menschliche Einfluß bei über oder unter 50 Prozent liegt, dann trifft diese Studie keine klare Aussage und gehört eigentlich in die Kategorie "keine Angabe".

Da die übrigen 4 Kategorien ohne klare Prozentangaben sind, kann man hier alle Arbeiten mit unklaren Aussagen nach Belieben einsortieren, was der Manipulation Tür und Tor öffnet.

Kommen wir nun zu den Ergebnissen und zu den mathematischen Tricks, die aus 0,54 Prozent am Ende 97 Prozent gemacht haben.

Hier sind die Rohdaten der Cook-Studie - die übrigens in Cooks Metaanalyse gar nicht enthalten sind, man muß sie sich erst mühsam zusammensuchen:

Kategorie 1: 64 Arbeiten, also 0,54 %

Kategorie 2: 922 Arbeiten, also 7,72 %

Kategorie 3: 2.910 Arbeiten, also 24,36 %

Kategorie 4: 7.970 Arbeiten, also 66,73 %

Kategorie 5: 54 Arbeiten, also 0,45 %

Kategorie 6: 15 Arbeiten, also 0,13 %

Kategorie 7: 9 Arbeiten, also 0,08 %

Cook ließ nun einfach alle Studien unter den Tisch fallen, die keine Stellungnahme enthielten - und das waren 7.970 von insgesamt 11.944, also zwei Drittel aller Arbeiten! Cook hat also in Wahrheit nur ein Drittel aller Daten verarbeitet!

Aber auch dann sind ja immer noch nur 64 von 3.974 übrig gebliebenen Untersuchungen der Meinung, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich.

Nun faßte Cook auch noch die Kategorien 1, 2 und 3 zu EINER zusammen und nannte diese "Zustimmung", obwohl sie aus unterschiedlichen Graden der Zustimmung bestanden - von

"Ja, über 50 % Anteil" über "Ja, ohne Mengenangabe" bis zu einem "implizierten, stillschweigenden, Ja".

Das wären dann 3.896 Arbeiten insgesamt, die dem Menschen die Schuld geben. Und die 78 Arbeiten, die man in die Kategorien 5 bis 7 einsortiert hat, bestreiten das - das ist dann aber insgesamt nur ein verschwindend geringer Prozentsatz.

Und so kommt man auf 3.896 Arbeiten mit Zustimmung - aus den insgesamt noch übrigen 3.974 Arbeiten - und das ergibt dann 97 Prozent. Dabei enthielten ursprünglich nur ganze 64 Studien eine ausdrückliche Zustimmung zur These vom menschengemachten Klimawandel, und das waren 0,54 %.

2. Sturm der Entrüstung in der wissenschaftlichen Gemeinschaft

Angesichts solch dreister Zahlenmanipulationen brach in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein Sturm der Entrüstung los. Die Webseite Climatecite.com sammelte ganze 97 Artikel, Medienberichte und Blogbeiträge, die vernichtende Kritik an Cooks Analyse übten. Zitat: "Im Folgenden finden Sie eine Liste von 97 Artikeln, die Cooks (schlecht konzipierte, schlecht gestaltete und schlecht ausgeführte) 97 Prozent "Konsens-Studie" widerlegen. Die Tatsache, daß irgend jemand weiterhin solch fundiert entlarvten Unsinn wie Cooks Studie hervorbringt, ist eine Peinlichkeit für die Wissenschaft."

Wer sich in diese Diskussionen der Wissenschaftler vertiefen möchte, findet den Link dazu am Ende der Sendung, ebenso zu allen anderen genannten Quellen. Nachfolgend nur einige wenige Beispiele der kritischen Artikel:

Bereits am 21. Mai 2013, also 8 Tage nach Veröffentlichung von Cooks Analyse, erschien auf der Seite PopularTechnology.net ein Artikel mit Stellungnahmen einiger Wissenschaftler, deren Studien in Cooks Analyse verwendet wurden. Sie erklären, daß ihre Arbeiten in falsche Kategorien eingestuft worden seien. Hier zwei Beispiele:

Der Geograf Dr. Craig D. Idso, Vorsitzender des Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change schreibt: "Es wäre falsch zu behaupten, unser Papier sei eine Befürwortung der CO₂-induzierten globalen Erwärmung."

Dr. Nils-Axel Morner, emeritierter Professor für Paläogeophysik und Geodynamik an der Universität Stockholm, antwortet auf die Frage: "Ist dies eine genaue Darstellung Ihrer Arbeit?" - "Sicherlich nicht korrekt und sicherlich irreführend."

Der Wissenschaftsblogger Anthony Watts berichtete über die oben genannte Studie von Dr. Legates, der Cooks Arbeit wie folgt kommentierte: "Es ist erstaunlich, daß irgendein Journal eine Studie veröffentlichen konnte, in der ein Konsens von 97 % behauptet wird, wenn der eigenen Analyse des Autors zufolge der wirkliche Konsens weniger als 1 % betragen hat."

Der niederländische Professor für Klimaökonomie Richard Tol, ehemaliger Mitarbeiter und dann Kritiker des IPCC - dem Weltklimarat - kritisiert Cooks Arbeit ebenfalls heftig und hebt hervor, daß schon durch die Auswahl der Suchbegriffe wichtige wissenschaftliche Arbeiten nicht erfaßt worden seien. Zudem findet es Tol nicht nachvollziehbar, daß von 122 Beiträgen, die er selbst im von Cook et al. untersuchten Zeitraum veröffentlicht hat, nur 10 ausgewählt wurden. 5 von diesen 10 ausgewählten Arbeiten wurden außerdem auch noch falsch klassifiziert - natürlich als Beiträge, die den menschengemachten Klimawandel stützen, nicht als solche, die ihn in Frage stellen, was die Beiträge von Tol aber tatsächlich tun.

Auch der als Wikipedia-Kritiker bekannt gewordene Biologe, Lehrer und Filmemacher Markus Fiedler hat sich eingehend mit Cooks Arbeit beschäftigt und zahlreiche methodische Fehler gefunden.

Die Hauptmedien aber berichten kaum über solche Kritik an Cooks Arbeit, sondern verbreiten heute noch die falsche Behauptung der 97 %-Einigkeit. Und das hat auch noch lange, traurige Tradition:

3. Zahlreiche Gegenstimmen gegen den Klimawandel-Alarmismus

Nicht erst seit Cooks Arbeit äußern Wissenschaftler ihren Protest gegen den Klimawandel bzw. ursprünglich Erderwärmungs-Alarmismus. Es begann schon viel früher, als Reaktion auf die UN-Weltklimakonferenzen, die 1979 begannen und seit 1995 alljährlich stattgefunden haben. Und auch diese Protestaktionen blieben medial weitgehend unerwähnt!

1990

USA: Das SEPP - Science and Environmental Policy Project beschreibt sich wie folgt:

"Das Science and Environmental Policy Project (SEPP) wurde 1990 von S. Fred Singer gegründet, um die staatliche Umweltpolitik auf der Grundlage schlechter wissenschaftlicher Erkenntnisse in Frage zu stellen. Es steht für objektive Wissenschaft, die auf stichhaltigen Beweisen basiert.

SEPP untersucht fragwürdige Regierungsmaßnahmen, egal wie beliebt sie sind, um festzustellen, ob die Maßnahmen auf der konsequenten Anwendung wissenschaftlicher Methoden basieren und nicht nur eine vorübergehende Modeerscheinung sind. Die Mission von SEPP besteht darin, Politiker, Medien und die Öffentlichkeit über die Bedeutung der wissenschaftlichen Genauigkeit bei der Festlegung umweltbezogener Maßnahmen aufzuklären. Denn mit diesen umweltbezogenen Maßnahmen sind z.B. auch politische Maßnahmen zum Thema Energie-Gewinnung und -Nutzung verbunden.

1992

Deutschland: Heidelberg Appeal

Der "Heidelberg Appeal" zirkulierte beim "Erdgipfel" 1992 in Rio de Janeiro und die Anzahl der unterzeichnenden Wissenschaftler stieg von ursprünglich 264 auf 4.000 weltweit. Zitat daraus:

Der Heidelberger Appell leugnet nicht die bestehenden Umweltprobleme, ruft aber dazu auf, den wissenschaftlichen Fortschritt als Lösung und nicht als Ursache für die aktuellen Gesundheits- und Umweltprobleme anzuerkennen. Der Appell drückt die Überzeugung aus, daß die moderne Gesellschaft die besten Voraussetzungen in der Geschichte der Menschheit hat, um die Probleme der Welt zu lösen - voraus-gesetzt, sie opfert nicht Wissenschaft, intellektuelle Ehrlichkeit und gesunden Menschenverstand dem politischen Opportunismus und irrationalen Ängsten.

1992

USA: "Statement by Atmospheric Scientists on Greenhouse Warming"

Diese "Stellungnahme von Atmosphärenforschern zur Treibhauserwärmung" ist eine Protestpetition von mehr als 100 US-Klimaforschern gegen die Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro.

1995

Deutschland: Leipziger Erklärung

In der Leipziger Erklärung, die 1995 unterzeichnet und 2005 nochmal aktualisiert wurde, hieß es unter anderem:

"Im Verlauf der Debatte wird immer deutlicher, daß es - entgegen der landläufigen Meinung - heute keinen allgemeinen wissenschaftlichen Konsens über die Bedeutung der Treibhauserwärmung durch steigende Kohlendioxidwerte gibt. Tatsächlich sind sich viele Klimaexperten inzwischen darin einig, daß tatsächliche Beobachtungen von Wettersatelliten überhaupt keine globale Erwärmung zeigen - im direkten Widerspruch zu den Ergebnissen von Computermodellen."

1998

USA: Brief von mehr als 50 US-Klimaforschern

Mehr als 50 führende Klimaforscher (von etwa 60 insgesamt) und Mitglieder der American Meteorological Society haben gemeinsam einen Brief verfaßt, in dem sie davor warnen, die Politik auf die verfälschten Aussagen im Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Cli-

mate Change = Weltklimarat) zu stützen. Wörtlich schreiben sie: "Die politischen Initiativen basieren auf höchst unsicheren wissenschaftlichen Theorien. Sie basieren auf der unbestätigten Annahme, daß eine katastrophale globale Erwärmung die Folge der Verschwendung fossiler Brennstoffe ist und sofortiges Handeln erfordert. Wir sind anderer Meinung."

1999

USA: Oregon-Petition

Ebenfalls in den USA gibt es eine Petition, bekannt geworden als Oregon-Petition, die die Regierung der Vereinigten Staaten dazu auffordert, das Kyoto-Protokoll zur globalen Erwärmung sowie ähnliche Vorschläge zurückzuweisen. Zitat:

"Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten dringend auf, das im Dezember 1997 in Kyoto, Japan, unterzeichnete Abkommen zur globalen Erwärmung sowie alle anderen ähnlichen Vorschläge abzulehnen. Die vorgeschlagenen Grenzwerte für Treibhausgasen würden der Umwelt schaden, den Fortschritt von Wissenschaft und Technologie behindern und der Gesundheit und dem Wohlergehen der Menschheit schaden.

Es gibt keine überzeugenden wissenschaftlichen Beweise dafür, daß die Freisetzung von Kohlendioxid, Methan oder anderen Treibhausgasen durch den Menschen zu einer katastrophalen Erwärmung der Erdatmosphäre und einer Störung des Erd-Klimas führt oder in absehbarer Zukunft dazu führen wird. Darüber hinaus gibt es umfangreiche wissenschaftliche Beweise dafür, daß ein Anstieg des atmosphärischen Kohlendioxids viele positive Auswirkungen auf die natürliche Pflanzen- und Tierwelt der Erde hat."

Diese Petition wurde (Stand 01.07.2023) bereits von 31.487 Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, davon 9.029 mit Dokortitel, unterzeichnet.

2007

USA: NIPCC - Non Governmental International Panel on Climate Change

Der NIPCC wurde 2007 von SEPP (= Science and Environmental Policy Project - steht für objektive Wissenschaft, die auf stichhaltigen Beweisen basiert) gegründet und bildet ein Gegengewicht zum IPCC (Weltklimarat) der UN. Zitat aus ihrer Webseite:

"Das Non Governmental International Panel on Climate Change (NIPCC) ist, was sein Name vermuten läßt: ein internationales Gremium nichtstaatlicher Wissenschaftler und Akademiker, die sich zusammengeschlossen haben, um die Ursachen und Folgen des Klimawandels zu verstehen. Da wir nicht dazu neigen zu glauben, daß der Klimawandel durch menschliche Treibhausgasemissionen verursacht wird, können wir uns Beweise ansehen, die der Zwischenstaatliche Ausschuß für Klimawandel (IPCC) ignoriert. Da wir nicht für irgendeine Regierung arbeiten, neigen wir nicht zu der Annahme, daß größere staatliche Aktivitäten notwendig sind."

2007

Deutschland: EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie e.V.

EIKE wurde 2007 in Jena gegründet und beschreibt sich wie folgt:

"EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie e.V.) ist ein Zusammenschluß einer wachsenden Zahl von Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, Ingenieuren, Publizisten und Politikern, die die Behauptung eines "menschengemachten Klimawandels" als naturwissenschaftlich nicht begründbar und daher als Schwindel gegenüber der Bevölkerung ansehen. EIKE lehnt folglich jegliche "Klimapolitik" als einen Vorwand ab, Wirtschaft und Bevölkerung zu bevormunden und das Volk durch Abgaben zu belasten."

Ihr Motto lautet: "Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!"

2009

Großbritannien: Die GWPF - The Global Warming Policy Foundation, (Stiftung für globale Erwärmungspolitik) ist eine britische Denkfabrik, die sich wie folgt vorstellt:

"EIN AUSGEWOGENER UND RATIONALER ANSATZ ZUM KLIMAWANDEL.

Die Global Warming Policy Foundation ist eine überparteiliche Denkfabrik und eine eingetra-

gene pädagogische Wohltätigkeitsorganisation, die sich auf Klima- und Energiepolitik konzentriert.

Wir sind zutiefst besorgt über die Auswirkungen der Klimaschutzpolitik: daß sie möglicherweise mehr Schaden als Nutzen anrichtet, sowohl für die ärmsten Menschen der Welt als auch für die Umwelt.

Unser Ziel ist es, politische Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit auf der Grundlage fundierter Forschung fundierte und zuverlässige Analysen zu Klima- und Energiethemen bereitzustellen."

Der Chemiker und Blogger Andrew Montford schrieb im September 2013 für den GWPF eine kritische Abhandlung über John Cooks Konsens-Analyse mit dem vielsagenden Titel "Consensus? What Consensus?" (Konsens? Was für ein Konsens?)

2015

USA: CO2-Coalition

Die US-amerikanische "CO2 Coalition" (www.co2coalition.org) will "Vordenker, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über den wichtigen Beitrag von Kohlendioxid" für unser Leben und die Wirtschaft aufklären und "strebt eine fundierte und objektive Diskussion über den Klimawandel, die Rolle des Menschen im Klimasystem, die Grenzen von Klimamodellen und die Folgen der vorgeschriebenen Reduzierung der CO2-Emissionen an".

2019

Niederlande: Clintel - Global Climate Intelligence Group (Globale Klima-Aufklärungsgruppe) Schon in der Sendung "1.100 Wissenschaftler einig: Es gibt keinen Klimanotstand!" (www.kla.tv/26000) stellte Ihnen Kla.TV eine Gruppe vor, die sich klar gegen den Alarmismus rund um den Klimawandel ausspricht.

Diese Gruppe ist inzwischen auf über 1.600 Wissenschaftler angewachsen, und erst kürzlich trat ihr der Nobelpreisträger für Physik, John F. Clauser bei. In seiner Begründung für diesen Schritt erklärte er unter anderem, daß die populäre Klimadarstellung "eine gefährliche Korruption der Wissenschaft widerspiegelt, welche die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden von Menschen bedroht". Und: "Die fehlgeleitete Klimawissenschaft hat sich zu einer massiven schockjournalistischen Pseudowissenschaft ausgeweitet."

2019

Italien: Klima, eine Gegenstrom-Petition

In Italien startete im Juli 2019 ein Gruppe Wissenschaftler eine Petition gegen den Klimaalarm mit dem Titel "Klima, eine Gegenstrom-Petition". Die Unterzeichner sind 83 Wissenschaftler, darunter zahlreiche Professoren. Sie erklären detailliert den tatsächlichen Stand der Klimaforschung, der von einem Konsens weit entfernt ist, und schreiben unter Anderem: "Aber uns muß bewußt sein, daß KOHLENDIOXID SELBST KEIN SCHADSTOFF IST. Im Gegenteil. Es ist für das Leben auf unserem Planeten unentbehrlich."

Und an anderer Stelle: "Hingegen hat die wissenschaftliche Literatur zunehmend die Existenz einer natürlichen Klimaschwankung betont, welche die Modelle nicht reproduzieren können. Diese natürliche Schwankung erklärt einen beachtlichen Teil der globalen Erwärmung, welche seit 1850 beobachtet worden ist. Die anthropogene Verantwortung für die Klimaveränderung, welche im letzten Jahrhundert beobachtet worden ist, wird daher UNGERECHTFERTIGT ÜBERTRIEBEN und Katastrophenvorhersagen SIND NICHT REALISTISCH."

4. 46 frühere IPCC- (Intergovernmental Panel on Climate Change - politischer, regierungsübergreifender Ausschuß zur Klimaänderung) Mitglieder sprechen sich gegen die Theorie des menschengemachten Klimawandels aus

Abschließend möchten wir Ihnen noch einen Artikel vom Mai 2023 vorstellen, in dem sich 46 frühere IPCC-Mitglieder gegen die Theorie des menschengemachten Klimawandels aussprechen. Zur Erinnerung: Der IPCC vertritt die These, daß der Mensch die Ursache für den Kli-

mawandel sei. Einige Zitate aus dem Artikel:

- Dr. Roger Pielke: "Alle meine Kommentare wurden ohne Widerlegung ignoriert. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluß, daß die IPCC-Berichte eigentlich als Lobbydokumente gedacht waren, die darauf abzielten, bestimmte politische Maßnahmen hervorzurufen, aber nicht als eine echte und ehrliche Bewertung des Verständnisses des Klimasystems."

- Dr. Tom Segalstad: "Das globale Erwärmungsmodell des IPCC wird durch die wissenschaftlichen Daten nicht gestützt."

- Dr. Miklos Zagoni: "Ich bin fest davon überzeugt, daß die Theorie der anthropogenen globalen Erwärmung falsch ist."

1. Ein Konsens, den es nie gegeben hat

John Cook versuchte also, einen Konsens nachzuweisen, den es nie gegeben hat. Doch eigentlich war Wissenschaft nie eine Frage des Konsenses. Im Gegenteil: Neue Erkenntnisse gingen meist von Einzelnen aus und mußten erst gegen den Widerstand der etablierten Kollegen durchgesetzt werden. Die Wissenschaft entscheidet grundsätzlich nicht per Konsens, ohne die Fakten zu berücksichtigen. Statt dessen funktioniert Wissenschaft so: Da ist eine Idee, die gegen das gebürstet ist, was die Mehrheit der Forscher für richtig hält.

Wenn diese Idee nun in empirischer Prüfung bestätigt wird und durch diese Bestätigung alles beseitigt, was die Mehrheit der Wissenschaftler bislang geglaubt hat, dann hat diese EINE Idee wissenschaftlichen Fortschritt erzielt - ganz ohne "Übereinkünfte". Tatsächlich ist ein Konsens in der Wissenschaft eher hinderlich, denn er macht träge und führt dazu, daß man sich in der Gegenwart einrichtet. Die Behauptung, es gebe einen Konsens, hilft in der Regel nur den Ideologen, die einen angeblichen Konsens benutzen wollen, um ihre Ziele zu befördern.

WENN schon mit Konsens argumentiert wird, dann könnte man - bei so vielen Gegenstimmen - eher vermuten, daß eine große Mehrheit der Wissenschaftler den Klima-Alarmismus ablehnt.

2. Wer ist John Cook, wer sind seine Co-Autoren, und was sind ihre Absichten?

Auf seiner Blog-Seite SkepticalScience.com beschrieb sich Cook (zum Zeitpunkt seiner 97 %-Analyse) selbst wie folgt:

"Diese Seite wurde von John Cook erstellt. Ich bin kein Klimatologe oder Wissenschaftler, sondern von Beruf selbstständiger Cartoonist und Webprogrammierer. Ich habe an der Universität von Queensland Physik studiert, und obwohl ich einen First Class Honours (entspricht etwa Bachelor) erlangte und noch meinen Dokortitel hätte machen können, habe ich stattdessen die akademische Laufbahn aufgegeben und bin ein professioneller Kritiker geworden. Zu viel Gekritzel in Vorlesungen, finde ich.

Nichtsdestotrotz habe ich ein starkes Interesse an Naturwissenschaften behalten und meine Neugier auf die Funktionsweise der Welt ist gewachsen, sobald ich nicht mehr gezwungen war, für bevorstehende Prüfungen zu lernen."

Im Jahr 2016 hat er einen Dokortitel in Kognitionspsychologie erworben, und zwar mit dem Thema: "Das Schließen der "Konsens-Lücke" durch Kommunizieren des wissenschaftlichen Konsenses über Klimawandel und das Kontern von Fehlinformationen". Heute ist er Postdoktorand an der australischen Monash University. Sein Hauptprojekt ist jedoch offenbar der Klimaaktivisten-Blog SkepticalScience.com, den er bereits 2007 gegründet hat.

Die Mitautoren der 2013 erstellten Analyse waren Teilnehmer an einem sog. "Citizen Science-Projekt" - das ist "Bürgerforschung", die auch für interessierte Laien offensteht - und werden allesamt noch bis heute als Mitwirker an Cooks seit 2007 bestehenden Klima-Aktivisten-Blog angegeben.

Da sie also allesamt Mitwirker an Cooks Klima-Aktivisten-Blog sind, ist davon auszugehen, daß sie - genau wie Cook selbst - nicht unvoreingenommen an dieses Projekt herangegangen

sind!

Cook und seine Leute zerstören Karrieren von Wissenschaftlern

Daß Cook ein Aktivist ist, ersieht man auch daraus, daß er auf seinem Blog eine "schwarze Liste" mit Namen von "misinformers" führt. Damit sind Leute gemeint, die - aus Cooks Sicht - Falschinformationen verbreiten, darunter 17 Wissenschaftler. Einer davon ist Roger Pielke senior, emeritierter Professor für Atmosphärenwissenschaft an der Colorado State University mit einer beeindruckenden akademischen Laufbahn. Anstatt nun im Ruhestand Anerkennung für seine Leistungen in der Wissenschaft zu erhalten, wird er verunglimpft und ausgeschlossen.

Noch härter traf es Judith Curry, emeritierte Professorin für Geo- und Atmosphärenwissenschaften am Georgia Institute of Technology. Obwohl sie ebenfalls auf eine lange Karriere zurückblicken kann und zahlreiche Preise erhalten hatte, mußte sie ihre Stelle aufgeben, nachdem Cook sie auf seine schwarze Liste gesetzt hatte. Sie fand auch keine andere Anstellung in der akademischen Welt. Heute entlarvt sie den Klima-Alarmismus, an dem sie früher selbst beteiligt war, und warnt vor der anti-kapitalistischen Agenda der UN.

Man fragt sich unwillkürlich: Wieso hat Cooks öffentlich gemachte schwarze Liste so viel Einfluß auf die Personalentscheidungen von US-amerikanischen Universitäten? Woher nimmt ein australischer Blogger, der selbst keine akademische Laufbahn in der Klima-Wissenschaft eingeschlagen hat, die Macht, die Karrieren angesehener Wissenschaftler zu zerstören, die Fachleute in diesem Bereich sind?

Warum ist Cook so einflußreich?

Nun - einerseits betreibt er aggressives Marketing und kennt sich mit Suchmaschinen-Optimierung aus. Andererseits paßt aber auch die Aussage, der Mensch sei schuld am Klimawandel, den Globalisten genau ins Programm, und so kann vermutet werden, daß Cook von ihnen unterstützt wird. Ein Hinweis darauf: Am 27. September 2011 - lange vor Veröffentlichung seiner Analyse - berichtete Cook im internen Forum von ScepticalScience.com über eine Partnerschaft mit Al Gore: "Heute morgen hatte ich ein langes Skype-Gespräch mit einem Mann, der für Al Gores Climate Reality Project arbeitet. ... Er brachte die Möglichkeit einer Partnerschaft ins Spiel. ... eine aufregende Gelegenheit und eine weitere Bestätigung für das, was wir tun".

Auch die Tatsache, daß Präsident Barack Obama von den zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ausgerechnet Cooks Studie in einem Tweet zitierte, und zwar nur einen Tag nach Veröffentlichung, spricht für sich.

Obama twitterte am 16. Mai 2013: "Siebenundneunzig Prozent der Wissenschaftler sind sich einig: Klimawandel ist real, menschengemacht und gefährlich."

Dabei spielte er sozusagen "Stille Post", und hat wichtige Informationen einfach weggelassen:

1. Aus den "97 % der Wissenschaftler, die überhaupt eine Stellungnahme abgeben", wurden - bei Obama - pauschal "97 % ALLER Wissenschaftler". Wir erinnern uns: Eigentlich hatten nur 33,6 % der von Cook untersuchten Studien überhaupt eine Stellungnahme zum menschengemachten Klimawandel abgegeben. Wenn man nun die übrigen 66,4 % wegläßt, und diese 33,6 % als 100 % derer, die eine Stellungnahme abgaben, setzt, dann waren von diesen wiederum 97 % sich einig, daß der Klimawandel wahrscheinlich mehr oder weniger menschengemacht ist. (oder "menschengemacht sein könnte"?)

2. Aus "teilweise menschengemacht" wird pauschal "menschengemacht" - das klingt dann wie "zu 100 % menschengemacht". Und

3. war von einer Gefahr in Cooks Studie überhaupt nicht die Rede, das hat Obama dazu erfunden!

1. War das Ergebnis der Analyse vorgegeben?

Es entsteht der Eindruck, als ob Cook und seine Mitarbeiter mit allen Mitteln versucht haben,

ein bestimmtes, vorgegebenes Ergebnis zu erzielen. Und in der Tat gab es schon im März 2012 - also noch vor dem Erscheinen von Cooks Metaanalyse - umfangreiche Pläne für das Marketing durch:

- Pressemitteilungen
- Mainstreammedien
- Klimakommunikatoren
- Blogger
- Klimaorganisationen
- Google
- Youtube-Videos und mehr

Wie kann man schon Marketing planen, während die Arbeit noch läuft? Auch die Tatsache, daß Cook seinen Klimaaktivisten-Blog schon seit 2007 betreibt, spricht dafür, daß das Ergebnis seiner Studie von vorneherein feststand. Er schrieb in seinem Forum ganz unverblümt: "Wir schlagen die Konsens-Trommel oft und regelmäßig."

Dabei sind in Wirklichkeit die Argumente, die er gegen sog. Klimaskeptiker oder -leugner sammelt, sehr umstritten. Der tschechische Physiker und Blogger Lubos Motl konterte alle (zum damaligen Zeitpunkt) 104 Argumente Cooks und kam zu dem Schluß:

"Es besteht keine Klimabedrohung und es gibt keinen empirisch fundierten Beweis dafür, daß der menschliche Einfluß auf das Klima die Aufmerksamkeit von irgend jemandem verdient, außer von ein paar übermäßig spezialisierten Experten, die solche spekulativen Fragen untersuchen sollten. Alle Meinungen, der Klimawandel sei gefährlich, vom Menschen verursacht oder sogar für die Politik relevant, basieren auf der irrationalen Haltung, dem Rosinenpicken, der Einschüchterung, der Zensur und der allgemeinen Schlamperei, wie sie Herr Cook uns wieder einmal gezeigt hat."

1. CO₂ ist Pflanzennahrung

Kohlendioxid ist kein Schadstoff, im Gegenteil. Jeder Gärtner, der ein Gewächshaus besitzt, wird es bestätigen: Wenn man der Luft CO₂ zusetzt, wachsen die Pflanzen besser. Und auch die Wissenschaft liefert Beweise, beispielsweise die Studie "Der positive Einfluß der menschlichen CO₂-Emissionen auf das Überleben des Lebens auf der Erde" von Patrick Moore, 2015. Moore kommt darin sogar zu dem Schluß, daß der menschliche CO₂-Ausstoß den langfristigen Fortbestand des Lebens auf der Erde sicherstellt:

"Alles Leben basiert auf Kohlenstoff und die Hauptquelle dieses Kohlenstoffs ist das CO₂ in der globalen Atmosphäre. ...

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung für die menschliche Zivilisation hat den Abwärtstrend des CO₂-Ausstoßes umgekehrt und verspricht, ihn wieder auf ein Niveau zu bringen, das wahrscheinlich zu einem erheblichen Anstieg der Wachstumsrate und der Biomasse von Pflanzen, einschließlich Nahrungspflanzen und Bäumen, führen wird.

Der menschliche CO₂-Ausstoß hat das Gleichgewicht im globalen Kohlenstoffkreislauf wiederhergestellt und so den langfristigen Fortbestand des Lebens auf der Erde sichergestellt.

Dieser äußerst positive Aspekt der menschlichen CO₂-Emissionen muß gegen die unbewiesene Hypothese abgewogen werden, daß menschliche CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren zu einer katastrophalen Erwärmung des Klimas führen werden."

Das Spannende an dieser CO₂-Studie von Patrick Moore ist also, daß er absolut das Gegenteil von dem bringt, was man in den Mainstream-Medien aktuell täglich zu hören bekommt: Während sich "die Wissenschaft" angeblich darüber einig wäre, daß erhöhte CO₂-Werte absolut klimaschädlich sind, und der Mensch aufhören muß mit diesen CO₂-Emissionen, schreibt Patrick Moore: Es braucht mehr davon!

Während wir täglich darüber hören, daß der Mensch eigentlich der größte Schädling dieser Erde wäre und am besten reduziert werden sollte, schreibt Patrick Moore, daß die Pflanzen

das menschengemachte CO2 dringend gebraucht haben, weil ohne dieses zusätzliche, vom Menschen verursachte CO2 das Absterben der Pflanzen begonnen hätte.

Moore beschreibt auch die Ursachen für diese verdrehte Darstellung, die den Lebensretter CO2 zum Klimakiller abstempelt: "Eine starke Interessenvereinigung zwischen den wichtigsten Eliten unterstützt und treibt das Klimakatastrophen-Narrativ.

Umweltschützer verbreiten Angst und sammeln Spenden; Politiker sammeln Pluspunkte, weil sie die Erde vor dem Untergang zu bewahren scheinen; die Medien leben von diesen Sensationsgeschichten und Konflikten; Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen erhalten Milliarden an öffentlichen Zuschüssen; ... Unternehmen wollen grün aussehen und erhalten riesige öffentliche Subventionen für Projekte, die sonst wirtschaftliche Verlierer wären, wie z.B. große Windparks und Solaranlagen. ..."

Es gibt also viele Gewinner bei dieser Angstmache vor einer Klima-Katastrophe. Wer auf der Strecke bleibt, das sind diejenigen, die für diese ganzen sogenannten Klimaschutz-Maßnahmen bezahlen und damit ausbluten sollen - und das sind wir, das Volk.

2. Fazit

Wie beschrieben gibt es also auch bei der Klimafrage eine starke Interessengemeinschaft, welche sich auf unsere Kosten bereichern möchte und daher Falschmeldungen verbreitet und die Wahrheit unterdrückt. Und offensichtlich kommen auch hier die Systemmedien wieder ihrem Auftrag zur ausgewogenen Berichterstattung nicht nach. Deshalb kann nur das Volk selbst dafür sorgen, daß auch die Gegenstimmen zum Klima-Alarmismus gehört werden - und diese Stimmen sind zahlreich! Deshalb verbreiten Sie bitte diese Sendung in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis und in den sozialen Medien.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. November 2023: >>"Sound of Freedom": Ein emotionaler Wirkungstreffer

Von *Phil Mehrens*

Endlich startet der US-Sensationserfolg "Sound of Freedom" über die skrupellose Kindererschändermafia auch bei uns in den deutschen Kinos - der ganz heiße Kinotip der Woche. ...

Daß Filme mit einem Warnhinweis versehen werden, ist eher ungewöhnlich. Man stelle sich beispielsweise vor, das Kinodrama "Oskars Kleid" über einen Jungen, der glaubt im falschen Körper zu leben (vor einem Jahr im Kino), wäre vom Verleih mit folgendem Vermerk auf Deutschlands Medienszene losgelassen worden:

"Daß OSKARS KLEID schon während der Dreharbeiten von LGBT-Aktivistinnen und linken Gruppierungen für ihre kruden Kampagnen gekapert wurde, hat leider dazu beigetragen, daß das wichtige Thema des Films in den Hintergrund geriet. Wir als Verleih stehen weder hinter der politischen Instrumentalisierung noch hinter den Äußerungen einzelner Beteiligter des Films - und werden diesen auch keine Plattform bieten."

Natürlich bekam der trans-affirmative Film mit Florian David Fitz keinen solchen Warnhinweis. Wenn dagegen ein Film mit christlich-konservativer Grundierung anläuft, in dem dann auch noch Hauptdarsteller Jim Caviezel, bekennender Katholik, im Abspann eine Art Predigt hält, dann ist das natürlich etwas völlig anderes!

"Sound of Freedom", der lang erwartete US-Sensationserfolg über Menschenhandel und Kindesmißbrauch, ist, wie Regisseur und Drehbuchautor Alejandro Monteverde erklärt, "die Geschichte einer realen Person, Tim Ballard, der seinen Job bei der Heimatschutzbehörde aufgab, um verschleppte Kinder zu retten." Produziert wurde das Werk von Angel Studios. Die unabhängige Filmfirma realisierte per "crowdfunding" bereits die enorm erfolgreiche Jesus-Serie "The Chosen".

Kulturkampf in den USA

Nun muß man wissen, daß in den USA eine Art Kulturkampf tobt zwischen den Anhängern des New-Age-Regenbogens, heute besser bekannt als "wok"" Bewegung (also als Bewegung

der "Erwachten" oder "Erleuchteten"), und den am traditionellen "Old Age-Glauben" mit dem Apostolischen Glaubensbekenntnis festhaltenden Christen.

Hintergrund ist die "New Age- oder Wassermann-Bewegung", die 1970 mit Studentenprotesten gegen Vietnamkrieg, Nationengrenzen und puritanische Moral ihren Höhepunkt erreichte und eng verzahnt, zum Teil sogar identisch war mit der "Gay Rights- oder Gay Pride-Bewegung".

Deshalb wurde 1978 in San Francisco auf Veranlassung des homosexuellen Politikers Harvey Milk aus dem New-Age- bzw. Wassermann-Regenbogen die Flagge der "gay rights activists". Der Regenbogen steht also nicht für ein christliches Weltbild, sondern für ein vom esoterischen New-Age-Glauben inspiriertes. Die verquaste New-Age-Lehre geht davon aus, daß gegen Ende des 20. Jahrhunderts, Anfang des 21. Jahrhunderts das christliche Fische-Zeitalter durch das des Wassermannes abgelöst wird.

Der Wassermann-Kult

Zugrunde gelegt wird dabei das Horoskop, in dem Fische und Wassermann benachbarte Sternzeichen sind. New-Age-Erben sitzen heute in vielen einflußreichen Gremien, Bildungsinstituten, Unternehmensvorständen. Im Filmgeschäft ist der Disney-Konzern der wichtigste Vertreter des New-Age-Denkens. Viele aufwendige Hollywood-Filme propagieren, offen durch Einbau des Regenbogensymbols oder verdeckt durch esoterische Botschaften, das New-Age-Weltbild, am deutlichsten die beiden "Avatar-Filme". Daß es sich bei den Machern von Angel Studios um engagierte Christen des "alten Zeitalters" handelt, die dem New-Age-Regenbogen die Gefolgschaft verweigern, ist vielen in Hollywood ein Dorn im Auge.

Als Angriffsfläche wurde gegen "Sound of Freedom" die vermeintliche "politische Instrumentalisierung" genutzt, von der nun auch der deutsche Verleih Capelight spricht. Die berüchtigten QAnon-Verschwörungstheoretiker, die daran glauben, daß eine mächtige Elite aus Wirtschafts- und Politfunktionären die Welt versklaven möchte, sahen sich in dem Thema des Films bestätigt.

QAnon-Theorien trafen nun auf einen von konservativen Christen realisierten Film und machten ihn so zur Steilvorlage für den streitsüchtigen Webmob der in regenbogenaffine Progressive und regenbogenkritische Konservative gespaltenen US-Gesellschaft. Der Regisseur sah sich genötigt, klar Stellung zu beziehen. Er sagte:

"Keine einzelne Interessengruppe ist für das Problem namens Menschenhandel verantwortlich. Wir alle sind es, weil er in der Welt geschieht, die wir alle teilen."

Ein christlicher Kinderschützer

Mit einer idyllischen Heile-Welt-Szene läßt er sein emotional überwältigendes Filmdrama beginnen. Wunderbar entspannt singt die achtjährige Rocio Aguilar in ihrem Kinderzimmer in Tegucigalpa (Honduras) mit Blick auf die Stadt und scheint dabei versunken in ihren eigenen kindlichen Kosmos. Aber Rocios Kindheitsparadies ist bald Vergangenheit. Eine TV-Produzentin taucht bei der Familie Aguilar auf und verspricht den Eltern das Blaue vom Himmel: Rocio und ihr kleiner Bruder Miguel könnten die Stars der Zukunft sein. Kurz nach den Probaufnahmen sind die Kinder spurlos verschwunden.

In Kalifornien geht unterdessen der größte Gegner der Pädokriminellen, Timothy Ballard, seiner Arbeit nach. "Wer Ärger gibt einem dieser Kleinen, die an mich glauben, es wäre besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt und er ersäuft würde im Meer, wo es am tiefsten ist", kommentiert der gläubige Christ seine Haltung den Straftätern gegenüber und zitiert damit eine Stelle aus dem Matthäusevangelium, an der Jesus Kinder unter seinen besonderen Schutz stellt.

Doch der Agent von Homeland Security weiß, daß mit der Überführung der Täter die von ihnen entführten Kinder noch lange nicht in Sicherheit sind. Gespielt wird Ballard von einem, der selbst gläubiger Christ ist: Jim Caviezel. In dem legendären Jesus-Film "Die Passion Chri-

sti" von Mel Gibson spielte er Christus. Und daß er diesen für den gekreuzigten und auferstandenen Sohn Gottes hält, daran läßt der Darsteller keinen Zweifel.

Ballard lockt den zwielichtigen Oshinsky, der mit Kindesmißbrauch in Verbindung steht, in eine Falle. Über Oshinsky möchte er als V-Mann an die Bosse des Verbrecherrings heran. Seine Überzeugung und moralische Triebfeder kleidet er in diesen einen Satz, der zugleich die Kernbotschaft des Films ist: "Gottes Kinder stehen nicht zum Verkauf!" (Im Original: "God's children are not for sale!")

Zwar kann Ballard schließlich Miguel finden und befreien. Aber wo steckt seine große Schwester? Die Spur führt nach Kolumbien. Dort trifft der verbissene Jäger, der längst auf eigene Faust ermittelt, auf einen Verbündeten, den bekehrten Ex-Kriminellen Vampiro. Gemeinsam wollen sie die Schurken in die Falle locken: mit einem exklusiven Szenetreff am Strand für die perversen Pädokriminellen. So hoffen sie auf einen Streich fünfzig minderjährige Sexsklaven aus den Fängen der Kindermafia retten und ihren skrupellosen Entführern das Handwerk legen zu können - ein gewagtes Spiel ...

Mit atmosphärisch dichten, Hitze ausdampfenden Dschungelaufnahmen erreicht das packende Filmdrama seinen Höhepunkt, als Ballard in Kolumbien die entscheidende Spur verfolgt. Und spätestens wenn Shakiras "Pienso en ti" das ergreifende Finale des Films zum hochemotionalen Wirkungstreffer macht, wird kaum ein Auge trocken bleiben.

Das 150-Milliarden-Geschäft

"Sound of Freedom" ist ein in jeder Hinsicht gelungener Film, der trotz der scheußlichen Thematik auf die ganz harten Bilder verzichtet. Wirklich hart wird es erst im Abspann, wenn der Zuschauer erfährt, daß es aktuell weltweit mehr Sklaven gibt als zu den vermeintlichen Spitzenzeiten des Sklavenhandels und daß mit dem schmutzigen Geschäft des Menschenhandels jährlich 150 Milliarden US-Dollar eingestrichen werden.

Dem Film geht es also nicht, wie seine Kritiker aus fadenscheinigen Gründen gern gegen ihn ins Feld führen, um politische oder religiöse Agitation, sondern um die "grundlegende Menschenrechtsfrage", wie Regisseur Alejandro Monteverde betont. Und er fügt resolut hinzu:

"Die Politik sollte in den Hintergrund treten, wenn es darum geht, Kinder aus den Fängen des Menschenhandels zu befreien."

Recht hat er!<<

16.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. November 2023 (x1.345/...): >>"Selbstbestimmungsgesetz" im Bundestag: Wer die Wahrheit ausspricht, wird bestraft

Bei der ersten Lesung des Selbstbestimmungsgesetzes im Bundestag verbreiteten Lisa Paus und ihre Kollegen aus der Ampel Regierung reihenweise Falschinformationen über das bestehende Transsexuellengesetz - die einzigen, die an diesem Abend einen Ordnungsruf der Bundestagspräsidentin erhielten, waren jedoch diejenigen, die die Wahrheit aussprachen.

Pauline Schwarz

"Niemandem, wirklich niemandem nehmen wir etwas weg", sagte Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) am Mittwochabend bei der ersten Bundestags-Lesung des "Selbstbestimmungsgesetzes" der Ampel-Regierung - und verbreitet damit nicht weniger, als Falschinformationen. Statt sie zurechtzuweisen, wird Paus für ihren Vortrag von den meisten ihrer Kollegen gefeiert - von SPD-, Linken- und FDP-Politikern sogar noch mit haltlosen Aussagen übertrumpft. Doch die einzigen Personen, die an diesem Abend einen Ordnungsruf von der Bundestagspräsidentin Petra Pau (Linke) bekommen, sind die, die die Wahrheit sagen.

Weil das Transsexuellengesetz (TSG) "in großen Teilen gegen unsere Verfassung verstößt, so haben es die Richter in Karlsruhe mehrfach geurteilt, ... bringen wir heute das Selbstbestimmungsgesetz ein", sagte Bundesfamilienministerin Lisa Paus gleich zu Beginn ihrer Einstiegs-

rede zur Bundestagsdebatte. Frau Paus, die sich gerne als eine Art Ikone des Fortschrittes inszeniert, startet also mit einer Manipulation des Zuhörers.

Denn das Gesetz, das aus dem Jahr 1981 stammt, wurde zwar wirklich in Teilen für verfassungswidrig erklärt, seitdem jedoch mehrfach überarbeitet. Die heutige Version ist weder verfassungswidrig noch "menschenverachtend", wie Frau Paus es in der Vergangenheit gerne framte.

Die Gutachten dienen dem Schutz der Betroffenen

Die einzigen Voraussetzungen, die eine Person, die ihren Geschlechtseintrag und Vornamen amtlich ändern möchte, heute noch erfüllen muß, ist, daß der Betroffene sich "mehr als drei Jahre und voraussichtlich dauerhaft" nicht mit dem eigentlichen Geschlecht identifiziert und zwei dementsprechende psychiatrische oder psychologische Gutachten vorweisen kann.

Zusätzlich muß der Betroffene einen sechs- bis zwölfmonatigen Alltagstest absolvieren - das bedeutet, daß man kontinuierlich und in allen sozialen Bereichen im gewünschten Geschlecht leben soll. Ausschlaggebend für das Gerichtsverfahren, das bislang vor dem Amtsgericht geführt wird, sind aber vor allem die Gutachten, die mehrere Sitzungen bei einem Psychotherapeuten oder Psychiater erfordern.

Doch dieses Verfahren, das besteht, um Menschen vor einer übereilten oder durch psychische Probleme bedingten Entscheidungen zu schützen, ist für Frau Paus eine "reine Demütigung". Anke Henning von der SPD-Fraktion setzt kurze Zeit später sogar noch einen drauf, als sie von "aktiver staatlicher Diskriminierung" spricht und FDP-Politiker Jürgen Benders beklagt ebenfalls "entwürdigende" Gutachten, ohne überhaupt zu wissen, wovon er da eigentlich spricht.

Die Begutachtungen werden, wie bereits erwähnt, ausschließlich von erfahrenen Psychotherapeuten und Psychiatern durchgeführt - also von Menschen, die per Berufsdefinition mit ihren Klienten über intime und unangenehme Details ihres Lebens sprechen, um ihnen zu helfen.

Die Fragen, die den Betroffenen dabei gestellt werden, sind auch keine Besonderheit - sie sind fester Bestandteil eines jeden psychotherapeutischen Erstgespräch. Wie Ärzte sind auch Therapeuten ganz unabhängig vom Störungsbild gesetzlich dazu verpflichtet, eine Anamnese durchzuführen, um ein möglichst differenziertes Bild des Patienten zu erhalten - damit er ihn bestmöglich behandeln kann.

Und dafür muß der Therapeut nach offiziellen, wissenschaftlichen Standards neben ganz basalen Informationen wie dem Alter und Beruf der Eltern oder dem Bildungsweg auch nach Details der Sexualität und nach sexuellen Erfahrungen fragen.

Es ging nie um eine sachliche Diskussion

Doch um eine sachliche, faktenbasierte Diskussion, die gleich zu Beginn der Veranstaltung präventiv von der Bundestagspräsidentin angemahnt wurde, geht es an diesem Abend nicht. Das zeigte nicht zuletzt der Umgang mit der AfD-Politikerin Beatrix von Storch. Frau von Storch wählte, wohl bewußt, provokative Worte, als sie ans Rednerpult trat - sie sprach davon, daß "jeder Wahnsinn einmal seinen Höhepunkt" erreiche und daß die Möglichkeit, seinen Geschlechtseintrag einmal im Jahr rückwirkend zu ändern "staatlich befohlene Urkundenfälschung" sei. Die Kollegen der Ampel könnten nicht ertragen, "daß Wunsch und Gefühl nicht Wirklichkeit sind".

Laut Frau von Storch sei das Offenbarungsverbot eine "Pflicht zur Lüge": "Wer in Zukunft Marcus Ganserer, Herrn Ganserer nennt, soll dafür 10.000 Euro Strafe zahlen, für die Wahrheit, so steht es im Gesetz", sagte die AfD-Politikerin und erhielt dafür ihren ersten Ordnungsruf. Später weist Frau von Storch darauf hin, daß man sie grade als "Prinzessin von Oldenburg" bezeichnet habe, obwohl sie diesen Namen nie trug - wenn sie aber "einen Namen benutze, der juristisch noch geführt wird, von Herrn Ganserer, als Marcus Ganserer" bekäme sie einen Ordnungsruf. Für diese Nennung eines bekannten Faktes erhält Frau von Storch von

Petra Pau den nächsten Ordnungsruf.

Der zweite Politiker, der an diesem Abend einen Ordnungsruf erhält, ist Matthias Helferich (fraktionslos), weil er - in zugegeben provokanten und explizit gegen den Queerbeauftragten der Bundesregierung gerichteten Worten - den Schutz von Kindern anmahnt. Und das nicht ohne Grund, die Zahl der Jugendlichen, die plötzlich und unvermittelt ihr Geschlecht wechseln wollen, steigt seit einigen Jahren massiv an. Was früher nur seltene Einzelfälle waren, ist inzwischen ein regelrechter Trend geworden, bei dem es um Tausende Kinder und Jugendliche geht.

Das Gesetz ist kein Fortschritt, sondern eine Gefahr

Und daran haben nicht nur Social-Media-Influencer, die den Geschlechtswechsel als Lösung pubertätsbedingter und psychischer Probleme verkaufen, sondern auch die Regierung eine Mitschuld - immerhin warb sie in der Vergangenheit bereits für Pubertätsblocker, brachte "Queerness" in die Lehrpläne und unterstützt - wie Herr Helferich richtig sagt - radikale Vereine, die zur Frühsexualisierung und Verwirrung psychisch meist schwer angeschlagener Kinder und Jugendlicher beitragen. Die sie in irreversible, lebensverändernde Entscheidungen drängen.

Doch davon will man im Bundestag nichts hören, man bleibt bei leeren Phrasen über Diskriminierung und das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung - neben der AfD sprechen sich lediglich CDU-Politiker in Bezug auf den Kinderschutz vorsichtig gegen das Gesetz aus.

Sonst gilt der Tenor: Niemandem werde etwas weggenommen - doch das ist auf allen Ebenen falsch. Man nimmt Betroffenen jede noch bestehende, zu ihrem Schutz dienende, Hürde. Man nimmt Menschen das Recht darauf, die Wahrheit auszusprechen und Frauen das Recht auf sichere Schutzräume nur für Frauen. Und: Man nimmt Eltern, die den Trans-Wunsch ihres Kindes ablehnen, in Zukunft nach dem Selbstbestimmungsgesetz möglicherweise sogar das Sorgerecht (lesen Sie hier mehr). Das Gesetz ist also kein Fortschritt, sondern eine Gefahr - wer das ausspricht, kriegt im Deutschen Bundestag einen Ordnungsruf.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. November 2023: >>**E-Autos werden zum Ladenhüter - Analysten warnen vor Mega-Flop**

Während das Angebot teurer E-Autos weiter zunimmt, bricht die Nachfrage nicht nur in Deutschland dramatisch ein. Analysten sprechen bereits von einer Marktsättigung. Stromer drohen zu einem Renditegrab zu werden und dürften einige Hersteller sogar die Existenz kosten, sofern sie Verluste nicht durch den Verkauf von Verbrenner-Autos kompensieren können.

Fakt ist: In Deutschland ging die Zahl der Neuzulassungen von Batterie-Fahrzeugen und sogenannten Plug-In-Hybriden im September um mehr als ein Drittel (35 Prozent) zurück. Mangels Nachfrage hat der VW-Konzern in allen deutschen Werken mit E-Auto-Produktion Schichtkürzungen und Entlassungen angeordnet.

In Übersee sieht es nicht viel anders aus: Der US-Autoriese Ford verbuchte im 3. Quartal 2023 einen unerwartet hohen Verlust im Geschäft mit E-Autos in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar vor Zinsen und Steuern. GM hat das Produktionsziel aufgegeben, bis Mitte 2024 rund 400.000 E-Autos zu bauen. Mercedes-Händler in den USA klagen über wachsende Lagerbestände unverkaufter Luxus-Elektroautos insbesondere beim Flaggschiff S-Klasse. Der Gewinn von Marktführer Tesla brach im 3. Quartal um 52 Prozent ein. Der Autovermieter Hertz will seine E-Auto-Flotte nicht mehr so stark erweitern wie zunächst geplant.

FAZIT: Fast alle westlichen Hersteller verbrennen mit dem Bau und Verkauf von Batterie-Elektroautos Unsummen von Geld!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. November 2023: >>**Gerichtsurteil: Schluß mit der Klima-Diktatur auf Pump**

Von *Sven Reuth*

In einem wegweisenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht den von der Bundesregierung aufgesetzten Klimafonds KTF als verfassungswidrigen Schattenhaushalt eingestuft. Der Ampel-Regierung fehlen nun auf einen Schlag 60 Milliarden Euro. ...

Der Betrug war gut sichtbar, dennoch wurde er von den Ampel-Parteien während den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung im Dezember 2021 kühl eingefädelt. Damals wurden ungenutzte Corona-Kredite, die eigentlich für während der Corona-Lockdowns in Not geratene Unternehmen gedacht waren, einfach in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds KTF verschoben. Das Bundesverfassungsgericht hat nun festgestellt, daß die haushaltspolitische Trickserei, auf der die Schaffung des Klimafonds vor zwei Jahren beruhte, verfassungswidrig war.

Beschneidung des Budgetrechts

Die Begründung für dieses Urteil ist nachvollziehbar. Während man die Corona-Nothilfen nämlich tatsächlich noch als haushaltspolitischen Ausnahme- und Notfall deklarieren konnte, so ist das bei Ausgaben für Klima-Maßnahmen schlicht nicht darstellbar. Die politische Klasse beschwört ja schließlich schon seit Ende der 80er Jahre die Existenz einer Klimakrise und kann von dieser demnach dann auch nicht überrascht worden sein.

Schon vor zwei Jahren war außerdem erkennbar, daß die Schaffung des KTF das Haushaltsrecht des Parlaments massiv aushöhlt. Dabei ist die Kontrolle über die Ausgaben der Regierung das Königsrecht des Parlaments, das diesem erst eine reale Bedeutung und Macht verleiht. Da die Ampelparteien aber insbesondere für die Finanzierung der von ihnen geförderten unregulierten Massenzuwanderung wie auch für die Erschaffung einer Klima-Diktatur sehr viel mehr Geld ausgeben müssen, als sie eigentlich zur Verfügung haben, bleibt ihnen als einziger Ausweg nur der Griff zu verfassungswidrigen Maßnahmen wie der Schaffung des Klimafonds KTF.

"60 Milliarden Euro nicht zur Verfügung"

Doch nach dem gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts mußte Finanzminister Christian Lindner (FDP) eine Ausgabensperre für den Klimafonds anordnen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte gestern in seiner gewohnt lapidaren Art in Berlin:

"60 Milliarden Euro an Zuflüssen aus dem Jahr 2021 stehen nun ja nicht mehr zur Verfügung."

Wie immer wirkte Olaf Scholz völlig unbewegt, als er diese Worte sprach. Tatsächlich aber steht das Haus der Ampel-Koalition nun endgültig lichterloh in Flammen. Die Existenzkrise der Ampel dürfte nun in ihre finale Phase eintreten. Die Südwestpresse aus Ulm sieht die Ampel schon an den "Grenzen ihrer Existenz, vielleicht sogar darüber hinaus".

Das ist keine Übertreibung, denn die verfassungswidrigen Tricksereien rund um die Schaffung des Klimafonds waren ja sowohl für die FDP wie auch für die Grünen das Eintrittsbillet in das Ampel-Bündnis. FDP-Chef Christian Lindner konnte sich auf der Basis dieses Rechtsbruchs die Zusicherung in den Koalitionsvertrag schreiben lassen, daß es innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode zu keiner Steuererhöhung kommen werde.

Der Grünen-Politiker Habeck wiederum konnte seine Träume vom Chefposten in einem Superministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verwirklichen, indem er sich das Geld für den Umbau Deutschlands in eine Klima-Diktatur einfach aus dem am Bundeshaushalt vorbei errichteten KTF-Fonds holen wollte.

Bundesregierung im Ausgabenrausch

Man muß die Karlsruher Richter sogar ausnahmsweise einmal dafür loben, dieser zutiefst verantwortungslosen Politik endlich einen Riegel vorgeschoben zu haben. Sparmöglichkeiten, mit denen der Haushaltsnotstand schnell behoben wäre, sind nämlich ausreichend vorhanden. Das Bürgergeld, das Anfang kommenden Jahres beispielsweise um unfaßbare 12 Prozent erhöht wird, fließt zur Hälfte in die Taschen von Ausländern, die noch nie in ihrem Leben auch

nur einen Cent in die deutschen Sozial- und Rentenkassen eingezahlt haben - ein Irrsinn, der in keinem anderen Land der Welt möglich oder auch nur denkbar wäre.

Die fast 50 Milliarden Euro für Asyl-Forderer, die mittlerweile jährlich verausgabt werden, fließen wiederum fast ausschließlich in die Taschen von illegalen Migranten, die sich selbst nach geltender Rechtslage überhaupt nicht in Deutschland aufhalten dürften. Auch dies ein Zustand, der nicht nur aus haushaltspolitischen Gründen, sondern auch wegen der in schwindelerregende Höhen gestiegenen Kriminalitäts- und Terrorgefahr schon längst hätte beendet werden müssen.

Schleierhaft auch, warum die Bundesregierung ausgerechnet in Zeiten eines schweren haushaltspolitischen Notstands die Ukraine-Kriegshilfen von vier auf acht Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt.

Das Ampel-Haus steht in Flammen

Bleibt noch der Bereich der Energiepolitik. Auch hier scheint die Ampel-Regierung regelrecht bestrebt zu sein, die Schäden für das eigene Land zu maximieren und die Energiepreise möglichst hoch zu halten. Preiswertes russisches Gas, auf dem das deutsche Wirtschaftsmodell jahrzehntelang beruhte, wird boykottiert. Der Abbau heimischer Rohstoffe, der mittlerweile durch in Deutschland und Österreich entwickelte umweltverträgliche Fracking-Methoden möglich wäre, wird nicht einmal debattiert.

Dafür will die Bundesregierung über die CCS-Methode CO₂ im Erdreich verpressen lassen - aber natürlich nicht in Deutschland, sondern in Norwegen. Das dürfte dann ähnlich exorbitant teuer werden wie der Bezug des unglaublich kostspieligen LNG-Gases aus den USA, der wegen der Rußland-Sanktionen notwendig wurde.

Der Sprengsatz an das Fundament der Ampel ist jedenfalls gelegt. Der Ende November anstehende Grünen-Parteitag in Karlsruhe dürfte schon eine saftige Abrechnung mit dem Führungsduo Baerbock/Habeck bringen. Starke Strömungen an der Basis wollen nämlich noch mehr illegale Zuwanderung und noch mehr Klimadiktatur. Diese Aussage gilt in noch höherem Maß für die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, die ihrem an diesem Wochenende anstehenden Bundeskongreß in Braunschweig erklärtermaßen zum Scherbengericht über Olaf Scholz machen möchte.

FDP-Basis probt den Aufstand

Auch an der Basis der FDP rumort es weiter. Hier planen aufsässige Liberale nun einen Mitgliederentscheid für das Wiederanfahren von sieben Atomkraftwerken. Diese Initiative folgt nur kurz auf die Veröffentlichung eines von zahlreichen FDP-Mandatsträgern unterschriebenen Offenen Briefs, in dem Parteichef Christian Lindner dazu aufgefordert wurde, den Verbleib der Liberalen in der Ampel kritisch zu prüfen.

Angesichts all dieser Verwerfungen und Konflikte wäre es fast schon eine Überraschung, wenn die Ampel-Regierung bis zum regulären Ende der Legislaturperiode durchhalten sollte.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27462" berichtet am 16. November 2023 (x1.343/...): >>Krieg - Umverteilung von Arm nach Reich: Eine Analyse von Ernst Wolff

Sowohl der Ukrainekrieg als auch der Gaza-Krieg forderte inzwischen nicht nur unzählige Tote und Flüchtlinge, sondern auch Verwüstung auf allen Seiten. Auch die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind katastrophal. Somit müßten die Kriege umgehend gestoppt werden. Doch dazu besteht offensichtlich kein Interesse. Die Gründe dafür erklärt Finanzexperte Ernst Wolff.

Während der Krieg in der Ukraine mit unvermittelter Härte weitergeht, eskalierte der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern im Oktober 2023 und entwickelte sich rasch zu einem weiteren Krieg. Der Ukraine-Krieg forderte inzwischen Hunderttausende von Toten auf bei-

den Seiten, zwang Millionen zur Flucht und verwüstete große Bereiche der Ukraine. Auch im Gaza-Krieg schnellen die Opferzahlen in die Höhe. Hunderttausende Palästinenser wurden zur Flucht gezwungen und immer größere Bereiche im Gaza-Streifen werden verwüstet.

Auch die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriege sind katastrophal. Allein die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine werden von der Europäischen Investitionsbank auf 1,1 Billionen Dollar geschätzt. Global verursachte der Ukraine-Krieg nur im Jahr 2022 einen wirtschaftlichen Schaden von 1.650 Milliarden US-Dollar.

Der Welthandel brach ein und die Preise für Energie und Lebensmittel explodierten, während gleichzeitig die Kriegsparteien und deren Unterstützer anderweitig dringend benötigte Finanzmittel buchstäblich im Krieg verbrannten. Stand 31.07.2023 waren dies folgende Beträge: EU 84,8 Mrd. €, USA 69,5 Mrd. €, Deutschland 20,9 Mrd. € und GB 13,8 Mrd. €. Im Gaza-Krieg haben sich Israel und die USA jetzt auf eine Militärhilfe von knapp 34 Mrd. Euro geeinigt.

Angesichts dieser Zusammenhänge müßten die Kriege eigentlich umgehend gestoppt werden. Wie der Finanz- und Wirtschaftsexperte Ernst Wolff in der nachfolgenden Sendung jedoch erläutert, besteht gar kein Interesse die Kriege zu beenden, wodurch sich auch die "Endlosigkeit" des Ukraine-Krieges erklärt. Wolffs Ausführungen decken sich mit denen des investigativen US-Journalisten David Sorensen in seinem Dokumentarfilm "Israel - Enthüllung eines Mysteriums" (www.kla.tv/Israel/27342). Sorensen belegt dort stichhaltig, daß der Gaza-Krieg gezielt inszeniert wurde. Dies bedeutet, daß auch dieser Krieg ganz offensichtlich gewollt ist. Hören Sie jetzt Ernst Wolff zu den Gründen für diese Kriege.

Sprechtex von Ernst Wolff (www.youtube.com/watch?v=9AbC62o2CUA):

"Hallo Ernst Wolf hier. Friedrich Schiller hat einmal gesagt, der beste Kaufmann ist der Krieg. Er macht aus Eisen Gold. Genau das gilt auch in unserer Zeit. Wir erleben ja aktuell nach der Ukraine, in Israel und darüber hinaus im Nahen Osten den nächsten Krieg.

Begleitet werden beide Kriege durch politische und mediale Kampagnen, in denen es fast ausschließlich darum geht, dem Gegner die Schuld am Krieg zuzuweisen und Kritiker der eigenen Politik zu diffamieren und mundtot zu machen. Daß diese Kampagnen mit gewaltigem finanziellem Aufwand durchgeführt und von zahlreichen internationalen Organisationen, darunter Stiftungen und NGOs unterstützt werden, hat seinen Grund: Sie lenken die Öffentlichkeit von der alles entscheidenden Frage ab, wer sind in diesen Kriegen eigentlich die Gewinner und, abgesehen von den Betroffenen und den Opfern, die Verlierer?

Was bedeutet so ein Krieg wirtschaftlich? Sehen wir uns einmal grundsätzlich an, was die Umstellung einer Friedenswirtschaft auf Kriegswirtschaft bedeutet: Die erste Folge ist, es müssen vermehrt Rüstungsgüter hergestellt werden. Den Auftrag dazu erteilt die Regierung, die das Ganze auch finanzieren muß. Das wiederum tut sie mit Steuergeldern, die zuvor von der Bevölkerung erarbeitet wurden. Es handelt sich also im Grunde um eine Umverteilung. Das Geld der Steuerzahler fließt aufgrund einer Entscheidung der Regierung in die Taschen der Rüstungsindustrie.

Nun mag der Einwand kommen, daß die meisten Regierungen ja hoch verschuldet sind und gar nicht über die steuerlichen Mittel verfügen, um die Rüstungsindustrie anzukurbeln. Auch hierfür haben sie eine Lösung: Die Regierungen verschaffen sich das Geld. Dazu geben sie Staatsanleihen heraus, die sie sich von der Zentralbank abkaufen und an die Geschäftsbanken weitergeben lassen. Damit aber fördern sie die Geldschöpfung, denn dieser Vorgang bedeutet nichts anderes, als daß neues Geld aus dem Nichts heraus geschaffen werden muß.

Dieses neue Geld aber, erhöht die gesamte Geldmenge und treibt somit die Inflation an. Die wiederum enteignet den einfachen Bürger, der in diesem Fall also nicht mit seinen Steuern, sondern mit dem Verlust seiner Kaufkraft bezahlt. Kriegsverlierer sind also in jedem Fall die einfachen Bürger, die bei der Entscheidung Krieg zu führen auch nicht befragt wurden. Mit

anderen Worten, es handelt sich hier um eine erzwungene Wohlstandsumverteilung, von der großen Mehrheit zu einer kleinen Minderheit.

Sehen wir uns jetzt diese Minderheit genauer an. Dazu zählen natürlich in erster Linie die Waffenhersteller, also die Rüstungsindustrie. Im Fall der Ukraine und Israels bedeutet das vor allem die US-Waffenindustrie, die in beiden Ländern der Hauptlieferant ist. Deren Großkonzerne wie Lockheed Martin, Raytheon, Boeing oder Northrop sind allerdings nicht die einzigen Gewinner. Krieg bedeutet ja, daß Waffen in riesigen Mengen gebraucht werden und daß ständig nachgeliefert und neu produziert werden muß.

Das facht natürlich den Wettbewerb unter den Rüstungskonzernen an, die weiten ihre Kapazitäten in großem Stil aus. Das allerdings erfordert Investitionen und das Geld dafür bekommen sie nicht geschenkt, sondern in Form von Krediten von den Banken. Es sind also auch die Banken, deren Geschäft durch einen Krieg kräftig belebt wird. Aber das ist in unseren Tagen noch nicht alles, denn wir leben schließlich im Zeitalter der vierten industriellen Revolution, in der die Waffenindustrie technologisch am Tropf der IT-Industrie hängt.

Nur zur Erinnerung: Das Internet war, bevor es zur privaten Nutzung freigegeben wurde, ja auch eine rein militärische Einrichtung. Das heißt, neben der Rüstungsindustrie und den Banken gehören auch die IT-Giganten zu den ganz großen Kriegsgewinnern. So und nun wird es interessant, denn jetzt stellt sich die alles entscheidende Frage: Wer steckt hinter den US-Rüstungskonzernen den Wall-Street-Banken und den IT-Giganten der Silicon Valley?

Beginnen wir mit den Rüstungskonzernen: Hauptaktionäre von Lockheed Martin, Raytheon und Northrop sind die Vermögensverwalter Vanguard, State Street und BlackRock. Und auch bei Boeing ist Vanguard größter institutioneller Aktionär. Dasselbe gilt heute für die Banken der Wall Street. Sehen wir uns nur einmal die fünf Größten an, ob JP Morgan Chase, Bank of America, City Group, Wells Fargo oder U.S. Bancorp: Bei allen finden wir unter den Hauptaktionären Vanguard, BlackRock und State Street.

Und werfen wir dann zum Schluß noch einen Blick auf die größten IT-Konzerne des Silicon Valley. Auch bei Apple, Microsoft, Amazon und Alphabet finden wir die üblichen Vermögensverwalter. Wenn man dann noch bedenkt, daß Vanguard Hauptaktionär von BlackRock ist und daß beide wiederum Hauptaktionäre von State Street sind dann weiß man, wer unsere Welt von heute beherrscht. Die Regierungen sind es jedenfalls nicht!"

Nun stellt sich die Frage: Wer steckt hinter State Street, Vanguard und BlackRock? Nach den Ausführungen von Ernst Wolff, sind es Vermögensverwalter. Sie verwalten jedoch nicht irgendein Vermögen, sie verwalten laut Wolff das Vermögen der Superreichen, zu denen unter anderem die Rothschilds, Rockefellers, Warburgs, Goldman Sachs, Bill Gates, Warren Buffet oder auch Elon Musk gehören.

So haben z.B. die Rothschilds rund 2,8 Billionen US-Dollar an BlackRock transferiert und es auf diese Weise schlagartig zum weltweit größten Vermögensverwalter gemacht. Es ist also wieder die kleine Gruppe von Superreichen, die einzig von diesen Kriegen profitieren. Berücksichtigt man noch, daß tonangebende westliche Regierungschefs wie z.B. Joe Biden, Emmanuel Macron, Rishi Sunak und auch der ukrainische Ministerpräsident Wolodymyr Selenskyj eng mit diesen Kreisen verbunden sind, wird es offensichtlich, daß diese Gruppe in ihrem maßlosen Streben nach Macht und Reichtum die Völker planmäßig in Krieg, Elend und Armut stürzt.

Deshalb ist es unumgänglich, daß ein weltweites Krisen-Profit-Verbot durchgesetzt wird. Wenn aus Katastrophen jeglicher Art kein Profit mehr generiert werden darf, sondern die so erzielten Gewinne z.B. zum Wiederaufbau oder zur Schadensminderung eingesetzt werden müssen, wird dieses böse Spiel schlagartig enden.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. November 2023 (x1.345/...): >>Erfassung von Impfnebenwirkungen: Das Schattensystem der CDC

Immer mehr Ärzte in den USA schlagen Alarm: Offenbar werden zahlreiche Meldungen von Impfnebenwirkungen von den Gesundheitsbehörden nicht nachverfolgt und im Meldesystem erfaßt.

Wim Lukowsky

Seit Beginn der Impfkampagne Ende 2020 werden in den USA Meldungen über Nebenwirkungen der Vakzine offenbar nur unvollständig und mit starker Verzögerung aufgenommen. Berichten des britischen Medizinjournal BMJ zufolge äußern immer Mediziner erhebliche Kritik an der offiziellen Datenbank zur Erfassung von Impfnebenwirkungen (bekannt als "VAERS") von der amerikanischen Gesundheitsbehörde (CDC) sowie der Arzneimittelbehörde (FDA).

Recherchen des Medizinjournal zeigen, daß offenbar zahlreiche Fälle von Nebenwirkungen und Tod nach der Corona-Impfung nicht weiter von der amerikanischen Gesundheitsbehörde verfolgt wurden und dementsprechend gar nicht, faktisch inkorrekt oder nur unvollständig in dem Meldesystem erschienen sind.

Der Grund für diese verzerrende Darstellung ist laut Recherchen des BMJ die Einteilung des Erfassungssystems für Impfnebenwirkungen in zwei Datenbanken - von denen nur eine öffentlich zugänglich ist. Die öffentlich zugängliche Bibliothek enthält dabei ausschließlich Erstmeldungen, also Informationen über die Erkrankung einer Person nach der Injektion des Impfstoffs. Die zweite Datenbank sammelt auch aktualisierte und weitergeführte Fälle. Hier werden vor allem Todesmeldungen und schwere Verläufe, die mit der Impfung in Verbindung stehen könnten und erst nach der Initialmeldung aufgetreten sind, aufgeführt.

Bereits vor einem Jahr erklärte der Abteilungsleiter für Nebenwirkungen der FDA, Narayan Nair, laut dem BMJ, daß das VAERS aus dem "Front-End und Back-End" bestehe. Das nicht zugängliche "Back-End" dürfe nicht veröffentlicht werden, da dort die Inhalte aus medizinischen Akten gespeichert werden und der Schutz der "Patientenvertraulichkeit Priorität" habe. Dabei finden sich genau hier die aufschlußreichen Informationen über unerwünschte Effekte.

Antragsteller können eigene Berichte nicht aktualisieren

Die öffentliche Datenbank besteht dabei vor allem aus Meldungen von Ärzten oder Privatpersonen. Allerdings wurden ebendiese Meldungen offenbar nicht aktualisiert, obwohl dadurch offenbar unter anderem Todesfälle nach der Impfung nicht weiter erfaßt wurden, wenn zuvor eine harmlosere Nebenwirkung an das VAERS gemeldet worden war und die Verschlimmerung erst mit Verzögerung eintrat. Manche Personen, die eine Nebenwirkungsmeldung einreichten, erhielten vom VAERS erst gar keine Antwort, andere mußten monatelang auf die Bestätigungsmail ("e-report") warten.

In diesen E-Mails sollten auch Links für zukünftige Änderungen enthalten sein - dieser Link fehlte wiederum in einigen E-Mails, so daß die Veränderung des Gesundheitszustands oder eine Todesmeldung gar nicht eingereicht werden konnten. Diese Fälle blieben also oft ohne Aktualisierung in der öffentlichen Datenbank, so das BMJ. Manchen Antragstellern wurde nicht einmal eine Identifikationsnummer des VAERS zugeteilt - was eine Weiterverfolgung des Falles unmöglich macht.

Das VAERS-Erfassungssystem wird gemeinsam von der amerikanischen Gesundheitsbehörde (CDC) sowie der Arzneimittelbehörde (FDA) betrieben. Beide Behörden leiten auch das Erfassungssystem für Nebenwirkungen von Arzneimitteln (FAERS), in welchem Änderungen kurioserweise durchaus öffentlich gemacht werden: Gesundheitszustände werden akribisch dokumentiert und ungefährliche Erkrankungen sowie Todesmeldungen gleichermaßen aufgeführt. Die Meldungen beider Erfassungssysteme werden einerseits von Ärzten und Patienten eingereicht, andererseits sind Impfstoff-Hersteller zum Veröffentlichen neuer Informationen verpflichtet.

Todesmeldungen wurden monatelang ignoriert

Eigentlich sollten die eingehenden Meldungen von den Mitarbeitern des VAERS innerhalb weniger Tage bearbeitet werden. Während verifizierte Meldungen über Erkrankungen und andere Beschwerden nur eine minimale Überprüfung durch Mitarbeiter der Gesundheitsbehörden erfordern, bedarf es bei schwerwiegenden Ereignissen wie dem Tod eines Geimpften schnellstmöglich eine ausführliche klinische Überprüfung durch CDC-Personal. In zahlreichen Fällen war das aber nicht der Fall: Die Meldungen blieben ohne Reaktion oder wurden erst Monate später beantwortet.

So meldete beispielsweise James Gill, Chefarzt des Staates Connecticut, dem VAERS im Juni 2021 den Tod eines 15-Jährigen infolge der zweiten Impfung mit dem BioNTech-Vakzin und begründete den Zusammenhang mit den Ergebnissen einer durchgeführten Autopsie. Obwohl solche Fälle überprüft werden sollten, bekam Gill nie eine Antwort von der Behörde. Erst im Februar 2022 meldete sich das CDC - und stellte Gills Untersuchungen öffentlich in Frage.

Ralph Edwards, ehemaliger Direktor des Uppsala Monitoring Centre, hält Systeme wie das VAERS für die Erhebung epidemiologischer Beweise ungeeignet. Um neue Informationen zu sammeln, müsse man "erst einmal danach suchen", sagte er dem BMJ. Das Suchen wäre ein aktiver Prozeß - das VAERS allerdings basiere auf passiven Datenerhebungen. Das führe dazu, daß viele Informationen über Impfstoffe "tendenziell eher ignoriert werden." Das VAERS sei zwar geeignet, um Nebenwirkungen festzustellen, die kurz nach einer Impfung auftreten. Später auftretende Nebenwirkungen werden allerdings seltener untersucht und so kaum in Zusammenhang mit der Impfung gestellt.

Es ist ein Teufelskreis: Erkennt die CDC solche spät auftretenden Nebenwirkungen nicht, können Ärzte nicht über mögliche Symptome einer Impfnebenwirkung aufgeklärt werden. Und wenn Ärzten wiederum diese möglichen Impfnebenwirkungen nicht bekannt sind, werden sie diese tendenziell seltener als solche erkennen und an das VAERS melden. Das CDC wiederum erhält so keine neuen Informationen über mögliche neue Nebenwirkungen.

Das System wird ausgenutzt

Trotz dieser systeminhärenten Probleme gingen seit Beginn der Impfkampagne 1,7 Millionen Meldungen beim VAERS ein, wovon 20.000 Todesfälle in direkter Verbindung mit mRNA-Impfstoffen untersucht wurden. Offiziell wurde allerdings kein einziger Todesfall als Folge der Impfung deklariert - zumindest in der öffentlich zugänglichen Datenbank.

Zu Beginn der Impfkampagne verzeichnete das VAERS einen raschen Zustrom an Meldungen, bis heute wurden so viele Fälle gemeldet, wie zusammengerechnet in den 30 Jahren zuvor. Das liegt mitunter an der offenen Bauweise des Systems: Die Website ist frei zugänglich und nutzbar - wenn gleich unübersichtlich, was einige Nutzer davon abhielt, Meldung zu erstatten oder sich zu informieren -, so tauchten während der Pandemie auch Meldungen aus dem Ausland auf. Außerdem muß man immer zwischen eingegangenen und bereits verifizierten Meldungen unterscheiden, denn die Zahl der unverifizierten Meldungen ist verständlicherweise wesentlich höher.

Ehe eine Meldung verifiziert ist, können aber schnell mal Monate vergehen. Das CDC und die FDA besetzten das VAERS zu Hochzeiten mit gerade einmal 70 bis 80 Angestellten - bei tausenden bis zehntausenden täglichen Meldung eine viel zu geringe Arbeitskapazität. Das wiederum führt zu den angesprochenen Problemen: Meldungen werden gar nicht oder sehr spät verifiziert, anschließend nicht aktualisiert und so unvollständig übernommen. Dann wiederum berufen sich Studien auf die unvollständigen Zahlen und reproduzieren ein verzerrtes Bild. Während das VAERS zu Zeiten der Pandemie für Aufregung wegen der vielen Meldungen sorgte, verlangsamte es momentan den Aufarbeitungsprozeß.

Haiti: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. November 2023:

>>Ermordung eines Impfgegners: Präsident Moïse

Haiti war das einzige Land auf dem amerikanischen Doppelkontinent, das die Spritzenkampa-

gne gegen Corona verweigerte. Das war dem mutigen Präsidenten Jovenel Moise zu verdanken, der kurz darauf ermordet wurde. ...

7. Juli 2021, 1:00 Uhr nachts: Es ist heiß in dem Stadtviertel Pétionville der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince - heiß und grün: Links und rechts an der Straße Pelerin 5, inmitten von üppigen Bäumen und satter Vegetation, stehen für haitianische Verhältnisse große und luxuriöse Villen. Hin und wieder hört man ein Auto, das sich über den Hügel schlängelt. Oder einen Hund bellen. Aber plötzlich auch Schritte:

"Eine Gruppe von 28 bewaffneten Männern, von denen die meisten vermutlich Kolumbianer sind, stürmt die Pelerin 5 hinunter, eine schmale gepflasterte Straße im Viertel Pétionville in der hügeligen Stadt", rekonstruierte die spanische Tageszeitung El Pais die Geschehnisse jener Stunden: "Dies ist eine DEA-Operation, verlassen Sie nicht das Haus", schallt eine Lautsprecherstimme über den Hügel. "Ich wiederhole, wir sind DEA-Agenten, und wenn Sie das Haus verlassen, werden Sie erschossen!"

Ein paar mutige Nachbarn zücken ihre Handys und filmen das Vorrücken der Kommandos. Die verwackelten Bilder zeigen fünf Fahrzeuge: zwei dunkle Vans und drei Pick-ups. El Pais weiter: "Die Einheit bewegt sich langsam und tauscht Anweisungen auf Englisch und Spanisch aus. Sie alle tragen gefälschte taktische Westen der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA mit den gelben Initialen und haben schwere Waffen bei sich, ... die Gruppe geht an Straßengraffiti mit der Aufschrift Team Jovenel vorbei."

Sie halten an dem Haus, in dem Haitis Präsident Jovenel Moise wohnt. Es ist ein einfaches einstöckiges Gebäude mit einer Einfahrt für Fahrzeuge und Fußgänger, so ein ehemaliges Mitglied seines Teams, das mit dem Haus vertraut ist, gegenüber El Pais. Es ist eine Todeschwadron. ...

Die Männer gehen weiter in das Hauptschlafzimmer, wo Moise und seine Frau schlafen." Laut Miami Herald telefoniert der Präsident dort verzweifelt mit der Polizei. "Wo sind Sie?", fragt er, "mein Leben ist in Gefahr, kommen Sie und retten Sie mich!" Plötzlich Stille. Dann Schüsse aus einem Sturmgewehr. "Sie kamen herein, gingen direkt in das Zimmer und sprachen mit jemandem am Telefon, um den Präsidenten zu identifizieren", sagte ein anonymer Zeuge dem Herald. "Während der Schütze der anderen Person in der Leitung das Profil des Präsidenten beschrieb, drehte er sich zum Präsidenten um und erschoss ihn."

Der Impfverweigerer

Das war quasi die wohl brutalste Impfstoffbestellung der Geschichte. Monatelang war in der Frage nichts vorwärtsgegangen: "Haiti ist das einzige Land der westlichen Hemisphäre, in dem noch nicht eine einzige Person gegen Covid-19 geimpft wurde", jammerte die NGO Open Democracy am 9.

Juli 2021. "Haiti ist eines der wenigen Länder weltweit und das einzige in Lateinamerika und der Karibik, das noch kein Covid-Impfprogramm eingeleitet hat", schrieb die New York Times Mitte Juli 2021.

So war das Thema Corona nicht gerade der Renner in Haiti: "Covid-19? Es mag zwar Schaden anrichten, aber das ist die geringste unserer vielen Sorgen", zitierte Le Monde denn auch einen Straßenverkäufer und Gelegenheitsfahrer in Port-au-Prince. "Und doch", versucht die Zeitung mit quietschenden Reifen die Kurve zu Corona zu kriegen, seit Februar werde Haiti von einer Welle von Coronaviren heimgesucht, deren Ausmaß zwar "unklar", aber dennoch "besorgniserregend" sei. Nur keine Angst vor Widersprüchen.

"Präsident Jovenel Moise forderte die Haitianer auf, medizinischen Tee zu trinken, um das Virus abzuwehren - ein unerprobtes Mittel", tadelte Reuters. ... "Das Land ist bis heute das einzige auf dem amerikanischen Kontinent, der am stärksten von der Pandemie betroffenen Region, das seine Bürger nicht geimpft hat", schrieb Le Monde am 10. Juli 2021. ... In Haiti kam die globale Impfwalze zum Stehen. Erst am 15. Juli, exakt eine Woche nach Moises Tod,

ging plötzlich alles ganz schnell. Was über viele Monate hinweg nicht geklappt hatte, lief nun im Eiltempo ab:

"Trotz des politischen Chaos, der sozialen Verwerfungen und des nationalen "Belagerungszustands", die auf den Mord folgten, hat Haiti nun eine Massenimpfkampagne gegen Covid-19 für Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Menschen über 65 Jahren gestartet", berichtete das National Public Radio.<<

17.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 17. November 2023 ([x1.348/...](#)): >>>**Ex-Polizeichef: Es wird hier zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen**

Von *Herbert Ludwig*

Ulf Küh, viele Jahre Polizeidirektor in Braunschweig, erhebt schwere Vorwürfe gegen die deutsche Migrationspolitik der offenen Grenzen. Sie sei vom politischen Unwillen geprägt, die Sicherheitsarchitektur Deutschlands zu erhalten. Es gehe von vermutlich eingewanderten islamischen Kämpfern eine wachsende Terrorgefahr aus. Und die Masse der Hamas-Unterstützer sei ja jetzt offenkundig geworden. Auch die hochkriminellen islamischen Clans entwickelten sich inzwischen zu gefährlichen politischen Organisationen. Die Polizei sei da hoffnungslos überfordert. Er werde mit Sicherheit in den nächsten Jahren zu einer Art Aufruhr kommen, wenn nicht politisch eine 180 Grad-Wende geschehe.

Ex-Polizeichef Ulf Küh (Tichys Einblick)

In einem Interview auf Epoch Times mit Alexander Wallasch vom 25. Oktober 2023 nahm der erfahrene Ex-Polizeichef insbesondere zur terroristischen Gefährdungslage in Deutschland Stellung.

Terrorgefahr

"Im Gespräch", schreibt Alexander Wallasch, "zeichnet der Ex-Polizeichef die Chronologie einer Überforderung. Ulf Küh verweist dabei explizit auf den politischen Unwillen zum Erhalt der Sicherheitsarchitektur Deutschlands."

Anfang 2016, als schon sein alarmierendes Buch "Soko Asyl" erschienen sei, wäre die Terrorgefahr, wie sie jetzt zu beobachten sei, noch kein Thema gewesen. Gleichwohl hätten sie sich Gedanken gemacht, so der Polizist.

"Ich habe das auch seinerzeit mal reklamiert, bin dann aber mehr oder weniger politisch gebeten worden, die Klappe zu halten."

Natürlich hätten sie Sorge gehabt, daß in der Einreisemenge der Menschen damals, die überhaupt nicht registriert worden seien, auch welche dabei waren, die für Greueltaten in Syrien und in anderen Ländern verantwortlich seien.

Da habe durchaus die Gefahr bestanden, daß schon Hamas-Kämpfer, solche vom Islamischen Staat oder irgendwelchen anderen Gruppen dabei gewesen seien. Das sei eine große Sorge gewesen, die aber von der Politik komplett ausgeblendet worden sei.

Schon 2015 hätte man von jedem an der Grenze einen Fingerabdruck nehmen können. Die Leute unregistriert einreisen zu lassen, sei eine der größten Eiseleien gewesen.

"Wir sind zurückgepiffen worden, wir sollten das nicht! Dabei wäre es ganz einfach gewesen, jedem, der einreist, ganz egal, wie er sich genannt hat, die Fingerabdrücke abzunehmen und ein digitales Foto zu machen. Beides hätte man problemlos in die Systeme einstellen können. Dann kann der Betreffende hinterher sonst etwas erzählen, wer er sei, es hätte ihm nichts genutzt. Fingerabdrücke und Foto hätten belegt, daß diese Person am soundsovielten über Kiefernfeldern nach Deutschland eingereist ist.

Aber das hat man nicht gewollt, das hat man politisch abgelehnt. Wir sind da abgemahnt worden. Ich mußte damals sogar meine Sonderkommission umbenennen, die sollte nicht mehr "Soko Asyl" heißen."

Das Bundeskriminalamt hätte schon in den Jahren seit 2008 darauf hingewiesen, daß da ein massives Problem entstehe. Aber auf die sei auch nicht gehört, sie seien ebenfalls politisch ignoriert worden.

Die Politik habe sich viel zu sehr in die Gewaltenteilung eingemischt, sprich in die Judikative und in die Exekutive. Da habe sie aber eigentlich nichts zu suchen. Die Polizei, der Polizeiführer, repräsentiere Recht und Gesetz und er sei Recht und Gesetz unterworfen. Und das sei bei der Justiz genauso. Da könne es nicht sein, daß ein Justizminister oder eine Innenministerin politische Weisungen erteile.

Er meint also Weisungen, die dazu führen, gegen das Gesetz zu handeln, dem alle unterworfen sind.

"Die Polizei ist sehr politisch geworden. Wer heute bei der Polizei noch eine Karriere machen will, der muß mit den Wölfen heulen. Sie haben ihren Auftrag verloren. Die politischen Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Sie wirken mit, sie sind aber nicht der Wille des Volkes!"

Der Interviewer Alexander Wallasch, weist darauf hin, daß die Polizei während der Corona-Maßnahmenkritik rigoros und oft mit übertriebener Härte gegen Demonstranten durchgegriffen habe. Bei den verbotenen Hamas-Demonstrationen entstehe dagegen eher der Eindruck einer großen Zögerlichkeit. Werde da mit zweierlei Maß gemessen?

Ulf Küch:

"Hier erkennt man, daß eine massive politische Einflußnahme erfolgt, gerade bezogen auf Demonstration von Hamas-Unterstützern und Israel-Gegnern. Politisch ist das lanciert. Der jeweilige Polizeipräsident oder wahrscheinlich auch der Innenminister geben da eine klare Weisung raus. Das nennt sich dann "Einsatzleitlinien", und an diese Einsatzleitlinien hat der Polizeiführer sich zu halten.

Wenn er das nicht macht, bekommt er ein paar zwischen die Hörner. Insofern, wer an seiner Karriere hängt als junger Polizeiführer, der wird dann sagen: Na gut, dann machen wir es halt so."

Kriminelle Clans werden politisch

Ulf Küch weist noch auf eine ganz andere große Gefahr hin. Er komme ja ursprünglich kriminalpolizeilich aus dem Bereich der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Aber die habe sich immer weitestgehend aus der Politik herausgehalten. Doch jetzt hätten wir es mit einer Situation zu tun, daß die islamischen hochkriminellen Clans, vor denen die Polizei schon in den 80-er Jahren gewarnt habe, jetzt auch noch politisch werde.

"Und da wird's gefährlich. Hier ist die Polizei im Augenblick hoffnungslos überfordert. Auf der einen Seite müssen die Straftäter verfolgt werden - Stichwort der Einbruch im Grünen Gewölbe in Dresden - und die gleichen Leute schlagen sich nun auf die Seite der Hamas-Unterstützer, und die Antifa läuft da auch noch mit hinterher. Also das ist eine toxische Mischung, die kann man im Moment noch kaum richtig einschätzen, aber ich halte sie für hochexplosiv."

Das mit den Clans habe sich ja im Zuge der Ghettoisierung der sogenannten Libanon-Flüchtlinge gebildet. Das seien die Familien, die man heute in den Ballungszentren habe. Die seien damals nach Bremen, Berlin, Duisburg und Köln gebracht worden, wo sie sich dann etabliert hätten.

Aber mittlerweile hätten sie sich ausgedehnt. Die ganze Problematik bestehe jetzt auch in kleineren Städten wie Salzgitter beispielsweise oder in anderen mittleren Kleinstädten. Die verstünden das auch sehr geschickt aufzuziehen: auf der einen Seite mit den legalen Geschäften und auf der anderen Seite dann mit dem illegalen Zweig.

"Aber die größte Brisanz im Augenblick sehe ich darin, daß sie sich voll auf die Seite der Israel-Gegner schlagen. Zuletzt haben sie vor dem Brandenburger Tor - das muß man sich mal

vorstellen - eine Demonstration gemacht, auf die Polizei eingeschlagen, um sich anschließend hinzuknien und zu ihrem Gott zu beten. Da hört es bei mir auf. Und ich verstehe auch die verantwortliche Politik nicht, die das zuläßt und nicht dagegen einschreitet."

Stimmung in der Bevölkerung

Auf die Frage, ob die Polizei die aktuellen Probleme überhaupt noch bewältigen könne, sagte er: Wir bräuchten dringend einen Paradigmenwechsel in der Politik. Er lebe auf dem Land und sehe da, daß die Menschen überhaupt kein funktionierendes demokratisches System mehr erkennen könnten. Es sei eine kritische Menge von Bürgern entstanden, welche keine Loyalität mehr zur Politik hat. Das Vertrauen sei weg.

Er könne bestätigen, daß einige Menschen mittlerweile bestimmte innerstädtische Bereiche meiden. Da sagten die Leute aus dem Dorf ganz klar, da gingen sie nicht mehr hin, das wollten sie nicht, das sei nicht mehr ihr Gebiet, das passe ihnen hier nicht mehr.

"Und wenn wir dann in die Großstädte gehen, Berlin oder Duisburg, da müssen wir nicht drüber reden, das sind doch ganze Stadtteile mit mehreren Hunderttausenden Menschen mittlerweile vollkommen losgelöst und unterwerfen sich überhaupt nicht mehr dem deutschen Recht."

Auf einen Großeinsatz in Wolfenbüttel mit über 50 Einsatzkräften gegen randalierende Migranten in der Innenstadt angesprochen, wo man jetzt Jugendclubs außerhalb aufbauen und Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten wolle, antwortete er, solche Maßnahmen halte er für schweren Unfug. Viele Migranten seien ja überhaupt nicht bereit, sich in unser System zu integrieren, unsere Rechte und unsere Gesetze anzuerkennen. Was solle man denen denn anbieten?

Nein, das könnten wir nicht mehr einfangen, was wir in den letzten 20 Jahren hier verbockt haben.

Es müsse jetzt mit der Faust auf den Tisch geschlagen werden. Es müßten Konsequenzen folgen. Denn wenn man sich daneben benehme, und es habe keine Konsequenzen, und zwar in jederlei Hinsicht, dann ende das böse. Das sei doch wie mit Kleinkindern. "Wenn man zu meinem Kind sagt: Du gehst nicht an die Messerschublade, und es macht es doch, und ich sage: Na gut, dann eben, wie du magst. Da muß ich mich nicht wundern, wenn mir auf der Nase rumgetanzt wird."

Es müsse nicht Gewalt sein, die da eingesetzt werde. Aber es gebe durchaus Möglichkeiten, diesen Leuten massiv auf die Füße zu treten. Und man müsse auch darüber nachdenken, ob diese erschlichenen Staatsbürgerschaften, die da angeboten werden, nicht wieder aufgehoben werden, und dann müßten die ausgewiesen werden. Die Amerikaner machten das genauso.

Auf die Frage, warum sich seit 2015 nichts geändert habe, erwiderte er:

"Weil sich in der Politik nichts geändert hat. Man muß nur mal nach Berlin gucken. Wenn ich mir da diese Frau Faeser anschau oder diese anderen Lichtgestalten der Politik, ob das eine Frau Baerbock ist, die mit ihrer feministischen Außenpolitik nicht einmal mehr in Liechtenstein empfangen wird, da müssen wir uns nicht wundern.

Wir sind in Europa die Lachnummer. Die lachen sich kaputt über uns. Die sagen, was ist denn mit den Deutschen los? Sind die noch ganz dicht? Aber es gibt mittlerweile auch welche, die haben große Sorgen, was hier in Deutschland passiert.

Wenn wir jetzt nicht als freiheitlich-demokratischer Staat mal auf dem Tisch schlagen und auch mal durchaus unpopuläre Maßnahmen treffen, dann haben wir verloren, dann kippt unser System. Dann kann ich nicht voraussagen, wo die Sache hingeht.

Wir werden sicherlich kein islamischer Staat werden, aber es wird hier mit Sicherheit zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen, wenn da nicht politisch eine 180 Grad Wende kommt."

Hintergründe

Er hält das Ganze aber nicht für politisch gewollt. Es sei durch Fahrlässigkeit und Dummheit entstanden, nicht erst seit 2015, sondern seit Anfang der 90er-Jahre. Da beginne das Ganze. Wie ein roter Faden ziehe sich das durch unsere Gesellschaft. Und selbst Altkanzler Helmut Schmidt, der x-mal interviewt worden sei, habe gesagt, es könne keine Identifizierung mit dem Islam in Deutschland geben. Schmidt habe sogar davor gewarnt und gesagt, man könne diese Kulturen nicht miteinander mischen.

Doch hier meine ich, daß der Ex-Polizeidirektor da nicht ganz durchblickt.

Es ist zwar richtig, daß die Einwanderung schon viel früher - ohne gesetzliche Grundlage - begonnen hat, sogar schon in den 1960er Jahren, und Fahrlässigkeit und Dummheit mögen bei einem Teil der verantwortlichen Politiker bestimmend gewesen sein. Aber führende links-grüne Politiker und Wissenschaftler haben schon früh die Verdünnung und Auflösung des angeblich faschistisch veranlagten deutschen Volkes durch den Zustrom Fremder gefordert.

Letztlich stehen hinter der Massenmigration nach Europa globale Organisationen wie UNO und EU, mit denen die deutschen Parteipolitiker willfährig zusammenarbeiten. Und dahinter lenken schwarzmagische Geheimgesellschaften der angloamerikanischen Welt, die nicht ernst genug genommen werden, die Dinge aus tieferen entwicklungsfeindlichen Gründen.

Ich weiß, das ist viel verlinkte Literatur, die man nicht auf einmal lesen kann. Aber ich wollte auf den ganzen Umfang dieses Komplexes hinweisen, mit dem ich mich seit Jahren gründlich befaßt habe.

Wir müssen aufwachen für die vollständigen Hintergründe, um richtig handeln zu können.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. November 2023 (x1.345/...):

>>**Reifenhersteller Goodyear schließt mehrere Werke: 1.800 Mitarbeiter bangen um Job**
Der Reifenhersteller Goodyear will bis 2027 die Produktion in Brandenburg und bis 2025 sein Werk in Hessen schließen. Politik und Gewerkschaft kämpfen gegen die Entscheidung, die den Verlust von 1800 Stellen bedeutet.

In Brandenburg und Hessen sorgt eine Ankündigung des Reifenherstellers Goodyear für Aufsehen: Das Unternehmen plant die Schließung von zwei Werken in Fulda und Fürstenwalde, was einen Verlust von 1.800 Arbeitsplätzen zur Folge hat. Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach und Ministerpräsident Dietmar Woidke wollen sich nun einschalten und den Abgang verhindern.

Goodyear ist einer der größten Reifenhersteller der Welt. Das Unternehmen beschäftigt rund 74.000 Mitarbeiter weltweit und fertigt Produkte in 57 Werken in 23 Ländern auf der ganzen Welt an.

Allein in Deutschland zählt Goodyear rund 5.000 Mitarbeiter. Ein Fünftel der Arbeitsplätze will man jetzt aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens abbauen.

Bis 2027 möchte Goodyear in dem Reifenwerk in Fürstenwalde (Brandenburg) schrittweise die Produktion einstellen. 750 Arbeitsplätze würden in Folge der Schließung der Produktionsstätte dann voraussichtlich wegfallen. Eine Nachricht, die die Region schockiert: Die Gewerkschaft IG BCE reagierte mit Bestürzung auf diese Nachricht, Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach von der SPD kündigte gar eine Intervention an.

Auch das Werk im hessischen Fulda will Goodyear noch bis Ende September 2025 schließen. Diese Schließung würde das Wegfallen von 1.050 Arbeitsplätzen mit sich ziehen. Insgesamt seien somit 1.800 Stellen in Deutschland betroffen.

Gewerkschaft wütet über den Entschluß

Goodyear begründete die Maßnahme mit der Verschlechterung der Marktaussichten in der Reifenindustrie, insbesondere durch den Zuwachs von Billigimporten aus Asien. Die anhaltende Inflation habe zudem die Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Goodyear sieht in der Entscheidung, Überkapazitäten abzubauen, eine Möglichkeit, die Kostenstruktur zu verbessern und langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität zu sichern,

so ein Unternehmenssprecher am Donnerstag. Die Marktaussichten in allen Bereichen der Reifenindustrie hätten sich in den vergangenen Monaten "deutlich und rapide" verschlechtert, faßte der Sprecher zusammen.

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie verkündete als Reaktion, man werde die Entscheidung zur Aufgabe des Werkes in Fürstenwalde nicht hinnehmen und weiterhin für den Erhalt der Produktionsstätte kämpfen. "Die IG BCE wird alles tun, um diese Katastrophe zu verhindern", sagte der Bezirksleiter Berlin-Mark Brandenburg, Rolf Erler. In einer Mitteilung betonte die Gewerkschaft, Beschäftigte würden in Fürstenwalde teils in zweiter und dritter Generation arbeiten. Nach über 80 Jahren Reifenproduktion werde diese Tradition jäh beendet.

Weiter wirft die Gewerkschaft Goodyear vor, die Entscheidung allein im Sinne der Gewinnmaximierung getroffen zu haben und zu wenig für sichere Perspektiven in der Reifenindustrie veranlaßt zu haben. Bemängelt wird stark, daß keine strategische Zusammenarbeit mit der nahegelegenen Gigafactory von Tesla in Grünheide aufgebaut wurde, eine Zusammenarbeit, die die wirtschaftliche Perspektive des Unternehmens sowie der gesamten Region wohl verbessern hätte können.

Der Bürgermeister der Stadt, Matthias Rudolph, äußerte sich im Kontrast zu der Gewerkschaft gegenüber dem rbb eher in Hoffnung, daß wegen Tesla die meisten Mitarbeiter einen neuen Job finden können. Ebenfalls hoffe er sehr, jemanden für die Nachnutzung des Standorts zu finden. Die Nachfrage nach solchen Standorten sei in den letzten Jahren explodiert, so Rudolph.

Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) kündigte hingegen an, weiter für den Erhalt kämpfen. Wie die Staatskanzlei am Donnerstagabend bei "X" mitteilte, versicherte Ministerpräsident Woidke den Goodyear-Beschäftigten, daß die Landesregierung um ihre Industriearbeitsplätze kämpfen wird. Es hieß, es seien sofortige Gespräche angesetzt. Auch Wirtschaftsminister Jörg Steinbach kündigte an, sich mit der Geschäftsführung in Kontakt zu setzen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. November 2023 (x1.344/...): >>**Die zunehmende Christenfeindlichkeit in Europa ist inakzeptabel!**

Gestern wurden zwei Jahresberichte veröffentlicht, die einen besorgniserregenden Anstieg der Gewalt gegen Christen in Europa im Jahr 2022 dokumentieren. Die Berichte stammen von den Organisationen OIAC Europe und der OSZE. Laut den Erhebungen hat die Zahl der Angriffe im Vergleich zum Vorjahr um 44 Prozent zugenommen. Besonders alarmierend ist der Anstieg um 75 Prozent im Bereich der Brandstiftungen. Insgesamt werden für Deutschland 231 Übergriffe gemeldet.

Maximilian Krahn, Mitglied im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland und Spitzenkandidat der AfD im Europawahlkampf 2024, äußert sich dazu: "Die Berichte über den Anstieg von Angriffen gegen Christen in Europa sind an sich bereits alarmierend. Die geringe Resonanz in der Presse spiegelt jedoch auch eine beunruhigende Ignoranz des politisch-medialen Mainstreams wider.

Alle Lippenbekenntnisse zur Toleranz haben keinen Wert, wenn sie nicht auch für Christen gelten. Warum also diese ohrenbetäubende Stille? Vielleicht hat es etwas damit zu tun, daß die anti-christlichen Attacken allzu oft von linken Ideologen oder vermeintlich 'Schutzsuchenden' ausgehen.

Die AfD setzt sich entschlossen dafür ein, das Bewußtsein sowohl in der Gesellschaft als auch bei den europäischen Regierungen für diesen Mißstand zu schärfen. Wir werden es nicht zulassen, daß Christen in Europa nicht mehr frei ihren Glauben leben können, ohne angegriffen zu werden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. November 2023: >>**24**

Milliarden-Investment in Krieg und Leid

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Oswald-Spengler-Stiftung, Matthias Moosdorf, äußert sich zur Rolle Deutschlands und des Westens im russisch-ukrainischen Krieg und zu den fruchtlosen Investitionen in die Militärindustrie. In seinem Buch "Tödliche Torheit: Der Krieg in der Ukraine und das Desaster der deutschen Politik" zeigt Manfred Kleine-Hartlage, wie die Bundesregierung Öl ins Feuer gießt.

Deutschland hat in den letzten 20 Monaten rund 24 Milliarden Euro in die Finanzierung der Ukraine investiert. Insgesamt sind in dieser Zeit um die 200 Milliarden Euro oder Dollar in die Finanzierung der Ukraine und damit hauptsächlich auch in die militärische Finanzierung investiert worden von den westlichen Staaten. Das wäre vergleichbar mit dem doppelten oder fast dreifachen des russischen Militärhaushalts.

Inhaltlich muß man sich jetzt fragen, was erreicht werden konnte. Die Frontlinie zwischen den Oblasten und dem Kernland der Ukraine konnte nicht in irgendeiner Weise zu Gunsten von einer Seite verschoben werden. Laut Aussage des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr Harald Kujat sind ungefähr 400.000 oder gar 450.000 ukrainische Todesopfer zu beklagen. Man muß sich fragen, ob diese 450.000 Menschen noch leben könnten, wenn diese permanente Eskalation nicht stattgefunden hätte.

Am Anfang ging es nur um Stahlhelme, dann um Handfeuerwaffen, dann plötzlich um Panzer, jetzt geht es am Ende um weitreichende Marschflugkörper, Raketen und F-16-Kampffjets. Diese Eskalation hat keine Änderung in der Gesamtstrategie hervorgebracht, sondern eigentlich nur Kollateralschäden.

Rußland steht heute ökonomisch besser da als noch vor dem Krieg

In der Zeit wurden zahlreiche Sanktionspakete verhängt. Die haben dazu geführt, daß es uns in den westlichen Staaten wesentlich härter getroffen hat als Rußland. Rußland steht heute ökonomisch besser da als vor dem Krieg, vor allem aber besser als der Westen.

Wenn man jetzt die Kapazitäten in der russischen Militärindustrie heranzieht, muß man davon ausgehen, daß die russische Militärtechnik ihre Verluste bei weitem kompensieren kann und wahrscheinlich sogar in der Lage ist, effizienter zu produzieren als die gesamten westlichen Staaten zusammen.

Ein Beispiel: Im Vergleich zu 2022 kann Rußland heute 60-mal mehr Munition fertigen als noch vor 15 Monaten. Das bedeutet, daß die EU, die sich verpflichtet hat, eine Million Stück 155-mm-Granaten zu liefern, voraussichtlich nur 228.000 Stück liefern kann. Rußland ist aber in der Lage, eine Million oder sogar zwei Millionen davon zu produzieren.

All dies deutet darauf hin, daß wir also vor einer Situation stehen, in der ganz inhaltlich gesagt werden kann, daß weder die Ukraine die Möglichkeiten die Technik noch die Bevölkerungszahl hat, sich noch einmal in dieser Größenordnung an diesem Krieg zu beteiligen, mit diesen Opferzahlen.

Auch die Entscheidung im US-Repräsentantenhaus, die Budgets für Waffenlieferungen zusammenzustreichen, sowie die Entscheidung von europäischen Ländern wie Slowakei, Polen und Ungarn, keine weiteren Waffenlieferungen zu unterstützen, zeigen, daß insgesamt aus diesem gesamten Konflikt ein viel stärkerer Realismus eingezogen ist.

Es ist schon immer so gewesen, daß Gewalt keine Lösung sein kann

Dieser Realismus besagt, und da sind wir wieder bei den Kernforderungen von uns in der AfD, daß es ohne Verhandlungen nicht gehen wird. Und jetzt komme ich zu dem zweiten Punkt und das ist ein politischer Punkt. Es ist schon immer so gewesen, daß Gewalt keine Lösung sein kann. Es handelt sich eben, wenn man mal von der Aggression absieht, in die Ukraine einzumarschieren, trotzdem um einen Konflikt, der eine lange Vorgeschichte hat, der Opfer auf beiden Seiten hat, die teilweise vom Westen überhaupt nicht betrachtet worden sind, von 2014 mindestens bis zum Beginn dieses Krieges.

Und da ist es ganz klar, daß man besser daran getan hätte, mit unserer Erfahrung im Westen beispielsweise die Minsker Vereinbarungen umzusetzen und damit dem Sicherheitsinteresse von beiden Seiten Rechnung zu tragen.

Es gibt legitimes Sicherheitsinteresse in der Ukraine, aber es gibt genauso ein legitimes Sicherheitsinteresse in Rußland. Damit beiden Seiten Rechnung zu tragen und eben auf Ausgleich zu setzen, hätte man notfalls unter OSZE-Beobachtung die Menschen in den umstrittenen Gebieten fragen können, wie sie in Zukunft leben wollen.

Europa hatte im Vorfeld keine Antworten

Ich denke, darauf läuft es jetzt wieder hinaus. Emmanuel Macron hat im Dezember vergangenen Jahren darauf hingewiesen: Nicht wir im Westen diktieren, wie die Zukunft dort aussieht. Statt dessen muß man die Leute vor Ort fragen, wie sie in Zukunft leben wollen - natürlich unter Beobachtung internationaler gesicherter Institutionen. Dann wird sich dieses Problem auch lösen lassen.

Will man einem Land die Zukunft rauben, braucht man nur eine ganze Generation junger Männer in Kriegsinvaliden zu verwandeln, die dann keine Familien mehr gründen können. Und das ist hier geschehen. Das eigentlich Tragische ist, daß Europa im Vorfeld keine Antworten gehabt hat, um diese schlimme Entwicklung zu verhindern. Und deswegen finde ich: Es ist an der Zeit, die Sache zu beenden. Wir müssen uns an einen Tisch setzen. Jetzt! Alles andere wäre verheerend. Es würde einen Stellungskrieg bedeuten, der über Jahre andauern würde und der außer Leid nichts hervorbringen kann.

Das Verhalten der deutschen Politik in der Ukraine-Krise war und ist desaströs. Doch gibt es überhaupt einen Durchblick zur derzeitigen Lage in Rußland? Ilia Ryvkin liefert mit seinem neuesten Werk "Russendämmerung" phänomenale Ein- und Ausblicke. Wer Rußland und damit den Ukraine-Konflikt verstehen will, kommt an Ryvkin nicht vorbei!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. November 2023 (x1.344/...): >>**30 Prozent weniger Baugenehmigungen - In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen!**

Die Wohnungskrise in Deutschland spitzt sich weiter zu, wie neue Zahlen zu den Baugenehmigungen zeigen. Im September wurden nur noch 19.300 Wohnungen genehmigt, ein alarmierender Rückgang um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die düsteren Aussichten für 2024 lassen auf eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot schließen.

Hohe Baukosten, steigende Zinsen, künstlich verknappte Baugrundstücke und immer mehr staatliche Auflagen bremsen den Wohnungsbau seit Monaten. Das dilettantische Agieren der Bundesregierung und die damit zusammenhängende Unsicherheit in Bezug auf künftige Heizvorschriften verstärkt die Zurückhaltung potentieller Bauherren.

Heute nicht begonnenen Bauprojekte werden in Zukunft auf dem Wohnungsmarkt fehlen, die Zielvorgaben der Bundesregierung von 400.000 neuen Wohnungen jährlich sind bereits jetzt in weite Ferne gerückt.

Es ist höchste Zeit, die Kosten für das Bauen und Wohnen durch eine völlig absurde Klima-Ideologie nicht weiter künstlich in die Höhe zu treiben. Hierzu zählt die sofortige Abschaffung sämtlicher CO2-Bepreisungen sowie ein Außer-Kraft-Setzen des Gebäudeenergiegesetzes.

Mindestens genauso wichtig ist es jedoch, die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland endlich zu beenden, um die Situation am Wohnungsmarkt nicht immer weiter zu verschärfen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. November 2023: >>**"Wirtschaftsweiser": Her mit dem Klima-Soli**

Der "Wirtschaftsweiser" Achim Truger gegenüber der Welt vor, "fehlende Einnahmen im Haushalt durch einen befristeten Energie- oder Klima-Soli auszugleichen".

Jetzt haben die Karlsruher Verfassungsrichter gegen die Ampel entschieden: Die 60 Milliarden Euro-Kreditkapazität für Corona-Schäden dürfen nicht vom Klimafond übernommen werden.

Kein Grund zur Schadenfreude. Denn die Ampel wird ihre Klimapolitik um jeden Preis durchdrücken. Wer das bezahlt? Na, die Bürger. So schlug der "Wirtschaftswoche" Achim Truger gegenüber der Welt vor, "fehlende Einnahmen im Haushalt durch einen befristeten Energie- oder Klima-Soli auszugleichen".

Schließlich plant Habeck im kommenden Jahr eine Herabsetzung der Stromsteuer für energieintensive Unternehmen und will Elektromobilität fördern.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. November 2023 (x1.344/...): >>**Wir brauchen keinen "Klima-Soli"!**

Wer glaubt, daß sich die Ampelregierung nach der juristischen Ohrfeige vor dem Bundesverfassungsgericht in Demut üben und das eigene Versagen anerkennen würde, dürfte bald eines Besseren belehrt werden. Denn es wird schon fieberhaft nach Möglichkeiten gesucht, die nun fehlenden 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt woanders her zu bekommen. Der "Wirtschaftswoche" Achim Truger, enger Berater von Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister Robert Habeck, bringt nun einen "Klima-Soli" ins Gespräch.

Der Steuerzahler soll also noch mehr belastet werden: Für geförderte Elektroautos, die ansonsten kaum jemand kauft, für die finanzielle Unterstützung von unwirtschaftlichen Wärmepumpen, die sich bald jeder einbauen soll, und für die ermäßigte Industriestromsteuer, die man vermeiden könnte, wenn man nur die Kernkraftwerke wieder ans Netz bringen würde.

Dabei wäre die einzig logische - und auch moralisch richtige - Konsequenz aus dem Urteil von gestern der Abschied von der Ampel. Denn mit der geplanten und zum Glück gestoppten Zweckentfremdung von Staatschulden hat man den Bürgern die eigene Unfähigkeit mehr als deutlich genug gemacht. Zieht die Chaos-Truppe ihre Klimaprojekte nun trotzdem weiter durch, schadet das nicht nur den Bürgern und der Wirtschaft, sondern unserem gesamten Land. Deshalb können die nächsten Schritte nur sein: Vertrauensfrage, Rücktritt, Neuwahlen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27469" berichtet am 17. November 2023 (x1.343/...): >>**2. Corona Symposium im Bundestag. Ruf nach Aufarbeitung!**

Im Bundestag wurde der Antrag der AfD, einen Corona-Untersuchungsausschuß einzusetzen, abgelehnt. So entschloß sich die Fraktion mit dem 2. Corona Symposium selbst eine Anhörung durchzuführen. Die Veranstaltung mit kompetenten Experten brachte geballte Fakten zu Tage und zeigt die Notwendigkeit einer juristischen Aufarbeitung. Kein Wunder also, daß weder Politik noch Mainstream-Medien an einer Offenlegung interessiert sind.

Herzlich willkommen, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, beim zweiten Corona-Symposium hier direkt vor Ort aus dem Deutschen Bundestag in Berlin. Initiiert wurde das Ganze von der Fraktion der Alternative für Deutschland und eingeladen wurden Wissenschaftler, Ärzte, Mediziner, Experten jeglicher Gattung. Heute vor Ort sind wir über 300 Leute und Experten aus unterschiedlichen Bereichen, halten Impulsvorträge bei denen, wie Sie vielleicht auch hier im Hintergrund bemerken können, Standing Ovation, Applaus, Jubel stattfinden - aber auch so manches Auge blieb nicht trocken.

Denn diese Themen, die heute hier bewegt werden, beziehen sich auf die letzten drei Jahre, wo so viel Leid verursacht wurde. Von Impfpfern, wie zum Beispiel Katharina König, über die vielen Kinder und Jugendlichen, die in Bildungseinrichtungen und auch Jugendheimen zutiefst gedemütigt wurden und zu Schaden kamen. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden und genau das ist das Anliegen der Veranstalter dieses Symposiums. Hier am 11. November und auch morgen am 12. November werden dicht gedrängt und

fachlich hochinteressante Vorträge gehalten werden.

Eine juristische Aufarbeitung und Untersuchung ist selbstverständlich im öffentlichen Interesse - sollte man meinen. Die öffentlichen Leitmedien, die heute hier eingeladen wurden, glänzen mit Abwesenheit. Auch politische Verantwortungsträger, wie zum Beispiel Lauterbach oder auch Drost, sind heute nicht anwesend, obwohl sie vom Veranstalter eingeladen wurden. kla.tv nimmt Sie nun mit auf einen Zusammenschnitt der einzelnen Eindrücke dieses heutigen Tages und danke, daß auch Sie Ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Geschehnisse mit beitragen, indem Sie diese Sendung weiterverbreiten und nicht müde werden, diese Themen immer wieder anzusprechen und in Ihrem Bekanntenkreis weiter zu verbreiten.

Vielen Dank!

MdB Peter Bystron: "Es hat sich schon gestern Abend abgezeichnet, daß das ein Riesenerfolg wird. Das hat sich heute bestätigt. Der Saal ist voll, die Tribünen da oben sind voll. Es sind alle gekommen, die großen Namen, die Kämpfer, die Menschen, die drei Jahre lang für die Freiheit von uns allen gekämpft haben, egal ob als Ärzte, Krankenschwestern, Anwälte, die sind alle hier. Also es ist top."

Ronald Weigl: "Also man kann mal sagen, Aufbruchsstimmung, positiv alles, Optimismus, daß wir was tun können, daß wir wirken können."

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: "Das Event wie heute ist einzigartig, einmalig und ganz großartig. Also ich bin nicht politisch, ich gehöre keiner Partei an, ich bin nicht links, rechts, oben, unten. Aber was die AfD heute und morgen organisiert haben, ist für mich beeindruckend und bewundernswert."

Scott Lips: "Nun, was mich nach Deutschland bringt, ist diese Veranstaltung hier über das Corona-Virus. Das ist ein wichtiges Thema, über das noch nicht gesprochen wurde. Deshalb war ich erstaunt, als ich sah, daß es hier diskutiert wurde, und ich mußte einfach dabei sein."

Gunter Frank: "Und auch dem Veranstalter, das muß man einfach sagen, der AfD gehört da dieses Lob, daß sie diese Leute zusammengebracht hat, die seit drei Jahren jetzt gegen diesen Wahnsinn kämpfen. Und wir würden zu jeder Partei kommen, die demokratisch gewählt ist, um das zu tun. Aber es ist im Moment eben nur die AfD und deswegen machen wir das. Und es ist total schön zu sehen, wie immer, wie in den ganzen drei Jahren, überall, wo Leute sich zusammenfinden um gegen diesen Wahnsinn anzugehen, daß die Stimmung gut ist. Und ich glaube, es hängt damit zusammen, daß einfach da wo sich solche Gruppen treffen, eben die Wirklichkeit ist."

MdB Kay-Uwe Ziegler: "Ja, unser Ziel war wirklich so viel wie mögliche Sachverständige, Referenten, Leute, die in den letzten zwei, drei Jahren wirklich eine Rolle gespielt haben, hierher zu bekommen, die Meinungen zu hören, die Leute zusammenzubringen und zu zeigen, daß wir mit dem, wie Corona jetzt zu Ende gebracht werden soll von der aktuellen Politik, daß wir damit nicht einverstanden sind, sondern daß das Ganze eine Aufarbeitung braucht. Und daran arbeiten wir und wir werden auch nicht aufhören, bis das gelungen ist."

MdB Martin Sichert: "Wir hatten ja im Bundestag die Ablehnung des Untersuchungsausschusses zum Corona-Thema. Und das war für uns dann der Anstoß zu sagen, wir müssen hier über dieses Thema reden. Und wir versuchen zumindest mit diesem Symposium jetzt mal eine kleine Aufarbeitung zu machen, nochmal an diese ganzen Themen zu erinnern und darzulegen, daß es da viele Menschen gibt, viele Experten, viele Professoren, die wir hier ja auch erleben, die dort sagen, die Zahlen, Daten, Fakten sind nicht unbedingt das, was die Regierung sagt, sondern die sind teilweise gegenläufig."

Und wir müssen darüber reden: Sind die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, sind die gerechtfertigt, sind die nicht gerechtfertigt? Und das war der Anstoß, um dieses Symposium hier auf den Weg zu bringen. Und uns wäre natürlich ein Untersuchungsausschuß im Deutschen Bundestag deutlich lieber, aber den gibt es frühestens voraussichtlich nach der nächsten Bun-

destagswahl. Und wir werden aber an dem Thema dranbleiben, weil uns diese Aufarbeitung einfach wichtig ist, weil das, was in diesen drei Jahren Corona an Freiheitseinschränkungen passiert ist, auch an massiven Eingriffen in das Wirtschaftsleben und so weiter, wie viele Menschen da auch krank geworden sind, Millionen Kinder, Jugendliche allein, die psychisch krank geworden sind durch die Corona-Maßnahmen und so was, das muß alles aufgearbeitet werden."

MdB Dr. Rainer Rothfuß: "Und hier hat Fehlverhalten stattgefunden, krassester, gravierendster Art, wo nicht nur aufgrund von Unwissenheit, sondern weil man auch wissenschaftliche Expertise einfach ausgegrenzt, diffamiert hat, die einem hätte helfen können ganz anders zu reagieren."

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: "Es wurde bewußt gelogen. Es wurde bewußt gelogen, anders kann man es nicht sagen. Wenn die Führung des RKI dann etwas anderes behauptet, als was die eigenen Abteilungen an Daten zur Verfügung haben und auch publizieren, dann muß man sagen, dann ist es schlicht und ergreifend gelogen. Also es kann nicht anders sein. Und es ist natürlich bewußt gelogen worden, weil das Narrativ der Corona-Epidemie, der Corona-Pandemie mußte sozusagen befüttert werden, um dann nachher mit der Impfung um die Ecke zu kommen, als einzigem Retter."

Tom Lausen: "Aber ich kann natürlich aufgrund der statistischen Methoden, die beim Paul-Ehrlich-Institut und auch beim RKI angewendet werden, sagen, daß sie es falsch angewendet haben und daß sie es wissentlich falsch angewendet haben und daß sie sich nicht um richtige, vollständige Daten gekümmert haben. Und das führt dazu, daß man eine falsche Impfwirksamkeit bescheinigt, die man gar nicht weiß, obwohl man ein Institut ist, wie beim RKI ja als Behörde, das eingedeckt ist von Meldepflichten. Also die außenliegenden Gesundheitsämter müssen ja melden. Das ist ja ein gesetzlicher Tatbestand.

Das heißt also, Daten aus den Krankenhäusern müßten eigentlich beim RKI ankommen, tun sie aber nicht. Trotzdem hat das RKI ganz offensichtlich gar keine Verpflichtung dafür zu sorgen, daß diese Daten doch kommen und rechnet nur mit den Daten, die viel zu wenig sind, eine Impfwirksamkeit aus, die es eigentlich gar nicht gibt. Aber es ist eine Phantasie-Impfwirksamkeit, kann man sagen. Und dadurch wird das den Leuten falsch kommuniziert. Das sind Falschinformationen."

Gerald Hauser: "Um diesen Corona-Wahnsinn aufzuarbeiten, der bei Kindern beginnt, die in Masken hineingedrängt wurden ohne Not, Stichwort Schweden. In Schweden wurden die Grundschulen überhaupt nicht zugesperrt. Bei uns in Österreich, wir hatten also fünf Lock-downs mit Schulsperren. Bis hin zu den alten Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen jämmerlich und erbärmlich sterben mußten, weil sie keinen Besuch erhalten haben, weil man die alten Menschen nicht besuchen konnte. Neben den fürchterlichen Folgen und Wirkungen und Nebenwirkungen dieser Covid-Spritze, die mehr Schäden verursacht hat, als sie überhaupt helfen konnte. Also unterm Strich hat man eine unglaubliche Breite und Palette von Themen, die aufzuarbeiten sind. Viel Arbeit, aber wir werden, das verspreche ich, wir werden diese Arbeit erledigen."

Ralf Ludwig: "Wir dürften niemals als staatliche Institution, als Politiker, als Regierung anordnen, ein Befehl erteilen, ein Gesetz, eine Verordnung oder Ähnliches machen, daß unschuldige Menschen getötet werden. Und wenn wir jetzt auf diese Corona-Zeit gucken, dann sehen wir, daß jedenfalls bei den Impfpflichten, die es in einigen Ländern gegeben hat, zum Beispiel in Deutschland, zum Beispiel in Österreich, zum Beispiel in Frankreich, zum Beispiel in Italien, daß dort angeordnet wurde, daß Menschen aus einem bestimmten Sektor, einer bestimmten Altersgruppe, einen bedingt zugelassenen Stoff in ihren Körper zwingend aufnehmen müssen, von dem man wußte, daß er bei einer bestimmten Anzahl von Menschen tödlich ist. Und das ist ein Verbrechen gegen die Menschheit oder ein Verbrechen gegen die

Menschlichkeit, je nachdem wie man es übersetzt.

Niemand darf einen Menschen dazu zwingen oder einen Menschen dazu verpflichten, an seinem Körper etwas zu dulden, was ihn tötet. Das gibt es nicht, egal wie viele man rettet. Die Frage darf niemals sein, schützt das was ich tue, sondern die Frage, die man sich stellen muß, ist immer, schadet das was ich tue als Politiker? Der Staat darf das nicht. Und jeder Handelnde eines Staates, der das, der so etwas zuläßt, steht außerhalb unserer Rechtsordnung, steht außerhalb unserer Gesellschaftsordnung. Und deswegen ist es ja auch als Verbrechen bezeichnet. Und das gehört vor Gericht und es gehört aus meiner Sicht dann eben auch verurteilt."

Gerald Hauser: "Diese Spritze hilft nicht. Und es ist bis heute nicht erwiesen, daß die mRNA-Impfungen wirksam sind und sicher sind. Und man darf kein Medikament verabreichen, das nicht wirksam und sicher ist. Das heißt, man hätte diese mRNA-Impfungen schon längst vom Markt nehmen müssen, weil sie weder wirksam noch sicher sind."

MdB Dr. Christina Baum: "Und jetzt das alles zusammenzutragen, damit man mal das Ausmaß des Geschehens überhaupt richtig erfassen kann, das ist das Beste dabei. Und ich glaube, das wird auch nochmal seine Wirkung nicht verfehlen. Auch hoffentlich draußen auch, dank Ihnen, den alternativen Medien, daß Sie das weitertragen. Das ist ganz wichtig, denn ich weiß gar nicht, haben Sie jemanden gesehen von der Mainstream-Presse? Ist da jemand da? Ich weiß es gar nicht."

kla.tv: "Ich habe niemanden gesehen."

MdB Dr. Christina Baum: "Sehen Sie, genau das. Es wird wieder mal verschwiegen, obwohl alle eingeladen wurden, alle."

kla.tv: "Wer wurde denn sonst noch alles eingeladen?"

MdB Dr. Christina Baum: "Also vom RKI, von dem Paul-Ehrlich-Institut haben wir eingeladen. Ich persönlich habe den Generaloberstabsarzt von der Bundeswehr, den Dr. Baumgärtner eingeladen, der ja für die Impfungen sozusagen der Soldaten zuständig ist. Aber Sie sehen ja, ich habe niemanden gesehen. Sie?"

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: "Liebe Medien ARD, ZDF, Süddeutsche Zeitung, FAZ, Zeit, bitte macht endlich eure Augen auf und kehrt zu einer angemessenen, ausgewogenen Berichterstattung zurück. Also man hat ja in diesen Medien in den letzten drei Jahren sozusagen nur Propaganda gelesen. Und da muß der Zug hingehen, daß wir wieder Medien bekommen, eine Medienlandschaft, in der breit diskutiert wird, in der Fakten nicht ausgegrenzt werden und als rechtsradikale 'Geschwurbelei' oder was diffamiert werden. Das ist ja unglaublich, was da passiert ist."

Gerald Hauser: "Allen alternativen Medien ein wirklich großes Kompliment. Ohne alternative Medien, ohne kla.tv wäre es nicht möglich, solche Botschaften auch hinauszubringen. Es wird ja derzeit über die Weltgesundheitsorganisation, die alles ist nur keine Gesundheitsorganisation, ein Pandemie-Vertrag vorbereitet. Und in diesem Pandemie-Vertrag versucht man zukünftig das Verbreiten von 'Fake News' zu unterbinden - 'das ist das, was der Gerald Hauser scheinbar derzeit macht.' Wer entscheidet, was Fake News überhaupt sind?"

MdB Dr. Rainer Rothfuß: "Wir sehen aber, daß ausgehend aus der letzten Pandemie, jetzt eben an einem Pandemie-Vertrag gearbeitet wird, wo sich die Staaten verpflichten, die Weisungen der WHO umzusetzen, was bisher nur Empfehlungen waren und was aber auch schon letztendlich zu einer Art Gleichschaltung des ganzen Planeten, der ganzen Staatenwelt geführt hatte."

Ralf Ludwig: "Und damit ist Corona nicht nur jetzt nicht vorbei, sondern es ist auf Sicht nicht vorbei, weil eben Grenzen eingerissen worden sind. Es sind Grenzen eingerissen worden, die es erlauben, daß sich irgend jemand jetzt hinstellt und sagt: 'Aus der und der Gefahr, die ich jetzt gerade vermute, ordne ich jetzt folgende Maßnahmen an.' Und wenn man das globaler

sieht, ist es natürlich mit dem WHO-Pandemie-Vertrag, der jetzt vor der Tür steht, ist natürlich genau diese Gefahr, daß das, was die Corona-Zeit uns über diese drei Jahre oder zweieinhalb Jahre gezeigt hat, daß das jetzt regelmäßig wiederholt werden kann, daß man quasi mit jeder Krankheit, die neu aufkommt, die möglicherweise sich weltweit verbreitet, immer wieder massiv Menschenrechte und Grundrechte einschränken kann."

MdB Dr. Rainer Rothfuß: "Diktatur ist etwas, was uns jederzeit ereilen kann, wenn durch letztendlich ein großes globales Narrativ die Menschen in Angst und Schrecken versetzt werden und dann der Einzelne seine Freiheitsrechte auch freiwillig abgibt, weil er sagt: 'Gut, das ist jetzt wohl nötig, daß wir alle zusammenstehen, es geht nicht anders'. Aber genau da sind wir an dem Punkt, das ist eben die Anfälligkeit unseres Systems, daß das dann nicht mehr hinterfragt wird, in der Panik- und Schockstarre nicht mehr hinterfragt wird und dann kann das auch global aufgezogen werden."

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: "Man wollte diese Impfung partout durchdrücken gegen eigentlich besseres Wissen und gegen den gesunden Menschenverstand und es sind sehr viele Menschen dadurch zu Schaden gekommen. Und da kann man jetzt nicht einfach sagen: 'Na ja, ist halt passiert, jetzt Schlußstrich drunter, machen wir weiter.' Nein, man muß es aufarbeiten, auch um zukünftig ähnlichen Mißbräuchen entgegenzuwirken und vor allen Dingen natürlich um zu verhindern, daß die WHO jetzt auch noch einen Pandemie-Vertrag auf den Weg bringt, der der WHO Durchgriffsrechte in nationales Recht einräumt und damit werden Tür und Tor geöffnet für zukünftige Pandemien und ähnlich katastrophales Mißmanagement."

Roland Weigl: "Aber ich glaube, wir müssen uns langsam trauen anzusprechen, wenn wir diese ganzen Betrügereien, diese ja von Anfang an ... das muß jeder Impfstoffhersteller gewußt haben, daß diese Impfstoffe natürlich verunreinigt sind mit genetischen Materialien, was sofort in unser Erbgut eingebaut werden kann, DNA-Plasmide zum Beispiel, also nicht nur mRNA, sondern auch zweisträngige Nukleinsäuren DNA-Typ, die sofort in unser Erbgut gehen können."

Wenn wir wissen, mit wie viel Betrügereien hier gearbeitet wurde, wie Statistiken geschönt wurden und so weiter, da müssen wir doch daran denken, daß hier die Absicht zu schaden dahinter war und da müssen wir überlegen, warum, warum will man den Menschen schaden? Also wer hat das verursacht? Und ich glaube, da kommt man sehr schnell darauf, daß hier wirklich böse Kräfte, dunkle Mächte am Werk sind."

Wir können diesen Wahnsinn, diese vermeintliche Überlegenheit der bösen Kräfte, die natürlich einen finanziellen Vorteil haben, die ganze Staaten in den Grund spekulieren können, ich glaube, den können wir nur gewinnen, wenn wir uns mit dem Göttlichen verbinden. Die Geschichte David gegen Goliath beispielsweise ist ein Hinweis, daß es gelingen kann und daß wir nicht aufgeben dürfen."

Gerald Hauser: "Die Menschen werden jetzt mutiger, sie werden munter, sie wachen auf und immer mehr Experten schließen sich der Aufarbeitung dieser desaströsen Covid-Politik an und deswegen bin ich brutal zuversichtlich."

Ralf Ludwig: "Aber das sind wir alle, die das verändern müssen, wir müssen weiter auf die Straße gehen, wir müssen Bücher schreiben, wir müssen Videos machen, wir müssen neue Nachrichten erfinden und so weiter und so fort, um diese Information nach draußen zu bringen. Ich glaube, es muß sich auf gesellschaftlicher Basis vollziehen und das stimmt mich eigentlich sehr optimistisch, daß ich das Gefühl habe ... ich habe jetzt gerade gelesen, ich glaube 29 Prozent der Menschen in Deutschland wollen, daß die Corona-Täter bestraft werden. Also mit Corona-Tätern meinen sie tatsächlich die staatlichen Akteure und das zeigt ja, daß sich die Gesellschaft verändert. Der politische Raum verändert sich danach, es ist nicht so, daß der politische Raum die Gesellschaft verändert, es ist genau umgekehrt, die Gesellschaft verändert den politischen Raum."

Gunter Frank: "Aber wir müssen dranbleiben, um diese Wirklichkeit wieder durchzusetzen, weil was gerade passiert, ist die Verdrängung der Wirklichkeit und ich habe im Plenum Hannah Arendt zitiert: 'Wenn man die Wirklichkeit dauerhaft verdrängt, das ist viel gefährlicher als Rassismus oder sonst was.' Und heute war die Wirklichkeit im Bundestag und wir waren Teil davon, das ist schön."

MdB Martin Sichert: "Unser Appell an alle Bürger ist, redet darüber, daß wir diese drei Jahre und das, was da alles passiert ist, nicht vergessen dürfen, sondern es muß uns als Gesellschaft eine Mahnung sein, denn nur wenn man es als Gesellschaft in dem Geist wach hält, dann ist man davor gefeiert, daß es wieder mal genau so kommen kann." ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. November 2023:

>>**Roswell und Area 51: Die verschwiegenen Fakten**

Von *Sven Reuth*

Ein militärisches Sperrgebiet in der Wüste Nevadas - und Wrackteile, deren Ursprung noch immer ungeklärt ist. An den beiden bekanntesten Mythen der Ufologie könnte mehr dran sein, als man denkt. Weitere Argumente und Belege hat Bestsellerautor Erich von Däniken in seinem brandneuen Werk "Und sie waren doch da!" zusammengetragen. ...

Immer wieder tauchen sie auf: helle Lichter, die in einem atemberaubenden Zickzackkurs am Sternenhimmel rasante Manöver vollführen. Müsste das Hirn des Piloten, der ein solches Objekt steuert, angesichts der unglaublichen Beschleunigung nicht schon längst an der Rückwand seiner Kabine kleben?

Die wenigen Anwohner an der Nevada State Route 375, die am riesigen Militärgelände Nellis Range entlangführt, schwören aber schon seit Jahrzehnten Stein und Bein, solche Szenen am Firmament beobachtet zu haben. Der Straße brachte dies den Beinamen Extraterrestrial Highway ein. Doch wieso steht ausgerechnet diese gottverlassene Gegend im Westen der USA in dem Ruf, ein besonders guter Ort für UFO-Sichtungen zu sein?

Der Whistleblower

Um diese Frage zu beantworten, muß man bis ins Jahr 1947 zurückgehen - in eine Kleinstadt in Nevadas Nachbarstaat New Mexiko, deren Name allein schon vielen Menschen eine Gänsehaut über den Rücken jagt.

Am 8. Juli jenes Jahres lief eine Nachricht über den Ticker, die eine Weltsensation verhieß: Eine offizielle Pressemitteilung des Roswell Army Air Field, damals Stationierungsort der einzigen Atombomberstaffel der Welt, verkündete triumphierend, daß es der Luftwaffe gelungen sei, in den "Besitz einer jener fliegenden Scheiben zu gelangen". Doch schon am Tag darauf sah die Sache wieder ganz anders aus: Nun war nur noch von einem abgestürzten Wetterballon die Rede. Oder waren es doch Außerirdische?

Dennoch spielten sich rund um Roswell weiterhin merkwürdige Dinge ab. Das Gelände, auf dem der Farmer William "Mac" Brazel die sonderbaren Trümmerteile aufgelesen hatte, die er zunächst zum örtlichen Sheriff brachte, wurde vom US-Militär hermetisch abgeriegelt.

Gerüchte von einem oder sogar zwei Raumschiffen, die Ende Juni oder Anfang Juli abgestürzt wären, gingen um. Über der Wüstenstadt muß damals eine ungeheure Spannung gelegen haben. Sie hat sich vielen Bürgern als unvergeßliches Erlebnis bis an ihr Lebensende einprägt.

Mit den Jahrzehnten schien Gras über die Geschichte zu wachsen - bis 1978 der Major Jesse Marcel dem kanadischen Physiker Stanton Friedman in einem Interview staubtrocken bestätigte, daß er 31 Jahre zuvor an einem vertuschten UFO-Fund beteiligt gewesen sei.

In ihrem 1980 erschienenen Weltbestseller *Der Roswell-Zwischenfall* behaupteten Charles Berlitz und William L. Moore dann auch noch, daß die US-Regierung damals Leichen von Außerirdischen geborgen und zu weiteren Untersuchungen abtransportiert habe.

Ein Apollo-Astronaut packt aus

Aus Sicht vieler Skeptiker schlug diese Geschichte dem Faß den Boden aus: Wieso sollten

Alien-Astronauten, die zu interstellarer Raumfahrt fähig und damit der Menschheit weit überlegen sind, ihr Fluggerät bei einer Bruchlandung ausgerechnet in den Sand von New Mexiko setzen? Immerhin konnten die beiden Autoren zahlreiche Zeugenaussagen für das von ihnen geschilderte Szenario präsentieren. Mehr noch aber war das Verhalten der US-Administration dazu angetan, größtes Mißtrauen zu erwecken.

Die offiziellen Regierungsberichte aus den Jahren 1995 und 1997 ließen mehr offene als beantwortete Fragen zurück. Im ersten Report wurde behauptet, die Wrackteile hätten zu einem Ballon des hochgeheimen Projektes Mogul gehört, das zum Nachweis von Luftdruckwellen sowjetischer Atomtests entwickelt wurde.

Der zweite Bericht erschien noch unglaublich: Die merkwürdig proportionierten Körper am Absturzort, deren Existenz durch Dutzende Personen bestätigt wurde, sollen demnach angeblich in den 1950er Jahren abgeworfene Fallschirmpuppen gewesen sein. Die Augenzeugen hätten diese Vorfälle in ihrer Erinnerung aber auf 1947 vorverlegt. Selbst im notorisch UFO-kritischen Spiegel, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, Kübel voller Spott und Hohn über das Thema auszugießen, kam Marc Pitzke noch 2012 zu dem Schluß, "die Einheimischen" hätten "gute Gründe, den amtlichen Beteuerungen nicht zu glauben".

Ein echter Hammer sind die Aussagen des 2016 verstorbenen Edgar Mitchell, der 1971 mit der Apollo 14-Mission als sechster Mensch den Mond betrat. Der Astronaut behauptete bis an sein Lebensende, er habe "von glaubwürdigen Insidern aus US-Militärkreisen" erfahren, daß in Roswell eine Begegnung zwischen Menschen und Außerirdischen stattgefunden hat.

Im Sperrgebiet

Doch wohin wurden das Raumschiff und die toten oder möglicherweise sogar noch lebenden Aliens verbracht? Auch auf diese Fragen wollen viele Ufologen eine Antwort gefunden haben. Der erste Anlaufpunkt soll der Wright-Patterson-Stützpunkt in Ohio gewesen sein. Danach soll die Fracht ihren Weg in die Nellis Range gefunden haben - und damit in ein militärisches Sperrgebiet, das nur unwesentlich kleiner als das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist.

Schon ab 1955 wurde ein Teil dieses riesigen und von zwei Bergketten abgeschirmten Territoriums vom Flugzeughersteller Lockheed zum Test neuer Militärflugzeuge genutzt, zuvor wurden hier Nuklearwaffen getestet. Von den Einwohnern Nevadas wurde es in Anlehnung an Gebietseinteilungen auf alten Landkarten bald Area 51 genannt.

Für Projekte mit höchster Geheimhaltungsstufe war die Region wegen ihrer totalen Abgeschlossenheit optimal geeignet. Hier wurden zur Zeit des Kalten Krieges Beutewaffen wie der sowjetische Superjäger MiG-21 untersucht oder Neuentwicklungen erprobt, darunter auch der erste Tarnkappenbomber, der ab 1977 getestet wurde und aus einer anderen Welt zu stammen schien. Die beiden Militärexperten Michael Skinner und George Hall kommen in ihrem Buch Red Flag deshalb auch zu dem Ergebnis, der Golfkrieg sei "ganz gewiß über den Wüsten ... von Nevada" gewonnen worden.

Ist der Entwicklungssprung der US-Luftwaffe nach dem Zweiten Weltkrieg etwa auf außerirdische Technologien zurückzuführen? Kronzeuge dieser Theorie ist Robert Lazar, der ab 1989 in einer Serie von Interviews erklärte, er habe als Wissenschaftler in der Area 51 gearbeitet und dort Studien an extraterrestrischen Flugobjekten betrieben. Tatsächlich war der Physiker nachweislich eine Zeit lang am Los Alamos National Laboratory tätig.

Dort wurde im Rahmen des Manhattan-Projekts die erste US-Atomwaffe entwickelt. Lazar gibt an, daß er dann von Edward Teller, dem Vater der Wasserstoffbombe, in den hochgeheimen militärischen Bereich S-4 weitervermittelt worden sei. Vielen Ufologen gilt der Mann bis heute als eine Art Edward Snowden avant la lettre - allerdings lassen sich einige Angaben in seinem Lebenslauf nicht bestätigen.

Seriöse Zeugenaussagen

Der ganze Dschungel an Mythen, teilweise aber auch plausiblen Erzählungen über eine sich

total abschirmende militärische Spitzenforschung der USA ist mittlerweile Teil der Populärkultur geworden. Die Geschichten lieferten Stoff für Filme wie Roland Emmerichs Independence Day und zwei Teile der Indiana-Jones-Reihe, aber auch für zahlreiche Serien wie Roswell, Star Trek oder Akte X.

Auch im Fall Area 51 wurden die Gerüchte durch das undurchsichtige Verhalten der US-Behörden weiter befeuert. Noch bis vor acht Jahren wurde die Existenz des Militärgeländes weder bestätigt noch dementiert, obwohl offensichtlich war, daß es in der Wüste Nevadas ein riesiges Sperrgebiet gab, in dem militärische Zukunftstechnologie getestet wurde. Die im Jahr 2013 erfolgte Erklärung der CIA war dann eine regelrechte Aufforderung zu weiteren Spekulationen. In ihr heißt es:

"Area 51 ist keine Bezeichnung der Air Force, aber das damit gemeinte Gebiet ist Teil des Nellis-Komplexes der Air Force. Dieser Komplex wird zur Erprobung von Technologien und Systemen und zum Training für Operationen verwendet, die für die Effektivität der amerikanischen Streitkräfte und für die Sicherheit der USA entscheidend sind. ... Einige gewisse Aktivitäten und Operationen, die am Nellis-Gelände in Vergangenheit und Gegenwart durchgeführt werden, bleiben unter Verschluss und können nicht öffentlich diskutiert werden."

Kein Wunder, daß man mit einer solchen Stellungnahme die Gemüter nicht beruhigen konnte. Wirklich frappierend bleibt hier - wie auch mit Blick auf das Gesamtphänomen überhaupt - die irritierend hohe Zahl an Zeugenaussagen von professionellen Beobachtern wie Piloten, Astrophysikern oder Militärangehörigen, die Sichtungsmeldungen abgaben.

Zu nennen wäre hier Wilfried de Brouwer, Stabschef der belgischen Luftwaffe, der im Zuge der sogenannten UFO-Welle in seinem Land auf einer Pressekonferenz im Juni 1990 feststellte: "Unser Verteidigungssystem ist gegen diese Maschinen machtlos." Bemerkenswert sind aber auch die Aussagen des US-Astronauten Jerry Linenger, der 1997 insgesamt 132 Tage auf der russischen Raumstation Mir verbrachte und der erstaunten Presse danach erklärte, er habe "mit Sicherheit" ein UFO gesehen.

Es wird möglicherweise tatsächlich Zeit für einen Perspektivwechsel: Nicht jeder, der Aufklärung über das Phänomen fordert, sollte als Spinner lächerlich gemacht werden.

Weitere Argumente und Belege für Besuche von Außerirdischen auf der Erde seit mehr als 1.000 Jahren liefert Bestsellerautor Erich von Däniken in seinem brandneuen Werk "Und sie waren doch da!".<<

18.11.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2023: >>Migration: Maaßen fordert "Chemotherapie"

Von *Daniell Pföhringer*

Um die "Migrationskatastrophe" zu bewältigen, werden "schmerzhaft" Maßnahmen notwendig sein. Das sagt Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der mit einer ausländerpolitischen Initiative vorprescht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. ...

Hans-Georg Maaßen hat mal wieder einen rausgehauen: In einem Beitrag für die Schweizer Weltwoche mahnt er an, daß der Asyl-Katastrophe in Deutschland nicht mehr mit halbherzigem Klein-Klein beizukommen ist, sondern daß eine "Chemotherapie" vonnöten ist. Damit hat er in der Ausländerdebatte einen Ton angeschlagen, den sich noch nicht einmal AfD-Politiker getrauen würden. Die Metapher ist heftig: Denn im Rückschluß bedeutet dies, daß das angesprochene Problem wie ein wucherndes Krebsgeschwür anzusehen ist.

Genau dieses Beispiel bringt Maaßen am Anfang seines Beitrags: Er berichtet von seiner Cousine, die vor einigen Jahren an der heimtückischen Krankheit verstorben sei. Sie habe versucht, den Krebs mit "Wärme- und Misteltherapien" und "Pülverchen, die ihr ein Arzt aus Indien zugeschickt hatte", zu bekämpfen - erfolglos. Die von den Medizinerern empfohlene Chemo habe sie abgelehnt.

"Ich will mir als medizinischer Laie nicht anmaßen zu sagen, daß sie noch leben würde, wenn sie ärztlichen Ratgebern gefolgt wäre", so Maaßen. "Aber als jemand, der mit gesundem und kritischem Menschenverstand ausgestattet ist, bin ich der Überzeugung, daß man ihr wirklich hätte helfen können."

Deutschland als Krebspatient

Unser Land befinde sich in einem ähnlich kritischen Zustand wie seine Cousine damals, so der Chef der Werteunion weiter. Denn:

"Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Paladine hatten das deutsche Ausländerrecht aus den Angeln gehoben und unter humanitären Vorwänden aus einem geordneten Zuwanderungsrecht eine ungesteuerte, millionenfache Ansiedlung von Ausländern aus kulturfremden Regionen gemacht."

Olaf Scholz und Nancy Faeser setzten diese Politik fort, "weil sie offensichtlich ein anderes Staatsvolk wollen", fährt Maaßen fort. "Sie wollen - so muß man ihr Verhalten interpretieren - den Zusammenbruch der deutschen Gesellschaft, um auf ihren Trümmern ein neosozialistisches Gesellschaftssystem".

Raus aus der humanitären Kuschelwelt!

Der auf Geheiß Merkels seinerzeit geschaffte Sicherheitsexperte ist der Überzeugung, daß man die "Migrationskatastrophe stoppen und rückabwickeln" könnte, wenn man denn nur wollte. Doch dazu seien "Mistel- oder Wärmetherapien" - also softе Maßnahmen -, wie sie nun seitens der Regierung zumindest verbal angekündigt wurden, nicht mehr ausreichend.

Maaßen fährt fort:

"Wir können die Migrationskatastrophe bewältigen. Wir können die Einreise und millionenfache Ansiedlung von Ausländern in unserem Land stoppen, und wir können die Merkel-Scholz-Migrationspolitik rückabwickeln. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß dies nicht mehr mit Pülverchen und Misteltherapie möglich ist."

Und er kommt zu dem Schluß:

"Die Operationen, die notwendig sind, werden schmerzhaft sein. Wir werden uns aus der humanitären Kuschelwelt und der vermeintlich rechtsstaatlichen Komfortzone in die harte Realität des Operationssaals begeben müssen. Die ist zwingend notwendig, wenn wir Deutschland wieder heilen wollen." <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. November 2023 (x1.344/...): >>**Geheimdienst-Chef wird wieder auffällig und hetzt gegen AfD - erneute Abmahnung gegen das BfV**

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hatte sich am 9. November 2023 erneut öffentlich gegen die AfD positioniert. Auf die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der AfD vorstellbar wäre, antwortete Haldenwang: "Daran müssen wir Demokratinnen und Demokraten arbeiten, das gemeinsam zu verhindern. Alles andere, da muß man ja verzweifeln."

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kommentiert die Aussagen: "Herr Haldenwang kommt mir vor wie ein Ertrinkender, der hektisch und panisch um sich schlägt. Wieder einmal machte er rechtswidrige, plumpe Propaganda gegen die in Umfragen stärkste Partei in Deutschland und damit etwas, was nicht ansatzweise seine Aufgabe ist. Mit diesen Eingriffen in den demokratischen Willensbildungsprozeß betätigt er sich eindeutig als politischer Akteur und überschreitet damit erneut und ganz massiv seine Befugnisse als Präsident einer Behörde, die für die innere Sicherheit zuständig ist, und spielt auch auf wie ein Herold der SPD-Innenministerin Faeser.

Der renommierte Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek bezeichnet die Äußerungen Haldenwangs gegenüber dem Nachrichten-Portal 'NIUS' als rechtswidrig und führt aus: 'Wenn der Verfassungsschutz seine Mittel einsetzt, um Einfluß auf die Regierungsbildung zu nehmen

und die Regierungsbeteiligung einer nicht verbotenen Partei zu verhindern, handelt er gesetzwidrig und verstößt gegen das Demokratieprinzip.'

Die politische Agitation Haldenwangs ist also nicht nur ein Verstoß gegen seine Amtspflichten, sondern eine konkrete Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland. Dagegen müssen wir uns alle zur Wehr setzen. Mit dem Versuch, der AfD zu schaden, hat Haldenwang erneut das staatliche Neutralitätsgebot verletzt. Deshalb haben wir gestern das Bundesamt für Verfassungsschutz, vertreten durch Haldenwang in seiner Eigenschaft als dessen Präsident, abgemahnt und prüfen derzeit weitere rechtliche Schritte."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2023:
>>**Höcke an der Spitze: AfD in Thüringen gerüstet**

Von *Sven Eggers*

Landesparteitag der AfD in Thüringen: Björn Höcke ist mit einem Ergebnis von 87,79 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im kommenden Jahr gewählt worden. Steht nun der "Regime Change von rechts" an? Wie der Titel des Buches von Martin Sellner jetzt Programm werden kann. ...

187 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und 26 Gegenstimmen: Das ist das Ergebnis, mit dem die AfD gestern Björn Höcke den Rücken gestärkt hat. Die Wahl des Spitzenkandidaten gilt als Auftakt in einen mehrmonatigen Wahlkampf. Der Urengang findet im September statt.

Höcke betonte im Anschluß, die AfD wolle in Thüringen die Machtfrage stellen. Tatsächlich sehen die Umfragen ein erstklassiges Ergebnis voraus. Derzeit werden Zahlen zwischen 32 und 34 Prozent gehandelt. Tendenz eindeutig steigend. Höcke vor einiger Zeit im Interview mit COMPACT:

"Im Moment ist die Lage so, daß wir, so die Ansage der alten Kräfte, nur dann regieren können, wenn wir die absolute Mehrheit haben. Das ist in Thüringen nicht mehr ganz ausgeschlossen."

Auch der Spiegel ließ sich jetzt von einem Informatiker vorrechnen: "Für die Grünen und die FDP sehen die Umfragen nicht gut aus. Es könnte sein, daß sie knapp an der Fünfprozenthürde scheitern, sie wären dann nicht im Parlament vertreten. Davon würde vor allem eine Partei profitieren - die AfD." Und dann:

"Angenommen, die sonstigen Parteien erreichten 10 Prozent, dann brauchte die AfD nur 40 Prozent der Stimmen, um die absolute Mehrheit zu erringen. Sie könnte dann in Thüringen allein regieren."

Der Spiegel gruselt sich: "Der AfD-Landesvorsitzende aus Thüringen, Björn Höcke, wäre in diesem Szenario wohl der neue Ministerpräsident." COMPACT-Leser haut diese Erkenntnis nicht gerade vom Stuhl. Höcke hatte gegenüber unserem Magazin in der Ausgabe "Der AfD-Sommer" bereits im August ausgeführt: "Die CDU hatte in Thüringen Anfang der 1990er Jahre mit etwas über 40 Prozent die absolute Mehrheit innegehabt, weil die kleinen Parteien damals noch keine Rolle spielten und im Landtag nicht vertreten waren. Man braucht also gar nicht unbedingt die 51 Prozent."

Für Höcke ist die AfD in Thüringen inhaltlich gut aufgestellt: "Wir haben in den letzten Jahren unser Programm geschärft, es ist tatsächlich ein Oppositionsprogramm. Es war wichtig, daß wir unsere Standpunkte gegen allen Druck vertreten haben, und das ist kein kleines Verdienst, das sich die AfD hier erworben hat." Natürlich profitiere man auch von der Schwäche der anderen Parteien: "Das bunte Kartell ist letztlich zusammengerückt, aber das hat nichts genützt, auch weil die Menschen, die noch die DDR erfahren und die Diktatur erlebt haben, dies nicht nochmals durchmachen möchten."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. November 2023 (x1.345/...):

>>**Ende für Hoffnungsträger der Energiewende**

Bund förderte es mit Millionen: Wasserstoff-Vorzeigeprojekt muß eingestampft werden

Die Öl-Raffinerie in Heide beschloß vor drei Jahren auf grünen Energien zu setzen. Hierzu wurde der Bau einer Elektrolyse-Anlage geplant. Der Bund förderte den Bau mit Millionen. Doch nun erweist sich das Projekt als unwirtschaftlich und muß eingestampft werden.

Jonas Aston

Die Raffinerie Heide stellt aus Erdöl Flüssiggas, Treibstoffe oder Heizöl her, womit Tankstellen, Flughäfen und Chemiebetriebe im ganzen Norden Deutschlands beliefert werden. Vor drei Jahren beschloß das Unternehmen außerdem auf grünen Wasserstoff zu setzen - und wurde damit Vorreiter der Energiewende. Doch jetzt wurde bekannt: Das Projekt ist gescheitert.

Die Raffinerie hatte sich für ihr Projekt mit zwei weiteren Unternehmen zusammengeschlossen, um eine Elektrolyse-Anlage zu errichten. Am Donnerstag verkündete das Unternehmensbündnis bestehend aus Raffinerie Heide, Orsted Deutschland und Hynamics Deutschland in einer gemeinsamen Presseerklärung dann, daß sie im Rahmen des Projektes "Reallabor Westküste 100" keine Elektrolyseur-Anlage errichten werden.

Wegen der hohen Investitionskosten und wirtschaftlicher Risiken, müsse das Projekt abgeblasen werden, so das Unternehmensbündnis. Ein dauerhafter Betrieb der Anlage sei ineffizient.

In der Entwicklung kein Stück weiter als vor drei Jahren

Der Bau der Elektrolyse-Anlage galt als Hoffnungsträger in der Etablierung von Wasserstoff als Energieträger. Die Bundesregierung förderte im Rahmen des Programms "Reallabore der Energiewende" unter dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) das Projekt mit 36 Millionen Euro. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein stand ebenfalls hinter dem Bau. Das Projekt war wichtiger Teil der landesweiten Wasserstoff-Strategie.

Auch die Stadtwerke Heide wollten sich an dem Projekt beteiligen. Zunächst sollte in einem Heidener Stadtteil Wasserstoff dem Erdgas beigemischt werden. Andreas Hein, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Heide erklärte gegenüber dem NDR: "Ich bin sauer auf den Bund, weil es 2020 die Wasserstoff-Strategie des Bundes mit insgesamt sieben Milliarden Euro an Förderung gegeben hat, um solche Projekte wie das hier in Heide zu fördern. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um Projekte dieser Art umzusetzen, seien aber nicht vorhanden", so der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Hein. Bei dem Thema Wasserstoff sei man kein Stück weiter als vor drei Jahren.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27390](https://www.klagemauer.tv/27390)" berichtet am 18. November 2023 (x1.343/...): >>**19. AZK: Nach der globalen Impftragödie das globale Impfregime? - Wirkung und Gefahren der mRNA-Impfung**

Von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi

"Es ist heute wissenschaftlich erwiesen, daß die Impfung nur Negatives bewirken kann, und dies in lebensbedrohlichem Ausmaß." Prof. Dr. Bhakdi nimmt kein Blatt vor den Mund und deckt den "Großbetrug, der von oberster Stelle organisiert wurde" beweiskräftig auf. Er bezeichnet seinen Auftritt an der 19. AZK als seine letzte Rede und ruft dazu auf: "Stehen Sie jetzt auf! Sie sind dran! Sie müssen das verhindern! Niemand anderes kann das. ... Ich habe alles gesagt und getan, was in meinen Möglichkeiten lag."

Ivo Sasek:

"Also, bevor wir jetzt aber zur juristischen Aufarbeitung der von mir dargelegten Impftragödie und so weiter übergehen, stellen wir uns noch einem Härtetest. Und zwar mit der Frage, ob all diese Klagen fachtechnisch überhaupt berechtigt sind. Und ich sage mal, wenn irgendein Mann unter diesem Himmel wirklich etwas von Medizin, Immunbiologie, medizinischer Mikrobiologie oder auch Bakteriologie versteht, dann ist es unser nächster Referent, der jetzt sprechen wird. Er ist nicht nur eine Koryphäe eben benannter Fachgebiete, er ist auch ein ebenso herzvoller Mensch. Ich würde sagen, die Liebe in Person!

Wir sind uns zwar erst in unseren Briefen begegnet, aber es war unmöglich, nicht in kürzester Zeit vom förmlichen Sie ins familiäre Du abzugleiten. Oh, ich liebe diesen Mann! Er ist die

Fachkompetenz in Person mit ebenso viel Unerschrockenheit wie Liebe, die er hat zu allen Menschen. Heute unter uns aus einem mobilen Studio in der Nähe von Kiel heißen wir herzlich willkommen: Professor Dr. Sucharit Bhakdi!

Können Sie mich hören? Können Sie mich sehen? Da ist er! Tausend Dank, daß Sie heute nicht nur Ihr kostbares Wissen, sondern auch Ihren aktiven Ruhestand und Ihre kostbare Zeit mit uns teilen. Wir legen jetzt gleich los, damit Ihre wunderbare Familie nicht unnötig lang, noch länger auf Sie verzichten muß. Wir sagen aber vielen Dank auch an Ihre Frau und an Ihr Kind für dieses kostbare Opfer, das sie Sie entbehrt haben heute. Und für Ihre außergewöhnliche Biographie gönnen wir uns jetzt aber doch noch ein bißchen, ich sage mal, die gebührende Zeit."

Lebenslauf:

Professor Dr. Sucharit Punyaratabhandhu Bhakdi.

- Geboren 1946 als Staatsangehöriger Thailands in Washington D.C. als Sohn eines thailändischen Diplomaten und einer Ärztin.
- Schulbildung in Kairo (Ägypten) und Bangkok (Thailand).
- 1964 Ankunft in Deutschland und Beginn des Medizinstudiums an der Universität Bonn. 1970 promovierte er dort zum Doktor der Medizin.
- 1972-76 Postdoc am Max-Planck-Institut für Immunbiologie und 1976-77 im Proteinlabor, Universität Kopenhagen.
- 1977-90 Mitarbeiter am Institut für Medizinische Mikrobiologie an der Universität Gießen. 1982-90 außerordentlicher Professor.
- 1990 bis zu seiner Pensionierung 2012 Professor und Vorsitzender am Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.
- Während seiner gesamten Professorenlaufbahn in Gießen und Mainz unterrichtete Prof. Bhakdi Medizinstudenten in Bakteriologie und Immunologie. Seine bemerkenswerte Gabe, den einfachen Kern scheinbar komplexer Probleme zu erfassen, die so viele Entdeckungen in seiner eigenen Forschung ermöglichte, prägte auch seinen Lehrstil.
- Ab 1990 Berater des Zentrums für molekulare Medizin im Siriraj-Krankenhaus der Mahidol-Universität Thailand.
- 1990-2012 Chefredakteur der medizinischen Zeitschrift "Medical Microbiology and Immunology" (gegründet 1887 von Robert Koch).
- Vielzitatierter Autor von 320 aufgeführten Publikationen auf PubMed.
- Prof. Bhakdi erhielt viele Wissenschaftspreise:
 - 1979 Justus-Liebig-Preis, Universität Gießen
 - 1980 Konstanzer Medizin-Preis
 - 1987 Preis der Deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie
 - 1988 Dr.-Sasse-Preis, Universität Berlin
 - 1989 Ludwig-Schunk-Preis, Universität Gießen
 - 1989 Robert-Koch-Preis, Clausthal-Zellerfeld
 - 1991 Gay-Lussac-Humboldt-Preis
 - 1999 Gotthard-Schettler-Preis
 - 1999 Preis der Deutschen Gesellschaft für Angiologie
 - 2001 Aronson-Preis Berlin
 - 2005 Hauss-Preis für Arterioskleroseforschung
 - 2009 Rudolf-Schönheimer-Medaille, Deutsche Gesellschaft für Arterioskleroseforschung
 - 2005 Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz
- Ab dem Jahr 2000 engagierte sich Prof. Bhakdi gegen propagandistische, reißerische und unwissenschaftliche Berichterstattung, die zu Massenpanik, Hysterie und schädlichen Präventionsmaßnahmen führten.

- Prof. Bhakdi gehörte zu den ersten Wissenschaftlern weltweit, die auf die fehlerhaften wissenschaftlichen Grundlagen der Schweinegrippe-"Epidemie" hinwiesen. Er warnte vor der verfrühten breiten Anwendung des unnötigen und potentiell gefährlichen Schweinegrippe-Impfstoffs. Darüber hinaus war Prof. Bhakdi ein lautstarker Kritiker der mediengesteuerten Hysterien, die 2001-2002 im Zusammenhang mit Biowaffen, 2003 im Zusammenhang mit SARS und 2010 im Zusammenhang mit bestimmten pathogenen E. coli-Stämmen ausbrachen.
- Prof. Bhakdi und seine Ehefrau Karina Reiss, PhD (außerordentliche Professorin für Biologie an der Universität Kiel), leben heute mit ihrem Sohn in der Nähe von Kiel.
- Nach der Pensionierung arbeitete Prof. Bhakdi in Karinas Team als Gastwissenschaftler, bis die Universität den Gastvertrag im Dezember 2020 beendete.
- Karina Reiss und Sucharit Bhakdi haben 16 wissenschaftliche Publikationen und drei Bücher zusammen verfaßt. Der Bestseller "Corona Fehlalarm?" ist in zehn Sprachen erhältlich.
- Die Ansichtszahlen der Schulungsvideos von Prof. Bhakdi, die seit März 2020 anlässlich der Corona-Krise produziert wurden, liegen im achtstelligen Bereich.

Professor Dr. Bhakdi referiert heute über das Thema: "WHO: Nach der globalen Impftragödie das globale Impfregime? - Wirkung und Gefahren der mRNA-Impfung."

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi:

"Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche heute zu Ihnen als Arzt und Wissenschaftler, aber vor allem als Mitmensch. Nicht als Impfgegner, Querdenker oder Corona-Leugner, wie man mich in den letzten Jahren so oft bezeichnen wollte. Ich möchte in den heutigen Vortrag mit einer Frage an Sie starten. Wissen Sie, wie hoch die Lebenserwartung eines deutschen Bürgers zu Beginn der medizinischen Revolution im 19. Jahrhundert war? 38 Jahre. Wenn aber damals zehn Menschen ihren 60-jährigen Geburtstag gemeinsam gefeiert hätten, etwa wie viele Jahre hätten sie noch vor sich?"

Die meist nicht bekannte Antwort: Sieben Jahre, kaum weniger als heute. Wie erklärt sich das? Damals waren Infektionen die Hauptursache von Krankheit und Tod, und sie betrafen jüngere Menschen. Sie wurden durch die Mikrobiologie besiegt, so daß sich die gesamte Lebenserwartung verdoppelte. Andere Fortschritte der Medizin, in der Kardiologie, Krebsforschung, Gentechnologie, haben im Vergleich dazu der Menschheit nicht annähernd so viel gebracht. Wie hat die Mikrobiologie das geschafft?

Die Mehrheit, vor allem Politiker und Medien, werden rufen: "Ja, natürlich durch die Impfung!" Das jedoch ist der weltweite Irrglaube, der die gegenwärtige Krise verursacht hat. Tatsache ist, daß Impfungen eine viel, viel kleinere Rolle gespielt haben als andere Umstände. Vor allem die Besserung der Lebensbedingungen und der gesunde Lebenswandel waren entscheidend für den Rückgang von todbringenden Infektionen.

Sicher ist allerdings eins: Die Impfung erwies sich als größter Segen für die Geld- und Weltelite, für die Pharmaindustrie und die Politik. Sie konnten ihre eigenen Interessen verfolgen unter dem gemeinsamen Slogan: "Alles für die öffentliche Gesundheit, alles für das Wohlergehen der Allgemeinheit." Um dieses hehre Ziel zu erreichen, haben sie die WHO erschaffen. Dieser nicht demokratisch vom Volk gewählte, im Grunde also Privatverein, ist dabei, sich die Generalvollmacht über das gesamte Gesundheitswesen in den 190 Mitgliedstaaten zu ergattern. Deutschland ist einer der großen Unterstützer dieses Vorhabens.

In nur sechs Monaten wird im Deutschen Bundestag endgültig darüber abgestimmt, ob die WHO mit der Macht ausgestattet wird, jederzeit eine medizinische Notlage zu verkünden, die das Aufheben von Menschenrechten begründet und zwingend notwendig macht. Dies beinhaltet auch die Verwendung der neuen genbasierten mRNA-Impfstoffe. Die WHO hat bereits öffentlich erklärt, daß diese Impfstoffe für möglichst alle Impfungen bei Mensch und Tier eingeführt werden. Warum wohl?

Geld und Macht, Macht und Geld, Immer die gleiche Antwort. Gewiß, manche Impfungen

waren segensreich. Wundstarrkrampf gibt es deswegen bei uns nicht mehr. Andere Seuchen wie Polio sind verschwunden, wenngleich aus anderen Gründen. Die Frage nach der echten Notwendigkeit von vielen Impfungen taucht zusehends auf. Sinkender Impfwillingkeit begegnet man am effektivsten mit direktem oder indirektem Impfwang. Der aber muß auch offiziell autorisiert werden. Enter WHO.

Und dann muß dafür gesorgt werden, daß die Impfstoffe in riesiger Menge verfügbar gemacht werden können. Hier allerdings lauerte ein Problem. Bei den bisherigen Impfungen werden inaktivierte Substanzen injiziert, die die Bildung von spezifischen Antikörpern anregen. Die Impfstoffe gegen Tetanus und Diphtherie beispielsweise müssen von Menschenhand produziert werden. Die Herstellung ist relativ aufwendig und kostet. Bei den mRNA-Impfstoffen werden statt Genprodukte die zuständigen Gene verabreicht und die gespritzten Menschen produzieren dann die eigentlichen Impfstoffe, die Produkte, in ihrem Körper. Billiger geht es nicht.

Genial ist dabei: Die WHO befiehlt die Impfung. Die Bürger müssen mit ihren Steuergeldern für die Genimpfungen bezahlen, lassen sich spritzen und verwandeln sich dann selbst in die Fabriken für die Impfstoffherstellung. Wie funktioniert alles? Das Genom ist die Gesamtheit der DNA-codierten Anweisungen in einer Zelle. Diese Bücher des Lebens sind in Chromosomen (Träger der Erbinformation in den Zellen) verpackt und werden im Zellkern verwahrt. Links im Bild. Die DNA-Schrift besteht aus nur vier Buchstaben, die aneinandergereiht sind. Das Geniale dabei: Jede Reihenfolge ist der Code für ein ganz bestimmtes Produkt. ABCD ergibt Produkt 1, BACD Produkt 2, BADC Produkt 3 und so weiter.

Die Zahl der möglichen Produkte steigt mit jeder Verlängerung der Wörter in ungeahnte Höhe steil an. Schon mit zehn Buchstaben lassen sich Millionen von Wörtern, beziehungsweise Codes, herstellen. Wenn ein Rezept für ein Produkt benötigt wird, wird das Buch des Lebens auf der richtigen Seite aufgeschlagen und eine Kopie, ein Abklatsch des Rezeptes erstellt. Diese Kopie ist RNA, die an die Produktionsstätte der Zelle gebracht und verwendet wird. Das nach Rezept entstandene Produkt, rechts, wird zur Überprüfung auf die Fensterbank der Zelle gestellt.

Die Rezeptur, die RNA, in der Mitte, wird dann schnell und leise entsorgt. Mit dieser RNA sehen Sie auch die Buchstaben wie kleine Nadeln heraus. Sie sehen, daß wir hier insgesamt 14 Buchstaben haben. Je nachdem wie die Reihenfolge ist, können Sie mindestens fünf Millionen verschiedene Reihenfolgen machen. Fünf Millionen verschiedene Produkte. Hier wird gerade das eine Produkt gemacht, das Sie auf der rechten Seite sehen.

RNA-Impfstoffe müssen in winzige Fettkugeln, sogenannte Lipid-Nanopartikel, hier als runde Kreise, verpackt werden. Die Verpackung schützt die RNA vor Zerstörung, damit sie über den Blutkreislauf zu allen Organen Ihres Körpers gelangen kann. Dort wirken die Kügelchen wie trojanische Pferde. Zellen nehmen sie auf, ihre Fracht wird im Inneren freigesetzt und die Rezepte steuern die Produktion des Genproduktes, das dann auf der Fensterbank zur Inspektion ausgestellt wird.

Die Massenproduktion von mRNA erfordert die massenhafte Verfügbarkeit der DNA-Vorlagen. Wie kann dies erreicht werden? Grundsätzlich gibt es dazu zwei Wege. Erstens, die vier DNA-Buchstaben, die kann man einzeln heute in Großpackungen frei erhalten, kaufen. Ihre Verknüpfung ist per Computersteuerung in jeder beliebigen Reihenfolge im Labor machbar. Sind solche künstlichen DNA-Rezepte, zum Beispiel für die Codierung von Virus-Spike-Proteinen, bekannt, so können sie in Genlabors zu Papier gebracht werden und dann zur Erstellung der RNA-Abklatschkopien verwendet werden.

Und so entstand der erste Corona-Impfstoff von BioNTech, der mit Hilfe von Pfizer im Sommer 2020 in der klinischen Zulassungsstudie an 20.000 Menschen getestet wurde und aufgrund des angeblichen Erfolges die bedingte Zulassung für die Verwendung in der Welt er-

hielt. Der Erfolg der klinischen Zulassungsstudie ist für sich eine Geschichte von Großbetrug und Täuschung.

Das kann und soll jeder wissen, kann nachgelesen werden. Der Großbetrug und das größte Medizinverbrechen aller Zeiten waren allerdings sorgfältigst ausgedacht und im Voraus geplant. Wie Professor Stefan Hockertz sofort zu Beginn des Impfwahnsinns klarstellte, konnte es mit der Dynamik der Impfkampagne nicht mit rechten Dingen zugehen. Normalerweise dauert die Impfstoffentwicklung viele Jahre, denn es müssen sorgfältige Labor- und Tierversuche durchgeführt werden, um Wirksamkeit und Sicherheit des Impfstoffes abzusichern.

Die Ergebnisse solcher Voruntersuchungen müssen von verantwortlichen Behörden überprüft werden, die dann die Zulassung erteilen. BioNTech hat der Welt aber gezeigt, daß es anders geht, unglaublich viel schneller, wenn man nur die rechten Verbindungen und Unterstützer hat. Die Eckdaten sind im quasi biografischen Buch "Projekt Lightspeed" von Joe Miller, das unter Mitwirkung der BioNTech-Gründer entstanden ist, nachzulesen.

In diesem Buch erfährt man, wie direkt nach Bekanntwerden der Virussequenz (Abfolge der Virus-DNA oder Virus-RNA) im Januar 2020 der geniale Entschluß von BioNTech gefaßt wurde, den ersten mRNA-Schutzimpfstoff der Weltgeschichte zu kreieren. Die Prüfung der Wirksamkeit konnte zwar nicht nach gültigen Regeln stattfinden, denn BioNTech hatte weder das Virus noch eine Tierversuchsanlage zur Verfügung. In Abwesenheit von Tieren konnten selbstverständlich auch keine Überprüfungen der Sicherheit vorgenommen werden; mußten auch nicht. BioNTech gelang es, das Paul-Ehrlich-Institut davon zu überzeugen, daß all das in der gegebenen Notsituation keine Rolle mehr spielen durfte.

Es ging ja darum, unzählige Menschenleben zu retten. Wie, das steht im Buch "Projekt Lightspeed", auf Seite 218/219. Von Anfang an war es Lindemann bekannt, von BioNTech, daß diese Studie sehr viel schneller durchgeführt werden mußte, Kurz nach Ugur Şahins Treffen mit der Bundesbehörde im Februar konnte sie ihm dann auch mitteilen, daß sie die einzelnen Abschnitte des Vorganges straffen und auf seine Dauer verkürzen konnte, so daß er nur noch drei Monate in Anspruch nehmen würde. Şahin war nicht so zufrieden wie erhofft, er wollte innerhalb weniger Wochen mit den klinischen Tests beginnen. "Komm schon, Claudia," sagte er, "wir müssen eine Lösung finden!"

Und sie haben eine Lösung gefunden, und das Paul-Ehrlich-Institut hat Folgendes akzeptiert. Nämlich im Geschäftsbericht von BioNTech, veröffentlicht am 14. Mai 2020, da steht es, daß dieser Impfstoff mRNA, Immuntherapie für Infektionskrankheit, mit dem Produktkandidat BNT162, das ist rot, gegen Corona bereits alle präklinischen Studien bestanden hat, durchlaufen hat. Erfolgreich! Und deswegen durften sie beginnen mit den ersten Menschen.

Dabei ist das eine Lüge gewesen! Eine Lüge, die aber vom Paul-Ehrlich-Institut akzeptiert wurde. Tatsächlich erschien im Januar 2021 von BioNTech selbst in einem Bericht an die australische Behörde, daß sie keine Sicherheitsprüfungen vorgenommen haben, keine Tierversuche. Das war fatal. Denn im Dezember 2021 kam es heraus, daß alleine diese Lipidhülle ohne mRNA drin, die leere Lipidhülle, ist hochentzündlich. Und mit dieser Hülle alleine haben diese Forscher Tiere schwerstkrank gemacht und sogar umgebracht - Mäuse. Spätestens im Dezember 2021 hätte das Paul-Ehrlich-Institut sofort verbieten müssen, die weitere Gabe. Nein, nichts ist passiert.

Das Ganze, meine Damen und Herren, können Sie nachlesen in einem Buch, das ich Ihnen ans Herz lege, von Frau Dr. Brigitte Röhrig, Rechtsanwältin. Und sie hat in minutiöser Kleinarbeit die ganzen Hintergründe aufgezeichnet, aufgeschrieben in diesem Buch "Die Corona-Verschwörung". Der Titel ist nicht glücklich und ich glaube, es könnte vielleicht noch geändert werden. Aber das Thema wird so behandelt, ich glaube, besser kann man es nicht tun. So geschah es, daß die Notzulassung für den Impfstoff tatsächlich erteilt wurde. Aber schon ein halbes Jahr vor der Zulassung, nämlich im Juni 2020, sind wir, meine Frau und ich, aufge-

standen und haben versucht zu warnen, daß die Impfung brandgefährlich sei.

Denn was jeder wissen muß und was Sie in einigen Minuten für immer wissen werden, ist, daß um jede Zelle Sicherheitskräfte Wache halten. Alles ist gut, wenn etwas nach einem Rezept aus dem eigenen Buch des Lebens hergestellt wird. Aber wehe, wenn das Rezept aus einem fremden Buch kommt. Dann greifen die Sicherheitskräfte, unser Immunsystem, diese Zellen sofort an.

Auf der linken Seite sehen Sie in Schwarz Produkte aus unserem Buch des Lebens. Da greift das Immunsystem nicht an. Rot auf der rechten Seite, wenn ein Virusprotein (Bestandteil des Virus, Protein = Eiweißmolekül) oder überhaupt ein fremdes Protein hergestellt wird, dann greift das Immunsystem an und zerstört diese Zelle. Die Fähigkeit des Immunsystems, Zellen zu erkennen und zu vernichten, die nicht selbst hergestellt sind, ist bei der Geburt gegeben und endet mit dem Tod.

Denken Sie an die Abstoßung von Transplantaten. Sie bekommen meine Niere, Sie stoßen meine Niere ab! Nicht selbst (hergestellt) wird nicht einmal innerhalb der gleichen Spezies Mensch toleriert. Und wenn nach dem ersten Mißerfolg ein erneuter Versuch unternommen wird, Sie bekommen (zum Beispiel) meine zweite Niere, folgt eine gnadenlose Ablehnung. Noch schneller und viel heftiger. Das gleiche Prinzip liegt der immer stärker werdenden Intensität der unerwünschten Ereignisse zugrunde, die im Gefolge von Booster-mRNA-Injektionen auftreten.

Nämlich, das Immunsystem besteht aus vielen Komponenten und bei einer Booster-Impfung, insbesondere, wenn Antikörper bereits da sind, dann kommt es zu einem Angriff durch diese neu gebildeten Antikörper auf die Zelle und zur Aktivierung des sogenannten Komplementsystems, oben geschrieben. Und das ist dieser große schwarze Pfeil. Das Komplementsystem bringt die Zelle um. Das Ganze führt mich 40 Jahre zurück, weil ich das große Glück hatte, 1978 dieses Zaubergeschoß des Komplementsystems zu entdecken und aufzuklären, wie es überhaupt wirkt.

Bedenken Sie, die Anzahl von verpackten RNA-Kopien, die mit jeder Injektion verabreicht werden, ist einfach gigantisch. Im ganzen Körper werden schier unzählige Immunangriffe ausgelöst, die erst zum Stillstand kommen, wenn die Produktion des fremden Proteins beendet ist. Wie lange wird dies dauern? Nur ein paar Tage, wie die Impfstoffhersteller, die Impfanbieter, die Politiker nicht müde werden zu behaupten? Auf jeden Fall schien Karina und mir die Gefahr übergroß, daß die Menge und Dauer der Spike-Protein-Produktion groß und lang genug sein würden, um selbst Angriffsmechanismen im Sinne von Autoimmunkrankheiten in Gang zu setzen.

Und tatsächlich, wir haben befürchtet - hier schauen wir auf ein Blutgefäß, daß wenn ein Päckchen in die Blutbahn gelangt (das ist dieser runde Kreis mitten in dem Gefäß mit einem Z, das ist mRNA), dann würde es aufgenommen werden. Das heißt, bei 2 sehen Sie, diese Lipid-Nanopartikel gehen in die Zellwand, bei 3 sehen Sie, daß die Produktion beginnt in der Zellwand der Zellen, die die Gefäße auskleiden, und dann sehen Sie, daß es zu einem Angriff kommt, Die Zellen sterben ab, es gibt ein Leck.

Und diese Impfstoffe lecken dann raus ins Gewebe und werden von Zellen der Leber, vom Herzen, Hirn, ... aufgenommen. Und die gleichen Selbstangriffsmechanismen laufen dann in allen Organen ab. Und wir haben gesagt, daß wir befürchten, die ersten Ziele werden die kleinsten Gefäße im Körper sein, und zwar überall. Ja, tatsächlich, im vergangenen Jahr tauchte ein höchst alarmierender Befund auf. Bei Geimpften wurden Wochen und sogar Monate nach den Injektionen Spike-Proteine und Multi-Organ-Entzündungen festgestellt.

Dies war mit schweren und oft tödlichen Erkrankungen verbunden. Wir verdanken diese Erkenntnis der Arbeit von, ich sage es ein bißchen mit Stolz, deutschen Pionierwissenschaftlern. Der erste, der aufgestanden ist, ist ein pensionierter Professor, Arne Burkhardt, der tragi-

scherweise vor einigen Monaten verunglückt ist. Er arbeitete mit seinem guten Freund, dem pensionierten Professor Walter Lang, Pathologe. Zum Kreis der Erstuntersucher gehörte Dr. Michael Mörz aus Dresden und Professor Peter Schirmacher, Chef des Pathologischen Instituts der Universität Heidelberg.

Und letztendlich haben sie alle die gleichen Befunde gemacht. Hier sehen Sie die Gefäße des Gehirns. Sie sehen, daß das Gehirn durchzogen ist mit unzähligen Gefäßen. 20 % des Sauerstoffverbrauchs bei Ihnen wird im Gehirn verbraucht. Das ist unglaublich. Jedes Gefäß versorgt Zellen, die dringend Sauerstoff brauchen. Wenn ein Gefäß kaputtgeht, verstopft ist, weil Gerinnsel sich bilden oder weil es leck wird, dann sterben die Zellen um dieses Gefäß herum. Und tote Hirnzellen können Sie nicht ersetzen.

Deswegen unsere große Befürchtung, schon von Anfang an, war, daß es zu diffusen Hirnschäden (im Gehirn entstandene Schäden, die große Teile des Gehirns betreffen) kommen würde - Herzscheiden, Hirnscheiden. Und diese würden dann irreparable Folgen haben! Dies ist aus der ersten Arbeit von Michael Mörz, dem Dresdner Pathologen, die publiziert wurde am 1. Oktober letzten Jahres.

Es ist also jetzt über ein Jahr her, meine Damen und Herren, daß diese Befunde weltweit bekannt sind, in einer Spitzenzeitschrift publiziert sind und nach wie vor von der Deutschen Pathologischen Gesellschaft und von den deutschen Politikern und von den Journalisten einfach ignoriert werden. Was Michael Mörz gefunden hat, war: Sie sehen hier zwei Gefäße, einmal links im Vorderhirn und zweitens in einem anderen Teil des Gehirns, also verschiedene Hirnteile.

Und in beiden konnte Michael Mörz dieses Virus-Spike-Protein mit einer besonderen Technik nachweisen. Das Spike-Protein färbt sich jetzt braun. Und er fand das Spike-Protein an der Gefäßwand und ab und zu auch im Gehirn selbst (blauer Pfeil). Wenn er versucht hat, ein anderes Virus-Protein nachzuweisen, gelang es nicht. Das heißt, es war nicht das Virus da. Es war nur das Stachel-Protein, und das konnte nur aus dem Impfstoff kommen.

Um diese Gefäße herum fand Michael Mörz etwas so Abschreckendes, Erschreckendes, nämlich er sieht sterbende und tote Nervenzellen - viele ...! Dann sieht er Immunzellen, die nicht dazugehören. Erstaunlicherweise, im gleichen verstorbenen Patienten, findet er die gleichen Veränderungen in den Gefäßen des Herzens. Das war sensationell! Auch im Herz sieht er eine Herzmuskelentzündung im Sinne von Kleinstgefäßentzündungen. Auch wiederum das Spike-Protein (braun), in zwei Gefäßen hier.

Gleichzeitig hat Peter Schirmacher den gleichen Befund im Prinzip gemacht. Und in einer wirklich wahnsinnig wichtigen Arbeit publiziert. In diesem Jahr, 2023, hat die Universitätsgruppe um Peter Schirmacher - und ich sage Ihnen, Peter Schirmacher ist einer der bekanntesten und geachtetsten Pathologen der Welt - und da sagt er glasklar, daß es so ist. Diese Möglichkeit besteht, daß diese Impf-Spikes, der Impfstoff, ins Herz, im Herzen aufgenommen wird und tödliche Myokarditis (Herzmuskelentzündung) verursacht. Steht geschrieben! Und tödliche Myokarditis kann sein!

Das heißt, es ist bekannt, meine Damen und Herren, daß dieser Impfstoff töten kann. Welchen Grund? Nein. Wie zwingend? Jetzt kommen die Menschen, die immer noch an diese Impfung sich halten wollen, und sagen: "Ja, aber es ist so selten..." Die Enzephalopathie (Erkrankungen o. Schädigungen von Gehirnfunktionen, die das ganze Gehirn betreffen), Enzephalitis (Entzündung des Gehirns), geschieht mit einer Inzidenz von einer pro 100.000 Personenn Jahren.

Das heißt, ein Mensch von 100.000 erkrankt an Enzephalitis pro Jahr. Sowieso. Und bei der Myokarditis ist es so, daß einer von 10.000 Menschen pro Jahr erkrankt. So daß klar ist, es ist sehr bedauerlich, aber die Inzidenz (relative Häufigkeit), das Vorkommen nach der Impfung ist nicht höher als bei Nichtgeimpften.

Das ist aber ein Trugschluß, meine Damen und Herren. Und das kann man nachlesen in dieser Arbeit von Michael Mörz. Nämlich, man muß Folgendes realisieren: Wenn zwei seltene Krankheiten auftreten in einem gleichen Menschen, dann ist die Wahrscheinlichkeit ihres gemeinsamen Auftretens, die Multiplikation der einzelnen Inzidenzen (relativen Häufigkeiten), in diesem Fall 1 zu 100.000 mal 1 zu 10.000. Und das gibt eine Inzidenz von 1 pro 1 Milliarden Personen im Jahr. Das heißt, pro einer Milliarden Personen ist die Wahrscheinlichkeit, daß beide (Krankheiten) gleichzeitig auftreten, im gleichen Jahr, eine.

Und was alle, auch unsere führenden Politiker, Medien, alle, wahrscheinlich wissen, ist, in ganz Europa leben weniger als 500 Millionen Menschen. Aber diese Kombination von Hirnentzündung und Herzentzündung ist immer wieder gefunden worden. Von Professor Arne Burkhardt hauptsächlich. Es gibt keinen Zufall, es ist kein Zufall, es ist Kausalität (Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung), es ist erwiesen. Es gibt keine andere Erklärung. Welchen Grund konnte es und kann es geben für eine solche katastrophale, langanhaltende Produktion eines RNA-codierten Proteins?

Merken Sie wohl, einige Milliarden künstlich erzeugte DNA-Rezepte, also im Labor, vom Computer aus, zur Impfung von 20.000 Menschen, die geimpft wurden in der großen klinischen Studie vor der Zulassung, das war noch machbar. Aber zur Impfung von Milliarden Menschen, dafür mußten die Hersteller zurück zur Natur. Jetzt kommt das zweite große Highlight für Sie. Wir kommen zurück. DNA muß da sein, damit RNA produziert wird.

Für die Zulassung des Impfstoffes wurde diese DNA computergesteuert im Labor gemacht, anhand der Sequenz (Abfolge der Bausteine der DNA), die bekannt geworden war. Das aber hätte nicht gereicht. Es wäre viel zu teuer gewesen, um Millionen Menschen zu impfen. Also zurück zur Natur. Diese DNA, die gebraucht wurde, um die Impf-RNA zu machen, die dann verabreicht wurde, in Dezember 2020, an Millionen von Menschen um die Welt, Amerika, Europa, gleichzeitig, kamen aus Bakterien!

Das heißt, diese DNA, diese Chromosomen, kamen aus Bakterien! Und das Tolle an diesen Bakterienchromosomen ist, sie sind leicht zu bekommen, sie nennen sich Plasmid. Und das ist natürlich ein bißchen unglücklich, weil der normale Sterbliche weiß nicht, daß ein Plasmid ein Bakterienchromosom ist. Und weiß nicht, daß diese Bakterienplasmide viel kleiner sind als unsere. Sie lassen sich isolieren, man kann sie verpackt kaufen, massenweise, und sie lassen sich verändern.

Man kann fremde Gene einbauen. Zum Beispiel das Gen für das Virus-Spike-Protein kann leicht eingebaut werden, dann kann man sie sich vermehren lassen, die Bakterien, man kann sie wieder rausholen, und dann werden diese Plasmid-DNA gebraucht, um RNA zu machen. Und dann macht ihr Körper auch das Protein.

Doch "Halt!" rufen Sie. "Das ist doch anders als das behördlich genehmigte Verfahren!" Frage also: Wurde die Verwendung der Bakterienchromosomen für die Impfstoffherstellung jemals irgendwo auf der Welt auf Sicherheit geprüft und genehmigt? Die Antwort ist in kürzlich erschienen Büchern nachzulesen. Das Buch von David Fischer, ist gerade erschienen, heißt "Beschmutzt". Und er erzählt eben, wie das Ganze zustande gekommen ist. Sehr zu empfehlen. Und auch Brigitte Röhrig hat in ihrem Buch die ganze Hintergeschichte erzählt und die Geschichten decken sich.

Also, meine Damen und Herren, die Geschichten sind wahr. Und beide sagen dasselbe. Nein, sie sind nie geprüft worden, weder auf Inhalt noch auf Sicherheit. Die Zulassungsbehörden haben sie einfach durchgewunken und genehmigt. Und ich nenne jetzt explizit, daß Paul-Ehrlich-Institut, denn für die Sicherheit dieser Impfstoffe sind die einzelnen Nationen selbst zuständig. Das heißt, man kann nicht verweisen auf europäische Kommission EMA, sondern wenn es um das Leben des deutschen Volkes geht, um den Schutz unseres Lebens, ist das Paul-Ehrlich-Institut zuständig.

An dieser Stelle ein kleines Puzzleteilchen noch zur Auflockerung. Eine so erstaunliche Geschichte, wenn man sie nicht gehört hat, würde man nicht glauben, daß es so sei. Woher kamen überhaupt diese DNA-Matrizen, das bakterielle Chromosom, woraus BioNTech und Pfizer die RNA-Impfstoffe produziert haben, millionenfach? Und wann wurden sie produziert, wann und wo?

Sie wissen, daß dieser Impfstoff unter dem Namen von BioNTech läuft. BioNTech-Pfizer ist ein Partner von BioNTech, schon immer gewesen. Jetzt werde ich Ihnen sagen, wenn etwas eingeführt wird in Deutschland, das in gentechnischen Arbeiten verwendet wird, wie zum Beispiel diese Bakterien-DNA, dann braucht die einführende Stelle ein Zertifikat. Und es existiert ein Zertifikat, das ausgestellt wurde für BioNTech. Und dieses Zertifikat wurde ausgestellt im Oktober, ich glaube, es war der 1. Oktober 2020. Und wofür war das? Es war für den Import, für die Einfuhr aus dem Ausland von BNT162. DNA-PCR-Fragment zur Herstellung des Impfstoffes.

Meine Güte, da muß man sich einfach hinsetzen und sagen: "Was ging da ab?" Nur zwei Monate später war dieser Impfstoff von dem bakteriellen Chromosom millionenfach auf der ganzen Welt erhältlich. Und warum mußte BioNTech dieses Plasmid überhaupt einführen? Man ist verblüfft, man hat fast den Verdacht, daß ein ausländischer Betrieb mit im Spiel war. Ich nenne keine Namen. Ich glaube, das ist etwas, was die Journalisten und die Juristen zukünftig beschäftigen sollte. Klar ist aber, das Paul-Ehrlich-Institut hat von Anfang an gewußt, daß dieser Einsatz lange im Voraus geplant war. Und hat vollbewußt auf die Überprüfung des Endproduktes verzichtet.

Eine solche lebensrettende Prüfung, ihr Leben, meine Damen und Herren, durch zuständige Behörden, geschah nirgends auf der Welt, meine Damen und Herren. Das verrät Großbetrug, der von oberster Stelle organisiert wurde. Und jetzt erzähle ich, welche ungeheuerlichen Konsequenzen dieses von Herstellern und Behörden gemeinsam begangene Verbrechen birgt. Bei der Impfstoffherstellung müssen die Bakterien, Minichromosomen, von der Verpackung der erzeugten mRNA, entfernt werden. Sonst werden sie ja mitverpackt. Kevin McKernan, amerikanischer Forscher, entdeckte, daß dieser entscheidende Schritt der Entfernung von Plasmid-DNA nicht gewissenhaft durchgeführt worden war.

Es wurden riesige Mengen an Plasmid-DNA, in verpackter Form gefunden. Rechts, neben verpackter RNA. Ihre erfolgreiche Lieferung war, wegen dieser Verpackung an die Zellen, gesichert. Kevins Entdeckung ist inzwischen in mehreren anderen Labors um die Welt bestätigt worden, auch in Deutschland. In allen bis jetzt untersuchten 27 Chargen wurden große Mengen an DNA-Verunreinigungen gefunden. Plasmid-DNA. Vor vier Wochen hat sogar die kanadische Medizinbehörde Plasmid-DNA-Funde bestätigt.

Allerdings sehen die Kanadier darin keinen ausreichenden Grund dafür, die Zulassung zurückzunehmen. Im Übrigen hat die Bundesbehörde, das Paul-Ehrlich-Institut, jemals nachgeguckt, nachdem diese Entdeckung gemacht wurde? Antwort: Nein. Nach sieben Monaten: Nicht richtig! Das, meine Damen und Herren, muß rechtliche Konsequenzen haben. Das verdient nämlich die Höchststrafe. Die Aufnahme von Bakterien, Chromosomen, verändert die Gesamtheit von DNA in der Zelle und ist gleichbedeutend mit einer Veränderung des Genoms.

Wohlgemerkt, bei jeder Zellteilung löst sich die schützende Hülle des Zellkerns auf, so daß fremde DNA unmittelbar neben den Chromosomen zu liegen kommt und dann in den neu gebildeten Kernen der Tochterzellen miteingeschlossen wird. Eine fortdauernde Produktion von Fremdproteinen kann stattfinden, die zu langfristigen Entzündungen und Organschäden im ganzen Körper führen wird. Gefäßwände werden beschädigt, Blutungen und die Bildung von Blutgerinnseln sind unvermeidliche Folgen. Das Gewebe wird aufgrund von Sauerstoffmangel sterben. Das Herz ist ein Organ, das abgestorbene Zellen nicht ersetzen kann.

Wer hat nicht von den mysteriösen, plötzlichen Herz-Todesfällen gehört, die sich weltweit ereignen? Sie sind nur die Spitze eines Eisberges. Durch Impfungen ausgelöste Herzkrankheiten stehen auf der Tagesordnung von Jung und Alt heute. Weil es so wichtig ist, hier die Wiederholung. Zur Ehrenrettung der deutschen Wissenschaft hat der weltweit renommierte Professor Peter Schirmacher, Direktor des Instituts für Pathologie der Universität Heidelberg, eine Studie publiziert, die den ursächlichen Zusammenhang zwischen Impfung und Herzschaden zweifelsfrei belegt. Es ist einfach so wichtig! Niemand kann sagen, wir hätten es nicht gewußt. Niemand!

Das zweite Organ, das seine toten Zellen nicht ersetzen kann, ist das Gehirn. Je nachdem, wo der Impfschaden auftritt, kann es zu verschiedenartigsten neurologischen und psychiatrischen Erkrankungen kommen. Nervenausfälle und Lähmungen, aber auch Demenz, Psychosen, Wessensveränderungen sind bei Geimpften auf der Tagesordnung. Die Impfstoffe reichern sich aber auch in den Fortpflanzungsorganen an. Eine gravierende Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit muß befürchtet werden. Die Aufnahme von im Blut zirkulierender RNA und DNA in Zellen der Plazenta kann zu Totgeburten führen.

Die Impfstoffe sind in der Muttermilch nachgewiesen. Die Durchlässigkeit des Darms ist in den ersten Wochen nach der Geburt hoch, so daß Stillen eine direkte Übertragung der Impfstoffe ins Blut des Babys voraussichtlich zur Folge haben wird. Die unfaßbare Horrorgeschichte ist damit noch nicht zu Ende. Zerhackte DNA-Bruchstücke sind massenhaft als Impfstoffverunreinigung gefunden worden. Bruchstückartige DNA-Sequenzen haben eine erhöhte Neigung in die Chromosomen eingebaut zu werden. Die möglichen Folgen sind endlos, es kann zu Störung des feinabgestimmten Netzwerkes kommen, das die Zellteilung und Differenzierung steuert. Krebs und Entwicklungsstörungen können die Folgen sein.

Mutationen in Spermien und befruchteten Eizellen könnten veränderte Eigenschaften vererbbar machen. Meine Damen und Herren, kostengünstige Verfahren zur zuverlässigen Trennung der massenproduzierten RNA von den Plasmiden gibt es nicht, kostengünstig. Die komplette Entfernung würde viel zu teuer sein. Darum sind die Bakterienchromosomen in allen bislang untersuchten Impffolgen gefunden worden. Merken Sie, Verunreinigungen mit Plasmid-DNA werden bei allen RNA-Impfstoffen, nicht nur Corona, allen RNA-Impfstoffen, die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Mit meinem Freund und engen Verbündeten Michael Palmer und einigen anderen ist ein Buch erschienen, wo wir alles das auslegen, wissenschaftlich, wie RNA-Impfstoffe funktionieren, warum sie immer gefährlich sind und immer töten werden. Das ist als Free Download für Sie zu haben. (Applaus) Meine Damen und Herren, wer RNA-Impfstoffe als sicher und wirksam lobpreist, wer behauptet, die Impfung würde nur seltenst ernsthafte Nebenwirkungen erzeugen, ist entweder unglaublich ignorant oder indoktriniert (in eine bestimmte Richtung gedrängt o. einer Gehirnwäsche unterzogen).

Hier möchte ich noch ein Buch dringendst empfehlen. Das Buch von Dr. Michael Nehls, der Ihnen erklärt, wie ein Gehirn indoktriniert werden kann und wie dieses über die letzten Jahrzehnte oder noch länger geschehen ist in der Weltbevölkerung. Lesen Sie dieses Buch, da werden Sie verstehen, wieso diese Plandemie und wieso die Machtübernahme durch die WHO überhaupt, überhaupt machbar wäre. Und mit Ivo Sasek sage ich Ihnen: Stehen Sie jetzt auf! Sie sind dran! Sie müssen das verhindern! Niemand anderes kann das. Sie! Und in diesem Buch lesen Sie auch, was Sie tun sollten, für sich selbst, damit Sie stark genug werden, es zu tun. Ich empfehle das Buch.

Oder, wenn Sie es getan haben und trotzdem sind Sie auf der Impfseite, trotzdem empfehlen Sie und führen die Impfung durch, dann muß ich leider sagen, sind Sie unendlich böse. Und Sie machen sich strafbar. So wie alle, die diese Impfung aktiv oder passiv betreiben und befürworten. Denn es ist heute wissenschaftlich erwiesen, daß die Impfung nur Negatives be-

wirken kann, und dies in lebensbedrohlichem Ausmaß. Zum Schluß aber die positive Botschaft. Der alles entscheidende DNA-Fund ist erst vor Monaten gemacht worden. Vorher konnte niemand erahnen, daß Impfchargen mit Bakterienchromosomen verunreinigt waren. Deswegen, werte Ärzte, Kolleginnen und Kollegen, können Sie sich noch retten! Sie wurden getäuscht. Sie wurden mißbraucht. Sie konnten nicht ahnen, was und wie alles geschah. Aber jetzt wissen Sie es! Und noch gibt es kurze Zeit, zurückzukehren auf den Weg des Hippokrates (gemeint ist der ethische Eid des Hippokrates, eine Verpflichtung zu ethischem ärztlichen Handeln). Nehmen Sie nie wieder eine Genspritze in die Hand. Es sei denn, Sie sind wirklich sicher, daß darin keine Bakterien-DNA enthalten ist. Machen Sie Schluß mit dieser menschenverachtenden WHO!

Im gleichen Kontext, Politiker der Welt, über alle Parteigrenzen hinweg, auch Sie können sich mit der Absage an die Gesundheitsdiktatur retten. Sie konnten erst recht das alles nicht gewußt haben. Auch Sie wurden getäuscht und mißbraucht. Auch Sie können sich und Ihre Ehre noch retten. Ziehen Sie Ihren Kopf aus der Schlinge, so schnell wie möglich! Bald wird es zu spät sein! Denn die Welt versteht nun so langsam die Machenschaften. Sie werden nicht sagen können, daß der Weckruf Sie nicht erreicht hat.

Agieren Sie gemeinsam jetzt für Ihr Volk! Beschließen Sie, daß keine weiteren RNA-Injektionen verabreicht werden dürfen, bis die lebenswichtigen offenen Fragen geklärt sind. Und realisiert doch, daß jeder Kaufvertrag, der auf Betrug und Täuschung ruht, für null und nichtig erklärt werden kann und muß. Die letzten fünf Milliarden Impfdosen, dieser Vertrag ist null und nichtig! Mit und ohne Frau van der Leyen. Verlangen Sie nun das Geld Ihres Volkes von den Herstellern dieser Betrugsgüter zurück. Und lassen Sie die Milliarden Ihrem eigenen Volk zukommen. Vor allem den ärmsten Impfpfernern und ihren Hinterbliebenen.

Liebe Mitmenschen, die Spaltung unserer Gesellschaft hat tiefe Gräben gezogen. Laßt uns jetzt zurück zueinander finden. Sagen Sie all denjenigen "Nein", die zu Marionetten von Macht und Geld geworden sind. Laßt uns jetzt zurück zueinander finden. Sagen Sie "Ja" zu unserer Solidargemeinschaft, die alleine dieses Land, wie in Krisenzeiten zuvor, wiederaufbauen kann und muß. Reichen wir einander die Hände und schreiten wir jetzt als geeinte Nation einer besseren Zukunft entgegen.

Meine Damen und Herren, nachdem das Hauptstrafverfahren gegen mich vor einem Jahr eröffnet wurde, kam mir der Gedanke, daß ich eine Erklärung für mein merkwürdiges Tun zu Papier bringen sollte. Und so entstand die Autobiographie, die sie durch meine Jahrzehnte führt und den aktuellen Corona-Stand von März 2023 bringt. Das Buch erschien fast genau auf den Tag des Urteilspruchs am 23. Mai. Unbelievable but true.

Der Richter Dr. Grundmann vom Amtsgericht Plön sprach mich vor den Augen der klageführenden Staatsanwältin Frau Füssinger frei. Ich nenne jetzt die Namen, weil sie werden wieder erscheinen. Ein Jubel ging nicht nur um Deutschland, sondern um die Welt. Die Ehre der deutschen Justiz war gerettet, zunächst. Nun, das Buch war eigentlich als Abschiedsgabe von mir für Sie gedacht. Das hätte wahrscheinlich nicht sein müssen, dachte ich dann.

Aber dann kam (der) Juli und die Verkündung, daß die Staatsanwaltschaft Berufung gegen den Freispruch eingelegt hat. Anfang nächsten Jahres also werde ich aller Voraussicht nach vor dem Landgericht in Kiel, stehen. Ich mußte noch mal aktiv werden. Aus dem Buch wurde ein Audiobuch. Dieses Hörbuch ist gerade erschienen. Ich glaube heute. Und die nächste Auflage des Buchs ist in Vorbereitung. Da werden sie auf den neuesten Stand gebracht. Vom September 2023 ein Update Corona. Und da wird auch die Geschichte der Plasmid-DNA-Verunreinigung drinstehen, wie ich es heute erzählt habe.

Und nun, time to say goodbye. Ich sage bewußt nicht auf Wiedersehen. Nein, ich muß und will mich jetzt zurückziehen. Ich habe nämlich alles gesagt und getan, was in meinen Möglichkeiten lag. Und wenn ein Wissenschaftler alles gesagt und getan hat, soll er aufhören.

Deswegen verabschiede ich mich von Ihnen mit vielem lieben Dank und leben Sie wohl. Ich wünsche Ihnen allen alles erdenklich Gute."

Ivo Sasek: Es ist okay. Es ist gut. Wir lieben dich, Sucharit. Wir lieben dich! Wir gönnen dir diese Ruhe, lieber Sucharit, und wir beten für dich, daß du Ruhe finden darfst, daß man dich in Ruhe läßt. Du hast, wie du gesagt hast, alles uns vermittelt, was zu vermitteln war. Du bist eine Koryphäe, du bist ein Goldschatz, du bist eine Gabe Gottes an diese Menschheit. Du müßtest dich nur immer wiederholen. Wir haben das richtig verstanden. Und du hast es verdient, einen Ruhestand zu haben. Du hast deinen Ruhestand mit uns geteilt bis in dein Alter jetzt. Ich glaube, du bist 78. Sei wirklich gesegnet mit allem.

Deine Ausführungen jetzt waren für mich, ich sage mal, die Fachkomponente natürlich, wie wenn ein Kartoffelpflanzer in eine Vorlesung von Doktoren höchsten Grades gerät. Aber du hast gesprochen, nicht allein für die Laien, sondern für die Fachwelt. Wir haben das mitgenommen. Ich weiß auch, was ich in der nächsten Fahrt in meinem Auto hören werde. Es ist dein Lebensbuch, deine Lebensgeschichte, deine Biographie.

Aber eines haben wir verstanden, egal wie groß wir Laien sind. Wir haben verstanden, daß hier das größte Verbrechen aller Zeiten geschehen ist und am Geschehen ist immer noch, veranlaßt durch die obersten Schichten. Und ich würde behaupten, wir haben dich eingeladen, um eine wirkliche Kompetenz zu holen, um unseren Härte-test zu machen. Ich glaube, wir haben ihn bestanden.

Nach deinen Aussagen, so habe ich es verstanden. Du hast es mit eigenen Worten gesagt, wir dürfen weitermachen. Und ich verspreche vor dem Himmel und dir, wir werden weitermachen. Wir werden dich in allerbesten Erinnerung behalten. Wir werden dich lieben, umbeten und schützen mit allem, was wir können und vermögen. Danke, lieber, geliebter Sucharit Bhakdi. Wir lieben dich, wir umarmen dich und wünschen dir jeden nötigen Segen! Auf Wiedersehen!"<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. November 2023 (x1.345/...): >>US-Armee will wegen Impfverweigerung entlassene Soldaten zurück in den Dienst holen

Soldaten, die wegen der Verweigerung der Corona-Impfung aus der US-Armee entlassen wurden, erhalten aktuell Schreiben der Armee, in denen man ihnen anbietet, zu den Truppen zurückzukommen. Grundlage war eine Gesetzesreform, die die Republikaner erkämpft haben - und die schwere Rekrutierungskrise in den USA.

Die US-Armee bietet Soldaten, die entlassen wurden, weil sie die Covid-19-Impfung verweigerten, die Rückkehr in die Armee an. Wie amerikanische Medien berichten, erhalten die betroffenen Soldaten nun Briefe mit Hinweisen, wie sie wieder in die Armee eintreten können. Die Rückholaktion geht auf eine Gesetzreform der Republikaner zurück - und die schwere Rekrutierungskrise.

Wiederaufnahme bei altem Dienstrang und Lohn?

Die Botschaft der US-Armee war zu Corona-Zeiten eindeutig: "Nicht geimpfte Soldaten stellen ein Risiko für unsere Streitkräfte dar und gefährden unsere Bereitschaft", so die Heeresverantwortliche im US-Verteidigungsministerium, Christine Wormuth im Jahr 2022. Tausende Soldaten hatten im Zuge der Impfpflicht noch versucht, eine Ausnahmeregelung wegen religiöser Gründe geltend zu machen - darunter 8.945 Soldaten der Landstreitkräfte, 10.800 Flieger und Betreuer, 4.172 Matrosen und 3.717 Marinesoldaten. Doch ohne Erfolg. Am Ende wurden über achttausend Soldaten aus der Armee entlassen, die sich dem Druck nicht beugen wollten.

Jetzt, zwei Jahre später, rudert man wieder zurück. In einem Schreiben, das von Brigadegeneral Hope Rumpy, dem Direktor der Personalverwaltung der Armee, unterzeichnet wurde, heißt es: "Infolge der Aufhebung aller derzeitigen COVID-19-Impfvorschriften können ehemalige

Soldaten, die wegen ihrer Weigerung, die COVID-19-Impfung zu erhalten, unfreiwillig aus der Armee entlassen wurden, eine Korrektur ihrer Militärakten beantragen".

Die Soldaten sollen sich an örtliche Rekrutierungsbüros oder Armeestützpunkte wenden, wenn sie wieder in den aktiven Dienst wollen. Experten halten sogar die Möglichkeit, daß sie ihren alten Dienstrang sowie ihren Lohn zurückbekommen, für nicht unwahrscheinlich. Seit Januar 2023 ist die Impfpflicht für die US-Armee aufgehoben. Damit einhergehend, deutete man Anfang des Jahres auch an, daß die insgesamt 8.400 Soldaten, die wegen Impfverweigerung entlassen wurden, Anspruch auf Nachzahlungen haben könnten. Im Januar nahmen die Beamten diese Aussage dann wieder zurück. Mit den Briefen könnte die Debatte nun wieder aufkochen.

Republikaner erkämpften die Gesetzesänderung

Dem vorausgegangen war ein langer politischer Streit zwischen dem Weißen Haus und den Republikanern. Ein Block von republikanischen Senatoren, angeführt von Senator Rand Paul aus Kentucky, hatte Ende 2022 den Kampf um die Aufhebung der Impfpflicht begonnen und gedroht, den jährlichen Gesetzentwurf zur Verteidigungspolitik zu blockieren, falls sie keine Abstimmung über die Beendigung des Mandats und die Wiedereinstellung der Truppen mit Gehaltsnachzahlungen erhalten würden. Das Verteidigungsministerium und das Weiße Haus, beide von den Demokraten unter Präsident Biden geführt, wollten das Mandat beibehalten.

Die Richtlinie wurde dann unter republikanischem Jubel im Zuge eines republikanischen Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Covid-Impfpflicht für US-Militärangehörige und zur Bereitstellung von fast 858 Milliarden US-Dollar für die Landesverteidigung aufgehoben. Mit klarer, parteiübergreifender Mehrheit hatte das Gesetz den Senat und das Repräsentantenhaus passiert.

Ein klarer Erfolg für die Republikaner, obwohl das Verteidigungsministerium nicht verpflichtet wurde, Truppen, die wegen der Verweigerung der Impfung entlassen worden waren, wieder einzustellen oder ihnen ihren Sold zurückzuzahlen. Doch genau das ändert sich jetzt, was auch an der Rekrutierungskrise in den USA liegen könnte.

Schwere Rekrutierungskrise drängt US-Armee zu handeln

Die US-Armee braucht nämlich jeden einzelnen Soldaten, den sie kriegen kann. Das Rekrutierungsziel wurde im vergangenen Jahr um etwa 15.000 Männer und Frauen verfehlt. Dieses Jahr wird ähnliches erwartet. Das mangelnde Interesse der "Generation Z", dem Militär beizutreten, wird von vielen als Grund genannt. Schon jetzt laufen daher verschiedene Versuche, die Armee wieder interessant zu machen: So wirbt die US-Army mit Anwärterprämien wie Boni und die freie Wahl des ersten Dienstortes. Auch ihre Werbeausgaben hat man erhöht und von Diversitäts-Quoten in Werbeclips wieder Abstand genommen. Bisher blieb der Erfolg jedoch aus.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2023:

>>Sie ließen es geschehen

Am 7. Oktober durchstießen die Qassam-Brigaden der Hamas ungehindert den schwerbewaffneten Grenzzaun und setzten auch israelische Panzer außer Gefecht. In der Folge verübten die Milizionäre abscheuliche Grausamkeiten. Israel gibt 1.200 Tote an, darunter fast 900 ermordete Zivilisten.

Der Hamas-Überfall war gewollt. Vorabdruck aus der Dezemberausgabe von COMPACT-Magazin. Der Überfall auf Israel wurde der Hamas leicht gemacht: Die stärkste Grenzbefestigung der Welt war unbewacht, die kampferprobte Armee größtenteils abgezogen worden.

_ von *Gerhard Wisniewski*

7. Oktober 2023, 6:30 Uhr: In der israelischen Region Eschkol, in der Nähe des Kibbuz Re'im, ist das Supernova-Festival noch in vollem Gange. Ausgelassen tanzen junge Menschen zu elektronischen Psytrance-Klängen in den Morgen. Plötzlich ziehen gleißende Lichtpunkte

über den blauen Morgenhimmel. Wenig später hört man Explosionen: Raketen. Die Musik verstummt. Bald darauf rennen die Partygäste in wilder Flucht davon: Hamas-Kämpfer sind auf Lieferwagen, Motorrädern und Quads aufgetaucht und eröffnen das Feuer. Wieder andere sollen mit motorisierten Gleitschirmen eingeschwebt sein.

Fast auf den Tag genau zum 50. Jahrestag des Beginns des Jom-Kippur-Krieges am 6. Oktober 1973 ist die radikale Palästinenser-Organisation Hamas (Harakat al-Muqawama al-Islamiya, auf Deutsch: Islamischer Widerstand) aus dem Gazastreifen ausgebrochen und hat Israel den Krieg erklärt. Jedenfalls de facto: Etwa 260 Menschen sollen auf dem Festivalgelände getötet, weitere 100 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt worden sein. Unglaublich! Neben nacktem Entsetzen stellte sich die Welt die Frage: Wie war das möglich? Sogar die Bild-Zeitung wunderte sich am 7. Oktober: "Unklar ist bislang, wie die Angreifer aus dem Gazastreifen die streng geschützte Grenze überwinden konnten." Und: "Wieso wurde das israelische Militär so überrascht?"

Hochsicherheitsknast am Mittelmeer

Tja, das ist in der Tat ein Rätsel. Denn der Gazastreifen, ein "Reservat" für Palästinenser an der Mittelmeerküste Israels, ist ja nicht irgend etwas, sondern ein "Freiluftgefängnis", sagte der Nahost-Experte Michael Lüders im Deutschlandfunk. So etwas wie das frühere West-Berlin auf nahöstlichem Boden. Etwa 41 Kilometer lang und sechs bis zwölf Kilometer breit, hat er ungefähr die Ausdehnung des Bundeslandes Bremen und die Einwohnerzahl des früheren West-Berlins: etwa 2,2 Millionen. Die geomilitärische Lage ist aussichtslos: vor sich den Feind und im Rücken das Meer, so ähnlich wie 1940 die Engländer bei Dünkirchen. Die über 60 Kilometer langen Sperranlagen nicht zu vergessen, die den Gazastreifen umgeben. Vom Gazastreifen aus gesehen gibt es:

nach einer etwa 1.000 Meter breiten "Risikozone" einen 100 bis 300 Meter breiten "Beobachtungstreifen", der ausschließlich zu Fuß betreten werden darf, und zwar nur von Bauern;

eine 100 Meter breite No-go-Zone, auf der streckenweise alle 160 Meter Wachtürme stehen;

einen sechs Meter hohen Sicherheitszaun, manchen Quellen zufolge elektrisch;

nach etwa 100 Metern einen weiteren sechs Meter hohen Sicherheitszaun, der auf einer Betonmauer steht, die bis zu 40 Meter in den Boden hineinreichen soll; danach folgen noch einmal Wachtürme. (Quelle: Washington Post, 10.10.2023; barrons.com, 11.10.2003)

Die am stärksten befestigte Grenze der Welt: Um Sicherheit vor Attacken aus dem Gaza-Streifen zu haben, verbaute Israel 145.000 Tonnen Stahl und 220.000 Lkw-Ladungen Beton. Die "eiserne Mauer" wurde zusätzlich mit Überwachungs-Hightech gespickt. Doch am 7. Oktober spazierten die Angreifer einfach durch.

Hinzu kommen jede Menge Kameras, Sensoren, Radarsysteme und Kontrollräume, "um Infiltrationen aus dem Gazastreifen in israelisches Gebiet zu verhindern", zitierte der Thinktank Mena-Watch das israelische Verteidigungsministerium. "Die Barriere wird Terroristen daran hindern, aus dem Gazastreifen in unser Gebiet einzudringen", versprach einst auch der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu (israel-netz.de, 4.2.2019).

Eine Seesperre wiederum "soll verhindern, daß palästinensische Terroristen aus dem Küstenstreifen über den Seeweg nach Israel gelangen". Laut dem ehemaligen Verteidigungsminister Avigdor Lieberman ein "weltweit einzigartiges Hindernis": Über ein Unterwasser-Sensoren-System "kann die Armee an der Meeresgrenze Schwimmer und Taucher in dem Gebiet beobachten" (israel-netz.de, 28.5.2018). Der Seeweg führt also auch nicht nach Israel.

Der Flughafen von Gaza wurde schon 2001 zerbombt und ist außer Betrieb, und selbstredend haben die Palästinenser weder eine Luftwaffe noch Raketenabwehrsysteme. Neben der Kontrolle über die Land-, Luft- und Wasserwege besitzt Israel schließlich auch die Hoheit über den Luftraum, die Hoheitsgewässer sowie die Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung des Gazastreifens.

Wo war der Mossad?

Die Sperranlagen sollten also exakt das verhindern, was am 7. Oktober 2023 geschah. "Viele Menschen in Israel sind fassungslos, daß Terroristen aus Gaza ungehindert die Grenze durchbrechen konnten" (Tagesspiegel, 9.10.2023). "Ich frage mich immer wieder, wie es möglich war, daß Terroristen einfach so mit Jeeps und Motorrädern in Israel eindringen konnten", staunte auch die deutsche Showmasterin Andrea Kiewel (Fernsehgarten), die sich bei ihrem Freund in Israel aufhielt.

Sie fragt sich: "In ein Land, das seit seiner Gründung in ständiger Verteidigungsbereitschaft ist und die besten Sicherheitsapparate und Geheimdienste der Welt hat? So ein Überfall muß doch geplant gewesen sein! Wo war die Armee, wo der Mossad? Wie kann es sein, daß man unsere Soldaten im Schlaf überraschen und eiskalt umbringen kann?" (Bild, 8.10.2023)

"Wie Israel zur Gründung der Hamas beigetragen hat." New York Times

In den Sicherheitszaun seien große Löcher geschnitten worden, erläuterte ein Bild-Reporter, so daß Hamas-Kämpfer mit Zweirädern hindurchfahren konnten; auch Bulldozer seien beteiligt gewesen. "Wir sehen, wie sich Hamas-Leute, Kämpfer der Terrororganisation, dort frei durchbewegen", sagte er zu Videos des Angriffs. "Wir sehen also, wie der Zaun bereits zerschnitten wurde. ..." Man könne mitverfolgen, wie Kämpfer mit Motorrädern "durch die Grenze fahren, die eigentlich bewacht werden sollte von israelischen Soldaten". Danach seien die Hamas-Leute zunächst gar nicht auf israelisches Militär gestoßen: "...wir können uns das immer noch nicht ganz erklären, wie es soweit kommen konnte, aber wir sehen hier Militärbasen nahe der Grenze, die überrannt wurden von Hamas-Terroristen. ...

Trotz tausender Kameras, die hier installiert sind, trotz Drohnen in der Luft und trotz Soldaten, die hier eigentlich Wache stehen sollten..." ("Terror-Überfall auf Israel", Bild-TV, Youtube, 7.10.2023). Des Weiteren ist das Gaza-Ghetto durchsetzt mit israelischen Spitzeln und Agenten, die jede gefährliche Entwicklung weit im Vorfeld melden würden. Mit anderen Worten: Der Gazastreifen ist für Israel ein offenes Buch und befindet sich praktisch uneingeschränkt in seiner Gewalt. Keine Maus geht hier rein oder raus, ohne daß Israel es mitbekommt.

Fragen wir deshalb einmal jemanden, der es wirklich wissen muß, nämlich die Journalistin Efrat Fenigson aus Tel Aviv, die sowohl in der israelischen Armee als auch im Nachrichtendienst tätig war: "Ich kenne die Sicherheitsübungen, ich kenne die verschiedenen Verteidigungsebenen, und ich kenne die Einsatzkräfte am Boden", sagte sie in einem Youtube-Interview (exklusiv auf dem Kanal von Marc Friedrich, 9.10.2023): "Ich kenne die verschiedenen Divisionen, die eigentlich im Alarmzustand sein sollten und die über solche Dinge Bescheid wissen sollten."

Hier ihr (gekürzter) Bericht: "Wir haben Berichte von Menschen, die rund um den Gazastreifen leben. Anwohner, die (am 7. Oktober) in ihren Häusern eingesperrt waren. Es hat angefangen mit vier bis fünf Stunden ohne Hilfe. Es ging bis zu acht, neun Stunden. Und manche Bewohner steckten sogar bis zu 24 Stunden in ihren Häusern fest. Niemand kam zu Hilfe, es gab keine Polizei, keine Armee, keine zivile Hilfe. Es war wirklich erstaunlich", sagte sie. "Was passiert ist, ist sehr, sehr komisch", es gebe da "ein großes Fragezeichen: Was ist mit dem israelischen Geheimdienst los?"

So habe ein Hamas-Soldat in seiner Befragung gesagt, sie hätten sich über ein Jahr vorbereitet. "Dann ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Nachrichtendienste von Israel - der Mossad, der Schabak - nichts davon wußten", so Fenigson. "'Es hat fünf Stunden gedauert, bis Israel angefangen hat, auf uns zu schießen", hat er gesagt. Und das ist wahr. Da war nichts, für fünf ganze Stunden. Der Grenzzaun war komplett offen. An 15 verschiedenen Stellen, wo sie durchbrachen, und es gab keine Helikopter, keine Drohnen, keine Artillerie, nichts. ... Der Mann, der gefaßt wurde, sagte: "Wir waren bereit mit 1.000 Soldaten. ... Wir waren überrascht

und geschockt, daß die IDF nicht auf uns warteten."

"Ich habe damals vor 25 Jahren nahe der Grenze zu Gaza gedient, und als ich da war, gab es kein Internet", so Fenigson. "Jetzt ist alles viel ausgeklügelter. Aber sogar damals, als ich da war, hätte eine Katze alle notwendigen Einsatzkräfte auf den Plan gerufen. Heute gibt es automatische Maschinengewehre, die auf alles schießen, was sich dem Zaun nähert. Es gibt Helikopter, Drohnen, wie ich bereits sagte, eigentlich alles. Und nichts davon hat funktioniert?" Eine gute Frage: Es gebe Leute, die das mit Cyber-Attacken auf das Militär erklärten, aber dennoch sollten an der Grenze auch Bodentruppen sein.

Überdies habe "die Hamas vor etwa drei Wochen Videomaterial veröffentlicht, in dem sie ihren genauen Plan beschreibt, wie sie nach Israel eindringen und es attackieren würde. Und einer der Reporter, der darüber berichtet hat, stellte sich die gleiche Frage wie ich: "Wo ist der israelische Nachrichtendienst?"

Die Verlegung der Streitkräfte

Fenigson weiter: "Viele der Streitkräfte, die das Gebiet rund um den Gazastreifen besetzten, waren in einen anderen Teil Israels verlegt worden. Das ganze Gaza-Bataillon wurde in den Bereich Samara und Judäa verlegt ... Sie reden über 60 bis 80 Prozent der Streitkräfte, die verlegt worden waren. Es waren also viel weniger von den Verteidigungsstreitkräften da, die eigentlich in diesem Gebiet an einem normalen Tag anwesend sind. Das ist sehr, sehr komisch. Ich weiß nicht, was die Gründe dafür sind, aber ich sage Ihnen, daß es keine Chance gibt, daß die Nachrichtendienste nichts davon wußten." ...

Auch eine weitere - nach eigenen Angaben - Ex-Soldatin sagte in einem Video: "Ich habe während des Gazakrieges 2014 in der Gaza-Division (der israelischen Verteidigungsstreitkräfte) gedient. ... Hören Sie mir zu, und hören Sie mir gut zu: Es gibt keine Möglichkeit, daß sich jemand der Grenze nähern kann, ohne daß wir davon wissen." Und weiter: "Die Beobachterinnen sitzen vier Stunden in ihren Bunkern und dürfen ihre Augen nicht abwenden. Sie sitzen vor dem Bildschirm. Das kann überhaupt nicht sein. Wir schauten vier Stunden lang auf den Monitor und sahen alles, was dort passierte.

Es war unmöglich, überhaupt wegzuschauen. ... Hören Sie, ich wurde nachts geweckt, als eine Taube bemerkt wurde, als sich ein Storch dem Zaun näherte, schon fast als eine Kakerlake unter dem Zaun hindurchlief. Und hier stellt sich heraus, daß sie mit Hilfe von Traktoren alles in aller Ruhe gemeistert haben sollen? Und es stellt sich heraus, daß keiner der 400 Leute bemerkt wurde? Ja, ich sage Ihnen: Nicht einmal eine Taube konnte unbemerkt zum Zaun fliegen ... Es kann nur eine Möglichkeit geben: Daß jemand von innen dazu beigetragen hat." (Telegram-Kanal efenigson).

Hilfestellung für die Hamas

Die Washington Post beschrieb am 30. Juli 2014, "wie Israel zur Gründung der Hamas beigetragen hat": Zu einem gewissen Grad habe die islamistische Organisation "ihre Existenz dem jüdischen Staat zu verdanken". Die Hamas sei 1988 gegründet worden, aber schon mehr als ein Jahrzehnt zuvor hätten die israelischen Behörden ihren Aufstieg "aktiv ermöglicht". Natürlich wird das heute von beiden Seiten bestritten - es ist auch schon so lange her.

Heute kommt das Geld für die Hamas ja ganz woanders her - versprochen. Zum Beispiel aus Qatar. Jedenfalls bis zum 30. März 2020. Zu diesem Datum wollten die Scheichs die Unterstützung der Organisation stoppen. Und wer tauchte daraufhin in Qatar auf: der Chef des Mossad, Yossi Cohen, und der für den Gazastreifen zuständige Führungsoffizier der israelischen Streitkräfte, Herzi Halevi. Soso - und was wollten die beiden da?

Ganz einfach: Sie wollten die Qatarer bitten, die Unterstützung für die Hamas fortzusetzen, also zu einer Zeit, als sich die Hamas längst als Terrororganisation entpuppt hatte. Das behauptete nicht ich, sondern der Netanjahu-Kritiker und zeitweilige Außen- und Verteidigungsminister, Avigdor Lieberman.

"In einem Gespräch mit dem Nachrichtensender Channel 12 warf Lieberman Netanjahu vor, die Qatarer "angefleht" zu haben, die im Gazastreifen ansässige Terrorgruppe weiterhin zu unterstützen", berichtete die Times of Israel. Denn Israel kann das natürlich nicht mehr selbst tun. "Plötzlich tritt Netanjahu als Verteidiger der Hamas auf, als sei sie eine Umweltorganisation", zitierte das Blatt Lieberman. "Das ist eine Politik der Unterwerfung unter den Terror", sagte er und fügte hinzu, daß Israel der Hamas "Schutzgeld" zahle, "um ruhig zu bleiben". Praktischerweise hält sich übrigens auch die "wichtigste Führungsfigur" der Hamas, Ismail.

Das Vorwissen der Geheimdienste

Aussagen eines ägyptischen Geheimdienstlers, nach denen Israel "wiederholte Warnungen vor "etwas Großem" ignoriert habe", sind in der Times of Israel vom 9. Oktober nachzulesen. Noch zehn Tage vor dem Ereignis seien "direkte Hinweise des Geheimdienstministers in Kairo an den Premierminister" versendet worden. "Wir haben ihn gewarnt, daß eine Explosion der Lage bevorsteht", sagt der Agent wörtlich.

"Anders als führende Repräsentanten von Militär, Geheimdienst und Verteidigungsminister Joav Galant weigert Netanjahu sich bisher beharrlich, eine Mitverantwortung für das israelische Versagen am 7. Oktober einzugestehen. Soldatinnen, deren Aufgabe die ständige Beobachtung des feindlichen Gebiets ist, hatten berichtet, sie hätten in den Wochen und Monaten bedrohliche Bewegungen im Gazastreifen bemerkt und davor gewarnt. Diese Warnungen seien jedoch von den Vorgesetzten ignoriert worden." (Welt, 29.10.2023)

"Demnach hat Ronen Bar, Leiter des Geheimdienstes Schin Bet, am Tag des Angriffs bereits um drei Uhr von Bewegungen der Hamas entlang der Grenze zum Gazastreifen erfahren. Statt von einem Angriff sei er jedoch von einer militärischen Übung der Terroristen ausgegangen." (Spiegel, 30.10.2023 mit Bezug auf die New York Times)

Haniyya, immer wieder in Qatar auf, von wo aus er die Hamas organisiert, so Wikipedia.

Aber Fakt ist nun einmal: Israel hat die Hamas nicht umsonst hochgepäpelt, sondern braucht sie als einigenden Feind. Im Angriff vom 7. Oktober bündeln sich viele Motive. Gerade jetzt ist das Land so zerrissen wie nie zuvor. Ministerpräsident Netanjahu ist in einer verzweiferten Lage: Hunderttausende gingen in den vergangenen Jahren gegen ihn auf die Straße, ihm selbst drohen zehn Jahre Haft wegen Korruption. Aber nichts einigt die Menschen so sehr wie eine Bedrohung von außen und ein Krieg.

Die Botschaft: Es gibt jetzt Wichtigeres als einen korrupten und unfähigen Ministerpräsidenten. Des Weiteren kann Netanjahu mit der Vertreibung der Palästinenser vom geschmähten Versager (und für manche: Verbrecher) zum Vater von Groß-Israel aufsteigen - inklusive Gazastreifen und anderer Palästinensergebiete. ...

*_ Bestsellerautor Gerhard Wisnewski (*1959) schreibt seit 2007 eine Chronik unterdrückter Nachrichten. Die aktuelle Ausgabe "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024" erscheint demnächst im Kopp-Verlag und wird dann auch unter compact-shop. de erhältlich sein. Der nebenstehende Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck. Er wurde von der Redaktion behutsam redigiert und mit Überschriften versehen.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2023. ...<<

19.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. November 2023 (x1.346/...): >>>Mehrwertsteuererhöhung in Restaurants: Essen wird teurer

Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie: TV-Koch Christian Rach fürchtet, daß "die große Mehrheit" der Deutschen nur noch selten ins Restaurant gehen kann.

TV-Koch Christian Rach ("Rach, der Restauranttester") rechnet mit schnell spürbaren Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die Gastronomie, weil die Preise anziehen werden. "Die, die es sich leisten können, werden weiterhin Restaurants besuchen - die anderen, die große Mehrheit, wird sehr viel seltener, dieses für das Miteinander so wichtige Erlebnis,

sich gönnen können", sagt Rach zu NIUS. Er kritisiert die Entscheidung der Ampel-Koalition: "Die Politik, wer auch immer das ist, hat die Funktion und die Aufgabe der Gastronomie als sozialen Kit, nie richtig verstanden."

Daß faire Löhne, Umweltstandards etc. gefordert und gefördert werden, verstehe er, so Rach. "Aber wenn man dann das, was sich in dieser schwierigen Branche auf den Weg gemacht hat, wieder abwürgt, dann ist das schon sehr scheinheilig." Während der Corona-Krise mußten 27.000 von 165.000 Gastro-Unternehmen in Deutschland schließen. Der Branchenverband Dehoga befürchtet, daß durch die Mehrwertsteuererhöhung nun weitere 12.000 Betriebe verloren gehen könnten.

Rach kritisiert, daß es in keiner anderen Branche den Grundsatz gäbe, die Produkte für 7 Prozent Mehrwertsteuer einkaufen zu können und mit 19 Prozent verkaufen zu müssen. Am Ende müßten die Restaurants die Preise erhöhen, was das "gesellschaftliche Auseinanderdriften" fördere.

"Ich kann nur jedem Gastronomen empfehlen, spätestens im neuen Jahr mal eine echte Kalkulation - z.B. für ein Schnitzel - vorne auf der Speisekarte transparent zu machen, in der auch die unendlichen Stunden, die Verwaltungskosten-, Bürokratie-, Hygiene- und Dokumentationspflichten eingepreist sind, genauso wie die Energie-, Versicherungs- und Vorsorgekosten."

Eine bittere Erkenntnis von Rach: "Obwohl die Gastronomie einer der größten Arbeitgeber in Deutschland ist, kann sie nicht streiken, wie gerade die GDL es für Bahnmitarbeiter zeigt. Man stelle sich mal vor: eine Woche lang kein geöffneter Imbiß, keine Bar, kein Hotel, kein Essens Lieferservice, kein Metzger oder Bäcker, die warmes Essen außer Haus verkaufen ..."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2023: >>**Illegale: Die Zahlen steigen weiter**

Von *Sven Eggers*

Der Asyl-Mißbrauch ufert aus. Die "europäischen Lösungen", die Polit-Versager versprechen, taugen nicht. Illegale Grenzverletzungen an der EU-Außengrenze erreichen Rekordzahlen. ... Die europäische Grenzschutzorganisation Frontex legt düsteres Datenmaterial vor. Danach sind die Grenzverletzungen in den vergangenen zehn Monaten gegenüber dem Vorjahreszentrum um 18 Prozent auf 331.600 angestiegen. Zuletzt wurden Zahlen in dieser Größenordnung im Jahre 2015 festgestellt. Logischerweise ist die Dunkelziffer in diesem Bereich besonders hoch.

Über die Westafrika-Route haben sich die Zahlen gegenüber dem Vorjahr sogar verdoppelt. 27.700 unerlaubte Grenzübertritte waren dort seit Januar festzustellen. Allein im Oktober versuchten rund 13.000 Asylbegehrende, über die Kanarischen Inseln nach Europa zu gelangen, die meisten aus Syrien, Guinea und der Elfenbeinküste. Seit Beginn der entsprechenden Aufzeichnungen waren es nie mehr gewesen, so Frontex.

Ein Plus von 68 Prozent!

Am meisten Menschen aber kommen weiterhin über das Mittelmeer. Hier wurden allein von Januar bis Oktober 143.600 Grenzverletzungen festgestellt; ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 68 Prozent! Auch über die Ostmittelmeerroute via Türkei kamen zuletzt mehr Illegale. 45.100 verbotene Einreisen waren es dort, knapp ein Viertel mehr als in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres.

Die EU-Asylagentur geht davon aus, daß wir es in den Ländern der Europäischen Union plus Norwegen und der Schweiz in diesem Jahr erstmals seit 2016 wieder mit mehr als einer Million Asylforderern zu tun bekommen - Ukrainer nicht mitgezählt. Deutschland wird hier mit einem Anstieg der Antragszahlen um 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Das Land mit den niedrigsten Asylanträgen ist übrigens Ungarn, was unterstricht, daß Regierungen

auch unter der EU-Knute etwas ausrichten - zum Beispiel einen stabilen Grenzzaun bauen - könnten; sie müssen es allerdings auch wollen.

In der November-Ausgabe unseres COMPACT-Magazins heißt es zum Umstand des Zustroms speziell in die Bundesrepublik beispielsweise:

"Faesers Turbo-Einbürgerungsversprechen kommt einer Einladung an Fremde gleich, die auch angenommen wird. Sie kommen jetzt vermehrt über die Slowakei, sie kommen über Tschechien, sie kommen vor allem über Polen. Polnische Konsulate haben gegen Schmiergeldzahlungen offenbar hunderttausendfach Arbeitsvisa vorrangig an Afrikaner und Asiaten vergeben, natürlich einkalkulierend, daß sich ein gehöriger Prozentsatz gleich weiter Richtung BRD-Sozialnetz begibt. Faesers zugesagte Kontrollen an der Oder sind eine Farce."

COMPACT-Reporter hatten vor Ort festgestellt: In den Grenzgebieten liegen weggeworfene Pässe, Rucksäcke, Kleidung. Zahlreiche Flußbrücken werden nur stichprobenartig überwacht, bei der Polizei ist um 20 Uhr Schicht im Schacht.

Von den angekündigten und von Massenmedien gefeierten "Kompromißlösungen" in der Asylfrage ist bislang weder national noch international irgend etwas zu spüren. Die Umvolkung nimmt weiterhin ihren ungehinderten Lauf. Es fehlt letztlich das Interesse der Politik, die Weichen tatsächlich umzustellen.

Vergeblich fordern die Deutschen laut zahlreichen Meinungsumfragen Grenzkontrollen, die Einrichtung von Ausreisezentren oder die Streichung von großzügigen Bargeldleistungen. Der Volkswille ist ganz eindeutig: Eine Mehrheit von 59 Prozent verlangt ein vollständiges Umdenken in der Frage offener Grenzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2023:

>>**Volkstrauertag: Die Erinnerung wahren**

Wie kaum ein zweites Volk waren die Deutschen im 20. Jahrhundert von Kriegen, Vertreibungen, Greueltagen und Gebietsabtrennungen betroffen. Doch die Erinnerung an die eigenen Toten wird von Herrschenden geradezu böse vernachlässigt. ...

1919 schlug der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen Volkstrauertag als Gedenktag für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs vor. 1922 fand die erste Gedenkstunde im Reichstag statt, allerdings versandeten während der Zeit der Weimarer Republik diverse Bemühungen, den Volkstrauertag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Dies führte dazu, daß einige Länder von sich aus aktiv wurden, so führten Thüringen und das unter Völkerbundsverwaltung stehende Saargebiet 1931 den Volkstrauertag am Sonntag Reminiscere (das ist der fünfte Sonntag vor Ostern) als Feiertag ein.

Heldengedenktag als Feiertag ...

Am 2. Juni 1931 - also noch in der Zeit der Republik - weihte die Reichsregierung das zentrale Gefallenenehrenmal in der von Schinkel entworfenen Neuen Wache in Berlin Unter den Linden ein, am 27. Februar 1934 bestimmte die Reichsregierung den Sonntag Reminiscere zum "Heldengedenktag" und zum staatlichen Feiertag.

Nach dem Krieg einigten sich 1952 in der jungen Bundesrepublik das Bundesinnenministerium und die Bundesländer darauf, den zweiten Sonntag vor dem Ersten Advent einheitlich zum Volkstrauertag zu bestimmen. Die DDR führte einen Gedenktag für die Opfer des Faschismus ein, der bis 1966 auf den 12. September und danach auf den 10. September fiel, der die Getöteten und Gefallenen aber wieder selektierte - als gedenkenswert galt nur derjenige, der gegen "den Faschismus" gekämpft hatte.

Ein Volk trauert gemeinsam

In den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik spielte der Volkstrauertag eine große Rolle im Feiertagskalender. Die Radiosender spielten den ganzen Tag ernste, häufig klassische Musik und das Programm des öffentlichen Fernsehens war auf die Gedenkfeier des Volksbundes ausgerichtet. Auch junge Menschen, die den Krieg selbst nicht mehr bewußt erlebt hatten,

wurden so mit Themen wie Tod, Vergänglichkeit, Schicksal und der eigenen Sterblichkeit konfrontiert.

Dies begann sich in den neunziger Jahren radikal zu ändern. Soldaten durften laut Bundesverfassungsgerichts-Urteil als "Mörder" bezeichnet werden, die Zahl der geschändeten Gefallenenehrenmale nahm inflationär zu und die öffentlich-rechtlichen Anstalten richteten ihr Programm bei weitem nicht mehr so stark am Volkstrauertag aus wie noch in früheren Zeiten.

Außerdem wurde der Volkstrauertag umgedeutet zu einem allgemeinen Gedenken gegen Krieg und Gewaltherrschaft, was freilich überhaupt nicht mehr den Wurzeln entsprach, aus denen heraus er einstmals in der Weimarer Republik eingeführt wurde. Das abstrakte und institutionalisierte Gedenken, das heute zelebriert wird, kommt einer Ignoranz gleich.<<

20.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. November 2023 (x1.345/...): >>ÖRR-Comedian witzelt: Besser deutsche Rentner töten, als Ausländer abschieben

In der 3sat Comedy-Sendung "Till Reiners' Happy Hour" schlägt der "Komiker" Moritz Neumeier vor, daß man über 70-jährige Deutsche töten könnte, anstatt abgelehnte Asylbewerber abzuschieben - immerhin würden die deutschen Rentner die Krankenkassen und Ärzte überdurchschnittlich belasten.

Jonas Aston

"Primetime-Comedy mit Herz, Hirn und Humor" - Nichts weniger als das liefert nach Eigenaussage regelmäßig die bei 3sat ausgestrahlte Sendung "Till Reiners' Happy Hour". In der am Sonntag ausgestrahlten Sendung lieferte der "Gast-Kabarettist" Moritz Neumeier aber eher eine menschenverachtende Geschmacklosigkeit, als Unterhaltung. Zur besten Sendezeit, um 20.15 Uhr, scherzte Neumeier darüber, einen Massenmord an deutschen Rentnern zu begehen, statt Ausländer abzuschieben.

Neumeier bezog sich bei seiner Show auf Friedrich Merz Aussage aus September, in der der CDU-Chef kritisierte, daß abgelehnte Asylbewerber sich in Deutschland die Zähne machen lassen würden und so Deutschen die Zahnarzttermine wegnehmen würden - eine Aussage, die inzwischen von einigen Zahnärzten bestätigt wurde. Für den "Kabarettisten" Neumeier sei es sehr "deutsch" sich darüber zu beschweren.

Weiter erklärte er: "Wenn man sich dann also darüber aufregen möchte, daß nur eine ganz kleine Gruppe von Menschen, nur so ein winziger Anteil von der Gesellschaft, das Geld von den Krankenkassen und die Wartezimmer und die Terminlisten völlig überdurchschnittlich strapazieren und was dagegen tun möchte, dann mußt du ja nicht noch mehr Menschen schneller abschieben, sondern einfach Deutsche über 70 - daß du die einfach tötest."

Deutsche Rentner würden nach Aussage von Neumeier die Sozialkassen also mehr belasten als abgelehnte Asylbewerber und könnten dementsprechend getötet werden, dann müsse man niemanden abschieben - ein "Witz" der das Publikum merklich irritiert. Vereinzelt sind Lacher oder Applaus zu hören. Ganz überwiegend schien das Publikum jedoch in eine Art Schockstarre verfallen zu sein und wußte nicht recht mit der Situation umzugehen. Doch Neumeier überspielt die Situation und führt sichtlich erheitert aus: "Hab' ich nicht mit mehr Reaktionen gerechnet, als denen, die jetzt kamen".

3sat ist Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. An dem TV-Sender sind das ZDF und die ARD jeweils mit 32,5 Prozent beteiligt. Das österreichische ORF und das Schweizer SRG halten 25 beziehungsweise 10 Prozent der Anteile.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. November 2023: >>Niederbayern: Rentner verlieren ihr Tanzlokal an Asylbewerber

Die Wellen schlagen hoch im niederbayerischen Straubing, seit bekannt ist, daß das vor allem bei Senioren beliebte Tanzlokal "Bienenkorb" geschlossen und zur Gemeinschaftsunterkunft

für Migranten/Flüchtlinge umfunktioniert wird. Es ist das regionale Aufreger-Thema! Jahrelang war der "Bienenkorb" die zentrale Anlaufstelle für Tanzfreudige in Niederbayern, darunter viele Rentner. Jetzt muß das beliebte Tanzlokal zum 30. November schließen.

Denn: In das Gebäude sollen Asylbewerber einziehen. Anfang des Jahres hatte ein Straubinger Gastronom das Gebäude gekauft - um, wie es schon damals hieß, das Tanzlokal zu einer lukrativen sogenannten Flüchtlingsunterkunft umzubauen. Der Gastronom ist übrigens Kreisvorsitzender der "Freien Wähler".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. November 2023 (x1.344/...): >>Weitere vier Milliarden Euro für Afrika? Wir nehmen der Ampel das Scheckbuch weg!

Und wieder wirft die Ampelregierung mit unserem hart erarbeiteten Geld um sich, während es in Deutschland weiter steil bergab geht. Vier Milliarden Euro will Olaf Scholz jetzt nach Afrika verschenken, damit dort die Wirtschaft klimafreundlicher wird. Das hat er heute auf einer Konferenz mit 13 afrikanischen Staatsoberhäuptern in Berlin angekündigt.

Scholz spielt den reichen Onkel aus Deutschland, der aller Welt etwas Gutes tun und sich dafür beklatschen lassen möchte. Während die Wirtschaft zu Hause durch hohe Energiepreise, Inflation, Bürokratie und Fachkräftemangel - alles von seiner Regierung verursacht - am Stock geht oder fluchtartig das Land verläßt, sollen auf dem afrikanischen Kontinent die "Rahmenbedingungen" für Unternehmen verbessert werden. Die Rede ist unter anderem davon, Kredite zu stützen und Firmen zu beraten.

Abgesehen davon, daß unser Steuergeld nicht dem Kanzler, sondern uns gehört, zeigt das jüngste Beispiel aus Nigeria, wohin es in solchen Fällen tatsächlich fließt. Der nigerianische Präsident Bola Tinubu hat von den 500 Millionen Euro Entwicklungshilfe aus Deutschland in diesem Jahr erst einmal gut 60 Millionen Euro für neue Luxus-Geländewagen ausgegeben, die er dann den 460 Abgeordneten des Parlamentes zur Verfügung gestellt hat. Weitere gut fünf Millionen wollte er in die Restaurierung seiner Yacht stecken, allerdings kam dann doch die Befürchtung auf, daß so etwas in Europa nicht ganz so gut ankommt.

Es muß doch mittlerweile jedem klar sein, daß es der Scholztruppe nicht um wirtschaftliche Zusammenarbeit oder das Klima geht. Es geht ihr einzig und allein darum, unseren Wohlstand zu vernichten und unser Geld wegzugeben - egal, wofür! Hier zu Hause gibt es so viele Bereiche, in denen man mit vier Milliarden Euro eine Menge für die Bürger bewirken könnte: Energiekrise, Konjunkturreinbruch, Wiederaufbau im Ahrtal. Wir müssen dieser Regierung endlich das Scheckbuch wegnehmen und sie in die Wüste schicken - gern auch eine afrikanische. Deshalb: Neuwahlen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2023:

>>Rackete floppt als neuer Linken-Star

Von *S. Hofer*

Carola Rackete, Kandidatin der Linken für die EU-Wahlen, versucht, grüne Klimapolitik mit altlinken Themen zu verknüpfen. Ein Trick, um den kompletten Absturz der Partei zu verhindern? Eine neue "rote Diva" wie Sahra Wagenknecht ist die Aktivistin jedenfalls nicht. ...

Zwei Bedürftige treffen sich: Aktivistin Carola Rackete braucht ein neues Betätigungsfeld und die Linkspartei einen neuen Polit-Star. Gesucht, gefunden. Zumal es dem Abgang der "roten Diva" Sahra Wagenknecht zu verdanken ist, daß Captain Caro überhaupt als Kandidatin zur Wahl des EU-Parlamentes 2024 antritt:

"Wäre Sahra Wagenknecht noch in der Linken, hätte ich nicht kandidiert."

Nachvollziehbar. Denn Sahra Wagenknecht ist eine konservative Linke, die sich primär für soziale Gerechtigkeit und Verteilungsfragen interessiert, die bei allen politischen Entscheidungen die Konsequenzen für Mittel- und Unterschicht mitrechnet.

Neulinke wie Carola Rackete hingegen setzen auf Themen wie Globalismus, Gender und

Klimapolitik. Immerhin versucht Rackete das neulinke Desinteresse am ehemaligen Klientel zu tarnen. In ihrer Rede auf dem Bundesparteitag der Linken (18.11.) stellte die Aktivistin den Klimaschutz und Interessen der Einkommensschwachen als ein und dieselbe Sache dar:

"Die größte soziale Krise unserer Zeit ist die Klimakrise. Sie betrifft jeden Aspekt des menschlichen Lebens. Sie macht jedes soziale Problem noch schlimmer ... Die Zeit läuft gegen uns. Deshalb wird linke Klimapolitik so sehr gebraucht wie nie zuvor."

Mit anderen Worten: Die Linke sollen unter roter Fahne zur Radikalversion der Grünen mutieren. Als Beispiel (und Köder für sozial Schwache) dienen die Lebensmittelpreise. Daß die ins Astronomische steigen, erscheint in ihrer Rede als isoliertes Phänomen, unabhängig (beispielsweise) von der Inflation. Statt dessen liege die Verantwortung primär bei Lebensmittel- und Agrarkonzernen.

Und fertig. Der Rest der Rede richtet sich fast ausschließlich an neulinkes Klientel: So will Captain Carola in die EU, weil dort "Konservative und Faschisten noch die kleinste Bemühung des Green Deal" in der EU boykottierten. Außerdem verpflichte Klimagerechtigkeit die Europäer zu offenen Grenzen. Die Linken-Kandidatin markiert die Fronten:

"Menschenrechte oder weiße Vorherrschaft, Klimagerechtigkeit oder Klima-Apartheid. Ein gutes Leben für alle oder die Rückkehr des Faschismus."

Kurzfassung: Eine weiße, ultraprivilegierte Frau, deren Reichtum der Vater durch Beratung der Mehler Engineered Defence GmbH (die auch Schutzsysteme für das Militär herstellt, also von Kriegselend profitiert) erwirtschaftet hat, will den allgegenwärtigen weißen Faschismus bekämpfen und erklärt Klima und soziale Frage für identisch. - Ob die Linke mit Rackete den Verlust von Sahra Wagenknecht tatsächlich kompensieren kann? ... Man muß eher ihren endgültigen Absturz vermuten.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. November 2023 (x1.344/...): >>**Das beste Mittel gegen Staatsverschuldung: Remigration!**

Die aktuelle Haushaltskrise könnte den Ampel-Spuk noch schneller beenden, als ein Sechsjähriger braucht, um ein Habeck-Buch bis zu Ende zu lesen: Jetzt, da nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes plötzlich 60 Milliarden Euro im Bundesetat fehlen, gehen sich die Landes-Vernichter im Kabinett gegenseitig an die Gurgel. Er fühle sich "gezwungen", zusammen mit Sozialdemokraten und Grünen zu regieren, bekannte FDP-Finanzminister Christian Lindner unlängst. Und Wirtschaftsminister Habeck wirft Lindner vor, nachdem der Mittelkürzungen vorgeschlagen hatte: "Alles nur Gerede".

Die Grünen haben kein Geld mehr, um ihre Klimaideologie zu finanzieren - und schon wird laut über neue Steuern, Steuererhöhungen oder über weitere Schulden nachgedacht. Auf das Naheliegende ist scheinbar noch niemand gekommen: Wir müssen überhaupt keine 60 Milliarden Euro für die widersinnigen Klimaprojekte der Ampel ausgeben. Wir können die Wirtschaft subventionieren, indem die Energiekosten gesenkt und Abgaben auf CO2 abgeschafft werden.

Und wir könnten jede Menge Geld sparen: Wenn wir zum Beispiel 300.000 illegale Migranten sofort wieder nach Hause schicken, statt ihnen ihren unrechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland mit Geldleistungen zu versüßen. Und wenn wir endlich aufhören, jeden ins Land zu lassen, der an den Grenzen steht. Man könnte auch die wahnwitzigen Entwicklungshilfeszahlungen stoppen - in Länder, die uns wirtschaftlich schon überholt haben. Oder die Waffenhilfe, mit der weiterhin Kriege am Laufen gehalten werden.

Aber für all das reicht weder die Phantasie eines Kinderbuchautors, noch die Frustration eines gescheiterten FDP-Finanzministers. Dafür muß man einen Bezug zu Deutschland haben und dafür müssen einem die Menschen, die hier leben und arbeiten, am Herzen liegen. Das kann nur noch die AfD von sich behaupten. Und wir können auch den Streit in der Ampel beenden:

Durch Neuwahlen und das Ende der Anti-Deutschland-Koalition aus SPD, Grünen und FDP.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. November 2023 (x1.345/...):
>>**Evangelische Kirche will Taliban-Führer nach Deutschland einladen, um Vortrag zu halten**

Eine Akademie der Evangelischen Kirche in Deutschland kündigt in einem Tagungsprogramm, das Apollo News vorliegt, einen Auftritt eines führenden Taliban-Mitglieds an. Zuletzt hatte genau das bei einer Ditib-Moschee für Aufsehen gesorgt.

Max Mannhart

Die Evangelische Akademie Villigst der Evangelischen Kirche in Nordrhein-Westfalen plant für den 8. und 9. Dezember eine Afghanistan-Tagung. Dazu eingeladen: Neben afghanischen Frauenrechtlern und Islamwissenschaftlern soll unter dem Gesprächspunkt "Im Gespräch mit den Taliban ..." auch ein "Vertreter der Taliban-Regierung, Kabul" sprechen. Dazu steht "N.N." - der Name des Taliban-Vertreters ist also entweder noch nicht bekannt oder wird aus anderen Gründen nur nicht genannt.

Erst vor wenigen Tagen hielt ein führender Vertreter der Taliban in Köln-Chorweiler einen Vortrag in Räumlichkeiten der Ditib (Apollo News berichtete als erstes Medium). Das hatte im Nachgang weitreichende Konsequenzen - das Auswärtige Amt schaltete sich ein. Man schrieb: Wir verurteilen den Auftritt des Taliban-Vertreters Abdul Bari Omar in Köln auf das Schärfste". Sowie: "So lange die Taliban in Afghanistan in eklatanter Weise die Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen, mit Füßen treten, wird es keine Normalisierung mit dem Taliban-Regime geben."

Der Taliban-Führer war über die Niederlande in die EU eingereist und dann von dort aus innerhalb des Schengenraums nach Deutschland gekommen. Das sogenannte "Islamische Emirat Afghanistan" der Taliban wird von Deutschland nicht anerkannt, auf offiziellem Wege ist es für Taliban-Führer eigentlich schwierig nach Deutschland einzureisen. Dennoch sind die Taliban bis heute nicht als Organisation in Deutschland verboten, wie Apollo News vom Bundesinnenministerium erfuhr.

Doch bei der Evangelischen Kirche ist man sich offenbar sicher, daß es klappen wird mit dem Taliban-Führer in Nordrhein-Westfalen. Wie genau das am Ende funktionieren soll, bleibt offen. Entsprechende Apollo News-Anfragen laufen.

In der Ankündigung der Veranstaltung selbst heißt es: "Wer übernimmt Verantwortung für die Zukunft Afghanistans - und mit welchen Interessen? Diese und andere Fragen werden wir mit afghanischen, deutschen und internationalen Experten diskutieren."

An der Organisation sollen vor allem Afghanen mitgewirkt haben. Dabei namentlich genannt sind unter anderem Belal El-Mogaddedi, der Vorsitzende der Deutschen Muslim-Liga. Inhaltliche Gesamtverantwortung trägt aber Uwe Trittman von der evangelischen Akademie. Diese ist Teil der Evangelischen Kirche in Nordrhein-Westfalen und zudem anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung.<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2023: >>Naive Baerbock: "Putin freut sich zu früh"

Die deutsche Außenministerin Baerbock hat verkündet, daß die militärische Unterstützung für Kiew "massiv ausgebaut" wird. ...

_ von *Thomas Röper*

Sie hat allerdings keine Details genannt, was kein Wunder ist, denn ihre Erklärung ist unrealistisch und weltfremd - ein typischer Baerbock eben. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat mal wieder eine ihrer typischen Erklärungen abgegeben. Der Spiegel berichtet darüber unter der Überschrift "Krieg in Osteuropa - Baerbock bestätigt Pläne für massiven Ausbau der Ukrainehilfe" und in der Einleitung zum Artikel erfahren wir:

"Einem Bericht zufolge will die Bundesregierung im kommenden Jahr die Rüstungshilfe für Kiew verdoppeln. Außenministerin Baerbock hat bestätigt, daß die militärische Unterstützung "massiv ausgebaut" wird - nennt aber keine Details."

Acht statt vier Milliarden Euro für Selenski

Daß Baerbock keine Details nennt, ist wenig verwunderlich, aber dazu kommen wir noch. Bleiben wir bei ihren Aussagen, über die der Spiegel berichtet hat.

Die Bundesregierung plant, der Ukraine im Jahr 2024 statt den bisher geplanten vier nun acht Milliarden Euro Militärhilfe zu geben. Der Spiegel berichtet:

"Das hat nun Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bestätigt. So stark die aktuelle Krisendiplomatie mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten ist, so wichtig ist es auch, uns den geopolitischen Herausforderungen hier vor Ort zu stellen, sagte Baerbock bei einem Außenministertreffen in Brüssel. Unsere Unterstützung wird gerade auch für das nächste Jahr massiv weiter ausgebaut werden."

Überschätzte Patriot-Raketen

Unter anderem will Deutschland noch ein Patriot-Flugabwehrsystem und Stromgeneratoren in die Ukraine schicken, "damit soll verhindert werden, daß russische Angriffe dazu führen, daß Ukrainer im Winter frieren müssen", wie der Spiegel schreibt. Daß die Patriots in der Ukraine weitgehend nutzlos sind, weil sie praktisch keinen Effekt gegen die russischen Angriffe gezeigt haben, wird dabei verschwiegen.

Es ist wichtig und auch gebotene Lehre der Geschichte, Kriegstreibern mutig entgegenzutreten. Nicht einschüchtern lassen, ist das Gebot der Stunde. ...

Außerdem ist die Reichweite der Patriots begrenzt, um zum Beispiel alleine Kiew wirklich effektiv zu schützen, müßten weit mehr als zehn dieser Systeme rund um Kiew aufgestellt werden. Wie die Bundesregierung mit nur einem Patriot-Flugabwehrsystem irgend etwas ausrichten möchte, bleibt daher ihr Geheimnis.

Das erwähnt der Spiegel jedoch nicht, sondern er zitiert Baerbock fröhlich weiter:

"Zu möglichen Hoffnungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf ein Nachlassen der EU-Unterstützung wegen des eskalierten Konflikts im Nahen Osten sagte Baerbock: Putin freut sich zu früh angesichts der dramatischen Lage weltweit. Denn wir werden unsere Unterstützung für die Ukraine nicht nur weiterfahren - wir werden sie weiter ausbauen und erhöhen."

Die verdrängte Ukraine-Realität

Deutschland steht mit dieser Euphorie für die Ukraine auch im Westen mittlerweile ziemlich alleine da, denn daß weitere nennenswerte Hilfe für Kiew aus den USA unrealistisch ist, hat sogar EU-Chefdiplomat Borrell bereits eingestanden. Borrell hat daher gefordert, die EU solle das kompensieren, aber auch das waren leere Worte, denn dazu sind die meisten EU-Staaten gar nicht bereit.

Ungarn und die neue slowakische Regierung sind gegen jedwede Waffenlieferungen an Kiew. Italien hat bereits verkündet, fast nichts mehr liefern zu können. Frankreich hat gerade verkündet, nichts mehr an Kiew liefern zu wollen, Kiew solle die Waffen in Zukunft bei französischen Herstellern kaufen. Polen hat weitere Waffenlieferungen an Kiew abgelehnt. Das waren nur Beispiele, die Liste ließe sich fortsetzen.

Und auch die EU selbst hat kein Geld mehr und bekommt auch kein zusätzliches Geld von den EU-Mitgliedsstaaten. Daher fordert die EU, daß die EU-Mitgliedsstaaten Kiew direkt helfen sollen. Nur sind die dazu nicht bereit, sonst hätte die EU ja nicht das Problem, Gelder für Kiew bei den Mitgliedsstaaten einzutreiben. Und daß inzwischen klar ist, daß die EU auch ihr Versprechen, Kiew eine Million Granaten zu schicken, nicht halten kann, kommt hinzu.

Woher sollen die Waffen kommen?

Wir können also ganz nüchtern feststellen, daß Deutschland inzwischen fast das einzige Land

ist, das die Lieferungen von militärischem Gerät erhöhen will. Aber was soll das bringen? Die Ukraine konnte keinerlei militärische Erfolge erzielen, als fast alle Länder des kollektiven Westens - vor allem die USA - Waffen im Wert von Dutzenden Milliarden geliefert haben. Aber jetzt soll es einen Unterschied machen, ob Deutschland 2024 Waffen im Wert von vier oder von acht Milliarden an Kiew liefert? Und woher sollen die Waffen kommen, wenn die ganze EU nicht einmal in der Lage ist, eine Million Granaten zu liefern?

Wenn die Bundesregierung umsetzt, was Baerbock verkündet hat, bedeutet das nur eines: Die Kämpfe werden unnötig verlängert, es werden noch mehr Menschen sinnlos sterben und die mit deutschem Geld gelieferten Waffen im Wert von Millionen werden auf dem Schlachtfeld verschrottet, ohne etwas zu erreichen.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

21.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2023 (x1.346/...): >>Wirtschaftsweise Grimm bringt Rentenkürzungen ins Gespräch

Nach der Haushaltssperre hat sich die Wirtschaftsweise Veronika Grimm für Kürzungen auch bei der Rente ausgesprochen. "Prinzipiell sind Einsparungen bei den Renten möglich", sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochausgaben). "Zum Beispiel die Rente ab 63 oder die Mütterrente könnte man zur Disposition stellen. Und bei der Anpassung von Bestandsrenten könnte man weniger Aufwüchse vorsehen. Das wird übrigens schon lange gefordert, unabhängig von dieser Haushaltslage."

Grimm mahnte aber auch: "Man muß jetzt aufpassen, daß man keine Schnellschüsse macht." Sparpotential gebe es auch bei Subventionen für Unternehmen und Haushalte im Rahmen der Heizungsförderung, sagte das Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft. Grimm sprach sich dafür aus, stärker auf die CO2-Bepreisung als Leitinstrument für den Klimaschutz umzustellen und im Gegenzug die Förderprogramme zurückzufahren. "Die Klimatransformation so stark auf Förderprogramme aufzubauen, ist ohnehin nicht durchhaltbar", sagte sie. "Außerdem könnte man bei Subventionen für fossile Energieträger in Rotstift anlegen. Oder auch bei Agrarsubventionen."

Zurückhaltend äußerte sich Grimm zu möglichen Steuererhöhungen. "Ich glaube, wir brauchen eine Steuerreform, die die Unternehmenssteuern von den Einkommensteuern entkoppelt und dann auch die Einkommensbesteuerung anpaßt. Aber das macht man nicht von heute auf morgen", sagte die Ökonomin an der Universität Erlangen-Nürnberg. "Es ist wichtig, Entscheidungen über zusätzliche Steuern nicht zu überstürzen und damit die Wachstumschancen zu dämpfen. Das wäre höchst kontraproduktiv." Eine Anpassung der Schuldenbremse im Grundgesetz hält Grimm für unrealistisch. Die dafür nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag "sehe ich nicht".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. November 2023: >>Weltsozialamt Deutschland: Bis zu 100.000 Euro kosten uns Steuerzahler diese Früchtchen - pro Nase und Jahr!

Der Landkreis Greiz (98.000 Einwohner) in Ost-Thüringen bricht in diesem Jahr alle Rekorde in Sachen Migration: Fast 100.000 Euro jährlich kostet hier inzwischen die Steuerzahler einer der insgesamt rund 40.000 "unbegleiteten minderjährigen Ausländer" (Amtsdeutsch: UMA) in Deutschland. Ähnlich hohe Zahlen werden aus anderen Landkreisen gemeldet. Diese Früchtchen, von denen die Ämter oft nicht wissen, wie alt sie wirklich sind, fallen vor allem durch hohe Kriminalitätsraten auf!

Jetzt bekannt gewordene Zahlen zeigen den ganzen Wahnsinn der illegalen Masseneinwanderung: Im ost-thüringischen Landkreis Greiz entstehen für die Versorgung von sogenannten "unbegleiteten minderjährigen Ausländern" (UMA) im Regelfall monatliche Kosten von

8.300 Euro - aufs Jahr gerechnet also 99.600 Euro! Das bestätigte der Landkreis.

Um das UMA-Thema war es im Windschatten der Asylkrise etwa stiller geworden, seit zuletzt vor vier Jahren eine noch höhere Zahl aus Hessen hatte aufschrecken lassen: Sage und schreibe 8.469 Euro zahlte der hessische Staat (Steuerzahler) jeden Monat für jeden einzelnen ausländischen minderjährigen unbegleiteten Jugendlichen, meldete 2019 das Portal "Tichys Einblick".

Durch einen Bericht der "Welt am Sonntag" geriet das Thema diese Woche wieder in den Fokus. Die Zuwanderung von unbegleiteten Jung-Migranten zieht demnach spürbar an - auf inzwischen fast 40.000. Die Kosten steigen rasant.

"Zahlen können auch deutlich höher ausfallen"

Laut Experten des Deutschen Landkreistages entstehen inzwischen bundesweit Kosten von mehr als 60.000 Euro pro Person und Jahr. Der Landkreistag hat zwar keine ausreichenden bundesweiten Daten zur Verfügung, um einen exakten Durchschnittswert zu nennen. Aber der für unbegleitete Minderjährige zuständige Fachmann des kommunalen Verbandes, Jörg Freese, sagt: "Die allgemeine Teuerung, die gestiegenen Gehaltstarife der Sozialpädagogen und die hohen Mietkosten für Wohngruppen schlagen in der Jugendhilfe voll durch."

- Die Zahlen können nach Angaben des Landkreistages auch deutlich höher liegen, wenn "individuell überdurchschnittliche Kosten" anfallen - wie etwa in Sachsen:

"Die Kosten für unbegleitete Minderjährige belaufen sich in der Folge im Schnitt auf 73 000 Euro pro Person und Jahr", sagt Erzgebirgs-Landrat Rico Anton. "Doch das Geld ist es nicht allein. Wir finden einfach keine Unterkünfte mehr, die den hohen Sozialstandards entsprechen."

- Rechnen wir der Einfachheit halber einmal mit durchschnittlichen Kosten von 60.000 bis 72.000 Euro. Allein das wäre ein mehrfacher Mindest-Monatslohn bzw. das Vielfache einer Durchschnittsrente in Deutschland! Das wären insgesamt mehr als 2,4 Milliarden Euro jährlich! Geld, das für die Versorgung von Ausländern verwendet wird, die nach geltender Rechtslage meist gar nicht hier sein dürften, von denen oft keiner so genau weiß, wie alt sie wirklich sind und von denen eine besonders hohe Zahl in der Kriminalstatistik auffällt!

Viele Jung-Migranten lügen beim Alter

In fast allen Bundesländern explodiert die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. In Baden-Württemberg zum Beispiel werden laut "Bild" bis zum Jahresende hochgerechnet 4.600 Einreisen erwartet -ein Plus von 440 Prozent (!) im Vergleich zu 2019. Durch Stichproben versucht die Landesregierung, das wahre Alter von erwachsen aussehenden, sich aber jugendlich ausgebenden Migranten festzustellen - mit überraschendem Ergebnis:

- Bei 42 von 87 getesteten Asylbewerbern stellten die Mediziner zweifelsfrei fest, daß die angeblich noch jugendlichen Migranten bereits volljährig sind. Das teilte das Sozialministerium auf Anfrage der AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag mit.

Joachim Walter, Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, berichtet: "Wegen der überlasteten Jugendhilfe hatten wir zuletzt schon Situationen, daß für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Amtsstuben Feldbetten aufgestellt werden oder daß Sozialpädagogen Jugendliche bei sich zu Hause schlafen lassen mußten, weil die Einrichtungen überfüllt sind."

Die Aufnahme unbegleiteter Zuwanderer in das aufwendige System der Jugendhilfe, das eigentlich für Kinder aus prekären Familienverhältnissen oder für Waisen geschaffen wurde, ist inzwischen zu einem Massenphänomen geworden.

Zählte das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 noch rund 600 solcher "Inobhutnahmen nach Einreise aus dem Ausland" durch die Jugendämter, stieg die Zahl jährlich bis auf 4.800 im Jahr 2013, um dann im Zuge der Migrationskrise - nach vorübergehender Rückläufigkeit (Corona) - in den letzten beiden Jahren regelrecht zu explodieren. Aktuell leben (Stand 13. November) "39.578 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in jugendhilferechtlicher

Zuständigkeit", bestätigt das Bundesfamilienministerium.

Vielfach kommen sogenannte UMAs als "Quartiermacher" oder "Ankerkinder" für den Familiennachzug. Für die Unterbringung der "Vorhut" sind vor allem Jugendhilfeeinrichtungen belegt sowie Wohnungen angemietet worden. Es erfolgt eine personalintensive und damit teure sozialpädagogische Einzelfallhilfe - praktisch rund um die Uhr. Erkennbar junge minderjährige Ausländer werden teilweise auch in Gastfamilien untergebracht und durch den Pflegekinderdienst betreut. Mitunter kommt es auch zu Hotelunterbringungen mit begleitender ambulanter Jugendhilfe.

Der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Volker Richter, migrationspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Wiesbadener Landtag, kommentierte die Zahlen aus Hessen so: "Im Durchschnitt wird in Hessen für ein eingewandertes UMA-Kind monatlich mehr als das 41-fache des Kindergeldes ausgegeben. Steht einem UMA-Kind 41-Mal so viel Geld zu wie einem Kind, dessen Eltern in Deutschland wohnen?"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. November 2023 (x1.344/...): >>Unser TOP-5-Sparprogramm für Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht hat es bestätigt: Die Bundesregierung verwendet Steuermittel in verfassungswidriger Form. Eiligst sucht man nun in den Ampel-Ministerien nach Einsparpotential - ohne die wirklich gravierenden und kostenintensiven Probleme angehen zu wollen. Deshalb stellen wir vor: Die Top 5 der Einsparmöglichkeiten, um die Haushaltskrise zu beenden und den Fokus auf die eigenen Bürger zu lenken!

1. Ausreisepflichtige sofort abschieben: Allein der Bund gibt in diesem Jahr 27,6 Milliarden Euro für Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern aus, die größtenteils gar nicht mehr in Deutschland sein dürften. Abschieben und sparen!

2. Energiewende stoppen: Die vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig deklarierten 60 Milliarden Euro wurden unrechtmäßig dem Klimahaushalt zugeschlagen. Deshalb: Klimawahn sofort beenden, Energiewende stoppen, Kernkraft hochfahren! Denn die sogenannte "Energiewende" kostet uns jährlich mehr als 30 Milliarden Euro.

3. Die Bundesregierung hat nicht nur die Bundeswehr geplündert, sondern Milliarde um Milliarde für die Beschaffung von Waffen und sonstige Hilfen für die Ukraine ausgegeben. Die Kosten für sämtliche Militärgüter belaufen sich auf ein Gesamtvolumen von rund 15 Milliarden Euro. Statt dessen: Zurück zur Diplomatie, Waffenlieferungen sofort einstellen!

4. Erst vor wenigen Tagen prahlte die nigerianische Regierung mit neu erworbenen Yachten und SUVs für den Regierungsapparat. Man muß kein Genie sein, um zu erkennen, daß Entwicklungshilfe (im Falle Nigerias 640 Millionen Euro) nicht nur dort mißbraucht wird. Und bevor man andere Länder mit Geldern zuschüttet - Kanzler Scholz versprach erst kürzlich vier Milliarden Euro für eine "EU-Afrika-Initiative" -, muß erst einmal der eigene Haushalt saniert werden.

5. Ob Maniküre, Frisur oder Make-up: Die Bundesregierung gibt Unsummen fürs Kaschieren der eigenen Inkompetenz aus. 1,5 Millionen Euro waren das allein in der bisherigen Amtszeit der Ampel.<<

Rußland: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. November 2023: >>Rußlands Staatschef Putin: Fenster nach Europa bleibt offen - auch wenn es derzeit zieht!

Im Rahmen einer Plenarsitzung des Internationalen Kulturforums in St. Petersburg erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, daß Moskau das Fenster zu Europa nicht schließen werde. Putin betonte, daß Rußland keinen Konflikt mit der europäischen Bevölkerung habe, sein Land erlebe jedoch "schwere Zeiten" mit den europäischen Eliten. Der Kreml-Chef machte deutlich, daß Moskau die Zusammenarbeit mit Europa nicht eingestellt habe und auch

nicht vorhaben, diese einzustellen.

Der russische Präsident sagte Medienberichten zufolge wörtlich: "Wir wollen die Beziehungen zu niemandem abbrechen. Das tun wir auch nicht. Wir knallen nichts zu, schließen nichts, weder Türen noch Fenster. Wenn jemand beschließt, sich zu trennen, dann ist das seine Sache. Man bestiehlt sich damit selbst."

Putin unterstrich, Rußland habe keinen Konflikt mit der europäischen Bevölkerung. Diese werde sich immer mehr bewußt, welche unmittelbaren Folgen für sie der Ukraine-Konflikt und damit zusammenhängend der westliche Sanktions-Irrsinn hätten. Rußland durchlebe "schwere Zeiten" mit den europäischen Eliten, die ihre nationale Identität verloren hätten und von den USA abhängig geworden seien.

Putin bezeichnete diese Situation als eine "Tragödie" für Europa, zeigte sich aber zuversichtlich, daß die Zeit "alles wieder in Ordnung" bringen werde. Rußland werde auch die Beziehungen zu internationalen Organisationen wie der UNO und der UNESCO nicht abbrechen, versicherte der Kreml-Chef.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27426" berichtet am 21. November 2023 (x1.343/...): >>>60 Jahre Attentat auf John F. Kennedy - Die Hintermänner aufgedeckt

Die große Kla.TV-Enthüllung zum Jahrestag: Die Hintermänner des John F. Kennedy-Attentats. Kla.TV deckt verheerende Verflechtungen auf, die 60 Jahre später nach wie vor weltweit bestehen und heute noch folgenschweren Einfluß auf das Weltgeschehen nehmen. Daher ist es wichtig, die aufgedeckten Zusammenhänge zu kennen. ...

Es ist der 22. November 1963. Kennedy besucht die Metropole Dallas in Texas. Mit Ehefrau Jackie fährt er im offenen Wagen durch die Stadt. Zehntausende stehen am Straßenrand und jubeln dem Paar zu. Plötzlich fallen Schüsse, eine Kugel trifft den Kopf des Präsidenten.

Wer sind die Hintermänner des Attentats auf John F. Kennedy? Diese Doku zeigt Enthüllungen und die großen Zusammenhänge rund um die Attentäter vom Kennedy-Mord auf. Dabei werden Verfilzungen von Politikern, dem militärisch-industriellen Komplex und Geheimbünden offenbar, die bis in die Jetztzeit im Hintergrund agieren und jede unabhängige Gerichtsbarkeit ausschalten.

Am 22. November 1963 kam der 35. Präsident der USA John F. Kennedy bei einem Attentat ums Leben. Die Ermordung von Kennedy zählt ebenso wie 9/11 zu den historisch bedeutsamsten Ereignissen des letzten Jahrhunderts. Ein Großteil der Menschen ist heute davon überzeugt, daß die offizielle Version des Kennedy-Mordes nicht der Wahrheit entspricht.

Kla.TV deckt in dieser Sendung verheerende Verflechtungen auf, die 60 Jahre nach dem Attentat auf Kennedy nach wie vor weltweit bestehen und folgenschweren Einfluß aufs Weltgeschehen nehmen. Daher ist es für jeden entscheidend, die aufgedeckten Zusammenhänge zu kennen und über die fatalen Hintergründe des Kennedy-Mordes Bescheid zu wissen.

I. Bereits knapp eineinhalb Stunden nach dem Attentat wurde der 24 Jahre alte Lee Harvey Oswald als Tatverdächtiger verhaftet. Das FBI präsentierte ihn zwar als Einzeltäter und er gilt offiziell als Kennedy-Mörder. Doch diese Version hält einer genauen Prüfung nicht stand.

Ein Oswald entlastendes Indiz war ein Nitrat-Test, dem er sich am Abend des Attentats unterziehen mußte. Mit einem Nitrat-Test lassen sich auf der Hand und Kleidung Spuren eines Schußwaffengebrauchs erkennen. Das Testergebnis zeigte nämlich, daß Oswald in den letzten 24 Stunden keine Schüsse mit einer Waffe abgefeuert hatte. Zudem konnten seine Fingerabdrücke nicht auf dem Gewehr gefunden werden, mit dem er angeblich den Präsidenten erschossen hatte.

Oswald selbst bestritt die Tat vehement und erklärte, daß er niemanden erschossen habe. Hier eine Aufnahme mit ihm kurz nach dem Attentat: "Ich bin nur ein Sündenbock." Zum Prozeß, also zu einer Anhörung von Lee Oswald kam es nicht. Denn nur zwei Tage nach seiner Fest-

nahme wurde er durch den Nachtclubbesitzer Jack Ruby erschossen.

Merkwürdig dabei ist der Umstand, daß Lee Oswald in einer abgesicherten Polizeistation erschossen wurde. Zudem kommt folgendes belastend hinzu: Die Polizei hatte Oswald zuvor verhört - jedoch später angegeben, es verabsäumt zu haben, von seinen Aussagen Protokoll zu führen. Ausgerechnet zu dieser entscheidenden Befragung sollte kein Protokoll oder keine Aufzeichnung existieren?

Original-Aufnahme von Abraham Zapruder widerlegt Einzeltäterschaft

Laut offizieller Version handelte Lee Oswald als Einzeltäter und schoß aus dem sechsten Stock eines Schulbuch-Lagerhauses. Der tödliche Kopfschuß wurde laut dieses Berichts von hinten auf Kennedy abgefeuert.

Diese offizielle Version kam im Jahr 1975 mit der Veröffentlichung des sogenannten "Zapruder-Films" heftig ins Wanken. Auf den Aufnahmen von Abraham Zapruder, der als Zuseher den Präsidenten in Texas gefilmt hatte, ist deutlich erkennbar, daß der Kopf von Kennedy vom tödlichen Schuß heftig nach links rückwärts geschleudert wird und die Kugel von vorne kommt. Dies ist ein Indiz dafür, daß auch von vorne auf den Präsidenten geschossen wurde und es mehrere Schützen geben mußte.

Enthüllungen von Rechtsanwalt Mark Lane

Bereits 1966 deckte der Rechtsanwalt Mark Lane auf, daß die Einzeltäter-Theorie nicht hält. Lane sprach mit einer Vielzahl von Zeugen und veröffentlichte ein Buch mit dem Titel "Rush to Judgment" - zu Deutsch "Vorschnelles Urteil". In seinem gleichnamigen Film äußerten zahlreiche Zeugen, daß auch von vorne, von einem Grashügel aus, auf Kennedy geschossen wurde.

Die eigenartige Laufbahn der Kugel

Die offizielle Tatversion gibt an, daß Lee Harvey Oswald als Einzeltäter insgesamt drei Schüsse von hinten abfeuerte. Um diese Einzeltäter-Theorie nicht zu gefährden, erklärte man der Öffentlichkeit, daß der zweite Schuß bei Kennedy und bei dem vor ihm sitzenden Gouverneur John Connally insgesamt sieben Ein- und Austrittswunden verursachte. Die Kugel hatte eine so eigenartige Flugbahn, daß sie neben Kennedy auch Connallys Rücken, Brust, Handgelenk und Oberschenkel verletzte und dabei mehrmals ihre Flugbahn änderte.

Da die Laufbahn der Kugel allen physikalischen Gesetzen widerspricht, wird dieser zweite Schuß in der Kennedy-Forschung daher als die "magische Kugel" bezeichnet. Alle Widersprüche lösen sich sofort auf, wenn man von mindestens einem weiteren Schützen ausgeht, der nicht hinter Kennedys Limousine, sondern vor ihr positioniert war.

Ex-Leibwächter von John F. Kennedy packt aus

Der Secret-Service-Agent und Leibwächter von John F. Kennedy, Paul Landis, stand nur wenige Meter von Kennedy entfernt, als die tödlichen Schüsse fielen. Mit der Veröffentlichung seiner Memoiren im Oktober 2023 brach der unmittelbare Augenzeuge des Attentats sein jahrzehntelanges Schweigen. Zentraler Punkt seines Enthüllungsbuches ist die berühmte "magische Kugel". Aufgrund seiner Beobachtung hält er es für unmöglich, daß nur drei Schüsse gefallen sind. Er ist davon überzeugt, daß es mehrere Schützen gab!

Entführung der Leiche

John F. Kennedy wurde unmittelbar nach dem Attentat ins Parkland Hospital von Dallas gebracht. Die Ärzte dieser Klinik bestanden darauf, die Obduktion vor Ort vorzunehmen, wie es die texanische Gesetzgebung auch vorsah. Mit einer sorgfältigen Autopsie hätte festgestellt werden können, wie oft und aus welchen Richtungen auf Kennedy geschossen wurde. Doch das wurde unterlassen, denn der Chirurg Dr. Charles Crenshaw berichtete später: "Der Körper des Präsidenten wurde den für die Autopsie Verantwortlichen, den Behörden von Texas, gewaltsam weggenommen."

Trotz des heftigen Widerstands von Dr. Earl Rose, dem Chef der gerichtsmedizinischen Pa-

thologie des Parkland Hospitals, wurde Kennedys Leiche von Agenten des Secret Service mit vorgehaltener Waffe noch am selben Tag um 14 Uhr entführt. Der Secret Service brachte den Leichnam nach Washington ins Bethesda Naval Hospital, wo um 19 Uhr die Obduktion unter Aufsicht hochrangiger Militärs begann.

Das Deutsche Ärzteblatt äußerte sich in einem Artikel zur Autopsie von John F. Kennedy im Militärkrankenhaus wie folgt:

"Die Neuro-Forensik (= bestimmte Untersuchung) des gemeuchelten Präsidenten und selbst seine notärztliche Versorgung sind gleichfalls von einigen Widersprüchen gekennzeichnet. ... - unter anderem mit einer Autopsie an einem anderen als dem vom Gesetz vorgeschriebenen Ort ... und mit einer Tracheotomie (= Luftröhrenschnitt) exakt im Schußkanal einer Wunde, was im streng legalen Sinn der Manipulation eines Beweismittels entspricht. ... Die Autopsie wird in der forensischen Literatur als unvollständig bezeichnet. So sei unter anderem das Gehirn zunächst nicht eingehend untersucht worden, vor allem zur Bestimmung der Ballistik der tödlichen Kugel."

Die Jahre später veröffentlichten Obduktionsfotos und Röntgenaufnahmen stehen im Widerspruch zu verschiedenen Zeugenaussagen. Sowohl die Krankenschwester Audrey Bell als auch der im Parkland Hospital arbeitende Chirurg Dr. Robert McClelland sprachen von einer enormen Wunde am Hinterkopf. Aufgrund seiner Beobachtungen vertrat Dr. McClelland die Ansicht, daß der tödliche Schuß von vorne gekommen sein muß.

Auch Dr. Charles Crenshaw äußerte in einem Interview seine Überzeugung, daß Präsident Kennedy von vorne erschossen wurde: "Wir wickelten ihn in ein Laken und legten ihn in den Sarg. Aber bevor wir dies taten, betrachtete ich die Wunde noch einmal. Ich wollte es wissen und die Erinnerung den Rest meines Lebens bewahren. Und den Rest meines Lebens werde ich immer wissen: Er wurde von vorne erschossen."

II. Zahlreiche Zeugenaussagen, die physikalischen Gesetzmäßigkeiten sowie Videoaufnahmen belegen, daß es mehrere Schützen waren, die auf John F. Kennedy schossen. Wenn es kein Einzeltäter war - wer waren dann die Täter und Hintermänner dieses Attentats? Wer hatte ein Motiv, den US-Präsidenten zu ermorden? Gab es Personenkreise, denen Kennedys Politik ein Dorn im Auge war?

John Fitzgerald Kennedy, kurz John F. Kennedy genannt, wurde am 20. Januar 1961 als 35. Präsident der USA vereidigt. Er stammte aus einer politisch sehr angesehenen Familie. Das Bild zeigt ihn mit seinen Brüdern Robert F. Kennedy, Justizminister im Kabinett von John F. Kennedy, und Edward Kennedy, dem langjährigen Senator für den US-Bundesstaat Massachusetts.

Kennedy fiel während seiner Amtszeit vor allem durch seine Friedenspolitik auf. Die Kubakrise 1962 führte die Welt an den Rand eines Atomkriegs. John F. Kennedy weigerte sich, dem Rat seiner Generäle zu folgen, die eine Invasion der Insel vorgeschlagen hatten. Statt dessen entschied er sich für eine Seeblockade. Daraufhin verhandelte Kennedy mit Nikita Chruschtschow, dem Regierungschef der kommunistischen Sowjetunion und versprach ihm, von jedem weiteren Angriff auf Kuba abzusehen. So konnte ein drohender Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert werden.

Im Oktober 1963, etwas mehr als einen Monat vor seinem Tod, begann Kennedy auch mit dem Abzug der US-Truppen aus Vietnam. In einem offiziellen Memorandum vom 11. Oktober 1963 ordnete er an, bis Ende des Jahres tausend amerikanische Militärangehörige aus Vietnam abzuziehen.

Robert McNamara, der Verteidigungsminister im Kabinett von John F. Kennedy, gab später an, daß sich Kennedy vollständig aus Vietnam zurückgezogen hätte, wenn er noch gelebt hätte.

Mit dieser Politik legte sich Kennedy allerdings mit dem militärisch-industriellen Komplex

und den US-Geheimdiensten an. Diese hatten nämlich das Ziel, die Vorherrschaft der USA durch weitere Angriffskriege und Militäreinsätze unter anderem auf Vietnam und Kuba auszuweiten.

Genau darum kam es 1961 zur Invasion in der kubanischen Schweinebucht - die jedoch fehlgeschlug. Dabei handelte es sich um eine verdeckte Militäroperation der CIA mit dem Ziel, Kubas Präsidenten Fidel Castro zu stürzen. Kennedy entließ daraufhin den CIA-Direktor Allen Dulles und kündigte an, die Machtstrukturen innerhalb der CIA zu zerschlagen. Sein Ziel war es, die CIA wieder unter politische Kontrolle zu bringen.

Auf der Suche nach den Hintermännern des Kennedy-Mordes ist die Spur zum US-Geheimdienst unübersehbar.

Dazu der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser: "Meiner Meinung wurde der Mord an Kennedy durch Allen Dulles in Auftrag gegeben. Allen Dulles war der Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA. ... Richard Bissell ist in der CIA-Abteilung zuständig für verdeckte Operationen. Das ist die rechte Hand von Allen Dulles. Und die hat er beide entlassen. ... Sie beide waren der Meinung, daß Kennedy ein Sicherheitsrisiko für die USA ist und für die imperialen Interessen der USA. Weil sie dachten, wenn der nicht zuschlägt z.B. gegen Fidel oder gegen Kuba, wenn der nicht gegen Vietnam zuschlägt, wenn er nicht Krieg führt, dann ist nichts mit der amerikanischen Vorherrschaft auf der Welt."

Auch der Neffe von John F. Kennedy, der US-Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy Jr. ist davon überzeugt, daß die CIA 1963 an der Ermordung des US-Staatsoberhauptes beteiligt war. In einem Interview im Mai 2023 wirft er dem US-Geheimdienst jahrzehntelange Spurenverwischung vor. Kennedy sagte über den Tod seines Onkels: "Es gibt überwältigende Beweise dafür, daß die CIA in seine Ermordung verwickelt war."

Die CIA wurde 1941 von Präsident Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufen. Erster Leiter wurde William Joseph Donovan. Er war Mitglied der Rockefeller Foundation und für die Familie Rockefeller tätig. Allen Dulles wurde 1953 Direktor der CIA. Er war ab 1945 Präsident des einflußreichen Council on Foreign Relations, kurz CFR.

Der CFR wurde 1921 von bekannten Bankern wie John D. Rockefeller Junior gegründet und wird seitdem maßgeblich durch die Familie Rockefeller finanziert. Der 2017 verstorbene David Rockefeller saß ab 1949 im Vorstand des CFR und leitete es später.

Hinter dieser Denkfabrik verbirgt sich so viel Macht, daß das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL bereits 1975 als von der "einflußreichsten privaten Institution Amerikas und der westlichen Welt" schrieb. Bis in die Gegenwart zieht der Council on Foreign Relations als eine Art Schattenregierung die Fäden. Aus dieser strategischen Schaltstelle heraus wird auch die US-Administration mit dem Ziel gelenkt, die sogenannte "Neue Weltordnung" voranzubringen.

Nahezu alle Leiter der CIA waren oder sind Mitglieder des CFR. CIA-Agenten sind weltweit tätig - meist verdeckt über die US-Botschaft der jeweiligen Länder.

Wenige Stunden nach dem Attentat auf John F. Kennedy wurde Lyndon B. Johnson an Bord der Air Force One als neuer US-Präsident vereidigt.

Somit war Johnson ungewählt an die Spitze der US-Politik aufgestiegen. Johnson beendete die Friedenspolitik von Kennedy und führte die USA in den Krieg mit Nordvietnam. Bis 1968 waren über 500.000 US-Soldaten in Vietnam stationiert. Die CIA engagierte sich in diesem Krieg umfassend und führte zahlreiche verdeckte politische und militärische Operationen durch.

1995 gab Vietnam bekannt, daß durch die Kriegshandlungen bis 1975 vier Millionen nord- und südvietnamesische Zivilisten und 1,1 Millionen vietnamesische Soldaten und Kämpfer getötet wurden, etwa ein Achtel der Gesamtbevölkerung Vietnams.

Wissenschaftler schätzen, daß die USA das Doppelte an Bomben wie im Zweiten Weltkrieg

auf Vietnam abwarfen. Die dabei eingesetzte chemische Waffe Agent Orange vergiftete geschätzte 24.000 Quadratkilometer dauerhaft - ein Siebentel der Gesamtfläche Südvietnams. Die Folge davon ist, daß eine Million Erwachsene und 150.000 Kinder in Vietnam an Krebserkrankungen oder psychischen und genetischen Schäden leiden.

Dazu Dr. Daniele Ganser: "Sie müssen wissen, daß nachdem Kennedy ermordet wurde 63, ist 1964 der Vietnamkrieg ausgebrochen. Übrigens auf der Basis einer Lüge ... Dann 11 Jahre Krieg bis 1975. Drei Millionen Vietnamesen, 58.000 tote Amerikaner, Napalm, Agent Orange, verformte Kinder. Alles riesengroße Verbrechen. Kennedy wollte das nicht. Er wollte - und das hat sein Verteidigungsminister McNamara gesagt - er wollte alle US-Berater aus Südvietnam bis Ende 65 abziehen. Und 50 Tage später nach diesem Entscheid wurde Kennedy ermordet."

Bemerkenswerte Rede von John F. Kennedy am 27. April 1961

Bemerkenswert ist eine Rede von Kennedy, die er 1961 in New York vor den wichtigsten Zeitungsverlegern des Landes hielt. Darin warnte er vor Geheimgesellschaften und vor einer weltweiten Verschwörung.

John F. Kennedy wörtlich: "Allein das Wort Geheimhaltung ist in einer freien und offenen Gesellschaft unannehmbar; und als Volk sind wir von Natur aus und historisch Gegner von Geheimgesellschaften, geheimen Eiden und geheimen Beratungen. ...

Denn wir stehen rund um die Welt einer monolithischen (= einheitlichen) und ruchlosen (= gemein und ohne Skrupel) Verschwörung gegenüber, die sich vor allem auf verdeckte Mittel stützt, um ihre Einflußsphäre auszudehnen. ...

Es ist ein System, das mit gewaltigen menschlichen und materiellen Ressourcen eine eng verbundene, komplexe und effiziente Maschinerie aufgebaut hat, die militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert. ... Andersdenkende werden nicht gelobt, sondern zum Schweigen gebracht."

Der republikanische Senator Ron Paul stellte 2016 fest: "Offen gesagt, es gibt da eine äußere Kraft, die wir als "Schattenregierung" oder "Tiefen Staat" bezeichnen. Diese Leute haben großen Einfluß, sie sind tatsächlich mächtiger als unsere Regierung, unser Präsident."

VON WELCHEN GEHEIMGESELLSCHAFTEN UND VON WELCHER VERSCHWÖRUNG SPRICHT KENNEDY?

Die US-Präsidenten vor John F. Kennedy

Franklin D. Roosevelt (Präsident von 1933-1945)

Roosevelt war ein sehr aktives Mitglied der Freimaurer und empfing während seiner Präsidentschaftsjahre zahlreiche Freimaurer-Delegationen im Weißen Haus. Er war Mitglied der Holland Lodge Nr. 8 in New York.

Harry S. Truman (Präsident von 1945-1953)

Aktiver Freimaurer wurde Truman 1909 im Alter von 25 Jahren in der Belton Lodge No. 450 in Missouri. Er gründete später die Grandview Lodge No. 618 und stieg schließlich 1940 zum Großmeister der Großloge von Missouri auf.

Dwight D. Eisenhower (Präsident von 1953-1961)

Eisenhower legte wie zahlreiche US-Präsidenten den Treueeid auf "die Freimaurerbibel" ab. Das Exemplar stammte aus der St. John's Lodge, der ältesten Freimaurerloge von New York. Dwight D. Eisenhower war ab 1949 CFR-Mitglied. Nach der Wahl zum US-Präsidenten rekrutierte Eisenhower viele Kabinettsmitglieder aus den Reihen des CFR. Als wichtigste Personalie ernannte er CFR-Mitglied und Bruder von Allen Dulles, John Foster Dulles zum US-Außenminister.

John F. Kennedy (Präsident von 1961-1963)

Kennedy leistete den Amtseid nicht auf die Freimaurerbibel, sondern auf seine katholische Familienbibel. John F. Kennedy war kein Freimaurer und auch nicht Mitglied im CFR.

Die US-Präsidenten nach John F. Kennedy

Lyndon B. Johnson (Präsident von 1963-1969)

Johnson war ebenfalls Freimaurer. Er trat 1937 in die Johnson City Lodge Nr. 561 in Texas ein und war auch Mitglied der Freimaurerloge Janus.

Richard Nixon (Präsident von 1969-1974)

Auch Richard Nixon war Freimaurer. Er war außerdem regelmäßiger Besucher des Bohemian Groove, einem exklusiven Klub, der ausschließlich männlichen Elite-Führungskräften offensteht. Ab 1961 war er Mitglied des CFR.

Gerald Ford (Präsident von 1974-1977)

Gerald Ford wurde 1949 in die Freimaurerloge Malta Lodge No. 465 aufgenommen. 1962 stieg er zum 33. Grad Freimaurer auf. Er war auch Mitglied der von David Rockefeller gegründeten Freimaurerloge Three Eyes. Ab 1982 war er zudem CFR-Mitglied.

Jimmy Carter (Präsident von 1977-1981)

Von David Rockefeller wurde er im April 1973 in die Trilaterale Kommission berufen, die als Schaltstelle des CFR agiert. Er gehörte auch dem CFR an.

Ronald Reagan (Präsident von 1981-1989)

War Mitglied der Freimaurerloge White Eagle.

George Bush sen. (Präsident von 1989-1993)

Bush sen. war Mitglied der von David Rockefeller und Henry Kissinger gegründeten Trilateralen Kommission, 33. Grad Freimaurer, Mitglied der Freimaurerlogen Hathor Pentahpa, Three Eyes und Edmund Burke.

Bill Clinton (Präsident von 1993-2001)

Bereits in seiner Jugend wurde Clinton Mitglied des Hot Springs Chapter des Order of DeMolay, einer der Freimaurerei angeschlossenen Jugendgruppe. Schließlich wurde er Mitglied der Freimaurerlogen Janus, Maat und Three Eyes. Seit 1981 ist er CFR-Mitglied.

George W. Bush (Präsident von 2001-2009)

Er ist Mitglied der Freimaurerloge Hathor Pentalpha sowie Mitglied des Geheimbundes Skull & Bones.

Barack Obama (Präsident von 2009-2017)

Er ist Mitglied der Freimaurerloge Maat.

Donald Trump (Präsident von 2017-2021)

Von Trump sind keine Verbindungen zur Freimaurerei oder zum CFR bekannt.

Joe Biden (Präsident seit 2021)

Er ist Mitglied der Freimaurerloge Maat.

III. Die Warren-Kommission erhielt 1963 den offiziellen Auftrag zur Untersuchung des Attentats auf John F. Kennedy und der Feststellung der Täter. War diese Untersuchungskommission unabhängig oder ebenfalls Teil der von Kennedy genannten Verschwörung?

Vier Tage nach dem Attentat setzte Präsident Lyndon B. Johnson die sogenannte Warren-Kommission ein, die die Umstände des Attentats auf Kennedy aufklären sollte. Der Abschlußbericht wurde im September 1964 veröffentlicht. Die Kommission untermauerte die offizielle Theorie und kam zu dem Schluß, daß Präsident Kennedy von Lee Harvey Oswald ermordet wurde und es keine Verschwörung zur Ermordung Kennedys gegeben habe.

Der US-amerikanische Bestseller-Autor Jim Moore veröffentlichte 1991 ein Buch über das Kennedy-Attentat und legte darin dar, daß die Kommission keine echte Untersuchung durchgeführt hat: "Die Warren-Kommission, das sollte klar sein, hat nie eine wirkliche Untersuchung durchgeführt. Sie begann mit einer Schlußfolgerung und arbeitete dann ziemlich sorgfältig, um sicherzustellen, daß die verfügbaren Fakten zu der vorher festgelegten Entscheidung paßten."

Der englische Historiker Hugh Trevor-Roper äußerte ebenfalls starke Bedenken zum Bericht

der Warren-Kommission: "Ich hatte den Eindruck, daß der Text gravierende Mängel aufwies. Darüber hinaus erschienen die schwachen Teile bei der Untersuchung noch schwächer als auf den ersten Blick."

Die Mitglieder der Warren-Kommission

Die Kommission erhielt ihren Namen vom Vorsitzenden, dem Obersten Richter der Vereinigten Staaten, Earl Warren. Warren war wie Präsident Johnson, der ihn in die Untersuchungskommission berief, sehr aktiv in der Freimaurerei tätig. Er war 33. Grad Freimaurer und Großmeister für den Staat Kalifornien.

Richard Brevard Russell war Gouverneur und US-Senator von Georgia.

Er war ebenfalls Freimaurer und Mitglied der Winder Lodge Nr. 33 in Georgia, wo er zum 33. Hochgrad Freimaurer aufstieg.

John Sherman Cooper war ein US-amerikanischer Senator der Republikanischen Partei und 33. Grad Freimaurer. Cooper war auch Mitglied der Geheimgesellschaft Skull & Bones.

Gerald Ford wurde einige Jahre später - von 1974 bis 1977 - der 38. Präsident der Vereinigten Staaten. Ford wurde 1949 in der Freimaurerloge Malta Lodge No. 465 in Grand Rapids eingeweiht und stieg dort zum 33. Hochgrad Freimaurer auf.

Laut einem FBI-Dokument von 1963, das 2008 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, stand Ford während seiner gesamten Zeit in der Warren-Kommission in Kontakt mit dem FBI und leitete Informationen über die Aktivitäten des Gremiums an FBI-Mitarbeiter weiter.

Allen Welsh Dulles war der Leiter der CIA.

Mit Dulles saß ausgerechnet einer der Hauptverdächtigen des Kennedy-Mordes in der Untersuchungskommission. Er und sein Bruder John Foster Dulles hatten familiäre Beziehungen zu David Rockefeller und waren Mitbegründer des Council on Foreign Relations. Der 33. Grad Freimaurer Allen Dulles war von 1927-1969 außerdem im Vorstand des CFR tätig.

John Jay McCloy, der Vorstandsvorsitzende der Chase Manhattan Bank wurde 1947 zum Präsidenten der Weltbank ernannt. Er war ein enger Freund der Familie Rockefeller und Vorsitzender des CFR von 1953-1970, also zu jener Zeit, in der das Attentat auf John F. Kennedy stattfand.

Thomas Hale Boggs, ebenso 33. Grad Freimaurer, stellte in den 1970er Jahren die Arbeit der Warren-Kommission jedoch in Frage. Er hatte starke Zweifel an der Theorie der "magischen Kugel" und setzte sich schließlich für eine Wiedereröffnung der "Akte Kennedy" ein. Doch dazu kam es nicht! Boggs verschwand im Oktober 1972 bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz.

Weitere entscheidende Personen der Warren-Kommission

Nicholas Katzenbach und John Edgar Hoover gelten als weitere Initiatoren der Warren-Kommission.

Nicholas Katzenbach war Mitglied des CFR und von 1975-1986 im Vorstand des CFR tätig.

John Edgar Hoover, der 33. Grad Freimaurer und Mitglied der Federal Loge No. 1 in Washington D.C., war zu diesem Zeitpunkt Direktor des FBI. Als solcher war er auch federführend bei den Ermittlungen des FBI im Fall Kennedy.

Dealey Plaza - der Ort des Kennedy-Attentats

Der Dealey Plaza ist ein Stadtpark in der Innenstadt von Dallas. Es ist der Ort des Attentats auf John F. Kennedy. Auch das dürfte kein Zufall sein, denn der Dealey Plaza steht ebenso in Verbindung mit der Freimaurerei. Die Person, nach der der Ort benannt wurde - George Bannerman Dealey - war ebenso ein 33. Grad Freimaurer. Auffallend auf dem Dealey Plaza ist der freimaurerische Obelisk mit der Inschrift:

Dealey Plaza - Geburtsort von Dallas

In diesem kleinen Park wurde das erste Haus gebaut. Dieses diente auch als erstes Gerichtsgebäude und Postamt, als erster Laden und als erste Freimaurerloge.

Die Rockefeller-Kommission

Die Bevölkerung kritisierte vehement die Arbeitsweise der Warren-Kommission und glaubte der offiziellen Version nicht. So sah sich die US-Regierung gezwungen, die Schlußfolgerungen der Warren-Kommission von insgesamt vier weiteren Gremien überprüfen zu lassen. Unter anderem wurde 1975 die Rockefeller-Kommission eingesetzt, die von Nelson Rockefeller, dem Bruder David Rockefellers, geleitet wurde. Er war ebenso Hochgrad-Freimaurer und Mitglied der Freimaurerloge Three Eyes.

Die Kommission bekräftigte die Feststellung der Warren-Kommission, daß es einen Attentäter gab und nannte die Anschuldigungen, die auf mehrere Attentäter hinwiesen, als "weit hergeholte Spekulationen".

Todesfälle in der Familie Kennedy

Robert Kennedy, der jüngere Bruder von John F. Kennedy, engagierte sich dafür, daß der Mord an seinem Bruder aufgeklärt wurde. 2013 sagte sein Sohn Robert F. Kennedy Jr. in einem Interview auf CBS, daß sein Vater "ziemlich davon überzeugt" sei, daß mehrere Personen an der Ermordung seines Bruders beteiligt waren. Er bezeichnete den Bericht der Warren-Kommission als ein "schlechtes Stück Handwerkskunst".

Robert Kennedy kandidierte 1968 für die Präsidentschaftswahl. Als Robert Kennedy die Vorwahlen sowohl in Kalifornien als auch in South Dakota gewann, wurden ihm gute Chancen eingeräumt, nächster US-Präsident zu werden. Am 5. Juni 1968 sprach er kurz nach Mitternacht in einem Ballsaal des Ambassador Hotels in Los Angeles zu seinen Anhängern. Als er auf dem Weg zum Pressesaal durch die Räume der Hotelküche ging, wurde er ebenso Opfer eines Attentats. Wie bei seinem Bruder John F. Kennedy wird in der offiziellen Version von einem Einzeltäter gesprochen, wobei es ebenso eklatante Widersprüche gibt.

Ein weiterer Bruder von John F. Kennedy, Edward Kennedy, überlebte am 19. Juni 1964 schwer verletzt einen Flugzeugabsturz. Am 13. Januar 1982 verpaßte Ted Kennedy eine Maschine, die nach dem Start ebenfalls verunglückte.

John F. Kennedy Jr. war der Sohn von John F. Kennedy. Er starb 1999 im Alter von 38 Jahren bei einem Flugzeugabsturz. Bei dem Unglück kam auch seine Frau Carolyn Bessette-Kennedy ums Leben.

IV. Schlußpunkt

Werte Zuseher, fragen Sie sich, warum das Kennedy-Attentat nach 60 Jahren immer noch ein Thema ist?

Rund um das Attentat kommen ein gewaltiger Machtmißbrauch und eine unglaubliche Vertuschung der tatsächlichen Drahtzieher und Täter ans Licht. Diese Dokumentation legt ein umfassendes Wirken von Geheimbünden offen, die ihre Mitglieder an obersten Schaltstellen des Staates positionierten und die bis heute (!) nicht davor zurückschrecken, Kriege gegen andere Staaten anzuzetteln oder Regierungschefs zu stürzen.

Daß die von Kennedy angeprangerte ruchlose Verschwörung in Form einer Schattenregierung nach wie vor existiert, wird schon allein beim Blick auf die aktuelle US-Administration offensichtlich. Wie die bisherigen CIA-Chefs ist auch der aktuelle CIA-Chef William Joseph Burns für den CFR tätig. Der derzeitige FBI-Direktor Christopher Wray steht ebenfalls in Verbindung mit dem CFR. Ebenso der US-Präsident Joe Biden, der Hochgrad-Freimaurer ist und dem CFR auch sehr nahe steht.

Daß diese Schattenregierung nicht nur in den USA, sondern weltweit existiert, zeigte Kla.TV bereits in zahlreichen Sendungen auf. Man sieht dieselben Geheimbünde und Drahtzieher am Werk. Diese zeigen sich hinter

- der Corona-Diktatur,
- dem Rußland-Ukraine-Krieg,
- dem aktuellen Israel-Palästina-Krieg,

- der Weltmacht China,
- der EU-Administration
- und auch bei 9/11.

Das ist der Grund, weshalb es auch heute, 60 Jahre nach dem Attentat auf John F. Kennedy, von sehr großer Bedeutung ist, eine lückenlose Aufklärung dieses Verbrechens einzufordern, damit das Drangsalieren der Menschen weltweit ein Ende hat.

Nur durch eine unabhängige Untersuchung können dann auch jene Drahtzieher zum Vorschein kommen und geahndet werden, welche diese Geheimbünde weltweit steuern.

Kla.TV bleibt für Sie weiterhin unabhängig und investigativ. Werden auch Sie Teil dieser internationalen Aufdeckungs- und Wahrheitsbewegung. Verbreiten Sie bitte diese Enthüllungen soweit wie Sie nur können.

Wichtiger Hinweis:

Kla.TV weist ausdrücklich darauf hin, daß mit der Erwähnung der in dieser Sendung genannten Personen, Hintergründe und Verflechtungen nicht angestrebt wird, den Zuschauer zu einem antisemitischen Urteil zu verleiten. Selbst wenn die in dieser Sendung genannten Personen und Interessengruppen sich als Juden ausgeben, sollte jeder Zuschauer im Bewußtsein behalten, daß Gewalt, egal von welcher Seite sie verübt wird, ganz grundsätzlich nicht zu rassistischen Urteilen verleiten darf.

Denn oft läßt sich nach einer genaueren Untersuchung folgendes feststellen: Personen, die durch investigativen Journalismus ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, lenken von ihren Gewalttaten ab, indem sie dann ihre Religionsgruppe oder Nation als Sündenbock oder Schutzschild ins Feld führen. So wird bewußt Haß und Folgegewalt unrechtmäßig auf die Religionsgemeinschaft oder Nation gelenkt.

Daß man es in vielen Fällen gar nicht mit echten Juden bzw. echten Anhängern sonstiger Religionen zu tun hat, sondern mit einer luziferischen Ideologie, wird ausführlich in den Sendungen "Wider Rassismus und Verschwörung" (siehe: www.kla.tv/23509) und "Das Geheimnis der Obelisken" (siehe: www.kla.tv/14340) dargelegt.

Wie es auch in der Bibel in Offenbarung 2, 9 steht: "... die sagen, sie seien Juden, und es nicht sind, sondern eine Synagoge des Satans."<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2023:

>>**JFK-Attentat: Neue Beweise für Verschwörung**

Von *Jürgen Elsässer*

60 Jahre nach dem Attentat: Die Ärzte, die Kennedy direkt nach den tödlichen Schüssen als erste behandelten, bestätigen die Recherchen in der COMPACT-Spezialausgabe "Die Attentate des Tiefen Staates".

Zum 60. Jahrestag des Attentats auf den US-Präsidenten sind neue Beweise aufgetaucht, die gegen die staatsoffizielle Theorie vom "Einzeltäter Lee Harvey Oswald" und für eine Verschwörung der US-Geheimdienste sprechen. Große US-Fernsehanstalten veröffentlichten am Sonntag einen verschwundenen Film, ein Video der Filmemacherin Jacque Leuth aus dem Jahr 2013. Sie hatte das Kunststück fertiggebracht, sieben der Ärzte zu versammeln, die sich direkt nach den Schüssen um den Schwerverletzten kümmerten.

Alle diese Ärzte stellen die Einzeltätertheorie in Frage. Ihnen zufolge habe die Kopfverletzung des damaligen US-Präsidenten so ausgesehen, als wäre er von vorne erschossen worden. Damit scheidet Oswald, der angeblich im sogenannten Schulbuchgebäude hinter der Präsidentenkolonne gewesen sein soll, als Schütze aus.

"Aller Wahrscheinlichkeit nach war es eine Verschwörung. Es gab mehr als einen Schützen", sagte der Arzt Robert McClelland im Video. McClelland starb im Jahr 2019 im Alter von 89 Jahren.

Eine ähnliche Vermutung äußerte kürzlich auch der Personenschützer Paul Landis, 1963 als

Agent des US-amerikanischen Secret Service beim Attentat in unmittelbarer Nähe des Präsidenten. In seinen im September veröffentlichten Memoiren schildert er seine Erinnerungen an einen anderen Todesschützen als Oswald.

Manipulation der Autopsie-Fotos

Besonders brisant: In dem aktuellen Video äußern sich die Ärzte zu den offiziellen Bildern der Autopsie. Ihnen zufolge haben die Fotos jedoch anders ausgesehen, als sie die Situation gesehen haben. Zwingende Schlußfolgerung: Die Fotos wurden ausgetauscht. Wer hätte das machen können außer interessierten Geheimdienstkreisen?

Die Darstellung im Bericht der handverlesenen Warren-Untersuchungskommission, der dritte Schuß sei von hinten gekommen (also vom Schulbuchlager, wo Oswald angeblich war), verlor bereits an Glaubwürdigkeit, als 1975 der Amateurfilm eines gewissen Abraham Zapruder auftauchte, der zwölf Jahre lang unterdrückt worden war.

In COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" schreiben wir dazu: "Der Zapruder-Film zeigt deutlich, wie die Stirn aufplatzt und der Schädel zurückschlägt - was bedeutet, daß die Kugel von vorne gekommen war. Der Super-8-Streifen spielte bereits eine große Rolle in Stones erstem JFK-Film von 1991.

In Stones Nachfolgefilm JFK - Revisited aus dem Jahr 2021 wird durch Befragung von Ärzten und Krankenhauspersonal deutlich, wie die Beweisfälschung für die Warren-Kommission durchgeführt wurde. Die Obduktion hatte nämlich ergeben, daß am Hinterkopf von Kennedy ein 'visitenkartengroßes' Loch war. Dies mußte verschwiegen werden, da ein solcher Krater nur durch den Austritt einer (im Innern des Schädels deformierten) Kugel entstehen kann.

Stone befragte die FBI-Agenten James Sibert und Francis O'Neill. Sie bezeugten, den teils weggesprengten Hinterkopf mit eigenen Augen gesehen zu haben. Als man vom offiziellen JFK-Fotografen John T. Stringer wissen wollte, ob die Bilder der Autopsie echt seien, antwortete er: Mit Sicherheit nicht, das ist nicht mein Film."

Allen Dulles und andere CIA-Drahtzieher

Wichtige Erkenntnisse aus COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" werden durch den jetzt aufgetauchten Ärztefilm bestätigt. Darüber hinaus präsentieren wir in der Ausgabe Zeugen, die widerlegen, daß Oswald überhaupt im Schulbuchlager gewesen ist.

Wer aber hat geschossen, wenn es Oswald nicht war? Auf Tonband-Aufnahmen hört man angeblich, wie neben den drei Schüssen der staatsoffiziellen Theorie eine vierte Kugel abgefeuert wurde. Ein Foto von einer nahegelegenen Anhöhe, dem Grassy Knoll, soll den Täter sogar zeigen. Ebenfalls im Verdacht, zumindest als Signalgeber für den Schützen: Der Mann mit dem Regenschirm - ein Regenschirm an einem brüllend heißen Sommertag! -, der der Kolonne sehr nahe kam, als die Schüsse fielen.

Zu den Drahtziehern dürften nach COMPACT-Recherchen gehören: CIA-Offizier George Joannides, der Oswald in Kontakt mit antikommunistischen Exilkubanern gebracht hatte; William Harvey, Attentats-Spezialist der CIA; David Atlee Philipps, der mit Oswald vor dem Attentat gesehen wurde.

Besonders von Interesse sind die Aussagen von E. Howard Hunt, der in seinen 21 Dienstjahren bei der CIA an fast allen schändlichen Operationen in Südamerika beteiligt war. Auf dem Sterbebett bekannte der 88-Jährige, an einem Geheimdienstkomplott zur Ermordung JFKs mitgewirkt zu haben.

In besonderer Weise beschäftigen wir uns in "Attentate des Tiefen Staates" mit dem langjährigen CIA-Chef Allen Dulles, der Zentralfigur in der siebenköpfigen Warren-Untersuchungskommission und geschworenen Kennedy-Feind. Außerdem präsentiert COMPACT eine Analyse der seit 2017 endlich freigegeben Akten zum Attentat - und was das Thema der über 4.000 immer noch gesperrten Dokumente ist.

Ein Muster wird deutlich: Nach wie vor wird alles unter Verschuß gehalten, was auf die CIA-

Kontakte von Oswald hinweist - und auf die FBI-Kontakte des Gangsters, der Oswald beseitigt hat: Jack Ruby.<<

22.11.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22 November 2023: >>NEUWAHLEN SIND DAS GEBOT DER STUNDE!

Es läßt sich nicht mehr verheimlichen: Deutschland wird seit zwei Jahren von skrupellosen Finanz-Hasardeuren, wenn nicht sogar von Finanz-Kriminellen regiert! Polit-Insider Einar Koch ist sich in seinem Gastkommentar für den Deutschland-Kurier sicher:

"Wäre die Regierung eine Firma, wäre sie ein Fall für den Staatsanwalt!" Vermutlich würden Olaf Scholz (SPD), Robert Habeck ("Grüne") und Christian Lindner (FDP) wegen Verdunkelungsgefahr bzw. Beihilfe sogar in Untersuchungshaft kommen. Warum NEUWAHLEN jetzt das Gebot der Stunde sind!

VON EINAR KOCH

Was wir in diesen Tagen erleben, ist nicht mehr und nicht weniger als der totale Zusammenbruch einer abgewirtschafteten "Regierung" - die Bankrotterklärung von skrupellosen Finanz-Hasardeuren, der erzwungene Offenbarungseid von betrügerischen Konkursverschleppern!

Wäre Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Geschäftsführer einer GmbH, würde wohl die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermitteln und U-Haft wegen Verdunkelungsgefahr beantragen - gegen Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP) gleich mit wegen Beihilfe.

Die Gelackmeierten dieser "Betrüger-Regierung" sind jetzt zu allererst die Strom- und Gaskunden. Habeck hat es im "Deutschlandfunk" ganz offen zugegeben: Für die Strom- und Gasbremse ist kein Geld mehr da, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Klimafonds-Haushaltstricksereien der Ampel für null und nichtig erklärt hat und absehbar auch vom "Doppel-Wumms-Topf" der "Regierung" in Karlsruhe der Deckel fliegen dürfte.

Existenzen, private UND wirtschaftliche, stehen jetzt massenweise vor dem Aus. Das ist der eigentliche "Doppel-Wumms" des in eigener Cum-Ex-Sache an politischer Demenz leidenden Kanzlers!

Mit was für Leuten wir es in dieser "Regierung" zu tun haben, hat der grüne Märchenbuchonkel Habeck im "Deutschlandfunk" einmal mehr unter Beweis gestellt. Der Wirtschaftsminister der (noch) viertgrößten Industrienation der Welt bringt es fertig, gleich drei Rechenfehler in nur einen Satz zu packen!

Es wird von Tag zu Tag immer deutlicher: Diese "Regierung" hat sich mit vorsätzlichem Betrug die Macht erschlichen. Die vermeintliche "Fortschrittskoalition" hat ihre Klima-Luftschlösser auf Milliarden gebaut, die sie NIE hatte - im Vertrauen darauf, daß es schon irgendwie gutgehen werde. Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt hat diesen, man muß es so nennen, vorsätzlichen Betrug in der ARD-Sendung "Anne Will" ganz offen eingestanden.

Deutschland befindet sich zwei Jahre nach Antritt dieser Regierungskatastrophe in der schwersten politischen UND wirtschaftlichen Krise seit Kriegsende. Mit Trickbetrügereien wollten Scholz, Habeck und Lindner Arbeitsplätze sichern, die sie selbst mit ihrer wahnwitzigen Politik (u.a. Atom-Ausstieg, Windrad-Irrsinn, E-Auto, Verbrenner-Aus) in Gefahr gebracht haben.

Es geht längst nicht mehr darum, ob es besser ist, nicht zu regieren als schlecht zu regieren - es geht um Deutschland. Deshalb: NEUWAHLEN, JETZT!

Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. November 2023:

>>BRD und DFB: Die Kapitulation

Von *Sven Eggers*

BRD am Ende, DFB kaputt! Die bundesdeutsche Fußball-Elf paßt sich dem Zustand des Landes an und verliert sang- und klanglos gegen Österreich. Zuvor wird sie von abertausenden Türken im eigenen Stadion wüst niedergepöfeln. Die bunte Truppe hält sich zwar penibel an "BRD-Sprech", versagt aber auf dem Platz. Bestseller-Autor Kleine-Hartlage kennt die Ursachen.

Die bundesdeutschen Fußballer um Kapitän Ilkay Gündogan eilen von Tiefpunkt zu Tiefpunkt. In Wien gab es gestern einen Satz heiße Ohren, verabreicht durch Österreich, nicht grade als Fußball-Macht bekannt. Die einst so stolze DFB-Auswahl hatte nicht den Hauch einer Chance, ließ sich von den ÖFB-Kickern phasenweise vorführen. Und von wegen Fairplay und solcherlei Phrasendrescherei: Peinlich war auch die rote Karte gegen Leroy Sané (BR Deutschland) nach einer tätlichen Attacke auf einen seiner Gegenspieler.

Ein Regenbogen schießt keine Tore

Polit-Sprechpuppen wie Leon Goretzka haben zwar eine große Klappe, wenn es gilt, gegen Impfkritiker auszuteilen, wenn es gilt, antirussische Ressentiments zu schüren, wenn es gilt, sich an die Regenbogenbinde zu klammern, doch auf dem Fußballplatz blamieren sie die BRD sie nach Kräften, sofern das denn überhaupt noch möglich ist. Denn dieses Land liegt ebenso am Boden wie der Deutsche Fußball-Bund.

Im Länderspieljahr 2023 hat die DFB-Trümmertruppe sechs von elf Spielen verloren. Der bemitleidenswerte DFB-Sportdirektor Rudi Völler kritisiert die Spieler:

"Vielleicht liegt es an den Spielertypen, vielleicht haben sich manche nach der erfolgreichen USA-Reise ein bißchen gesonnt und ausgeruht."

Merkel- und Ampel-Versager haben unser Land in den vergangenen Jahren derart abgewrackt, daß auch die Nationalelf mit in den Abgrund gerissen wurde. Und im kommenden Jahr steht die Europameisterschaft im eigenen Land an. Hinter den Kulissen wird bereits eifrig am buntesten Regenbogen-Event aller Zeiten gebastelt: woke, homo, trallala. Die Regenbogen-Diktatur stellte sich breitbeinig auf für eine Veranstaltung des Irrsinns.

Als Förderer der EM-Ausrichtung hat sich der DFB die Unterstützung von Kreisen aus der "Zivilgesellschaft" gesichert. Dazu zählen Amnesty International, der Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen, der DGB, der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, die Gruppe Queer Football Fans, der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Das Sportmagazin Kicker, einst dem NS treu ergeben, ist schon ganz aufgeregt:

"Bei der Bekämpfung von Diskriminierung setzt der Verband beispielsweise auf Unisex-Toiletten in den Spielstätten und ein System zur Überwachung und Verfolgung von Beleidigungen über Social Media."

Na, ist das nicht wunderbar?! Ein "System zur Überwachung"... Da dürfte die Vorfreude auf das Turnier bei Millionen Fußballfreunden ja sprunghaft ansteigen. Daß Fußball gespielt wird, ist allenfalls Nebensätzen zu entnehmen.

Vorrunden-Ausscheider

Die A-Nationalelf fliegt bei den großen Turnieren mittlerweile regelmäßig nach Vorrunden raus. In Rußland 2018 war das so, und vergangenes Jahr in Katar mußten die Profis ebenfalls frühzeitig nach Hause reisen. Die angeblichen Elitekicker gaben sich jeweils vor Ort jedoch ganz und gar politisch. In Rußland präsentierte man sich als Bessermenschen, und die Possen um Regenbogenbinden und Mundhalten-Gesten in Katar sind noch allgegenwärtig.

Früher zählte der deutsche Fußball über Jahrzehnte zur absoluten Weltspitze. Zur Erinnerung: Die Mannschaft mit dem Adler auf der Brust wurde noch 2014 Weltmeister. Aber unter der Regenbogen-Diktatur ist keine Entfaltung, ist kein Individualismus mehr möglich. Nebenschauplätze sind wichtiger. Und das hat Folgen.

Das Ausmaß des Wahnsinns verdeutlichte sich zudem am vergangenen Wochenende, als die DFB-Elf von zigtausenden Türken im Berliner Olympiastadion mit gellenden Pfiffen gedemütigt wurde. Das Mitleid mit den bunten Millionären hält sich allerdings in engen Grenzen. Dennoch: Ein solches Pfeifkonzert in der eigenen Hauptstadt, das ist nirgendwo anders auf der Welt denk- und vorstellbar. Daß auch dieses Spiel verloren wurde (2:3), muß eigentlich gar nicht gesondert erwähnt werden.

Übrigens: Israel trägt Fußball-Heimspiele aus Sicherheitsgründen derzeit in Ungarn aus. In Ungarn! Warum denn nicht bei den Israel-Freunden Scholz, Faeser & Co.? Ist es möglicherweise in der BRD zu gefährlich? Leben hier zu viele Islamisten?<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. November 2023 (x1.344/...): >>**Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!**

Weil sie Weiße hassen, haben 20 junge Migranten in Frankreich ein Blutbad angerichtet. In Crépol, einer ländlichen Gemeinde südlich von Lyon, überfielen die Männer, die extra dafür aus einer 17 Kilometer entfernten Plattenbausiedlung angereist waren, eine Feier und gingen mit Messern auf ihre Opfer los. Dabei riefen sie laut Zeugen "Wir wollen Weiße abstechen". Ein Jugendlicher wurde getötet, 16 weitere Menschen zum Teil schwer verletzt, einem wurden die Finger abgehackt. Der Fall wurde offenbar tagelang von den französischen Medien und der Politik verschwiegen. Kein Wunder - paßt er doch so gar nicht in das Bild, welches seit Jahren von vermeintlich "Schutzsuchenden" gezeichnet wird.

Wie lange wird es noch dauern, bis so etwas auch in Deutschland passiert? Daß "Gruppen junger Männer" Jagd auf Frauen machen, um sie zu vergewaltigen, geschieht hier laut Statistik bereits zwei Mal täglich. Daß solche Täter dann auch mit Tötungsabsichten losziehen, wird nur eine Frage der Zeit sein. Auch in Deutschland müssen wir Lehren aus dem rassistischen Mordanschlag von Crépol ziehen:

Wir müssen endlich unsere Grenzen schützen und illegale Migranten abschieben. Wir müssen Gewalttäter endlich hart bestrafen und den Migrantenbonus, der ja scheinbar oft die Urteile mildert, abschaffen. Und wir müssen den permanenten Selbsthaß, der von Politik und Medien täglich gepredigt wird, endlich aufgeben. Es wird Zeit für die blaue Wende - denn mittlerweile geht offensichtlich schon ums nackte Überleben!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. November 2023: >>**SPD-Politiker: GEZ-TV ohne Akzeptanz durch Bürger**

Von *Karel Meissner*

Brandenburg will Erhöhung der Zwangsgebühren verhindern. Zwei SPD-Politiker begründen das mit mangelnder Akzeptanz der Sender bei den Bürgern. ...

Jahrelang galt Kritik an GEZ-Medien als Steckenpferd der politischen Opposition. Die Mehrheit hingegen, so versicherten Mainstreamer, sei mit deren Berichterstattung vollends zufrieden. Diverse "Umfragen" sollten diese Phantasmen stützen. Okay, manch TV-Intendant verhalte sich wie ein Raubritter, aber die Sendeformate strotzten nur so von Ausgewogenheit, Objektivität und Vielfalt. Ein Stützpfeiler unserer Demokratie.

Kurzum, Zwangsgebühren seien berechtigt und deren Erhöhung alternativlos. Und wer nicht zahlt, muß in den Knast. Hinter so viel Selbstbewußtsein lauert freilich Angst. Als Björn Höcke im Falle des Wahlsiegs der Thüringer AfD die Kündigung des Medienstaatsvertrag versprach, sorgte sich nicht nur Markus Lanz um seinen Job.

Jetzt räumen sogar SPD-Politiker ein: Die Propaganda-Medien finden bei den Bürgern keine Akzeptanz mehr! Zuvor hatte die Landesregierung Brandenburg gegen eine Erhöhung der Zwangsgebühren auf 18,94 Euro pro Monat (ab 2025) gestimmt. Benjamin Grimm (SPD), Staatssekretär der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, begründete diese Entscheidung gegenüber der Süddeutschen Zeitung so:

Der Zwangsgebührenfunk stoße auf keine breite Akzeptanz und der RBB sei seiner "Bedeutung für die Demokratie" nicht gerecht geworden. Damit bestätigt Grimm sie Worte des Brandenburger Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) vom Januar 2023:

"Ich sehe schon allein angesichts der bekannt gewordenen Verfehlungen beim rbb keine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg für eine Erhöhung."

Hintergrund war der Skandal um Ex-RBB-Intendantin Patricia Schlesinger, deren Jahresgehalt 2021 bei über 300.000 Euro lag. Laut Grimm solle der RBB in nächster Zeit sparsame Wege gehen. Dies habe man auf der Ministerpräsidentenkonferenz 2016 versprochen, dann aber Riesensummen verballert. Dabei gäbe es "tausende Möglichkeiten, wie man im System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Geld einsparen" könne. Auch die Gehälter gehörten auf den Prüfstand.

Der letzte Streit um eine Erhöhung der Zwangsgebühren fand im Lockdown-Jahr 2021 statt. Damals wurde die Weigerung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, einer Erhöhung um monatliche 86 Cent zuzustimmen, vom Verfassungsgericht gebrochen. Schließlich können Gebührenerhöhungen nur stattfinden, wenn alle Bundesländer grünes Licht geben. Da wird das Ausscheren eines einzelnen Landes nicht toleriert.

Aber Brandenburg steht dieses Jahr keineswegs alleine da: Sachsen-Anhalt will erneut die Zustimmung verweigern und vier weitere Bundesländer zeigen sich skeptisch. Der Sturz der Propaganda-Medien ist überfällig, Nicht allein wegen der Gebührenverschwendung, sondern auch wegen ihrer minderwertigen Propaganda.

Es geht so nicht mehr weiter: Sie lügen, sie hetzen, sie manipulieren - und wir werden dafür auch noch zwangsweise zur Kasse gebeten. Die Einseitigkeit von ARD und ZDF dokumentiert das spannende COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mit Hinweisen, was dagegen unternommen werden kann.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. November 2023 (x1.344/...): >>**Faersers Black Deal: 20.000 Euro Schweigegeld für den eigenen Machterhalt!**

Die Neigung, Brandherde mit Steuergeld zu löschen, hat in der Ampelregierung Methode - und das gilt offensichtlich auch, wenn jemand zum Schweigen gebracht werden soll. 20.000 Euro hat Innenministerin Nancy Faeser mutmaßlich ihrem unliebsam gewordenen Behördenleiter Arne Schönbohm gezahlt, damit der nach seinem rechtswidrigen Rausschmiß die Füße still und den Mund geschlossen hält. Das ist jetzt bekannt geworden - und weitet die Affäre in ein unerträgliches Maß aus. Wie bei der Mafia wechseln Geldbündel den Besitzer, damit Skandale unter den Teppich gekehrt werden.

Schönbohm war als Chef des Bundesamtes für Cybersicherheit von ZDF-Agitator Jan Böhmmermann wegen angeblicher Rußlandkontakte vorgeführt worden. Faeser, die ihrerseits über beste ZDF-Medienkontakte verfügt, hat ihn daraufhin abgesetzt - übereilt, wie schnell klar wurde. Dann setzte sie den Verfassungsschutz gegen ihren eigenen Mitarbeiter ein, um wenigstens irgend etwas Belastendes zu finden. Vergeblich. Schon dieser Mißbrauch des Inlandsgeheimdienstes hätte Faersers Absetzung zur Folge haben müssen. Mit den 20.000 Euro aus dem Personalbudget - also unserem Steuergeld - wollte sie ihn laut Medienberichten schließlich ruhigstellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hätte diese auch fachlich durchweg gescheiterte Ministerin schon längst absetzen müssen, wenn er seine Ampelregierung noch irgendwie heil über den Winter bringen wollte. Immerhin: Wenn sie den Hut nehmen muß, wird ihr niemand Schweigegeld zahlen müssen - weil alles, was Faeser noch zu sagen hat, ohnehin völlig unglaubwürdig ist.<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. November 2023: >>**Entscheidung getroffen: USA wollen Ukraine verheizen**

Ich habe hier seit Februar über die Umsetzung des RAND-Papiers vom Januar berichtet, in dem die RAND-Corporation gefordert hat, die USA sollten sich aus dem Ukraine-Abenteuer zurückziehen. ...

_ von *Thomas Röper*

Die Gründe dafür: Das Ukraine-Abenteuer sei zu teuer geworden und die USA hätten dabei ihre Ziele, Rußland entscheidend zu schwächen, nicht erreichen können. Daher standen Kosten und möglicher Gewinn für RAND in keinem Verhältnis und die US-Regierung sollte einen Ausstieg aus der Unterstützung der Ukraine suchen.

Das Geld für Kiew ist alle

Das wurde danach umgesetzt und inzwischen wurde der neue US-Haushalt für die nächsten Monate ohne einen einzigen Cent Unterstützung für die Ukraine verabschiedet. Lediglich einige Reste der früher bewilligten Mittel sind noch übrig. Von den zuvor bereitgestellten Mitteln sind laut Weißem Haus etwa 96 Prozent verbraucht.

Die Frage ist daher, wie es weitergeht. Dazu gab es verschiedene Optionen. Kiew hätte zu Verhandlungen mit Moskau gedrängt werden können, worauf ich gehofft habe, damit das Blutvergießen ein Ende nimmt. Die andere Option war, Kiew weiterkämpfen zu lassen, wobei dann die EU die Unterstützung der Ukraine übernehmen würde, während die USA die Unterstützung ganz einstellen oder nur noch sehr kleine, symbolische Hilfe leisten.

Wenn Kiew tatsächlich "nach deutschem Vorbild von 1945" bis zuletzt weiterkämpft, dürfte das das Ende der Ukraine bedeuten. Erstens würde es die russische Armee zwingen, weiter vorzurücken, um die Kämpfe zu beenden, was zu schweren Verwüstungen und vielen Opfern führen würde, weil das nun einmal das Ergebnis von Straßenkämpfen ist, die dann unvermeidlich würden. Mariupol und andere Städte haben gezeigt, wie es aussieht, wenn sich die ukrainischen Soldaten in Wohnhäusern verschanzen und um jedes Haus gekämpft werden muß.

Kampf bis zum letzten Ukrainer

Hinzu kommt, daß die Ukraine ihre hohen Verluste an Soldaten und Material schon jetzt nicht mehr ausgleichen kann. Daher werden in der Ukraine nun immer mehr bisher vom Kriegsdienst freigestellte Menschen (behinderte, alte und sehr junge Männer) eingezogen und sogar Frauen werden inzwischen eingezogen. Sollte Kiew weiterkämpfen, würde das buchstäblich einen Kampf bis zum letzten Ukrainer bedeuten.

Außerdem dürfte es ausgeschlossen sein, daß die Millionen Ukrainer, die in die EU geflohen sind, danach in ihre zerstörte Heimat zurückkehren. Damit hätte die hochverschuldete Ukraine keine Chance mehr, wirtschaftlich wieder auf die Füße zu kommen, denn sie wäre ein weitgehend entvölkertes Land. Falls es danach überhaupt einen Staat Ukraine geben sollte.

Es scheint aber der Plan der USA zu sein, die Ukraine bis zum bitteren Ende weiterkämpfen zu lassen, wie der überraschende Kiew-Besuch von Pentagon-Chef Austin am 20. November gezeigt hat.

Austin in Kiew

Die offiziellen Meldungen über den Überraschungsbesuch von Pentagon-Chef Austin in Kiew sprechen davon, daß die USA weiterhin an der Seite Kiews stehen und Kiew unterstützen werden. Angesichts der Tatsache, daß die USA keine neuen Ukraine-Hilfen in den Haushalt gestellt haben, ist klar, daß das leere Worte für die Presse sind. Das hinderte deutsche Medien wie den Spiegel aber nicht daran, mit Überschriften wie "Überraschungsbesuch in Kiew - US-Verteidigungsminister Austin sichert Ukraine Unterstützung zu" - Hoffnung zu verbreiten.

Auch in Kiew wurde die Öffentlichkeit auf eine Fortsetzung des Westkurses der Ukraine und der Kämpfe eingestimmt. Der ukrainische Verteidigungsminister schrieb nach seinem Treffen mit Austin auf X (früher Twitter):

"Die Ukraine hat sich für ihren Weg entschieden: Sie will NATO-Mitglied werden. Daher ist die 'Natofizierung' eine der obersten Prioritäten des Verteidigungsministeriums."

Daß die NATO dem Beitritt der Ukraine bei ihrem Gipfel im Juli in Vilnius faktisch eine Absage erteilt hat, wurde nicht erwähnt.

Schöne Worte statt echter Hilfe

Austin verkündete auch ein neues Hilfspaket für die Ukraine. Da es aber aus den verbliebenen Resten der früher zugeteilten Mittel besteht, fällt es mit hundert Millionen Dollar im Vergleich zu früheren US-Hilfen sehr bescheiden aus. Dafür hatte Austin schöne Worte im Gepäck:

"Die USA werden vor dem Hintergrund dessen, wie die Ukrainer Ausdauer und Stärke zeigen, immer auf der Seite der Demokratie stehen. ... Wir haben die Verbündeten und Partner gegen Rußland geeint, um Fortschritte auf dem Weg in eine helle Zukunft zu machen. Das ist es, worum es bei der amerikanischen Führung geht, und unsere Entschlossenheit ist größer als je zuvor."

Daß das leere Worte für die Presse waren, konnte man zeitgleich beim US-Fernsehsender ABC erfahren, der eine nicht genannte ukrainische Quelle wie folgt zitierte:

"Wir haben große Probleme ... Die grundlegende Munition kommt nicht an."

Der Quelle zufolge haben die USA die Lieferungen von Artilleriegranaten nach NATO-Standard an Kiew "um mehr als 30 Prozent" gekürzt, dabei machen die Lieferungen der lebenswichtigen 155-mm-Artilleriegranaten "etwa 60 bis 70 Prozent der gesamten Lieferungen an die Ukraine" aus. Daher sagte die Quelle des Fernsehsenders, daß die Ukraine Gefahr laufe, auf dem Schlachtfeld "zu einem sehr hohen Preis" an Boden zu verlieren, und er fügte hinzu:

"Sie (die USA) sagten uns, daß dies (die Unterstützung Israels) die Verpflichtungen (der USA) nicht beeinträchtigen würde, aber das hat es."

Die Ukraine wird verheizt

Trotzdem sollen die Kämpfe weitergehen. Selenski sagte nach dem Treffen mit Austin in einem Interview:

"Ist es jetzt auf dem Schlachtfeld schwierig? Ja. Aber mit Rußland befreundet zu sein oder sich mit ihm an den Verhandlungstisch zu setzen? Nein."

Selenski erklärte, daß Rußland nicht wolle, daß der Konflikt jetzt beendet wird, weshalb es unmöglich sei, über einen Friedensschluß "um jeden Preis" zu sprechen.

Damit wies Selenski alle Meldungen darüber zurück, der Westen dränge Kiew hinter den Kulissen zu Gesprächen mit Moskau. Selenski bestreitet das vehement und es gibt bisher wenig Anzeichen für Gesprächsbereitschaft Kiews. Zur Erinnerung sei gesagt, daß Selenski am 30. September 2022 ein Dekret verabschiedet hat, das Verhandlungen mit "Putins Rußland" verbietet.

Durchhalteparolen aus Washington

Auch Pentagon-Chef Austin schwor die Öffentlichkeit auf schwere und de facto sinnlose Kämpfe ein, als er auf einer Pressekonferenz in Kiew nach Gesprächen mit Selenski erklärte:

"In einem Konflikt wie diesem gibt es keine Waffe, die zu einem Zauberstab werden kann."

Laut Austin hängt nun alles davon ab, wie die Ukraine die vom Westen gelieferten Waffen einsetzt und er schwor die Ukraine de facto auf den Endkampf bis zum letzten Ukrainer ein:

"Alles hängt von den militärischen Fähigkeiten ab, die zur Verfügung gestellt werden, und von ihrer Kombination mit anderen verfügbaren Waffen, ob es sich nun um F-16-Kampffjets, HIMARS-Mehrfachraketenwerfer oder etwas anderes handelt. Es hängt alles davon ab, wie man diese Fähigkeiten einsetzt und sie synchronisiert, um die richtige Wirkung auf dem Schlachtfeld zu erzielen ... Das ist ein harter, anstrengender Kampf, und das wird auch in Zukunft so sein."

Deutschland soll zahlen

Der Besuch von Austin weckt Erinnerungen an den Besuch des damaligen britischen Premierministers Johnson Anfang April 2022, als Kiew und Moskau sich de facto auf einen Frie-

denesschluß geeinigt hatten, aber Johnson Selenski die Anweisung mitbrachte, keinen Frieden zu schließen, sondern weiterzukämpfen. Man kann wohl davon ausgehen, daß Austin Selenski nun eine ähnliche Anweisung mitgebracht hat.

Der Grund ist, daß die USA es als Niederlage und Schwächung des US-geführten Westens auf der internationalen Bühne ansehen, wenn Rußland in der Ukraine einen Erfolg erringt. Die Ukraine kann zwar keinen Sieg erringen, dazu ist sie sowohl was die Zahl der noch verfügbaren Soldaten als auch was die westlichen Waffenhilfen angeht, zu geschwächt.

Aber die Ukraine kann weiterkämpfen und Rußland weiter Kosten verursachen. Die Rechnung soll die EU zahlen, wobei es dagegen innerhalb der EU so viel Widerstand gibt, daß Brüssel auch fast keine Mittel mehr bereitstellen kann. Das sollen nun die EU-Mitgliedsstaaten direkt übernehmen und die führende Rolle soll dabei Deutschland spielen, das gerade angekündigt hat, die Ukraine-Hilfen im nächsten Jahr von vier auf acht Milliarden Euro zu verdoppeln.

Das wird der Ukraine keinen Sieg bringen, aber die Kämpfe verlängern. Wie Deutschland das bezahlen soll, nachdem das Verfassungsgericht der Bundesregierung gerade erst 60 Milliarden aus dem Haushalt gestrichen hat und in Berlin gestritten wird, wo man dieses Geld einsparen kann, bleibt eine spannende Frage.

Bis der letzte Ukrainer fällt

Für die USA ist das die bestmögliche Lösung in der aktuellen Lage: Die Ukraine verheizt ihre Soldaten im chancenlosen und daher sinnlosen Kampf gegen Rußland und die EU, vor allem Deutschland, bezahlen die Rechnung. Die USA lassen wie üblich andere für ihre geopolitischen Ziele sterben und die Rechnung bezahlen.

Und die Bundesregierung spielt das selbstmörderische Spiel anscheinend gerne mit, denn nur einen Tag nach Austin ist der deutsche Verteidigungsminister Pistorius Kiew angekommen, um "Deutschlands Unterstützung für die Ukraine zu bekräftigen", wie der Spiegel das deutsche Verteidigungsministerium zitiert.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Niederlande: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. November 2023: >>Niederlande-Wahl: Historischer Sieg für Geert Wilders

Von *Sven Reuth*

Parlamentswahl Niederlande: Geert Wilders gewinnt mit seiner "Partei für die Freiheit" (PVV) laut Prognosen die heutige Parlamentswahl in den Niederlanden mit deutlichen Abstand vor dem Linksbündnis aus niederländischer SPD und Grünen.

Damit wird erstmals in der Geschichte des Landes eine rechte Partei stärkste Kraft des Landes. Wilders will die niederländischen Grenzen für Asyl-Forderer komplett schließen.

Auf Platz 2 kommt das von Ex-EU-Kommissar Frans Timmermanns geführte Bündnis aus niederländischen Sozialdemokraten und Grünen, das laut Prognose 26 Mandate erringt und damit neun Mandate hinter der Wilders-Partei liegt. Das ist eine klare Niederlage für das in den Medien zuvor maßlos hochgejubelte Timmermanns-Bündnis.

Auf Platz 3 liegt die rechtsliberale VVD des bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte mit 23 Mandaten. Die VVD hat eine Zusammenarbeit mit der Wilders-Partei vor der Wahl ausdrücklich nicht ausgeschlossen. ...<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. November 2023: >>"Weiße abstechen" - Das Massaker von Crépol

Von *Sven Reuth*

Die Migrantengewalt gegen die autochthone Bevölkerung nimmt zunehmend Züge eines gezielten Massakers an. Die zukünftigen Gewalttäter sind schon auf dem Weg zu uns. ...

Sie wollten erklärtermaßen "Weiße abstechen" - und ließen ihren rassistischen Parolen ab-

scheuliche Taten folgen. Ganz Frankreich befindet sich derzeit in heller Aufregung wegen eines Massakers in der 500-Seelen-Gemeinde Crépol, die im südfranzösischen Département Drome liegt.

Hier überfiel eine Migrantengang in der Nacht von Samstag auf Sonntag den von 350 überwiegend jungen Menschen besuchten Winterball im örtlichen Gemeindehaus und wendete dabei unfaßbare Brutalität an. Am Ende waren auf Seiten der Dorfbewohner ein 16jähriges Mordopfer, drei Schwerverletzte sowie zehn Leichtverletzte zu beklagen. Die Täter sollen aus einer "Sozialbausiedlung" stammen, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet.

"Feiernde grundlos abstechen"

Unwürdig, abgrundtief feige und vom üblichen Autorassismus geprägt war dann auch der Umgang mit der Bluttat, die mehrere Tage lang von der Regierung beschwiegen wurde. Erst heute veröffentlichte die Staatsanwaltschaft Grenoble eine Presseerklärung in der der Hergang des Verbrechens beschrieben wurde. Demnach tauchten am Sonntag um zwei Uhr früh mindestens zehn männliche Personen mit Migrationshintergrund in Crépol auf, die Einlaß zum Winterball beehrten.

Die Eindringlinge zückten Messer, woraufhin einige Besucher des Festes den Wachleuten zur Hilfe kamen. Die Staatsanwaltschaft Grenoble hat mittlerweile ermittelt, daß die Täter offenbar einer "organisierten Bande" angehörten und "ihr Kommen wahrscheinlich ein geplantes Unternehmen war."

Die von der Zeitung Le Parisien zitierte Augenzeugin Emanuelle Place äußerte mit Blick auf die einmal mehr verharmlosende Berichterstattung der etablierten Medien, es sei "keine Schlägerei", sondern ein "Überfall" gewesen. Außerdem äußerte sie:

"Die Täter sind gekommen, um die Feiernden grundlos abzustechen."

Weißer als Freiwild

Die Regionalzeitung Le Dauphiné Libéré zitiert einen Zeugen, der hörte, wie die Angreifer riefen:

"Wir wollen Weiße abstechen."

Der französische Innenminister Gérald Darmanin von der Macron-Partei "Renaissance" äußerte:

"Wir wissen nicht genau, was geschehen ist, oder besser, wir wissen es nur allzu gut."

Richtig, wir wissen es nur allzu gut. Die Flammenzeichen stehen schon hell leuchtend an die Wand geschrieben und sie verheißen der autochthonen Bevölkerung insbesondere in den westeuropäischen Ländern nichts Gutes. Die unglaublich starke Zuwanderung aus Afrika und Asien macht sie nicht nur zu Fremden im eigenen Land, sondern bringt sie zunehmend auch in Lebensgefahr.

Marion Maréchal, Spitzenkandidatin der Partei "Reconquete!" für die kommenden Europawahlen, äußerte auf X (vormals Twitter):

"Du kommst - wie auch ich - nicht über den Mord an Thomas in Crépol hinweg. Dabei handelt es sich weder um eine Schlägerei in einem Nachtclub noch um eine einfache "Schlägerei". Das ist Rassismus gegen Weiße. Es ist an der Zeit, entschieden auf die Täter zu reagieren, bevor das Leben in Frankreich zur Hölle wird."

"Sie werden bald in die Häuser eindringen"

Der konservative kanadische Soziologe Mathieu Bock-Coté äußerte:

"Der Angriff hatte eine Dimension der Eroberung. Das nächste Mal werden sie in die Häuser eindringen."

So ist es. Die großen Massaker an den Europäern stehen wohl noch bevor.<<

23.11.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. November 2023 (x1.344/...): >>Nach Entscheidung des Landge-

rechts München - Letzte Generation endlich verbieten!

Das Landgericht München I hat in einer rechtskräftigen Entscheidung die sogenannte "Letzte Generation" als kriminelle Vereinigung eingestuft. Der Zweck und die Tätigkeit der Vereinigung seien auf das Begehen von Straftaten ausgerichtet, entschied die Staatsschutzkammer des Gerichts.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt, daß in einem weiteren Schritt nun ein Verbot dieser Organisation umgesetzt werden müsse:

"Mit dem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion (Drs. 20/6702) haben wir bereits im Mai dieses Jahres gefordert, endlich ein Verbot dieser Bande von Straftätern zu bewirken. Bis heute hat sich nichts getan.

Inzwischen kamen unzählige Straftaten hinzu: vom Besudeln des Brandenburger Tors bis zu Verkehrsblockaden und gefährlichen Aktionen an den Flughäfen. Nichts hat die Bundesregierung bisher zum Handeln gebracht.

Das muß endlich ein Ende haben. Diese kriminelle Organisation gehört verboten, und zwar sofort!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2023: >>66

Prozent meinen: Scholz unfähig als Kanzler

Von *S. Hofer*

Forsa-Umfrage fällt vernichtend für Scholz, Habeck und Lindner aus.

Umfrage: 66 Prozent halten Scholz unfähig fürs Kanzleramt

Nach dem Karlsruher Urteil scheint der Absturz unaufhaltsam: Laut Forsa-Umfrage für RTL und ntv glauben lediglich 24 Prozent der Bürger an Olaf Scholz Kompetenz für das Kanzleramt. 66 Prozent dagegen halten ihn für unfähig!

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) steht kaum besser da: Ihn halten 62 Prozent für als Wirtschaftsminister für unfähig. Bei Finanzminister Christian Lindner (FDP) sind es "nur" 61 Prozent.

Wie muß man an der Macht kleben, um bei solchen Ergebnissen nicht zurück zu treten?!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. November 2023 (x1.344/...): >>Lauterbach sortiert STIKO-Mitglieder aus

Die Ständige Impfkommission (STIKO) sollte ein unabhängiges, ehrenamtliches Expertengremium sein, das Impfpfehlungen für die Bevölkerung in Deutschland entwickelt.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will nun diese Kommission neu besetzen. Zwölf von 17 Mitgliedern müssen gehen - das sind fast drei Viertel. Dies wurde möglich, weil Minister Lauterbach die Berufsregeln kurzerhand änderte. Im Februar will Lauterbach nun neue Mitglieder bestimmen.

Dazu äußert sich Christina Baum, Mitglied des AfD-Bundesvorstandes und des Gesundheitsausschusses, besorgt:

"Spätestens seit der Corona-Impfempfehlung für Kinder und Jugendliche war klar, daß die Stiko keine unabhängige Expertenkommission mehr ist, sondern daß massiver politischer Druck auf diese ausgeübt wurde. Kinder waren zu keinem Zeitpunkt gefährdet, schwer zu erkranken. Das wurde sehr frühzeitig erkannt und auch öffentlich kommuniziert.

Dennoch wurde nach anfänglicher Zurückhaltung eine Impfpfehlung ausgesprochen und es wurde sogar die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, Kindern ab 14 Jahren ohne Zustimmung der Eltern eine Impfung zu gewähren. Nach den inzwischen bekannt gewordenen Impfschäden, insbesondere bei jungen Menschen, gab es Widerstand innerhalb der Stiko gegenüber Herrn Lauterbach bei der Empfehlung weiterer Auffrischungsimpfungen. Dieser 'Ungehorsam' scheint der Grund für die nun angedachte Neubesetzung zu sein.

Die 'aussortierten' STIKO-Mitglieder wird indessen dennoch die Verantwortung für die mas-

siven Corona-Impfschäden angelastet werden, während die politisch Verantwortlichen ihre Hände in Unschuld waschen.

In einer Antwort der Staatsanwaltschaft auf meine Strafanzeige gegenüber Herrn Lauterbach aufgrund unzureichend geprüfter Impfstoffe war die entscheidende Aussage folgende:

'Aus diesen Gründen konnten und dürfen sich der Angezeigte darauf verlassen, daß die in Deutschland gegen COVID-19 zugelassenen Impfstoffe sicher sind.'

Der schwarze Peter bleibt somit bei allen Mitgliedern der alten Kommission. Ich möchte nicht mit ihnen tauschen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23 November 2023: >>**Desaster für die Etablierten: Migrationskritiker Geert Wilders gewinnt Parlamentswahl in den Niederlanden**

Dieser Paukenschlag ist in ganz Europa zu hören: Geert Wilders hat mit seiner Migrations- und EU-kritischen "Partei für die Freiheit" (PVV) die Parlamentswahlen in den Niederlanden klar gewonnen. Die PVV gewinnt nach den letzten Hochrechnungen 37 der 150 Sitze im Haager Parlament und hat damit ihre Mandatszahl mehr als verdoppelt.

Abgeschlagen auf Platz zwei liegt trotz Stimmengewinnen das "grün-linke Bündnis" von Ex-EU-Kommissar Frans Timmermans mit 25 Sitzen. Die liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) des bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte verliert mit ihrer Spitzenkandidatin Dilan Yesilgöz (46) ein Viertel ihrer Sitze und erreicht nur noch 24 Mandate und Platz drei. Die erst vor wenigen Wochen neugegründete Zentrumspartei "Neuer Sozialer Vertrag" (NSC) unter dem ehemaligen Christdemokraten Pieter Omtzigt gewinnt auf Anhieb 20 Sitze.

Der 60-jährige Wilders, der 2006 die PVV als Islamisierungsgegner-Partei gegründet hatte und seither die niederländische Politik aufmischt, meldet selbstbewußt den Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten an. Er wolle "dafür sorgen, daß der Niederländer wieder an erster Stelle kommt". Der "Asyl-Tsunami" müsse beschränkt werden, als Regierungschef werde er als erste Maßnahme die Grenzen schließen. Der Wille der Wähler dürfe auf keinen Fall übergangen werden.

Von den Etablierten waren Wilders und seine PVV stets ausgegrenzt und in die "rechte Ecke" gestellt worden; jetzt sieht es so aus, als könnte nur schwer an ihm vorbeiregiert werden. Geert Wilders, der früher mit Forderungen nach einem Koran-Verbot und der Schließung sämtlicher Moscheen Furore gemacht hatte, hat im Wahlkampf bereits einige extreme Positionen zurückgenommen und anstelle der Islamkritik die Migrations- und Sozialpolitik in den Vordergrund gerückt. Er sei zur Zusammenarbeit bereit, erklärte Wilders am Wahlabend; dazu müßten "alle Parteien - auch die unsere - über ihren Schatten springen".

Anders als Premier Rutte hat die kurdischstämmige Spitzenkandidatin der bisherigen Regierungspartei VVD Dilan Yesilgöz, die sich selbst Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten gemacht hatte, eine Koalition mit Wilders nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Der neue Mann Pieter Omtzigt war im Wahlkampf zwar auf Distanz zu Wilders gegangen, hatte aber auch die etablierten Kräfte scharf attackiert.

Das Desaster, das die gut 13 Millionen wahlberechtigten Niederländer den etablierten Kräften bereitet haben, ist auch ein Spiegelbild der Krisen, die die Niederlande zuletzt erschüttert haben. Der Migrantenansturm ist auch bei unseren niederländischen Nachbarn außer Kontrolle; Merkel-Freund Mark Rutte hat die Neuwahlen auch deswegen initiiert, weil er die Migrationskrise nicht in den Griff bekam und Gerüchten zufolge das Amt des Nato-Generalsekretärs anstrebt.

Ein deutliches Signal ist die Abfuhr für den Sozialisten Timmermans, unter Ursula von der Leyen "Klimaschutz-Kommissar" und erster geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission. Daß seine "grün-linke Allianz" trotz massiven medialen Rückenwinds weit hin-

ter den Erwartungen zurückblieb, ist nicht zuletzt eine Quittung für die von ihm verantwortete radikale und bürgerfeindliche "Klima-Ideologie" der EU, die von der Regierung Rutte mit einem regelrechten Krieg gegen die eigene Bauernschaft dogmatisch umgesetzt worden war. In jedem Fall wird das niederländische Erdbeben die etablierte politische Klasse in ganz Europa erschüttern. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der Wilders als einer der ersten zum Wahlsieg gratulierte, beschwor in seiner Botschaft den "Wind der Veränderung", der angebrochen sei. Weniger poetisch, aber nicht minder unmißverständlich die Glückwünsche von AfD-Chefin Alice Weidel in niederländischer und deutscher Sprache: "Ganz Europa will die politische Wende!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. November 2023 (x1.344/...): >>**200.000 Euro für ViP-Behandlung am Flughafen? Bei uns fliegen Ampelminister gratis!**

Nicht immer ist die Flugbereitschaft der Bundeswehr für alle Ampel-Minister verfügbar. Wenn zum Beispiel der Kanzler gerade in New York vor einer leeren UN-Versammlung spricht, die Außenministerin uns in Afrika blamiert oder der Verteidigungsminister frische Schecks nach Kiew bringt, bleibt für die Kabinettskollegen nur der Linienflug.

Damit der aber nicht zu strapaziös wird, gönnt man sich gern das ViP-Paket. 206.000 Euro hat die Ampelregierung in ihrer zweijährigen Amtszeit für die Vorzugsbehandlung am Flughafen ausgegeben: Check-In im Schnellverfahren, Café- und Zigarrenlounge, Sondertransfers zum Flieger. Das mußte man auf Anfrage des stellvertretenden AfD-Fraktionschefs im Bundestag, Sebastian Münzenmaier, jetzt einräumen.

Daß sich so etwas aus einer "dienstlichen Notwendigkeit" ergibt, wie die Bundesregierung behauptet, ist kaum nachvollziehbar: als würden Bundesminister nicht ohnehin am Flughafen bevorzugt behandelt. Spitzenreiter bei der ViP-Buchung ist SPD-Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze mit Kosten von 72.600 Euro, gefolgt von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) mit 46.000 Euro. Der sollte ja eigentlich nur im Inland unterwegs sein und könnte Bahn fahren.

Wohlgemerkt: Es handelt sich nicht um die Flugkosten, sondern nur die Kosten für die Sonderbehandlung. Wäre alles zu verschmerzen, wenn die Ampelminister nicht immer auch wieder zurückkommen würden. Fakt ist: Das Geld könnte man sich mit uns sparen - denn bei der AfD fliegt jeder Ampelminister gratis. Von seinem Posten. Und zwar ohne Rückflugticket.<<

Niederlande: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2023: >>**Wilders-Triumph: Patriotischer Frühling in Den Haag**

Von *Sven Reuth*

Die europäische Parteienlandschaft ändert sich radikal. In den Niederlanden ist nun der häufig als "Rechtspopulist" bezeichnete Geert Wilders mit seiner "Partij voor de Vrijheid" (PVV) zur stärksten politischen Kraft geworden. Wilders will den Asyl-Zuzug in die Niederlande komplett stoppen. ...

In diesen Wochen und Monaten geschehen Dinge, die es zuvor innerhalb vieler Jahrzehnte nicht gegeben hat. In den Niederlanden beispielsweise - obwohl das Parteiensystem dort sehr viel flexibler ist als in Deutschland - gelang es seit 1945 nur drei Parteien, zur stärksten Kraft bei den nationalen Parlamentswahlen zur Zweiten Kammer aufzusteigen. Dies waren der christdemokratische CDA, die sozialdemokratische PvdA und die rechtsliberale VVD.

Wilders-Partei klar stärkste Kraft

Diese für mehr als ein Dreivierteljahrhundert währende Serie wurde nun aufgebrochen. Der häufig als "Islamkritiker" und "Rechtspopulist" bezeichnete Geert Wilders fuhr bei den gestrigen Parlamentswahlen zur Zweiten Kammer einen in dieser Höhe von kaum jemandem erwarteten Sieg ein. Seine "Partij voor de Vrijheid" (PVV) legte im Vergleich zu den Parlamentswahlen vor zwei Jahren um satte 12,7 Prozent zu und kam nun auf 23,5 Prozent.

Sie liegt damit satte acht Prozent vor der von den etablierten Medien hochgejubelten linken Parteienallianz GroenLinks-PvdA, die um den Ex-EU-Kommissar Frans Timmermans aufgebaut worden war, um einen Durchmarsch der rechten Kräfte zu verhindern. Das ging freilich kräftig in die Hose. Die Allianz aus Sozialdemokraten und Grünen kam auch vereint gerade einmal nur auf 15,5 Prozent.

Mit diesem bescheidenen Ergebnis wird der linke Block eine rechtskonservative Regierungsbildung in Den Haag nicht verhindern können. Während die PVV von Geert Wilders gestern 37 Mandate erringen konnte, holte die linke Parteienallianz nur 25 Mandate. Nur ganz knapp dahinter reihte sich die bisherige Regierungspartei VVD ein. Die Partei des scheidenden Ministerpräsidenten Mark Rutte verlor 6,8 Prozent, erreichte 15,1 Prozent und gewann 24 Mandate.

Rechtsliberale in Wartestellung

Der Traum der kurdischstämmigen VVD-Spitzenkandidatin Dilan Yesilgöz vom Einzug in das Catshuis, die in Den Haag befindliche Dienstwohnung des jeweiligen niederländischen Premiers, hat damit einen kräftigen Dämpfer erhalten. Ob er allerdings auch schon völlig ausgeräumt ist, werden erst die Koalitionsverhandlungen zeigen.

Trotz ihres familiären Hintergrunds hatte sich Yesilgöz im Wahlkampf für eine scharfe Begrenzung der Asylmigration in die Niederlande ausgesprochen und ging hier viel weiter als ihr Parteifreund Mark Rutte. In Deutschland würde die VVD wegen ihrer asyl- und ausländerpolitischen Positionen jedenfalls ganz sicher als "rechtspopulistisch" gelten und wäre von den VS-Behörden möglicherweise schon als "Verdachtsfall" eingestuft worden.

Den vierten Platz bei der gestrigen Parlamentswahl belegte dann eine Partieneugründung, nämlich der "Nieuw Sociaal Contract" (NSC, zu deutsch: "Neuer Gesellschaftsvertrag"). Die Partei wurde erst im laufenden Jahr gegründet und ist voll und ganz auf den früheren CDA-Politiker Pieter Omtzigt zugeschnitten. Bis vor wenigen Wochen wurde dieser sogar noch als möglicher Wahlsieger gehandelt.

Zu Beginn dieses Jahres hatte Omtzigt allerdings einen Burnout erlitten. Das dürfte bei vielen Wählern Zweifel geweckt haben, ob er der Belastung des Amtes des Premierministers gewachsen sein würde. Dennoch holte der NSC aus dem Stand 12,8 Prozent, womit 20 Mandate errungen werden konnten. Omtzigt hat vor zwei Jahren in einer Buchveröffentlichung eine umfangreiche Theorie der öffentlichen Güter entwickelt und möchte das Wohnen in den Niederlanden wieder bezahlbarer machen. Auch er spricht sich für eine klar restriktivere Migrationspolitik aus.

Debakel für Bürger- und Bauernpartei BBB

Als herbe Enttäuschung muß das Ergebnis der Bauern-Bürger-Bewegung BBB bezeichnet werden. Sie kam gestern nur auf 4,7 Prozent, obwohl sie im März dieses Jahres die Wahlen zu den Provinzparlamenten noch gewonnen hatte. Damals profitierte die Querfront-Partei noch massiv vom Unmut der niederländischen Landwirte wegen der auch dort drakonischen und für viele Bauern existenzgefährdenden Klimaschutz-Maßnahmen.

Der Agrarsektor ist in den Niederlanden nach wie vor von immenser Bedeutung, das kleine Benelux-Land ist der zweitgrößte Agrar-Exporteur der Welt. Doch diesmal zündeten die Botschaften von Spitzenkandidatin Caroline van der Plas offenbar nicht. Das liegt zum einen wohl einfach daran, daß die Asyl-Thematik von vielen Bürgen mittlerweile für viel bedeutender gehalten wird als noch zu Beginn des Jahres, was natürlich Wilders in die Hände spielte.

Zum anderen trauen die niederländischen Wähler dem PVV-Matador Geert Wilders den Job als Premierminister wohl einfach zu, während dies bei dem Polit-Newcomer van der Plas wohl weniger der Fall war. Überhaupt dürfte es Wilders bei den Wählern enorm entgegengekommen sein, daß er als "Marathon-Mann der niederländischen Politik" gilt, wie die Welt es heute ausdrückte. Er wurde schon 1998 - damals noch für die VVD - in die Zweite Kammer

der Generalstaaten gewählt, stand jahrelang wegen seiner scharfen Islamkritik unter strengstem Polizeischutz und mußte deshalb ein wohl teilweise geradezu eremitenhaftes Dasein führen. Die Wähler in den Niederlanden halten ihn offenbar für verlässlich, erfahren und glaubwürdig.

Ukraine-Unterstützung wackelt

Im Wahlkampf gab sich Wilders moderat und schwächte seine radikal islamkritischen Positionen deutlich ab. Von einem Verbot des Korans oder aller Moscheen in den Generalstaaten war bei ihm nicht mehr die Rede, statt dessen erklärte er während des Wahlkampfes ungewohnt gutgelaunter und humorvoller Wilders, der Islam sei heute nicht mehr das größte Problem. Seinen Fokus richtete er statt dessen auf die Asylpolitik und kündigte an, den Asyl-Zuzug in die Niederlande als Regierungschef komplett stoppen zu wollen.

Außerdem erweiterte er sein politisches Programm um sozialpolitische Forderungen wie die Ankurbelung des öffentlichen Wohnungsbaus und die Kritik an der EU-Klimadiktatur, womit er BBB-Wähler zu sich herübergezogen haben dürfte. Ein alles in allem wesentlich abgerundeteres Programm, mit dem Wilders das nötige Vertrauen bei den Wählern aufbauen konnte und das seinen Slogan "Die Niederlande zuerst" bei den Bürgern erst so richtig zum Zünden brachte.

Es dürfte angesichts des gestrigen Wahlergebnisses fast unmöglich sein, ihn vollständig aus der Regierungsbildung herauszuhalten. Die VVD-Spitzenkandidatin Yesilgöz hat eine Koalition mit Wilders schon vor der Wahl nicht ausgeschlossen - allerdings nur, wenn dieser nicht Regierungschef wird. Außerdem müßte man sich noch auf eine gemeinsame Rußland-Politik einigen. Wilders ist gegen die Rußland-Sanktionen und lehnt eine Auslieferung der noch unter Mark Rutte beschlossenen Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine ab. Es wird spannend, wie die anstehenden Koalitionsverhandlungen in diesem Punkt laufen werden.

NSC-Spitzenmann Omtzigt wiederum kann sich die Duldung einer Regierung, an der Wilders beteiligt ist, vorstellen. Die BBB, die immerhin noch sieben Mandate erringen konnte, hat schon erklärt, für eine Koalition mit Wilders zur Verfügung zu stehen. Vielleicht dauert es also gar nicht so lange, bis es in Den Haag zur Bildung einer patriotischen Regierung kommt. Rund um die deutsche Ampel-Regierung mit ihren irren Migrationsplänen wird es in der EU dann noch etwas einsamer. Das ist die uneingeschränkt gute Nachricht des gestrigen Abends.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2023:

>>Jetzt bewiesen: Der Überfall der Hamas war gewollt

Von Jürgen Elsässer

Sensationelle Recherche von Bestseller-Autor Gerhard Wisnewski in der Dezember-Ausgabe von COMPACT-Magazin: Mossad und Tiefer Staat haben die Hamas am 7. Oktober förmlich eingeladen, den Grenzzaun zu durchbrechen und tief nach Israel einzudringen.

Gerhard Wisnewski ist ein großer Coup gelungen. Für sein Jahrbuch "Verheimlicht - vertuscht - vergessen 2024" stellte er ein Dossier zusammen, das die Mitverantwortung israelischer Geheimdienst- und Sicherheitskreise beim Hamas-Überfall am 7. Oktober beweist. Bei dem Überfall starben 1.200 Israelis, darunter fast 900 Zivilisten, viele davon wurden grausam masakriert. ...

Wisnewski stellt in COMPACT 12/2023 zusammen, wie die vordem bestgesicherte Grenze der Welt in Vorbereitung des Hamas-Angriffs gezielt entblößt wurde - als Einladung für die Angreifer. Das israelische Militär und der Geheimdienst ignorierten permanent Warnungen vor einem möglichen Angriff.

Laut dem israelischen Nachrichtenportal N12 berichteten Wachen an der Grenze zum Gazastreifen über Wochen von ungewöhnlichen Aktivitäten der Hamas-Terroristen. Die Kommandanten hätten die Warnungen allerdings bagatellisiert und warnende Stimmen massiv zum

Schweigen gebracht, klagte einer der Soldaten. So habe einer der Kommandanten gesagt: "Ich möchte nicht noch einmal von diesem Unsinn hören. Wenn du uns noch einmal mit diesen Dingen belästigst, wirst du vor ein Kriegsgericht gestellt."

Einladung an den Feind

Wisnewskis sammelte Zeugenaussagen von Israelis, die als Soldaten über Jahre am Gaza-Streifen postiert waren. Eine Ex-Soldatin berichtet: "Ich habe während des Gaza-Krieges 2014 in der Gaza-Division gedient... Hören Sie mir zu, und hören Sie mir gut zu: Es gibt keine Möglichkeit, daß sich jemand der Grenze nähern kann, ohne daß wir davon wissen."

Und weiter: "Die Beobachterinnen sitzen vier Stunden in ihren Bunkern und dürfen ihre Augen nicht abwenden. Sie sitzen vor dem Bildschirm. Das kann überhaupt nicht sein. Wir schauten vier Stunden lang auf den Monitor und sahen alles, was dort passierte. Es war unmöglich, überhaupt wegzuschauen. ...

Hören Sie, ich wurde nachts geweckt, als eine Taube bemerkt wurde, als sich ein Storch dem Zaun näherte, schon fast als eine Kakerlake unter dem Zaun hindurchlief. Und hier stellt sich heraus, daß sie mit Hilfe von Traktoren alles in aller Ruhe gemeistert haben sollen? Und es stellt sich heraus, daß keiner der 400 Leute bemerkt wurde? Ja, ich sage Ihnen: Nicht einmal eine Taube konnte unbemerkt zum Zaun fliegen ... Es kann nur eine Möglichkeit geben: Daß jemand von innen dazu beigetragen hat."

Weiterhin führt Wisnewskis Artikel in der neuen COMPACT-Ausgabe aus, daß im Vorfeld des Hamas-Überfalls israelische Truppen von der Grenze abgezogen wurden. Ein Zeuge:

"Viele der Streitkräfte, die das Gebiet rund um den Gazastreifen besetzten, waren in einen anderen Teil Israels verlegt worden. Das ganze Gaza-Batallion wurde in den Bereich Samara und Judäa verlegt ..."

Und weiter: "Sie reden über 60 bis 80 Prozent der Streitkräfte, die verlegt worden waren. Es waren also viel weniger von den Verteidigungsstreitkräften da, die eigentlich in diesem Gebiet an einem normalen Tag anwesend sind. Das ist sehr, sehr komisch. Ich weiß nicht, was die Gründe dafür sind, aber ich sage Ihnen, daß es keine Chance gibt, daß die Nachrichtendienste nichts davon wußten."

Das Massaker auf dem Festival

Dies führte dazu, daß über fünf Stunden die Hamas-Leute auf keinerlei Gegenwehr trafen. Erst dann kam die IDF in Kampfposition - und agierte zum Teil kopflos. Berichte von Augenzeugen, die zum Teil in der Tageszeitung "Haaretz" veröffentlicht wurden, sowie an die Öffentlichkeit durchgesickertes Filmmaterial von den Kämpfen am 7. Oktober zeigen, daß die israelischen Truppen in der Verzweiflung wahllos mit schweren Waffen auf ihre eigenen Bürger geschossen haben.

Dies geschah auch bei dem Festival in der Negev-Wüste - das übrigens, eine weitere Seltsamkeit, erst kurz vorher in Grenznähe verlegt worden war. Dort wurden 260 Jugendliche von der Hamas ermordet - aber zumindest einige starben auch nach "friendly fire". Die polizeilichen Ermittlungen ergaben laut "Haaretz", daß ein israelischer Militärhubschrauber das Feuer auf die Hamas-Angreifer eröffnet und dabei auch mehrere Festivalbesucher getroffen hatte.

"Eine Untersuchung des Vorfalls ergab, daß ein Kampfhubschrauber, der vom Stützpunkt Ramat David aus am Tatort eingetroffen war, auf die Terroristen schoß und offenbar auch einige der Feiernden traf."

Wisnewskis Recherchen legen zwingend nahe, daß der 7. Oktober ein israelisches Pearl Harbor war: Wie Roosevelt 1941 nahm auch Netanjahu aktuell den Überfall des Feindes billigend in Kauf, um einen Vorwand zu haben, selbst in einen weit größeren Krieg zu ziehen. Wisnewskis Recherchen in der Dezemberausgabe von COMPACT werden die ganze aktuelle Diskussion verändern: Diese Fakten widerlegen alles, was der Mainstream bisher schrieb. Netanjahu hat den Überfall der Hamas gewollt!

Neben Wisnewskis bahnbrechender Untersuchung enthält die Dezemberausgabe von COM-PACT noch weitere brisante Artikel zur Eskalation in Nahost - das ist die Lunte zum Dritten Weltkrieg.<<

24.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 24. November 2023 (x1.348/...): >>Der Intelligenzkiller im Kinderzimmer

Von *Herbert Ludwig*

Am 27.10.2023 veröffentlichte ich meinen Artikel "Handys in Kinderhand - Erziehung zur Denkschwäche". Am 6.11.2023 erschien in der Schweizer Internet-Zeitschrift "Zeitpunkt" ein Artikel von Samia Guemei zum selben Thema unter dem Titel "Der Intelligenzkiller im Kinderzimmer", der schwerpunktmäßig nur etwas andere Aspekte ins Auge faßt. Die allgemeine Aufklärung über die gravierenden Zukunftsschäden der frühen Handy- und Tablet-Benutzung ist von großer Wichtigkeit. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von "Zeitpunkt" wird daher der Artikel auch hier nachfolgend veröffentlicht. (hl)

Der Intelligenzkiller im Kinderzimmer

Von *Samia Guemei*

Babys ausgiebig mit Handys spielen zu lassen kann desaströse Auswirkungen auf spätere kognitive Leistungen haben. Wissenschaft, Medizin und Beratungsinstitutionen stemmen sich zu wenig dagegen.

Seit einigen Jahren gibt es immer mehr 5-Klässler, die den 10-er Übergang nicht beherrschen, also nicht in einem Atemzug sagen können, wie viel $9 + 5$ ergibt. Oder 6-Klässler, die beim Einmaleins abzählen. Meistens handelt sich dabei um Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Für mich als Primarlehrerin ist eindeutig klar, was dahintersteckt: Das Smartphone. Beziehungsweise all die Primärerfahrungen, die es behindert, also Bälle rollen, Steinchen schmeißen, Flaschen aufschrauben.

Die Wissenschaft spricht von Vorläuferkompetenzen, die vorhanden sein müssen, damit sich mathematisches Können überhaupt einstellen kann. Das fängt beim Aufsichten von Bauklötzchen oder Legosteinen an und geht bis zu den Gesellschaftsspielen. Aber auch Springen, Laufen, Drehen sind Raum- und damit mathematische Erfahrungen. All dies fehlt, wenn Spiele und Bewegung im Smartphone zusammenschmelzen.

Die Akteure, die aktiv Prävention betreiben sollten, wie Ämter und Beratungsdienste - schlafen den Schlaf der Gerechten. Das Schweizerische Bundesamt für Gesundheit (BAG) zum Beispiel hat vor allem die Jugendlichen im Fokus und lobt die smarten Geräte in den höchsten Tönen: "Die digitalen Medien bieten den Heranwachsenden vielfältige Entwicklungs- und Lernchancen. Indem sie aktiv an unserer Mediengesellschaft teilnehmen, eignen sich die Kinder die technischen Fertigkeiten an, die heute zur Bewältigung von vielen Alltags- und Berufssituationen notwendig sind."

Diese Haltung dringt bis in die Kindergärten und Schulen vor, wo man überall ein "Rollout" an elektronischem Material für absolut matchentscheidend hält. Selbst Kindergärtnerinnen wiederholen den immer gleichen Satz: "Die Kinder könnten etwas verpassen, wenn man sie nicht an die Geräte heranzuführt."

Und bis auf wenigen Ausnahmen sind auch die Forscher wenig alarmiert. Sogar jene, die sich effektiv mit dem Thema der Auswirkungen auf die kognitive Entwicklung der Kinder beschäftigen, winken ab. So behauptet die OEDC-Studie *Impacts Of Technology Use On Children: Exploring Literature On The Brain, Cognition And Well-Being* (2019) "Es gibt sehr wenige Korrelationen zwischen der Nutzung von Technik und den Auswirkungen auf die Kinder. Und es ist auch unklar, ob die Technologie diese Effekte verursacht hat."

Fast scheint es, als ob die Allmacht der Tech-Firmen ein Narrativ produziert hat, das ungefähr so lautet: "Das Bedienen der elektronischen Medien gehört zu den Kernkompetenzen der Zu-

kunft. Deshalb müssen Kinder so früh wie möglich an diese herangeführt werden."

Dieses Narrativ verkennt zwei Tatsachen: Erstens ist das oberflächliche Bedienen von Laptops, Smartphones oder Spielkonsolen kinderleicht. Zweitens setzt die intelligente Nutzung des Internets, (Recherchieren, Nutzen von Dienstleistungen) ein vernetztes, logisches Denken voraus. Dies kann nicht mittels des Smartphones, sondern zunächst exklusiv in Interaktion mit der nichtelektronischen Umwelt aufgebaut werden.

So genannte "Digital Natives" sind da anderen Generationen in keiner Weise überlegen.

Zu diesem Schluß kommt auch Daniel Süss. Süss' Fachartikel über diverse Studien zu Kind und Mediennutzung ist auf der Homepage von "Pädiatrie Suisse" aufgeschaltet: "Die bloße Häufigkeit und Selbstverständlichkeit, mit der digitale Medien genutzt werden, garantieren keinen kritischen und kompetenten Umgang. ... So genannte "Digital Natives" sind da anderen Generationen in keiner Weise überlegen." Allerdings sucht man auch bei den Schweizer Kinderärzten Empfehlungen zum Medienumgang vergeblich. Der Verband hat auf Anfrage lediglich auf Süss' Fachartikel hingewiesen.

Nun gibt es in der Schweiz seit einigen Jahren Organisationen, die sich um die frühe Kindheit, also um die Lebensjahre zwischen 0 und 4 kümmern. Dazu gehört auch das Marie-Meierhofer-Institut für das Kind (MMI). Tatsächlich hat es zu zum Thema Kinder und digitale Medien, Laufzeit 2019-2023, geforscht. Aber weder das MMI noch Studienleiter Fabio Sticca von der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) konnten bisher auf meine Anfragen antworten.

Besonders tragisch, daß ich auch vom Verein a-primo keine Antwort auf meine Anfrage zu ihren Erfahrungen mit Kleinkindern und Smartphones erhalten habe. Denn a-primo kümmert sich mit niederschweligen Angeboten um die Zielgruppe der migrantischen Kleinkinder und deren Eltern.

Äußerst ernüchternd ist der Bescheid der Schweizerische Fachverband Mütter- und Väterberatung (SF MVB), die in allen Gemeinden Eltern mit Säuglingen beraten: "Der SF MVB gibt keine Empfehlungen zur Smartphone-Nutzung heraus."

Auch für Carine Burkhardt Bossi, Leiterin für das Binationale Zentrum Frühe Kindheit (Biki), ist "das Smartphone nun mal ein unumstößlicher Begleiter im Alltag geworden, den man nicht verteufeln sollte". Sie weist auf die Forschungslücke hin: Es existieren noch keine Längsstudien gäbe zum Gebrauch der elektronischen Medien im Kinderzimmer.

Für mich klingt das so, als ob erst durch zeitaufwendige Studien erhoben werden müßte, ob Klettern an überhängenden Felsen für Ungeübte wirklich lebensgefährlich ist. Und man, so lange diese Studien noch laufen, ja schon mal breite Straße zu den exponiertesten Stellen bauen kann.

In der "Adele Studie. Der Medienumgang von Kindern im Vorschulalter (4-6 Jahre) Chancen und Risiken für die Gesundheit" wurde das Medienverhalten der Kinder anhand der Einschätzung der Eltern abgefragt. Die Forscher stellten Hypothesen auf, die sie durch die Antworten der Eltern veri- beziehungsweise falsifizierten. Die meisten Befunde leuchten ein: So konsumieren Kinder mehr Medien, je positiver die Einstellung der Eltern gegenüber diesen ist. Auch ADHS korreliert positiv mit der Bildschirmnutzung.

Und tatsächlich konsumieren Kinder aus benachteiligten Haushalten mehr und länger Medien und seien deshalb vermehrt mit gesundheitlichen und anderen Problemen konfrontiert Die Studienautoren empfehlen deshalb: "Präventions- und Interventionsmaßnahmen sollen so gestaltet werden, daß sie vor allem auch Eltern und Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen erreichen."

Für vornehme Zurückhaltung besteht wirklich wenig Grund. Denn das Handy ist nicht nur in den Fingern kleiner Kinder eine Gefahr für deren geistige Entwicklung. Studien haben ergeben, daß die vom Smartphone absorbierten Eltern auf ihr Kind einen "still face-Effekt" haben.

Still face bedeutet, daß die Eltern keine angemessene Reaktion auf ihren Säugling haben, es also nicht anlächeln oder mit ihm brabbeln.

Im Baby erzeugt dies das Gefühl, abgelehnt zu werden. Die Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) Smartphones im Kindergarten: Smartphone-Nutzung durch Eltern und Sensibilität und Reaktionsfähigkeit der Eltern in der Eltern-Kind-Interaktion in der frühen Kindheit (0 - 5 Jahre) ergab, daß "die Smartphone-Nutzung der Eltern in Anwesenheit ihrer Kinder einen Einfluß auf die Sensibilität und die Reaktionsfähigkeit der Eltern hat".

Aber auch diese Studienautoren sehen sich außerstande, Empfehlungen an Eltern und die sie beratenden Institutionen abzugeben.

"Dieser Review kann dazu beitragen, zukünftige Forschungsthemen im Bereich der elterlichen Smartphone-Nutzung in der frühen Kindheit zu definieren, die es schließlich ermöglichen würden, Eltern von Kleinkindern hinsichtlich ihrer Smartphone-Nutzung zu beraten und präventive Maßnahmen zu konzipieren", so die Studienautoren Agnes von Wyl et al.

Während die zuständigen Entwicklungsforscher seit Jahren also auf noch mehr Studien warten, entsteht in den Schulen ein gefährliches Leistungsgefälle. Denn Eltern aus der Mittelschicht besitzen häufig eine inhärente Skepsis gegenüber elektronischen Medien und bieten ihren Kindern durch ein angereichertes Umfeld mit Spielangeboten drinnen und draußen ein genügend großes Gegengewicht zum Surfen und Wischen im Internet.

Desaströse Züge nimmt das Smartphone allerdings in den Händen bildungsferner Eltern an. Häufig identifizieren diese den Besitz von möglichst vielen elektronischen Geräten mit Fortschritt. Und wenn dann in der Primarschule die Lehrpersonen den Mediengebrauch im Elternhaus durch gutes Zureden einzuschränken versuchen, sind schon sehr viele Entwicklungsfenster geschlossen.

Dabei gibt es schon seit Jahren Studien, die davor warnen, daß hoher Medienkonsum mit schlechten Schulleistungen korrelieren. Dieser Befund trifft vor allem Migranten mit sozial tiefem Status. 2007 titelte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen "Die PISA-Verlierer. Opfer ihres Medienkonsums".

In der Zusammenfassung stellen die Studienautoren fest: "Bereits als Viertklässler verfügen die vier PISA-Verlierergruppen in ihren Kinderzimmern über eine erheblich größere Ausstattung mit Fernseher, Spielkonsole und Computer als ihre jeweilige Gegengruppe. Als Folge dessen weisen sie schon als 10-Jährige und später als 15-Jährige einen weit höheren und auch inhaltlich problematischeren Medienkonsum auf als ihre bei PISA besser abschneidenden Vergleichsgruppen."

Samia Guemei, geboren in Ägypten, aufgewachsen und wohnhaft in der Schweiz, Journalistin und Primarlehrerin. "Ich arbeite am Wort und mit Menschen. Ich glaube an die Aufklärung und die Kreativität."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. November 2023 (x1.345/...):

>>**Neue Talkshow mit Caren Miosga kostet den Gebührenzahler Millionen**

Im kommenden Jahr soll die Tagesthemen-Moderatorin Caren Miosga den Sendeplatz von Anne Will übernehmen und eine eigene Talkshow bekommen. Damit wird sie gutes Geld verdienen - während die Sendung den Gebührenzahler Millionen kosten wird.

Max Roland

Die Tagesthemen-Moderatorin Caren Miosga soll im kommenden Jahr Talkshow-Hostess im Ersten werden. Die bisherige Nachrichtensprecherin erhält 2024 eine eigene Talkshow am Sonntagabend - als Nachfolgerin von Anne Will soll sie das neue Talk-Gesicht der ARD werden. Das wird ein teures Vorhaben - für den Gebührenzahler.

Business Insider berichtet über vertrauliche Dokumente mit detaillierten Kalkulationen, Gewinnberechnungen und Verhandlungsprotokollen. Aus diesen geht hervor, daß Miosgas Talk-

show den NDR jährlich 5,8 Millionen Euro kosten wird. Pro Sendung wären das also mehr als 195.000 Euro, umgerechnet gut 3.200 Euro je Sendeminute. Zur Produktion der Sendung "Caren Miosga" soll die Moderatorin eine eigene Produktionsfirma gründen, die von der ARD bezahlt wird.

Diese Praxis ist durchaus üblich im öffentlich-rechtlichen Talkshow-Universum und hat Ex-Kollegen, etwa den ehemaligen "Hart aber Fair-Talkmaster" Frank Plasberg, immer einen schönen Nebenverdienst beschert. Damit kann jetzt auch Miosga rechnen. Sie verdient zunächst in der Höhe von 570.000 Euro pro Jahr. Da sie aber ihre Sendung selbst produziert, dürften für Miosga rund 700.000 Euro im Jahr übrig bleiben. Das reine Honorar für eine Moderation beläuft sich laut dem Portal auf 19.000 Euro.

Die horrenden Summen für die Miosga-Sendung gilt ARD-intern geradezu als sparsam. Wie der Business Insider schreibt, habe man beim NDR mit deutlich mehr Kosten gerechnet. Im Vergleich zu anderen Talksendungen bewegt sich Miosga sogar noch im Mittelfeld.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. November 2023: >>**Wie die Wirecard-Betrüger: Sie sind nackt, sie sind pleite und sie tricksen weiter!**

Was ist der Unterschied zwischen den Wirecard-Bossen und den Regierungs-Betrüger? Den einen droht wegen erfundener Milliarden und Bilanzfälschung bis zu zehn Jahre Knast, den anderen winkt trotz erfundener Milliarden und Bilanzfälschung am 8. Dezember ein sicheres Ruhegehalt von mindestens 4.660 Euro nach dann genau zwei Jahren Mindest-Amtszeit. Das vor allem dürfte der Grund sein, warum die Pleite-Ampel garantiert nicht mehr vor Weihnachten zerbricht und warum sie sich mit weiterer Konkursverschleppung über den Jahreswechsel zu retten versucht.

Der 8. Dezember ist ein trauriger Tag für Deutschland - an diesem Tag vor zwei Jahren nahm das Unheil seinen Lauf. Der 8. Dezember ist aber auch ein Tag der Freude, den sich die Regierungs-Betrüger rot im Kalender angestrichen haben:

- Dann sind die 16 Ampel-Minister exakt zwei Jahre im Amt. Genau an diesem Tag werden sie genug Dienstzeit angesammelt haben, um Anspruch auf mindestens 4.660 Euro Ruhegehalt pro Monat zu haben!

- Weil "Bürgergeld-Minister" Hubertus Heil (SPD) bereits in seiner zweiten Amtszeit ist, kann Genosse Heil ab dem 8. Dezember sogar mit 5.460 Euro Ruhegeld monatlich rechnen.

- Lediglich Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne") muß sich noch etwas gedulden - sie hatte das Amt erst im April 2022 von der Totalversagerin Anne Spiegel übernommen.

- Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius ist zwar erst knapp ein Jahr im Amt, war aber zuvor zehn Jahre lang Landesinnenminister in Niedersachsen mit entsprechenden Pensionsansprüchen.

- Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kann es ohnehin egal sein, wann der Laden auseinanderfliegt. Er kommt auf rund zwei Jahrzehnte Amtszeit als Senator und Erster Bürgermeister in Hamburg sowie als Bundesminister und dürfte - alle Pensionsansprüche aufeinander gestapelt

- eine Altersversorgung von gut und gerne 9.000 Euro sicher in der Tasche haben.

Im Vergleich zu Deutschland muß man eine Bananenrepublik wohl ein geordnetes Staatswesen nennen:

- Mit neuen Tricksereien und unter Bruch aller FDP-Versprechen, die sogenannte Schuldenbremse nicht zu lockern, verschafft Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) der Ampel nach dem Knallhart-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Verbot der Corona-Klima-Wechselreiterei) eine weitere Galgenfrist. Tiefer jedoch kann der FDP-Chef nicht mehr sinken:

"Ich bin Christian Lindner dankbar", sagte "Grünen-Parteichef" Omid Nouripour auf dem Karlsruher Bundesparteitag der Ökosozialisten, nachdem Lindner zuvor angekündigt hatte, die Schuldenbremse auch für das Jahr 2023 auszusetzen. Die "Grünen" sind dem FDP-Chef

"dankbar", das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Einmal mehr bestätigt sich: Die FDP verhindert nichts das Schlimmste, sie macht das Schlimmste erst möglich.

- Der neue Haushaltstrick: Lindner will dem Bundeskabinett am Mittwoch kommender Woche (29. November) den Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2023 vorlegen. Dieser ist Voraussetzung für das erneute Aussetzen der Schuldenbremse. Der Bundestag soll dann abermals eine "außergewöhnliche Notlage" beschließen - diesmal mit Blick auf den Ukraine-Konflikt und die Energiekrise. Dafür reicht die Ampel-Mehrheit.

Es ist erst ein paar Tage her, da hatte FDP-Umfaller Lindner noch getönt: Er sehe das Verfassungsgerichtsurteil "als Auftrag". Die neue Rechtsklarheit sei "kein Anlaß, die Schuldenbremse zu schleifen, sondern sie zu stärken." Spekulationen über das mögliche Aussetzen der Schuldenbremse für 2023 wies er ausdrücklich zurück.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, kann nur noch den Kopf schütteln. Sie faßt zusammen: "Die Ampel hätte Ausreisepflichtige abschieben, Klimavorhaben stoppen und Entwicklungshilfe streichen können, um den Haushalt zu sanieren. Statt dessen: Aussetzen der Schuldenbremse. Noch unsere Urenkel werden für die Verantwortungslosigkeit der Ampel bezahlen müssen!"

Jeder zweite Deutsche für Neuwahlen

Laut einer "Forsa-Umfrage" fordert inzwischen fast jeder zweite Deutsche (46 Prozent) Neuwahlen - die Ampel-Parteien kommen "INSA" zufolge auf nur noch 35 Prozent in der Sonntagsfrage, haben also gerade einmal noch ein Drittel der Wähler hinter sich.

Und auch in der Wirtschaft schwindet das Vertrauen rapide: Christoph Ahlhaus, Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung "Der Mittelstand" (BVMW), sieht "schlechte Zeiten für Trickser und Traumtänzer" - und hat, wie Alice Weidel, ebenfalls einen Sparvorschlag: Streicht Euren Klima-Irrsinn zusammen! "Die Ampel muß begreifen, daß sich ökologische Transformation nicht über Schuldenmacherei auf Kosten zukünftiger Generationen finanzieren läßt", so Ahlhaus.

Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger (59) erklärte: "Die Stimmung in der Wirtschaft ist gekippt!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2023:

>>Heldenehrung: Steinmeier verleiht Verdienstkreuze

Von *Karel Meissner*

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier (SPD) verleiht heute wieder Bundesverdienstkreuze - an Landesfürsten, die sie unbedingt verdient haben ...

Es ist mal wieder soweit. Schauplatz: Schloß Bellevue. Seit 12 Uhr Mittag verpaßt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Regierungschefs diverser Bundesländer das Bundesverdienstkreuz. Ein Höhepunkt im Leben der Ausgezeichneten.

Verdient haben sie das Blech für ihre " herausragende Rolle im föderalen System der Bundesrepublik", wie die dpa das Bundespräsidialamt paraphrasiert. Diese Polit-Helden hätten "sich über viele Jahre hinweg in zahlreichen politischen Funktionen und auch ehrenamtlich Verdienste um das Gemeinwohl in Deutschland erworben." Mehr noch:

"Ihre Ämter erforderten ein Höchstmaß an persönlichem Einsatz, teilte das Bundespräsidialamt weiter mit. Die Politiker übernahmen in Zeiten großer politischer Herausforderungen Verantwortung für wichtige Entscheidungen in ihren Ländern und als Mitglieder des Bundesrates für Deutschland als Ganzes. Sie trugen zudem das Bild Deutschlands in der Welt mit."

Also richtig große Fische, Superhelden geradezu. Da darf man auf die Namen gespannt sein. Und hier ist sie, die Hitparade. Bitte einen tosenden Applaus für:

- Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz,
- Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt,
- Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident von Baden-Württemberg,

- Bodo Ramelow ("Linke"), Ministerpräsident von Thüringen,
- Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen,
- Dietmar Woidke (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg.

Nicht lachen! Oder haben sie schon Malu Dreiers effizientes Krisen-Management bei der Flutung des Ahrtals vergessen? Oder die bahnbrechenden Energiespartips (Waschlappen) von Winfried Kretschmann? Oder Bodo Ramelows ausgewogener, extrem fairer Verfassungsschutz? Also kein neidisches Geplärre. Ehre, wem Ehre gebührt!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. November 2023 (x1.344/...): >>Aussetzung der Schuldenbremse zieht einen Dambruch nach sich

Berlin, 24. November 2023. Zur Diskussion über die Zukunft der Schuldenbremse nach der Ankündigung von Finanzminister Christian Lindner (FDP), diese für 2023 auszusetzen, erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla:

"Lindners Entscheidung führt zu einem Dambruch. Schon am nächsten Morgen werden Forderungen laut, die Schuldenbremse auch nächstes Jahr auszusetzen oder ganz auszuhebeln. SPD und CDU/CSU machen sich so zu Erfüllungsgehilfen für grüne Lobbyinteressen und setzen den Wohlstand der Bürger aufs Spiel. Wir setzen uns im Bundestag für die Interessen der Bürger ein. Jetzt braucht es einen Kassensturz, damit wir überflüssige Ausgaben identifizieren und streichen können."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2023: >>Grüne: "Wohlstand" ist ein überholter Begriff

Von *S. Hofer*

Da das Wort "Wohlstand" im Zeitalter der Massenarmut peinlich klingt, will die Grünen-Basis es ersetzen. Jetzt vorsorgen gegen den Green Reset: Wie Sie unkompliziert auf Eigenproduktion umsteigen können, lesen Sie in der Selbstversorger-Bibel von Simon Dawson.

Immer das Gleiche. Wenn Politiker an der Realität scheitern, will man die Sprache ändern: Worte sollen verschwinden, neu definiert oder ersetzt werden. Das gilt nicht bloß für Gender-Sprachblasen. Als Gerhard Schröder 2005 die unsoziale Hartz-Diktatur einführte, forderten die Mainstream-Medien: "Soziale Gerechtigkeit" müsse halt neu definiert werden.

Diesen hirntoten Trick versuchen die Grünen derzeit bei dem Begriff "Wohlstand".

Da dieses Wort im Land der flaschensammelnden Rentner, prekärer Jobber sowie Inflation nur peinlich klingt, forderte Habeck bereits im Sommer dessen "Neudefinition". Der Tagespiegel meldete gehorsamst:

"Mehr soziale und ökologische Faktoren: Habeck will Wohlstand neu vermessen. Das Wirtschaftsministerium sucht nach Wegen, Wohlstand jenseits der Wachstumszahlen zu definieren. Bevölkerung, Wissenschaft und Wirtschaft sind zur Teilnahme aufgerufen."

Scheinbar blieben die Vorschläge aus. Ergo muß man das Wort ganz abschaffen. Nicht weniger forderte die Grüne Basis bei Ihrem Antrag zur Änderung des Wahlprogramms. Darin lesen wir:

"Den Begriff 'Wohlstand' umzudeuten, ist nahezu unmöglich und wir sollten den neuen Begriff 'Lebensqualität' etablieren, auch als Zeichen dafür, daß die Ziele sich ändern müssen."

Zumal das Wort "Wohlstand" doch altmodisch und unwoke klingt:

"Das Wort 'Wohlstand' stammt aus den 60er Jahren und wir sollten uns davon verabschieden. Es ist ein Synonym für materielle Standards und Ziele. Wir wissen aber längst, daß die Grenzen des Wachstums überschritten sind und daß wir uns auf die Verbesserung der Lebensqualität konzentrieren müssen, die komplexer ist als die Suche nach Glück in materiellem Wohlstand. Also sollten wir das Wort 'Wohlstand' vermeiden und über 'Lebensqualität' reden, die ja auch materielle Standards enthält."

Übersetzen wir das in die Praxis: Die Grünen-Politiker mit ihren fetten Gehältern haben wei-

terhin "Wohlstand", aber Unterschichten und Rentnern statt dessen "Lebensqualität". Aber was beinhaltet letztere? - Antwort: Biokost und unversehrte Natur:

"Die Worte 'Wohlstand' und 'Lebensqualität' sind beides abstrakte Begriffe, die durch ihre Verwendung und die öffentliche Diskussion gefüllt werden und schließlich eine Bedeutung gewinnen. In der Nachkriegszeit wurde der Begriff "Wohlstand" mit Wiederaufbau und materieller Sicherheit verknüpft. Das war zeitgemäß und die Leute haben nichts falsch gemacht. Inzwischen wissen wir aber, daß wir anders handeln müssen und daß die Fokussierung auf materielle Sicherheit in großen Teilen kontraproduktiv ist.

Wir Grüne setzen neue Ziele und werben für andere Sicherheiten. Das müssen wir auch in unserem Wording zum Ausdruck bringen und neue Rahmen (Frames) setzen. 'Lebensqualität' enthält ebenfalls materielle Standards, aber noch wesentlich mehr. Gesunde Natur und Lebensmittel, äußere, innere und gesellschaftliche Sicherheit, ziemlich genau das, was wir mit unserer Politik erreichen wollen und auch in unserem Wahlprogramm ins Schaufenster stellen."

Intakte Natur und biologisches Essen hatten auch die Sklaven der Antike und Bauern des Mittelalters. Das war noch echte "Lebensqualität". Vor allem Ricarda Lang, die heute auf dem Karlsruher Parteitag (neben Omid Nouripour) erneut zur Parteichefin gewählt, repräsentiert diese "Lebensqualität" in Vollendung. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. November 2023 (x1.344/...): >>**Peinliche Selbstbeweihräucherung: Steinmeier verleiht Bundesverdienstkreuz an sechs Ministerpräsidenten!**

Es hat den Anschein einer "Black-Friday-Aktion", wie Bundespräsident Steinmeier (SPD) mit der höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik umgeht: Gleich sechs amtierende und ehemalige Ministerpräsidenten (Dreyer, Woidke, Weil, Haseloff, Ramelow und Seehofer) werden heute mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Dabei sind all diese Regierungschefs in ihrer Amtszeit gescheitert und haben die Energiewende-, Inflations- und Migrationspolitik der jeweiligen Bundesregierungen mitgetragen!

Daß Steinmeier das Bundesverdienstkreuz am selben Tag an sechs Ministerpräsidenten verleiht, macht überdeutlich, daß hier lediglich eine peinliche und unwürdige Selbstbeweihräucherung des politischen Mainstreams stattfindet: Man bindet sich gegenseitig Orden um den Hals, um sich besser zu fühlen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, findet klare Worte zu diesem Verhalten:

"Keiner der Ausgezeichneten hat sich durch besonderes Engagement hervorgetan - im Gegenteil. Daß ausgerechnet Dreyer, die einzig durch ihr katastrophales Vollversagen in der Flutkatastrophe zweifelhafte Berühmtheit erlangt hat, ein Bundesverdienstkreuz bekommt, ist ein Hohn. Die Verleihung ist längst ein Akt völliger Beliebigkeit und ohne jeden Wert und erfolgt nun gleich fast im halben Dutzend. Die Ministerpräsidenten haben nichts für Deutschland getan, was über das Normalmaß ihrer gut besoldeten Arbeit auch nur ansatzweise hinaus geht. Und daß dann auch noch der Linksextremist Ramelow einen solchen Orden enthält, schlägt dem Faß den Boden aus."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2023: >>**Aiwanger (FW) bei Lanz: Gegen die Berliner "Taugenichtse"**

Von *Sven Reuth*

Freie Wähler-Chef Hubert Aiwanger ist zum zweiten Mal in diesem Jahr bei ZDF-Moderator Markus Lanz eingeladen - und läßt diesen erneut grandios auflaufen. Der Fall Aiwanger, aber auch die Fälle Björn Höcke und Harald Schmidt zeigen: Die üblichen Hetz-Kampagnen greifen nicht mehr, sondern gehen nach hinten los. ...

Diesmal wollte Markus Lanz den stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Wirt-

schaftsminister Hubert Aiwanger unbedingt stellen. Noch im Juli dieses Jahres war er mit diesem Vorhaben krachend gescheitert. Gestern wie auch vor vier Monaten setzte er dabei auf das gleiche Konzept: Aiwanger wurde mit einer regelrechten Flut an Fragen eingedeckt, die oftmals süffisant oder spitz gestellt waren und ganz offensichtlich oft nur dazu dienen sollten, den niederbayerischen Politiker aus dem Konzept zu bringen.

Breite Front gegen Aiwanger

Der Rest der von Lanz geladenen Talk-Gäste spielte dabei nur die Rolle eines schmückenden Beiwerks. Gestern waren das Roman Deininger, Chefreporter der Süddeutschen Zeitung (SZ), The Pioneer-Chefredakteur Michael Bröcker und Güner Balci, die Integrationsbeauftragte von Neukölln. Während Bröcker wenigstens noch halbwegs neutral agierte, waren Deininger und Balci offensichtlich nur geladen worden, um sich wie Lanz ebenfalls als Anti-Aiwanger-Ankäger in Szene setzen zu können.

Bezeichnend war es auch, daß Lanz zwar ununterbrochen versuchte, Aiwanger unter Druck zu setzen, Deininger aber fast ungeschoren davonkam. Dieser war maßgeblich für den von der SZ produzierten Medienskandal verantwortlich, mit dem kurz vor den diesjährigen bayerischen Landtagswahlen versucht worden war, die politische Karriere Aiwangers zu zerstören. Dabei ging es um ein antisemitisches Flugblatt, das Aiwanger angeblich im Jahr 1987 als Schüler im Alter von 16 Jahren verfaßt haben soll. Diese von den SZ-Reportern einfach dreist in den Raum gestellte These konnte von den linken Zeitungsmachern aus München dann allerdings nie bewiesen werden.

Trotz dieses Totalversagens der im Volksmund wegen ihres starken Linksdralls oft auch als "Alpen-Prawda" bezeichneten Zeitung verzichtete Lanz gestern abend darauf, Deininger auch nur annähernd so aggressiv zu löchern wie Aiwanger.

"Der Geldkoffer für Träumereien ist leer"

So richtig Stimmung kam gestern auf, als es um einen Tweet Aiwangers ging, den Lanz offenbar zutiefst empörend findet. Einige Stunden vor seinem Auftritt bei Markus Lanz hatte Aiwanger nämlich bei X (vormals Twitter) geschrieben:

"Deutschland muß sich auf seine eigene Zukunftsfähigkeit konzentrieren. Der Geldkoffer für ideologische Träumereien ist leer. Und irgendwann erlahmt die Arbeitsmoral der Gutwilligen, wenn sie merken daß sie für und von Taugenichtsen ausgenutzt werden."

Lanz ging ganz im Stile eines Zensors jeden Halbsatz dieses Tweets durch, wobei er sich dann sichtlich verärgert an der Verwendung des Begriffs "Taugenichts" festbiß - dieser Ausdruck darf nach der Auffassung von Lanz offenbar nicht verwendet werden.

Doch Aiwanger reagierte gelassen und antwortete:

"Ein Taugenichts ist doch im Sprachgebrauch ganz genau jemand, der auf Kosten der anderen lebt. Der sich selber nicht einbringt. Der sich unsozial verhält. Das ist ein Taugenichts. Das sind beispielsweise Bürgergeldempfänger, die arbeitsfähig wären und eine zumutbare Arbeit ablehnen. Das ist nicht der Bürgergeldempfänger, der wirklich bedürftig ist, der krank ist und so weiter. Sondern das ist einer, der auf Kosten der anderen lebt, obwohl er anders könnte."

"Wer den Leuten Käse erzählt"

Und weiter:

"Und ein Taugenichts ist auch jemand, der in der Regierung sitzt, keinen Schulabschluß hat, den Leuten Käse erzählt und selber noch nie gearbeitet hat - und am Ende Dinge an die Wand fährt. Auch das ist ein Taugenichts."

Als Lanz später nachhakt, wen genau Aiwanger denn mit den "regierenden Taugenichtsen" meine und versuchsweise die Namen der Grünen-Chefin Ricarda Lang sowie des SPD-Generalsekretärs Kevin Kühnert nennt, deutet der FW-Chef Zustimmung an, ohne zu konkret zu werden.

Insbesondere Güner Balci zeigte sich nun hellauf empört. Im weiteren Verlauf der Sendung

bezeichnet sie Aiwanger als Antisemiten, der dies lächelnd an sich abprallen läßt. Balci will Aiwanger, was deutlich spürbar ist, unbedingt als "Extremisten" brandmarken. Leider konfrontiert Lanz Balci nicht mit einigen ihrer eigenen Aussagen, die nahelegen, daß eigentlich sie die wahre Extremistin ist.

"Zuerst schlägt man sich die Köpfe ein"

So wurde die Neuköllner Integrationsbeauftragte im Juli 2021 in der Welt mit folgender Aussage über ihr Stadtviertel zitiert:

"Es ist eigentlich das, was man sich wünscht in einer Utopie: Was passiert, wenn verschiedene Kulturen auf engem Raum zusammenkommen? Die schlagen sich zuerst einmal die Köpfe ein, aber dann entsteht vielleicht eine neue Gesellschaft."

Der Bürgerkrieg also als notwendige Gruppentherapie, um die ersehnte multikulturelle Utopie zu erschaffen. Totaler Irrsinn. doch leider konfrontiert Lanz Balci nicht mit dieser ungeheuerlichen und erst vor gut zwei Jahren getroffenen Aussage, während er sich gleichzeitig über jede Harmlosigkeit von Aiwanger erregt - aber das ist eben das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland, wie es leibt und lebt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. November 2023: >>>**Corona: EU-Gesundheitsbehörde entlarvt die Impf-Lügen von Lauterbach & Co.**

Mehrere EU-Abgeordnete, darunter Joachim Kuhs und Bernhard Zimniok (beide AfD), haben von der obersten EU-Gesundheitsbehörde EMA Aufklärung über eine Reihe von Fragen bei der Zulassung der Corona-Impfstoffe verlangt.

Versteckt zwischen seitenlangem Geschwurbel findet sich in der Antwort von EMA-Generaldirektorin Emer Cooke eine wichtige Klarstellung: Die Corona-Impfstoffe waren nie "zur Verringerung der Übertragung oder der Infektionsraten (Übertragungskontrolle) zugelassen". Im Klartext: Die Impf-Propaganda u.a. von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) widersprach den Empfehlungen der EMA.

Es ist ein Hohn, daß die EMA erst jetzt, nachdem abgelaufene Impfdosen millionenfach entsorgt werden müssen, das zugibt, wovor seriöse Wissenschaftler schon zu Beginn der Corona-Hysterie gewarnt hatten: Die Impfung konnte entgegen der Propaganda des politisch-medialen und pharmazeutischen Komplexes zu keinem Zeitpunkt eine Infektion bzw. die Übertragung auf andere Menschen verhindern.

"Die EMA erklärt ausdrücklich, daß die Impfung nur für Risikogruppen gedacht war, aber auf keinen Fall für eine Massen-Impfung der Bevölkerung", analysiert YouTuber Alexander Raue.

25.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2023 ([x1.346/...](#)): >>>**Wir können auf Kohlekraftwerke nicht verzichten**

Kohlekraftwerke liefern bedarfsgerecht den preisgünstigsten Strom und sorgen für Netzstabilität. Wind- und Solarstrom schwanken mit dem Wetter. Sie sind nicht regelbar und können nur begrenzt in ein stabiles Stromnetz eingespist werden.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

In unserer Lokalzeitung wurde kürzlich über das Onyx-Kraftwerk in Wilhelmshaven berichtet, das seit 15 Jahren fast rund um die Uhr in Betrieb ist. Dies kleine Jubiläum soll Anlaß sein, die Leistungen und Kosten von Wind- und Kohlestrom zu vergleichen.

Zur Geschichte

Das Onyx-Kraftwerk mit einer Leistung von 731 Megawatt und einem Wirkungsgrad von 46 Prozent gehört zu den modernsten Anlagen in Deutschland. Es verwandelt 46 Prozent der Verbrennungswärme in Strom, braucht also weniger Kohle als ältere Kraftwerke mit einem Wirkungsgrad um 40 %. Weltweit werden häufig nur 35 % erreicht. Das Werk wurde als Ersatz für die deutschen Kernkraftwerke geplant, die nach massiven grünen Protesten stillgelegt werden sollten.

Damals wurde sachlich mit den Stromversorgern diskutiert, wie man den Atomausstieg schaffen kann, ohne die Stromversorgung zu gefährden. Die Lösung war: Die Kernkraftwerke werden durch Kohlekraftwerke ersetzt. Der Strom wird dadurch zwar etwas teurer. Der Preisanstieg um ca. ein Cent/Kilowattstunde sollte aber verkraftbar sein.

So wurden zu dem damals bereits vorhandenen E.ON-Kraftwerk noch 3 weitere Kohlekraftwerke am tiefen Fahrwasser von Wilhelmshaven geplant, die die Kernkraftwerke in Norddeutschland ersetzen sollten. Nur das Onyx wurde gebaut. Dann war die grüne Bewegung gegen die Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdöl so stark geworden, daß die Energieversorgung ausschließlich aus regenerativen Quellen kommen sollte. Wind und Sonne sollten den Hauptanteil liefern.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wurde gestartet. Dieses Mal wurde nicht zusammen mit Fachleuten ein möglicher Weg gesucht. Eine von der Bundesregierung ernannte Kommission aus Politikern, Gewerkschaftlern und lokalen Vertretern der Kohleregionen sollte einen Terminplan für den Ausstieg empfehlen, der dann auch zum Gesetz wurde. Kosten und Versorgungssicherheit wurden nicht beachtet.

Eine treibende Kraft hinter dieser Entwicklung war Rainer Baake. Als grüner Staatssekretär unter Jürgen Trittin hat er den Atomausstieg verhandelt, um wenige Jahre später den Kohleausstieg voranzutreiben. Dazu hat er nach seiner Freistellung als Staatssekretär mit US-Kapital die Agora-Energiewende gegründet, einen Lobby-Verein zur Durchsetzung der Energiewende. Dieser Verein wird inzwischen auch mit deutschen Steuergeldern finanziert. Er ist in den Parteien, die das Weltklima mit der Energiewende retten wollen, gut vernetzt.

Die Ernennung des Geschäftsführers von Agora-Energiewende, Patrick Graichen, zum Staatssekretär durch den Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, ist dafür ein deutlicher Beleg. Auch nach der Entlassung von Graichen wegen Bevorzugung seines Trauzeugen bei einer Ämtervergabe bleibt der Einfluß von Agora und des Graichen-Clans erhalten. Enge Verwandte von ihm sind weiter an führenden Stellen im Ministerium. Sie setzen die Agora-Vorstellungen in Gesetze um.

Kohlekraftwerke sind das Rückgrat der Stromversorgung

Der hohe Auslastungsgrad von dem Onyx-Kraftwerk zeigt, wie wichtig der Kraftwerkstrom für eine sichere Versorgung ist. Es läuft auch dann, wenn bei Starkwind und Sonnenschein die umliegenden Windgeneratoren abgeschaltet werden, um das Stromnetz nicht zu überlasten. Die Kraftwerke werden für ein stabiles Wechselstromnetz gebraucht. Mit ihren großen rotierenden Massen stabilisieren sie die Netzfrequenz. Ein solches Netz kann maximal 60 Prozent Wind- und Solarleistung aufnehmen. Darüber hinaus regeln die Kraftwerke die Netzleistung auf den Bedarf und ergänzen die Leistung bei schwachen Winden und Dunkelheit. Bei Dunkelflaute müssen sie die gesamte Leistung übernehmen.

Die Leistung des Wind- und Solarstrom wird vom Wetter bestimmt und ist weder plan- noch regelbar. Allein mit dem nicht planbaren Wind- und Solarstrom kann keine sichere und bezahlbare Stromversorgung aufgebaut werden. Viele Politiker behaupten das aber. Das ist eine Täuschung der Bevölkerung. Um das zu verdeutlichen, nennt der Stromverbraucherschutz NAEB diesen Strom FAKEPOWER (Fake = Täuschung).

Kohlestrom ist auf fast allen Gebieten günstiger als Windstrom.

Das Kraftwerk Wilhelmshaven hat eine Leistung von 731 Megawatt (MW), die ganzjährig (bis auf planbare Revisionen) verfügbar ist. Für die gleiche mittlere Jahresleistung müssen Windstromanlagen mit 3.700 MW installiert werden, denn sie liefern im Mittel nur 20 Prozent ihrer installierten Leistung mit Schwankungen zwischen Null und 60 Prozent. Knapp 2.000 von den 6.131 Windgeneratoren in Niedersachsen (Zahlen für 2021) können zwar die gleiche Jahresstrommenge wie das Kraftwerk erzeugen, aber nicht bedarfsgerecht und nicht als eine die Netzstabilität sichernde Grundlast.

Das Kraftwerk Wilhelmshaven hat eine Fläche von ca. 65 Hektar. Davon ist rund die Hälfte versiegelt. Vom Kraftwerk wurde auf eine Bitte um genaue Flächenangaben keine Auskunft gegeben. Die Arbeitsgruppe Windenergie-Freigericht gibt pro Windgenerator 350 Quadratmeter versiegelte Fläche und ca. 4.000 Quadratmeter geschottete Betriebsfläche an. Hinzu kommt noch die Zuwegung in unterschiedlicher Ausführung. Damit versiegeln die 2.000 Windgeneratoren 70 Hektar, also rund doppelt so viel wie das Kraftwerk. Die benötigte Betriebsfläche übersteigt deutlich das 10-fache der Kraftwerksfläche.

Der Bau des Kraftwerks kostete etwa eine Milliarde Euro. Für die Windgeneratoren mußten 3,7 Milliarden aufgewendet werden, um jeweils 5,5 Milliarden kWh Strom im Jahr zu erzeugen (ca. 1 % des Strombedarfs). Mit Abschreibungen über 20 Jahre plus Zinsen und Betriebskosten liegen die Gestehungskosten des Windstroms bei 6,6 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh).

Der Aufwand für die Entsorgung des Überschußstroms, die Regelungskosten von 2,3 Milliarden Euro/Jahr, sowie die Kosten für die Demontage und Entsorgung der Anlagen nach 20 Jahren sind hier nicht enthalten. Kraftwerke werden über 30 Jahre abgeschrieben. Einschließlich Zinsen liegen die Gestehungskosten bei 1,2 ct/kWh. Hinzu kommen 3,3 ct für den Brennstoff Kohle (120 Euro/Tonne). Der zuverlässige Kraftwerkstrom wird mit 4,5 ct/kWh deutlich günstiger produziert als der unzuverlässige Windstrom mit 6,6 ct.

Holz als Brennstoff ist keine Lösung

Es gibt Pläne, das Onyx-Kraftwerk auf Holzfeuerung umzustellen. Dagegen hat kürzlich die örtliche Organisation des NABU demonstriert. Zu Recht. Für die Feuerung nur dieses Kraftwerks brauchte man den Ertrag von tausend Quadratkilometer Wald, wenn Raubbau vermieden werden soll. Die Transportkosten würden verdoppelt, weil der Brennwert von Holz nur halb so hoch ist wie von Kohle. Statt 15 Kohleschiffe müßten jährlich 30 Holzfrachter mit je 100.000 Tonnen Ladung Wilhelmshaven anlaufen. Diese Planung würde den Strom deutlich verteuern und viel Energie vergeuden, die uns fehlt.

Ergebnis

Kohlestrom ist günstiger und sicherer als Fakepower.

Der Strom aus dem Onyx-Kraftwerk kann 2.000 Windgeneratoren ersetzen.

Beliebig viele Windgeneratoren können aber kein einziges Kraftwerk ersetzen.

Es können alle Fakepower-Anlagen abgeschaltet werden, ohne die Stromversorgung zu gefährden. Das Abschalten nur weniger Kraftwerke kann jedoch zum Blackout führen.

Egal wie man ihn bezeichnet: Ökostrom, Windstrom, Voltaik- oder Solarstrom, Biogasstrom, EE-Strom, Strom aus erneuerbaren Energien, so lange er Kraftwerkstrom ersetzen soll, also direkt ins Stromnetz eingespeist wird ohne "Veredelung" durch ein Kraftwerk, ist es Fakepower.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2023:

>>Ampel-Chaos: Frieren und Bibbern im Pleite-Staat

Von *Sven Reuth*

Es kommt knüppeldick: Aufgrund der selbstverschuldeten Haushaltsnotlage müssen die Ampel-Versager nun die Strom- und Gaspreisbremse schon zum Jahresende auslaufen lassen. Nun wird nach Sündenböcken gesucht. Gönnen Sie sich angesichts des deutschen Staatsbankrotts diesen Klartext! Lesen Sie den aktuellen Bestseller des scharfsinnigen und libertären Regimekritikers Markus Krall: "Freiheit oder Untergang". Jetzt geht es um alles oder nichts!

In einem wegweisenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht den von der Bundesregierung geplanten Klimafonds KTF als verfassungswidrigen Schattenhaushalt eingestuft. Der Ampel-Regierung fehlen nun auf einen Schlag 60 Milliarden Euro.

Der "Doppel-Wumms" wird zum Rohrkrepierer

Der Betrug war gut sichtbar, dennoch wurde er von den Ampel-Parteien während den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung im Dezember 2021 kühl eingefädelt. Damals wur-

den ungenutzte Corona-Kredite, die eigentlich für während der Corona-Lockdowns in Not geratene Unternehmen gedacht waren, einfach in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds KTF verschoben. Das Bundesverfassungsgericht hatte in der vorletzten Woche nun festgestellt, daß die haushaltspolitische Trickserei, auf der die Schaffung des Klimafonds vor zwei Jahren beruhte, verfassungswidrig war.

Das Urteil des Gerichts bezog sich zwar konkret nur auf den Klimafonds. Es hat aber Auswirkungen weit über dieses Finanzvehikel hinaus. Die Richter legten nämlich generell fest, daß der Staat Notlagenkredite nicht für spätere Jahre bunkern darf. Ähnlich wie der vom Bundesverfassungsgericht für illegal erklärte Klima- und Transformationsfonds wurde auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit Krediten auf Vorrat ausgestattet.

Der Bund bewilligte im Jahr 2022 Kredite in Höhe von 200 Milliarden Euro, um die hohen Strom-, Gas- und Fernwärmepreise abzufedern, was von Kanzler Scholz euphorisch als "Doppel-Wumms" abgefeiert wurde. Die Bundesregierung konnte dieses Manöver nur umsetzen, weil die Schuldenbremse durch die "Notlagen" Corona und Ukraine-Krieg in diesem Jahr ausgesetzt war. Das Geld sollte aber nicht nur 2022, sondern auch 2023 und 2024 genutzt werden, was nach dem Urteil der Karlsruher Richter nun aber nicht mehr möglich ist. Der "Doppel-Wumms" könnte nun die Ampel-Koalition selbst in die Luft sprengen.

Frieren und Bibbern im Pleite-Staat

Das alles hat dramatische Auswirkungen für die Deutschen. Schon zum Jahresende fallen Strom- und Gaspreisbremse weg. Die Haushalte müssen ab 1. Januar 2024 mehr - vielleicht sogar viel mehr - für Gas, Strom und Fernwärme bezahlen. Bald ist in Deutschland möglicherweise flächendeckendes Frieren und Bibbern angesagt.

Die Ampel-Regierung erlebt derzeit einen Offenbarungseid, der in der bundesdeutschen Geschichte eigentlich ohne Parallele ist. Jetzt rächt sich das finanzpolitisch brüchige Fundament, auf dem dieses Regierungsbündnis schon vor zwei Jahren gegründet wurde. Die verfassungswidrigen Tricksereien rund um die Schaffung des Klimafonds waren damals sowohl für die FDP wie auch für die Grünen das Eintrittsbillet in das Ampel-Bündnis.

FDP-Chef Christian Lindner konnte sich auf der Basis dieses Rechtsbruchs die Zusicherung in den Koalitionsvertrag schreiben lassen, daß es innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode zu keiner Steuererhöhung kommen werde. Der Grünen-Politiker Habeck wiederum konnte seine Träume vom Chefposten in einem Superministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verwirklichen, indem er sich das Geld für den Umbau Deutschlands in eine Klima-Diktatur einfach aus dem am Bundeshaushalt vorbei errichteten KTF-Fonds holen wollte.

Bundesregierung im Ausgabenrausch

Ein Ausweg aus dieser vertrackten Situation wäre durchaus noch möglich, wenn die Ampel endlich die unzähligen Ausgabenposten zurückfahren würde, die dem Land ohnehin mehr Schaden als Nutzen zufügen. Sparmöglichkeiten, mit denen der Haushaltsnotstand schnell behoben wäre, sind nämlich ausreichend vorhanden. Das Bürgergeld, das Anfang kommenden Jahres beispielsweise um unfaßbare 12 Prozent erhöht wird, fließt zur Hälfte in die Taschen von Ausländern, die noch nie in ihrem Leben auch nur einen Cent in die deutschen Sozial- und Rentenkassen eingezahlt haben - ein Irrsinn, der in keinem anderen Land der Welt auch nur möglich oder denkbar wäre.

Die fast 50 Milliarden Euro für Asyl-Forderer, die mittlerweile jährlich verausgabt werden, fließen wiederum fast ausschließlich in die Taschen von illegalen Migranten, die sich selbst nach geltender Rechtslage überhaupt nicht in Deutschland aufhalten dürften. Auch dies ein Zustand, der nicht nur aus haushaltspolitischen Gründen, sondern auch wegen der in schwindelerregende Höhen gestiegenen Kriminalitäts- und Terrorgefahr schon längst hätte beendet werden müssen.

Schleierhaft auch, warum die Bundesregierung ausgerechnet in Zeiten eines schweren haus-

haltspolitischen Notstands die Ukraine-Kriegshilfen von vier auf acht Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt.

Das Ampel-Haus steht in Flammen

Bleibt noch der Bereich der Energiepolitik. Auch hier scheint die Ampel-Regierung regelrecht bestrebt zu sein, die Schäden für das eigene Land zu maximieren und die Energiepreise möglichst hoch zu halten. Preiswertes russisches Gas, auf dem das deutsche Wirtschaftsmodell jahrzehntelang beruhte, wird boykottiert. Der Abbau heimischer Rohstoffe, der mittlerweile durch in Deutschland und Österreich entwickelte umweltverträgliche Fracking-Methoden möglich wäre, wird nicht einmal debattiert.

Dafür will die Bundesregierung über die CCS-Methode CO₂ im Erdreich verpressen lassen - aber natürlich nicht in Deutschland, sondern in Norwegen. Das dürfte dann ähnlich exorbitant teuer werden wie der Bezug des unglaublich kostspieligen LNG-Gases aus den USA, der wegen der Rußland-Sanktionen notwendig wurde.

Der Sprengsatz an das Fundament der Ampel ist jedenfalls gelegt. Die "Koalition der Versager" - so CSU-Generalsekretär Martin Huber - sucht die Verantwortung für ihr epochales Scheitern natürlich nicht bei sich selbst, sondern begibt sich lieber auf die Suche nach Sündenböcken.

Sündenböcke dringend gesucht

Finanzminister Christian Lindner schickt den mächtigen Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzert in den einstweiligen Ruhestand. Diesem war schon seit 2005 - also seit dem Beginn der Ära Merkel - eine zentrale Rolle innerhalb des Bundesfinanzministeriums zugekommen. Beim "ewigen Staatssekretär" mußten alle Ressortchefs vorsprechen, die Geld benötigten. Gatzert wußte natürlich von Anfang an, wie verfassungsrechtlich riskant die haushaltspolitischen Harakiri-Manöver der Ampel waren. Seine Entlassung ist somit nachvollziehbar, kann aber nur ein erster Schritt sein.

Das ändert aber nichts daran, daß Christian Lindner sein Chef ist, bei dem nach wie vor die Hauptverantwortung für den Haushalt liegt. Diese Verantwortung kann er nicht anderen in die Schuhe schieben. Das Karlsruher Urteil hat aufgedeckt, daß Christian Lindner, die vermeintliche Verkörperung der bürgerlichen Restvernunft dieser Regierung, genauso inkompetent ist wie Kanzler Olaf Scholz oder Wirtschaftsminister Habeck. Auch auf die FDP kommen schwere Zeiten zu.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2023: >>**12**

Prozent - Grüne auf Fünfjahrestief

Von *Sven Reuth*

Die Grünen konnten sich als einzige Ampel-Partei relativ lange gut in den Umfragen halten. Doch damit ist es nun zum Glück vorbei.

Nachdem die Grünen schon bei den zurückliegenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Partei mit den jeweils höchsten Verlusten waren, geht es nun auch in den bundesweiten Umfragen nach unten.

"Nationalstaat und Globalisierung"

Laut einer aktuellen INSA-Umfrage kommen die Grünen bei der Sonntagsfrage nur noch auf 12 Prozent - das ist der niedrigste Wert seit 2018. Stärkste Kraft bleiben CDU/CSU, die von INSA bei 30 Prozent gesehen werden. Die SPD landet bei 16 Prozent, die FDP kommt wie in der Vorwoche auf 6 Prozent, die Linke landet bei vier Prozent.

Die AfD erreicht einen Prozentpunkt mehr als in der vorherigen Umfrage und steigt auf 22 Prozent

Wie lange noch können herrschende Politiker gegen das Volk regieren? ...<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2023: >>**Rußland: Das Ende der Lügen über Kennedy**

In Rußland wurden Unterlagen über die Zeit des Kennedy-Attentats freigegeben, die zeigen, daß die sowjetische Führung die offizielle Version des Kennedy-Attentats von Anfang an bezweifelt hat. ...

_ von *Thomas Röper*

60 Jahre nach den tödlichen Schüssen auf US-Präsident Kennedy hat das russische Staatsarchiv geheime Akten freigegeben, die zeigen, wie das Kennedy-Attentat und seine Folgen von der sowjetischen Führung aufgenommen wurden. Das russische Fernsehen hat am Sonntag in seinem wöchentlichen Nachrichtenrückblick darüber berichtet und ich habe den russischen Bericht übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Das Kennedy-Attentat: Ein neuer Blick auf die Ereignisse vor 60 Jahren. Vergilbte, als Verschlusssache eingestufte Mitteilungen, Berichte und Regierungsverordnungen dokumentieren die erste Reaktion der Sowjetunion auf die Ermordung des 35. US-Präsidenten. Erst jetzt sind diese Dokumente für die Öffentlichkeit zugänglich. Sie sind mehr als nur eine Chronik.

Sie sind eine verschlungene geopolitische Detektivgeschichte, die sich auf beiden Seiten des Atlantiks unmittelbar nach den Schüssen in Dallas und den damit verbundenen geheimen Details der persönlichen Beziehung zwischen Chruschtschow und Kennedy entfaltet. Die beiden standen sich während der akuten Kubakrise gegenüber und beide waren in der Lage, sich über das Unmittelbare hinwegzusetzen und eine strategische Lösung zu finden, die dazu beitrug, den Frieden zu wahren.

Dies ist das erste Mal, daß diese historischen Dokumente auf dünnem Papier mit dem Vermerk "streng geheim" gezeigt werden. Vor 60 Jahren wurden sie vom Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, ausschließlich an die sowjetische Führung geschickt. Nur hochrangige Offiziere des militärischen Geheimdienstes hatten die Erlaubnis, sie zu lesen.

Tränen bei Nina Chruschtschow

Nachdem die geheime Eilmeldung in das Büro geliefert worden war, in dem die Mitglieder des Zentralkomitees eilig zusammenkamen, wurde sie in Moskau fast zeitgleich mit der Entwicklung der dramatischen Ereignisse in Texas verlesen.

Zu dem Zeitpunkt, als die Depesche in Moskau gelesen wurde, fand im neuntausend Kilometer entfernten Dallas an Bord des Präsidentenjets die Vereidigung von Vizepräsident Johnson, der neben seiner Frau und der Witwe seines Vorgängers, Jacqueline, stand, als neues Staatsoberhaupt statt. Die Leiche ihres Mannes befand sich ebenfalls an Bord des Flugzeugs.

Später überbrachte ein Sonderkurier den Mitglieder des Zentralkomitees ein weiteres dringendes Telegramm von Dobrynin: Darin hieß es:

"Im Zusammenhang mit dem Tod Kennedys halten wir es für angebracht, dem neuen Präsidenten Johnson und Kennedys Frau im Namen von Chruschtschow und Breschnew unser Beileid auszusprechen."

Chruschtschow übermittelte sein Beileid nicht nur in einem Brief, sondern besuchte mit seiner Frau auch persönlich die amerikanische Botschaft, um sich in das Trauerbuch einzutragen. Beim Verlassen der Residenz des Botschafters bemerkten Journalisten Tränen in den Augen von Nina Chruschtschow. Am selben Tag schickte die First Lady des sowjetischen Staates einen persönlichen Brief an Jacqueline Kennedy. Weder davor noch danach gab Nina Chruschtschow öffentliche Erklärungen ab.

In dem Brief hieß es:

"Erschüttert über den tragischen Tod Ihres Mannes - des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika John F. Kennedy - bitte ich Sie, in dieser traurigen Stunde mein aufrichtiges Beileid und Mitgefühl für Sie und Ihre gesamte Familie anzunehmen."

Als er von dem Attentat in Dallas erfuhr, so erinnerte sich Chruschtschows Sohn, fiel der sowjetische Führer auf die Knie und weinte. In jenen Jahren wußte niemand, daß Kennedy, der

dem US-Außenministerium, dem Militär und der CIA mißtraute, über einen inoffiziellen Kanal einen geheimen Briefwechsel mit Chruschtschow geführt hatte. Die beiden Frontsoldaten, die den Zweiten Weltkrieg am eigenen Leib erlebt hatten und sich der Möglichkeit einer weltweiten nuklearen Vernichtung bewußt waren, suchten nach einem Weg, um zu verhandeln.

Über den KGB-Mitarbeiter Georgi Bolschakow und Kennedys Pressesprecher Pierre Salinger korrespondierten die beiden Führer über zwei Jahre lang heimlich miteinander. Die in Zeitungspapier eingewickelten Briefe wurden in einem New Yorker Hotelzimmer ausgetauscht. In der allerersten geheimen Botschaft, die Chruschtschow am 29. September 1961 an Kennedy schickte, verglich er die damalige prekäre Lage der Welt mit der Arche Noah, in der sowohl "reine" als auch "unreine" Tiere Unterschlupf fanden.

"Haltung zur Sowjetunion überdenken"

Doch unabhängig davon, wer sich selbst als "rein" und wer als "unrein" einstufte, hatten sie alle das gleiche Interesse daran, daß die Arche ihre Reise erfolgreich fortsetzte. Entweder mußten wir in Frieden leben und zusammenarbeiten, um die Arche über Wasser zu halten, oder sie würde untergehen. Von den ersten Tagen seiner dreijährigen Präsidentschaft an geriet Kennedy in offenen Konflikt mit Armeegenerälen, Vertretern der Geheimdienste und dem militärisch-industriellen Komplex des Landes. Die amerikanischen "Falken" bezeichneten ihn daraufhin als Verräter.

Nikita Pivovarov, stellvertretender Leiter der Publikationsabteilung des Russischen Staatsarchivs, äußerte dazu:

"Man glaubte, daß Kennedy sich von Moskau zu sehr 'geschmeichelt' fühlte, daß er im Gegenteil eine härtere Position der USA vertreten sollte. In Wirklichkeit wollte Kennedy mit seiner Reise nach Dallas zeigen, daß es notwendig ist, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten."

Am 10. Juni 1963 wandte sich der US-Präsident mit seiner berühmten "Friedensrede" an die Studenten der Universität von Washington und schlug vor, den Kalten Krieg zu beenden. Der US-Präsident betonte:

"Laßt uns unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überdenken. Keine andere Nation in der Geschichte der Kriege hat solche Verluste erlitten wie die UdSSR während des Zweiten Weltkriegs. Mindestens 20 Millionen Menschen haben ihr Leben verloren."

"Ein Weltkrieg ist sinnlos"

Chruschtschow reagierte sofort in der sowjetischen zentralen Presse auf die Rede des amerikanischen Präsidenten und betonte:

"In der Rede von Präsident Kennedy zeigt sich ein Verständnis für die reale Bedrohung der Welt, einschließlich der USA, durch das Wettrüsten und die Anhäufung einer riesigen Anzahl von Atomwaffen. Er sagt zu Recht, daß ein Weltkrieg unter den gegenwärtigen Bedingungen sinnlos ist, da er unweigerlich große menschliche Opfer fordern wird."

Anläßlich der Beerdigung Kennedys beschloß das Zentralkomitee, eine Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats Anastas Mikojan zu entsenden. Während der Vorbereitungen für den Flug kam ein neues verschlüsseltes Telegramm von Dobrynin. Es berichtete von einer unerwarteten Wendung in dem Fall. Der 24-jährige ehemalige Marinesoldat Lee Harvey Oswald wurde als Täter verhaftet. Die amerikanische Presse wies auf eine russische Spur in seiner Biographie hin.

Noch heute vermitteln diese Zeilen die emotionale Spannung jener Minuten. In dem Telegramm heißt es:

"Die Überprüfung der konsularischen Abteilung der Botschaft ergab, daß Oswald tatsächlich mehrere Jahre in Minsk gelebt hat, wo er die 1941 geborene sowjetische Staatsbürgerin Marina Prusakowa heiratete."

Oswald als "Hand Moskaus"?

In Amerika begann eine Medienkampagne. Lee Oswald wurde als die "Hand Moskaus" präsentiert, die den politischen Mord begangen habe. Die Worte des Beschuldigten selbst und die Argumente, daß ein Mann in fünf Sekunden keine drei Schüsse aus einem Gewehr mit mechanischem Verschluß abgeben könne, wurden nicht berücksichtigt.

Am 24. November wird Oswald vor laufenden Fernsehkameras auf dem Polizeirevier ermordet. Sein Mörder war der Nachtclubbesitzer Jack Ruby, der später ebenfalls unter mysteriösen Umständen im Gefängnis sterben sollte.

In dieser Situation unternahm die sowjetische Führung einen noch nie dagewesenen Schritt. Sie übergab dem US-Außenministerium Fotokopien aller Unterlagen über Oswalds Aufenthalt in der UdSSR, einschließlich seiner medizinischen Unterlagen aus dem Botkin-Krankenhaus und eines geheimnisvollen Briefes, den die sowjetische Botschaft am 9. November 1963 erhalten hatte.

Der Brief in schlechtem Englisch, der angeblich von Oswald unterzeichnet war, spielte vage auf "unsere unerledigten Angelegenheiten" an. Dobrynin und der KGB-Resident in Washington erklärten sofort, das sei eine Provokation. Sie schrieben:

"Man hat den eindeutigen Eindruck, daß der Brief von denen organisiert wurde, die anscheinend etwas mit der Ermordung des Präsidenten zu tun hatten. Vielleicht hat Oswald den Brief selbst unter Zwang geschrieben und im Gegenzug einige Versprechungen erhalten, und dann wurde er abgeräumt."

Die Legende vom einsamen Attentäter

Unterdessen flog die sowjetische Trauerdelegation unter der Leitung von Mikojan in die USA. Es kam zu einem bewegenden Treffen mit Kennedys Witwe Jacqueline. Mikojan beschrieb es ausführlich in einem verschlüsselten Telegramm, das den emotionalen Moment unterstrich.

Während des Gesprächs hielt Jacqueline seine Hand mit beiden Händen, um ihm ihre Gefühle und Gedanken so überzeugend wie möglich zu vermitteln. Mikojan betonte:

"Jacqueline Kennedy sagte mit großem Gefühl und kaum unterdrückten Schluchzern: Ich bin sicher, daß der Vorsitzende Chruschtschow und mein Mann bei der Suche nach Frieden Erfolg gehabt hätten, darum sie haben sich bemüht. Jetzt müssen Sie diese Bemühungen fortsetzen und zu Ende führen."

Ein ganzes Jahr lang untersuchte die Warren-Kommission, der aus irgendeinem Grund auch der allmächtige, von Kennedy entlassene Ex-CIA-Direktor Allen Dulles angehörte, das spektakulärste Verbrechen des Jahrhunderts. Das endgültige Urteil der Kommission überraschte niemanden. Angeblich wurde das unglaublich schwierige Verbrechen von einem einsamen Attentäter begangen.

USA: Akten weiter unter Verschluß

Chruschtschow erhielt vier Tage, nachdem der Bericht auf dem Schreibtisch von Präsident Johnson gelandet war, eine Kopie des Berichts der Präsidialkommission zur Untersuchung des Kennedy-Attentats. Auch diese Dokumente zeigt das Staatsarchiv für Neuere Geschichte zum ersten Mal.

Der sowjetische Führer glaubte die offizielle Version nicht. In einem Interview mit Drew Piron, einem Kolumnisten der einflußreichen amerikanischen Zeitschrift Washington Carousel, erklärte er im Mai 1964, warum:

"Es ist ausgeschlossen, daß so ein Verbrechen von einem allein begangen wurde. Für den Verstand von Lee Oswald ist das ein zu schwieriges Verbrechen. Eine ganze Gruppe von Menschen hat hier nach einem speziell ausgearbeiteten Plan gehandelt. Hinter all diesen Verbrechen stecken Leute, die große Möglichkeiten hatten, sowohl materiell als auch finanziell. Sie lenken die Ermittlungen ab... Kennedy wurde tatsächlich ein Opfer seiner Feinde. Und wie es mir scheint, kann Warren das nicht untersuchen."

Bis heute bleiben in den USA mehr als zehntausend Berichte, Aufzeichnungen und Notizen

zum Kennedy-Attentat unter Verschuß. Jahr für Jahr werden die gleichen Papiere veröffentlicht, die auf eine russische Spur hindeuten. Die unbequeme Wahrheit macht denen, gegen die die Führer der beiden Länder vor 60 Jahren gemeinsam vorgingen und die unvermeidlich scheinende nukleare Eskalation stoppten, offenbar auch heute noch Angst.

"Von Angst und Stolz getrieben"

Jacqueline Kennedy informierte den sowjetischen Staatschef in einer ihrer letzten Nächte im Weißen Haus in einem sehr persönlichen Brief, handgeschrieben auf dem offiziellen Briefkopf der Residenz des amerikanischen Staatschefs, über diese Kräfte. Heute zeigt uns das Russische Staatsarchiv für Zeitgeschichte diese emotionale Botschaft voller Kraft und Überzeugung, in der Jacqueline Kennedy Zeilen formuliert, die auch heute noch so wichtig sind:

"Die Gefahr, die meinen Mann beunruhigte, bestand darin, daß der Krieg nicht so sehr von den großen Männern als vielmehr von den kleinen Männern begonnen werden könnte. Während erstere die Notwendigkeit von Selbstbeherrschung und Zurückhaltung verstehen, werden letztere oft von Angst und Stolz getrieben."

Ende der Übersetzung

Schlußanmerkung: Ich hoffe, daß wir keine 60 Jahre warten müssen, bis Rußland sein Wissen über 9/11 freigibt ...

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27478" berichtet am 25. November 2023 (x1.343/...): >>19. AZK: "Keine Versöhnung ohne Aufarbeitung"

Von Ralf Ludwig

Nach drastischen Corona-Maßnahmen mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung werben Politik und Medien immer wieder um Versöhnung und Verständnis. Anwalt Ralf Ludwig belegt in seinem Referat sehr deutlich, warum es keine Versöhnung ohne Aufarbeitung geben kann!

Ivo Sasek: Wir kommen jetzt zu einem vierten Beitrag. Jetzt steigt also dieser zweite Rechtsanwalt in den Ring, der uns schon mit seiner Überschrift verraten hat, daß er vor keinem Goliath zurückschrecken wird. Ich liebe diesen Titel.

Wißt ihr, wie er heißt? "Keine Versöhnung ohne Aufarbeitung"

Ist das Musik in unseren Ohren? Keine Versöhnung ohne Aufarbeitung. Ja. Dieser Rechtsanwalt kommt zwar aus Deutschland, wird uns heute aber über unser mobiles Studio aus Mallorca zugeschaltet. Sein Schwerpunkt wird natürlich nicht Schweizer Recht sein, das haben wir jetzt gehabt. Er wird natürlich deutsches und - ich nehme an - europäisches Recht behandeln. Und wir sind gespannt, ob wir auf andere Lösungen kommen.

Okay, dann sage ich: Herzlichen Dank, Rechtsanwalt Ralf Ludwig, daß Sie uns Laien nicht im Stich lassen und uns erklären, welchen legalen Weg und welche legalen Mittel vorgesehen sind, wenn ein ganzes Volk von seinen Schutzbeauftragten im Stich gelassen wird.

Aber bevor Sie mit Ihren fachkompetenten Ausführungen loslegen, werfen wir doch noch einen Blick auf Ihre interessante Kurzbiographie. Viel Erfolg!

Ralf Ludwig wurde 1972 in Osterode am Harz in Niedersachsen geboren und ist Rechtsanwalt. Er ist spezialisiert auf Sozial-, Verwaltungs- und Verfassungsrecht.

Seit der Corona-Krise ist er auch im Bereich Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht tätig.

Den Grundsatz für seine Tätigkeit als Rechtsanwalt findet man auf der Webseite seiner Kanzlei.

"Wer das Böse ohne Widerspruch hinnimmt, arbeitet in Wirklichkeit mit ihm zusammen."

(Martin Luther King)

Ralf Ludwig hat zu Beginn der Corona-Pandemie über das Bundesverfassungsgericht erwirkt, daß Demonstrationen auch in Krisenzeiten nicht pauschal verboten sein dürfen. Er hat die

große Querdenker-Demonstration am 29. August 2020 an der Siegestsäule in Berlin vor den Verwaltungsgerichten durchgesetzt. Er gehörte zum Verteidigerteam von Michael Ballweg in dessen Haftzeit.

Im Juni 2021 hat er das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) gegründet.

Ralf Ludwig spricht heute zum Thema: Corona - keine Versöhnung ohne Aufarbeitung.

Ralf Ludwig: Ja, hallo. Ich danke erst einmal für die Einladung. Ich freue mich, daß so viele Menschen hier sind und so viele Menschen zuschauen.

Und daß noch immer so viele Menschen sich für die Fragen der Corona-Pandemie interessieren. Ganz viele Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, glauben, das Phänomen sei vorbei. Aber ich denke, wer heute diese Konferenz verfolgt hat und wer im realen Leben hinschaut, stellt fest, das Phänomen ist noch nicht vorbei. Gerade gestern habe ich einen Artikel in einer Zeitung gelesen - in der Badischen Zeitung in Deutschland - daß ein Richter wieder seine Macht ausgeübt hat, dadurch, daß er Zuschauer dazu gezwungen hat, FFP2-Masken zu tragen. FFP2-Masken, die er dann sogar selbst gestellt hat, wo das Ablaufdatum schon überschritten war, aber er darauf bestanden hat, daß das passiert.

Das heißt also: Das, was wir in den letzten drei Jahren erlebt haben, ist nicht vorbei.

Und das sagt auch der Titel dieses Referats. Vorbei ist es dann, wenn wir diese ganze Zeit aufarbeiten. Und die Aufarbeitung betrifft mehr als eigentlich nur Corona. Wir haben viele Krisen in der Welt. Wir sehen das gerade. Wir werden von sehr vielen Krisen erschüttert. Und diese Konflikte, diese weltweiten Konflikte, die wir erleben, die spüren wir natürlich auch. Wir spüren sie dadurch, daß wir selber unter den Folgen von Sanktionen leiden, selbst unter den Sanktionen, die wir selbst verteilen.

Wir spüren das, daß Menschen oder Staatschefs anderer Länder von uns Geld und Waffen fordern. Wir merken, daß es einen offensichtlich unendlichen Migranten-Strom nach Europa und auch nach Deutschland gibt.

Und im Rahmen dieser Konflikte werden auf einmal die Gesetze in unserem Land verändert.

Das heißt, wir in Deutschland dürfen zum Beispiel nicht mehr frei reden. Wir dürfen über den Ukraine-Konflikt nicht mehr reden, wie wir das möglicherweise wollen, weil wir uns dann schon der Volksverhetzung strafbar machen.

Wir dürfen nicht über den Nahost-Konflikt so reden, wie wir das möglicherweise wollen, weil wir uns dann auch der Volksverhetzung strafbar machen. Das heißt, Meinung wird kriminalisiert. Und das ist auch eine Erkenntnis, die wir aus der Corona-Zeit haben. Das ist vielleicht auch die wichtigste Erkenntnis, daß der Staat angefangen hat, Meinung zu kriminalisieren, andere Auffassungen zu kriminalisieren.

Ärzte, die einen Berufseid geschworen haben und eine andere Auffassung haben, werden plötzlich kriminalisiert. Das heißt, ein Arzt, der anders behandelt, als der Staat das vorgibt, ist auf einmal ein Krimineller. Ein Arzt darf nicht mehr entscheiden, ob er einen Masken-Attest erteilt oder nicht. Ein Arzt darf nicht mehr wirklich entscheiden, ob er jemanden noch impfen möchte oder nicht. Alles dies wird auf einmal kriminalisiert. Und das sind die direkten Auswirkungen, die wir haben.

Und wir brauchen nicht glauben, daß das nur in Bezug auf Gesundheitsschutz der Fall ist, sondern alle weiteren Krisen, die uns bevorstehen oder die uns angekündigt werden, werden genau diese Mittel verwenden, um uns in unseren Rechten einzuschränken. Ich kann jetzt für die einzelnen Probleme keine konkrete Lösung bieten, das will ich auch nicht.

Aber ich kann eine Idee anbieten, und zwar die Idee, daß wir einfach beginnen, uns an das Recht, was wir haben, zu halten. Da fragt sich jetzt mancher, was erzählt der da? Der ist Anwalt, der hat doch miterlebt, was in den letzten Jahren passiert ist. Aber es geht genau darum.

Und es wurde ja angekündigt, ich werde im Wesentlichen über deutsches Recht sprechen. Ich werde das deutsche Recht auch streifen, aber ich werde schon eher das internationale Recht (behandeln).

Weil das internationale Recht, was wir haben, ist gut. Und wenn wir es anwenden würden, dann würde so etwas wie die Corona-Krise, dann würde so etwas wie der Nahostkonflikt, dann würde so etwas wie der Ukraine-Krieg gar nicht möglich sein. Wir müßten einfach nur das Recht, was wir haben, worauf wir uns als Gesellschaft mal geeinigt haben, anwenden. Und darüber wird mein heutiger Vortrag gehen.

Es gibt diese Regeln und diese Regeln kommen eben nicht von mir, sondern diese Regeln basieren auf der Aufklärung und sie kommen aus historischen Erfahrungen. Die Aufklärung richtete sich einstmals gegen Vorurteile, gegen Aberglaube und gegen Willkürherrschaft. Und man muß vielleicht hinzufügen, sie richtet sich nicht nur gegen Aberglaube, sondern sie richtet sich auch gegen Glaube - gegen Glauben an eine Wissenschaft und nicht gegen eine Wissenschaft als Wissenschaft. Das müßten wir heute mal sagen.

Also wir haben heute auch viele Glaubenssätze. Jeder Mensch darf natürlich glauben und jeder Mensch kann glauben, woran er will. Aber wenn er Herrschaft ausübt über einen anderen, dann darf der Glaube diese Herrschaft nicht bestimmen. Und das Ziel der Aufklärung war immer eine Selbstbestimmung des Individuums als mündiger Bürger.

Ich finde, dieser Satz, den habe ich heute noch mal herausgesucht, ist eigentlich wunderbar, weil das faßt eigentlich die Corona-Pandemie oder die Corona-Krise, die wir erlebt haben, sehr gut zusammen. Es geht um die Selbstbestimmung des Individuums als mündiger Bürger.

All das haben wir in den letzten drei Jahren nicht erlebt. Weder wurde uns Selbstbestimmung zugestanden, es wurde uns gesagt, wie wir uns zu verhalten haben.

Es wurde sogar gesagt, mit wem wir wann wo Weihnachten feiern dürfen, mit wem wir zu einer Beerdigung gehen dürfen, in welcher Aufmachung wir bei einer Geburt dabei sein dürfen und so weiter. Das heißt, die Selbstbestimmung ist komplett eingeschränkt worden. Wir waren kein Individuum. Wir sind nämlich als Individuum nicht wahrgenommen worden, sondern wir waren das Gefäß der Gefahr. Uns wurde gesagt, wir seien gefährlich, asymptomatisch gefährlich und weil wir asymptomatisch so gefährlich sind, sind wir kein Individuum mehr und haben uns an die Regeln zu halten.

In Deutschland hieß es - (das) hat damals der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, gesagt - diese Regeln dürfen niemals hinterfragt werden. Das heißt, die Individualität wurde uns abgesprochen und über die Mündigkeit als Bürger brauchen wir nicht reden. Wir hatten als Bürger kein Mitbestimmungsrecht und das war nicht nur in Deutschland so, das war auch in Österreich nicht so. In der Schweiz gab es die Abstimmung über die Corona-Regeln, die dann mit Ja (angenommen wurden), es wurde für die Corona-Regeln gestimmt, aber die Mündigkeit des Bürgers, jedenfalls in Deutschland (und) in Österreich hat niemals stattgefunden.

Und wir haben aus historischer Erfahrung gelernt, wir haben nämlich die historische Erfahrung insbesondere im 20. Jahrhundert, also im letzten Jahrhundert, gehabt, daß der Staat nicht nur für seine Bürger da ist, sondern daß der Staat sich auch gegen Teile seiner Bevölkerung oder sogar gegen die Bevölkerung insgesamt richtet. Diese historische Erfahrung haben wir und aus dieser historischen Erfahrung heraus haben wir dem Grunde nach diese Regelungen geschaffen, die ich Ihnen heute vorstellen möchte.

Und wenn wir uns diese Regelungen, die wir im Gepäck haben, die wir in unserem Rucksack haben, jetzt einfach mal anschauen - die Aufklärung, die historische Erfahrung - dann kommt nun plötzlich im Jahr 2020 diese Corona-Krise auf uns zu. Es kommt etwas auf uns zu, was wir - ich bin Jahrgang 72, das wurde vorhin gesagt -, was wir in unserer Lebenszeit niemals erlebt haben.

Der Staat greift auf einmal in unser Privatleben ein, in einer Form, wie wir es bisher nicht kannten. Es gab Lockdowns. Es gab massive Grundrechtsbeschränkungen, eben zum Beispiel, daß man nicht demonstrieren darf, daß auf einmal geregelt wurde, wie viele Menschen dürfen zu einer Geburtstagsfeier, wie viele Menschen dürfen jemanden im Krankenhaus besuchen, im Altenheim besuchen, wie viele Menschen dürfen auf eine Beerdigung. Ich habe so viel Leid erlebt. Es wurden Spielplätze abgesperrt. Es wurde Maskenpflicht verordnet, erst die sogenannten Community-Masken, dann auf einmal die medizinischen Masken, irgendwann die FFP2-Masken.

Hätte jemand Geld damit verdienen können, daß wir Gasmasken tragen, dann hätten wir möglicherweise irgendwann auch noch Gasmasken tragen müssen. Aber alle diese Maßnahmen waren für mich als jemand, der 1972 geboren ist, in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen ist, die Wiedervereinigung der ehemaligen DDR mit der Bundesrepublik mitgemacht hat, völlig unvorstellbar. Es war für mich persönlich unvorstellbar, daß die Herrschenden in einem Staat anfangen würden, die Macht in dieser Form über uns auszuüben.

Was ich heute nicht mit Ihnen besprechen möchte oder was ich heute nicht im Thema meines Referats habe, ist die Frage, ob die medizinischen Maßnahmen richtig waren oder nicht. Ob das, was der Staat als Maßnahmen angeordnet hat, aus medizinischer Sicht, aus wissenschaftlicher Sicht richtig war oder nicht. Ich denke, die meisten von Ihnen haben dazu eine Meinung. Aber um diese Frage geht es gar nicht. Wir müssen uns, ganz anders, eine hypothetische Frage stellen. Das ist möglicherweise auch der Fehler, den wir Juristen in den letzten drei Jahren gemacht haben, daß wir uns im Prinzip haben reinziehen lassen in ein Argumentationsmuster, um das es hier gar nicht geht.

Wir haben uns reinziehen lassen in das Argumentationsmuster, ob denn Masken helfen, ob Abstände helfen, ob Lockdowns helfen, ob eine mRNA-Gentherapie die Übertragung eines Virus positiv beeinflussen kann, ob sie den Ausbruch einer Krankheit verhindern kann oder wenigstens abmildern kann. In all diese Diskussionen haben wir uns eingelassen. Wir haben uns auf die Diskussion eingelassen, ob unser Gesundheitssystem tatsächlich überlastet war oder nicht oder ob eine Überlastung droht. Und ob wir dann, wenn eine Überlastung droht, über Triage diskutieren müssen oder nicht. Das heißt, wir haben uns auf eine Diskussion eingelassen, die immer danach fragte: Nützen diese Maßnahmen oder nützen sie nicht?

Und meine These heute und meine These insgesamt ist, auf diese Frage kommt es nicht an. Auf diese Frage kommt es nicht an in einer aufgeklärten Gesellschaft, in einer westlichen Zivilisation, die die Werte der Aufklärung vor sich herträgt und sagt: Wir sind eine humanistische Gesellschaft. Denn in unserer Gesellschaft kommt es auf die Frage an: Schadet das, was der Staat an Maßnahmen macht? Das ist die einzige Frage, die uns interessiert.

Die Frage, die uns interessiert ist: Schadet das, was diejenigen, die Herrschaft in diesem Land oder in unseren Ländern ausüben, mit uns machen, schadet das uns oder schadet es nicht? Diese Frage müssen wir uns stellen. Und da würde ich Sie alle, die Sie jetzt hier zuschauen, darum bitten, daß Sie sich in künftigen Diskussionen nicht auf die Frage einlassen: Nützt es was, was gemacht wird? Sondern stellen Sie immer die Frage: Schadet es?

Also ich mache jetzt einen ganz kurzen Exkurs nach Israel. Weil dort haben wir die Situation, daß dort tatsächlich gerade ein Krieg (herrscht). Der Krieg dort herrscht schon länger, aber daß jetzt gerade wieder eine akute Phase des Krieges ist. Und jeder israelische Politiker muß sich die Frage stellen, und das ist ja auch die Frage, die diskutiert wird.

Nicht: Nützt das, was wir jetzt an kriegesischen Maßnahmen machen, unseren Zielen, nützt das möglicherweise dem Frieden? Sondern: Jede einzelne Maßnahme, die wir machen, schadet das Menschen, schadet das unbeteiligten Menschen und kommen unbeteiligte Menschen zu Tode oder werden sie massiv an ihrer Gesundheit geschädigt, wenn wir die Dinge tun, die wir tun? Das ist die Frage, die man sich in einer westlichen Gesellschaft stellt.

Das ist die Frage, die man sich in einer westlichen Gesellschaft stellt. Es ist eine harte Frage in Anbetracht der Erkenntnisse, die wir häufig haben. Ich meine, wenn wir sehen, was teilweise passiert, ist es eine harte Frage, aber ein Staat hat keine Emotionen, ein Staat hat Regeln. Emotionen haben wir Menschen. Wir Menschen sind manchmal in einem Dilemma, aber ein Staat kommt nicht in ein Dilemma. Ein Staat und Staatsinstitutionen haben Regeln, und diese Regeln sind nüchtern. Diese Regeln sind aus der Vernunft geboren, und diese Vernunft muß immer angewendet werden. Und darum geht es. Es geht um die Regeln unseres Zusammenlebens.

Und wenn man sich das mal rechtstheoretisch oder staatsrechtlich anschaut, haben wir alle miteinander einen Gesellschaftsvertrag geschlossen. Da kann man jetzt sagen, - viele sagen auch in meinen Kanälen: Ich habe nie was unterschrieben, ich habe nie einen Gesellschaftsvertrag geschlossen! - Aber das stimmt nicht!

Wenn Sie in den Supermarkt gehen und sich in dem Supermarkt irgendwelches Essen nehmen und an die Kasse gehen und dieses Essen - oder die Flasche Wein oder was auch immer Sie gekauft haben, auf die Theke legen, dann kommt ein Vertrag zustande. Da machen Sie auch keinen schriftlichen Vertrag, unterschreiben was, sondern Sie machen einen Vertrag.

Und staatsrechtlich ist es so: Wir leben in einer Gesellschaft zusammen und wir akzeptieren die Regeln dieser Gesellschaft. Das heißt also, zunächst einmal sind wir alle in einer Gemeinschaft und wir haben gemeinsam Regeln. Das sehen Sie schon daran, auf welcher Straßenseite Sie fahren. Das heißt, in England sind andere Regeln als in Deutschland, aber Sie halten sich an diese Regeln.

Sie machen das jeden Tag, halten Sie sich an Regeln. Sie gehen zu ihrem Arbeitgeber und erwarten, daß Sie am Ende des Monats, Geld überwiesen kriegen. Sie erwarten, daß der Arbeitgeber an die Sozialversicherung die Sozialbeiträge bezahlt usw. Das heißt, wir haben ganz, ganz viele Regeln in unserer Gesellschaft. Und das nennt man gemeinhin einen Gesellschaftsvertrag. Diesen Gesellschaftsvertrag haben wir konkludent (Begriffsklärung: folgerichtig) geschlossen und in diesem Gesellschaftsvertrag bewegen wir uns.

Und dieser Gesellschaftsvertrag, den wir haben, bedeutet: Wir als Menschen, als Individuen - wie wir das aus der Aufklärung kennen - wir verzichten auf bestimmte persönliche Freiheiten, wir verzichten auf bestimmte individuelle Rechte, weil wir selber sagen: Durch diesen Verzicht, durch das Übertragen auch von Macht, insbesondere das Gewaltmonopol auf den Staat, können wir uns individuell besser entfalten, als wenn wir alle quasi wild unsere eigenen Regeln hätten, nach unseren eigenen Regeln leben würden und eben nicht uns eingefriedet hätten in bestimmte Regeln, die wir als Gemeinschaft, Gesellschaft, Staat - wie auch immer wir es bezeichnen wollen - uns geben.

Und dieser Gesellschaftsvertrag, ich bezeichne das jetzt mal als inneren Kreis. Das ist der innere Kreis, in dem wir uns bewegen. Und das ist der innere Kreis, in dem auch diejenigen, die staatliche Macht haben, die repräsentative Macht haben, in dem diese Menschen, die einen Einschätzungsspielraum (Begriffsklärung: ist der dem Gesetzgeber eingeräumte Rahmen, in dem er geeignete Maßnahmen im Interesse des Gemeinwohls ergreifen kann um ein legitimes Ziel zu erreichen) haben, wie es uns das Bundesverfassungsgericht in Deutschland gesagt hat. Das heißt also, ein Einschätzungsspielraum besteht aber nur innerhalb der Regeln, die wir uns gemeinsam gesetzt haben.

Und jetzt kommt der wesentliche Punkt. Es gibt aber Regeln, die wir nicht übertragen haben oder es gibt Rechte, die wir nicht übertragen haben. Und das ist das Recht auf Leben. Mein Recht auf Leben habe ich nicht auf eine staatliche Gemeinschaft, auf eine staatliche Gesellschaft oder auf den Staat in irgendeiner Form übertragen.

Mein Recht auf Leben gehört mir und der Staat hat nicht einen Einschätzungsspielraum, darüber zu entscheiden, ob er mich umbringt oder nicht. Das ist nicht Teil der Vereinbarung, die

wir miteinander getroffen haben.

Und der Staat hat auch nicht das Recht zu entscheiden, ob er mir einen schweren körperlichen Schaden zufügt. Auch das ist außerhalb dieses Gesellschaftsvertrages, den wir miteinander geschlossen haben. Der Staat muß mich schützen. Der Staat ist verpflichtet dazu, Krankenhäuser, Ärzte, Krankenpfleger, Krankenschwestern, Medizin usw. zur Verfügung zu stellen. All das, wenn wir jetzt hier eben auf die Corona-Pandemie blicken, ist die Aufgabe des Staates.

Der Staat hat die Pflicht, die Menschen bestmöglich vor Krankheit und auch vor Übertragung von Krankheiten zu schützen. Das heißt, wenn der Staat weiß, daß jemand der Überträger einer schweren Krankheit ist, dann darf der Staat dieser Person natürlich auch eine Quarantäne verordnen und kann sagen: Hey, wir müssen dich und die Gesellschaft schützen, weil wir wissen, daß du eine Gefahr bist. Aber der Staat darf diesen Menschen natürlich nicht töten.

Das muß man sich mal vorstellen. Stellen Sie sich mal vor, der Staat, der deutsche Staat, die deutsche Politik wäre auf die Idee gekommen und hätte am 10.12.2021 nicht die einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen, sondern der Deutsche Bundestag hätte gesagt: Okay, alle, die nachweislich mit dem Coronavirus infiziert sind, werden erschossen. Weil, wenn sie getötet sind, geht von ihnen keine Gefahr mehr aus.

Was wäre es für ein Aufschrei gewesen in unserem Land? Warum wäre der Aufschrei da gewesen? Weil wir dieses Recht nicht auf die staatliche Herrschaft übertragen haben. Der Staat darf nicht unschuldige Menschen töten. Der Staat darf nicht Menschen zum Opfer machen für seine Politik. Das ist eine wesentliche Regelung, die wir haben.

Und es gibt keine Unterteilung in wertenes und unwertes Leben. Es gibt keine quantitative, also zahlenmäßige Unterteilung. Wir können nicht sagen, wir bringen fünf um, damit 500 überleben. Wir dürfen nicht einen Einzigen umbringen, damit 500 überleben. Das ist eine wesentliche Regel unserer Rechtsstaatlichkeit. Und diese Regel ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern überschritten worden. Und das ist der Grund, warum wir, da werde ich später zu kommen, in eine Strafanzeige gehen.

Ich will im Prinzip mal zeigen, daß wir das dem Grunde nach alles schon geregelt haben. Wir fangen an mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1, Absatz 1, da steht drin: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Und das ist die Würde jedes einzelnen Menschen. Jeder einzelne Mensch darf nicht zum Objekt staatlichen Handelns gemacht werden. Das ist das, was das Bundesverfassungsgericht immer wieder sagt, wenn es sich mit Artikel 1 befaßt. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und diese Würde haben wir im Übrigen auch nicht abgegeben.

Das heißt, der Teil dieses Gesellschaftsvertrages, (den darf) weder das Parlament, auch das Schweizer Parlament nicht, der Bundesrat oder die Gerichte oder die Exekutive (sprich Polizei oder sonst irgend jemand) darf über diese Würde, meine Würde, die sich insbesondere in meinem Recht zum Leben ausdrückt, darf darüber entscheiden. Das ist außerhalb dieses Gesellschaftsvertrages, das ist außerhalb der Entscheidungskompetenz derjenigen, die von uns repräsentative Macht bekommen haben.

Und es ist noch etwas deutlicher in der Europäischen Menschenrechtskonvention in Artikel 2. Der Artikel 2 sagt nämlich, und wenn Sie sich das jetzt mal auf der Zunge zergehen lassen: "Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt." Kein Mensch darf durch den Staat getötet werden. Das sagt dann der Satz 2 noch: "Niemand darf absichtlich getötet werden ... Da kommt jetzt dann noch dieser Nachsatz: "außer durch Vollstreckung eines Todesurteils ..."

In der Europäischen Union gibt es keine Todesstrafe mehr. Aber das ist dann eine rechtsphilosophische Diskussion, ob man denn einen schuldigen Menschen töten darf oder nicht. Das ist auch jetzt nicht Teil meines Referats, aber ein unschuldiger Mensch, das sehen Sie hier raus,

niemand darf absichtlich getötet werden, außer eben durch Vollstreckung eines Todesurteils, das ein Gericht wegen eines Verbrechens verhängt hat, für das die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen ist. Kein Mensch darf absichtlich getötet werden. Europäische Menschenrechtskonvention gilt übrigens auch für die Schweiz. Der Staat darf keinen Menschen töten.

Wir gehen weiter. Wir haben noch die Europäische Grundrechte-Charta. Die Europäische Grundrechte-Charta sagt auch in Artikel 1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Genau das, was das deutsche Grundgesetz in Artikel 1 sagt. In Artikel 2: "Jeder Mensch hat das Recht auf Leben." Und hier ist dann jetzt die Todesstrafe ausgeschlossen: "Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden." Aber jeder Mensch hat das Recht auf Leben, jeder Einzelne. Und Artikel 3: "Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit." Kein Mensch darf durch den Staat - es geht immer um den Staat - es geht darum, daß der Staat uns einerseits schützen muß, aber insbesondere, daß er nicht aktiv unseren Körper schädigen darf.

Und wenn man sich jetzt mal Artikel 3, Absatz 2 durchliest und noch mal die Coronapandemie, die wir alle erlebt haben, an sich vorbeiziehen läßt: "Im Rahmen der Medizin und der Biologie muß insbesondere Folgendes beachtet werden. Die freie Einwilligung des Betroffenen, nach vorheriger Aufklärung entsprechend den gesetzlich festgelegten Einzelheiten." Es geht um die freie Einwilligung. Eine medizinische Maßnahme an dem Körper eines Menschen darf nach der europäischen Grundrechte-Charta nur dann durchgeführt werden, wenn sie freiwillig ist.

Und wir brauchen nicht darüber reden, daß eine Impfpflicht, die jemanden, der im medizinischen Bereich arbeitet oder der Soldat ist - so ist es jedenfalls in Deutschland oder in Italien, der über 50 Jahre alt ist, oder in Österreich war es sogar für alle Österreicher, das wurde da nicht umgesetzt, aber für alle Österreicher - daß diese Person tatsächlich verpflichtet wird mit Bußgeldern, mit Berufsverbot, mit wirtschaftlicher Existenzvernichtung, wenn er dieser Impfpflicht nicht zustimmt. Und dann ist es nicht mehr eine Einwilligung, sondern dann ist es eine Pflicht. Wir als Juristen nennen das Nötigung. Das heißt also, der Staat darf das nicht, es ist völlig geklärt.

Und wenn man sich Artikel 4 durchliest (denken Sie an die Masken): "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." Wenn wir jetzt an diesen Richter in Freiburg denken, der gestern dem Publikum gesagt hat, sie müssen bitte FFP2-Maske tragen, übrigens noch eine FFP2-Maske, die schon abgelaufen ist ... Und wir schauen uns hier an, niemand darf erniedrigender Behandlung unterworfen werden, da fragen wir uns doch: Was hat dieser Richter im Kopf? Was passiert hier?

Und es gibt noch weitere Rechte. Ich hab jetzt hier einfach nur eine Auswahl. Artikel 3 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: "Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person." Jeder hat das Recht auf Leben. Wir können also alle westlichen Grundsatzordnungen, Verfassungen, Grundgesetze, Grundrechte, was auch immer es gibt, durchgehen und immer wieder wird uns gesagt aus den Lehren der Aufklärung, wie ich das vorhin sagte und aus der historischen Erfahrung, die wir haben: Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.

Und jetzt geht es weiter. Das ist jetzt hier Artikel der Bioethik-Konvention. Ich kann gleich sagen, Deutschland hat diese Bioethik-Konvention weder unterschrieben noch ratifiziert. Wenn Sie diesen Satz lesen, können sie verstehen warum. Da steht nämlich drin: "Das Interesse und das Wohl des menschlichen Lebewesens haben Vorrang gegenüber dem bloßen Interesse der Gesellschaft oder der Wissenschaft." Wenn man solche Grundregeln, das sind bioethische Grundregeln, diese Bioethik-Konvention ist 1997 verabschiedet worden.

Das heißt, bereits seit 1997 hat man sich Gedanken darüber gemacht, welche Gefahren drohen für die Menschen, wenn die Medizin oder die Biologie, möglicherweise sogar gemischt in

einer Gentherapie, auf den menschlichen Körper einwirken können. Was dürfen wir, was dürfen wir nicht? Und es war immer der Schutz des menschlichen Lebens, der Schutz des Individuums, der Schutz von jedem Einzelnen von Ihnen immer im Vordergrund.

Und hier ist es mal sehr, sehr sauber formuliert, sie haben Vorrang gegenüber dem bloßen Interesse der Gesellschaft. Und was ist ihnen erzählt worden in den letzten 3 Jahren? Seien sie solidarisch, seien sie solidarisch für die Gesellschaft, seien sie solidarisch für die Vulnerablen (Begriffsklärung: Personen, die anfällig für Krankheiten sind), seien Sie solidarisch für diejenigen, die ansonsten durch Corona oder durch Covid-19 sterben, wenn Sie sich nicht an die Regeln halten, die wir Ihnen geben.

Und genau das ist das, was man in einer freien Gesellschaft nicht darf, weil das ist eben nicht mehr das Wohl des menschlichen Lebewesens, sondern das ist der Vorrang der Interessen der Gesellschaft, die von Repräsentanten, die dafür gar nicht gewählt worden sind, definiert wird.

Und jetzt kann man natürlich sagen, und das ist ja die Argumentation, die wir auch immer gehört haben, aber wir hatten doch einen Notstand. Es war doch eine Krise, es war doch ein Virus, was wir nicht kannten, ein neuartiges Virus.

Okay, so neuartig war es nicht, das wissen wir mittlerweile auch, aber ein neuartiges Virus, was unser Gesundheitssystem an die Belastungsgrenze gebracht hat und das ist doch ein gesellschaftlicher Notstand. Und in einem gesellschaftlichen Notstand muß der Staat doch Möglichkeiten haben, anders zu handeln, als er, sagen wir mal, in Friedenszeiten handelt oder in Zeiten handelt, die keinen Notstand haben.

Und genau vor dieser Aussage wollten uns die Verfasser der Europäischen Menschenrechtskonvention schützen. Sie wußten, daß irgendwann eine solche Aussage kommt, weil, wie Karl Schmitt schon gesagt hatte, wer über den Ausnahmezustand bestimmt, der bestimmt über den Staat, der bestimmt über die Gesellschaft, der hat die Herrschaft in der Hand. Souverän ist der, der über den Ausnahmezustand bestimmt hat. Karl Schmitt, ein Jurist, in den 30er-Jahren gesagt, und damit hat er recht gehabt.

Die Gefahr ist doch immer, daß es Menschen gibt, die einen Ausnahmezustand ausrufen, die möglicherweise sogar einen Ausnahmezustand schaffen, wir wissen das nicht, aber es gibt ja viele Indizien in vielen Fällen, daß durchaus Interessen daran bestanden, einen Ausnahmezustand, eine Krise zu schaffen, die man dann mit den Mitteln löst, die man sich dann zu eigen macht, indem man auf diesen Notstand, der ja quasi vorher erst geschaffen wurde, rekurriert (Begriffsklärung: bezieht) und sagt, na ja, jetzt haben wir diesen Notstand, und auch das muß so sein, ein Notstand oder über einen Notstand darf niemals derjenige entscheiden, der ihn ausruft.

Das ist eine wichtige Regel, die wir zwingend in alle Verfassungen, in alle staatlichen Verfassungen hineinschreiben müssen, weil, wenn derjenige, der den Notstand ausruft, dann auch noch quasi die Vorteile dieses Notstandes für sich in Anspruch nehmen kann, dann kann man jegliche demokratische, jegliche friedliche und freiheitliche Gesellschaftsform aushebeln.

Die Europäische Menschenrechtskonvention sagt nämlich in Artikel 15: "Wird das Leben der Nationen durch Krieg oder einen anderen öffentlichen Notstand (nehmen wir jetzt hier als öffentlichen Notstand die Corona-Pandemie) bedroht, so kann jede hohe Vertragspartei (also das ist der Staat) Maßnahmen treffen, die von den in dieser Konvention vorgesehenen Verpflichtungen abweichen ...

Wir hatten uns vorhin angeschaut, Artikel 2: "... Niemand darf absichtlich getötet werden. ..." Und wenn wir jetzt in Absatz 2 hier schauen, steht da: "Aufgrund des Absatzes 1 (nämlich eines öffentlichen Notstandes) darf von Artikel 2 nur in Folge rechtmäßiger Kriegshandlungen ... abgewichen werden."

Das heißt, selbst wenn ein Notstand wegen der Corona-Pandemie bestanden hätte, hätte man niemals von den Regeln, jedenfalls von der Regel "Der Staat darf keinen Menschen töten.",

absehen dürfen. Selbst wenn es einen Notstand gegeben hätte, das heißt, die Frage, ob es ein Notstand war, ob das Gesundheitssystem fast zusammengebrochen wäre oder nicht, ist völlig irrelevant.

Denn selbst in dem Fall, daß es so wäre, dürfte von der Regel, daß der Staat Menschen nicht töten darf, nicht abgewichen werden.

Und ganz, ganz wichtig: Wenn man davon abweichen will, gibt es eine Warnfunktion - das ist dieser Absatz 3 - dann muß nämlich der jeweilige Staat den Generalsekretär des Europarats umfassend über die Maßnahmen unterrichten und muß quasi mitteilen, daß ein Notstand vorliegt und daß aufgrund dieses Notstandes jetzt besondere Maßnahmen getroffen werden. Das hat kein Land - im Übrigen ist deswegen dieses Demonstrationsverbot der Gewerkschaften in der Schweiz aufgehoben worden vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof - weil das hat kein Land in der Europäischen Union gemacht, kein einziges Land hat dem Generalsekretär des Europarats einen Notstand angezeigt.

Das heißt also, niemand ist davon ausgegangen, daß wir überhaupt einen öffentlichen Notstand hatten. Und wenn der öffentliche Notstand nicht angezeigt ist, dann darf man von den Regeln der Europäischen Menschenrechtskonvention, die vergleichbar sind mit allen Grundrechten in allen Ländern, dann darf man davon nicht abweichen. Und selbst wenn man es angezeigt hätte und den Notstand hätte, dann dürfte man von bestimmten Regeln, nämlich ganz bestimmte Grundregeln, unter anderem eben von dem Verbot, einen Menschen, einen unschuldigen Menschen zu töten, niemals abweichen.

Das heißt also, diesen Notstand hat es wohl nicht gegeben, er ist nicht angezeigt worden. Und selbst wenn es ihn gegeben hätte, hätte man bestimmte Maßnahmen nicht machen dürfen.

Und wie sind die Gerichte früher damit umgegangen?

Ich habe Ihnen zwei Entscheidungen mitgebracht. Ich habe Ihnen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mitgebracht in Bezug auf das Luftsicherheitsgesetz. In Deutschland wurde aufgrund der Bilder aus Amerika ein Luftsicherheitsgesetz geschaffen, wo gesagt wurde, was ist, wenn in Deutschland ein Passagierflugzeug entführt wird, in diesem Passagierflugzeug sich Menschen befinden und dieses Passagierflugzeug jetzt auf irgendwelche Türme fliegt, auf ein Fußballstadion fliegt, ein volles Fußballstadion oder irgendwo anders, wo sich viele Menschen befinden.

Und da wurde ein Gesetz geschaffen, was gesagt hat, unter bestimmten Bedingungen dürfe dann ein solches Passagierflugzeug, in dem sich unschuldige Passagiere befinden, abgeschossen werden. Das ist dann vor das Bundesverfassungsgericht gegangen.

Und das Bundesverfassungsgericht hat damals, es ist im Jahr 2007 (gewesen), noch diese sehr deutlichen Worte gesprochen. Es hat gesagt, die Menschen werden dadurch, daß ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht (im Sinne von: entrechtet). Indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird denen als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, die dem Menschen um seiner selbst willen zukommen.

Und es hat noch deutlicher gesagt, unter der Geltung des Artikel 1, Absatz 1 Grundgesetz (Menschenwürdegarantie) ist es schlechterdings unvorstellbar, auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung unschuldige Menschen, die sich in einer derart hilflosen Lage befinden, vorsätzlich zu töten.

Wenn das Bundesverfassungsgericht sagt, daß (gemäß) Artikel 1, Absatz 1 die Menschenwürdegarantie es schlechterdings unmöglich macht, daß Menschen verdinglicht werden und daß Menschen quasi geopfert werden, um andere Menschenleben zu retten, dann kann ich eine Impfpflicht, dann kann ich eine Pflicht (eine mRNA-Gentherapie in den Körper hineinlassen zu müssen, um ansonsten nicht meinen Job, meine wirtschaftliche Existenz zu verlieren, Bußgelder zu kassieren, zu bekommen und so weiter), also eine Pflicht, sich impfen zu lassen,

unter keinen Umständen zulassen, weil ich dann nämlich akzeptiere, daß Menschen sterben, und das darf der Staat nicht.

Und es gibt noch eine weitere Entscheidung, die noch viel deutlicher ist. Es ist eine Entscheidung des Europäischen Gesundheitsgerichtshofes aus dem Jahr 2005. In Deutschland wurde ein junger Bankierssohn entführt.

Dieser junge Bankierssohn war halt eben von dem Entführer irgendwohin verbracht worden. Man wurde des Entführers habhaft und der Polizist, der diesen Entführer, Magnus Gäfgen heißt der hier (es geht um das Gäfgen-Urteil), in seiner Gewalt hatte, wollte das Leben dieses jungen Bankierssohnes retten und hat dann diesem Magnus Gäfgen Folter angedroht. Er hat gesagt, es kommt jetzt hier ein Beamter, der ist schon auf dem Weg hierher, der wird mit dem Hubschrauber hierher gebracht und dieser Beamte, der wird dir unerträgliche Schmerzen zufügen und es ist besser, du sagst uns den Aufenthaltsort dieses Jungen.

Der Aufenthaltsort ist verraten worden. Es war dann aber nur der Aufenthaltsort der Leiche. Der Junge war schon tot, und dieser Entführer hat dann gegen diese Folterandrohung geklagt. Das ging hoch bis zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und ich möchte nur auf diesen einen Leitsatz, den Leitsatz 1, verweisen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat gesagt, ein Verstoß gegen Artikel 3 Europäische Menschenrechtskonvention, das ist das Folterverbot oder das Verbot, jemanden unmenschlich zu behandeln, kann unabhängig vom Verhalten des Betroffenen auch zur Rettung von Leben und selbst im Falle eines Notstands für den gesamten Staat nicht gerechtfertigt werden.

Warum hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das gesagt? Weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gesagt hat, wir dürfen diese Tür nicht aufmachen. Wenn wir anfangen zu foltern und sagen, wir machen das doch, um Leben zu retten oder wir machen das doch, um den Staat vor einem Angriff zu schützen. Wenn wir anfangen zu foltern, dann ist die Tür auf, dann ist der Damm gebrochen und dieser Damm wird immer kleiner und der Dammbruch wird immer größer.

Und das heißt, wir finden immer mehr Möglichkeiten, Menschen zu foltern und dann sagen wir möglicherweise irgendwann, es gibt 25 ältere Herrschaften in Deutschland, die sich der Reichsbürgerszene zugehörig fühlen, die wollen einen Putsch machen. Die würden dieses Land quasi in ein Chaos stürzen und um zu wissen, wer hinter diesen 25 Menschen noch steht, müßten wir Folter anwenden.

Und dann würde man also quasi anfangen können, Geschichten zu erfinden, um damit die Folter, unmenschliche und erniedrigende Behandlung zu rechtfertigen. Und wenn das für die Folter gilt, dann gilt es natürlich erst recht für das Töten. Das heißt, wenn der Staat schon nicht foltern darf, um Gefahr abzuwenden, dann darf er natürlich erst recht nicht unschuldige Menschen töten. Er darf hier sogar einen schuldigen Menschen nicht foltern, aber er darf natürlich unschuldige Menschen nicht töten.

Und jetzt wird es nämlich spannend, warum erzähle ich das alles?

Also das zusammengefaßt, was ich bisher sagte, bedeutet: Der Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Er darf das nicht, - auch nicht, um Leben zu retten, - auch nicht, um viel Leben zu retten, weil jedes Leben gleich viel wert ist. Mein Leben ist so viel wert, daß der Staat mich nicht opfern darf, mich und mein Leben nicht opfern darf, um damit, und was auch immer die Wohltat sein soll, die er sich vorstellt, zu erreichen.

Und jetzt schauen wir mal auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Deutschland. Das hier ist die Randnummer 224 und am 27. April 2022 nimmt das Bundesverfassungsgericht Bezug auf einen Bericht des Paul-Ehrlich-Instituts. (Das Paul-Ehrlich-Institut ist zuständig für die Arzneimittelsicherheit. Wer Sucharit Bhakdi oder Beate Bahner oder andere hört, wird mit dem Namen Paul-Ehrlich-Institut was anzufangen wissen.)

Und in einem Bericht vom 26. Oktober 2021 sagt dieses Paul-Ehrlich-Institut, und darauf nimmt das Bundesverfassungsgericht Bezug, es habe insgesamt 1.802 Verdachtsfallmeldungen über einen Todesfall in Zusammenhang mit einer Impfung gegeben. Das heißt: 0,02 Todesfallverdachtsmeldungen pro 1.000 Impfungen - übersetzt: eine Person auf 50.000 Impfungen.

Das heißt, das Bundesverfassungsgericht war am 27. April 2022 darüber aufgeklärt, daß es Meldungen gab, daß aufgrund der Impfungen Menschen sterben. Wir reden von einer Impfung, die als Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, nämlich für diejenigen aus dem medizinischen Dienst und für Soldaten, eingeführt worden ist. Das heißt, Menschen waren verpflichtet, diese Substanz in ihren Körper zu kriegen, wonach (gemäß) Verdachtsmeldungen des Paul-Ehrlich-Instituts 2 pro 1.000 Impfungen Verdachtsmeldungen für Todesfälle auslösen.

Das heißt, im Bundesverfassungsgericht war bekannt, daß diese Impfung tödlich sein kann. Und jetzt schauen wir auf die nächste Randnummer dieser Entscheidung. Da versucht das Bundesverfassungsgericht, das Ganze noch etwas zu relativieren, sagen Sie sogar einleitend: Relativierend ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich hier nur um Verdachtsmeldungen handeln würde. Denn nur laut einem Sicherheitsbericht vom 23. Dezember 2021, das ist der nachfolgende Bericht, nur in 78 Fällen dieser Todesfallmeldungen wird ein Zusammenhang mit der Impfung als möglich oder wahrscheinlich betrachtet.

Das heißt, das Bundesverfassungsgericht geht davon aus, daß das zuständige Institut in Deutschland für Arzneimittelsicherheit selber sagt, 78 von den gemeldeten Todesfällen sind wahrscheinlich oder möglich in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung. Und das heißt, das Bundesverfassungsgericht in Deutschland hat gesagt, 78 Menschen in Deutschland dürfen sterben, um andere zu retten. Diese 78 Menschen sind Menschen, die unsere Eltern sein können, unsere Kinder sein können, unsere Brüder und Schwestern sein können, unsere Freunde sein können oder wir selbst.

Welcher Staat hat das Recht zu sagen, 78 Menschen sind doch nicht so viele? Für 78 Menschen darf man das schon mal tun. Und es sind ja nur die, die aus den Verdachtsfällen ermittelt worden sind.

Wenn da stehen würde, einer ist wahrscheinlich an der Impfung gestorben, hätte das Bundesverfassungsgericht sagen müssen, es tut uns leid. Diese Entscheidung über die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist außerhalb des Gesellschaftsvertrages, den wir mit Ihnen geschlossen haben. Wir als Gericht dürfen darüber gar nicht entscheiden, weil wir nicht über Ihren Tod entscheiden dürfen. Wir dürfen nicht ein Urteil treffen, was besagt, eine bestimmte Prozentzahl von Menschen darf durch den Staat absichtlich getötet werden. Weil wir wissen ja, spätestens hier mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sogar ganz offiziell, wir wissen, daß an der Impfung Menschen sterben. Und kein einziger Mensch darf durch staatliche Maßnahmen sterben.

Jetzt denken Sie noch mal an meine Frage zurück, die ich vorhin eingangs gestellt habe, die Sie den Menschen draußen stellen sollen. Nicht: Wem nützt es? Sondern: Wem schadet es?

Und wer hat das Recht zu entscheiden, daß auch nur ein einziger Mensch stirbt, weil ich ihm anordne, daß er eine bestimmte Maßnahme, die ich als Staat für richtig empfinde, an sich erdulden muß? Das ist außerhalb des Gesellschaftsvertrages, den wir geschlossen haben. Und das werde ich Ihnen jetzt im Übrigen beweisen, denn es gibt Konsequenzen. Es gibt Konsequenzen dafür, wenn sich die staatlichen Hoheitsträger, die Repräsentanten, die wir gewählt haben oder die mittelbar durch uns gewählt worden sind - Die Richter am Bundesverfassungsgericht werden durch den Bundestag und den Bundesrat gewählt.

Das heißt also, alle Repräsentanten, die wir haben, sind ja mittelbar oder unmittelbar durch einen Wahlakt von uns, als die Bürger des Staates, in ihre Position gekommen. Diese Reprä-

sentanten der Staatsmacht dürfen sich aber nur innerhalb dieses inneren Kreises unseres Gesellschaftsvertrages bewegen. Das ist das, was der Einschätzungsspielraum ist. Jede staatliche Institution und jeder staatliche Angestellte darf sich im Rahmen dieses Gesellschaftsvertrages, der sich über die Grundrechte, über die Gesetze usw. realisiert, verhalten. Er darf es aber nicht außerhalb. Und wenn er das tut, und jetzt bitte ich um die nächste Folie, wenn er das tut, dann gibt es dafür auch ein Gesetz.

Und dieses Gesetz ist das Völkerstrafgesetzbuch. Und da steht in § 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das kommt aus dem englischen "Crime Against Humanity". Ich übersetze es immer mit Verbrechen gegen die Menschheit. Dafür werde ich manchmal kritisiert, weil gesagt wird, es steht doch hier aber Menschlichkeit. Nein, jedes dieser Art Verbrechen ist nicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist nicht etwa ein bißchen unmenschlich, sondern es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit an sich.

Und deswegen übersetze ich es auch im Sinne von Hannah Arendt mit Verbrechen gegen die Menschheit. Und hier steht jetzt, und das ist das, wenn jemand als staatliche Institution oder als staatlicher Funktionsträger im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung auch nur einen Menschen tötet, dann wird er, steht hier unten, mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

Das heißt, ein ausgedehnter oder systematischer Angriff. Systematisch ist es immer dann, wenn es ein Gesetz gibt. Wenn es ein Gesetz gibt, das sagt: Wenn du im medizinischen Bereich arbeitest, mußt du dich impfen lassen mit einer mRNA-Impfung, von der wir wissen, daß sie zu Todesfällen, zu Myokarditis und anderen Sachen führen kann. Wenn das der Staat macht, dann ist es systematisch. Und es ist ein systematischer Angriff gegen eine Zivilbevölkerung. Das wird immer ausgelegt, gegen die gesamte Zivilbevölkerung oder einen Teil der Zivilbevölkerung. Daß die Mitarbeiter des medizinischen Dienstes oder der medizinischen Berufe ein Teil der Zivilbevölkerung sind, darüber brauchen wir nicht zu sprechen.

Übrigens, auch die Soldaten sind in Friedenszeiten als Soldaten ein Teil der Zivilbevölkerung. Und wer dann im Rahmen eines solchen ausgedehnten (ausgedehnt heißt: in einer Vielzahl von Fällen - das haben wir hier auch) oder eines systematischen Angriffs (systematisch ist ein Befehl, ein Gesetz, eine Verordnung oder ähnliches), einen Menschen tötet, wird bestraft.

Wer im Rahmen dieses ausgedehnten oder systematischen Angriffs einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Art, hier ist § 226 Strafgesetzbuch, wenn die Körperverletzung zur Folge hat, daß das Sehvermögen auf einem Auge oder beiden Augen, das Gehör, das Sprechvermögen, die Fortpflanzungsfähigkeit, ein wichtiges Glied des Körpers verliert oder dauernd nicht mehr gebrauchen kann oder in erheblicher Weise dauernd erkrankt, Myokarditis, wird oder in Siechtum, Lähmung oder geistige Krankheit oder Behinderung verfällt, dann, das sind halt die Strafen, die hier genannt sind.

So, und das heißt, es ist eine Verpflichtung für Menschen angeordnet worden, einen Impfstoff, einen mRNA-Genstoff in den eigenen Körper hinein zu dulden. Daß der in den eigenen Körper hineingespritzt wird, in dem Wissen (auch das war ja bekannt), daß es einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden zufügen kann.

Und da reden wir nicht von Verdachtsfällen von 1 zu 50.000, sondern da reden wir von Verdachtsfällen von 1 zu 5.000 und weniger. Das heißt also, es ist außerhalb des Gesellschaftsvertrages, den wir haben. Und wenn sich staatliche Organe außerhalb des Gesellschaftsvertrages bewegen, dann machen sie sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig, weil sie etwas tun, was sie nicht dürfen. Weil sie etwas tun, was wir im Rahmen unseres Vertrages, den wir mit ihnen geschlossen haben, ihnen niemals übertragen haben.

Sie üben eine Macht aus, die wir ihnen gegeben haben. Also wir verzichten quasi auf Waffen, auf Selbstverteidigung, auf Selbstjustiz usw. zugunsten des Staates, damit der Staat uns be-

schützt. Wenn er diese Macht, die wir ihm übertragen haben, mißbraucht, und nicht nur mißbraucht, sondern außerhalb der ihm übertragenen Macht handelt, dann ist das ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deswegen gibt es diese Norm.

Das Gleiche gilt übrigens auch, wenn man eine identifizierbare Gruppe oder Gemeinschaft verfolgt. Auch das ist ja passiert. Diejenigen, die im medizinischen Bereich arbeiten, denen wurde ja gesagt: Ihr könnt euren Beruf nicht mehr ausüben, wenn ihr das nicht macht. Also selbst, wenn man sich jetzt hinstellt und sagt: Das war doch alles freiwillig. Das war doch gar nicht zwanghaft - was natürlich nicht stimmt. Das wird man auch nicht argumentieren können. Aber selbst wenn man das sagen würde, wäre immer noch Nr. 10 von § 7 des Völkerstrafgesetzbuches erfüllt. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen jetzt Querdenker sind.

Es ist Menschen verboten worden zu demonstrieren, nur weil sie Querdenker waren. Auch das ist Verfolgung im Sinne der Nr. 10, die wir hier haben, weil nämlich eine Gruppe, nur weil sie kritisch war, auf einmal von gesellschaftlichen Aktivitäten ausgegrenzt war. Oder zum Beispiel diejenigen, die ungeimpft waren, die nicht mehr in ein Konzert durften. Oder diejenigen, die ungeimpft waren und nicht mehr in jedes Geschäft durften. Ich durfte zum Beispiel während einer Demonstration oder nach einer Demonstration in Frankfurt nicht zu Karstadt auf die Toilette, weil ich keinen Impfausweis hatte. Und es gab eine Verordnung in Hessen, die das so vorgeschrieben hat. Und das ist alles hier die Nr. 10.

Und das werden wir natürlich aufarbeiten müssen. Weil wenn wir das nicht aufarbeiten, dann erlauben wir quasi den Machthabern in jedem dieser Staaten (das gilt für die Schweiz, für Österreich, für Italien, für Frankreich, für alle Staaten), sich außerhalb der Regeln, die wir uns gemeinsam gesetzt haben, zu bewegen, ohne daß sie irgendwelche Konsequenzen hätten. Und das können wir nicht dulden. Und das dürfen wir nicht dulden, weil wir uns dann übrigens auch gesetzeswidrig verhalten.

Und jetzt denken vielleicht einige von Ihnen: Ja, aber das sind doch Politiker. Und das sind doch Regierungsmitarbeiter. Und das sind doch Richter. Die sind doch alle gesetzlich geschützt. Die haben doch Immunität. Die Richter haben das Richtergesetz. Das heißt, ein Richter darf wegen seines Urteils nicht verurteilt werden und so weiter und so fort, außer es ist eine Rechtsbeugung etc. Nein, das stimmt nicht. Das hier ist das internationale römische Statut.

Das ist das Statut, was angewandt wird, wenn man nach Den Haag geht, zum internationalen Strafgerichtshof. Wir müssen zunächst einmal in Deutschland Strafanzeige stellen bei der Generalbundesanwaltschaft. Und wenn diese Strafanzeige entweder nicht angenommen wird oder nicht bearbeitet wird, dann ist der Weg nach Den Haag frei.

Aber die gleichen Regeln, wie beim Internationalen Römischen Statut, gelten auch beim Völkerstrafgesetz und jetzt hören Sie sich das an:

(Artikel 27, Unerheblichkeit der amtlichen Eigenschaft) "Dieses Statut gilt gleichermaßen für alle Personen ohne jeden Unterschied nach amtlicher Eigenschaft. Insbesondere enthebt die amtliche Eigenschaft als Staats- oder Regierungschef, als Mitglied einer Regierung oder eines Parlaments, als gewählter Vertreter oder als Amtsträger einer Regierung eine Person nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach diesem Statut und stellt für sich genommen keinen Strafmilderungsgrund dar.

Immunitäten oder besondere Verfahrensregelungen, die nach innerstaatlichem Recht oder nach dem Völkerrecht mit der amtlichen Eigenschaft einer Person verbunden sind, hindern den Gerichtshof nicht an der Ausübung seiner Gerichtsbarkeit. Es gibt keine Immunität."

Warum gibt es keine Immunität? Wer sich außerhalb des Rahmens des Gesellschaftsvertrags bewegt, der kann sich natürlich auch nicht auf die Immunität berufen, die nur Teil dieses Gesellschaftsvertrages ist. Ein Politiker, der sich innerhalb der Regeln bewegt, der kann natürlich immer sagen: Damit ich als Politiker nicht angegriffen werde (außer er ist in der AfD), dann

kann ich mich auf die Immunität berufen und kann wegen meines politischen Handelns nicht verurteilt werden.

Aber hier geht es ja darum, daß die Politiker, die gehandelt haben, daß die Richter, die gehandelt haben, daß diejenigen Parlamentarier, die gehandelt haben, nicht innerhalb der Regelungen unseres Vertrages waren, sondern außerhalb der Regelungen unseres Vertrages und deswegen gilt für sie keine Immunität.

Deswegen ist die Strafbarkeit für sie auch dann gegeben, selbst wenn sie das in irgendeiner Funktion innerhalb eines Staates gemacht haben. Und das ist ganz wichtig und das ist genau der Weg, den wir gemeinsam gehen müssen.

Und was ist das Besondere am Internationalen Römischen Statut?

Das Besondere daran ist, wir werden nicht unseren Staat belasten. Wir werden weder die Schweiz belasten, noch Österreich, noch Italien, noch Deutschland mit den Folgen, denn vor Gericht gestellt werden nicht Staaten, vor Gericht gestellt werden nicht Regierungen, vor Gericht gestellt werden nicht Parlamente, vor Gericht gestellt werden auch nicht Gerichte, sondern es werden einzelne Menschen vor Gericht gestellt.

Weil diejenigen, die gehandelt haben, sind einzelne Menschen. Es sind einzelne Menschen, die die Gesetze gemacht haben. Es sind einzelne Menschen, die die Verordnungen gemacht haben. Es sind einzelne Menschen, die die Urteile gesprochen haben. Alle die werden vor Gericht stehen oder aktuell muß man natürlich sagen, vor Gericht stehen müssen. All diejenigen werden vor Gericht stehen. Und die Möglichkeit, die wir haben, - und auf diese Regeln sollten wir halt eben auch drängen - ist, daß Geldstrafen neben Freiheitsstrafen, Geldstrafen verhängt werden können.

Und daß vor allen Dingen von denjenigen, die Täter geworden sind, die Erlöse, das Eigentum und die Vermögensgegenstände, die sie aus diesen Taten erlangt haben, eingezogen werden können und in einen Treuhandfonds gepackt werden können, der zugunsten der Opfer der Verbrechen und zugunsten der Angehörigen der Opfer der Verbrechen ausbezahlt werden.

Das heißt, nicht über unsere Steuern werden die Opfer entschädigt, sondern über die Gewinne, die die Täter gemacht haben, die wir ihnen und ihren Angehörigen wieder wegnehmen können. Das ist das Wesentliche. Die Täter müssen das, was sie erlangt haben, - alles - und darüber hinaus noch Geldstrafen wieder zurückzahlen, um die Opfer zu entschädigen.

Und das ist übrigens das, wo wir darauf achten müssen, wenn wir nämlich gegen, (wie wir das jetzt machen, was auch einige Kollegen machen, was natürlich völlig in Ordnung ist), aber wenn wir natürlich gegen die Impfstoffhersteller vorgehen, dann landen wir am Ende in einer Staatshaftung.

Und das heißt, am Ende bezahlen wir alle auch noch die Schäden, die andere Menschen ange richtet haben. Und deswegen ist das hier so wichtig, deswegen ist es auch so wichtig, daß wir nicht aufgeben werden!

Verbrechen gegen die Menschheit verjähren nie. Es ist also völlig egal, ob jetzt, in zwei Jahren, in fünf Jahren oder in zehn Jahren diese Verbrechen tatsächlich zur Anklage gebracht werden. Aber sie werden zur Anklage gebracht, weil der Wind dreht sich, die politischen Verhältnisse ändern sich und wir werden irgendwann auf diese Pandemiezeit zurückblicken und werden dann, weil sich die Menschheit weiterentwickelt, weil sich die Gesellschaft weiterentwickelt, werden wir sagen: Das, was damals passiert ist, darf sich nie wiederholen, niemals wieder! Und dieses "Niemals wieder!" wird irgendwann münden - und ich denke, es wird eher früher als später sein - in einer Anklage gegen die Täter.

Wir müssen aber dennoch jetzt schon die Anzeigen machen. Wir müssen jetzt die Täter schon vor Gericht bringen. Und das werden wir tun, weil es auch um die öffentliche Aufarbeitung geht. Es geht genau darum, daß Sie, die jetzt hier zugehört haben, den Menschen draußen erzählen. Es geht nicht um die Frage, ob das, was das Robert-Koch-Institut, was das PEI (Paul-

Ehrlich-Institut), was uns Herr Drost, was uns Herr Wieler und alle erzählt haben, ob das stimmt oder nicht stimmt. Die Frage ist relativ irrelevant. Sie ist nicht völlig irrelevant, aber sie ist relativ irrelevant.

Die Frage ist oder die Frage, die wir uns immer stellen müssen, selbst wenn es stimmt oder (in der Schweiz ist es ja das BAG (Bundesamt für Gesundheit), in Österreich war es auch das Gesundheitsministerium), selbst wenn das stimmt, was sie uns erzählt haben: Hätten sie die Maßnahmen treffen dürfen? Und das ist Ziel meines Referates. Niemals, nein, never ever! Niemals durften diese Maßnahmen getroffen werden! Niemals durfte ein Mensch gezwungen werden, verpflichtet werden, sich zu impfen mit einem Stoff, wo man sicher weiß, daß am Ende Menschen sterben werden. Niemals darf das ein Staat tun!

Und da kommen wir jetzt wieder zurück zu der Krise am Anfang, was ich gesagt habe. Das gilt übrigens überall. Wenn jeder staatliche Akteur weiß, die Macht, die mir verliehen wurde, erlaubt mir nicht, unschuldige Menschen zu töten, dann hätten wir keine Krisen auf dieser Welt.

Und diese Regelungen gibt es, nur es werden diese Regeln ständig überschritten. Es gibt dann halt immer wieder irgendwelche Leute, die dann sagen: Das darf man nicht. Und mittlerweile werden die ja sogar dann gecancelt oder aus den sozialen Medien ausgeschlossen und so weiter.

Aber wir haben eigentlich die Regeln, die ganz klipp und klar sagen: Wir dürfen das nicht, wir dürfen nicht! Und das ist die Botschaft an sämtliche Hamas-Führer, an die Hisbollah, an den Iran, an Israel, an die Ukraine, an Rußland und so weiter.

Wenn sich die Regierungen, die Machthaber an die Regeln, die wir haben, halten würden, die ganz klar besagt, kein unschuldiger Mensch darf absichtlich getötet werden, dann gäbe es diese Krisen nicht.

Und deswegen ist es so wichtig, daß wir dieses Zentrum für Aufarbeitung, Aufklärung, juristische Verfolgung und Verhinderung (ich weiß, daß sich das ein bißchen sperrig anhört), dieses ZAAVV, (was man auch auf meinem T-Shirt sieht), haben wir gegründet, um genau diese Botschaft nach außen zu bringen.

Und wir werden (das tun) am 10. Dezember 2023, das ist der zweite Jahrestag des Beschlusses über die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Im Übrigen ist der 10. Dezember der Tag der Menschenrechte.

- An diesem Tag werden wir in Karlsruhe bei der Bundesgeneralanwaltschaft die Strafanzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen die mutmaßlichen 584 Haupttäter in Deutschland einreichen (<https://www.zaavv.com/de-de/news/81-medienmitteilung-strafanzeige-gegen-unterstuetzer-der-corona-impfpflicht>).

- Es wird eine große Demonstration geben, ich würde mich freuen, wenn viele von Ihnen daran teilnehmen, weil wir es deutlich machen wollen (weitere Infos unter: <https://www.zaavv.com/de-de/ka1012>).

Wir wollen es deutlich nach außen tragen, daß sich niemand außerhalb dieses Rechtskreises bewegen darf. Innerhalb dieses Rechtskreises können wir über alles diskutieren, aber außerhalb dieses Rechtskreises darf sich niemand aufhalten und darf niemand Maßnahmen machen. Und genau das ist das, was wir erlebt haben. Und das darf es nie wieder geben und deswegen wird es diese Strafanzeige geben, auch alleine, um noch weitere Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Und diese Strafanzeige ist erforderlich.

Wir müssen sie in Deutschland einreichen, damit wir als nächstes den Schritt nach Den Haag gehen können. Es werden uns voraussichtlich dann, wenn wir nach Den Haag gehen, sogar ausländische Staaten dabei unterstützen.

Denn wenn man mal auf die Seiten des internationalen Strafgerichtshofs schaut, dann stellt man fest, daß bisher nur Menschen mit dunkler Hautfarbe vom afrikanischen Kontinent verur-

teilt worden sind. Viele sagen jetzt: Nein, nein, aber es gab doch das Jugoslawientribunal. Genau, das Jugoslawientribunal ist ausgegliedert worden. Das war ein eigenes Tribunal, das war nicht Teil des Internationalen Strafgerichtshofs, sondern das war das Jugoslawientribunal. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof werden ausschließlich bisher afrikanische Menschen aus afrikanischen Staaten verurteilt.

Das heißt, dieser Internationale Strafgerichtshof ist ein politisches Instrument der Herrschaft. Amerika ist nicht Teil davon, aber Amerika ist natürlich trotzdem mit eingebunden, aber im Wesentlichen der Herrschaft der westlichen Staaten, Amerika und der europäischen Staaten, um über die afrikanischen Staaten Herrschaft auszuüben. Und die afrikanischen Staaten sollten ein großes Interesse daran haben, daß jetzt erstmalig auch europäische Politiker vor Gericht gestellt werden.

Das heißt, wenn die afrikanischen Staaten diese Klage unterstützen oder diese Strafanzeige unterstützen, die wir machen, dann muß sie zwingend verfolgt werden.

Und es ist aus meiner Sicht wichtig, daß wir deutlich machen: internationales Recht, auf das wir uns geeinigt haben, muß überall gelten und es muß gleichwertig gelten.

Es kann nicht sein, daß wir in Europa immer schöne Sonntagsreden halten und insbesondere immer mit den Fingern auf die anderen zeigen und sagen, was die alles falsch machen. Und wir selber können mit unserer Bevölkerung machen, was wir wollen. Es ist unsere Aufgabe, das nach außen zu tragen, das deutlich zu machen.

Und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen - und zwar ein Leben lang dafür zu sorgen, daß diejenigen, die das getan haben, was uns die letzten drei Jahre passiert ist, nämlich diese Maßnahmen, diese Corona-Maßnahmen, Impfpflicht und so weiter, daß diejenigen wissen: Bis ans Ende ihres Lebens droht die juristische Verfolgung und bis ans Ende ihres Lebens werden wir nicht damit aufhören, Strafanzeigen zu stellen und dafür zu sorgen, daß diese Sache aufgearbeitet wird.

Denn das ist das Thema meines Vortrags. Eine gesellschaftliche Versöhnung kann es doch nur dann geben, wenn diejenigen, die meinen, sich außerhalb der gesellschaftlichen Regelungen bewegen zu dürfen, wenn diejenigen dafür zur Verantwortung gezogen werden. In diesem Fall eben strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie die Schäden, die sie angerichtet haben, so weit sie können, wieder gut machen und wir damit deutlich machen: Alles, was in unserer Gesellschaft erlaubt ist, muß sich innerhalb des Rahmens bewegen, den wir gemeinsam abgesteckt haben und nicht außerhalb dieses Rahmens.

Wer außerhalb dieses Rahmens ist, der ist im Sinne des Völkerstrafrechts ein Verbrecher und gehört vor Gericht gestellt!

Vielen lieben Dank, daß Sie mir zugehört haben. Ich wünsche Ihnen alles Gute und ich hoffe, daß Sie ein paar Anregungen mitgenommen haben, auch nach außen zu gehen, nach außen zu diskutieren und klar zu machen, warum wir damals alle in der Form gegen diese Corona-Maßnahmen auf die Straße gegangen sind, warum wir immer noch dagegen demonstrieren und daß die Kritik an den Maßnahmen weit über das hinausgeht, was die Corona-Maßnahmen waren. Es geht nämlich insgesamt um unser Zusammenleben in dieser Gesellschaft und um den Frieden in dieser Gesellschaft. Vielen Dank!

Ivo Sasek: Wunderbar. Vielen, vielen Dank, Ralf Ludwig. Vielen, vielen Dank. Das war sehr, sehr beeindruckend, sehr zielrichtend. Ich finde das so wichtig.

Schon der Anfang war so kraß. Dieses Wegziehen auf einen Nebenschauplatz, diese Ablenkungsmanöver, daß man sich um falsche Dinge einsetzt. Das waren so geballt wichtige Informationen. Also wir suchen jetzt den Weg, wie wir hier auch unser Gewicht mit reinlegen können in die Waagschale. Wir wären sehr dankbar, wenn wir miteinander in Verbindung bleiben können, daß wir auf dem Laufenden sind, wie wir uns da mit einklinken können, ob das in Unterschriften sei oder in Demonstrationen, keine Ahnung.

Bitte bleibt weiterhin auch mit uns am Ball, daß wir richtig das begleiten können, ja, die ganzen Gewichte, die Waagschalen rein, ja. Das war sehr, sehr wertvoll jetzt. Vielen Dank für die Wegweisung.

Ralf Ludwig: Vielen, vielen lieben Dank. Danke schön. Schön.

Ivo Sasek: Ich wünsche viel Sonnenschein im persönlichen Leben, auch in Mallorca. Geist, Sinn und Leib seid bewahrt. Macht weiter so. Wir sind stolz auf euch. Danke für alles, für das Beisein (Dabeisein). Danke.

Ralf Ludwig: Danke schön.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2023: >>Endzeit - der Netanjahu-Plan

Von *Jürgen Elsässer*

"Und der siebente Engel goß aus seine Schale in die Luft. ... Und Babylon, der Großen, wurde gedacht vor Gott, daß ihr gegeben werde der Kelch mit dem Wein seines grimmigen Zorns." (Aus der Offenbarung des Johannes)

Jüdische Ultraorthodoxe begrüßen den Gaza-Krieg als Auftakt zur alttestamentarischen Apokalypse - denn mit ihr werde auch der neue Messias kommen. Netanjahu bereite die Ankunft des Erlösers vor. Das Problem: Früher waren die Apokalyptiker und Messianisten nur in randständigen Sekten organisiert - heute sind sie Teil der israelischen Regierung.

Die Einschläge kommen in immer kürzeren Abständen: In der Corona-Krise wurden weltweit fast zwei Jahre lang diktatorische Maßnahmen ohne Beispiel verhängt. Übergangslos ging es im Frühjahr 2022 in die nächste globale Krise hinein, den Krieg zwischen dem sogenannten Wertewesten und Rußland, ausgetragen in der Ukraine und mit schweren wirtschaftlichen Folgeschäden in den europäischen Staaten. Alles wird aber in den Schatten gestellt durch den neuen Waffengang in Nahost. Zum Vergleich: Ein halbes Jahr nach dem russischen Einmarsch in das Nachbarland meldete die UN 5.800 bestätigte zivile Tote. In Gaza aber starben schon in den ersten vier Wochen über 11.000 Todesopfer, die Hälfte davon Kinder und Minderjährige.

Ist das die Endzeit? Ja, sagt unter anderem der Zürcher Roger Liebi, seines Zeichens Doktor der Theologie und weltweit als Bibellehrer und Referent unterwegs. "Was sich hier anbahnt, ist genau das Szenario, das die Bibel voraussagt für die weitere Zukunft", erklärt der Schweizer in einem aktuellen Video. "Wir haben noch nicht die Erfüllung, die kommen wird, aber es ist wie die Generalprobe vor der großen Drangsal. Das wird der letzte und schrecklichste Weltkrieg sein. Und dann wird Jesus Christus als König kommen."

Abrechnung mit Amalek

Am 13. Oktober, dem ersten Schabbat nach dem Überfall der Hamas, hielt Premier Benjamin Netanjahu eine richtungsweisende Rede - es war das erste Mal, daß er in den über 15 Jahren seiner Amtszeit eine Ansprache dieser Form am jüdischen Ruhetag hielt. Tatsächlich wählte er Worte, die weniger politisch als religiös waren. Er redet von den "Hallen des Bösen", in denen sich die Bodentruppen Israels nun befänden. Auch eine biblische Referenz webt er ein: "Ihr müßt euch erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere heilige Schrift." Und weiter. "Unsere Soldaten, die heute kämpfen, sind Teil eines Vermächtnisses, das 3.000 Jahre zurückreicht."

Die Amalekiter gelten im Alten Testament als räuberisches Nomadenvolk, das im Süden Palästinas lebte und das es als Erbfeind der Israeliten mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. So heißt es im Ersten Buch Samuel, Kapitel 15, 3: "Darum zieh jetzt in den Kampf und schlag Amalek! Weihe alles, was ihm gehört, dem Untergang! Schone es nicht, sondern töte Männer und Frauen, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe, Kamele und Esel!" Selten wurde ein Genozid-Befehl so glasklar ausgesprochen.

Aus Netanjahus Kriegskabinett hörte man eine ähnliche Rhetorik. Verteidigungsminister Yo-

av Gallant etwa sprach davon, daß Israel "gegen menschliche Tiere kämpft und dementsprechend handelt". General Ghassan Alian, Oberbefehlshaber für die besetzten Gebiete, drohte: "Menschliche Tiere müssen wie solche behandelt werden. Du wolltest die Hölle, du bekommst die Hölle." Am 5. November äußerte Kulturminister Amichai Eliyahu, daß der Abwurf einer Atombombe auf den Gazastreifen "eine Option" sei. Er wurde daraufhin lediglich von den Kabinettsitzungen suspendiert, aber nicht entlassen.

Netanjahu und der Messias

Als Vollstrecker einer alttestamentarischen Vision ist Netanjahu zur Heilsfigur der Chabad Lubawitscher geworden - einer Endzeitsekte, die in den letzten 20 Jahren gezielt das weltweite Judentum unterwandert hat und der auch Israels Oberrabbiner nahesteht. "Wird Bibi Israels letzter Premierminister sein, bevor der Messias kommen wird?", titelte das Portal "Israel heute" am 1. November. "Die Situation spitzt sich immer weiter zu, dies ist in den letzten Wochen deutlich im Land zu sehen", schreibt Redakteur Aviel Schneider am 1. November 2023. Und weiter: "Heute befindet sich Israel in einer Art Endzeitstimmung ...

Wird Bibi, das Volk und die Welt nun den Messias willkommen heißen? ... Und jetzt herrscht unter Netanjahus Regierung Krieg im Land, und dieser kann sich in einen Mehrfrontenkrieg oder sogar in einen regionalen bis globalen Krieg ausweiten. Das ist keine irrsinnige Idee, sondern eine politische Wahrnehmung der aktuellen Realität. Wer das nicht sehen und glauben will, lebt wahrscheinlich in einer anderen Welt. Jetzt reden Menschen wieder über die alte Prophezeiung des Lubawitscher Rebbe und sehen eine mögliche Situation, in der sich alles noch mehr in dieser Richtung zuspitzt. Wird Bibi wirklich Israels letzter Premierminister sein, bevor der Messias kommen wird?" ...<<

26.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2023 (x1.346/...): >>Thomas Gottschalk begründet TV-Abschied mit Angst vor Shitstorms

Thomas Gottschalk in Wetten, daß ...? am 25.11.2023 ... TV-Urgestein Thomas Gottschalk hat seinen mutmaßlich endgültigen Abschied von "Wetten, daß ...?" unter anderem mit der Sorge vor öffentlicher Empörung über seine Äußerungen begründet.

Er habe immer im Fernsehen das gesagt, was er zu Hause auch gesagt habe, "inzwischen rede ich zu Hause anders wie im Fernsehen, und das ist auch keine dolle Entwicklung", sagte Gottschalk am Ende der Sendung am Samstagabend. "Und bevor hier irgendein verzweifelter Aufnahmeleiter hin und her rennt und sagt, du hast wieder einen Shitstorm hergelabert, dann sag ich lieber gar nichts mehr", sagte Gottschalk.

Kurz darauf wurde er mit einem Bagger aus der Sendung gefahren. Der mittlerweile 73-Jährige hatte die Show vor 35 Jahren das erste Mal moderiert, anschließend allerdings unterbrochen von jahrelangen Pausen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. November 2023:

>>Hermannsschlacht: Der wichtigste Tag unserer Geschichte

Von *Sven Reuth*

Um die Zeitenwende herum gab es natürlich noch kein Deutschland und keine Deutschen. Und dennoch war der Sieg des Cheruskerfürsten Hermann das wohl wichtigste Ereignis unserer Geschichte - mit großen Auswirkungen bis heute. ...

Im Vorwort zu seinem wunderbaren Buch "Sprechen wir über Preußen" stellte Joachim Fernau fest:

"Begreife dich aus den Anfängen der Gemeinschaft deiner Vorfahren. Im Beginn der Gemeinschaft liegt der Schlüssel. Im Beginn der Gemeinschaft liegt die Entscheidung, ob das Molekül Sauerstoff oder Nitroglycerin wird."

Eine Bemerkung, mit der der begnadete Erzähler aus Bromberg einmal mehr den Nagel auf den Kopf traf. Tatsächlich kann der Blick auf die Ursprünge ungemein erkenntniserweiternd

sein, das gilt insbesondere für die Deutschen. Heute wird die Historie des Volkes in der Mitte Europas als reine Unheilsgeschichte dargestellt, die angeblich zwangsläufig in diverse Massenmorde geführt habe.

"Germanischer Geist der Freiheit"

Das ist allerdings eine an Bösartigkeit kaum mehr zu überbietende Verkürzung der deutschen Vergangenheit. Die Verzerrungen begannen dabei oft schon in der Frühgeschichte. Alle Hochkultur kommt aus dem Nahen und Mittleren Osten - so wurde es in zahlreichen populärwissenschaftlichen Darstellungen den deutschen Lesern in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder aufs Neue eingehämmert.

Dann kam das Jahr 1999, als zwei Raubgräber in der Nähe der Kleinstadt Nebra in Sachsen-Anhalt auf dem Mittelberg die berühmte Himmelscheibe fanden, die unsere Vorstellung über die Zivilisation Mitteleuropas während der Bronzezeit revolutionierte.

Etwa 1.000 Jahre nach der Aunjetitzer Kultur, die dieses astronomische Wunderwerk um etwa 2.000 vor Christus hervorbrachte, lassen sich die ersten germanischen Stämme nachweisen. Die Kultur, die diese ausbildeten, war durch einen unbedingten Willen zur Selbstbestimmung geprägt. In seiner berühmten Monographie über die Germanen stellte der römische Geschichtsschreiber Tacitus fest, daß nichts auf der Welt für Rom gefährlicher sei als "dieses Volk mit seinem Freiheitswillen."

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel wiederum äußerte:

"Der germanische Geist ist der Geist der Freiheit."

Die Germanen kannten im Gegensatz zu ihren übermächtigen Nachbarn, den Römern, keinen Staat, keine verschriftlichte Gesetzgebung und keine Bürokratie.

Things statt Priester

Sie regelten ihre Angelegenheiten in Versammlungen der Freien, den Things. Das Hauptgewicht der politischen Macht lag in diesen Gesellschaften bei der Masse der Volksfreien. Diese waren im Besitz eigener Waffen und zur Selbstverteidigung der eigenen Person und des eigenen Stammes verpflichtet. Schon das führte zu einer politischen Autarkie, die es im Mittelmeerraum um die Zeitenwende herum nicht gab. Diese Tendenz wurde durch das Fehlen einer eigenen Priesterklasse, die selbst die Kelten in den Druiden hatten, noch verstärkt.

Dem römischen Feldherrn Drusus gelang es in den Jahren von 12 bis 8 vor Christus allerdings, einen großen Teil der rechts des Rhein liegenden germanischen Kerngebiete zu erobern und bis zur Elbe und zur Saale vorzudringen. Doch es fand sich ein Mann, der den Kampf um das freie Germanien aufnahm. Der Cheruskerfürst Arminius, der in Rom als Geisel seines zuvor besiegten Stammes aufgewachsen war und es bis zu einem mit der Staatsbürgerschaft des Imperiums ausgestatteten hochrangigen römischen Offizier gebracht hatte, konnte beträchtliche Teile der germanischen Stämme für die Idee eines Abwehrkampfes gegen die antike Supermacht gewinnen.

Der Urknall der Geschichte

Im Jahr 9 nach Christus gelang es ihm - vermutlich in der Nähe der heutigen südniedersächsischen Ortschaft Kalkriese - dem grausamen und habsüchtigen römischen Statthalter Publius Quinctilius Varus eine fürchterliche Niederlage beizubringen und drei seiner Legionen vollständig zu vernichten. Es war ein Urknall der Weltgeschichte, dessen Folgen kaum überschätzt werden können. Tatsächlich stoppte der Cheruskerfürst eine Entwicklung, die dazu geführt hätte, daß Germanien unweigerlich zu einer römischen Provinz unter vielen anderen geworden wäre.

Statt einer latinisierten Kultur wie in Frankreich oder Spanien und einer auf ein einziges Zentrum hin ausgerichteten Verwaltung setzte sich in der Mitte Europas das germanische System der Lehnsherrschaft durch. Es führte zu einer polyzentrischen und föderalen Ordnung, die auch noch das Bismarckreich prägte, das aus den vier Königreichen Preußen, Bayern, Würt-

temberg und Sachsen und weiteren Großherzogtümern, Herzogtümern und Fürstentümern bestand.

Unter Langfrist-Aspekten betrachtet, war somit der in der Hermannsschlacht errungene germanische Sieg über die Römer das wichtigste Ereignis unserer Geschichte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. November 2023:

>>**Nach Wahlsieg: Das ist Höckes Sofortprogramm**

Wird er Deutschlands erster patriotischer Ministerpräsident? Björn Höcke sprach mit COMPACT-TV über sein politisches Sofortprogramm im Falle eines Wahlsiegs in Thüringen im kommenden Jahr.

Laut einer aktuellen INSA-Umfrage würden derzeit 34 Prozent der Thüringer bei der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahl AfD wählen. Damit liegt die patriotische Partei im grünen Herzen Deutschlands mit dem riesigen Vorsprung von 12 Prozent auf die zweitplatzierte CDU, für die 22 Prozent ermittelt wurden, vorne.

Hoffnung bei den Wählern, Panik bei den Etablierten

Der Vater dieses politischen Wunders ist der Thüringer AfD-Fraktions- und Parteivorsitzende Björn Höcke. Er ist der am heißesten diskutierte Politiker in Deutschland - und gilt vor allem im Osten für viele als Hoffnungsträger für eine politische Wende. Altparteien und Leitmedien dagegen verteufeln ihn nach Kräften und sehen gleichzeitig den Landtagswahlen in Thüringen im kommenden Jahr mit großer werdender Sorge entgegen.

Das hat gute Gründe: In den neuen Bundesländern ist die AfD schon vor Jahren zur stärksten Partei aufgestiegen und beweist nun sogar, daß sie bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen absolute Mehrheiten holen kann. Ausgerechnet der früher auch vom Meuthen-Flügel seiner eigenen Partei verteufelte Höcke war bei dieser Aufstiegs Geschichte das bekannteste Zugpferd seiner Partei.

Lufthoheit über den Marktplätzen

Björn Höcke, ein ehemaliger Geschichtslehrer, hat das sicherlich auch deswegen erreicht, weil er ein leidenschaftlicher und charismatischer Redner ist, der es geschafft hat, eine bedeutende Anhängerschaft auf den Marktplätzen von Erfurt, Weimar, Gera oder Eisenach zu gewinnen. Seine Fähigkeit, seine Botschaften leidenschaftlich zu vermitteln, hat dazu beigetragen, daß er von vielen Menschen als engagierter und überzeugender Politiker und eben gerade nicht als Extremist wahrgenommen wird.

Ein Aspekt, der Björn Höcke von seinen Konkurrenten um das Amt des Ministerpräsidenten unterscheidet, ist seine Betonung der Bedeutung nationaler Identität. Die Sorge um die Bewahrung der eigenen Identität ist für viele Wähler insbesondere in Zeiten einer völlig unregulierten Massenzuwanderung von großer Bedeutung. Außerdem hat der Bornhagener in der politischen Arena Themen angesprochen, die von etablierten Parteien oft vernachlässigt wurden. ...<<

27.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. November 2023 (x1.346/...): >>Ökonom fordert halben Lohnsteuersatz für Senioren

In der Debatte um Wege aus dem Fachkräftemangel schlägt der Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler David Stadelmann eine umfassende Reform des Steuersystems vor. Die Deutschen müßten freiwillig mehr und länger arbeiten, sagte er der "Bild" (Montagsausgabe). "Damit das gelingt, ist eine Steuerreform unumgänglich."

Stadelmann erklärte: "Die Einkommensteuer für alle ab 65 Jahren sollte halbiert werden. Der Staat darf dann vom Lohn nur noch halb soviel abziehen wie vorher." Die Arbeitnehmer hätten so "auf einen Schlag deutlich mehr Netto. Es lohnt sich also, noch viele Jahre weiterzuarbeiten, selbst bei einer Reduzierung der Arbeitszeit", sagte Stadelmann. Er sei sicher, "das würden Hunderttausende nutzen".

Der Ökonom plädiert außerdem dafür, die Steuerlast beim Lohn für Überstunden zu senken: "Ich schlage Freibeträge von zum Beispiel 20 Euro pro Überstunde vor. Das hieße, daß bei beispielsweise zehn Überstunden im Monat beim Lohn automatisch 200 Euro steuerfrei wären. Das wäre ein großer Anreiz, auch über 40 Stunden pro Woche hinaus zu arbeiten." Stadelmann forderte die Bundesregierung auf, die aktuelle Haushaltskrise zu nutzen, "um auch über eine solche Steuerreform nachzudenken und bestenfalls umzusetzen".

Grünen Parteitag: Die ganze Liste der Sponsoren

26. November 2023

Ausgerechnet Lufthansa ist einer der Top-Sponsoren des Grünen-Bundesparteitags. Auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) zahlt kräftig. Sponsert die deutsche Industrie ihren eigenen Untergang?

Die Liste der Sponsoren, von denen sich die Grünen bei ihrem Parteitag finanziell unterstützen lassen, ist lang. Fakt ist: Die Öko-Partei läßt sich ihren Parteitag genau von jenen Unternehmen und Organisationen finanzieren, deren Interessen sie eigentlich politisch bekämpft. Zudem haben die Konzerne noch etwas gemeinsam, daß eigentlich gegen grüne Werte sprechen sollte: Sie sind ziemlich kapitalistisch.

Mit 10.000 Euro (Lufthansa) und 11.700 Euro (Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)) gehören genau die Vertreter von Unternehmen und Organisationen zu den Top-Sponsoren, deren Interessen die Grünen eigentlich gezielt zerstören wollen.

Spitzenbeitrag: "Zentralverband Deutsches Baugewerbe" mit 13.162 Euro und "Informationszentrum Zahn- und Mundgesundheit BW" (IZZ) mit 22.750 Euro. Was sich ausgerechnet diese Vereinigung von den Grünen verspricht, bleibt rätselhaft. Genau so, was sich die Sponsoren von der "Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V." von ihrem Beitrag bei den Grünen versprechen (3.900 Euro).

Insgesamt flossen für den Bundesparteitag der Grünen in Karlsruhe 321.190 Euro an Sponsorengeldern.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. November 2023 (x1.345/...):

>>Ab Januar kann Stromverbrauch von privaten Haushalten gedrosselt und eingeschränkt werden

Die Bundesnetzagentur hat angekündigt, Netzbetreibern künftig zu erlauben, den Strombezug von Privathaushalten aus der Ferne zu drosseln, wenn eine Überlastung des Stromnetzes drohe. Grund sei unter anderem der enorme Strombedarf von Wärmepumpen.

"Wo diese Netzoptimierung noch nicht stattgefunden hat, trifft die Bundesnetzagentur mit Regelungen Vorsorge, um die Verkehrs- und Wärmewende zu beschleunigen und die Versorgungssicherheit auch in der Niederspannung zu gewährleisten" - hinter diesem Satz, den die Bundesnetzagentur in einer Mitteilung am Montag veröffentlichte, versteckt sich eine ungeheuerliche Neuerung. Weil das Niederspannungsnetz in Deutschland "aktuell noch nicht" für den massiven Zuwachs an privaten Wärmepumpen und E-Auto-Ladesäulen "ausgelegt" sei, erlaube die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern ab 1. Januar 2024, den Strombezug einzelner Haushalte bei Überlastung auf 4,2 kW zu drosseln.

Konkret heißt es bei der Bundesnetzagentur: "Der Netzbetreiber darf den Anschluß von Wärmepumpen oder neuen privaten Ladeeinrichtungen für E-Autos zukünftig nicht mehr mit Verweis auf mögliche lokale Überlastung seines Netzes ablehnen oder verzögern. Im Gegenzug darf der Netzbetreiber, wenn eine akute Beschädigung oder Überlastung des Netzes droht, die Belastung des Netzes reduzieren, indem er den Strombezug steuerbarer Verbrauchseinrichtungen temporär 'dimmt'."

Netzbetreiber sollen "vorsorglich" drosseln

Ein fauler "Deal" - immerhin wurden und werden Privathaushalte durch die Energiepolitik der Ampelregierung dazu gedrängt, auf Wärmepumpe und E-Auto umzusteigen. Jetzt soll man für

die "Großzügigkeit", daß diese auch installiert werden, externe Stromreduzierung in Kauf nehmen. Zwar soll stets eine "Mindestleistung" zur Verfügung stehen, so daß Wärmepumpen weiter betrieben und E-Autos weiter laden können. Der Haushaltsstrom soll zudem nicht betroffen sein. Dennoch stimmen die Formulierungen der Bundesnetzagentur nicht gerade optimistisch: "Die Bundesnetzagentur geht davon aus, daß Eingriffe nur in Ausnahmefällen erfolgen müssen und ohne wesentliche Komforteinbußen verbunden sein werden", heißt es in dem Statement.

Da im Moment noch nicht möglich sei, die Netzauslastung anhand von Echtzeitdaten zu ermitteln, erlaubt die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern außerdem, für 24 Monate den Strom "vorsorglich" zu steuern. Diese "sogenannte präventive Steuerung" sei eine "regelmäßige Maßnahme aufgrund einer prognostizierten Überlastung". Um die Drosselung nur bei nachweislicher Netzüberlastung durchführen zu können, bittet die Bundesnetzagentur die Netzbetreiber "Empfehlungen für die Standardisierung und massengeschäftstaugliche Umsetzung der netzorientierten Steuerung auszuarbeiten". Dies sei "ein Beitrag zur effizienten Umsetzung der notwendigen Prozesse", aber "keine Voraussetzung für deren Start".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27 November 2023: >>**Es geht wieder los: Panik-Karl ruft zum Maskentragen an Weihnachten auf!**

Deutschland schnieft und hustet, was für die Jahreszeit nicht ungewöhnlich ist. Man hätte eigentlich darauf wetten können: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit allerbesten Kontakten zur Pharma-Lobby ruft dazu auf, an Weihnachten wieder Maske zu tragen. Außerdem sei es "die richtige Zeit, um sich impfen zu lassen, damit es um die Feiertage wirkt". Der jetzt verfügbare Impfstoff sei "hochwirksam" und werde viel zu wenig verwendet. Offenbar hat da jemand Panik, erneut auf seinen Impfstoff-Paletten sitzen zu bleiben!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. November 2023: >>**Gefahr: Autonome KI entwickelt**

Von Karel Meissner

Trotz Warnungen: Die KI-Entwicklung wird ungehindert fortgesetzt. Jetzt hat OpenAI einen Chatbot entwickelt, dessen Abstraktionsvermögen über die antrainierten Daten hinausreicht.

Welche Gefahren beinhaltet der Transhumanismus? Welche Versprechen streuen seine Befürworter? Wird die KI jemals Bewußtsein erlangen? Fundamentale Fragen. ...

Zu Beginn des Jahres unterzeichneten KI-Experten wie Yuval N. Harari oder Elon Musk einen Brandbrief, der die sofortige Aussetzung von KI-Forschung forderte. Sechs Monate sollte die Entwicklung pausieren, damit die Staaten Gelegenheit erhielten, unabhängige Kontrollgremien zu gründen und Schutzmaßnahmen zu erstellen.

Natürlich gab es keine Reaktion, weder von Konzernen noch von Staatsführungen. Nein, es ging ungestört weiter. Jetzt hat OpenAI sogar eine gefährliche Grenzlinie überschritten: Ein Team unter der Leitung von Chefwissenschaftler Ilya Sutskever hat zu Beginn des Jahres ein neues Modell namens Q (sprich: Q-Star) entwickelt.

Qs besondere Fähigkeiten: Abstraktionsvermögen über die antrainierten Daten hinaus! Quasi ein selbständiges "Denken". Charles Higgins, Mitbegründer des KI-Trainings-Startups Tromeo, erklärte gegenüber dem Business Insider:

"In der Mathematik geht es darum, symbolisch zu argumentieren - zum Beispiel zu sagen: 'Wenn X größer ist als Y und Y größer ist als Z, dann ist X größer als Z.' Sprachmodelle tun sich damit traditionell sehr schwer, weil sie nicht logisch argumentieren, sondern nur Intuitionen haben."

Genau das soll Q beim Lösen leichter Mathematikaufgaben jedoch bewiesen haben. Das bedeutet, die Gefahr eigenständig produzierter Fake-Informationen steigt mit ihm. Mehrere Mitarbeiter von OpenAI hatten einen Warnbrief an den Vorstand geschrieben: Q könne die Menschheit bedrohen. Berichten zufolge wurde Geschäftsführer Sam Altman deswegen ge-

feuert.

Jetzt aber ist Altman zurückgekehrt. Angeblich, weil zahlreiche Mitarbeiter ihn zurückhaben wollten. Merkwürdig: Der Vorstand eines Konzerns macht sich zum Spielball seiner Mitarbeiter und reagiert auf jede Forderung? Klingt wenig glaubhaft. Was die Gefährlichkeit von Q betrifft, wiegelt Sophia Kalanovska, die Mitbegründerin von Tromero und Doktorandin, gegenüber dem Business Insider eher ab:

"Ich denke, es ist symbolisch sehr wichtig. Auf praktischer Ebene glaube ich nicht, daß die Welt davon untergeht."

Noch nicht. Aber wie steht es in einigen Jahren? Nach fortschreitender Entwicklung? Irgendwann ist Q soweit, daß er nicht nur Mathe-Aufgaben lösen kann. Bereits jetzt ist die KI eine wichtige Waffe für den Info-Krieg. Ihr Einsatz zur Schaffung (falscher) Tatsachen durch Machthaber ist nur eine Frage kurzer Zeit.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. November 2023 (x1.344/...): >>**Festgenommener Syrer vergewaltigt direkt nach Freilassung junge Frau!**

Während Außenministerin Baerbock über "feministische Außenpolitik" philosophiert, erleiden immer mehr Frauen in Deutschland ein Martyrium. Ein besonders krasser Fall zeigt nun erneut das schreckliche Scheitern der Migrationspolitik: Ein als "Flüchtling" nach Deutschland eingereister Syrer würgte eine 78-jährige Frau und tötete sie beinahe. Obwohl er beim polizeilichen Zugriff dann auch noch Widerstand leistete, ließ die zuständige Staatsanwältin ihn laufen und führte ihn nicht einem Haftrichter vor. Das Ergebnis: Nur einen Tag später vergewaltigte der 25-jährige Syrer eine andere Frau.

Derartige Taten sind mit ihrer unfaßbaren Brutalität zum Alltag in Deutschland geworden. Die etablierten Parteien, die von ihrer Migrationsbegeisterung nicht lassen können, reden verharmlosend von "Einzelfällen" und leugnen weiterhin den Zusammenhang zwischen der Massmigration und der Jagd auf Frauen. Für die AfD sind solche Taten keine Randnotiz, sondern alarmierende Entwicklungen. Wir werden deshalb handeln und kriminelle sowie illegal eingereiste Zuwanderer konsequent abschieben. Denn schon nach der Würg-Attacke hätte es für den Syrer nur eine Konsequenz geben dürfen: Sofortige Rückführung in dessen Heimat!

Viele weitere "Einzelfälle" auf: Einzelfallticker<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2023: >>**Maximilian Krah (AfD): Warum Erdogan nicht unser Feind ist!**

Maximilian Krah, AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, sorgt mit einem viel beachteten Videobeitrag für den Deutschland-Kurier für Wirbel im Netz! Der Dresdner warnt vor westlicher Überheblichkeit und verteidigt den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan gegen - aus seiner Sicht - ungerechtfertigte Kritik: "Erdogan ist nicht dein Feind!"

Worte aus dem Mund eines AfD-Spitzenpolitikers, die vielfach auch Irritationen ausgelöst haben. Will sich da etwa jemand den immer selbstbewußter auftretenden "Neubürgern" hierzulande anbieten, um bei der Europawahl im Juni Migrant-Stimmen abzusahnen? Es wäre eine absurde Unterstellung - denn:

Wer Krah kennt, weiß, daß der Dresdner schon immer ein Verfechter der These war, daß jedes freie Volk das Recht habe, seine eigenen Interessen durchzusetzen. Und so sollte man auch den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan bewerten: "Er setzt sich für türkische Interessen ein. Deutsche Politiker mögen ihn genau deshalb nicht. Sie sollten sich für deutsche Interessen einsetzen, dann hätten sie auch kein Problem mit Erdogan", betont Krah und unterstreicht: Der türkische Präsident tue genau das, "wofür er gewählt wurde."

Krah erinnert an die jahrhundertelange Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei. Beide Länder seien Partner. Deutsche Politiker würden in Bezug auf die Türkei "lügen". Krah kritisiert "schwache deutsche Politiker, die noch nicht einmal wissen, was deutsche In-

teressen sind". Wie auch? "All jene, die kein Vaterland haben und Interessenpolitik böse finden, begreifen das nicht", sagt der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl.

In der Tat muß man die Frage stellen: Was wirft man dem türkischen Staatschef hierzulande eigentlich vor? Daß er gegen die LGBTQ-Agenda vorgehen will? Daß Erdogan für Patriotismus und Tradition im eigenen Land steht? Oder daß er trotz NATO-Mitgliedschaft nicht zu allem Ja und Amen sagt, was aus Washington kommt?

All dies sind aus Sicht von Krah Dinge, die sich viele Deutsche von ihrer eigenen Regierung wünschen würden, aber nicht bekommen. Für Erdogan müsse deshalb als Maßstab gelten: "Patrioten sind niemals Feinde!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2023: >>**Ausländerkriminalität: BKA warnt vor einer "Welle der Gewalt"!**

Jahrelang wurde es als "rechte Verschwörungstheorie" abgetan, nun gibt es die Bundesregierung in Gestalt der Totalversagerin Nancy Faeser (SPD) ganz offen zu: Die zügellose Masseneinwanderung bewirkt, daß Deutschland immer mehr Kriminalität importiert. Mittlerweile spricht selbst der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) von einer "Welle der Gewalt".

Es sind alarmierende Zahlen, die dieser Tage bekannt wurden. Da wundert es kaum, daß diese Zahlen von einem Großteil der Mainstream-Medien entweder unterdrückt oder kleingeredet werden. Denn es sind Zahlen, die nur einen Rückschluß zulassen: Der deutsche Staat hat die Kontrolle über die Ausländerkriminalität hierzulande verloren!

Selbst Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) räumt jetzt ein: Ursächlich für die Gewalt sei eine "neue Migrationsdynamik, verbunden mit der Herausforderung, viele Menschen gleichzeitig zu integrieren."

"Migranten blicken anders auf Gewalt"

Faeser wäre nicht Faeser, wenn sie nicht zugleich Verständnis hätte für die Gewalttäter, die mit der Masseneinwanderungswelle nach Deutschland gespült werden. Auf der BKA-Herbsttagung sagte die Ministerin in der vergangenen Woche: "Wer vor Krieg und Armut geflohen ist, wer Stacheldraht überwunden und Schlepperboote überlebt hat, blickt anders auf Gewalt. Wer sich im neuen Umfeld fremd fühlt, sich schlecht verständigen kann, keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden und keine Perspektive sieht, läuft schneller Gefahr, auch Gewalttäter zu werden."

Mit anderen Worten: Migranten können eigentlich nichts dafür, wenn sie in Deutschland morden, rauben oder vergewaltigen - sie blicken halt "anders" auf Gewalt!

- Gewaltdelikte (Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung) sind laut Bundeskriminalamt im ersten Halbjahr 2023 regelrecht explodiert. Das BKA verzeichnet vorläufigen Zahlen zufolge einen Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2022. Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen nahm dabei um 23 Prozent zu, die deutscher Tatverdächtige dagegen nur um acht Prozent.

BKA-Chef Holger Münch sprach denn auch von einer "sehr auffälligen" Entwicklung - mehr und mehr stünden die Tatorte in einem "Bezug zu Fluchtmigration".

- Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Jugendalter stieg besonders dramatisch an - um erschreckende 37 Prozent!

Ein Brennpunkt der Ausländerkriminalität ist neben Berlin und Köln die Hansestadt Hamburg. So habe sich bei Mord und Totschlag die Zahl der Fälle allein von Januar bis Mai 2023 auf 46 Taten mehr als verdoppelt, berichtet das "Hamburger Abendblatt". Die Zahl der schweren Sexualdelikte wie Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung stieg in der Hansestadt um 72,4 Prozent von 76 auf 131 Fälle.

Außerdem wurden von Januar bis Mai 2023 818 Raubdelikte angezeigt. 170 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres - ein Plus um 26,2 Prozent. Gefährliche Körperverletzungen stiegen um 17,1 Prozent auf 2305 Fälle. Sexualstraftaten insgesamt nahmen um 180 Prozent

zu.

Im Frühjahr 2024 legt das BKA die neue offizielle Kriminalstatistik vor. Schon jetzt ist absehbar: Es dürfte mit Blick auf die Ausländerkriminalität ein mehr als ernüchternder Report werden!<<

Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2023: >>"Ukrainischer Politiker bestätigt: Putin bot Kiew unterschriftsreifen Friedensvertrag an!

Kreml-Chef Wladimir Putin hat dem Marionetten-Regime in Kiew bereits im Frühjahr 2022 ein umfassendes und unterschriftsreifes Friedensabkommen angeboten - unter zwei wichtigen Bedingungen: kein NATO-Beitritt und dauerhafte Neutralität der Ukraine! Das bestätigte Dawyd Arakhamiia, Fraktionschef der Selenskyj-Staatspartei "Diener des Volkes", im Interview mit der ukrainischen TV-Journalistin Nataliia Moseichuk.

Arakhamiia hatte die ukrainische Delegation bei ersten zaghaften, dann aber gescheiterten Friedens-Gesprächen mit Moskau in Weißrußland und in der Türkei Ende März 2022 geleitet. Nach seinen Angaben bot die russische Delegation Kiew in Istanbul an, sofort ein Friedensabkommen zu unterzeichnen - mit der Maßgabe, daß die Ukraine ein neutraler Staat wird und keinen NATO-Beitritt anstrebt.

Laut der TV-Moderatorin Moseichuk soll Rußlands Staatspräsident Putin bei einem Treffen mit einer afrikanischen Delegation den fertigen Entwurf für ein Friedensabkommen mit der Ukraine sogar vorgezeigt haben. Demnach soll der Vertragsentwurf insgesamt 18 Artikel enthalten haben, in denen auch die künftige Ausrüstung und Truppenstärke der ukrainischen Armee festgelegt waren.

Brisant: Aus den Äußerungen Arakhamiias geht hervor, daß vor allem der frühere britische Premierminister und Selenskyj-Freund Boris Johnson das Zustandekommen eines solchen Friedensabkommens hintertrieben hat: "Als wir aus Istanbul zurückkamen, kam Boris Johnson nach Kiew und sagte, wir würden überhaupt nichts mit ihnen (den Russen) unterschreiben und laßt uns einfach kämpfen."<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. November 2023: >>"Haaretz": Netanjahus Armee hat am 7.10. Israelis getötet

Von Jürgen Elsässer

Die israelische Tageszeitung bestätigt die sensationelle Recherche von Bestseller-Autor Gerhard Wisnewski in der Dezember-Ausgabe von COMPACT-Magazin: Mossad und Tiefer Staat haben die Hamas am 7. Oktober förmlich eingeladen, den Grenzzaun zu durchbrechen und tief nach Israel einzudringen. Mehr noch: Bei dem völlig verspäteten Versuch, die Angreifer zurückzuschlagen, wurden unterschiedslos Terroristen und israelische Geiseln beschossen - und getötet.

Gerhard Wisnewski ist ein großer Coup gelungen. Für sein Jahrbuch "Verheimlicht - vertuscht - vergessen 2024" stellte er ein Dossier zusammen, das die Mitverantwortung israelischer Geheimdienst- und Sicherheitskreise beim Hamas-Überfall am 7. Oktober beweist. Bei dem Überfall starben 1.200 Israelis, darunter fast 900 Zivilisten, viele davon wurden grausam masakriert. ...

Wisnewski stellt in COMPACT 12/2023 zusammen, wie die vordem bestgesicherte Grenze der Welt in Vorbereitung des Hamas-Angriffs gezielt entblößt wurde - als Einladung für die Angreifer. Das israelische Militär und der Geheimdienst ignorierten permanent Warnungen vor einem möglichen Angriff. Laut dem israelischen Nachrichtenportal N12 berichteten Wachen an der Grenze zum Gazastreifen über Wochen von ungewöhnlichen Aktivitäten der Hamas-Terroristen. Die Kommandanten hätten die Warnungen allerdings bagatellisiert und warnende Stimmen massiv zum Schweigen gebracht, klagte einer der Soldaten. So habe einer der Kommandanten gesagt:

"Ich möchte nicht noch einmal von diesem Unsinn hören. Wenn du uns noch einmal mit diesen Dingen belästigst, wirst du vor ein Kriegsgericht gestellt."

"Haaretz" im Fokus

Wisnewskis sammelte Zeugenaussagen von Israelis, die als Soldaten über Jahre am Gaza-Streifen postiert waren. Eine Ex-Soldatin berichtet: "Ich habe während des Gaza-Krieges 2014 in der Gaza-Division gedient ... Hören Sie mir zu, und hören Sie mir gut zu: Es gibt keine Möglichkeit, daß sich jemand der Grenze nähern kann, ohne daß wir davon wissen."

Wie eine Bestätigung von Wisnewski lesen sich die jüngsten Veröffentlichungen von "Haaretz". Wie selbst die "Tagesschau" vor zwei Tagen berichtete, geriet das Blatt damit selbst ins Fadenkreuz der Netanjahu-Regierung.

Auszug aus der "Tagesschau": "Haaretz" gilt als säkulare, kritische Stimme in der Medienlandschaft Israels. Nicht allen in der Regierung gefällt die Berichterstattung. Der Kommunikationsminister bereitet Strafmaßnahmen gegen die Zeitung vor. ... Karhi, der Mitglied der Likud-Partei von Premierminister Benjamin Netanjahu ist, warf der Zeitung vor, als 'Sprachrohr für die Feinde' des Landes zu agieren. Die Zeitung zitiert aus einem Brief des Ministers an 'Haaretz'. Darin heiße es weiter, die Zeitung betreibe Desinformation und zersetzende Propaganda, um die Kriegsziele Israels zu unterminieren. ... Karhi drohte dem Blatt außerdem indirekt mit dem Kriegsrecht: 'Es könnte sein, daß einige Veröffentlichungen der Zeitung sogar die Grenzen des Erlaubten überschreiten, die laut Strafgesetzbuch in Kriegszeiten gelten.'"

"Friendly fire" tötete am 7.10. viele Israelis

Die Recherchen von "Haaretz" beziehen sich zum einen auf das Massaker am Schlußtag des Rave-Festivals bei Re'im in der Negev-Wüste. Dazu passend stellte Wisnewski bereits in seinem neuen Jahrbuch "verheimlicht - vertuscht - vergessen" einige verstörende Seltsamkeiten fest: "Wie kam es eigentlich dazu, daß in unmittelbarer Nähe der Gazagrenze ein Festival gefeiert wurde? Eigentlich sollte die Party nämlich weit weg steigen ...

Die Fete "sollte ursprünglich nicht auf dem Gelände von Re'im stattfinden, 'sondern wurde erst zwei Tage vor Beginn dorthin verlegt, als ein anderer Standort im Süden Israels ausfiel' (billboard.com, 8.10.2023). Aber das war wohl nicht die einzige Verlegung: Gleichzeitig wurden Grenztruppen vom Gazastreifen in das Westjordanland verlegt, also abgezogen, wie auch die Journalistin Fenigson berichtete. Den Festivalteilnehmern wiederum wurde der genaue Ort der Fete 'erst wenige Stunden vor Beginn am Freitag um 22 Uhr mitgeteilt' (Frankfurter Rundschau, online, 10.10.2023). So stolperten die Hamas-Leute nach ihrem Durchbruch durch die Grenze praktisch zwangsläufig über das Festivalgelände.

Praktischerweise führte auch nur eine Straße daran vorbei, so daß man sie auf beiden Seiten sperren konnte. Mit anderen Worten sieht das aus wie ein Rendezvous zwischen der Hamas und den Festivalbesuchern - ein Rendezvous, von dem Letztere freilich nichts wußten. Man könnte glauben, die Menschen wurden der Hamas hier zum Fraß vorgeworfen."

Über 360 Festival-Besucher wurden ermordet - zweifellos ein schreckliches Massaker, das auf Konto der Hamas ging. Aber ein gewisser Teil der Toten geht auch auf das Konto der israelische Armee, die, als sie spät ankam, mit einem Apache-Hubschrauber unterschiedslos auf Hamas-Kämpfer und Raver feuerte. "Haaretz" berichtete mit Bezug auf anonyme Polizeiquellen: "Eine Untersuchung des Vorfalls ergab, daß ein Kampfhubschrauber, der vom Stützpunkt Ramat David aus am Tatort eingetroffen war, auf die Terroristen schoß und offenbar auch einige der Feiernden traf."

Das Massaker im Kibbuz Be'eri

Ähnlich muß die Lage im Kibbuz Be'eri gewesen sein, wo am 7. Oktober über 100 Menschen ermordet wurden. Beim Versuch, möglichst viele Geiseln zu verschleppen, ging Hamas mit unerhörter Grausamkeit vor, durchkämte die Häuser und erschöß wahllos vor allem die Männer. Kinder, Frauen und Alte sollten hingegen nach Gaza verschleppt werden, um sie ge-

gen palästinensische Geiseln auszutauschen, die in israelischen Gefängnissen einsitzen (Der Austausch hat bekanntlich in den letzten Tagen begonnen). Als die israelische Armee am Nachmittag in Be'eri eintraf, beschoß sie die in Häusern verschanzten Terroristen, obwohl sie wußte, daß sie israelische Geiseln bei sich hatten.

Ein Mitglied des Sicherheitsteams für den Kibbuz Be'eri berichtete gegenüber "Haaretz", daß "die Kommandeure vor Ort schwierige Entscheidungen trafen - einschließlich der Beschießung von Häusern auf ihre Bewohner, um die Terroristen zusammen mit den Geiseln zu eliminieren." Ein Kommandeur eines Panzerbataillons erinnerte sich daran, daß er den gleichen Befehl erhielt, als er am Einsatzort eintraf, und erklärte in einem Videointerview: "Ich kam in Be'eri an, um Brigadegeneral Barak Hiram zu treffen, und das erste, was er von mir verlangte, war, eine Granate auf ein Haus abzufeuern."

Yasmin Porat war am 7. Oktober in Be'eri von der Hamas als Geisel genommen worden, wurde aber im Verlaufe des Nachmittags befreit (ihr Geiselnehmer ergab sich). Sie hielt sich dann bei den israelischen Truppen auf. "Ich saß mit dem Kommandeur der Einheit zusammen", erinnerte sich Porat gegenüber dem israelischen Radiosender "Kan", "und ich beschrieb ihm, wie das Haus aussieht, wo die Terroristen sind und wo die Geiseln sind. Ich habe es sogar für ihn gezeichnet: 'Sehen Sie, hier auf dem Rasen liegen vier Geiseln, die so auf dem Rasen liegen. Hier sind zwei, die unter der Terrasse liegen. Und im Wohnzimmer liegt eine Frau so, und eine Frau liegt so.'"

Um 16 Uhr begann ein Feuergefecht zwischen den Militanten im Haus und den auf der anderen Straßenseite stationierten israelischen Spezialeinheiten. Nachdem es den Israelis nicht gelungen war, die Hamas-Kämpfer zu vertreiben, forderten sie um 19:30 Uhr einen Panzer an. Porat beschrieb ein Gefühl der Panik, als sie den Panzer in die kleine Gemeinde rollen sah: "Ich dachte mir: 'Warum schießen sie mit Panzergranaten in unser Haus? Und ich fragte einen der Leute, die bei mir waren: 'Warum schießen Sie? Sie erklärten mir, daß sie damit die Mauern einreißen, um das Haus zu säubern.'"

Auf der anderen Straßenseite hörte Porat zwei laute Explosionen. Der Panzer hatte ein paar Granaten auf das Haus abgefeuert. Vor dem Haus lagen ihr Partner Tal, ein weiterer Mann namens Tal und das Ehepaar, dem das Haus gehörte, Adi und Hadas Dagan. Auch die 12-jährigen Zwillinge Liel und Yanai Hatsroni und ihre Großtante waren da. Als sich der Staub verzogen hatte, kam nur Hadas Dagan lebend aus dem Haus. (Die englische Übersetzung von Porats Schilderungen besorgte das Portal "Grayzone", das derzeit verdienstvolle Aufklärungsarbeit macht)

Solche Augenzeugenberichte will die Netanjahu-Regierung unterdrücken - deswegen die Angriffe auf "Haaretz". Um so wichtiger ist es, daß Sie die ungeschminkte Recherche von Gerhard Wisniewski über die Lügen des 7. Oktober in der neuen Dezemberausgabe von COMPACT verbreiten! Der Mut zur Wahrheit muß sich durchsetzen!<<

28.11.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. November 2023 (x1.348/...): >>Prof. Homburg zerlegt im Bundestag die Täuschungen der angeblichen "Corona-Pandemie"

Von *Herbert Ludwig*

Prof. Dr. Stefan Homburg, von 1997 bis 2021 Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Leibniz Universität Hannover, ist einer der schärfsten und pointiertesten Kritiker der totalitären Corona-Politik. Seine knappen, klaren Analysen, stets mit Fakten belegt, sind bei den herrschenden Politikern und ihren medialen Knechten gefürchtet.

Entlarvend schrieb der "Tagesspiegel" bereits am 29. Mai 2020: "Homburg nennt solide Zahlen und zieht Schlüsse, die nur schwer zu widerlegen sind - und gerade das macht ihn so gefährlich." Prof. Homburg hat den Satz genüßlich an die Spitze seines Twitter-Kanals gesetzt.

Im Corona-Symposium der AfD im Bundestag bringt er die Dinge auf seine gewohnte Weise auf den Punkt. (hl)

Vortrag Prof. Dr. Stefan Homburg im Deutschen Bundestag, 11.11.2023

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dunkle Jahre hinter uns. Zunächst das wichtigste, in fünf Stichpunkten.

Erstens sank die Klinikbelegung im Jahre 2020 bundesweit auf ein Allzeittief. Sagt das Bundesgesundheitsministerium.

Zweitens gab es 2020 und 2021 nicht mehr schwere Atemwegserkrankungen als üblich. Corona kam, die Influenza verschwand. Sagen Sentineldaten des RKI.

Drittens starben 2020 altersstandardisiert nicht mehr Menschen als sonst. Erst seit 2021 nimmt die Sterblichkeit zu. Sagen Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Viertens waren Menschen, die mit oder an Corona starben, im Mittel 83 Jahre alt, die übrigen Verstorbenen 82 Jahre. Sagen RKI und Statistisches Bundesamt.

Fünftens schnitt das masken- und lockdownfreie Schweden besser ab als Deutschland. Sagt die WHO. An den Maßnahmen lag es also nicht.

Zusammenfassend: Klinisch, in Bezug auf echte Krankheiten und Todesfälle, gab es nichts Besonderes. Es war alles normal. Das sind Fakten, und das ist der wichtigste Punkt. Die Vorstellung einer "Pandemie" ergab sich ausschließlich aus neuartigen anlaßlosen Massentests, deren Ergebnisse enorm schwankten und dem Publikum vorgaukelten, es gäbe mehr Kranke und Tote als sonst auch. Was nicht stimmte. Mit einem PCR-Test auf Rhinoviren hätte man ähnliche Illusionen erzeugen können. Und könnte diese Illusionen auch jetzt erzeugen, wenn man wollte.

Wie hat die Politik auf die klinische Normallage reagiert? Sie schloß Kitas, Schulen, Geschäfte, Kirchen und Betriebe monatelang, ließ Alte isolieren und einsam sterben, zerstörte Existenzen. Die Polizei verbot das Buchlesen auf einer Parkbank, machte Jagd auf Jugendliche im Freien und auf Kinder im Schnee, prügelte friedliche Demonstranten nieder. Die Politik grenzte jeden aus, der nach dem Sinn der Maßnahmen fragte. Sie ließ das ZDF verkünden, Kinder seien virenübertragende Ratten und Ungeimpfte seien Blinddärme, die nicht zum Volkskörper gehörten. Eine Sprache, wie wir sie seit 75 Jahren nicht mehr kannten.

Gewöhnlich wird die Macht der Regierung begrenzt durch Gerichte, Medien und Wissenschaft. Diesmal haben sie alle versagt:

- Gerichte prüften die Verhältnismäßigkeit kaum und glaubten nur zwei Zeugen, die dem Gesundheitsminister unterstehen, nämlich RKI und PEI. Auf diese Weise konnte sich die Regierung die Notwendigkeit von Lockdowns und Impfpflichten selbst bescheinigen. Darüber hinaus schickten die Gerichte Ärzte, die ihrem Ethos folgten und Patienten durch Bescheinigungen vor Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit schützten, ins Gefängnis. Fast jeder bekannte Maßnahmenkritiker wurde kriminalisiert, suspendiert, entlassen, festgenommen oder einer Hausdurchsuchung unterzogen. Karlsruhe ließ zynisch verlautbaren, die Grundrechte der Bürger seien nicht weg, dürften aber nicht mehr ausgeübt werden.

- Medien verlasen bis zum Überdruß Testzahlen, ohne zu erwähnen, daß die klinische Lage normal war. Sie folgten unkritisch dem PCR-Narrativ, stilisierten Prof. Püschel, der als erster obduzierte, zum Rassisten, Prof. Bhakdi zum Antisemiten und buchstäblich jeden, der die Maßnahmen hinterfragte, zum Verschwörungstheoretiker und Staatsfeind.

- Fachwissenschaftler, vor allem Epidemiologen und Ärzte für Öffentliche Gesundheit, verschwanden von der Bildfläche. An ihre Stelle traten Physiker, Verkehrsplaner, Mikrobiologen und Militärs, die das Publikum mit immer neuen Fehlprognosen und Modellrechnungen in Atem hielten. Monatelang. Jahrelang.

Eine Aufarbeitung dieser Ereignisse sollte drei Fragenkomplexe klären.

Erstens: Laut Lehrbuch muß die Regierung zu Beginn einer wirklich gefährlichen Pandemie

die Bevölkerung beruhigen, um Kollateralschäden zu vermeiden. Warum ließ die Politik statt dessen ein Schockpapier schreiben, das etwa Kindern Angst machte, ihre Großeltern durch Ersticken umzubringen? Warum saß in der Schockpapier-Kommission kein einziger Arzt, wohl aber ein Soziologe und Deutschlehrer?

Warum befeuerte die Politik diese Panikmache jahrelang, während sie jetzt behauptet, nur anfangs und aus Unkenntnis einige Fehler gemacht zu haben?

Zweitens: Im Februar 2020 rieten Lehrbücher und WHO-Richtlinien von Maßnahmen wie Lockdowns oder Schulschließungen ab. Das RKI verkündete damals, Masken würden nichts bringen und Corona sei meist mild. Dies betonte auch Herr Drosten in Interviews und auf der Bundespressekonferenz.

Derselbe Herr Drosten erklärte dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Talkshow, man würde die Pandemie ohne den PCR-Test gar nicht bemerken. Was führte im März 2020 zur Kehrtwende, obwohl Daten schon zu diesem Zeitpunkt zeigten, daß keine besondere Gefahr drohte? Da das masken- und lockdownfreie Schweden erkennbar besser abschnitt als Deutschland, muß man überdies fragen, ob die Maßnahmen wirklich Ansteckungen verhindern sollten, was sie offensichtlich nicht taten, oder vielmehr dem Ziel dienten, den Impfwiderstand der Bevölkerung zu brechen.

Drittens: Warum hat die Politik die Verabreichung eines experimentellen Impfstoffs nicht nur erlaubt, sondern die Menschen durch 2G/3G und sektorale Impfpflichten faktisch gezwungen, den Stoff zu nehmen? Warum gab es Notzulassungen ohne Not? Warum haben unzählige Impfschäden keine Konsequenzen?

Derzeit, und damit komme ich zum Schluß, erscheinen Bestseller mit deutlichen Titeln, die eine verbreitete Stimmung widerspiegeln: Die "Intensiv-Mafia" von Tom Lausen, das "Staatsverbrechen" von Dr. Frank oder die "Corona-Verschwörung" von Frau Dr. Röhrig. Alle mit satt fünfstelligen Auflagen. Wer sich diesem Diskurs als Politiker verweigert, verliert Vertrauen und entfernt sich von der Wählerschaft. Aufgrund der ungeheuren Dimension dessen, was der Bevölkerung widerfahren ist, wäre ein Untersuchungsausschuß richtig gewesen. Weil der Bundestag ihn nicht wollte, bin ich dankbar, daß wir heute in diesem Rahmen zur Aufklärung beitragen können.

Quellenanhang

1. Allzeittief der Klinikbelegung 2020

"Im betrachteten Zeitraum 2020 gab es in Deutschland seit Beginn der COVID-19-Pandemie Mitte März durchgehend weniger stationäre Fälle, und zwar im Zeitraum bis Ende Mai um ca. -30 % und ab dann - einschließlich des Zeitraums der zweiten Welle - um -10%. Über das Jahr gesehen beläuft sich das Minus auf 13 %, d.h. ohne Berücksichtigung der ersten zehn COVID-19-freien Wochen auf ca. -16%.

Da die durchschnittliche Verweildauer nur minimal stieg, sanken auch die Verweildauertage um -12%. Im Resultat sank die Bettenauslastung auf einen Allzeittiefpunkt von 67,3 % (und 68,6 % auf den Intensivstationen). Dies berücksichtigt bereits die Versorgung der COVID-19-Patienten, für deren stationäre Versorgung im Jahresschnitt unter Berücksichtigung der Überlieger 2 % aller Betten und knapp 4 % der Intensivbetten benötigt wurden, natürlich mit zeitlichen und geographischen Spitzen."

Link (BMG): <https://bitly.ws/32cQN>, Seite 4. Hinweis: Dieses Dokument verwendet abgekürzte Links. In Ihrem Browser erscheint der amtliche Link, in diesem Fall das Bundesgesundheitsministerium.

2. Wenige schwere Atemwegserkrankungen

Spitzen traten im März 2018 und Ende 2022 auf, also vor und nach der angeblichen "Pandemie". In den Jahren dazwischen ist nichts Auffälliges zu erkennen. Die Erkältungsviren wechseln (Influenza, Rhino, RSV, Corona), die klinische Lage kaum.

3. Altersstandardisierte Sterbefälle

Im Jahre 2020 lag die Sterblichkeit zwischen den Werten von 2018 und 2019. Ab dem Impfstart 2021 nahm sie deutlich zu:

4. Hohes Medianalter der "Coronatoten"

Im Mittel waren die PCR-Toten 83 Jahre alt und die übrigen Verstorbenen 82 Jahre. Dies indiziert, daß an oder mit Corona hauptsächlich sehr alte, vorerkrankte Menschen verstarben. In Angst versetzt wurden aber die Jungen, sogar Kinder.

Link (RKI): <https://bitly.ws/32pqh>, Seite 19. Link (BIB mit Zahlen von Destatis): <https://bitly.ws/32cTK>.

5. Deutschland versus Schweden

Schweden hatte laut WHO eine geringere Gesamtsterblichkeit als Deutschland. Es war das einzige europäische Land, das den Lehrbüchern und Leitlinien folgte und auf Lockdowns und Maskenzwang verzichtete.

Link (WHO): <https://bitly.ws/32sSY>

Deutschsprachige Erläuterung vom WDR: <https://bitly.ws/32cU3>

"Interessant ist der Vergleich mit Schweden: Trotz steigender Infektionszahlen gab es dort kaum Beschränkungen. Keine Maskenpflicht, Veranstaltungen fanden regulär statt, Schulen blieben geöffnet. Es gab keine Verbote, lediglich Empfehlungen. Nach kurzer Zeit stieg die Zahl der Todesfälle in Schweden rasant. Doch in der Bilanz der WHO steht das Land heute gut da".

Quelle: [<<https://www.stefan-homburg.de/images/Bundestagsrede%20Homburg.pdf](https://www.stefan-homburg.de/images/Bundestagsrede%20Homburg.pdf)

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2023 (x1.346/...): >>>Nachfrage nach Wärmepumpen und energetischer Sanierung bricht ein

Eigenheimbesitzern scheint die Lust, ihre Häuser und Wohnungen energetisch zu sanieren, vergangen zu sein. Wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) mitteilte, kommen dort derzeit nur noch wenige Förderanträge für eine neue Wärmepumpe an, schreiben die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstausgaben). 6.801 Anträge zählte die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellte Behörde in diesem Oktober.

Insgesamt wurden zwischen Januar und Oktober dieses Jahres 76.471 Förderanträge für Wärmepumpen gestellt, im Jahr zuvor wurden im Vergleichszeitraum insgesamt 315.835 Anträge gestellt.

Gleichzeitig ist der Absatz von Wärmedämmverbundsystemen, die zur Dämmung von Außenwänden genutzt werden, nach Angaben des Verbands für Dämmsysteme, Putz und Mörtel (VDPM) im dritten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Viertel (knapp 23 Prozent) eingebrochen. Eine negative Entwicklung, die sich schon das gesamte Jahr abgezeichnet hatte: Im ersten Quartal dieses Jahres war der Absatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 17 Prozent eingebrochen, im zweiten Quartal um 13,5 Prozent.

In absoluten Zahlen bedeutet das: Im vergangenen Jahr wurden noch knapp 36 Millionen Quadratmeter Gebäudefläche mit Wärmedämmverbundsystemen gedämmt. In diesem Jahr werden nach Verbands-Berechnungen nur gut 29 Millionen Quadratmeter neu gedämmt worden sein. Mit Blick auf die anhaltend negative Entwicklung rechnet der Verband daher auch nicht mit einer Trendumkehr im nächsten Jahr.

Gleichzeitig soll eine YouGov-Umfrage, aus der die Funke-Zeitungen zitieren, zeigen, daß zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent) ihre Häuser und Wohnungen nicht energetisch sanieren wollen. Bezogen auf alle Eigenheimbesitzer im Land sind das 16,1 Millionen Personen. Zu den Gründen nannten 32 Prozent der Befragten, daß sie die energetische Ertüchtigung ihres Hauses rundheraus ablehnten; 34 Prozent gaben an, daß sie sich nicht in der Lage sähen, die finanziellen Kosten der Sanierung zu tragen.

Nur 20 Prozent der Befragten wollen energetisch sanieren und sehen sich finanziell dazu in

der Lage. 23 Prozent der Befragten gaben zudem an, daß sie bereit seien, aus den eigenen vier Wänden abzuziehen und diese zu verkaufen, um nicht energetisch sanieren zu müssen.

Würden sich die Immobilienbesitzer dann doch für energetische Sanierungsmaßnahmen entscheiden, würden 35 Prozent der Befragten die Heizung austauschen, 30 Prozent die Fenster, 27 beziehungsweise 25 Prozent würden das Dach oder die Fassade dämmen sowie 17 und 16 Prozent würden die Kellerdecke beziehungsweise die Zwischendecken dämmen (Mehrfachantworten waren möglich). Die Erhebung von YouGov wurde im Auftrag der Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft (GNIW) durchgeführt, für die 1.001 Eigenheimbesitzer in Deutschland online befragt wurden.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2023:

>>**Lindner: Ahrtalflut legitimiert Neuverschuldung**

Von *Karel Meissner*

Wegen einem Richterspruch aus Karlsruhe gleich die Klimapolitik aufgeben? Nicht mit der Ampel. Finanzminister Lindner (FDP) gibt grünes Licht für neue Schulden. Vorwand: wegen Ukrainekrieg und dem Ahrtal ...

Preisfrage: Was macht Finanzminister Lindner (FDP), wenn die Ampel für ihren Klimawahn mal eben 60 Millionen braucht? Heimliches Verschieben der Schuldenkapazität von der Lockdown-Hilfe in den Klimafond lief nicht - Karlsruhe hat's verboten. Und einfach so Kredite aufnehmen? Geht leider auch nicht: Das verstieße gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.

Okay, aber soll Lindner seine grünen Freunde wegen solcher Kleinigkeiten einfach hängen lassen? Nicht doch! Schließlich plant Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Rettung des Weltklimas. Da kann man doch nicht nein sagen.

Also beschließt die Ampel einen Nachtragshaushalt 2023. Um den zu legalisieren, erklärt Lindner das Jahr 2023 rückwirkend nur "Notlage". Raffiniert, nicht wahr? Notlagen legitimieren fast alles, auch eine Neuverschuldung von schlappen 72,2 Milliarden. Damit haben die Grünen ihre 60 Milliarden für den Klimafond - und es bleibt sogar etwas übrig. Zur Finanzierung weiterer Großtaten.

Aber Moment: Womit begründet man die angebliche "Notlage"? Nun, da gäbe es den Ukraine-Krieg und die Ahrtalflut vom 14. Juli 2021. Ja, richtig. Ausgerechnet die Katastrophe, bei der Mainstream-Politiker so konsequent versagt haben, wo COMPACT vor Ort Hilfe leistete und CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet kurz vor seiner Ansprache einen Lachkrampf erlitt. Genau dieses Ahrtal sorgt jetzt für die ersehnte "Notlage". Immerhin betragen die Zahlungen an die Opfer in diesem Jahr 1,6 Milliarden Euro, so Lindner.

Aber deshalb gleich 72,2 Milliarden aufnehmen? Okay, es gibt außerdem den Ukrainekrieg, der die Strom-, Gas- und Ölkosten hochgepeitscht habe. Noch zu Jahresbeginn hatte Lindner sich geweigert, deswegen eine Notlage auszurufen, aber warum die Meinung nicht ändern? Wäre doch peinlich, wenn ein Verfassungsgericht ein so wichtiges Projekt wie den Klimafond canceln könnte.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27545" berichtet am 28. November 2023 (x1.343/...): >>COVID-Impfempfehlung des BAG trotz Übersterblichkeit und laufender Strafanzeige!

Eine Analyse zeigt auf, daß bisher weltweit 17 Millionen Menschen aufgrund der "COVID-19-Impfung" zusätzlich gestorben sind. Die Sterberate stieg in den meisten Ländern erst mit dem Beginn der "Impfkampagne". Warum das Bundesamt für Gesundheit und andere Gesundheitsämter trotz fehlender Gesundheitsdaten an diesem "Impfprogramm" festhalten, ist höchst fragwürdig. ...

Der Schweizer Beat Süess ist selbständiger Berater und Coach für Strategie- und Potentialentwicklung. Er veröffentlichte am 28. September 2023 einen Artikel auf der Homepage von

Aletheia unter dem Titel: "Wie das BAG trotz fehlender Sicherheitsdaten die Vulnerablen opfert." Kla.TV veröffentlicht nachfolgend eine gekürzte Version. ...

Das Bundesamt für Gesundheit BAG mit seinen knapp 700 Mitarbeitern befindet sich in fachlich desolatem Zustand, wie zum Beispiel die Impfempfehlung gegen COVID-19 für schwangere Frauen zeigt. Zwar empfiehlt das BAG die "Impfung" nur noch explizit für vorerkrankte Schwangere. Die Impfempfehlung für die gesunden Schwangeren wurde aber keineswegs zurückgezogen. Nein, man hat den Wortlaut lediglich so geändert, daß man eine "Impfung" für diese Zielgruppe weiterhin empfiehlt, wenn der Arzt dies auch für angezeigt hält. In der aktuellen "Impfempfehlung" behauptet man weiterhin, daß die "Impfung" für Schwangere sicher wäre. Die für diese Aussage herangezogene einzige Studie zeigt auf, wie unglaublich inkompetent oder aber dreist das BAG arbeitet. ...

Auch die Behauptung des BAG, daß Schwangere einem erheblich höheren Risiko durch COVID-19 ausgesetzt wären, hielt einer wissenschaftlichen Überprüfung nie stand. ...

Dabei hatte das Expertenkomitee (HMEC), welches Swissmedic bei der Zulassung berät, bereits im Dezember 2020 auf Risiken für Schwangere hingewiesen und entsprechende Warnhinweise empfohlen. Swissmedic hatte jedoch weder Warnhinweise angebracht, noch die entsprechenden Sicherheitsdaten eingefordert. Die Hersteller haben bis heute keine Sicherheitsdaten für Schwangere geliefert. Sie weisen in ihren Fachinformationen weiterhin lediglich auf die mangelnde Datenlage zur Sicherheit bei Schwangeren hin.

Vor 15 Monaten haben dann freigegebene Zulassungsdokumente aus den USA endgültig aufgezeigt, weshalb es bis heute keine weiteren Studien gibt. Pfizer und der Zulassungsbehörde FDA war die hohe Zahl von Schwangerschaftsverlusten aus den Zulassungsstudien bekannt und sie hatten versucht, diese und andere Gesundheitsrisiken per Gerichtsentscheid für 55 Jahre vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Was FDA und Pfizer seit der Zulassung wußten, kommt jetzt durch den markanten Geburtenrückgang und die Zunahme der Totgeburten schmerzhaft ans Licht. ...

In einer Analyse vom März 2023 hatte ich aufgezeigt, daß in der Schweiz bis Ende 2022 fast 18.000 Menschen durch die COVID-19-Maßnahmen und vor allem durch die "COVID-19-Impfstoffe" gestorben sind. Viele internationale Untersuchungen kamen zu einem vergleichbaren Ergebnis, wie zum Beispiel die neueste umfangreiche Analyse von Professor Denis Rancourt.

Sie bestätigt erneut, was seine vorherigen internationalen Analysen bereits aufgezeigt hatten. Die Sterberate stieg in den meisten Ländern nicht etwa mit COVID-19, sondern erst mit dem Beginn der "Impfkampagne". Die Analyse kommt zum Schluß, daß weltweit bisher 17 Millionen Menschen aufgrund der "COVID-19-Impfung" zusätzlich gestorben sind, was im Bereich der Berechnungen anderer internationaler Studien liegt.

Auch in Australien begann das unerwartete Sterben erst mit der "Impfkampagne". Der Jahresdurchschnitt der Gesamtsterblichkeit (rote Kurve) hat sich innerhalb von zwei Jahren um 18 Prozent oder 29.000 Tote erhöht. Zudem fällt auf, daß 2022 weniger "Impfdosen" (orange Kurve) zu viel mehr Sterblichkeit führten (blaue Kurve). ...

Weshalb gehen die "Impfkationen" in Alters- und Behinderteneinrichtungen immer noch weiter?

Ein durchgesickertes Schreiben des St. Galler Gesundheitsdepartements an Behinderteneinrichtungen zeigt auf, daß das BAG bereits im Sommer über die "Impfempfehlung" für den Herbst informiert hat. Dabei hat das BAG offensichtlich Daten zur Teilnahme und Umfang von "Impfkationen" in Behinderten-, Alters- und Pflegeheimen für diesen Herbst erfragt. Das BAG wollte sich dazu nicht äußern und verwies an den Kanton.

Die St. Galler Gesundheitsdirektorin hat auf eine Anfrage bisher nicht geantwortet. Die aktuelle Fachinformation für sozialmedizinische Einrichtungen empfehlen diesen Einrichtungen

weiterhin "... die höchstmögliche Durchimpfung gegen COVID-19 und Influenza sowohl bei den Personen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wie auch bei den Mitarbeitenden ...".

Aber weshalb macht das BAG und andere Gesundheitsämter gegen besseres Wissen immer noch an diesem in der Geschichte der Menschheit tödlichsten medizinischen Experiment mit? Dieser Frage werden wir in einer separaten Analyse nachgehen, da es den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde. Die aufgezeigten systematischen Manipulationen durch das BAG haben jedoch gezeigt, daß dieser Behörde und den übergeordneten Verantwortlichen nicht mehr vertraut werden kann. So lange nicht, bis in einer unabhängigen Untersuchung die Motive für dieses tödliche Fehlverhalten aufgeklärt und die Mißstände behoben werden. Unterschreiben Sie deshalb die Aufarbeitungsinitiative. ...

Liebe Kla.TV-Zuschauer, machen Sie Ihr Umfeld auf diesen Skandal aufmerksam! Es ist längst erwiesen, daß jede zusätzliche Dosis der "COVID-19-Impfstoffe" nicht schützt, sondern noch größere Schäden anrichtet und noch mehr Tote fordert.

Auch ist befremdend, daß das BAG die Impfung weiterhin empfiehlt, obwohl eine Strafanzeige gegen Swissmedic läuft. Diese wurde im Juli 2022 aufgrund der Zulassung der schädlichen neuartigen "mRNA-Impfstoffe" gegen Corona und den danach eingetretenen schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden eingereicht!

Hier muß die Frage erlaubt sein, ob es ein Anzeichen ist für eine Verfilzung des BAG und der Swissmedic? Beziehungsweise könnte es ein weiteres Zeichen für die Verstrickung des BAG und Swissmedic mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung sein? ...

Kla.TV bleibt für Sie weiterhin am Ball und wird auch beobachten, ob die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige gegen Swissmedic so rasch als möglich bearbeitet!<<

29.11.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. November 2023 (x1.346/...): >>>Deutschland - der kranke Mann Europas

Deutschland ist in der Rezession und bleibt es voraussichtlich auch noch im nächsten Jahr. Der IWF erwartet, daß Deutschland als einzige unter den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im laufenden Jahr schrumpfen wird.

von *Marc Friedrich*

Und blickt man in die Wirtschaft, so versteht man wieso. Massiver Stellenabbau bei Bayer, Motorpresse und Homag, Unternehmensinsolvenzen auf einem 7-Jahres-Hoch. Insolvenz bei einem großen Vertragspartner von Mercedes, dem Automobilzulieferer BIA in Solingen, Signa und Nolte Möbel. Es sieht nicht gut aus im besten Deutschland aller Zeiten. Die Energiewende und die grüne Transformation kostet doch mehr als gedacht und durch den hohen Strompreis sind wir weniger wettbewerbsfähig - aber dafür kommt jetzt der subventionierte Industriestrom.

Ist Deutschland erneut der kranke Mann Europas, so wie es der Economist vorgesagt hat, oder bleibt uns dieser Titel diesmal erspart? Wohin steuert Deutschland? Brauchen wir eine Agenda 2030 und wie könnte diese aussehen?

Der kranke Mann Europas?

Fast 25 Jahre ist es her, da sorgte das Wirtschaftsmagazin "The Economist" mit einer Titelgeschichte über Deutschland Furore. Deutschland sei der "kranke Mann des Euros". Als Gründe nannte der Economist damals einen starren, festgefahrenen Arbeitsmarkt, extrem ausufernde Sozialleistungen und natürlich die Kosten der Wiedervereinigung. Der Artikel sorgte für Aufsehen. Offenbar bis in die höchsten Ränge der Politik. Denn die damalige Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder steuerte dagegen und brachte tiefgreifende Reformen auf den Weg. Besser bekannt als Agenda 2010.

Doch schauen wir nochmal zurück auf das damalige Deutschland. Im Jahr 2003 waren rund 4 Millionen Menschen arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent entsprach. Das

BIP, also die Wirtschaftsleistung, stagnierte und die stark alternde Gesellschaft drohte, das Rentensystem zu überlasten. Damals war wohlgerneht eine rot-grüne Regierung an der Macht. Also durchaus Parallelen zu heute. Die Agenda 2010 kam und die Reformpläne fruchteten. Was hat man damals konkret umgesetzt? Im folgenden die wichtigsten Punkte:

Man hat die Regulierung von Zeitarbeit wesentlich gelockert, was hunderttausende Jobs geschaffen hat.

Man hat Minijob-Reformen umgesetzt, die es vor allem Arbeitslosen erleichterten, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Als drittes hat man das Arbeitslosengeld für Ältere von maximal 32 Bezugszeit auf 18 Monate gekürzt.

Der ausschlaggebendste Punkt war allerdings die Vereinigung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Hartz IV, was wesentliche Ineffizienzen und eine Menge Bürokratie beseitigte.

Was folgte, war ein beispielloser wirtschaftlicher Aufstieg Deutschlands. Die Arbeitslosenquote ging zwischen 2003 und 2013 von 10,5 auf 6,9 Prozent zurück. 2022 lag sie sogar nur noch bei 5,3 Prozent. In anderen Worten: Gab es 2003 also noch 4,4 Millionen Arbeitslose, so waren es 2022 nur noch 2,4 Millionen. Besonders beeindruckend ist der Rückgang der Langzeitarbeitslosen. Hiervon gab es in Deutschland im Jahr 2000 noch rund 1,5 Millionen. 2012 waren es nur noch ca. 1 Millionen. Also ein Rückgang um rund 30 Prozent.

Und auch der direkte Vergleich zu Frankreich kann sich durchaus sehen lassen. Innerhalb eines Jahrzehnts ist es Deutschland gelungen, die Wirtschaftsleistung zu steigern, den Nachbarn Frankreich zu überholen und gleichzeitig die Arbeitslosenquote stark zu senken. ...

Die Agenda 2010 war umstritten, denn sie war anfangs für viele sehr schmerzhaft. Die SPD hat selbst heute noch damit zu kämpfen und hat seitdem wirklich viel versucht, um alles, was damals umgesetzt wurde, wieder rückgängig zu machen. Ganz nüchtern betrachtet, war die Agenda 2010 allerdings ein beachtlicher Erfolg.

Dennoch muß man festhalten, daß nicht alles auf die Reformagenda zurückzuführen ist. Viele Kritiker weisen immer wieder gerne darauf hin, daß es auch andere Ursachen hat, daß Deutschland sich nach der Agenda 2010 prächtig entwickelt hat. So wird immer wieder auf die allgemeine Lohnzurückhaltung hingewiesen, die bereits in den 1990ern begonnen hatte und der schwache Euro, der besonders unserer Exportwirtschaft zugute kam. Darüber hinaus haben wir seit der Jahrtausendwende einen beispiellosen Aufstieg Chinas gesehen, der einerseits Deutschlands Exportwirtschaft befeuerte und uns andererseits mit günstigen Produkten versorgte.

Selbst die Eurokrise konnte den Aufschwung der deutschen Wirtschaft nicht dauerhaft stoppen. Dazu beigetragen hat aber vor allem ein günstiges makroökonomisches Umfeld. Die Nachfrage nach deutschen Exportgütern in den USA sowie in Schwellenländern wie China wuchs deutlich, die Zinsen fielen stetig, und der niedrige Kurs des Euros trug zum Boom der deutschen Ausfuhren bei.

Natürlich gab es noch eine weitere wichtige Komponente, die nicht fehlen darf und das ist billige Energie. Wir alle wissen, daß Schröder eine gute Beziehung zu Rußland, insbesondere zu Putin hatte. Dadurch wurden wir zumindest über das kommende Jahrzehnt mit günstiger Energie für die Industrie versorgt.

Alles in allem waren es dennoch grundlegend positive Reformen. Leider haben die folgenden Regierungen verschlafen, daran anzuknüpfen.

Die Ära Merkel: eine verpaßte Zeit

16 Jahre war Angela Merkel die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschlands. 16 Jahre lang hat sie Deutschland mitgestaltet und geprägt. Doch ihre Zeit hat leider tiefe Narben und viele Baustellen hinterlassen.

Unter der Ära Merkel wurden vor allem die Rentenleistungen stark ausgebaut. Dazu gehören

die Rente ab 63, die Mütterrente, die sogenannte Haltelinie sowie zuletzt die Grundrente. Und während man immer mehr für die Rentner getan hat, hat man es vollkommen verschlafen, in die Generation von morgen zu investieren, also in Bildung und vor allem Infrastruktur. Ein Blick in heutige Schulen oder auf marode Brücken unterstreicht, daß hier einiges vernachlässigt wurde.

Auch in Sachen Eurokrise hat sich die Ex-Kanzlerin definitiv nicht mit Ruhm bekleckert. Seit 2010 mußte der Mittelmeerstaat mehrfach durch die Euro-Partner und den Internationalen Währungsfonds (IWF) vor dem Staatsbankrott gerettet werden. Grundlegende Regeln der Währungsunion, vor allem die No-Bail-out-Klausel oder der Vertrag von Maastricht, wurden damals einfach so über Bord geworfen. Angela Merkels Begründung für diese Schritte lautete: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.

Das ist natürlich völliger Humbug. Der Euro ist nicht die EU. Mit Milliarden hat man mit Ach und Krach die Eurozone und damit das Projekt Euro am Leben gehalten. Das hatte natürlich Kosten, die vor allem Deutschland schultern mußte. Dann kam die Flüchtlingskrise, die ebenfalls miserabel gemanagt wurde. Die Auswirkungen der damaligen Politik sind noch heute spürbar.

Deutschland erneut der "kranke Mann Europas"?

Aber blicken wir auf den Status Quo. Wie steht es um Deutschland? Liegen wir bereits auf der Intensivstation oder kommen wir mit einer leichten Erkältung davon?

Die aktuellen Wirtschaftsindikatoren zeigen zumindest nichts Gutes an. Die Produktion ist im September zum vierten Mal in Folge gesunken. Laut Statistischem Bundesamt sank die Produktion im Vergleich zum Vormonat um 1,4 Prozent. Erwartet wurde lediglich ein Rückgang von 0,1 Prozent (siehe nächste Abbildung). Damit liegen wir immer noch unter dem Niveau, welches wir vor der Corona-Krise hatten.

Das Statistische Bundesamt schreibt, daß ein Großteil des Rückgangs dabei auf die schwächelnde Automobilindustrie zurückzuführen sei. Ja und tatsächlich bekommen wir immer mehr Signale aus der Automobilindustrie, daß dieser harte Zeiten bevorstehen.

Volkswagen zum Beispiel brechen gerade die Absätze in China weg. Gleichzeitig steigen die Insolvenzen weiter an. Das zeigen die neuesten Daten des IWH. So gab es im Oktober 1037 Insolvenzen bei Personen- und Kapitalgesellschaften. Das sind 2 Prozent mehr als im September und 44 Prozent mehr als im Oktober 2022. Die Zahl der Insolvenzen lag somit 12 Prozent über dem Oktober-Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019, also vor der Corona-Pandemie. Und eine Besserung soll nicht in Sicht sein. So rechnet das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung für die kommenden Monate mit weiter steigenden Insolvenzen.

Quelle: <https://www.iwh-halle.de/presse/pressemitteilungen/detail/iwh-insolvenztrend-viertes-quartal-beginnt-mit-anstieg-der-insolvenzzahlen/>

Die nach wie vor hohen Energiepreise machen vor allem der chemischen Industrie zu schaffen.

Bestes Beispiel Lanxess. Erst vor wenigen Tagen meldete der Chemiekonzern tiefrote Zahlen. Eine Besserung sei laut Vorstandschef Zachert nicht in Sicht. Und auch beim deutschen Chemiegiganten BASF sieht es gar nicht gut aus. Der Aktienkurs war vor kurzem sogar unter das Coronatief von 2020 gefallen. Bereits im Sommer ist der Gewinn bei der BASF um 76 Prozent eingebrochen.

Und jetzt gerade erst vor kurzem hat der CEO der BASF, Martin Brudermüller, gewarnt, daß die ehrgeizigen Klimaziele der EU scheitern werden. In Berlin sagte der CEO: "Europa versucht es mit der Brechstange, aber das wird nicht funktionieren". Und weiter: "Wir treiben den Umbau unvermindert voran, trotz Konjunkturkrise."

Der BASF-Chef verweist hier vor allem auf die horrenden bürokratischen Vorgaben, die im Zuge des Green Deal auf die Unternehmen zukommen. Allein auf die Chemieindustrie wür-

den 14.000 Seiten an Vorgaben und Richtlinien aus Brüssel kommen. Dabei haben Großkonzerne wie die BASF deutlich mehr Kapazitäten, um Bürokratie zu bewältigen als der Mittelstand. Für kleine und mittlere Unternehmen ist das kaum noch zu stemmen, denn der Aufwand ist proportional zur Unternehmensgröße erheblich größer.

Und auch beim dritten großen deutschen Chemieunternehmen Bayer brennt gerade die Hütte. Nach einem Verlust von 4,6 Milliarden Euro kündigt der CEO einen massiven Umbau an. Auch die Belegschaft werde sich "erheblich reduzieren", heißt es.

Drei Chemiekonzerne aus Deutschland. Und alle haben massiven Gegenwind. Die Deindustrialisierung ist bereits in vollem Gange. In vergangenen Beiträgen warne ich bereits davor schon länger.

Und die Probleme könnten sich noch weiter verschärfen, denn auch der Euro ist nach wie vor unter Druck. Im Sommer 2021 kostete ein Euro noch 1,20 Dollar. Anfang September 2022 war die europäische Währung nur 0,99 Dollar wert. Das ist der niedrigste Wechselkurs seit 20 Jahren. Für den schwachen Euro gibt es verschiedene Gründe:

Die Sanktionen gegen Rußland haben uns viel stärker getroffen als zum Beispiel die Amerikaner. Folglich hat unsere Wirtschaft einen stärkeren Schaden genommen.

Europa leidet viel stärker unter hohen Preisen für fossile Energien als die USA. Wir sind nicht so autark.

Die FED hat ihren Leitzins viel stärker anheben können als die EZB. Das führt dazu, daß viel Kapital den Euroraum verläßt und in den Dollar fließt, da es hier höhere Zinsen gibt. Ergo, der Euro wird schwächer.

Und so ist es nicht verwunderlich, daß der Euro immer mehr an Bedeutung verliert. Im folgenden Chart von Bloomberg erkennt man, wie stark der Dollar und der Euro im internationalen Handel genutzt werden.

Quelle: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-08-24/dollar-usage-in-global-payments-in-july-rises-to-record-swift-says>

Eigentlich sollte ein schwacher Euro ja gut für die Exportwirtschaft sein. Doch wir können aktuell eher das Gegenteil beobachten.

5. Habecks Industriestrategie

So langsam scheint die Dringlichkeit der Lage auch im Bundeswirtschaftsministerium angekommen zu sein. Robert Habeck hat dazu erst vor kurzem seine Industriestrategie vorgestellt. Auf 60 Seiten legt Habeck dar, wie er die Wende schaffen will. Ein Wort fällt während seiner Rede besonders oft und das ist das Wort "Transformation". Damit meint er die Transformation hin zu einer sauberen klimaneutralen Wirtschaft. Das ganze kostet jedoch - wie wir alle wissen - eine Menge Geld für Investitionen.

Wenn man sich die kompletten 60 Seiten durchliest, so läßt sich eines ganz klar erkennen: Der Staat möchte immer mehr in die Wirtschaft eingreifen. In Deutschland hat es mal so etwas wie Ordnungspolitik gegeben. Ziel dieser Ordnungspolitik war es, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, in dem der Staat nur die Rahmenbedingungen vorgibt und sich ansonsten aus der Wirtschaft raushält. Eine Nachtwächterrolle also.

Und es waren genau diese Ansätze, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft so attraktiv gemacht haben. Es war eine Art Kompromiß. Auf der einen Seite hat man privaten Unternehmen Raum gegeben, unternehmerisch aktiv zu werden. Auf der anderen Seite hat man aber auch durch das Setzen bestimmter Standards darauf geachtet, daß die Arbeitnehmerseite nicht vollkommen vernachlässigt wird.

Wenn man jetzt aber die Industriestrategie von Habeck liest, so erkennt man schnell, daß der Staat hier weit darüber hinausgeht, einfach nur die Rahmenbedingungen zu setzen. Im Papier heißt es, daß man auf verschiedene Instrumente "von der themen- und branchenoffenen Innovationsförderung bis zur gezielten Unterstützung einzelner Schlüsseltechnologien" setzt.

Der Staat will also aktiv in die Wirtschaft eingreifen. Hier mal ein paar Beispiele, wo man aktiv eingreifen bzw. mitmischen möchte. So will man:

Die Energiewende vorantreiben

Eine eigene Wasserstoffindustrie aufbauen

Die E-Mobilität fördern

Die pharmazeutische Industrie unterstützen

Quantentechnologie und Künstliche Intelligenz fördern und staatlich vorantreiben

Die Industrie in Sachen Robotik, Raumfahrt und Leichtbau vorantreiben

Die Liste könnte man noch ewig weiterführen. Es macht ganz deutlich, daß der jetzige Staat weit mehr ist, als der alt bekannte Nachwächterstaat. Man will die Wirtschaft lenken bzw. steuern. In anderen Worten: Planwirtschaft. Aber zumindest scheint Habeck mittlerweile erkannt zu haben, daß es der Wirtschaft, insbesondere der Industrie in Deutschland, nicht gut geht. Hierzu sagt er und ich zitiere:

"Wir verlieren die Industrie und damit nicht nur Arbeitgeber und Branchen, sondern einen maßgeblichen Teil des Wohlstands."

Und auch in seinem Papier sind teils deutliche Passagen zu finden. "Für zahlreiche Betriebe der energieintensiven Industrie sind diese Preise existenzbedrohend, es droht eine Erosion der deutschen Grundstoffindustrie und damit der Wegfall integrierter Wertschöpfungsketten", so Habeck.

Zudem gesteht man sich in dem Papier ein, daß sich die Wettbewerbssituation besonders für die stromintensiven Branchen stark verschlechtert hat. Und trotzdem hat man die letzten AKWs vom Netz genommen. Laut einem Bericht der Bild-Zeitung hat die Bundesregierung dabei anscheinend von Anfang an gewußt, daß sich die Strompreise aufgrund der Abschaltung erhöhen würden. Das geht aus einem internen E-Mail-Wechsel zwischen den Pressestellen des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums aus 2022 hervor. Hierin heißt es: "Der Weiterbetrieb der AKW hat neben der (geringen) Gaseinsparung zwei weitere Vorteile: die Strompreise sinken und der Netzbetrieb wird sicherer."

Diese Einschätzung hatten übrigens damals mehrere Experten und Ökonomen vertreten. So zum Beispiel das Münchner Ifo Institut, die errechnet hatten, daß eine Nicht-Abschaltung der AKWs den Strompreis um vier Prozent senken würde. Ein Team um die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm kam in einer Studie sogar zu dem Ergebnis, daß der Strompreis bei Weiterbetrieb um bis zu 13 Prozent senken kann.

Robert Habeck hatte damals ja sogar noch behauptet, Deutschland hätte ein Gasproblem und kein Stromproblem. Und auch sonst hat man uns doch immer wieder erzählt, daß der Weiterbetrieb der AKWs den Strompreis nicht senken würde. Man hat uns also angelogen und die Industrie muß jetzt dafür gerade stehen.

Statt dessen hat man sich jetzt auf ein Strompreispaket für die Industrie geeinigt. Geplant ist unter anderem eine deutliche Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und eine Ausweitung der bisherigen Strompreiskompensation für Konzerne.

Bei den Grünen wertet man das als großen Erfolg. Aber was ist das für ein Erfolg, wenn man ein Problem mit Steuergeldern löst, was man im Grunde genommen selbst verursacht hat.

6. Agenda 2030 statt mehr Sozialismus!

Wir sehen also, daß Deutschland auf dem besten Weg ist, erneut den Titel "Kranker Mann Europas" zu gewinnen. Doch leider ist das kein Titel, über den man sich freuen sollte - nein, ganz im Gegenteil, es sollte eigentlich endlich ein Weckruf an die Politik sein. Leider beobachten wir aktuell das, was der Ökonom Ludwig von Mises mal die Interventionsspirale genannt hat. Der Staat greift in die Wirtschaft ein. Es kommt zu unerwünschten Nebeneffekten, denn der Staat ist bekanntlich kein guter Unternehmer.

Doch anstatt sich einfach aus der Wirtschaft herauszuhalten, glaubt der Staat, sich als Held

aufführen zu müssen und immer mehr in die Wirtschaft einzugreifen. Jeder Eingriff hat also zur Folge, daß es zu weiteren Eingriffen kommt, bis irgendwann die wirtschaftliche Freiheit zerstört ist und der Staat alles managt. Sozialismus könnte man auch sagen.

Und auch an den Forderungen der SPD sieht man ganz deutlich, wohin der Kurs eigentlich gehen soll. Die SPD forderte zuletzt eine "temporäre" Krisenabgabe für Spitzenverdiener und die Jusos wollen gleichzeitig ein Grunderbe in Höhe von 60.000 Euro für alle über 18-Jährigen. Einzige Voraussetzung: ein Wohnsitz in Deutschland. In anderen Worten: Noch mehr Umverteilung!

Was wir statt dessen bräuchten, wäre eine Agenda 2030. Diese muß aber aufgrund der angestauten Probleme noch viel weitreichender sein als die schon thematisierte Agenda 2010. Im Wesentlichen muß sie sich auf drei Problemfelder fokussieren.

Billige Energie: Deutschland ist ein Industrieland. Wenn wir es verhindern wollen, daß Unternehmen ganz abwandern bzw. ihre Produktionen in Deutschland runterfahren, dann müssen wir angebotsseitig die Energiekosten runterbringen. Dazu habe ich bereits oft verschiedene Punkte aufgelistet, wie man das erreichen könnte.

180 Grad statt 360 Grad Wende bei der Energiepolitik inklusive Rückkehr zur Atomkraft
Temporäre Reaktivierung der Kohleminen und Förderung von Öl und Gas (so wie es Großbritannien gerade beschlossen hat) um Autarkie zu stärken

Geld in die Forschung von Speichertechnologien für erneuerbare Energien investieren

Der Staat soll kein Unternehmer sein: Wir haben es mit einem immer übergriffigen Staat zu tun. Das muß stoppen. Der Staat muß sich wieder auf seine Rolle als Nachtwächter zurückbesinnen. Dazu sollte er:

- die Staatsquote massiv abbauen

- umstellen auf einen Schlanken digitalen Staat (Vorbild Estland)

Massiver Abbau von Bürokratie. Das wiederum führt zur Entlastung von Unternehmen → mehr Steuereinnahmen → mehr Unternehmen investieren in Deutschland.

Steuern senken und vereinfachen. Stichwort Bierdeckelsteuer. Am besten nur noch eine Steuer, die man beim Einkaufen zahlt.

Dennoch darf er durchaus investieren. Aber in Sinnvolles. Wir brauchen große Investorenpakete in allen Bereichen der Infrastruktur. Vom Kindergarten bis hin zur Internetanbindung.

Bildungssystem reformieren und gezielte Anreize schaffen: Wir brauchen de facto eine komplette Transformation des Schul- und Bildungssystems.

Laut Berufsbildungsbericht hatten 2021 rund 2,6 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 35 keine Berufsausbildung. Das zeigt, daß hier einiges falsch läuft und das vor allem falsche Anreize gesetzt werden. Wir wissen doch, daß es einen Handwerker- und Fachkräfte-Mangel gibt. Gleichzeitig fällt aber das Bildungsniveau immer weiter ab und wir suggerieren jungen Menschen, daß die Uni der einzige Weg ist. Was wir vor allem brauchen ist ein Schulsystem, daß die Schüler auf das vorbereitet, was später wichtig ist.

Darüber hinaus brauchen wir endlich eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften. Hier werden leider mit Bürgergeld die komplett falschen Anreize gesetzt.

Die Lage ist alles andere als rosig, trotzdem würde ich am Ende gerne das Positive betonen. Wir sind immer noch ein Land mit viel Potential und unglaublich vielen kreativen und fähigen Menschen. So viele großartige Erfindungen kamen nicht ohne Grund aus Deutschland und ich bin mir sicher, daß wir irgendwann auch wieder goldene Zeiten vor uns haben werden. Doch die aktuellen Entwicklungen gehen leider in die komplett falsche Richtung. Noch schweigt die große Mehrheit, die den ganzen Laden am Laufen hält, doch die Frage ist, wie lange sie das noch mitmachen wird.

*Mehr Informationen: www.friedrich-partner.de - Twitter und Instagram: @marcfriedrich7<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"*

berichtet am 29. November 2023 (x1.344/...): >>**Zwei Drittel der Unternehmen verlagern Teile der Produktion aus Deutschland**

Die Unternehmen hören nicht auf zu produzieren - sie macht das eben nur immer mehr im Ausland: Frei nach Kinderbuchautor Robert Habeck gibt es eine neue Wasserstandsmeldung bei der Deindustrialisierung unseres Landes. Laut einer aktuellen Umfrage haben bereits zwei Drittel der deutschen Betriebe Teile ihrer Produktion aus Deutschland in andere Länder verlagert. Abgeschreckt werden sie vor allem von Bürokratie, astronomischen Energiekosten, miserabler Infrastruktur und zu wenig Fachkräften. 45 Prozent der Auto- und Maschinenbauer glauben überdies nicht, daß sich an der katastrophalen Lage etwas ändert. Sie dürften langfristig komplett verschwinden.

Genau so etwas passiert, wenn man Grünsozialisten mit Regierungsverantwortung betraut - und den Schreiber von Kinderbüchern zum Wirtschaftsminister macht. Ob Robert Habeck die deutsche Industrienation nun aus ideologischem Kalkül oder einfach nur aus Unfähigkeit abwickelt, ist dabei zweitrangig. Unterm Strich hat er die die höchsten Strompreise Europas zu verantworten, bedingt durch die sinnlose Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke.

Und am Ende steht er mit seiner Partei hinter CO2-Steuer, Lieferketten-Bürokratie und dem Wegfall von Verkehrswegen. Er muß zurücktreten - und am besten gleich all jene mitnehmen, welche den Grünen seit zwei Jahren als Steigbügelhalter dienen. Die Ampel muß weg - damit das einst führende Industrieland Deutschland zumindest noch eine kleine Chance auf Wiederaufbau hat.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2023 (x1.345/...):

>>Joachim Gauck: Höcke gehört "noch nicht" in den Knast

Altbundespräsident Joachim Gauck (CDU) stärkt bei Maischberger der Ampel-Regierung den Rücken. Neuwahlen hält er für falsch. Die Regierung müsse statt dessen mehr an ihrer Kommunikation arbeiten. Er pocht außerdem auf die Isolierung der AfD.

Jonas Aston

Am Dienstag war Altbundespräsident Joachim Gauck (CDU) bei Sandra Maischberger zu Gast. Er nahm Stellung zur Haushaltskrise und dem Aufstieg der AfD. Die Ampel-Koalition nimmt er gleich mehrfach in Schutz. So äußert er sich gegenüber Neuwahlen sehr skeptisch: "Was würden uns jetzt Neuwahlen bringen? Möglicherweise eine neue Regierung, aber erst mal eine Phase elementarer Verunsicherung", so Gauck.

An der Regierung rund um Bundeskanzler Scholz kritisiert er weniger das inhaltliche Versagen. Vielmehr scheitere es an der Kommunikation: "Wir brauchen eine Ansage der Regierenden, die Vertrauen wachsen läßt und nicht Vertrauen minimiert", erklärte Gauck. Und weiter: "Wir brauchen eine neue Bereitschaft, mit der Bevölkerung so zu sprechen, als wäre die Bevölkerung erwachsen". Man könne nur hoffen, daß es in "puncto Kommunikation eine neue Entschlossenheit" gebe, so Gauck.

In ihrem Auftreten lobt der Altbundespräsident insbesondere Ex-Kanzlerin Angela Merkel. Ihr "Wir schaffen das" in der Flüchtlingskrise sei ein "super Satz" gewesen. "Wollen wir eine Regierungschefin haben, die sagt: Liebes Volk, das schaffen wir nicht? Totaler Blödsinn", meint Gauck. Dann räumt er ein, daß auf Merkels Satz hätte folgen müssen, "wie wir das schaffen".

Gauck beharrt auf völliger Isolierung der AfD

Gegen die AfD fordert Gauck nach wie vor alle anderen Parteien zur Blockadehaltung auf. "Natürlich müssen die anderen Parteien sich dann verbünden", erklärt Gauck auf die Frage, was passieren müsse, wenn die AfD bei einer ostdeutschen Landtagswahl im nächsten Jahr stärkste Kraft werden würde.

Als Maischberger fragt, ob man sich im Zweifel mit der Linkspartei und dem Bündnis um Sahra Wagenknecht verbünden müsse, erklärt er, daß der Erfolg von Wagenknecht in Thüringen alles andere als sicher sei. Mit der Thüringer Linkspartei um Bodo Ramelow hat Gauck

nur wenig Berührungängste. "Wir haben gesehen, wie anschlussfähig er für andere Milieus ist. Das könnte die Linkspartei in Thüringen retten", so der Altbundespräsident.

Mit Verweis auf die Entwicklung der FPÖ in Österreich führte Gauck jedoch aus, daß es in unserem Nachbarland teils schon Koalitionen mit der FPÖ gegeben habe. Entscheidend ist für Gauck die Unterscheidung zwischen "Nazis" und "Reaktionären". Der eine "gehört in den Knast und der andere, mit dem mußt du streiten." Daraufhin fragte Sandra Maischberger, ob der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke in den Knast gehöre. Gauck lehnte dies ab. Höcke gehöre "noch nicht" in den Knast, "sonst wäre er da schon", so Gauck abschließend.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. November 2023:
>>**Gauck: Sprechen, "als wäre die Bevölkerung erwachsen"**

Von *Karel Meissner*

Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hat sich im Zwangsgebühren-TV erneut als lupenreiner Demokrat bewiesen: Machthaber müßten mit der Bevölkerung so sprechen, "als wäre die Bevölkerung erwachsen." ...

Keine Frage, alle Widerständler sind dem Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck zu Dank verpflichtet: Während Machthaber und Mainstream-Medien ihre antidemokratische Ideologie unter verbalem Schleim verbergen, tut sich Gauck keinen Zwang an: Offene Volksverachtung ist für ihn kein Tabu, kein Grund zur Scham.

Bereits zu Amtszeit als Bundespräsident hatte er erklärt: Nicht die Eliten, sondern die EU-Bevölkerungen seien das derzeitige Problem. 2021, bereits im Ruhestand, beschimpfte er Impfgegner als "Bekloppte". Und ja, im Krieg würde er auf russische Soldaten ballern.

Folglich sollte es niemanden wundern, wenn Gauck derzeit - inmitten von Inflation und Versorgungskrise - keinesfalls die Ampel-Regierung kritisiert. Statt dessen ermahnt er die Machthaber, das eigene Desaster geschickter zu vermitteln. Und wie? Indem man so tut, als nehme man die Untertanen für voll.

Am Dienstag erkannte Gauck im Zwangsgebühren-TV (Maischberger): Die von Karlsruhe gestoppte Übernahme der Schuldenkapazität von 60 Milliarden-Euro durch den Klimafond plus der Nahost-Konflikt wirke auf viele Bürger bedrohlich. In diesem Zusammenhang kritisierte die Kommunikationsstrategie der Regierung:

"Wenn die Kommunikation der Regierenden so ist, daß ein Großteil der Bevölkerung schon Kontrollverlust befürchten muß, weil bestimmte Ansagen nicht kommen, dann ist das eine sehr heikle Situation."

Dann der Hammer:

"Wir brauchen eine neue Bereitschaft mit der Bevölkerung so zu sprechen, als wäre die Bevölkerung erwachsen."

Als wäre! ... Gauck hält die Bevölkerung also nicht für erwachsen. Aber die Regierung müsse bei ihrer Propaganda so tun, als ob die Bürger es wären! Kann man mit solcher Einschätzung noch Demokrat sein? ... Gauck erläutert seine Vision von gelungener Kommunikation anhand des legendären Satz von Ex-Bundeskanzlerin Merkel (CDU) während der Flüchtlingskrise:

"Wir schaffen das." Gauck dazu:

"Wollen wir eine Regierungschefin haben, die sagt: Liebes Volk, das schaffen wir nicht? Totaler Blödsinn. Aber dann hätte folgen müssen, wie wir das schaffen."

Wenn Politiker exakt erklärten, was sie beabsichtigten, wüchse auch das Vertrauen in der Bevölkerung.(Das setzt jedoch voraus, daß die Bürger mit den Regierungszielen einverstanden sind. Aber wer möchte schon grünen Klima-Harakiri?)

Gauck fordert eine "neue Entschlossenheit" in der Politik, die er bei der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht gefunden habe. - Und was hält der Ex-Bundespräsident von Neuwahlen? Bloß nicht. Die würden nur Vorurteile über die Machthaber bestätigen. Und überhaupt:

"Was würden uns jetzt Neuwahlen bringen? Möglicherweise eine neue Regierung, aber erst mal eine Phase elementarer Verunsicherung."

Und die gilt es zu verhindern. Schlaf, Bürger, schlaf.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2023 (x1.345/...):

>>**Bundestagspräsidentin Bärbel Bas gibt Unsummen für Styling und Make-up aus**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas läßt sich für tausende Euro aufwendig stylen und frisieren. Gezahlt wird das vom Steuerzahler.

Daß sich Politiker, insbesondere Politikerinnen, gerne auf Kosten der Steuerzahler aufhübschen oder fotografieren lassen, ist keine Neuigkeit. Regelmäßig liest man mittlerweile von den Unsummen, die unsere Staatsmänner und -frauen jeden Monat für Stylisten, Friseure, Visagisten oder Fotografen ausgegeben werden. Sei es die Ex-Kanzlerin Angela Merkel, die trotz Ruhestand allein in diesem Jahr 30.000 Euro für Friseure ausgab oder die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, deren Visagistin im Jahr 2022 ein Jahresgehalt von mehr als 130.000 Euro erhielt.

Nun reit sich auch die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in die Riege der Politiker mit hohen Stylingausgaben ein. Im vergangenen Jahr gab sie laut einer Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner an die Bundestagsverwaltung 13.720 Euro für Visagisten, Kosmetiker und Maskenbildner aus. In diesem Jahr waren es bereits 11.970 Euro. Auffällig: Seit Bas' Amtsantritt im Oktober 2021 stiegen die Kosten für Styling und Make-up im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode von null auf mittlerweile über 13.000 Euro im Jahr.

Offen ist, wie Bas' Vorgänger, allesamt Männer, ohne diese Zuwendungen Friseure und Stylisten bezahlen konnten. Daß sie diese im Laufe ihrer Amtszeit ebenfalls in Anspruch genommen haben, dürfte außer Frage stehen. Doch vielleicht war ihnen die großzügige Diät von mittlerweile knapp 25.000 Euro im Monat (inklusive steuerfreier Kostenpauschale und Aufwandsentschädigung) noch hoch genug, um diese Kosten selber zu tragen.

Während angesichts der Haushaltskrise der Ampel-Regierung selbst von FDP-Politikern ganz offen Steuererhöhungen ins Spiel gebracht werden, wird es von Spitzenpolitikern offensichtlich weiterhin als selbstverständlich angesehen, Stylisten und Fotografen nicht von der eigenen Diät, sondern aus der Steuerkasse zu bezahlen. Eine Mentalität, die inmitten einer Rezession bei den Steuerzahlern auf wenig Verständnis treffen dürfte.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. November 2023 (x1.344/...): >>**Über 5 Millionen Menschen müssen Hei-**

zung kaltstellen: Die Ampel-Ideologie macht arm!

Für eine Bundesregierung mit einem sozialdemokratischen Kanzler sind diese Zahlen eine Schande: Rund 5,5 Millionen Menschen lebten im vergangenen Jahr in Haushalten, in denen aus finanziellen Gründen nicht ausreichend geheizt werden konnte. Das entspricht einem Anteil von rund 6,6 Prozent und damit einer Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Die Ursache liegt auf der Hand: Explodierende Energiepreise aufgrund von grüner Ampel-Ideologie.

Es bestätigt sich, was die AfD immer vorhergesagt hat: Mit dem Wirtschaftskrieg gegen Rußland wird nur der eigenen Bevölkerung geschadet. Wir müssen daher die Nord-Stream-Leitungen reparieren und schnellstmöglich in Betrieb nehmen, aber auch die unsägliche CO₂-Bepreisung abschaffen. Deutschland gehört bei Steuern und Abgaben bereits zu den unrühmlichen internationalen Spitzenreitern. Wir müssen die Menschen endlich entlasten und für warme Wohnungen sorgen, denn mit grüner Ideologie kann man nicht heizen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. November 2023: >>**Fall Ofarim: "Die Judenkarte gespielt"**

Von *Sven Eggers*

Es geht ja wohl nicht an, daß uns Gil Ofarim mit seiner Lügengeschichte über Jahre hinweg in Haftung nehmen konnte. Kaum jemand hat Widerspruch gewagt. Das muß sich ändern. Nie

war ein Politikwechsel wichtiger. ...

Gestern flog auf, was viele Normaltückende ahnten: Der Musikant Gil Ofarim wurde im Oktober 2021 eben nicht wegen seiner Davidstern-Kette aus dem Westin-Hotel in Leipzig geworfen; er wurde eben nicht antisemitisch angefeindet; er hat die ganze Story von A bis Z frei erfunden. ...

Die Antisemitismus-Keule

Die Reaktionen sind zahlreich. Die Welt kommentiert am heutigen Tag zu Gil Ofarim: "Er hätte die Judenkarte nicht spielen sollen, und seine Kritiker sollten es auch nicht." Im Folgenden haben wir einige bezeichnende Zitate aus dem Oktober 2021 zusammengetragen, die verdeutlichen, wie massiv in diesem Fall mit der Antisemitismus-Keule zugeschlagen wurde.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland; Josef Schuster, wollte beispielsweise keinerlei nähere Ermittlungen abwarten und twitterte am 5. Oktober 2021: "Die antisemitische Anfeindung gegen Gil Ofarim ist erschreckend. So wie zu hoffen ist, daß das Westin personelle Konsequenzen zieht, hoffe ich ebenso, daß wir künftig auf Solidarität treffen, wenn wir angegriffen werden." Einen Tag später legte Schuster, zitiert von der Frankfurter Rundschau, nach: "Wir sind zudem mehr als irritiert, daß eine deutliche Entschuldigung des Hotels gegenüber Gil Ofarim bisher ausgeblieben ist."

Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes war gleich am 5. Oktober via X (damals noch Twitter) aktiv: "Das ist ein unfäßbarer Fall von Antisemitismus. Eine rasche Antwort des Hotels ist überfällig. Aus unserer Sicht kann das nicht folgenlos bleiben."

Der berufsbedingte RBB-Journalist Olaf Sundermeyer goß am 5. Oktober 2021 per Twitter Öl ins Feuer: "Bisher war ich zwei Mal zu Gast im Westin Leipzig. Ein drittes Mal wird es nicht geben." Gestern dann seine bemerkenswerte Kehrtwende: "Dieser Tweet war ein Fehler. Für die Aussage entschuldige ich mich. Ich habe mich von Gil Ofarim täuschen und zur Empörung hinreißen lassen."

Eigens per Pressemitteilung vom 5. Oktober meldete sich unmittelbar nach dem Ofarim-Video auch Lea Rosh als Vorsitzende des Förderkreises Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu Wort. Danach gelte Gil Ofarim die "uneingeschränkte Solidarität": "Wir fordern eine lückenlose Aufklärung und personelle Konsequenzen." Und: "Juden waren in Deutschland schon mal in Hotels unerwünscht. Das war 1933. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung in personelle Konsequenzen."

Empört, betroffen, bedrückt ...

Sachsens CDU-Innenminister Roland Wöllner griff ebenfalls ganz tief in die Empörungs- und Betroffenheitskiste. Von Deutschlandfunk Kultur wurde er am 5. Oktober wie folgt zitiert: "Es ist eine der bedrückendsten Erfahrungen, zu erleben, daß jüdisches Leben in Deutschland in einem solchen Maße gefährdet ist."

Ebenfalls am 5. Oktober twitterte Sachsens SPD-Vize-Ministerpräsident Martin Dulig: "Es ist inakzeptabel und macht mich wütend, was Gil Ofarim in meinem Heimatland widerfahren ist. Ich spreche für die übergroße Mehrheit der Menschen in Sachsen, wenn ich mich stellvertretend für die antisemitische Demütigung entschuldige. Wir haben noch viel zu tun in Sachsen."

Der damalige BRD-Außenminister Heiko Maas gab sich im Rahmen der Verleihung des Shimon-Peres-Preises in Berlin am 6. Oktober 2021 "fassunglos": "Leipzig ist kein Einzelfall". Sein Appell: Alle müßten sich "immer und überall" Antisemitismus entgegenstellen.

Die New York Times berichtete über den Fall Ofarim, CNN auch und natürlich ausnahmslos alle bundesdeutschen Zeitungen. Selbstverständlich war auch die Süddeutsche ganz vorne mit dabei, gruselte ihre Leser am 6. Oktober mit der Überschrift "Grand Hotel Abgrund". Im Text wurden ungeniert Parallelen zu den Zuständen in der Weimarer Republik gezogen und "die Entsetzlichkeit der Geschehnisse im Leipziger Westin Hotel" beklagt. Jetzt lautet die Überschrift bei der Süddeutschen Zeitung recht lapidar: "War doch nicht so."

Die Mitteldeutsche Zeitung überschrieb ihren Kommentar vom 5. Oktober mit "Das häßliche Deutschland" und lieferte dann auch: "Eine Entschuldigung des Hotels in Leipzig und personelle Konsequenzen sind das Mindeste, was nun folgen muß." Er sei "erschreckend, daß niemand eingegriffen hat, als ein Hotel-Mitarbeiter Gil Ofarim aufgefordert hat, den Davidstern abzulegen. Daß alle Umstehenden es in diesem Moment offensichtlich für selbstverständlich gehalten haben, im Deutschland des Jahres 2021 einen Juden diskriminieren zu können".

Geradezu rasend vor Empörung gab sich seinerzeit auch der Spiegel. Am 7. Oktober wurde unter der Überschrift "Im Westin nichts Neues" draufgehauen: "Wenn im Jahr 2021 in einem Hotel in Deutschland ein jüdischer Gast von einem antisemitischen Rezeptionisten am Einchecken gehindert wird und vor Ort erst niemand reagiert und danach alle falsch reagieren, dann belegt das: Wir haben ein großes wie grundsätzliches Problem." Dem Hotel wurde vorgeworfen, "in seiner Krisenkommunikation kein einziges Mal das nicht ganz unwichtige Wort 'Antisemitismus' zu verwenden."

Wenigstens die Neue Zürcher Zeitung hob etwa drei Wochen später, am 28. Oktober, mahnend die Stimme: "Bereits jetzt läßt sich aber sagen, daß manche Urteile reichlich voreilig waren und daß den Angeklagten - in diesem Fall die zwei Hotelangestellten - elementare Rechte wie die Unschuldsvermutung vorenthalten wurden. So suggerierten Politiker, Medien und staatliche Behörden anfänglich, daß Ofarims Aussagen Fakten seien, obwohl die Hotelangestellten ihre Unschuld beteuerten."

Es kann unmöglich so weitergehen in der Bundesrepublik Deutschland. Kein Qualitätsjournalist sah sich in der Lage, die Lügen des Gil Ofarim aufzudecken. Statt dessen hat man sich mit Blick auf die hiesigen Machtverhältnisse in den Chor der Empörten eingereiht. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. November 2023 (x1.344/...): >>**Dekadenz pur: Ampel fliegt mit hundertn Mitarbeitern zur "Klimakonferenz"!**

Entrückter und abgehobener vom Volk kann man kaum sein: Während Deutschland in eine Wirtschaftskrise schlittert und die Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren, fliegt die Ampel-Regierung mit mehr als 250 Mitarbeitern zur "Weltklimakonferenz" nach Dubai. Allein das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck entsendet 47 Personen. Wie hoch die Gesamtkosten für den Mega-Ausflug sind, teilt die Bundesregierung nicht mit.

Es ist ein Treppenwitz: Den normalen Bürgern redet man "Flugscham" ein, Autofahren und Heizen wird maßlos verteuert. Die vermeintliche "Elite" fliegt indessen mit einem halben Dorf nach Dubai, um über weltfremde Energiewende-Phantasien zu debattieren. Wir finden: Die Ampel-Regierung kann am besten gleich in Dubai bleiben und ihre Amtsgeschäfte Politikern überlassen, die mit dem Geld der Bürger sparsamer umgehen. Eine AfD-Regierung wird auf derartige Geldverschwendung verzichten und statt dessen dafür sorgen, daß Infrastruktur, Gesundheitssystem und Familienförderung verbessert werden!<<

Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2023 (x1.345/...): >>**16-Jähriger Franzose getötet**

Bluttat von Migranten in Crépol: die Tagesschau berichtet nur von "Rechtsextremen"

Fast zwei Wochen nachdem ein 16-Jähriger bei einem Überfall arabischstämmiger Jugendlicher auf ein Dorffest im französischen Crépol getötet wurde, berichtet die Tagesschau über den Fall. Doch nicht über das Blutbad, das laut Augenzeugen ein weißenfeindliches Motiv hatte oder über die vielen friedlichen Proteste, sondern nur über Aufmärsche von "Rechtsextremen".

"Rechtsextremismus", mit diesem Hashtag versah die Tagesschau auf X (vormals Twitter) ihren Artikel über den Überfall auf ein Dorffest in der französischen Gemeinde Crépol. Der Bericht kommt fast zwei Wochen nachdem arabischstämmige Jugendliche aus einem weißenfeindlichen Motiv mit Messern auf Besucher des "Wintertanzes" losgegangen seien sollen und

dabei den 16-jährigen Thomas töteten. Doch um die Bluttat geht es der Tagesschau nicht, sondern um die Proteste die daraufhin in Frankreich ausbrachen - um einen Aufmarsch "Rechtsextremer".

"Rechtsextreme hatten den Angriff als 'antiweißen Rassismus' bezeichnet", schreibt die Tagesschau zu dem schrecklichen Blutbad, daß sich am 18. November in der 500-Einwohner Gemeinde abspielte. Ohne dabei zu erwähnen, daß es Berichte von Zeugen sind, die von weißenfeindlichen Motiven sprechen - daß die Täter laut einem Zeugen "Wir wollen Weiße abstechen" gerufen haben sollen.

Thomas wurde mit Messerstichen in Brust und Herz getötet

Die Tagesschau macht sich nicht die Mühe, den Tatablauf näher zu beschreiben - erwähnt nicht, daß zehn bis zwanzig ortsfremde Jugendliche gegen 1.30 Uhr bei dem Fest erschienen sein sollen. Auch nicht, daß die Türsteher bereits zwei von ihnen Messer abnahmen, bevor es zu einem Streit mit Fest-Besuchern kam. Der 16-jährige Thomas, der kurz danach angegriffen wurde, wurde mit Messerstichen in Brust und Herz getötet. Zwei weitere Personen im Alter von 23 und 28 Jahren wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht, insgesamt 17 Personen wurden verletzt - einem der Opfer sollen mehrere Finger abgetrennt worden sein.

Die Tagesschau verweist einzig darauf, daß es laut Staatsanwaltschaft "bislang 'weder hinreichende noch juristisch entscheidende' Hinweise" darauf gebe, "daß der Mord an Thomas eine Tat gegen Weiße war". Der mutmaßliche Täter, der inzwischen festgenommen wurde, habe die französische Nationalität. Insgesamt nahm die Polizei neun Tatverdächtige fest - darunter drei Minderjährige. Die anderen sollen zwischen 19 und 22 Jahre alt sein.

Kein Wort zu friedlichen Protesten

Statt sich mit Details herumzuschlagen, berichtet die ARD ausführlich, daß "Rechtsextreme" am vergangenen Samstag in Roman-sur-Isère, aus dem die Täter stammen sollen, aufmarschiert seien und "ausländerfeindliche Parolen wie 'Frankreich den Franzosen' oder 'Die Straße und Frankreich gehören uns'" gerufen haben sollen. Der französische Innenminister Gérald Darmanin habe daraufhin von einer "Mobilisierung, die sich Bürgerkrieg wünscht" gesprochen und das Verbot von "drei rechtsextremen Gruppen" angekündigt.

Von den vielen friedlichen Demonstrationen in den letzten zehn Tagen berichtet die Tagesschau nicht. Nicht davon, daß Bürger Luftballons in Gedenken an den getöteten Thomas aufsteigen ließen oder das Freunde des 16-jährigen einen Trauermarsch zu seinen Ehren veranstalteten. Das große Leid - die Wut und Trauer - in der Gemeinde Crépol scheint beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenig zu interessieren.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2023 (x1.345/...): >>Geheimer Kreis von Nachrichtendienst-Mitarbeitern organisierte weltweite Zensur im Netz

Neue Enthüllungen zeigen, daß US-Regierungsmitarbeiter 2018 eine Gruppe gegen "Desinformation" bildeten. Diese organisierte staatlich koordinierte Zensur von größtenteils konservativ-liberalen Inhalten durch Social-Media-Konzerne in der Coronazeit.

Sebastian Thormann

Neue Enthüllungen der US-Journalisten Michael Shellenberger, Alex Gutentag und Matt Taibbi, die auf den Twitter-Files aufbauen, zeigen den Ursprung einer mit Regierungsbehörden koordinierten Zensurkampagne auf Social Media. Demnach begann bereits 2018 und 2019 eine Gruppe von Mitarbeitern amerikanischer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden sowie privater Verteidigungsdienstleister aus den USA und Großbritannien eine Gruppe zu formieren, die sich die Zensur unliebsamer "Desinformation" zur Aufgabe machen sollte.

Laut Shellenberger und Co. führten die Anstrengungen dieser "Cyber Threat Intelligence League" (CTIL), zu Deutsch in etwa "Cyber-Gefahren-Nachrichtendienst-Liga", später dazu, daß im Corona-Jahr 2020 solche Taktiken auch von offiziellen Regierungsstellen in den USA an-

gewandt wurden. Dies wurde später mit den Enthüllungen Musks über die Twitter-Files publik und löste in den USA einen Skandal aus, der unter anderem dazu führte, daß Bundesgerichte ähnliche Kooperationen zukünftig verboten und das bisherige Vorgehen in einem Gerichtsbeschuß etwa als "Orwellsche" Praktiken brandmarkten.

"Diese gezielte Unterdrückung konservativer Ideen ist ein perfektes Beispiel für die Diskriminierung politischer Äußerungen", schrieb etwa ein Bundesrichter. "Amerikanische Bürger haben das Recht, sich an einer freien Debatte über die wichtigen Themen zu beteiligen, die das Land betreffen ... die bisher vorgelegten Beweise zeigen ein fast dystopisches Szenario."

All das nahm also seinen Ursprung mit der CTIL als freiwilliger Zusammenschluß von Regierungsmitarbeitern und privaten Beratern. Intern war man sich dort wohl der Problematik bewußt. Ein CTIL-Mitglied schrieb in einem Chat davon, daß solche Aktivitäten im Ausland zwar "normalerweise" von "der CIA, der NSA und dem Verteidigungsministerium" durchgeführt werden, Zensur "gegen Amerikaner" jedoch nur mit Hilfe privater Partner möglich sei, da die US-Regierung dafür nicht über die "rechtliche Grundlage" verfüge.

"Wiederholung von 2016" verhindern

Die Whistleblowerin, von der die US-Journalisten berichten, beschrieb demnach, daß die Leiterin der CTIL, eine "ehemalige" britische Geheimdienst-Analystin, 2017 in den letzten Tagen der Obama-Administration vor der Amtsübergabe an seinen gewählten Nachfolger Trump "im Raum" im Weißen Haus gewesen sei, als sie dort die Anweisung erhielt, ein Projekt zur Bekämpfung von Desinformation ins Leben zu rufen, um eine "Wiederholung von 2016" zu verhindern - eine klare Anspielung auf den Sieg Trumps.

Was machte CTIL also dann? Erstmal trackte man Trends in den sozialen Medien, die man als "Desinformation" sah - selbst wenn das völlig berechtigte politische Anliegen amerikanischer Bürger waren. In der Lockdown-Zeit waren dies Schlagwörter wie "Alle Arbeitsplätze sind lebenswichtig!", "Wir werden nicht zu Hause bleiben!" und "Öffnet Amerika jetzt!" - also alles Kampagnen gegen die Corona-Maßnahmen in vielen US-Bundesstaaten.

"Gegenmaßnahmen" für Corona-kritische Beiträge

Danach begann man entweder die Plattformen selbst zur Löschung der Posts und Profile aufzufordern oder initiierte "Gegenmaßnahmen", wie etwa "Gegen-Massaging", das Übernehmen und Spammen von Hashtags, um deren Anliegen zu verwässern oder das Infiltrieren private Gruppen. Man war dabei auf Experten angewiesen.

Laut Shellenberger und Co. fragte CTIL neue (Nachrichtendienst-)Mitglieder unter anderem "Haben Sie schon einmal mit Einflußmaßnahmen (z.B. Desinformation, Hassrede, andere digitale Schäden usw.) gearbeitet?" Und ob zu diesen Einflußmaßnahmen "aktive Maßnahmen" und "Psych-Ops" gehörten. Mitarbeiter bestimmter Regierungsbehörden zeigten in internen Chats von CTIL ihre Zugehörigkeit etwa, indem sie Icons ihrer Behörden wie der FBI oder CISA verwendeten. CISA ist eine Cybersicherheitsbehörde des US-Heimatschutzministeriums.

Entsprechende Behörden äußerten sich nicht zu den Vorgängen. Ein einziger Beteiligter schrieb lediglich: "Alles, was ich kommentieren kann, ist, daß ich der CTI-Liga beigetreten bin, die keiner Regierungsorganisation angehört, weil ich den Unsinn ... im Internet während der Corona-Krise bekämpfen wollte ... Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß wir nichts mit der Regierung zu tun hatten."

Auf die gleiche rechtliche Argumentation beriefen sich dann Behörden wie CISA und das FBI als sie später in 2020 in direkte Gesprächen zur "Koordinierung" und zum "Informationsaustausch" mit Social-Media-Konzern "Vorschläge" und "Empfehlungen" lieferten - die Unternehmen also indirekt unter Druck setzten, ohne formell ihnen eine Anweisung zur Zensur zu geben.

Nach der Darstellung des Whistleblowers entstanden viele dieser Koordinierungsprogramme

wie etwa die "Election Integrity Partnership" der CISA sowie FBI-Gesprächsformate mit Social Media durch die Vorarbeit von CITL. All das lief am Ende auf die Zensur unliebsamer Meinungen oder Darstellungen hinaus - wie etwa die Zensur der New York Post-Story rund um den Laptop von Joe Bidens Sohn Hunter Biden und dessen brisante Inhalte. Manche Umfragen besagen, daß eine breitere Bekanntheit der Story die mit gut 40.000 Stimmen entschiedene Präsidentschaftswahl 2020 zugunsten Trumps entschieden hätte.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. November 2023:

>>**Die wahren Gründe für den Krieg in Gaza - Teil 1**

Bei dem Krieg in Gaza geht es in Wahrheit um Öl und Gas und um den geopolitischen Konflikt zwischen den USA und Rußland. Religiöse Fanatiker laden wiederum diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf. ...

_ von *Thomas Röper*

Das klingt unglaublich? Überprüfen Sie es selbst, denn es ist vollkommen offensichtlich, wird aber von den westlichen Medien verschwiegen. Ich wollte schon länger einen Artikel darüber schreiben, daß es vor Gaza ein riesiges Öl- und Gasfeld gibt, das der wahre Grund für den Gazakrieg ist. Bisher bin ich jedoch nicht dazu gekommen, gründlich dazu zu recherchieren.

Die Vorgeschichte beginnt 1995

Ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken, denn mir wurde von einem Freund ein Artikel von einem russischen Blogger zugeschickt, der diese Recherche gemacht und veröffentlicht hat. Ich habe seinen Artikel und seine Quellen als Basis für meinen Artikel genommen und meine eigenen Gedanken und Erkenntnisse hinzugefügt.

Natürlich kann man die Vorgeschichte des aktuellen Krieges auch vor über hundert Jahren oder bei der Gründung des Staates Israel und der darauf folgenden Unterdrückung der Palästinenser suchen, aber das wäre zu allgemein gehalten. Der aktuelle Konflikt hat nämlich sehr viel konkretere Wurzeln.

Die Vorgeschichte des heutigen Gazakrieges beginnt im Jahr 1995. Am 28. September 1995 wurde in Washington das Oslo-2-Abkommen unterzeichnet, das Palästina unter anderem das Recht einräumt, selbständig über seine Bodenschätze zu verfügen. Am 5. Oktober desselben Jahres ratifiziert das israelische Parlament, die Knesset, das Abkommen.

Vier Jahre später schließt Palästina einen Vertrag mit dem britischen Unternehmen BG (British Gas), denn die palästinensische Regierung will herausfinden, ob es im an dem palästinensischen Gazastreifen angrenzenden Schelf Bodenschätze gibt. BG, die unter anderem auf geologische Erkundung spezialisiert ist, übernimmt den Auftrag.

Der Jackpot vor dem Gaza-Streifen

Im Jahr 1999 findet BG den Jackpot. Sie findet vor Palästina, 20 Seemeilen von der Küste entfernt, reiche Gas- und Ölvorkommen. Ein Bericht einer Konferenz der UN-Handels- und Entwicklungskommission von 2019 enthält die genauen Zahlen. Die Experten der UN-Kommission schätzten die palästinensischen Gasreserven auf 122 Billionen Kubikfuß und 1,7 Milliarden Barrel Öl. 2017, als das der Konferenz zugrunde liegende Dokument erstellt wurde, wurden die Vorkommen auf einen Wert von 453 Milliarden Dollar für Gas und 71 Milliarden Dollar für Öl geschätzt.

Da das wichtig ist, nochmal: Der Wert der Gas- und Ölvorkommen vor der Küste von Gaza, die den Palästinensern laut dem Abkommen von Oslo gehören, belief sich nach Preisen von 2017 auf über eine halbe Billion Dollar, genauer gesagt auf 524 Milliarden Dollar. Durch Inflation und andere Faktoren bereinigt liegt dieser Betrag heute bei über 600 Milliarden Dollar. 2002 stimmt Palästina dem Vorschlag von BG zu, im Gazastreifen eine Infrastruktur für die Förderung und Verarbeitung von Gas aufzubauen und mit dem Bau einer Gaspipeline, vor allem nach Europa, zu beginnen.

Israel lehnt das ab, da die Pipeline durch von Israel kontrolliertes Gebiet führen würde. Statt

dessen bietet Israel Palästina eine andere Lösung an: die Lieferung des Gases an Israel zu einem internen Preis, also nicht zum Marktpreis, damit Israel das Gas weiter nach Europa exportieren kann. Palästina ist natürlich dagegen.

Der Traum vom "blühenden Garten" Gaza

All das schwelt jahrelang vor sich hin, während sich die Seiten immer wieder gegenseitig beschließen. 2007 finden unter anderem auf Druck der USA Wahlen in Gaza statt, die die Hamas gewinnt. Die Hamas wurde damit, ob es einem gefällt oder nicht, die demokratisch legitimierte Regierung von Gaza. Da den USA das Ergebnis der von ihnen selbst geforderten Wahlen nicht gefiel, verweigerten sie der Hamas die Anerkennung. Als die Hamas 2007 an die Macht kommt, verspricht sie, in Gaza-Stadt eine blühende "Gartenstadt" zu verwandeln.

Ökonomische Faktoren sind die eine Seite bei der Beurteilung dieses Krieges. Religiöse Fanatiker wiederum laden diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf. Religiöse Fundamentalisten im Judentum, Christentum und im Islam träumen von der letzten Schlacht, in der der Teufel besiegt wird. Danach breche das Reich Gottes an. Diese Apokalyptiker werden zu einer immer größeren Gefahr für den Weltfrieden. Lesen Sie mehr darüber in unserer brandaktuellen Ausgabe "Endzeit: Wie Fanatiker den Weltuntergang planen".

Israel verhängte daraufhin die Seeblockade und blockierte damit alle palästinensischen Bemühungen, die nötige Infrastruktur zu entwickeln. Am 27. Dezember 2008 hat die israelische Armee Palästina angegriffen. Palästina wehrt sich, auch mit Raketen.

Israel ist aber stärker und rücksichtsloser. Journalisten des Guardian schätzen, daß 83 Prozent der über 1.400 palästinensischen Todesopfer (darunter 313 Kinder) Zivilisten waren. Entscheidend ist jedoch, daß Israel mit der Operation "Cast lead" einen großen Teil des Gazastreifens zerstört und das an den Gazastreifen angrenzende Seegebiet entgegen dem Völkerrecht und den früheren Vereinbarungen zu seinem Eigentum macht. BG schließt sein Büro in Tel Aviv, um nicht in dieses Chaos verwickelt zu werden.

Nord-Stream-Sprengung als Startsignal

Von 2008 bis 2022 gibt es einige Aktivitäten auf dem Schelf, aber insgesamt ist das Projekt eingefroren, da es regelmäßig zu militärischen Zusammenstößen kommt. Am 26. September 2022 - also erst vor kurzem, und nach den Maßstäben der langfristig planenden Öl- und Gasindustrie buchstäblich gestern - wurden die Nord-Streams, die Rußland und Deutschland gehören, gesprengt. Auch wenn die westliche Presse versucht, die Sprengung der Ukraine anzuhängen, gibt es international kaum Zweifel daran, daß die USA dahinter stecken.

Im Sommer 2023 werden unter Vermittlung der USA Treffen zur Frage der raschen Entwicklung des Gasfeldes eingeleitet. Am 18. Juni 2023 gibt Benjamin Netanjahu eine offizielle Erklärung ab, in der er das Projekt zur Erschließung des Ölfeldes gestattet, jedoch ohne Palästina zu erwähnen:

"Das Projekt ist notwendig, um die Sicherheit und die diplomatischen Bedürfnisse des Staates Israel zu gewährleisten."

Am selben Tag erklärte Hamas-Sprecher Ismail Rudwan Folgendes:

"Wir bekräftigen, daß unser Volk in Gaza das Recht auf seine Bodenschätze hat."

Man muß kein Experte sein, um diese beiden Aussagen zusammenzufügen und zu verstehen: Israel sagt "das sind unsere 600 Milliarden", Palästina sagt "nein, das sind unsere Bodenschätze". Das war das Startsignal für den Gazakrieg.

Es geht um 600 Milliarden Dollar, was wir zum Verständnis einordnen müssen: Das gesamte BIP Palästinas beträgt nur 18 Milliarden Dollar, für Palästina sind 600 Milliarden unvorstellbare Summe und die Chance, das "Wunder von Dubai" zu wiederholen. Palästina könnte ein Paradies nach dem Vorbild von Dubai werden - mit Wohlstand, Tourismus und so weiter.

Israel verteilt Förderlizenzen

Am 7. Oktober marschiert die Hamas in Israel ein. Israel antwortet. Ein weiteres Massaker

beginnt. Während Menschen sterben, finden - von dem medialen Dauerfeuer über den Krieg verborgen - mehrere wichtige Ereignisse statt, über die die Medien kaum berichtet haben.

Am 30. Oktober 2023 erteilte Israel - die Bodenoffensive im Gazastreifen steht bevor - sechs Konzernen Lizenzen für die Gasförderung an genau dem Ort, der laut dem Abkommen von Oslo zu Palästina gehört. Im Klartext: Nach dem Beginn des Krieges vergibt Israel, nicht Palästina, die Genehmigungen für die Gasförderung in den Gewässern vor Gaza an internationale Unternehmen. Unter den Unternehmen, die eine Lizenz erhalten haben, ist das das britische Unternehmen British Petroleum. Die Israeli Times berichtete begeistert darüber.

Am 30. Oktober 2023, also am selben Tag, entließ der britische Premierminister Rishi Sunak seinen Minister Paul Bristow, weil der einen Waffenstillstand im israelisch-palästinensischen Konflikt gefordert hatte.

Der britische Premierminister verhielt sich generell merkwürdig, indem er auf Zeit spielte und nicht über einen Waffenstillstand in der Region sprach. De facto unterstützte Sunak das Vorgehen Israels, die vollständige militärische Kontrolle über den Gazastreifen und natürlich den Festlandsockel zu erreichen. Es stellt sich die Frage, warum?

Das Spiel von Rishi Sunak

Die Antwort ist denkbar banal: Die IT-Firma Infosys, die Rashi Sunaks Frau, der Milliardärin Akshata Murty, gehört, hat im Sommer 2023 einen 1,5-Milliarden-Dollar-Deal mit BP abgeschlossen. Zur gleichen Zeit genehmigte Sunak mehr als 100 Lizenzen zur Erschließung von Öl- und Gasfeldern in der Nordsee (wie war das noch, mit der grünen Energiewende?). Der größte Nutznießer ist wiederum BP.

Die Medien bringen die Tatsache, daß Sunak de facto die Interessen von BP schützt, indem er einen Waffenstillstand in Israel verhindert, nicht in Verbindung. Aber Rashi Sunak unterstützt die israelische Militäroperation, deren Ziel die Erlangung der vollständigen Kontrolle über den Gazastreifen ist.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Katar: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2023 (x1.345/...): >>Emir von Katar demütigt Steinmeier - Sinnbild für ein Land, das niemand mehr respektiert

Steinmeier steht mit verschränkten Armen beleidigt an seinem Flugzeug: Eine halbe Stunde wird das deutsche Staatsoberhaupt in Katars Hauptstadt Doha einfach stehengelassen. Sinnbild für ein Land, das niemand mehr ernst nimmt.

Max Roland

Bundespräsident Steinmeier reist nach Katar, um mit dem Emir unter anderem über den Nahostkonflikt zu sprechen. Doch als das deutsche Staatsoberhaupt ankommt, ist der Gastgeber nicht da. Steinmeier darf warten. Eine halbe Stunde später kommt dann auch der katarische Außenminister. Erst dann verläßt Steinmeier sein Flugzeug und begibt sich zum Auto, um zum Treffen mit dem Emir zu fahren.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte: Der Bundespräsident steht verloren auf der Treppe am Flugzeug. Mißmutig und mit verschränkten Armen starrt Steinmeier den roten Teppich herab. Bis dahin ist neben der katarischen Ehrengarde, die entlang des Teppichs Position bezogen hat, nur der deutsche Botschafter in Doha vor Ort. Die stramm stehenden Soldaten sind die einzigen Katarer, die Steinmeier tatsächlich die Würdigung zuteilwerden lassen, die ein Bundespräsident verdient.

Es ist eine Machtdemonstration des Emirs: Der Staatsherr eines Landes, dreimal so klein wie Baden-Württemberg, läßt das Staatsoberhaupt des mächtigen Deutschlands warten. Er weiß: Er kann es. Denn er hat Deutschland in der Hand. Steinmeier hingegen steht nicht nur ziemlich doof da, sondern auch für ein Land, dessen außenpolitische Kreditwürdig-

keit) längst gegen null geht. Und wer könnte das bitte besser darstellen als Steinmeier, der für fast jede große Fehlentscheidung der jüngeren deutschen Außenpolitik verantwortlich war? Der Bundespräsident war nach Katar gereist, um mit dem Emir unter anderem über die Freilassung der Geiseln in Gewalt der Hamas zu sprechen. Doch offenbar wird sein Einsatz, sein Besuch wenig geschätzt. Auch das ein Symbol für die deutsche Nahostpolitik: Deutsche Politiker wollen verzweifelt Vermittler spielen - aber niemand nimmt sie ernst. Scheinbar hat keiner besonders viel Respekt vor einem Steinmeier-Land. Zumindest nicht in Katar. Ob Steinmeier dann anschließend - wie Robert Habeck vor ihm - den Bückling vor dem Emir gemacht hat, wissen wir nicht. Es müßte auch gar nicht mehr sein. Denn wer sich hier im Zweifel wem unterwerfen muß, ist deutlich genug geworden.<<

30.11.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. November 2023:

>>Musk: Vielleicht ist Pizza-Gate doch wahr ...

Von Karel Meissner

Mainstream-Medien erklärten die "Pizza Gate" Affäre zum Mythos. Aber Elon Musk ist sich da nicht so sicher ... Weshalb die Woken jetzt völlig durchdrehen. ...

Elon Musk ist der neue Schrecken der Wokeness-Bourgeoisie. Mit dem Kauf von Twitter hat der Milliardär deren virtuellen Safe-Space gesprengt. Scharenweise flüchten die jetzt zu BlueSky, das eine inhaltliche Twitter-Nachfolge verspricht: Also Cancel-Culture und Zensur gegen Oppositionelle.

Aber nicht bloß das Fehlen von Betreuung macht den Mainstreamern zu schaffen. Vor allem Musks eigene Posts sorgen für Aufruhr im medialen Hühnerstall. Der neueste "Skandal": Musk kommentierte die mysteriöse "Pizza Gate" Affäre - laut Propaganda-Medien eine längst "widerlegte Verschwörungstheorie".

Besonders traumatisch: Angeblich gewann Donald Trump aufgrund dieses Skandals die 2016er Wahl. Sie erinnern sich: "Pizza Gate" war laut FBI ein Codewort für einen Pädophilenring, dem zahlreiche Prominente - auch aus der Polit-Establishment - angehörten. Der Begriff entstammte diversen E-Mails, die Hillary Clintons Wahlkampfmanager John Podesta mit seinem Bruder ausgetauscht hatte. In der Einladungsmail für eine Party hieß es beispielsweise: "Uber-Service für den Transport von Ruby, Emerson und Maeve Luzzatto (11, 9, und fast 7), so daß Sie weitere Unterhaltung haben werden, und sie werden mit Sicherheit in diesem Pool sein."

Und COMPACT 7/2020: "Kinderschänder: Die Netzwerke der Eliten" zeigt in zahlreichen Artikeln, weshalb dieses Pädophilen-Netzwerk keineswegs "widerlegt" ist.

Zurück zu Elon Musk: Der postete auf X kürzliche einige Screenshots aus der TV-Serie "The Office", denen via Untertitel ein Dialog über "Pizza-Gate" untergeschoben wurde:

Mann: "Pizzagate' ist real"

Frau: "Nein ist es nicht, wir haben Experten."

Mann: "Sie haben Kinder verschleppt".

Frau: "Aber wir haben Experten".

Mann: "Dein Experte ist gerade wegen Besitz von Kinderpornographie ins Gefängnis gewandert"

Die Frau schaut ihn irritiert an.

Der letzte Satz des Dialog-Memes ("Dein Experte ist gerade wegen Besitz von Kinderpornographie ins Gefängnis gewandert") spielt auf den ABC-Journalisten James Gordon Meek (New York Post) an. Der galt temporär als Aufdecker der "Pizza-Gate-Affäre" und wurde kürzlich selbst wegen Besitz und Weitergabe von Kinderpornographie eingeknastet. In seinem Kommentar zum Meme fand Musk, daß "das wenigstens ein bißchen verdächtig" sei.

Nein, schreien die Mainstream-Medien: Musk ignoriere, daß Meek die "Pizza-Gate-Affäre"

eben nicht entlarvt habe. (Außerdem darf man Mainstream-Versionen nicht einmal im Spaß anzweifeln.) Aber schlimmer noch: Der Tesla-Gründer habe innerhalb von zwei Wochen fünf Posts zu "Pizza Gate" rausgehauen. Der hier vorgestellte ist bereits wieder gelöscht. Ein "Experte" für Verschwörungstheorien, Logan Strain, warnte in der Washington Post: Musks ungefiltertes Verbreiten solcher Inhalte sei "unheimlich gefährlich".

Wer hat hier welche Leben zerstört? Wer hat aufgrund der "Pizza-Gate-Theorie" Verbrechen begangen? Jedenfalls tröstet sich Propaganda-Medien mit der Feststellung, daß es mit X bergab gehe: Ehrwürdige Konzerne wie IBM, Sony und Lionsgate bis hin zu Amazon und Coca-Cola zögen bereits die Reißleine. Und sogar "das gemeinwohlorientierte Medienhaus Correctiv" (Stern.de) hätte sein Konten gekündigt. Correctiv gemeinwohlorientiert?!? ... Äh ja ...<< Zweifellos ein schrecklicher Verlust...

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 30. November 2023 (x1.348/...): >>Mediziner und Wissenschaftler: "Killt keine Kinder!"

Von *Herbert Ludwig*

Am 16.11.2022 veranstalteten die "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie" (MWGFD) in München eine Pressekonferenz, in der wissenschaftliche Experten fundiert über aktuelle medizinische, statistische und rechtliche Themen der "Corona-Krise referierten. Es war dies der Auftakt einer Reihe weiterer Informationsveranstaltungen. Schwerpunkt war die ohne Not immer stärker betriebene "Corona-Impfung" der hilflosen Kinder und Säuglinge, die angesichts der weltweit anschwellenden schweren und tödlichen Nebenwirkungen eine besondere Ruchlosigkeit darstellt. Nachfolgend bringen wir einen Bericht von Uwe Kranz. (hl)

Pressemitteilung von Uwe Kranz

<https://www.mwgfd.de/>

Mit diesem wuchtigen Motto zierte der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie (MWGFD) seine erste Pressekonferenz in der Münchner Eventlocation "Weitblick" am 16.11.2022. Wuchtig auch der Auftritt: Sieben international anerkannte Experten referierten komprimiert und knapp zu ihren Spezialgebieten, beantworteten anschließend über eine Stunde lang geduldig die Fragen der Medien und Gäste, bevor sie sich exklusiven Interviews stellten.

Von solchen gehaltvollen Informationsveranstaltungen wird es künftig mehr geben, auch wenn es durchaus die eine oder andere kritische Stimme zu Plakat (zu "reißerisch") und Aufmacher gab, wonach Kinder vom Verein ebenso instrumentalisiert würden, wie von Impfbefürwortern und zum wissenschaftlich-sachlichen Gehalt der Konferenz im Kontrast stünden. Das wird der MWGFD künftig sicher bedenken, aber: Die drastische Wortwahl entspricht der bisherigen unmenschlichen Absicht, unsere Babys und Kleinkinder dem gentherapeutischen Massenexperiment zu opfern, nachdem über zwei Jahre lang mit wissenschaftlicher Sachlichkeit erfolglos gemahnt wurde.

Kernthemen waren: die Verurteilung des Passauer Arztes Dr. Weigl verbunden mit der evidenten Gesinnungsjustiz und der allgemeinen Maskenproblematik; die drohende Empfehlung der Baby- und Kleinkinderimpfung verbunden mit den Erkenntnissen zu (Kinder-)Übersterblichkeit, Impfschäden, Schwangerschaftsproblemen und Geburtenrückgang; die juristischen Dimensionen des Zulassungsverfahrens, der Änderungen des Arzneimittelgesetzes und die Rechtsfolgen der unzureichenden Aufklärung bei der Impfung.

Dr. Weigl nahm eingangs kurz zu seiner Verurteilung vom Vortag Stellung (Bewährungsstrafe von nur noch einem Jahr). Ein Rückzug der Gesinnungsjustiz auf Raten: die vorgeworfenen Fallzahlen schmolzen wie Schnee in der Sonne im Ermittlungsverfahren und in den beiden Instanzen von 1.096 über 75 auf 24 und selbst diese Fälle stehen auf dünnem Eis. Weggefallen sind Berufsverbot und Geldstrafe. Wohl zur politisch-motivierten Gesichtswahrung ge-

blieben ist die rechtsbedenkliche Urteilsbegründung. Dr. Weigl wird das Vorliegen von Revisionsgründen durch seine Verteidiger prüfen lassen.

Prof. Dr. Dr. Martin Haditsch betonte unterstützend die fehlende Evidenz der Maskenpflicht, die epidemiologische Unwirksamkeit und Irrelevanz der untauglichen und nicht zugelassenen Masken. Er konstatierte, daß Masken weder Eigen- noch Fremdschutz bieten, sondern nach vielen wissenschaftlichen Studien eher schaden und durch Mikropartikel zusätzlich toxisch belasten, vor allem Kinder.

Schwerpunkt der Veranstaltung war jedoch die Verhinderung einer Empfehlung durch die STIKO, jetzt auch noch die C- "Impfung" von Babys und Kleinkindern durchzuführen, so wie es die Europäische Medizinagentur (EMA) geraten hatte.

Prof. Dr. Werner Bergholz warnte eindringlich davor, denn jede Impfung müsse das Verhältnis von Nutzen und Risiko sorgfältig abwägen. Während auf der einen Seite feststehe, daß der Nutzen der "COVID-19-Impfung" nahezu bei null liege, liegen unwiderlegbare wissenschaftliche Belege dafür vor, daß die Risiken beträchtlich seien, sowohl im Hinblick auf schwere Nebenwirkungen als auch der Häufigkeit von Sterbefällen, wobei noch nicht einmal das Risiko späterer Schäden einbezogen wird.

Fatal wirke sich aus, daß das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) eine beträchtliche Untererfassung zulasse und internationale Daten aus England, den USA, Schweden und selbst die Diskrepanz zu den Freigabestudien von Pfizer/BioNTech einfach ignoriert. Mit großem Nachdruck forderte Dr. Bergholz eine umgehende Kurskorrektur nach dem Vorbild von England, Dänemark und Schweden.

Deutlich warnte auch Prof. Dr. Ulrike Kämmerer vor der "Baby- und Kleinkinderimpfung", denn diese zwingen schon die kleinen Körper, das gefährliche Spike-Protein herzustellen. Dieses verbleibe eben nicht an der Einstichstelle, sondern wandere in die Schaltstellen des kindlichen (wachsenden) Immunsystems ein, verteile sich überall im Körper und richte damit mehr Schaden an als eine Virusinfektion, wie Pathologen und Rechtsmediziner regelmäßig und zweifelsfrei in den Geweben von "Impfgeschädigten" nachweisen können.

Die häufig auffällige Immunschwäche wirke sich insbesondere aus auf die Reaktivierung von schlummernden Gürtelrosen oder bei plötzlich aufkommenden Krebserkrankungen. Ihr Fazit: Je mehr solche Lipid/RNA-Injektionen erfolgen, um so nachhaltiger werde das Immunsystem zerstört und um so mehr toxisches Spike könne sich schädigend in die Gewebe einlagern.

Vor diesem Hintergrund betonte Prof. Dr. Andreas Sönnichsen (per Zoom zugeschaltet) die ethische Sicht, die im Hippokratischen Eid, im Genfer Gelöbnis und im Nürnberger Kodex festgelegt ist.

Als Arzt müsse man sich an die Devise halten "Primum nil nocere", daß man also "keinen Schaden zufügen" dürfe. Angesichts der erschreckenden Kinder-Übersterblichkeit, die er in Wissenschaft und Praxis verfolge, warnt auch er vor der "Kinderimpfung", die schädlich, vollkommen sinnlos, unethisch und menschenverachtend sei. Er verlangt kategorisch die "Impfung" gesunder Kinder zu verbieten und forderte streng, den Nürnberger Kodex zu beachten.

In einem Zoom Beitrag wies Prof. Dr. Sucharit Bhakdi darauf hin, daß schon Neugeborene über ein ausgereiftes Immunsystem verfügen. Viele Hunderte von Millionen der Virusgenpakete gelangten nach der "Impfung" unweigerlich in die Blutbahn und damit in Zellen, die die Blutgefäße auskleiden. Die Schädigung der Gefäße verursache Thrombosen, die bis zu Herz und Hirn vordringen und zum Zelltod führen können.

Die anklagende Frage von Dr. Bhakdi war, wie die zuständigen Behörden eine solche "Impfung" überhaupt genehmigen konnten, vor allem, weil sie nie im Besitz des Virus gewesen waren und deshalb auch keine Tierversuche für die Schutzwirkung des "Impfstoffes" durchführen konnten. Die direkte Genehmigung der Menschenexperimente wurde von der EMA

und des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) sozusagen rechtswidrig "durchgewunken". Das seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an der Menschheit.

In die gleiche Richtung ging der Vortrag von der Fachanwältin Beate Bahner, die die vielfältigen vorsätzlichen Verstöße bei der Zulassung der "C-Impfstoffe" gegen alle nationalen und internationalen Sicherheits-Vorschriften rügte: Befreiung von der Umweltverträglichkeits-Prüfung, Befreiung von der toxikologischen Prüfung, der Prüfung auf krebserregende Wirkungen sowie sämtliche Prüfungen auf weitere Sicherheitsparameter (Fruchtbarkeit, Langzeitschäden).

Das ist angesichts der absoluten Neuartigkeit und Gefährlichkeit der "mRNA-Impfstoffe" und der "inhaltsreichen" Lipid-Stoffe eine ungeheuerliche Verletzung sämtlicher Sicherheitsvorschriften zum Schutze der Menschen, die einst zur Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes (AMG) führten.

Darüber hinaus wies die Anwältin auf die ihrer Ansicht nach verfassungswidrige Aushebelung des AMG durch die bereits im Mai 2020 heimlich, still und leise erlassene "Medizinischer-Bedarf-Versorgungs-Sicherstellungs-Verordnung" hin, wonach die "Impfstoffe" auch nach dem Verfallsdatum eingesetzt werden dürfen, die Packungsbeilage entfallen könne (Zusammensetzung, Wirkung, Nebenwirkungen), keine Fachinformationen für Ärzte mehr bereitgestellt werden müssen und Informationspflichten, Zertifizierungspflichten bzw. Chargenprüfungen durch das PEI entfallen. Diese Verordnung setzt damit 83 Millionen Bürger einem unabsehbaren Sicherheits- und Gesundheitsrisiko aus.

Die nachfolgende, über einstündige Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Medien und der Gäste bestätigte in vielerlei Hinsicht, daß die Referenten den Nerv der Zeit getroffen hatten. Einzelne Zuhörer schilderten die dramatische Situation von Angehörigen oder Patienten, die unmittelbar nach der Impfung schwere gesundheitliche Schäden erlitten. Dr. Weikl konnte auf das Pilotprojekt seines Vereins hinweisen, das diese "Impf-Opfer" an einen Ärzte- und Therapeutenkreis vermitteln könne, der sich speziell der Patienten mit einem Post-Vac-Syndrom widmen könne.

Die Frage, wie die Entwicklung gestoppt werden könne, wurde ergebnisoffen diskutiert. "Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung" und "Nein sagen" seien die vorrangigsten Ansätze. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die politischen und medizinischen Verantwortlichen seien der zweite Schritt, der konsequent zu gehen sei, nicht nur in der Schweiz und in den USA. Es fehlte nur noch die politische Stoßrichtung, denn ohne eine Änderung der Gesundheitspolitik sind alle Vorstöße zum Scheitern verurteilt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. November 2023: >>**Weihnachtsmärkte: Terror-Alarm und Teuer-Schock verderben uns die Vorfreude aufs Fest!**

Es duftet nach Bratwurst, gerösteten Mandeln, Glühwein und Kerzen: Nun hat auch Deutschlands ältester Christmarkt, der Dresdner Striezelmarkt, eröffnet.

Doch die Weihnachtsmärkte, eine der schönsten deutschen Traditionen, sind seit Beginn der unkontrollierten Masseneinwanderung längst kein ungetrübtes Vergnügen mehr. Immer mehr Menschen bleiben lieber zu Hause - aus Angst vor Terroranschlägen, aber auch weil sich viele Familien die Preise nicht mehr leisten können!

Terror-Alarm im Rheinland: Zwei jugendliche Islamisten wollten Medienberichten zufolge offenbar noch in dieser Woche einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt, vermutlich in Leverkusen, verüben. Auch von Anschlagplanungen auf eine Kölner Synagoge war zunächst die Rede.

In der Kleinstadt Burscheid im Rheinisch-Bergischen Kreis nahm die Polizei Edris D., einen 15 Jahre alten sogenannten "Deutsch-Afghanen", fest, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz Hinweise zu einem verdächtigen Telegram-Nutzer in einer Chat-Gruppe des Islamischen Staates (IS) erhalten hatte.

In einem auf Telegram verbreiteten Video rief das Islamisten-Fruchtchen zum "Heiligen Krieg" gegen den Westen auf und kündigte einen Anschlag an. Als Zeitpunkt für einen Anschlag nannte er Freitag, den 1. Dezember.

Der Telegram-Islamist war zum Glück schnell identifiziert. Die Ermittler fanden heraus, daß der 15-Jährige aus dem Rheinland engen Kontakt zu Rasul M. (16) aus dem brandenburgischen Wittstock hatte. Anders als der bislang nicht aufgefallene D. ist der Tschetschene als Sympathisant der Terrororganisation Islamischer Staat und wegen des Verbreitens von Terror-Propaganda bereits polizeilich bekannt gewesen.

"So viele Ungläubige wie möglich töten"

Der Tschetschene wollte nach den bisherigen Ermittlungen am 1. Dezember zu D. nach Burscheid reisen. Vermutlich wollten die jungen Islamisten ein Attentat mit selbst gebauten Brandsätzen oder einem Kleinlaster verüben.

Konkretes Ziel soll laut "Kölner Stadt-Anzeiger" ein Weihnachtsmarkt in Leverkusen gewesen sein. Auch eine mögliche Ausreise nach dem Anschlag soll das Islamisten-Duo bereits geplant haben.

Wie aus Kreisen der Ermittler verlautete, sollen die Dschihadisten geplant haben, mit einem Lkw in die Menschenmenge eines Weihnachtsmarktes hineinzurasen. Anschließend wollten die mutmaßlichen Attentäter Benzin verschütten und anzünden, um so viele "Ungläubige" wie möglich zu töten. Als Vorbild habe den jungen Islamisten der tunesische IS-Terrorist Anis Amri gegolten, der im Dezember 2016 mit einem 40-Tonner auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz elf Menschen tötete. Ein Attentat auf die Kölner Synagoge - wie zunächst vermutet wurde - war aber offenbar nicht geplant.

Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf und die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermitteln wegen des Verdachts der Planung der Begehung einer terroristischen Straftat. Gegen die beiden Verdächtigen wurde inzwischen Haftbefehl erlassen. Der Zugriff durch Spezialkräfte der Polizei war zeitgleich im bergischen Burscheid und im brandenburgischen Wittstock erfolgt.

"Wir müssen die Augen schön offenhalten"

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte zu den Anschlagsplanungen: "Es wirkte sehr konkret. Wir müssen die Augen schön offen halten, auch was unsere Weihnachtsmärkte angeht." Der Hinweis auf die jugendlichen Islamisten sei "aus dem Ausland" gekommen. In der Übersetzung: Die deutschen Sicherheitsbehörden haben gepennt!

Darauf läßt auch das abstrakte Bla Bla von Thomas Haldenwang (CDU) schließen. Floskelhaft warnte der Verfassungsschutz-Chef, das Risiko habe angesichts der Eskalation im Nahen Osten eine "neue Qualität" erreicht. Die Gefahr sei "real und so hoch wie seit langem nicht mehr".

Sechs Euro für einen Glühwein

Doch nicht nur die Angst vor Terroranschlägen trübt die vorweihnachtliche Freude. Auch der Teuer-Schock verdirbt vielen Menschen die Freude am Besuch der Weihnachtsmärkte. Mancherorts gibt es nicht einmal eine musikalische Berieselung. Grund: Die Veranstalter müssen für Gema-Gebühren deutlich tiefer in die Tasche greifen.

Heftig: Mitunter kostet ein Glühwein bereits bis zu sechs Euro, eine Bratwurst bis zu fünf Euro und mehr. Da ist eine mehrköpfige Familie auf dem Weihnachtsmarkt schnell 50 Euro los. Wer genau hinschaut, erkennt, daß nicht wenige Besucher bereits ihren eigenen Glühwein in Thermosflaschen mitbringen und diesen dann abseits der Budenstände schlürfen.

Weihnachten 2023 in Teuer- und Terror-Deutschland: Von wegen "süßer die Glocken nie klingen"...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2023 (x1.345/...):

>>Mit unfaßbarer Arroganz offenbaren Lauterbach und Pistorius ihre Unwissenheit über die Corona-Impfung

Am Mittwoch wurden Pistorius und Lauterbach zu DNA-Verunreinigungen und der Begründung für die immer noch bestehende Corona-Impfpflicht für Soldaten befragt. Die arroganten Antworten der Minister zeigten vor allem, daß diese keine Ahnung vom Thema hatten.

Larissa Fußer

Am Mittwochnachmittag mußten sich Gesundheitsminister Karl Lauterbach und Verteidigungsminister Boris Pistorius den Fragen der Bundestagsabgeordneten stellen. Die Debatte streifte an mehreren Stellen auch berechnete Fragen zur Corona-Impfung, die jedoch - man kann es nicht anders sagen - von den Vertretern der Bundesregierung regelrecht herablassend abgebugelt wurden.

Als Karl Lauterbach über die Verunreinigungen von Cannabis sprach, nutzte der AfD-Abgeordnete Martinichert die Gelegenheit, um den Gesundheitsministern auch zu Verunreinigungen der Corona-Impfstoffe zu befragen. Wörtlich sagte der Abgeordnete: "Wir haben die Verunreinigungen auch jetzt bei den Corona-Impfstoffen, wo die DNA-Verunreinigungen festgestellt worden sind, mit Bakterien-DNA, die - sehr gefährlich - in Lipid-Nanopartikel verpackt ist, so daß sie vom Immunsystem nicht erkannt werden und in die Zellen eindringen. Was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Verunreinigungen jetzt zu unternehmen?"

Der genaue Wortlaut der Frage ist entscheidend, wenn man die Antwort Lauterbachs einordnen möchte. Diese antwortete mit einer herablassenden Todesmiene: "Ich kann Ihre Frage nicht beantworten, Sie ist unwissenschaftlich. Sie wiesen auf die Verunreinigungen in der DNA der Impfstoffe hin, die Impfstoffe werden mit RNA hergestellt und nicht mit DNA". Ende der Durchsage.

Nun hatte der AfD-Abgeordnete aber überhaupt nicht von einer Verunreinigung der DNA gesprochen, sondern von einer Verunreinigung der Impfstoffe durch DNA. Diese Verunreinigung der Impfstoffe, die auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen im Herstellungsprozeß der Impfstoffe zurückgeführt werden können, wurden inzwischen sowohl von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), also auch von der kanadischen Gesundheitsbehörde bestätigt (Apollo News berichtete).

Ob die Verunreinigungen gesundheitsgefährdend sind, ist aktuell noch Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Verschiedene renommierte amerikanische Mikrobiologen haben jedoch bereits darauf hingewiesen, daß sich die DNA-Bruchstücke potentiell in das körpereigene Genom des Geimpften einbauen und so möglicherweise Krebserkrankungen verursachen könnten (Apollo News berichtete). Die Frage des AfD-Abgeordneten war also inhaltlich durchaus berechnigt. Zumal bereits bekannt ist, daß die Corona-Impfstoffe vom für die Sicherheitskontrollen zuständigen Paul-Ehrlich-Institut nicht auf DNA-Verunreinigungen geprüft werden - die Behörde verläßt sich ganz auf die Angaben der Impfstoff-Hersteller.

Ein verantwortungsbewußter Gesundheitsminister könnte sich angesichts der Tatsache, daß diese Verunreinigungen nun aber offiziell mehrfach nachgewiesen wurden, durchaus dahinter stellen, daß man nicht nur weiter hofft, daß diese Verunreinigungen keine gesundheitlichen Schäden anrichten. Statt dessen könnte er dafür sorgen, daß diese Frage erforscht wird und dies gegebenenfalls mit Geldern des Bundesgesundheitsministeriums unterstützen - ähnlich wie es bei der Long Covid Forschung bereits der Fall ist. Gerade bei Lauterbach würde der Anstand so ein Engagement eigentlich gebieten - immerhin war er es, der mehrfach behauptete, die Impfung sei "nebenwirkungsfrei".

Die bockige Antwort des Ministers läßt sich auf zwei Weisen interpretieren: Entweder ist Lauterbach die Debatte um Verunreinigungen des Impfstoffes durch DNA überhaupt nicht bekannt und er hat deshalb die Frage so phänomenal falsch verstanden. Oder er wollte sie nicht verstehen. Beides ist des Amtes des Gesundheitsministers unwürdig.

Und nicht nur Karl Lauterbach fiel am Mittwochnachmittag mit erschreckender Unwissenheit auf. Auch Verteidigungsminister Pistorius gab eine irritierende Antwort, als er vom AfD-

Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler zu einer aktuellen Risiko-Nutzen-Abwägung befragt wurde, die die bis heute aufrechterhaltene Duldungspflicht der Corona-Impfung für Soldaten der Bundeswehr begründet.

Der Verteidigungsminister entgegnete wörtlich: "Die Covid-19-Impfung ist der beste Schutz vor...", er guckte auf einen Notizzettel, "...schweren Krankheitsverläufen. Der beste Schutz vor Ansteckung ... vor einer Weitergabe der Ansteckung." Das Verteidigungsministerium wiege "sehr sorgfältig und konsequent" das Gemeinwohl, also die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, gegen den Eingriff in Grundrechte von Soldaten durch eine Duldungspflicht ab, erläutert Pistorius. Bei dieser Abwägung komme man "unverändert zu dem Ergebnis, daß die Duldungspflicht gerechtfertigt und notwendig ist."

Daß die Corona-Impfung - je nach Quelle - kaum oder gar nicht vor Ansteckung oder Übertragung schützt, ist inzwischen Mainstream-Wissen. Im Ärzteblatt hieß es beispielsweise erst im September in einem Beitrag zu neuen Studienerkenntnissen zur Corona-Impfung: "Die Schutzwirkung durch eine frühere Erkrankung war stärker als durch eine Impfung". Nun muß man Herrn Pistorius zugestehen, daß er selbst angemerkt hat, daß die Einschätzung zur Notwendigkeit der Duldungspflicht auf der Analyse des Sanitätsdienstes der Bundeswehr beruht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30 November 2023: >>Arroganz der Macht: Pistorius (SPD) verweigert klare Antworten zum Impfzwang!

Ob de facto-Impfzwang ("Duldungspflicht") für Soldaten oder Mali-Einsatz: Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mußte sich diese Woche im Deutschen Bundestag klaren Fragen der AfD stellen. Seine unverschämten "Antworten" zeigten die ganze Arroganz der Macht.

Allen Ernstes behauptete Pistorius dann noch, die Corona-Impfung schütze vor der Weitergabe von Infektionen. Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD, stellte ihn zur Rede. Stephan Brandner, einer der parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion hakte beim Mali-Einsatz nach.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2023 (x1.345/...): >>Die Affäre Gil Ofarim: Tragisches Symptom der Opfer-Gesellschaft

Gil Ofarim hat den antisemitischen Übergriff auf sich einfach erfunden, gibt er selbst nun auch zu. Er ist kein Opfer - aber Produkt einer Gesellschaft, die das Opfer-sein, das Weinen und Wehklagen zum Ritterschlag erhoben hat. Das ist am Ende toxisch für alle.

Max Roland

Er hat gelogen. Das hat Gil Ofarim auch vor Gericht zugegeben. Der Musiker, der 2021 behauptete, Opfer von antisemitischer Diskriminierung in Leipzig geworden zu sein, hatte die von ihm verbreitete Geschichte, er sei wegen einer Davidstern-Kette beleidigt und des Hauses verwiesen worden, einfach aus dem Nichts heraus erfunden. Peinlich nicht nur für ihn, sondern auch für alle, die sich unkritisch, sofort und total hinter den Lügner stellten. Aber: Das Problem beginnt nicht mit Ofarim.

Ich will ihn nicht in Schutz nehmen - was Ofarim gemacht hat, war infam. Es war brutal gegenüber dem Hotel und seinen Mitarbeitern, fahrlässig gegenüber allen Juden in Deutschland, die wirklich Antisemitismus erfahren. Aber er ist am Ende auch nur ein Symptom - ein Symptom einer Gesellschaft, die das Opfer-sein strukturell belohnt, feiert und fördert. Politiker, Journalisten, Stimmen des öffentlichen Lebens stellten sich sofort und kompromißlos hinter den Musiker - und attackierten ohne weitere Prüfung Hotel und Mitarbeiter. Einige von ihnen, so zum Beispiel die CDU-Politikerin Karin Prien, haben sich dafür bereits öffentlich entschuldigt. Das zeugt von Größe - aber das reicht nicht. Was es braucht, ist ein Hinterfragen der Automatismen.

Wie kann es sein, daß ein einzelner Mensch mit einer doch unglaublichen Geschichte in-

nerhalb von Stunden eine Hass-Welle auslösen kann, bei der dann ein Unschuldiger von einem Internet-Mob aus seinem Job gejagt und sein Arbeitgeber boykottiert wird?

Der Fall Ofarim sollte lange überfälliger Anlaß sein, diese Automatismen mal kritisch zu beleuchten. Denn daß ein Hotel mit all seinen Mitarbeitern von einem Online-Mob innerhalb von Stunden an den Rand der Existenzvernichtung gebracht werden kann, daß einzelne Menschen alles verlieren können, wenn die Twitter-Standgerichte es mal eben beschließen, ist mittelalterlich.

Wir leben in einer Zeit, in der nicht mehr Stärke und persönliche Wehrhaftigkeit, sondern Schwäche und Opfer-sein gesellschaftliche Währung ist.

Die Gesellschaft hat den berechtigten Wunsch, Diskriminierung ernst zu nehmen und zu bekämpfen, geradezu absurd überzogen. Gil Ofarim wußte das, und er wußte deswegen auch genau, welche Knöpfe er drücken mußte.

Und das ist auch das Fatale: In einem Land, in dem man gerne mal wegen wenig und nichts "Rassismus!" und Co. ruft, ist der Antisemitismus eine der wenigen Formen der Diskriminierung, die tatsächlich ein gewaltiges, alltägliches und wachsendes Problem ist und quasi täglich zu Gewalt führt - das wissen wir nicht erst seit dem 7. Oktober. Ofarim jedoch machte aus dem Kampf gegen Judenhaß ein politisch korrektes Märchen.

Vielleicht sollten wir alle einmal in uns gehen - vor allem die natürlich, die Ofarims Fake-Story sofort glaubend verbreiteten - und uns fragen, woher diese Automatismen kommen. Warum wir so gewillt sind, das gefühlte Opfer-sein zu belohnen und es zu einer Art Ritterschlag der Neuzeit erheben - und ob das gut ist.

Der totale Opferkult und seine Automatismen sind Gift für alle

Ich finde, mit dieser Methode schaden wir uns allen. Wir schaden der Mehrheitsgesellschaft, aber auch den verschiedenen Minderheiten. Eine Gesellschaft, in der jeder vor einer Art öffentlichem Standgericht sofort für irgendeine Art von Phobie oder Haß vorverurteilt werden kann, nur weil die Anschuldigung erhoben wird, schadet den Minderheiten. So verstärkt sich der Frust gegenüber Minderheiten. So wird gespalten. Und so wird auch der Kampf gegen Antisemitismus untergraben.

Minderheiten selbst wird mit dieser Art der Kultur unrecht getan. Viele wirklich diskriminierte Menschen wollen nämlich gar kein Opfer sein - aber werden dazu gemacht. Sie werden letztendlich für ihre vermeintliche, erwartete Schwäche gefeiert.

Das heißt nicht, daß wir Diskriminierung als Gesellschaft hinnehmen und nicht bekämpfen sollten. Das heißt auch nicht, daß man Opfern von Diskriminierung gegenüber nicht empathisch oder nicht solidarisch sein sollte. Aber Stärke beginnt bei einem selbst - wo sonst? Und genau das sollte die Gesellschaft wieder vermitteln. Nur mal so theoretisch: Für den Kampf gegen Homophobie beispielsweise ist mehr getan, wenn ein Typ, der vor einer Gay-Bar die "scheiß Schwuchteln" beschimpft und angreift, von einer dieser "scheiß Schwuchteln" mal einen ordentlichen Faustschlag kassiert. Denn wer sich wehrt, ist nicht mehr in der Opferrolle gefangen.

Ein Gil Ofarim entsteht, wenn das Gegenteil gilt. Wenn der laute Ausruf "Ich bin ein Opfer!" reicht, um gefeiert, be- und geachtet zu werden. Wenn das Weinen und Wehklagen einen Nobody zu einem Somebody macht. Das ist toxisch für alle Beteiligten - für Mehrheiten, Minderheiten und die Gesamtgesellschaft.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2023 (x1.345/...): >>"Go Fuck Yourself": Musk attackiert woke Werbekunden und gibt sich kämpferisch

"Go fuck yourself" ruft Elon Musk Unternehmen zu, die seine Plattform X boykottieren. Er lasse sich nicht mit Geld erpressen, sagt Musk und gibt sich kämpferisch.

Wim Lukowsky

Unternehmen wie Apple, Disney und Co. boykottieren aktuell Werbeschaltungen auf X (vormals Twitter) wegen Musks kontroverser Äußerungen. Auf dem "DealBook Summit" der New York Times antwortete Musk im Gespräch mit Andrew Ross Sorkin am Mittwochabend provozierend auf die Rückzieher der Werbepartner.

Jemandem, der versuche ihn mit Werbung und Geld zu erpressen, könne er nur eines sagen: "Go fuck yourself. Ich hoffe das ist verständlich", meinte Musk nachdrücklich und lies nebenbei noch unterschwellig "Hey Bob" verlauten, womit er wohl Disneys CEO Bob Iger meint. Daraufhin mußte sich Sorkin merklich das Schmunzeln verkneifen und hakte nach. Denn X sei doch auf Werbekunden angewiesen.

Doch Musk reagierte erneut provokant. Nicht der Führungsstil der Plattform, sondern das Verhalten der "Werbetreibenden wird X in den Ruin führen", meinte der Tech-Unternehmer. "Wenn das Unternehmen wegen Werbe-Boykott zugrunde geht", dann wäre das Marken wie Disney zu verdanken und hätten nichts mit Musks kontroversen Aussagen zu tun, deklarierte der Milliardär. Für die Richtigkeit seiner Aussagen sieht Musk einen ganz klaren Indikator, denn "die Öffentlichkeit ist der Richter" und würde bereits Unternehmen wie Disney aufgrund derer Entscheidungen boykottieren, meint Musk kämpferisch und fügt floskelhaft hinzu: "Lassen wir die Würfel fallen."

Der Gutmensch Musk?

Sorkin argumentiert, mit der Entwicklung von Elektroautos bei Tesla, der Entwicklung von Flugkörpern für SpaceX und künstlicher Intelligenz hätte man ja stets "spezifische Ziele" verfolgt, anders als bei X ließ man es nicht "hart auf hart" kommen. Musk reagiert prompt. Die Intention hinter jedem Unternehmen sei die Entwicklung des bestmöglichen Produkts und "Tesla ist an diesen Punkt gelangt ohne überhaupt Werbung genutzt zu haben", sagte Musk selbstbewußt und untermauert damit seine Widerstandsfähigkeit gegenüber der Werbeindustrie.

Tesla verkaufe zweimal so viele Elektroautos wie alle anderen Hersteller in den USA zusammen, habe deswegen auch vielmehr für den Umweltschutz getan, meinte der Unternehmer dann und führte aus, er könne deswegen als CEO sagen, "daß ich mehr für die Umwelt getan habe, als irgendein anderer Mensch auf der Erde." Ihm gehe es aber nicht darum, wie gute Taten aufgenommen werden, vielmehr ginge es um die "Realität des Guten". Er sehe überall Menschen, die "gutwillig aussehen möchten, aber böse handeln." Auch für diese Personen hat Musk nicht viel übrig und widmet ihnen ein abschätziges "fuck them".

In der vergangenen Woche trat Musk eine Reise nach Israel an, besuchte mit Netanjahu überfallene Kibbuzim. Auf dem "DealBook Summit" erklärte Musk aber, die Reise sei keinesfalls "so etwas wie eine Entschuldigungstour gewesen." Er habe nämlich "kein Problem damit gehaßt zu werden", wenn er seine Meinung öffentlich-wirksam teilt, konstatierte Musk selbstsicher.<<

01.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Dezember 2023: >>>Buchtip: Klimareligion - Auf dem Weg in den Öko-Totalitarismus

Gluthitze, Naturkatastrophen, Ernteauffälle und Meeresfluten werden über die Menschheit hereinbrechen. Das Ende ist nah, verkünden Politik und offizielle Medien. Der Weltuntergang kann nur abgewandt werden, wenn die Menschen nach strengen und alternativlosen Geboten leben. Das bedeutet: Verzicht, Armut, Planwirtschaft und die totalitäre Herrschaft einer globalen Klasse, deren Legitimation weder Gott noch das Volk, sondern die Luft ist, der Schutz der Atmosphäre durch Windräder, Wärmepumpen, Radfahren und Sozialismus. Jede politische Entscheidung wird dem Klimaschutz untergeordnet. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Kirchen marschieren im Öko-Gleichschritt.

Der Wert eines Menschen wird daran gemessen, ob er ein klimagefälliges Leben führt. Kein

Lebensbereich ist ausgenommen: Die Klimareligion überlagert alles und bedroht unsere Freiheit und Bürgerrechte. Wer ihre Dogmen hinterfragt, wird als Klimaleugner und Klimaschädling aus der Gemeinschaft der Klima-Gläubigen verstoßen. Zehn Autoren aus dem konservativen, katholischen, bürgerlichen und liberalen Spektrum analysieren diese Polit-Religion, ihre Wurzeln, Entstehungsgeschichte, Grundlagen, Protagonisten und Widersprüche. Sie zeigen auf, welche Folgen eine pseudoreligiös, ideologisch grundierte Umweltpolitik für unsere Gesellschaft hat. Nicht das Klima, sondern die Klimaschützer bedrohen unsere Zukunft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Dezember 2023: >>**Lauterbach: KI soll Arztgespräche abhören**

Von *Karel Meissner*

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will eine KI zum Einsatz bringen, die Patientengespräche in Arztpraxen abhört. Er weiß, daß er damit einen "Kulturkrieg" provoziert, aber: Die Masse wird es fressen. ...

Wieder scheint sich eine "Verschwörungstheorie" zu bewahrheiten: Corona war nur ein Test. Ein Versuch, den Deutschlands Bürger mit Auszeichnung bestanden haben. Ganz im Sinne der Machthaber. Mit Unterstützung der Propaganda-Medien ließen sie sich von Hofwirrologen, Hipster-Journalisten und Politikern die Freiheitsrechte rauben, einen Maulkorb aufsetzen und zur Impfbank führen. Ein Gehorsam, den mancher mit Gesundheit oder gar Leben bezahlt hat.

Auch ihre Daten gaben die Bürger reichlich und gern. Wen wundert es, daß Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) jetzt den nächsten Schritt riskiert: Die Abhörung von Arztgesprächen durch KI!

Richtig gelesen. Bekanntgegeben hatte Lauterbach seine Vision bereits im Juni auf der Data for Health-Konferenz. Dort besprachen deutsche und amerikanische Wissenschaftler sowie Regierungsvertreter diverse Konzepte zum transatlantischen Datenzugang. Intendiert ist eine riesige Vernetzung medizinischer Daten. Alles natürlich nur für wissenschaftliche Zwecke und nicht zum Schaden der Patienten, deren elektronische Kranken-Akte globale Auswertung erfährt.

Die Mainstream-Medien berichteten freilich kaum über diese Konferenz, deren siebenstündiger Mitschnitt in englischer Sprache auf Youtube bereitsteht. Kein Wunder! Denn was unser hochgeschätzter Bundesgesundheitsminister dort nach 4 Stunden und 36 Minuten zum Besten gab, impliziert das Ende ärztlicher Schweigepflicht. Lauterbach plant nämlich das Abhören von Patientengesprächen in den Arztpraxen. Durch die damit gewonnenen Daten ließen sich neue KI-Systeme generieren:

"Wir gewinnen die Daten also auf ganz neue Art, während wir mit einander interagieren."

Der Münchener Psychiater Andreas Meißner warnt in der Fachzeitschrift *Neuro Transmitter* (11/2023): Das Vertrauen ins Gesundheitsdatenvernetzungsprojekt werde durch solche Projekte "geschmälert". - Das ist noch sehr milde, sehr diplomatisch formuliert. Denn derartige Spionage ermöglicht Einblicke in tiefste psycho-physische Intimitäten der Bürger! Auf der Webseite patientenrechte-datenschutz.de heißt es:

"Die ärztliche Schweigepflicht (das Arztgeheimnis - § 203 StGB), würde gründlich Schaden nehmen, wenn sich diese Visionen des Ministers durchsetzen würden."

Natürlich weiß Lauterbach, daß es Widerstand geben wird. Aber das kratzt ihn nicht:

"Es wird einen Kulturkrieg (!) geben. Eine kleine laute Minderheit wird sich dagegen auf lehnen, aber die Regierung inklusive des Kanzlers ist fest entschlossen, hierfür die Regeln zu ändern, eine viel bessere Verfügbarkeit der Daten zu gewährleisten, um sie ethisch und verantwortungsvoll für wissenschaftlich spannende Projekte zu nutzen.' ..."

Dabei kann Lauterbach auf die Erfahrungen aus der Corona-Diktatur bauen: Eine "Minderheit" von Querdenkern wird protestieren, aber mit Hilfe der Propaganda-Medien lassen sich

Mainstream-Zombies auch das gefallen. Schließlich geht es um "spannende" Projekte.<<
Der Internet-Blog "[Fassadenkratzer.wordpress.com](https://fassadenkratzer.wordpress.com)" berichtet am 1. Dezember 2023 (x1.348/...): >>**Zunehmende digitale Verdummung in der Schule - Wissenschaftler fordern Moratorium der "Digitalen Bildung"**

Von *Herbert Ludwig*

Die "Gesellschaft für Bildung und Wissen" schlägt Alarm. In einer Pressemitteilung vom 22.11.2023 weist sie darauf hin, daß über 40 führende Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen mit Kinder- und Jugendärzten von den Kultusministern Stopp und Aufschub der Digitalisierung an Schulen und Kindergärten fordern. Es sei inzwischen wissenschaftliche Erkenntnis, daß Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer machten.

Hinzu kämen laut Studien durch den vermehrten Einsatz digitaler Geräte im Unterricht negative gesundheitliche, psychische und soziale Auswirkungen. Der Staat habe nicht primär das Wohl der Kinder, sondern wirtschaftliche Interessen im Auge, so die UNESCO.

Was ist "Digitale Bildung"?

Man muß sich zunächst klarmachen, worum es genau geht. In einem Artikel vor über vier Jahren, der sich bereits gründlich mit der "Digitalen Verdummung" befaßte, habe ich den Pädagogen Peter Hensinger zitiert, der den Begriff der "Digitalen Bildung" auf den Punkt gebracht hat. Damit sei nicht gemeint, daß Lehrer nach eigenem Ermessen auch digitale Medien und Software als nützliche Hilfsmittel im Unterricht einsetzen.

"Es geht um eine schleichende Neuausrichtung des Erziehungswesens, nämlich bereits ab den KiTas die Übernahme der Erziehung durch digitale Medien. ... So wie bei der Industrie 4.0 Roboter die Produktion selbständig steuern, sollen Computer und Algorithmen das Erziehungsgeschehen autonom steuern."

Das Schulbuch soll durch Smartphones oder besser durch Tablet-PCs ersetzt werden. Die Schüler sitzen vereinzelt vor Ihrem Tablet und werden von Algorithmen gesteuert und überwacht. Eine automatische Stimme gibt Aufgaben und Übungen vor.

- "Ein Algorithmus ist eine eindeutige Handlungsvorschrift zur Lösung eines Problems oder einer Klasse von Problemen. Algorithmen bestehen aus endlich vielen, wohldefinierten Einzelschritten. Damit können sie zur Ausführung in ein Computerprogramm implementiert, aber auch in menschlicher Sprache formuliert werden. Bei der Problemlösung wird eine bestimmte Eingabe in eine bestimmte Ausgabe überführt." (Wikipedia) -

Algorithmen sind also zwingende, eindimensionale Anweisungen zu einer bestimmten Lösung. Für eigenes Denken, das im lebendigen Gespräch mit dem Lehrer angeregt wird, bleibt kein Raum. Durch die autonome Digitaltechnik werden die Lehrer immer mehr ersetzt und zu Lernbegleitern, zu Coaches, degradiert. Digitale Bildung hat letztlich die "Schule ohne Lehrer" zum Ziel.

Dafür treiben die Bundes- und Landesregierungen seit Jahren mit einem "Digitalpakt" die Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien intensiv voran. In dessen Rahmen habe allein der Bund, wie Ralf Wurzbacher schreibt, insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Laptops, Whiteboards und schnellem Internet bereitgestellt.

"Weil die Gelder praktisch aufgebraucht sind, die "Zukunft" aber längst nicht alle Klassenzimmer erreicht hat, wird bereits nach einem "Digitalpakt 2.0" verlangt. Dabei hat sich inzwischen sogar bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) herumgesprochen, daß das Projekt keines der Vernunft, sondern der IT-Industrie ist.

'Nach jahrzehntelangem Lobbyismus der Bertelsmann-Stiftung und anderer Interessenvertreter sind der Politik aber grundlegende Zusammenhänge abhandengekommen', schrieb das Blatt Mitte Juli. Dabei seien dieser die wissenschaftlichen Zweifel am Nutzen digitaler Medien für den Unterricht bekannt. 'Expertise wird aber oft nur dann in Anspruch genommen, wenn sie

die politische Agenda stützt.' (Nachdenkseiten)

Begründung der Wissenschaftler

Die Wissenschaftler schreiben in ihrer Untersuchung, Digitalisierung gelte derzeit im Bildungsbereich für alle Altersstufen als zeitgemäße Lösung von Bildungsfragen. Tatsächlich seien aber die Wirkungen und Nebenwirkungen digitaler Medien auf Entwicklungs-, Lern- und Bildungsprozesse wissenschaftlich oft ungeklärt. Vielmehr verdichteten sich die wissenschaftlichen Hinweise auf enorme Nachteile und Schäden für die Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen durch digitale Medien.

Es müßten daher zuerst die Folgen der digitalen Technologien abschätzbar sein, bevor weitere Versuche an schutzbefohlenen Kindern und Jugendlichen mit ungewissem Ausgang vorgenommen werden. Daher sei Stopp und Aussetzung der Digitalisierung in der Bildung dringend notwendig.

"Zu untersuchen sind insbesondere Fragen der medizinisch-psychologischen, der pädagogisch-didaktischen und der politisch-demokratiethoretischen Implikationen." (Aus der Zusammenfassung)

Im Folgenden wörtlich der Text:

Umdenken in Schweden

"Die skandinavischen Länder waren Vorreiter in der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen. Doch korrigierte die schwedische Regierung 2023 die Entscheidung ihrer Vorgänger, bereits Vorschulen des Landes verpflichtend mit digitalen Geräten auszustatten. Der Grund für das Umdenken ist die Stellungnahme von fünf Professorinnen und Professoren des renommierten Karolinska-Instituts (Stockholm), die die Strategie der Digitalisierung der Nationalen Agentur für Bildung in einem Gutachten als falsch kritisierte.

Die behaupteten positiven Befunde wären nicht evidenzbasiert, die Forschung habe stattdessen gezeigt, daß 'die Digitalisierung der Schulen große, negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb der Schüler' habe. Die ausgelobten Ziele (Bildungs- und Chancengerechtigkeit, Unterrichtsverbesserung, gesellschaftliche Teilhabe) würden nicht erreicht, im Gegenteil:

'Es ist offensichtlich, daß Bildschirme große Nachteile für kleine Kinder haben. Sie behindern das Lernen und die Sprachentwicklung. Zu viel Bildschirmzeit kann zu Konzentrationschwierigkeiten führen und die körperliche Aktivität verdrängen.' (Karolinska-Institut 2023).

Die liberale schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm stoppte daraufhin den Tablet-Einsatz in der Primarstufe:

'Bildschirme haben in Vorschulen einfach nichts zu suchen', so die Ministerin." (Hervorhebungen hl)

(Anmerkung: Kinder von 1-5 Jahren werden in Schweden bis zum Schuleintritt in Vorschulen (förskola) betreut. Mit Vollendung des sechsten Lebensjahrs im Herbst (hösttermin) kommen sie in eine Vorschulklasse (förskoleklass). Es folgen regulär neun Jahre Grundschule und optional drei Jahre Gymnasium.)

"Vor allem müsse der Schwerpunkt des Wissenserwerbs wieder über gedruckte Schulbücher und das Fachwissen der Lehrkräfte erfolgen. Wer sich Wissen 'selbstorganisiert' aus frei zugänglichen digitalen Quellen suchen müsse, wie es derzeit in schwedischen Schulen üblich ist, verliere viel Zeit, um es auf Richtigkeit zu prüfen und lerne nur halb so viel wie im regulären Unterricht. Zudem bestünde die Gefahr, daß Lernende eher horizontal lesen und Texte nur überfliegen, statt vertiefend nach Wissen zu suchen:

'Die Schülerinnen und Schüler lernen, der schnellen Informationsbeschaffung den Vorrang vor einer tiefgehenden Analyse zu geben, was wiederum zu oberflächlichem Wissen führen kann, das schneller verloren geht'.

Weitere kritische Stimmen

"Der U.S. Surgeon General (in etwa die oberste Gesundheitsbehörde in den USA) hat eine

Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen herausgegeben. Sie zeigt detailliert auf, wie stark junge Menschen von digitalen Medien beeinflusst und abhängig werden. Die immer längere Nutzungsdauer und das immer frühere Einstiegsalter habe Folgen für die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (u.a. Körperunzufriedenheit, gestörtes Essverhalten, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, geringes Selbstwertgefühl, Depression u.v.m.).

Die US-Behörde fordert alle Beteiligten (politische Entscheidungsträger, Technologieunternehmen, Eltern, Betreuer, Forscher) auf, die Sicherheit, Gesundheit und Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen zu schützen, Zugänge und Nutzungszeiten zu reglementieren und Suchtpotentiale dieser Systeme durch Gestaltungselemente und Funktionen zu eliminieren und technikfreie Zonen und Zeiten einzurichten.

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin hat vergleichbare Leitlinien zur Prävention dysregulierten Bildschirmmediengebrauchs in Kindheit und Jugend herausgegeben, die von vielen Fachverbänden aus Medizin, Psychologie und Suchtprävention mitgetragen werden. Die wichtigste Empfehlung für alle Altersstufen:

Reduktion der Bildschirmzeiten, keine eigenen Geräte für Kinder und keinen unkontrollierten, unbegleiteten Zugang zum Internet. Eltern und Geschwister sollen z.B. in Gegenwart von jüngeren Familienmitgliedern ganz auf die Nutzung von Bildschirmmedien verzichten. (DGKJ 2022, 3)

UNESCO: IT in Schulen bedient Wirtschaftsinteressen statt Lernprozesse

Einen Schritt weiter geht der UNESCO-Bericht "2023 Global Education Monitor", dessen Untertitel "Technologie in der Bildung: Ein Werkzeug zu wessen Nutzen?" die entscheidende Frage stellt: Wem nutzt es? Das Ergebnis:

Bei den aktuellen IT-Konzepten für Bildungseinrichtungen stünden nicht das Lernen und der pädagogische Nutzen im Mittelpunkt, sondern wirtschaftliche Interessen der IT-Anbieter und der Datenökonomie.

Unparteiische Erkenntnisse über die Auswirkungen der Bildungstechnologie seien Mangelware, es gebe kaum belastbare Belege für den Mehrwert der digitalen Technologie im Bildungswesen, zudem stamme ein Großteil der Nachweise von denjenigen, die versuchen, sie zu verkaufen. Generell gelte: "Nicht jede Veränderung ist ein Fortschritt. Nur weil etwas getan werden kann, heißt das nicht, daß es auch getan werden sollte. Von Technologien, die für andere Zwecke entwickelt wurden, kann nicht unbedingt erwartet werden, daß sie für alle Bildungsbereiche geeignet sind."

Kritisiert werden die Folgekosten, die Erstinvestitionen in Bildungstechnologie nur ein Viertel oder weniger der Gesamtkosten abdecken (UNESCO-Report, S. 7). Das sei keine generelle Absage an IT in Schulen, sondern die Forderung nach einer Neu-Justierung mit dem Ziel von Bildungs- und sozialer Gerechtigkeit, verbunden mit der Besinnung auf den von qualifizierten Lehrkräften strukturierten Unterricht:

"Kein Bildschirm kann jemals die Menschlichkeit eines Lehrers ersetzen." (UNESCO 2023a)

Investiert werden müsse in die Qualifikation der Erziehenden und Lehrenden, um erfolgreiche Bildungsbiographien zu ermöglichen und früh zu fördern.

Der UNESCO-Report referiert zudem bestehende Verbote für private digitale Endgeräte, die bereits in fast einem Viertel der untersuchten Länder gelten, Tendenz steigend. Gründe sind das Ablenkungspotential, was die Aufmerksamkeit und Konzentration im Unterricht ebenso stört wie die Kommunikation und das direkte Miteinander im Unterricht und in den Pausen.

Den Umgang mit KI (Künstlicher Intelligenz) empfiehlt die UNESCO erst ab 13 Jahren (UNESCO 2023b).

In Frankreich z.B. gilt bereits seit 2010 ein Handyverbot im Unterricht, 2018 erweitert zum Kompletterbot internetfähiger Geräte wie Handys, Tablets und Smartwatches in allen Räum-

lichkeiten und bei schulischen Aktivitäten auch außerhalb des Schulgebäudes.

Die Niederlande führen 2024 ein Smartphone-Verbot ein, Dänemark diskutiert darüber.

In Schweden wurden nach dem Bericht des Karolinska-Instituts die Tablets aus Vor- und Grundschulen wieder entfernt, dafür gedruckte Bücher ("Lotta-Böcker") verteilt.

Bayern plant hingegen, in den nächsten fünf Jahren 1,6 Mio. Schülerinnen und Schüler mit Tablets zu versorgen (Zierer 2023). Baden-Württemberg will den Einsatz digitaler Geräte sogar per geändertes Schulgesetz verpflichtend machen, was u.a. gegen die Methodenfreiheit der Lehrkräfte verstößt. Zu den Kosten äußert sich das Kultusministerium in Stuttgart sinnigerweise nicht (Krauß 2023).

Ethikrat: KI darf Lehrpersonen nicht ersetzen

Der Deutsche Ethikrat hat eine Stellungnahme zu den die Auswirkungen digitaler Technologien auf das menschliche Selbstverständnis und Miteinander veröffentlicht. Darin spricht er sich für strikte Begrenzungen bei der Verwendung von Künstlicher Intelligenz u.a. in Medizin (Kap. 5) und Bildung (Kap. 6) aus.

KI dürfe den Menschen nicht ersetzen, der Einsatz von KI müsse menschliche Entfaltung erweitern, nicht vermindern:

'Empfehlung Bildung 10: Eine vollständige Ersetzung von Lehrkräften läuft dem hier skizzierten Verständnis von Bildung zuwider und ist auch nicht dadurch zu rechtfertigen, daß schon heute in bestimmten Bereichen ein akuter Personalmangel und eine schlechte (Ausbildungssituation herrschen.' (S. 186).

Softwaresysteme verfügen weder über Vernunft noch würden sie selbst handeln und könnten daher auch keine Verantwortung übernehmen, so Alena Buyx, Vorsitzende des Deutschen Ethikrates (Deutscher Ethikrat 2023a). Im Infobrief 01/2023 sind die elf Empfehlungen des Deutschen Ethikrates zu Bildung separat abgedruckt, da sie direkte Auswirkungen auf das Unterrichten und den Einsatz (oder Nicht-Einsatz) solcher Technologien begründen (siehe Deutscher Ethikrat 2023a).

Ergänzend sollte man das Papier von Hamilton, William und Hattie zur Zukunft der KI in Bildungssystemen einbeziehen, in dem die Autoren 13 Vorschläge unterbreiten, 'um den Schaden zu minimieren' (Hamilton, William, Hattie 2013). Denn das Zerstörungspotential von KI wird selbst von deren Entwicklern wie dem "Godfather of AI" (die NYT über Geoffrey Hinton) mit der Atombombe und Pandemien verglichen (Böhm 2023).

Digitalisierungszwang verstärkt existierende Probleme

Die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Tablets (wie vordem mit Laptops oder PCs) ist weder aus erziehungswissenschaftlicher, entwicklungspsychologischer noch aus lernpsychologischer Sicht begründbar. Das Bildungsniveau sinkt seit Jahrzehnten, trotz stetig steigender Ausgaben für IT und deren Einsatz im Unterricht. Zwar gibt es immer mehr Abschlüsse und bessere Noten, die Lernleistungen selbst werden aber konstant schlechter (KMK 2022). Daher war und ist Technik statt qualifiziertem Unterricht keine Lösung.

Wissenschaftlich belegt läßt sich festhalten:

Nutzen und Mehrwert digitaler Medien im Unterricht sind bis heute nicht belegt. Technik ist jedoch in der Pädagogik kein Selbstzweck. Jede Methode und jedes didaktische Mittel im Unterricht muß sich über den Nutzen und Mehrwert für Lernende legitimieren (Krautz 2020). Die Argumentation von Digitalanbietern, man müsse 'die Diskussion um den Mehrwert digitaler Medien und Tools für Unterricht und Didaktik überwinden' und stattdessen eine grundsätzlich 'offene Haltung gegenüber der schulischen Transformation' einnehmen (FBD 2021), offenbart, daß es diesen nicht um das Wohl der Kinder und Jugendlichen geht, sondern um eine weder wissenschaftliche begründbare noch demokratisch legitimierte 'Transformation', die vorrangig wirtschaftliche Interessen bedient.

Digitale Medien verstärken und fördern die Bildungsungerechtigkeit sowohl national wie in-

ternational. Das Versprechen des leichteren Zugangs zu Bildung durch digitale Angebote hat sich nicht bewahrheitet. Die digitale Kluft und die Ungleichheit bereits beim Zugang zu Bildungsangeboten vertiefen sich weltweit und sind mit dem familiären und sozialen Umfeld assoziiert (ICILS 2018).

Über gelingenden Unterricht entscheidet nicht die technische Ausstattung, sondern entscheiden qualifizierte Lehrkräfte, ein gut strukturierter Unterricht und das gemeinsame soziale Lernen im Klassenverband. 'Die Lehrkraft als den Unterricht strukturierende und leitende Person läßt sich durch kein Medium ersetzen' (Dammer 2022).

Frühkindliche Förderung und Bildungsbiographien beginnen im Elternhaus. Alle an Erziehung, Unterricht und Bildung Beteiligten müssen die Verantwortung dafür übernehmen, daß Kinder und Jugendliche auch in einer hochtechnisierten und flächendeckend medialisierten Welt Zeit, Räume und Möglichkeiten finden, sich altersangemessen körperlich, geistig und seelisch entwickeln zu können. Auch die Eltern sind in der Pflicht, hierzu beizutragen.

Intelligenter wäre es daher, von nationalen wie internationalen Praxiserfahrungen und Studienergebnissen zu lernen und darauf aufbauend Konsequenzen vor allem in der personellen statt der (medien-)technischen Ausstattung von Schulen und Ausbildungsstätten zu ziehen. Notwendig ist die Berücksichtigung ethischer, sozialer, entwicklungspsychologischer, pädagogischer und didaktischer Prämissen, um den Stellenwert digitaler Medien in der Schule verantwortbar zu gestalten.

Primat der Pädagogik statt Primat der Technik in Schulen!

Daher fordern wir ein Moratorium der Digitalisierung von Schulen und KITAs, damit Kinder und Jugendliche keine Nachteile erfahren und Schäden erleiden, die nicht mehr kompensierbar sind. Dann muß in einem interdisziplinär und multiperspektivisch besetzten Gremium, in dem neben Schul-Praktikern (!) und Theoretikern aus der Allgemeinen Pädagogik und (Fach)Didaktik auch Kolleginnen und Kollegen aus der Ethik und (Lern)Psychologie, der Pädiatrie (Kinder- und Jugendärzte), der Medienpädagogik und der herstellerneutralen und datenschutzkonformen (Digital)Technik vertreten sind, ergebnisoffen (statt technikdeterminiert) über die Voraussetzungen gelingender Bildungsprozesse diskutiert werden.

Es müssen konkrete Vorschläge für humane und demokratieförderliche Erziehungs- und Schulstrukturen erarbeitet werden, die ein selbstbestimmtes Leben durch Bildung ermöglichen, wie es in den Landesverfassungen verankert ist.

Dabei gilt grundsätzlich, das Primat des Pädagogischen vor allen vermeintlichen technischen Fortschritt zu stellen: Vorsicht ist in Erziehungs- und Bildungsfragen ethische Pflicht. Kinder und Jugendlichen brauchen ein menschliches Gegenüber, ihre Entwicklung und Förderung muß im Mittelpunkt von Bildungspolitik und -praxis stehen."<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Dezember 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Die jahrhundertelange Terrorherrschaft der Antichristen**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider nie durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. In diesem endlosen Kampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Gewaltherrschaft des Feudalismus

Im 4. Jahrhundert (Frühmittelalter) verbündete sich das Römische Reich mit der katholischen

Kirche, um auf Kosten des größtenteils besitzlosen und unfreien Volkes ein angenehmes, sorgenfreies Leben zu führen. Die religiösen Gruppen wurden von den weltlichen Herrschern vor allem als nützliche Instrumente der Machterweiterung und des Machterhalts betrachtet, weil man das ungebildete Volk mit Hilfe der Religion bzw. des Glaubens leichter unterdrücken, systematisch manipulieren und noch ungehemmter ausbeuten konnte.

Den weltlichen und kirchlichen Herrschern kam es nie darauf an, ob ihre Handlungen sowie die erlassenen Gesetze und Abgaben gerecht oder ungerecht waren, denn es ging den allmächtigen Schmarotzern vor allem darum, den persönlichen Machtzuwachs zu erweitern und den wirtschaftlichen Gewinn zu erhöhen.

Für das Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft war seit Jahrhunderten vor allem die Angstmacherei ein wichtiges Machtmittel. Damals setzten die dominanten Religionen besonders die Angst als Terrorinstrument bei der mörderischen Verfolgung der Heiden, Ketzer, Hexen, Hexer und anderen Systemgegnern ein. Die Verfolgten wurden im allgemeinen grausam gefoltert und danach meistens öffentlich durch Feuer oder Schwert hingerichtet.

Das religiöse Machtinstrument "Angst" war teuflisch erfolgreich, denn der allgegenwärtige Terror förderte hauptsächlich die negativen menschlichen Charaktereigenschaften (wie z.B. Arglist, Gier, Gehässigkeit) und zerstörte jegliches Vertrauen innerhalb der Gemeinschaft. Bespitzelung, Untreue, Verrat und Verleumdung wurden belohnt und damit gesellschaftlich idealisiert. Es war ein äußerst effektives System. Einer denunzierte den anderen, um möglicherweise nicht selbst denunziert zu werden. Die Bevölkerung wurde systematisch gespalten und Generationen ins Elend gestürzt.

Vor allem die Inquisition (Untersuchung) der katholischen Kirche zeichnete sich durch eine besonders fanatische Erbarmungslosigkeit aus. Im Verlauf dieser jahrhundertlangen unchristlichen Menschenquälerei erzielte die katholische Kirche riesige Gewinne (vor allem durch Bußgelder sowie Beschlagnahmungen und Enteignungen des Vermögens der Verfolgten).

Geheimbünde und Geheimorganisationen

Nach den furchtbaren Konfessionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa riefen besonders die Freimaurer im 18. Jahrhundert zum angeblichen Kampf gegen trennende Religionen, Konfessionen, Stände, Nationen, Rassen, Klassen usw. auf und forderten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für alle Menschen.

Den Freimaurern ging es jedoch tatsächlich nie um Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit, sondern dieser Geheimbund hatte sich dem völligen Relativismus verschworen, daß z.B. alle Wahrheiten veränderlich seien und daß es keine allgemeingültigen Wahrheiten geben würde. In erster Linie verfolgten die Freimaurer lediglich die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Herrschaftsansprüche.

Bei den Freimaurerlogen handelte es sich seit ihrer Gründung um politische Geheimgesellschaften, die geheime Staatsgebilde ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten bildeten. Die Freimaurer setzten vor allem auf Christentumfeindlichkeit, die geistige Zersetzung und die systematische Zerstörung des nationalen Kulturlebens der Völker sowie die allmähliche Auflösung der Nationalstaaten. Die Freimaurer-Geheimorganisationen förderten nachweislich den religionsfeindlichen Atheismus, den revolutionären Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus bzw. Kommunismus.

Besonders die Geschichte Großbritanniens und des Britischen Empires wurde seit Gründung der Londoner Freimaurerloge von den Freimaurern dominiert. Viele maßgebliche Persönlichkeiten der britischen Politik, der Armee, der Bildung, der Wirtschaft und des Handels waren Logenbrüder.

Ziele der Freimaurer

Die Freimaurer-Großlogen aus England, Schottland und Irland waren z.B. seit der Mitte des

18. Jahrhunderts in allen überseeischen Gebieten des britischen Imperiums (Kolonien und Dominien sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika) freimaurerisch tätig.

Obleich die freimaurerische Geschichtsschreibung alle politischen, revolutionären oder kriegerischen Handlungen leugnete, wurden seit dem 18. Jahrhundert fast alle bedeutenden Geschehnisse der Weltgeschichte von den geheimen Freimaurerlogen entscheidend beeinflusst und geprägt. Seit Gründung des Freimaurerordens gab es für die Freimaurer eigentlich nur ein Ziel: Beständig und unaufhörlich geistige, kulturelle, wirtschaftliche und politische Revolutionen sowie kriegerische Auseinandersetzungen zu planen, zu organisieren, zu finanzieren und durchzuführen.

In zahlreichen Ländern, wie z.B. in Nordamerika, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Polen, Griechenland, Mittel- und Südamerika sowie in Rußland, beteiligten sich später die Freimaurer maßgeblich direkt oder indirekt an fast allen gewalttätigen Revolutionen und kriegerischen Auseinandersetzungen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts.

Die nordamerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 und die Französische Revolution im Jahre 1789 wären ohne aktive Beteiligung der französischen Freimaurer nicht möglich gewesen. Nicht zufällig wurden während der Französischen Revolution öffentlich die sogenannten Ideale der Freimaurerei ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") gefordert.

Der revolutionäre Fanatismus und die Brutalität der Jakobiner, sämtliche Lebensbereiche zu politisieren und die radikale Unterdrückung des Christentums sowie die systematische Unterwanderung der katholischen Kirchenführung, kündigten damals bereits die geheimen Ziele des geplanten totalitären Weltstaates der Freimaurer an.

Auch die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 wurde von den Freimaurern siegreich vollzogen. Lenin und Trotzki, die Hauptanführer der russischen Revolution, waren nicht nur fanatische Kommunisten, sondern sie waren außerdem leidenschaftliche Freimaurer. Sie gehörten dem 33. Freimaurergrad des sog. Schottischen Ritus an.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges wurden ebenfalls maßgeblich von den Freimaurern geplant, organisiert, finanziert und durchgeführt.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Juli 2013 (x1.000/...):

>>**Wie human ist die Freimaurerspitze?**

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinherrschaft zu gelangen. Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch- atheistische System und dann wollen wir einen Kata-

klysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Die "Kölnische Volkszeitung" berichtete am 8. Oktober 1917 über die Geheimorganisation der Freimaurer (x345/9): >>... Das Freimaurertum bezweckt, die öffentliche Meinung zu bilden und zu leiten. Es will auf die Regierung des Landes jenen Einfluß haben, welchen guten und mächtigen Institutionen gebührt. Deshalb arbeitet es darauf hin, in die öffentliche Verwaltung, in die legislativen Körperschaften und in die höchsten Stellen der Macht seine eigenen Leute zu bringen.<<

Verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite

Der NWO-Terror wird seit Jahrhunderten lediglich von einer sehr kleinen Gruppe von Personen durchgesetzt. Die Geheimorganisationen der Finanzeliten schwächen seit jeher alle Herrschafts- und Gesellschaftsformen, indem man die Gesellschaft je nach Bedarf kurzerhand spaltet und die Menschen gegeneinander aufhetzt und ausspielt. Diese Geheimbünde fördern in erster Linie nationale Parteien, Gewerkschaften und Verbände sowie internationale Nichtregierungsorganisationen. Sie nutzen gleichzeitig die politische Macht der gleichgeschalteten Massenmedien, um ihre perfiden Ziele zu realisieren.

Außenminister Walther Rathenau berichtete im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. ...<<

Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtete am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. ...<< Der angebliche Kampf der Freimaurer um Freiheit, Gleichheit, Humanität, Brüderlichkeit und Toleranz für alle Menschen forderte schließlich im 2. Dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945 weltweit mindestens 73 Millionen Kriegstote und ein Millionenheer von physisch und psychisch traumatisierten Kriegsversehrten.

Scheindemokratie

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

... Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen.

Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungs-

mittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." ...<<

US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß über die Demokratie (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

Legislative, Exekutive und Judikative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann.

Wenn die allmächtigen Regierungsparteien die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) beherrschen, handelt es sich zweifelsfrei wegen der fehlenden Gewaltenteilung um keine Demokratie.

Da auch die "vierte Gewalt" von den herrschenden Einheitsparteien instrumentalisiert und gleichgeschaltet wurde, lebt die große Mehrheit der Deutschen infolge der einseitigen Berichterstattung in einer Art Scheinwelt, die mit der realen Welt fast nichts mehr zu tun hat.

Die BRD war nie ein demokratischer Rechtsstaat, denn die fremdbestimmten politischen Parteien beherrschten seit jeher alle Institutionen. Nach der Gründung der BRD etablierte sich sehr schnell eine Plutokratie (Herrschaft des Geldes) mit demokratischer Fassade. In dieser Scheindemokratie waren die gewählten Abgeordneten der allmächtigen Regierungsparteien lediglich Marionetten und willige Befehlsempfänger der internationalen Hochfinanz.

Da die globale Clique des Geldadels und der Weltkonzerne aufgrund ihres gigantischen Machtapparates weltweit fast alle politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen beherrschen und lenken, ist die gegenwärtige Herrschaftsform der Scheindemokratie wesentlich totalitärer und rücksichtsloser als es der Feudalismus des späten Mittelalters jemals war.

Fremdbestimmte Parteien

Bei einer politischen Partei handelte es sich ursprünglich um den Zusammenschluß von Menschen, die aufgrund gleicher politischer Anschauungen oder Vorstellungen eine gewisse staatliche Willensbildung anstrebten. Die ersten modernen Parteien entstanden im 17. Jahrhundert in Großbritannien und danach in den USA und in Frankreich. In Deutschland gründete man die ersten Parteien nach 1815.

Die politischen Parteien wurden seit jeher bevorzugt durch die Freimaurer genutzt, um vermeintliche demokratische Wahlmöglichkeiten vorzutäuschen und still und heimlich die Regierung der jeweiligen Länder zu übernehmen und "geheime Staaten" ("Tiefe Staaten") in den Nationalstaaten zu bilden. In diesen "Tiefen Staaten" sind heute fast alle maßgeblichen Persönlichkeiten der Politik, der Armee, der Wissenschaft, der Bildung, der Wirtschaft und des Handels Logenbrüder der Freimaurerei.

Die allmächtigen Regierungsparteien behaupten zwar unentwegt gebetsmühlenartig, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten, aber diesem politischen Kartell geht es in erster

Linie um die Sicherung ihrer Machtpositionen und die Durchsetzung von verdeckten internationalen Wirtschaftsinteressen.

Viele Abgeordnete sind keine unabhängigen Volksvertreter

Die Abgeordneten einer politischen Partei sind gewöhnlich nicht unabhängig, weil sie im allgemeinen einem Fraktionszwang unterliegen, um eine einheitliche Stimmabgabe im Sinne der Fraktionsbeschlüsse zu gewährleisten. Viele Abgeordnete sind schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich allmählich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern.

In allen deutschen Ministerien arbeiten gegenwärtig von den Lobbygruppen und anglo-amerikanischen Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten federführend an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Marionetten der satanischen Neuen Weltordnung

Alle maßgeblichen Vertreter der allmächtigen Regierungsparteien, die sich das gesamte Land zur Beute gemacht haben, sind offensichtlich gehorsame Erfüllungsgehilfen und willige Handlanger der global handelnden Finanzoligarchen, der großen internationalen Investmentfonds (BlackRock, Vanguard usw.), der globalen Nichtregierungsorganisationen, der Philanthropen und der milliardenschweren Stiftungen.

Fremdbestimmte Politiker bzw. Nachwuchskräfte der transatlantischen Netzwerke (wie z.B. Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner, Hubertus Heil, Cem Özdemir, Jens Spahn, Peter Altmeier, Julia Klöckner und viele andere Politiker), die zur Gruppe der "Young Global Leaders" gehörten, durchliefen vor ihrer politischen Karriere jahrelange spezielle Ausbildungs-, Erziehungs- und Auswahlprozesse.

Diese Teilnehmer der "Young-Leader-Programme" erinnern heute eher an Mitglieder einer gemeingefährlichen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien weltweit die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören soll, um gewaltsam einen globalen totalitären Weltstaat mit "neuen besitz- und willenlosen Menschen" oder steuerbaren transhumanen Wesen durchzusetzen.

Einführung einer wahren, wirklichen Volksherrschaft

Um den fremdbestimmten Politikern sowie den macht- und profitgierigen sowie menschenverachtenden Finanzoligarchen endlich das Handwerk zu legen, sind in der neuen Republik Deutschland z.B. folgende Reformen durchzuführen:

Erstellung einer neuen demokratischen Verfassung für die Republik Deutschland

Der derzeitige zutiefst undemokratische Zustand der gegenwärtigen Scheindemokratie bzw. Parteiendiktatur kann nur durch die Erstellung einer neuen demokratischen Verfassung beendet werden.

Demokratische Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit

In der neuen deutschen Verfassung müssen Judikative, Exekutive und Legislative unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht wie in der BRD in "einer Hand" gebündelt werden kann. Die Rechtsprechung (Judikative) ist zukünftig durch unabhängige, parteilose Richter wahrzunehmen.

Verbot und Auflösung von fremdbestimmten politischen Parteien

Alle politischen Parteien, die auf Bundes- und Landesebene aktiv an der Zerstörung der BRD beteiligt waren, sind unverzüglich zu verbieten, zu enteignen und aufzulösen.

Direkte Demokratie

Um den Wählerwillen des Volkes zu gewährleisten, ist unbedingt eine Direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild, jedoch ohne Parteien, zu bilden. In dieser direkten Demokratie erhalten alle wahlberechtigten Bürger das Recht und die Möglichkeit, politische Entscheidungen aktiv zu beeinflussen und auch selbst Themen vorzuschlagen. Da jeder Volksvertreter

weiß, daß in der direkten Demokratie (ohne Parteien) nicht mehr die politischen Parteien, sondern die Bürger das letzte Wort haben, wird die Distanz zwischen den Politikern und Bürgern drastisch reduziert.

Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden

Alle Verfassungsänderungen und alle bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge sind zukünftig nur noch durch Volksbegehren und Volksentscheide des Volkes zu beschließen.

Die Bevölkerung der BRD durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen, wie z.B. Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc., abstimmen.

Abschaffung der Listenwahl

Die bisher von den Parteien aufgestellten Landeslisten (Listenwahlen) werden abgeschafft.

Wahl von Direktkandidaten (Personenwahl)

In der reformierten direkten Demokratie wird in jedem Wahlkreis zukünftig nur noch 1 Direktkandidat per Personenwahl gewählt. Pro Wahlkreis zieht nur der Kandidat in den Bundestag ein, der die meisten Wählerstimmen erhält. Kandidieren darf jeder Bürger, wenn er das passive Wahlrecht besitzt, am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet hat, im entsprechenden Wahlkreis wohnt sowie spezielle Eignungen und Qualifikationen nachweisen kann.

Infolge der Abschaffung der Listenwahl wird es anstatt der gegenwärtig **736** nur noch **299** direkt durch das Volk gewählte unabhängige deutsche Bundestagsabgeordnete geben.

Drastische Reduzierung der 16 Ministerien sowie der staatlichen Ämter und Behörden

Die meisten der 16 Ministerien sowie nicht erforderliche staatliche Ämter und Behörden sind ersatzlos zu streichen, denn sie sind keine Teile der Lösung, sondern wesentliche Teile des Problems.

Verbot der Briefwahl nach dem französischen Vorbild

In Frankreich wurde bereits ab 1976 die Briefwahl für die im Inland wohnenden Wahlberechtigten verboten, um das Manipulationsrisiko von Wahlen zu reduzieren. Bei der Briefwahl ist z.B. nicht nachvollziehbar, ob der Wähler seine Stimme selbst abgegeben hat oder ob er möglicherweise durch einen Dritten beeinflusst wurde oder ob die Wahlzettel sogar von Dritten gefälscht wurden.

Juristische und notarielle Überwachung der Stimmauszählung

Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten.

Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)

Bisher wurde der Bundeswahlleiter vom Bundesminister des Innern auf unbestimmte Zeit für die Organisation und Auszählung der Wahlen ernannt.

Die Leute, die die Stimme abgeben, entscheiden nichts. Die Leute, die die Stimmen zählen, entscheiden alles.

Josef Stalin, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili (1879-1953, sowjetischer Politiker)

Um ordnungsgemäße Wahlergebnisse sicherzustellen, sollten zukünftig unabhängige, parteilose Richter und unabhängige, parteilose Notare die Auszählung der Wahlergebnisse überwachen, prüfen und bestätigen.

Spezieller Eid für jeden Abgeordneten

Alle gewählten Volksvertreter leisten nach der neuen Verfassung zukünftig bei Amtsübernahme einen speziellen Eid, sich für das Gemeinwohl des Volkes einzusetzen und für ihre politischen Handlungen zu haften.

Spezielle Anforderungen für Bundeskanzler und Bundesminister

Der Bundeskanzler und die Bundesminister sollten grundsätzlich verheiratet sein und eigene

Kinder haben.

Humanität, Menschenrechte und Menschenwürde

Bei den Geheimorganisationen und Nichtregierungsorganisationen der globalen Finanzelite handelt es sich zweifelsfrei um kreative Täuscher und Hetzer, die unter dem Deckmantel der Humanität, der Menschenrechte und der Menschenwürde, die Menschen weltweit spalten und gegeneinander aufhetzen.

Der globale Humanismus der gemeingefährlichen NWO-Psychopathen versprach der gesamten Menschheit Freiheit und Menschenrechte, plante aber tatsächlich unentwegt weltweit Umstürze und Anschläge auf Staaten und Menschen, die Auslösung und Inszenierung von Kriegen zur finanziellen Bereicherung von Eliten, die Abschaffung aller persönlichen Freiheiten, die Gleichschaltung aller Werteordnungen und die Wiedereinführung der Sklaverei, um eine Neue Weltordnung bzw. einen totalitären Weltstaat zu etablieren.

Die genialen Betrüger und Lügner der anglo-amerikanischen NWO-Denkfabriken schafften es letzten Endes, die angeblich gebildeten und "aufgeklärten Menschen" zu täuschen. Die Dummheit der Menschen ist anscheinend grenzenlos, denn wie die "unaufgeklärten Menschen des Mittelalters", ließen sich auch die "aufgeklärten Menschen des 20. und 21. Jahrhunderts" unentwegt belügen und betrügen.

Ein Blick zurück in die geschichtliche Vergangenheit beweist, daß leider kein kultureller Fortschritt der Menschheit stattgefunden hat. Gegenwärtig passiert genau der gleiche Terror wie in den zurückliegenden Jahrhunderten des tiefsten Mittelalters. Es ist unglaublich und nicht zu fassen, wie leicht sich die Menschen heutzutage durch die systematische Angstmacherei der gleichgeschalteten Propagandamedien verblöden und versklaven lassen und nicht bereit sind, für ihre Freiheit zu kämpfen.

Great Reset - Der große Neustart

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten langfristig geplant und finanziert. Zum engeren Kreis der weltweiten Finanzelite zählen der Vatikan und etwa 300 bis 400 superreiche Familien. Zu den reichsten und gefährlichsten Familien der Welt zählen zum Beispiel Rothschild und Rockefeller, Warburg, Guggenheim, Carnegie, Harriman, Taft, Vanderbilt, Whitney.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität. Die profitgierigen, gemeingefährlichen Finanzoligarchen nehmen seit jeher den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf, um ihre menschenverachtende Neue Weltordnung durchzusetzen, wie die zahllosen Verbrechen der Vergangenheit und Gegenwart gegen den Frieden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen eindrucksvoll beweisen.

David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärte im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. ...<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schrieb im Jahre 2010 in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur

aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

Der totalitäre NWO-Welteinheitsstaat

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "auserwählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser NWO-Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 eindeutig den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, der Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung ohne jegliche Menschenrechte zu etablieren.

Endkampf der Völker gegen die globale Finanzoligarchie

Die jahrhundertelange Terrorherrschaft der Antichristen, die das Leben der Menschen bis zum heutigen Tag entscheidend prägte, wurde bisher nie angemessen historisch aufgearbeitet, so daß die globalen Menschheitsverbrechen der organisierten Kriminalität immer dreister wurden und in den letzten Jahren ungeheure Ausmaße annahmen.

Im gegenwärtigen Kampf um die Neue Weltordnung handelt es sich zweifelsfrei um die Fortsetzung des ewigen Kampfes zwischen Gut und Böse. Dieser große Entscheidungskampf wird zwangsläufig auch das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden, deshalb darf sich niemand aus der Verantwortung stehlen.

Der Prophet Jesaja schrieb im Kapitel 41, Vers 10: >>*Fürchte dich nicht, ich bin mit dir; weiche nicht denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.* <<

Die Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Energiewende, Corona-Plandemie und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland sowie der Überfall der Hamas auf den jüdischen Staat, waren keine unglücklicher Umstände oder

rätselhafte Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Durch diese langfristig inszenierten ideologischen Zerstörungsaktionen wurde zum Beispiel der Untergang der BRD nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich eingeleitet.

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die furchtbaren Folgen der weltweit durchgeführten verbrecherischen mRNA-Experimente nicht mehr verschwiegen werden können. Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Der zutiefst undemokratische Zustand der gegenwärtigen Plutokratie (Herrschaft des Geldes) muß deshalb so schnell wie möglich beendet werden, damit wir trotz der fast aussichtslosen Lage doch noch unseren Weg in eine glückliche Zukunft finden.

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir jedoch nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Es wird allmählich Zeit, die Erfinder des Nürnberger Tribunals und ihre willigen Erfüllungshelfen wegen ihrer andauernden Verbrechen, die sie seit Jahrzehnten im Namen der "Demokratie und des Friedens" begehen, endlich durch einen unabhängigen Weltgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen.

Die ständig Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen der verbrecherischen Finanzeliten, können nur für alle Zeiten ausgeschaltet werden, wenn die jeweiligen reformierten Nationalstaaten alle aktiven und passiven Drahtzieher der satanischen NWO-Verbrecherorganisationen angemessen bestrafen und vollständig enteignen.

GOTT MIT UNS ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27568](https://www.klagemauer.tv/27568)" berichtet am 1. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Schluß mit der WHO-Tyrannie - Rede von Dr. David Martin**

"Seit Gründung der WHO im Jahr 1947 stellten die Methoden dieser Organisation von Anfang an einen Verstoß gegen die Gesundheitsgesetze der USA dar. Niemals handelte es sich um eine Angelegenheit der öffentlichen Gesundheit", so Dr. Martin. Ebenso bezeichnet er die WHO als kriminelles Kartell und begründet in dieser Rede in den Räumen des EU-Parlaments seine krassen Aussagen.

Am 13. September 2023 fand erneut eine hochkarätige offene Konferenz im Gebäude des EU-Parlamentes statt. Zur Expertenriege gehörte auch der bekannte amerikanische Arzt, Patentprüfungsexperte, Mathematiker, Wissenschaftler und Erfinder Dr. David Martin. Ebenso ist er Gründungsgeschäftsführer von M-CAM Inc. M-CAM ist der internationale Marktführer im Bereich des auf geistigem Eigentum basierenden finanziellen Risikomanagements. Dabei geht es um Prüfung der Patentqualität für Regierungen und Patentämter und weit darüber hinaus. Hören Sie die Rede des hochqualifizierten Dr. David Martin.

Nun, die Übersetzer sind weg und der Livestream nimmt ab, was bedeutet, wenn wir einfach auf unseren Kollegen Matthias hören: Das Beste wäre, es euch, dem Volk, zu überlassen. Jetzt liegt es an Ihnen, es zu teilen, was aufgrund der höhlenartigen Leere, die wir in all diesen Räumen sehen, eindeutig nur dann zu hören ist, wenn Sie es teilen. Darum kommt es mir sehr passend vor, daß ich derjenige mit der leisesten Stimme sein sollte. Aber lassen wir diesen Löwen brüllen ... oder?

Ich habe es satt, über Covid zu reden, und ich habe es satt, über SARS-CoV-2 zu reden, und das aus einem ganz einfachen Grund: Seit 110 Jahren werden wir Menschen auf der Welt belogen. Eine Gruppe, eine sehr kleine Zahl krimineller industrieller Verschwörer, beschloß, die gesamte menschliche Bevölkerung für ihre finsternen Pläne zu unterwerfen, um sich selbst zu

bereichern und gleichzeitig den Rest der Menschheit zu verarmen und zu töten.

Ich habe es satt, höflich zu sein. Wir sind längst über die Höflichkeit hinaus.

Wenn die Worte "akzeptable Sterblichkeitsrate" Teil einer industriellen Norm werden, haben wir das Fundament der Menschlichkeit verloren. Und das sind nicht meine Worte. Das waren die Worte der Weltgesundheitsorganisation und die von Pfizer und Moderna, als ihnen die Genehmigung erteilt wurde, mit der Tötung von Menschen zu beginnen, um ihre Ziele voranzutreiben.

Und ich werde das auch nicht beschönigen. Das ist ein kriminelles Kartell. Wir tun so, als gäbe es irgendwo in irgendeiner esoterischen Schicht eine Art von Erlösung, die der Weltgesundheitsorganisation auf die eine oder andere Weise einen Nutzen bringen muß. Nun werde ich Ihnen sagen, daß die WHO seit ihrer Gründung in den 1940er Jahren nichts anderes ist als ein kriminelles Kartell, das eine einzige und einzigartige Absicht verfolgt.

Ich werde Ihnen das Dokument zeigen, das beweist, was ich sage. Das ist kein Vorwurf. Das ist sogar nachweisbar, mit ihren eigenen Worten, in ihrer eigenen Hand. Und sie nutzen einen vierstufigen Prozeß, um jeden ihrer schändlichen Pläne in die Tat umzusetzen. Sie beginnen damit, eine Übung zu planen. Dann widmen sie sich der Finanzierung dieser Übung. Dann schaffen sie die wissenschaftliche Begründung für das, was sie tun werden, und dann setzen sie es um und profitieren davon.

Und das stellt einen Verstoß gegen US-Code 15, Abschnitt 19 des US-Gesundheitsgesetzes dar, der für diejenigen unter Ihnen, die genau zuhören, zufällig mit dem Clayton Act (US-amerikanisches Bundesgesetz, Teil des Kartellrechts, mit dem Ziel, dem US-Kartellrecht weitere Substanz zu verleihen; Der Clayton Act soll wettbewerbswidrige Praktiken verhindern) im selben Jahr begann, in dem auch die Vorläufer der Weltgesundheitsorganisation ihren Anfang nahmen.

Deshalb finde ich es faszinierend, daß wir 1913 den Clayton Act verabschiedet und vor 110 Jahren die kriminelle Verschwörung ins Leben gerufen haben, die wir heute Weltgesundheitsorganisation nennen. 110 Jahre später.

Und unter Verstoß gegen den AEUV (Englisch: TFEU), völkerrechtlicher Vertrag der EU-Mitgliedsstaaten über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der meines Erachtens jetzt als Vertrag über die dysfunktionale Europäische Kabale bezeichnet werden muß, legt Artikel 101 eindeutig die Bedingungen fest, daß es sich hier nie um eine Angelegenheit der öffentlichen Gesundheit handelte. Punkt.

Es handelte sich um Erpressung, mit dem Ziel, Terror zu schüren, um das Verhalten einer Bevölkerung anzupassen. Punkt. Das war es. Das war es schon immer.

Und wir können jedes theoretische Argument vorbringen, das wir zu den Dingen vorbringen wollen. Aber selbst mit der Theorie, daß wir einen Ausbruch von irgend etwas hatten, ist das Problem widerlegbar, denn die Daten aus Zürich zeigen uns, daß im Jahr der weltweiten Todespandemie die Krankenversicherungen 30 Milliarden US-Dollar weniger an Schadenersatzzahlungen geleistet haben.

Wenn nun ein Mediziner, ein Sozialexperte oder sonst jemand darüber diskutieren will, daß wir einen Virus entwickeln könnten, der auf raffinierte Weise Ihr Bankkonto, die Angaben in Ihren Versicherungspolicen und die Höhe Ihrer Versicherungsbeiträge herausfinden kann, dann ist das ein großes Problem.

Es stellt sich heraus, daß die Daten eindeutig sind. Wir hatten keine Pandemie. Wir hatten einen Völkermord. Und wir müssen es als das benennen, was es ist.

(PLAN IT! Secure Liability Shield for Acts that Kill/Deutsch: PLANE ES! Sicherer Haftungsschutz für Tötungsdelikte)

Wenn ich sage, daß sie es geplant haben, stellen wir sicher, daß wir das nicht ganz so Kleingedruckte des Kleingedruckten genau verstehen. Und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zuerst

auf die rechte Spalte dieser Folie lenken. Das sind die Daten aus dem Jahr 2011, die die Weltgesundheitsorganisation, der Wellcome Trust PATH (Program for Appropriate Technology in Health, eine internationale, gemeinnützige globale Gesundheitsorganisation) und die Gates Foundation zu ihrem "wunderbaren" weltweiten Programm für einen Malaria-Impfstoff für Kinder unter sechs Monaten erstellt haben.

Und in ihrer klinischen Studie ist es hilfreich, darauf hinzuweisen, daß sie 66 Kinder in der Impfgruppe ermordet haben und dann geschickt den Begriff "Kontrolle" für eine Kontrollgruppe verwendet haben, in der sie 28 Kinder ermordet haben. Nun ... der Grund, warum ich "ermordet" gesagt habe und warum ich diesen Begriff verwende, ist, daß es genau das ist, was es war. Denn es stellt sich heraus, daß es bei dieser Kontrollgruppe nicht um eine Injektion oder Kochsalzlösung handelte. Es handelte sich tatsächlich um einen Cocktail aus anderen bekannten krankheitsübertragenden Injektionen.

Die Kontrollgruppe war dafür bekannt, daß sie Menschen tötet. Und die experimentelle Kontrollgruppe sollte theoretisch vielleicht sogar Menschen töten. Und es brachte sie tatsächlich alle um. Und schlauerweise möchte ich, daß Sie unter Artikel V, Abschnitt 13, den ich auf diese Folie gelegt habe, verstehen, warum ich das gesagt habe: "Bei ihrer Formierung im Jahr 1947, als die WHO finanziert und gegründet wurde, wurde sie von Menschen finanziert und gegründet, die nach ihren eigenen Worten absichtlich ein Verbrechen begehen wollten. Abschnitt 13 von Artikel 5 endet mit der folgenden Aussage: "Immunität bei persönlicher Festnahme oder Inhaftierung", bla, bla, bla ... "Immunität bei Gerichtsverfahren jeglicher Art".

Wenn sie nun nicht die Absicht hatten, ein Verbrechen zu begehen, warum sollten Sie sich dann dauerhafte und absolute Immunität vor jeglicher Strafverfolgung verschaffen und, was noch schlimmer ist, sogar vor Ermittlungen zur Strafverfolgung jeglicher Art?

Die Leute sitzen da und tun so, als wäre das wie diplomatische Immunität ... Ist Ihnen klar, daß dies nicht einmal dem Standard der diplomatischen Immunität entspricht? Es handelt sich um eine kriminelle Organisation, die ihr eigenes Gesetz in Kraft gesetzt hat, um sich vor ihren eigenen Verbrechen zu schützen, von denen sie wußten, daß sie sie begehen würden. Und wenn ich sage, sie wußten, daß sie sie begehen würden, dann meine ich, daß sie es wußten. Denn ihr erster Generaldirektor, kein Geringerer als Dr. René Sand (der 1940 zufällig in Dachau bei den Deutschen zu Gast war), wurde zuvor, 1947, auf mysteriöse Weise mit Hilfe der Rockefeller-Stiftung zum ersten Generaldirektor der WHO nominiert.

Und innerhalb von nur fünf Jahren beschloß René Sand, den wahren Zweck der WHO schriftlich durch den damaligen Generaldirektor Dr. Brock Chisholm zu genehmigen, der für die Bevölkerungskontrolle als primäres Ziel der WHO eintrat. Hört sich das für irgendjemanden in diesem Raum nach "Öffentlicher Gesundheit" an? Es geht hier nicht um die Öffentliche Gesundheit. Dies ist die Weiterentwicklung desselben Völkermordprogramms, das mit der Finanzierung der Eugenik-Büros in den Cold Spring Labs (führendes Forschungsinstitut in den Vereinigten Staaten) durch die Carnegie-Stiftung im Jahr 1913 unter der Philanthropie von Andrew Carnegie begann.

Leute, hört auf, euch etwas vorzumachen! Wir debattieren über die Blätter des Baumes, den wir als Pandemie bezeichnen, aber wir gehen nicht bis an die Wurzel. Es handelt sich um eine organisierte kriminelle Vereinigung, die gegründet wurde, um sich zunächst absolute Immunität zu erschaffen und dann ihre Pläne umzusetzen, um sicherzustellen, daß sie kontrolliert, wer lebt, wer stirbt und wer überhaupt irgendeine Chance auf Leben bekommt.

Und wenn Sie denken, daß ich die Zahlen irgendwie aufblähe, lassen Sie mich unmißverständlich sein: Wenn ich Ihnen bei jeder Behandlung einer Steuervorschrift sage, daß es eine 88 %ige Mehrheitsbeteiligung an irgendeiner Organisation gibt, könnten Sie zu dem Schluß kommen, daß dies tatsächlich eine Mehrheitsbeteiligung darstellt. Und es stellt sich heraus, dass, wenn wir uns die Spenden der Stiftung an die Weltgesundheitsorganisation ansehen,

stammen 88 % davon von einer einzigen Organisation: der Gates Foundation. Das stellt einen Verstoß gegen jedes Wettbewerbsgesetz in Europa und alle Wettbewerbsgesetze in den Vereinigten Staaten dar.

Dies ist absolut keine unabhängige, wohltätig finanzierte Spende, sondern, was noch wichtiger ist, nach den Steuergesetzen auf beiden Seiten des Atlantiks handelt es sich um gezielte Spenden, die ausdrücklich verboten sind und nirgendwo in der Charta der Weltgesundheitsorganisation oder einer der der UN angegliederten Organisationen zu finden sind. Wenn ich sage, daß das kriminell ist, dann meine ich damit Steuerkriminalität, eine organisierte Kriminalität, ein Verbrechen der Geldwäsche.

Und jetzt das Verbrechen der organisierten Kriminalität, das zu Mord und Terrorismus führt: FUND IT! Deutsch: Finanziere es!)

Ich habe Ihnen gesagt, daß das Zweite, nachdem sie es geplant haben, darin besteht, es zu finanzieren. Und warum verwenden wir nicht deren kriminelle Sprache in ihren eigenen Worten?

Weil man es auf diese Weise am besten ausdrücken kann. Und als sie tatsächlich die Freigabe der Verwendung einer biologisch veränderten Chimäre in Verbindung mit dem vom Coronavirus abgeleiteten Modell planten, sagten sie Folgendes:

"Um die Finanzierung über die Krise hinaus aufrechtzuerhalten, müssen wir das öffentliche Verständnis für die notwendigen medizinischen Gegenmaßnahmen wie einen Pan-Influenza- oder Pan-Coronavirus-Impfstoff erhöhen."

Lassen Sie mich nun einen Moment innehalten und Sie daran erinnern, daß es sich bei der Krise, von der sie sprachen, um eine Krise schwindender Finanzierung handelte. Es gab keine Gesundheitskrise. Dies war eine Krise, da ihre Kassen allmählich leer waren. Das ist die Krise. Und lesen wir weiter:

"Ein wesentlicher Treiber sind die Medien, und die Wirtschaft wird dem Hype folgen. Wir müssen diesen Hype zu unserem Vorteil nutzen, um die wahren Probleme anzugehen. Die Investoren werden reagieren, wenn sie am Ende des Prozesses einen Gewinn sehen."

Das ist die offizielle Aussage der verschwörerischen Kabale, die zu diesem Zeitpunkt des Jahrzehnts der Impfstoffe, die 2011 von dem Global Preparedness Monitoring Board (GPMB, Globales Kontrollgremium für Gesundheitsvorsorge) der WHO in Gang gesetzt wurde. Und es war die Finanzierungsgrundlage für Peter Dazaks Partnerschaft mit der Chimären-Produktion von Krankheitserregern, sowohl in North Carolina als auch in Wuhan. Sagen Sie mir also nicht, wir müssen eine Untersuchung durchführen, woher das kommt. Die Kriminellen haben es mit ihren eigenen Worten zugegeben.

Und jetzt kommen wir zu dem lustigen Thema, das niemand im Kongreß ansprechen möchte, nämlich dem "Elefanten im Raum". Am 21. Oktober 2014, trotz der zahlreichen Gespräche zwischen Senator Rand Paul und Anthony Fauci, von denen uns gesagt wurde, daß Rand Paul alles in seiner Macht Stehende getan hat, Fauci in die Enge zu treiben. Er war im Besitz des Briefes, den Sie auf der linken Seite der Folie sehen.

Und es ist der Brief, praktischerweise mit dem Briefkopf des NIAD (Nationales Institut für Allergie und Infektionskrankheiten), der an die University of North Carolina Chapel Hill geschickt wurde, in dem es unmißverständlich heißt, daß während des Gain of Function-Moratoriums (gesetzlich oder vertraglich angeordnete Aussetzung der Funktionsgewinn-Forschung), das übrigens, wenn wir das Wort "Moratorium" verwenden, sich anfühlt, als würde das bedeuten: "Du sollst aufhören" ...

Schauen wir uns zwei Teile dieses Schreibens an:

Erstens: der zweite Aufzählungspunkt im Rahmen von Projekt 1, der nicht Teil des ursprünglichen Zuschusses war. Dabei sollten die neuartigen Funktionen der Viruspathogenese "in vivo" untersucht werden. Wissen Sie, was das bedeutet? In lebenden Systemen. Der Zuschuß

sollte eigentlich für klinische Simulationen verwendet werden; aber dieser Zuschuß wurde mit diesem Schreiben dahingehend geändert, daß es heißt: Wir hatten vor, während des Moratoriums die Funktionsgewinnforschung in lebenden Systemen zu genehmigen. Und dann, wir lieben den letzten Absatz dieses Schreibens, in dem es praktischerweise heißt: "Da Ihr Zuschuß derzeit finanziert wird, ist diese Pausierung freiwillig."

Wie oft haben Sie von einem "freiwilligen" Moratorium gehört? Und das Beste daran ist, wenn wir uns die allerletzte Zeile ansehen: "... oder weiterhin die anwendbare Gain-of-Function-Forschung durchführen bis zum Ende der derzeit laufenden Budget-Periode." Hier kommt das Problem. Wissen Sie, wer das Budget bereitstellt? Ein unbefristeter Vertrag in unbegrenzter Höhe von DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency/Deutsch: Behörde des US Verteidigungsministeriums für die US-Streitkräfte und für Weltraumprojekte) und von NIH (National Institutes of Health/Deutsch: US- Gesundheitsbehörden).

Ist es nicht praktisch, ein dauerhaft finanziertes Projekt zu haben, das gestoppt werden muß, wenn das Geld aufgebraucht ist? Wenn man herausfindet, daß es keinen Punkt gibt, an dem das Geld aufgebraucht ist, weil es kein Ende von etwas gibt, das kein Ende hat?

Und damit Sie nicht denken, daß ich eine Behauptung aufstelle, was ich nicht tue. Ich erhebe eine Anschuldigung, lassen Sie uns das klarstellen. Das ist ein großer Unterschied. Ich behaupte gar nichts. Sie haben sich tatsächlich die Mühe gemacht, uns zu sagen, daß es das Wuhan-Virus sein würde, das uns erwischen wird.

Wie Sie auf der rechten Seite des Bildschirms sehen, veröffentlicht am 14. März 2016: "Das SARS-ähnliche WIF1-Coronavirus", und ich zitiere: "steht kurz vor dem Auftreten beim Menschen". Klingt das so, als wären wir gerade überrascht, daß im Dezember 2019 in Wuhan etwas durcheinandergeraten ist? Oder fühlt es sich so an, als würde uns gesagt werden: "Schauen Sie sich Wuhan an, und schauen Sie sich an, was wir getan haben, um das Coronavirus in Wuhan zu manipulieren und die University of North Carolina in Chapel Hill, ..." und siehe da? Wir können Ihnen jetzt sagen, daß wir bereit sind, es zu veröffentlichen ... in 2016. Wir sind fast fertig. (CREATE IT!/ Deutsch: kreierte es)

Und dann haben sie es kreierte ... Jetzt wissen Sie alle, daß ich weltweit dafür kritisiert werde, daß ich den Begriff "biologische Kriegsführung" verwende. Ich mache das, weil ich dazu berechtigt und qualifiziert bin. Für die US-Regierung war ich Anfang der 2000er und Ende der 90er Jahre eine Person, die um die Welt geschickt wurde, um die Verbreitung biologischer und chemischer Waffen zu untersuchen.

Ich bin bestens vertraut mit der Definition eines biologischen Kampfstoffs im 18. U.S. Code, dem Strafgesetzbuch für Verstöße gegen biologische Waffen. Insofern ist meine Einschätzung professionell und richtig. Und der Grund dafür ist, daß ich derjenige bin, der diese Entscheidung für die Regierung der Vereinigten Staaten treffen darf, und das seit vielen Jahren. Deshalb sage ich das.

Aber lassen Sie uns für den Moment so tun, als wäre ich einfach nur ein Verrückter. Vielleicht weiß ich nicht, wovon ich spreche. Schauen wir uns also an, was die Kriminellen selbst gesagt haben.

Im Jahr 2005, auf einer Konferenz, die von der DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency/Deutsch: Behörde des US Verteidigungsministeriums für die US-Streitkräfte und für Weltraumprojekte) und der MITRE Corporation, eine Nichtregierungsorganisation zum Betrieb von Forschungsinstituten, im Auftrag der Vereinigten Staaten gesponsert wurde, hielt Ralf Baric, der Architekt des tödlichen DNA-Strangs, der Millionen und Milliarden von Menschen in den Arm gespritzt wurde, einen Vortrag mit dem Titel "Synthetic Coronavirus Biohacking: Biological Warfare Enabling Technologies" (Technologien für die biologische Kriegsführung).

Klingt das wie etwas, das versehentlich falsch interpretiert wird, und eigentlich etwas anderes

meint? Klingen die Technologien zur biologischen Kriegsführung eher nach Gegenmaßnahmen oder nach Pandemie Vorbereitung? Für mich klingt das nach Technologien, die biologische Kriegsführung zu ermöglichen.

Und der Grund, warum ich diese Vermutung habe, ist, daß er neben seinen NIAID (Nationales Institut für Allergie und Infektionskrankheiten) Zuschüssen auch nicht-wettbewerbsorientierte DARPA Zuschüsse erhielt, die insgesamt mehr als 140 Millionen Dollar ausmachten und seine und die damit verbundenen Programme für synthetische Technologien zur Ermöglichung biologischer Kriegsführung flossen. Habe ich also ein Problem damit, die Injektion als Technologie zur Ermöglichung biologischer Kriegsführung zu bezeichnen? Auf gar keinen Fall, denn so haben sie es ja auch genannt.

Und wir wissen, daß sie wußten, daß sie es am 18. September 2019 so nennen würden. Denn am 18. September 2019 hat die kriminelle, der Verschwörung zugehörige Kabale von ineinandergreifenden Direktorien, auch bekannt als die Weltgesundheitsorganisation, erklärt, daß sie eine Erfahrung für die Welt machen wird, die "eine sich schnell ausbreitende Pandemie durch einen tödlichen Atemwegserreger" sein wird.

Es ist die Tödlichkeit in dieser Aussage, welche das Problem darstellt. Sie haben nicht gesagt: "Wir werden vielleicht ein bißchen Schnupfen bekommen ..." Sie sagten, wir werden tatsächlich die Ausbreitung eines tödlichen Wirkstoffes erleben. Und der angegebene Grund: Im September 2020, so der Fortschrittsindikator, würde die Welt einen universellen Impfstoff akzeptieren. NICHT ...

Wir werden uns andere Behandlungsmöglichkeiten ansehen ... ein NEIN zu ... Wir werden einen Blick darauf werfen, was eine frühzeitige Intervention sein könnte, wie sie Dr. McCullough in vielen, vielen Fällen so deutlich befürwortet hat ... NICHT, wie wir am 18. September 2019 erklärten, vor hatten zu töten ... und es das Vorhaben gab zu töten ... um die Angst zu erzeugen, die Menschen dazu bringen würde, etwas zu akzeptieren, was ohne Zwang niemand akzeptiert hätte. Und das ist veröffentlicht ... von den kriminellen Gaunern.

"Deploy & PROFIT FROM IT! (Deutsch: Setze ein und profitiere davon!)"

Uns wurde gesagt, daß "Investoren reagieren werden, wenn sie am Ende des Prozesses einen Gewinn sehen." Und raten Sie mal, was sie gesehen haben? Profit am Ende des Prozesses. 2022: 100 Milliarden Dollar für Pfizer ... aus öffentlichen Mitteln.

Moderna, nachdem sie den Kongreß im Oktober 2021 belogen haben, als sie gebeten wurden, zu überprüfen, ob das NIAD tatsächlich eine Injektion fördert, die das NIAD bereichern würde, und Antony Fauci und das gesamte Team der NIH (National Institute of Health/Deutsch: US-Gesundheitsbehörde) sagten, daß sie kein finanzielles Interesse an ihrer Empfehlung hätten, erhalten sie eine Nachzahlung der Lizenzgebühr von 400 Millionen Dollar für die erste Zahlung der Lizenzgebühr, 400 Millionen Dollar ...

Das ist mehr als ein Gesundheitsinstitut in der Geschichte der amerikanischen medizinischen Forschung jemals für eine einzige Erfindung erhalten hat. Und siehe da, was erhalten wir danach? Ein Antrag der WHO, ihr Budget um 11 % zu erhöhen, um sicherzustellen, daß die Menschen, die davon profitieren, dafür spenden. Und raten Sie mal, was sie gerade getan haben? Sie haben das Geld gleich wieder gewaschen. Das haben sie getan.

(Keep it Simple - Anti-Trust Laws are Key/Deutsch: Halten Sie es einfach - Kartellgesetze sind der Schlüssel)

Dies ist keine Kriminalität im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Dies ist eigentlich keine die Verfassung betreffende Kriminalität.

Das ist ein krimineller Akt, der von einer kriminellen Institution begangen wurde, die seit ihrer Gründung im Jahr 1947 dafür geschaffen wurde, kriminelles Verhalten zu ermöglichen.

Das ist es. Und wir sollten nicht über die Vorzüge der Demokratie oder der Freiheit oder irgendwas anderes debattieren, das so irrational wäre, wie wenn wir bei einem Banküberfall

dabei wären und über das Drucken von Dollarscheinen debattieren würden. Das Problem sind nicht die Dollarnoten. Es ist der Bankräuber.

Und das Problem hier ist nicht die Gesundheit, und es ist nicht die öffentliche Gesundheit, und es ist nicht die Unterdrückung von Informationen und die Unterdrückung von abweichenden Meinungen, und die absolut skrupellose Behandlung von Ärzten und Akademikern auf der ganzen Welt, die sich dagegen ausgesprochen haben. Das ist nicht das Verbrechen ...

Das Verbrechen besteht darin, daß wir kriminelle Gauner hatten, die sich verschworen und einen, ich zitiere, "Notfall-Code" entwickelt haben. Die gleichen kriminellen Gauner planten, inszenierten und führten alle behördlichen Gefangennahmen durch, um sicherzustellen, daß Sie die Begriffe verwenden werden, die sie Ihnen vorgeben zu verwenden: Impfstoff, Gesichtsmaske, Gesundheit, soziale Distanzierung - nichts davon hatte eine normale Verwendung per Definition.

Wir haben Sie also einfach benutzt ..."

Kriminelle Geschäftemacher legten die Preise mit ineinandergreifenden Direktorien fest, in denen bekannte Wettbewerber zusammenkamen und in direkter Absprache die Preise festlegten, was sowohl gegen die Standards der Europäischen Union als auch gegen den Sherman Act und den Clayton Act in den USA verstieß. Das war organisiertes Verbrechen, und als solches sollten wir es auch behandeln. Kriminelle Ganoven haben öffentlich unter Eid gelogen, was zum Tod und zur Zerstörung der Freiheit und vor allem zum Tod und zur Zerstörung der Integrität wohlmeinender Menschen geführt hat, die heute hier sitzen und alles in ihrer Macht Stehende tun, um das durch diese Katastrophe entstandene Unheil zu mildern.

Ich will nicht einen Moment lang die vielfältigen Beiträge großartiger akademischer und medizinischer Fachleute verunglimpfen, die verzweifelt versucht haben, in die Lücke zu springen und die korrupten Folgen dieser Verbrechen zu stoppen, aber ich werde ohne Zweifel Folgendes sagen:

So lange wir dies nicht als kriminelle Verschwörung von Verbrechern behandeln, die zu globalem Terrorismus und Mord führt, mit dem Ziel der Gewinnmaximierung, so lange führen wir die falschen Konversationen.

Denn wir sind nicht hier, um über die Vorzüge eines geänderten Abkommens für eine kriminelle Organisation des organisierten Verbrechens zu diskutieren ...

Wir sind hier, um die kriminelle Organisation selbst zu beenden.

Dies ist mein Aufruf an jeden einzelnen Menschen auf diesem Planeten: Begrenzen Sie nicht nur die Macht der WHO, sondern zerstören Sie die WHO!

Ich danke Ihnen vielmals.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Dezember 2023:

>>Die wahren Gründe für den Krieg in Gaza - Teil 2

Bei dem Krieg in Gaza geht es in Wahrheit um Öl und Gas und um den geopolitischen Konflikt zwischen den USA und Rußland. Lesen Sie den zweiten Teil des Textes von Thomas Röper. Religiöse Fanatiker laden wiederum diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf.

...

_ von *Thomas Röper*

Daß Rishi Sunak die israelische Militäroperation unterstützt, bedeutet, daß er nicht nur britischen Interessen dient, sondern auch US-Interessen, denn BP hat eine große Anzahl von US-Aktionären, insbesondere Vanguard, BlackRock und JP Morgan. Daß es auch um Interessen von US-Konzernen geht, ist also offensichtlich, was auch erklärt, warum die Biden-Regierung trotz massiver innenpolitischer Kritik - auch aus der eigenen Partei - so wenig tut, um Israels Kriegsverbrechen in Gaza zu stoppen.

Die nötige ethnische Säuberung

Daß diese Kriegsverbrechen, die wahllose Bombardierung von Zivilisten in Gaza, die zu in-

zwischen 15.000 toten palästinensischen Zivilisten (fast die Hälfte davon Kinder) geführt hat, keine willkürliche Grausamkeit sind, wird damit auch klar: Mit dem Terror will Israel die Palästinenser dazu bringen, Gaza zu verlassen, damit Israel die Kontrolle über den Gazastreifen und die Öl- und Gasfelder übernehmen kann.

Daß Israel die Kontrolle über den Gazastreifen dauerhaft übernehmen will, wurde von Anfang an klar, als die israelische Armee die Palästinenser zuerst aufforderte, Gaza-Stadt Richtung Süden zu verlassen und dann immer wieder forderte, Ägypten solle die Palästinenser aus Gaza ausreisen lassen.

Kritiker haben Israel daher von Beginn an vorgeworfen, im Gazastreifen eine ethnische Säuberung anzustreben und das Gebiet dauerhaft besetzen zu wollen. Der Grund, warum Israel das nun tut, sind offenbar keine israelischen Sicherheitsinteressen oder blinder Hass auf die Palästinenser, sondern ganz banal die Öl- und Gasvorkommen vor der Küste von Gaza.

USA und Großbritannien vs. Frankreich

Danach könnte die Erschließung des Gasfeldes sofort beginnen und die Gaspipeline, die die von den USA gesprengten Nord Streams ersetzen soll, könnte in Betrieb genommen werden, bevor sich Rußland und Deutschland nach dem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine und mit einer möglicherweise anderen Regierung in Berlin irgendwann wieder soweit annähern, daß die Nord Streams repariert und wieder in Betrieb genommen werden können.

Bis dahin wären die wichtigsten Gaslieferanten für Europa aber bereits die britische BP und die italienische ENI, und nicht mehr die russische Gazprom. Übrigens haben Washington und London hier einen weiteren Schritt gegen Frankreich unternommen. Es sei an den U-Boot-Deal erinnert, den Frankreich und Australien geschlossen haben, den Australien dann gecancelt hat, weil es stattdessen dem neuen Bündnis AUKUS mit den USA und Großbritannien beigetreten ist und deren U-Boote bestellt hat.

Ökonomische Faktoren sind die eine Seite bei der Beurteilung dieses Krieges. Religiöse Fanatiker wiederum laden diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf. Religiöse Fundamentalisten im Judentum, Christentum und im Islam träumen von der letzten Schlacht, in der der Teufel besiegt wird. Danach breche das Reich Gottes an. Diese Apokalyptiker werden zu einer immer größeren Gefahr für den Weltfrieden. ...

Und es sei auch an den Putsch in Niger erinnert, bei dem die USA Frankreich in den Rücken gefallen sind, so daß Frankreich seine Truppen schließlich aus Niger abziehen mußte, während der US-Stützpunkt in Niger erhalten bleibt. Der Putsch in Niger hat Frankreichs Position in Westafrika empfindlich geschwächt, die Position der USA hingegen nicht.

Eine Erklärung für Macrons Verhalten?

Warum die Geschichte um das Ölfeld vor Gaza ein Schritt gegen Frankreich war? Im Gegensatz zu Libyen seinerzeit sind bei dem Öl- und Gasfeld vor Gaza keine französischen Konzerne zum Zuge gekommen. Ob das erklären könnte, warum Macron einer der wenigen europäischen Politiker ist, der von Israel die Einstellung seiner Militäroperation in Gaza und der brutalen Bombardierung der Zivilbevölkerung dort gefordert hat?

Im Klartext: Während die Menschen auf der ganzen Welt von den Bildern der toten Zivilisten und vor allem der toten Kinder, von der humanitären Katastrophe in Gaza und anderen Greueln schockiert sind, während die Ereignisse die Gesellschaft spalten und die Menschen zwingen, sich in dem Konflikt für eine Seite zu entscheiden, wird hinter den Kulissen ein 600-Milliarden-Dollar-Jackpot aufgeteilt. So einfach ist Geopolitik.

Dem Westen geht es um Bodenschätze

Die Ursache des Gazakrieges ist nicht die Religion, nicht einmal die Geschichte, und auch nicht der Terrorismus. Nichts von dem, was die westlichen Medien berichten, ist wichtig.

Die Gründe für den Ausbruch des Konflikts zwischen Palästina und Israel sind Geld und Bodenschätze, die die USA und Großbritannien genau jetzt für den Stellvertreterkrieg gegen

Rußland brauchen. Denn eines liegt auf der Hand: Die rasche Erschließung der palästinensischen Gasreserven hat vor allem die Aufgabe, die Wiederinbetriebnahme der Nord-Streams in einigen Jahren, wenn die Emotionen zur Ruhe gekommen sind, zu verhindern.

Man kann natürlich an die Erklärungen der deutschen Medien und Regierungspolitiker (von denen vor allem die Grünen immer gegen Nord Stream waren, aber nicht gegen anderes Gas sind) über Israels "Recht auf Selbstverteidigung" glauben. Man kann natürlich glauben, daß Israel von dem Angriff der Hamas ganz überrascht war, obwohl das von Beginn an mehr als zweifelhaft war.

Oder man kann sich an all die Kriege der USA und des Westens der letzten Jahrzehnte erinnern, bei denen es immer um Bodenschätze (irakisches, libysches, syrisches, etc. Öl und Gas) ging, was die westlichen Medien jedoch nie thematisiert, sondern stattdessen von "Demokratie, Menschenrechten, Freiheit und Wohlstand" gefaselt haben, die diese Kriege den angeblich unterdrückten Völkern bringen sollten.

Geld und Macht in Gaza

Das erklärt dann auch, warum die westlichen Medien verschweigen, daß die israelische Armee wahrscheinlich für einen Großteil der israelischen Todesopfer verantwortlich ist, denn die Empörung über die Gräueltaten der Hamas sind der Vorwand, der gebraucht wird, um die ethnische Säuberung in Gaza zu rechtfertigen.

Wenn man diese Geschichte dann noch geopolitisch vor dem Hintergrund des Konfliktes zwischen den USA einerseits und Rußland und China andererseits betrachtet, wird es noch offensichtlicher. Rußland soll dauerhaft als europäischer Energielieferant verdrängt werden und angesichts des Verlustes des US-Einflusses im Persischen Golf brauchen die USA mehr denn je die Kontrolle über andere große Öl- und Gasvorkommen.

Geopolitik ist im Grunde eine einfache Disziplin, denn es geht immer um Geld und Macht. Auch in Gaza, aber das verschweigen die westlichen Medien.

Eine nötige Klarstellung

Nachtrag: Als Reaktion auf die ersten Kommentare muß ich wohl einiges nochmal klarstellen und betonen.

Erstens: Das Gasfeld ist im Vergleich mit anderen Gasfeldern sicherlich nicht sehr groß, aber daß 600 Milliarden kein Kriegsgrund sein sollen, wäre mir neu. Hinzu kommt, daß die Beteiligung europäischer Konzerne an dem Gasfeld Israel endlich die Möglichkeit gibt, die Palästinenser (ohne einen Aufschrei in Europa) aus Gaza zu vertreiben, wovon dort schon lange geträumt wird.

Zweitens: Man muß es im Gesamtzusammenhang mit den anderen Gasvorkommen der Region sehen: So lange die Palästinenser in Gaza sind und es immer wieder zu Kämpfen kommt, wäre die Gasförderung in der gesamten Region in ständiger Gefahr. Die Palästinenser könnten sie als Druckmittel gegen Israel nutzen, sobald Europa von dem Gas abhängig und dadurch eher bereit ist, dem Druck der Palästinenser nachzugeben.

Drittens: Auch die Pipeline nach Europa ist natürlich für die gesamten Gasvorkommen der Region gedacht, nicht nur für dieses Feld. Und wieder gilt: So lange die Palästinenser in Gaza sind und es keinen dauerhaften Frieden in der Region gibt, wäre die gesamte Infrastruktur und damit das Ersetzen des russischen Gases in Europa Gefahr, was nicht zuletzt auch Investoren abschrecken würde. Es dürfte einen Grund haben, daß Israel die Förderlizenzen erst nach Beginn des Krieges vergeben hat, als klar wurde, daß das "Problem Palästina" gelöst wird und als Bonus auch noch die 600 Milliarden zu vergeben sind.

Fazit: Die 600 Milliarden sind eine gute Motivation, das "Problem Gaza" zu lösen und damit "ganz nebenbei" Rußland als Gaslieferant dauerhaft aus Europa zu verdrängen.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

02.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Dezember 2023:
>>Wintereinbruch: Jetzt Freispruch für CO2!

Von *Valentina Schacht*

Wintereinbruch in Deutschland - die Klima-Lügner sind blamiert. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

Eiseskälte, glatte Straßen, weiße Landschaften, die Skisaison hat begonnen: Der Winter hat Deutschland pünktlich zum Dezemberanfang erreicht. Vielerorts kam es zu witterungsbedingten Verkehrseinschränkungen, doch im Grunde freuen sich die meisten Menschen, daß das Land zur Adventszeit in winterliches Weiß getaucht ist. Und diesem Wochenende soll es laut dem Deutschen Wetterdienst sogar noch etwas frostiger werden.

Der Wintereinbruch läßt die Klima-Ideologen einmal mehr mit heruntergelassenen Hosen dastehen. Von der vielbeschworenen "Erderwärmung" ist nichts zu spüren, erst recht nicht vom angeblich bevorstehenden Hitzetod. Nun ist es Zeit, mit den falschen Narrativen der Klima-Fanatiker gründlich aufzuräumen, denn schließlich wollen wir uns den glühenden Kaminen zur Winterzeit nicht madig machen lassen. Daher ist es besonders wichtig, mit einer der nachhaltigsten Lügen vom Tisch zu bekommen: die vom angeblichen Klima-Killer CO2.

Klima-Mafia entlarvt

Dieser Falschdarstellung tritt Wolfgang Thüne mit seinem Standardwerk "Freispruch für CO2" entgegen - mit naturwissenschaftlichen Argumenten, die die Klima-Ideologie Lügen strafen. Der 1943 im ostpreußischen Rastenburg geborene Meteorologe ist kein Unbekannter. Von 1971 bis 1986 arbeitete er als Wettermoderator beim ZDF und präsentierte einem Millionenpublikum allabendlich die neuesten Prognosen.

Daß der einstige Fernsehliebling schon seit geraumer Zeit nicht mehr auf der Mattscheibe zu sehen ist, hat Gründe: Thüne heult nicht mit den Klima-Wölfen, sondern tritt den Ideologen mit schlagkräftigen Argumenten entgegen. Vor allem zertrümmert er eine zentrale Lüge des Establishments: In seinem gerade wieder neu aufgelegten Bestseller "Freispruch für CO2" tritt er dem von ihm so bezeichneten "Treibhaus-Schwindel" entgegen und belegt mit naturwissenschaftlichen Argumenten die "physikalische Unmöglichkeit" dieses vermeintlichen Phänomens.

Der angebliche Klimakiller CO2, so Thüne, könne "mangels geeigneter Absorptionslinien das atmosphärische Strahlungsfenster nicht schließen" und habe daher "keinen Einfluß auf das Wetter und dessen statistisches Folgekonstrukt - das Klima". Die angeblich wissenschaftlichen Indizien der etablierten Klimaforschung seien nichts anderes als raffinierte Fälschungen. In "Freispruch für CO2" zeigt Thüne, wie ein mafiaähnliches Kartell die Klima-Lügen auf schamlose Weise ausnutzt: Wissenschaftler, die Milliardenbeträge an Fördergeldern kassieren, sensationsgierige Medien, die kein Interesse an Aufklärungsarbeit haben, und Politiker, die dem Volk gigantische Steuererhöhungen unter dem Vorwand der Klimarettung aufbürden. Dieser profitablen Allianz gegen die menschliche Vernunft setzt der promovierte Meteorologe in seinem Werk die unkorruptibaren Erkenntnisse der Naturwissenschaft entgegen.

Der Wahrheit eine Gasse

In "Freispruch für CO2" schreibt Wolfgang Thüne:

"Mein Buch bezweckt, den glitzernden Heiligenschein der 'Wertfreiheit der Wissenschaft' durchsichtig zu machen und auf ihre politischen Verstrickungen hinzuweisen. Wenn nach Francis Bacon Wissen Macht bedeutet, warum sollte nicht auch von den 'Wissenden' das Wissen zu 'Lüge und Betrug' eingesetzt werden, um zu Geld und Macht zu kommen?"

Und weiter:

"Mit meinem 'Freispruch' möchte ich Sie, verehrter Leser, von der Angst vor der 'Klimakatastrophe' befreien und Sie von dem Schuldvorwurf freisprechen, ein 'Klimakiller' zu sein. Doch nun setzt der eigentliche Kampf ein, der Kampf gegen verinnerlichte Illusionen und gegen Lügen. Von Mark Twain stammt das Bonmot, daß sich die Wahrheit erst dann die Schuhe anziehe, wenn die Lüge bereits dreimal um die Welt gelaufen sei.

In seinem Buch 'Sechs furchtbare Jahre. Auf den Spuren Carl J. Burckhardts durch den Zweiten Weltkrieg' (1998) kommt Paul Schaufler zu dem Schluß: 'Lügen haben kurze Beine, meint der Volksmund, aber sie müssen sagenhaft flink sein, denn sonst hätte es die Wahrheit nicht so schwer, die Lügen einzuholen.'

Thünes Empfehlung lautet daher: "Verzichten wir auf unsere Beine, verleihen wir der physikalischen Wahrheit wieder Flügel!" Genau dazu trägt Thüne mit seinem Standardwerk "Freispruch für CO2" bei - und genau deshalb wird es vom Mainstream totgeschwiegen.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Dezember 2023:

>>NYT: Israel wußte genau über Hamas-Angriff Bescheid

Von *Sven Reuth*

Laut einem Artikel der New York Times war Israel schon über ein Jahr vor dem Hamas-Angriff am 7. Oktober über die Anschlagpläne der Islamisten en detail informiert. Lesen Sie mehr zum "Pearl Harbor für Israel" in unserer brandaktuellen Ausgabe "Endzeit: Wie Fanatiker den Weltuntergang planen".

Über die schon seit langem vorliegenden Informationen berichtet die New York Times, die neben der Washington Times als das seriöse Blatt der USA gilt und sicherlich nicht in dem Ruf steht, "Verschwörungstheorien" zu verbreiten. Demnach gab es schon vor über einem Jahr eine umfassende Kommunikation israelischer Behörden zu einem 40 Seiten langen Dokument mit dem Codenamen "Jericho-Mauer", das einen detaillierten Gefechtsplan der Hamas enthielt.

Verdächtige Bewegungen weitergemeldet

Dieser soll bis ins Detail dem Angriff geähnel haben, den die Islamisten dann am 7. Oktober dieses Jahres aus dem Gazastreifen heraus ausführten. Schon kurz nach den Angriffen vom 7. Oktober hatten sich viele Beobachter tief verwundert darüber gezeigt, daß die israelischen Geheimdienste, die als die besten der Welt gelten, angeblich von den Angriffen überrascht wurden. Schnell mehrten sich auch Aussagen vom am Gaza-Streifen stationierten israelischen Soldaten, die zu Protokoll gaben, schon Wochen und Monate vor dem 7. Oktober aus ihrer Sicht verdächtige Bewegungen jenseits der Grenze wahrgenommen und gemeldet zu haben, wobei diese Meldungen auf den oberen Hierarchieebenen keine Beachtung gefunden hätten.

Der nun in der New York Times erschienene Artikel legt nahe, daß das Versagen noch weit größer war, als bisher angenommen - und zwar so groß, daß man wohl nicht mehr von Versagen sprechen kann. Denn auffällig war ja auch schon am 7. Oktober, daß die israelische Grenze entlang des Gaza-Streifens regelrecht militärisch entblößt wirkte. Der Spiegel sprach deshalb schon sehr schnell von einem "Pearl Harbor für Israel".

Das Paerl-Harbor-Szenario

Das war - vermutlich unfreiwillig - prophetisch. Aus Sicht heutiger Historiker kann nämlich kein Zweifel daran bestehen, daß Franklin D. Roosevelt im Dezember 1941 vom bevorstehenden japanischen Angriff auf den US-Marinestützpunkt Pearl Harbor wußte, diesen aber geschehen ließ, um seine Nation in den Zweiten Weltkrieg führen zu können.

Ist der israelische Premier Benjamin Netanjahu also der Franklin D. Roosevelt unserer Zeit? Klar ist, daß Netanjahu innenpolitisch wegen Korruptionsvorwürfen und seiner umstrittenen Justizreform schwer angeschlagen ist. Ein Kind von Traurigkeit war der Mann aus Tel Aviv ohnehin nie, alleine mit seinen Kriegsdrohungen gegen den Iran könnte man ein kleines Buch füllen. Die Herbeiführung eines israelischen Pearl-Harbor-Szenarios ist diesem Politiker wohl

leider zuzutrauen. Der Publizist Thomas Röper sieht den israelischen Kriegswunsch wiederum im Griff nach den Öl- und Gasfeldern vor der Gaza-Küste begründet.

Die israelischen Bürger tun jedenfalls gut daran, alle Vorgänge rund um den Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 genau und haarklein aufzuklären und dabei insbesondere auch die Rolle ihrer eigenen Regierung zu beleuchten.<<

03.12.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27582](https://www.klagemauer.tv/27582)" berichtet am 3. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Ärzte rufen ihre Kollegen zum sofortigen Impfstopp auf!**

In einem offenen Brief rufen unabhängige Arztkollegen und Wissenschaftler alle Ärzte zu einem sofortigen Impfstopp der Corona-Impfung auf! Sie bezeugen beweislasterig, daß die Bevölkerung in großer Gefahr schwebt und bitten ihre Kollegen eindringlich darum, diesem Gebaren ein Ende zu machen, indem sie diese Stoffe weder verabreichen noch akzeptieren!

Der "Ärztliche Berufsverband Hippokratischer Eid" gab im August 2023 ein Anschreiben an alle ärztlichen Kollegen heraus: "Aufruf an die ärztlichen Kollegen zum Beenden der SARS-CoV2-Impfungen - ein offener Brief"

Darin ersuchen die Verfasser ihre Kollegen dringend, "den unterschiedlichen wissenschaftlichen Meinungen Gehör zu schenken und von öffentlichen Behörden und Politikern exakte Erhebungen, Untersuchungen und Prüfungen durch interessenunabhängige Forschung zu fordern."

In diesem Anschreiben wird die sonst übliche Bezeichnung mRNA als "modRNA" bezeichnet. Zur Erklärung: Auf natürlichem Weg werden beständig im Zellkern DNA-Abschnitte in mRNA umgeschrieben. Diese Abschriften dienen als Kodierung zur Herstellung von z.B. Hormonen oder Enzymen. Korrekterweise bezeichnen die Verfasser des Anschreibens die künstlich bzw. gentechnisch hergestellte mRNA als modRNA. Die modRNA ist körperfremd und in den mRNA-Corona-Impfstoffen enthalten.

Mittels einer begründeten Dokumentation mit 11 Argumentationspunkten erörterten sie ihren Kollegen die schwerwiegende Problematik und Folgen von modRNA-Impfstoffen und bitten sie gleichzeitig eindringlich, unbedingt das Impfen zu unterlassen.

In Punkt 1 wird erklärt, daß die Planung, modRNA-Impfstoffe einzusetzen, weit in die Vergangenheit zurückreicht und dies bereits 2018 auf dem Berliner World Health Summit von Kanzlerin Angela Merkel verkündet und von Bill Gates über die Zusammenarbeit mit der deutschen Firma Curevac vorwärtsgetrieben wurde. Die Covid-19-Pandemie war in dieser politischen Planung lediglich ein passender Glücksfall, um die bestehenden Regularien zu umgehen, so die unabhängigen Kollegen des Berufsverbandes.

In Punkt 2 wird die Tatsache aufgegriffen, daß es der Bundesregierung schon durch ein bestimmtes Forschungsprojekt bekannt war, daß die modRNA-Technologie nicht sicher genug sei, da sie wesentliche pharmazeutische Grundbedingungen nicht erfülle. Weiter wird den Kollegen zu bedenken gegeben, daß es nicht kontrollierbar ist, "an welchem Ort des Körpers wieviel von der Enddosis einer letztlich toxisch wirkenden Substanz über welchen Zeitraum produziert wird, die in Gefäßen, Organen, Nerven und Gehirn Entzündungen und Autoimmunreaktionen auslösen können."

Unter Punkt 6 wird u.a. gefordert, daß die auffällige Zunahme der unerwarteten Todesfälle seit dem 1. Quartal 2021 konsequent untersucht werden müsse. Des Weiteren werden die Kollegen über den starken Zusammenhang zwischen dem Beginn der Impfprogramme und dem Rückgang der Fruchtbarkeit, direkt neun Monate nach Beginn dieser Programme, informiert. In dem Ärzteaufruf wird auf Untersuchungen verwiesen, daß toxische rekombinante Spikeproteine in Hoden, Eierstöcken, Endometrium und in Plazenta und Nabelschnur einer Todgeburt nachgewiesen wurden.

In Punkt 10 der Dokumentation werden die ärztlichen Kollegen alarmierend vor den inakzep-

tablen Nebenwirkungen gewarnt, die die "neuartigen präventiven gentechnologischen Eingriffe mit modRNA, fälschlicherweise und beschönigend "Impfungen" genannt", nach sich ziehen. Sowie weiter in Punkt 11, daß die ernstesten Nebenwirkungen und mit Impfungen assoziierten Todesfälle seit Dezember 2022 bis heute mehr als dreimal so hoch sind, als die aller anderen Impfungen zusammen.

Zu guter Letzt fordert der ärztliche Berufsverband eindringlich, daß eine Generalisierung, der modRNA-Plattform-Technologie für andere Impfstoffe verhindert werden muß! Mit ganz einfachen Worten: Es darf nicht aus jeder anderen Impfung auch eine mRNA-Impfung werden. Der Ärzteverband nimmt sogar stark an, daß die Covid-19-Pandemie dafür genutzt wurde, um die Hemmschwellen für die Zulassung von mRNA-Technologien abzubauen und die Akzeptanz bei Ärzten und der Bevölkerung zu erhöhen.

Daß dies "vor allem ökonomische und politische Gründe haben dürfte, sollte nach dem Gesagten offenkundig sein", wird argumentiert und man gehe davon aus, "daß diese Technologie jetzt auf bereits bestehende Impfungen und Erkrankungen ausgeweitet werden soll, so daß Standard-Impfungen wie die gegen Influenza, Masern, Windpocken, Mumps etc. in Zukunft mit der neuen modRNA-Plattform durchgeführt werden sollen, um eine neue, wirtschaftlich lukrative Markterweiterung zu schaffen, bei der Deutschland durch seine hier ansässigen Firmen wieder im internationalen Markt führend sein kann."

Doch obwohl dieser offene Brief, nach Angaben einer Mitarbeiterin des ärztlichen Berufsverbandes, an nahezu alle Ärzte versandt wurde, impfen sehr viele Kollegen einfach ignorant weiter, so die entrüstete Kollegin. - Müssen ihnen denn wirklich Patienten oder gar Familienmitglieder unter den Händen wegsterben, wie ein Allgemeinmediziner es bezeugte, bevor sie auf den ernstgemeinten, herzlichen Rat ihrer erfahrenen Kollegen eingehen können?

Dieser Arzt berichtete: "Wir haben in der Ausbildung nichts darüber gelernt, wie man einen Impfschaden dokumentiert oder wo man ihn einreicht... Die Impfdosen wurden meiner Praxis ohne Beipackzettel geliefert und ohne weiteres Hinterfragen wurde geimpft." ... Bis der Mediziner selbst eine schmerzhaft Erfahrung machen mußte: Einer seiner jungen Patienten verstarb an der Masernimpfung, die er ihm zuvor verabreicht hatte. Seit diesem tragischen Vorfall impft der Arzt in seiner Praxis nicht mehr!

Auch wenn ihm damit, nach eigenen Angaben, eine wichtige Erwerbsquelle wegfällt: "Das tat mir im ersten Moment richtig weh. Für das Impfen bekam ich so viel Geld, daß ich gar nicht wußte, was ich damit anfangen soll, ..." so der Mediziner. Jetzt kann er es mit seinem Gewissen nicht länger vereinbaren, Menschenleben fragwürdigen Impfungen auszusetzen.

Da seine Praxis derzeit auch von Patienten mit Corona-Impfschäden aufgesucht wird, dokumentiert und meldet der Doktor diese Fälle und schickt diese in Kopie auch immer an den behandelnden Arzt des Patienten. Sie dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen! Allerdings fühlt er sich auf den Arm genommen, da er vom zuständigen Robert-Koch-Institut nie eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine Meldung darüber bekommt, daß der eingegangene Fall bearbeitet wird.

Das unabhängige Kollegen- und Wissenschaftlerteam schließt seinen Appell mit folgender Aussage: "Dies wird auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung gehen und ist ethisch nicht vertretbar, denn gerade für Zulassungen von Impfungen, die ja an Gesunden angewendet werden, sind nach geltenden ärztlichen Standards erhöhte Sicherheitsrichtlinien anzuwenden. Diese Tatsache ist offenbar dem Gesetzgeber verborgen geblieben und wird von der Exekutive verschwiegen. Man kann davon ausgehen, daß nur Druck von den Anwendern, also den Ärzten und den Betroffenen, also den Patienten, eine politische Kurskorrektur herbeiführen wird."

Weiter werden alle Betroffenen dazu aufgefordert: "Ärzte, in Gesundheitsberufen Tätige, Forscher, Wissenschaftler und Bürger - diesem Gebaren ein Ende zu machen, indem Sie diese

Stoffe nicht mehr verabreichen, sie nicht mehr akzeptieren und die entsprechenden Gefahrenpotentiale vordringlich beforschen."

Durch die Weiterverbreitung des offenen Briefes an alle Ärzte, wird niemand mehr sagen können, nichts über die Gefahren gewußt zu haben. Das Wohlbefinden der Menschen über jeden persönlichen Vorteil, wie Reichtum, zu stellen muß Schule machen. Außerdem müssen sich die Impfähzte darüber im Klaren sein, daß ihnen dieser durchaus schon morgen wieder genommen werden kann. Die Politik kann die Ärzte unerwartet fallen lassen und sie aufgrund ständig anschwellender Flut Geschädigter in Haftung nehmen.<<

04.12.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27587" berichtet am 4. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Prof. Dr. Sönnichsen: "Es wurde bewußt gelogen"!

"Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite lag zu keinem Zeitpunkt vor", meint Prof. Dr. Sönnichsen. In diesem Interview erläutert er, warum nicht nur eine medizinische, sondern auch eine juristische Aufarbeitung nötig ist.

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen,

- Wissenschaftler, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin, Hochschullehrer, Autor und Politiker bei der Partei dieBasis.

- von 2004 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für Allgemeinmedizin, Präventive und Rehabilitative Medizin der Universität Marburg

- von 2006 bis 2012 Professur und Leitung des Instituts für Allgemein-, Familien- und Präventivmedizin der Paracelsus-Universität Salzburg

- ab 2012 Professur und Leitung des Instituts für Allgemein- und Familienmedizin der Universität Witten/Herdecke.

- Oktober 2018 - März 2022 Professur und Leitung der Abteilung für Allgemein- und Familienmedizin der Medizinischen Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Patientensicherheit, Medikationssicherheit, Versorgungsforschung und Evidenzbasierte Medizin.

- von März 2019 bis Januar 2021 Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin (DNEbM).

- veröffentlichte im März 2020 als Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin eine kritische Stellungnahme zu den Corona-Maßnahmen mit der Frage "Wo ist die Evidenz?"

Moderatorin: Herr Sönnichsen, schön, daß Sie hier sind. Mit welchen Erwartungen sind Sie denn zu diesem heutigen Kongreß-Symposium gekommen?

Sönnichsen: Ich finde das prima, daß das stattfindet, denn die Aufarbeitung der Corona-Krise stockt ja, weil natürlich von verschiedenen Seiten dagegen gemauert wird. Ich finde es sehr erfreulich, daß die AfD diese Initiative ergriffen hat, diese Aufarbeitung in Angriff zu nehmen. Es ist ja nun schon das zweite Symposium der AfD. Es gibt ja auch in Brandenburg schon den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Das heißt, da kommt Bewegung rein. Ich bin froh, daß es diese parlamentarische Kraft gibt, die diese Bewegung voranbringt. Ich glaube, daß wir hier einfach heute einen großen Schritt weiterkommen. Natürlich auch mit den Medien, die da sind.

Moderatorin: Sie haben in Ihrem Impulsvortrag vorhin auch schon erwähnt, gerade apropos Aufklärung bzw. Aufarbeitung, daß es ja auch bei den Impfulassungen diverse Interessenkonflikte gab. Auch gerade, was in den Studien angegeben wurde oder eben auch nicht angegeben wurde. Inwiefern müßte da oder inwiefern könnte dort eine Aufarbeitung aussehen?

Sönnichsen: Ja, das ist ja eigentlich ganz interessant. Denn das ist etwas, das wir vom Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin uns seit 25 Jahren kritisieren, daß sehr viele Arzneimittelzulassungsstudien eben sehr stark mit Interessenkonflikten behaftet sind. Und wenn man sich jetzt die Pfizer-Studie zum Beispiel anschaut für den Impfstoff, da steht ja in der

Publikation im New England Journal steht drin, Pfizer war verantwortlich für das Design der Studie, die Durchführung der Studie, die Auswertung der Studie und die Publikation der Studie. Und die meisten Autoren, die auf diesem Paper draufstehen, sind Pfizer-Mitarbeiter. Ja, also was will man denn da erwarten, was bei dieser Studie rausgekommen ist?

Also das ist ein untragbarer Zustand in der Medizin, daß es praktisch keine unabhängigen Studien gibt. Und leider muß man sagen, zieht sich dieses Problem der Interessenkonflikte weiter durch. Schauen Sie sich die EMA an. Die EMA wird überwiegend von der Pharmaindustrie finanziert. Die WHO wird überwiegend von Pharmaindustrie oder Interessenkonflikt behafteten Organisationen wie Bill & Melinda Gates Stiftung, das ist ja letztendlich verlängert der Arm der Pharmaindustrie in dem Fall, finanziert.

Das heißt, wir leben in einem vollkommen korrumpierten Medizinsystem, in dem letztendlich nur pekuniäre Interessen verfolgt werden. Und wir brauchen da einen generellen Wechsel, einen generellen Neuanfang hin wieder zu einer menschenzentrierten Medizin, die unabhängig von diesen Industrieinteressen ist.

Moderatorin: Sie haben vorhin auch, ich weiß nicht mehr genau den Wortlaut, aber so in die Richtung gesagt, diese Maßnahmen, die dann auch gefolgt sind, waren rechtswidrig. Und das wiederum wäre ja dann ein Fall für die Justiz. Also daß diese Sachen nicht nur medizinisch aufgearbeitet werden, sondern auch von Seiten der Justiz. Inwiefern sehen Sie da, auf welchen aktuellen Stand bewegen wir uns da gerade? Wie würden Sie unseren heutigen Ist-Zustand bewerten, was von Seiten Justiz gelaufen ist oder auch nicht gelaufen ist?

Sönnichsen: Na ja, das Problem ist, wir haben ja ein "Ermächtigungsgesetz", das der Bundestag verabschiedet hat. Das heißt, die Parlamentarier haben eigentlich ihre Kontrollfunktion aufgegeben und dadurch erst ermöglicht, daß die Bundesregierung, allen voran das Gesundheitsministerium und der Gesundheitsminister, Dinge erlassen konnten ohne Parlamentsbeschluß. Also das heißt Lockdown, Quarantänevorschriften, Maskenpflicht und so weiter und so fort. Bis hin natürlich auch zur ganzen Impfkampagne.

Das heißt, es wäre rechtswidrig und es ist eigentlich deswegen rechtswidrig, weil die Voraussetzungen, nämlich die epidemische Lage nationaler Tragweite, zu keinem Zeitpunkt vorlagen. Ich bin ja nur kein Jurist und letztendlich werden die versuchen, sich darauf rauszureden. Ja, es ist ja rechtmäßig gewesen, weil der Bundestag die epidemische Notlage festgestellt hat, die aber zum damaligen Zeitpunkt, nämlich am 25. März, als dieses Gesetz erlassen wurde, gar nicht vorlag.

Der Zenit der ersten Welle war ja am 16. März schon überschritten in Deutschland. Das heißt, am 25. März waren die Zahlen deutlich rückläufig. Die erste Welle war überwunden. Sie hat nicht zu einer Überlastung der Krankenhäuser geführt. Sie war sogar überwunden, bevor überhaupt der Lockdown und die gravierenden Maßnahmen ergriffen wurden. Und damit sind die natürlich de facto rechtswidrig, weil, es gab keinen Grund mehr dafür. Was die Juristen nun daraus machen, schauen wir mal. Aber eigentlich müßte man da juristisch rangehen.

Moderatorin: Nun gut, das ist alles nicht so optimal gelaufen, wie man sich das gewünscht hätte. Aber es ist ja jetzt vorbei und irgendwie ist das alles eh viel zu diffus. Da schauen wir jetzt einfach in die Zukunft und hoffen, daß so was ja auch nicht nochmal kommt. Ist das jetzt die richtige Herangehensweise, einfach zu sagen, na ja, vorbei, wir haben gelitten, aber man muß auch irgendwann mal wieder nach vorne schauen und nicht einfach alles haarspalterisch auseinandernehmen. Wie stehen Sie dazu?

Sönnichsen: Ich denke, deswegen bin ich heute hier. Ich glaube, daß man das sehr wohl machen muß. Man muß hier wirklich zurückschauen und auch nochmal sich genau anschauen, was war zu welchem Zeitpunkt bekannt. Denn am 25. März, als dieses Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, waren ja viele Dinge schon bekannt. Unsere erste Stellungnahme vom Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin kam am 20. März, also fünf Tage vorher her-

aus. Wir hatten die Daten aus China. In China war die Welle vorbei.

Wir wußten aus den chinesischen Daten, die Infektionssterblichkeit liegt ungefähr bei 0,15 Prozent, also im Bereich der ganz normalen Influenza. Wir wußten von den italienischen Zahlen bereits Mitte März, es sind überwiegend alte Menschen, die hier verstorben waren, die wesentliche Vorerkrankungen hatten. Wir wußten, die Gesamtsterblichkeit in Italien wird praktisch durch die Covid-Toten nicht beeinflusst. Es war alles bekannt. Man kann also auch heute nicht sagen, wir haben es ja damals nicht gewußt. Alle Zahlen zur Pandemie waren bekannt und man hat trotzdem die Maßnahmen beschlossen.

Es ist ja auch jetzt sehr offensichtlich, warum das Ganze gemacht wurde. Es wurde gemacht, um die Panik in der Bevölkerung hochzuhalten und die Impfbereitschaft zu erhöhen, sozusagen vorausschauend. Das Fernziel war die Impfung. Es wurden ja auch alle anderen möglichen Therapieformen abgelehnt und die Impfung als alternativlos dargestellt. Stimmt ja alles nicht. Es gab ja viele Alternativen, wie man mit dieser Krise hätte umgehen können. Die sind nur nicht wahrgenommen worden.

Man wollte diese Impfung partout durchdrücken, gegen eigentlich besseres Wissen und gegen den gesunden Menschenverstand. Es sind sehr viele Menschen dadurch zu Schaden gekommen. Da kann man jetzt nicht einfach sagen, na ja, ist halt passiert, jetzt Schlußstrich drunter, machen wir weiter. Nein, man muß es aufarbeiten, auch um zukünftig ähnlichen Mißbräuchen entgegenzuwirken. Vor allen Dingen natürlich, um zu verhindern, daß die WHO jetzt auch noch einen Pandemievertrag auf den Weg bringt, der der WHO Durchgriffsrechte in nationales Recht einräumt. Und damit werden Tür und Tor geöffnet für zukünftige Pandemien und ähnlich katastrophales Mißmanagement.

Moderatorin: Wenn Sie sagen, all diese Dinge waren bekannt. Ich glaube, da ist auch immer nochmal wichtig, die Frage zu stellen, wem waren sie bekannt? Ich hatte im Austausch mit Politikern immer wieder die Antwort bekommen, das verstehen sie ganz falsch, weil die Sachlage so und so aussieht. Da war quasi gar keine Bereitschaft auf der einen Seite, aber vielleicht auch großes Nichtwissen auf der anderen Seite, wo sich dann auch derartige Lücken aufgetan haben und es zu dieser Umsetzung von den Maßnahmen kommen konnte.

Wie schätzen Sie denn diese Lage ein, weil, Sie sind ja auch sehr viel politisch aktiv und im Austausch. Wie haben Sie das erlebt? Also ist es ein Problem, daß die Leute, auf die es ankommen, würde in der Politik nicht von diesen Publikationen wissen? Oder ist es eine fehlende Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen?

Sönnichsen: Also man kann eigentlich heutzutage zurückblicken und nur sagen, es wurde bewußt gelogen. Es wurde bewußt gelogen, anders kann man es nicht sagen. Denn im RKI zum Beispiel gibt es ja die Arbeitsgemeinschaft Influenza und die haben ja während der gesamten Corona-Zeit ordentliche Arbeit geleistet. Die geben jede Woche den Influenza-Wochenbericht heraus. Aus dem war auch Anfang 2020 jede Woche ablesbar, wie viele Patienten sind stationär behandelt mit schweren akuten respiratorischen Infekten und wie viel Prozent davon sind Corona-Patienten. Das war alles bekannt. Das war also im RKI bekannt.

Und wenn die Führung des RKIs dann etwas anderes behauptet, als was die eigenen Abteilungen an Daten zur Verfügung haben und auch publizieren, dann muß man sagen, dann ist es schlicht und ergreifend gelogen. Also es kann nicht anders sein. Und es ist natürlich bewußt gelogen worden, weil das Narrativ der Corona-Epidemie, der Corona-Pandemie, mußte sozusagen befüttert werden, um dann nachher mit der Impfung um die Ecke zu kommen, als einzigen Retter. Und das ist natürlich definitiv justiziabel. Also das würde ich sagen, das ist justiziabel. Also ich bin ja kein Jurist, aber ich denke, die Menschen, die damals bewußt gelogen haben, wider besseres Wissen, um diese Panik aufrecht zu erhalten, denen muß man an den Karren.

Moderatorin: Also wir fassen quasi zusammen, wir sind noch lange nicht aus der ganzen Ge-

schichte raus. Ganz im Gegenteil, es ist immer noch, es betrifft uns nach wie vor mehr denn je vermutlich. Wenn jetzt eine Aufarbeitung stattfindet oder es findet ja mit diesem heutigen Wochenende, ist es ja sehr deutlich bemerkbar, daß eine große Bereitschaft auch im internationalen Expertenkreis da ist, diese Sache aufzurollen, genau nachzuschauen. Inwiefern sollten oder könnten jetzt nächste Schritte einer solchen Aufarbeitung aussehen? Was wären da Ihre Empfehlungen oder Wünsche?

Sönnichsen: Ja, also meine Wünsche wären, bitte liebe Medien, also nicht nur so vorbildliche Medien wie Ihres, sondern liebe Medien, ARD, ZDF, Süddeutsche Zeitung, FAZ, Zeit, bitte macht endlich Eure Augen auf und kehrt zu einer angemessenen, ausgewogenen Berichterstattung zurück. Also man hat ja in diesen Medien in den letzten drei Jahren sozusagen nur Propaganda gelesen. Und da muß der Zug hingehen, daß wir wieder Medien bekommen, eine Medienlandschaft, in der breit diskutiert wird, in der Meinungen nicht ausgegrenzt werden, oder nicht Meinungen, sondern Fakten ausgegrenzt werden und als rechtsradikale Geschwurbelei oder was diffamiert werden.

Das ist ja unglaublich, was da passiert ist. Ich meine, ich habe mich immer auf Studien und tatsächlich vorliegende Daten bezogen mit meinen Aussagen. Und was mir passiert ist, das ist ja allgemein bekannt, der Wissenschaftsbetrieb liegt ja vollkommen da nieder. Also wenn man Wissenschaft mit Ideologie verwechselt, so wie es in den letzten drei Jahren passiert ist, dann gibt es keine Wissenschaft mehr. Wissenschaft lebt vom Diskurs. Und ich war die ganzen drei Jahre und bin immer noch bereit, mit den Menschen, die hier anderes vertreten, mich an einen Tisch zu setzen und zu diskutieren. Aber die Bereitschaft ist ja gar nicht von den anderen da. Also das würde ich mir wünschen.

Ich würde mir jetzt mal wünschen, mit Herrn Drost und Herrn Wieler an einem Tisch zu sitzen und die mal zu konfrontieren mit den Zahlen und dann mal hören, was sie dazu sagen. Herr Wieler, das sind Ihre Zahlen aus Ihrem eigenen Institut. Wie können Sie sich das erklären? Die Frage würde ich ihm gerne mal stellen. Gut, die wird ihm ja nun gestellt im Untersuchungsausschuß in Brandenburg zum Beispiel. Und mühsam nährt sich das Eichhörnchen. Langsam, Schritt für Schritt kommen wir voran. Aber die Wahrheit wird sich nicht aufhalten lassen.

Und was ich besonders skandalös finde, ist, daß immer noch mit diesen Impfstoffen Menschen geimpft und geschädigt werden. Corona, also jetzt ist Corona wirklich nur noch ein Schnupfen. Also schwere Fälle sind extrem selten geworden mit den neuen Varianten. Es besteht überhaupt keine Veranlassung mehr, irgend jemand gegen diese Erkrankung zu impfen. So lange nicht hundertprozentig geklärt ist, daß die Sicherheitsbedenken, die sich jetzt überall auftun, daß die unbegründet seien, wird nicht passieren. Meine Prognose ist, diese Impfstoffe werden spätestens nächstes Jahr vom Markt kommen.<<

05.12.2023

BRD: Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Atomallianz in Dubai bedeutet eine Bestätigung der AfD-Fraktion

Auf der Weltklimakonferenz in Dubai hat sich eine neue Atomallianz gebildet. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Steffen Kotré:

"Die weltweite Allianz zum Ausbau der Kernenergie, die sich auf dem Klimagipfel gebildet hat, deklassiert die Bundesregierung als ideologischen Irläufer. Die 22 Staaten wollen die Kapazität der Kernenergie bis 2050 verdreifachen.

Darunter sind Staaten wie die USA, Kanada und Japan, aber auch dreizehn europäische Staaten wie etwa Frankreich, Polen, Finnland, Schweden oder die Niederlande. Der polnische Präsident Duda will den Ausbau der Kernenergie sogar zum Schwerpunktthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2025 machen.

Der Kernenergie-Hass der grünen Ideologen entbehrt jeder Grundlage. Endlager für geologische Zeiträume sind absehbar schlicht nicht mehr nötig. Die Kosten mit wenigen Cent pro kWh inklusive Rückbaukosten sind unschlagbar niedrig. Speicher, Netzausbau, Netzstabilisierung und Stromimporte sind nicht notwendig.

Stattdessen wird eine Angst- und Schreckenspolitik gemacht. Die ehemalige Greenpeacechefin Jennifer Morgan, jetzt sogar Staatssekretärin, versteigt sich sogar zu der Äußerung, es gehe bei der CO₂-Vermeidung 'um das Schicksal des Planeten'.

Habeck, der klagte, wir seien 'umzingelt von der Wirklichkeit', hat leider immer noch nur Ideologie im Kopf. Ob er nun will oder nicht, in Deutschland wird sich die Vernunft durchsetzen und in spätestens fünf bis zehn Jahren wieder die Kernenergie.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich seit Jahren konsequent für eine rationale Energiepolitik einschließlich Kernenergie ein. Unsere Vorschläge und Forderungen stellen eine günstige, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung sicher.

Wir fordern die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Kernkraftwerke, soweit keine sicherheitstechnischen Bedenken bestehen, sowie ihre Wiederertüchtigung, wo möglich.

Die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie muß wieder aufgenommen und gefördert werden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Dezember 2023:

>>**CO₂-Hysterie: Jetzt kommt's ganz dicke!**

Von *Valentina Schacht*

Die Klima-Hysteriker schlagen Alarm: Die globalen CO₂-Emissionen erreichen 2023 einen neuen Höchstwert. Nun drohen einschneidende Maßnahmen. Mit seinem Buch "Freispruch für CO₂" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.

Deutschland und Europa frieren ein - doch die Klima-Hysteriker warnen vor der globalen Erwärmung. Die weltweiten CO₂-Emissionen durch fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas sollen 2023 mit voraussichtlich 36,8 Milliarden Tonnen einen neuen Höchstwert erreichen. Das seien 1,1 Prozent mehr als 2022 und 1,4 Prozent mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019, rechnet der aktuelle Bericht zum globalen Kohlenstoffbudget (Global Carbon Budget) vor.

"Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall um uns rum offensichtlich, aber die Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen durch fossile Brennstoffe bleiben schmerzhaft langsam", so Forschungsleiter Pierre Friedlingstein von der University of Exeter in Großbritannien.

Mit anderen Worten: Wir können uns schon mal auf einschneidende Maßnahmen einstellen: Tempolimits, Fahrverbote, die weitere Drosselung unserer Wirtschaft und Industrie. Alle Räder stehen still - wenn der lange Arm der Klima-Mafia es will.

Naturwissenschaftliche Fakten gegen Hysterie

Dabei ist schon das dem Klima-Hype zugrunde liegende Narrativ ein großer Schwindel - wie der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne in seinem Standardwerk "Freispruch für CO₂" feststellt. Der angebliche Klimakiller CO₂, so Thüne in seinem nun wieder neu aufgelegten Bestseller, könne "mangels geeigneter Absorptionslinien das atmosphärische Strahlungsfenster nicht schließen" und habe daher "keinen Einfluß auf das Wetter und dessen statistisches Folgekonstrukt - das Klima". Die angeblich wissenschaftlichen Indizien der etablierten Klimaforschung seien nichts anderes als raffinierte Fälschungen.

Thüne entzieht in "Freispruch für CO₂" der Klima-Ideologie den Boden - und geht dabei streng naturwissenschaftlich und ganz grundsätzlich vor:

"Zunächst ist einmal zu sagen, daß es 'Klima' als eigenständig agierenden und meßbaren Naturvorgang nicht gibt. Was es gibt, ist Wetter! Das Wetter läuft seit Urzeiten wie ein Film mit

immer neuen Szenen vor uns ab und kann von uns weder gestoppt, noch angehalten, zurückgespult oder gar beeinflusst werden.

Es entzieht sich nicht nur unserer Kontrolle, es entzieht sich auch schon nach wenigen Tagen unserer Vorhersagbarkeit. Die Atmosphäre bezieht ihre wettererzeugende Bewegungsenergie direkt von der Sonne. Der Wetter-Rhythmus wird dabei durch den täglichen Tag-Nacht-Wechsel sowie den jährlichen Erdumlauf um die Sonne bestimmt. Dieser beschert uns die Jahreszeiten."

Und er fährt fort: "In dieses unruhig fluktuierende und stets volatile Element Wetter versucht der Mensch gedanklich 'Ruhe' zu bringen, er mittelt. So entsteht das 'Klima', am Schreibtisch oder im Computer. Es ist nach offizieller Festlegung das 'mittlere Wettergeschehen' an einem Ort über eine längere Zeit. In diesem Jahrhundert gibt es inzwischen drei 'Klimanormalperioden', die erste von 1901 bis 1930, die zweite von 1931 bis 1960 und die dritte von 1961 bis 1990. Doch wer hat dem Wetter mitgeteilt, was 'normal' ist? Alle Klimawerte sind statistische Werte, 'tote' Werte. Es sind Mittelwerte ohne Eigenleben und Eigendynamik. Alle Wetterextreme werden dabei weggemittelt."

Daraus folge, so Thüne: "Entzieht sich das Wetter jeglichem anthropogenen Einfluß, dann bleibt jeder Wunsch nach 'Klimaschutz' eine Illusion, eine extrem teure Illusion, die unsere Industriegesellschaft inklusive Sozialstaat in den sicheren Ruin treibt. Jedwede Energiesteuer entzieht dem wirtschaftlichen Wachstum dringend notwendige Kaufkraft, schleichend, aber sicher!

Das ist auch erklärtes Ziel einiger prominenter 'Klimaforscher', die nach der Parole der Achtundsechziger Wirtschaft und Politik 'vergesellschaften' wollen und dies immer noch tun. Das grüne 'Ökoparadies' ähnelt in seinem gedanklichen Grundansatz sehr dem sozialistischen Paradies des Karl Marx. Das Individuum gilt nichts, das Kollektiv ist alles und bestimmt die Verhaltens- und Klimanormen."

In seinem Bestseller "Freispruch für CO₂" zeigt Thüne, wie ein mafiaähnliches Kartell die Klima-Lügen auf schamlose Weise ausnutzt: Wissenschaftler, die Milliardenbeträge an Fördergeldern kassieren, sensationsgierige Medien, die kein Interesse an Aufklärungsarbeit haben, und Politiker, die dem Volk gigantische Steuererhöhungen unter dem Vorwand der Klimarettung aufbürden. Dieser profitablen Allianz gegen die menschliche Vernunft setzt der promovierte Meteorologe in seinem Werk die Erkenntnisse der Naturwissenschaft entgegen. Mit "Freispruch für CO₂" entzieht Thüne dem Lügengebäude der Klima-Ideologen das Fundament und bringt so ihr ganzes Kartenhaus zum Einsturz. Der legendäre Faktenhammer des früheren ZDF-Wettermoderators ist nun in einer Neuauflage erhältlich.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Die Pleitegeier: 23,5 % mehr Insolvenzen wegen Ampel-Politik!**

Es sind Zahlen, hinter denen sich oftmals dramatische Schicksale von Menschen verbergen, die nach ihrer Arbeitslosigkeit vor dem Nichts stehen: Die Unternehmens-Insolvenzen in Deutschland sind in diesem Jahr um 23,5 % angestiegen! Wenn die Betroffenen nach einer Firmenpleite arbeitslos werden sollten, dann bedeutet das oftmals nicht nur den Verlust des Einkommens, sondern auch den Verlust von Selbstwertgefühl.

Und während die verarmten Menschen aus ihrer Wohnung ausziehen müssen und sich zur Besichtigung einer Sozialwohnung einfinden, erinnern sie sich vielleicht an das Wahlplakat der Grünen: "Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder!" Mehr muß man zum Zynismus der Ampel-Regierung wohl nicht wissen.

Niemand in Deutschland - noch nicht einmal die regierungsnahen Wirtschaftsverbände - bestreitet die Ursachen der Insolvenzwelle: Hohe Energiepreise, Bürokratie, Lauterbachs Panik-Politik und eine miserable Bildungspolitik. Alles Probleme, die nicht vom Himmel gefallen

sind, sondern jahrelang von der Ampel-Regierung und von der vorhergehenden CDU-Regierung geschaffen wurden!

Die AfD wird dafür sorgen, daß die Entwicklung umgekehrt wird, indem wir uns von der ideologischen Energie- und Wirtschaftspolitik verabschieden: Wir stoppen die "Energiewende" und nehmen Kernkraftwerke wieder in Betrieb, um die Energiepreise wieder zu senken. Wir beenden die Abzocke durch CO2-Bepreisung und andere ausufernde Steuern und Abgaben.

Und wir sorgen dafür, daß unsere "Fachkräfte" im eigenen Land geschaffen werden - nicht durch Massenmigration, sondern durch eine vernünftige und leistungsfördernde Bildungspolitik. DAS würde ein wirkliches Wirtschaftswunder bewirken - doch ein Wirtschaftswunder ist niemals grün, es kann nur blau sein!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >> **Lauterbach vertritt nicht die Interessen der Bürger, sondern der Impfstoffindustrie!**

Das erneute Werben für Impfungen gegen das Coronavirus seitens Bundesminister Karl Lauterbach wird von Dr. Christina Baum, Mitglied im AfD-Bundesvorstand und im Gesundheitsausschuß des Bundestages, als verstörend und sogar gefährlich kritisiert:

"Herrn Lauterbach muß unterstellt werden, durch eine regelrechte Besessenheit, die Realität auszublenden, wenn er behauptet, durch weitere Impfungen die Corona-Fallzahlen senken zu können, hat er doch selbst im vergangenen Jahr zugegeben, daß die Impfung nicht vor Ansteckungen schützt.

Die Europäische Arzneimittelagentur hatte zudem jüngst erst bestätigt, daß die Impfstoffe nie zum Schutz vor Übertragung zugelassen worden waren.

Nach den Ergebnissen des zweiten Corona-Symposiums im Deutschen Bundestag mit zahlreichen namhaften Wissenschaftlern unterschiedlichster Fachgebiete muß die Impfung vielmehr dringend ausgesetzt werden, bis neue Erkenntnisse über ihre Gefahren vorliegen.

Daß der Gesundheitsminister wieder die Erzählung bedient, daß Weihnachten ohne Impfung eine Gefährdung der Familie darstelle und damit die Menschen erneut mit Angst konditionieren möchte, ist mehr als niederträchtig. Es ist verachtenswert, gerade in Anbetracht der psychischen Schäden, die die Coronamaßnahmen der letzten Jahre bei den Menschen, insbesondere bei den Kindern, angerichtet haben.

Das größte Gesundheitsrisiko in diesem Land ist der Minister selbst. Wenn er dem deutschen Volk zu Weihnachten etwas Gutes tun möchte, sollte er umgehend seinen Posten räumen. Ihm stünde dann auch der Weg frei, ganz offiziell als Lobbyist tätig zu sein. Schon heute vertritt er offensichtlich vor allem die Interessen der Impfstoffindustrie."<<

06.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Dezember 2023: >>**Grüne Tollwut: Joschka Fischer will EU-Atombomben**

Von *Karel Meissner*

Nicht nur heutige Grüne lieben die Bombe. Auch Sponti-Fossil Joschka Fischer fordert von der EU atomares Aufrüsten gegen Rußland. ...

"Ach Joschka, ... weißt Du noch?" - Mit diesem Slogan bewarb der H.I.S.-Konzern vor 24 Jahren seine anachronistische Jeans-Kollektion. Ein Gag, den jeder kapierte: Joschka Fischer, Ex-Sponti-Politiker, ließ sich 1985 als erster deutscher Minister in Turnschuhen und Jeans vereidigen. Da hatte das - damals noch tolerante - Polit-Establishment ihm bereits vergeben, daß er ein Jahrzehnt zuvor, als linksradikaler Straßenschläger, zahlreiche Polizisten brutal verletzt hatte.

In den frühen Achtziger, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, verkauften sich die Grünen als radikale Pazifistenpartei. Frieden schaffen ohne Waffen! Frank Schwalba-Hoth, Landtags-

abgeordneter der Grünen, bespritzte einen US-General mit Blut - und das im Hessischen Landtag! (Heutige Grüne würden dem US-Militär die Hand und weitere Körperteile küssen.) Auch Fischer spielte den Friedensfreund, forderte 1982 im Ex-Nachrichtenmagazin Der Spiegel sogar einseitige Abrüsten.

1998 dann die krasse Kehrtwende: Als grüner Außenminister in Koalition mit der Schröder-SPD, schickte Fischer deutsche Bodentruppen in den Kosovo, zur Beteiligung am dortigen NATO-Krieg. So kann es, daß der "Prügel-Pazifist" die erste deutsche Kriegsbeteiligung seit 1945 initiierte.

Und heute, im Jahre 2023? Da überbietet der Polit-Rentner selbst seine Nachfolgerin, die grüne Außenministerin Annalena Baerbock, an bellizistischer Tollwut. Gegenüber dem Hipster-Magazin Die Zeit reanimiert der grüne Millionär den Kalten-Kriegs-Mythos vom Russen als Bedrohung für Europa:

"Die Welt hat sich verändert, Putin arbeitet auch mit nuklearer Erpressung."

Französische und britische Atombomben reichten nicht aus, um den bösen Russen effizient abzuschrecken. Deshalb brauche die EU "eine eigene atomare Abschreckung". Damit sagt Fischer exakt das Gegenteil von dem, was er 1982 in seiner Kritik an dem Buch "Philosophie der Abschreckung" (des französischen Philosophen Andre Glucksmann) gefordert hatte: Ein Ende der Rüstungsspirale. - Tja, Joschka, ... weißt du noch?

"Der Krieg der Grünen - Bomben für den Islam"

Natürlich hofft Fischer auch, das Europa mit Amerika verbunden bleibe. Allerdings sei dieses großartige Bündnis derzeit gefährdet:

"Aber was wird sein, wenn Donald Trump wieder gewählt wird? Auch mit Blick auf dieses Szenario muß sich Europa die Frage ernsthaft stellen."

Klar, denn was soll die EU mit einem Amerika ohne aggressive Außenpolitik? ... Nein, Fischer ist kein Fossil einer einstigen Friedenspartei, sondern ein substanzloser Opportunist, dessen Machtwille ihn regelmäßig vom Wind des jeweiligen Zeitgeists ausliefert.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Dezember 2023 (x1.344/...): >>>CDU hilft grüner Windkraft-Lobby bei der Zerstörung unserer Umwelt

Berlin, 6. Dezember 2023. Die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, fordert angesichts von Haushalts- und Regierungskrise einen sofortigen Stopp des Windkraft-Ausbaus und verweist auf nicht wieder gutzumachende Naturzerstörungen beispielsweise durch die Errichtung von Windkraftanlagen im hessischen Reinhardswald:

"Die Haushaltskrise hat die Fragwürdigkeit der hochsubventionierten planwirtschaftlichen 'Energiewende' für jedermann sichtbar an den Tag gebracht. Dennoch wird die Errichtung neuer Windkraftparks mit Hochdruck vorangetrieben. Die kürzlich begonnene Rodung großer Teile des hessischen Reinhardswaldes für den Bau von 241 Meter hohen Windindustrieanlagen ist ein Menetekel dieser ideologisch irreführenden Politik.

Mit dem weltberühmten 'Märchenwald' wird ein einzigartiges Naturdenkmal vernichtet und der Lebensraum seltener Tierarten zerstört, um die Profitinteressen der Windkraft-Lobby zu bedienen. Der von Vizekanzler Robert Habeck forcierte grüne Windkraftwahn zerstört Wald, Natur und Umwelt und versündigt sich an der Zukunft unseres Landes und den kommenden Generationen.

Daß ein CDU-Ministerpräsident diesen grünen Irrsinn auch ohne Grüne in der Regierung weiter vorantreibt, ist ein besonderes Armutszeugnis. Fiskalisch ist der grüne 'Energiewende-Wahn' bereits krachend gescheitert. Es ist höchste Zeit, zur Vernunft zurückzukehren. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert, den weiteren Ausbau der Windkraft unverzüglich zu stoppen, bevor noch mehr irreparabler Schaden am Erbe unseres Landes angerichtet wird."<<

Dubai: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Dezember 2023:

>>COP28 in Dubai: Deutsches Energie-Debakel offenbart sich

Jeder Deutsche - vom Baby bis zum Greis - hat etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt. Bekommen hat er dafür höhere Strompreise, Mieten und Produkte, Deindustrialisierung und Versorgungs-Unsicherheit. ...

_von Manfred Haferburg

Das Land ist wieder von Kohle abhängig. In Dubai sind die Vorreiter jetzt vom toten Pferd geholt worden. Kein Land der Welt hat mehr Geld für den Umbau seines Stromsystems in Richtung der sogenannten "erneuerbaren Energie" ausgegeben - nämlich weg von Kernenergie und fossilen Energieträgern hin zu Biopflanzen, Wind und Sonne. Wie viel Geld, weiß kein Mensch genau, und es wird systematisch verschleiert. Wenn man den Wert der voll funktions-tüchtigen, aber verschrotteten Kraftwerke mit einbezieht, dürfte eine Billion Euro eine recht realistische Schätzung sein. Das aber heißt, daß jeder Deutsche - vom Baby bis zum Greis - etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt hat. Rechnet man nur die Steuerzahler, kommt man auf mehr als 20.000 Euro pro Nase.

Salto rückwärts in die Kohleverstromung

Die Begründung war, daß unbedingt der Ausstoß des Spurengases Kohlendioxid reduziert werden muß. Da sahen sich die Deutschen als Vorreiter, denen die ganze Welt folgen würde, da ein reiches Land den Erfolg der Energiewende vorleben muß. So ging eine ganze Nation mit deutscher Gründlichkeit daran, Unsummen in die Transformation der Stromerzeugung zu investieren. Erst wurde der Kernenergie der Garaus gemacht, dann sollten die Kohle und das Gas drankommen.

Das Heilsversprechen war, daß man erst mal ein bißchen Geld investieren muß, so der Gegenwert einer Eiskugel pro Monat, aber dann sinkt der CO2-Ausstoß, und der Strom wird ganz billig. Wer es wagte, etwas anderes zu meinen, wurde als umstritten, Energiewende-Hasser, Klimaleugner und gar Staats-Delegitimierer verunglimpft.

Nach zwanzig Jahren Energiewende sehen wir nun das Resultat dieser Politik - ein Salto rückwärts in die Kohlestromerzeugung. Ja, es gibt Tage, da weht ein guter Wind, und die Hitze der Mittagssonne flimmert über den Solarpaneelen der deutschen Energie-Industriebrachen, bedeckt mit Energiemais, tausenden von gigantischen Windmühlen und furchterregenden Glaswüsten auf Stelzen. An solchen Tagen schafft die transformierte Stromerzeugung mal, die Hälfte des Bedarfs zu decken. Aber es gibt eben auch viele Tage wie den ersten Dezember 2023. Ein Tag inmitten einer der gefürchteten Dunkelflauten.

Die Pferde der Vorreiter straucheln

Dann flimmert nicht die Sonne über den Paneelen, und die Windmühlen drehen sich nicht munter im Wind, sondern die Kohle- und Gaskraftwerke laufen auf Hochtouren, um dafür zu sorgen, daß der Strom aus der Steckdose kommt.

Und mit dem Hochlaufen der konventionellen Kraftwerke steigt der CO2-Ausstoß, und die Pferde der Vorreiter kommen ins Straucheln.

Am ersten Dezember 2023 schafften die "Erneuerbaren" im Schnitt einen Beitrag zur Stromerzeugung von 7,69 Prozent. Den Rest von 92,3 Prozent mußten die Kohle und Gaskraftwerke erzeugen, was sie aber nicht ganz schafften. Es wurde Strom aus den Nachbarländern Tschechien, der Schweiz und Frankreich importiert, der auch mit Kernkraftwerken produziert wurde - was übrigens die deutsche CO2-Bilanz verbesserte.

Im Kreis der CO2-Schmutzfinken

Wie steht es nun aber mit dem niedriger werdenden CO2-Ausstoß der großen Vorreiter aus? Seit dem 30.11. haben wir in Deutschland eine Dunkelflaute mit niedrigen Temperaturen und hohem Strombedarf. Die Kühltürme der konventionellen Kraftwerke dampfen volle Pulle. Deutschland stieß am 1.12.2023 sage und schreibe 786 g CO2eq pro kWh (Gramm CO2 pro

produzierter Kilowattstunden) aus und belegte an diesem Tag den drittletzten Platz vor Polen und den Färöer Inseln.

Frankreich, das auf Kernkraftwerke setzt, kam hingegen an diesem Tag mit seiner Stromproduktion auf einen CO₂-Ausstoß von 91 g CO₂eq pro kWh. Damit hat der Vorreiter Deutschland am 1.12.2023 8,6-mal so viel CO₂ ausgestoßen wie Frankreich.

Der Fairneß halber muß man zugeben, daß beim CO₂-Ausstoß das ganze Jahr über gesehen ein Deutscher einen nur viermal so großen CO₂-Fußabdruck hat wie sein französischer Nachbar. Aber immerhin - viermal so viel für eine Billion Euro. Dafür hätte man 100 Kernkraftwerke vom Typ Olkiluoto bauen können - Baukostenerhöhung eingerechnet. Und man wäre ein echter Vorreiter.

Welt-Nuklear-Gipfel geplant

Wen wundert es da noch, daß selbst bei der Weltklimakonferenz, zu der die Vorreiter der deutschen Regierung in Bataillonsstärke einritten, die Vertreter von 22 Staaten, darunter 13 europäische Länder wie Frankreich, Polen, Tschechien, Schweden, Finnland, die Niederlande, Belgien, Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Ungarn, aber auch Großbritannien und Moldau, Kanada, USA, Japan (!), Korea, die Arabischen Emirate, Marokko, Ghana und die Mongolei mit dem Ziel verbündet haben, die Atomkraft bis 2050 zu verdreifachen. Sogar die Ukraine ist mit von der Partie. Wie ist das nur mit der feministischen Außenpolitik zu vereinbaren, wo doch Annalena die Ukraine unterstützt - egal was ihre Wähler denken.

Zu den Unterzeichnern der Deklaration gehören neben dem US-Gesandten John Kerry auch die Staats- und Regierungschefs von 13 europäischen Ländern. "Man kann das Ziel von Netto-Null Treibhausgas-Emissionen bis 2050 ohne Atomkraft nicht erreichen", erklärte John Kerry, der Sondergesandte von US-Präsident Joe Biden vor den Staatschefs: "Das hat nichts mit Politik oder Ideologie zu tun, das ist reine Wissenschaft: Mathematik und Physik."

Er gab das Mikrofon weiter an Emmanuel Macron. "Von diesem Treffen geht ein extrem machtvolles Signal in die Welt hinaus", sagte der französische Präsident. Es ermutige "die vielen Länder, die in die Kernenergie und besonders in die neue Generation von modularen Kleinstreaktoren investieren wollen."

Tschechiens Premier Petr Fiala kündigte an, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern. Er nannte die Kernenergie "eine sichere, verlässliche, saubere und effiziente Energiequelle." Polens Präsident Andrzej Duda kündigte an, den Ausbau der Kernenergie Anfang 2025 zum Schwerpunktthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft machen zu wollen.

Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), Rafael Mariano Grossi, und Belgiens Premier Alexander De Croo luden für den 22. März 2024 zum ersten "Welt-Nuklear-Gipfel" nach Brüssel ein: "Vertreter aus Nord- und Südamerika, Asien, Afrika - alle werden da sein", sagte Grossi.

Lange deutsche Anti-AKW-Gesichter

Ein Blick auf die Elektrizitätskarte Europas hätte den Deutschen gezeigt, daß Länder mit Kernkraftwerken den saubersten Energiemix haben. Aber sie zerstören mit deutscher Gründlichkeit lieber weiter ihre Kernkraftwerke, um mit gigantischen Energiemonstern das Land zu verschandeln.

Mit der Nuklear-Deklaration hatten die deutschen Vorreiter auf der 28. Weltklimakonferenz nicht gerechnet. Thema der Verhandlungen war es nach ihrem Glauben, ob das Ziel einer Verdreifachung von Erneuerbaren Energien bis 2030 in das Schlußdokument aufgenommen werden soll. Die Pro-Atomstaaten können in Dubai jetzt aber einfordern, daß der Erneuerbaren-Passus nur dann in die Schlußvereinbarung der Klimakonferenz aufgenommen wird, wenn dort gleichberechtigt auch die Verdreifachung der Atomkraft als Ziel formuliert wird. Die Schlußverhandlungen dazu stehen am 12. Dezember an.

Die Bedeutung der Dubai-Deklaration "kann gar nicht überschätzt werden", kommentierte die oberste Atomkraft-Lobbyistin Sama Bilbao y León, Generaldirektorin der World Nuclear Association. Wenn die Staaten ihr Versprechen einlösten, könnten "ganze Volkswirtschaften dekarbonisiert werden und sauberer Strom in jeden Winkel der Welt fließen." Derzeit sind weltweit 60 Atomkraftwerke im Bau, weitere 110 geplant, die meisten davon in Asien.

Mit 100 Millionen Dollar gegen den Rest der Welt

In den vergangenen zwanzig Jahren seien 108 Reaktoren stillgelegt und 97 neu ans Netz gebracht worden. Derzeit sind auf der Welt 440 Kernkraftwerke in 33 Staaten in Betrieb. Nach Angaben der WNA sind es derzeit 30 Staaten, die die Aufnahme eines Nuklear-Programms erwägen oder konkret planen.

Olaf Scholz (SPD) hatte Anfang September noch einmal deutlich gemacht, welche Zukunft dieser einst so wichtige Energieträger hier hat: Im Interview mit dem Deutschlandfunk äußerte er "Die Kernkraft ist zu Ende. Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt. Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd."

Dafür erntete Deutschland international nur Kopfschütteln: In seiner Eröffnungsrede auf der World Nuclear Exhibition letzte Woche in Paris lästerte der französische EU-Kommissar Thierry Breton über Deutschland. Ihm seien SMR-Meiler (Small Modular Reactors), also Mini-Kernkraftwerke, die derzeit der letzte Schrei in der Branche sind, viel lieber als Kohlekraftwerke, vor allem wenn der Ostwind weht, stichelte er in Richtung Ampel-Regierung und meinte damit den deutschen Strommix aus Kohle und erneuerbaren Energien.

Svenja Schulze (SPD) verschenkt deutsche Steuergelder

Bundeskanzler Scholz forderte hingegen in Dubai die Verdreifachung des Ausbaus der Erneuerbaren ein. Während sich die Regierungschefs der wichtigsten Länder beim Pro-Atomgespräch in Dubai trafen, faselte er zu diesem Zeitpunkt nur wenige Meter entfernt vor afrikanischen Staatschefs der Initiative "Accelerated Partnership for Renewables in Africa" über den Ausbau Erneuerbarer Energien. Die mußten zuhören, weil ... Svenja Schulze einen Koffer mit 100 Millionen Dollar dabei hatte, den sie gern haben wollten.

Man darf gespannt sein, wie Olaf Scholz nach der Rückkehr aus dem sonnigen Dubai ins verschneite Dunkelflautenland den um eine Billion Euro geprellten Wählern erklärt, daß das tote Pferd wieder auferstanden ist und Deutschland sich auf einer energiepolitischen Geisterfahrt befindet, bei der ihm die ganze Welt entgegenkommt. Aber es ist wohl anzunehmen, daß er diese Tatsachen bis zu seiner Ankunft in Berlin bereits wieder vergessen hat und er einfach weiter scholtzt.

Mit Sicherheit werden ihn die Medien nicht daran erinnern. Sie werden auch nicht fragen, ob die 100 Millionen Euro nicht besser in der Forschung für Mini-Reaktoren wie den nach Kanada geflüchteten Dual-Fluid-Reaktor, die den Abfall herkömmlicher Kernkraftwerke verbrennen, besser angelegt wären als in SUVs für die Mitglieder afrikanischer Parlamente oder eine neue Yacht für einen afrikanischen Präsidenten.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

07.12.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Dezember 2023 (x1.344/...): >>"Schneefall ist Zeichen für Klimawandel": Die mediale Verblödung ist grenzenlos!

Der Blick in die Medien zeigt es Tag für Tag: Der Zustand unseres Landes pendelt irgendwo zwischen Realsatire und Irrenhaus. "Experten einig: Starker Schneefall ist ein Zeichen für den Klimawandel", heißt es nun in einer aktuellen Überschrift auf "Focus online". Dabei wurde uns jahrelang durch Schulen, Forschungseinrichtungen, Medien, Regierungsparteien, Großindustrie und NGOs eingetrichtert, daß es in Deutschland bald keinen Winter und keinen Schnee mehr geben würde.

Es mag durchaus sein, daß normale klimatische Veränderungen dazu führen können, daß es einerseits sehr warme Sommertage und andererseits sehr starken Schneefall im Winter gibt. Nur: Daraus folgt erstens keine Apokalypse. Und zweitens war in den vergangenen Jahrzehnten seitens der politischen Erziehungs- und Indoktrinationsbeauftragten stets und ausschließlich von "globaler Erwärmung" die Rede.

"Winter mit starkem Frost und viel Schnee wie noch vor zwanzig Jahren wird es in unseren Breiten nicht mehr geben", sagte der Meteorologe Mojib Latif schon im Jahr 2000. Jetzt, wo immer mehr Bürger den Unterschied zwischen Panikmache und Realität schon beim Blick durchs Küchenfenster erkennen, wird plötzlich die Argumentation ausgetauscht. Ein Muster, das wir in den vergangenen zwei Jahren auch bei einer anderen Panikmache beobachten konnten. ...

Die Entwicklung des "Focus" steht dabei symptomatisch für die Umwandlung unserer Medienlandschaft in einen regierungsnahen Dressurhof. Einst als politisch inkorrektes Gegengewicht zum linken "Spiegel" gegründet, wurde das Magazin immer zahmer, lammfrommer und grüner.

Daß die Kritiker der Klima-Hysterie vom Autor des obskuren Schneefall-Artikels mit dem unsäglichen Totschlag-Begriff "Klimaleugner" stigmatisiert werden, paßt dazu ins Bild. Daß der einstige "Focus-Gründer" Helmut Markwort sich nun für eine politische Karriere bei der FDP hergibt, die die ganze Klima-, Migrations- und Gender-Agenda der Grünen exekutiert, ist ebenso bezeichnend. Deutschland braucht eine Alternative zum Kartell - in der Medienlandschaft genauso wie in der Parteienlandschaft!<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Dezember 2023: >>Donald Trump: Macht ER an diesem Wochenende alles klar?

Der Deutschland-Kurier berichtet exklusiv aus New York

Der 1911 gegründete "New York Young Republican Club" ist die älteste und größte Nachwuchsorganisation der US-Konservativen.

Seine 111. Gala am Samstag (9. Dezember) im Herzen der Wall Street dürfte Geschichte schreiben: Donald Trump will eine einstündige Grundsatzrede halten und, wenn nicht alles täuscht, offiziell seine erneute Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahl für die Republikaner in einem Jahr ankündigen.

Der Deutschland-Kurier als internationaler Medienpartner der Veranstaltung berichtet als einziges rechtskonservatives Medium aus Europa exklusiv vom Ort des historischen Abends in Manhattan.

New York im Trump-Fieber: Wird der 45. Präsident der Vereinigten Staaten in einem Jahr auch der 47. Präsident sein?

Alle Umfragen sprechen dafür. Die traditionelle Gala der "Jungen Republikaner" im legendären "Cipriani" mit seiner imposanten griechisch-klassizistischen Architektur (größter Ballsaal Manhattans) dürfte die Weltpolitik an diesem Wochenende innehalten lassen:

Beobachter gehen davon aus, daß der hochfavorisierte Ex-Präsident offiziell seinen Hut in den Ring werfen und seine Kandidatur für das Nominierungsverfahren der US-Konservativen ankündigen wird.

Allein die Tatsache, daß Trump etwa eine Stunde als "keynote speaker" (Hauptredner) zu den exklusiven Gästen (darunter New Yorks Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani, Ex-Präsidentenberater Steve Bannon) sprechen will, deutet darauf hin, daß er nicht nur rückblickend seinen Vorwurf des Wahlbetrugs bekräftigen wird, sondern darüber hinaus eminent Wichtiges und Zukunftsweisendes mitzuteilen hat.

Aus Europa werden u.a. der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah und der FPÖ-Europa-Abgeordnete Harald Vilimsky erwartet.

Bereits von Freitag an wird ein Team des Deutschland-Kuriers mit DK-Chefredakteur David

Bendels an der Spitze vor Ort sein, um erste Stimmungsbilder aus der Weltmetropole einzufangen. Die Gala startet dann am Samstag unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen um 18 Uhr Ortszeit, also um Mitternacht deutscher Zeit.

Der Veranstaltungsort, das legendäre "Cipriani" im Herzen des New Yorker Finanzdistrikts, dürfte sich dann in einer Art Belagerungszustand durch die Weltpresse befinden. Aber nur wenige handverlesene Medien dürfen die Trump-Rede im Ballsaal live verfolgen - darunter die konservativen US-Sender ABC und Fox sowie als einziges rechtskonservatives Medium aus Europa der Deutschland-Kurier. Dieser ist zugleich internationaler Medienpartner der exklusiven Veranstaltung. Linke Fake News-Medien wie CNN haben erst gar keine Akkreditierung erhalten. Die linksgrüne Medienblase, darunter die deutschen Systemsender ARD und ZDF, schäumt vor Wut.

Geplant ist, daß DK-Chefredakteur David Bendels mit Trump persönlich sprechen wird. Bendels erklärte: "Der Deutschland-Kurier ist außerordentlich stolz darauf, von der Gala des 'New York Young Republican Clubs' berichten zu können. Ich rechne damit, daß Donald Trump nicht nur seine erneute Bewerbung um das Amt des US-Präsidenten offiziell ankündigen, sondern auch eine wichtige Grundsatzrede halten wird mit Strahlkraft auf alle rechtskonservativen Parteien in Europa."<<

08.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Dezember 2023:

>>**Die Angst unserer Töchter**

Gaffen. Grapschen. Vergewaltigen. Die Polizei ist in Sorge. Kriminelle Asylbewerber und Migranten gehen mittlerweile ganz gezielt vor. Junge Mädchen werden zum Freiwild für ihre Peiniger - Alltag in Deutschland.

_ von *Hans-Hermann Gockel*

Hamburg, Bornemannstraße, 11. Februar. Eine 14-Jährige wird in eine Wohnung gelockt und mit Alkohol willenlos gemacht. Drei Serben vergewaltigen das Mädchen und filmen ihre Abscheulichkeiten auch noch mit einer Handykamera. Die Täter (16 und 21 Jahre alt) werden sich nicht nur für das Sexualverbrechen an sich verantworten müssen. Oberstaatsanwältin Nana Frombach bestätigt: "Wir ermitteln auch wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung."

Das Mädchen war nach der Vergewaltigung bewußtlos, fast nackt und bei eisigen Temperaturen in einen Hinterhof geworfen worden. Ein Kripobeamter: "Das Opfer wurde regelrecht entsorgt." Es sei ein Wunder, daß die 14-Jährige überlebte.

Köln und Kiel sind überall

Norderstedt, Erlebnisbad Arriba, 28. Februar. Zwei Schülerinnen, 14 und 18 Jahre alt, wollen gerade das Becken verlassen, als sie von zwei Männern bedrängt werden. Noch im Schwimmbad kann die Polizei die Täter festnehmen. Es sind Flüchtlinge aus Afghanistan. Das Amtsgericht Norderstedt erläßt Haftbefehle wegen des "dringenden Verdachts der Vergewaltigung". Als Haftgründe werden Flucht- und Wiederholungsgefahr genannt. Ein Täter ist 34 Jahre alt, der zweite Afghane behauptet, erst 14 Jahre alt zu sein. Die Polizei vermutet, daß er wesentlich älter ist.

"Ich habe zwei blonde Töchter, ich Sorge mich." Ein Grüner

Das Arriba ist nicht zum ersten Mal Schauplatz eines Verbrechens. In der Reifen-Rutsche Magic Eye werden die fünf Freundinnen Lara (15), Luisa (15), Marie (15), Lena (15) und Fiona (17) - Namen geändert - Opfer einer perfiden Sex-Attacke.

"Wir haben extra eine Gruppe Typen vorgelassen, die uns schon die ganze Zeit angestarrt hatten", erklärt eines der Mädchen. Was die Fünf nicht ahnen: Die Burschen bremsen in der Rutsche ihre Reifen ab und warten auf die Mädchen. Dann fallen sie über die Gruppe her, greifen den Gymnasiastinnen an die Brüste und zwischen die Beine. "Es war furchtbar und einfach

widerlich", sagt eine der Schülerinnen, "aber wir hatten keine Chance. Wir konnten uns nicht wehren." Der Polizeibericht benennt später "eine Gruppe von sieben Südländern im Alter von 17 bis 32 Jahren" als Täter.

Kiel, Shoppingcenter Sophienhof, 25. Februar. Zwei Asylbewerber aus Afghanistan belästigen in einem Café drei junge Frauen im Alter von 15, 16 und 17 Jahren. Die verbitten sich das. Doch die Männer werden immer zudringlicher - und dirigieren über ihre Smartphones weitere Asylbewerber in das Café. Am Ende werden die drei Freundinnen von fast 30 Ausländern umringt. Die Frauen geraten in Panik. Die Polizei spricht später von einer "Massenbelästigung", die es "in dieser Form noch nicht gegeben hat". Vier Männer werden festgenommen. Die Polizei hat Mühe, sie zu bändigen. Mehrere Beamte werden dabei verletzt. Die jungen Frauen müssen noch Tage danach von Psychologen betreut werden.

Ponyhof-Politik

Ob auf der Straße, im Shoppingcenter oder im Hallenbad: Deutschland erlebt eine neue Dimension der Gewalt. Kriminelle Flüchtlinge und Migranten suchen sich ihre Opfer ganz gezielt aus. Und was passiert? Trotz der unglaublichen Vorkommnisse - nicht nur! - im Freizeitbad Arriba und dem Kieler Sophienhof ergeht sich die Politik in den üblichen Beschwichtigungsritualen.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), in dessen Bundesland auch Norderstedt liegt, ermahnt die Medien: "Wir dürfen jetzt nicht Maß und Mitte verlieren und damit Dinge provozieren, die wir nicht wollen. Wir dürfen nicht so tun, als kämen nur Kriminelle und Vergewaltiger ins Land." Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, wird ihm beipflichten. "Na klar, es wird etwas rumpeln", meinte sie noch vor ein paar Wochen, als sie auf Probleme durch die Massenzuwanderung angesprochen wurde. Aus dem "Rumpeln" wurde eine gezielte Jagd auf deutsche Frauen und Mädchen.

Das Wegschauen und Schönreden ist bei den Grünen nichts Neues. Es gehört zum Programm. Claudia Roth, früher Parteichefin und heute Vizepräsidentin des Bundestages, erklärt nach der Skandalnacht von Köln: "Es wird jetzt von vielen der Eindruck vermittelt, als würde sexualisierte Gewalt allein von außen ins Land getragen. Dadurch wird vernebelt, daß diese Form von Gewalt in Deutschland leider ein altes Phänomen ist."

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, daß es in den Reihen der Grünen zumindest noch eine Handvoll Realpolitiker gibt. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer gehört dazu. "Es sind nicht die Zeiten für Pippi-Langstrumpf- oder Ponyhof-Politik", schreibt er der grünen Bundes-Elite ins politische Stammbuch. Auch in seiner Stadt hätten viele Bürger Angst um ihre Kinder. Selbst grüne Professoren, so Palmer, würden sagen: "Ich habe zwei blonde Töchter, ich Sorge mich, wenn jetzt 60 arabische Männer in 200 Meter Entfernung wohnen."

Fast 600.000 junge Männer unter 30 sind allein im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen. Sozialisiert wurden sie in islamischen Ländern, wo Gewalt und die Unterwerfung der Frauen zum Alltag gehören. Was Claudia Roth und andere geflissentlich ignorieren, spricht die türkischstämmige Autorin und Frauenrechtlerin Necla Kelek umso klarer aus: "Das Problem ist, daß sich kaum jemand darüber Gedanken gemacht hat, wer da massenhaft ins Land gekommen ist." Unsere libertäre Kultur, in der Frauen machen können, was sie gut finden und man trotzdem Distanz hält, treffe auf ein "vormodernes Frauenbild".

Wir haben Angst, daß schon ein freundlicher Blick als Einladung verstanden wird.

Die Kieler Nachrichten zitieren eine Karstadt-Angestellte, die täglich das rücksichtslose Auftreten der Asylbewerber erlebt: "Sie belästigen junge Frauen. Sie quatschen sie an, fassen sie an, hauen ihnen auf den Hintern. Sie haben auch schon Leute bespuckt."

Die Verkäuferin eines Ledergeschäftes schildert, wie sich immer mehr "Vierer- oder Fünfergruppen" von jungen Migranten im Sophienhof herumdrücken: "Manchmal sind es bis zu 30, so im Alter von 15 bis Mitte/Ende 20. Das macht mir Angst. Ich fühle mich nicht mehr sicher

und lasse mich deshalb seit einigen Wochen nach Feierabend von meinem Bruder abholen." Auch der Mitarbeiter eines Gastronomiebetriebes bestätigt die wachsende Aggression und Respektlosigkeit: "Sobald sie eine junge Frau sehen, die einen Rock trägt, glauben sie, sie hätten einen Freifahrtschein."

Susanne Färber, die stellvertretende Ressortleiterin der Kieler Nachrichten, thematisiert das alles in einem Kommentar, der seinesgleichen in der übrigen Mainstream-Presse vergeblich sucht: "Eines wollen wir nicht - Angst haben müssen. Angst, daß schon ein freundlicher Blick von uns von ihnen falsch gedeutet und als Einladung verstanden wird. Angst haben müssen, wenn unsere Töchter im Sommer ein paar Stunden am Strand oder im Freibad genießen möchten. Oder Angst haben müssen, weil unsere Töchter sich schon jetzt auf fröhliche Tage im Trubel der Kieler Woche freuen."

Der verräterische Zettel

Woher kommt die neue Dimension der sexuellen Gewalt? Die Antwort findet sich auf einem Zettel, den Polizisten bei der Festnahme eines Marokkaners und eines Tunesiers (16 und 23 Jahre alt) in der Silvesternacht in Köln sicherstellen. Dieses Blatt Papier liest sich wie eine Gebrauchsanleitung zur sexuellen Erniedrigung deutscher Mädchen und Frauen. Abgefaßt ist der Text in krakeliger Schrift und einer nicht immer korrekten Schreibweise auf arabisch und deutsch.

Erster Satz: "Ich habe eine Überraschung." Dann liest man "fucken" und "ich will fucken" und das arabische Wort für " ficken ". Auch sehr bedrohliche Sätze stehen auf diesem Zettel: "Ich will töte dich."

Das alles wird Politikern wie Claudia Roth nicht gefallen: Es ist der schriftliche Beweis dafür, daß ein Großteil der sexuellen Gewalt, die wir jetzt in Deutschland erleben müssen, eindeutig importiert ist.

Die Angst ist berechtigt. Die sexuellen Übergriffe nehmen dramatisch zu. Und fast immer geht es um "junge Männer mit Migrationshintergrund", wie es in den Polizeiberichten heißt. Werden die Täter ermittelt, stellt sich heraus, daß viele als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind. So nimmt die Bundespolizei am 16. Februar in Frankfurt am Main einen Algerier fest, der in der S-Bahn eine 14-Jährige sexuell belästigt hat. In Braunschweig ist es am 18. Februar ein Albaner, der in der Realschule Maschstraße junge Mädchen bedrängt und beleidigt.

Immer wieder, immer öfter

Was die Polizei mit großer Sorge beobachtet: Die Hemmschwelle wird immer niedriger und die Opfer werden immer jünger. Im Erlebnisbad Ocean Wave in Norden-Norddeich werden am 13. Februar drei kleine Mädchen im Alter von 10 und 11 Jahren belästigt. Einem Kind wird über den Rücken gestreichelt, den beiden anderen an den Po gegriffen. Im Polizeibericht heißt es: "Der Tatverdacht richtet sich gegen bislang unbekannte Jugendliche (vermutliches Alter 17 bis 20 Jahre) mit Migrationshintergrund, die augenscheinlich zu einer größeren Gruppe junger Männer gehörten."

Ein ähnlicher Vorfall wird am 14. Februar aus dem Georg-Arnhold-Bad in Dresden gemeldet. Die Opfer dort: eine 10-Jährige und eine 11-Jährige. Als Täter ermittelt die Polizei einen Iraner und einen Syrer (21 und 31 Jahre alt). Im selben Bad hatte Tage zuvor ein 19-jähriger Asylbewerber aus Afghanistan vier Mädchen im Alter von 11 und 13 Jahren mehrfach unsittlich berührt.

Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Es gibt Hunderte solcher Fälle. Dabei werden in Deutschland noch nicht einmal fünf Prozent aller Sexualdelikte angezeigt, so Bianca Biwer, Geschäftsführerin der Opferschutz-Organisation Weißer Ring.

_ Hans-Hermann Gockel hat als TV-Journalist viele Jahre für RTL, SAT. 1 und N24 gearbeitet. Heute ist er freier Journalist und Produzent. Letztes Jahr erschien sein Buch "Finale

Deutschland - Asyl. Islam. Innere Sicherheit." ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Dezember 2023: >>**Hereinspaziert; hereinspaziert: SPD will "Aufnahmegesellschaft" für alle**

Auf ihrem Parteitag an diesem Wochenende in Berlin (8. - 10. Dezember) wollen die Sozialdemokraten einen selbst "grüne" Dimensionen übertreffenden Migrations-Turbo beschließen: Der Leitantrag der von allen guten Geistern verlassenen SPD-Führung fordert die "Aufnahmegesellschaft" de facto für alle, die nach Deutschland wollen!

Die SPD-Führung geht mit einer nur noch als völlig durchgeknallt zu bezeichnenden Beschlußvorlage für den Parteitag an diesem Wochenende in Berlin auf Konfrontationskurs zu Kanzler Olaf Scholz (SPD), der angeblich in "großem Stil" abschieben will. Der Antrag ist zugleich eine Kampfansage an jede Form der Begrenzung von Migration, wie sie die Ampel vorgibt, anzustreben.

Die Begrenzung von illegaler Migration wird in dem Leitantrag des SPD-Vorstands nur noch am Rande thematisiert. Stattdessen will die SPD-Führung unter dem Titel "Deutschland ist ein Einwanderungsland - wir gestalten Einwanderung" offenbar ein umfassendes Bekenntnis zu noch mehr Einwanderung nach Deutschland ablegen.

Im ersten Satz des Leitantrags heißt es laut Tagesspiegel": "Deutschland ist ein Einwanderungsland!" Die Vielfalt sei die Stärke Deutschlands, deshalb müsse allen Menschen die umfassende Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht werden. Dies erfordere eine "Aufnahmegesellschaft ohne Ressentiments und Rassismen und gleiche Chancen für alle Menschen", fordert die SPD-Führung wörtlich.

Es gilt das Motto: Hereinspaziert, hereinspaziert! Vielleicht ist ja auch noch Platz in der Homo-WG von SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert in Berlin-Schöneberg!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Dezember 2023: >>**Beileid für Deutschland - wegen Lauterbach**

Von Karel Meissner

Stanford-Professor Dr. Jay Bhattacharya bedauert die Deutschen, daß sie unter einem solchen Gesundheitsminister vegetieren müssen. ...

Nur wenige Politiker haben derart viele Existenzvernichtungen in psychischer, physischer und ökonomischer Hinsicht auf dem Kerbholz wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Eifrige Unterstützung fand er im unteren Spektrum der geistigen Entwicklung: Bei Propagandajournalisten, Linksrün-Aktivistern ("Wir wollen Karl") und Hofwirrologen.

Wirkliche Kapazitäten wie Professor Sucharit Bhakdi oder Dr. Wolfgang Wodarg nahmen Lauterbachs "Fachwissen" nicht eine Sekunde ernst. Zu ihnen zählt auch der Stanford-Professor Dr. Jay Bhattacharya, Epidemiologe und Gesundheitsökonom. Für solche Hochkaräter ist der Aufstieg eines solchen Dilettanten in höchste Ämter schlicht grotesk.

Bereits im November, als Umfragen ein sinkendes Vertrauen der Bürger in die Wissenschaft aufzeigten, kommentierte der Stanford-Professor auf X:

"Wissenschaftler haben in der Covid-Ära die Pseudowissenschaft gefördert, einschließlich Schulschließungen und Maskierung von Kleinkindern. Wissenschaftler förderten Zensur und autoritäre Macht. Wissenschaftler sind wahrscheinlich die Ursache für die Pandemie selbst. Der Zusammenbruch des Vertrauens ist wohlverdient."

Nur, Karl Lauterbach ist weiterhin im Amt, fordert ungebrochen zur Injektion vor mRNA-Brühe auf und schlägt Alarm bei jeder neuen Corona-Variante. Kritiker und Skeptiker? Kanzelt er weiterhin mit beispielloser Arroganz ab: So bezeichnete er im RBB-Interview den Stanford-Professor John Ioannidis ohne argumentative Stütze als ahnungslos.

Ioannidis, Professor für Medizin, Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, hatte bereits 2020 festgestellt "Eine allgemeine Mortalitätsrate von 0,05 Prozent (bei Corona, Anm.) ist niedriger als die einer Grippewelle." Daraufhin verteidigte Professor Bhattacharya den Kolle-

gen gegen Lauterbachs Schmähung und zeigte auf X die Fehler in der Polemik des Bundesgesundheitsministers auf:

"Prof. John Ioannidis ist nicht 'erschöpft' und gehört zu den am häufigsten publizierten/zitierten Wissenschaftlern zum Thema Covid ... Lauterbach scheint keine Ahnung zu haben, welchen Schaden seine Lockdown-Politik den Armen, den Kindern und der Arbeiterklasse zugefügt hat."

Und schließlich:

"Deutschland hat schlechtere Covid-Ergebnisse als das benachbarte Schweden. Es tut mir für das deutsche Volk sehr leid, daß während der Pandemie jemand so Unqualifizierter Gesundheitsminister war."

Und wer weiß, wie lange noch ...<<

09.12.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27634" berichtet am 9. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Medizin-Nobelpreis 2023 als Marketingkampagne**

Größte Menschheitsverbrechen werden heutzutage mit dem Nobelpreis belohnt. Den nachfolgenden Fakten-Check können die sogenannten Faktenchecker des Mainstreams nicht widerlegen. Welchen Zweck die Nobelpreis-Verleihung eigentlich verfolgt, das erfahren wir von einem der Sprecher des Nobelpreis-Komitees.

Wußten Sie, daß Moderna Mitsponsor des diesjährigen Nobelpreises war? Wußten Sie, daß die preisgekrönte Katalin Karikó von 2013 bis 2022 Vizepräsidentin bei BioNTech war und der preisgekrönte Drew Weissman als Arbeitsgruppenleiter bei Anthony Fauci arbeitete?

Die Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., kurz MWGFD, hat das Ziel, dem gesundheitlichen und sozialen Wohl der Bevölkerung zu dienen.

Zur Vergabe des diesjährigen Medizin-Nobelpreises am 10. Dezember 2023 an Katalin Karikó und Drew Weissman für ihre Forschung im Bereich der mRNA-Technologie hat die Gesellschaft einen Fakten-Check auf Basis der Begründung des Nobelpreis-Komitees herausgegeben. Kla.TV veröffentlicht im Folgenden einige Auszüge aus dem zugehörigen Artikel der Autoren: "Größte Menschheitsverbrechen werden heutzutage mit dem Nobelpreis belohnt. ... Welchen Zweck die Nobelpreis-Verleihung eigentlich verfolgt, das erfahren wir von einem der Sprecher des Nobelpreis-Komitees.

Es ist nichts mehr als eine Marketingkampagne. So sagte Prof. Olle Kämpe, ein Sprecher des Nobelpreis-Komitees: "Aber ich denke, daß die Verleihung eines Nobelpreises für diesen Covid-19-Impfstoff zögernde Menschen dazu bringen könnte, den Impfstoff zu nehmen und sicher zu sein, daß er sehr wirksam und sicher ist."

Der bereits vom RKI selbst als wirkungslos bezeichnete "Impfstoff" (siehe RKI-Mail vom 23.3.2022) wird hier noch einmal durch eine Nobelpreisverleihung gehypt (groß herausgebracht, hochgejubelt). ... Da eine kritische Auseinandersetzung mit der Entscheidung des Nobelpreis-Komitees des Karolinska-Instituts seitens des "Correctivs" und der sog. "Faktenchecker" mitnichten zu erwarten war, ... haben Prof. Dr. Klaus Steger, Molekularbiologe, Universität Gießen, und Dr. Christof Schalhorn, Experte für Medizinprodukte, ... einen zweiseitigen Fakten-Check auf Basis der Begründung des Nobelpreis-Komitees aus den eingeblendeten drei Quellen durchgeführt:

I. Presseerklärung: www.nobelprize.org/prizes/medicine/2023/press-release/

II. Weiterführende Informationen: www.nobelprize.org/prizes/medicine/2023/advanced-information/

III. Presseankündigung:

Das Fazit der Wissenschaftler lautet:

"Mit der Verleihung des Medizin-Nobelpreises 2023 wurde das Vertrauen in unabhängige

Wissenschaft massiv und langfristig beschädigt. Das Nobelpreis-Komitee ignorierte nicht nur wissenschaftliche Fakten, sondern zeigte mit seinen nicht begründbaren Behauptungen ein fehlendes Verständnis von evidenzbasierter Medizin.

Dabei machte die Aussage, die injizierte mRNA verbleibe nur für kurze Zeit im Körper, die Nobelpreis-Verleihung schließlich zur Farce. Ist es doch gerade die Leistung der nun ausgezeichneten Wissenschaftler, der mRNA durch die Umwandlung in modRNA zu ihrer Langlebigkeit verhelfen zu haben - mit allen bekannten Risiken.

Ein weiterer Skandal ist, daß Preisträger und Impfstoffhersteller massive Interessenskonflikte haben, die nicht offengelegt wurden. So pflegt Moderna seit 2014 eine Kooperation mit dem Karolinska-Institut und war Mitsponsor des diesjährigen Nobelpreises. Katalin Karikó war von 2013 bis 2022 Vizepräsidentin bei BioNTech und Drew Weissman arbeitete als Arbeitsgruppenleiter bei Anthony Fauci, dem früheren Chef des National Institutes of Health (NIH). Als zur "Impfung" umdeklarierte Gentherapie für gesunde Menschen stellt die RNA-Technologie eine große Gefahr dar. Das muß allen beteiligten Personen bekannt gewesen sein." ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Dezember 2023:

>>**Satan, Pop und Hollywood: Die neue Spezial-Ausgabe**

Von *Daniell Pföhringer*

Sie manipulieren die Massen und dienen dem Bösen: Maßgebliche Kreise in der Musik- und Filmindustrie haben den Teufel fest im kollektiven Bewußtsein verankert - und locken das Publikum auf seine Leimrute. In unserer neuen Ausgabe von COMPACT-Spezial zum Thema "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" werfen wir ein Schlaglicht auf diesen okkulten Untergrund des Showgeschäfts - und zeigen, wer dem Leibhaftigen zu Diensten ist und welchem Zweck das dienen soll.

Dabei packen wir das Übel an der Wurzel und zeigen zunächst, wer das teuflische Gedankengut in den Kulturbetrieb brachte. Eine zentrale Figur dabei ist der britische Okkultist Aleister Crowley, den zahlreiche Größen aus dem Showbiz geradezu anhimmeln. Der US-Satanist Anton Szandor LaVey wiederum trug maßgeblich dazu bei, Luzifer in Hollywood den roten Teppich auszurollen - ihm lag unter anderem Filmstar Jayne Mansfield zu Füßen.

Satans Geheimagent

Die mysteriöseste Figur des satanischen Untergrunds war allerdings Michael Aquino: Als Offizier des Militärgeheimdienstes leitete er den okkulten Temple of Set - und wurde mehrfach des rituellen Kindesmißbrauchs bezichtigt. Seine hohe nachrichtendienstliche Sicherheitsstufe wurde ihm jedoch nie aberkannt. ...

In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" zeichnen wir nach, wie die Hirne der Jugend durch MK-Ultra, die Psycho-Tricks des Tavistock-Instituts und Drogen wie LSD zunächst weichgeklopft und schließlich für satanische Ideen geöffnet wurden.

Mit den Hippies wurde das okkulte Wassermann-Zeitalter populär, ihre Epigonen drückten der Rock- und Pop-Musik ihren diabolischen Stempel auf. In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" erfahren Sie, was wirklich hinter dem düsteren Mummenschanz von Madonna, Rihanna, Katy Perry, Miley Cyrus und anderen Stars steckt.

Okkulte Botschaften, ritueller Mißbrauch

Natürlich werfen wir auch einen Blick auf Luzifers Leinwand - und enthüllen die geheimen Botschaften in Filmen wie "Rosemaries Baby", "Eyes Wide Shut" oder "Matrix". Wir zeigen Ihnen, welche dunklen Geheimnisse sich hinter der kunterbunten Glitzerwelt des Disney-Konzerns verbergen und welche okkulten Botschaften erfolgreiche Serien und Kinostreifen transportieren. Schließlich lassen wir auch jene zu Wort kommen, die über die Abgründe in Hollywood ausgepackt haben - über Satanismus, Kindesmißbrauch und Ritualmorde!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Dezember 2023:

>>Apokalyptiker: Von Chabad bis Charles Manson

Von Michael Kumpmann

In ihrem Endzeit-Wahn schrecken Apokalyptiker auch vor Ritual- und Massenmord nicht zurück. Das zeigen zwei schauderhafte Beispiele aus der Vergangenheit. ...

Wie man in der Dezember-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Endzeit - Wie Fanatiker den Weltuntergang planen" ist Chabad (hebräische Abkürzung für "Weisheit, Verstehen und Wissen") inzwischen eine der einflußreichsten jüdischen Gruppen weltweit. Entstanden ist die religiöse Gemeinschaft im 18. Jahrhundert in Osteuropa, ihre Anhänger nennen sich Lubawitscher - nach dem früheren geistigen Zentrum im weißrussischen Lubawitsch.

Inzwischen befindet sich die Chabad-Zentrale in Brooklyn, 1950 übernahm dort der Rabbiner Menachem Mendel Schneerson die Führung und entsandte seine Anhänger in alle Welt. Als der Mann mit dem langen weißen Bart 1994 starb, rief man ihn zum Messias aus. Bis heute glauben viele Lubawitscher, daß der Rebbe eines Tages aus seinem Grab auferstehen und die Welt erlösen werde.

Der Autor Wolfgang Eggert (Israels Geheimvatican) beschreibt Chabad als Weltuntergangssekte, die nicht nur auf das Ende aller Tage warte, sondern aktiv darauf hinarbeite. Die Lubawitscher glauben an zwei Erlösergestalten. Da wäre zum einen der Messias ben David, der während der Apokalypse erscheine und zum neuen Weltherrscher werde. Zuvor jedoch trete der Messias ben Joseph auf, der alles für die Ankunft ben Davids vorbereite und dafür Sorge, daß sich die Endzeitprophetien erfüllen.

Mahdi und Magog

Die Gedankenwelt der jüdischen Sekte weist erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem Mahdi-Glauben im Islam auf. Der Mahdi, ein Nachkomme des Propheten Mohammed, ist eine insbesondere in der schiitischen Richtung bedeutende Messias-Gestalt, die während der Endzeit das Böse bekämpft.

Im heutigen Iran hat diese Vorstellung politisch Gestalt angenommen: Der Staat ist in Erwartung der Ankunft des Mahdi aufgebaut, die Regierung soll alles für dessen Regentschaft vorbereiten. Für gewöhnlich geschieht dies in Form passiven Abwartens, doch 2020 forderte beispielsweise der Geistliche Alireza Panahian, daß man eine Eskalation der Corona-Krise fördern solle, damit sich die Apokalypse und damit die Ankunft des islamischen Messias beschleunige.

Auch im Christentum existierten solche Strömungen. Signifikante Teile der Konservativen in den USA sind durch die protestantische Doktrin des Dispensationalismus geprägt. Die besagt, daß alle Nationen einem bestimmten Endzeitplan folgen müssen, aber jedes Land auch einen eigenen hätte. Ein wichtiger Bestandteil dieser apokalyptischen Vorstellung ist der Kampf gegen den König Gog aus einem östlichen Königreich Magog in der durch die Offenbarung des Johannes überlieferten "Zeit der Drangsal".

Die Amerikaner seien demnach dazu berufen, nach diesem Endkampf gemeinsam mit den Juden das "neue Jerusalem" zu bauen. Die US-Prediger Hal Lindsey und Jerry Falwell sahen gemäß dieser Vorstellung in einem Atomkrieg zwischen dem Westen und der UdSSR einen wichtigen Schritt zur Erfüllung biblischer Endzeitprophezeiungen. Beide sollen später sogar Einfluß auf die Nuklearstrategie des Pentagons unter Präsident Reagan gehabt haben.

Der Guru mit dem Nervengas

Das Phänomen religiöser Endzeitvorstellungen ist beileibe nicht auf den westlichen Kulturkreis beschränkt. In Japan etwa sorgte vor einigen Jahren die Aum-Sekte von Shoko Asahara (bürgerlicher Name: Chizuo Matsumoto) für Aufsehen.

Der Akupunkteur und Experte für traditionelle chinesische Medizin sah sich selbst als Reinkarnation von Jesus Christus und Buddha, betrachtete Adolf Hitler als religiösen Propheten und lehrte, daß die Apokalypse in Form eines Dritten Weltkrieges zwischen Asien und dem

materialistisch-dekadenten Westen nahe sei. Nur er und seine Anhänger könnten gerettet werden, meinte Asahara.

Zunächst setzte Omu Shinrikyo, so der offizielle Name der Aum-Sekte, auf Yoga und Bekehrungskampagnen, nahm mit einer eigenen Partei an Parlamentswahlen teil und produzierte Animes. Als sich dies jedoch als wenig erfolgreich erwies, kam Asahara zu der Überzeugung, daß er den Dritten Weltkrieg selbst auslösen müsse, um seine eigene Prophezeiung zu erfüllen. Resultat war der verheerende Anschlag mit dem Nervengas Sarin auf die U-Bahn in Tokio am 20. März 1995, bei dem 13 Menschen starben und über 6.000 wegen Folgeschäden behandelt werden mußten. Asahara wurde daraufhin verhaftet und zum Tode verurteilt. 2018 wurde das Urteil vollstreckt.

Im Prozeß kam heraus, daß Aum auch in den Drogenhandel involviert war und Mitglieder der Sekte unfreiwilligen Hirnoperationen unterzogen worden waren. Inzwischen umbenannt in Aleph, gibt sich die Gemeinschaft reformiert und geläutert, doch manche meinen, dies sei nur Tarnung, um besser Politik und Wirtschaft infiltrieren zu können. 2019 verübte ein Aum-Anhänger mit seinem Auto einen Terroranschlag im Tokioter Stadtteil Harajuku, drei Jahre zuvor wurden Gebäude der Sekte in Rußland, 2017 in Japan durchsucht. Die EU listete Aum bis 2011 als Terrorgruppe auf.

Nach dem U-Bahn-Anschlag von 1995 entstand die Theorie, daß okkulte Themen und Symbolik in japanischen Medien mit Asaharas Gruppe in Verbindung stünden. Niederschlag fand dies unter anderem in der Anime-Serie Neon Genesis Evangelion (1995-1996), in der es darum geht, daß die Welt insgeheim durch eine Endzeitsekte geleitet wird, die in einem kabbalistischen Plan das Ende der Menschheit einleiten will.

Apokalyptischer Algorithmus

Asaharas Lehren weisen auffällige Parallelen zu denen Charles Mansons auf. Dieser bastelte sich aus verschiedenen Quellen wie Scientology, Christentum, Science-Fiction und Hippiekultur eine Weltanschauung zusammen, die besagte, daß die Beatles in ihrem Song "Helter Skelter" für das Jahr 1969 einen Rassenkrieg in den USA prophezeit hätten.

Manson versuchte, den Weltuntergang zu beschleunigen, indem er unter anderem Roman Polanskis Frau Sharon Tate geradezu rituell abschlachten ließ, um für Chaos zu sorgen. Umfassende Informationen dazu bietet Ihnen unsere neue Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat".

Neben organisierten Endzeitsekten gab und gibt es auch immer wieder Nerds, die mit solchen Vorstellungen spielen. Ein Beispiel ist der Mathematiker und Hippie-Philosoph Terence McKenna, der sich mit Drogen, Schamanismus und Sexualmagie beschäftigte.

McKenna wollte auf Basis antiker religiöser Systeme wie dem konfuzianischen I Ging die genaue Abfolge historischer Ereignisse wie den Atombombenabwurf auf Hiroshima erklären und daraus einen Algorithmus schaffen, der die Apokalypse genau vorausberechnet. Diesen nannte er "Zeitwelle Null", und McKenna meinte damit beweisen zu können, daß die Weltgeschichte aus mehreren ineinander verschachtelten Zeitzyklen besteht, die alle auf eine große Katastrophe hinauslaufen würden. Mit psychedelischen Pilzen könne man geistig einen kleinen Vorgeschmack auf dieses Szenario bekommen.

Der US-amerikanische Programmierer Terry A. Davis, der an psychotischen Episoden litt, schrieb wiederum das Betriebssystem TempleOS, mit dem er biblische Endzeitprophetien erfüllen und den dritten Tempel errichten wollte. Sein Betriebssystem sei ein Weg, um im neuen Zeitalter elektronisch mit Gott sprechen zu können.

Der britische Philosoph Nick Land wiederum entwickelte das Konzept des Akzelerationismus. Es geht davon aus, daß die Menschheit auf ein katastrophales Ereignis zusteuert. Da man dies ohnehin nicht verhindern könne, müsse man daran arbeiten, daß dies so schnell wie möglich eintritt. Anhänger dieser Idee finden sich unter anderem in der sogenannten Boogaloo-

Bewegung. Diese unterstützte während der Black-Lives-Matter-Proteste 2020 Militante auf beiden Seiten - damit es zu möglichst heftigen Ausschreitungen kommt.<<

11.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Dezember 2023:

>>"StARModG" - der Code zur endgültigen Abschaffung Deutschlands!

Heimlich still und leise berät der Innenausschuß des Deutschen Bundestages derzeit ein Gesetz, das Deutschland tiefer verändern dürfte als jedes andere Gesetz bisher! Das Gesetz trägt die sperrige Abkürzung "StARModG". Dahinter verbirgt sich der Entwurf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zur "Modernisierung" des Staatsangehörigkeitsrechts. SPD und "Grüne" wollen sich nicht nur Millionen neue, ihnen "dankbare" Wähler erschließen - auch dem politischen Islam werde der Weg in die Parlamente geebnet, warnt Polit-Insider Einar Koch in einem Gastkommentar.

VON EINAR KOCH

Das geplante neue Staatsbürgerschaftsrecht kommt nicht nur einem kalten linksgrünen Staatsstreich mit dem Ziel eines möglichst dauerhaften Machterhalts der Ampel-Parteien SPD und "Grüne" gleich - der Faeser-Entwurf hat auch das Potential, das Parteiengefüge im Deutschen Bundestag mit noch gar nicht überschaubaren Folgen zu verändern! Getreu dem Motto der "grünen" Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: "Deutschland wird sich ändern - und zwar drastisch!"

Es ist alarmierend, daß die offenbar durch allen möglichen Ampel-Irrsinn abgestumpfte deutsche Öffentlichkeit bislang noch nicht auf die Barrikaden gegangen ist, obwohl Experten eindringlich auf die Folgen des nächsten "Faeser-Coups" hinweisen.

Im Kern will die Bundesregierung grundsätzlich Mehrstaatlichkeit zulassen und die Wartezeit für die Einbürgerung von acht auf fünf Jahre, im Extremfall sogar auf drei Jahre verkürzen. Profitieren würden etwa 12,3 Millionen in Deutschland lebende Ausländer als künftige "Neubürger", darunter vor allem auch Türken.

Nun haben bereits viele in Deutschland lebende Ausländer die Möglichkeit, die doppelte Staatsbürgerschaft zu erwerben. Das gilt für Bürger aus der Schweiz sowie den 26 EU-Ländern. Auch Zuwanderer, deren Heimatländer es nicht erlauben, ihre Staatsbürgerschaft abzulegen, dürfen in der Regel neben dem deutschen einen weiteren Paß besitzen. Schon jetzt stammen die meisten "eingebürgerten" Migranten aus islamischen Ländern wie Syrien, dem Irak oder Afghanistan.

In der öffentlichen Debatte ist bisher praktisch untergegangen, daß Faesers kalter Staatsstreich ganz neuen Kräften die Möglichkeit eröffnen würde, in die Parlamente (Bund, Länder, Gemeinden) einzuziehen - Parteien etwa, die den politischen Islam in Deutschland propagieren oder der türkischen Regierungspartei AKP nahestehen.

Wann endlich wacht die breite Öffentlichkeit auf? Thilo Sarrazin läßt grüßen: Deutschland schafft sich gerade mehr ab als jemals zuvor!

Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Dezember 2023: >>Gaza: Die abstoßende Berichterstattung des "Spiegel"

Für die Berichterstattung deutscher Medien über den Krieg in Gaza habe ich mittlerweile nur noch einen Ausdruck: "Ekelhaft". Hier erkläre ich, warum ich dieser Meinung bin. Religiöse Fanatiker laden wiederum diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf, wobei die Rolle ultrazionistischer Endzeit-Sekten in den westlichen Medien komplett verschwiegen wird. ...

_ von Thomas Röper

Ich sammle jeden Tag die Spiegel-Berichte über den israelischen Vernichtungskrieg in Gaza,

um aufzuzeigen, wie verlogen der Spiegel berichtet. Aber wenn ich abends darüber schreiben will und mir die Artikel genauer anschau, dann überkommt mich ein so großer Ekel, daß ich nicht darüber schreiben will und kann. Außerdem würden sich in meinen Artikeln darüber vieles wiederholen, denn ich habe das Thema schon vor einer Woche behandelt und letztlich hat sich seitdem nicht viel geändert.

Israelischer Vernichtungskrieg

Was Israel in Gaza macht, ist ein Vernichtungskrieg. Es ist eine ethnische Säuberung. Das ist keine Unterstellung von mir, das kann man sinngemäß auch im Spiegel erfahren. Dort wurde ein Kommentar mit der Überschrift "Krieg in Nahost - Das Ende von Gaza" veröffentlicht, in dem wir unter anderem lesen können:

"Die Frage, welchen Plan Israel für die 2,2 Millionen Menschen in Gaza nach dem Ende des Krieges habe, stellt sich bald nicht mehr. Weil es schlicht kein Gaza mehr geben wird, in dem Menschen leben könnten."

"Stärker zerstört als Dresden"

In dem Kommentar wird auch anschaulich beschrieben, wie Israel in Gaza vorgeht. Ich zeige willkürliche Auszüge:

"Am 9. Oktober hatte Verteidigungsminister Yoav Gallant eine 'vollständige Belagerung' des Gazastreifens angekündigt. Es werde 'keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff' geben: 'Wir bekämpfen menschliche Tiere', sagte er und meinte damit die gesamte Bevölkerung. Auch die Trinkwasserzufuhr wurde gekappt. ... Diese Bombardements sind von solch verheerender Wucht, daß Gaza-Stadt mittlerweile stärker zerstört ist als Dresden 1945, so Robert Pape, amerikanischer Luftkriegsexperte. Getroffen wurden neben meist mehrstöckigen Wohngebäuden auch Schulen, Moscheen, Kirchen, Bibliotheken, Regierungsgebäude, Uno-Gebäude, Krankenhäuser, die Stadtverwaltung, das oberste Gericht, kurz: das kulturelle und administrative Rückgrat der Stadt."

Jetzt könnten Sie mich fragen, was ich an dieser Berichterstattung so ekelhaft finde, denn der Spiegel berichtet ja über das Leid in Gaza.

Netanjahu müßte vor das Kriegsverbrechertribunal

Das Problem wird ersichtlich, wenn wir uns erinnern, wie der Spiegel über die Ukraine berichtet hat, wo die Zivilbevölkerung weit weniger unter den Kampfhandlungen leidet als in Gaza. Der Spiegel hat in der Ukraine ständig von "Putins Bombenkrieg" gesprochen, von "systematischen Kriegsverbrechen" Rußlands und so weiter. Als in Odessa eine Kirche von den Trümmern der ukrainischen Luftabwehr beschädigt wurde, hat der Spiegel Rußland die Schuld gegeben und getitelt "Russische Raketenangriffe auf Odessa - Wenn nichts mehr heilig ist".

Wenn Israel vollkommen hemmungslos und unbestritten "Schulen, Moscheen, Kirchen, Bibliotheken, Regierungsgebäude, Uno-Gebäude, Krankenhäuser, die Stadtverwaltung, das oberste Gericht, kurz: das kulturelle und administrative Rückgrat der Stadt" Gaza mitsamt tausender Zivilisten in Grund und Boden bombt, beschränkt der Spiegel sich auf sachliche Beschreibungen der Lage und vermeidet jede Schuldzuweisung an Israel. Daß Israel Kriegsverbrechen begeht, daß Netanjahu vor das Internationale Tribunal gehört, das würde der Spiegel, der sich bis heute über den konstruierten Haftbefehl gegen Präsident Putin freut, niemals schreiben.

Als am 6. September 16 Menschen in der von der Ukraine kontrollierten Stadt Konstantinowka bei einem Raketenangriff getötet wurden, hat der Spiegel Rußland die Schuld gegeben und viele Artikel über das angebliche russische Kriegsverbrechen veröffentlicht. Als etwas später sogar die New York Times bestätigte, daß es sich dabei um einen ukrainischen Angriff auf die eigenen Zivilisten gehandelt hat, den Kiew aus propagandistischen Gründen brauchte, fand der Spiegel das nicht wichtig genug, um seine Leser darüber zu informieren, sondern hat die

Videobeweise sogar aus seinen vorherigen Artikeln entfernt, um diesen Skandal vor den deutschen Lesern zu verschleiern.

Kein Wort über die Kriegsverbrechen

In Gaza sterben jeden Tag hunderte Zivilisten (fast die Hälfte übrigens Kinder), was dem Spiegel aber keine reißerischen Überschriften über israelische Kriegsverbrechen wert ist. Die Todeszahlen aus Gaza erwähnt der Spiegel bestenfalls nebenbei, was dann beispielsweise so klingt:

"Zwei Krankenhäuser im Süden meldeten in den letzten 24 Stunden insgesamt 133 Tote und 259 Verletzte, was die offizielle Zahl der Getöteten bereits auf fast 17.500 erhöht. Viele Tausende weitere werden vermißt. Für die Zivilbevölkerung gibt es keinen sicheren Ort."

Aber auch in dem Artikel hat der Spiegel das Wort "Kriegsverbrechen" nicht verwendet. Im Spiegel fehlt jede Kritik an Israel, obwohl Israel in zwei Monaten schon fast doppelt so viele Zivilisten abgeschlachtet hat, wie in 22 Monaten in der Ukraine gestorben sind. Bei den getöteten Kindern ist es noch extremer: In Gaza sind etwa 16 Mal so viele Kinder umgekommen, wie in der Ukraine.

Dafür ist der Spiegel jedoch sehr hilfsbereit, wenn es darum geht, Israel zu unterstützen. Unter der Überschrift "Israels Krieg gegen die Hamas - Die Macht der unerträglichen Bilder" hat der Spiegel die israelische Sichtweise übernommen und über ein israelisches Propaganda-Video berichtet, das Bilder vom Angriff der Hamas zeigt und das Israel derzeit weltweit Journalisten und anderen Influencern vorführt, um seinen bestialischen Vernichtungskrieg gegen die palästinensischen Zivilisten zu rechtfertigen. In der Einleitung des Artikels schrieb der Spiegel:

"Die israelische Armee hat Videos des Hamas-Massakers zu einem 45-minütigen Film geschnitten. Die Welt soll so erfahren, was am 7. Oktober geschehen ist - und warum Israel in Gaza zuschlagen muß."

Instrument israelischer Propaganda

Während der Spiegel über die Gräueltaten Israels in Gaza so sachlich wie möglich berichtet, greift der Spiegel bei diesem Artikel noch vor Beginn des Artikels zu einem psychologischen Trick. Vor dem eigentlichen Artikel steht in fetten Buchstaben geschrieben:

"-- Warnung: Der folgende Text enthält Schilderungen extremer Gewalt. Diese könnten auf Leserinnen und Leser verstörend wirken. --"

Solche "Warnungen" enthält keiner der Spiegel-Artikel über die Lage in Gaza, ich habe so eine Warnung beim Spiegel noch nie in Artikeln gesehen. Der Spiegel will seine Leser "verstören", damit sie trotz aller Kriegsverbrechen Israels Verständnis für das israelische Vorgehen haben. Der Spiegel macht sich damit zum Instrument der israelischen Regierungspropaganda.

Aber das zeigen seine Artikel ohnehin jeden Tag. Und genau dieses Messen mit zweierlei Maß, diese Parteilichkeit, diese offene Propaganda, die finde ich inzwischen einfach nur ekelhaft, denn sie wird beim Vergleich zwischen den Spiegel-Artikeln über die Ukraine und über Gaza so offensichtlich, daß ich gar nicht so viel essen kann, wie ich kotzen möchte. ...

Sorry, aber mir fällt leider keine andere Formulierung ein.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

[Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Dezember 2023 \(x1.345/...\):](#)

>>Wie die Corona-Impfung als Auslöser für Sportler-Herztode verschwiegen wird

Der Tod des 25-jährigen Profifußballers Agyemang Diawusie hat in den Medien eine Debatte über die Ursachen der gehäuften Herzmuskelentzündungen unter jungen Sportlern ausgelöst. Unglaublich: Die Corona-Impfung wird als naheliegender möglicher Auslöser der Myokarditiden nicht einmal erwähnt.

Larissa Fußer

"Der 25-jährige Agyemang Diawusie war ... an einem plötzlichen Herztod, mutmaßlich ausgelöst durch einen viralen Infekt mit Verdacht auf Herzmuskelentzündung, gestorben", teilte der Fußballverein SSV Jahn Regensburg Ende November mit. Der Verein reagierte damit auf den plötzlichen Tod des jungen Fußballprofis. Nun rollen verschiedene Medien den Fall erneut auf. "Es ist die dritthäufigste Todesursache bei Sportlern unter 35 Jahren: die Herzmuskelentzündung", schreibt beispielsweise ntv und geht auf die Hintergründe des Todes von Diawusie ein.

Ausführlich kommt dazu der Sportmediziner Hans-Georg Predel zu Wort, der das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin an der Deutschen Sporthochschule Köln leitet. Der Mediziner erklärt die Hintergründe einer Herzmuskelentzündung: "Meistens sind es Viren, die über die Atemwege in den Körper gelangen und hin zum Herzmuskel verschleppt werden." Der Herzmuskel sei "sehr stark durchblutet", damit das Herz arbeiten könne, dies sei aber auch eine Schwachstelle.

"Der Hauptfeind sind die banalen Infekte", erläutert der Sportarzt weiter und hält junge Sportler dazu an, auch bei leichten Erkältungen nicht zu hart zu trainieren. Menschen, die "an ihre Belastungsgrenzen gehen und auch viel reisen" seien laut Predel besonders gefährdet für unerkannte Herzmuskelentzündungen.

Kein Hinweis auf die Corona-Impfung

Der Sportmediziner äußerte diese Einordnung gegenüber der Nachrichtenagentur Sport-Informationen-Dienst (SID). Entsprechend wurden die Zitate von einigen Medien aufgegriffen. Die Artikel enthalten zusätzlich den direkten oder impliziten Hinweis darauf, daß der plötzliche Herztod infolge einer Myokarditis zuletzt gehäuft bei jungen Sportlern aufgetreten ist, sowie die statistische Einordnung, daß es sich bei der Herzmuskelentzündung um die dritthäufigste Todesursache unter jungen Sportlern handelt.

Diese Information ist an sich nicht neu und findet sich beispielsweise bereits seit Juli 2021 auf einer Informationsseite der Universität Leipzig zum plötzlichen Herztod bei Sportlern. Dennoch ist sie in diesem Zusammenhang relevant.

Trotz der ausführlichen fachlichen Einordnung fehlt in den zahlreichen Artikeln zu dem Thema ein ganz entscheidender Punkt: Der Hinweis darauf, daß auch die Corona-Impfung Herzmuskelentzündungen auslösen kann und daher als Ursache für die vielen plötzlichen Tode von jungen Sportlern nicht ausgeschlossen werden sollte.

Das Coronavirus als Ursache

In den verschiedenen Artikeln werden als Beispiele für weitere Sportler mit Herzmuskelentzündungen die Fußballspieler Alphonso Davies und Bas Dost angeführt. Davies hatte im Januar 2022 nach einer Corona-Infektion eine Herzmuskelentzündung entwickelt, die jedoch rechtzeitig entdeckt wurde und therapiert werden konnte. Dost war infolge einer Herzmuskelentzündung erst im Oktober auf dem Rasen kollabiert und mußte reanimiert werden. Danach konnte er die Erkrankung ausheilen lassen.

Es ist skurril: Während geradezu demonstrativ der mögliche Zusammenhang einer Herzmuskelentzündung mit einem viralen Infekt, wie zum Beispiel Corona, dargelegt wird, bleibt die Corona-Impfung als mögliche Ursache der Erkrankung einfach unerwähnt. Dabei ist die Herzmuskelentzündung gerade unter jungen Männern inzwischen eine anerkannte Nebenwirkung der Impfstoffe von Biontech und Moderna. Es scheint zudem kaum plausibel, daß sich die Häufung von Herzmuskelentzündungen und plötzlichen Herztoden unter jungen Sportlern allein durch virale Infekte erklären lassen sollen. Erkältungen haben sich die Sportler schließlich schon immer eingefangen - geimpft wurden sie wiederum erst ab 2021.

So erfreulich es ist, daß sich die Medien überhaupt dem Thema der alarmierend häufigen Herztode von jungen Sportlern annehmen - der Ausschluß der Corona-Impfung in der Diskussion um mögliche Ursachen zeigt, daß viele Journalisten und Ärzte bis heute offenbar nicht

gewillt sind, dem erschreckenden Leiden der jungen Sportler ernsthaft und gewissenhaft auf den Grund zu gehen. Genau dies wäre aber vonnöten, um künftige Tode zu verhindern.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27647" berichtet am 11. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Können Daten heilen? Gefahren der elektronischen Patientenakte**

Die elektronische Patientenakte (ePA) verspricht schnellere und effizientere Patientenversorgung und Entlastung des Gesundheitssystems. Jetzt aber werden Ärzte und Patienten zu Datenlieferanten für die Industrie gemacht. Analoger Beziehungsaufbau wird ersetzt durch künstliche Intelligenz. Sicherheit wird vorgetäuscht und politische und wirtschaftliche Interessen, die sich vor dem Wohle des Patienten drängeln, verschwiegen. Was bezweckt Lauterbach mit der verpflichtenden Einführung der ePA?

Bis 2025 sollen 80 Prozent der gesetzlich Versicherten über eine elektronische Patientenakte (kurz: ePA) verfügen. Gleichzeitig sollen Gesundheitsdaten - beispielsweise von Arztpraxen und Krankenkassen - breitflächig zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt werden.

Das sind konkrete Ziele einer Digitalisierungsstrategie für Gesundheit und Pflege, die Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach vorgelegt hat.

Zwei konkrete Gesetzesvorhaben folgen dieser Idee: Das Digitalgesetz und das Gesundheitsdatennutzungsgesetz, mit dem Gesundheitsdaten für die Forschung erschlossen werden sollen. Das Digitalgesetz sieht unter anderem verpflichtend vor, daß seitens der Kassen für jeden gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte eingerichtet wird. Nur mittels Widerspruch des Versicherten, dem sogenannten Opt-Out, (ein Kunde oder Nutzer muß einem unerwünschten Dienst aktiv widersprechen) kann dies verhindert werden. In dieser Akte sollen Krankheitsbefunde, Medikationslisten, aber auch z.B. der digitale Impfpaß und der digitale Mutterpaß gespeichert werden. Dadurch soll Zeit gespart, Doppeluntersuchungen vermieden und Prozesse im ohnehin überlasteten Gesundheitssektor vereinfacht werden.

Gleichzeitig soll durch künstliche Intelligenz die sogenannte Telemedizin (medizinische Versorgung mit Hilfe digitaler Medien aus der Ferne, zum Beispiel in einer Videosprechstunde) ausgebaut werden, angeblich um dem Fachkräftemangel und schlechter medizinischer Gesundheitsversorgung zu begegnen.

Seit einigen Jahren bin ich als Hebamme im Gesundheitswesen tätig und muß ehrlich sagen, daß mich dieser Gesetzesentwurf kritisch stimmt.

1.) Jeder Mensch ist individuell und läßt sich NIE als Durchschnitt darstellen.

Weder die ePA (elektronische Patientenakte) noch sonstige KI (künstliche Intelligenz) oder Telemedizin können eine persönliche Anamnese (professionelle Erfragung von potentiell medizinisch relevanten Informationen durch Fachpersonal) und Befunderhebung durch einen denkenden, fühlenden und sehenden ausgebildeten Menschen ersetzen.

Die Anamneseerhebung ist in jedem Gesundheitsberuf "Kerngeschäft" und dient dem Beziehungsaufbau, der für die Begleitung und Behandlung bei Krankheit oder in meinem Fall Schwangerschaft wichtig ist - durch zunehmendes Ersetzen dieser Gespräche und Untersuchungen durch Technik, durch den Blick auf Apps und Computer-generierte Diagnosen und Empfehlungen wird die Kunst und das Handwerk der Gesundheitsfachberufe entwertet und verlernt, sowie das Bauchgefühl und die gesundheitliche Selbstverantwortung des Patienten untergraben.

2.) Das Mißbrauchspotential bei flächendeckender Gesundheitsdatensammlung ist extrem.

Impfungen, bestimmte Vorsorgeuntersuchungen, der allgemeine Gesundheitsstatus könne so viel einfacher erfaßt und überwacht werden - und auch zu gesellschaftlicher Stigmatisierung und Ausschluß führen.

Wie das funktioniert, sehen wir in den Ländern, denen wir in der Digitalisierung "hinterherhinken", wie Herr Lauterbach gerne jammert: China mit ihrem Sozialpunktesystem, Israel mit

dem grünen Paß, der während der Covid-Zeit Ungeimpften den Zugang zu vielen öffentlichen Einrichtungen verwehrt hat, etc.

Dem Nutzer wird gesagt, er habe die volle Kontrolle über seine Gesundheitsdaten und könne selber entscheiden, wer Zugriff hat oder nicht.

Aber: Die Daten werden auf zentralen Servern und Clouds weniger großer Anbieter gespeichert. Was einmal im Netz ist, bleibt im Netz. Hier nur ein paar Beispiele für Datenlecks von Gesundheitsdaten in letzter Zeit:

2014 - 2017: über 130 Mio. gehackte elektronische Patientenakten in den USA

2018: 3 Mio. gehackte elektronische Patientenakten in Norwegen

2019: Tausende private Daten von HIV-Patienten in Singapur veröffentlicht

2020: Tausende Psychotherapiepatienten in Finnland mit ihren Daten erpreßt

2021: Hackerangriff auf urologische Klinik Planegg; Datenlecks bei Corona-Tests; Daten von 500.000 Patienten im Netz in Frankreich; Hackerangriff auf Datensysteme des irischen Gesundheitssystems.

Auch Politik und Industrieverbände haben großes Interesse an diesen Daten.

Hier ein Zitat des Ärztenachrichtendienstes von Juli 2021:

"Daß eine zentrale Sammlung von Gesundheitsdaten, wie sie durch die elektronische Patientenakte (ePA) geschehen soll, Begehrlichkeiten weckt, kommt wenig überraschend. Am Dienstag forderten mehrere Industrieverbände gemeinsam einen leichteren Zugang zu den Daten ..."

Sarah: Nun möchte die EU-Kommission einen europäischen Gesundheitsdaten-Raum schaffen. Ihr Ziel: Die internationale Industrie, Forschung und öffentliche Institutionen sollen das Potential der Daten nutzen können, um z.B. während einer Pandemie "bessere" Entscheidungen treffen zu können.

3.) Zu guter Letzt bleibt zu bedenken, daß die Telematikinfrastruktur (kurz: TI, ist die Plattform für digitale Gesundheitsanwendungen in Deutschland) immer internet- und technikabhängig ist, was nicht nur gesundheitlich kritisch stimmt. Beispielsweise denke man an die Strahlenbelastung durch Smartgeräte wie I-Watches, Tracker, Smartphones, etc. die für die Infrastruktur benötigt werden.

Nein, auch bei technischen Störungen, Hackerangriffen, Blackouts, Fehlprogrammierungen oder Bias (Vorurteil, Verzerrungen; in diesem Fall durch einen systematischen Fehler, z.B. nicht-repräsentative Stichproben bei Befragungen) kann dieses System zu massiven Behandlungsfehlern oder im schlimmsten Fall zu schweren gesundheitlichen Schäden und Tod führen. Wegen eines Hackerangriffes auf die Uniklinik Düsseldorf konnte z.B. eine Patientin nicht rechtzeitig behandelt werden und ist darob verstorben.

Darum, liebe Zuschauer, mein Plädoyer:

Dieses System darf nur eingeführt werden unter folgenden Bedingungen:

Freiwilligkeit muß gegeben sein!

Kein Ersetzen von guter Behandlung und Anamnese durch Apps und KI!

Keine Ausbeutung der Daten durch Politik oder Industrie!

So lange das System dies nicht bietet, rate ich dringend an, rechtzeitig zu widersprechen, bevor die Akte automatisch angelegt wird!

A c h t u n g ! Bis Ende des Jahres 2023 kann noch jeder seiner Krankenkasse einen einfachen Brief zukommen lassen und dem Anlegen einer ePA widersprechen. Ein Musterbrief ist unten angehängt.

Wir brauchen ein auf Heilung ausgerichtetes, menschliches, empathisches Gesundheitssystem; nicht ein industriell ausgerichtetes Datenkraken-System, welches sich an unserer Krankheit bereichert und der Gesundheit offensichtlich nur die zweite Priorität einräumt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Dezember 2023:

>>Taylor Swift: Okkult-Ikone des Jahres

Von Daniell Pföhringer

US-Popsängerin Taylor Swift wurde vom Magazin Time zur "Person of the Year" gekürt. Die Begründung: Sie habe "es geschafft, Grenzen zu überschreiten und eine Quelle des Lichts zu sein". Eine verräterische Wortwahl ...

Musiker schaffen es eher selten als "Person des Jahres" auf das Titelblatt des Time-Magazins. Eine Ausnahme ist Bono von U2, der 2005 wegen seiner Gutmenschlichkeit diese Auszeichnung erhielt - neben Bill und Melinda Gates. Man ahnt es: Die Kür zur "Person of the Year" folgt einer bestimmten Agenda. Genau deshalb wird 2023 der US-amerikanischen Popsängerin Taylor Swift diese Ehre zuteil.

Was Swift und ihre Fans in den Augen von Globalisten und Wokeness-Kämpfern zur Superheldin macht, wird deutlich, wenn man sich die Schwärmereien, die die Taz vor wenigen Tagen absonderte, anschaut: "Die Swifties gelten als mächtigste Fan-Community aktuell. Daß damit auch Verantwortung und Macht einhergeht, hat Taylor Swift erkannt. Nach jahrelangem politischem Schweigen macht sie sich mittlerweile für verschiedene gesellschaftliche Anliegen stark: gegen Waffengewalt und für das Recht auf Abtreibung oder stärkere Selbstbestimmung von queeren Menschen. Und die Swifties folgen."

Und weiter: "Erst kürzlich organisierten sich Fans aus Argentinien, um den rechten Präsidentschaftskandidaten Javier Milei zu verhindern. Erfolglos, wie wir heute wissen. Überhaupt sind die politischen Erfolge der Popsängerin und ihrer Fans derzeit noch nicht wirklich sichtbar." Tatsächlich waren wohl auch weniger das künstlerische Schaffen oder der ökonomische Erfolg der Musikerin ausschlaggebend für die Entscheidung von Time. Vielmehr wollte man eher den meta- und kulturpolitischen Einfluß von Swift würdigen. "In einer gespaltenen Welt, in der viele Institutionen scheitern, hat Taylor Swift es geschafft, Grenzen zu überschreiten und eine Quelle des Lichts zu sein", schreibt die Redaktion.

Luzifers Novizin wird Hexenmeisterin

"Quelle des Lichts" - bei dieser Wortwahl sollte man hellhörig werden! Denn wenn im internationalen Showbiz von Licht die Rede ist, dann ist damit nicht jenes Licht gemeint, das uns durch die Adventszeit begleitet, sondern das dunkle Licht von Luzifer - des "Lichtbringers". Diese Metaphorik läßt sich bis zu den Rosenkreuzern und Freimaurern zurückverfolgen - und hat so Eingang in den modernen Okkultismus gefunden, wie wir in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" verdeutlichen.

Aus ihrem Hang zum Okkulten macht die 1989 in Reading, Pennsylvania, geborene Blondine auch gar keinen Hehl: Im Video zu ihrem Song "Willow" (2020) wirbt sie ganz offen für schwarze Magie. In dem Clip sieht man, wie sich Swift im Wald zu einem Hexenorden gesellt, der ein Ritual am Feuer durchführt. Eine ähnliche Szene ist auch auf ihrer "Eras-Tour" zu sehen: mit Swift im wallenden Gewand als tanzende Hexenmeisterin.

Swift galt im internationalen Musikgeschäft lange Zeit als Novizin, doch schon 2009 erlangte sie in einem vor einem Millionenpublikum abgehaltenen Ritual höhere Weihen, wurde in der Pyramide quasi ein paar Grade weiter nach oben katapultiert. Laut dem Investigativjournalisten Nikolas Pravda, Autor verschiedener Beiträge in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" war ihr damaliger Auftritt bei den MTV Video Music Awards "in der Tat eine groß angelegte okkulte Zeremonie mit einer Initiation, einem Gebet und sogar einer Aufnahme in den Orden".

Demnach sei die Sängerin zunächst auf offener Bühne von dem Rapper Kanye West gedemütigt worden, um schließlich von einer berühmten Kollegin in den "Orden" aufgenommen zu werden. Pravda schreibt:

"Nach Swifts öffentlicher Demütigung ruft Beyoncé, die Königin der Zeremonie, sie auf die

Bühne, damit sie 'ihren Moment hat'. Sie erscheint hinter der Bühne (als würde sie auf ihr Stichwort warten) in einem roten Kleid, das Beyoncé auffallend ähnlich ist."

Dessen Farbe verweist ... auf die Figur der Hure Babylon aus der Offenbarung des Johannes, die dort als in Scharlachrot und Purpur gekleidet beschrieben wird. Der britische Okkultist Aleister Crowley erhob die biblische Dirne zur "Liebesgöttin" - und als solche wird sie nun offenbar der Welt vom Insider-Blatt Time präsentiert. Die eingeweihten Adressaten werden dieses Zeichen zu deuten wissen. ...

Wir entschlüsseln die geheimen Zeichen und okkulten Botschaften: In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" werfen wir einen Blick hinter die Fassade der Glitzer- und Glamour-Welt - und enthüllen die diabolischen Abgründe des Showgeschäfts. Verschaffen Sie sich Einblicke, die anderen verborgen bleiben!<<

12.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Dezember 2023:
>> **"Legal, illegal, scheißegal" - Abschied von Trittin**

Von *Jürgen Elsässer*

Der Grünen-Radikalinski Jürgen Trittin hat angekündigt, zum Jahreswechsel sein Bundestagsmandat niederzulegen. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer erinnert sich an seinen früheren politischen Weggefährten. ...

Der Verfassungsschutz behauptet, keine Erkenntnisse über Jürgen Trittin zu haben. Das ist schwer vorstellbar, wie ich aus eigener Erfahrung weiß: Seine Sturm-und-Drang-Jahre waren auch die meinen.

Aufregung um ein Halteseil

Einen größeren Gefallen hätte ihm die Bild-Zeitung nicht tun können. Die Schlagzeile vom 29. Januar 2001 lautete: "Was macht Minister Trittin auf dieser Gewalt-Demo?"

Gezeigt wurde ein Foto aus dem Jahr 1994 in Göttingen, wo neben Trittin zwei Personen laufen, die - so die Beschriftung des Springer-Blattes - mit "Bolzenschneider" und mit "Schlagstock" ausgerüstet waren. Kurz darauf mußte die Zeitung kläglich zurückrudern: Ein größerer Bildausschnitt machte offenkundig, daß der vermeintliche Schlagstock ein Halteseil und der vermeintliche Bolzenschneider nur Teil eines Dachgepäckträgers gewesen war. Damit war der Versuch, den damaligen Umweltminister wegen früherer Verwicklung in politische Gewaltkriminalität vorzuführen, bereits im Ansatz zusammengebrochen, als bössartige Kampagne entlarvt.

Im Unterschied zu Joschka Fischer, der immer wieder gegen die Schatten seiner militanten Vergangenheit kämpfen mußte, war Trittin fein heraus. Und je mehr er sich in der Folge mit seinem Schnauzbart auch mancher verbalen Schnauzigkeit entledigte, je besser sein Styling und je gesetzter sein Auftreten wurden, desto besser eignete er sich als Aushängeschild für die neue Bürgerlichkeit der Grünen.

Trittin und die Autonomen

Hätte die Bild-Zeitung - um Trittin zu schaden oder um ihm zu nutzen? - damals nicht so dilettantisch überdreht, hätte das Foto sehr wohl eine Diskussion auslösen können. Denn keine Fälschung war, daß die Aufnahme den grünen Politiker umringt von Autonomen zeigt, die bis zu den Augenschlitzen schwarz verhüllt waren.

Was aber macht ein Landesminister - Trittin gehörte damals der rot-grünen Regierung in Niedersachsen an - inmitten von Leuten, die sich dem gesetzlichen Vermummungsverbot widersetzen? Ein Aktenvermerk des niedersächsischen Landeskriminalamtes von 1993 gibt Auskunft.

Funktionierende Achse Schröder - Trittin

Im Mai dieses Jahres hatte ein Observationsteam Trittin bei einem Treffen mit Aktivisten der

linksradikalen Göttinger Hardcore-Truppe Antifa M fotografiert. Der Focus schrieb: "Die Top-Kader der linksradikalen Clique - 17 von ihnen wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt - saßen jeden Mittwoch in einem Büro der Grünen und heckten dort oft Randalstrategien aus."

Demnach wollte die Generalstaatsanwaltschaft Celle damals sogar Ermittlungen gegen Trittin wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" einleiten. "Die Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder blockte das geplante Verfahren indes rigoros ab - Trittin war zu der Zeit Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten", berichtete das Magazin weiter. Die Achse Schröder-Trittin funktionierte auch in der Bundesregierung, als die Diskussion im Januar 2001 wieder losging. In einer Fragestunde des Bundestages sagte der zuständige Staatssekretär Fritz-Rudolf Körper (SPD), dem Verfassungsschutz lägen keine Erkenntnisse über Trittins politische Aktivitäten in den 1970er Jahren vor. Ein Staatsschützer amüsierte sich: "Da gibt's doch jede Menge."

Diese Einschätzung kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Denn in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gehörte ich, ebenso wie Trittin, dem Kommunistischen Bund (KB) an. Während ich aber bei der eher unbedeutenden Sympathisanzelle in Freiburg im Breisgau herumwerkelte, lernte Trittin sein politisches Handwerkszeug bei einer der stärksten KB-Ortsgruppen in Göttingen.

Schicksalsjahr 1977: Trittin und die RAF

Das Jahr 1977 stand für eine doppelte Entwicklung: Zum einen intensivierte die RAF ihre Terroranschläge, zum anderen gab es mit der entstehenden Anti-Atom-Bewegung ein Wiederaufleben linker Massenmilitanz. In beiden Punkten sollten der KB und insbesondere seine Göttinger Filiale eine besondere Rolle spielen.

Was das Verhältnis von Trittin zum Terror der RAF angeht, hat Michael Buback einigen Staub aufgewirbelt. Dessen Vater, der Generalbundesanwalt Siegfried Buback, war am Gründonnerstag 1977 samt seinen Begleitern von einem RAF-Kommando auf offener Straße in Karlsruhe erschossen worden. Kurz darauf veröffentlichte die Göttinger Studentenvertretung AStA in ihrer Zeitung den Nachruf eines anonymen Mescalero, der das Attentat zwar ablehnte, jedoch vor allem taktische Gründe dafür anführte und seine "klammheimliche Freude" über den Mord nicht verhehlen wollte.

Der Göttinger AStA wurde damals von einer Spontiliste, aus deren Dunstkreis der anonyme Autor kam, und von einem Bündnis unter Dominanz der KB-Hochschulgruppe gebildet. Trittin gehörte zwar in diesem Jahr noch nicht der Studentenvertretung an, verteidigte aber als guter KB-Genosse die Veröffentlichung des Pamphlets.

Ein Aufeinandertreffen im Zug

Als sich Michael Buback viele Jahre später um die Aufklärung des Mordes an seinem Vater bemühte, stieß er auf einen FAZ-Artikel, in dem Trittin noch als niedersächsischer Minister den Mescalero-Text als "radikal pazifistische Absage an den Terrorismus" gelobt und die klammheimliche Freude des Autors als lediglich "sehr unstaatsmännische Einlassung" verharmlost hatte. Als Buback Ende Januar 2001 per Zufall Trittin im Zug traf, stellte er ihn zur Rede und fragte, ob er sich nicht endlich von dem Text distanzieren wolle. Daraufhin Trittin: Warum sollte ich?"

Und weiter: "Haben Sie ihn zu Ende gelesen?"

Die Konversation schlug Wellen, weil Buback noch am selben Tag in der ARD-Talkshow von Sabine Christiansen davon berichtete. Erst dann schob Trittin eine Distanzierung vom Mescalero-Nachruf nach, nicht ohne Buback gleich darauf bei Maischberger zu bezichtigen, dieser habe die Zug-Konversation im Zusammenspiel mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung öffentlich gemacht. Als ihm Buback daraufhin einen enttäuschten Brief schrieb, zog er auch diese Behauptung zurück - allerdings nicht im Fernsehen, sondern als persönliches Fax.

Dieses geschickte Lavieren - zwei Schritte vor, einer zurück - ist typisch für Trittin. Buback brach daraufhin die Diskussion ab. Er äußerte:

"Zu enttäuscht war ich, und es war mir klargeworden, daß es ein lächerliches Unterfangen ist, wenn ein Normalbürger eine Auseinandersetzung mit einem im politischen Machtgefüge dringend benötigten Bundesminister hat."

Trittin und die Anti-Atom-Gewalt

Einen guten Monat vor dem Mord an Buback fand ein anderes Ereignis statt, bei dem der Göttinger KB eine herausragende Rolle spielte, und das bisher in der Diskussion um Trittin seltsamerweise überhaupt keine Rolle spielte: die Großdemonstration am Gelände des Kernkraftwerkes Grohnde am 19. März 1977, laut Spiegel ein "böses Massaker".

Seit dem Vorjahr hatte sich die im südbadischen Wyhl zunächst friedlich gestartete Anti-Atom-Bewegung Zug um Zug radikalisiert. Ende Oktober 1976 war es zu einer ersten Schlacht mit der Polizei in Brokdorf an der Unterelbe gekommen. Im nahegelegenen Hamburg, der Hochburg des KB, nahm das Politbüro ("Leitendes Gremium") einen jähen Linienwechsel vor: Aus einer Organisation, die zuvor vor allem Betriebsagitation gemacht hatte, wurde über Nacht eine ökokommunistische Kampftruppe. In allen Ortsgruppen zwischen Flensburg und Freiburg mußten wir Anti-Atom-Bürgerinitiativen infiltrieren oder selbst solche aufbauen.

Schon bei der zweiten Brokdorf-Großdemonstration am 19. Februar 1977 zog der KB die Fäden. Vier Wochen später wurde in Grohnde der Übergang zur Offensive geprobt.

Die große Schlacht des KB

Die 20.000 Atomkraftgegner, die sich auf dem Weg zum Bauplatz machten, wurden verstärkt von einigen sehr disziplinierten Hundertschaften des KB. Der Spiegel berichtet:

"Uniformiert mit gelbem Ölzeug, das Kennzeichen ihrer Einheit auf dem Rücken ("Bi 5", "H 1"), Plastik- oder Stahlhelm auf dem Kopf, Gasmasken, zumindest Taucher- oder Schwimmbrille vor dem Gesicht, Schutzschilde aus Holz, Plastik oder Mülltonnendeckel in der einen, Knüppel, Spitzhacken, Beutel mit Steinen oder nur ein Walkie-Talkie in der anderen Hand, rückten sie gegen das Objekt vor."

Während die Autonomen sich ansonsten mit der Polizei individuelle Scharmützel geliefert hatten, ging der KB organisiert vor: Die Demonstration machte an der Polizeisperre diszipliniert halt und forderte dann - in Umkehrung der üblichen Prozedur - die Beamten zur Räumung auf. Als diese der dritten Aufforderung nicht folgten, rückten die kampferprobtesten KB-Einheiten vor und knüppelten die Uniformträger in die Flucht, der Weg zum Baugelände war frei. Der damalige niedersächsische CDU-Innenminister Rötger Groß war geschockt: "Ein Ereignis von solcher Brutalität war in der Bundesrepublik bisher nicht bekannt."

Selbst in der linken Szene stieß die bürgerkriegsähnliche Militanz anschließend auf Kritik, von den Bürgerinitiativen ganz zu schweigen. Im KB jedoch wurde die Aktion groß gefeiert - und es war allen klar, wem der Ruhm gebührte: der Göttinger Ortsgruppe. Von dort aus waren die Vorbereitungen im 90 Kilometer entfernten Grohnde koordiniert worden. Es ist schwer vorstellbar, daß Jürgen Trittin an diesem Krawall nicht beteiligt war.

Der KB war zum damaligen Zeitpunkt eine straffe Kaderorganisation, und der 19. März 1977 war ein Mobilisierungsschwerpunkt, dem alles untergeordnet wurde. Man könnte sagen, das sei Schnee von gestern. Schließlich war ich selbst auch an militanten Demonstrationen beteiligt (wenn auch nicht in Grohnde), und bin trotzdem später klüger geworden - warum also Trittin nicht ebenso? Aber im Unterschied zu den meisten Damaligen hat Trittin ganz offensichtlich sein Verhältnis zur Gewalt nicht geklärt - sonst hätte er nicht 1994 mit dem Schwarzen Block demonstriert, sonst hätte er 2001 Michael Buback nicht so verstört.

Und daß er als Mitglied der Schröder-Fischer-Regierung 1999 den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien unterstützte - obwohl er noch weniger als ein Jahr zuvor mit mir zusammen

auf einer antimilitaristischen Kundgebung gesprochen hatte -, zeugt ebenso von einem rein taktischen Verhältnis zu Recht und Gesetz. So wie die NATO 1999 das Gewaltmonopol der UNO mißachtete und ohne einen Beschluß des Sicherheitsrates drauflos bombte, so ignorierten die Demonstranten in Grohnde und anderswo 1977 das Gewaltmonopol des Staates und prügeln die Polizei beiseite. In beiden Fällen galt die Parole "legal, illegal, scheißegal".<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Wertloser "Ökostrom" kostet Steuerzahler jährlich fast 11 Milliarden Euro: Energiewende stoppen!

Für den früheren grünen Umweltminister Jürgen Trittin war die Sache klar: Die Energiewende würde pro Haushalt monatlich "eine Kugel Eis" kosten, behauptete Trittin in einer Pressemitteilung. Doch aktuelle Zahlen zeigen den krassen Unterschied zwischen grüner Traumtänzerie und Realität: Laut einem Gutachten der Übertragungsnetzbetreiber werden im Jahr 2024 rund 10,6 Milliarden Euro fällig, um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) umzusetzen. Der absurde Hintergrund: Netzbetreiber müssen den Produzenten von sogenannten "Erneuerbaren Energien" Strom zu einem festen Preis abkaufen (Einspeisevergütung) - selbst wenn der Strom zu diesem Zeitpunkt wenig oder nichts wert ist.

In der Vergangenheit kam es immer öfters vor, daß so viel Strom aus Wind und Sonne im Netz war, daß der Strom mit 0 Euro oder gar mit negativen Preisen gehandelt wurde. Im übertragenen Sinne könnte man also sagen: Deutschland wird nicht nur ausverkauft, sondern es wird sogar zu einem negativen Preis verscherbelt. Teilt man die 10,6 Milliarden durch die rund 34,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, dann ergibt sich eine Summe von rund 308 Euro pro Jahr - für nichts und wieder nichts.

Die ganze Sinnlosigkeit des Milliardengrabs "Energiewende" wird damit immer offenkundiger - Experten, die von Anfang an vor diesem Ideologie-Projekt gewarnt haben, wurden diffamiert und verhöhnt. Wir werden diesen Wahnsinn schnellstmöglich beenden und uns an einer Erkenntnis orientieren, die auf der ganzen Welt - abgesehen von Deutschland - längst verstanden wurde: Kernenergie und fossile Energien sind auf absehbare Zeit unverzichtbarer Bestandteil einer soliden und bezahlbaren Energieversorgung!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Dezember 2023: >>Wokes Sprechen: Der neue "Vielfalts-Duden"

Von *Karel Meissner*

Der Duden-Verlag hat das "Vielfalts-Wörterbuch" herausgebracht: Eine Nachhilfe für alle Woken, die mit brandneuen Modewörtern um sich werfen möchten. ...

Davon träumen kleine Mitläufer: Ganz oben auf der politischen Modewelle zu surfen. Trendsetter zu sein. Die Nase vorn haben, mit brandneuem Wokeness-Vokabular zu jonglieren. Für diese Möchtegerns - ob Mainstream-Journalisten, Assistenten linksgrüner Politiker oder Party-Debattierer - hält der Duden-Verlag jetzt ein Top-Angebot bereit: Es trägt den bescheidenen Titel "Vielfalt - Das andere Wörterbuch."

Das Meisterwerk verspricht "100 Wörter - 100 Menschen - 100 Beiträge" - also einen soliden Start ins Reich der neuen Allgemeinbildung. Schließlich weiß der Verlag: Auf die Sprache kommt es an. Den Rest kann man vernachlässigen. O-Ton Werbetext:

"Diversität spiegelt sich inzwischen auch sprachlich in einer großen Anzahl an Begriffen wider. Aber welche davon werden im Diskurs und in den Medien wirklich verwendet, wenn es um das Thema Diversity geht?"

Das ist wichtig zu wissen. Hier lauern politisch korrekte Tretminen: "Kann man noch 'Behinderte' sagen oder ist nur noch 'Menschen mit Behinderungen' angemessen? Was wünschen sich die Betroffenen?"

Was die Betroffenen wünschen? Meistens wollen die, daß sich ihre Umstände, ihre Situation real verbessert - und nicht dessen Benennung. Die aktuelle Sprachpolitik geht den gegenteili-

gen Weg: Gentrifizierungs-Hipster verpassen den sozial Schwachen tolle Namen und schon ist ihr Gewissen sauber. Weiter O-Ton Duden-Werbung:

"Wie steht es um 'woke', das auf soziale Ungerechtigkeit und Rassismus hinweist, in rechten Kreisen aber fälschlich synonym für links steht? Und welche Begriffe sollten Sie als Fachleute oder Laien wirklich kennen? Dazu gehören 'Ableismus', 'TERF' und auch 'Klassismus'. Welche Diversity-Begriffe müßten hingegen eigentlich längst bekannt sein, sind es aber noch nicht? Dazu gehören 'queer', 'marginalisiert', 'Misogynie' und 'Inklusion'."

Gestehen Sie's ruhig ein, liebe Leser: Was "Ableismus", "TERF" und auch "Klassismus" heißen, das haben Sie nicht gewußt! Ganz kurz: "Ableismus" sind Vorurteile gegen Behinderte, "TERF" steht für Trans-Exclusionary Radical Feminism ("Trans-ausschließender Radikalfeminismus), so wie Alice Schwarzer ihn betreibt: Die Gender-Bewegung gilt als Gefahr für die Gleichberechtigung. Und schließlich "Klassismus": Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft. - Sie sehen, es gibt noch viel zu lernen.

Und jetzt der Oberhammer: Die vom Verlag exklusiv ausgewählten Autoren: "Die Dudenredaktion läßt 100 namhafte Fachleute, die häufig auch einen persönlichen und/oder beruflichen Bezug zum Thema haben, 100 Wörter erklären. Es schreiben u.a. Ferda Ataman, Raúl Krauthausen, Natascha Strobl, Marina Weisband und Christian Stöcker."

Mit anderen Worten: Sämtliche Woko Haram-Terroristen, deren Moralin-Attentaten selbst Gutwillige in die Klapse treiben. Und das alles für schlappe 28 Euro. Nur eine Frage der Zeit, bis Schulen es zur Pflichtlektüre erklären.

Im Namen westlicher "Werte" wird die Sprache korrumpiert, unterstützt man Kriege und schafft die Demokratie ab: Eberhard Straub: "Zur Tyrannei der Werte"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Dezember 2023: >>**Migranten-Tricks gegen Abschiebung: "Sterbender Schwan", Zimmer wechseln, sich einnässen ...**

Obwohl sich aktuell rund 250.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland aufhalten, wurden im ersten Halbjahr 2023 nicht einmal 8.000 Sozialmigranten außer Landes gebracht. Viele "Schüblinge" (Amtsdeutsch) versuchen mit allen Mitteln, die Abschiebung in letzter Minute zu verhindern, berichtete ein Hauptkommissar der "Bild am Sonntag".

Methode 1: Die Betroffenen verstecken sich am Rückführungstag in anderen Zimmern. Problem: Um das Zimmer der Abzuschiebenden betreten zu können, benötigen die Beamten einen richterlichen Beschluß. Dieser gilt jedoch immer nur für eine bestimmte Räumlichkeit der Unterkunft.

Methode 2: Plötzliche gesundheitliche Probleme. Ein beliebter Trick ist der "sterbende Schwan" (Polizei-Jargon). Abschiebekandidaten täuschen eine Ohnmacht vor. Wenn der Arzt nicht vor Ort klären kann, was wirklich hinter der angeblichen Ohnmacht steckt, muß die gesamte Abschiebung für die betroffene Person und gegebenenfalls für die ganze Familie abgebrochen werden.

Methode 3: Wenn es den Beamten gelingt, die Betroffenen an den Flughafen zu bringen, wird es den Schilderungen zufolge oft richtig schlimm. Demnach gibt es Abschiebekandidaten, die sich absichtlich einnässen, einkoten oder sich gar auf die Zunge beißen, um den Flug in letzter Sekunde noch zu behindern.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27652" berichtet am 12. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Windräder - Gesundheitsrisiko im grünen Deckmantel**

Studien belegen: Windkraftanlagen schaden der Gesundheit. Doch warum schweigen die Behörden dazu und setzen ungebremst den Ausbau ganzer Windparks fort? Daß die Bundesregierung den Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebieten nun aufgehoben hat und sich nicht mit den Gefahren dieser Technik auseinandersetzt, sollte zu denken geben.

Im August 2023 beschloß der Landtag in Nordrhein-Westfalen, den Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebieten aufzuheben. Mit dieser Maßnahme soll der Ausbau der Grünen

Energie vorangetrieben werden.

Anwohner von Windkraftanlagen berichten jedoch seit Jahren über Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Herzprobleme, Ängste und Depressionen. Sogar Klagen gegen die Betreiber der Anlagen wurden eingereicht.

Tatsächlich vertraten aber bis 2014 sowohl Windenergieindustrie als auch deutsche Behörden den Standpunkt, daß der Infraschall der Windräder ungefährlich sei.

Dabei hat schon der australische Akustik-Ingenieur und Wissenschaftler Steven Cooper die Gesundheitsgefährdung durch Windräder im Jahr 2014 bewiesen, indem er Probanden windradgeneriertem Infraschall aussetzte.

Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Druckgefühle im Kopf, im Ohr oder in der Brust, Tinnitus und Herzrasen tauchten parallel zum Einschalten der Windräder auf.

Auch die Meteorologin Dr. Eva Wanka bewies 2005 in ihrer Studie, daß Infraschall zu einer Steigerung von schweren Depressionen bis hin zum Suizid führt. Am Beispiel von 1,8 Mio. Probanden in München und Umgebung zeigte sie auf, daß Infraschall zu einer Verdreifachung der Rettungseinsätze führte, die durch schwere Depressionen, Suizidversuche und Suizid ausgelöst wurden.

Obwohl weitere Studien existieren und Wissenschaftler auf die nähere Erforschung der Gesundheitsrisiken durch Windräder drängen, werden sämtliche Ergebnisse ignoriert und – wie jetzt in NRW – die Mindestabstände zu Wohngebieten sogar aufgehoben.

Die Situation geht so weit, daß Förderungen für Forschungsanträge zu diesem Thema abgelehnt werden. Es ist nicht überraschend, daß gerade Länder, die zu den größten Windparkbetreibern weltweit gehören, wenig Ehrgeiz in die Erforschung der damit verbundenen Gesundheitsrisiken zeigen. Bis zum Jahr 2019 steuerte China eine einzige Studie bei und in Deutschland waren es zwei, obwohl Deutschland die dritthöchste Windenergie-Erzeugungskapazität der Welt besitzt.

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, sagte dazu in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung:

"Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um."

Aber wenn man sich die Sachlage anschaut, geht es dann nicht um weit mehr als um reine Profitgier?

Die Vehemenz, mit der die Klimapolitik vorangetrieben wird, erinnert schon sehr an Coronazeiten. Denn auch bei der sogenannten "Grünen Energie" ist die Forschungslage dünn, wichtige Fakten fehlen oder werden gar ignoriert. Dennoch werden zweifelhafte Maßnahmen verordnet und das alles ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. Offensichtlich wird auch in der Klimapolitik eine Agenda umgesetzt, in der es nicht ausschließlich um wirtschaftliche Interessen geht, geschweige denn daß das Wohl der Menschen im Mittelpunkt steht.<<

Dubai: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Dezember 2023: >>Klimagipfel in Dubai: Großer Abgang auf den Westen

Mit seiner Meinung, daß man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern, brachte Gastgeber Sultan Ahmed Al Jaber einen neuen Blickwinkel in die Klimapolitik. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

_von Frank Hennig

Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion mit einer Überwertung der "Erneuerbaren" geht dem Ende zu. Zwei Wochen dauerte das jährliche Klima-Großmanöver diesmal in Dubai mit einer Rekordbeteiligung von 70.000 (über 95.000 nach Teilnehmer, wie der örtliche PR vermeldet) Teilnehmern aus 200 Ländern. Deutsche Medien gaben der Bevöl-

kerung die volle Dröhnung Klimakonferenz-Berichterstattung - ein aus Halbwahrheiten, allein für gültig erklärten Wahrheiten und Ideologie bestehendem Framing.

Es begann in Rio und Berlin

Die Geschichte der Klimakonferenzen (COP - "Conference of the Parties", das sind die Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention) reicht bis ins Jahr 1992 zurück, bis zur "Konferenz der UN über Umwelt und Entwicklung", einem Vorläufer der COP. Damals trafen sich bescheidene 10.000 Teilnehmer in Rio de Janeiro. Seit 1995 gibt es die jährliche Veranstaltung, begonnen mit COP 1 in Berlin. Seitdem erfreut sich die Veranstaltung steigender Beliebtheit, wie man an den Teilnehmerzahlen sieht.

Gestiegen sind gleichermaßen die globalen CO₂-Emissionen, die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und die globale Durchschnittstemperatur, auch wenn letztere wenig Sinn macht, ähnlich einer durchschnittlichen Telefonnummer. Die Emissionen stiegen in diesem Zeitraum von 23 auf 36 Milliarden Tonnen jährlich, die CO₂-Konzentration von 350 auf 420 parts per million (ppm) und die Temperatur um 0,5 Grad, korrekt ausgedrückt: Kelvin, denn es handelt sich um eine Temperaturdifferenz.

Die Messe des Klima-Lobbyismus

Haben die vielen Großveranstaltungen also nichts gebracht oder Schlimmeres verhindert? Keiner weiß es. Und wie sinnvoll sind Beratungen in Präsenz von 70.000 (aktueller Stand > 95.000) Leuten, wie soll das moderiert werden? Aber, so erklärt uns ein öffentlich-rechtlicher Journalist im Deutschlandfunk, es ist ja nicht nur Konferenz und Beratung, sondern auch Messe. Das leuchtet ein, sehen und gesehen werden, Netzwerken und Vorteile suchen ist angesagt, denn ein großer Teil der Versammelten lebt gut vom Kampf gegen den Klimawandel. Der besteht vor allem im Kampf um zu verteilendes Geld und mehr Macht.

Klimaforscher Rahmstorf formulierte seinerzeit den Satz, "wir" hätten die Kontrolle über das Klima verloren. Das macht ratlos. Wann jemals hatten Menschen die Kontrolle über das Klima, also primär über das Wetter? Vermutlich war diese Bemerkung Ausdruck seines Traums, es jemals zu können. Alle Macht den Klimaforschern vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Man kann die "Messe" aber auch als religiöse Sicht interpretieren. Hier treffen sich Gläubige, die sich in ihrem Glauben bestärken und Zweifel nicht zulassen. Es gilt, Schuld zuzuschreiben an die Alte Welt, die in ihrer Geschichte schon (zu) viel emittiert habe. Mit der Regelmäßigkeit der Schläge einer Kirchturmglocke wird vor jeder COP die Dringlichkeit betont. Wenn diesmal nicht der Durchbruch gelänge, seien wir unrettbar verloren, dann komme das große Glühen und so weiter.

Seit Jahren Fünf Minuten vor Zwölf

Ständig ist es Fünf vor Zwölf, die Uhr muß irgendwie stehengeblieben sein. Aktuell spricht das Wetter in Europa gegen die Erhitzung, aber es wird für Erklärungen gesorgt: Der Schnee ist wärmer als früher, es ist kälter, weil es wärmer wird, und es ist der wärmste Kälteeinbruch seit 125.000 Jahren - oder so ähnlich.

Einige Konferenzen bleiben in Erinnerung, etwa COP 24 in Katowice. Nicht nur eine Bergmannskapelle verunsicherte die damals nur 20.000 versammelten Emissions-Veganer, es wurde auch ein Stern geboren. Eine kindliche Aktivistin aus Schweden wurde zum Star, eher weniger auf der Konferenz, wo nur wenige ihrer Rede lauschten. Aus deutschen und westlichen Medien schlug ihr die pure Bewunderung entgegen. Es hieß von Seiten ihrer promotenden Mutter, sie könne CO₂ mit bloßem Auge sehen. Sehen kann sie allerdings nicht den Terror der Hamas. "I want you panic", sagte sie später vor der UN-Vollversammlung. Dafür sorgen eher die von ihr offenbar tolerierten Islamisten.

Viel Beachtung fand COP 21 in Paris 2015, wo erstmals verbindlich "Klimaziele" (gemeint sind Emissionsziele) für die einzelnen Länder vereinbart wurden. Es entstand ein 2- bezie-

ungsweise 1,5-Grad-Ziel, was den Einsatz fossiler Brennstoffe nur bis 2040 zulassen würde. Heute fordert selbst Mojib Latif (der seinerzeit das Ausbleiben des Schnees in Mitteleuropa vorhersagte) eine Abkehr vom 1,5-Grad Ziel, da es unrealistisch sei. Aber gerade dieses war der propagandistische Anker für die deutschen regierungsbegleitenden Medien und für die Verfehlung dieses Ziels wurde die Apokalypse versprochen. Deutschland müsse die 1,5-Grad-Marke erfüllen, um jeden Preis, gerade so, als stünde dies im Pariser Vertrag und es hänge nur an uns, ob dieses globale Ziel erreicht wird.

Völlige Abwesenheit ökonomischen Denkens

Nun sagen selbst prominente Klimawissenschaftler und auch der neue Chef des IPCC, Jim Skea, mehr als 1,5 Grad Erwärmung würden nicht den Weltuntergang bedeuten, wenn man sich darauf einstellt. Das macht die schöne deutsche Medienarbeit mit drohenden Kippunkten und Untergangsvisionen kaputt. Galt doch auch der Hinweis als unumstößlich, wir würden bei Nichterreichen gegen einen völkerrechtlich bindenden Vertrag verstoßen. Der Pariser Vertrag, der erstmals sogenannte Budgets festlegte und für die EU-Staaten keine länderspezifischen Werte vorgab, sondern ein EU-Ziel, enthält eine Ansammlung von Selbstverpflichtungen, aber keine Sanktionsmechanismen.

Viele Entwicklungsländer betonten, daß sie gewillt seien, Emissionen zu senken - soweit es nicht der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehe. Das unterscheidet uns von ihnen, wir wollen Emissionen senken, koste es, was es wolle. Deutsche Klimapolitik zeichnet sich durch die völlige Abwesenheit einer Klimaökonomie aus, einer Beachtung von CO₂-Vermeidungskosten und jeglichen Monitorings.

Was wurde mit den bisherigen mehreren hundert Milliarden Euro Energiewendegeld erreicht? Wir haben die höchsten Strompreise und sind Vizeeuropameister hinsichtlich der spezifischen Emissionen bei der Stromerzeugung. Erfolgreich waren wir also nicht, "Vorreiter" sowieso nicht.

Wüste, Sand und Öl

Schon im Vorfeld von COP 28 in Dubai wurde medial der Boden bereitet. Viele Medien verkündigten den Bau der weltweit größten PV-Anlage in Dubai. Die Information, daß im Februar der dritte Block des Kernkraftwerks Barakah in den Emiraten seinen kommerziellen Betrieb aufnahm, blieb hingegen in der Firewall (Brandmauer) des ehemaligen deutschen Qualitätsjournalismus hängen. Kritisiert wurde präventiv, daß mit Ahmed al-Jaber der Chef eines Ölkonzerns den Vorsitz der Konferenz innehatte, was im Verlauf der Veranstaltung tatsächlich einen neuen Drive gab.

Zunächst organisierte man gute Stimmung, indem die Emirate und Deutschland jeweils 100 Millionen Dollar in einen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden einzahlten und damit "andere Länder unter Druck setzten", wie es hieß. Das ist wohl auch ein Grund, warum für den "klimabedingten" Schaden im Ahrtal wenig Geld verfügbar war. Auch eine Staatshaushaltskrise verhindert offensichtlich nicht, international Geld zu verschenken. Bereits in Kato-wice 2018 hatte die Bundesregierung präventiv Geld in den Ring geworfen.

EU-Länder, die über billigen Atomstrom verfügen, sind die Gewinner der derzeitigen Energiekrise.

Im Vorfeld starteten 22 Staaten, davon 13 aus Europa, eine Initiative zur Verdreifachung der Kernkraft-Kapazitäten bis 2050 an. Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) Rafael Mariano Grossi und Belgiens Premier Alexander De Croo laden für den März 2024 zum ersten "Welt-Nuklear-Gipfel" nach Brüssel ein. Deutschland sitzt dabei nicht mal am Katzentisch. Die hiesige Berichterstattung vermeidet die Erwähnung der Kernenergie, da vom Kanzler zum toten Pferd erklärt. Nun stellt sich in Dubai heraus, daß der Gaul ganz schön trabt, nur nicht bei uns. Das sorgt international für Verwunderung mit Trend zur Belustigung.

Svenja Schulze im Wahn

Nachdem die Meldung durch war, fand das Thema Kernenergie in den deutschen Medien in bewährter Weise nicht mehr statt. Auch über unsere Stromimporte, die zu einem erheblichen Teil französischer Kernkraft entstammen, wird nicht berichtet. Vielleicht kann auch niemand hinreichend überzeugend erklären, warum deutscher Atomstrom die Netze verstopfte, französischer das hingegen nicht tut.

Der Gastgeber der Konferenz Sultan Ahmed Al Jaber brachte insofern einen neuen Blick in die Klimapolitik, indem er ausführte, daß man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern. Das löste Empörung unter deutschen Politikern wie Medienschaffenden aus, denn damit ist das Mantra "Wir brauchen mehr Erneuerbare" als indoktrinierte einzige Lösung nicht mehr haltbar. Entwicklungshilfe-Ministerin Schulze (SPD) sprach vom "letzten Aufbäumen der fossilen Industrie". Sie ignoriert, daß immer noch 80 Prozent des globalen Primärenergieaufkommens aus fossilen Quellen stammen (Wind und Sonne: 2,5 Prozent).

Anstelle jede Möglichkeit der Emissionssenkung zu begrüßen, kämpft die Bundesregierung gegen andere auch vom IPCC empfohlene Maßnahmen an, hier die CCS/CCU-Technologie (Abscheidung und Speicherung bzw. Abscheidung und Nutzung von CO₂).

Es geht nicht ums Klima

Damit ist die Maske gefallen. Der Hintergrund deutscher Klimapolitik ist das Ziel, den Ausbau der "Erneuerbaren" zu maximieren und die Wünsche des klimaindustriellen Komplexes umzusetzen. Nicht der Klimawandel soll bekämpft werden, sondern der "Klimaschutz" dient als Vorwand, alle anderen Technologien neben den "Erneuerbaren" zu verhindern oder zu beschränken, damit Branche und Lobby der Wind- und Sonnenprofiteure zufrieden gestellt werden.

Da eine Versorgungssicherheit damit nicht hergestellt werden kann, wird Verzicht vermittelt. Deutsches Schrumpfen als Vorbild für den Klimaschutz wird international aber nicht goutiert. Dabei hätten wir in der Tradition deutscher Ingenieurskunst Möglichkeiten gehabt, durch Technologieexport zur Verringerung globaler Emissionen beizutragen.

Deutsche Kerntechnik war in den 80er Jahren weltweit führend. Deutsche Kohletechnologie mit 700-Grad-Auslegung, Trockenbraunkohle, Plasma-Zündbrennern, magnetgelagerten Großaggregaten und CO₂-Abscheidung, dies alles hätte exportiert werden können und uns international eine Spitzenstellung gebracht. Es wurde politisch verhindert, abgewürgt und unterbunden. Wind- und PV-Anlagen werden wir hingegen kaum exportieren, das können andere preiswerter.

Feministische Klimawelt-Innenpolitik

Noch während der Konferenz beschloß Deutschland eine Klimaaußenpolitik. Die Bekämpfung der Klimakrise sei eine "zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts" heißt es dort. Immerhin findet sich im Dokument die Formulierung vom Ausstieg aus "den fossilen Energien ohne CO₂-Abscheidung", was auf eine Annäherung an den Kurs des Scheichs hindeuten könnte.

Die "Klimaaußenpolitik" ist die Fortsetzung deutschen Größenwahns mit anderen Mitteln. Andere Länder haben Außenministerien, um ihre Interessen in der Welt zu vertreten. Nicht so Deutschland, wo man Außenpolitik als "Weltinnenpolitik" versteht und vor allem feministisch ganze Menschheitsaufgaben lösen will. Vielleicht sollte man zunächst an die deutschen Geiseln in der Hand der Hamas denken und jegliche umstrittenen Zahlungen in den Gaza-Streifen von ihrer Freilassung abhängig machen. Besser wäre, an alle Geiseln zu denken.

Im Mittelpunkt sollte stehen, Beiträge zum Frieden zu leisten, anstelle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu veranstalten, die wie in Afghanistan und Mali als Flop enden. Deutschland will die globale Energiewende beschleunigen, liefert aber selbst das beste Beispiel, wie man

es nicht machen sollte. Der Klimawandel wird zum gefährlichsten Problem stilisiert, dabei wäre er unser geringstes Problem, wenn der Krieg um die Ukraine eskaliert und wir reingezogen werden.

Ära der Klimapanik endet

Spätestens zu COP 29 wird es wieder 5 vor 12 sein. Aus dem Pariser Vertrag ging die Aufgabe an die Unterzeichnerländer, ihre Zahlen zu konkretisieren und innerhalb eines Jahres nachzureichen. Das tat nur ein kleiner Teil von ihnen. Auch bis zum nächsten Gipfel werden die Emissionen, der CO₂-Gehalt der Luft und vermutlich auch die Temperatur steigen. So lange die Weltbevölkerung wächst, werden auch die Emissionen steigen. Man kann von niemandem verlangen, in Armut zu verbleiben oder steigenden Wohlstand abzulehnen. Außer von den Deutschen, denn wir sind ein reiches Land und können das Niveau senken - sagt man.

Mit der offensiven Behandlung der Kernkraft und der CCS-Technologie gibt es doch eine entscheidende Neuigkeit von COP 28. Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion bezüglich der Überwertung der "Erneuerbaren" in Einklang mit eindimensionaler Klimapanik geht zu Ende.

COP 28 kann der Kipppunkt der globalen Klimapolitik sein. Der globale Südosten setzt mit zunehmendem Gewicht andere Prioritäten. Man weiß auch, die Rolle deutscher Moralischer einzuschätzen. Die Generaldirektorin der WHO formulierte schon vor einiger Zeit:

"Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen. Sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag."

Dennoch wird Deutschland als Geldquelle gebraucht. Neben der Vermeidung von Emissionen sollte künftig die Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund stehen. Auch vegane Lastenradfahrende werden den Klimawandel nicht aufhalten. Dabei bietet sich Zusammenarbeit an, je nach Leistungsfähigkeit der Staaten. Vorschlag: Die Holländer erhöhen die Deiche, die Deutschen senken den Meeresspiegel ab. Wir schaffen das. Dann wird vermutlich COP 52 ein voller Erfolg.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu<<

13.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Dezember 2023:

>>Asozial: Ampel haut die CO₂-Steuer hoch

Von *Sven Reuth*

Bibbern und Frieren im Pleite-Staat: Die Ampel löst ihre Haushaltskrise auf dem Rücken der Bürger. Benzin und Heizen werden wegen der außerplanmäßigen Erhöhung der CO₂-Steuer teurer. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO₂" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

Selbst die aktuelle Haushaltskrise wird zum rigiden Ausbau der Öko-Diktatur genutzt. Wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) heute gemeinsam mit Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck verkündete, wird das milliardenschwere Haushaltsloch über eine außerplanmäßige Erhöhung des CO₂-Steuer gestopft. Tanken und Heizen werden damit schon zum Jahreswechsel teurer. Die CO₂-Steuer steigt zum 1. Januar 2024 nicht wie bisher geplant auf 40 Euro pro Tonne - sondern auf 45 Euro. 2025 steht dann gleich die nächste kräftige Erhöhung auf 55 Euro an.

Politik gegen die Einkommensschwachen

Damit richtet sich die heute von Kanzler Scholz verkündete Lösung der Haushaltskrise wieder einmal gegen Wählerschichten, die früher einmal das Kernklientel der SPD bildeten, nämlich abhängig Beschäftigte, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, oder Mieter, die nicht so ohne weiteres ihre Stromkosten senken können.

Das alles interessiert die heutige SPD-Führung bekanntermaßen nicht einmal mehr die Bohne, diese hat sich nämlich schon längst dem ökokommunistischen Kurs der Grünen unterworfen. Gleiches gilt für die FDP unter Christian Lindner, die ihren Wählern eigentlich versprochen hatte, daß sie keinerlei Steuererhöhungen mittragen werde.

Die SPD scheint regelrecht stolz darauf zu sein, daß ihre Politik zur Verarmung des Volkes führt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese erklärte stolz in der Sendung Welt Talk:

"Das wird definitiv zu Auswirkungen an den Tankstellen führen."

Das "Klimageld", mit dem die geschröpften Bürger laut Aussagen von Grünen- und SPD-Politikern ursprünglich eine Kompensation erhalten sollten, läßt natürlich bis heute auf sich warten. Eine dreiste Wahlkampfplüge mehr, was sich die Wähler hoffentlich merken werden. Auch ein Klimageld ändert aber am bestehenden Grundproblem einer Besteuerung des privaten Ausstoßes von Kohlendioxid nichts, nämlich der sozialen Ungerechtigkeit, die die Einführung und permanente massive Erhöhung einer derartigen Abgabe mit sich bringt.

Frieren und Bibbern im Links-Staat

So sind Arbeitnehmer, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, die großen Verlierer der permanent erhöhten CO2-Steuer. Schlecht sieht es auch für Mieter aus, die in Häusern mit einer Ölheizung wohnen - und es sind eben nicht gerade die Betuchten, die in den älteren Häusern wohnen. Glück haben diejenigen, die sich eine Abmeldung ihres PKWs leisten können und in Häusern mit Wärmepumpen leben, was aber nur für eine kleine Minderheit gilt.

Wieder einmal nimmt die SPD-geführte Bundesregierung die einkommensschwächeren Schichten ins Visier, die jetzt schon einen großen Teil ihres Einkommens für Mobilität und das Heizen ausgeben müssen. Die Phantasie der etablierten Politiker bei der Ausgestaltung der kommenden Ökodiktatur scheint geradezu grenzenlos zu sein. Klar ist derzeit vor allem eines: Es wird mit voller Wucht auf die kleinen Leute eingepreßelt werden, die jetzt schon Probleme dabei haben, jeden Monat über die Runden zu kommen.

Plastik- und Kerosinsteuer

Weiter will die Ampel eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge sowie eine Plastiksteuer erheben. Die Kerosinsteuer dürfte - was die CO2-Bilanz betrifft - wirkungslos verpuffen, da der gesamte europäische Flugverkehr ohnehin schon dem Emissionshandel unterliegt. Es läßt natürlich tief blicken, daß die Ampel-Versager nicht einmal auf die Idee gekommen sind, Einsparungen am Bürgergeld, das in Wahrheit ein leistungsloses Migranten-Grundeinkommen ist, vorzunehmen. Die Deutschen sollten sich schnellstmöglich die Italiener zum Vorbild nehmen, die Anfang der 90er Jahre die etablierten Parteien komplett abgewählt haben.

Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Ampel "einigt" sich auf mehr Steuern und Verarmung - Neuwahlen jetzt!

Noch höhere Benzinpreise, noch höhere Heizpreise, noch mehr Besteuerung durch die Einführung einer "Plastik-Steuer": Das sind die armseligen und schändlichen Ergebnisse der Ampel-Haushaltsverhandlungen, die von regierungsnahen Medien als "Durchbruch" und "Einigung" gefeiert werden. Was hier zynisch als "Einigung" verkauft wird, ist eine Einigung auf die Verarmung der Deutschen im Namen der Klima- und Migrations-Ideologie.

Anstatt den Haushalt durch massenhafte Abschiebungen zu sanieren, wird die CO2-Abgabe noch stärker erhöht - von 35 Euro pro Tonne auf 45 Euro (2024) beziehungsweise 55 Euro (2025). Daß dieser rot-grüne Transformations- und Besteuerungswahnsinn dann auch noch

von der angeblich "liberalen" FDP abgenickt wird, ist eine totale Kapitulation und Bankrotterklärung der rückgratlosen Lindner-FDP.

Von der SPD mit ihrem Totalausfall Scholz und den grünen Ideologen, die sich für Deutschland schämen, hat man ohnehin nichts anderes erwartet. Es reicht: Wir brauchen Neuwahlen, damit eine AfD-Regierung den Trümmerhaufen aufräumen kann. Wir werden den Rotstift an der Massenmigration ansetzen, nicht am eigenen Volk!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>**Statistisches Bundesamt: Dramatische Übersterblichkeit setzt sich auch 2023 fort**

Am Dienstag hat das Statistische Bundesamt eine neue Statistik zu Todesfällen in Deutschland veröffentlicht. Die Daten zeigen, daß auch 2023 eine Übersterblichkeit zu beobachten ist.

Larissa Fußer

Die außergewöhnlich hohe Sterblichkeit in der deutschen Bevölkerung setzt sich auch in aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes fort. Wie aus einer Pressemitteilung der Behörde von Dienstag hervorgeht, liegen die Sterbezahlen im November 2023 12 Prozent über den Zahlen aus dem Vorpandemiejahr 2019. Insgesamt sind im November 88 017 Personen verstorben. Nach Januar und März, in denen jeweils über 95 000 Menschen starben, steht der November damit an dritter Stelle der Monate mit den häufigsten Todeszahlen in 2023.

Auf den Monat bezogen starben im November zwar weniger Personen als 2022 und 2021, jedoch mehr als in den Jahren 2019 und 2020. Die Differenz zum relativen Mittelwert der Sterbezahlen aus den Jahren 2019-2022 für den November beträgt 508, das heißt, es sind im November 508 Personen mehr gestorben, als im Schnitt in den letzten Jahren in diesem Monat.

Interessant ist, daß die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes suggeriert, daß die Sterbezahlen keinen Grund zur Sorge darstellen. Schon im Titel hält die Behörde fest: "Sterbefallzahlen im November 2023 mit +1 % im Bereich des mittleren Wertes der Vorjahre". Daß dies jedoch kein Grund zur Entwarnung ist, liegt auf der Hand. Immerhin besteht die Übersterblichkeit seit 2021. Ein Mittelwert, der zwei Jahre extremer Übersterblichkeit mit einschließt, kann also kaum beruhigend sein, weil er nicht bedeutet, daß die Übersterblichkeit überstanden ist.

Tatsächlich deuten die Sterbezahlen des Statistischen Bundesamtes darauf hin, daß der Übersterblichkeitstrend der Pandemiejahre nach wie vor besteht, aber langsam abflaut. Das belegt auch die europaweite Übersterblichkeitsstatistik des EuroMOMO-Netzwerks. Darin sind für Deutschland im Jahr 2023 ... 99.287 unerwartete Todesfälle angegeben (Stand 48. Kalenderwoche). Zum Vergleich: 2022 erreichte die Übersterblichkeit des Netzwerkes für Deutschland einen Höchstwert von 372.360 unerwarteten Todesfällen. In 2021 waren es 354.352 Fälle.

Die Ursachen der Übersterblichkeit sind bis heute Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Während einige Wissenschaftler vor allem übermäßige Atemwegsinfekte in den Pandemie Jahren für die erhöhten Sterbezahlen verantwortlich machen, vermuten andere die Impfkampagne als möglichen Verursacher. Sie verweisen dabei auf die auffällige Parallele des Beginns der Impfkampagne in 2021 zum Beginn der Übersterblichkeit im selben Jahr (Apollo News berichtete).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Dezember 2023: >>**Satanismus: Böhmermann fliegt aus Mediathek**

Von *Daniell Pföhringer*

Wie schäbig: In seiner Sendung ZDF Magazin Royale hatte GEZ-Lästernaule Jan Böhmermann im September dieses Jahres über rituellen Mißbrauch gefrotzelt, weil es dafür angeblich keine Beweise gebe. Eine Therapeutin, die mit Opfern arbeitet, wurde geradezu vorgeführt. Selbst der linke ZDF-Fernsehrat stimmte nun einer Beschwerde zu, die Folge könne eine "verhetzende Wirkung" haben. Schockierend: Auch in den Kreisen der Super-Reichen und

Super-Prominenten gibt es rituellen Mißbrauch. ...

Ritueller Mißbrauch durch okkulte Gruppen? Nein, dafür gibt's keine Beweise. Das war die Quintessenz einer ZDF-Magazin-Royale-Sendung von Jan Böhmermann aus dem September dieses Jahres. Im Zentrum seiner Klamauk-Show zu einem ebenso ernsten wie erschreckenden Thema stand die Psychotherapeutin Michaela Huber, die Opfer behandelt und mehrere Bücher zum Thema geschrieben hat - unter anderem zum Phänomen der Persönlichkeitsabspaltung.

Auf diese Weise, so Therapeuten wie Huber, werde das Mißbrauchsoffer nicht nur gefügig gemacht, es werde auch verhindert, daß es sich an die Taten erinnere. Bestimmte Trigger könnten jedoch auch Verhaltensweisen hervorrufen. Auf diese Weise arbeitete die CIA schon bei ihrem berüchtigten Programm MK-Ultra. Auch über Mind Control machte sich Böhmermann lustig.

Nach der Sendung gab es eine Anzeige gegen den selbsternannten Comedian. Böhmermanns Team meldete nämlich einen Mitarbeiter bei einer Online-Weiterbildung von Huber an, um für die Sendung zu recherchieren. Dies bestätigte Böhmermann auch bei ZDF Magazin Royale: "Wir haben uns mit Klarnamen bei einem Seminar von Michaela Huber angemeldet - und wir haben bezahlt. Wir wurden angezeigt. Eine Strafanzeige - offenbar anonym erstattet gegen uns."

Dies bestätigte die Polizei gegenüber dem Medienmagazin Clap. Die in der September-Sendung gezeigten Inhalte könnten demnach womöglich auf strafrechtlich relevante Weise erlangt worden sein.

Der Vorwurf: Böhmermanns Mitarbeiter habe sich zwar unter seinem echten Namen angemeldet, aber unter einer falschen Berufsbezeichnung. Denn: Hubers Seminar richtete sich ausschließlich an ein Fachpublikum, also Ärzte, Psychotherapeuten und Psychologen. Zudem hätten sich alle Teilnehmer zur Verschwiegenheit verpflichten müssen.

Kinder-Opfer für die Eliten

Ungewöhnlich ist das nicht: Denn zum einen werden Therapeuten, die sich mit rituellem Mißbrauch beschäftigen, in der Öffentlichkeit - siehe Böhmermanns Sendung - oft als Spinner vorgeführt. Zum anderen dürften bei der Fortbildungsveranstaltung auch persönliche Daten und Schicksale von Betroffenen eine Rolle gespielt haben. Das ist natürlich nicht für alle Welt bestimmt.

Das ist der eine Skandal - der andere, weitaus größere ist, das sich Böhmermann überhaupt über dieses Thema lustig macht. Und in Zweifel zog, daß dabei auch hohe Kreise in Politik, Justiz, Medienwelt und Filmindustrie verstrickt sind.

Ein aktueller Fall: Der Kinderporno-Skandal um den österreichischen Schauspieler Florian Teichtmeister. Will Böhmermann davon ablenken?

Selbst der linke ZDF-Fernsehrat hat sich nun mehrheitlich der Kritik an dieser Ausgabe des "ZDF Magazin Royale" von Jan Böhmermann zu ritueller sexualisierter Gewalt angeschlossen. Die Beschwerde beim Fernsehrat warf der Sendung vor, es mangle ihr an Differenzierung und sie verletze die Verpflichtung, "verhetzende Wirkungen" zu vermeiden. In "(pseudo-)lustiger Weise" würden Phänomene sexualisierter Gewalt stellvertretend für sexualisierte Gewalt dargestellt, was einen "generellen Sog der Abwertung zulasten aller Betroffenen sexualisierter Gewalt" auslöse. Beschwerdeführer war unter anderem die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmißbrauchs.

Nun wird die Böhmermann-Sendung aus der ZDF-Mediathek entfernt - ausnahmsweise einmal eine richtige Entscheidung beim GEZ-Funk, was selten genug einmal vorkommt.

Ritueller Mißbrauch ist Realität<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>Steuererhöhungen in der Krise - für den Machterhalt schlachtet die Ampel den Bürger aus

Am Ende hat die Regierung ihren maroden Haushalt notdürftig gekittet - auf Kosten der Bürger, denen jetzt eine saftige Steuererhöhung winkt. Die Ampel belastet die Menschen dort, wo es am meisten wehtut, um ihr politisches Wunschkonzert noch ein wenig fortzusetzen.

Max Roland

Es ist ernüchternd - tagelang versuchten die Spitzen der Ampel-Koalition, sich in langen Nachtsitzungen zusammenzuraufen und einen Weg aus der selbst verzapften Haushaltsmisere zu finden. Über Wochen war es das Spekulationsthema im politischen Berlin - wo spart die Ampel? Nach langem Warten ist die Antwort da: Fast nirgendwo. Notdürftig hat man sich ein paar Milliarden zusammengestrichen: Der verfassungswidrige KTF soll um zwölf Milliarden Euro gekürzt werden, bis 2027 sollen sich die Kürzungen sich auf 45 Milliarden Euro belaufen. Hier und da versprechen Habeck, Lindner und Scholz noch Einsparungen, doch oft bleibt es oberflächlich und unkonkret.

Der Hammer kommt aber quasi im Nebensatz: Die Koalition erhöht den sogenannten CO-Preis deutlich stärker als geplant. Eigentlich wollte die Ampel diesen lediglich um 5 Euro pro Tonne CO im Jahr 2024 erhöhen. Der GroKo-Plan sah eine Erhöhung für 2024 von 30 auf 45 Euro vor - das wäre eine Erhöhung um 15 Euro. Eigentlich hatte die Ampel hier weniger als die Große Koalition veranschlagt - weil die Belastungen für Klimaschutzmaßnahmen aber andere Stelle ganz wesentlich erhöht wurden.

Nach dem ursprünglichen Plan der Ampel rechnete man bereits mit Mehreinnahmen von über 10 Milliarden für das Jahr 2024 - Milliarden, die man nun den Bürgern abknöpft. Und das spürt am Ende jeder - beim Tanken etwa, wo der CO-Preis jetzt über 10 Cent pro Liter zusätzlich ausmachen wird, oder auch beim Heizen.

Die Ampel kann nicht haushalten - die Zeche zahlen wir alle

Nicht nur kommt der CO-Preis ohnehin einer Steuer gleich - er belastet die Menschen auch gerade dort, wo es noch immer am meisten wehtut. Das weiß die Bundesregierung auch. Aber anstatt selbst zu sparen, schröpfen Scholz, Habeck und Lindner lieber die Bürger. Offensichtlich ist diese Bundesregierung schlicht unfähig, Ausgaben zu priorisieren und reduzieren. Denn nach stundenlangen Nachtsitzungen ist der Bürger der doofe - und die Ausgabenorgie der Ampel geht so gut wie unvermindert weiter.

Die Bundesregierung hängt scheinbar an jedem Ausgabenposten wie ein Messie an jedem Gegenstand in seiner komplett verhüllten Wohnung - das ist das Niveau, auf dem die Haushaltspolitik der nominell drittgrößten Volkswirtschaft der Welt inzwischen angekommen ist.

Ausgerechnet Christian "keine Steuererhöhungen" Lindner steht jetzt vor der Presse und erklärt: Weil der Ampel "diese transformativen Vorhaben so wichtig sind, haben wir gesagt: Nein, wir machen jetzt den Preispfad der GroKo, damit wir unsere - und auch für das Land wichtige - Vorhaben finanzieren können." Für Lindner ist ein Paket auf Basis von Steuererhöhungen "ein ausgewogenes, gutes Paket, das unser Land voranbringt". Als er auch noch die "sozialen Standards" des Wohlfahrtsstaates als unantastbar betont, spricht dort ein sozialdemokratischer Finanzminister.

Mit fast bewundernswerter Dreistigkeit stellen sich die drei Ampelmänner auch noch vor die Presse und verkaufen ihre Einigung als großen Wurf für das Land. Fragen der Journalisten sind bezeichnenderweise nicht zugelassen - Scholz und Co. wissen, wie dünn die Suppe ist, die sie da zusammengemacht haben. Trotzdem geriert sich die Ampel als großartig. Zum Beispiel als besonders sozial, weil sie am wuchernden Wohlfahrtsstaat nicht sparen will.

Dabei belastet sie aber gerade die Menschen, die zwar arm, aber fleißig sind, besonders hart. Die Ampel geriert sich als handlungsfähig - aber bleibt finanziell weiter nur einen Schritt von der Paralyse entfernt. Denn dieser Haushalt ist auf Kante genäht. Und da Scholz auch noch vollmundig deutlich mehr Ukraine-Hilfen in Aussicht stellt, dürfte diese dürftige Naht schon sehr bald wieder aufplatzen. Aber im politischen Wunschkonzert der Ampel spielt die Musik

erstmal weiter - und der Bürger darf dafür jetzt Zuschlag zahlen.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.347/...): >>**Wie das Statistische Bundesamt die Zahlen zur Übersterblichkeit verfälscht hat**

Während das dem Innenministerium nachgeordnete Amt in der Anfangszeit der Corona-Krise eine auffällige Übersterblichkeit erkannte und die Öffentlichkeit warnte, sah man dort nach der Impfkampagne keine Auffälligkeiten mehr. Ein Blick in die Rohdaten zeigt jedoch das Gegenteil: Ein historisch niedriges Sterbegeschehen 2020 sowie deutlich erhöhte Werte in den beiden folgenden Jahren. Brisant sind zudem die hohen Sterbefallzahlen jüngerer und mittlerer Altersgruppen seit 2021 - wozu die Behörde bis heute schweigt. Multipolar hat nachgerechnet und beim Bundesamt nachgefragt.

MARCEL BARZ

Von einer Übersterblichkeit wird gesprochen, wenn in einem Zeitraum mehr Menschen versterben als erwartet. Es wird ein Vorhersagewert (Anzahl der erwarteten Verstorbenen) mit dem Realwert (tatsächlich Verstorbene) verglichen. Ist die Differenz beider Werte positiv, so spricht man von Übersterblichkeit. Der Realwert ist stets unstrittig, weil er in Deutschland verlässlich erfaßt wird und tagesgenau zur Verfügung steht. Anders verhält es sich mit dem Vorhersagewert, der aus historischen Sterbedaten berechnet wird, wofür mehrere Methoden existieren.

Die Auswahl der Methode hat maßgeblichen Einfluß auf den Vorhersagewert und damit auf die Übersterblichkeit. Abweichungen ergeben sich je nachdem, ob die Veränderung der Bevölkerungsgröße, die Verschiebungen der Alterspyramide sowie der Trend zu höherer Lebenserwartung berücksichtigt werden. Die Methodenauswahl sollte daher gut begründet sein.

Die Methode des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt führte aus Anlaß der Corona-Krise im April 2020 eine Sonderauswertung zur kurzfristigen Beurteilung des Sterbegeschehens ein. Zentrales Element waren die Übersterblichkeitswerte für einzelne Kalenderwochen und Monate. Man entschied damals, den Vorhersagewert aus den absoluten Sterbefallzahlen der vier Vorjahre zu ermitteln. Anfangs wurde das arithmetische Mittel verwendet, ab Juli 2021 der Median.

Das war ungewöhnlich, da üblicherweise im Statistischen Bundesamt sogenannte Sterbetafeln zur Anwendung kommen, um das Sterbegeschehen zu beurteilen. Wie und auf wessen Veranlassung diese Entscheidung zu Stande kam, will das Bundesamt auf Multipolar-Anfrage jedoch nicht mitteilen: "Zum Schutz der Beschäftigten unseres Hauses nennen wir auf der Grundlage unserer bisherigen Erfahrungen keine Namen."

Das Amt wurde während der Coronazeit und bis Ende 2022 von Georg Thiel geleitet (siehe Beitragsbild), der laut Aussagen von Mitarbeitern in der Behörde "ein Klima der Angst, Überforderung und Vetternwirtschaft" geschaffen haben soll.

Im Folgenden werden die gravierenden Auswirkungen der Methodenauswahl genauer betrachtet.

Verfälschung der Übersterblichkeitswerte

Eine Mittelung der Sterbefallzahlen der Vorjahre kann als Vorhersagewert sinnvoll sein, wenn Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsstruktur und Lebenserwartung in einem Land unverändert blieben. Das ist in Deutschland nicht der Fall. Infolge der Alterung der Gesellschaft sterben von Jahr zu Jahr mehr Menschen. Jeder Vergleich mit absoluten Sterbezahlen der Vergangenheit führt daher zum Trugschluß, es seien mehr Menschen gestorben als erwartet.

Mit anderen Worten: Das Statistische Bundesamt erkennt auch bei einem vollkommen normalen Sterbegeschehen allein aufgrund der Median- oder Mittelwert-Methode eine irrtümliche Übersterblichkeit. Grafik 1 macht diese Verfälschung deutlich. Während die hellblaue Linie einen alarmierenden Trend stetig steigender Sterbezahlen in Deutschland zeigt, ergibt sich bei Berücksichtigung der Altersstruktur die dunkelblaue Linie und damit das exakt entgegenge-

setzte Bild.

Den Verantwortlichen im Bundesamt ist der verzerrende Effekt durch eine alternde Bevölkerung bekannt, wie unter anderem einem Fachartikel aus dem Jahr 2020 zu entnehmen ist. Mit dem Wechsel von der Mittelwert- zur Median-Methode hat man einen zusätzlichen Fehlereffekt kreiert, was die Überschätzung der Übersterblichkeit weiter steigert - denn die statistische Verteilung der Sterbefallzahlen ist nicht symmetrisch.

Die Ausreißer nach oben sind stets größer als nach unten. In der Median-Wertung werden sie aber gleich behandelt, nämlich gestrichen. Streicht man aus den Sterbefallzahlen ständig den Minimal- und Maximalwert der vier Vorjahre heraus, wie es bei der Median-Methode geschieht, schätzt man den Vorhersagewert bei der gegebenen statistischen Verteilung meist zu niedrig. ...

Öffentliche Kommunikation abseits der Wirklichkeit

Die geschilderten Tatsachen stehen in deutlichem Widerspruch zur öffentlichen Kommunikation des Statistischen Bundesamtes in der Anfangszeit der Corona-Krise. Die dramatischen Pressemitteilungen des Bundesamtes paßten zwar zu den "Bildern aus Bergamo", spiegelten aber nicht die tatsächlichen Sterbedaten wieder. Hinzu kommt die psychologische Wirkung des Wortes "Übersterblichkeit", bei dem die Vorstellung von "unerwarteten Leichenbergen" mitschwingt. Die öffentliche Kommunikation des Statistischen Bundesamtes hatte keine Basis in den Rohdaten.

Für die untersuchte Altersgruppe 80-85 Jahre wurde gezeigt, daß die wöchentlichen Sterberaten im Jahr 2020 (mit Ausnahme des Dezembers) unauffällig waren. Insbesondere der April 2020 zeigte keine nennenswerte Auffälligkeit. Das gleiche Bild zeigt sich auch in den anderen Altersgruppen. Seit dem Jahr 2021 zeigen die Sterberaten allerdings eine Trendumkehr mit wieder ansteigenden Werten.

Besorgniserregend ist insbesondere die Beteiligung relativ jüngerer und mittlerer Altersjahrgänge. Zu erkennen sind hier einzigartige Muster, die - anders als in den Vorjahren - auch während der Monate mit warmen oder gemäßigten Temperaturen sichtbar waren. Tausende Menschen sind an einer Ursache verstorben, die offensichtlich erst ab den Jahren 2021 und 2022 vorhanden war.

Umgang der Behörde mit Kritik

Mehrere wissenschaftliche Arbeiten, so eine Methodenkritik von Jonas Schöley, eine Debatte von Bernd Kowall und anderen, eine Studie von Christof Kuhbandner und Matthias Reitzner sowie ein Fachartikel von Bernhard Gill thematisieren den Methodenfehler des Bundesamtes. Auch die Münchner Statistiker Kauermann und De Nicola machen in ihren Arbeiten auf den Fehler des Bundesamtes aufmerksam. Während andere Wissenschaftler für ähnliche Ergebnisse von den Verantwortlichen im Bundesamt jedoch scharf kritisiert wurden, verlieh das Bundesamt Kauermann und De Nicola kurioserweise seinen Corona-Sonderpreis.

Änderungsbedarf bei der verwendeten Methode sieht die Behörde trotz der deutlichen Kritik bislang nicht, wie aus einer Anfrage des Autors hervorgeht. Die Verantwortlichen im Statistischen Bundesamt rechtfertigen die Anwendung der Median-Methode und die gewählte Kommunikationsstrategie unbeirrt mit fragwürdigen Gegenargumenten.

Fazit

Sterberaten sind als objektive Meßgröße für die öffentliche Kommunikation und zur Einordnung des Sterbegeschehens in Deutschland besser geeignet als absolute Sterbefallzahlen oder mit willkürlichen Methoden errechnete Übersterblichkeiten. Die tatsächlichen Sterberaten müssen allerdings bislang umständlich aus anderen Tabellen rekonstruiert werden, da das Statistische Bundesamt diese Daten bis heute zurückhält.

Durch das Betonen fehlerhaft berechneter Übersterblichkeitswerte und das gleichzeitige Verschweigen der Entwicklung der tatsächlichen Sterberaten konnte in der öffentlichen Wahr-

nehmung ein falsches Bild vom Sterbegeschehen in der Corona-Krise entstehen. Das Ausmaß an politischen Fehlentscheidungen, unsinnigem Aktionismus und unnötig geschürter Angst als Folge dieser Falschinformation ist immens.

Besorgniserregend ist zudem das auffällig erhöhte Sterben in einigen relativ jüngeren Altersgruppen. Dieses Alarmsignal kann leicht übersehen oder vertuscht werden, wenn die Altersjahrgänge nicht getrennt betrachtet und ausgewiesen werden - wie es etwa auch in der aktuellen Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den jüngsten Sterbefallzahlen vermieden wird. Es erscheint wenig glaubwürdig, daß das Amt dieses deutliche Signal in den eigenen Daten übersehen hat.

Über den Autor: Marcel Barz, Jahrgang 1975, war Offizier der Bundeswehr und studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr München sowie Wirtschaftsinformatik an der Technischen Hochschule Wildau. Er war Gründer und Geschäftsführer einer Softwarefirma, die sich auf Datenanalyse und Softwareentwicklung spezialisiert hatte. Barz veröffentlichte im August 2021 den Videovortrag "Die Pandemie in den Rohdaten", der insgesamt über eine Million Mal gesehen wurde.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.345/...):
>>Ampel schließt Haushaltsloch mit Abgaben-Erhöhung - Tanken und Heizen wird deutlich teurer

Die Bundesregierung hat am Mittwochmittag verkündet, wie das Haushaltsloch geschlossen werden soll. Neben viel Verschleierung bleibt vor allem: Der CO2-Preis steigt erheblich, die Schuldenbremse soll ausgesetzt werden. Gleichzeitig ist das nächste Haushaltsloch schon programmiert.

Die Ampel-Spitzen aus Scholz, Habeck und Lindner hat am Mittwochmittag bekannt gegeben, wie man das Haushaltsloch für das Jahr 2024 schließen will, das durch das Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) vor vier Wochen entstanden ist. Die Lösung ist eine Mischung aus geringfügigen Einsparungen, weiterem Aussetzen der Schuldenbremse und Abgaben-Erhöhung für die Bürger.

Mittel von 45 Milliarden Euro sollen über die nächsten Jahre im Klima- und Transformationsfonds eingespart werden - allerdings sollen wesentliche Teile dabei lediglich aus dem Fonds in den regulären Haushalt umgeschichtet werden. Wie viel also faktisch eingespart wird, bleibt unklar. Habeck sprach von Einsparungen einiger Förderungen der Solarindustrie.

Versteckt als "Rückkehr zum CO2-Pfad der Großen Koalition" wird das Loch aber auch durch wesentliche Zusatzbelastung der Bürger geschlossen - damit ist nämlich die Erhöhung des CO2-Preises etwa für Benzin und Heizen gemeint. Eigentlich wollte die Ampel den CO2-Preis lediglich um 5 Euro pro Tonne CO2 im Jahr 2024 erhöhen. Der GroKo-Plan sah eine Erhöhung für 2024 von 30 auf 45 Euro vor - das wäre eine Erhöhung um 15 Euro.

Eigentlich hatte die Ampel hier weniger als die Große Koalition veranschlagt - weil die Belastungen für Klimaschutzmaßnahmen aber andere Stelle ganz wesentlich erhöht wurden. Nach dem ursprünglichen Plan der Ampel rechnete man bereits mit Mehreinnahmen von über 10 Milliarden für das Jahr 2024 - es geht also um Mehrbelastungen für die Bürger im relevanten Milliardenbereich.

Eine Einsparung bei Bürgergeld und Sozialleistungen gibt es nicht - auch wenn die Ausgaben hier zuletzt immer mehr aus dem Ruder liefen. Zusätzlich stellt Deutschland acht Milliarden für die Ukraine-Hilfe zur Verfügung, Scholz kündigte aber bereits an, diese bei Bedarf zu erhöhen. Diese Erhöhung scheint allerdings nahezu programmiert - einerseits durch deutliche Verschlechterung der Lage an der Front, andererseits durch eine sich abzeichnende drastische Reduzierung der Hilfe aus den USA. Das wäre das nächste Haushaltsloch.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27664" berichtet am 13. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Groß-Demo in Karlsruhe: Menschenrechte ALLER Menschen

statt kollektiver Entrechtung

Mit dem Einreichen der 592 Strafanzeigen wurde ein Aufschlag gemacht, der das Potential hat, mit dem überbordenden Staats-Unrecht abzurechnen. Die Bevölkerung holt sich ihre Demokratie zurück.

Mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben. Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank.

Heute, Sonntag, 10. Dezember 2023, am 75. Tag der Menschenrechte, findet hier in Karlsruhe ein zeitgeschichtliches Ereignis nie dagewesener und ganz besonderer Art statt.

Im Zuge einer Großdemonstration mit Kundgebungen und Umzug werden 599 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht.

Dieses richtet sich gegen die Verantwortlichen, die sich für die gesetzliche Einführung einer Impfpflicht im Gesundheitsberufen und bei Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt haben.

Denn die Inkaufnahme von Impfschäden und Impftoten stellt einen Verstoß gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und gegen den § 7 des Völkerstrafgesetzbuches dar.

Es wird laut dem Veranstalter keine Versöhnung geben, so lange die Täter der widerrechtlichen Corona-Maßnahmen straffrei bleiben.

Für die Kundgebungen haben sich hochrangige, kompetente Referenten angesagt, die mit ihren Beiträgen die Tragweite der Verbrechen und den unbedingten Handlungsbedarf untermauern.

Tobias Pörsel - Deutscher Rechtsanwalt

Als Jurist möchte man sagen, liebe Staatsanwaltschaft, das reicht mindestens für einen Anfangsverdacht. Und auch ich möchte mich an dieser Stelle schon bedanken, nämlich bei den Ärztinnen und Ärzten, die damals und heute den Mut hatten zu sagen, Herr Lauterbach hat gelogen. Und Herr Lauterbach hat nicht nur gelogen, er hat wissentlich gelogen. Es gab und gibt Nebenwirkungen. Es gibt Impfschäden und das wird niemand mehr ernsthaft bestreiten können.

Und wer es doch tut, will sich vor seiner Verantwortung drücken. Und in einem funktionierenden Rechtsstaat müßte hier eigentlich aufgeklärt und gehandelt werden. Und es gibt hier jemanden, den wahrscheinlich kaum jemand kennt, der treibt sich manchmal in Bussen durch die Gegend.

Wer das hier indiziert hat, am besten stellt er sich selber vor, er ist manchmal ein bißchen schüchtern. Ich darf mal ganz kurz Ralf Ludwig zu mir bitten.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Ja, hallo. Vielen Dank, daß ihr alle hier seid, daß ihr diese Sache unterstützt. Ich habe 2021 im Frühjahr in Stuttgart gesagt, daß wir dieses Zentrum gründen werden und daß wir aufarbeiten werden und daß wir nicht aufhören werden, bis diejenigen, die für die Corona-Maßnahmen verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden. Und das werden wir heute mit den Strafanzeigen beginnen. Wir haben heute viele tolle Kolleginnen und Kollegen auf der Bühne, viele Juristen, die seit vielen Jahren eure Interessen vertreten, die seit vielen Jahren von Gericht zu Gericht fahren und versuchen, halbwegs die Rechtsstaatlichkeit zu retten und zu sichern.

Ich bedanke mich sehr bei diesen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier auf der Bühne stehen.

Viele stehen auch hier vor der Bühne und haben wirklich unglaublich gute Arbeit geleistet. Also wir haben ganz, ganz viele tolle Leute und ich denke immer in einem Staat, in dem eine große Anzahl an Rechtsanwälten aufsteht und sagt, was hier gerade passiert ist nicht in Ordnung, da kann auch etwas nicht in Ordnung sein. Ich selber möchte mich heute ein bißchen zurückhalten, weil ich finde in den Mittelpunkt gehören heute die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz für eure, für unsere Rechte kämpfen. Und mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben. Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank.

Thomas Seitz - Bundestags-Abgeordneter

Wir hatten keine Krise wegen Corona, sondern die Krise war die Folge der Corona-Maßnahmen.

Auslöser der echten Krise war kein Virus, sondern die Politik. Es war eine Zeit des rechtlichen Ausnahmezustands, obwohl das Grundgesetz einen zivilen Notstand wegen Naturkatastrophen oder Seuchen überhaupt nicht kennt. Während Legislative und Exekutive sich gegenseitig in exzessiven Grundrechtseingriffen überboten haben, haben die Gerichte fast durchgängig in ihrer Funktion als Wächter der Freiheit und der Grundrechte versagt.

Die Justiz hat also nahezu alle rechtlichen Zumutungen früher oder später kritiklos abgesegnet, obwohl es in Deutschland überhaupt keine Übersterblichkeit gab. Jedenfalls nicht bis zum Beginn der Impfkampagne mit einem Impfstoff, der kein Impfstoff war, sondern eine experimentelle Gen-Therapie. Mein liebster Satz aus dieser Zeit im Plenum des Deutschen Bundestages lautet, die Spaziergänger verteidigen den Rechtsstaat und ihre Kriminalisierung ist unrecht.

Dr. Michael Brunner - Österreichischer Rechtsanwalt

Ab März 2020 wurde alles umgestoßen, was bisher einen demokratischen Rechtsstaat ausgezeichnet hat und was Stand der medizinischen Wissenschaft war. Wer dagegen auftrat, wurde diffamiert, beschimpft und verfolgt. Ärzte verloren ihre Berechtigung zur ärztlichen Berufsausübung, wurden von der Universität entlassen und von den Disziplinarbehörden der Ärztekammern in Übereinstimmung mit der Regierungsgewalt und den gekauften Medien willkürlich verfolgt, um sie letztlich zum Schweigen zu bringen. Wer nicht mit dem Narrativ mitmachte und im Gleichklang mit den Mainstream marschierte, wurde im besten Fall zum Außenseiter, letztlich vom öffentlichen Leben ausgesperrt, in seiner Existenz bedroht und verleumdet. Die dadurch entstandenen Schäden sind enorm.

Alle Geschehnisse und alles Unrecht muß aufgearbeitet und die Verantwortungsträger müssen zur Haftung und Rechenschaft herangezogen werden. Die kritischen Richter und Staatsanwälte in Deutschland haben es auf den Punkt gebracht. Die staatliche Anordnung zu einer Covid-19-Impfung ist vorsätzliches Töten. Es ist mit den Grund- und Freiheitsrechten unserer Verfassung, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, unvereinbar.

Einer WHO, die von keinem Bürger dieser Welt demokratisch gewählt worden ist, ihrem Generaldirektor, damit den dahinterstehenden selbsternannten arroganten Eliten bei Annahme eines potentiellen oder aktuellen globalen Gesundheitsnotstandes unumschränkte Machtbefugnisse zu verleihen, Kontroll-, Überwachungs- und Sanktionsrechte ohne Überprüfungsmöglichkeit, ohne Verantwortlichkeit und ohne Haftung. Dieses globalistische Vorhaben, das von

Big Pharma, Konzernen und selbstherrlichen Machteliten wird, muß zur Wahrung der Souveränität der Staaten und zur Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Würde eines jeden einzelnen Bürgers zu Fall gebracht werden.

Claudio Zanetti - Schweizer Politiker

Wir sind hier auf dem Platz der Menschenrechte versammelt, weil heute vor 75 Jahren die UNO-Generalversammlung den Katalog der Menschenrechte verabschiedet hat. Das sollte eigentlich ein Grund zum Feiern sein, aber leider müssen wir feststellen, 75 Jahre sind eine schöne staatliche Zeit, aber man könnte auch sagen, noch nicht einmal 100-jährig und schon werden diese Menschenrechte mit Füßen getreten. Es heißt ganz am Anfang dieses Katalogs da von der UNO, alle Menschen verfügen von Geburt an über die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das sind die Werte, um die geht es.

Wir kommen nachher noch auf einzelne Werte, aber es geht darum, wir haben von Geburt an die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Und warum haben wir diese gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten? Weil wir Menschen sind. Weil wir Menschen sind, haben wir Menschenrechte. Es heißt dort weiter, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Aber erinnert ihr euch daran, wie einer im Fernsehen sagte, wer nicht spurt, ist raus aus dem gesellschaftlichen Leben.

Ungeheuerlich so etwas. Wir dürfen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, weil wir Menschen sind. Warum dürfen wir am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Genau. Es heißt dort auch, niemand darf willkürlich festgenommen und in Haft gehalten werden. Aber wir stellen fest, daß die Justiz zu einer politischen Waffe geworden ist. Denken wir an Michael Ballweg, neun Monate Gefängnis und am Schluß reicht es nicht mal für eine Klage.

Dr. Christian Knoche - Deutscher Rechtsanwalt

Liebe Freunde, man darf nicht einfach den Mantel des Schweigens oder den Mantel des Vergessens über das Unrecht der letzten dreieinhalb Jahre legen. Das hätten Sie gerne, diese vergeblichen Scholz-Politiker, diese Landesfürsten der illegalen Ministerpräsidentenkonferenz. Illegal, weil im Grundgesetz nicht vorgesehen. Diese Welle der Kriminalisierung gegen die kritischen Ärzte muß aufhören. Ich fordere deshalb eine Einstellung aller Straf- und Bußgeldverfahren, auch für Deutschland. Nie wieder dürfen sich in Deutschland die Jahre 2020 bis 2023 wiederholen. Nie wieder - wehren wir uns gegen die Anfänge und Fortsetzungen.

Dafür stehen wir heute in Karlsruhe.

Christian Moser - Deutscher Rechtsanwalt

Wir haben in den zurückliegenden Jahren vieles gelernt. Wir lernten, was Angst mit Menschen macht. Wir lernten, wie Menschen aus Angst gegeneinander aufgebracht werden und unversöhnlich gegeneinander stehen. Wir lernten, wie eine Politik der Angst sich gegen das eigene Volk richtete. Und wir lernten, wie Angst selbst die Justiz in ihren Bann zog.

Die Opfer dieser Politik der Angst waren nicht bloß diejenigen, die die Regierung kritisierten und dafür von dieser Regierung beschimpft, von der Polizei mißhandelt und von der Justiz kriminalisiert wurden, sondern vor allem diejenigen Menschen, die im Angesicht der Angst ihren Willen zur Selbstbehauptung preisgaben. Wir standen dagegen auf mit der Wahrheit, nicht mit unserer Wahrheit gegen die Wahrheit der anderen, sondern mit einem Heer von Wissenschaftlern aus aller Welt, gegen eine Handvoll Experten, deren Meinung nicht hinterfragt werden durfte.

Beate Bahner - Deutsche Rechtsanwältin

Wir haben uns hier in Karlsruhe versammelt, in der sogenannten Residenz des Rechts. Und ich habe meiner Rede die Überschrift gegeben, wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieses ethische und rechtliche Prinzip

ist als Grundprinzip zeitlos. Die Menschenwürde ist als zentraler Wert der deutschen Verfassung und auf Grund der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes, bei Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz, auf ewig absolut unantastbar.

Die Achtung der Menschenwürde verbietet es dem Staat, den Menschen zum bloßen Objekt des staatlichen Handelns zu machen. Doch wann behandelt der Staat den Menschen als bloßes Objekt? Wenn er ihm das eigene Denken, das selbstbestimmte Handeln und die freie Entscheidung abspricht. Wenn der Staat das Vertrauen seiner Bürger mißbraucht und seine Maßnahmen mit irreführenden oder gar bewußt falschen Annahmen begründet, dann wird Recht zu Unrecht auf Basis der skrupellosen Behauptung von Pandemien durch die WHO, wird damit internationales Recht nicht nur zu internationalem Unrecht, sondern nach meiner großen Sorge sogar zu internationalem Pandemieterror.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Wir wollen Aufklärung. Wir wollen, daß dieses Unrecht der letzten drei Jahre nicht einfach so ungeschehen bleibt, daß vor allen Dingen die Verantwortlichen wirklich zur Verantwortung gezogen werden. Vielen Dank dafür, daß ihr alle heute hier seid und jetzt klicke ich auf Nachricht senden.

Dr. Christina Baum - Bundestagsabgeordnete (AfD)

Liebe Mitstreiter, liebe Freunde, es ist wunderbar hier oben zu stehen und euch alle zu sehen. Ihr seid diejenigen, die mitgeholfen haben, daß diese allgemeine Impfpflicht verhindert wurde, wenn wir auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht damals nicht verhindern konnten. Ich danke euch, daß ihr auf der Straße wart und ich danke euch, daß ihr auch heute wieder hier seid.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Wir haben jetzt mit diesen Strafanzeigen den Aufschlag gemacht. Jetzt dreht sich das Ganze. Wir werden die Menschen, die das getan haben, zur Verantwortung ziehen und ich glaube, der Hubert Aiwanger hat es gesagt, wir holen uns unsere Demokratie zurück. Vielen lieben Dank, daß ihr da wart.

Ausschnitte aus der Pressekonferenz, welche im Anschluß an die Demonstration stattfand:

Beate Bahner - Deutsche Rechtsanwältin

Wir haben den Zwang zur Kooperation der Staaten und wir haben vor allem die Immunität der WHO, des Generalsekretärs, der sozusagen wirklich allein Herrscher sein wird. Wir haben keinerlei Kontrollmöglichkeit, keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeit und am Ende die strafrechtliche Immunität. All das muß uns alle sehr besorgen.

Dr. Michael Brunner - Österreichischer Rechtsanwalt

Wir werden einen permanenten Krisenmodus haben. Es wird eine pandemische Situation, pandemische Situation kommt aus dem Deutschen Bundestag, ist dann eine noch weichere Formulierung für eine Pandemie als die Pandemie selbst in den IHR beziehungsweise im Vertrag, wo hier auch nur mit unbestimmten Gesetzesbegriffen gearbeitet wird. Natürlich, ein solches System ist mit den Menschenrechten nicht vereinbar, verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen den UN-Vertrag, gegen den UN-Sozialpakt, gegen den EU-Vertrag, gegen die Menschenrechte allgemein, vor allem auch gegen die Würde des Menschen. Daher vertrete ich die Ansicht, genauso wie auch Frau Kollegin Beate Bahner, ein solches Regelwerk kann niemals eine Normengeltung erlangen, weil es ist die Untergrabung jeglicher Menschenwürde.

Claudio Zanetti - Schweizer Politiker

Es sagt sich so einfach, ein Satz, die Würde des Menschen ist unantastbar. Aber dieser Satz steht nicht umsonst an der ersten Stelle des Grundgesetzes, auf das alle so stolz sind. In Deutschland heißt es ja immer, der verläßt den Boden des Grundgesetzes und so weiter, um jemanden abzustrafen. Aber wenn eine Regierung sagt, ja wir opfern jetzt 10, um 1000 zu ret-

ten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen wir sie behaften.

Ralf Ludwig - Deutscher Rechtsanwalt

Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige. Das ist das, was der Kollege Claudio Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Über das Leben keine Abwägung. Das ist die rote Linie.

Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt.

Der Staat kann nicht sagen, 0,02 Prozent nehmen wir hin.

Wir nehmen das nicht hin.<<

Kanada: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Dezember 2023: >>mRNA-Propagandist 33jährig gestorben

Von *Karel Meissner*

Der Tod eines kanadischen mRNA-Propagandisten sorgte für Häme auf X. Ein Zeichen, wie sehr die Wut über die Maßnahmen noch brodelnd - und nach Aufarbeitung schreit. ...

Ist eine Diktatur beendet, folgt fast immer

1) das große Kreidefressen der Täter und das Verharmlosen ihrer Herrschaft.

2) Man lenkt die Bevölkerung durch neue Aufreger vom Vergangenen ab.

3) Ein Teil der Diktatur-Unterstützer bleibt an der Macht und deckt ehemalige Mitstreiter. Investigative Aufarbeitung wird somit sabotiert. Außerdem kalkulieren die Machthaber: "Das doofe Volk wird den Schrecken bald vergessen." In kurzer Zeit werde man sich, frei nach Jens Spahn, "viel verziehen" haben. In Wahrheit wird die Wut lediglich versteckt.

Nein, Ablenkungs-Narrative wie Rußland-Ukraine-Konflikt Klima-Apokalypse ersetzen keine Aufarbeitung der Corona-Diktatur. So leicht lassen sich Entrechtung, Psychoterror und Verbalgewalt nicht verdrängen. Die Wut wandert in die sozialen Netzwerke. Dort reißt die politisch intendierte Spaltung bei jeder Gelegenheit wieder auf. So wie kürzlich in Kanada:

Der Journalist Ian Vandaelle (Financial Post) gehörte zu den Brutalo-Propagandisten der Jahre 2020-22. Ein Mainstream-Sadist, der die Bürger nicht nur mit Lockstoff, sondern auch mit Ausgrenzung zur Nadel treiben wollte. So schrieb er auf X (damals noch Twitter): "Ich für meinen Teil befürworte, daß wir Zuckerbrot und Peitsche mitbringen."

Ohne mRNA-Brühe sollte nichts mehr laufen: "Möchten Sie in eine Bar gehen, um das Spiel zu sehen? Impfpaß."

Folglich befürwortete Vandaelle Italiens Restaurantsperre für Ungespritzte und forderte im August 2021 ein Arbeitsverbot für ungeimpfte Polizisten: "Impfen Sie sich oder kündigen Sie."

Denn: "Sie haben einen Eid geschworen, die Bürger zu schützen? Sie werden geimpft. Es ist beschämend, daß wir das sagen müssen."

Vorige Tage dann die Meldung seiner Lebensgefährtin Stephanie Hughes. Sie erklärte auf X, daß Vandaelle seit dem 18. November im Krankenhaus, gestorben sei. Im Alter von 33 Jahren. Todesursache? Keine Angabe.

Dieses plötzliche Sterben junger Personen ist inzwischen ja keine Seltenheit mehr. Auch überrascht es nicht, daß die öffentliche Reaktionen sich nicht auf Kondolationen beschränkten: "Ein Totalitärer weniger" (X-User)

Oder "Bu hu. Da bin ich aber traurig." (X-User)

Die Therapeutin Miriam Belknap schrieb in ihrem Newsletter: "Ian Vandaelle unterstützte den medizinischen Faschismus, die Tyrannei und einige der schlimmsten Mißbräuche unseres Lebens und war stolz darauf: Seine Beiträge zeigen seine fanatische Unterstützung für Impfpaße und die Entlassung von Impfverweigerern."

Solche Wut ist ein Zeichen. Die Maßnahmen-Diktatur schreit nach Aufarbeitung. ...<<

14.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Dezember 2023: >>Studien: Geimpfte haben höheres Risiko für Blutkrankheiten, Ohrenschmerzen, grünen Star und Warzen

Südkoreanische Forscher fanden heraus, daß Menschen, die gegen COVID-19 geimpft wurden, ein höheres Risiko für verschiedene Erkrankungen haben können. So sollen Blut- und Ohrenkrankheiten, aber auch Augenleiden und Haarausfall bei Geimpften häufiger auftreten. Neueste Forschungsergebnisse deuten offenbar darauf hin, daß Menschen, die gegen COVID-19 geimpft wurden, möglicherweise einem erhöhten Risiko für verschiedene Gesundheitsprobleme ausgesetzt sind - darunter eine verminderte Produktion von Blutzellen, Erkrankungen der Ohren und Entzündungen des Bewegungsapparates.

Wissenschaftler aus Südkorea analysierten dazu umfangreiche Daten des Koreanischen Nationalen Gesundheitsversicherungsdienstes. Die Ergebnisse lassen Medienberichten zufolge vermuten, daß die Impfung das Risiko für viele Gesundheitsprobleme signifikant erhöht.

In einer der untersuchten Studien wurde festgestellt, daß die Inzidenzraten von 13 allerdings nicht tödlichen, immunbezogenen Nebenwirkungen unter den Geimpften deutlich ausgeprägter waren. Dazu sollen Menstruationsstörungen, Blutergüsse, Tinnitus, Innenohrerkrankungen, Mittelohrerkrankungen und andere Ohrerkrankungen gehören.

Dr. Eun Mi Chun von der Medizinischen Fakultät der Ewha Womans University und ihre Mitautoren kamen demnach zu dem Schluß, daß die Impfung das Risiko für nicht tödliche Nebenwirkungen erheblich erhöhe.

Glaukom und Haarausfall

Die Forscher hatten umfangreiche Aufzeichnungen von Patienten ab 20 Jahren ausgewertet. Als "geimpft" galten Personen, die ihre zweite Impfdosis erhalten oder eine vollständige Grundimmunisierung vor dem 30. September 2021 abgeschlossen hatten. Die geimpfte Gruppe umfaßte 1,4 Millionen Menschen.

Drei Monate nach der Impfung wies die geimpfte Gruppe laut Medienberichten bei vielen Erkrankungen eine erhöhte kumulative Inzidenz pro 10.000 Personen auf. Zu den festgestellten Problemen gehörten auch Glaukom (grüner Star) oder Sehverlust, Warzen, Herpes Zoster und Alopecia (akut einsetzender Haarausfall).<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2023: >>Angelina Jolie: Hollywood ist "kein gesunder Ort"

Von *Daniell Pföhringer*

Zieht sich US-Schauspielerin Angelina Jolie aus dem Filmgeschäft zurück? Hollywood sei "kein gesunder Ort", erklärte sie nun in einem Interview. ...

Hollywood-Star Angelina Jolie denkt darüber nach, Los Angeles zu verlassen und nach Kambodscha zu ziehen. In der Filmmetropole fehle ihr "ein soziales Leben", auf Schritt und Tritt werde sie von Paparazzi verfolgt, sagte die US-Schauspielerin in einem aktuellen Interview mit dem Wall Street Journal. Seit 2005 ist Jolie Staatsbürgerin des südostasiatischen Landes, in dem sie schon seit vielen Jahren als Sonderbotschafterin des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR tätig ist.

Tatsächlich ist die 48-Jährige seit ihrer Scheidung von Hollywood-Star Brad Pitt (59) im Jahr 2019 immer seltener auf der Leinwand zu sehen. Zuletzt spielte die zweifache Oscar-Preisträgerin 2021 die Rolle der Kriegerin Thena im Marvel-Film "Eternals". Erst im September verriet sie der Zeitschrift Vogue, daß sie nur noch Engagements eingegangen sei, "für die keine langen Drehzeiten erforderlich waren". Im Gespräch mit dem Wall Street Journal erklärte sie nun, daß sie Hollywood als "keinen gesunden Ort" empfinde.

Pädophile Netzwerke in der Traumfabrik

Damit hat die Starschauspielerin bestätigt, was wir in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood" ausführlich darlegen. Welche Schrecken sich hinter der glitzernden Fas-

sade der US-Filmindustrie verbergen, hat etwa Elijah Wood, der als Teenager den Frodo in der Tolkien-Verfilmung "Der Herr der Ringe" (2001-2003) gab, packte schon 2016 aus: "Ich wurde in die dunklen Abgründe geführt und erkannte, daß diese Dinge möglicherweise noch immer passieren." Wood sprach von pädophilen Netzwerken in Hollywood. "Es war alles organisiert. ... Menschen mit solchen Interessen sehen dich als Beute." Ob er selbst Opfer von Triebtätern wurde, blieb offen.

Anders ist das bei dem einstigen Kinderstar Corey Feldman ("Stand by Me"). In der Doku "An Open Secret" (2014) erklärt er unumwunden: "Pädophile sind überall in Hollywood, sie umringten mich und die anderen wie Geier."

Daß er - wie auch sein 2010 verstorbener Freund und Kollege Corey Haim - in den 1980er Jahren sogar am Set sexuell mißbraucht wurde, offenbarte Feldman 2011 in der ABC-Show "Nightline". Später benannte er Jon Grissom, der mit den beiden Jungstars 1988 den Film "Daddys Cadillac" drehte, als einen der Schuldigen. In einem anderen Fall war Grissom 2003 bereits wegen Kindesmißbrauchs verurteilt worden.

Feldman sprach auch von einem anderen Täter, "den jeder auf der Welt kennt". Dieser habe den damals 13-jährigen Haim während des Drehs von "Lucas" (1986) vergewaltigt. Erst in seinem im März 2020 veröffentlichten Dokumentarfilm "My Truth: The Rape of the two Co-boys" traute er sich, den Namen zu nennen: Charlie Sheen. Der streitet dies vehement ab.

Robbie Williams packt aus

Von den Strukturen des absolut Bösen weiß schließlich auch Robbie Williams ein Lied zu singen. Ende Juni 2020 beklagte der britische Popstar, der seine Karriere als Mitglied der Boygroup Take That startete, gegenüber der BBC-Journalistin Anna Brees, daß man im Fall von Hillary Clintons früherem Wahlkampfmanager John Podesta einfach noch nicht den richtigen Leuten die richtigen Fragen gestellt habe. Podesta stand 2016 im Zentrum von Pizzagate: Er und sein Bruder Tony verwendeten in ihren E-Mails immer wieder in vermeintlichen Pizzabestellungen versteckte Begriffe, die vom FBI als Codewörter für Sex mit Kindern klassifiziert wurden.

In der Einladung zu einer Party hieß es beispielsweise: "Uber-Service für den Transport von Ruby, Emerson und Maeve Luzzatto (11, 9, und fast 7), so daß Sie weitere Unterhaltung haben werden, und sie werden mit Sicherheit in diesem Pool sein." In Kombination mit den pädosatanischen Gemälden, die John Podesta sein Eigen nennt, kann man davon ausgehen, daß hier nicht um harmlose Kinderbespaßung geht.

Williams sieht Pizzagate - anders als der Mainstream - nicht als haltlose Verschwörungstheorie. Bereits im Mai 2020 hatte er dem Youtuber Chris Thrall ein Interview gegeben, in dem er dieses Thema ansprach. "Ich weiß zu viel über diese Arschlöcher", so der Musiker, der weltweit über 77 Millionen Tonträger verkauft hat. Und er bekundete: "Diese dämonische Energie durchdringt doch das ganze Mediensystem."

Williams kommt zu dem Schluß: "Diese Sache ... ist das Schlimmste, das man sich vielleicht jemals für die Erde vorstellen kann."

Das Schlangen-Ritual

Auch Angelina Jolie verschaffte der Öffentlichkeit schon mal einen Einblick in die dunklen Abgründe von Hollywood - allerdings unfreiwillig. Im Frühjahr 2023 tauchte ein älteres privates Video auf, in dem die Mimin, damals 23 Jahr alt, vom Innenleben der Traumfabrik berichtet und Freunden ihre Erfahrungen bei "geheimen Illuminati-Ritualen" beschreibt. Der Clip enthüllt auch, daß Jolie zuvor einem ihrer Freunde eine Aufzeichnung eines solchen Rituals gezeigt hatte. Eine Freundin, die mit gedämpfter Stimme spricht, beschreibt das Betrachten des Filmmaterials und sagt:

"Ich habe nur diesen Film gesehen, den sie (Angelina Jolie) an diesem Abend gekauft hat. Leute, die dunkler sind... Es ist großartig, die Sexualität von jedem sehen zu können, aber es

ist so seltsam, wenn man einfach. ... Ich habe die erstaunlichsten kompromittierenden Bilder von Menschen."

In dem Video beschreibt Jolie zudem, wie sie bei dem Ritual eine Schlange zur Opferung getötet und als Teil des Initiationsrituals tätowiert oder gebrandmarkt wurde. "Kein gesunder Ort" - das ist wohl noch untertrieben. ...

Dunkel, dämonisch, diabolisch: In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" enthüllen wir die okkulte Agenda des Showgeschäfts und zeigen, wie Satanisten, Geheimdienste und Pädokriminelle die Traumfabrik und den Pop-Olymp infiltriert haben. Diese Spezial-Ausgabe ist nichts für schwache Nerven - aber notwendig, um das Grauen, das sich hinter der Fassade der Glitzer- und Glamour-Welt abspielt, endlich an die Öffentlichkeit zu bringen. Geballte Hintergrundinformationen, die Ihnen der Mainstream verschweigt.<<

15.12.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 15. Dezember 2023 (x1.348/...): >>Staat hat mit Teil-Impfpflicht Tote in Kauf genommen und somit grundsätzlich getötet - Zu den Strafanzeigen

Von *Herbert Ludwig*

Am 10. Dezember wurden von einer Initiative von Kritikern der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe 592 Strafanzeigen gegen öffentlich Verantwortliche wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Ca. 6.000 Menschen nahmen daran teil. Die Strafanzeigen betreffen 568 Mitglieder des Bundestages, 15 Mitglieder des Bundesrates, den Bundespräsidenten und acht Richter des Bundesverfassungsgerichts. In der anschließenden Pressekonferenz hat der Hauptinitiator, Rechtsanwalt Ralf Ludwig, für die sich auf das Völkerstrafgesetzbuch stützenden Strafanzeigen eine ausführliche Begründung entwickelt, wovon wir wegen der großen Bedeutung der Sache das Wesentliche nachfolgend darstellen.

Von den totalitären Corona-Maßnahmen des Staates, mit denen die unabänderlichen demokratischen Grundrechte zum großen Teil ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt wurden, ragt besonders die einrichtungsbezogene Impfpflicht hervor, die vom 16. März bis 31. Dezember 2022 für den Gesundheits- und Pflegebereich galt. Beschäftigte in diesen Einrichtungen mußten nachweisen, daß sie geimpft oder genesen waren oder aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden konnten. Wer dem nicht nachkam, erhielt Bußgelder, Betretungsverbote oder wurde schließlich gekündigt.

Beim Beschluß dieses Gesetzes war den Bundestag-Abgeordneten bekannt, daß schon Menschen an der "mRNA-Impfung" gestorben waren und daß weitere daran sterben würden. Und das Paul-Ehrlich-Institut geht am 31. März 2023, so RA Ralf Ludwig auf der Demo, auch von 127 Menschen aus, die durch die Impfung gestorben sind, obwohl die Zahlen in der Realität noch viel höher seien. Doch "127 Menschen sind 127 Menschen zu viel, weil ein Staat keine unschuldigen Menschen töten und eine Pflicht einführen darf, bei der er weiß, daß am Ende auch nur ein einziger Mensch schwer geschädigt oder sterben kann", habe RA Ralf Ludwig betont (epochtimes.de).

Um diese die Menschenwürde verachtende Grenzüberschreitung der Verantwortlichen des Staates geht es.

Grundsätzliches

Auf der Pressekonferenz führte nach einigen Vorrednern der Schweizer Rechtsanwalt Claudio Zanetti die Sache auf einfache Grundsätze zurück, die eine Überleitung zu Rechtsanwalt Ralf Ludwig bildeten.

RA Claudio Zanetti: "Wenn eine Regierung sagt: Wir opfern jetzt 10, um 1.000 zu retten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen

wir sie behaften. Es ist eine ganz einfache Geschichte. Es wurde heute hier sehr viel Gescheites gesagt von Regeln und WHO und viele juristische Überlegungen, aber es geht um sehr Einfaches, Grundsätzliches. Darf die Regierung tun, was sie getan hat?

Wir haben dazu übrigens auch eine Rechtsprechung. Wir haben heute auch von Frau Bahner gehört, daß es da ganz viele kluge Urteile gibt vom Verfassungsgericht, wo die Richter noch den Mut hatten zu denken und vernünftige Entscheidungen zu fällen.

Z.B. hatten es die Richter dem Bundestag verboten, ein Flugzeug abzuschießen, das von Terroristen entführt wurde und das, sagen wir, auf ein Fußballstadion mit vielen Leuten dort zu steuert. Im Einzelfall, wenn ein Kommandant dann den Abschluß befiehlt, ist das ein anderes Problem. Aber wenn der Staat grundsätzlich sagt: Jawohl in einem solchen Fall gilt das Leben der Leute im Flugzeug weniger als das der Leute im Stadion, geht das nicht.

Und das Verfassungsgericht hat das (so) entschieden. Und wir sollten jetzt einfach auf dieser Basis bleiben: Nein, ihr dürft das nicht, ihr dürft nicht mit Menschenleben spielen. Und auch wenn wir jetzt weiterdenken an die WHO, müssen wir uns immer die Frage stellen: Ja sind jetzt diese Menschenrechte ein kategorischer Imperativ, an den sich alle rechtsanwendenden Behörden und auch die rechtssetzenden Behörden halten müssen, oder ist das einfach eine Knet- und Spielmasse der Mächtigen? Um das geht es.

Wenn ein Bundeskanzler sagt, es gibt keine roten Linien mehr, dann haben wir genau wie Frau Bahner gesagt hat, im Grunde einen Putsch. Denn die Menschenrechte sind nichts anderes als rote Linien. Und wir müssen die Regierenden, die Mächtigen dazu zwingen, Stellung zu nehmen. Nehmen sie diese roten Linien ernst, oder fangen sie an zu relativieren. Insbesondere die Würde des Menschen ist viel zu ernst, viel zu wichtig, als daß wir sie den Regierenden überlassen können."

Die Begründung von Rechtsanwalt Ralf Ludwig

Vorbemerkung (hl): Ralf Ludwig hat frei gesprochen, oft viele Einschreibungen gemacht und die Sätze in der Fülle der Gedanken oft grammatisch nicht ganz zu Ende geführt. Ich werde seine wesentlichen Ausführungen daher teilweise nicht wortwörtlich wiedergeben, wie ich sie transkribiert habe, sondern für die fließende Lesbarkeit etwas umgeformt, ohne daß sie dadurch ihre Authentizität verlieren. Ich behalte deshalb auch den Indikativ bei und verwende nicht den referierenden Konjunktiv. Wortwörtliche Passagen sind kursiv gekennzeichnet:

RA Ralf Ludwig einleitend zur allgemeinen Situation und Stimmung:

Ich habe heute 592 Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof eingereicht. Davon sind 568 Bundestagsabgeordnete. 570 haben am 10. Dezember 2021 für die "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht", wie es ja bezeichnet wird, gestimmt, 2 sind verstorben. Es (das Gesetz) wird immer bezeichnet als "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht"; tatsächlich haben diejenigen, die das Gesetz eingebracht haben, im Entwurf von einer Impfpflicht gesprochen. Sie wußten, was sie da taten: Es war keine "einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht", sondern de facto war es eine Impfpflicht, was auch das Bundesverfassungsgericht nicht bestritten hat.

Am gleichen Tag, am 10. Dezember 2021, - das Gesetz ist am 6. Dezember 2021 in den Bundestag eingebracht worden - hat die Abgeordnete Frau Dr. Christina Baum eine mutige Rede gehalten. Diese mußte sie von der Tribüne des Bundestages halten, auf die sie verbannt war, weil sie keine Maske getragen hat. Das darf man auch nicht vergessen: ein Abgeordneter mit einem freien Mandat wurde - diese Plenarprotokolle sind historische Dokumente - sie wurde mehrfach aufgefordert, die Maske über die Nase zu ziehen. - Jeder, der auf einer Demo war, kennt das: "Ziehen Sie die Maske über die Nase!"

Die Grünen waren nicht so nett, die haben sie geduzt. Die Zwischenrufe der Grünen sind auch dokumentiert und die der anderen Parlamentarier, wie diese Frau Baum und andere beschimpft worden sind, weil sie die Maske nicht richtig trugen. Das sind alles historische Do-

kumente. -

Wenn wir uns heute historische Dokumente von vor 34, 40, 50 Jahren angucken, wie da miteinander umgegangen wurde, wenn wir uns das angucken, sagen wir: Das ist unvorstellbar. Das Schöne ist, das ist alles stenographiert, und diese Dokumente werden sich in 30 Jahren andere Menschen angucken, Historiker vielleicht und sagen: Das können wir uns gar nicht vorstellen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland los war, alleine diese Stimmung im Bundestag.

Am 6. Dezember ist dieses Gesetz eingebracht, am 10. Dezember ist es in dritter Lesung beschlossen worden. D.h. über eine Frage der verpflichtenden Aufnahme einer Substanz in den Körper hat der Deutsche Bundestag sich 3 Tage genommen, 3 Tage! Wo will man da sich wirklich informiert haben?! Ein Politiker hat die Pflicht, nicht zu fragen, schützt das, was ich tue?, sondern er hat die Pflicht zu fragen, schädigt das, was ich tue? Und dann muß man sich informieren.

Es ist ja so, wir brauchen doch darüber nicht streiten: Es war ein bedingt zugelassener Impfstoff in der damaligen Zeit, es gab eine Diskussion. Und die haben die Politiker natürlich wahrgenommen, weil es ja immer wieder Anfragen gab, ob die Querdenker denn Verfassungsfeinde wären. Das heißt, die Politiker haben sich ja mit dem beschäftigt, was wir gesagt haben. Die wußten, was draußen gesprochen wurde. Die hatten natürlich auch von den Demonstrationen mitbekommen. Gerade in dem Corona-Untersuchungsausschuß (in Brandenburg) kriegt man das jetzt mit.

Die haben natürlich auch das PEI und das RKI gefragt. Wenn man den Lothar Wieler beim Untersuchungsausschuß gesehen hat, der da sagt: 'Wir vom RKI haben nur Empfehlungen gemacht. Das ganze waren die Politiker, wir waren das gar nicht.'

Jetzt geht's nämlich los, jetzt geht das "Schwarze Peter-Spiel" los, wer war eigentlich verantwortlich. Ja, verantwortlich waren die Politiker, die haben ihre Hand gehoben, die haben namentlich abgestimmt. ...

Am selben 10. Dezember hat der Bundesrat über die einrichtungsbezogene Impfpflicht gesprochen, und da haben zwei Personen geredet: Herr Dulig aus Sachsen als Innenminister - ich weiß nicht - und stellvertretender Ministerpräsident, und Herr Volker Bouffier, damals noch hessischer Ministerpräsident. Es ging also um die einrichtungsbezogene Impfpflicht, also darum, 6,5 Millionen Menschen, die in und um das Gesundheitswesen arbeiten, zu verpflichten ..., eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen.

Und nach diesem Bundesrats-Plenarprotokoll geht der Herr Dulig an das Rednerpult und redet darüber, daß ein Tag vorher ein Mob zu der Frau Köpping, ich glaube, das ist die Sozialministerin, gezogen sein soll und vor ihrem Haus protestiert hat. D.h. die Diskussion im Bundesrat ging nicht um die Frage, zwingen wir hier einem großen Teil unserer Bevölkerung etwas auf, was diese Menschen möglicherweise schädigt, sondern man hat sich als Politiker darüber empört, daß Menschen einen Protestzug vor das Wohnhaus dieser Politikerin gemacht haben.

Es ist eine Entscheidung über das Leben, über die Gesundheit anderer Menschen, und man diskutiert gar nicht über die Frage, was man hier eigentlich macht. Und man fragt nicht, mein Gott, ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, auf das Leben, ein Verstoß gegen die Würde des Menschen?

Nein, man diskutiert über die Frage, daß es jetzt ganz schlimm war, und man müsse jetzt endlich dagegen halten, sonst würde die AfD noch stärker werden. - Das ist die Denkweise der Politiker.

Im Hauptausschuß, der immer vorher tagt und wo man diskutiert über mögliche Veränderungen, wurden sogenannte Experten gehört. Diese Experten sind verschiedene Verbände: Verband der Virologie, Verband der Hausärzte, Verband der Apotheker. Vom Verband der Hausärzte war die einzige Kritik an diesem Gesetz, daß danach auch die Apotheker impfen durften,

und man sagte: 'Es kann doch nicht sein, daß die auch impfen dürfen. Das darf doch nur ein Hausarzt machen!' - Das war die Diskussion. Ansonsten wurde darüber geredet, daß nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wurde.

Die Linke hat sich im Wesentlichen dieses Gesetzes enthalten mit der Begründung, ja wir müssen erst mal dafür sorgen, daß die Pflegekräfte, die sich so aufgeopfert haben, Geld bekommen. D. h. sie haben sich eigentlich nicht der Impfpflicht verweigert, sondern dem, daß neben der Impfpflicht das Pflegepersonal nicht auch noch sozial abgesichert würde, ein typisch linkes Thema. Also wenn man sich das mal durchguckt: Es wurden die typischen politischen Debatten geführt.

Das Verbrechen

Keiner hat sich um die Menschen gekümmert, die diesen Stoff erhalten sollten, der eine bedingte Zulassung hat, von dem man nicht wußte, wie er wirkt. Was jedoch inzwischen nicht stimmte, weil im PEI- Sicherheitsbericht vom 26. Oktober 2021, also direkt vor der Abstimmung, schon von Todesfall-Verdachts-Meldungen die Rede war. Da wurde schon gesagt, wir haben eine Todesfall-Verdachts-Meldung auf 50.000 Impfungen. Es war also bekannt, auch das war klar, aber man hat darüber nicht gesprochen. Es gab genau zwei Wortmeldungen zu diesem Thema. Und das war eine FDP-Abgeordnete, die dann noch sagte:

'Wir müssen diese Impfpflicht machen, weil wir ja wissen: In 99,98 % der Fälle gibt es keine schweren Nebenwirkungen.'

Das stimmt möglicherweise.

Aber in 0,02 % der Fälle gibt es schwere Nebenwirkungen. ... Und derjenige, der schwere Impfnebenwirkung hat, für den ist es nicht selten, für den ist es ein ganzes Leben. Und derjenige der daran stirbt, der ist nicht eine statistische Größe, das ist ein echter Mensch. Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. -

Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige, das ist, was der Kollege Claudius Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Wir sagen immer, er darf keinen unschuldigen Menschen töten, aber hier in Europa darf er auch keinen Menschen töten. Wir in Europa dürfen noch nicht mal schuldige Menschen töten. Denn bei uns ist die Todesstrafe abgeschafft. Und der einzige Fall, wo man einen schuldigen Menschen töten darf, ist im Rahmen einer Todesstrafe. Die gibt es bei uns nicht. Unsere Gesellschaft in Europa hat sich darauf verständigt: Der Staat darf keinen Menschen töten, insbesondere keinen unschuldigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Diese Impfpflicht ist ein zielgerichteter mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Also es hat noch nicht einmal gesagt: Nein, nein, das ist ja kein Eingriff, das ist letztlich nur freiwillig, die Leute können ja auch ihren Job bleiben lassen.

Nein, das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gesagt: 'Das ist schon relativ hart, was diejenigen, die im Gesundheitsbereich sind, da trifft, wenn sie diese Impfung nicht akzeptieren.' Und es hat auch gesagt: 'Wir wissen, daß es sogar auch Menschen geben kann, die sterben können. Aber wir müssen eine Abwägung machen.' -

Es gibt über das Leben keine Abwägung! Das ist die rote Linie. Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt. Der Staat kann nicht sagen: 0,02 % nehmen wir hin. - Wir nehmen das nicht hin!

Eine Kollegin von mir hat im Cicero jetzt gerade einen wunderbaren Aufsatz geschrieben. Sie hat da gesagt: Es gibt zwei Dinge, die wir uns merken müssen. Das eine: eine Pandemie, selbst wenn es eine wirkliche Pandemie ist, ist ein Unglück, das andere ist menschengemacht und ein Unrecht. Und wir müssen immer zwischen Unglück und Unrecht unterscheiden. Ein Unglück können wir nicht verhindern; wir können alles dafür machen, es abzumildern.

Wenn es eine Pandemie gibt, dann können wir Krankenhäuser bauen, dann können wir Ärzte besorgen, dann können wir Pflegeschlüssel verändern, dann können wir Pflegekräfte ranschaf-

fen, dann können wir Überstunden besser bezahlen, dann können wir auch Medikamente entwickeln, auch Medikamente meinetwegen bedingt zulassen, dann können wir auch möglicherweise über Hürden gehen, über die wir sonst nicht gehen würden, aber es muß immer freiwillig sein.

Die letzte Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen, ist, daß wir Menschen dazu zwingen, ein Mittel in ihren Körper aufnehmen zu müssen, das sie möglicherweise tötet, und wenn es nur ein einziger Fall ist.

Und das Völkerstrafgesetzbuch redet genau von einem Menschen, es steht nämlich dort drin in § 7: "Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet", - es reicht einer aus, "einen Menschen", da steht nicht drin 100 oder viele Menschen, es steht nicht die Mehrzahl drin. § 7:

"Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff gegen eine Zivilbevölkerung

1. einen Menschen tötet ..., wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. ...

8. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden ... zufügt, ... wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft."

Das steht da so drin im Völkerstrafgesetzbuch, was ja aus dem "Römischen Statut des Internationalen Gerichtshofs" abgeleitet ist. Es ist klar, daß es nur um den Angriff geht. Und wenn dieser Angriff dazu führt, daß auch nur ein Mensch stirbt oder ein Mensch schwer in seiner Gesundheit verletzt wird, dann ist das ein Verbrechen wider die Menschlichkeit.

Und wenn dann jetzt viele Leute kommen und sagen: Ja, was ist denn ein Angriff? - Wir haben das mit vielen Juristen durchdiskutiert. Der Internationale Strafgerichtshof hat zum Thema Ruanda gesagt:

Ein Angriff ist es auch dann, wenn Menschen wie in Apartheid oder apartheidähnlich unterdrückt werden, wenn so viel gesellschaftlicher Druck auf sie ausgeübt wird, daß sie z.B. Teile ihrer Grundrechte verlieren.

Als wir diese 2G- und 3G-Regelungen hatten, ging doch immer die Diskussion: Ist das eigentlich Apartheid oder wie Apartheid? Es sind Teile der Gesellschaft ausgegrenzt worden.

Ich durfte, weil ich keinen Impfnachweis hatte, während des Weihnachtsmarkts in Frankfurt nicht zum Karstadt zum Pinkeln gehen. Ich durfte nicht rein auf die Toilette, weil man mir gesagt hat, ich hätte keinen Nachweis, daß ich geimpft bin.

Das ist eine Ausgrenzung, und nach den Kriterien des Internationalen Strafgerichtshofs ist es, wenn das staatlich geregelt ist, ein Angriff auf die Zivilbevölkerung.

Wir haben das ganz, ganz nüchtern durchsubsumiert, wir sind Juristen, das ist völlig unemotional. Und wir haben das Ganze nun dem Generalbundesanwalt zur Prüfung vorgelegt. Es haben viele Anwälte, Richter und Staatsanwälte daran mitgearbeitet an dieser Strafanzeige.

Wir haben auch zu dem Thema Indemnität Stellung genommen. Indemnität heißt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht verurteilt werden, auch nicht strafverfolgt werden.

Das kann aber nicht so gelten. Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Verbots-Verfahren dazu auch eine Äußerung gemacht. Es hat gesagt - wir Juristen nennen das so - man müsse immer die Normen des Grundgesetzes in praktischer Konkordanz gegeneinander auslegen. Und Art. 46 Abs. 1 GG sagt: Ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Das kann nicht meinen, daß ein Abgeordneter auch dann nicht verfolgt werden darf, wenn er gegen Art. 1 Abs. 1 des GG verstößt. So wird das immer ausgelegt in "praktischer Konkordanz", denn das würde ja heißen, daß die Abgeordneten beschließen könnten: Wir töten jetzt Menschen, wir suchen uns irgendwelche Menschen aus. Wir sagen z.B.: Die größte Gefahr für dieses Land sind die Journalisten, nur als Beispiel, und machen dann ein Gesetz, das besagt, wir machen das und das mit Journalisten.

Das ist natürlich bloß ein blödes Beispiel. Sie lachen, weil Ihnen völlig klar ist, daß ein Parlament ein solches Gesetz niemals beschließen dürfte. Wenn es das aber täte und dann sich darauf berufen würde, für unser Abstimmungsverhalten dürfen wir ja wohl nicht verurteilt oder strafrechtlich verfolgt werden, ist das Blödsinn. Dann gäbe es keine rote Linie.

Und diese Indemnität gibt es übrigens auf der Ebene des Internationalen Strafgerichtshofes nicht.

Der Generalbundesanwalt ist jetzt der erste Schritt. Wenn er nicht ermittelt, z.B. weil es tatsächlich ernsthafte juristische Stimmen gibt, daß die Indemnität absolut gelte, dass, egal was die Parlamentarier entscheiden, sie dafür nicht strafrechtlich verfolgt werden dürften, dann mag das auf deutscher Ebene gelten. Dann muß der Generalbundesanwalt morgen sagen: Ich darf hier wegen Indemnität nicht ermitteln, jedenfalls nicht gegen die Parlamentarier.

Und dann werden wir die Strafanzeigen sofort nach Den Haag weiterreichen. Denn dann haben wir den Beleg für diesen Weg - Art. 17 des Römischen Statuts des Internationalen Gerichtshofs verlangt das. Dann haben wir den Beleg dafür, daß Deutschland nicht willens oder in der Lage für eine Strafverfolgung ist.

Ich will noch kurz, weil das vielleicht nicht alle mitbekommen haben, auch zum Abschluß sagen: Das sind diejenigen, gegen die die Strafanzeigen heute eingegangen sind: 568 Bundestagsabgeordnete, 15 Mitglieder des Bundesrates, die an diesem Tag abgestimmt haben, ein Bundespräsident, der das Gesetz ausgefertigt hat, und 8 Richter vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts, die dieses Gesetz nicht gestoppt haben, obwohl sie es hätten stoppen müssen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Einzelfall der Woche: Schulschlägerei mit 49 Verletzten - es reicht!**

Eine von Migranten angezettelte Massenschlägerei an einer Schule in Berlin-Neukölln zeigt es erneut: Die jahrzehntelang durch Medien und etablierte Parteien vorangetriebene Politik der Selbstaufgabe hat unser Land wehrunfähig gemacht. Wir sind nicht in der Lage, unsere Ordnung und unsere Gesetze in den Schulen und im Alltag durchzusetzen. Auf dem Schulhof der Neuköllner Gemeinschaftsschule "Campus Efeuweg" kommt es am Montag zu einem banalen Streit um einen Ball. Plötzlich zückt ein Jugendlicher Pfefferspray und sprüht los, kurz darauf fliegen Fäuste. Zwei Lehrer werden ebenfalls mit Pfefferspray angegriffen, die Schulleiterin wird verletzt, einem herbeigerufenen Polizisten wird ins Gesicht geschlagen.

49 Verletzte - das ist das Ergebnis der mit Worten kaum zu beschreibenden Zustände. Die fünf Drahtzieher der Massenschlägerei hatten laut Medien-Informationen allesamt einen "Migrationshintergrund", zwei davon waren Intensivtäter. Ein Polizei-Papier zeigt indessen, wie es an der Schule und an anderen Schulen des Bezirks seit Langem zugeht: Immer wieder Gewalt, üble sexuelle Übergriffe, Beleidigungen gegen Schüler und Lehrkräfte. Nach einer Schlägerei bedrohen mehrere Familien sich gegenseitig, 11-Jährige werfen Stühle durch die Klassenräume und treten und schlagen auf Lehrer ein.

Wir sagen: Es reicht! Gegen renitente, randalierende und gewalttätige Migranten-Schüler werden wir mit harten Strafen vorgehen. Unsere Regeln, unsere Gesetze und unsere Kultur werden wir kompromißlos in den Schulen und im Alltag durchsetzen. Und um die Zustände nicht noch weiter zu verschlimmern, werden wir die Grenzen schließen und illegale Zuwanderer konsequent abschieben. Denn Verhältnisse wie an der Gemeinschaftsschule "Campus Efeuweg" dürfen an keiner einzigen deutschen Schule geduldet werden!<<

Mehr "Einzelfälle" hier: <https://afd.de/einzelfallticker><<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2023:

>>Habeck träumt: Gewinnverzicht der Plastikhersteller

Von *Karel Meissner*

Robert Habecks Wirtschaftsministerium hat eine Spitzen-Idee: Hersteller sollen die neue Steuer für Plastikverpackung nicht an Endverbraucher weitergeben - sondern stattdessen auf Gewinn verzichten... Klimaterror findet nicht nur auf der Straße statt. Er sitzt in der Regierung.

Wirtschaftsminister Robert Habeck könnte als Erfinder der dadaistischen Ökonomie in die Geschichtsbücher eingehen. Bereits seine revolutionäre Forderung, "daß bestimmte Bereiche erstmal aufhören zu produzieren" ohne deshalb in Insolvenz zu gehen, war von einer Parodie nicht unterscheidbar.

Jetzt löste Habecks Ministerium ein weiteres Wirtschaftsproblem - in ähnlicher Form. Die Frage lautet: Wie läßt es sich verhindern, daß Betriebe die erhöhten Steuern für 2024 an den Endverbraucher weitergeben? Das hätte nämlich zur Folge, daß Waren sich weiter verteuerten und für viele Menschen unbezahlbar würden. Ein Problem, das beispielsweise aus der geplanten Steuer für Plastik-Verpackungen resultiert.

Habecks Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz präsentierte vorgestern auf X einen großartigen Lösungsvorschlag: "Oder die Plastikhersteller verringern ihre Gewinne und gleichen so die neue Abgabe aus. Steuern oder Abgaben werden nicht zwingend 1:1 weitergegeben."

Ein Menschenbild wie aus dem Märchenbuch: Die Hersteller verzichten wegen erhöhter Abgaben (zur Stopfung des Ampel-Haushaltslochs) freiwillig auf Gewinn. Altruismus zum Wohl der Regierung.

Eine X-Userin antwortete: "Ja, das ist sehr realistisch. Ungefähr genauso realistisch, wie die Annahme, daß wir Spediteure nun die bis zu 80 % erhöhte Maut auf unsere eigene Kappe nehmen und nicht an den Endverbraucher weitergeben."

Aber der Märchenonkel besitzt nicht nur ein naives Menschenbild, sondern läßt auch die Frage offen, wie eine Wirtschaft sich bei Kürzung der Gewinne aus ihrer Krise erholen soll. So fragt eine Userin: "Kurze Frage, wer zahlt dann die höheren Löhne von welchem Geld? Oder hören die auf zu produzieren wenn kein Geld mehr für Rohstoffe und neue Maschinen da ist?" Genau, einfach mal aufhören zu produzieren. Man muß deshalb ja nicht gleich in Insolvenz gehen.

Lassen Sie sich nicht mehr länger auf den Arm nehmen und steigen Sie aus der Klimalügen-Gesellschaft aus!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Dezember 2023: >>**Süßer die Glocken nie klingen: Afghanen, Syrer, Iraker und Ukrainer freuen sich aufs höhere "Bürgergeld"**

44 Milliarden Euro sind 2024 für das sogenannte Bürgergeld (vormals Hartz IV) vorgesehen. Wobei sich immer mehr zeigt, daß der Begriff an sich schon irreführend ist. Denn es handelt sich vielfach nicht um Steuergeld für oftmals arbeitsunwillige "Bürger", sondern um Steuergeld für Sozialmigranten, die nicht bzw. noch nicht Bürger dieses Landes sind und keinen Cent in die hiesigen Sozialsysteme eingezahlt haben.

44 Milliarden Euro plant die Abriß-Ampel alleine 2024 für "Bürgergeld-Empfänger" ein. Der Stütze-Regelsatz erhöht sich dann von 502 auf 563 Euro pro Monat. In den Ausgaben enthalten sind auch Kosten u.a. für Miete und Heizung.

ACHTUNG: Fast die Hälfte aller Leistungen (45 Prozent) geht bereits an Nicht-Deutsche! Das belegen statistisch erfaßte Zahlungsansprüche, welche die Bundesagentur ausgewertet hat.

Insgesamt gab es im Zeitraum vom September 2022 bis August 2023 rund 5,5 Millionen "Bürgergeld-Empfänger". 2,9 Millionen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund (55 Prozent) standen dabei 2,6 Millionen Ausländern (45 Prozent) gegenüber. Sie erhielten 22 bzw. 19 Milliarden Euro.

Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt kamen in den Genuß von "Bürgergeld" in alphabetischer Reihenfolge:

174.000 Afghanen

108.000 Bulgaren

116 000 Iraker

53. 000 Polen

75 000 Rumänen

687 000 Ukrainer

497 000 Syrer

110.000 Westbalkanesen (u.a. Albaner, Kosovaren, Serben).

Hintergrund: Wer sich als Ausländer fünf Jahre lang dauerhaft in Deutschland aufhält, hat Anspruch auf das "Bürgergeld". So erklärt sich u.a. die hohe Anzahl an Syrern und Afghanen im "Bürgergeld-Bezug".

Ausnahme von dieser Regel sind Flüchtlinge aus der Ukraine. Sie genießen als einzige Bevölkerungsgruppe laut der sog. EU-Massenzustrom-Richtlinie einen Sonderstatus.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Plastiksteuer, CO2-Abgabe, teure Energie: Wir zahlen nicht mehr für Euer Versagen!

Mit großem Bohei haben Kanzler Scholz und seine Minister Habeck und Lindner jetzt einen "Kompromiß" zum Stopfen ihrer selbstverschuldeten Haushaltslöcher vorgestellt: Die Bürger sollen für das Versagen der Ampel bezahlen, und zwar in Form einer neuen Plastiksteuer sowie noch mehr Abgaben auf Kraft- und Heizstoffe. Von wegen "zähe Verhandlungen": Wenn es darum geht, den Bürgern den letzten Euro abzupressen, sind sich SPD, FDP und Grüne immer ganz schnell einig. Wir haben mit dem AfD-Bundessprecher und Fraktionschef Tino Chrupalla darüber gesprochen, warum das Gebaren der Ampelregierung nicht nur unmoralisch, sondern auch noch verfassungswidrig ist.

Und: Einmal hat das Bundesverfassungsgericht der desolaten Haushaltsplanung der Scholztruppe in Berlin den Riegel vorgeschoben, in anderen Punkten wurde die Regierung aber wiederholt in ihrem Treiben bestätigt. Man denke nur an die grundgesetzwidrigen Freiheitsbeschränkungen der Corona-Jahre, für die Ex-Kanzlerin Merkel Rückendeckung aus Karlsruhe erhielt. Mit unserem stellvertretenden Bundessprecher und Rechtsexperten Stephan Brandner erörtern wir, warum die Dritte Gewalt in Deutschland längst nicht so unabhängig agiert, wie es die Demokratie eigentlich gebietet.

Außerdem: Mit dem Winter steigt auch der Strom- und Wärmebedarf in den Haushalten. Man könnte ganz leicht den Bedarf für die Bürger decken, indem die Kernkraftwerke wieder ans Netz gebracht werden - doch das wird aus ideologischen Gründen von den Ampelparteien verhindert. In anderen Europäischen Ländern sieht das anders aus: Dort wird die Kernenergienutzung sogar ausgebaut - und Strom nach Deutschland verkauft. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Dezember 2023: >>Muslime reißen Nikolaus das Kostüm vom Leib: "Das ist unser Land!"

Jugendliche offensichtlich mit sogenanntem Migrationshintergrund haben in Kassel einen Mann im Nikolauskostüm angegriffen und ihm Teile der Verkleidung vom Leib gerissen. Nach Angaben des Opfers sagten sie, daß sie Muslime seien und riefen: "Das ist unser Land!" Der Staatsschutz ermittelt.

Der Umhang ist zerrissen: Rainer B. (54), ein Baggerfahrer aus Ulm, tritt seit vielen Jahren zur Weihnachtszeit als Nikolaus auf. Dieser Tage war er zum ersten Mal im hessischen Kassel unterwegs. Das paßte einer Gruppe von Jugendlichen im Alter von etwa 15 Jahren überhaupt nicht.

Am Nikolaustag wurde B. nach eigenen Angaben in der Kasseler Unteren Königsstraße von

Jugendlichen angegriffen, die erkennbar einen sogenannten Migrationshintergrund gehabt hätten. Dabei wurden ihm sein Mantel und sein Umhang teilweise vom Leib gerissen. Fünf bis sechs Jugendliche seien auf ihn zugekommen. Sie sollen um die 15 Jahre alt gewesen sein und einen "Migrationshintergrund" gehabt haben. Rainer B.: "Sie beschimpften mich als Hurensohn und Fettsack und wollten, daß ich mein Nikolauskostüm ausziehe."

Der Staatsschutz übernahm Medienberichten zufolge die Ermittlungen, da ein "politischer Hintergrund" nicht auszuschließen sei.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Dezember 2023 (x1.345/...):
>>**Weiter Flaute: Nur Frankreichs Atomstrom sichert aktuell Deutschlands Energieversorgung**

Wieder reichen die Erneuerbaren nicht ansatzweise aus: In den letzten Tage konnte die Energieversorgung in Deutschland nur mit Hilfe von importierten französischen Atomstroms aufrechterhalten werden.

Jerome Wnuk

Merci Frankreich! Das müßte eigentlich jeder deutscher Stromverbraucher heute denken, wenn er sorglos die Zimmerlampe anknipst oder sein Handyakku lädt. Denn trotz milliarden-teurer Energiewende rettet französischer Atomstrom in den vergangenen Tagen, wie schon mehrmals diesen Winter, die deutsche Stromversorgung. Denn, ohne den Import von großen Strommengen aus unserem Nachbarland, würde Deutschland mit seinen erneuerbaren Energien schnurstracks in die Stromnotlage rasen.

Die Resultate der deutschen Energiewende kann man beinahe wöchentlich in einer gruseligen Regelmäßigkeit an den Strommarktdaten ablesen, die die Bundesnetzagentur stündlich aktualisiert herausgibt. Schaut man sich diese Kurven an, könnte man denken, Deutschland wäre ein unterentwickeltes Entwicklungsland, welches nicht auf eigenen Beinen stehen kann und deswegen die Hilfe seiner Nachbarn benötigt. Auch die CO-Ausstoßwerte Deutschlands ähneln eher Südafrika und Indien als modernen Nationen wie Kanada oder den USA.

Ein Industrieland, das sich selbst nicht versorgen kann

Daß sich aber hinter diesen Zahlen, die größte Industrienation Europas verbirgt, muß für den ahnungslosen Beobachter absurd wirken. Daß diese Zahlen aus einem Land stammen, daß sich auf internationaler Bühne immer wieder, zuletzt vor ein paar Tagen beim Internationalen Klimagipfel in Dubai, für die Verringerung der Emissionen stark macht und andere Länder zum Klimaschutz missionieren möchte, müßte noch absurder sein.

Doch so sehen die harten Fakten aus. In den letzten 24 Stunden mußte Deutschland zeitweise bis zu zehn Gigawattstunden aus anderen Ländern importieren, um den Stromverbrauch zu decken. Zehn Gigawattstunden sind etwa 15 Prozent des gesamten Stromverbrauchs Deutschlands.

Und dieser importierte Strom kommt in den letzten Tagen fast ausschließlich aus Atomkraftwerken in Frankreich. Selbst Atomkraftwerke an das Netz zu bringen - in Deutschland Tabu. Aber importieren, damit uns nicht das Licht ausgeht? Das geht.

Das deutsche Versorgungsloch, das ausschließlich dadurch entsteht, daß die erneuerbaren Energien konsequent zu wenig Strom liefern, um auch nur annähernd den Stromverbrauch des Landes zu stemmen, wird jetzt also immer wieder durch Atomstrom gelöst. Atomstrom, den Deutschland einst selbst in modernster Weise produziert hat.

Das Ergebnis ist bitter: Es gibt schlichtweg nicht genug Strom in Deutschland und den Strom, den wir noch selber produzieren, stammt aus den doch gerade so verpönten Kohlekraftwerken. Ist das ein Vorbild für andere Industrieländer?<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2023: >>Putin: USA haben Nord-Stream gesprengt

Von *Sven Reuth*

Der russische Präsident Wladimir Putin hat gestern während seiner Jahrespressekonferenz erstmals die USA beschuldigt, die Nord-Stream-Pipelines im September 2022 gesprengt zu haben. COMPACT Edition "Seymour Hersh: Der Nord-Stream-Krimi" liefert die wichtigsten Beiträge der Investigativ-Legende zum größten Anschlag der USA auf Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg.

Bislang hatte sich Putin in dieser Frage eher zurückhaltend gezeigt und in erster Linie bemängelt, daß Rußland von den offiziellen deutschen, schwedischen und dänischen Ermittlungen zu den Explosionen ausgeschlossen werde.

Ukraine-Theorie ist "totaler Unsinn"

Im März dieses Jahres hatte Putin in einem Interview mit dem russischen Fernsehen allerdings schon darüber spekuliert, ob die USA der Täter sein könnten.

Damals hatte der russische Präsident die angeblichen Hinweise auf eine angebliche Täterschaft einer pro-ukrainischen Gruppierung als "totalen Unsinn" bewertet, da "lediglich Spezialisten" eine Operation in dieser Tiefe und Größenordnung vornehmen könnten.

Weiter sagte Putin damals:

"Dazu gehört auch noch die Unterstützung eines Staates, der über die entsprechende Technologie verfügt."

Man müsse mit Blick auf solche Verbrechen immer fragen, wer ein Interesse an ihnen haben könne. Dazu äußerte Putin:

"Und wer ist interessiert? Theoretisch könnten die USA ein Interesse daran haben, die russischen Energieträger auf dem europäischen Markt zu verhindern."

"Höchstwahrscheinlich die US-Amerikaner"

Auf der gestrigen Jahrespressekonferenz wurde Putin dann nochmals deutlicher. Er äußerte: "Die Tatsache, daß Europa nicht genug Gas bekommt, ist ihr Problem. Sie haben versucht, uns die Schuld dafür zu geben, daß wir nichts verkaufen. Das ist völliger Unsinn, denn wir haben die Jamal-Europa-Gaspipeline in Polen nicht geschlossen, wir haben den zweiten Zweig der Gaspipeline durch die Ukraine nicht geschlossen, das war die Ukraine. Es waren nicht wir, die Nord Stream 1 und teilweise Nord Stream 2 in die Luft gesprengt haben, sondern höchstwahrscheinlich die US-Amerikaner oder jemand auf ihr Geheiß."

Zu einer möglichen Wiederinbetriebnahme der verbliebenen Leitung von Nord-Stream-2 äußerte Putin gestern:

"Wenn sie nicht wollen, müssen sie nicht. Dort gibt es einen Preisanstieg, ganze Industrien machen dicht: Glas-, Chemie- und Hüttenindustrie leiden darunter. Und dementsprechend ist alles, was damit zusammenhängt, ein echtes Problem. Höchstwahrscheinlich wird die deutsche Wirtschaft in ein Minus gehen, ein kleines, aber ein Minus. Aber das ist ihre Entscheidung, nicht unsere."

Selbst mit diesen Äußerungen legt Putin eher noch eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag. So gibt es immer noch Versuche, die Anschläge auf die Pipelines als vom russischen Präsidenten Wladimir Putin angeordnete False Flag-Aktionen einzustufen - so zuletzt beispielsweise der Ex-BND-Mitarbeiter Gerhard Conrad in der ARD-Doku "Tatort Ostsee: Wer sprengte die Nord Stream-Pipelines?"

Solche Spekulationen sind natürlich völlig hanebüchen, denn die geoökonomische und geopolitische Stellung Rußlands wurde durch die Attentate nicht unerheblich geschwächt.

"Scholz war im Bild"

Der von Wladimir Putin angesprochene investigative US-Journalist Seymour Hersh bemerkte in einem seiner jüngeren Artikel außerdem, daß Bundeskanzler Olaf Scholz von den Sprengungen vorab wußte.

Hierzu schrieb Hersh: "Doch am 7. Februar 2022, zwei Wochen nach Nulands Erklärung, signalisierte Biden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Weißen Hauses mit dem zu Be-

such weilenden Scholz, daß er seine Meinung geändert habe und daß er sich den Falken um Nuland und anderen außenpolitischen Beratern anschließe, wenn es darum gehe, die Pipeline zu stoppen. 'Wenn Rußland einmarschiert - und das bedeutet, daß Panzer und Truppen wieder die Grenze zur Ukraine überqueren -, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben', sagte er. 'Wir werden ihr ein Ende setzen.' Auf die Frage, wie er dies tun könne, da die Pipeline unter deutscher Kontrolle stehe, antwortete er: 'Wir werden es tun, das verspreche ich Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.'

Auf die gleiche Frage antwortete Scholz: 'Wir handeln gemeinsam. Wir sind uns absolut einig, und wir werden keine unterschiedlichen Schritte unternehmen. Wir werden die gleichen Schritte tun, und sie werden für Rußland sehr, sehr hart sein, und das sollten sie verstehen.' Der deutsche Regierungschef galt damals - und gilt auch heute noch - bei einigen Mitgliedern des CIA-Teams als voll im Bilde über die geheimen Pläne zur Zerstörung der Pipelines."

Das ist natürlich auch im übertragenen politischen Sinn reiner Sprengstoff. Vielleicht wird Wladimir Putin bei sich bietender Gelegenheit ja auch diese Karte spielen.<<

16.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2023:

>>Lauterbach: Impfung schützt NICHT vor Ansteckung

Von *Karel Meissner*

Lauterbach schreibt auf X: "Hoffentlich gelingt uns bald (!) eine Impfung, die vor Ansteckung schützt. Sonst bleibt Covid eine Art Lotterie für längere Symptome." Bisher ist das also NICHT gelungen ...

Lauterbach sucht Covid-Impfung, die vor Ansteckung schützt!

Manchmal überkommt selbst die krassesten Politiker ein Anfall von Wahrheitsliebe.

Die Schweizer Virologin und Professorin Isabella Eckerle klagte auf X: "Jedes Jahr also jetzt zweimal Covid-19 und wochenlangen Husten danach ... auch wenn SARS-CoV2 jetzt endemisch ist und nicht mehr verschwinden wird, ist das trotzdem keine erfreuliche Aussicht."

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gab sofort seinen Tee dazu: "Das ist leider wahr. Hoffentlich gelingt uns bald eine Impfung, die vor Ansteckung schützt. Sonst bleibt Covid eine Art Lotterie für längere Symptome. Auch läuft viel zu wenig Forschung für Long-Covid bisher."

Mit anderen Worten: Die bisherige mRNA-Brühe schützt NICHT vor Ansteckung!

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2023:

>>Rohrkipierer: Die Sanktionen schaden vor allem uns

Die Sanktionen haben Deutschland weitaus mehr geschadet als Rußland. Andere Länder haben demonstriert, wie man sich klüger verhält. ...

_ von *Oliver Kirchner*

Werfen wir einen Blick darauf, was die energiepolitischen Sanktionen gegen Rußland gebracht haben. Dazu berichtet die Deutsche Presseagentur: "Die deutschen Exporte nach Rußland sind im ersten Halbjahr 2022 infolge der Sanktionen wegen des Ukraine-Krieges deutlich gesunken." Nach den aktuellsten verfügbaren Angaben des Statistischen Bundesamtes verringern sich die Warenausfuhren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 34,5 Prozent, die Einfuhren aus Rußland stiegen aufgrund erhöhter Energiepreise wertmäßig um 51,3 Prozent.

Mengenmäßig sanken die Importe jedoch um 24 Prozent. Mit anderen Worten: Unsere Exporte nach Rußland sind eingebrochen, gleichzeitig liefern uns die Russen weniger Energieprodukte und andere Güter, bekommen dafür aber viel mehr Geld. Dieser Preiseffekt hat dazu geführt, daß der russische Gaskonzern Gazprom im ersten Halbjahr 2022 ein Rekordergebnis in Höhe von 41,5 Milliarden Dollar erzielen konnte, davon gehen zehn Milliarden an den russischen Staat.

Ja, die Sanktionen zeigen Wirkung. Sie schaden aber nicht Rußland, sondern sie schaden uns.

Die US-hörigen Altparteien-Politiker verspüren offenbar die Verpflichtung, unserem Land aus Solidarität mit der Ukraine maximal zu schaden. Gleichzeitig zittern die BRD-Funktionseiliten vor dem berechtigten Volkszorn.

Während sich die Altparteien weigern, eine Außen- und Energiepolitik zu betreiben, die deutschen Interessen dient, verfolgen andere Länder eine knallharte Interessenpolitik. So muß das auch sein. Noch immer gilt das Diktum von Friedrich Nietzsche, daß Staaten "die kältesten aller Ungeheuer" sind. Staaten, die keine Interessenpolitik betreiben, verschwinden über kurz oder lang, um mit Karl Schmitt zu sprechen, "aus der Sphäre des Politischen". Die Völker dieser Staaten sind dem Untergang geweiht.

Schauen wir uns staatliche Interessenpolitik am Beispiel China an: Rußland ist zu Chinas größtem Öllieferanten aufgestiegen. Im Mai 2022 hat China so viel russisches Öl importiert wie noch nie. Insgesamt waren es 8,42 Millionen Tonnen Rohöl und damit 55 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Das linke Publikationsorgan Taz kommentierte wie folgt: "Damit droht das Embargo der westlichen Industriestaaten ins Leere zu laufen." Was für ein transatlantisches Fiasko, was für ein transatlantischer Rohrkrepierer!

Das eigene Land zuerst!

Oder nehmen wir das Beispiel Indien. Die österreichische Zeitung Der Standard titelte im Juni 2022: "Rußland flutet Indien mit Billigkohle." Tatsächlich handelte es sich in den ersten drei Juni-Wochen um Kohle im Wert von 330 Millionen Dollar, was einer Versechsfachung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Das europäische Kohle-Embargo gegen Rußland läuft also ebenfalls ins Leere. Weiterhin haben sich die indischen Ölimporte aus Rußland im selben Zeitraum vereinhunddreißigfach. Rußland ist nunmehr der zweitgrößte Öllieferant für Indien. Das russische Rohöl wird in indischen Raffinerien zu Treibstoff verarbeitet. Dieser wird dann nach Deutschland und in andere EU-Länder exportiert.

Rußland liefert Öl an Indien, dort wird es raffiniert und an uns weiterverkauft.

Liebe Freunde, die Altparteien blamieren sich hier auf offener Weltbühne bis auf die Knochen, und wer Baerbock gesehen hat, der weiß, was ich meine: 360-Grad-Wende, Koblode... - mehr muß man eigentlich dazu nicht sagen. "Überlegen Sie, auf welcher Seite Sie stehen möchten, wenn dieser Moment in die Geschichtsbücher eingeht", hat ein amerikanischer Regierungssprecher die indische Regierung gerügt. Für die indische Regierung ist indes glasklar, auf welcher Seite sie steht. Sie steht nicht auf der Seite der USA, sie steht auch nicht auf der Seite Rußlands. Sie steht auf der Seite Indiens. Indien zuerst! Das ist eine gesunde nationale Interessenpolitik zugunsten des eigenen Volkes, die sich gleichzeitig gegen den westlichen Globalismus richtet.

*_ Oliver Kirchner (*1966) ist seit 2018 Fraktionschef der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2023:

>>Grüne: Anzeige gegen Traktor-Demo von Bauern

Von *S. Hofer*

Panik auf der grünen Titanic: Ein Traktorzug von 30 Bauern fuhr vor das Haus niedersächsische Agrarministerin, um gegen die Steuerhöhe zu protestieren. Die Ministerin will Anzeige erstatten. Grüne Destruktivität findet nicht nur bei den Klima-Klebern: Sie sitzt an der Regierung.

Wenn Linksextreme vor dem Haus eines Oppositionspolitikers demonstrieren, es besprühen, ihn anpöbeln, bedrohen und zusammenschlagen - alles kein Problem. "Mach doch nicht auf Opferrolle!" - verspotten die Kriecher-Medien den Attackierten.

Aber wehe, es passiert umgekehrt. Selbst in harmlosester Form. Wehe, ein Traktorenzug von 30 Bauern, fährt friedlich vor das Haus der niedersächsische Agrarministerin Miriam Staudte (natürlich Grüne), um 15 Minuten lang gegen die Streichung von Steuervorteilen für Agrar-

diesel und gegen den Wegfall der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen zu protestieren - ja, dann gerät die grüne Hipster-Aristokratie in Panik.

Dann droht Agrarministerin Staudte um staatlichen Beistand gegen die frechen Untertanen, die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen: "Eine solche Aktion vor meinem Privathaus ist völlig inakzeptabel. Ich werde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten, der Staatsschutz ist eingeschaltet."

Dabei möchte sie trotzdem als gute Demokratin gelten: "Es ist selbstverständlich legitim zu demonstrieren, auch mit Traktoren, aber nicht vor Privathäusern. Das bewerte ich als Versuch der Einschüchterung."

Klar, am liebsten wäre ihr wohl gewesen: Die Demo hätte am Wochenende vor ihrem Büro stattgefunden, während sie zu Hause ihren Luxus-Lifestyle gefrönt hätte.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27703" berichtet am 16. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Corona-Symposium - Ohne Ende: Straftatbestände

Am 11. und 12. November 2023 veranstaltete die AfD das 2. Corona-Symposium im deutschen Bundestag. Im Gegensatz zu den staatstreuen Mainstreammedien war Kla-TV für Sie dabei und präsentiert Ihnen die prägnantesten Aussagen hochkarätiger Redner, die massive Straftatbestände dokumentieren.

2020 brach durch die Corona-Plandemie ein neues Zeitalter an. Seitdem wurde die Welt Zeuge von unglaublichen Staatsverbrechen. Weil diese bis heute nicht aufgearbeitet sind, organisierte die Bundestagsfraktion der AfD am 11. und 12. November 2023 das 2. Corona-Symposium. Aus über 11 Stunden Filmmaterial hat Kla-TV die prägnantesten Aussagen von Wissenschaftlern, Rechtsanwälten und Polizisten zusammengeschnitten, welche massive Straftatbestände dokumentieren.

1. Falsche Inzidenzen und Auslastungslüge

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dunkle Jahre hinter uns. Zunächst das Wichtigste in fünf Stichpunkten:

Erstens sank die Klinik Belegung in Deutschland bundesweit im Jahre 2020 auf ein historisches Allzeittief, sagt das Bundesgesundheitsministerium.

Zweitens gab es 2020 und 2021 nicht mehr schwere Atemwegserkrankungen als sonst. Corona kam, die Influenza verschwand zeitweise, sagen die Sentinel-Daten des RKI.

Drittens starben im Jahr 2020, altersstandardisiert, nicht mehr Menschen als sonst auch. Erst seit 2021 nimmt die Sterblichkeit zu, sagen Daten des Statistischen Bundesamts.

Viertens waren Menschen, die mit oder an Corona verstarben, im Mittel 83 Jahre alt und die übrigen Verstorbenen im Mittel 82 Jahre alt, sagen RKI und Statistisches Bundesamt. Fünftens und letztens schnitt das masken- und lockdownfreie Schweden besser ab als Deutschland, sagt die WHO. An den Maßnahmen lag das alles also nicht.

Dr. Gerd Reuther, Universitätsdozent Wien

Und schauen wir uns jetzt hier die offiziellen Inzidenzen bei Corona an. Da sehen wir, daß selbst in diesen Lügenkarten, die dunkelrot sind, immer noch viel Wahrheit drin ist. Denn der eiserne Vorhang hat Corona überlebt. Da ist das Virus nicht drüber gekommen. Oder genauer gesagt, es scheint ein Intelligenzgefälle von Ost nach West zu geben.

Wie kann das sein, daß ein Virus nur in bestimmten Regionen wütet? Kann es natürlich nicht sein. Gewütet hat die Medizin. Das waren nämlich die Kliniken, die nach WHO-Protokoll behandelt haben. Die haben frühzeitig beatmet, haben Hydroxychloroquin, ein Malariamittel, in tödlicher Dosierung ausgegeben.

Man hat die umgebracht im März, wenn man nach WHO-Protokoll gearbeitet hat.

Tom Lausen, Programmierer und Datenanalyst

Die Überlastung des Gesundheitssystems ist quasi in jedem Beschluß, in jedem Eilbeschluß,

in jedem Urteil immer wieder aufgetaucht. Also wenn Sie Überlastung des Gesundheitssystems in den Rechtsdatenbanken angucken, dann werden Sie feststellen, das ist das Zauberwort, die Zauberformel überhaupt. Damit hat es funktioniert.

Ja, wir hatten tatsächlich in 2020 217.000 Fälle weniger als 2019 auf den Intensivstationen in Deutschland. Und da sind schon die Covid-Patienten mit eingerechnet. Und wir hatten 2021 370.000 Fälle weniger auf deutschen Intensivstationen. Also ganz ehrlich, auch hier findet nichts statt.

Das RKI hat selbst gesagt, für den Zeitraum, in dem die Kapazitäten von Gesundheitsämtern abgefragt wurden, gab es keine bundesweite Überlastung.

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Ja, dazu kommt, daß natürlich die Mehrheit der Corona-Toten gar nicht an, sondern mit Covid verstorben sind. Da gibt es eine wunderbare Stadt in Deutschland, das ist die Stadt Halle an der Saale. Die haben nämlich in ihrer Statistik von vornherein differenziert und da kommt am Ende raus, nur 40 Prozent der Corona-Toten sind tatsächlich an Corona gestorben. Es gab also zu keinem Zeitpunkt eine epidemische Lage nationaler Tragweite und damit sind alle Maßnahmen rechtswidrig.

2. Gezielte Irreführung durch PCR-Test- Mißbrauch

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Zusammenfassend, klinisch in Bezug auf echte Krankheiten und Todesfälle gab es nichts Besonderes. Es war alles normal. Das sind Fakten und das ist der wichtigste Punkt. Die Vorstellung einer Pandemie ergab sich ausschließlich aus neuartigen, anlaßlosen Massentests, deren Ergebnisse enorm schwankten und dem Publikum vorgaukelten, es gäbe mehr Kranke und Tote als sonst. Was nicht stimmte.

Zweitens, im Februar 2020 rieten Lehrbücher und WHO-Richtlinien von Maßnahmen wie Lockdowns und Schulschließungen ab. Das RKI verkündete damals, Masken würden nichts bringen und Corona sei meist mild, was auch stimmte. Dies betonte auch Herr Drosten in Interviews. Derselbe Herr Drosten erklärte dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Talkshow, man würde die Pandemie ohne den PCR-Test gar nicht bemerken, was ebenfalls stimmt.

Prof. Paul Cullen, Facharzt für Innere und Laboratoriumsmedizin

Aber was haben wir hier gemacht? Jeder, der einen positiven PCR-Test hatte, war COVID. Und wenn er keine Symptome hatte, was war er dann? Ein asymptomatischer Fall. Und das gibt es ja nirgendwo.

Aber Sie haben an diesen Tricks, es ist nicht so, daß der Test, ich will Ihnen etwas verraten, der PCR-Test nicht besonders gut oder nicht besonders schlecht ist. Viele Tests in unseren Laboratorien sind nicht besser und nicht schlechter. Aber es ist die Art und Weise, wie man sie eingesetzt hat, um gezielt sozusagen, die Zahlen in die Höhe zu treiben.

Dr. Marco Schmitz, Arzt für Integrative Medizin

Und daß diese Tests überhaupt nicht zugelassen sind, steht auf jedem PCR-Testkit. Also ich habe in der Studienzeit auch in Immunlabors gearbeitet mit der PCR. Und sie können das einfach nicht. Also die können nur unterstützend rangezogen werden. Also, daß man behauptet, die PCR wäre der neue Goldstandard, zeugt entweder von absoluter Uninformiertheit oder einfach von gezielter Irreführung der Bevölkerung.

3. Nötigung zum Maskentragen

Dr. Ronald Weikl, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Kinder mußten stundenlang im Schulunterricht Maske tragen. Das ist aus meiner Sicht eindeutig der Straftatbestand der Nötigung und Körperverletzung.

Es ist eindeutig belegt durch zahlreiche große Publikationen in renommierten Fachzeitschriften, darunter auch einige Metaanalysen, die also die Ergebnisse mehrerer Studien zusammen-

fassen und eben alle zu dem Schluß kommen, daß das Maskentragen in diesem Kontext nicht nur nichts bringt, sondern auch erhebliche Gesundheitsrisiken beinhaltet.

Warum ist das Maskentragen so gesundheitsschädlich? Der Atemwegswiderstand wird um mehr als das Doppelte erhöht. Maskentragen verhindert die Sauerstoffzufuhr. Die Masken sind nach kürzester Zeit kontaminiert mit zahlreichen Bakterien, Viren, Pilzen, die wiederum Infektionen auslösen können.

Die größte Gefahr geht aber aus, aus der erhöhten Kohlendioxidrückatmung beim Maskentragen mit der Gefahr der Kohlendioxidvergiftung, Hyperkapnie genannt, und mit der damit einhergehenden respiratorischen Azidose, also der Übersäuerung des Blutes mit vielen weiteren dadurch auftretenden Stoffwechselstörungen, die unter anderem zu Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen, Konzentrationsstörungen, Schwindel und Kreislaufbeschwerden, alles Beschwerden, die uns natürlich die Maskenträger genannt haben, bis hin zum Kreislauf-Kollaps und Tod führen können und natürlich sehr häufig auch bleibende neurologische und psychologische Schäden hinterlassen.

4. Vorsätzliche Schädigung durch Lockdown-Maßnahmen

Dr. Walter Weber, Facharzt für Innere Medizin

Meine Damen und Herren, die rote Linie war für mich überschritten, als ein Lockdown erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo die berühmten Inzidenzziffern bereits runtergingen. Wir haben die Zahlen ja gesehen und dann tauchte auf, daß eine Maskenpflicht kommen sollte. Ich dachte, was, wie und habe bei der WHO nachgeschaut und habe dort gefunden, zehn randomisierte Studien zeigten, daß die Masken bei Infektionskrankheiten nichts bringen. Da war ich ganz beruhigt und zu meiner Verblüffung mußte ich dann feststellen, daß am 29.04. eine Maskenpflicht in Deutschland ausgerufen wurde. Mein erster Gedanke dabei war, das ist eine demütigende Unterwerfungsgeste.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Wenn der Test positiv war, hat man die Kinder eine Woche auf dem Zimmer eingesperrt. Das Essen vor die Tür gestellt. Toilettengang nur, wenn der Gang frei war. Und wenn Kommunikation notwendig war, dann natürlich die offene Tür, aber beide mit Masken. Man könnte das auch Isolationsfolter nennen.

Dr. Christina Baum, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

Bei einer Anhörung der Kinderkommission, ich habe das schon erwähnt, hier im Bundestag, sprach Professor Klund ganz deutlich von einer schweren Form der Kindeswohlgefährdung. Und das war schon im September 2020. Wir Abgeordneten, ich war damals ja im Landtag von Baden-Württemberg, wir bekamen besorgte Mails von Eltern, Erziehern, Lehrern. In einer Mail, die werde ich nie vergessen, schrieb eine Mutter, meine Tochter möchte morgens nicht mehr aufwachen, die Schule sei die Hölle. Das war im November 2020, als wir diese Mails bekommen haben, alle Abgeordneten. Und deshalb wiederhole ich mich, sie haben es alle gewußt und deshalb müssen sie alle zur Verantwortung gezogen werden.

5. Körperverletzung durch experimentelle Impfung und Impfzwang

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Die Effektivität und Sicherheit der Impfstoffe waren zur Zeit der großen Impfkampagnen weitgehend unbekannt. Und heute wissen wir, die Impfstoffe sind weder effektiv noch sicher. Vielen Dank.

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Warum hat die Politik die Verabreichung eines experimentellen Impfstoffs nicht nur erlaubt, sondern die Menschen durch 2G, 3G und sektorale Impfpflichten faktisch gezwungen, den Stoff zu nehmen? Warum gab es Notzulassungen ohne Not? Warum haben unzählige Impfschäden keine Konsequenzen?

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin

Es gab nämlich keine Daten zur Wirkdauer, keine Daten zur sterilen Immunität, keine ausreichenden Sicherheitsdaten, keine Daten zur Langzeitsicherheit und keine Daten zur Effektivität und Sicherheit bei Kindern, Schwangeren und Immundeprimierten, die ja auch alle geimpft werden sollten. Unfaßbar. Und jetzt ist ja kürzlich der Pfizer-Vertrag, der geschwärzt schon vorhanden war, aber jetzt ist er in seiner Vollständigkeit geleakt worden. Und da steht eindeutig ... Die Mitgliedsstaaten räumen ein, daß die Langzeitwirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und daß es Nebenwirkungen geben kann, die derzeit nicht bekannt sind.

Das war alles vollkommen klar und das ist von einem deutschen Politiker unterschrieben worden. Und der gehört vor Gericht gestellt.

Dr. Klaus Retzlaff, Physiker, Unternehmer

Ja, dann haben wir auch Beobachtungen gemacht mit dem Dunkelfeldmikroskop und wir haben gesehen, daß eben dort erstmal in dem Impfstoff auch sehr viele kleine Kristalle zu sehen waren, sogenannte Polyethylen-Glykol-Cholestesterol-Kristalle. Und diese Cholesterol-Kristalle, die waren recht groß.

Also die waren zum Teil größer als ein Erythrozyt, ein Blutplättchen und das bedeutet daß die eine Größe haben, daß man daraus den Schluß ziehen kann das die Chargen selber in ihrer Verarbeitung gar nicht den "good manufacturing practice" (=gute Herstellungspraktiken) entsprochen haben ... Das heißt, man hat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht so gefiltert, wie das für Medizinprodukte notwendig ist.

Sie sehen, daß man solche Cholesterol-Kristalle ... regelmäßig bei allen Geimpften wiedergefunden hat im Blut.

Und daraus haben wir den Schluß gezogen, daß also vermutlich regelmäßig Leberschäden als Impffolge ... bei allen Geimpften auftreten. Denn bei allen Proben, die wir untersucht haben, haben wir diese Kristalle in recht hoher Anzahl gefunden, neben anderen metallische Verunreinigungen, Partikel, die toxischer Natur sind, zum Teil sogar radioaktiv wie Caesium.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Tom Lausen hat ein Video gepostet vom 14. Januar 2021. Das ist eine Pressekonferenz vom Paul-Ehrlich-Institut, in der die zuständige Mitarbeiterin für Verdachtstodesfälle, Frau Keller-Stanislawski, 14 Tage nach Beginn der Impfkampagne schon vor neun Verdachtstodesfällen spricht und indem sie es sagt, gerade das zehnte reinkommt. Daß man da nicht schon die Zulassung gestoppt hat, ist ein Skandal erster Güte, ich nenne es ein Verbrechen.

Kerstin Braun, Intensivpflegekraft

Ja, also die Cheyenne ist am 16.11. verstorben, nach der zweiten Impfung, kausal.

Also mir tut es leid, daß ich unterschrieben habe. Ich würde das nie mehr wieder tun. Aber es blieb uns eigentlich auch nichts Anderes übrig unter dem Druck.

Dr. Christina Baum, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

Also ich bin jetzt kein Jurist, aber das ist in meinen Augen also Nötigung sowieso, wenn nicht sogar Erpressung, was da passiert ist mit den Menschen.

Prof. Sucharid Bhakdi, Mikrobiologe

Meine Damen und Herren, wer mRNA-Impfstoffe als sicher und wirksam lobpreist, wer behauptet, die Impfung würde nur seltenst ernsthafte Nebenwirkungen erzeugen, ist entweder unglaublich ignorant oder unendlich böse. ... (evtl. Applaus kürzen) Und er macht sich strafbar. So wie alle, die diese Impfung aktiv oder passiv betreiben und befürworten. Denn es ist heute wissenschaftlich erwiesen, daß die Impfung nur Negatives bewirken kann und dies in lebensbedrohlichem Ausmaß.

Und dieser Plasmid-Derivat-Impfstoff ist nie zugelassen worden. Nie. Und wurde verabreicht an Millionen Menschen. Also wenn das nicht ein, das größte Verbrechen an der Menschheit ist, dann weiß ich nicht.

6. Rechtsbeugung (Versagen des Rechtsstaates)

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Wie hat die Politik auf diese klinische Normallage reagiert? Sie schloß Kitas, Schulen, Geschäfte, Kirchen und Betriebe monatelang, ließ Alte isolieren und einsam sterben, zerstörte Existenzen. Die Polizei verbot das Buchlesen auf einer Parkbank, machte Jagd auf Jugendliche im Freien und auf Kinder im Schnee, prügelte friedliche Demonstranten nieder. Die Politik grenzte jeden aus, der nach dem Sinn der Maßnahmen fragte.

Gewöhnlich wird die Macht der Regierung begrenzt durch Gerichte, Medien und Wissenschaft. Diesmal haben sie alle versagt. Gerichte prüften die Verhältnismäßigkeit nicht und glaubten nur zwei Zeugen bis heute, nämlich dem RKI und PEI. Auf diese Weise konnte sich die Regierung die Notwendigkeit von Lockdowns und Impfpflichten selbst bescheinigen, weil RKI und PEI weisungsgebundene Behörden sind.

Björn-Lars Oberndorf, Kriminologe, Vorsitzender der Polizisten für Aufklärung

Wir haben die letzten dreieinhalb Jahre eine ganz, ganz massive Kriminalisierung von Bürgern und Bürgerinnen aus der Mitte der Gesellschaft, die keinerlei Vorstrafen haben, die keinerlei Eintragungen haben in polizeilichen Abfragesystemen. Interessanterweise sind sehr, sehr viele davon Mediziner.

Wir haben seit März 2020 eine ganz massive Zunahme von Vollstreckung Durchsuchungsbeschlüssen, zufällig zum Nachteil der außerparlamentarischen Opposition, beziehungsweise zum Nachteil bestimmter politischer Parteien.

Wegen Gründen, wo ich damals eigentlich noch aktiver Polizeibeamter war, nie einen Durchsuchungsbeschuß für bekommen hätte, Thema Richtervorbehalt.

Bei all diesen Vollstreckungen und Durchsuchungsmaßnahmen steht der Anfangsverdacht im Raume, ... daß es nicht um Beweismittel geht für ein Strafverfahren, sondern um die gezielte Einschüchterung der Opposition, um die gezielte Einschüchterung von bestimmten Parteien, die im Bundestag und allen Landtagen vertreten ist, um die Demoralisierung der Bevölkerung und um das Einschüchtern dieser Personen.

Prof. Dr. Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler

Laut Lehrbuch muß die Regierung zu Beginn einer wirklich gefährlichen Pandemie die Bevölkerung beruhigen, um Folgeschäden zu vermeiden. Warum ließ die Politik stattdessen ein Schockpapier schreiben, das etwa Kindern Angst machte, ihre Großeltern durch Ersticken zu töten?

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Also die Protagonisten kündigen uns Pandemien an mit Viren, die quasi künstlich sie selbst geschaffen haben, um wieder neue Impfstoffe, die es wahrscheinlich längst schon gibt, diese zwei Viren, zu verkaufen. Also das meine ich mit organisierter Kriminalität.

Jörg Schneider, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuß

...die Zahl der verkauften Impfdosen. Und da muß man doch mal fragen. Also diese ganzen Pharmafirmen, die leben doch eigentlich in der Marktwirtschaft. Die leben vom Wettbewerb. Denen muß doch klar sein, wenn sie was Tolles entwickeln und vielleicht auch als Einzige, weil es ganz schwierig ist und alle haben einen Bedarf, dann verkauft sich das Zeug von selbst. Warum mußten also so hohe Abnahmemengen in diesen Verträgen garantiert werden? Also ich sehe hier eine Menge Manipulationsmöglichkeiten, was diese Preise und damit auch die Gewinne der Pharmafirmen betrifft.

Dr. Gunter Frank, Allgemeinmediziner

Jetzt kommt noch eine zweite Dimension dazu, die nur möglich ist, wenn große Monopole, große Netzwerke viel Macht haben, daß man jetzt sogar Krankheiten erfinden kann, um dann mit bestenfalls nutzlosen Medikamenten, aber im Sinne der Covid-Impfung auch sehr gefährlichen Medikamenten viel Geld zu verdienen. Das ist dann organisierte Kriminalität.

Der Leiter des Paul-Ehrlich-Instituts, Herr Professor Cichutek und andere gehören wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt.

Ist Herr Cichutek ein böser Mensch? Nein.

Es ist nur so ... der Regelbruch in der medizinischen Wissenschaft ist der Normalfall geworden.

Und warum muß jetzt Professor Cichutek vor Gericht? Nicht, weil er ein schlechter Mensch ist. Nicht aus Rache. Nicht aus Rechthaberei. Sondern weil wir verstehen müssen, daß dieser anhaltende Regelbruch Menschen töten kann.

Herr Cichutek hat sich an diesen Regelbruch gewöhnt.

Dr. Hingerl, Rechtsanwalt

Und jetzt komm ich zu unserem Herrn Harbarth, der mit 48 Jahren Präsident des Bundesverfassungsgerichts geworden ist.

Vier Monate, nachdem die ersten Maßnahmen im März 2020 begannen, stellt sich er in die Öffentlichkeit hin und gibt einiges zum Besten, was ihm als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes nie und nimmer zusteht. Wissen Sie, was er sagt, meine Damen und Herren, am 22. Juni 20? "Die Grundrechtsausübung geschieht in Corona-Zeiten ... teilweise in einer anderen Weise als vor der Pandemie."

Und dann setzt er noch eins drauf. "Die Grundrechte gelten, aber sie gelten anders als vor der Pandemie."

Meine Damen und Herren, er hat damit die Büchse der Pandora geöffnet. Alles Übel mit diesen Maßnahmen, wo wir heute wissen, daß sie verfassungswidrig sind. Alle diese Übel sind aus dieser Büchse gekrochen, nachdem er sie damit eröffnet hat. Und es wäre ja kein Wunder, daß der Herr Scholz dann sagt, als Politiker, als Steilvorlage hier, wenn jetzt alles anders gilt, sagte Herr Scholz, ja, nach der Pandemie gibt es keine roten Linien mehr. Rote Linien, meine Damen und Herren, sind die Grundrechte. Sehen Sie, was der Herr Harbarth hier ausgelöst hat? Ein Verstoß gegen das Gewaltenteilungsprinzip.

Fazit

Dr. Gerd Reuther, Facharzt für Radiologie, Medizinhistoriker

Die Quintessenz der Seuchengeschichte ist, Pandemien kommen nicht einfach so aus Asien, aus Wuhan oder sonst wo angereist. Die kommen dann, wenn sie gebraucht werden.

Aber ich kann Ihnen auch eine positive Botschaft mitgeben aus dem Ganzen. Solche Pandemien gehen auch wieder, nämlich dann, wenn sie nicht mehr geglaubt werden ... Denn Pandemie ist nichts anderes als ein Krieg mit anderen Mitteln des Staates und der Reichen gegen die Bevölkerung. Und beim Krieg wissen sie ja, was man macht. Man geht am besten nicht hin. Und man sollte auch bei einer Pandemie möglichst nicht hingehen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!<<

17.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Dezember 2023:

>>"**Spiegel**" **verhöhnt Heimatvertriebene**

Von *Daniell Pföhringer*

Im Spiegel darf eine britische Historikerin gegen die deutschen Heimatvertriebenen wettern und diesen die Verantwortung für ihr grausames Schicksal zuschieben. COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen" berichtet über den Leidensweg des deutschen Volkes, das große Tabu des 20. Jahrhunderts.

Die britische Historikerin Mary Fulbrook gilt als ausgesprochene Linksauslegerin und macht schon seit Jahrzehnten keinen Hehl aus ihrer großen Sympathie für die Labour Party. Nun darf sie in der Reihe Spiegel-Geschichte ein Pamphlet veröffentlichen, in dem sie den deutschen Heimatvertriebenen die Verantwortung für ihr grausames Schicksal zuschiebt.

In dem Artikel "Nur wenige deutsche Familien waren völlig unschuldig" heißt es unter anderem:

"Die Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten hängt eng mit den Verbrechen der Nationalsozialisten zusammen. Doch das wurde lange verdrängt - bis heute."

Die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges müssen es sich also einmal mehr gefallen lassen, in eine ihnen zugeschriebene Täterrolle geschoben zu werden, obwohl sie nach allen humanitären und völkerrechtlichen Kriterien ganz klar die Opfer fürchterlichster Verbrechen waren. Schlimmer treibt es nur noch die Antifa, die gleich eine Wiederholung der an Deutschen begangenen Verbrechen ("Bomber-Harris, do it again") fordert.

Immer wieder wird uns Deutschen ein schlechtes Gewissen eingeredet. Dann steht auch ganz schnell die Erinnerungskultur zur Debatte. Erinnern, ja. Aber woran?

Man kann die Uhr danach stellen: Immer wenn Bundespräsident Steinmeier irgendwo hinreist, ist ein Kniefall fällig: Hitler, Auschwitz, Zweiter Weltkrieg. Doch wer erinnert an das Leid der deutschen Opfer? An die unzähligen Frauen, Kinder und Alte, die im Bombenhagel auf unsere Städte qualvoll starben. An die Vertriebenen, die ab 1944 über Nacht ihre Heimat in den deutschen Ostprovinzen verlassen mußten. Manche Historiker sprechen hier sogar von einem regelrechten Völkermord an den Deutschen.

Gerade was die von Polen einverleibten Gebiete angeht, so bekam diese Debatte im vergangenen Jahr neuen Zündstoff: Ein Gutachten der mittlerweile abgewählten Regierung in Warschau bezifferte die angeblich von Deutschen verursachten Kriegsschäden auf 1,3 Billionen Euro. Diese horrende Summe, die den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigt, forderte Polen von uns als Reparationszahlung. Notabene: Um der Sache die Krone aufzusetzen, wurde diese Forderung ausgerechnet am 3. Oktober 2022, dem Tag der Deutschen Einheit, offiziell auf den Weg gebracht. Eine bewußte Provokation. Ob die Debatte mit der Abwahl der deutschfeindlichen PiS-Regierung wirklich vom Tisch ist, bleibt abzuwarten.

In der Folge zweier Weltkriege verlor Deutschland ein Fünftel seines Staatsgebiets. Allein zwischen 1944/55 und 1950 wurden 14 Millionen Menschen heimatlos, zwei Millionen kamen dabei ums Leben, ebenso viele Frauen wurden vergewaltigt. Hunderttausende Zivilisten wurden in Lager deportiert - viele kehrten nie zurück.

Was in der polnischen Rechnung nicht auftaucht, hat unser Redakteur Sven Reuth in seinem Artikel "Polens Billionen-Bombe" für das COMPACT-Magazin beschrieben:

"Man muß es schon als dreist bezeichnen, daß in dem aktuellen Gutachten der polnischen Regierung, das der Billionen-Forderung zugrunde liegt, die Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und das südliche Ostpreußen, die Deutschland abtreten mußte, mit keiner Silbe erwähnt werden. Die Annexion eines Fünftels des Reichsgebiets von 1937 soll also keinerlei materiellen Wert besessen haben? Weder die Kohlebergwerke in Schlesien noch die Seen und Wälder Ostpreußens noch die hunderttausenden von Fabriken und Immobilien, die man in Besitz nehmen konnte?"

Polens Verbrechen an Deutschen

Kein Land der Welt würde sich solche Dreistigkeit, solche absurden Forderungen bieten lassen. Nur bei der Bundesregierung kann man da nicht so sicher sein.

Zwar wies Außenministerin Annalena Baerbock das Ansinnen der Polen umgehend zurück, doch die passende Antwort an Warschau lieferte sie nicht - die liefert aber COMPACT in dem Geschichtsheft "Polens verschwiegene Schuld: Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung". Das Heft sorgte in Polen für so große Aufregung, daß die Regierung in Warschau sogar den Versuch unternahm, es verbieten zu lassen. ...

Warum steht die Bundesregierung nicht auf und knallt der polnischen Regierung eine kleine Gegenrechnung auf den Tisch? Weil deutsche Interessen ein Fremdwort für das politische

Berlin ist! Vor allem die Grünen möchten alles Deutsche tilgen. Von der Landkarte, aus den Geschichtsbüchern, aus unseren Köpfen.

Wann wird unser Land wieder souverän?

Ein Volk ohne Erinnerung ist sich seiner Wurzeln nicht mehr bewußt! Es gilt also, sich zu erinnern, wer wir sind, wo wir herkommen und worauf wir stolz sein können. Und das nicht zuletzt, um nicht länger Spielball fremder Mächte zu sein. ...

Ein Volk ist nichts wert, wenn es seine Toten nicht ehrt. Dieser Satz ist bekannt, doch eigentlich müßte er lauten: Eine Regierung ist nichts wert, wenn sie die Toten ihres Volkes nicht ehrt. Auf die Berliner Ampel trifft das zu 100 Prozent zu. Daß Scholz, Baerbock, Habeck & Co. keine deutschen Interessen vertreten, sondern an der Abschaffung unseres Landes arbeiten, ist da aus Sicht der Herrschenden nur folgerichtig. Dagegen muß entschlossener Widerstand geleistet werden!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27657" berichtet am 17. Dezember 2023 (x1.343/...): >>>Dr. Gunter Frank zur Corona-Aufarbeitung: "Chefredakteure der großen Medien haben Blut an ihren Händen"

AUF1 interviewte Dr. Gunter Frank, Arzt und Bestsellerautor, über das Staatsverbrechen der Corona-Pandemie, durch das Millionen Menschen geschädigt worden sind. Gemäß Dr. Gunter Frank wurde der Regelbruch in der Medizin zum Standard. Die Bevölkerung wurde bewußt in Panik versetzt, damit sie sich an die Maßnahmen hält und die Impfung akzeptiert. Alles zielte schließlich darauf ab, die Zulassung der neuartigen Arzneimittel durchzusetzen, welche unter normalen Umständen niemals hätte durchgebracht werden können. Dr. Gunter Frank ruft zur Aufarbeitung der Verbrechen durch den Rechtsstaat und die großen Medien auf!

AUF1 sprach mit Dr. Gunter Frank, Arzt und Bestsellerautor, über die Verantwortlichen an den Corona-Verbrechen und ruft zu deren Aufarbeitung auf. Dr. Frank berichtet darüber, wie der Rechtsstaat und die großen Medien in dieser Zeit komplett versagt haben. Hören Sie nun das sehr aufschlußreiche Interview.

Dr. Gunter Frank über "Staatsverbrechen" Corona: "Regelbruch in Medizin ist heute Standard"

Moderator: Der deutsche Arzt Dr. Gunter Frank ist Allgemeinmediziner in Heidelberg und Dozent an der Business School St. Gallen. Er ist Autor zahlreicher Bücher, wie des Corona Bestsellers "Das Staatsverbrechen" oder "Der Staatsvirus". Daneben publiziert er auf dem Blog "Die Achse des Guten".

Ich bin jetzt mit Herrn Dr. Frank verbunden, um mich mit ihm über aktuelle Medizin und Geninjektionen zu unterhalten. Herr Dr. Frank, seien Sie mir herzlich begrüßt. Bevor wir uns detailliert mit dem Staatsverbrechen befassen, wollen wir zunächst die Überschriften setzen.

Da Sie von einem Verbrechen sprechen, das unbedingt aufgeklärt werden sollte, lassen Sie uns doch der Einfachheit halber im Gerichtsjargon sprechen.

Wie lautet konkret die Anklage?

Dr. Gunter Frank: Die Anklage lautet, daß der Staat ein Verbrechen exekutiert hat, durch das Millionen Menschen geschädigt worden sind; wahrscheinlich 100.000 oder 200.000 in Deutschland gesundheitlich schwer geschädigt worden sind und wahrscheinlich eine Zahl von etwa 20-30 oder vielleicht 40.000 Menschen umgebracht worden sind, und zwar aufgrund von Maßnahmen, deren Grundlage von Anfang an grundgesetzwidrig war, deren Kritiker man vorzüglich ausgeschlossen hat, und die unbedingt auch zu vermeiden gewesen wären.

Moderator: Wer sind denn die Beklagten, Herr Dr. Frank?

Dr. Gunter Frank: Die Beklagten sind für mich in allererster Linie diejenigen, die den Institutionen vorstehen, die uns eigentlich vor solchen Verbrechen, solchen Pharmaverbrechen, schützen sollten. Sie haben Regeln gebrochen in einem Ausmaß, wie es nicht akzeptabel ist, und für die sie dann auch persönlich zur Haftung gezogen werden müssen, also persönlich

auch die Schuldfrage sich stellt. Ich sehe hier in erster Linie die Verantwortlichen des Paul-Ehrlich-Instituts, des Robert-Koch-Instituts und deren Dienstherren im Gesundheitsministerium.

Moderator: Versetzen Sie sich doch bitte mal in die Rolle eines Staatsanwalts. Wie lautet Ihr Eingangsplädoyer?

Dr. Gunter Frank: Das Eingangsplädoyer lautet - Hach, ich sehe mich jetzt grad im Gerichtssaal, tatsächlich! - Gut. Die Juristen würden mir jetzt natürlich sagen: "Ah, so geht das ja nicht". Aber ich sage jetzt einfach mal so: Der Regelbruch in der Medizin, in der Wissenschaft, ist heute zum Standard geworden. Man fälscht Studien, man begünstigt Menschen, die fachlich nicht geeignet sind. Man begibt sich als Gesundheitspolitiker in gesetzgebende Ausschüsse und verheimlicht die Mitgliedschaft in einer Lobby, Pharma-Mitgliedschaft, bzw. Pharma-Inhaberschaft.

Also, dieser Standard - da gibt es viele Bücher darüber - ist heute der normale Zustand geworden. Und ich vergleiche das jetzt mal mit einem Menschen, der abends nach Hause fährt, und weil es kürzer ist, die Einbahnstraße nimmt. Und das geht immer gut, vielleicht wird er auch mal angehalten, kriegt einen Strafzettel. Er gewöhnt sich daran, an diesen Regelbruch, er fährt immer schneller. Und irgendwann fährt er einen Menschen tot. Und dann ist das keine Ordnungswidrigkeit mehr oder dergleichen, sondern dann ist es fahrlässige Tötung.

Und genauso sehe ich das auch bei den Herrschaften und Damen im Paul-Ehrlich-Institut oder auch im RKI. Sie haben einen Regelbruch nach dem andern begangen, auch schon in der Vergangenheit bei anderen Medikamentenzulassungen und Fragestellungen. Aber jetzt sind halt durch dieses Handeln Millionen geschädigt worden und Zehntausende umgebracht worden. Und da kann man nicht sagen: "Jo, war halt ein Fehler gewesen, machen wir nächstes Mal besser."

Nein, sie werden es nächstes Mal nicht besser machen, weil die nächsten Angriffe dieser Art sind ja schon in Vorbereitung - können wir nachher vielleicht noch kurz darüber sprechen - und deswegen muß ein Rechtsstaat diese Verbrechen auch ahnden. Er muß sie zur Anklage bringen. Wenn das nicht geschieht, haben wir keinen Rechtsstaat. Wenn das nicht geschieht, ist es erlaubt, daß der Staat durch pures Amtsversagen, durch vorsätzliches Amtsversagen, Bürger umbringen darf. Das ist die Situation und die ist, finde ich, unerträglich.

Moderator: Der uns bekannte Peter Hahne hat gesagt, er möchte Handschellen klicken hören. Wie lautet denn Ihre Strafforderung für die Hauptverantwortlichen?

Dr. Gunter Frank: Wir haben ja leider in Deutschland die Situation, daß wir keine unabhängige Staatsanwaltschaft haben. Deswegen kann man im Moment nicht davon ausgehen, daß Staatsanwälte aktiv werden, weil sie müßten ja gegen die ermitteln, die ja dann den Justizminister anrufen könnten und sagen: "Du, stopp den mal!"

So ist das ... Wir sind in diesen Bereichen in Deutschland auf dem Niveau eines Bananenstaates, um es mal klipp und klar zu sagen. Und wenn jetzt jemand sagt: "Da übertreibt er aber", dann darf ich erinnern, daß der EuGH, der Europäische Gerichtshof, Deutschland untersagt, internationale Haftbefehle auszustellen, weil sie sagen, die Staatsanwaltschaft ist politisch steuerbar und dann besteht die Gefahr, daß das eben politische Haftbescheide sind - sagt der Europäische Gerichtshof.

Also bitte nicht nach Polen zeigen, daß dort der Rechtsstaat nicht in Ordnung ist - wir in Deutschland haben ein Riesenproblem! Aber was ich natürlich wünschen würde: Es sind so viele offensichtliche Tatsachen vorhanden, daß der Staat diese Panik vorsätzlich betrieben hat - die Coronapanik - daß der Staat eine Zulassung akzeptiert hat eines wirklich kriminellen Impfstoffes. Weder hat der seine Nützlichkeit belegt, auch mit einem riesengroßen Schadenspotential.

Es war alles bekannt und der Staat hat diese Zulassung vorsätzlich ermöglicht. Und die Schä-

den sind so riesengroß, und der Lockdown ist noch mal ein eigenes Verbrechensfeld, daß man jetzt nicht sagen kann, der Staat darf das alles. Nein, er darf das nicht, er muß sich an Regeln halten! Und wenn diese Regeln gebrochen werden, dann ist das eben auch juristisch relevant, weil wir sonst nicht in einem Rechtsstaat sind, sonst wir dem Staat ausgeliefert sind.

Und deswegen müssen die Leute, die diese Regeln gebrochen haben - wissentlich oder nicht wissentlich, oder weil sie überfordert waren, oder weil sie sich einfach gewöhnt haben an den Regelbruch - müssen diese Verbrechen angeklagt werden. Es ist meiner Meinung nach mindestens fahrlässige Tötung, wenn nicht noch deutlich mehr.

Moderator: Sie haben Tatsachen angesprochen, Herr Dr. Frank. So, lassen Sie uns mit der Beweisaufnahme beginnen. Was konnten Sie in Ihrem Buch "Das Staatsverbrechen" an Fakten zusammentragen?

Dr. Gunter Frank: Es geht los mit der Ausrufung einer Pandemie nationaler Tragweite und der Versicherung, daß die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem überlastet wird, wenn man der Pandemie nicht mit schärfsten Maßnahmen begegnet.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Maßnahmen durchgewunken, hat aber übersehen, daß es einen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gibt im Grundgesetz. Und ich kann ja verstehen, daß man sagt: "Okay, alle sagen, da kommt was Schlimmes. Ich bin als Bundesverfassungsrichter eben kein Arzt, ich laß jetzt mal die Regierung machen. Aber ich setze ihr eine Frist, an der sie beweisen muß, daß diese nationale Tragweite tatsächlich vorliegt."

Und sie lag zu keinem Zeitpunkt vor, und sie drohte zu keinem Zeitpunkt. Wir hatten eine durchgängige Unterbelegung der Krankenhäuser von 16 %, einen historischen Tiefstand der Krankenhausbelegungen - auch auf Intensiv - und davon war der Covid-Anteil offiziell 2 %. Da kann keiner auch nur im Ansatz behaupten, daß diese Krankheit das Gesundheitssystem an den Rand der Überlastung gebracht hat.

Warum wurde diese Panik weiterbetrieben? Weil hier Anreizsysteme gesetzt wurden für die Krankenhäuser, an diesem Leerstand zu verdienen. Deswegen haben die Krankenhäuser die Bevölkerung falsch informiert über die Belegungssituation. Sie haben eine schlechte Personalpolitik der letzten 20 Jahre, wo Pflegekräfte überlastet werden, benutzt, um uns vorzumachen, daß die Überlastung durch die Covid-Infektion entstanden ist. Das stimmt überhaupt nicht, das war vorher längst immer schon so da. Man hat es noch verstärkt durch unsinnige Hygienemaßnahmen. Man hat gesunde Kollegen weggetestet. Also, das ist ein komplettes Versagen in der Information der Bevölkerung, inwieweit das Gesundheitssystem durch dieses Virus tatsächlich belastet worden ist.

Das andere sind die Ländervergleiche. Man kann eindeutig sehen, daß Länder - jetzt kommt dadurch der Herr Wieler und sagt im Brandenburger Untersuchungsausschuß: "Ja, das war der Lockdown gewesen, der hat verhindert, daß die Krankenhäuser überbelegt wurden." Er darf ja nicht lügen vor einem Untersuchungsausschuß. Das ist ja eine Straftat. Und da er der Leiter der größten Seuchenbehörde ist, muß er das anders wissen. Die Länder, die keine Maßnahmen hatten oder nur milde, hatten in keiner Form irgendeinen anderen Infektionsverlauf. Und wenn wir uns alle noch an diese Grafik erinnern, 2020, "flatten the curve", wo es darum ging, die Spitze der Infektionswelle zu verflachen, um die Kapazität der Krankenhäuser zu schonen.

Das bedeutet aber, daß danach irgendein Bauch, irgendeine Welle von Covid-19 Patienten hätte kommen müssen. Die gab es aber nie, es gab die übliche Winterinfektion, und die Zahlen sind einfach total normal. Es gab nichts Außergewöhnliches, auch die Sterblichkeit war nicht außergewöhnlich. Die Sterblichkeit stieg in Deutschland erst an mit dem Beginn der Covid-19 Impfkampagne. Das sind alles harte Zahlen, die sind nicht widerlegbar, das sind die Abrechnungszahlen der Krankenhäuser, das sind die Todeszahlen.

Die Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren in keiner Weise sich an dieser Wirklichkeit orientiert, sondern sie hat völlige Phantasiedinge benutzt, um die Bevölkerung in Panik zu

versetzen und gefügig zu machen, sich an diese Maßnahmen zu halten und vor allen Dingen die Impfung zu akzeptieren.

Und darum ging es eigentlich wirklich, es ging bei allem diesem Leidensdruck, bei all diesen Maßnahmen, all dieser Zumutung der Bevölkerung, dieses Aufhetzen auch der Bevölkerung, nur darum, daß letztendlich ein Ladenhüter der Pharmaindustrie, speziell der Biowaffenforschung, dann zur Zulassung gebracht werden konnte, der unter normalen Umständen niemals den Hauch einer Chance gehabt hätte, zugelassen zu werden.

Moderator: Nachdem Ihr Buch erschienen ist, wurden ja jetzt die Verträge, die Pfizer mit den Regierungen, mit den Ländern geschlossen hat, geleakt. Das dürfte ihrer Beweisführung ja zugutekommen. Was sagen Sie generell zu diesen Veröffentlichungen, beziehungsweise zum Inhalt dieser Verträge?

Dr. Gunter Frank: Also, das ist ein absoluter Skandal. Entweder sind wir eine offene Gesellschaft, oder wir sind sie nicht. Und diese Verträge haben natürlich - müssen öffentlich gemacht werden, und dieses Mauern zeigt ja, daß man offensichtlich Angst hat, daß die Verträge bekannt werden und das zu Recht. Da steht nämlich drin, daß der Hersteller sagt, er weiß die Langzeitfolgen dieses Impfstoffs nicht, und er weiß auch nicht, ob er effizient ist, und er weiß auch nicht, welche Nebenwirkungen noch dazukommen werden. Das ist Russisch Roulette, wenn eine Regierung einen solchen Vertrag abschließt.

Man weiß ja gar nicht wo man anfangen soll. Ich versuch mich auf den Hauptpfad zu beschränken. Wenn ich das weiß als Regierung, und wenn ich auch weiß, daß dieser Impfstoff ja nur bedingt zugelassen worden ist, dann besteht eine sehr, sehr große Pflicht zu einer sorgfältigen, sogenannten surveillance, also Überwachung. Und das Paul-Ehrlich-Institut in Deutschland hat ein absolutes - ich kann mich kaum halten, ich müßte vor Gericht dann wahrscheinlich mich etwas zügeln in der Sprache - es hat ein absolutes Totalversagen hingelegt.

Das Paul-Ehrlich-Institut ist ein reines Versagensinstitut bei der Überwachung von Impfnebenwirkungen. Es war komplett überfordert. War das gewollt, ist das einfach nur Unfähigkeit, das muß man dann eruieren. Aber es hat in keiner Weise noch nicht den Mindeststandard erfüllt, seiner Pflicht nachzukommen, diese Impfnebenwirkungen dann zu erfassen und dann entsprechend auch die Alarmzeichen zu geben. Die Alarmzeichen waren nicht rot, die waren dunkelrot, die waren dunkel- dunkel- dunkelrot! Es war unfaßbar, was da alles an Alarmzeichen da waren, das heißt, die Übersterblichkeit 2021, die vielen, vielen Meldungen, die an sich schon da waren und das 20 - 50-fache von den normalen Grippemeldungen sind, Dunkelziffer ganz davon abgesehen.

Der Krankenkassenchef Schöfbeck, der gesagt hat: "Unsere Diagnosen gehen hoch", er wurde dann entlassen. Es gibt so viele Beispiele, wo der Staat versagt hat, seine Bürger vor diesem gefährlichen Arzneimittel zu schützen. Und das kann ich nicht hinnehmen als ein Normales, ja ein Fehler, sondern da ist schon wirklich eine Naivität dabei, die kann ich fast nur mit Vorsatz erklären. Also das ist ein Riesenverbrechen.

Das Problem ist durchaus auch, daß auch die deutsche Justiz an diesem Verbrechen zumindest so beteiligt war, daß sie es nicht verhindert hat, was ihre Pflicht gewesen wäre, weil sie die ganzen Beweisanträge, weil sie das alles nicht zugelassen hat. Also das ist ein ganz dickes Bretter bohren, weil man letztendlich auch die Strukturen anklagen müßte, die darüber auch entscheiden, ob eine Anklage stattfindet, und darin letztendlich auch das Urteil sprechen.

Moderator: Dr. Frank, im Bundestag bezeichneten Sie die mRNA-Injektionen als Contergan-Skandal mit dem Faktor zehn. Künftig sollen diese auch gegen viele weitere Erkrankungen verimpft werden. Was halten Sie denn davon?

Dr. Gunter Frank: Das ist eben natürlich das grundsätzliche Ziel gewesen dieser gesamten Coronakampagne. Die ganze Geschichte zielte auf die Zulassung dieser neuartigen Arzneimittel. Man kann das vielleicht auch ganz allgemein so erklären: Ich bin ja Hausarzt, und wenn

ich mal schaue, was für Medikamente ich verwende, dann sind es im Prinzip die gleichen wie vor 40 Jahren schon. Also die richtigen Innovationen in der modernen Medizin sind selten geworden: Ein bißchen im Bereich von Rheuma, ein bißchen im Bereich von Chemotherapien, aber viel mehr ist da nicht.

Und das ist für die Pharmaindustrie schlecht. Die braucht neue Arzneigruppenmittel mit neuen Patenten, die man dann zu Geld machen kann. Die Investoren verlangen danach. Und das genau ist hier passiert. Man hat eine neue Wirkgruppe durchgedrückt, man hat auf diesem Wege gewollt die Arzneimittelsicherheit zerstört und jetzt wird halt nachgeschoben. Jetzt werden diese ganzen Mittel nachgeschoben, um sie zu Geld zu machen. Auch das ist ein Grund, warum wir die Verantwortlichen vor Gericht bringen müssen, weil die werden grad so weitermachen. Und es ist ja eine Frechheit, man kann sie nicht als Frechheit bezeichnen, es ist ja monströs.

Wenn jetzt zum Beispiel Jeremy Farrar oder Christian Drosten oder halt der größte Scharlatan der Medizingeschichte in Deutschland, Karl Lauterbach, in Berlin dann Tagungen abhalten und schon die nächsten Pandemien ankündigen, und zwar mit den Viren H5N1 und MERS. Und das sind genau die Viren, wo wir viele Belege haben, daß die künstlich ebenfalls im Labor erschaffen worden sind. Ja, H5N1 ist das Vogelgrippevirus, das hat Ron Fouchier 2011 so verändert, daß es eben auf Menschen übertragbar wird. Damals gab es einen Riesenaufschrei, mündete sogar in ein US-Moratorium unter Obama, der dann die Finanzierung dieser Forschung einstellte.

Aber diese Viren gibt es und MERS war Teil des Forschungsantrags von Peter Daszak 2018. Der wollte mit der Leiterin von dem Wuhaner Virenlabor Frau Zhengli ein Virus erschaffen, was exakt SARS-CoV2 entspricht. Also SARS-Virus mit dem Einbau einer künstlichen Furin-Spaltstelle (ein Moderna-Patent von 2016). Und in diesem Forschungsantrag war auch das gleiche mit MERS-Viren vorgesehen. Dieser Forschungsantrag wurde abgelehnt vom Pentagon. Trotzdem gibt es SARS-CoV2, und deswegen gibt es mit Sicherheit auch MERS mit Furin-Spaltstelle in den Kühltruhen von Wuhan.

Und genau diese zwei Viren, kündigen nun Farrar, Drosten an, das werden die künftigen Pandemien sein. Ja, sind wir denn wahnsinnig? Das ist doch organisierte Kriminalität. Die schaffen kühn manipulierte Viren, haben wahrscheinlich schon die Impfstoffe darauf entwickelt, um daraus ein Geschäftsmodell zu machen. Und dabei werden die Sicherheitssysteme zerstört, und die Menschen sterben. Also wir haben hier ein Riesenverbrechen, und wir müssen das aufklären, sonst, die machen einfach so weiter.

Moderator: Sie haben internationale Namen ins Gespräch gebracht, nachdem diese Corona-Maßnahmen weltweit ausgesprochen wurden. Müssen wir den Kreis der Beklagten in diesem Fall nicht erweitern? Handelt es sich nicht sogar um ein internationales Verbrechen?

Dr. Gunter Frank: Es ist ein internationales Verbrechen, aber jeder Nationalstaat muß erstmal seine Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, weil das ist erstmal, was funktionieren muß. Ich sehe aber noch eine ganz andere Qualität dieses Verbrechens, weil man hat erstmalig in eine Riesenkampagne der Pharmaindustrie den sogenannten Gruppenmoralismus integriert. Man hat quasi bewußt in die Kampagne eingefügt, daß die Kritiker dieser Kampagne Unmenschen sind, und man sie zerstören darf.

Das wurde wissenschaftlich legitimiert durch eine Studie an der Yale University 2020. Es wurde begonnen 2020, als ein seriöser Impfstoff noch in weiter Ferne war, und man hat quasi die Probanden, man hat ihnen Botschaften gegeben, sie sollten dann beurteilen, inwieweit sie sich dann zur Covid-19 Impfung motivieren lassen. Die effektivsten Botschaften waren gewesen: Impfverweigerer sind asozial, Impfkritiker bringen unsere Großeltern um, usw. Das heißt, man hat gezielt die Kritiker entmenschlicht und hat diese Kraft, die in der Geschichte der Menschheit schon immer zu Pogromen, Hexenjagd und Völkermord geführt hat, in diese

Kampagne integriert.

Und wir können glücklich sein, ja, wirklich glücklich sein, daß nicht irgendwo auch Impfkritiker gesteinigt worden sind oder noch Schlimmeres. Die haben bewußt diese Kräfte in diese Kampagne integriert, und deswegen spreche ich von einem systemischen, einem systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung. Und das entspricht dem Völkerrecht, Paragraph sieben glaube ich. Das ist ein Angriff - ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und damit ist das eigentlich ein Fall für den internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Ich greif jetzt sehr weit aus, und ich habe jetzt auch nicht die Phantasie, daß Frau Merkel oder Herr Scholz dort einmal Angeklagte sind, aber meinem Rechtsempfinden nach, hat die Covid-Impfkampagne genau diese Dimension. Sie war ein systematischer Angriff auf die Zivilbevölkerung, exekutiert vom Staat, und das entspricht einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Moderator: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die selbsternannten Philanthropen, wie Bill Gates oder die NGOs, wie das World Economic Forum?

Dr. Gunter Frank: Die spielen natürlich eine sehr große Rolle, aber sie sind nicht meine ersten Personen, die ich vor Gericht sehen will. Weil reiche Spinner, wenn ich mal so sagen darf, wird es immer geben, die glauben, sie müssen die Welt retten und genau das Gegenteil eigentlich erreichen wollen. Nein, wir sind eine rechtsstaatliche Demokratie, wir haben Institutionen, die uns vor solchen Auswüchsen der Menschenliebe, sage ich mal, retten sollen, bewahren sollen.

Und sie haben versagt. Also ein Bill Gates, für sich gesehen, ist für mich überhaupt kein Problem. Mein Problem ist, wenn ein Staat die Phantasien solcher Menschen dann umsetzt. Wie kann es sein, daß Herr Bill Gates - ich glaube es war in der Tagesschau oder Tagesthemen gewesen - minutenlange Redezeit bekommt, um für eine Impfung zu werben, die es offiziell damals noch gar nicht gab. Mit wirren Argumenten ist er jetzt der Experte für Gesundheitsfragen für die Bundesrepublik Deutschland. Da würde ich auch zuerst mal sehen: "Wer ist denn da der Programmverantwortliche?" Also, das sind für mich die Leute, wo untersucht werden muß, inwieweit sie Straftaten begangen haben. Die Bill Gates dieser Welt wird es immer geben.

Moderator: Ja, das wäre meine nächste Frage gewesen, Herr Dr. Frank. Hat nicht auch die Mainstreampresse, oder die Ws formulieren, die Systemmedien, ein Verbrechen begangen, indem sie die Verbrechen gedeckt haben.

Dr. Gunter Frank: Auch hier kann man das nur erklären durch die Gewöhnung an den Regelbruch. Wir haben seit über - würde ich fast sagen - zwanzig, dreißig Jahren eine Durchmoralisierung der Gesellschaft. Wichtige Zukunftsthemen werden nur noch unter dem Gesichtspunkt einer Hypermoral diskutiert und nicht anhand von Sachwissen. Wer den Max Weber kennt, der viel über Politik geschrieben hat vor 100 Jahren - es geht bei guter Politik immer um Verantwortungsethik und nicht Gesinnungsethik. Und die Gesinnungsethik hat sich bei uns durchgesetzt, d.h.: Sie machen heute Karriere, als Chefredakteur oder sogar auch in den Universitäten, wenn Sie moralisch argumentieren, aber nicht sachlich.

Und das Problem ist einfach, daß die sachlichen Argumente oft dieser vorgesetzten Moral widersprechen. Und das führt dazu, daß alles, was Kompetenz ist, für Sie dann eine Bedrohung wird. Sie müssen sie wegbeißen. Auf diese Weise haben wir flächendeckend Inkompetenz-Netzwerke in unserer Gesellschaft etabliert, ob wir jetzt in die Chefredaktionen schauen, oder ob wir jetzt auch in die Universitäten schauen oder auf anderen Gebieten, die quasi sich gewöhnt haben daran, daß sie Fakten negieren, einseitig berichten, um dieser Moral zu huldigen. Und diesmal ging es halt so richtig schief, diesmal haben sie durch ihre Fehlinformationen Menschen verleitet, gefährliche Arzneimittel zu nehmen, die sie bei ordentlicher Information niemals genommen hätten.

Deswegen trifft natürlich auch die Medien eine große Schuld, denn sie haben sich in diesen

systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung einbinden lassen. Und das muß man den Herrschaften vorwerfen! Also, die haben fürchterlich versagt, um das mal richtig dramatisch zu sagen! Ja, die Chefredakteure der großen Zeitungen, der Fernsehsender, haben - tut mir leid - Blut an ihren Händen.

Moderator: Nun sollen in gesundheitspolitischen Fragen ja auch alle Entscheidungen, die komplette Macht der WHO übertragen werden. Wie beurteilen Sie denn dieses Vorhaben?

Dr. Gunter Frank: Ja, also diese Moralisten-Netzwerke können ja nicht aufhören. Die machen immer weiter. Das Problem ist, daß - und das geht jetzt über meine Kompetenz hinaus, das muß man jetzt Leute fragen, die sich mit Wirtschaftsfragen gut auskennen, da darf ich Norbert Häring nennen und sein Buch "Endspiel des Kapitalismus" - das Fatale ist, daß diese Inkompetenz offensichtlich im Interesse der großen Geldmengen liegt.

Das ist ein bißchen kompliziert zu verstehen, das versuche ich jetzt auch gar nicht zu erklären, aber es scheint so zu sein, und so daß offensichtlich hier inzwischen sich Kräfte zusammengefunden haben, die an künstlichen Katastrophen, ja, wie der aufgeblasene, menschengemachte Klimawandel, daß das Klima sich ändert ist normal, aber der Mensch muß ja schuld sein, oder z.B. eben an diesen künstlichen Pandemien, Geld verdient wird.

Und dazu brauche ich eine inkompetente Funktionselite. Und die wird inzwischen dermaßen "gepampert", daß derjenige, der Verstand hat und kompetent ist, keine Chance mehr hat, eine Führungsposition zu ergattern. Also das Ganze, auch mit der WHO, das bläst sich jetzt dermaßen auf. Ich meine, das wird natürlich auch von selbst implodieren, weil diese Herrschaften natürlich nur Zerstörung hinterlassen. Aber vielleicht muß es ja nicht so ganz so schlimm kommen und wir wachen mal vorher auf und wählen diese Herrschaften ab.

Moderator: Wann beginnt denn jetzt Ihrer Meinung nach die große Aufklärung inklusive der großen Abrechnung?

Dr. Gunter Frank: Ich will es mal ganz, ganz klein runterbrechen. Ich habe ja gestern - ich habe ja gerade ein bißchen Ferien, also hab keine Patienten - war ich gestern einkaufen, hab mir mal richtig Zeit gegönnt, wie man sie gar nicht hat, zu Fuß hier in den Stadthallen Neuenheim einzukaufen. Und da traf ich eine Passantin. Wir kamen erst ins Gespräch über ein anderes Thema und dann auf Corona. Und das war eine absolut intelligente Frau, die unterrichtet, die hat eine Psychotherapie Ausbildung und macht sich viele Gedanken, und im Gespräch sagte sie dann, sie kann sich das nicht vorstellen, daß eine Regierung so vorsätzlich ihre Bürger gefährdet. Oder ein anderes Beispiel: Ich war bei BILD TV gewesen, mit einem SPD-Abgeordneten, ich glaube er heißt Alt.

Ich habe von diesem Menschen einen absolut authentischen Eindruck gehabt. Also es war ein Mann, der war auch vorher Bundeswehroffizier gewesen. Der ist dann in die Politik gegangen. Der wirkte auf mich ehrlich und authentisch, und er hat auch gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht gestimmt. Also, es spricht alles für ihn. Er kam nach der Sendung auf mich zu, sagt: "Herr Frank, glauben Sie wirklich, daß die Pharmaindustrie sehenden Auges Menschenleben gefährdet?" - Das ist unser Problem! Die Menschen können sich das Ausmaß dieses Verbrechens nicht vorstellen. Und deswegen wählen sie die Kräfte, die das dulden oder sogar exekutieren. Und wir müssen aufklären, aufklären, aufklären! - bis die Passantin, mit der ich gesprochen hab, sich das vorstellen kann. Und dann wird sich was ändern, vorher nicht.

Moderator: Herr Dr. Frank, ich beende meine Interviews gerne mit positiven Aussichten. Ich möchte das auch gerne in diesem Gespräch tun. Mit Ihrer Lebenserfahrung, die Sie heute haben, mit dem was Ihnen das Leben gelernt hat - Was bedeutet heute Glück für Sie?

Dr. Gunter Frank: Glück! Die Grundlage des Glücks ist schon auch Gesundheit, ist Menschen, die einem gut tun wollen, mit denen man sich austauschen kann. Glück ist mit Sicherheit verbunden, mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung, und ich kann nur sagen, diesbezüglich bin ich ein glücklicher Mensch.

Moderator: Jetzt haben Sie vorhin Ihre Emotionalität selbst angesprochen und es ist auch kein Wunder, angesichts des Themas, mit dem Sie sich auseinandersetzen haben. Mit welcher Methode bringen Sie sich wieder in Stimmung, wenn Sie tatsächlich mal schlecht drauf sind?

Dr. Gunter Frank: Das ist wirklich eine gute Frage, weil ich sitze hier gerade in einem Zimmer, wo ich auch meine Bücher geschrieben habe, und diese Wände hier, die haben von mir schon viel gehört. Also ich habe die schon auch angeschrien.

Und ich habe schon auch mal Phantasien, die wirklich nicht schön sind, angesichts des Unsinns und dieser Brutalität, der wir da ausgesetzt sind. Insofern ist es wichtig - ich spreche auch mit vielen Patienten darüber - dass, wenn wir merken, daß es zu sehr in uns reinkriecht, daß wir dann Stopp machen, Pause machen, mal Internet ausschalten, mal uns mit schönen Dingen befassen, schön kochen. Wer Musik macht, Musik machen, ins Theater gehen, daß man Pause macht! Und wenn man dann aufgetankt hat und sich wieder in seinem Gleichgewicht befindet, dann sich wieder diesem Wahnsinn aussetzt, um dagegen anzukämpfen. Also keiner sollte Märtyrer werden, wir brauchen keine Märtyrer.

Wir brauchen einfach Menschen, die gut gelaunt und mit Energie gegen den Wahnsinn angehen. Und wir werden uns auch durchsetzen. Wissen Sie auch warum? Weil, die anderen müssen immer mehr Kraft aufwenden, um die Wirklichkeit abzuwehren. Und das ist das Einfallstor für Neurosen, für Zwangsstörungen, und gute Laune ist wirklich nur richtig da, wo man in der Wirklichkeit lebt.

Und das ist auch das, was ich sehe, die Mitstreiter, die ich jetzt kennenlernen durfte in den letzten drei Jahren, wenn wir uns treffen, wenn wir Zoom-Konferenzen haben, die Laune ist hervorragend, weil wir wissen, daß wir uns um die Wirklichkeit bemühen und insofern alles mit der richtigen Dosis - das wußte ja schon Paracelsus - betreiben. Und, Märtyrer wollen wir nicht haben. Wir wollen, auch wenn das Ding mal zusammenkracht, nicht verbittert sein, sondern gutgelaunt uns dann wieder dem Aufbau widmen.

Moderator: Letzte kurze Frage zum Abschluß dieses Gesprächs. Wenn Sie den Menschen nur eine einzige Sache wünschen dürften, egal ob Fähigkeit oder Fertigkeit, was wäre das?

Dr. Gunter Frank: Ui, jetzt muß ich aber nachdenken! - Also ich denke, die Grundlage des Menschseins ist das Gefühl der Selbstbestimmung, der Freiheit, sein Leben so zu gestalten, wie man sich das selber vorstellt - mit Rücksicht auf andere natürlich - und ich denke, ohne diese Freiheit der Selbstbestimmung könnten wir kein menschenwürdiges Leben führen.

Moderator: Genau, dafür sind wir angetreten, Sie, Herr Dr. Frank, und wir von AUF1. Haben Sie vielen herzlichen Dank für dieses sehr informative, aufschlußreiche Gespräch. Und Ihnen alles Gute!

Dr. Gunter Frank: Danke Herr Eglinski. Hat mir sehr viel Freude gemacht.<<

18.12.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. Dezember 2023 (x1.345/...): >>MDR entfernt kritische Dokumentation über Corona-Impfung

Das Thema "Corona" ist im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein sensibles Thema, Kritik an der Impfung und am Vorgehen der Regierung während der Pandemie wird ungerne gesehen. Eine Dokumentation des MDR über DNA-Verunreinigung der mRNA-Impfstoffe wurde nun nach Veröffentlichungen aus der ARD-Mediathek entfernt.

Henry Albrecht

Ein Beitrag der MDR-Sendung "Umschau", mit dem Titel, "Corona-Impfstoff in der Kritik - Was ist dran?", sorgt in den sozialen Medien für Aufsehen. Ursprünglich ausgestrahlt am 12. Dezember 2023, wurde der Beitrag inzwischen vom Sender entfernt. Inhaltlich beschäftigte sich der Beitrag mit den Erkenntnissen der Magdeburger Professorin Brigitte König.

Laut ihren Aussagen hatte sie fünf Chargen des Corona-Impfstoffs von Pfizer/Biontech untersucht und in allen Proben Fremd-DNA entdeckt. Diese Fremd-DNA sollte laut dem Beitrag

nicht in dieser Menge im Impfstoff vorhanden sein. "Ein besorgniserregendes Ergebnis", äußerte König, die die Analyse in ihrem Privatlabor durchführte. Die festgestellten Werte liegen deutlich über dem Grenzwert. Die Einhaltung dieses Grenzwerts ist entscheidend, da andernfalls die Gefahr besteht, daß die Fremd-DNA in die Zellen des Menschen eindringt.

Daß nur der MDR ein Recherche-Team entsandte, um sich mit dem DNA-Thema auseinanderzusetzen, dürfte andere Ursachen haben. Zum einen stammt der umfassendste deutsche Nachweis zur DNA-Kontamination aus dem MDR-Sendegebiet, genauer gesagt aus dem Magdeburger Labor von Prof. Brigitte König. Zum anderen war das Ziel der Recherche wohl eher darauf ausgerichtet, eine potentielle neue Verschwörungstheorie von Impfgegnern aufzudecken.

Doch der Bericht bewirkte das Gegenteil, statt angebliche Verschwörungstheorien aufzuklären, bestätigte man diese. Im Bericht wurde erklärt, daß die Präsenz von Fremd-DNA in den mRNA-Impfstoffen die Möglichkeit eines nachvollziehbaren theoretischen Risikos für potentielle genetische Schäden an langlebigen Stammzellen birgt.

Dieser Umstand paßt jedoch nicht in das Narrativ einer vollkommen harmlosen Impfung, daher wurde der Bericht offline genommen. Auf X teilte der MDR mit, daß es "zahlreiche Fragen und Hinweise" zu der Dokumentation gegeben habe, die nun redaktionell geprüft werden. Dies sorgte für viel Unmut, in den Kommentaren.

Dem Sender wird von Nutzern Zensur vorgeworfen. Weitere Nutzer warfen dem Sender vor, nachweislich falsche Berichte zur Corona-Pandemie nicht gelöscht zu haben, während man kritische Berichterstattung offenbar sofort löscht. Es bleibt abzuwarten, ob der MDR die Dokumentation erneut veröffentlichen wird.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Dezember 2023: >>>**Verunreinigungen in der mRNA-Gülle? Düsseldorfer Anwalt kämpft für 2.700 Impfgeschädigte**

Der deutsche Impfstoffhersteller Biontech, der gemeinsam mit dem US-Pharmakonzern Pfizer unter dem Namen "Comirnaty" den ersten Corona-Impfstoff auf den Markt gebracht hatte, gerät juristisch stark unter Druck.

Der Düsseldorfer Anwalt Marco Rogert, der nach eigenen Angaben mittlerweile fast 2.700 Impfgeschädigte vertritt, erhebt schwerwiegende Vorwürfe.

Rogert beschreibt den Fall in seiner Klageschrift so: Biontech habe bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) einen Antrag auf Genehmigung für zwei Herstellungsverfahren gestellt. Das eine trage den internen Namen "Process 1". Hierfür habe der Hersteller einen bestimmten Impfstoff eingereicht, der mittels sogenannter Polymerase-Kettenreaktion (PCR) vervielfältigt wurde.

Ganz anders stehe es um das Vakzin, das letztlich die breite Bevölkerung erhalten habe. Dieses wurde laut Klageschrift in einem anderen Verfahren mittels e.coli-Bakterien erzeugt. Das Vakzin habe "teils erhebliche Verunreinigungen mit DNA-Molekülen" enthalten. Dieses Herstellungsverfahren habe Biontech "Process 2" genannt. "Der damit hergestellte Impfstoff weist also erhebliche Unterschiede auf", stellt der Anwalt der Impfpfänger fest. Millionen Menschen wurden damit gespritzt.

Natürlich alles nur "Verschwörungstheorie"

Rogert steht mit seiner Behauptung nicht allein. In einer Vorabveröffentlichung einer kanadischen Studie von Ende Oktober kommen mehrere Wissenschaftler mit Blick auf dem nach "Process 2" produzierten Impfstoff ebenfalls zu kritischen Ergebnissen. Die Forscher schreiben: Ihre Daten belegten das Vorhandensein von Milliarden DNA-Molekülen pro Dosis in den so hergestellten Impfstoffen. Sie überschritten die von der "Weltgesundheitsorganisation festgelegten Richtlinien für DNA-Reste um ein Vielfaches. ... "Unsere Ergebnisse erweitern die bestehenden Bedenken über die Sicherheit von Impfstoffen."

Davor hatte sich bereits die französische Statistikerin Christine Cotton ähnlich geäußert. Auch

sie hatte auf die unterschiedlichen Herstellungsverfahren verwiesen, worauf ein Netzwerk namens "Health Feedback" hektisch und heftig reagierte. Diese "Faktenchecker" agieren im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO und sollen "Verschwörungstheorien" im Medizinbereich "aufklären".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>**Jesus-Figur geköpft: Lebensgroße Figuren einer Weihnachtskrippe verstümmelt**

In Rüsselsheim, Hessen, wurden lebensgroße Weihnachtskrippenfiguren Opfer mutwilliger Zerstörung. Unbekannte Täter enthaupteten und verstümmelten die Figuren.

Henry Albrecht

In Rüsselsheim (Hessen) wurden lebensgroße Figuren einer Weihnachtskrippe Opfer eines mutwilligen Akts der Zerstörung. Unbekannte Täter enthaupteten die Figuren und trennten teilweise auch die Hände der Styroporfiguren ab, bevor sie diese umstießen. Die gesamte Krippenlandschaft, angefangen beim Jesuskind bis hin zu den Heiligen Drei Königen und dem Esel, wurde von den Vandalen heimgesucht. Die Polizei leitet Ermittlungen wegen Sachbeschädigung ein und prüft dabei auch, ob möglicherweise ein religiöser Hintergrund bei der Tat eine Rolle gespielt haben könnte, so ein Sprecher der Polizei.

In den vorangegangenen Jahren gab es bereits Fälle, in denen Figuren der Weihnachtskrippe beschädigt wurden. Nach eingehenden Untersuchungen stellte sich jedoch heraus, daß die Schäden auf natürliche Alterungsprozesse zurückzuführen waren. Im aktuellen Vorfall hingegen bezeichnet die Polizei die Zerstörung eindeutig als "vorsätzliche Tat".

Gefahr in der Weihnachtszeit

In diesem Jahr wird die Weihnachtszeit von mehreren Stellen, darunter der Präsident des Verfassungsschutzes, als besonders gefährlich eingestuft. Warnungen vor Anschlägen und weiteren Gewalttaten werden ausgesprochen. Der Nahostkonflikt wird als Katalysator für die Gefahr islamistischer Gewalttaten in Deutschland betrachtet. In Rüsselsheim wurden zwar keine Menschen angegriffen, aber christliche Symbole.

Betrachtet man die Art der Sachbeschädigung, fällt besonders auf, daß die Figuren der Krippe genau in der Weise geschändet, wie es aus islamischer Sicht im Krieg mit "Ungläubigen" üblich ist. Im Koran läßt sich in Sure 5 Vers 33 folgendes herauslesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden".<<

19.12.2023

BRD: Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Mehr klassische Unterrichtsmittel:**

Rückkehr zu analogem Unterricht in Grundschulklassen

Zur Entwicklung in der schwedischen Bildungspolitik, wonach an Grundschulen wieder mehr klassische Unterrichtsmittel statt digitaler Endgeräte verwendet werden sollen, teilt die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, mit:

"Unter der Überschrift 'Wir haben zu viel digital gemacht' berichtet tagesschau.de über die aktuelle Kehrtwende in der Bildungspolitik in Schweden. Dort werden vor allem Grundschulklassen jetzt analog unterrichtet. Es werden wieder klassische Unterrichtsmittel wie Unterrichtsbücher verwendet und keine digitalen Endgeräte wie Tablets und Computer. Die schwedische Regierung plant auch neue Leitlinien für Lehrer.

Die schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm betont laut tagesschau.de: 'Digitale Lehrmittel sind etwas für ältere Kinder. Wir wissen, daß kleine Kinder nach den Erkenntnissen der Hirnforschung überhaupt nicht mit Bildschirmen in Berührung kommen sollten.' Des Weiteren sind die konservativen Unterrichtsmittel auch eine Hilfe für die Eltern. So sagt Edholm laut tagesschau.de dazu: 'Auch viele Eltern wollen, daß wir die Bücher zurückholen. Denn mit

einem Buch können sie leichter nachvollziehen, was ihr Kind bis zum nächsten Test lernen muß, anstatt irgendein Papier in die Hand gedrückt zu bekommen oder im besten Fall nur einen Link.'

Auf dem 13. Interfraktionellen Treffen der bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen haben wir uns eindeutig zu dieser Thematik positioniert. In unserer Resolution haben wir festgehalten: 'Die AfD-Parlamentarier sehen beispielsweise an Grundschulen nur eine beschränkte Notwendigkeit der Digitalisierung, um den Erwerb der Grundfertigkeiten von Lesen, Schreiben und Rechnen nicht zu stören. Ein Verbot von digitalen Endgeräten im Primarbereich halten die Parlamentarier für geboten.'

Das nachhaltige Lernen nimmt großen Schaden durch den digitalen Unterricht im frühen Kindesalter. Außerdem ist ein sichtbarer Leistungs- und Kompetenzabfall zu verzeichnen. Das soziale Lernen nimmt ebenfalls großen Schaden durch den digitalen Unterricht im Grundschulalter. Lernen findet nachweislich analog statt. Synapsen im menschlichen Hirn verknüpfen sich analog, nicht digital.

Schweden setzt eine Kehrtwende im Grundschulbereich um, welche wir von der AfD-Fraktion schon längst fordern."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Dezember 2023: >>**Ampel-Verarsche komplett: Nach E-Auto-Käufern sind jetzt auch Hausbesitzer die Gelackmeierten!**

Es ist nicht mehr und nicht weniger als das Eingeständnis, daß der Energiewende-Irrsinn auf ganzer Linie gescheitert ist: Erst kassierte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") in einer Nacht- und Nebelaktion von gleich auf jetzt die staatliche Förderung beim Kauf von E-Autos ein, dann stoppte er heimlich still und leise praktisch die komplette Förderung für die energetische Sanierung von Häusern!

Während die Propaganda-Kapelle auf der Ampel-Titanic unverdrossen weiterspielt, sinkt die sogenannte Energiewende in den Fluten des de facto Staatsbankrotts schneller, als Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) seine Haushaltslöcher zählen kann.

Unter Hausbesitzern, Vermietern und Mietern wächst die Unsicherheit, wofür es überhaupt noch staatliche Förderung gibt. Kredite für Bauen und Wohnen wurden gestoppt, ebenso Zuschüsse für die Energieberatung.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle - kurz BAFA - bewilligt mit sofortiger Wirkung keine Anträge mehr zu verschiedenen Förderprogrammen, wie die Behörde mitteilte. Zuvor hatte bereits die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Stopp für einzelne Förderdarlehen verhängt. Hausbesitzer hängen jetzt mit ihren Planungen in der Luft, müssen fürchten, daß sie womöglich auf den Kosten komplett sitzen bleiben und in die Insolvenz gehen. Die Förderbank KfW nimmt für vier Wohn- und Bau-Förderprogramme keine Anträge mehr an.

Insgesamt sind neun Förderprogramme des Bundes bis auf weiteres ausgesetzt worden. Dazu gehört laut Medienberichten etwa die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW), die einen Anreiz für den Neubau von Wärmenetzen mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien liefern sollte. Außerdem auf Eis gelegt wurden u.a. die sogenannte Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz, das sogenannte Aufbauprogramm Wärmepumpe (BAW), die Förderung von stationären Kälte- und Klimaanlageanlagen sowie die Unterstützung bei Projekten zur Stromerzeugung aus Windenergie an Land.

Auch die sogenannte Energieberatung, ein zentrales Element bei Habecks Wärmepumpen-Murks, findet einstweilen nicht statt. "Energieberater" sollten schon mal einen Antrag auf "Bürgergeld" stellen! Hausbesitzer, die im guten Glauben auf die Ampel-Zusagen mit teuren Sanierungen angefangen haben, sollten sich darauf einstellen, daß sie demnächst pleite sein könnten oder vor halbfertigen Bauruinen stehen, in denen es durchs Dach regnet.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Habecks Heiz-Wahnsinn kostet 30 Milliarden - nur für eine Stadt!

Kurz vor dem Jahresende treten die wahren Dimensionen des Heizungs-Wahnsinns von Klimaminister Robert Habeck und seines Grünen-Clans offen zutage. Denn die erste deutsche Großstadt kann die Kosten im Rahmen ihrer Wärmeplanung nun schon ziemlich genau beziffern. In Leipzig würde die Umrüstung der Wärmeinfrastruktur bis in die Wohngebäude hinein unterm Strich 30 Milliarden Euro kosten. Umgerechnet auf die Leipziger Haushalte ergeben sich daraus Mehrkosten von bis zu 70.000 Euro! Weder Eigentümer noch Mieter könnten das schultern.

Viele Bundesbürger scheinen sich darüber überhaupt noch nicht im Klaren zu sein: Die Umstellung auf erneuerbare Energien - und die Strafzahlungen im fünfstelligen Bereich, falls man es nicht leisten kann - bedeuten, daß Eigentümer ihre Objekte verkaufen oder sich bis über beide Ohren verschulden müssen. Und daß Mieter mit Erhöhungen von 200 Euro und mehr pro Monat rechnen sollten. Wie in allen anderen Bereichen läuft es auf das Ende unseres Wohlstandes und auf Enteignungen hinaus. Und das nicht irgendwann, sondern ab dem kommenden Jahr!

Während die Ampelparteien genau das wollen und die scheinoppositionelle CDU/CSU nichts dagegen unternimmt, kann und wird allein die AfD das "Gebäudeenergiegesetz" rückgängig machen - und damit die sozialistischen Auswüchse der Ampelpolitik stoppen. Das Heizungs-gesetz - ersonnen von Habecks geschäftem Staatssekretär Patrick Graichen, der wegen Vetternwirtschafts-Vorwürfen gehen mußte - läuft jeglicher Vernunft zuwider. Es ist ein rein ideologisches Instrument, um jedes Wohneigentum platt zu machen. Deutschland muß sich besinnen, Deutschland muß sich dagegen wehren - und mit der AfD an der Regierung diesen Wahnsinn beenden.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Dezember 2023 (x1.345/...): >>Verunreinigte Impfstoffe?

Jetzt auch bei Moderna: US-Arzneimittelbehörde stellt gravierende Produktionsmängel fest

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat bei Moderna gravierende Qualitätsmängel festgestellt. Insgesamt seien acht Chargen an Impfstoffen mit verunreinigten Geräten produziert worden.
Jonas Aston

Vom 11. bis zum 21. September führte die U.S. Food and Drug Administration (FDA) eine Inspektion in der Produktionsanlage von Moderna in Norwood, Massachusetts, durch. Es handelt sich dabei um die Hauptproduktionsstätte des Unternehmens. Dort werden die Impfstoffe gegen Corona produziert. Außerdem soll in der Anlage aktuell ein Krebsheilmittel auf mRNA-Basis entwickelt werden. Bei der Inspektion der FDA wurden allerdings erhebliche Qualitätskontrollmängel festgestellt.

In ihrem Bericht stellte die FDA fest, daß Moderna in der betreffenden Anlage nicht über angemessene Vorkehrungen verfügte, um sicherzustellen, daß abgelaufene Materialien nicht für die Herstellung von Impfstoffen verwendet wurden. Bei der Inspektion wurden insgesamt 2.000 abgelaufene Materialien gefunden, die von anderen nicht getrennt wurden. Zweifelsfrei festgestellt werden konnte, daß abgelaufene Materialien immer wieder in der Herstellung verwendet wurden. Auch hätte das Unternehmen nicht sicherstellen können, daß Verunreinigungen in der Luft nicht in die Arzneimittel gelangen.

Es könnten verunreinigte Impfstoffe in Umlauf gebracht worden

Insbesondere Geräte, "die zur Herstellung von Arzneimittelsubstanzen für den COVID-19-Impfstoff verwendet werden" hätten Verunreinigungen aufgezeigt, erklärt die FDA gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Insgesamt seien acht Chargen des Moderna-Impfstoffes mit

Geräten hergestellt worden, die schon nicht den unternehmensintern vorgeschriebenen Qualitätsstandards entsprachen.

Die Mängel der Inspektion wurden im sogenannten FDA-Formular 483 zusammengefaßt. In dieses Formular werden "Beobachtungen" eingetragen, die die FDA-Inspektoren als "anständig" betrachtet. Bei der hier zu Grunde liegenden Inspektion handelte es sich um eine reine Routine-Untersuchung.

Ob die Impfstoffe dennoch in Umlauf gebracht wurden, sei unklar wie Steven Lynn, ein ehemaliger Leiter des Büros für Herstellung und Produktqualität der FDA gegenüber Reuters erklärt. Rückrufe oder sonstige Sicherheitswarnungen wurden jedenfalls nicht herausgegeben. Erst kürzlich wurde bei Impfstoffen des Arzneimittelherstellers Pfizer Verunreinigungen festgestellt.<<

Japan: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Dezember 2023: >>Wisnewski: "Keine Atombombe in Hiroshima"

Gerhard Wisnewski läßt die Bombe platzen - im doppelten Wortsinn: Die Zerstörung Hiroshimas im August 1945 sei nicht durch eine Atombombe verursacht worden, führt er in seinem neuen Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024" aus. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer fragt kritisch nach.

Es klingt nach einer ziemlich steilen These: Die Bombe, die die US-Amerikaner im August 1945 auf Hiroshima abwarfen, hatte keine größere Wirkung als andere Bomben. Im Fallout konnte kein hoch angereichertes Uran 235 nachgewiesen werden, und in Nagasaki fehlte von Plutonium jede Spur. Tatsächlich, so Gerhard Wisnewski in seinem neuen Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024", hätten die Amerikaner nur geblufft - eine Atombombe sei niemals auf Hiroshima abgeworfen worden.

Eine skandalöse Behauptung? Zur Untermauerung seiner These legt Wisnewski jedenfalls interessante Argumente vor, beruft sich unter anderem auf den Augenzeugen Alexander P. de Seversky. Über den russischstämmigen Piloten und Ingenieur heißt es in "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024":

Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er auf Seiten der Amerikaner, nach dem Krieg war er an der Vernehmung des deutschen Ex-Luftwaffenchefs Hermann Göring beteiligt. Zudem war Seversky ein Experte für Bombenkriege. Nach dem Krieg schrieb er einen Bestseller darüber, der mit einer Auflage von 5 Millionen die militärische Strategie der USA beeinflusste. Seversky war also ein angesehener Fachmann, der sich mit Physik, Material, Luftfahrt aber auch mit Bomben bestens auskannte."

Der russisch-amerikanische Militärfachmann verschaffte sich bald nach der Bombardierung selbst ein Bild von den Zerstörungen und stieß dabei auf Sachverhalte, die ihn stutzig machten. "In Hiroshima 'war er wirklich überrascht von dem, was er sah: Im Gegensatz zu den Eindrücken, die er auf Fotos oder in den Medien über die sofortige Vernichtung dieser japanischen Stadt erhalten hatte, sah er aus der Luft nichts, was sich von den sechsundsechzig ausgebrannten städtischen Zentren unterschied, die zuvor von B-29 Bombern heimgesucht worden waren' (James K. Libbey: 'Alexander P. de Seversky and the Quest for Air Power', Washington D.C. 2013)", so Wisnewski in seinem Jahrbuch.

Und weiter:

"Hiroshima und Osaka beispielsweise 'wiesen die gleiche Fläche von zwei Quadratmeilen rosafarbener Asche auf, die durch einen Holocaust an größtenteils hölzernen Strukturen, vermischt mit Ziegeln, Dachziegeln und verrostetem Metall, entstanden war.

Einzelne Beton- und Stahlkonstruktionen ragten zwar heraus, aber aus einer anderen Perspektive betrachtet blieb eine Ansammlung moderner, mehrstöckiger Gebäude im Stadtzentrum aufrecht stehen'."

Doch es gab noch weitere Ungereimtheiten. Der Hauptbestandteil einer Atombombe, hoch

angereichertes Uran 235, konnte nicht nachgewiesen werden - und das, obwohl die Bombe "etwa 50 kg davon enthalten haben soll" (Michael Palmer: "Hiroshima revidiert", 2020). Die Zusammensetzung des lokalen Fallouts deutete vielmehr darauf hin, daß er "nicht durch die Detonation einer U-235-Bombe verursacht wurde, sondern durch die Verbreitung von Reaktorabfällen".

Und was ist mit den vielen Menschen, die nach dem Bombenangriff unter der sogenannten Strahlenkrankheit litten? Mit Hautblasen und -verbrennungen, Nekrosen, Übelkeit, Erbrechen, Haarausfall, DNA-Schäden, Krebs und Tod!

Hierzu schreibt Wisnewski in "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024": "Ja, schon - aber das von Seversky befragte Krankenhauspersonal wollte von Strahlenschäden nichts wissen! Und was Ihnen bisher wahrscheinlich niemand erzählt hat: all diese Symptome treten auch bei der Anwendung anderer Kampfmittel auf, zum Beispiel von Senfgas. Besonders Verbrennungen, Nekrosen und Ablösungen der Haut, wie sie auf vielen Bildern aus Hiroshima und Nagasaki zu sehen waren." ...<<

20.12.2023

BRD: Das Mitglieder Magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Stellungnahme zur Mitteilung der StA Ingolstadt: Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen unbekannte Täter

Die Staatsanwaltschaft Ingolstadt hat heute das gegen unbekannte Täter geführte Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung zulasten des Bundessprechers Tino Chrupalla eingestellt (§ 170 Abs. 2 StPO). In der behördlichen Mitteilung wird ein ca. 5 mm tiefer Nadelstich im rechten Oberarm bestätigt. Auf Basis der derzeit bekannten Beweismittel könne aber kein konkreter Täter ermittelt werden.

Bundessprecher Tino Chrupalla stellt in diesem Zusammenhang fest:

"Es ist einerseits positiv, das im Rahmen der Ermittlungen nunmehr die Stichverletzung durch eine Nadel oder einen ähnlichen Gegenstand als gesichert gilt. Auch wird nun ein Insektenstich seitens der Staatsanwaltschaft ausgeschlossen. Andererseits ist mir die Einstellung des Ermittlungsverfahrens unerklärlich, da bis zum heutigen Tag noch angeforderte Informationen weiterer Behörden ausstehen - worauf die Staatsanwaltschaft in ihrem Schreiben selbst hinweist. Auch einige tatsächliche Darstellungen in dem Schreiben vom heutigen Tag sind faktisch nicht korrekt. Mit anwaltlicher Hilfe warten wir nun die angekündigte Gewährung der Akteneinsicht ab, um alle Möglichkeiten der Aufklärung auszuwerten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Dezember 2023: >>Nach der Weltklima-Party in Dubai: Immer mehr Menschen durchschauen den Klimaschwindel!

Weltweit widersprechen immer mehr renommierte Wissenschaftler der Klima-Hysterie. Für die kürzlich zu Ende gegangene Weltklima-Party in Dubai war das allerdings kein Thema. Doch immer mehr Menschen durchschauen das Milliarden-Geschäft mit dem Klimaschwindel. Die Zeit der nicht hinterfragten und unwidersprochenen Narrative scheint endgültig vorbei zu sein - nicht zuletzt vor dem Hintergrund massiver Wohlstandsverluste vor allem in Deutschland als Folge des ökosozialistischen Klima-Wahns!

Zum Abschied lächelte der Sultan noch einmal gönnerhaft. Traurig nahm die rund 250 Köpfe zählende deutsche Mammut-Delegation der Klimaheuchler mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") an der Spitze Abschied von ihren klimatisierten Luxus-Unterkünften im Wüsten-Manhattan an der Golfküste. Außer Spesen nix gewesen? ...

Das Klima-Narrativ wackelt

Deutschland bibbert. Es ist, kaum zu glauben, Winter! Das vor allem von den Vereinten Nationen (UN) und hierzulande von "grünen" Ideologen sowie öffentlich-rechtlichen Berufshysterikern geschürte Narrativ von der angeblich menschengemachten Erderwärmung bekommt mit jeder klirrend kalten Nacht weitere Risse. Erst kürzlich haben zwei angesehene US-

Klimaforscher den Klimaschwindel noch einmal eindrucksvoll entlarvt.

Cliff Mass, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Washington, sieht in den Panikmeldungen über den weltweit je gemessenen heißesten Juli 2023 laut der Zeitung "The Australian" eine "Übertreibung" und einen regelrechten "Hype um extreme Wetterbedingungen und Hitzewellen". Besonders erinnerte er daran, daß sich die Erde derzeit am Ende einer Kaltzeit befinde, die als "Kleine Eiszeit" bekannt ist. Die zentrale Phase dieser Kurzzeit-Epoche dauerte etwa von 1600 bis 1850.

Davor habe es in der Erdgeschichte immer wieder Warmphasen gegeben, wie etwa vor 1.000 Jahren während der mittelalterlichen Warmzeit, betonte Mass. In dieser Phase soll die durchschnittliche Erdtemperatur deutlich wärmer gewesen sein als heute.

Auf seiner Website faßte Mass Ende Juli zusammen, daß dieser Monat "keine extreme Hitze" hatte. Als Beleg führte er die Meßwerte von fünf Stationen in den USA auf. Die hohen Temperaturen im Juli seien dort eher durchschnittlich und weit unter den bisherigen Rekordwerten gewesen.

Viel heiße Luft um "heißesten Juli"

Ebenso widersprach John Christy, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Alabama, den angeblich neuen Höchstwerten. Diese seien nur "heiße Luft". Er betonte gegenüber der australischen Zeitung, daß er in diesem Sommer keine neuen Rekorde für die höchsten Temperaturen aller Zeiten an Langzeitwetterstationen gesehen habe. Seiner Ansicht nach halte weiterhin das Jahr 1936 den Rekord für die meisten Stationen mit den höchsten jemals gemessenen Temperaturen.

Verzerrte Meß-Ergebnisse

Generell sei es zudem aufgrund der zunehmenden Anzahl von Wetterstationen weltweit schwierig, historische Daten zu vergleichen. Einige Stationen sammeln laut Christy erst seit einigen Jahren Daten. Überdies habe die Urbanisierung dazu geführt, daß bestehende Wetterstationen aufgrund der höheren Temperaturen in Städten automatisch höhere Temperaturen aufzeichnen.

Eine in 2023 veröffentlichte Studie mit dem Titel "Corrupted Climate Stations: The Official US Surface Temperature Record Remains Fatally Flawed" kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 96 Prozent der US-Temperaturstationen, die zur Messung des sogenannten Klimawandels verwendet werden, nicht den Anforderungen der "National Oceanic and Atmospheric Administration" (NOAA) entsprechen. Diese sehen Plazierungen vor, die keine verzerrten bzw. das Ergebnis in der Summe verfälschenden Messungen ermöglichen!

Um genaue Temperatur-Meßwerte auf der Grundlage der von der NOAA veröffentlichten Standards zu erstellen, sollten sich Thermometer an natürlichen, "unberührten" Orten wie Feldern, Wäldern oder Hügelkuppen befinden, heißt es in der Studie. Die Untersuchungen des Meteorologen Anthony Watts haben jedoch ergeben, daß mehr als 90 Prozent der Messungen an ungeeigneten Orten erfolgen.

96 Prozent der Thermometer befinden sich demnach auf Parkplätzen, auf Gebäuden, an Backsteinmauern oder in anderen künstlichen Umgebungen. Die in diesem Umfeld verwendeten Baumaterialien wie Ziegel und Asphalt würden künstlich Wärme speichern, was zu einer "Erwärmungsverzerrung" in den gesammelten Daten insgesamt führe. In der freien Natur aufgestellte Thermometer würden hingegen niedrigere Durchschnittstemperaturen registrieren.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Haushalt 2024: Geld für alle Welt - bezahlt vom deutschen Steuerbürger**

Die Ampel-Koalition plant, im Januar den Bundeshaushalt 2024 zu verabschieden. Der Vorschlag zur Deckung der Haushaltslücke sieht in erster Linie höhere Abgaben vor sowie Entnahmen aus Sondervermögen, die nach Auffassung der Bundesregierung nicht vom Urteil des

Verfassungsgerichts betroffen sind.

Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, kommentiert:

"Die von der Ampel-Koalition geplanten Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts 2024 sind eine einzige Zumutung für die Bürger. Anstatt sich auf die großen Ausgabenblöcke wie CO2-Politik, Transformation, Migrationslasten und Entwicklungshilfe zu konzentrieren, versucht die Regierung ihre Haushaltslöcher auf die deutschen Steuerzahler abzuwälzen. Die Liste zur Bewältigung des 17-Milliarden-Euro-Handlungsbedarfs besteht fast ausschließlich aus Tricksereien und Steuererhöhungen. Nach wie vor hat die Bundesregierung ihre ganz eigene, äußerst fragwürdige Rechtssicht auf das Karlsruher Urteil und baut darauf, daß die Union diese nicht nochmals überprüfen läßt.

Wie immer läuft alles auf die Belastung der deutschen Bürger hinaus, sei es über den Agrardiesel, die Plünderung der Sozialkassen oder die Einführung einer neuen Plastiksteuer, die selbstredend am Ende auf die Kunden umgelegt werden wird. Hinzu kommen die Erhöhung des CO2-Preises und die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie. Für die Versorgung von Migranten oder die Fortsetzung einer selbstzerstörerischen Energiewende und nicht zuletzt für die Verschickung von Milliardensummen in alle Welt ist hingegen nach wie vor genug Geld da. Diese Ideologiepolitik ist es, die die Ampel immer weniger handlungsfähig werden läßt und an der sie letztlich auch scheitern wird."<<

Ruanda: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Dezember 2023: >>Baerbock präsentiert Onkel Bills Hütte

Von *S. Hofer*

In Ruanda errichtete Biontech eine weitere mRNA-Fabrik, damit Bill Gates Impfpläne globale Umsetzung erfahren. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock übernahm die Präsentation. Zweimal europäische Außenpolitik: Anfang Dezember unterzeichnete der britische Innenminister James Cleverly eine Neufassung des Migrationsabkommens. Danach kann England eingereiste Migranten - unabhängig von ihrer Herkunft - nach Ruanda abschieben. Von dort können sie anschließend ihren Asylantrag stellen.

Solche Deals sind für Annalena Baerbock freilich tabu. Wenn die grüne Bundesaußenministerin nach Ruanda fliegt, dann wegen einer Präsentation des Mainzer Pharmaunternehmens Biontech. Das errichtet in der Hauptstadt Kigali nämlich eine Produktionsfiliale. Richtig gelesen: In neokolonialen Stil will man westliche mRNA-Brühe vermehrt in afrikanische Venen spritzen. Getreu dem Motto: Keiner darf entrinnen.

Bislang zeigten afrikanische Länder wenig Interesse an besagtem Pharma-Trash. Vor allem dort, wo Ebola gewütet hatte, wußte man: Corona ist keine zweite Pest. Jetzt sorgt die Biontech-Produktionsstätte dafür, daß Bill Gates globale Impfgenda dennoch ihre Umsetzung erfährt. Zur Präsentation von Onkel Bills Hütte erklärte Baerbock: "Der Weg zu einer fairen internationalen Gesundheitsarchitektur ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Team-Marathon."

Folglich unterstütze "Team Europa das Ziel einer eigenen afrikanischen Impfstoffproduktion - vom Konzept bis zur Kanüle". Afrikaner können das Gift zunehmend selber herstellen. Ein generationsübergreifendes Projekt: Bislang werde lediglich eine von 100 Impfdosen, die man in Afrika verspritze, dort auch hergestellt, verriet Baerbock. Aber keine Sorge: 2040 sollten es bereits 60 sein! Und das verdanken die Afrikaner dem EU-Projekt Global Gateway, das bis 2027 ganze 1,2 Milliarden Euro locker mache. Mit deutscher Beteiligung von 550 Millionen Euro.

Okay, die neue mRNA-Fabrik in Afrika sei "noch nicht der Zieleinlauf - aber ein echter Meilenstein und Hoffnung für Millionen". - He? Zieleinlauf?! Wo hinein soll der Einlauf denn gehen?!<<

21.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Dezember 2023: >>Fake News des Jahres: Schon 52 Prozent unseres Stroms sind "grün"!

52 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland werde im Jahr 2023 aus "Erneuerbaren Energien" sein. Diese irreführende Propagandameldung verbreitete zum Jahresausklang die vom Bundespresseamt subventionierte Deutsche Presse-Agentur (dpa). Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus: viel Wind um nichts! Polit-Insider Einar Koch geht der Sache auf den Grund.

VON EINAR KOCH

"Erstmals entfiel mehr als die Hälfte des Bruttostromverbrauchs in Deutschland auf Erneuerbare Energien. Insgesamt wird so viel Strom klimaneutral erzeugt wie noch nie zuvor." Das posaunte die halbamtliche Deutsche Presse-Agentur (dpa) am Montag (18. Dezember) unter Berufung auf das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

ZSW und BDEW gehen 2023 dabei von einem Bruttostromverbrauch von rund 517,3 Milliarden Kilowattstunden aus. Davon werde "im zu Ende gehenden Jahr knapp 52 Prozent des Bruttostromverbrauchs auf Erneuerbare Energien" entfallen. Das seien fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. "Die Zahlen zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind", trompetete die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae.

Eine Milchmädchenrechnung

Tatsächlich ist die Aussage, über die Hälfte des Stromverbrauchs sei "grün", eine irreführende Milchmädchen-Rechnung. Genau genommen handelt es sich sogar um eine Art Geldwäsche, bei der aus (teil)fossilem Importstrom plötzlich "grüner" Inlandsstrom wird. Denn: "Grün" erzeugter Strom wird in Deutschland mangels Leitungskapazitäten nicht nur nicht genutzt, sondern auch für hohe Geldbeträge gegen "bunten" Strom aus dem Ausland (Kernkraft, Kohle) getauscht, der dann in Deutschland verbraucht wird. Gleichwohl wird dieser Strom dann in der Bilanz indirekt den "Erneuerbaren" zugeschlagen.

Strom ist nicht gleich Energie

Zudem erweckt die dpa-Meldung bei vielen Menschen den sorglosen Eindruck, Wind und Sonne sowie in weit geringerem Maße auch Biomasse würden bereits zur Hälfte Deutschlands Energieversorgung decken. Dabei wird unterschlagen, daß elektrische Energie nur etwa ein Sechstel des sogenannten Primärenergieverbrauches ausmacht!

2022 betrug dieser laut Umweltbundesamt insgesamt 3.264 Terawattstunden (TWh), wovon nur etwa 552 TWh auf Strom entfielen. Der Großteil des Energiebedarfs hierzulande entfällt aufs Heizen - meist in Form von Gas, Öl und Kohle - sowie Treib- und Kraftstoffe. Die Aussage "50 Prozent grüner Strom" ist daher ungefähr gleichbedeutend mit "8,5 Prozent grüne Primärenergie" - was wiederum die Jubelmeldung der Deutschen Presse-Agentur deutlich relativiert.

Äpfel und Birnen

Die physikalische Realität ist aber noch komplizierter, als es die windige dpa-Meldung suggeriert. Denn: Im April 2023 wurden auch die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz genommen, so daß der Anteil an CO₂-freiem Kernstrom in der Folge auf null sinken wird. Kernkraftwerke sind jedoch nicht die einzigen abgeschalteten Kraftwerke. Solange es für diese keinen Ersatz gibt, kommt der fehlende Strom aus unseren Nachbarländern.

Bedeutet: Werden deutsche Kraftwerke abgeschaltet, sinkt aber auch eine wichtige Bezugsgröße - die inländische Stromerzeugung. Hinter dem steigenden Anteil des "in Deutschland erzeugten Stroms" steckt also in Wirklichkeit vor allem der gestiegene Stromimport seit dem endgültigen AKW-Aus in Deutschland.

Importierter Strom fließt allerdings nicht in die deutsche Statistik ein, so daß die Bezugsgröße - die Stromerzeugung insgesamt - real gesunken ist.

Das wiederum bedeutet nach Adam Riese: Solange die Erzeugung der "Erneuerbaren" aber weniger stark sinkt als die der konventionellen heimischen Quellen, steigt der "erneuerbare" Anteil sogar dann, wenn Wind, Sonne & Co. weniger Strom liefern würden.

Der guten Vollständigkeit halber: Die Industrie betreibt vielfach eigene Kraftwerke. Diese zählen ebenfalls nicht zur statistisch erfaßten innerdeutschen Stromerzeugung. Ebenso wenig in den Statistiken daher weniger schädlich als solcher aus deutschen Kohlekraftwerken.

Mit anderen Worten: Die vermeintliche Jubelmeldung der Deutschen Presse-Agentur entspricht dem sprichwörtlichen Vergleich von Äpfel und Birnen!

Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent. <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Dezember 2023: >>>Die Zeichen stehen auf Sturm: Landwirte rufen zum "Generalstreik" gegen die Abriß-Ampel auf!

"Die Ampel geht aus." Unter diesem Motto haben Bauernvertreter zum ersten Generalstreik seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Handwerker, Fleischer, Bäcker und Spediteure sollen sich dem für den 8. Januar geplanten Ausstand der Landwirte anschließen.

ES REICHT! Immer mehr Menschen, vor allem Mittelstand und Gewerbetreibende, haben auf gut Deutsch die Schnauze voll von der Anti-Deutschland-Ampel.

Sie wollen die ideologisch motivierte, von "Grünen" und SPD mit Duldung der FDP forcierte Wohlstandsvernichtung hierzulande nicht mehr widerstandslos hinnehmen. Die Bauernverbände haben für den 8. Januar offen zum "Generalstreik" aufgerufen - es wäre der erste politisch motivierte Streik in der Geschichte der Bundesrepublik (rechtlich problematisch). Denn: Der Protest soll sich nicht nur gegen einzelne Maßnahmen der Bundesregierung richten, sondern "gegen die Ampel an sich".

Konkrete Pläne gebe es zwar noch nicht, zitierte das "Bayreuther Tagblatt" Peter Schollbach aus dem Vorstand des Vereins "Landwirtschaft verbindet Deutschland". Aber die Wut bei den Bauern sei so groß, daß man selbst eine Friedensruhe über Weihnachten nicht garantieren könne. Im neuen Jahr passiere dann etwas, was in jedem Fall "im Sinne des Wortes Generalstreik" sei, so Schollbach.

Ein weiteres Vorstandsmitglied des Vereins "Landwirtschaft verbindet Deutschland" äußerte sich auf Anfrage ähnlich. "Das ist richtig", sagte Thomas Antony auf die Frage nach einem bevorstehenden Generalstreik. "Wenn die angesagten Kürzungen bis zum 8. Januar nicht zurückgenommen werden, schlagen wir ganz furchtbar auf. Wie es aussieht, kommen wir dann wieder nach Berlin - und bleiben dieses Mal auch da."

Telefon steht nicht still

Am Generalstreik würden sich auch Organisationen aus dem Transportbereich, Handwerkervereinigungen und Vertreter anderer Berufe beteiligen, hieß es.

Zu Ärzten, die mit der Politik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) unzufrieden seien, bestünden ebenfalls Kontakte. Es gebe bereits feste Zusagen, der Protest werde "deutschlandweit" stattfinden.

Landwirt Antony: "Bei uns klingelt ständig das Telefon, weil kleinere bis größere Vereinigungen auch noch mitmachen wollen." Sie alle seien der Meinung, daß es nicht sein könne, "daß das arbeitende Volk immer zahlen soll und die Regierung das Geld mit beiden Händen rauschmeißt."

Auf Facebook bekannte zum Beispiel der Chef einer Firma aus Sachsen-Anhalt, er werde am 8. Januar "das Werkzeug ruhen lassen" und mit seinen Mitarbeitern zum Streik nach Berlin fahren. Er würde sich freuen, "wenn sich noch viele Handwerksbetriebe anschließen würden."

Als "Addnfahrer" ("Addn" sagt man im Tölzer Land zur Egge) hat Thomas Willibald in den vergangenen zwei Jahren einen raketenhaften Aufstieg in den sozialen Medien hingelegt.

Der aus Gaißach bei Bad Tölz (Oberbayern) stammende gelernte Schmied unterstützt in diesem viral gehenden Clip den Aufruf zum "Generalstreik". Sein das Herz zerreißen Appell an alle Patrioten: Steht auf Leute, bringen wir dieses kaputte Land wieder zum Lachen!<<

22.12.2023

BRD: Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Dezember 2023 (x1.344/...): >>>Einzelfall der Woche: Afghanen verschanzen sich mit Messern im Kirchenasyl

Der Fall steht exemplarisch für mißlungene Abschiebungen in Deutschland: Eine sechsköpfige afghanische Familie reist über Spanien illegal nach Deutschland ein, die Ausländerbehörde in Kiel versagt ihnen dementsprechend die Aufnahme. Die Abschiebung wird angeordnet und für zwei erwachsene Söhne sofort in Vollzug gesetzt. Dann aber setzt sich die Familie ins Kirchenasyl nach Schwerin ab, wo die Mutter droht, sich oder den Kindern Gewalt anzutun. Die Polizei stürmt das Gebäude - und findet bei der halben Familie Messer. Statt außer Landes geht es nun erst einmal in die Psychiatrie, beziehungsweise ins Krankenhaus - abgeschoben wird erstmal nicht.

Die Afghanen hätten längst nach Spanien, das laut EU-Recht für die Aufnahme zuständig ist, zurückkehren können. Die Spanier wollen sie sogar aufnehmen. Allerdings winkt auf der Pyrenäen-Halbinsel eben keine Rundumversorgung mit Bürgergeld, Unterkunftskosten, ärztlicher Behandlung und so manchem mehr. Am Ende hätte man sich dort anpassen, arbeiten und die Gesetze und Gepflogenheiten respektieren müssen!

Obwohl von den Medien als Skandal hingestellt, weil die Polizei - absolut berechtigt - zugegriffen hat, handelt es sich leider um keinen Einzelfall: Täglich entziehen sich illegale Migranten der Abschiebung, indem sie untertauchen, drohen - oder sich einfach krank melden. Und im Schweriner Fall soll es "zum Dank" nun sogar das Bleiberecht für die gewaltbereite Familie geben.

Dementsprechend lächerlich fällt die Gesamtbilanz aus: Gut 13.512 illegale Migranten wurden in diesem Jahr in ihre Herkunfts- oder Erstaufnahmeländer abgeschoben. Unterdessen ist über eine halbe Million allein seit Januar wieder nachgerückt. Das kann nicht gutgehen! Im Schweriner Fall haben die Ausländerbehörde und die Polizei alles richtig gemacht. Schändlich sind dagegen der künstliche Empörungsturm und die Steine, die solchen Abschiebungen immer wieder in den Weg gelegt werden. Mit der AfD als Regierungspartei wird es so etwas nicht geben - wir zeigen jedem, der hier nicht hergehört, wo die Tür ist!

Alle Einzelfälle finden Sie auf unserer Internetseite www.einzelfallticker.de<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Dezember 2023: >>>DER DEUTSCHLAND-KURIER NENNT ZEHN WAHRE GRÜNDE FÜR NEUWAHLEN

Immer mehr Menschen hierzulande blicken zum Jahreswechsel besorgt in die Zukunft. 41 Prozent der Befragten im "ARD-Deutschlandtrend" rechnen mit einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage, während die Abriß-Ampel wie ein angezählter Boxer von einer Regierungskrise zur nächsten taumelt. Mehr als jeder zweite Deutsche (55 Prozent) hat das nun schon zwei Jahre währende Gewürge in Berlin satt und fordert Neuwahlen. Der Deutschland-Kurier nennt zehn wichtige und vor allem wahre Gründe für Neuwahlen.

"DEM DEUTSCHEN VOLKE" lautet die 16 Meter breite Inschrift über dem Westportal des Reichstagsgebäudes (Deutscher Bundestag) in Berlin. Die 60 Zentimeter hohen, aus eingeschmolzenen Kanonen gefertigten Buchstaben muten heute wie Hohn an. Denn in Deutschland wird Politik GEGEN das deutsche Volk gemacht! Deutschland braucht nichts dringender als eine Regierung mit AfD-Beteiligung, die Politik FÜR das eigene Volk macht! Das Ampel-Kabinett hat durch den Bruch seines Amtseides ("Schaden vom deutschen Volke wenden, seinen Nutzen mehren") jegliche Legitimität verloren.

Es geht der Abriß-Ampel nur noch darum, den Wohlstand der Bürger zu zerstören, ihnen ihr

sauer verdientes Geld zu nehmen, es umzuverteilen und in ihrem Klimawahn die (noch) viertgrößte Industrienation der Welt zu zerschlagen. Deshalb: Schluß mit der linksgrünen ideologischen Deutschland-Zerstörung auf allen Ebenen!

Deutschland braucht eine Regierung, die den Menschen nicht die Hälfte ihres Monatseinkommens durch Steuern und Abgaben stiehlt; die ihnen nicht weitere 20 Prozent indirekt durch das immer unbezahlbarer werdende Wohnen (von wegen 400.000 neue Wohnungen jährlich!) sowie durch Öko-Abzocke beim Heizen, Autofahren und Fliegen wegnimmt; die sich nicht schamlos via Mehrwertsteuer an der im Wesentlichen von ihr selbst verursachten Inflation bereichert.

Deutschland braucht eine Regierung, die endlich Steuern und Abgaben massiv senkt, die dafür sorgt, daß sich Leistung wieder lohnt!

Deutschland braucht eine Regierung, die SOFORT, als erste Amtshandlung (!), die sogenannte Energiewende für beendet erklärt und die nicht wieder gutzumachende Naturzerstörung durch den Windrad-Irrsinn stoppt! Die für eine sichere und preiswerte Energieversorgung durch Wiedereinstieg in die Atomkraft und Wiederherstellung/Inbetriebnahme der deutsch-russischen Gas-Pipelines sorgt. Die neue innovative Verbrenner-Technologie fördert, statt unsere Energiesicherheit u.a. durch den E-Auto-Irrsinn zu gefährden.

Mindestens 1.000.000.000.000 Euro (in Worten: eintausend Milliarden Euro) wird Deutschland laut Schätzungen des "Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung" die sogenannte Wärmewende von Robert Habeck ("Grüne") kosten. Schon jetzt ist klar: Viele Eigentümer, vor allem diejenigen, die mit einer Immobilie für das Alter vorgesorgt haben, werden diese kalte Enteignung nicht überstehen, weil sie die Sanierung ihrer Objekte nicht bezahlen können. Und auch Mieter müssen mit Zusatzkosten von mehreren hundert Euro pro Monat rechnen.

Und wofür das Ganze?

Um eine "Klimakatastrophe" abzuwenden, die in diesem Jahr durch einen verregneten Sommer und einen schneereichen Wintereinbruch Lügen gestraft wurde. Eine "Klimakatastrophe", die ernst zu nehmende seriöse Wissenschaftler längst als den reinsten Klimaschwindel entlarvt haben! Deutschland braucht eine Regierung, die das Heizungs-Murks-Gesetz der Ampel SOFORT einkassiert und den Klimawahn nicht länger zur Staatsräson erhebt! Allein das würde von gleich auf jetzt 30 Milliarden Euro sparen!

Nur der Bund (sprich: der Steuerzahler) hat im Zusammenhang mit "Flucht und Migration" im Jahr 2022 Ausgaben von insgesamt rund 28 Milliarden Euro getragen (Bundestagsdrucksache 20/6850). Deutschland braucht eine Regierung, die die illegale Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme wirksam unterbindet, unsere Grenzen sichert, das Asylrecht grundlegend reformiert, die Wohlfühl-Programme für Sozialmigranten abschafft.

Deutschland braucht eine Regierung, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht wie ein Jahrmarktlos feilbietet, die die erschreckend hohe Ausländer-Kriminalität rigoros bekämpft, die Frauen, Kinder und ältere Menschen vor afro-asiatischen Vergewaltigern und Messerstechern schützt und die VOR ALLEM den leeren Worten von einer "Abschiebungsoffensive" endlich Taten folgen läßt!

Deutschland braucht eine Regierung, die Schluß macht mit der "sozialen Hängematte"! Rund 27 Milliarden Euro kostet die deutschen Steuerzahler nach vorläufigen Zahlen das sogenannte "Bürgergeld", das vor allem ein Migrantengeld ist, allein in diesem Jahr. Deutschland braucht eine Regierung, die Leistungsanreize setzt, statt Menschen Willen und Motivation zu Leistung zu nehmen.

Deutschland braucht eine Regierung, die Kriegstreiberei und Sanktions-Irrsinn beendet; die mit einer pragmatischen von Realismus geprägten Außenpolitik an Stelle "feministischer" Ideologie auf dem diplomatischen Parkett wieder ernst genommen wird; eine Regierung, die Deutschland nicht als 51. Bundesstaat der USA versteht; die deutsche und nicht 26 andere

Interessen in der EU vertritt; eine Regierung, die nicht als Zahlmeister einer Brüsseler Bonzen-Nomenklatura auftritt.

Laut "Welt" gibt es in Deutschland derzeit noch acht Lehrstühle für Kernforschung, aber 173 Lehrstühle für Genderforschung! Der Bund (sprich: Steuerzahler) gibt Millionen für "gender-sensible Forschung" aus. Deutschland braucht eine Regierung, die Schluß macht mit diesem und anderen ideologischen Unfug wie die sogenannte "Demokratieförderung".

Deutschland braucht eine Regierung, die Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes wieder zu seinem Recht verhilft: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten ..."

Deutschland braucht eine Regierung, die Artikel 8, Absatz 1 des Grundgesetzes nicht schleichend aushöhlt: "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln."

Laut "Statista" betrogen die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe im Jahr 2021 rund 27 Milliarden Euro. Unsere Steuer-Milliarden versickern im Korruptionssumpf afrikanischer Potentaten oder sichern die Macht islamistischer Steinzeit-Regime im Nahen bzw. Fernen Osten. Allein in den letzten zwei Jahren überwies die Bundesregierung rund 370 Millionen Euro an sogenannter Entwicklungshilfe nach Afghanistan. Dabei gäbe es genug zu "entwickeln" in Deutschland, als da sind: Schulen und Universitäten, marode Autobahnen und eine noch marodere Deutsche Bahn, Landesverteidigung und, wie gesagt, der Schutz unserer Grenzen vor der Migrant-Walze!

GENAU DIESE REGIERUNG BRAUCHT DEUTSCHLAND. DESHALB: NEUWAHLEN - JETZT!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27740](https://www.klagemauer.tv/27740)" berichtet am 22. Dezember 2023 (x1.343/...): >>**Die niemals endenden Gefahren von RNA-Impfstoffen – Ein Brandbrief von Sucharit Bhakdi und Team** –

Kla.TV veröffentlicht den drängenden Brandbrief von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi in mehreren Sprachen und seinen Aufruf, ihn weltweit zu verbreiten. Gerade Ärzte und Politiker, aber auch Journalisten und die Bevölkerung schlechthin - kurzum all jene, die blind dieser "Impf-Agenda" folgten - sollen vor dem neuartigen Konzept von "RNA-Impfstoffen" gewarnt und wachgerüttelt werden.

Dieser Mahnbrief erklärt wissenschaftlich präzise, aber für den Laien verständlich, warum die "Impfstoffe" umgehend aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Im Rahmen des Teams "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD) hat Prof. Dr. Sucharit Bhakdi einen sog. BRANDBRIEF veröffentlicht:

Ein verhängnisvolles Problem, was dem Immunsystem gigantischen Schaden zufügt. Prof. Bhakdi sieht durch jede weitere Verabreichung von mRNA-Impfungen eine extreme Gefahr für Leib und Leben. Er ruft die Menschen dazu auf, ihr Schicksal selbst an die Hand zu nehmen und diesen Brief - der mittlerweile in 17 Sprachen zur Verfügung steht - weltweit zu verbreiten. Seine Warnung mit wissenschaftlichen Fakten belegt, aber für jeden verständlich erklärt, müssen alle Menschen erhalten, insbesondere diejenigen, die den Ärzten, Medien und Politikern blind vertrauten und sich impfen ließen und die Gefahr weiterer Impfungen nicht kennen. Ihre Weiterverbreitung kann Leben retten. Der Brandbrief endet mit dem Aufruf: "Alle Menschen weltweit müssen sofort aufstehen und alle RNA-Injektionen stoppen".

Das neuartige Konzept von RNA-Impfstoffen

Chromosomen sind die Bücher des Lebens. Ihre DNA enthält die lebenswichtigen Rezepte, nach denen Proteine hergestellt werden. Bei Bedarf wird das Buch geöffnet und eine Kopie des gewünschten Rezepts angefertigt. Bei der Kopie handelt es sich um mRNA, die die Produktion des Proteins steuert. Ist die Anleitung abgelesen, wird das Rezept nicht mehr benötigt

und entfernt.

mRNA-Impfstoffe sind solche kurzlebigen Kopien von Chromosomenrezepten, die die Produktion ausgewählter Antigene, z.B. des SARS-CoV-2-Spike-Proteins, steuern. Mit jeder Injektion werden mehr als eine Milliarde Kopien (RNA-Moleküle) verabreicht. Die Massenproduktion von mRNA erfordert die massenhafte Verfügbarkeit der DNA-Rezepte. Wie wird dies erreicht?

Die Lösung stellt einen Grundpfeiler der Gentechnologie dar. Die Billionen und Trillionen von Bauanweisungen stammen von Bakterien. Die Rezepte sind in winzigen, bakteriellen Chromosomen enthalten, die als Plasmide bezeichnet werden. Die Teilungszeit der Bakterien beträgt etwa 20 Minuten - die Anzahl der Zellen verachtfacht sich pro Stunde. In nur wenigen Tagen können daher buchstäblich unzählige Bakterien mit den Plasmiden gewonnen werden. Plasmide sind leicht zu manipulieren.

Fremde Rezepte, d.h. Gene, die die Bauanweisung für virale Proteine enthalten, können ganz einfach eingefügt werden. Nach der massenhaften Vermehrung in den Bakterien werden sie geerntet und als Vorlagen für die Produktion der mRNA-Kopien verwendet. Die mRNA-Moleküle werden dann in winzige Fettkügelchen, sogenannte Lipid-Nanopartikel (LNP), verpackt. Die wesentlichen Bestandteile sind künstlich hergestellt und potentiell hochgiftig. Ihre Verwendung beim Menschen war vor 2020 verboten.

Mit der Notfallzulassung der COVID-RNA-Impfstoffe wurde gegen diese Regel verstoßen. Das Verpackungsmaterial wird benötigt, um die RNA vor der Zerstörung zu schützen und ihre Aufnahme in die Körperzellen zu erleichtern. Sie gelangen über den Blutkreislauf zu allen Organen des Körpers. Dort wirken die Kügelchen wie trojanische Pferde. Sie werden von den Zellen aufgenommen und ihre Fracht wird freigesetzt. Es folgt die Produktion des Genprodukts, die zur Auslösung einer Immunantwort führt. Bei der Immunantwort kommt es zur Bildung spezifischer Antikörper, die vor zukünftigen Infektionen schützen sollen.

Das verhängnisvolle Problem

Das Immunsystem erkennt und zerstört Körperzellen, die fremde Proteine produzieren. Das passiert regelmäßig, wenn unsere Zellen von Viren befallen werden. Diese Fähigkeit, Körperfremdes zu erkennen, ist uns mit der Geburt gegeben. Sie schützt uns das ganze Leben lang, weil virusinfizierte Zellen so wirksam entfernt werden. Dieser angeborene Schutz durch das Immunsystem kann nicht unterdrückt werden. Wird also mRNA, die die Bauanleitung für ein beliebiges körperfremdes Protein enthält, in eine Zelle eingebracht, so wird diese Zelle vom Immunsystem angegriffen werden.

Dies ist das verhängnisvolle Problem, das dem gesamten Konzept unterliegt. Die Menge der verpackten mRNA, die mit jeder Injektion verabreicht wird, ist gigantisch. Im ganzen Körper werden Myriaden von Immunangriffen ausbrechen, die erst zum Stillstand kommen, wenn die Produktion des fremden Proteins beendet ist. Wie lange wird das dauern? Nur ein paar Tage, wie die Impfstoffhersteller und die Zulassungsbehörden gerne behaupten?

Die ultimative Katastrophe

Im Jahre 2022 wurde eine alarmierende Entdeckung gemacht, die mit dieser Behauptung unvereinbar ist. Sogar noch Wochen nach den Injektionen wurden bei Geimpften Spike-Proteine, die mit Hilfe der RNA-Anleitung hergestellt wurden, entdeckt. Und dieser Verbleib war mit schweren Multiorganentzündungen und oftmals tödlichen Erkrankungen verbunden. Welchen Grund konnte es für die langanhaltende Produktion eines eher kurzlebigen mRNA-Bauplans für Proteine und für die langlebigen Entzündungen geben?

Eine mögliche und äußerst erschreckende Antwort lieferte die jüngste Entdeckung von McKernan und Kollegen. Nach der Produktion von mRNA müssen die Plasmid-DNA-Vorlagen entfernt werden, bevor der Verpackungsprozeß gestartet wird. Sonst landen die Plasmide ebenfalls in den Fettkügelchen. McKernan berichtete, daß dieser entscheidende

Schritt der Entfernung der Plasmid-DNA nicht gewissenhaft durchgeführt worden war. Es wurden große Mengen an Plasmid-DNA in verpackter Form gefunden.

Die Verpackung garantierte, wie bei der mRNA, die erfolgreiche Lieferung in unsere Körperzellen. Der Unterschied ist, daß DNA sehr viel stabiler ist als mRNA und über längere Zeiträume als Rezept für die Produktion dienen kann. Die zelluläre Aufnahme eines funktionellen fremden Chromosoms bedeutet nicht weniger als eine genetische Veränderung. Es ist anzunehmen, daß Menschen, denen diese verpackten bakteriellen Plasmide mit der Impfung gespritzt wurden, dieses Schicksal erleiden.

Die Expression jeglichen körperfremden Gens wird einen Immunangriff auf die produzierenden Zellen auslösen. Die fortgesetzte Produktion eines fremden Proteins bedeutet den Tod der Zelle. Dies wird im gesamten Körper geschehen. Es bilden sich Blutgerinnsel, da die Gefäße verletzt werden, und das Gewebe stirbt wegen Sauerstoffmangels ab. Das Herz ist ein Organ, das tote Zellen nicht ersetzen kann.

Wer hat nicht schon von den mysteriösen plötzlichen Fällen von Herztod gehört, die weltweit auftreten? Sie sind nur die Spitze eines Eisbergs. Durch Impfungen ausgelöste Herzkrankheiten stehen auf der Tagesordnung von Jung und Alt. Das zweite Organ, das seine toten Zellen nicht ersetzen kann, ist das Gehirn. Je nachdem, wo der Impfschaden auftritt, kann es zu neurologischen und psychischen Veränderungen kommen. Krankheiten, die gegen den eigenen Körper gerichtet sind (Autoimmunerkrankungen) und einzeln eher selten auftreten, können sich durch die mRNA-Injektion nun gehäuft und gleichzeitig in verschiedenen Organen entwickeln.

Dieses außergewöhnliche Zusammentreffen von Schäden wird durch den tragischen Fall eines 14-jährigen Kindes aufschlußreich illustriert, das an einer Multiorganentzündung starb, wie sie noch nie gesehen wurde. Hinzu kommt, daß die Impfung in der Lage ist, sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Fortpflanzung massiv negativ zu beeinflussen. Die Impfstoffe reichern sich in den Fortpflanzungsorganen an, was die Fruchtbarkeit unmittelbar beeinträchtigt. Die Aufnahme von im Blut zirkulierender RNA und DNA in Zellen der Plazenta kann zu Totgeburten führen. Eine Schädigung der Plazenta kann es den körperfremden Genen außerdem ermöglichen, in den Kreislauf des Ungeborenen zu gelangen.

Die Stammzellen im Blut der Nabelschnur sind nach einer Impfung reduziert und beeinträchtigt und es gibt berechtigten Grund für die Annahme, daß die körperfremden Gene das Ungeborene im Mutterleib erreichen. Außerdem wurde die Verpackung der Impfstoffe in der Muttermilch nachgewiesen. Die Durchlässigkeit des Darms ist in den ersten Wochen nach der Geburt hoch, und es besteht die Befürchtung, daß das Stillen die direkte Übertragung der Impfstoffe auf das Neugeborene ermöglicht.

Das würde dazu führen, daß bereits beim Neugeborenen die Selbstmordmechanismen in den Zellen aktiviert werden. Im Labor ist es möglich, eingeschmuggelte fremde DNA in das Buch des Lebens einzufügen. Wenn dies in geimpften Menschen geschehen sollte, sind die möglichen Folgen unendlich. Eine Störung des fein abgestimmten Netzwerks, das die Zellteilung und Entwicklung steuert, könnte zu Krebs führen. Mutationen in Spermien und befruchteten Eizellen könnten veränderte Eigenschaften vererbbar machen und zur Entstehung von Wesen führen, die vom evolutionären Weg der menschlichen Rasse abgewichen sind.

Schlußfolgerung

Es muß damit gerechnet werden, daß es durch den Angriff des Immunsystems auf die Zellen, die die Virus-Proteine herstellen, zu einer weit verbreiteten und anhaltenden Schädigung von Geweben und Blutgefäßen kommt. Dieser Angriff erfolgt, weil das Virus-Protein körperfremd ist. Und da jeder weitere neue mRNA-Impfstoff die Herstellung eines körperfremden Eiweißes steuern wird, muß damit gerechnet werden, daß Schäden in ähnlichem Ausmaß immer wieder angerichtet werden.

Diese alpträumhaften Szenarien verschlimmern sich mit jeder Auffrischungsimpfung. Außerdem muß damit gerechnet werden, daß die Verunreinigung von Impfstoffchargen mit Plasmid-DNA nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel sein wird, da es kein kosteneffizientes Verfahren gibt, um massenhaft hergestellte RNA zuverlässig von Plasmiden zu trennen.

Daher ist ein lang anhaltender Autoimmunangriff auf die Zellen bei der Verimpfung von Plasmid-DNA unvermeidlich. Durch das Einbringen eines fremden Bauplans in unseren Körper könnte jedes individuelle Buch des Lebens unwiederbringlich verändert werden. Wenn es zum Einbau der Bauanleitung in unser menschliches Chromosom kommt, können unzählige zelluläre Funktionen dauerhaft gestört werden.

Es können bösartige Erkrankungen auftreten und die Lebenserwartung könnte drastisch sinken. Endlose Krankheiten und Leiden könnten zum Schicksal der Betroffenen werden. Es entsteht ein Horrorszenario, das zahllose Menschen betreffen könnte, die wir lieben und in unser Herz geschlossen haben. Es liegt an uns, dieses zu verhindern!

Alle Menschen weltweit müssen sofort aufstehen und alle RNA-Injektionen stoppen!<<

23.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Dezember 2023: >>Dreiste Steuergeld-Verschwendung: Neue Luxus-Limousinen für die Ampel-Bonzen!

Frohe Neujahrs-Botschaft für die Ampel-Bonzen: Minister, Staatssekretäre und Spitzenbeamte der Abriß-Regierung dürfen 2024 deutlich mehr Geld für neue Luxus-Dienstwagen (mit Chauffeur) ausgeben! Das geht aus einem Schreiben von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an seine Kabinettskollegen hervor. Während die Regierung den Bürgern Wasser predigt, trinken diese Spar-Heuchler selber Wein.

So viel dürfen die Regierungs-Limousinen im neuen Jahr bei Kauf, Miete oder Leasing kosten:

- Minister: Bis zu 105. 000 Euro statt bisher 83.000 Euro (ohne Kosten für Funk-Ausrüstung, Blaulicht/Sondersignal, Standheizung). Minister haben die Wahl zwischen den Premium-Marken Audi, BMW oder Mercedes - gerne in der Langversion, die mehr Platz z.B. für die Plauze von Genosse Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bietet. Innerhalb von fünf Jahren haben sich die Preisobergrenzen damit fast verdoppelt!

- Staatssekretäre und Staatsminister (z.B. Claudia Roth, "Grüne") dürfen bis zu 98.000 Euro ausgeben. Das sind 21. 000 Euro mehr als bisher!

- Hohen Ministerialbeamten, von denen es in der Abriß-Ampel so viele gibt wie nie zuvor, steht eine Limousine für einen Anschaffungspreis von 72. 000 Euro zu -14.500 Euro mehr als 2023.

Weil selbst die jetzt höheren Preislimits längst nicht mehr ausreichen, um die Sonderausstattungswünsche der Herrschaften zu befriedigen, fahren die Ampel-Bonzen vorzugsweise gleich in extra bequemen L-Versionen der vorstehend genannten Premium-Marken mit besonders viel Beinfreiheit. Da aber die Listenpreise dieser Fahrzeuge oft weit höher liegen, räumen Audi, BMW und Mercedes der Regierung aus Werbegründen Mega-Rabatte ein, so daß formal die vom Bundesfinanzministerium gesetzten Preisobergrenzen eingehalten werden.

Welcher Ampel-Bonze fährt eigentlich welches Auto?

- Für Kanzler Olaf Scholz (SPD) gibt es kein Preislimit. Er läßt sich sozusagen außerhalb der Konkurrenz chauffieren - und zwar in einem gepanzerten Mercedes S680 Guard. Der 5,5 Meter lange Luxus-Schlitten kostet rund 550.000 Euro und verbraucht satte 20 Liter pro 100 Kilometer.

- Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) läßt sich in einer Mercedes S-Klasse (Hybrid) kutschieren.

- Justizminister Marco Buschmann (FDP) bevorzugt (wahlweise) einen Audi Q8 mit E-Antrieb bzw. Hybrid-Aggregat.

- Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") schätzt ebenfalls die Ingolstädter Premiummarke.
 - Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) gibt dagegen einem Mercedes EQS den Vorzug.
 - Bauministerin Klara Geywitz (SPD) steht auf den 7er von BMW.
 - Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (SPD) läßt mit der Mercedes S-Klasse vorfahren.
- Keine Angaben angeblich aus Sicherheitsgründen machen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne"). Ihnen stehen grundsätzlich wechselnde Fahrzeuge aus dem Fuhrpark des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Verfügung.

FAZIT: Beim Volk sparen, aber bei den Dienstwagen in die Vollen gehen! (oys)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Dezember 2023:

>>Gauland verteidigt NATO und Westbindung

Wann überwindet die AfD endlich Ihre transatlantische Unterwerfung?

_ von *André Poggenburg*

Er kann es nicht lassen: Im Zuge eines Besuchs einer Veranstaltung der Bürgerschaftsfraktion der AfD im Hamburger Rathaus am Mittwoch Abend hielt AfD-Ehrenvorsitzender Alexander Gauland eine Grundsatzrede, äußerte sich dabei klar pro westlich und stellte den Verbleib Deutschlands in der NATO als alternativlos dar. Die Hamburger AfD ist eine feste Bastion transatlantischer Interessen und bedrohte eine abweichende Abgeordnete, Olga Petersen, mit Ausschluß, nur weil sie es gewagt hatte, einem russischen Sender ein Interview zu geben.

Diese Aussagen inmitten zweier US-getriggelter Kriege - in der Ukraine und im Nahen Osten - brachte ihm nicht nur innerhalb der AfD, sondern auch im außerparlamentarischen Vorfeld deutliche Kritik ein.

Die Frage wird drängender: Bleibt die AfD nun Systempartei oder wagt sie irgendwann den Absprung? Die AfD wettet zwar gegen grüne Ideologie, verschreibt sich aber der selben Grundlage - nämlich der transatlantischen Fremdbestimmung!

Ein NATO-Austritt, ein "Ami go home" oder ein klares Bekenntnis zum Ausgleich mit Rußland sind für Gauland und die Mehrheit der AfD-Führung leider kein Thema! Ja, sie wollen Opposition und Veränderung, aber bloß nicht an den Grundpfeilern der transatlantischen Systemstruktur rütteln. Nur in den ostdeutschen Landesverbänden gibt es dazu eine andere Meinung, zum Glück. Hier wird der US-Vasallenstatus mehrheitlich abgelehnt, besonders Höcke formuliert das klar und deutlich.

Daß Gauland in seiner Rede gerade Bismarck bemüht, wirkt schon grotesk und sogar fast ein wenig senil. Denn gerade Bismarck war es doch, der mit seiner "Rückversicherungspolitik" und einem entsprechenden Vertrag mit Rußland, der beide Mächte auf Neutralität im Kriegsfall verpflichtete, für Ausgleich mit Rußland und Stabilität in Europa sorgte!

Zudem ist Gaulands Hinweis darauf, daß Deutschland zu schwach wäre zur eigenen Verteidigung und ihm ein NATO-Austritt als "Sonderweg" übel genommen würde, sehr hanebüchen und kurzsichtig. Denn Deutschland ist ja gerade wegen der transatlantischen Unterdrückung und US-Besatzung "schwach". Viel schwächer, als es sein müßte, denn selbstverständlich würden die wirtschaftlichen und technologischen Leistungen eines befreiten Deutschlands dieses in kürzester Zeit zu einer vollumfänglich verteidigungsbereiten Mittelmacht werden lassen.

Zudem gäbe es die Möglichkeit eines mitteleuropäischen Militärbündnisses mit Nachbarstaaten. Aber genau das ist den US-Amerikanern ein Dorn im Auge und die NATO mittlerweile nicht nur eine aggressive, völkerrechtswidrig agierende Beutegemeinschaft, sondern ein Instrument zur Unterdrückung Deutschlands!

Das wird besonders offensichtlich in der ursprünglichen NATO-Doktrin, daß die Amerikaner

in Europa drin, die Sowjets draußen und die Deutschen klein gehalten werden sollen, wie es der erste Generalsekretär des Militärbündnisses einmal klar formulierte.

Wer also vor diesem Hintergrund einen Verbleib Deutschlands in der NATO verteidigt, predigt im Interesse einer Besatzungsmacht, aber nicht im Interesse Deutschlands!<<

25.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2023:

>>Hersh: Nord-Stream-Terror zielt auf Deutschland

Deutschland wurde von der Regierung von US-Präsident Joe Biden als schwaches Glied in der Koalition zur Unterstützung der Ukraine wahrgenommen, so der US-Publizist Seymour Hersh. ...

_ von Thomas Röper

Die Sabotage der Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 richtete sich gegen Deutschland, das von der Regierung des US-Präsidenten Joe Biden als schwaches Glied in der Koalition zur Unterstützung der Ukraine wahrgenommen wurde. Diese Behauptung hat der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete amerikanische Publizist Seymour Hersh aufgestellt.

"Zielte auf Olaf Scholz ab"

In einem Artikel, der auf der Online-Plattform Substack veröffentlicht wurde, schrieb Hersh:

"Bidens Timing zielt anscheinend auf Bundeskanzler Scholz ab. Einige in der CIA glaubten, daß der Präsident befürchtete, daß Scholz, dessen Wähler in der Unterstützung der Ukraine unentschieden waren, angesichts des nahenden Winters nachgeben und entscheiden könnte, daß es wichtiger sei, sein Volk warm zu halten und seine Industrie florieren zu lassen, als der Ukraine im Kampf gegen Rußland zu helfen."

Der Journalist wies auch darauf hin, daß die Vorbereitungen für die Sabotage "Wochen" vor dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine begonnen haben.

Dazu schrieb Hersh weiter:

"Das ursprüngliche Ziel war es, den russischen Präsidenten Wladimir Putin davon zu überzeugen, nicht einzumarschieren. Als die Invasion trotz der öffentlichen Drohungen, die Pipeline zu zerstören ..., doch stattfand, wurde das US-Team in Norwegen angewiesen, weiterzuarbeiten und einen Weg zu finden, es zu Ende zu bringen."

US-amerikanisch-norwegische Sabotage-Zusammenarbeit

Am 8. Februar berichtete der auf investigativen Journalismus spezialisierte Hersh in seinem Artikel unter Berufung auf eine Quelle, daß die Sprengsätze unter den russischen Pipelines Nord Stream und Nord Stream 2 im Juni 2022 unter dem Deckmantel der Baltops-Übung von Tauchern der US-Marine mit Unterstützung norwegischer Spezialisten platziert wurden. Laut Hersh wurde die Entscheidung, die Operation durchzuführen, von US-Präsident Joe Biden nach neunmonatigen Diskussionen mit den nationalen Sicherheitsberatern der Regierung getroffen.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Dezember 2023:

>>Trump: Großer Erfolg vor Gericht

Von Daniell Pföhringer

Weihnachtsgeschenk für Donald Trump: Das Gerichtsverfahren wegen seiner Rolle beim sogenannten Sturm auf das Kapitol verschiebt sich nach hinten. Der Supreme Court der USA traf eine Entscheidung zugunsten des Ex-Präsidenten. ...

Das Oberste Gericht der USA wird sich möglicherweise erst nach der Präsidentschaftswahl am 5. November 2024 mit dem Vorwurf der "Verschwörung zum Betrug an den Vereinigten Staaten" durch Donald Trump befassen. Im Streit um die mögliche Immunität Trumps gegen diese Anklage wies der Supreme Court einen Tag vor Weihnachten den Antrag von Sonder-

ermittler Jack Smith ab, diese Frage möglichst rasch zu klären.

Ursprünglich war der Beginn des Prozesses in Washington D. C. für den 4. März 2024 und damit mitten in der Vorwahlzeit angesetzt. Ohne die Frage der Immunität zu klären, kann das Verfahren jedoch nicht eröffnet werden. Bei dem Prozeß geht es um Trumps Rolle beim sogenannten Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021.

Richterin ist Trump-Hasserin

Die Bundesjustiz hatte Trump Anfang August angeklagt. Der Vorwurf lautet, er habe den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 zu kippen versucht, um sich damit an der Macht zu halten. Zuständige Richterin ist mit Tanya Chutkan eine ausgewiesene Trump-Hasserin. Die Anwälte des ehemaligen Präsidenten hatten vor Monaten vergeblich versucht, den Termin nach hinten verschieben zu lassen. Auch ein Befangenheitsantrag gegen Chutkan wurde abgelehnt.

Als Bundesrichterin für den Hauptstadtbezirk District of Columbia hatte die gebürtige Jamaikanerin, die in der Vergangenheit schon für Barack Obama spendete, durch außergewöhnlich harte Strafen gegen Beteiligte des Kapitol-Sturms von sich reden gemacht. Hier verhängte sie nicht selten sogar Strafen, die noch über den Vorstellungen der Staatsanwälte lagen.

Trump's Anwälte argumentieren, ihr Klient genieße "absolute Immunität" und könne daher nicht für Handlungen strafrechtlich verfolgt werden, die in seine Amtszeit im Weißen Haus fielen. Bundesrichterin Chutkan hatte dieses Ansinnen jedoch am 1. Dezember abgewiesen. Trumps vier Jahre als Präsident "haben ihm nicht das göttliche Recht der Könige verliehen, die strafrechtliche Verantwortlichkeit zu umgehen, der seine Mitbürger unterliegen", befand sie in reichlich polemischem und nicht gerade von Neutralität zeugendem Tonfall.

Dagegen hatten Trump's Anwälte wiederum Berufung eingelegt. Sonderermittler Smith hatte dann beim Supreme Court beantragt, direkt die Immunitätsfrage zu klären, also nicht zuerst auf die Entscheidung des von den juristischen Vertretern angerufenen Bundesgerichts zu warten. Nach der jüngsten Entscheidung des Obersten Gerichts muß sich nun doch zunächst das Berufungsgericht mit der Immunitätsfrage beschäftigen.

Weitere Prozesse

Zahlreiche politische Beobachter gehen davon aus, daß sich der Prozeß in Washington damit deutlich nach hinten verschieben wird - womöglich bis nach dem Wahltermin am 5. November 2024. Die Bild-Zeitung schreibt:

"Wie lange die Beratungen sich hinziehen werden, ist unklar. Doch der Fall wird durch mehrere Anhörungen gehen, bevor er vor dem Verfassungsgericht landet. Und das hat mit seiner Nichtentscheidung einmal mehr unterstrichen, daß es keine Neigung hat, diese hochbrisante Frage ausgerechnet inmitten des Wahlkampfes anzugehen."

Das Verfahren in Washington D. C. ist eines von insgesamt vier, die gegen Donald Trump anhängig sind: Im Bundesstaat Georgia hat die Bezirksstaatsanwaltschaft von Fulton County gegen Trump und 18 weitere Beschuldigte Anklage wegen versuchter Wahlmanipulation 2020 erhoben. Wann der Prozeß startet, ist noch nicht bekannt.

In New York wirft man dem früheren Präsidenten die Fälschung von Geschäftsunterlagen vor. Die Verhandlung soll am 25. März beginnen. Und in Miami soll Trump ab dem 20. Mai vor Gericht stehen. In dem Prozeß geht es um sicherheitsrelevante Dokumente, die der vormalige US-Staatschef zu seinem Anwesen Mar-a-Lago mitgenommen haben soll, als er im Januar 2021 das Weiße Haus verließ.<<

26.12.2023

Vatikan: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Dezember 2023: >>Vatikan: Aufstand gegen Papst Franziskus

Katholische Bischöfe aus Astana (Kasachstan) und Afrika machen den Anfang: Sie lehnen die neue Homosexuellen-Segnung als "globalistische Gender-Ideologie" ab. ...

Am 18. Dezember erlaubte der Vatikan in seiner Erklärung "Fiducia Supplicans" ("flehendes Vertrauen") die Segnung homosexueller Paare. Dabei mach es laut einem Bericht der Nachrichtenplattform *Katholisch.info* vom 19. Dezember "nicht den Eindruck, daß gleichgeschlechtliche Paare in Scharen vor den Kirchentüren stehen und darauf warten würden, gesegnet zu werden". Deshalb, so die katholische News-Seite, müsse man sich vor allem fragen, worum es tatsächlich gehe.

Die Veröffentlichung des Dokuments, verfaßt von Glaubenspräfekt Victor Manuel Kardinal Fernandez, löste öffentliche Empörung und Kontroversen aus. Sogar eine Gruppe britischer Priester sprach sich dagegen aus. Am 21. Dezember veröffentlichte die Confraternity of Catholic Clergy (Bruderschaft des katholischen Klerus) des Vereinigten Königreichs einen von 500 Priestern unterzeichneten Brief. Darin hieß es, die traditionellen Werte der Kirche seien "unabänderlich".

Gemäß dem katholischen Dogma ist es keine Sünde, sich zu einer Person des gleichen Geschlechts hingezogen zu fühlen, wohl aber, homosexuelle Handlungen zu vollziehen. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2013 hat Papst Franziskus Schritte unternommen, um die Kirche für LGBTQ-Personen offener zu gestalten. Mit der Erlaubnis zur Segnung vom 18. Dezember wurden nun jedoch konkrete Schritte eingeleitet.

Kardinal Müller: "Blasphemie"

Hatte der Vatikan vielleicht noch daran geglaubt, daß diese wesentliche Änderung der katholischen Traditionen und Lehren im allgemeinen Weltenchaos kurz vor Weihnachten 2023 weitestgehend untergehen würde, so erwies sich dies als eine grobe Fehleinschätzung.

Unter dem Titel "Kirchen-Revolt gegen Papst Franziskus neue Segens-Lehre" faßte der Münchner Merkur am 23. Dezember den weltweiten Widerstand in einem Bericht zusammen. Demnach habe es selbst aus der Ukraine "kritische Töne" gegeben. Man habe dort zwar nicht, so wie in einigen afrikanischen Ländern, seitens der ansässigen Bischöfe die Segnungen direkt nach Veröffentlichung der Vatikan-Erklärung verboten. Aber man erklärte: "Was wir in dem Dokument vermißt haben, ist, daß das Evangelium die Sünder zur Umkehr aufruft."

Nur in Westeuropa begrüße man dem Merkur-Bericht zu Folge die Erklärung des Vatikans angeblich ausdrücklich. Doch selbst dort habe es Kritik gegeben, mußte die Zeitung einräumen. So habe der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller die Segnung von homosexuellen Paaren als "Blasphemie" bezeichnet. In Nordamerika dagegen, sei "man deutlich verhaltener als in Europa." Dort habe es seitens der Kirchenvertreter öffentlich lediglich geheißt, daß sich "die Lehre der Kirche zur Ehe nicht verändert habe".

Afrika leistet offen Widerstand

Wie *Katholisch.info* berichtet, habe die Bischofskonferenz von Malawi als erste nationale Bischofskonferenz auf die neue vatikanische Erklärung reagiert. Schon am 19. Dezember, verfaßte man eine Klarstellung. Darin erklären die malawischen Bischöfe, "um Verwirrung unter den Gläubigen zu vermeiden, ordnen wir direkt an, daß aus pastoralen Gründen Segnungen jeglicher Art und gleichgeschlechtliche Verbindungen jeglicher Art in Malawi nicht erlaubt sind".

Schon zwei Tage später hatten sich auch die Bischöfe in zwei anderen Ländern des afrikanischen Kontinents organisiert und ihre kollektive Ablehnung ausgesprochen und auch begründet: Die katholische Bischofskonferenz von Nigeria und die katholische Bischofskonferenz von Ghana verlautbarten am 20. beziehungsweise 21. Dezember in getrennten Erklärungen, daß die Segnung homosexueller Ehen dem göttlichen Gesetz und der Lehre der Kirche widerspreche. Die ghanaischen Bischöfe erklärten zudem: "Wir möchten noch einmal betonen, daß Priester keine gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder Ehen segnen dürfen."

Gottlose Gender-Ideologie

Die allererste Reaktion sei jedoch diesmal nicht seitens der traditionellen Katholiken aus

Afrika gekommen, sondern aus einer Diözese in Zentralasien, so ein weiterer Bericht von Katholische Info. Demnach waren es die Bischöfe aus Astana, Tomasz Peta, Metropolitan-Erzbischof der Erzdiözese der Allerheiligsten Jungfrau Maria zu Astana, und Athanasius Schneider, Weihbischof der Erzdiözese der Allerheiligsten Jungfrau Maria zu Astana, die der vatikanischen Erklärung als allererste öffentlich widersprachen:

"Als Nachfolger der Apostel und getreu unserem feierlichen Eid anlässlich unserer Bischofsweihe, 'das Glaubensgut in Reinheit und Unversehrtheit zu bewahren, in Übereinstimmung mit der Tradition, die in der Kirche seit der Zeit der Apostel immer und überall befolgt wird', ermahnen wir die Priester und Gläubigen der Erzdiözese der Allerheiligsten Jungfrau Maria zu Astana und verbieten ihnen, irgendeine Form der Segnung von irregulären und gleichgeschlechtlichen Paaren zu akzeptieren oder durchzuführen."

Mit solchen Segnungen würde die katholische Kirche, wenn nicht in der Theorie, so doch in der Praxis, zur Propagandistin der globalistischen und gottlosen "Gender-Ideologie". Die beiden Bischöfe aus Astana forderten Papst Franziskus auf, "im Geiste der bischöflichen Kollegialität, die Erlaubnis zur Segnung unverheirateter und gleichgeschlechtlicher Paare zu widerrufen."

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Dezember 2023:

>>Michael Aquino: Satans Geheimagent

Michael Aquino war bekennender Satanist - und zugleich Offizier eines Militär-Nachrichtendienstes. Seine Rolle in mehreren Fällen von Kindesmißbrauch, die ganz Amerika erschütterten, ist bis heute ungeklärt. Ein Auszug aus unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood". Wir beleuchten den dunklen Untergrund.

_ von Timo Beil

Im Archiv des FBI befindet sich ein Telefax aus dem Jahr 1986, in dem ein Mann des Kindesmißbrauchs beschuldigt wird. Ob dieser stattgefunden hat und wenn ja, ob er ritueller Art war, geht aus dem Dokument nicht hervor.

Was die Akten besagen: Das FBI kam bei seinen Ermittlungen nicht weiter, weil die Armee, bei der man anfragte, nicht antwortete. Der Beschuldigte war als Oberstleutnant bei der Spionageabwehr des Heeres Geheimnisträger. Zugleich war er Oberhaupt eines okkulten Ordens. Sein Name: Michael Aquino.

In die Hölle und zurück

Schon das Alleinstellungsmerkmal, zugleich bekennender Satanist und Geheimdienstoffizier zu sein, macht den 1946 geborenen und 2019 verstorbenen Spezialisten für psychologische Kriegsführung zu einer der schillerndsten Persönlichkeiten der jüngeren amerikanischen Geschichte. Weggefährten beschrieben ihn als charismatisch und kultiviert. Doch über seinem Leben lag ein dunkler Schatten. ...

Nicht nur beim Militär, auch in der Church of Satan stieg Aquino rasch auf, gehörte bald deren innerem Führungszirkel an, hielt Vorträge und entwickelte Rituale. Mitte der Siebziger kam es allerdings zu einem Zerwürfnis zwischen ihm und LaVey.

Dessen Satanskirche war weniger magisch denn philosophisch ausgerichtet und vertrat einen extremen Libertarismus und Sozialdarwinismus, wie man ihn bei Ayn Rand und Nietzsche findet. Daher auch die starke Betonung des Individualismus und der Eigenverantwortung, die Aquino anfangs so beeindruckte.

Die verruchten Partys und theatralischen Schwarzen Messen mögen für viele LaVey-Anhänger genug gewesen seien, doch manche verlangten nach magischem Gehalt und spürbarem Ritual. Gerade dafür hatte der öffentlich so sanftmütig erscheinende Aquino ein Händchen. Er beschwor in einem nächtlichen Ritual den Fürsten der Finsternis, der sich ihm als Seth, also

als altägyptischer Gott des Chaos und des Verderbens, offenbart haben soll. ...

Die Kinder von Presidio

Die dunklen Flecken in Aquinos Leben beziehen sich denn auch weniger auf seine Tätigkeit als Satanist, denn darüber hat er selbst zahlreiche Bücher geschrieben. Vielmehr finden sie sich bei seinen Aktivitäten für den militärischen Nachrichtendienst.

Bekannt ist, daß er in den späten Siebzigern Co-Autor eines Papiers mit dem Titel "From PSYOP to MindWar: The Psychology of Victory" (Von Psychooperationen zum Geisteskrieg: Die Psychologie des Sieges) war. Dieser Fachaufsatz will den "Geisteskrieg" von simpler Propaganda unterschieden wissen. Propaganda à la Goebbels sei Lüge gewesen, "Mind War" dagegen die moralisch gute Wahrheit. ...

Wie weit ging Aquino bei seinen Ritualen? Diese Frage stand im Zentrum eines Skandals, der Mitte der 1980er Jahre ganz Amerika erschütterte: Zahlreiche Jungen und Mädchen, die in der Kindertagesstätte des Militärstützpunktes Presidio in San Francisco betreut wurden, sagten aus, sie seien Opfer sexuellen Mißbrauchs geworden.

Als Hauptschuldiger wurde damals der Kita-Leiter und Baptistenpfarrer Gary Hambright ausgemacht, der im September 1987 angeklagt wurde, weil er sich an sechs Jungen und vier Mädchen im Alter von drei bis sieben Jahren vergangen haben soll. Aquino war in Presidio stationiert gewesen, sein Wohnhaus befand sich etwa sieben Autominuten von dem Stützpunkt entfernt. Eines der betroffenen Kinder ... Ende der Textauszüge.

Den vollständigen Beitrag lesen Sie unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood". <<

Nigeria: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Dezember 2023 (x1.345/...): >>>Mehr als 100 Tote - Weihnachtsmassaker an Christen durch mutmaßliche Islamisten

Über 100 Tote und mehr als 300 Verletzte gab es bei koordinierten, mutmaßlich islamistischen Angriffen auf christliche Dörfer im nigerianischen Bundesstaat Plateau. Immer wieder gab es in der Region Angriffe muslimischer Stämme auf Christen.

Henry Albrecht

Am vergangenen Wochenende wurden mehrere christliche Dörfer im nigerianischen Bundesstaat Plateau Opfer gut koordinierter Angriffe mutmaßlicher Islamisten, bei denen Berichten zufolge über 100 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt wurden. Monday Kassah, der Vorsitzende der Bokkos Local Government Area im Bundesstaat Plateau, bestätigte die Angriffe und berichtete von 113 geborgenen Leichen. Es gibt unterschiedliche Angaben zu den Zahlen der angegriffenen Dörfer und Getöteten.

Der Polizeisprecher des Bundesstaats nannte zunächst mindestens 98 Tote, während Vertreter der örtlichen Behörden von mindestens 163 Toten sprachen. Die meisten Opfer sollen Frauen und Kinder sein, und es wird befürchtet, daß die Zahl der Toten noch steigen wird.

Gewalt gegen Christen nicht neu

Der zentral gelegene Bundesstaat Plateau, in dem die jüngsten Angriffe stattfanden, hat eine tragische Geschichte der Gewalt vom muslimisch geprägten Norden gegen den vorwiegend christlichen Süden Nigerias. Seit dem Jahr 2001 ist die Region Schauplatz wiederholter Konflikte, bei denen bereits über 1.000 Menschen ihr Leben verloren haben.

Die Stadt Jos, die Provinzhauptstadt des Bundesstaates, war besonders von den Auseinandersetzungen betroffen. Im Januar 2010 führten Unruhen zu schweren Ausschreitungen, bei denen ganze christliche Stadtviertel zerstört wurden und mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Ein besonders erschütternder Vorfall ereignete sich in der Nacht zum 7. März 2010, als es zu erneuten Gewaltausbrüchen zwischen Angehörigen des muslimischen Fulani-Hirtenvolkes und den Dorfbewohnern der christlichen Berom kam. Im Dorf Dogo Nahawa wurden überwiegend von Christen bewohnte Ortsteile überfallen, und mehr als 500 Christen

wurden getötet.

Diese Spannungen setzten sich fort, und im Juli 2012, bei einem weiteren Angriff, der örtlichen muslimischen Fulani-Stammesmitgliedern zugeschrieben wird, verloren rund 100 Christen ihr Leben. Die jüngsten koordinierten Angriffe an Heiligabend 2023 zeigen deutlich, daß die Region weiterhin von tiefgreifenden Konflikten und Gewalt gezeichnet ist. Auch wenn die Identität der Angreifer noch nicht abschließend geklärt ist, beschuldigten die Opfer muslimische Fulani-Viehhirten für die Angriffe.<<

28.12.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Dezember 2023: >>Linken-Politiker rechtfertigt Diebstahl durch Migranten: "Holen sich zurück, was ihnen zusteht"

Nachdem vornehmlich nordafrikanische Asylbewerber in Regensburg einen Edeka-Laden ausgeräumt haben, hat der erste Linken-Politiker Verständnis für die Massendiebstähle u.a. von Wodka geäußert. Die Migranten würden sich lediglich das zurückholen, "was ihnen zusteht", erklärte Ferat Kocak, flüchtlingspolitischer Sprecher der Kommunisten im Berliner Abgeordnetenhaus.

Auf dem Kurznachrichtenportal "X" twitterte er: "EDEKA ist die Abkürzung für 'Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler': Ich würde sagen, die Menschen holen sich das zurück, was ihnen zusteht ..." Die Asylbewerber würden quasi zum Klauen genötigt, weil "die Behörden überlastet sind und viele Geflüchtete noch nicht mal das ausgezahlt bekommen, was sie zum Leben brauchen."<<

29.12.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. Dezember 2023 (x1.348/...): >>Die kriegerische Kraft, die aus pervertierter Religion aufsteigt

Von Herbert Ludwig

Eine der stärksten und fanatischsten kriegerischen Kräfte speist sich aus den Religionen, bzw. aus ihrer Pervertierung. Das Judentum, der Islam und auch die christliche Religion führen kein nur stilles kulturbildendes Dasein, wie es dem inneren Wesen der Religion entspricht, sondern wirken stark motivierend und antreibend in den staatlich-militärischen Komplex der Macht- und Gewaltausübung hinein. Was liegt dem zugrunde? Auch Georg Christoph Lichtenberg fragte sich im 18. Jahrhundert, wie sonderbar es sei, daß die Menschen so gern für ihre Religion fechten und so ungerne nach ihren inneren Vorschriften leben. Aus aktuellen Gründen sei besonders dem kriegerischen Wirken des Judentums nachgegangen.

Wesen und Pervertierung der Religion

Religion als das Streben nach Wiederverbindung mit der geistig-göttlichen Welt hat die schmerzhafteste Trennung von ihr zur Voraussetzung. Die Vertreibung aus ihr infolge des Sündenfalles, die in bildhafter Form Ausgangspunkt aller Religionen ist, bedeutete den Abstieg der Menschen aus der paradiesischen Reinheit in die irdische Welt der moralischen Abirrungen. Religion ist insofern der Weg, die moralischen Verschlechterungen des eigenen Wesens zu überwinden, zu läutern, um dadurch allmählich wieder in die göttliche Welt zurückkehren zu können.

Das Entscheidende einer Religion ist daher nicht, was sie lehrt, sondern was sie durch die Übung dieser Religion im Menschen real an Wandlungen bewirkt. Die Lehre hat dazu eine bewußtseinsbildende und hinführende Aufgabe.

Das Wesen der Religion ist also der innere willentlich übende Weg der Läuterung und moralischen Vervollkommnung zu Gott. Dem stellen sich aber ständig die inneren Widerstände und Versuchungen des Bösen entgegen. Sie zu überwinden, fordert einen immerwährenden Kampf gegen den "eigenen inneren Schweinehund", das niedere, egoistische Selbst des bequemen Alltagsmenschen. Und das ist der Punkt, an dem sich die Geister scheiden.

Wird diesem inneren Kampf nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet, wird ihm ausgewichen und gerät der "eigene innere Schweinehund" aus dem Blick, so wendet sich der Blick nach außen und sieht haßerfüllt den "Schweinehund" in den Ungläubigen, die dem "falschen Glauben" anhängen und den einzig wahren Glauben verschmähen. Man sieht ihn in anderen Völkern und Staaten, welche die Menschheit bedrohten, aber im Grunde nur den eigenen Ansprüchen und Interessen im Wege stehen.

Wer das Böse statt im eigenen Innern mit Gewalt beim Anderen bekämpft, führt den Krieg verheerend am falschen Ort und vermehrt nur das Böse in sich selbst. Äußerer Kampf und Krieg sind das furchtbare Zeichen dafür, daß der notwendige Kampf im eigenen Inneren veräußert und auf ein falsches Schlachtfeld verlagert wird, wo sich die egoistischen Zerstörungskräfte, anstatt im eigenen Innern überwunden zu werden, ungehindert austoben und wechselseitig verstärken. Man folgt in Wahrheit nicht dem Gott seiner Religion, den man sucht, sondern dem Bösen in sich, das man in anderen zu bekämpfen vorgibt.

Religiös motivierte Gewalt

So beansprucht der Islam aus dem Gebot der Totalhingabe an den Willen Gottes die Einheit zwischen religiösem und staatlichem Leben. Und der "Dschihad", der "Anstrengung auf dem Wege Gottes" bedeutet, also eigentlich Bemühen um die eigene moralische Läuterung, wird durch Unterstützung einiger Koranstellen nach außen gegen die Ungläubigen gewendet und gewinnt eine kriegerische Gewaltdynamik, die heute wieder große Ausmaße angenommen hat. Auch das Christentum durchdringt in den USA z.B. die Politik zu einem religiös gefärbten Nationalismus, der die Bürger in eine von Gott geschützte und geführte Nation, eine "one nation under god", vereint.

Dieses Verhältnis zu Gott wird als das eines besonders auserwählten Volkes gedeutet, "das Israel unserer Zeit", dem von Gott die besondere geschichtliche Mission zuerteilt sei, ein Modell für Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu errichten, "nicht nur für Amerika allein, sondern für die ganze Menschheit". Daraus steigt immer wieder der missionarisch-kämpferische Gedanke des Kreuzzuges für diese Ideale auf, mit dem das "selbstlose" militärische Eingreifen in aller Welt vielfach motiviert wird.

Aus aktuellen Gründen wenden wir uns hier nur dem Judentum zu. Wie im vorigen Artikel dargelegt, hat es im Grunde vor zweitausend Jahren mit dem Erscheinen des verheißenen Messias in Jesus Christus seine Erfüllung gefunden, auf die seine gesamte Entwicklung vorbereitend zugesteuert ist. Doch eine erstarrte Gesetzesdogmatik hat den großen Teil der Juden diese Tatsache nicht erkennen lassen. So ist bei den in alle Welt zerstreuten Juden die heutige jüdische Religion in der Verfassung von vor über zweitausend Jahren stehengeblieben, die noch immer auf den Messias wartet. Welche geschichtliche Tragik!

Das führte dazu, daß eine jüdisch-zionistische Bewegung in der Gegenwart Ansprüche auf das Land Palästina mit alten Zielen aus der im Alten Testament geschilderten Vergangenheit begründete, die mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben, und im Grunde furchtbare ideologische Wahngelüste sind. Zion, der Name für den Tempelberg in Jerusalem, war in der babylonischen Gefangenschaft (6. Jh. v. Chr.) zum Synonym für die Zukunftshoffnungen des damaligen Judentums geworden. Das war in der damaligen Realität begründet, da die Juden ihre göttliche Aufgabe, das Volk leiblich und seelisch auf den Empfang des verheißenen Messias hinzuführen, noch nicht erfüllt hatten.

Das christliche Adventslied "Tochter Zion" weist auf die Erfüllung hin mit den Worten: "Tochter Zion, freue dich, jauchze laut, Jerusalem! Sieh, dein König kommt zu dir, ja, er kommt, der Friedefürst. Tochter Zion, freue dich, jauchze laut, Jerusalem!"

Doch jetzt, nach zweieinhalbtausend Jahren, als ein krampfhaft zusammengeführtes "Volk" ohne eigentliche geistige Aufgabe wieder Anspruch auf Zion, den Tempelberg, Jerusalem und das übrige alte Land zu erheben und dort unter Vertreibung und Tötung Hunderttausender

Einheimischer mit Gewalt einen jüdischen Nationalstaat zu etablieren, ist ein furchtbarer religiöser Wahn.

An dessen Beginn stand also auch hier die Verbindung äußerer religiöser Ziele mit militärischer und staatlicher Gewalt. Die fanatische Realisierung dieser Wahnideen bedeutet, wie die Gegenwart zeigt, eine Menschen-verachtende Barbarisierung, die Unheil auf Unheil über andere Menschen erzeugt.

Erhalt und weitere staatliche Ausdehnung fordern immer wieder neu die Notwendigkeit militärischer Gewalt. Dies ist auch mit dem "Schutz der Juden vor Antisemitismus" nicht zu rechtfertigen, der dadurch gerade ungeheuer verstärkt wird.

Wo bleibt bei der herrschenden Kaste des Staates Israel der demütige innere religiöse Weg zu Gott? Wo bleibt die Einhaltung der eigenen Zehn Gebote als die moralische Entwicklungsbedingung für ein gottgefälliges reines menschliches Wesen?: "Du sollst nicht töten." "Du sollst nicht stehlen." "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten." "Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus." Der innere Kampf gegen das Böse wird vermieden und in einen äußeren Kampf gegen das Böse in den Anderen gewendet - mit den Mitteln des Bösen.

Wie Amalek so Gaza

In einer hebräischen Rede am 28. Oktober 2023, in der der israelische Ministerpräsident Netanjahu die Bodeninvasion in Gaza ankündigte, berief er sich zur Rechtfertigung des damit verbundenen Massakers an Zivilisten auf Ereignisse in der Bibel:

"Ihr müßt euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns. Und wir kämpfen. Unsere tapferen Truppen und Kämpfer, die jetzt in Gaza und in allen anderen Teilen Israels sind, reihen sich ein in die Kette der jüdischen Helden, eine Kette, die vor 3.000 Jahren begann, von Josua ben Nun bis zu den Helden von 1948, dem Sechstagekrieg, dem Krieg im Oktober 73 und all den anderen Kriegen in diesem Land. Unsere Heldentruppen haben ein übergeordnetes Hauptziel: den mörderischen Feind vollständig zu besiegen und unsere Existenz in diesem Land zu sichern."

Wer war Amalek? Beim Auszug des Volkes Israel aus Ägypten hatte ihm das arabische Volk der Amalekiter den Weg verlegt, also das Weiterziehen ins verheißene Land Palästina versperrt. Nach 1. Samuel, Kapitel 15 des Alten Testaments befahl der Priester Samuel dem israelitischen König Saul im Auftrag des Herren: "So ziehe nun hin und schlage die Amalekiter und verbanne sie mit allem, was sie haben. Schone ihrer nicht, sondern töte beide, Mann und Weib, Kinder und Säuglinge, Ochsen und Schafe, Kamele und Esel."

Daraus zieht also Netanjahu das Recht, auch die heutigen arabischen Palästinenser, die den Zionisten das Land Palästina versperren, mit Weib und Kind zu vernichten. -

Es ist das wahnhaft starre Festhalten an Verhältnissen, wie sie vor dreitausend Jahren bestanden haben, als ob es keine Entwicklung in der Menschheit gebe.

Die Situation von damals läßt sich aus dem 2. Buch Mose, Kapitel 17 genauer ansehen. Das Volk Israel litt in der Wüste großen Durst, murrte deshalb gegen Moses und zweifelte an der Richtigkeit, aus Ägypten weggezogen zu sein. Moses betete zum Herrn, der ihm die Weisung gab, mit seinem Stab an einen Felsen zu schlagen, aus dem Wasser für das Volk herausquellen werde.

"Da hieß man den Ort Massa (Versuchung) und Meriba (Hader), um des Zankes willen der Kinder Israel, und daß sie den Herrn versucht und gesagt hatten: Ist der Herr unter uns oder nicht?" (Vers 7)

Darauf heißt es unmittelbar in Vers 8: "Da kam Amalek und stritt wider Israel in Raphidim."

Vers 13: "Und Josua dämpfte den Amalek und sein Volk durch des Schwertes Schärfe."

Und Vers 13 setzt fort: "Und der Herr sprach zu Mose: Schreibe das zum Gedächtnis in ein Buch und befiehl es in die Ohren Josuas; denn ich will den Amalek unter dem Himmel austilgen, daß man seiner nicht mehr gedenke."

Israel hatte seine vom Gotte Jahve eingeleitete Mission noch vor sich. Dazu gehörte die unbedingte Treue zu seinem Gott Jahve, der diese Entwicklung überwachte, Abweichungen ahnden und Feinde, die diese Entwicklung zu verhindern drohten, abwehren ließ.

Das Volk begann jedoch in der oben geschilderten Situation unter den äußeren Schwierigkeiten an seiner Mission und an seinem Gott zu zweifeln und wollte lieber wieder nach Ägypten zurück, aus dem es Moses zur Ausbildung seiner Fähigkeiten gerade herausgeführt hatte. In dieser Situation der inneren Schwäche heißt es: Da kam Amalek und stritt wider Israel.

Es ist, als ob die innere Schwäche, die Versuchung des inneren Feindes, gleichsam einen äußeren Feind herbeigeführt hätte, der die Verhinderung der Mission mit Gewalt vollziehen würde. Amalek wurde gleichsam zum Symbol für die drohende Zerstörung der großen Volksaufgabe, und dies mußte vollständig vernichtet, ja aus dem Bewußtsein ausgetilgt werden.

Die Sprache der Bibel ist imaginativ, d.h. es werden primär seelisch-geistige Geschehnisse in physischen Bildern geschildert.

Die Bilder sind also nicht unbedingt wörtlich als physisches Geschehen zu nehmen. Es ist daher noch die Frage, ob es wirklich um die völlige physische Vernichtung des Volkes der Amalekiter mit "Mann und Weib, Kindern und Säuglingen" ging und nicht um die vollständige Ausrottung des inneren Feindes, für den Amalek nur das Symbol war.

Jedenfalls war auch der äußere Abwehrkampf Israels gegen Amalek, das seinen von Jahve vorgezeichneten Weg nach Palästina verhindern wollte, in der damaligen Zeit berechtigt. Die Erfüllung seiner Aufgabe lag ja noch vor ihm, und es mußte vor seinen Feinden geschützt werden, damit die Erfüllung nicht verhindert wurde.

Das heutige künstlich aus verstreuten Juden zusammengefügte "Volk" Israel, das noch in seinen bestimmenden Teilen am alten überlebten Glauben starr festhält, hat eine solche göttliche Aufgabe nicht. Eine Berufung auf Worte des damaligen israelischen Gottes Jahve ist ein Wahn. Von ihm besteht eigentlich nur noch der Name. Der Gott selbst hatte seine eigene Mission mit dem damaligen Volk Israel erfüllt. Es ist die Frage, welches Wesen sich heute hinter seinem Namen verbirgt und wozu es die Juden inspiriert, wenn sie ihn anbetend anrufen.

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"

Der Messias sagte nach dem Matthäus-Evangelium Kap 7, Vers 15, 16: "Sehet euch vor den falschen Propheten vor, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

Das gilt auch für die Frage nach der rechten Religion.

G. E. Lessing hat die Frage in seinem Drama "Nathan der Weise" in tiefsinniger Weise behandelt. Er versetzt die Handlung in das Jerusalem des dritten Kreuzzuges, als Sultan Saladin die Macht über die Heilige Stadt innehat und gerade ein Waffenstillstand herrscht. Die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam stehen sich hier mit ihrem jeweiligen Anspruch, die allein wahre Religion zu sein, gerade an dem Ort gegenüber, der für jede von ihnen religiös höchst bedeutsam ist.

Lessing verkörpert seine Auffassungen in der Gestalt des weisen Juden Nathan, der Saladin auf dessen Frage nach der allein wahren Religion darauf verweist, daß die Religionen zwar äußerlich unterscheidbar, aber die auf Treu und Glauben in ihnen aufgewachsenen und lebenden Menschen gewöhnlich nicht imstande seien, die inneren Gründe der verschiedenen Religionen und deren Wahrheitsgehalt erkennen zu können.

Nathan bringt seine Ansicht und Lösung des Problems in das Bild einer Ring-Parabel: Ein Mann besaß einen wertvollen Ring, der die Eigenschaft hatte, seinen Träger "vor Gott und Menschen angenehm" zu machen, wenn der Besitzer "in dieser Zuversicht ihn trug". Der Ring wurde über Generationen vom Vater stets an jenen Sohn vererbt, den er am meisten liebte und der kraft des Ringes der Fürst des Hauses werden sollte.

Doch einmal trat der Fall ein, daß ein Vater drei Söhne hatte, die ihm alle gleichermaßen lieb

und teuer waren. Deshalb ließ er von einem Künstler zwei exakte Duplikate des Ringes herstellen und vermachte jedem seiner Söhne einen der Ringe als den echten. Die Söhne gerieten nach dem Tode des Vaters natürlich in Streit. Denn jeder beanspruchte, "der Fürst des Hauses" zu sein. Schließlich zogen sie vor Gericht, um klären zu lassen, welcher Ring der echte sei.

Der Richter aber, außerstande dies zu ermitteln, erinnerte die drei Söhne daran, daß der echte Ring ja die Eigenschaft habe, den Träger "vor Gott und Menschen beliebt und angenehm zu machen". Offenbar sei diese Wirkung aber bei keinem der drei eingetreten. Der echte Ring müsse daher schon dem Vater verloren gegangen sein. So gab der Richter den Rat:

Im Glauben, daß sein Ring der echte sei, solle jeder der Brüder mit den anderen um die Wette eifern, "die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag zu legen", indem er dieser Kraft durch Streben nach "vorurteilsfreier Liebe, nach Sanftmut, herzlicher Verträglichkeit, Wohltun und innigster Ergebenheit in Gott" zu Hilfe komme. "Und wenn sich dann der Steine Kräfte bei euren Kindes-Kindeskindern äußern: So lad ich über tausend, tausend Jahre sie wiederum vor diesen Stuhl. Da wird ein weiserer Mann auf diesem Stuhle sitzen als ich und sprechen."

Gott steht als Vater am Anfang und als Richter am Ende der menschlichen Entwicklung, und entscheidend ist, was die Menschen unter der Hilfe der Religion aus sich gemacht haben. Nathan verweist also die Religionen auf ihr eigenes Wesen zurück: ein innerer Weg der moralischen Wandlung und Veredelung des Menschen zu sein, um der göttlichen Welt wieder nahe zu kommen. Nur darin könne sich ihre Fruchtbarkeit und Echtheit erweisen, nicht in äußerem Überzeugungsstreit und Kampf.

Im konkreten Leben stehen sich niemals das Christentum und der Islam oder das Judentum gegenüber. Immer sind es reale Menschen, die sich begegnen. "Sind Christ und Jude eher Christ und Jude als Mensch?" fragt Nathan. Das Wichtige ist nicht, welche Religion sie in ihren Köpfen tragen, sondern was von dieser Religion in ihnen an reiner Menschlichkeit lebt und sich in ihren Handlungen offenbart und realisiert. Die Grundkraft der Schöpfung, die alles Leben durchdringt und trägt, ist die Liebe.

Kein Mensch könnte am Leben sein, wenn ihn nicht die Liebe anderer Menschen wärmte und bildete. Es ist diese elementar zwischen Menschen webende Kraft, die in Gestalt der herzlichen Verträglichkeit, des Sanftmuts und des Wohltuns im Grunde jeder Mensch in der Begegnung mit anderen unbewußt erwartet und unbeachtet von allem Trennenden auch zu geben bereit ist. Und es ist Ausdruck höchster Menschlichkeit, wenn ein Mensch sie auch dann gibt, wenn er zuvor nur Hass und Vernichtung am eigenen Leibe erfahren hat.

In dem Drama gibt sich eines Tages ein christlicher Klosterbruder Nathan gegenüber als der Reiter zu erkennen, der ihm vor achtzehn Jahren ein durch die Kriegswirren verwaistes wenige Wochen altes Christenmädchen in seine Obhut gab. Nathan hatte es wie seine eigene Tochter aufgezogen, doch - den argwöhnischen Christen in Jerusalem unbekannt - selbstlos nicht im jüdischen, sondern in christlichem Glauben unterrichten lassen. "Der frommen Einfalt" des Klosterbruders vertraut er nun an, in welcher Lebenssituation er sich damals befunden hatte. Erst wenige Tage zuvor hatten die Christen in einem Pogrom seine "Frau mit sieben hoffnungsvollen Söhnen" umgebracht.

"Als ihr kamt, hatt' ich drei Tag' und Nächt' in Asch' und Staub vor Gott gelegen und geweint. - Geweint? Dabei mit Gott auch wohl gerechtet, gezürnt, getobt, mich und die Welt verwünscht, der Christenheit den unversöhnlichsten Haß geschworen. - Doch nun kam die Vernunft allmählich wieder, sie sprach mit sanfter Stimm': Und doch ist Gott! Doch war auch Gottes Ratschluß das! Wohlan! Komm übe, was du längst begriffen hast, was sicherlich zu üben schwerer nicht als zu begreifen ist, wenn du nur willst. Steh auf! - Ich stand und rief zu Gott: Ich will! Willst du nur, daß ich will! - Indem stiegt ihr vom Pferd und überreichtet mir das Kind. ... Ich nahm das Kind, trug's auf mein Lager, küßt' es, warf mich auf die Knie und

schluchzte: Gott! Auf sieben doch nun schon eines wieder!" -

Tief ergriffen ruft der Klosterbruder aus:

"Nathan! Nathan! Ihr seid ein Christ! - Bei Gott, Ihr seid ein Christ! Ein besserer Christ war nie!"

Und Nathan antwortet ihm: "Wohl uns, denn was mich Euch zum Christen macht, das macht Euch mir zum Juden!" -

Tiefe, von brüderlicher Liebe durchdrungene vollkommene Menschlichkeit ist das übende Ziel jeder wirklichen Religion. Darin kommt der Mensch dem Göttlichen nahe. Denn Gott ist die Liebe, und alle Liebe fließt aus Gott. Wenn der Messias der Sohn Gottes ist, wie es die Evangelien des Christentums verkünden, dann ist die Liebe Gottes sichtbar in Jesus vollkommener Mensch geworden, als Vorbild für alle Menschen, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Dann erleben die Menschen jeder Religion in dem Maße wie sie reine, liebevolle Menschlichkeit entwickeln, die reale Kraft der Liebe und vollkommenen Menschlichkeit des Messias in ihrer Seele, wie immer sie ihn dann auch nennen mögen. -

An den Früchten, den Taten und dem Verhalten der einzelnen Vertreter der verschiedenen Religionen werden wir erkennen, was es mit ihnen auf sich hat, auch und gerade in Palästina, dem Land, in dem der Messias als Mensch über die Erde geschritten ist.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27720" berichtet am 29. Dezember 2023 (x1.343/...): >>TOTALZENSUR - was dann?

Von *Ivo Sasek*

Wer glaubt, mit der totalen Internetzensur sei die Einschränkung unserer Rede- und Meinungsfreiheit bereits abgeschlossen, der irrt. Kla.TV-Gründer Ivo Sasek erklärt hier in 12 Minuten, daß die Internetzensur für die Verfolger der Wahrheit nur gerade der erste Schritt ist. Sasek zeigt aber auch bahnbrechende Auswege aus dieser weltweiten Verengung auf.

Wer irgend denkt, mit der ab 24 geplanten Totalbeschneidung unserer Rede- und Meinungsfreiheit im Internet sei auch der quälende Einengungsprozeß zu Ende, der irrt - der hat noch immer nicht verstanden, wie unsere Meinungs-Überwacher ticken. Die totale Zensur im Internet ist doch nur gerade der erste digitale Beschneidungsakt, wie ja schon der Name Digital Services Act verrät.

Ich habe das schon 2009, bei der Begründung unseres 1-Blatt-Hand-Express, der S&G, vorausgesagt. Ein Shitstorm der Entrüstung war damals die Folge. Niemals wäre eine Zensur in unseren ach so sozialen freien Medien möglich, hieß es damals von allen Seiten - man schimpfte mich einen ahnungslosen Laien. Meine Prognosen sollten sich bestätigen, darum hier noch einmal mit allem Nachdruck, was wir auch seit 2008 mit unserem AZK- und seit 2012 mit unserem Kla.TV-Archiv festhalten. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein, ihr Lieben. Hört zu!

Unsere Welt befindet sich leider schon seit Jahrhunderten im Würgegriff eines bestialischen Geheimbundes.

Und dieser wird einmal mehr ganze Völker abschlachten, wenn wir jetzt nicht vereint seinen Kopf einfordern. Und wer etwas anderes behauptet, lügt. Wer dieses schlichte Strickmuster unserer primären Weltproblematik verkompliziert, der täuscht, der verführt und lähmt damit jeden nötigen gebündelten Widerstand, über den ich jetzt gleich Wichtiges sagen werde!

Fakt ist nämlich, daß diese geheime Machtelite mit allen Mitteln verhindern will, daß die Welt erfährt, in welcher unfaßbaren Dimensionen sie von ihr belogen, betrogen, beraubt worden ist und noch wird. Da alle zensurierenden Medien und großen Plattformen im Besitz dieser Geheimsekte sind, trennen sie das Volk strategisch von freien Aufklärern ab. Letztere haben sie gezielt in immer isoliertere Internet-Blasen hineingetrieben. Die können wir nur gemeinsam überwinden. Ihr DSA-Messer haben sie aber noch vorher ihren eigenen Vasallen auf die Brust gesetzt. Die EU-Kommission z.B. hatte sogleich TikTok auf allen Diensthandy verboten.

Gleiches in den USA usw.

Das war aber erst der Anfang. Versteht ihr? Nun sollen sämtliche Plattformen systematisch von allem gereinigt werden, was diese Weltherrschaftssekte gefährdet. Versteht ihr? Vernetzen wir uns also dringend physisch, nicht nur digital!

Jetzt aber zur Kernfrage: was kommt nach der Totalzensur im Internet? Antwort: Das, was dieser Weltherrschafts-Klan schon bei jeder früheren Etappe seiner internationalen Unterwanderung erzwungen hat: die Totalzensur auf jeder Ebene der freien Information! Der Zwang zu Pflicht-Narrativen wie etwa bei Corona - unter Androhung aber diesmal von Enteignung bis Todesstrafe bei jeder kleinsten Abweichung! Und wer mich erneut zum Fachidioten jetzt erklärt, der wird noch bezeugen, wie recht ich hatte! Werdet bitte Teil, wenn möglich des weltweiten S&G-Netzwerkes. Wir verbreiten uns exponentiell schneller und verfolgungssicherer als im Netz. Und jetzt das Wichtigste:

Wenn wir freien Aufklärer uns rechtzeitig auch physisch vernetzen, also uns gegenseitig die Post-Adresse anvertrauen, dann wird unsere synergische Durchbruchsgewalt eben nur umso heftiger sein, selbst wenn geplante Blackouts oder was auch immer das gesamte Internet lahmlegen sollten. Wir werden dann, wie bei Corona, nur umso zahlreicher auf die Straße gehen, oder wie jüngst in Karlsruhe, als tausende Demonstranten mit Rechtsanwalt Ludwig zusammen die rund 600 Strafanzeigen gegen die Corona-Verbrecher eingereicht haben.

Laßt uns doch mit Ralf Ludwig zusammen auch bis zum Internationalen Gerichtshof vorstoßen, falls sich auch hier wieder nur der Staatsfeind Nummer 1, der Krake im Staatsgewand zeigen sollte.

Oberstes Ziel aller gemeinsamen Aufklärung muß sein, daß die Völker endlich die planmäßigen Zusammenhänge begreifen - daß nicht nur die Weltkriege, die Kriege des Arabischen Frühlings und diverse Seuchen vorab gezielt geplant wurden, sondern darüber hinaus eben auch noch jede einzelne Finanzkrise, jeder moralische Zerfall, jede neuartige Umweltkatastrophe usw. Und hinter allem stecken nachweislich immer wieder die gleichen paar tausend Sektenköpfe, die akribisch genau ihre Agenda umsetzen und das Chaos heraufbeschwören. Ihr Ziel ist, eine neue Weltordnung aus ihrem selbstverursachten Chaos heraus zu errichten! Kla.TV hat nicht nur deren uralten Pläne, sondern auch deren Pläne der vergangenen Jahrzehnte ans Licht gebracht und veröffentlicht.

Ihr konntet sie mit eigenen Augen lesen und daraus erkennen, wie hernach sämtliche der grausamen Geschehnisse exakt mit diesen Plänen übereingestimmt haben. Wie schnell wäre jeder weltweite Spuk vorbei, wenn doch nur endlich die Völker diesen schlichten Zusammenhang erkennen könnten! Letztlich handelt es sich an oberster Geheimbund-Spitze um ein paar Dutzend Multi-Milliardäre oder Billionäre, in der zweitobersten Etage ihrer Machtpyramide um ein paar tausend weitere Geldmacher-Köpfe, die diese weltweite Verschwörung anführen. Das ist Fakt.

Würde also eine legale, von allen wirtschaftlichen und politischen Diktaten befreite Justiz, und dadurch natürlich endlich funktionierende Justiz, nur schon diese verhaften, diese enteignen und hinter Gitter bringen, wäre jeder weltweite Spuk und Mangel schon nahezu erledigt.

Und ich bin mir an dieser Stelle natürlich bewußt, daß diese geheimen Eliten auch Macht über ganze Armeen ausüben. Darum wecken wir ja auch unablässig die schlafenden Völker auf und rufen: Zieht nicht mehr in ihre Kriege! Verweigert ganz grundsätzlich jeden Krieg, weil ihr euer Leben damit immer nur und einzig diesen Geheimbund-Kriegstreibern opfert - egal in welchem Land dieser Erde!

Noch weit entspannter würde aber alles, wenn eine befreite Justiz unter Volksbeschluß auch noch deren paar 10.000 Vasallen in Haft nehmen und enteignen würde! In der Praxis wird die Verhaftungswelle wahrscheinlich eh bei diesem unteren Bereich, diesen Marionetten beginnen müssen, weil diese ja auch direkt sichtbar an allen Schalthebeln der Macht sitzen. Das ginge

mit ein paar Einsatzkommandos unserer Ordnungshüter. Auch das, ohne jeden Krieg! Und die Völker würden solches umgehend entscheiden, glaubt es, durchbrächen wir freien Aufklärer nur endgültig die Aufklärungs-Blockaden der hochkriminellen Mainstream- und Internet-Besitzer!

So vieles gäbe es noch zu sagen, doch ich erinnere zum Schluß noch stellvertretend an ein paar untragbare Entwicklungen, wie sie aber derzeit nur allzu typisch für auch viele weitere Entwicklungen sind. Und seht: Einzig in synergischer Formation sind wir imstande, all solchem Treiben ein Ende zu setzen: Wir Völker haben allzu lange geschwiegen, als z.B. die WHO, Big-Pharma und unsere Krankenkassen sich verselbständigten.

Denn auch diese Systeme sind längst zu Schwerstverbrecher-Organisationen mutiert, die von Ursachen-Behandlung wirklich keine Ahnung haben, oder zumindest nichts wissen wollen, weil sie uns ja nachweislich bewußt krank halten, ja, sogar zunehmend gezielt krank machen und nun immer mehr unserer Zwangsabgabe-Gelder sogar noch für abartigste Operationen und dergleichen verschleudern - wir aber, wir lassen sie allesamt ungestraft bisher und finanzieren sie auch noch.

Weltweit ist die Justiz untergraben worden, seht es. Sie verfolgt nicht mehr den Brandstifter, sondern denjenigen, der den Brand anzeigt, wie ich es schon bei meiner 19. AZK-Rede ausführlich dargelegt habe - und wir finanzieren solches auch noch widerspruchslos. Bitte hört euch meine Rede "Staatsfeind Nummer 1 - Krake im Staatsgewand" wenn irgend möglich an - es ist vielleicht die wichtigste meiner etwa 2.000 Reden, die ich schon gehalten habe. Ich habe sehr viel in sie investiert.

Unsere Massenmedien sind überdies mit allen eben genannten Schwerstverbrechern verfilzt und darüber hinaus auch noch mit den Köpfen des militärisch-industriellen Komplexes, aber auch verfilzt mit den kriminellen Geldmachern, verfilzt mit den Frankensteins der Wissenschaft und allen möglichen korrupten Politikern darüber hinaus - wir aber lassen auch diese einfach alle ungestraft bislang und finanzieren sie obendrein auch noch mit Hunderten Milliarden Euro unserer Steuergelder - und das jährlich.

Ich frage: Machen wir uns da nicht mitschuldig? Ja, allein schon in Deutschland bezahlt Ihr jährlich ein paar Milliarden nur schon für die pensionierten Abzocker dieser Mainstream-Medien mit euren GEZ-Zwangsgebühren! Wegen euren politischen Geld-Verschleudern verliert ihr vom gesamten erarbeiteten Bundes-Haushalt jährlich 30-40 % nur schon an die Zinsen dieser Spekulanten. Doch die Völker schweigen dazu, weil sie all das eben gar nicht checken.

Darum konnte auch Big-Pharma schon wieder, allen eben wissenschaftlich erwiesenen Völkermord-Anschuldigungen zum Trotz, fünfeinhalb Milliarden neue Impfdosen an die EU verkaufen - also eine € 100 Milliarden Steuergeld-Verschleuderung! Und dies, obgleich niet- und nagelfest bewiesen worden ist, daß die mRNA-Impfung immer Menschen schädigt und tötet - und zwar kurzfristig und langfristig! Vergeßt nie, daß solche Verbrechen gegen die Menschheit niemals verjähren! Und so könnte ich hier noch stundenlang Fortsetzung machen.

Aber ich schließe mit der abermaligen Bitte: Laßt uns doch Vertrauen zueinander finden und uns auch physisch miteinander vernetzen, indem wir uns auch rechtzeitig unsere Postadressen, Telefonnummern zukommen lassen. Ich denke, am allerbesten würde sich der S&G-Handexpress für diese weltweite Verbindung eignen. Gewachsen nämlich seit 2009, bilden und verwalten schon Zehntausende zusammen dieses physische Netzwerk. Studiert bitte meine diesbezügliche S&G-Konferenz, damit ihr versteht, um was es da genau geht.

Ich sage: Diese gebeutelte Welt braucht Dich, sie braucht uns alle. Wir sind die neue Welt - und zwar die neue Welt ohne Geld. Beweis: Wenn Du Dir unser ganzes Kla.TV- und AZK-Archiv auf deinen Rechner ziehst, dann hast Du damit nicht nur die wahre Geschichtsschreibung gesichert, Du hast Dir darüber hinaus unentgeltlich ein historisches Filmarchiv angeeig-

net, dessen Arbeitswert alleine schon eine Milliarde Euro übersteigen dürfte. Glaubt das bitte. Verbreitet und bewirbt daher dieses historisch einmalige Film-Archiv, wo immer Ihr nur könnt. Denn Tausende von uns haben dafür jahrelang ehrenamtlich und wirklich hart gearbeitet, oft als ganze Familien oder Familienverbände. Denn die neue Welt beginnt zu Hause.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

30.12.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2023:

>>Uni-Klinik löscht Namen von Biontech-Kritikerin

Eine Professorin für Mikrobiologie und Infektionsimmunologie vom Universitätsklinikum Leipzig findet Fremd-DNA in Biontech-Pfizer-Impfbrühe. Die Uni-Klinik löscht daraufhin ihren Namen.

Brigitte König, Professorin für Medizinische Mikrobiologie und Infektionsimmunologie, (Universitätsklinikum Leipzig) hatte bei Stichproben der Corona-Impfbrühe "Comirnaty" von Biontech und Pfizer herausgefunden:

Fünf Chargen waren in einem Maße mit Fremd-DNA verpestet, daß die zulässigen Grenzwerte manchmal um das 400fache überschritten haben. Natürlich publiziert König diesen Gruselfund. Und wie reagiert das Universitätsklinikum Leipzig? Es läßt ihren Namen von der Website verschwinden!

Mit anderen Worten: Man distanziert sich, schämt ich für sie. Klar, denn solche Forschungsergebnisse versauen das Pharmageschäft und mindern das Vertrauen der Bevölkerung in die Hofwirrologie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2023:

>>Grünes Fiasko: Habeck bekommt Note 5

Von *Sven Reuth*

Auch die deutschen Unternehmer haben vollkommen mit der Wirtschaftspolitik des grünen Wirtschaftsministers und Kinderbuchautors Robert Habeck abgeschlossen und stellen ihm ein miserables Zeugnis aus. Man kann nur inständig hoffen, daß es irgendwann besser wird.

Was im kommenden Jahr möglich werden könnte, haben wir in der Januar-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "2024: Die Wende - Das Jahr der Patrioten" für Sie aufbereitet. Bei einer aktuellen Standort-Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), an der mehr als 2200 Unternehmensvertreter unterschiedlicher Industriezweige teilnahmen, gaben die Firmenlenker Robert Habeck für dessen Wirtschaftspolitik die durchschnittliche Schulnote 4,8. Das bedeutet mangelhaft, die Versetzung von Habeck wäre damit nicht möglich.

Auch in dieser Umfrage bringt es also ein Ampel-Politiker fertig, alle Negativrekorde zu brechen. Die Erhebung wird seit 2008 alle drei Jahre durchgeführt, eine Fünf wurde bislang allerdings noch nie vergeben. Die bislang schlechteste Zensur hatte der in Wirtschaftskreisen als Dampfplauderer verschrieene CDU-Politiker Peter Altmaier vor drei Jahren erhalten. Er bekam damals die Zensur 3,9.

Habeck unterbietet selbst den behäbigen Altmaier spielend um Längen. Kein Wunder, seine Bilanz wird durch das von dem grünen Amigo Patrick Graichen völlig verbockte Heizungs-gesetz, atemberaubend hohe Energiepreise und den volkswirtschaftlich geradezu irrsinnigen Atomausstieg geprägt. Die Deindustrialisierung hat in Deutschland schon dramatische Ausmaße angenommen, was die Ampel aber nur dazu bewegt, nun auch noch mit diversen Steuererhöhungen die De-Agrarisierung des Landes in Angriff zu nehmen.

Teuer und ineffizient

Robert Habeck wird sich angesichts der schlechten Zensur wohl Rat bei der linken italienischen Ökonomin Mariana Mazzucato holen, die er erklärtermaßen bewundert und die vom Spiegel schon zur "wahren Erbin von Karl Marx" gekürt wurde.

Ihre staatswirtschaftlichen Visionen hat Habeck aufgegriffen und Deutschland eine Öko-Planwirtschaft übergestülpt, die gleichermaßen teuer wie ineffizient ist. Außerdem muß ständig nachgesteuert werden. Der sowohl volkswirtschaftlich wie ökologisch unsagbar dumme Atomausstieg macht es nun beispielsweise erforderlich, daß schnell LNG-Terminals und Gaskraftwerke aus dem Boden gestampft werden müssen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Dezember 2023:

>>**Irre: Ricarda Lang empfiehlt Orwells "1984"**

Von Karel Meissner

Ausgerechnet Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang empfiehlt die Lektüre von George Orwells "1984", dessen Horrorvision ihre Partei derzeit umsetzt.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) braucht sich mit seiner Neujahrsansprache keine Mühe mehr zu geben: Die krasseste und ignoranteste Wort zum Jahreswechsel hat schon Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang gebracht. Und zwar in einem Instagram-Video. Das ist unmöglich zu toppen.

Das Schlimmste ist: Lang ist keine Zynikerin. Sie glaubt wahrscheinlich an das, was sie verzapft. Im Video erzählt sie, "gestern" erstmalig George Orwells "1984" gelesen zu haben. Ein wenig spät, aber immerhin. Jedenfalls ist sie begeistert:

"Es ist sehr empfehlenswert. Es ist auch extrem bedrückend, weil es sehr genau beschreibt, wie Propaganda funktioniert, wie Menschen seelisch gebrochen werden, und wie sich so auch eine Ideologie der Unterdrückung verbreiten kann."

Das sagt sie in die Kamera und hat- ja, das muß annehmen - keinen Moment daran gedacht, daß Merkel und die Ampel dieses Buch in die Realität übersetzt haben:

Abschaffung der Meinungsfreiheit, totale Überwachung, sozialer Tod bei Widerspruch, öffentliche Selbstkritik-Riten, Anpassung der Sprache an die Regierungsnarrative, usw.

Ein X-User antwortete fassungslos: "Sie verarscht uns jetzt aber, oder? Oder?"

Nein, tut sie eben nicht! Die meint das ernst. Möglich ist jedoch, daß es bald Widerspruch aus der eigenen Partei geben wird. Vielleicht fordert ein Parteimitglied eine gegenderte Neuausgabe des Romans, mit einer "Big Sister"...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Dezember 2023: >>**Buntes Berlin: 2,76 Millionen Euro Asylkosten - pro Tag!**

Die Asylkosten im Bundesland Berlin betragen täglich mehr als 2,76 Millionen Euro. Dies hat der schwarz-rote Senat dem AfD-Landtagsabgeordneten Gunnar Lindemann auf eine Kleine Anfrage hin mitgeteilt. Die Summe umfaßt die Kosten für Unterbringung, Betreuung, Verpflegung und Versorgung von Geflüchteten, soweit diese in die Zuständigkeit des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) fallen. Die rund 2,76 Millionen Euro wurden zum Stichtag 11. Dezember für knapp 40.000 Personen aufgewendet, schreibt der Senat. Allein auf den Monat Dezember hochgerechnet entspricht dies mehr als 83 Millionen Euro!<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer</u> . Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.

Internet

x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015
------	---

x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 - Januar 2022
x1.335	https://multipolar-magazin.de/ - November 2023
x1.342	https://weltwoche.ch/daily/die-afd-veranstaltet-ein-corona-symposium-und-keiner-berichtet-darueber-wenn-ard-und-zdf-nicht-liefern-warum-sollten-deutsche-zuschauer-ueberhaupt-zahlen/ - November 2023
x1.343	https://www.kla.tv - Dezember 2023
x1.344	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023
x1.345	https://apollo-news.net/ - Dezember 2023
x1.346	https://www.mmnews.de/ - Dezember 2023
x1.347	https://multipolar-magazin.de/ - Dezember 2023
x1.348	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2023

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014